



Gaby Huch

Die Lehndorffs.

**Lebenswelten einer ostpreußischen Adelsfamilie zwischen 1700
und 1945**

Berlin, 2020

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-33708](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-33708)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (cc by-nc-sa 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Gaby Huch

Die Lehdorffs.

Lebenswelten einer ostpreußischen Adelsfamilie zwischen 1700 und 1945

Das Forschungsprojekt „Lebenswelten, Erfahrungsräume und politische Horizonte der ostpreußischen Adelsfamilie Lehdorff vom 18. bis in das 20. Jahrhundert“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften wurde vom 15. August 2016 bis 31. Dezember 2019 mit Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.

Gaby Huch

Die Lehdorffs.

Lebenswelten einer ostpreußischen Adelsfamilie zwischen 1700 und 1945



Johann Heinrich Wilhelm Tischbein: Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehndorff im Kreis seiner Familie

Berlin 2020

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
Die Lehdorffs in Steinort	14
Vergrößerung des Besitzes	20
Herausbildung der Gutswirtschaft	26
Mit dem Landesherrn zum protestantischen Glauben	29
Die reformierte Kirchengemeinde	32
Innere Mission und sozialdemokratische Gefahr	35
Das Kirchen- und Schulpatronat	38
Das Schulpatronat	38
Das Kirchenpatronat	46
Die Patronatskirche in Rosengarten	48
Das ‚Miteinander‘ auf dem Gut	53
Die Herren zu Steinort werden Grafen von Lehdorff: Gerhard Ahasverus von Lehdorff	62
Erhebung in den Reichsgrafenstand	66
Heiratspolitik	67
Die Erblichkeit der Reichsgrafenwürde	68
Die Erhebung der Lehdorffs zu Statzen in den Grafenstand	69
Streit um Steinort	70
August Adolf Leopold Graf von Lehdorff: enfant terrible der Familie. Ein Exkurs	75
Die Lehdorffsche Lebenswelt in Königsberg	77
Das Lehdorffsche Haus in Berlin	84
Weitere Liegenschaften	86
Die Villa Solitude im österreichischen Bad Gastein	88
Netzwerke	90
Die Gasteiner Christophoruskapelle	92
Steinort im 18. Jahrhundert	94
Umwandlung des Lehnsbesitzes	96
Übernahme der Güter durch Ernst Ahasverus Graf von Lehdorff	99
Gegen die Folgen von Krieg und Pest: Retablissement und Steuern	101
Die Salzburger	102
Der Generalhufenschoss	103
Maria Louisa von Lehdorff als Gutsherrin von Steinort	105
Vom Leben der Untertanen	107
Gemeinheitsteilung	112
Verwalter Rhenius: Ein biographischer Exkurs	113
Steinort im Siebenjährigen Krieg	114
Der Kammerherr Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehdorff	120
Netzwerke	122
Heiratspolitik und finanzielle Zwänge	124
Lehdorff in der Berliner Gesellschaft	128
Johanniterordensritter	129
Tagebücher und Briefe	131
Verbindungen zur polnischen Aufklärung und in den baltischen Adel	133

Ignatius Krasicki.....	134
Georg Christoph und Jacob Ludwig Pisanski.....	137
Verbindungen zum polnischen Adel	138
Die Keyserlingks – Lehndorffs baltische Freunde.....	140
Die Zeit nach der Agrarkrise der 1760er Jahre.....	142
Die Neuordnung des Justizwesens	147
Der Besitz im 18. Jahrhundert in Zahlen.....	152
Die Verhältnisse in Steinort in den Briefen des Verwalters Berent.....	153
Lehndorffs Promemoria	154
Das Ende der „alten Zeit“.....	155
Voltaire von Steinort	157
Steinort in den Jahren der französischen Besetzung und in den Befreiungskriegen.....	159
Carl Friedrich Ludwig Graf von Lehndorff.....	162
Heinrich von Lehndorff. Ein Exkurs	164
Nach den Stein-Hardenbergschen Reformen.....	165
Modernisierung vs. Masurische Rückständigkeit.....	166
Albrecht Thaer und Möglin.....	168
Der adlige Grundbesitzes unter Erneuerungsdruck	172
Das Ständische Comité für Ostpreußen und Litauen.....	173
„Die Güter wurden ausgepresst wie eine Zitrone“: Die Jahre 1812/13	176
Lehndorff und Theodor von Schön	177
Die Konvention von Tauroggen	179
Lehndorffs Verdienste um das ostpreußische National-Kavallerie-Regiment	180
Kriegsmüdigkeit.....	184
Der Orkan in Steinort verhindert den Abschied vom Militär	190
Ärger mit der Regulierung.....	191
Langfristige Folgen. Ein Exkurs.....	193
Unerwartete Eheschließung.....	195
„Damnatio memoriae“.....	196
Zwischen Konsolidierung und nächster Agrarkrise.....	199
Ausbruch der Cholera.....	200
Vom Militär zum Landwirt	201
Abgeordneter zum Provinzial-Landtag.....	204
Generationswechsel.....	208
Carl Meinhard Graf von Lehndorff: Erbe von Steinort	209
Georg und Heinrich von Lehndorff: Ein Exkurs	211
Notstandsjahre und Revolution	213
Vom Diplomat zum Gutsherrn	216
Anna Gräfin von Hahn	217
Königsbesuche und Verbindungen zum Hof.....	223
Umgestaltung Steinorts nach Basedowschem Muster	229
Bildungs- und Erziehungsmuster.....	233
Zwischen Almosen und großen Projekten.....	234
Das Fräuleinstift-Projekt	239
Das Lehndorffsche Mädchenwaisenhaus in Rosengarten.....	244
Das Angerburger Siechenhaus.....	248

Das Mädchenwaisenhaus in Drengfurth	249
Weitere Projekte	250
„Vereinsmeierei“	251
Preußischer Volksverein	252
Annas Interesse an der Homöopathie: Ein Exkurs	253
Die Jahre des Aufschwungs	255
Aktien-Spekulant und Eisenbahn-Enthusiast	258
Politisches und gesellschaftliches Wirken	265
Lehndorff im Verfassungskonflikt	267
Politik in Steinort	269
Reichstag	271
Verleihung der großen Hofämter	272
Gesellschaftliches Leben in Steinort	274
Krisenjahre	276
Lehndorff als Militär: 1866 – 1870/71	279
Masuren wird Grenzlandschaft	281
Stiftung von Familienfideikommissen	282
Steuerlasten	288
Steinort am Ende des 19. Jahrhunderts	292
Finanzielle Lage	297
Kirchenbauprojekt im Drei-Kaiser-Jahr	300
Carol Graf von Lehndorff. Nur ein enfant terrible?	303
Eheschließungen. Ein Exkurs	307
Carol in der Politik	309
Steinort wird wieder Anziehungspunkt	310
Finanzprobleme	311
Eröffnung des Konkursverfahrens	315
Folgen für die Gutsangehörigen	319
Der Besitz am Beginn des 20. Jahrhunderts in Zahlen	321
Kriegs- und Nachkriegszeit	326
Revolutionstage	335
Volksabstimmung 1920	338
Bildung des Waldguts Grafschaft Steinort	341
„Ostproußenhilfe“	345
Nationalsozialistische Agrarpolitik	346
Darrés Erbhof-Projekt	348
Die Radikalisierung des politischen Lebens	350
Neuer Beginn für Steinort – die Linie Lehndorff-Preyl	356
Georg, Heinrich und Manfred Grafen von Lehndorff. Ein Exkurs	357
Heinrich Graf von Lehndorff	358
Kriegsjahre	361
Der Weg zum aktivem Widerstand	366
Der 20. Juli 1944	370
Kriegsende in Ostpreußen	379
Schlussgedanken	383
Quellen und Literatur	386

Einleitung

Die Geschichte des Adels zwischen Statusverlust und ‚Obenbleiben‘, zwischen Beharrung und Anpassung, macht die rund tausendjährige Adelsgeschichte für die europäische Gesellschaftsgeschichte bis in die Gegenwart zu einem spannenden Thema.¹ Unter kulturhistorischen Fragestellungen richtet sich der Blick der jüngeren adelsgeschichtlichen Forschung vor allem auf die historischen Lebenswelten des Adels, die ein Beispiel „für Kontinuität und Beharrungskraft [...] sozialer Gruppen unter bestimmten naturalen, sozialen und kulturellen Bedingungen“² sind, auf dessen politische, kulturelle und soziale Bedeutung, geistige und materielle Hinterlassenschaften, Einzelschicksale und Erinnerungskultur. Drei inhaltliche Schwerpunkte lassen sich dabei erkennen: die Frage nach Rekrutierung, Zusammensetzung und Handlungsbedingungen gesellschaftlicher Eliten, das Interesse an Selbstverständnis und Mentalität gesellschaftlicher Gruppen und das regional übergreifende, immer auch internationale Agieren des Adels, das der Adelsgeschichte eine europäische Dimension verleiht.³

Bei der Suche nach den historischen Wurzeln Europas vor der Nationalstaatsbildung begegnet man föderal strukturierten, durch die Adelherrschaft zusammengehaltenen Reichen und Territorien der Frühen Neuzeit wie dem Heiligen Römischen Reich oder der polnisch-litauischen Adelsmonarchie.⁴ Preußen reichte weit in diese „partizipationsstarken ostmitteleuropäischen Regionen“⁵ hinein. Der östliche Teil des preußischen Königreichs und die spätere Provinz spielten eine wichtige Rolle für den Gesamtstaat. Nicht nur an den Überresten barocker Residenzen ist noch heute sichtbar, dass Preußen gegenüber Kurbrandenburg den politischen Schwerpunkt des aufstrebenden Hohenzollernstaates bildete.⁶ Ostpreußische Städte pflegten Handelsbeziehungen zu den Niederlanden, England und den nordischen Staaten. Der Hof des Herzogs Albrecht nach 1525 war Pflegestätte des Humanismus und der bildenden Kunst. Durch seine Verschwägerungen mit den Herrscherhäusern von Branden-

¹ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), *Europäischer Adel 1750–1950*, Göttingen 1990, Einleitung, S. 9.

² Conze, Eckhart, *Von deutschem Adel. Die Grafen Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert*, Stuttgart/München 2000, S. 12.

³ Zu Themen und Forschungsstand: Conze, Eckart/Wienfort, Monika, Einleitung. Themen und Perspektiven historischer Adelforschung zum 19. und 20. Jahrhundert, in: Dies. (Hrsg.), *Adel und Moderne. Deutschland und Europa im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln u. a. 2004, S. 1–16; Conze, Eckart, *Deutscher Adel im 20. Jahrhundert, Forschungsperspektiven eines zeithistorischen Feldes*, in: Schulz, Günther/Denzel, Markus A. (Hrsg.), *Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2002 und 2003*, St. Katharinen 2004, S. 17–34.

⁴ Vgl. Bömelburg, Hans-Jürgen, *Die Tradition einer multinationalen Reichsgeschichte in Mitteleuropa. Historiographische Konzepte gegenüber Altem Reich und Polen-Litauen sowie komparatistische Perspektiven*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 53/3 (2004), S. 318–350. Siehe auch Hadler, Frank/Middell, Matthias, *Auf dem Weg zu einer transnationalen Geschichte Ostmitteleuropas*, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsgeschichte* 20 (2010) H. 1/2, S. 8–29. Einen Überblick über die Ständeforschung zum östlichen Europa gibt: Bömelburg, Hans-Jürgen, *Forschungen zur Ständegeschichte des östlichen Europa*, <http://www.zeitenblicke.de/2007/2/boemelburg> [23.10.2019].

⁵ Neugebauer, Wolfgang, *Standtschaft als Verfassungsproblem. Die historischen Grundlagen ständischer Partizipation in ostmitteleuropäischen Regionen*. Mit einem Geleitwort von Klaus Zernack, Goldbach 1995, S. 7.

⁶ Nach Heinz Pirang sind Baudenkmäler geschichtliche Urkunden und „Spiegelbild der Schicksalsgeschichte des Landes“, vgl. Ders., *Das baltische Herrenhaus*, T. 1, Riga 1926, S. 7.

burg, Holland, Dänemark, Polen konnte der Adel in Ostpreußen die Maßstäbe der führenden Kulturländer Europas, selbst gegen ungünstige Bedingungen im eigenen Land, durchsetzen. Der „adelsständische Regionalismus“⁷ wurde im 18. Jahrhundert zwar überformt, blieb jedoch grundsätzlich erhalten und verstärkte sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Noch bis um 1850 hatte sich in Ostpreußen so das Bewusstsein erhalten können, nicht eine Provinz, sondern ein Land zu sein.⁸

Verlässt man die nationalstaatliche Perspektive zugunsten einer transnationalen Betrachtung, wird deutlich, dass Adelsgeschichte und -kultur aufgrund ihrer kulturellen Internationalität, der sprachliche Grenzen überwindenden Kommunikation und überterritorialen dynastischen Netzwerkbildung per se Universalgeschichte war bzw. ist. Durch die Lage ihrer Familiengüter waren Adelsfamilien immer auch historischen Regionen verbunden, an deren Verwaltung und Politik sie aufgrund ihres Herkommens Mitwirkungsrechte besaßen.⁹ Aus dieser transnationalen Perspektive ist die Geschichte des ostpreußischen Adels mit seinen vielfältigen Schnittstellen in litauische, baltische, polnische und russische Regionen besonders interessant. Aufgrund der kriegs- und nachkriegsbedingten Vernichtung vieler und vor allem nicht-staatlicher Quellen mangelt es jedoch vielfach an Grundlagen für Studien und Quellenpublikationen. Somit ist auch der Forschungsstand zum sozialen Handeln und zu kulturellen Erfahrungsräumen ostpreußischer Adelsfamilien fragmentarisch, obwohl die politischen Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa das Interesse an Adelseliten neu belebt haben und die Forschung die Sichtweise vergangener Jahrzehnte korrigiert hat.¹⁰

Lebten im Süden und Westen Deutschlands nur wenige hundert Adelsfamilien, geht man für das ostelbische Preußen¹¹ für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts von etwa 20.000 Familien aus, die jedoch vielfach nur gering begütert waren. Somit ist ein Perspektivenwechsel auf kleine Untersuchungseinheiten wie Familien notwendig,

⁷ Neugebauer, Wolfgang, Der Adel in Preußen im 18. Jahrhundert, in: Asch, Ronald G. (Hrsg.), Der europäische Adel im Ancien Régime. Von der Krise der ständischen Monarchien bis zur Revolution (ca. 1600–1789), Köln/Weimar/Wien 2001, S. 49–80, hier S. 51.

⁸ Daran hatte das Wirken des Oberpräsidenten Theodor von Schön großen Anteil, der mit seinem Bemühen um das Schulwesen, die Verbesserung der Verkehrswege und Entschuldung des Grundbesitzes bewusst an das Werk Friedrichs II. anknüpfte, vgl. Schumacher, Bruno, Geschichte Ost- und Westpreußens, 4. Aufl., Würzburg 1959, S. 254 ff.

⁹ Vgl. Weber, Matthias, Deutsch-polnische Kooperationsprojekte zur Geschichte Schlesiens, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 13, München 2005, S. 66 f.; Neugebauer, Wolfgang, Zwischen Preußen und Rußland. Rußland, Ostpreußen und die Stände im Siebenjährigen Krieg, in: Hellmuth, Eckhart/Meenken, Immo/Trauth, Michael (Hrsg.), Zeitenwende? Preußen um 1800. Festgabe für Günter Birtsch zum 70. Geburtstag, Stuttgart/Bad Cannstatt 1999, S. 43–76, hier S. 44 ff.

¹⁰ Literaturbericht: Hackmann, Jörg, Liegt Preußen ostwärts? Ein Rückblick auf die historische Literatur des neuen „Preußenjahres“ 2001 in Deutschland, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 53/1 (2004), S. 99–117. Einen Überblick über die polnische und russische Literatur gibt: Zloch, Stephanie/Lewandowska, Izabela (Hrsg.), Das „Pruzenland“ als geteilte Erinnerungsregion. Konstruktion und Repräsentation eines europäischen Geschichtsraums in Deutschland, Polen, Litauen und Russland seit 1900, Göttingen 2014, v. a. S. 16 ff. An die multiethnischen und -kulturellen Traditionen der Provinz knüpft die 1991 in Olsztyn gegründete „Kulturgemeinschaft Borussia“ an, die sich in ihrer Arbeit und in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift „Borussia. Kultur – Geschichte – Literatur“ der Kultur und Geschichte Ostpreußens im europäischen Kontext widmet.

¹¹ Die östlich der Elbe gelegenen Gebiete Deutschlands, also Ostpreußen, Pommern und Brandenburg. Der Begriff „Ostelbier“ bezieht sich nur auf die Großgrundbesitzer, eine privilegierte Schicht, die die Entwicklung des preußischen Staates in besonderer Weise beeinflusst hat.

um die seit der „Sattelzeit“ beschleunigten politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse erfassen zu können.¹² Über deren Lebenswelten¹³ und Handlungsspielräume wissen wir jedoch noch immer mehr aus den noch vor dem kriegsbedingten Quellenverlust entstandenen biographischen Werken, aus der Erinnerungsliteratur der Dönhoffs, Dohnas, Oldenburgs oder Lehndorffs und aus der vielschichtigen ostpreußischen Literatur, als aus moderner quellengestützter Forschung.¹⁴ Auch in den über die ostelbische Gutsherrschaft vorliegenden agrar(wirtschafts)geschichtlichen Untersuchungen treten die „Junker“ in ihrer Handlungs- und Wirkungsweise auf dem Gut kaum in Erscheinung.¹⁵ Vorliegende Studien zu Familienverbänden zeigen jedoch, welchen Beitrag Einzelne als Individuum für den Stuserhalt der Familie und für die Transformation adligen Selbstverständnisses in die Moderne geleistet haben.¹⁶

Wie die Dohnas, Dönhoffs oder Finckensteins gehörten die Lehndorffs zu den traditionsreichen Adelsfamilien Ostpreußens. Aus den 86 Huben zu Steinort, 86 Huben zu Labab und 3 Huben Übermaßland im Dorf Rosengarten im Jahr 1604 war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ein Grundbesitz von ca. 9.000 ha geworden, verteilt auf die Kreise Angerburg und Rastenburg, mit einem Grundsteuerreinertrag von 43.009 M (1888).¹⁷ Damit zählten

¹² Robert Traba stellte in einer 2004 gehaltenen Rede die „Überlegenheit der Mikroperspektive über die Makroperspektive“ für Untersuchungen der Alltagsperspektive klar heraus, abgedruckt in: Przytkowski, Jan, *Fotograf przyjechał! Mieszkańcy dawnych Prus Wschodnich na fotografiach pochodzących ze zbioru Urzędu Konserwatora Zabytków w Królewcu. / Der Fotograf ist da! Die Bewohner des ehemaligen Ostpreußen auf alten Aufnahmen des Denkmalamtes Königsberg [Ausstellungskatalog]*, Warschau 2005, S. 12–19, hier S. 13.

¹³ Zur Definition des von Alfred Schütz geprägten Begriffs Lebenswelt und des Begriffs Adeligkeit: Seelig, Michael, *Alltagsadel. Der ehemalige ostelbische Adel in der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1975*, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 21 ff., 26 ff.

¹⁴ Dönhoff, Marion Gräfin, *Namen die keiner mehr nennt*, 38. Aufl., München 2003; Dohna, Lothar Graf zu, *Die Dohnas und ihre Häuser*, 2 Bde., Göttingen 2013; Oldenburg-Januschau, Elard von, *Erinnerungen*, Leipzig 1936; Lehndorff, Hans Graf von, *Menschen, Pferde, weites Land. Kindheits- und Jugenderinnerungen*, München 2001. Siehe auch Kałężny, Jerzy, *Erinnerung – Geschichte – Erzählungen der Geschichte bei Marion Gräfin Dönhoff*, Christian von Krockow und Hans von Lehndorff, in: Weber, Norbert von (Hrsg.), *Die Oder überqueren. Deutsch-polnische Begegnungen in Geschichte, Kultur und Lebensalltag*, Frankfurt a. M. 1999, S. 176–184; Ossowski, Mirosław, *Ostpreußen in den Erinnerungsbüchern von Marion Gräfin Dönhoff, Hans Graf von Lehndorff und Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten*, in: *Zwischeneuropa/Mitteuropa. Sprache und Literatur in interkultureller Konstellation. Akten des Gründungskongresses des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes*, hrsg. in dessen Auftrag von Walter Schmitz in Verbindung mit Jürgen Joachimsthaler, Dresden 2007, S. 398–404; Orłowski, Hubert, *Die Geburtsstunde der ost-preußischen Literatur*, in: Hundrieser, Gabriele/Pott, Hans-Georg (Hrsg.), *Geistiges Preußen – Preußischer Geist. Deutsch-polnische Konferenz Allenstein/Olsztyn 20./21. September 2001*, Bielefeld 2003, S. 135–150. – Stellvertretend zu nennen ist das umfangreiche literarische Schaffen von Ernst Wiechert, Siegfried Lenz, Johannes Bobrowski, Arno Surminski.

¹⁵ Z. B. Harnisch, Hartmut, *Die Gutsherrschaft. Forschungsgeschichte, Entwicklungszusammenhänge und Strukturelemente*, in: *Jahrbuch für die Geschichte des Feudalismus*, Bd. 9, Berlin 1985, S. 189–240; Kaak, Heinrich, *Die Gutsherrschaft. Theoriegeschichtliche Untersuchungen zum Agrarwesen im ostelbischen Raum*, Berlin/New York 1991. Zum Junker-Begriff: Reif, Heinz, *Die Junker*, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 1, Berlin 2001, S. 520–536. Siehe auch Carsten, Francis L., *Geschichte der preußischen Junker*, Frankfurt a. M. 1987; Schissler, Hanna, *Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Preußen*, in: *Preußen im Rückblick*, hrsg. von Hans Jürgen Puhle und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1980. Zur politischen Aufladung des Begriffs Junker: Rosenberg, Hans, *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen*, Göttingen 1978, S. 24–29. Bereits für Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff war der Begriff „Junker“ negativ konnotiert. Über Staatsminister von Blumenthal schrieb er: „Sein äußeres Auftreten war sehr gewöhnlich, man merkte ihm überall den pommerschen Junker an, aber in finanziellen Dingen hat er Großes geleistet.“ Schmidt-Lötzen, Karl Eduard (Hrsg.), *Dreißig Jahre am Hof Friedrichs des Großen. Aus den Tagebüchern des Reichsgrafen Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff, Kammerherr der Königin Elisabeth Christine von Preußen*, Nachträge, Bd. 1, Gotha 1910, S. 265.

¹⁶ Vgl. Frie, Ewald, *Friedrich August Ludwig von der Marwitz 1777–1837. Biographie eines Preußen*, Paderborn u. a. 2001; Conze, Von deutschem Adel. Die Grafen Bernstorff. Die Dokumentation der eigenen Familiengeschichte angesichts der Verluste historischer Dokumente spielte nach 1945 für viele Adelsfamilien eine große Rolle. Beispiele nennt: Seelig, *Alltagsadel*. S. 191 ff.

¹⁷ *GSa PK, XX. HA, EM, Nr. 386, Bl. 3 ff.; XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 15200, Bl. 112; Conrad, J., IX. Agrarstatistische Untersuchungen. VI. Der Großgrundbesitz in Ostpreußen*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Dritte Folge*, Bd. 2, Jena 1891, S. 817–844, hier S. 840.

die Lehdorffs zu den bedeutendsten Gutsbesitzern in Ostpreußen, waren aber mit ihrem Wirken bis in die Zeitgeschichte und über Preußen hinaus zugleich eine „europäische Familie“¹⁸. Noch im 19. Jahrhundert und darüber hinaus verfügten die vor 1800 eng mit dem preußischen Hof verbundenen Lehdorffs über gesellschaftlichen Einfluss, agierten in Militär, Diplomatie und Verwaltung und verkehrten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erneut im Zentrum monarchischer Macht. Für das 17. bis in das 20. Jahrhundert hinein spiegeln ihr gesellschaftliches Auftreten im ländlichen Umfeld im ostpreußischen Masuren, die Kontakte in das liberale Königsberg, das Wirken in Berlin und an anderen Orten in- und außerhalb Preußens ihre Lebenswelten und zeichnen ein Bild gelebter Adelskultur in der Epoche der Modernisierung. In kultureller, gesellschaftlicher und wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht ist das Herrenhaus Steinort als Ort kultureller Blüte, als Lebens- und Wirkungsstätte der Familie und 1944 als Stätte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ein gutes Beispiel für die Rolle des ostpreußischen Adels zwischen dem 16. Jahrhundert und 1945.

Basierend auf einer digitalen Auswahl-Edition von bislang nicht edierten Briefen und Dokumenten aus dem Guts- und Familienarchiv Lehdorff-Steinort¹⁹ wird im Folgenden die Geschichte der Grafenfamilie Lehdorff vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und in der Abfolge mehrerer Generationen rekonstruiert. Die Sachgebiete, die dabei angesprochen werden, reichen von der Ansiedlung bis zur Errichtung des Herrenhauses, von adliger Herrschaftsausübung bis zum Lehnsrecht, von der Dorfverfassung bis zum Landesrecht, von der Religion bis zur Politik, von der Bildung bis zum Leben adliger Frauen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Individuum, was den Vorteil bietet, dass sich die Wirkungen staatlich-politischer Entscheidungen auf den Einzelnen untersuchen lassen oder Modernisierungsprozesse in Beziehung auf individuelle Haltungen analysiert werden können. Die zeithistorische Chronologie und die Lebensgeschichten der Lehdorffs werden dabei in Bezug gesetzt und die Chronologie durch Vor- oder Rückgriffe durchbrochen, um zeitlich übergreifende Prozesse oder Entwicklungen darstellen zu können. Einzelbiographische Erweiterungen ergänzen den Text.

Die Verbindung familienbiographischer mit gesellschaftsgeschichtlichen und lebensweltbezogenen Fakten für die Erforschung adliger Lebenswelten, für individuelle und kollektive Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte²⁰ wurde auch angesichts der zentralen Bedeutung des Bezugspunktes Familie gewählt. Gerade in Zeiten politischer und gesellschaftlicher Veränderungen waren familiäre Stetigkeit und die stabilisierende Wirkung von Familienstrukturen Gegenpol zu Veränderung und Modernisierung. In der adligen Familie resultierten aus den grundlegenden Aufgaben der Herrschaftsausübung und -sicherung besondere Beziehungsmuster, die im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern und zwischen den Geschwistern, im Familienverband als Institution und Netzwerk und auf Heiratsstrategien und Erbregelungen wirkten. Besitzerhaltung und -sicherung zählten zu den zentralen Funktionen der Familie, insbesondere, als nach dem Ende der monarchischen Ordnung der Rückzug auf den ländlichen Besitz allgemein erheblich zur Kompensation des formal-institutionellen Statusverlustes beitrug. Der auf dem Prinzip der sozialen Ungleichheit, dem Prinzip der Ehre als Einheit von Anspruch und Verpflichtung, dem Familienbewusstsein im Sinne des Eingebundenseins in eine „Kette von Vor- und Nachfahren“, der Einheit von Herrschaftsbefähigung und Dienstplicht und dem Erhalt des ländlichen großen Bodenbesitzes gründende Begriff der „Adeligkeit“ als ganzheitliche Lebensform leitete dabei das adlige Handeln und die kulturelle

¹⁸ Neugebauer, Der Adel in Preußen, S. 60.

¹⁹ <https://lebenswelten-lehdorff.bbaw.de>.

²⁰ Vgl. Koselleck, Reinhart, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 2000, S. 349–375.

Praxis. Er bestimmte politische Positionen ebenso wie wirtschaftliche Aktivitäten, beeinflusste soziokulturelle Verhaltensweisen vom Konnubium bis zur Berufswahl adliger Männer (später auch Frauen).²¹

Mit der Familie tritt das Gut als „Lebenswelt“ in den Fokus der Betrachtung, denn über Jahrhunderte waren adliger Grundbesitz und adlige Herrschaftsrechte untrennbar miteinander verbunden. „Restbestände“ der alten Abhängigkeitsverhältnisse blieben bis weit in das 19. Jahrhundert erhalten. Sie resultierten aus jahrhundertlang eingeübten – makro- wie mikrohistorischen – patriarchalischen Herrschaftsstrukturen und sorgten dafür, dass das Gut bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein Ort politischer Herrschaftsausübung, ökonomischer Aktivität und gesellschaftlichen und kulturellen Lebens blieb, so dass der Grundbesitz über seine ökonomische Bedeutung hinaus weiter eine Klammer zwischen der Herrschaft und den Leuten bildete. In der agrarromantischen Verklärung am Ende des 19. Jahrhunderts brachte diese „Bindung an die Scholle“ sogar einen Zuwachs an gesellschaftlichem Ansehen und konnte bis zu einem gewissen Grad den Verlust tatsächlicher Herrschaftsrechte kompensieren. „Adlige Existenz wurde nun vollends ländliche Existenz, und diese bestimmte mit ihren Attributen, von der land- und forstwirtschaftlichen Aktivität über die Jagd bis hin zur Anlage von Gärten und Parks, das Bild des Adels in der Gesellschaft.“²² Die Kehrseite war, dass sie, am Status Quo orientiert, zum Hindernis bei der Umwandlung der Güter in moderne, rentable und effektive Agrarunternehmen werden konnte.

Die Studie ist exemplarisch für *eine* ostpreußische Adelsfamilie mit großem Gutsbesitz; sie ist nicht repräsentativ für *den* ostpreußischen Adel. Die Lehndorffs blieben „politische Elite“ bis in das 20. Jahrhundert, indem sie unter den immer wieder veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen den Schritt in die Moderne gingen. Daneben gab es eine Vielzahl „unadelig Adliger“, landfern lebender, vermögensloser und gesellschaftlich deklassierter Familien, deren Anteil nach 1800 stetig zunahm.²³ Deren Probleme wurden zeitgenössisch auch durch die Lehndorffs reflektiert, blieben aber in der Forschung bisher weitestgehend unberücksichtigt.

²¹ Zur Begriffsprägung durch Heinz Reif auf Grundlage der von Otto Gerhard Oexle und Hans-Ulrich Wehler entwickelten „Adelsmentalitäten“: Marburg, Silke/Matzerath, Josef, Vom Stand zur Erinnerungsgruppe. Zur Adelsgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Dies. (Hrsg.), Der Schritt in die Moderne. Sächsischer Adel zwischen 1763 und 1918, Köln 2001, S. 5–15, hier S. 8 f. Zur Regionalität des Adels (Adelslandschaften) bis zum Ende des Kaiserreichs ebd., S. 9. Innerhalb der eigenen Adelslandschaft war man in die lokalen Adelskreise integriert, in andere Adelslandschaften vernetzt (S. 11 f.). Die Auseinandersetzung mit dem ‚Inhalt‘ geschah jedoch bereits unter den Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts, wobei hier noch der Begriff des Aristokraten verwendet wurde, vgl. Adels- und Salonblatt 1 (1892), S. 3.

²² Conze, Von deutschem Adel. Die Grafen Bernstorff, S. 19.

²³ Vgl. Reif, Heinz (Hrsg.), Adel und Bürgertum in Deutschland, Bd. 2, Berlin 2001, S. 8, 24; Matzerath, Josef, Adelsprobe an der Moderne. Sächsischer Adel 1763 bis 1866. Entkonkretisierung einer traditionellen Sozialformation, Stuttgart 2006, S. 22. Beispiele nennt: Malinowski, Stephan, „Wer schenkt uns wieder Kartoffeln?“ Deutscher Adel nach 1918 – eine Elite?, in: Schulz, Günther/Denzel, Markus A. (Hrsg.), Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2002 und 2003, St. Katharinen 2004, S. 503–537, hier S. 519–535.

Die Lehdorffs in Steinort

Im Frühjahr 1231 überschritt der Deutsche Orden unterhalb der späteren Stadt Thorn die Weichsel und begann, sich das Kulmer Land und das anschließende Land der Prußen zu unterwerfen. Der Errichtung von Ordensburgen folgten Siedler aus Deutschland, die mit der bisherigen prußischen Bevölkerung das Land urbar machten und kultivierten. Seit dem 15. Jahrhundert kamen auch Siedler aus dem Herzogtum Masowien und aus Polen in die südlichen und südöstlichen Waldregionen des Deutschordensstaates, von denen sich später der Name Masuren ableitete.²⁴ „Die rittermäßigen Einwanderer erhielten vom Orden Grundbesitz angewiesen, nach Norm ihrer Leistungen, der geschehenen und der zukünftigen, nach dem Geburtsstande wurde dabei nicht gefragt.“²⁵ So finden wir Edelherren, Mitglieder kleiner Ministerialenfamilien ebenso wie städtische Bürger, denen das kulmische Recht vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten bot.

Mit Abkommen über Grenzziehungen und Handfesten begann die Schriftlichkeit. Anders als für die Familien Eulenburg, Dohna, Saucken oder Tettau, die nachweislich als Ritter des Deutschen Ordens ihr Land als Vergütung für ihren Waffendienst erhalten hatten und nach den 1450er Jahren ihren Wohnsitz nach Preußen verlegten, lässt sich die Herkunft der Lehdorffs bisher nicht zurückverfolgen.²⁶ Über das „woher“ gingen seit dem 18. Jahrhundert die Meinungen auseinander, indem man den Ursprung der Familie nach Ungarn, Sachsen, Österreich, Braunschweig, später auch nach Pommerellen und in das Kulmer Land verlegte.²⁷

Es ist davon auszugehen, dass die Wurzeln der Familie Maulen / Lehdorff in Preußen über das 14. Jahrhundert zurückreichen. Fritz Grigat und Detlev Schwennicke nennen den niedersächsischen Edlen Heinze von Mul (Heinzo de Mul) als Zeuge einer Urkunde vom 11. März 1299. Schon 1285 waren ihm seine Güter bestätigt worden, zu denen auch Maulen an der Nordostspitze des Frischen Haffs gehörte. Eine unmittelbare Beziehung zwischen ihm und den späteren Inhabern des Gutes Maulen ist urkundlich nicht zu belegen, weshalb Schwennicke

²⁴ Zur Einwanderung in das Deutschordens-Territorium: Hubatsch, Walter, Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870–1920, T. 1, in: Zeitschrift für Ostforschung 14 (1965), H. 4, S. 641–670, hier S. 647. Der Ausdruck „Masuren“ fand erst ab 1811 Verwendung.

²⁵ Krollmann, Christian, Die Herkunft der deutschen Ansiedler in Preußen, Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins 54 (1912) S. 1–103, hier S. 6. Krollmann schätzt die Zahl der im Ordensstaat endgültig angesiedelten deutschen rittermäßigen Familien auf nicht viel mehr als 100, die aus Niedersachsen, Meißen, Lübeck und Schlesien kamen, ebd., S. 6 ff.

²⁶ Vgl. Voigt, Johannes, Namen-Codex der deutschen Ordensbeamten, Hochmeister, Landmeister, Großgebietiger, Komthure, Pflieger, Hochmeister-Kompane, Kreuzfahrer und Söldner-Hauptleute in Preußen, Königsberg 1843. Nach dem „Sold- und Schadenbuch von 1466“ nennt George Adalbert von Mülverstedt einen Nickel Lehdorff, der mit einem Pferd dreizehn Jahre gedient und 96 Gulden ungarisch zu fordern hatte, vgl. Ders., Ursprung und Alter des Gräflich von Lehdorff'schen Geschlechts, in: Neue Preußische Provinzialblätter 2. Folge 9 (1856), S. 1–40, 90–109.

²⁷ Vgl. Schwennicke, Detlev, Zur Herkunft, Geschichte und Genealogie der heutigen Grafen von Lehdorff, in: Herold-Jahrbuch NF 3 (1998), S. 183–196. George Adalbert von Mülverstedt hat vielfach die Herkunft von altpreußischen Geschlechtern behauptet, u. a. in seinen Aufsätzen: Zur Lösung der Heimatfrage der v. Depenow (Tiefenau) und Stange, der ältesten Großgrundbesitzer in Westpreußen, in: Zeitschrift des historischen Vereins für den Regierungsbezirk Marienwerder 42 (1903), S. 1–39, und Ursprung und Alter des Gräflich von Lehdorff'schen Geschlechts, S. 3 f. Nach Max Perlbach kamen die Stanges jedoch aus dem Pleissnerland um Altenburg, vgl. Ders., Zur Geschichte des ältesten Großgrundbesitzes im Deutschordenslande Preußen, in: Altpreußische Monatsschrift 39 (1902), S. 78–124. Zum Unterschied der Wappen: Bartoś, Magdalena, Lehdorffowie – władcy „Wielkiej gfuszy nad jeziorom“, in: Studia Angerburgica 2 (1997), S. 45–51. Zu einer möglichen Herkunft aus Westfalen um 1300: Pisanski, Georg Christoph, Ein Beitrag zur Geschichte der gräflich von Lehdorff'schen Familie des Steinortischen Hauses und derselben Verdienste um die Stadt Angerburg, in: Preußisches Archiv 7 (1796), S. 639–658. Zur Frage der Herkunft angesichts schwacher familiärer Überlieferung: Heck, Kilian/Thielemann, Christian (Hrsg.), Friedrichstein. Das Schloss der Grafen von Dönhoff in Ostpreußen, Berlin/München 2006, S. 13 f.

und Grigat die Stammreihe der Familie gesichert erst mit Jacob, gesessen auf Maulen, beginnen lassen.²⁸ Dieser Jakob von Maulen gehörte wahrscheinlich wie Lukas von der Lauthe zu den dem deutschen Orden folgenden Siedlern, die sich dauerhaft niederließen.²⁹ Zu seinem Gut Maulen im nördlichen Teil der Komturei Brandenburg im Kirchspiel Haffstrom kamen kurze Zeit später mit Taberlack und Steinort Güter in der Großen Wildnis hinzu. Dieses alte Siedlungsgebiet war nach der Beschreibung des Chronisten des Ordens Peter von Dusburg (1326) menschenleer. Noch in einem 1340 geschlossenen Vertrag über die Aufteilung der Seen in der Wildnis unter den Ordenshäusern heißt es, die dortigen Gegenden seien noch unbebaut und der Zugang zu denselben wegen der Wildnis beschwerlich.³⁰

In den Archivalien finden sich wenige Hinweise. Zum einen heißt es, die Familie sei 1328 nach Preußen gekommen, habe das große Gebiet der Steinortschen Wildnis erhalten, es kultiviert und sei noch immer dort ansässig,³¹ an anderer Stelle, sie sei mit dem deutschen Orden bereits im 13. Jahrhundert nach Preußen gekommen, dem Haus Brandenburg immer mit der größten Treue und Anhänglichkeit zugetan gewesen und hätte ansehnliche Stellen in Preußen bekleidet.³² In der Leichenpredigt auf den 1639 verstorbenen Amtshauptmann zu Rastenburg Meinhard von Lehndorff war unbestimmt formuliert. Er sei aus den uralten adeligen Häusern derer von Lehndorff und Kannacher entsprossen, die „rittermäßige Taten und nützliche Dienste“ der „Hohen Herrschaft und fremden Potentaten in und außerhalb Landes treulich geleistet“ und der Enkel Caspar von Lehndorffs, des Hofmeisters von Herzog Albrecht Friedrich, gewesen.³³ In dem durch König Friedrich Wilhelm II. erteilten Grafendiplom, das am 3. Januar 1791 für Melchior Gerhard Leopold von Lehndorff, Herr auf Statzen, Maxkeim und Bandels, und dessen Kinder ausgestellt worden war, fand die Formulierung Aufnahme: „aus einem alten in anno 1328 mit dem Teutschen Orden nach Preußen gekommenen und daselbst sich etablierten Geschlecht entsprossen“³⁴. Ob der in Rastenburg noch 1888 vorhandene Leichenstein, um den sich Anna von Lehndorff für Steinort bemühte, darüber hätte Auskunft geben können, ist ungewiss. Sein Verbleib ist unbekannt.³⁵

²⁸ Vgl. Schwennicke, Detlev, Europäische Stammtafeln N. F., Bd. XX: Brandenburg und Preußen, Frankfurt a. M. 2002, Tafel 148: Die Maulen im Brandenburger Gebiet, ab 1509 Lehndorff; Ders., Herkunft, S. 186 f.; Grigat, Fritz, Besiedelung des Mauerseegebiets im Rahmen der Kolonisation Ostpreußens, Königsberg 1932, S. 98. Siehe auch den Abschnitt: „Wie die Herren und Grafen von Lehndorff in den Besitz der Begüterung gekommen und dieselbe vergrößert haben“ in der „Urkunde des Gräflich Lehndorffschen Familienfideikommisses Steinort“, in: StA L, Bestand 21950 Familienarchiv Lehndorff [im Folgenden: FA Lehndorff], Nr. 337, Bl. 1–41.

²⁹ Vgl. Białuński, Grzegorz, Bevölkerung und Siedlung im ordensstaatlichen und herzoglichen Preußen im Gebiet der „Großen Wildnis“ bis 1568. Aus dem Polnischen übersetzt von Michael G. Esch, Hamburg 2009, S. 237, Anm. 323.

³⁰ Vgl. Toeppen, Max, Geschichte Masurens. Ein Beitrag zur preußischen Landes- und Kulturgeschichte. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen, Danzig 1870, S. 62 ff.

³¹ GStA PK, I. HA, Rep. 7, Nr. 13, I Lit. L Paket 498, Nr. 15, Bl. 3–3v. Die Datierung stimmt mit der von Jakob Gottlieb Bötticher verfassten Lebensbeschreibung des Oberburggrafen von Lehndorff (1783) überein, der die Lehndorffs im Braunschweigischen verortete. Georg Ernst Sigismund Hennig nennt in seiner 1792 verfassten Familiengeschichte das Jahr 1328, verlegt aber den Ursprung nach Ungarn.

³² GStA PK, I. HA, Rep. 7, Nr. 13, I Lit. L Paket 498, Nr. 15, Bl. 1–1v. Leonid Arbusow nennt Johann von Legendorp (August 1484) für den Deutschen Orden in Livland. Fraglich ist, ob er aus Preußen stammte, vgl. Ders., Die im Deutschen Orden in Livland vertretenen Geschlechter (1899), in: GStA PK, I. HA, Rep. 224 F, Teil B, Karton Nr. 12 (Ms.).

³³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 Gutsarchiv Lehndorff-Steinort [im Folgenden: GA Lehndorff], Nr. 89. Da die Archivalien bisher nicht paginiert wurden, wird auf die Angabe n. f. verzichtet. Die nützlichen Taten bestanden u. a. darin, den Markgrafen mit Geld zu versorgen, GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 925, u. a. Bl. 47–48.

³⁴ GStA PK, I. HA, Rep. 7, Nr. 13, I Lit. L Paket 498, Nr. 15, Bl. 4–7.

³⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff (Baron Schenck zu Tautenburg an Carol Graf von Lehndorff, 10. Januar 1888; das Dokument liegt in einem Archivkarton mit noch nicht zugeordneten Archivalien).

1398 war Thomas Surwille die Wildnis Steinort verliehen worden. Schon zu dieser Zeit soll es hier ein Waldhaus gegeben haben.³⁶ Bald nach 1400 erwarb der bereits erwähnte Jacob von Maulen von Thomas Surwille die Wildnis Steinort; 1423 erhielt er gemeinsam mit Lukas von der Lauthe das Freigut Taberlack.³⁷ Es ist davon auszugehen, dass Jacob von Maulen eine hohe Stellung inne hatte und über ein entsprechendes Einkommen verfügte, so dass er es sich leisten konnte, diesen großen Grundbesitz zu erwerben. In den folgenden Jahren blieb Steinort jedoch ebenso Wildnis wie Taberlack. Auch Rosengarten war 1417 noch zur Hälfte wüst und hatte auch 20 Jahre später noch keine genügende Anzahl von Kolonisten. Für das Lababsche Fließ hatte sogar die Landesherrschaft 1440 „die Verderbnisse und das Missgedeihen“ des Ortes eingesehen.³⁸

Mit dem Namen Lehdorff zeichnet erstmals Jacobs Sohn Fabian (I), Hauptmann des Preußenbundes und im Brandenburgischen sowie in Heilsburg als Hauptmann nachweisbar, später polnischer Kastellan zu Elbing und Obervogt des Ermlandes, nach seiner Vermählung mit der aus Westpreußen gebürtigen Margarete Stange von Legendorff, Erbtöchter von Hans von Legendorff-Mgowo und Enkelin des kulmischen Landrichters Johann Stange von Legendorff. Der in seiner politischen Tätigkeit zu Polen haltende Fabian wurde 1478 Woiwode von Pommerellen.³⁹ Fabian (I) hatte zwei Söhne und zwei Töchter: Fabian, Sebastian, Gertraud und Dorothea. Sein Sohn Fabian (II), 1515 Hauptmann zu Braunsberg und wie sein Vater Großvogt des Bistums Ermland, seit 1521 Amtshauptmann zu Preußisch Eylau, später herzoglicher Rat und Hofmeister, begegnet uns in einer Verschreibung von Herzog Albrecht für Fabians (II) Sohn Caspar über das Amt Preußisch Eylau aus dem Jahr 1547. Fabian (II) war wohl eine der hervorragendsten Persönlichkeiten in der Zeit des untergehenden Ordensstaates und am Beginn der Herzogszeit Preußens.⁴⁰

Caspar von Lehdorff zog im Dezember 1547 mit Hans von Heideck, der sich im Schmalkaldischen Krieg Ruhm erworben hatte, nach Deutschland, um für den Fall eines Angriffs des Kaisers auf Preußen für Herzog Albrecht Kriegsvolk anzuwerben.⁴¹ 1551 bat er darum, das kulmische Recht für die „Steinortsche Wildnis und

³⁶ Vgl. Białuński, Bevölkerung und Siedlung, S. 24, Anm. 151, S. 168 f., Anm. 34, 41.

³⁷ Vgl. Białuński, Bevölkerung und Siedlung, S. 169, 172. In dem mit seinem auf Ragan gesessenen Bruder Johann von Maulen geschlossenen Teilungsvergleich vom 11. Juni 1424 über das väterliche Gut Maulen wird er „Jacob von Mullen“ genannt. Zeuge war u. a. Lukas von der Lauthe, vgl. Sommerfeldt, Gustav, Drei Handfesten aus ehemals Lehdorffschem Gebiet, 1373, 1446, 1473, und einige die ältere Vergangenheit dieses Geschlechts betreffende anderweitige Urkunden, 1424, 1454, 1476, 1484, in: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia [im Folgenden: Masovia] 12 (1907), S. 142–153, hier S. 146 f.

³⁸ Vgl. Grigat, Besiedlung, S. 38.

³⁹ Vgl. Schwennicke, Europäische Stammtafeln, Tafel 148. 1453 hatte er seine Güter im „Niederland“, d. h. in der Gegend des Frischen Haffs, Gabriel von Baysen, der im Gegensatz zu seinem Bruder Hans dem Orden treu geblieben war, zum Kauf angeboten, woraus nichts wurde, vgl. Sommerfeldt, Gustav, Über die ältesten preußischen Stammsitze des Geschlechts der Reichsgrafen von Lehdorff, in: Altpreußische Monatsschrift 36 (1899), S. 287–304, hier S. 288. Bei der Tagfahrt zur Erledigung offener Fragen zwischen dem Orden und den Ständen des königlichen Preußen waren „Fabian von Maulen und der junge Hans von Baysen Ratssendeboten von Danzig und Elbing“, <http://www1.uni-hamburg.de/Landesforschung/Urkundenbuch/pub/orden1467.html> [23.10.2019].

⁴⁰ Vgl. Sommerfeldt, Über die ältesten preußischen Stammsitze, S. 289; GStA PK, XX. HA, Adelsarchiv, Nr. 662, Bd. 1, Bl. 3–7v (1547). Peter Burggraf und Herr zu Dohna, der 1520 die Stadt Mehlsack für den Orden zurück eroberte, Braunsberg erfolgreich verteidigte und den Orden vor einer militärischen Katastrophe bewahrte, hatte von Herzog Albrecht das Amt Mohrunen erhalten, vgl. Press, Volker, Das Haus Dohna in der europäischen Adelsgesellschaft des 16. und 17. Jahrhunderts, in: Reformatio et Reformationes. Festschrift für Lothar Graf zu Dohna zum 65. Geburtstag, Darmstadt 1989, S. 371–402, hier S. 374.

⁴¹ Der erwartete Angriff erfolgte nicht. Weder Heideck noch Lehdorff mussten für ihr Vaterland das Schwert zu ziehen. Heideck habe weiterhin „für den Protestantismus“ gekämpft, schreibt Toepfen, Geschichte Masurens, S. 207, weshalb der Kaiser über ihn die Reichsacht verhängte.

das halbe Dorf Taberlaucken“ in magdeburgisches Recht für beide Geschlechter umzuwandeln, um die Fischereigerechtigkeit sowie 1552 um eine Grenzziehung zwischen Serwillen und Taberlack.⁴² Tatsächlich bewilligte der Herzog 1552 die Änderung der Rechtsform.⁴³

Zwei Jahre später bat Caspar gemeinsam mit seinen Brüdern Fabian (III) und Melchior um eine neue Handfeste für dieses Gebiet, das ihre Voreltern über Menschen Gedenken besessen hätten, und die ihnen im vergangenen Kriege verloren gegangen sei. Herzog Albrecht kam dem Wunsch noch im Jahr 1554 nach. In der neuen Handfeste bestätigt er die Verschreibung von 120 Hufen in der Steinorter Wildnis mit dem See Wargapiwa und Klein Mauer sowie dem halben Dorf Taberlack mit dem halben Schulzenamt und einem Krug, und zwar „an Acker, Wiesen, Weiden, Heiden, Feldern, Wäldern, Büschen, Sträuchern, Fließen und Brüchern mit allen derselben Ein- und Zubehörungen, Obrigkeiten, Gerechtigkeit, Fischerei und aller anderen Nutzung, nichts ausgeschlossen, samt den Gerichten groß und klein, auch Straßengericht inwendig ihrer Grenzen zu magdeburgischem Recht und beider Kinder Rechten ohne mannigfache Verhinderung zu ihrem Lehen.“⁴⁴ Auch die Grenze der Gemarkung wurde beschrieben. Sie begann am See Groß Mauer, an einem mit Eisen beschlagenen Pfahl am „Stoben Zoge“ am Gut des Georg von Hohendorff (Pristanien), führte dann südwärts am Großen Mauersee entlang bis zum Lehmburg, auch „Bergfriede“ genannt, zum „Ort des Kleinen Steinorts“ und zum „Ort des Großen Steinorts“ (wohl kleine und größere Steinhäufungen), von hier bis zum Lababschen Fließbruch, das die Wildnis von der Rosengarter Feldmark scheidet, an der Rosengarter Grenze entlang, durch den Iwenwald (Eulenwald) bis an das Lorenzbrücklein, von hier bis an das Gut Serwillen durch das Erlenbruch auf die Damerau und durch das Wolfsbruch bis an das Gut des Hohendorff, schließlich an dieser Grenze entlang ostwärts bis zum Ausgangspunkt.⁴⁵ Auch das Vorkaufsrecht auf die andere Hälfte von Taberlack wurde zugesichert. Über die mit dem Grund und Boden verbundene Dienstpflicht des Lehnsträgers erfahren wir, dass Steinort einen Rossdienst mit Hengst und Harnisch zu leisten hatte. Er wurde zwei Jahrhunderte später durch eine jährliche Zahlung abgelöst, die in einem Buch über „Ritterdienstgelder und Allodifikationszins“ verzeichnet wurde, doch hatte man sich bei der Umwandlung der Lehen 1714 vorbehalten, im Fall der Erhöhung der Summe wieder den Ritterdienst zu stellen. Zwischen 1727 und 1748 lag der halbjährlich im Juni und Dezember zu entrichtenden Obolus bei 10 Rtlr. Der Allodifikationszins betrug 16 Rtlr. 38 Gr. 17 ½ D. jährlich.⁴⁶ Da die Wildnis „ganz wüst und unbesetzt“ war, erhielten die Brüder 20 Freijahre. Dass sie noch weiträumig von Wald bedeckt war, zeigt eine kolorierte Zeichnung, die der Verschreibung im „Adelsarchiv“ folgt. Die Lage auf der Halbinsel, auf drei Seiten vom Mauer-

⁴² GStA PK, XX. HA, Adelsarchiv, Nr. 662, Bd. 1, Bl. 32–33 (1551). Anlass war ein Streit mit Albrecht und Dietrich von Schlieben um den Grenzverlauf, in: XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 615. GStA PK, XX. HA, Adelsarchiv, Nr. 662, Bd. 1, Bl. 38–40 (1552).

⁴³ GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 133, Bl. 1–2v. Vgl. Białuński, Bevölkerung und Siedlung, S. 185, Anm. 190, S. 298, Anm. 119. Zum magdeburgischen Rechts ebd., S. 291 ff., zum Lehnsrecht S. 299 ff. Nach später verfassten Nachrichten hatte Herzog Albrecht d. Ä. „40 Familien der Ritterschaft und des Adels des Herzogtums Preußen, außerhalb der magdeburgischen Rechte, neue Begnadigungen, die gesamte Hand und Anwartschaft zu ihren väterlichen Gütern gegeben.“ Dazu gehörte Fabian von Lehndorff, Erbherr auf Steinort und Maulen, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 126.

⁴⁴ GStA PK, XX. HA, Adelsarchiv, Nr. 662, Bd. 1, Bl. 42–45. Der Huben (oder die Hufe) entspricht ca 16,8 ha. Aus der Straßengerichtsbarkeit innerhalb der Gutsgrenzen resultierte später die Ausbildung des Herrschaftsrechts der Lehnsinhaber. Mit der Ausübung der höheren Gerichtsbarkeit versahene magdeburgische Lehen und Mannlehen galten nach der Instruktion des Großen Kurfürsten vom 7. Februar 1684 als adlig.

⁴⁵ GStA PK, XX. HA, Adelsarchiv, Nr. 662, Bd. 1, Bl. 42–45.

⁴⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 255 (für Steinort), Nr. 256, 257 (für Rosengarten bzw. Pristanien). Letztmalig waren sie wohl am 22. Januar 1678 zum Ritterdienst aufgefordert worden, als das Herzogtum Preußen durch schwedische Truppen bedroht wurde, vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 260 f.

Kirsaiten- und Labab-See umgeben, ist gut zu erkennen.⁴⁷ Später haben die Brüder das umfangreiche Erbe des Vaters geteilt und vereinbart, dass Caspar von Lehndorff die Lehen im Kreis Angerburg erhalten soll. Nachdem er ein „glaubhaftes Bekenntnis“ über die Steinorter Grenzen abgelegt hatte, stellte ihm Herzog Albrecht 1565 die Verschreibung aus.⁴⁸

Melchior von Lehndorff, später Amtshauptmann zu Balga, waren bei dieser Teilung die Maulenschen Güter zugefallen. Er vermählte sich mit Anna von Creytzen, der Tochter des Oberburggrafen Christoph von Creytzen, und vermehrte den Besitz der Familie durch den Erwerb des Gutes Wundlacken einschließlich des Kirchenlehns zu Haffstrom in der Maulenschen Nachbarschaft.⁴⁹ Fabian, der polnischen Sprache mächtig, weshalb ihm die Amtshauptmannschaft zu Lötzen verliehen worden war, erhielt von Herzog Albrecht im November 1554 die Woriener Güter, die er zu einem Vorwerk für die sich ebenfalls in seinem Besitz befindlichen Güter zu Blumstein, Rosenbaum und Pausterm im Kreis Pr. Eylau ausbauen sollte.⁵⁰

1563 kaufte Caspar von Lehndorff Leonhard Neblinger das dritte Viertel von Taberlack ab und erwarb im gleichen Jahr den letzten Anteil des Dorfes von Wilhelm Schenck zu Tautenburg einschließlich des Anteils am Krug und am Schulzenamt. Nun umfasste das Gut 172 Hufen. Der Herzog gestattete den Bau einer Mühle. Nachdem elf Freijahre verstrichen waren, war das Gut lediglich mit einem Dienst belastet.⁵¹ Mit der Erneuerung der Verschreibung für Caspar von Lehndorff 1565 begann die eigentliche Besiedelung der Steinorter Wildnis.⁵² Nun wurden Rodungen durchgeführt, Felder angelegt, Entwässerungsgräben gezogen, Gehöfte, Gärten und Wege entstanden, die mit den dichten Waldbeständen des Mauerseegebietes das heutige Naturbild noch immer prägen. Die natürlichen Bedingungen, die den Siedlern in der Großen Wildnis begegneten, waren anspruchsvoll. Das Klima hatte sich seit dem Mittelalter durch das Abholzen der Waldungen an den Küsten stetig verändert; noch in der Ordenszeit soll der Weinanbau möglich gewesen sein. Es war rauer als in den übrigen Provinzen und in auf gleichen Breitengraden liegenden Ländern. Über das norwegisch-schwedische Gebirge kommende Winde von Nordwest nach Südost brachten eisige Kälte, die über die nordrussischen Ebenen kommenden Nordostwinde waren dagegen milder als im westlichen Deutschland. Die Bodenfruchtbarkeit differierte sehr stark, vom reinen Sandboden über sandigen Lehm, Lehmboden bis zu Mooren und fruchtbaren Niederungsgebieten.⁵³

Am 15. Dezember 1570 verschrieb Markgraf Albrecht Friedrich dem zum Amtshauptmann zu Lötzen und Herzoglichen Hofmeister avancierten Caspar eine wüste alte Baustelle auf dem Löbenicht, in der Nähe des

⁴⁷ In: GStA PK, XX. HA, Adelsarchiv, Nr. 662, Bd. 1, Bl. 46.

⁴⁸ Vgl. Białyński, Bevölkerung und Siedlung, S. 185. 1559 hatte Caspar von Lehndorff 3 Schulzenhufen beim Dorf Klein Mauer an Jan Werda verkauft, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 614. Skizze des Grenzverlaufs in: GStA PK, XX. HA, Adelsarchiv, Nr. 662, Bd. 2, Bl. 11–14.

⁴⁹ Vgl. Sommerfeldt, Über die ältesten preußischen Stammsitze, S. 292 f. Zur Geschichte des Maulenschen Besitzes ebd., S. 294–299.

⁵⁰ Vgl. Sommerfeldt, Gustav, Lehndorffiana des 17. Jahrhunderts, T. 2, in: Masovia 12 (1907), S. 119–139, hier S. 119. Damit blieb der Besitz ungeteilt. Ähnlich waren auch die Dohnas 1563 vorgegangen und hatten dadurch eine relativ ungestörte Besitzkonzentration erreicht, vgl. Press, Das Haus Dohna, S. 374.

⁵¹ Vgl. Białyński, Bevölkerung und Siedlung, S. 185.

⁵² Vgl. Białyński, Bevölkerung und Siedlung, S. 237 f.

⁵³ Vgl. Haxthausen, August Freiherr von, Die ländliche Verfassung, Bd. 1, Königsberg 1839, S. 17 ff.

Mönchhofes.⁵⁴ Zur selben Zeit schloss die Familie mit den Vorstehern der Kirche auf dem Löbenicht einen Vertrag über ein Erbbegräbnis im Kirchengewölbe.⁵⁵ Am 14. Oktober 1570, erhielt Caspar eine Verschreibung über zwei Baustätten in Rastenburg, zwischen Kirche und Schloss gelegen.⁵⁶

1565 wurde Labab als älteste Siedlung erwähnt. Auf 32 Hufen lebten hier 22 Gutsbauern und ein Dorfhirte, später wurden 12 Hufen für ein Vorwerk abgeteilt.⁵⁷ Im selben Jahr kam Taberlack vollständig in den Besitz der Lehndorffs, hier waren ein Schulze und mehrere Bauern ansässig.⁵⁸ 1570 gab es den Hof Steinort und die Dörfer Teiche, Klein und Groß Mauer. Groß Mauer (Kittlitz) war 18 Hufen groß, die Feldmark jedoch noch nicht vermessen, so dass es später nur noch 10 Hufen waren. 1574 siedelten hier zehn Bauern, ein Gärtner und ein Hirte. Klein Mauer (Stobben, Pniewen), umfasste 32 Hufen, auf denen 1574 20 Bauern ansässig waren. Teiche (Stawken, Stawisken) war im selben Jahr 30 Hufen groß, auf denen 18 Bauern lebten. 1574 muss das Vorwerk Steinort von Caspar von Lehndorff angelegt worden sein. Das Vorwerk umfasste 16 Hufen, hier wohnen fünf Gärtner und ein Ziegler. Im selben Jahr schloss er die zweite Ehe mit Susanna von Creyzen, Tochter des Burggrafen zu Königsberg Christoph von Creyzen. Klein Steinort entstand erst nach 1574.⁵⁹

Am 20. Dezember 1572 verpfändete Markgraf Albrecht Friedrich für ein Darlehen von 2.000 Tlr. das Zinsdorf und freie Gut Rosengarten mit der Mühle und allen Einrichtungen an seinen Hofmeister, bis das geliehene Geld vollständig zurückgezahlt sein würde. In der Zwischenzeit standen alle an den Landesfürsten aus Rosengarten zu zahlenden Abgaben Lehndorff zu, der darauf achtete, dass alle wüst gebliebenen Hufen möglichst besetzt wurden.⁶⁰ Der Markgraf gestattete ihm auch die Verlegung der Rosengartener Wassermühle an eine günstigere Stelle.⁶¹ Im 17. Jahrhundert gehörte das Dorf wieder dem Herzog, die Lehndorffs behielten die drei Hufen Übermaßland.⁶²

Mit einer vierten Verschreibung von 1571 erhielten die Lehndorffs die Fischereigerechtigkeit „zu Tisches Notdurft“ auf dem Mauer-, Kirsaiten-, Dargainen- und Labab-See und zwei weitere Hufen Wiesenland östlich der Angerapp, Bobrutschen.⁶³ Im Unterschied zu den anderen Gütern war Steinort mit einer Fülle von Privilegien ausgestattet. In den vier Verschreibungen sind neben der Fischereigerechtigkeit das Mühlen- und Krugrecht, das Kirchenlehen, das Recht, von den Gutsbauern Steuern zu erheben (Pflugkorn, Zins, Hühner) sowie das Recht der

⁵⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 596.

⁵⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 118.

⁵⁶ GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 924, Bl. 2574–278v.

⁵⁷ Vgl. Białyński, Bevölkerung und Siedlung, S. 185.

⁵⁸ Vgl. Białyński, Bevölkerung und Siedlung, S. 186.

⁵⁹ Vgl. Białyński, Bevölkerung und Siedlung, S. 185 f.; Grigat, Besiedlung, S. 100. Die Eheberedung in: GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 925, Bl. 355v–360v.

⁶⁰ Am 7. November 1631 waren sechs wüste Hufen beim Dorf Rosengarten an Hans Raschen verschrieben, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 412. Die Verschreibung über Rosengarten als Pfandgut vom 20. Dezember 1572 in: GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 925, Bl. 116v–120v. Zu weiteren Darlehen Fabians und Melchioris ebd., Bl. 126, 146 (1573).

⁶¹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [23.10.2019].

⁶² Vgl. Białyński, Bevölkerung und Siedlung, S. 186, 199. Diese bis in die Ordenszeit zurückzufolgende Verpfändung von Gütern spielte nach Conrad für die Latifundienbildung in Preußen eine große Rolle, vgl. Ders. Agrarstatistische Untersuchungen, S. 817–844, hier S. 820 ff. Die Gebietsfläche Steinort umfasste weit mehr als 120 Hufen, später (ohne Taberlack, Pristanien und Stawken) 10.990 preußische Morgen.

⁶³ GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 15200, Bl. 56–56v. Das durch Markgraf Sigismund ausgestellte Privileg über die Fischerei vom 1. Februar 1613 ebd., Bl. 657 (beglaubigte Abschrift vom 19. April 1713). Vgl. Grigat, Besiedlung, S. 99.

Ausübung der hohen und niederen Jagden auf den großen Wildbestand in den dichten masurischen Wäldern, auf Auerochsen, Hirsche, Schwäne, Auerhähne und die zahlreichen Elchherden, genannt.⁶⁴

Vergrößerung des Besitzes

Da die Lehndorffs hohe Stellungen im Staat bekleideten und somit über feste Einkommen verfügten, konnten sie es sich leisten, weitere Güter zu erwerben. Die Einnahmen aus der Landwirtschaft hätten dafür nicht ausgereicht, zudem waren sie unsicher und das Risiko groß. Von Friedrich von Dönhoff wissen wir, dass er in seiner Stellung als Amtshauptmann und Gouverneur der Festung Memel, eine Stellung, die auch Gerhard Ernst von Lehndorff für einige Jahre bekleidete, etwa doppelt so hohe Einnahmen hatte wie aus dem Besitz Friedrichstein.⁶⁵

Güter wurden jedoch auch verkauft oder gingen verlustig. So kamen die 101 Hufen, 15 Morgen umfassenden Güter Doliewen und Chelchen im Kreis Oletzko, zu den Kirchspielen Schwentainen und Schareyken gehörig, durch einen Gütertausch zwischen Albrecht von Lehndorff und George von Glaubitz in die Familie.⁶⁶ Nach den Tatareneinfällen trat Sebastian Dietrich von Lehndorff die vollständig verwüsteten Güter an seinen Vetter, den Obermarschall und Rat Ahasverus von Lehndorff zu Steinort, 1680 ab.⁶⁷ Dieser versuchte sie später zu verkaufen, da sie viel zu weit von den eigentlichen Besitzungen entfernt lagen, was der König nicht gestattete. 1699 wurde Doliewen deshalb mit königlichem Konsens an den Obristleutnant Julius Friedrich von Weckhorst verpfändet.⁶⁸ Nach dem Grundbuch des Hauptamts Angerburg aus dem Jahr 1715 gehörten zu den Steinortschen Gütern im Amt Angerburg:

10 Huben	Herrenhof und Vorwerk Steinort
4 Huben 15 Morgen	Klein Steinort
13 Huben 15 Morgen	Kittlitz (Groß Mauer)
12 Huben	Vorwerk Labab
20 Huben	Dorf Labab
7 Huben	Vorwerk Stawisken
25 Huben	Dorf Stawisken
15 Huben	Vorwerk Taberlack
37 Huben	Dorf Taberlack

⁶⁴ Vgl. Grigat, Besiedlung, S. 106. Das Jagdprivileg war noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts in der Familie sehr präsent. Als am 6. Juni 1736 Gräfin Lehndorff wegen „Jagdüberschreitung“ angezeigt wurde, nahm sie in ihrer Erwiderung auf die Privilegien Bezug, GStA PK, XX. HA, EM 53 i, Nr. 36, Bl. 3–3v. In der Mitte des 19. Jahrhunderts war das Bewusstsein für die Schonung des Wildes ausgeprägter. Graf zu Stolberg bedankte sich am 20. Februar 1846 ausdrücklich für die Bereitschaft des Grafen Lehndorff, das Elchwild zu schonen. Andere Gutsbesitzer hatten sich nicht dazu bereitgefunden, GStA PK, VI. HA, Familienarchiv von Lehndorff (unverzeichnet) [im Folgenden: FA von Lehndorff].

⁶⁵ Vgl. Dönhoff, Marion Gräfin, Bemerkungen zur Geschichte Ostpreußens, in: Eulenburg, Adelheid Gräfin/Engels, Hans, Ostpreußische Gutshäuser in Polen. Gegenwart und Erinnerung, 2. überarb. Aufl., München 1995, S. 9–12, hier S. 11.

⁶⁶ Mit dem Tausch gelangte die Verschreibung Markgraf Albrechts d. Ä. von Brandenburg für Christoph Glaubitz über 100 Hufen im Amt Stradauen vom 18. November 1558 in das Gutsarchiv, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 657.

⁶⁷ Vgl. Sommerfeldt, Gustav, Urkundliche Mitteilungen über die Herren von Lehndorff aus dem Hause Doliewen 1630–1682, in: Altpreußische Monatsschrift 36 (1899), S. 414–427, hier S. 125–127.

⁶⁸ Der Vorgang in: GStA PK, XX. HA, EM 103 d, Nr. 186 bis 188.

32 Huben Pniewen (Klein Mauer).⁶⁹

Der jährliche Ertrag lag nach einem undatierten Verzeichnis, das vermutlich in den 1720er/30er Jahren entstanden ist, bei den „beständigen Gefällen“ bei ca. 998 Rtlr., bei den „unbeständigen Gefällen“ bei ca. 36 Rtlr., aus den Arrenden bei 3.614 Rtlr., ergab in der Summe also ca. 4.548 Rtlr. Die Ausgaben lagen bei 182 Rtlr. Somit verblieb ein Ertrag von ca. 4.366 Rtlr.⁷⁰

Nach dem Tod von Elisabeth von Packmohr, geb. Eulenburg, verw. Lehndorff wurden 1702 die adligen Lehen Pristanien und Stawken von dem verschuldeten Oberst von Packmohr erworben, der Lehnsbrief wurde 1703 ausgefertigt:

28 Huben Herrenhof und Vorwerk Pristanien

22 Huben Dorf Pristanien, 1 Krug daselbst

19 Huben 15 Morgen Vorwerk Stawken

10 Huben 15 Morgen Dorf Stawken.⁷¹

Ein Jahr später gelangte das Gut Serwillen im Amt Rastenburg in den Besitz der Lehndorffs.⁷² 1724/25 erwarb Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff die Marschallheide von den Grafen von Schlieben.⁷³ Das Gut Landkeim mit dem Vorwerk Lehden, die Greibausche Mühle, das Vorwerk Strittkeim und das Gut Laserkeim bei Königsberg aus dem Besitz der Maria Louisa von Lehndorff, geb. Gräfin Wallenrodt erwarb Lehndorff nach dem Tod seiner Mutter für 380.000 Rtlr. (nach Versteigerung) am 3. März 1777.⁷⁴ Nach Lehndorffs Tod wurde Laserkeim veräußert. Auf Landkeim hafteten seit 1780 20.000 Rtlr. als Hypothek.⁷⁵ In seinem Testament hatte Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehndorff verfügt, dass „die Schlieben“, Karl Leopold Graf von Schlieben war mit dessen Schwester Marie Eleonore verheiratet, „es nicht in Händen bekommen, bis mein Sohn Carl mündig selbst darin entscheidet.“⁷⁶

Durch Goldbecks Topographie⁷⁷ kennen wir den Umfang des Lehndorffschen Besitzes um 1785. Das adlige Gut Groß Steinort, dessen Besitzer und Gerichtsherr Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehndorff war, hatte 12

⁶⁹ GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 15200, Bl. 112–112v.

⁷⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 172.

⁷¹ Durch Kaufvertrag vom 4. Februar 1702 waren die Güter durch Friedrich, Otto, Gerhard Ernst und Ernst Ahasverus von Lehndorff von Christoph von Packmohr für 33.000 Rtlr. gekauft worden. Der Lehnsbrief wurde am 25. Oktober 1703 ausgefertigt, GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 15200, Bl. 116v–118v. Abschriften des Privilegs vom 26. September 1612, des Verkaufskonsens vom 2. September 1702, der Verschreibung der Lehngüter Pristanien und Stawken für die Lehndorff-Brüder vom 25. Oktober 1703 und des Kaufkontraktes vom 16. April 1703 ebd., Bl. 660v–664. Vgl. Grigat, Besiedlung, S. 102 f.

⁷² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 120 ff. Zu den Liegenschaften im Amt Rastenburg im 18. Jahrhundert ebd., Nr. 312.

⁷³ GStA PK, VI. HA, Nachlass Dohna-Schlobitten, Alexander zu, Nr. V, n. f. (13. September 1725).

⁷⁴ Am 4. November 1777 gingen Strittkeim und Laserkeim in seinen Besitz über, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 12. Über das 1 ½ Meilen von Königsberg entfernte Laserkeim schrieb Lehndorff bei einem Besuch im Juli 1781: „Das Wohnhaus ist hier ganz hübsch, und die ganze Gegend reizend. Die Güter sind hier alle klein und liegen deshalb dicht beieinander, so dass man in ein paar Stunden durch fünf oder sechs Besitzungen kommt. Das erinnert an andere Länder; für Preußen ist es etwas Seltenes. Ich glaube, man könnte auf einer so kleinen Besitzung auch ganz glücklich leben, wenn man aber wie ich an größere Verhältnisse gewöhnt ist, so findet man doch hier keine rechte Befriedigung.“ Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 197. 1784 gab es eine Anfrage des Kammerpräsidenten Baron von der Goltz, ob das Gut zum Verkauf stehe, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 113–114v.

⁷⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 12 (Urkunde der Hypothek auf die im Hauptamt Schaken gelegenen Güter Landkeim, Groß Lehden und Greibau, 13. April 1798).

⁷⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 330, Bl. 1–2v (Testament); Nr. 13, n. f. (Verkauf 1777).

⁷⁷ Goldbeck, Johann Friedrich (Hrsg.), Vollständige Topographie des Königreichs Preußen. Erster Teil, welcher die Topographie von Ostpreußen enthält, Königsberg/Leipzig 1785.

Feuerstellen; eingepfarrt war das Gut im Kirchspiel Rosengarten. Neben Groß Steinort umfasste der Besitz im Litauischen Kammer-Departement die im Amtsbezirk Angerburg gelegenen und zur Kirche in Rosengarten eingepfarrten Orte:

Klein Steinort: adeliges Vorwerk, 2 Feuerstellen

Labab: adeliges Vorwerk, 16 Feuerstellen, Landratskreis: Seehesten, Justizkreis: Angerburg

Stawisken; adeliges Dorf und Vorwerk, 18 Feuerstellen

Taberlack: adeliges Dorf und Vorwerk, 26 Feuerstellen, Landratskreis: Seehesten, Justizkreis: Angerburg

Stawken: adeliges Dorf und Vorwerk, 11 Feuerstellen, Landratskreis: Seehesten, Justizkreis: Angerburg

Stobben oder Pniewen: adeliges Dorf und Vorwerk, 19 Feuerstellen, Landratskreis: Seehesten, Justizkreis: Angerburg

Kittlitz: adeliges Vorwerk und Dorf, 8 Feuerstellen, Landratskreis: Seehesten, Justizkreis: Angerburg

Upalten: Insel im See Angerburg, 1 Feuerstelle, Landratskreis: Seehesten, Justizkreis: Angerburg

Wittfong⁷⁸: Insel im See Angerburg, 1 Feuerstelle, Landratskreis: Seehesten, Justizkreis: Angerburg.

Bei dem von Goldbeck benannten Klein Sdengowen handelt es sich um den Werder Sdorkowen im See Angerburg mit 1 Feuerstelle. Er gehörte zum Amtsbezirk Angerburg und war eingepfarrt zur Kirche in Rosengarten. 1795 gehörten zu Labab auch Louisenwahl und eine Mühle. Serwillen gehörte zum Ostpreußischen Kammer-Departement. Das adlige Vorwerk und Dorf hatte 12 Feuerstellen und gehörte zum Hauptamt Barten im Landratskreis Rastenburg. Eingepfarrt war Serwillen im Kirchspiel Drengrfurth.⁷⁹ Das adelige Gut und Dorf Statzen im Landratskreis Oletzko gehörte dagegen der zweiten Familien-Linie der Lehndorffs.⁸⁰ Es hatte 33 Feuerstellen und war zur Kirche in Czichen eingepfarrt.⁸¹

1790 erwarb Lehndorff die nördlicher gelegenen Güter Groß Resau, Groß Guja, Klein Bajohren und Engelstein im Umfang von 47 Hufen (799 ha) vom Oberamtmann David Niederstetter und dessen Ehefrau Justina geb. Schimmelpfennig.⁸² Mit Resau hatte er Besonderes vor: „Ich liebe dieses Stück Erde sehr. Ich habe es mit meinen Ersparnissen gekauft. Es hat eine ganz besondere Lage, die in Ostpreußen, wo alles platt ist, selten vorkommt, denn es liegt schwer erreichbar im hügeligen Gelände. Ich habe dort oben auf dem Berg einen Garten anlegen lassen, der, wenn man ihn endlich erreicht hat, sehr anziehend ist. Eine sanfte Steigung führt zu ihm hinauf. Oben ist man von der herrlichen Aussicht bezaubert, die über riesige Bäume hinweg den Blick auf einen großen See mit kleinen Inseln freigibt. Das Haus ist 150 Jahre alt und für mich besonders anziehend, weil es von einem Vorfahren der Oberhofmeisterin Reuter [Rautter], geborene Goldstein, erbaut worden ist. Ich habe vor, wenn ich noch leben sollte, dieses Haus zu renovieren.“⁸³

⁷⁸ Bei Goldbeck: Wifang. Wie die anderen Werder Upalten (3 Einwohner) und Sdorkowen (5 Einwohner) war auch Wittfong kaum besiedelt. Hier lebten 1795 fünf Menschen, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 51 (Einwohnerliste 1795).

⁷⁹ Vgl. Goldbeck, Topographie des Königreichs Preußen.

⁸⁰ Vgl. Mülverstedt, George Adalbert von, Die Vasallen-Register und -Tabellen der Hauptämter in Masuren. Zur Kunde masurischer Ortschaften, in: Masovia 11 (1906), S. 80–100, hier S. 83 ff. 1622 saß Adam Friedrich von Lehndorff „auf Statzen, 53 Hufen“. 1664 wird Christoph von Lehndorff auf Statzen genannt, 1627 ff. Caspar von Lehndorff, Hauptmann zu Seehesten (53 Hufen). In der Vasallentabelle 1753 heißt es: Maria Elisabeth von Lehndorff auf Statzen.

⁸¹ Vgl. Goldbeck, Topographie des Königreichs Preußen.

⁸² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 50, 231.

⁸³ Lehndorff, Ernst Ahasverus Heinrich von, Am Hof der Königin Luise. Das Tagebuch vom Jahr 1799, übersetzt und eingel. von Eva Ziebur, Berlin 2009, S. 308.



Für die Anzahl der sogenannten Feuerstellen und der Einwohner müssen verschiedene Quellen herangezogen werden.⁸⁴

	1785 (Feuerstellen)	1795 (Einwohner)	1818 (Feuerstellen / Einwohner)	1830 (Seelentabelle) ⁸⁵	1839 (Feuerstellen / Einwohner)
Groß Steinort	12	181	15/205	230	15/257
Klein Steinort	2	22	3/55	68	4/75

⁸⁴ Vgl. Goldbeck, Topographie (1785); StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 51 (1795); Der Regierungs-Bezirk Gumbinnen nach seiner Lage, Begränzung, Größe, Bevölkerung und Eintheilung, Gumbinnen 1818 (1818); Meyer, H., Topographische-statistische Übersicht des Regierungs-Bezirks Gumbinnen, Insterburg 1839 (1839).

⁸⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 53, 29 Blatt. Es folgt ein namentliches Verzeichnis der Einwohner der Güter mit Angabe des Alters von Mann und Frau, der Zahl ihrer Kinder (männlich/weiblich, unter bzw. über 14 Jahre), des Gesindes und der Gehilfen (männlich/weiblich) und Bemerkungen über die persönlichen Verhältnisse und physischen Kräfte.

	1785 (Feuerstellen)	1795 (Einwohner)	1818 (Feuerstellen / Einwohner)	1830 (Seelentabelle) ⁸⁶	1839 (Feuerstellen / Einwohner)
Labab	16	144	7/98	135	
Stawisken	18	128	13/127	119 ⁸⁷	10/142
Taberlack	26	207	23/225	211	15/241
Serwillen	12	117	15/94 (1820)	134	
Stawken	11	116	9/70		9/140
Pristanien	22	188	18/160	547 ⁸⁸	10/189
Stobben	19	176	19/175	150	
Kittlitz	8	47	3/26	46	3/60
Amalienruh		6		9	1/3
Werder Upal- ten	1	3		3	
Werder Witt- fong		5		4	
Werder Sdor- kowen	1	5	1/7	6	1/9

Nach dem am 25. November 1784 aufgestellten „Verzeichnis, wie die nach Steinort und Labab gehörigen Dörfer besetzt sind“, lebten in Labab 9 Bauern und ein Zinsschulze, die beiden Gärtner wohnten ebenso wie die beiden Fischer „in einem Haus von zwei Stuben“. Es mangelte an einem Knecht und an einem Pferd. In Stawisken gab es 12 Scharwerksbauern, dazu kamen noch der Hirt und der Teichgräber, der beim Fischer wohnte. Es mangelte an einer Magd und einem Ochsen. In Pniewen lebten 16 Scharwerksbauern. Hier gab es einen Krug, eine Schmiede und einen Schmied, einen Färber und einen Ziegler. Es fehlten zwei Pferde und eine Magd. In Kittlitz wohnten 7 Scharwerksbauern, es fehlte ein Pferd, 2 Stellen waren unbesetzt. Die 20 Zinsbauern in Taberlack entrichteten 11, 30 oder 50 M Zins, nur der Schulze David Masuch besaß anscheinend zwei Höfe und zahlte 100 M. Zu Taberlack gehörten zwei Gärtner, auf den beiden Vorwerken lebte auf einem der Verwalter, auf dem anderen der Schäfer.⁸⁹

In einem „Inventarium über die Steinortsche, Beynuhsche und Doliewsche Güter benebst denen dazu gehörigen Vorwerken und Dörfern vom 26. Januar bis 2. Februar [17]92“ sind die Häuser und deren Inventar spezifiziert. Im Dorf Steinort war „das Wohnhaus von Grund auf neu, des Hofmanns Wohnhaus benebst Schuppen, Scheunen und allen Gebäuden in gutem Stande, wie auch ein großer Bauerngarten“. In Labab gab es ein „Wohnhaus benebst Schuppen und Scheunen und Speicher, sind in gutem Stande wie auch der Bauerngarten“. Die 20 Huben waren mit 10 Bauern besetzt, die jeder 2 Huben besaßen. In Stawisken waren Wohnhaus und Schuppen

⁸⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 53, 29 Blatt. Es folgt ein namentliches Verzeichnis der Einwohner der Güter mit Angabe des Alters von Mann und Frau, der Zahl ihrer Kinder (männlich/weiblich, unter bzw. über 14 Jahre), des Gesindes und der Gehilfen (männlich/weiblich) und Bemerkungen über die persönlichen Verhältnisse und physischen Kräfte.

⁸⁷ Davon Ziegelei Stawisken: 20.

⁸⁸ Vorwerk Pristanien: 547.

⁸⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 5.

„ganz gut“, hier gehörten die 24 Huben 12 Bauern. Auch im Dorf Taberlack waren Wohnhaus, Schuppen und Scheune „ganz gut“. 18 Bauern besaßen je 2 Huben, 1 ½ Huben waren wüst. Für Kittlitz und Stobben macht das Inventar keine Aussagen, jedoch waren die 14 Huben in Kittlitz à 2 Huben auf 5 Bauern verteilt, 2 weitere Huben waren aufgeteilt, 2 wüst. In Stobben besaßen 15 Bauern 30 Huben, 2 Huben waren vermietet. Hier gab es auch einen Krug.⁹⁰

Der Besitzumfang war demnach nie statisch. Die „moskowitzischen Güter“ waren den Lehndorffs bereits im 17. Jahrhundert verlustig gegangen. Auch Doliewen und Worienen, vormals Lehndorffscher Familienbesitz, waren in andere Hände gelangt. Bandels, das nach dem Tod Johann von Lehndorffs, der keine männlichen Erben besaß, wie Worienen an dessen Schwiegersohn Georg Abel von Tettau gefallen war, kehrte über eheliche Umwege in den Besitz der Linie Lehndorff-Statzen zurück. Klein Beynuchen war nur kurzzeitig im Besitz und fiel der Erbteilung anheim. Die Gründe für die Besitzwechsel waren vielfältig und reichten von zu weiter Entfernung vom eigentlichen Besitz bis hin zu hoher Verschuldung und Verkaufszwang. Am Beginn des 19. Jahrhunderts gingen aus den Regulierung und Separationen Veränderungen hervor. Durch einen „Spezieller Plan zu denen zu dem hochgräflichen Hofe Groß Steinort gehörigen Ländereien, vermessen im Monat Oktober 1807 durch den Königlichen Bau- und Landschafts-Conducteur Kuegler“ wissen wir, dass die Ausdehnung der Herrschaft Steinort mit ihren Dörfern und Vorwerken am Beginn des 19. Jahrhunderts „30 Huben 4 Morgen 80 Ruten Culm. (1.174 Morgen 80 Ruten)“ betrug.⁹¹

Warum Barten bei Friedrichstein, 1862 noch im Besitz eines aus Berlin gebürtigen Herrn Hensel, ganz oder geteilt verkauft werden sollte, geht aus dem Brief des Grafen Natango von Kalnein an Anna von Lehndorff nicht hervor. Nach dem ‚Hörensagen‘ gehörte es zu den einträglichen Gütern der Provinz und auch zu den am schönsten gelegenen. Die Lehndorffs wünschten, dass Georg von Lehndorff in der Provinz wieder ein Gut erwerbe, denn das vom Vater geerbte Gut Laserkeim bei Königsberg hatte er 1860 verkauft, um gemeinsam mit seinem Bruder Carl Meinhard auf Gut Haselhorst bei Spandau einen größeren Rennstall aufzubauen. Kalnein erschienen der Preis von 220.0000 Rtlr., davon 60.000 als Anzahlung, sehr hoch, „aber der Jetzt-Zeit angemessen, in welche ich mich mit meinen veralteten Wirtschaftsansichten noch nicht finden kann, weshalb ich mich auch jedes Urteils über die Zweckmäßigkeit dieses Kaufs enthalte.“⁹² Aus dem Kauf wurde nichts. Möglich, dass Carl Meinhardt davon abriet, jedoch hatte Georg auch andere Zukunftspläne. 1866 verkaufte er Haselhorst und übernahm nach dem Feldzug gegen Österreich bei den 2. Garde-Ulanen am 10. Oktober 1866 kommissarisch die Leitung des Hauptgestütes Graditz.

Den Kern des zum Gutshof Steinort gehörenden Gutsbesitzes bildeten bis zur Mitte des 19. Jahrhundert die Dörfer und Vorwerke Taberlack, Labab, Serwillen, Kittlitz, Stawken, Stawisken, Pristanien, Klein Steinort und Stobben.⁹³ Zu dem 1870 gebildeten Fideikommiss Steinort gehörten:

⁹⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 156.

⁹¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 525. Im Februar 1809 waren die Vermessungspläne „ins Reine gezeichnet“ worden, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 142 (Kuegler an Lehndorff, 5. Februar 1809). Neben dem Hauptplan muss es weitere Zeichnungen von Pristanien, Stawken, Serwillen gegeben haben, die Kuegler mit 54 Rtlr. vergütet worden waren, ebd., Nr. 866 (Anlage zu Berents' Brief vom 19. April 1818). Der von Kuegler erstellte Plan „vom Dorfe und Garten in Steinort“ in: S21950 Familienarchiv von Lehndorff, Nr. 525. Siehe auch Wagner, Wulf D., Das Rittergut Truntlack 1446–1945. 499 Jahre Geschichte eines ostpreußischen Gutes, 2 Bde., Husum 2014, Bd. 1, S. 390 ff.; zu einer früheren, im Rahmen der Vermessung und Kartographierung des gesamten Landes geschehenen Vermessung S. 362–366.

⁹² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 394, Bl. 5–6.

⁹³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 403.

I. die adeligen Lehngüter Groß und Klein Steinort und deren Vorwerke

1. Labab
2. Stawisken einschl. dazu geschlagener sieben bäuerlicher Grundstücke
3. Taberlack einschl. dazu geschlagener elf bäuerlicher Grundstücke: Taberlack Nr. 1 bis 11
4. Stobben einschl. dazu geschlagener drei bäuerlicher Grundstücke: Stobben Nr. 2, 4 und 5
5. Kittlitz
6. Serwillen

II. die Lehngüter Stawken und Pristanien, letzteres einschl. der zugeschlagenen elf bäuerlichen Grundstücke Pristanien Nr. 1 bis 11

III. das Allod Bauerntgut Haarszen Nr. 5 und ein Grundstück in Sdorkowen

IV. das kölmische Gut Buddern Nr. 2 mit dem Wiesenabschnitt XII der Rade-Buddernschen Wiese

V. die bei der Stadt Drengrfurth gelegene Waldparzelle Marschallheide (Bajohrsche Heide).⁹⁴

Eine letzte Veränderung erfolgte mit der Bildung des Waldgutes Grafschaft Steinort 1927. Nach der Karte des vereidigten Landmessers Roper umfasste es ein Gebiet von 5.100 ha. Zugeschlagen waren ihm die aus der Auflösung des Fideikommisses hervorgegangenen Allodgrundstücke: Gemarkung Labab, Stawisken, Stawischer Wald, Rosengarten (Grundbuch von Steinort, Bd. I und V). Dazu kamen Fischereigerechtigkeiten im fiskalischen Teil des großen Mauersees und am Drengrfurther Mühlenteich im Umfang von 5.000 ha.

Nach dem Güteradressbuch 1932 umfasste der Besitz Carl Meinhardt von Lehndorffs im Kreis Angerburg:

12	Groß Steinort	Carl Meinhardt von Lehndorff	1813	3612	1279	103	180	1812	150	01.08.07	132	184	60	-	33	Pferdezucht Ziegelei Vorwerk Amalienruh, Kittlitz, Siehof, Steinort, Wittfong, Upalten, Klein Mauersee, Pristaniensee
13	Klein Steinort	Carl Meinhardt von Lehndorff, Verwalter Friedrich Rausch	477	663	373	124	150	3	10	3	70	300	70	-	120	Ostpreussischer Herdbuchverband
14	Rittergut Stobben	Carl Meinhardt von Lehndorff, Verwalter Herbert Langanke	203	265	172	40	52,5	-	5	-	40	120	45	-	80	Ostpreussischer Herdbuchverband
15	Rittergut Taberlack	Carl Meinhardt von Lehndorff, Pächter Robert Carlzen	517	545	380	51	90	-	10	5	73	210	60	80	120	Ostpreussischer Herdbuchverband
16	Rittergut Serwillen	Carl Meinhardt von Lehndorff, Pächter Alfred Weiss	200	350	214	60	50	-	8	17	46	190	60	15	70	Ostpreussischer Herdbuchverband

Abkürzung	Bedeutung
Wert	Einheitswert in 1000 Reichsmark (RM)
Sum	Summe
Äck	Äcker
Wie	Wiesen
Wei	Weiden
Hlz	Holzungen
Un	Unland
Wa	Wasser
Pf	Pferde
Ri	Rinder gesamt
KÜ	davon Kühe
Sa	Schafe
Sw	Schweine

95

Herausbildung der Gutswirtschaft

Aus dem vererbaren Nutzungsrecht hatte sich ein Gewohnheitsrecht herausgebildet, das Lehen als Eigentum anzusehen und so zu behandeln. Die hieraus entstehende Gutswirtschaft war dadurch gekennzeichnet, dass der

⁹⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 1–41.

⁹⁵ <https://www.ahnen-spuren.de/ostpreussen/gueteradressbuecher/1932/.html> [28.4.2020].

adlige Eigentümer sein Gut selbständig unter Ausnutzung der Fronarbeit leibeigener bzw. erbuntertäniger Bauern und der Dienstleistungen abhängiger Bauern bewirtschaftete.⁹⁶ Diese Funktionsweise des Gutes mit Vorwerken und Dörfern war in Europa im Mittelalter vor allem durch den Zisterzienserorden entwickelt worden. Der Gutshof bildete das Zentrum. Zugewanderte wurden aufgenommen, ausgebildet und als Neusiedler auf dem urbar zu machenden Land, zur Entwässerung der Sümpfe, zur Nutzbarmachung wüster Flächen und verlassener Höfe angesetzt. Sie blieben mit dem Gut über Kirche und Schule verbunden. Noch war man nicht marktverbunden, da die in der Wildnis entstandenen Güter von den Städten zu weit entfernt waren, die aus ihrer unmittelbaren Umgebung versorgt wurden. Da man ohne Verkauf nichts bezahlen konnte, war man darauf angewiesen, dass sich landgesessenes Handwerk ansiedelte: Schmiede, Ziegel- und Kalkbrenner, Zimmerleute, Dachdecker, Tischler, Schuster, Schneider, Sattler, aber auch Müller und Brauer. Die Feldwirtschaft, die Pflege der Pferde und der Ochsespanne, die Ackerarbeiten, die Saat, die Ernte und das Dreschen, Holz- und Feuerungsbeschaffung, später der Transport der Ernteüberschüsse zum Markt, waren männliche Tätigkeiten. Weibliche Aufgaben waren die Viehpflege, das Melken und die Verwertung der Milch, die Kälber-Aufzucht, die Haltung der Schweine und des Geflügels sowie das Spinnen, die Herstellung von Garn aus Flachs, Nessel und Wolle und deren Verarbeitung zu Stoffen auf Webstühlen, die mit selbst gezogenen Farbpflanzen gefärbt und zu Kleidung verarbeitet wurden. Die frühe dörfliche Arbeitsteilung setzte einen sicheren Abnehmerkreis voraus. Beschränkungen im Mahl-, Brau- und Brennrecht waren ebenso wie die Fruchtfolge im Dreifeldersystem Folge dieses arbeitsteiligen Systems.⁹⁷

Später war die wirtschaftliche Struktur großer Lehen wie Steinort ein verkleinertes Abbild der Struktur der staatlichen Kammerämter. Ein Teil des gutsherrlichen Bodens mit dem Herrenhaus wurde eigenbewirtschaftet, der Rest in Anteilen von 1 bis 2 Hufen zur Bewirtschaftung an Bauern vergeben. Diese waren dafür zu verschiedenen Leistungen verpflichtet: zur Zahlung des Zinses, zur Lieferung von Naturalien, vor allem aber zur Ausübung von Hand- und Spanndiensten auf dem Vorwerk. Vom Hof Steinort aus wurde die gesamte Guts- und Eigenwirtschaft organisiert, überwacht und das Arbeitsergebnis später auch vermarktet. Die Vorwerke blieben dagegen bescheidene Wirtschaftseinheiten, kleine Güter, die vom eigentlichen Rittergut abgespalten oder zugekauft und mit einem Wohnhaus mit Stall, Scheune und Hof besetzt waren. Die Häuser der untertänigen dienstpflichtigen Bauern gruppierten sich in der Nähe des Gutes und der Vorwerke am Rand der Zufahrtswege. Dazu gehörten ein Garten, Acker- und Wiesenland. Die Produktionsstruktur der Vorwerke differierte von der Haltung von Schafen oder Kühen bis zur Meierei, der Fischerei oder dem Betreiben einer Windmühle.⁹⁸

Die soziale Stellung der Bauern auf den adligen Gütern und Vorwerken war mit der ihrer Standesgenossen in den königlichen Zins- und Scharwerksdörfern nicht vergleichbar. Sie hatten kein erbliches Nutzungsrecht an ihrem Besitz, weshalb dieser nach Beseitigung der Erbuntertänigkeit von den Gutsherren eingezogen werden konnte. Selbst der Schulze in Steinort war nicht im Besitz einer besonderen Verschreibung, sondern nur ein Bauer wie die anderen, der die Befehle seines Herrn auszuführen hatte. Für die königlichen Domänenbauern

⁹⁶ Zur Ausbildung des ostelbischen Rittergutsbesitzes: Enders, Liselott, Grundherrschaft und Gutswirtschaft. Zur Agrarverfassung der frühneuzeitlichen Altmark, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 55 (2007), H. 1, S. 95–112. Siehe auch Troßbach, Werner/Zimmermann, Clemens, Die Geschichte des Dorfes. Von den Anfängen im Frankenreich zur bundesdeutschen Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 61 ff.

⁹⁷ Vgl. Finck von Finckenstein, Hans Wolfgang Graf, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800–1930, Würzburg 1960, passim.

⁹⁸ Vgl. Grigat, Besiedlung, S. 106, 153.

wurde die Leibeigenschaft offiziell durch die Patente vom 10. Juli 1719 und 24. März 1723 aufgehoben, die für die Untertanen adliger Grundherrschaften nicht galten. 1722 setzte der König eine „Kommission zur Regelung des Übertritts von Privatuntertanen auf königliches Land“ ein, die jeden Einzelfall zu prüfen hatte.⁹⁹

Noch in den 1820er Jahren wurden Lehnseide in Steinort auch in masurisch-polnischer Sprache geleistet.¹⁰⁰ Auch die Einwohnerlisten, die Lohn- und Deputatzettel ergeben ein gemischtes Bild. So wurden zwischen den 1730er und 1750er Jahren Arbeitsverträge mit dem Knecht Jan Matzik, dem Bauern Roßmann, der Magd Anna Schein, dem Knecht Martin Soika, den Zinsbauern Friedrich Dzebel, Martin Eisermann, Michel Jünger und Kru-schinski, dem Schmied und Hochzinser Michel Kornowski geschlossen.¹⁰¹

Bis in das 19. Jahrhunderts gab es festgesetzten Deputatsätze:

- „1. Frei-Wohnung nebst Kleinviehstall und freie Brennung
2. Obst- und Gemüsegarten (meist ½ Morgen)
3. Einen Morgen Kartoffelland im Ackerland bedüngt und geackert, was etwa gleich 18–20 Scheffeln Kartoffeln im Jahr war
4. Freie Viehhaltung mit Stallung, Wartung und Weide, mit Sommer- und Winterfutter und in jedem zweiten Jahr eine Kalbaufzucht frei
5. Die Möglichkeit, Hühner und Enten beliebig zu halten und eine örtlich verschiedene Zahl von Gänsen
6. Mancherorts die Möglichkeit, statt der Gänse 1–2 Schafe zu halten
7. Nach Belieben Schweine zu halten und zu mästen
8. Altersversorgung, Wohnung, Heizung, Garten, Deputatgetreide, Kartoffeln, Milch und Taschengeld
9. Krankenversorgung einschließlich Arzt und Arzneien und Krankenhauspflege.“¹⁰²

Neben diesen Leistungen wurden für das „Scharwerk“, das die Familie stellte und das die Arbeitskraft des Man-nes sowie von ein bis zwei weiteren Arbeitskräften pro Familie umfasste, Naturalien gezahlt:

Pro Landarbeiter / jährlich	Pro Landarbeiterin / jährlich
24 Scheffel Roggen	12 Scheffel Roggen
1 Scheffel Weizen	0,5 Scheffel Weizen
4 Scheffel Gerste	0,5 Scheffel Gerste
2 Scheffel Erbsen	0,5 Scheffel Erbsen
3 Scheffel Hafer	0,5 Scheffel Hafer
34 Scheffel Getreide	14 Scheffel Getreide. ¹⁰³

Ein Teil des Getreides konnte zu Schnaps gebrannt oder getauscht werden. Ein Teil der Gerste wurde zum Bierbrauen benötigt. In der Mühle wurden Gried (Grieß), Graupen und Hafermehl neben Roggen- und Weizen-mehl hergestellt. An Lohn erhielten die Landarbeiter für neun Männertage einen Scheffel Roggen oder den Ge-genwart bar, für zwölf Frauentage einen Scheffel Roggen oder den Gegenwert bar. Beim Dreschen erhielten sie

⁹⁹ Vgl. Wank, Otto, Zur ländlichen Besiedlung Ostpreußens im 18. Jahrhundert am Beispiel der Hauptämter Barten und Ortelsburg, in: Preu-ßenland 27 (1989), Nr.1/2, S. 1–17, hier S. 5.

¹⁰⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 684 (Lehnseid). Noch 1825 standen in den Landgemeinden Masurens 12.297 polnisch sprechende Masuren 9.105 Deutschen gegenüber, vgl. Böhme, Karl, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse in Ostpreußen während der Re-formzeit von 1770 bis 1830. Gefertigt nach den Akten der Gutsarchive zu Angerapp und Gr. Steinort, Leipzig 1902, S. 3.

¹⁰¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 747.

¹⁰² Finckenstein, Landwirtschaft, S. 196 f. Die Krankenversorgung gehörte zu den adligen Fürsorgeaufgaben, da es bis in die 1920er Jahre für Landarbeiter in Ostpreußen keine Krankenversicherung gab.

¹⁰³ Vgl. Finckenstein, Landwirtschaft, S. 197 f.

jeden 11. Scheffel des anfallenden Getreides und beim Kartoffelgraben jeden 16. Scheffel der geernteten Kartoffeln. Die Fleischversorgung erfolgte hauptsächlich durch eigene Geflügel- und Schweinehaltung.¹⁰⁴

Durch die russische Besetzung im Siebenjährigen Krieg, die Pest, Brände, Viehseuchen und Missernten gerieten im 18. Jahrhundert viele Bauern in wirtschaftliche Not. Sie wurden „ausgekauft“ und bildeten die ländliche Unterschicht der Instleute und Tagelöhner. Diese Entwicklung erfasste auch die Lehndorffschen Güter. Gab es 1795 in Steinort noch 86 selbständig wirtschaftende Bauern, waren es 1830 nur noch 10 Bauern und 12 bäuerliche Pächter.¹⁰⁵ Am Ende des Jahrhunderts gab es in Steinort nur noch Instleute.

Mit dem Landesherrn zum protestantischen Glauben

Ernst Machholz, der sich mit der Geschichte der Reformation in Masuren auseinandergesetzt hat, schrieb der Familie von Lehndorff „einen fördernden Einfluss“ auf das „reformierte Element“ in Masuren zu.¹⁰⁶ Mit ihrem Landesherrn, dem Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg, hatten sie wie die Familien Dohna, Waldburg, Dönhoff, Finckenstein, Podewils und Creyzen der Reformation angeschlossen.¹⁰⁷ Wann dies genau geschah, ist urkundlich nicht zu belegen.

Nach Schwennicke nahm Fabian von Lehndorff gemeinsam mit dem Hochmeister Albrecht von Brandenburg, dem größten Teil der Ordensbrüder, der Landschaft und dem Bürgertum der Städte 1525 die neue Lehre zunächst in Luthers Prägung an.¹⁰⁸ Sicher als reformiert bekannt ist der 1625 verstorbene Christoph von Lehndorff, der dritte Sohn Melchior von Lehndorffs. 1601 hatte er als Hofmeister die anhaltinischen Prinzen nach Italien begleitet und dort mit seinem Dienstherrn, dem Fürsten Ludwig von Anhalt-Köthen, den Bekenntniswechsel vollzogen. 1603 hielt er sich länger in Ostpreußen auf und versorgte seinen Fürsten mit Nachrichten über das Herzogtum und die benachbarten polnischen Gebiete.¹⁰⁹ Möglicherweise war Christoph von Lehndorff auch bereits im Elternhaus mit der reformierten Lehre bekannt worden. Seine Mutter Anna, eine geborene von Creyzen, gehörte zu einer Familie, die in der Geschichte der Reformierten des 17. Jahrhunderts eine bedeutende Rolle

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Ebd. (1795); StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 53 (Seelentabelle von 1830).

¹⁰⁶ Vgl. Machholz, Ernst, Reformierte in Masuren. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformierten in Altpreußen, in: *Masovia* 12 (1907), S. 66–94, hier S. 92. Siehe auch Ders.: Materialien zur Geschichte der Reformierten in Altpreußen und im Ermland. 399 Jahre preußische Kirchengeschichte. Zum 25. Dezember 1913, in: *Masovia* 17 (1912), S. 1 ff., Fortsetzung in: 18 (1913), S. 1 ff. Zur Familie Dohna: Foelsch, Torsten, *Schlodien & Carwinden. Zwei Schlösser in Ostpreußen und die Burggrafen und Grafen zu Dohna, Groß Gottschow* 2014, S. 24 ff., 29 f.

¹⁰⁷ Vgl. Gresch, Eberhard, Im Blickpunkt der Geschichte der Reformation: Evangelisch-Reformierte in (Ost-)Preußen. Rundbrief der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e. V., Nr. 1/2011, S. 1–32, hier S. 6. Aus den Mitgliedern der reformierten Familien rekrutierten sich die führenden Personen am Hof und in den leitenden Gremien des Staates.

¹⁰⁸ Vgl. Schwennicke, *Herkunft*, S. 196.

¹⁰⁹ Vgl. Sommerfeldt, Gustav, *Lehndorffiana des 17. Jahrhunderts*, in: *Masovia* 11 (1906), S. 101–109 (T. 1); 12 (1907), S. 119–139 (T. 2), hier T. 2, S. 124 ff. Dessen Berichte, aus denen Sommerfeldt zitiert, befanden sich im Fürstlichen Archiv in der Abteilung Köthen.

spielte. Auch mit Christoph zu Dohna, einem Neffen Fabians zu Dohna, stand er in freundschaftlicher Beziehung. Später finden wir Fabian in der Umgebung des reformierten Kurfürsten Johann Sigismund. Als Christoph im Frühjahr 1625 starb, verweigerten ihm die lutherischen Geistlichen das Grabgeläute.¹¹⁰

1636 verpfändete Kurfürst Georg Wilhelm für 2.000 Rtlr. Rosengarten an Meinhard von Lehndorff-Steinort, „der ihm dadurch aus großer Not half“. Als Zeichen besonderer Gnade erhielt er die Inspektion über das reformierte Kirchspiel und die Einkünfte aus demselben sowie die Erlaubnis, das verfallene Kirchengebäude neu zu errichten, berichtet die Kirchenchronik.¹¹¹

Urkundlich fassbar ist das reformierte Bekenntnis Ahasverus Gerhard von Lehndorffs, des späteren Reichsgrafen. In den Kirchenbüchern der deutsch-reformierten Gemeinde zu Königsberg erscheint er am 23. Januar 1677 als Taufzeuge für Johann Wilhelm von Podewils, Sohn des Hauptmanns zu Rastenburg. Im selben Jahr war er Taufzeuge von Wolff Friedrich von Waldburg, Sohn von Friedrich von Waldburg, Hauptmann zu Johannsburg. Beide Familien waren zu diesem Zeitpunkt reformiert und wählten sich als Taufpaten jemand, der ebenfalls diesem Bekenntnis folgte.¹¹²

Nochmals 1680 verpfändete der Große Kurfürst Rosengarten an einen Lehndorff: Ahasverus Gerhard von Lehndorff hatte an den Obristen von Klingsporn die kurfürstlichen Schulden in Höhe von 10.000 Gulden bezahlt.¹¹³ Lehndorffs Töchter Dorothea Elisabeth und Sophia Charlotta wurden am 29. Juni 1681 bzw. am 15. März 1685 in der deutsch-reformierten Kirche in Königsberg getauft. Seine erste Ehefrau Anna Dorothea stammte aus der reformierten Familie von Podewils. Ob Louise Wilhelmine von Schwerin, die Mutter von Dorothea Elisabeth, die bei der Geburt der Tochter starb, die Taufe der Tochter bestimmte, wissen wir nicht. Sicher ist aber, dass auch Lehndorffs zweite Ehefrau Maria Eleonora von Dönhoff, die Mutter von Sophia Charlotta, einer Familie entstammte, in die die reformierte Lehre früh Eingang gefunden hatte.¹¹⁴

Kurz vor seinem Tod überließ Lehndorff einen ihm gehörenden Platz auf der Königsberger Burgfreiheit der dortigen deutsch-reformierten Gemeinde als Baugrund für einen Kirchenbau. Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte, als 1648 mit dem Westfälischen Frieden der reformierte Protestantismus als dritte Konfession zugelassen worden war, sich 1649 vom polnischen Landesherrn König Johann II. Kasimir die freie Religionsausübung im Herzogtum Preußen zusichern lassen, war aber auf den Widerstand der preußischen Stände und der Stadt Königsberg gestoßen. Die Huldigung durch die Landstände hatte er seinerzeit mit dem Versprechen erkaufen müssen, in Preußen zu den höchsten Verwaltungspositionen und zu Professuren nur Lutheraner zuzulassen und höchstens drei reformierte Kirchenbauten zu bewilligen.¹¹⁵ Ahasverus Gerhard von Lehndorff starb am 14. Februar 1688 und wurde in der Löbenichtschen Kirche zu Königsberg beigesetzt. Sein Biograf Wilhelm Hosäus ließ dessen

¹¹⁰ Vgl. Machholz, Reformierte, S. 92 f. Weitere Beispiele sind aus Angerburg bekannt. Der Johannsburg Diakon Johann Gregorovis predigte mehrfach gegen die „calvinistischen Sacramentierer“, darunter den reformierten Amtshauptmann Christoph Erbtruchsess Freiherr zu Waldburg, ebd. S. 69 ff. Zu Christoph von Lehndorff und dessen Beziehung nach Mitteldeutschland: Sommerfeld, Lehndorffiana, T. 2, S. 124 ff.

¹¹¹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [23.10.2019].

¹¹² Vgl. Machholz, Reformierte, S. 93.

¹¹³ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [23.10.2019].

¹¹⁴ Vgl. Machholz, Reformierte, S. 94.

¹¹⁵ In den Folgejahren pochten die ostpreußischen Stände auf ihr altes Recht der Bewilligung und Verweigerung von Geldmitteln, bis hin zum offenen Aufruhr. Anführer der Adelsopposition in Ostpreußen war Christian Ludwig von Kalckstein, vgl. Paczkowski, Josef, Der Große Kurfürst und Christian Ludwig von Kalckstein, in: FBPG 2 (1889), S. 407–513, 3 (1890), S. 419–463.

Stellung zur Kirche unklar. Seine Erziehung bei den Jesuiten in Braunsberg, seine Abneigung gegen den römisch-katholischen Ritus, seine Beisetzung im Lehdorffschen Erbbegräbnis in der Kirche auf dem Löbenicht sind jedoch durch Hosäus ausführlich dargestellt worden.¹¹⁶ Lehdorffs Witwe Maria Eleonora legte im Jahre 1706 ein Kirchenhospital in Rosengarten an. 1767 wurde es umgebaut und ab 1787 als Pfarrwitwenhaus genutzt.¹¹⁷

Nur ein Lehdorff konvertierte am Ende des 17. Jahrhundert vom reformierten zum katholischen Bekenntnis: der Jesuitenpater Boguslaw von Lehdorff.¹¹⁸ Er war der Sohn des polnischen Oberstleutnants Boguslaw von Lehdorff, Inhaber der „moskowitischen Güter“, und von Helene Elisabeth von Tiesenhausen. Boguslaws Großvater war also Meinhard von Lehdorff, sein Onkel Ahasverus Gerhard. Nach einer Ausbildung am Jesuitengymnasium in Röbel¹¹⁹ und an der Jesuitenakademie in Olmütz war Boguslaw dem Orden beigetreten und in Vilnius zum Katholizismus konvertiert. Als Nicht-Katholik hätte er in Polen-Litauen im Verdacht gestanden, ausländische Interessen zu vertreten und ein Verräter zu sein, was seinem beruflichen Werdegang abträglich gewesen wäre. Auch Kaspar von Dönhoff und dessen Familie waren aus diesem Grund zum Katholizismus übergetreten.¹²⁰ Nachdem Boguslaw seine Studien in Prag fortgesetzt hatte, war er nach 1687 polnischer Priester in Wartenberg, dann Mittelschullehrer und Prediger in Oppeln und von 1704 bis 1711 Superior in Tarnowitz.

Der 1688 geborene Ernst Ahasverus von Lehdorff wurde nach eigener Angabe von dem reformierten Prediger Cochius in Königsberg in Religionsfragen unterrichtet.¹²¹ Nach der Königskrönung Friedrichs III./I. am 18. Januar 1701 und dem Ende des Ständestaates war das reformierte Bekenntnis auch im Herzogtum Preußen gleichberechtigt anerkannt.¹²² Infolge der reformierten Kirchenordnung von 1713 waren reformierte Inspektoren (Superintendenturen) in Königsberg und Insterburg entstanden, die die reformierten Gemeinden, Gymnasien und Schulen, Prediger und Schulbediensteten, Kirchenvorsteher und Armengeld-Verwalter beaufsichtigten.¹²³ Im Kirchenbuch der reformierten Gemeinde Königsberg ist 1718 Lehdorffs Eheschließung mit Louisa Maria von Wallenrodt verzeichnet, ebenso die von Pfarrer Machholz vollzogenen Taufen der Familie seit 1681.¹²⁴ Als Ernst Ahasverus von Lehdorff 1727 starb, hielt der den Königsberger Pietisten nahe stehende Daniel Heinrich Arnoldt bei der Beisetzung im Erbbegräbnis der Familie in der Löbenichtschen Pfarrkirche in Königsberg die Trauerrede.¹²⁵

¹¹⁶ Hosäus, Wilhelm, *Der Oberburggraf Ahasverus von Lehdorff (1637–1688)*. Nach handschriftlichen Quellen dargestellt, Dessau 1867.

¹¹⁷ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [23.10.2019].

¹¹⁸ Dessen Biografie als Anhang in: Hosäus, *Oberburggraf*. Erst am Ende des 18. Jahrhunderts war es in Ostpreußen häufiger zu Konversionen zur katholischen Kirche gekommen. Die im Bistum Ermland gelebte „warme, lebendige Frömmigkeit“ habe „manchen Andersgläubigen aus den benachbarten protestantischen Gebieten“ angezogen, so Opgenoorth, Ernst (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens*, T. II/2, Lüneburg 1996, S. 122 f.

¹¹⁹ Vgl. Lühr, Georg, *Die Schüler des Röbeler Gymnasiums nach dem Album der Marianischen Kongregation*. Ein Beitrag zur Geschichte der einzelnen Nation etc. in Ermland, Braunsberg 1911.

¹²⁰ Vgl. Heck/Thielemann, *Friedrichstein*, S. 19 ff.

¹²¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 478, Bl. 72–122 (26. Oktober 1706).

¹²² Vgl. Gresch, *Reformation*, S. 17. Siehe auch Opgenoorth, *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens*, S. 125–131.

¹²³ Vgl. Gresch, *Reformation*, S. 19.

¹²⁴ StA L, Bestand 22179, Ma 23070: Taufen und Trauungen in der Familie von Lehdorff.

¹²⁵ StA L, Zentralstelle für Genealogie, Bestand 21942, Sammlung Leichenpredigten, Nr. A 5888. Zu Arnoldt: Kessler, Gerhardt, Daniel Heinrich Arnoldt und der Pietistenkreis in Königsberg, in: *Altpreußische Geschlechterkunde* 8 (1934), S. 9–24.

Ernst Ahasvers Sohn Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff, der berühmte Kammerherr der Gemahlin Friedrichs II., heiratete mit Caroline Amalie Gräfin von Schmettau in eine der führenden brandenburg-preußischen reformierten Familien ein.¹²⁶ Der gemeinsame Sohn Carl Friedrich Ludwig wurde durch David Reinhold Behr in der Königsberger deutsch-reformierten Kirche getauft, der auch in Steinort 1785 die Abendmahlsfeier für die Steinorter und die gerade mit dem Bau einer Windmühle befassten fremden Gesellen hielt, die auch den Gottesdienst besuchten.¹²⁷

Die reformierte Kirchengemeinde

Verschiedene reformierte Kirchengemeinden wie Insterburg oder Königsberg verdanken ihre Gründung dem Großen Kurfürsten und Friedrich Wilhelm I. Um 1750 hatte die Anzahl reformierter Kirchen in Ostpreußen mit 25 reformierten Predigerstellen ihren Höhepunkt erreicht. Um 1800 dürfte die Zahl der Reformierten hier etwa 15.000 betragen haben. Bei einer geschätzten Gesamtbevölkerungszahl sind das ca. 2 %.¹²⁸ Auch um die reformierten gräflichen Familien hatten sich Kirchengemeinden gebildet, die zuerst noch ohne eigenen Prediger auskommen mussten. Von den Dohnas in Carwinden und Schlobitten ist bekannt, dass einmal monatlich Prediger aus anderen Dohnaschen Gemeinden kamen, an den übrigen Sonntagen predigten lutherische Pfarrer aus benachbarten Kirchdörfern. Die Dönhoffs richteten für sich, die reformierten Bediensteten der Güter und die in der Umgebung wohnenden Reformierten eine Schlosskapelle ein; hier predigte ab 1720 ein reformierter Prediger.¹²⁹ Auch zu den Amtshandlungen in Steinort wurde während des 18. Jahrhunderts der Geistliche einer reformierten Gemeinde herangezogen. Noch 1794 hatte Lehndorff Bedenken, ob es rechtmäßig sei, den deutschen Prediger nach Drengfurth zu holen, da man hier doch eine „polnische Gemeinde“ sei.¹³⁰

Zwei kleine Zeilen in Briefen des Verwalters Rhenius an den abwesenden Grafen aus dem Winter 1784 deuten darauf hin, dass Gottesdienste auch stattfanden, wenn kein Geistlicher zur Verfügung stand: „Der Schulmeister liest jetzt die Predigten im Hofe, wobei ich ihn mit gutem Rat unterstütze, auch die Lieder allemal selbst bestimme.“ Da durch den Schulmeister die Erbauung nicht wie gewünscht befördert wurde, übernahmen Rhenius und „Herr von Podewils“ abwechselnd die häuslichen Andachten.¹³¹ Dafür verfügte die Familie über eine ansehnliche Sammlung von Lesepredigten zu den Sonn- und Feiertagen des Kirchenjahres. Überliefert sind ebenfalls Niederschriften religiöser Ansprachen.¹³² Gesungen wurde aus dem Lobwasser-Psalter, einem konfessionsübergreifenden Gesangbuch, der in seiner deutsche Bereimung bis 1828 an tausend Ausgaben erreichte und den

¹²⁶ Vgl. Thadden, Rudolf von, Die brandenburgisch-preußischen Hofprediger im 17. und 18. Jahrhundert, Berlin 1959, S. 186 f. Zur Familie Schmettau: Schmettow, Matthias G. Graf von, Schmettau und Schmettow. Geschichte eines Geschlechts in Schlesien, Buderich b. Düsseldorf 1961, S. 539.

¹²⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 382, Bl. 27–28v.

¹²⁸ Vgl. Gresch, Reformation, S. 20.

¹²⁹ Vgl. Gresch, Reformation, S. 21 f., 24. Siehe auch Bömelburg, Hans-Jürgen, Reformierte Eliten im Preußenland. Religion, Politik und Loyalitäten in der Familie Dohna (1560–1660), in: Archiv für Reformationsgeschichte 95 (2004), S. 210–239.

¹³⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 527, Bl. 34.

¹³¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 128–129v und passim in den folgenden Briefen. Wer „Herr von Podewils“ war, ließ sich nicht feststellen. Er hielt sich bis zu Lehndorffs Rückkehr aus Berlin 1785 in Steinort auf.

¹³² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 419; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 640–644. Siehe auch das zur Erbteilung 1724 erstellte Bücherinventar in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 2.

die Lehndorffs „in 8° mit vergüldeten Chausüren“ in ihrer Bibliothek besaßen.¹³³ Später kamen weitere Kirchenlieder hinzu.¹³⁴

In den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts besuchte der 1798 nach Göritten berufene Prediger Johann Ernst Lüls jährlich Steinort. Noch bis 1818 hielt der 1809 zum Konsistorialrat und Superintendenten der reformierten Diözese Gumbinnen Berufene jährlich neben Steinort auch Gottesdienste in Beynühlen, Angerburg und Rastenburg. Für 100 Rtlr. besuchte der umtriebige Lüls sogar zweimal jährlich die reformierten Gemeinden Neu-Ostpreußens.¹³⁵

Als 1817, im Jahr des 300-jährigen Reformationsjubiläums, König Friedrich Wilhelm III. zu einer Union zwischen lutherischen und reformierten Gemeinden aufrief, stieß eine gemeinsame Gottesdienstordnung nicht in allen ostpreußischen Gemeinden auf Zustimmung. Die adligen Patronatsgemeinden auf dem Lande folgten jedoch ihrem Kirchenpatron und beteiligten sich an der Unionsbildung.¹³⁶ Die Lehndorffsche Familie nahm die Union für Rosengarten, wohin Steinort eingepfarrt war und über dessen Kirche der Familie das Patronat zustand, an.¹³⁷ Im Oktober 1810 hatte Lüls Lehndorff noch einen Schulhalter für Stobben empfohlen.¹³⁸ 1818 stellte er seine Besuche in Steinort ein.

Anna von Lehndorff, seit 1852 Ehefrau Carl Meinhards und aus dem protestantischen Geschlecht der Grafen Hahn in Mecklenburg gebürtig, nahm es mit ihren religiösen Pflichten als Gutsherrin sehr ernst. Sie engagierte sich nicht nur in der Inneren Mission, sie hielt auch selbst religiöse Ansprachen in Steinort. Damit stand sie nicht allein, denn tägliche Andachten waren in den Kreisen der Adligen, die sich der Missionsbewegung angeschlossen hatten, keine Seltenheit. Auch Alfred und Richard zu Dohna und Ria von Dönhoff hielten Morgengebete und Andachten ab, an denen die Bewohner des Hauses und die Hausbedienten teilzunehmen hatten.¹³⁹ Anna besaß jedoch auch „die Gottesgabe einer wunderbar wohl lautenden Stimme, [...] die sie nach dem Wahlspruch des Hahn-Basedowschen Hauses (ein krähender Hahn ihr Wappenvogel): ‚primus sum qui Deum laudat‘ als Priesterin ihres Hauses zu Jesu Ehre alltäglich in den Morgenandachten und sonntäglich in den regelmäßig in dem Fliesensaal im Schloss Steinort unter Leitung des Lehrers des Gutes abgehaltenen Gottesdiensten erbaulich und entzückend für Ohr und Herz erschallen ließ.“¹⁴⁰ Auch an den religiösen Ansichten der Gutsbewohner nahm sie Anteil und wurde auch selbst missionierend tätig, als Baptisten und Sekten auch in Masuren immer stärker an Einfluss gewannen.¹⁴¹

¹³³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 2. Daneben besaßen sie eine französische Ausgabe des „Lobwasser“, das Lüneburgsche und das Preußische Gesangbuch, zahlreiche Predigtsammlungen in deutscher und französischer Sprache wie „Dr. Mells Communion-Predigten“, verschiedene Bibelausgaben und Bücher religiösen Inhalts.

¹³⁴ Vgl. Gresch, Reformation, S. 18.

¹³⁵ Vgl. Machholz, Reformierte, S. 83.

¹³⁶ Vgl. Gresch, Reformation, S. 19 f.

¹³⁷ Vgl. Machholz, Reformierte, S. 94.

¹³⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 821. Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff schrieb im Mai 1808 an seine Mutter über Lüls, in: Schultze, Maximilian (Hrsg.), Christian Friedrich Carl Ludwig Reichsgraf Lehndorff-Steinort ... Ein Lebensbild auf Grund hinterlassener Papiere, Berlin 1903, S. 220. Siehe auch Tomow, Carl Eduard, Geschichte der ehemaligen reformierten, jetzt unierten Kirche Göritten in Litthauen seit ihrer Erbauung bis auf die jetzige Zeit, Königsberg 1839, S. 49 f.

¹³⁹ Vgl. Lehndorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 214; Dohna-Schlobitten, Alexander Fürst zu, Erinnerungen eines alten Ostpreußen, München 1989, 6. Aufl., Würzburg 2014, S. 61; Dönhoff, Marion Gräfin, Kindheit in Ostpreußen, München 1998, S. 25; Dönhoff, Friedrich, Die Welt ist so, wie man sie sieht. Erinnerungen an Marion Dönhoff, Zürich 2012, S. 192.

¹⁴⁰ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [18.10.2019].

¹⁴¹ Zum Sektenwesen: Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, T. 2, S. 27.

Annas Bemühungen konnten den starken Rückgang der reformierten Gemeinden und der Religiosität nicht aufhalten, der schon 1860 eine Synode auf Provinzebene notwendig gemacht hatte.¹⁴² Nach dem Bericht Friedrich Salomo Oldenbergs über die Zustände in Masuren befand sich die evangelische Bevölkerung „in einer höchst ungünstigen Lage [...]. Von den Straßen des großen Verkehrs abgeschnitten, durch die russische Grenzsperrre, die fast nur dem Schmuggel sich öffnet, eingeschnürt, durch die Armut des Bodens gedrückt, ist Masuren in der gesamten Kultur weit zurückgeblieben und hat erst seit kaum zwei Jahrzehnten unter der Fürsorge der königlichen Regierung sich in einigen Kreisen schneller zu heben begonnen. Die Bevölkerung ist zum Teil polnischer Abstammung, aber evangelisch, und in steigendem Maße von deutschen Elementen durchsetzt, die in den meisten Städten bereits das entschiedene Übergewicht gewonnen haben, während auf dem platten Lande vielfach noch das Polnische weit überwiegt. [...] Unter dem Druck der Armut ist der Trunk in ihm eine Macht geworden, die der vordringenden Kultur und dem Einfluss von Kirche und Schule nur sehr allmählich weicht. Durch den zum Teil übermäßigen Umfang der Kirchengemeinden und Schulsozietäten, durch die Missstände des Hütewesens, das durch die dortigen agrarischen Verhältnisse in ausgedehntestem Maße zu einem notwendigen Übel geworden, und durch andere, in der Geschichte und Eigentümlichkeit jenes Landesteils begründete Notstände ist das geistliche und geistige Gedeihen jener Bevölkerung seit je in hohem Maße gehemmt gewesen, und hat an der Art der polnischen Bevölkerung, an ihrer Armut, ihrer Trunksucht und ihrem traditionell überkommenen Aberglauben – trotz der religiösen und kirchlichen Richtung, die ihrem Charakter eigentümlich ist, die schwersten Hemmungen gefunden.“ Das von dem katholischen Westpreußen und russischen Polen sowie dem katholischen Ermeland eingeschlossene Masuren sei deshalb Zielpunkt der katholischen Kirche, die in den benannten Problemen, aber auch im Aberglauben einen Bundesgenossen fand. Alles zusammen habe „die Haltlosigkeit des bäuerlichen Grundbesitzes und damit den Zuzug katholischer Käufer herbeigeführt“. Parallel habe sich der Baptismus „eingemischt“. ¹⁴³ Oldenberg schlug in einem Promemoria für den Central-Ausschuss vor, durch Druckschriften Einfluss auf die polnische Bevölkerung Masurens zu nehmen, umso dringender, da die vorhandene Literatur beschränkt und wenig verbreitet war. ¹⁴⁴ Schriften gegen Trunk und Aberglauben sollten ebenso erscheinen wie Traktate, um „den Landmann über seine wirtschaftlichen Bedürfnisse aufzuklären“. Wie Bibeln und Neue Testamente sollten diese aus Depots „leicht und möglichst billig bezogen werden können“. Bei der Suche nach geeigneten Kandidaten für den Schullehrerberuf sollte der ostpreußische Provinzial-Verein für Innere Mission mitwirken. Dazu gehörte auch die Unterstützung des Gustav-Adolf-Vereins, dem sich der Rosengartener Kirchspielverein angeschlossen hatte, des Vaterländischen Frauenvereins im Kreis Angerburg und der Inneren Mission. ¹⁴⁵

¹⁴² Vgl. Gresch, Reformation, S. 20.

¹⁴³ EZA, 7/3522: Achter Bericht des Central-Ausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche in Berlin und Hamburg von Mai 1865 bis Oktober 1866 (Auszug), Hamburg 1866. Siehe auch Kossert, Andreas, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956, Wiesbaden 2001, v. a. S. 27 ff. Zur polnischen Frage in Masuren: Deutsche Evangelische Kirchenzeitung, 2. April 1898, in: EZA 7/19142, Bl. 67; zum Germanisierungsprozess nach 1900 und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Berichte ab Bl. 73. Siehe auch Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, S. 666–670. Zum Aberglauben bereits: Pisanski, Georg Christoph, Von einigen Überbleibseln des Heidenthums und Pabstthums in Preußen, 1756. Zu Oldenberg: Lenkitsch, Wilhelm, Die innere Mission in Ostpreußen in ihrer geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 42. Kongress der Inneren Mission in Königsberg vom 21.–25. September 1928, Königsberg 1928, S. 51 f.

¹⁴⁴ In: Fliegende Blätter 1866, Hauptblatt Nr. 10.

¹⁴⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 576, Bl. 13. Siehe auch Stache, Christa, Evangelisch und deutsch. Das Wirken des Gustav-Adolf-Vereins im Ermeland und in Masuren 1850–1914, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 52 (2007 [2008]), S. 173–189.

Hier schließt sich der Kreis zu den vielfältigen Bemühungen Anna von Lehdorffs. Durch die Kriegereignisse des Sommers 1866 wurden alle Unternehmungen unterbrochen.

Es ist davon auszugehen, dass die Klage des Grafen von Kunheim über den „Leichtsinn der Jugend“, den Mangel an Religion, über „brausende Jugend-Torheit, Leichtsin und Gottes-Vergessenheit“, über die Verdrängung der „christlichen Tugenden“ bei Anna von Lehdorff, die sich, inzwischen Witwe, als Kirchenpatronin verstand, ein offenes Ohr fand.¹⁴⁶ Belegt ist die Bitte von Marie Paczynski und Annegret Keller um ein Gesangbuch für eine Bittstellerin, der sie nachkam, zumal beide dieser einen ordentlichen Lebenswandel bescheinigt hatten. Sie sei rechtschaffen, brav, fleißig und die beste Arbeiterin im Dorf gewesen, jedoch nicht mehr arbeitsfähig. Da die Familie nur ein Gesangbuch hätte, wünsche sie sich ein eigenes, um beim sonntäglichen Kirchenbesuch alles mitsingen zu können. Auch ein Gebetbuch für die Großmutter, die die Kirche nicht mehr besuchen konnte, wurde gewünscht.¹⁴⁷

Innere Mission und sozialdemokratische Gefahr

Anna Lehdorffs zunehmende Hinwendung zu religiösen Fragen sowie enge religiös, aber auch politisch fundierte Kontakte zu der Predigerin Caroline Remus, zu Hofprediger Adolf Stoecker und zu verschiedenen anderen, für die Innere Mission tätigen Personen sind auffallend.

Caroline Remus war die Frau von Carl Traugott Remus, Superintendent von Ostrowo. Im August 1868 wurde er in das Amt eines Vize-Generalsuperintendenten für den masurischen Landesteil eingeführt, das er von Lyck aus verwaltete. Inmitten der beginnenden Germanisierungspolitik setzte er sich für die Stärkung der polnischsprachigen Seelsorge ein und forderte eine qualifizierte Polnischausbildung der Pfarrer. Scharf kritisierte er die Arroganz von Pfarrern und deutschen Bewohnern, die die polnischsprachigen Masuren als rechtlos betrachteten. Nach Remus' Emeritierung 1876 wurde seine Stelle nicht neu besetzt. Seit der Zäsur 1870 waren die Förderung der polnischen Sprache und Seelsorge unerwünscht. Unabhängig davon ist jedoch auch eine deutliche Verschiebung zugunsten der deutschen Sprache durch die zunehmende Erschließung des Landes, das Wachstum der Städte und den zunehmenden Verkehr zu konstatieren. In Rastenburg war die masurische Sprache um 1870 bereits verschwunden, im Kreis Angerburg gab es noch 6.000, im Kreis Goldap 2.000 Menschen, die masurisch sprachen.¹⁴⁸ Im öffentlichen Leben Masurens blieb die Seelsorge die letzte Bastion der polnisch-masurischen Sprache bis 1939. Zum 24. November 1939 wurden alle polnischsprachigen Gottesdienste in Masuren verboten. Damit endete eine 600 Jahre alte Tradition: Seit der Reformation in Preußen war der Gottesdienst immer in allen Sprachen des Landes abgehalten worden.¹⁴⁹

Adolf Stoecker war der Begründer der antikapitalistisch, antiliberal, antisozialistisch und antisemitisch ausgerichteten Christlich-Sozialen Partei, die am Ende des 19. Jahrhunderts über großen Einfluss auf dem ostpreußischen Land verfügte. Auf Anna von Lehdorffs Wunsch kam er im Herbst 1880 nach Preußen und besuchte den

¹⁴⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 383, Bl. 81–81 f.

¹⁴⁷ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 577, Bl. 194.

¹⁴⁸ Vgl. Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, T. 1, S. 648. Siehe auch Jasiński, Janusz, Für wen hielten sich die Masuren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Polnische Weststudien 4 (1985), S. 223–248.

¹⁴⁹ Vgl. Kossert, Deutsche oder Polen?, S. 48 ff.; Ders., Grenzlandpolitik und Ostforschung an der Peripherie des Reiches. Das ostpreußische Masuren 1919–1945, in: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 117–146, hier S. 142 f.

Mohrunger, Holländer, Heiligenbeilschen, Königsberger, Domnauer, Pr. Eylauer und Osteroder Kreis. In Königsberg hielt er in der Schlosskirche und in der Tragheimer Kirche Vorträge. Noch war Stoecker wenig bekannt, die Kirche in Barten bei seinem Besuch nur wenig gefüllt.¹⁵⁰ Der für die Stadtmission tätige Berliner Pfarrer Jentsch besuchte zeitgleich die Kreise Neidenburg, Ortelsburg, Sensburg, Johannisburg. Die Missstände und große Rückständigkeit der Provinz, aber auch die aufkommende sozialdemokratische Bewegung, sollten über die Innere Mission durch eine Reevangelisierung und Germanisierung bekämpft werden. So verwundert es nicht, dass nach der Emeritierung von Jentsch Anna Lehndorff versuchte, eigene Interessen durchzusetzen. Max Jordan, dessen Einfluss sie dafür nutzen wollte, antwortete ihr im April 1874, er könne offiziell nichts tun, da „alles durchs Schlesische Konsistorium gehen muss – und in Breslau soll man ihm nicht sehr günstig gewesen sein in Bezug auf seine Amtsführung.“¹⁵¹ Neben Gräfin Lehndorff unterstützten auch Graf Egloffstein in Arklitten, die Gräfin Dohna in Dönhoffstädt und Graf Dohna in Königsberg die Innere Mission.¹⁵²

Während des Aufenthalts von Kaiser Wilhelm I. in Gastein 1885 nutzte Anna ihre „Netzwerke“, um in Stoeckers Sache tätig zu werden. „Was nun zu tun, einmal in Erwägung zu ziehen, ob Sie den Juden den Gefallen tun und die Hofpredigerstelle in den Wind schlagen, denn dahin geht ihr Geschrei – oder es würde nur die Möglichkeit bleiben, dass Sie, wie Ritter George, eine Zeitlang dem politischen Treiben entrückt, sich stählen zu künftiger Arbeit, oder aber Sie fühlen, dass es Gottes Wille, auch jetzt als Missionar der Gott entfremdeten Massen zu wirken, wozu Sie entschieden Beruf und Begabung von Gott empfangen haben. Dann müssten Sie selbst um Ihren Abschied einkommen. Da würde ein gnädiger Abschied wohl zu verlangen sein. Der geliebte Kaiser ist nun einmal kein Kind dieser, sondern der alten Zeit, alles was außergewöhnliche Bahnen wandelt, zumal, wenn es mit ihm im Zusammenhang steht, verletzt seine sensitive Natur, wenn es so in den öffentlichen Schmutz gezogen wird, wie der niederträchtige Judengenosse es jetzt mit Ihnen tut. Dass die christlich-konservative Partei so weit positiv zu Ihnen steht wie ein Mann, das versteht sich von selbst, aber wenn Sie losgelöst vom Schirm des Kaisers weiter arbeiten, gehört Selbständigkeit des Urteils und des Charakters dazu, um dann zu Ihnen zu stehen, und Sie wissen selbst, wieviel davon bei den Massen zu finden sein wird. Es wird also auch da ein Riss entstehen, und ob das Werk schon so weit gestärkt ist, um das Prestige, welches mit dem Namen des Kaisers verbunden ist, zu entbehren, das muss die Zeit lehren. Wie sehr ich es hoffe und wünsche, dass die selbständige christlich-konservative Gesinnung wachse quand même, das brauche ich Ihnen, mein teurer Hofprediger, wohl nicht erst zu sagen“, schrieb sie Stoecker am 1. August 1885.¹⁵³

Im September 1885 traf in Steinort die antisemitische Schrift „Hofprediger Stoecker – seine Feinde und sein Prozess“ ein, die die „von jüdisch-fortschrittlicher Seite gegen Herrn Hofprediger Stoecker erhobenen Beschuldigungen“ widerlegen sollte. Der Verfasser, wie dem Titel zu entnehmen „Mitglied der christlich-sozialen Partei und des Deutschen Antisemitenbundes“, hatte sie an „Glaubensgenossen und an die Verehrer und Freunde des Herrn Stoecker“ gesandt. Ob der Verfasser Anna von Lehndorff bekannt war, ließ sich nicht feststellen, jedoch

¹⁵⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 485, Bl. 27–28v (Tettau-Tolks an Gräfin Lehndorff, 2. Dezember 1880).

¹⁵¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 77–78v.

¹⁵² Vgl. Lenkitsch, Die innere Mission in Ostpreußen, S. 84–95 (Königsberg und Provinz), S. 120–126 (Oldenbergs Bericht), S. 145 (Egloffstein), zu Stoecker S. 182 ff.

¹⁵³ GStA PK, VI. HA, Nachlass Adolf Stoecker, Nr. 30, Bl. 1–6v. Siehe auch Aus 50 Jahren. Erinnerungen, Tagebücher und Briefe aus dem Nachlass des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld, Berlin 1923, S. 127 ff.; Otto von Bismarck. Gesammelte Werke, Neue Friedrichruher Ausgabe, hrsg. von Holger Afflerbach, Bd. 8, bearb. von Andrea Hopp, Paderborn 2014, S. 24–26 (Bismarck an Puttkamer, 17. Januar 1888).

hat sie dessen Haltung geteilt, wie bereits aus ihrem Schreiben an Stoecker allzu deutlich wurde. Dass die Familie zeitgleich umfängliche geschäftliche Beziehungen zu jüdischen Bankiers in Königsberg und Berlin unterhielt, die Kredite für das hochverschuldete Steinort zur Verfügung stellten, zeigt das Janusköpfige des Antisemitismus des 19. Jahrhunderts.¹⁵⁴

Obwohl noch bis zum Jahr 1890 in den 17 ostpreußischen Wahlkreisen (von Königsberg-Stadt abgesehen) nur in fünf sozialdemokratische Stimmen gezählt und auch 1890 nur in den kleinen Städten Stimmen abgegeben worden waren, setzte der Angerburger Superintendent Hermann Adalbert Braun im Bündnis mit Anna von Lehn-dorff gegen die sozialdemokratische „Gefahr“ alle Hoffnungen auf Stoecker. Zur Grundsteinlegung der Kirche in Possessern am 30. April 1891 wollte Braun alle Geistlichen der Diözese einladen, um Stoecker im Anschluss bei einer Versammlung in Steinort persönlich kennenzulernen. In Lötzen und Rhein war das Gerücht aufgekommen, Stoecker sei aus der Kirche ausgetreten, was zahlreiche Kirchenaustritte nach sich zog. „Gott sei Dank ist der hiesige Kreis gegen diese Versuchung standhaft geblieben, ja man hat sogar in einzelnen Dörfern, wo Droste seinen Besuch angemeldet hatte, um gegen die Kirche zu wüten, sich seinen Besuch ernstlich verboten.“ In Bezug auf die Sozialdemokratie halte er es „nicht für praktisch, unsere Gemeinde zu einem Kampf aufzufordern, solange der Feind nicht da ist. Erregt man die Gemüter, indem man schon lange vorher von den Gefahren und Lehren der Sozialdemokratie predigt, so streicht man in die Luft, denn hier hat man noch keinen Sozialdemokraten gesehen; ferner werden die Leute gespannt auf den Feind, den sie doch endlich einmal mit ihren eigenen Augen sehen und ihren eigenen Ohren hören möchten. Sie bekommen überhaupt zu viel Interesse für diese Neuheit und wir bereiten, ohne es zu wollen, dem Feind den Boden. [...] Im Konfirmandenunterricht kann man weit mehr auf die wahnwitzigen Lehren der Sozialdemokratie eingehen als vor den Erwachsenen in Predigten und Ansprachen. Hier haben wir auch die Herzen der Kinder ganz in der Gewalt und können dieselben wie weiches Wachs formen.“ Sollten „die Sendboten der Sozialdemokratie“ tatsächlich kommen, würde er Gegenversammlungen abhalten. Die Sozialdemokraten könnten jedoch unter dem Deckmantel der „Reiseprediger“ auftreten, denn „im Sektenwesen“ gebe es „viel Sozialdemokratisches“. Beim Zusammenbrechen aller bestehenden Ordnungen „können die Sekten nur gewinnen, die Kirche nur verlieren.“¹⁵⁵ In den Pfingsttagen kam Stoecker tatsächlich nach Steinort. Auf seinen Wunsch schloss sich an die Konferenz, die zur „Anregung für die sozialen Bestrebungen“ genutzt werden sollte, ein Fest zugunsten der Berliner Stadtmission an.¹⁵⁶

Das Bestreben, den sozialdemokratischen Einfluss zurückzudrängen und die Stellung der Kirche zu stärken, trugen in Steinort, wo die Gutsherrschaft auch in den 1890er Jahren noch eng mit den Bauern, Instleuten und Tagelöhnern verflochten war, noch Früchte. Die allgemeine Lage sah anders aus: Hatte sich bei der Wahl 1893 noch wenig geändert, brachte die Wahl 1898 der Sozialdemokratie ca. 45.000 Stimmen in Ostpreußen. Von dem

¹⁵⁴ APO, Bestand 382 FA Lehn-dorff, Nr. 621, Bl. 1–1v. Siehe auch Rürup, Reinhard, Kontinuität und Diskontinuität der „Judenfrage“ im 19. Jahrhundert. Zur Entstehung des modernen Antisemitismus, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 388–415.

¹⁵⁵ GStA PK, VI. HA, Nachlass Adolf Stoecker, Nr. 69, Bl. 252–255v. Die Ostpreußische Landeskirche war in sich nicht homogen. Seit dem 19. Jahrhundert traten neue religiöse Gruppierungen in Erscheinung, die die Amtskirche in Frage stellten, wie die „Lichtfreunde“ des Königsberger Pfarrers Julius Rupp (1809–1884), die Irvingianer, Wiedertäufer (Baptisten) und die Bewegung um den Sektenführer Droste. Die Mennoniten traten in Ostpreußen missionierend kaum in Erscheinung, die Philipponen hatten schon 1827 ihr Zentrum im Kloster Eckertsberg (Kreis Sensburg). Die Gemeinschaftsbewegung hatte sich eine Vertiefung des christlichen Glaubens und die Evangelisation zum Ziel gesetzt, dazu zählten u. a. die Herrnhuter Brüdergemeinde, die Stundenhalterbewegung sowie die in Masuren aktiven Gebetsbrüder (Gromadki).

¹⁵⁶ APO, Bestand 382 FA Lehn-dorff, Nr. 521, Bl. 8–8v.

Plus an 23.000 Stimmen entfiel ein Großteil auf das platte Land. Auch drei bürgerliche Grundbesitzer hatten sich in die Reihen der SPD gestellt: Max Herbig, Maraunenhof, Adolf Hofer, Sjkaisgirren und Pleinlauken, und Ernst Ebbard, der auf seinem Gut Versuche mit der Gewinnbeteiligung seiner Landarbeiter machte.¹⁵⁷ Auf lange Sicht aber waren die Bemühungen, die enge religiöse Bindung aufrecht zu erhalten, selbst in der Familie nicht von Erfolg getragen. Ria von der Groeben äußerte 2009, diese Bindung sei nur noch konventionell und der Tradition entsprechend gewesen, mehr nicht. „Die Kirche war sehr weit weg. Man überlegte ernsthaft, ob man den Küster nur für den Kirchengang einen ganzen Tag beschäftigen sollte. Außerdem war es sehr kalt in den Wintern. Bei zwanzig Grad unter null sollte er nicht anderthalb Stunden draußen warten.“¹⁵⁸

Das Kirchen- und Schulpatronat

Das Schulpatronat

Der gemeinsame Gesang aus dem Gesangbuch in der Sprache des Volkes machte zumindest die Anfänge von Lesen und Schreiben erforderlich. In Dörfern mit eigener Kirche war oft der Küster zugleich Schulmeister unter Aufsicht des Pfarrers.¹⁵⁹ An „Erlernung der Sprüche, Bibel- oder Neu-Testament und Gesangbuchkaufen“ könne nicht gedacht werden, geschweige denn an Lesen-Lernen, klagte Konsistorialrat Dr. Pauli 1712. Die „Barbarei“ sei so groß, dass ihm sogar Prediger bekannt seien, die nie eine Bibel besessen und sich mit „Postillen“ beholfen hätten.¹⁶⁰

Nachdem König Friedrich Wilhelm I. in einer Kabinettsordre geschrieben hatte: „Wenn ich auch das Land baue und verbessere und mache keine Christen, so hilft mir alles nit“, war eine Kirchen- und Schul-Kommission eingesetzt worden, die das Land bereiste. Schulbauten und Maßnahmen zur Ausbildung von Lehrern folgten.¹⁶¹ Am 6. Dezember 1717 ordnete der König an, dass an allen Orten „wo Schulen seien“, die Eltern ihre Kinder gegen zwei polnische Groschen Schulgeld pro Woche und Kind im Winter täglich, im Sommer, wenn sie in der Wirtschaft benötigt würden, ein oder zweimal in der Woche zur Schule zu schicken hätten. Sollten sie dies unterlassen oder das Schulgeld nicht entrichten, drohten Strafen. Falls die Eltern das Schulgeld nicht hatten, sollte es von den Ortsalmosen getragen werden. Auf dem Land sollten die Prediger zusätzlich am Sonntagnachmittag „Catechisationes“ mit der Gemeinde abhalten.¹⁶²

Mit der Gründung des Preußischen Mons Pietatis 1737 und dem „Schulgründungsplan“ (Principia Regulativa) waren die gesetzlichen Voraussetzungen für die Verbesserung des Schulwesens auch in Masuren gegeben. Die

¹⁵⁷ Zu den Wahlen: Braun, Otto, Die Sozialdemokratie in Ostpreußen, in: Sozialistische Monatshefte. Internationale Revue des Sozialismus 2 (1898), S. 303–309.

¹⁵⁸ Zit. nach: Vollmer, Antje, Doppelleben. Heinrich und Gottliebe von Lehnndorf im Widerstand gegen Hitler und von Ribbentrop, Frankfurt a. M. 2010, S. 52 f.

¹⁵⁹ Vgl. Brehm, Johannes, Entwicklung der evangelischen Volksschule in Masuren im Rahmen der Gesamt-Entwicklung der preußischen Volksschule, Biella 1914, S. 84.

¹⁶⁰ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 340 f.

¹⁶¹ Vgl. Neugebauer, Wolfgang, Absolutistischer Staat und Schulwirklichkeit in Brandenburg-Preußen, Berlin/New York 1985, S. 91 f.

¹⁶² GStA PK, XX. HA EM 42 a, Nr. 4, Bl. 1–2.

Gemeinden standen nun in der Pflicht, Schulhäuser zu errichten und zu unterhalten. Jede Kirche hatte zur Besoldung der Schulmeister jährlich 4 Rtlr. zu geben, im Fall des Unvermögens hatte der Kirchenpatron einzuspringen, dessen Patronatsrechte mit den Schuledikten nicht angetastet worden waren.¹⁶³ Die Durchsetzung der Schulpflicht hatte für adlige Schulpatrone jedoch nur empfehlenden Charakter. 1737 wurde ihnen freigestellt, sich entweder der von der Schulkommission veranstalteten Schuleinrichtung anzuschließen oder eigene Schulen einzurichten und den Unterhalt des Schulmeisters zu sichern. Bis Februar 1737 hatten sich die adligen Schulpatrone zu erklären, wie sie es halten wollen, dann sollten die Hauptleute „ein wachsames Auge darauf haben, ob auch die adligen Einsassen ihrer ad protocollum gegebenen Submission gemäß die Schulen in ihren Gütern so einrichten.“¹⁶⁴

Die Schulbauten sollten solide und dauerhaft sein und nach einheitlichem Muster erfolgen; sie sollten zwei Stuben, eine Kammer und Stallung haben. Kein Dorf sollte weiter als eine halbe Meile von der Schule entfernt sein. Pisanski gibt an, dass gegen Ende des Jahrhunderts mehr als 1.800 Dorfschulen angelegt worden waren.¹⁶⁵ Auch in Steinort wurde 1737 eine Schule gegründet,¹⁶⁶ weitere folgten in Stawken, Stawisken und Labab. Von der neuen Schulstube in Stobben sind die Maße bekannt: 4.032 Kubikfuß, die Wohnstube des Schulhalters war 4.410 Kubikfuß groß.¹⁶⁷

Per Gesetz wurde der Unterricht am 3. April 1734 geregelt.¹⁶⁸ Zu den allgemein einzuführenden Büchern gehörten der „zergliederte sowohl als der erklärte Catechismus Lutheri, der Inhalt der Biblischen Bücher, die Christliche Lehre im Zusammenhang; das Buchstabier- und Lesebuch, das allgemeine von Gott, von der Welt und dem Menschen, und das Lehrbüchlein zum Unterricht der Kinder auf dem Lande in allerhand nötigen und nützlichen Dingen.“¹⁶⁹ Jedes Kind sollte sein eigenes Buch haben. Das Unterrichtsziel formulierte der Hofprediger Ludwig Ernst Borowski in seiner 1788 erschienenen „Neuen Preußische(n) Kirchenregistratur“: „Gut Lesen, Schreiben, Rechnen sind denn wohl die Hauptsachen, die den Dorfschulhalter beschäftigen müssen. Zum eigentlichen Religionsunterricht gehört schon etwas mehr, als man von ihm erwarten sollte. Und wenn in diesen Schulen die Lehrer ihren Zöglingen das fertige Aufschlagen biblischer Stellen und Gesänge beibringen, ihnen von den nutzbarsten und fasslichen Erzählungen, die in der Bibel vorkommen, einen Begriff machen; einige Hauptsprüche lernen lassen und sonst nur auf gute rechtschaffende Empfindungen für Gott und ihre Nebenmenschen arbeiten, so haben sie für den Prediger, der die Kinder für den Christentums-Unterricht nicht verstimmt haben will, schon genug und gewiss auch viel getan.“¹⁷⁰

Je nach der Vorbildung des Lehrers vollzog sich der Unterricht auf dem Land meist in der polnischen Sprache. Erst mit der besseren Vorbildung der Lehrer war ein Unterricht auch in deutscher Sprache möglich, was auch

¹⁶³ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 111.

¹⁶⁴ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 135.

¹⁶⁵ Vgl. Pisanski, Georg Christoph, Entwurf der Preußischen Litterärsgeschichte. Ältere Geschichte vom ersten Beginnen gelehrter Kenntnisse in Preußen an bis zum Anfange des siebzehnten Jahrhunderts, Königsberg 1791, S. 173 f.

¹⁶⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 543, Bl. 1–3. Die Schulgründungs- und Revisionsprotokolle der Lokal-Schulkommissionen sind im Geheimen Staatsarchiv nicht überliefert.

¹⁶⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 821 (Schulhalter Jankowski an Lehndorff, 5. April 1854, mit der Bitte um eine Holz-zulage).

¹⁶⁸ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 111.

¹⁶⁹ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 224.

¹⁷⁰ Zit. nach: Brehm, Volksschule, S. 224.

den Forderungen der Gutsbesitzer entsprach.¹⁷¹ Utraquistische Schulen, in denen Kinder mit beiden Muttersprachen beschult werden konnten, scheiterten am Personal und an den Lehrmitteln. So blieben die ambitionierten „Ideen über National-Erziehung“ des Berliner Oberkonsistorialrats Zöllner lange Zeit Wunschvorstellung: „In den Schulen, wo mit den nichtdeutschen Kindern auch deutsche in die Schule gehen, wie dieses in den meisten polnischen und litauischen Gegenden der Fall ist, müssen die ersteren zuhören, wenn die letzteren unterrichtet werden, und der Lehrer muss von Zeit zu Zeit an sie Fragen richten. Allmählich können sie deutsch zählen, rechnen, alle Gegenstände in der Schule nennen und die Redensarten lernen, die im gemeinen Leben am häufigsten vorkommen; dann erst, und wenn sie ihr erstes Elementarbüchlein in ihrer Muttersprache geendigt haben, lernen sie deutsch lesen und wiederholen nun in deutscher Sprache eben den Unterricht, den sie zuvor in ihrer Muttersprache erhalten haben. Es versteht sich, dass zu diesem Zwecke Schulbücher vorhanden sein müssen, die in der deutschen und in der fremden Sprache, welche die Kinder sprechen, genau übereinstimmen, damit nicht nur der Lehrer mit Leichtigkeit Ausdrücke beider Sprachen verwechseln, sondern auch die Kinder bei ihrem häuslichen Fleiße sich aus der Übersetzung Rat holen können. Wenn nun die Kinder durch kleine Prämien und Auszeichnungen noch besonders zum Erlernen des Deutschen ermuntert und mit deutschen Kindern auch noch außerhalb der Schule umzugehen veranlasst würden, so ist nicht zu zweifeln, dass sie nach und nach es dahin bringen sollten, an dem Unterricht, der in der deutschen Sprache erteilt wird, immer mehr Anteil nehmen zu können. Mit der Zeit geht dies immer weiter, und bei der zweiten Generation ist sicher auf diese Weise schon so viel Bekanntschaft mit der deutschen Sprache vorhanden, dass der Lehrer sich dieser Sprache beim Unterricht in der Regel bedienen und die fremde nur zur Hilfe nehmen darf.“¹⁷²

Als Oberpräsident von Auerwald 1811 Ostpreußen bereiste, fand er den Ist-Zustand weit davon entfernt. 1817 versprach die Regierung zu Gumbinnen Lehrern, die sich um die Förderung der deutschen Sprache bemühten, Gratifikationen. Pfarrer und Superintendenten sollten sich verstärkt um die Förderung der deutschen Sprache bemühen.¹⁷³ Bei den Theologen sah es nicht besser aus: Obwohl schon 1687 Markgräfin Louise Charlotte von Brandenburg, geborene Prinzessin von Radziwill mit einer Stiftung für die Königsberger Universität die Gründung eines polnisch-reformierten Seminars unterstützt hatte, wurde erst 1723 für deutschsprachige Theologiestudenten an der theologischen Fakultät der Universität Königsberg ein litauisches Seminar eingerichtet, dem 1728 ein polnisches folgte.¹⁷⁴

Zwischen September 1739 und März 1740 hatten erste Revisionen zur Umsetzung der königlichen Anordnungen stattgefunden, ab 2. Mai wurden die masurischen Ämter bereit. Die Schulverhältnisse, der Schulbesuch und die Versorgung der Lehrer in Steinort, Rosengarten, Doben, Stawken, Stobben, Labab waren nicht so, dass es ohne mahnendes Edikt am 20. August 1739 abging, denn die „hochgeehrte Frau Gräfin“ hielt sich nicht an die königlichen Vorschriften.¹⁷⁵ Schon am 28. April 1739 war sie aufgefordert worden, „dass denen Schulmeistern alsofort bequemere Wohnungen, solange, bis die neuen Schulen fertig sein werden, eingeräumt, die Kinder flei-

¹⁷¹ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 276–280; zur Verbreitung der deutschen und masurischen Sprache 1817 und 1825 S. 395–397. Demnach war im Kreis Angerburg die masurische Sprache in den meisten Schulen noch immer die Haupt-Unterrichtssprache, auch wenn die deutsche Sprache sich zunehmend verbreitete.

¹⁷² Zit. nach: Brehm, Volksschule, S. 399.

¹⁷³ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 401 f.

¹⁷⁴ Vgl. Machholz, Materialien, S. 14 (1687); GStA PK, XX. HA, Rep. 2 I, Tit. 34, Nr. 9 (1723/1728).

¹⁷⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 464.

ßig zur Schule gehalten, und der Unterhalt nach der Vorschrift des Schulen-Protokolls dem Schulmeister unweigerlich gereicht“ werde. Dort, wo für den Schulbau bereits Holz angefahren war, sollte dieser beschleunigt erfolgen.¹⁷⁶ Maria Louisa von Lehndorff musste noch mehrfach an ihre Pflichten erinnert werden. Ob ihr eine angedrohte Strafe tatsächlich auferlegt wurde, ist aus den Akten nicht erkennbar und falls ja, blieb sie wirkungslos. Unter den adligen Schulpatronen war sie kein Einzelfall. Am 2. Oktober 1738 wurde allgemein per Edikt an die „gewissenhafte Einrichtung und Erhaltung des Schulwesens durch den Adel“ erinnert.¹⁷⁷

Durch den Tod des Königs kamen die Visitationen und die Schulreorganisation ins Stocken. So blieben die Mängel des Schulwesens von Stawken und Resau bis zum 29. Februar 1743 ungerügt, das am selben Tag erlassene Edikt forderte deren Behebung und die Verbesserung des Schulwesens in beiden Orten. Erst 1803 scheinen die Probleme behoben gewesen zu sein.¹⁷⁸ Nachdem am 11. Januar 1746 die regelmäßige Versorgung der Schulmeister durch Schulgeld und Naturalien und deren Abgabefreiheit angemahnt worden war, wurde die Gräfin Lehndorff nochmals aufgefordert, auf den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder ihrer Gutsuntertanen zu achten (5. Mai 1746). Auch die im selben Jahr abgehaltene Kirchen-Visitation ergab, dass im Schulwesen erhebliche Mängel bestünden. Gerügt wurde, „1. dass die Kinder fleißiger zur Schule gehen müssen; 2. dass die erwachsenen Kinder den Sommer durch nicht ganz aus der Schule bleiben, sondern zu derselben laut Königl. Verordnung 1734 gehalten werden“.¹⁷⁹

Der Bericht des Johannisburger Erzpriesters von Hambruch fasst die Gründe für den mangelhaften Schulbesuch zusammen. Es wäre nur möglich den Schulzwang durchzusetzen, „wenn die Armut nicht so groß wäre, die es macht, dass hin und wieder unbekleidete Kinder die Schule nicht so, wie sich es gebürt, frequentieren können, und selbst der Wirt entzieht im Frühjahr und Sommer seine Kinder der Schule, weil er Armut wegen kein Gesinde halten kann, und lässt sich auch durch die schärfsten Zwangsmittel zu seiner Pflicht nicht anhalten.“¹⁸⁰ Das betraf bei weitem nicht nur adlige Schulen. Mit der königlichen Schule zu Drengfurth, die von den Kindern des Steinorter Vorwerks Serwillen besucht wurde, stand es auch nicht besser; hier war der Unterhalt des Schulmeisters Gegenstand der Rüge.¹⁸¹

Auch in den 1740er und 1750er Jahren rissen die Klagen nicht ab. Im Winter 1742 und noch mehrfach wurde die Gräfin unter Androhung von Strafen aufgefordert, die schlechten Wege der Güter zu reparieren, damit die Kinder die Schulen überhaupt erreichen könnten. Im Februar 1743 standen Mängel der Schulen in Stawken und Resau in der Kritik, im Juli 1744 und im Dezember 1746 Zahlungen der Güter Pristanien und Stawken für die Kirche in Engelstein und das Gehalt der dortigen Pfarrwitwe. Im Mai 1745 waren es die Zahlungen an den Schulmeister in Rosengarten, um dessen „Subsistenz [es] höchst schlecht bestellt“ war, da die Zahlung von 4

¹⁷⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 464. Das Reskript zur Schuleinrichtung vom 9. April 1739 bekräftigte das Reskript vom 20. Dezember 1738. Der Adel wurde verpflichtet, an Orten, für die der Schulbau beschlossen war, unverzüglich die Schulmeister mit Wohnungen und Unterhalt zu versorgen.

¹⁷⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 469. Beispiele: Brehm, Volksschule, S. 135 ff.; S. 205 f. Übersicht der neuen Schulen im Amt Angerburg. Im Kirchspiel Angerburg waren adlige Schulen in Reussen, im Kirchspiel Engelstein in Pristanien und Resau, im Kirchspiel Rosengarten in Marselnen, Steinort, Stobben, Filia Doben, Stawisken eingerichtet worden.

¹⁷⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 462 (1743); XX. HA EM 42 a, Nr. 214, n. f. (1803).

¹⁷⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 587. Siehe auch Opgenoorth, Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens, Teil II/2, S. 147 f.

¹⁸⁰ Zit. nach: Brehm, Volksschule, S. 276.

¹⁸¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 587.

Rtlr. durch Gräfin Lehndorff noch immer ausstand.¹⁸² Im Dezember 1749 war es die an den Pfarrer von Wargen zu zahlende Kalende, im Winter 1750 das Bauholz, das die Gräfin zur Reparatur der Kaplanei in Drengfurth zu liefern hatte, im Juni 1750 das nicht gelieferte Brennholz-Deputat für den dortigen Diakon.¹⁸³

Normsätze für das Gehalt der Schullehrer waren in den Principia regulativa 1736 festgesetzt worden. Dabei war man davon ausgegangen, dass sich der Lehrer durch einen Nebenverdienst weiteres Einkommen verschaffen könnte. Während der Ernte durfte er sich auch 6 Wochen als Tagelöhner verdingen.¹⁸⁴ Da der 1726 in Rosengarten amtierende Schulmeister Johann Christian Kelch, der bis zum Schulbau in Steinort auch die Lehndorffschen Güter versorgte, mit dem Schulgeld nicht ausreichte, erhielt er Zahlungen aus der Kirchenkasse in Rosengarten.¹⁸⁵

Nach Toeppen stand einem verheirateten Lehrer pro Kind ein „Quartal-Schulgeld von 7 Gr. 9 Pf., außerdem 20 Stof Korn, 5 Stof Gerste, 5 Stof Gricke (Graupen), 1 Stof Erbsen, 1 Stof Salz, 1 Pfund Speck und 1 Hahn nebst 6 Stück Eiern“ zu. Wer keine Kinder zur Schule schickte, hatte die Hälfte zu geben; unverheiratete Lehrer mussten sich mit freier Koste reihum bei den Dorfsinsassen begnügen.¹⁸⁶ Nach einer Verfügung von 1741 hatten Lehrer adliger Schulen zu erhalten:

- freie Wohnung
- Garten von 100 Quadratruten
- 3 kulmische Morgen Acker
- 2 Fuder Heu
- 2 Achtel Holz
- Weidefreiheit für 2 Rinder, 2 Schweine, 2 Schafe, eine Gans
- Freiheit von allen Oneribus, d. h. Belastungen.¹⁸⁷

Wie die Klagen zeigen, sah die tatsächliche Lage anders aus. Wurde kein Ackerland vom Grundherrn der Gemeinde zur Verfügung gestellt, so erhielt der Schulmeister pro Hufe Bauernland 4 Metz Roggen, 2 Stof Gerste, 3 Stof Hafer, 2 Stof Erbsen und 1 Fuder Strauch. Der Grundherr schoss zu, was an 10 Scheffel Roggen, je 2 Scheffel Gerste, Hafer und Erbsen, 10 Fuder Sprock und Lagerholz, 12 Zentner Heu und 1 Schock Stroh fehlte. Häufig waren Schulmeister deshalb zugleich Handwerker oder verdingten sich für Tagelohn. Eine Schulstube war schon etwas Besonderes. Obwohl jedes größere Dorf einen eigenen Schulmeister haben sollte, teilten sich gewöhnlich 4 bis 6 Dörfer einen Schulmeister. Von Regelmäßigkeit des Unterrichts konnte so keine Rede sein. Die Schule ging von Katharinä (25. November) bis Ostern und war von jedem Kind ab dem 6. oder 7. Lebensjahr bis zum 9./10. Lebensjahr zu besuchen und das Gelernte mit einer Prüfung unter Beweis stellen. Aus den entfernten

¹⁸² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 445 (Bescheid des Amtes Barten an Gräfin Lehndorff als Anhang zum Schreiben vom 15. Juli 1745).

¹⁸³ Nach den im Gutsarchiv Lehndorff-Steinort im Geheimen Staatsarchiv überlieferten königlichen Edikten sowie Nr. 445 (Drengfurth), Nr. 414 (Engelstein), Nr. 320 (Korrespondenz mit Oberstleutnant von Budenbrock wegen Holzlieferungen zum Schulbau in Engelstein und zur Kaplanei in Drengfurth, 20. März 1754 ff.).

¹⁸⁴ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 347.

¹⁸⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 445.

¹⁸⁶ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 342.

¹⁸⁷ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 27.

Dörfern kamen die Knaben jedoch oft erst mit dem 10., die Mädchen mit dem 12. Lebensjahr.¹⁸⁸ Ob das „General-Landschulreglement“, nach dem die Prediger die Schulen zweimal wöchentlich besuchen sollten, konsequent umgesetzt wurde, ist zu bezweifeln.¹⁸⁹

Ob man dabei die schlechte Moral des Schullehrers Strugull, der schon vor 1774 in Steinort beschäftigt war, festgestellt hätte, sei dahingestellt. 1784 schwängerte er „eine ledige Person, die Brot auf die Dörfer zum Verkauf trägt“. Sie hatte sich dem Pfarrer offenbart, Strugull stritt alles ab. Bei der Kirchenvisitation im Juni 1784 wurde mit Propst Pisanski verabredet, dass Strugull entlassen werde und binnen drei Wochen aus dem Amt zu scheiden habe. Das war noch im November nicht geschehen. Bei einer gerichtlichen Untersuchung durch den Justitiars Leitner in Rosengarten stellten sich weitere Amtsverfehlungen heraus, auch hatte Strugull hohe Schulden. Ihm wurde der Dienst untersagt und er wurde verpflichtet, bis zum 3. Dezember die Schulwohnung zu räumen. Den Unterricht übernahm der Pfarrer in Rosengarten bis zur Neubesetzung der Stelle, auch Verwalter Rhenius nahm sich der Erziehung der Schüler an, während sie bei ihm die Kunst des Strickens von Fischernetzen lernten.¹⁹⁰ Erst im Folgejahr war mit dem Student der Theologie Zielenski ein Kandidat gefunden. Pisanski hatte „bei dem Mangel an guten Menschen und dem, ich weiß selbst nicht woher, daselbst entstandenen Vorurteil von der schlechten Verfassung dieser Stelle“ lange keinen Vorschlag unterbreiten können.¹⁹¹

Mit der Regierungsübernahme König Friedrich Wilhelms III. rückten das Schulwesen und die religiöse Volksbildung in den Fokus. In der Kabinettsordre vom 3. Juli 1798 heißt es: „Ich betrachte das Schulwesen in meinen sämtlichen Staaten als einen Gegenstand, der allgemeine Aufmerksamkeit und Fürsorge verdient. Unterricht und Erziehung bilden den Bürger, und beides ist mindestens in der Regel den Schulen anvertraut, so dass ihr Einfluss auf die Wohlfahrt des Staates von der größten Wichtigkeit ist. Dies hat man längst erkannt, und dennoch hat man selbst ausschließlich nur auf die sogenannten Gelehrtenschulen die Sorgfalt verwendet, die man bei weitem mehr den Bürger- und Landschulen schuldig war, sowohl wegen der überwiegenden Menge der ihrer bedürftigen Untertanen, als auch um deswillen, weil bisher, einzelne Versuche abgerechnet, gar nichts dafür geschehen war. Es ist daher endlich einmal Zeit, für eine zweckmäßige Erziehung und für den Unterricht der Bürger- und Bauernkinder zu sorgen.“¹⁹² Die vom Hof- und Konsistorialrat Sack in seiner Abhandlung „über die Verbesserung des Landschulwesens vornehmlich in der Churmark Brandenburg“ zusammengefassten Mängel, waren auch in Steinort dringend abzustellen. Sack nennt als die Hauptprobleme „1. den Brotmangel und damit verbunden die Untüchtigkeit der Schulhalter, 2. die traurige und unzweckmäßige Beschaffenheit der Schulhäuser, 3. den schlechten Schulbesuch, 4. den schlechten Unterricht.“¹⁹³

Dass der König seine Reformpläne nicht durchführen konnte, lag hauptsächlich am Mangel an Mitteln, auch wenn er das von den ostpreußischen Landständen bei der Huldigung überreichte Huldigungsdonativ zur Vervollkommnung des dortigen Schulwesens bestimmt hatte. Die Stände hatten sich damit einverstanden erklärt, 50.000 Gulden sollten für die Landschulen verwendet werden, da Adel und Kölmer diese Summe gestiftet hatten. Da die Zinsen jedoch nur 2.000 Gulden jährlich betragen, konnten keine neuen Schulen und kein Lehrerseminar eingerichtet werden. Seitens der Ritterschaft wurde deshalb vorgeschlagen, vier im Unterrichten fähige Landprediger

¹⁸⁸ Vgl. ebd. (nach Tribukeits Chronik).

¹⁸⁹ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 225.

¹⁹⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 153–154v.

¹⁹¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 382, Bl. 77–78v.

¹⁹² Keller, Eduard Friedrich, Geschichte des Preußischen Volksschulwesens, Berlin 1873, S. 135.

¹⁹³ Zit nach: Brehm, Volksschule, S. 251.

in verschiedenen Distrikten auszusuchen, die ihrerseits je zwei Zöglinge aus dem Bauernstand in drei Jahren in der Landwirtschaft, und zwar in physikalischen, naturhistorischen und chemischen Kenntnissen, Religion und Moral sowie Gesetzeskunde unterrichten. Dafür sollten sie 50 Rtlr. und für die Beköstigung jedes Seminaristen 25 Rtlr. erhalten. Für Bücher wurden 16 Rtlr. 60 Gr. angesetzt. Die Aufsicht sollte das Etats-Ministerium führen, dem der Plan zur Begutachtung übersandt wurde. Hofprediger Borowski fand ihn „wohl überlegt“, verlangte aber, dass die jungen Leute 20 Jahre alt, vom Militär befreit und für den Schulstand bestimmt werden müssen, damit sie nicht letztendlich zu „Bedienten oder Schreibern oder Administratoren auf den adligen Höfen“ werden. Durch Spezialbefehl vom 18. März 1800 wurde der Vorschlag genehmigt und eine Tabelle der aufzubessernden Schulen verlangt. Deren Zahl war so hoch, dass man weit mehr Geld benötigt hätte, als zur Verfügung stand. Nur die „schlechtesten“ Lehrerstellen kamen so in den Genuss der Verordnung. In Masuren waren dies 53 Lehrerstellen, deren Gehalt auf 17 ½ Rtlr. angehoben wurde.¹⁹⁴

1830 verlangte die Königsberger Regierung, dass eine oder mehrere Stunden wöchentlich zum Erlernen der deutschen Sprache zu verwenden seien. Unter dem Eindruck des Polenaufstandes 1832 wurde die Empfehlung auf acht, später auf 12 Stunden heraufgesetzt. Der Religionsunterricht sollte weiterhin in der Muttersprache besucht werden können. An dem Entwurf einer neuen Schulordnung für die Provinz Preußen nach dem Landtagsabschied vom 3. Mai 1832 hatten neben Oberpräsident Theodor von Schön und den vier Regierungen auch Abgeordnete der Kreisstände, darunter Carl Friedrich Ludwig Graf von Lehndorff, mitgewirkt. Die nachfolgende Prüfung der Paragraphen durch das Kultusministerium wirft ein helles Licht auf die (dunklen) Zustände des Schulwesens in der Provinz.¹⁹⁵ Nach dem Regierungsbericht vom 26. Oktober 1834 waren nicht alle Lehrer in der Lage, „deutsche gedruckte Schrift mit einiger Fertigkeit zu lesen“, auch mangle es „an Auffassungsgabe und gutem Willen“. ¹⁹⁶ Mit dem Erlernen der Landessprache haperte es auch noch 1837 gewaltig und mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. wurden Verfügungen zugunsten der deutschen Sprache teilweise wieder zurückgenommen. Der Philologe August Bökh formulierte in der Sitzung der Berliner Akademie der Wissenschaften am 8. Juni 1841 die Vorstellungen des Monarchen in der Nationalitätenfrage: „Der König liebt und ehrt wohl die Muttersprache, erkennt zugleich aber auch jede fremde Sprache und Nationalität an und ist namentlich entschlossen, auch die Völker nichtdeutscher Zunge, die seinem Zepter unterworfen sind, sorgfältig zu pflegen, damit fortan keine Nationalität erlösche, wie die des Volkstammes, von dem der gesamte Staat den Namen trägt.“¹⁹⁷ Die Mindestforderung bestand darin, dass die Kinder „in der deutschen Fibel mit Verständnis lesen, über gewöhnliche Dinge ein deutsches Gespräch führen und die ersten drei Spezies rechnen, namentlich auch im Kopfe bis 100 mit Geläufigkeit addieren, subtrahieren und multiplizieren.“¹⁹⁸ Im königlichen Sinne hatte auch der Oberpräsident der Provinz Preußen Theodor von Schön 1848 dem polnischen Historiker Morawski entgegengehalten: „Nationalität, zur Idee erhoben und rein gestaltet, ist so hoch erhaben, dass sie unbedingt Achtung for-

¹⁹⁴ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 284–287.

¹⁹⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 626, Bl. 29 ff. (4. Januar 1834).

¹⁹⁶ Zit. nach: Brehm, Volksschule, S. 402.

¹⁹⁷ Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Phil.-Hist. Klasse, Berlin 1841, zit. nach: Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, S. 652.

¹⁹⁸ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 405 f., 436. Bis zum Ende der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. blieb es bei zweisprachigem Unterricht und mangelhaftem Schulbesuch, ebd., S. 437. Zum Volksschulwesen und zur Sprachenfrage: Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, T. 1, S. 650 ff.

dert. Jede Maßregel, welche der Gestaltung dieser Idee entgegenwirkt, ist verderblich. Jeder in einem Staate lebende Mensch kann zum Beispiel fordern, dass ihm das Gotteswort in seiner Muttersprache vorgetragen wird, dass der Richterspruch in seiner Sprache erfolgt, dass die Gesetze in seiner Sprache ihm bekannt gemacht werden.¹⁹⁹ Sein Nachfolger, der konservative Karl Wilhelm von Bötticher, hatte in dieser Frage zwar nicht mehr die Unterstützung des Provinzial-Landtages, änderte aber ebenso wie der ihm folgende liberale Rudolf von Auerswald nichts an der von Schön in der Provinz etablierten Nationalitätenpolitik. Erst unter Franz August Eichmann, ab 1850 Oberpräsident der Provinz Preußen, und Karl Wilhelm von Horn, ab 1862 Oberpräsident, wendete sich die Gesetzgebung wieder dem zweisprachigen Schulunterricht zu.²⁰⁰ Im Ministerial-Reskript vom 25. November 1865 wurde festgestellt, dass die Erlernung der deutschen Sprache für alle Preußen nötig sei: „Die Wohlfahrt der einzelnen Teile und Glieder kann nicht gedeihen ohne ein lebendiges Eingehen in die Kulturentwicklung des gesamten preußischen Vaterlandes und ohne eine bewusste und energische Teilnahme an den Fortschritte desselben auf allen Gebieten des Verkehrs und der schaffenden Arbeit. Diese aber setzt mit Notwendigkeit die Fähigkeit voraus, sich des durch die geschäftliche Entwicklung gegebenen, gemeinsamen Mittels der gegenseitigen Verständigung und Belehrung für alle Teile der Monarchie, der deutschen Sprache, bedienen zu können. Es ist daher eine schon auf der Stufe des Elementarunterrichts sich geltend machende, unerlässliche Forderung, dass die Volksschule die ihr anvertrauten Kinder in den Gebrauch der deutschen Sprache soweit einführe und darin befestige, als erforderlich ist, um sie in ihren künftigen Lebensverhältnissen zur mündlichen und schriftlichen Verständigung mit ihren deutsch redenden Mitbürgern zu befähigen.“²⁰¹

Das erforderliche Geld zur Finanzierung der Schulen und Lehrerstellen aufzubringen, scheint in Steinort immer problematisch gewesen zu sein. Der am 11. Dezember 1845 eingeführte § 7 der neuen Schulordnung, der das Schulgeld der Instleute betraf, wurde am 14. März 1855 aufgehoben und festgelegt, dass das Schulgeld nach wie vor auch künftig von jedem schulpflichtigen Kinde der Instleute zu entrichten sei.²⁰² Die finanziellen Engpässe betrafen auch die Holzzuteilungen für den 1860 fertiggestellten Neubau der Schule in Taberlack.²⁰³ Die Schule in Steinort musste lange ihren Dienst tun. Erst Carol von Lehndorff errichtete eine neue Schule, zu der auch ein Stück Gartenland gehörte.²⁰⁴

Durch einen Nachtrag zum Schulregulierung-Rezess vom 9. September 1867 waren Zulagen zur Verbesserung der Gehälter der Elementarschullehrer bewilligt worden, zu deren Aufbringung die Gemeinden verpflichtet waren. Demnach hatte ab 1. Oktober 1868 die Schulgemeinde Groß Steinort einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 24 Rtlr. zum Gehalt des Lehrers zu leisten. Das Patronat Steinort erklärte sich nicht einverstanden und bestritt das Recht der Regierung, das Einkommen der Lehrer auf adligen Patronatsstellen zu erhöhen, zumal das Gehalt schon mehr betrage, als die Schulordnung als Minimum bestimmt hätte. Man beantragte die Zahlung der Zulage aus der königlichen Kasse, hilfsweise diese Schulstelle neu zu regulieren. Der Einwand wurde zurückgewiesen. Dass die Einwohner zur Leistung nicht in der Lage seien, wurde damit entkräftet, dass auf gutsherrlichem Land

¹⁹⁹ Rothfeld, H., Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848, in: Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft 14 (1937), H. 2, S. 273 f.

²⁰⁰ Vgl. Hubatsch, Walther, Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870–1920, T. 2, in: Zeitschrift für Ostforschung 15 (1966), H. 1, S. 1–55, hier S. 1–3.

²⁰¹ Zit. nach: Brehm, Volksschule, S. 460.

²⁰² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 543, Bl. 12.

²⁰³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 106.

²⁰⁴ Vgl. Klootboom-Klootweitschen, Klaus, Der Carol, München 1964, S. 66.

der Grundherr die erforderlichen Kosten subsidiär aufzubringen habe. Trotzdem muss in den Folgejahren eine staatliche Unterstützung gewährt worden sein, die 1885 für die Schulverbände Pristanien, Stawisken, Steinort und Stobben wieder gestrichen wurde, da die staatlichen Fonds nicht ausreichten. Die durch den Landrat gegebene Begründung lautete knapp: Die Staatsbeihilfe werde zurückgezogen, „weil zu diesen Schulverbänden wohlhabende Gutsbezirke gehören.“²⁰⁵ Einen Einblick in die Lage auf dem Land gibt der Brief von Caroline Remus an Anna von Lehndorff, die sich in Berlin an den Karnevalsfeierlichkeiten erfreute, vom 25. Januar 1882. Aus Groß Schöndamm bei Ortelsburg schrieb sie: „Hier ist schon wieder eine Schule krankheitshalber geschlossen, in Jablonken Fabeks Residenz; ich glaube das betrifft gewiss diejenigen Kinder, welche barfuß gehen müssen.“²⁰⁶

Das Kirchenpatronat

Auch bei den regelmäßig abgehaltenen Kirchen- und Schulvisitationen stellte man im Kirchspiel Rosengarten häufig Mängel fest. Schon 1724 war bei Visitationen gerügt worden, dass, obwohl in den Königsberger Druckereien polnische, masurische und litauische Bibelausgaben hergestellt wurden, der Mehrsprachigkeit im ländlichen Raum kaum Rechnung getragen werde. Im konkreten Fall fehlte es an Bibeln in beiden Sprachen und man hatte nicht einmal einen Überblick über die Zahl der Konfirmanden, Schulkinder und alten Leute.²⁰⁷ Bei der Revision 1784 stellte man auch erhebliche Wissenslücken bei dem zum Prediger für Rosengarten vozierten Christian Friedrich Aegidi fest,²⁰⁸ was nicht verwundert, denn die schlecht dotierte Stelle an der östlichen Grenze Preußens war nicht die erste Wahl. Für den Kandidaten Aegidi wurde eine Nachprüfung anberaumt. Im Juni 1784 erhielt er 100 Tlr. „Mantel-Gelder“ und trat die Stelle an. „Sein ganzes Betragen ist von der Art, dass ich hoffe, Ew. Hochgeboren werden mit ihm auch in der Folge zufrieden sein. Die letzten drei Predigten haben mir so gefallen, dass ich mir fest vorgenommen, wenn es irgend möglich, in Zukunft keine zu versäumen. Er brauchte Leinsaat und habe ich ihm einen Scheffel geschickt und erbitte einen gnädigen Befehl, ob ich die Bezahlung dafür annehmen soll“, teilte Verwalter Rhenius Lehndorff am 18. Juni 1784 mit.²⁰⁹ Da dem Pfarrer lediglich die Einnahmen aus der kleine Kalende aus den Gemeinden zustanden, waren die Einkünfte so gering, dass der Pfarrerssohn kein Theologiestudium in Königsberg aufnehmen konnte, weshalb er 1797 um ein Stipendium des Königsberger Magistrats bitten musste.²¹⁰ Erst hundert Jahre später, am 1. April 1898, trat das „Pfarrreinkommengesetz“ in Kraft, das auch für Patronatsstellen Anwendung fand. Fortan war mit der Pfarrstelle ein Grundgehalt von 800 Tlr. verbunden.²¹¹

²⁰⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 543, Bl. 19–21, 34–34v.

²⁰⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 331, Bl. 37. Die Schule in Jablonken war bereits am Beginn des 18. Jahrhunderts von Gutsbesitzer Friedrich Wilhelm von Kolrepp gegründet worden.

²⁰⁷ Vgl. Brehm, Volksschule, S. 84 f.

²⁰⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 21–22.

²⁰⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 153–154v.

²¹⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 101, 103 (Einkünfte), Nr. 112 (Bittgesuch).

²¹¹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019].

Personalfragen waren immer ein wichtiges und für die Arbeit in der Gemeinde wesentliches Thema. So versuchte Anna von Lehndorff über Generalsuperintendent Dr. Moll Einfluss auf die Neubesetzung der Angerburger Superintendentur zu nehmen, als die Stelle von Paul Nathanael Paulini aufgrund dessen Emeritierung neu zu besetzen war. „Es bedarf wohl keiner ausdrücklichen Versicherung, dass ich alles aufbieten werde, um für die dortigen, zum Teil schwierigen Verhältnisse den möglichst geeigneten Mann zu finden und zu gewinnen, muss mir jedoch die Bemerkung erlauben, dass die Auswahl dadurch etwas beschränkt wird, dass teils die Fertigkeit im Polnischen, und zwar im masurischen Dialekt, teils nicht bloß die Befähigung, sondern auch die in der gegenwärtigen Spannung und Krisis der kirchlichen Verhältnisse nicht immer vorhandene Geneigtheit zur Übernahme der Superintendentur keinem Zweifel unterliegen darf“, versicherte Moll. Er werde jedoch nichts unterlassen, was zum Ziele führe, und glücklich sein, wenn der Erfolg den Wünschen der Gräfin entspräche.²¹² Paulini blieb noch bis 1874 im Amt. Sein Nachfolger wurde Carl Eduard Cludius, der in seinem 1881 geschriebenen Buch die „ganze mammonistische Gegenwart mit der mammonistischen Kunst und Wissenschaft, Presse und gemachten Volksstimmung“ nachdrücklich bekämpfte. Unter der Fürsprache Anna Lehndorffs war das Buch 1887 erschienen.²¹³ Als sich Staatsminister Robert Victor von Puttkamer bei ihr für ihre Teilnahme an seinem „nicht leichten Amtswege“ bedankte, sagt er ihr zu, ihren Wunsch hinsichtlich der Besetzung der Angerburger Superintendentur zum Gegenstand einer baldigen Besprechung mit Präsident Hermann zu machen, „in dessen Händen die Möglichkeit seiner Erfüllung namentlich liegt“. Ihre Klage wegen Beibehaltung bzw. Wiederherstellung der christlichen Elementarschulen werde der Hauptteil seiner amtlichen Sorge sein. Am 15. Juni 1881 kam Herrmann Adalbert Braun als Superintendent nach Angerburg. Auf Wunsch Anna von Lehndorffs kümmerte er sich fortan auch um das am 4. Oktober 1880 eingeweihte Siechenhaus²¹⁴, für dessen Wohlergehen sie u. a. Graf Dohna-Schlodien in seiner Entscheidung auf dem Provinzial-Landtag zu beeinflussen suchte. „Die Ansicht, dass es zweckmäßig sei, die Pflege der Siechen (vielleicht auch die ganze Armenpflege) den Kreisen zu übertragen, ist eine sehr verbreitete, wie denn überhaupt seit der neuen Selbstverwaltung das Streben nach Dezentralisation in unserer Provinz in sehr entschiedener Weise hervortritt, und ich will es nicht leugnen, dass auch ich dafür eine gewisse Sympathie habe. Ob diese Tendenz eine richtige und segensreiche sein wird, das kann allerdings nur die Zukunft lehren“, antwortete dieser am 1. April 1880. „Was meine eigene persönliche Stellung betrifft, so bedaure ich aufrichtig, dass ich in dieser Sache die Dezentralisation nicht werde so vertreten können, als ich es wohl möchte, da ich zufällig Referent in derselben bin und als solcher die Beschlüsse des Provinzial-Ausschusses zu vertreten habe.“²¹⁵

Auch die Besetzung der Pfarrstelle in Rosengarten mit einem dem Patronat gefälligen Kandidaten war wichtig, denn der Pfarrer gehörte zu den wenigen im Gutsdorf, der in engem, auch persönlichem Kontakt zur gräflichen Familien stand, den Konfirmandenunterricht erteilte und Ansprechpartner in allen Angelegenheiten der Wohltätigkeit war. Nachdem Pfarrer Ziegler 1889 aus dem Amt geschieden war, hielten mehrere Kandidaten aus Rhein und Angerburg Gastpredigten. Auf den aus Magdeburg gebürtigen bisherigen Hilfsprediger für die Stadt Königsberg Friedrich Ludwig Johannes Wolter, der am 17. November 1889 seine Probepredigt gehalten hatte, fiel die

²¹² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 1–1v.

²¹³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 10–11v. Cludius, Carl Eduard, Der Plan von Goethes Faust, Bremen 1887.

²¹⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 494, Bl. 20.

²¹⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 465, Bl. 6. 1882 wurde das Wilhelm-Augusta-Siechenhauses in Preußisch Eylau als Provinzial-Siechenhaus eröffnet.

Wahl des Patronats. Am 20. November erfolgte Wolters Bestätigung zum Pfarrer von Rosengarten und Doben durch das Konsistorium, am 18. Dezember 1889 führte Superintendent Braun ihn feierlich ein.²¹⁶

Die Patronatskirche in Rosengarten

1673 hatte Ahasverus Gerhard von Lehndorff mit der Erneuerung der alten Kirche in Rosengarten begonnen. Sie war schon um 1437 in der Rosengartener Handfeste genannt worden und bereits bei der Visitation 1574 baufällig.²¹⁷ Als Lehndorff im selben Jahr mit seinem Regiment gegen Schweden zog, übertrug er die Fertigstellung des Kirchenbaus seiner Mutter. Am 4. November 1683 wurden ihm durch den Kurfürsten das Kirchenlehn und das Patronatsrecht über Rosengarten erb- und eigentümlich übertragen.²¹⁸ Das Aussehen der Rosengartener Kirche beschreibt deren Chronik. Sie war „78 Fuß lang und 43 Fuß breit und hatte einen mit Schindeln gedeckten stumpfen Turm, in dem drei Glocken hingen. Außer der Sakristei waren eine Chor- und eine Kirchenhalle angebaut. In letzterer hielt ein vergoldeter Engel ein silbernes Taufbecken, auf dem das Lehndorff-Wallenrodsche Wappen zu sehen war. Anstelle einer Orgel war ein Positiv mit sechs Registern eingebracht. Auf der Kanzel stand ein Stundenglas. Unter der Kirche befanden sich zwei Gewölbe, das Lababsche und das Pilwesche“. Vor der Reformation war die Kirche dem Heiligen Nikolaus gewidmet, und auch danach hätten die Lehndorffs „die Geschäfte des katholischen Heiligen mit echt evangelischer Treue wahrgenommen und ist nicht nur der Gemeinde ein Muster christlicher Tugend und Frömmigkeit gewesen, sondern hat die Kirche auch zu allen Zeiten bis heute mit zahlreichen Wohltaten und Geschenken bedacht“, heißt es dort.²¹⁹

Ein sonderbares Geschenk machte die Gräfin Lehndorff der Kirche in Rosengarten 1738. König Friedrich Wilhelm I. hatte am 23. Dezember 1738 den lutherischen Pfarrern das Tragen des Chorrockes im Gottesdienst und das Anzünden von Lichten während der Abendmahlsfeier unter Androhung ihrer Amtsentsetzung verboten. Die Gräfin, die „für die reformierte Lehre große Vorliebe hatte“, schenkte daraufhin der Kirche in Rosengarten ein Kapital von 1.000 Gulden zur Aufbesserung der Einkünfte des Pfarrers unter der Bedingung, dass künftig nie wieder Lichten beim Abendmahl angezündet werden sollten. Würde die Zeremonie erneut eingeführt werden, solle die Kirche das Geld verlieren. Friedrich II. hob nach seiner Thronbesteigung die Verfügung auf und stellte den Gemeinden die Entscheidung frei. Eine Zeitlang war es der Gräfin gelungen, die Verordnung zu verheimlichen. „Aber der wohlunterrichtete Kapitän von Queiß auf Pilwe verlangte aufs Dringendste die Kirchenlichte und mit ihm ein großer Teil der Gemeinde. Ihrem stürmischen Drängen konnte der Pfarrer nicht mehr standhalten.“ Das Kapital sollte der Gemeinde deshalb verloren gehen, die die Gräfin beim Hofgericht verklagte. Es entschied am 16. August 1744 zu Gunsten der Kirche. Erst 1749 kam es zur Rückzahlung.²²⁰

Bei der Übergabe des Kircheninventars beim Amtswechsel 1784 stellte sich heraus, dass die Orgel beschädigt war.²²¹ 1775 war das alte Positiv durch eine von Orgelbauer Johann Preuß aus Königsberg gebaute Orgel ersetzt

²¹⁶ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019].

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 15200, Bl. 20–20v. Siehe auch Schmidt, Hermann Carl, Der Angerburger Kreis in geschichtlicher, statistischer und topographischer Beziehung, Angerburg 1860, S. 112.

²¹⁹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019].

²²⁰ Ebd.

²²¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 153–154v.

und am 17. Dezember 1775 in Gegenwart des Patrons durch Pfarrer Triczewski aus Angerburg geweiht worden.²²² An der Finanzierung der 1.400 Rtlr. zzgl. Nebenkosten in Höhe von ca. 188 Rtlr. hatten sich neben dem Reichsgrafen und dessen Ehefrau (133 bzw. 400 Rtlr.) sowie weiteren Mitglieder der Familie auch „Fräulein von Gohr aus Steinort“, „Arrendator Hoffmann aus Labab“, Knechte, Mägde, Dienst-Jungen, Gärtner, Instleute und Hirten der Steinorter Güter mit kleinen Summen beteiligt. Dazu kamen Kirchen-Kollekten in den Dorfschaften und Vorwerken. Baron Schenk zu Tautenburg auf Doben, den Lehndorff um einen Beitrag ersucht hatte, hatte diesen erst zugesagt, sich aber 1776 mit der Begründung entzogen, nicht bei Kasse zu sein.²²³ Nun sollten für die Reparatur erneut die Instleute, Knechte und Mägde des Kirchspiels herangezogen werden, denn der Kirchenpatron war zur Unterhaltung der Orgel nicht verpflichtet.²²⁴

Als 1812 die Kirche umgebaut werden sollte, verhinderten die napoleonischen Kriege das Vorhaben. Zehn Jahre später war sie so baufällig, dass nur noch ein Neubau möglich war. Graf Lehndorff als Patron versuchte, die Lasten auf die Gemeinde abzuwälzen. Die Regierung zu Gumbinnen entschied jedoch, der Patron sei nach dem Gesetz nicht befugt, die Gemeinde dazu zu zwingen.²²⁵ Am 28. Februar kam es in Rosengarten zur ersten, am 19. November 1822 zur zweiten Verhandlung mit dem Ergebnis, dass der Neubau verschoben wurde und nur die erheblichsten Schäden zu Lasten des Patronats ausgebessert wurden. Vier Jahre später war der Abriss unvermeidlich.²²⁶ Da sich die Gemeinde aufgrund von „Misswuchs und Hagelschlag“ in wirtschaftlicher Not befand, wandten sich die Kirchenvorsteher an König Friedrich Wilhelm III., der ein Gnadengeschenk von 1.000 Tlr. bewilligte.²²⁷ Das Baumaterial lieferte der Kirchenpatron Carl Friedrich Ludwig Graf von Lehndorff. Die Baukosten beliefen sich beim Mindestgebot auf 1.495 Tlr., so dass der Bau die Gemeinde nur 495 Tlr. kostete.²²⁸ An der Planung, die einen Entwurf Schinkels aufgriff, beteiligte sich der Kronprinz und spätere König Friedrich Wilhelm IV. maßgeblich. Es wurde ein 25 Meter hoher verputzter Bau in Form eines Oktogons mit einem flachen Zeltdach. Ähnliche Bauten lassen sich für Lappienen (Kreis Labiau), Inse (Kreis Elchniederung), Mallwischken (Kreis Schlossberg) nachweisen.²²⁹ Baubeginn war 1826. Bauunternehmer war Johann Steiner, Inspektor der gräflichen Güter, nachmaliger Besitzer von Gudellen (Kreis Ebenrode).²³⁰ Am 5. August 1827 konnten der Angerburger Superintendent Samuel Neumann und der vikariierende polnische Pfarrer Ernst Julius Otterski aus Drengrfurth die neue Kirche einweihen. Über die Feierlichkeiten berichtet die Kirchenchronik: „Den Festzug eröffnete der Rektor Borkowski mit seiner Schule. Hierauf wurden die heiligen Kirchengeräte vom ältesten Mitglied der Gemeinde, dem Generalpächter der gräflich Steinortschen Seen, dem 81-jährigen greisen Holstein getragen. Dann folgte der Patron Graf von Lehndorff mit seiner Frau Gemahlin, geb. Gräfin von Schlippenbach

²²² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 43 (Weihepruch).

²²³ EZA 507/2043, Bl. 1–13, Zeichnung Bl. 61.

²²⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 267, Bl. 4–5; EZA 507/2043, Bl. 17–18 (Reskript). 1844 wurde eine jährliche Revision der Orgel vereinbart, die aufgrund der Kosten unregelmäßig ausgeführt wurde. Zum Umbau 1862 wurden in den deutschen und polnischen Haupt-Gottesdiensten die Gemeindeglieder zu Spenden aufgefordert, EZA 507/2043, 2047, 2049.

²²⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 539, Bl. 1. Die Handakte Werners zum Prozess der Kirchengemeinde Rosengarten gegen Graf Lehndorff ebd., Nr. 198 (1830–1833).

²²⁶ Nach der Kirchenchronik wurde die Kirche bereits 1819 abgetragen, was nicht stimmen kann.

²²⁷ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019].

²²⁸ Ebd.

²²⁹ Ebd. Siehe hierzu Karl Friedrich Schinkel Lebenswerk, Bd. 18: Die Provinzen Ost- und Westpreußen und Großherzogtum Posen, bearb. von Eva Börsch-Supan unter Mitw. von Zofia Ostrowska-Kęłłowska, München/Berlin 2003 S. 325 f.

²³⁰ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019].

und der Feuerkassen-Rendant Werner aus Angerburg, der den Grafen in dessen Abwesenheit als Kirchenpatron vertrat. Dann folgten der Landrat von Köller und 6 Geistliche. Dieser Zug sang unterwegs das Lied: ‚Gott, der Du ohne‘. Zwei weißgekleidete Mädchen, die Töchter der Kirchenvorsteher Geßner und Hoyer, überreichten den Kirchenschlüssel dem Patron, der ihn an den Superintendenten weiterreichte.“²³¹ Da der kleine Turm größere Glocken nicht tragen konnte, wurde südöstlich neben dem Eingang zur Kirche ein Glockenstuhl aus Holz errichtet.²³²

Ob Lehndorff im April 1833 die Taufpatenschaft für den Sohn von Joachim Peischel aus Rosengarten übernahm, um die dieser ihn gebeten hatte, ist ungewiss.²³³ Mehr als fünfzig Jahre später waren Graf Lehndorff, Gutspächter Behrendt aus Stawisken als Mitglied des Gemeindegemeinderats und Eigenkätner Eduard Butz aus Rosengarten als Mitglied der Gemeindevertretung am 25. Dezember 1887 Zeugen des freiwilligen Übertritts der „Jungfrau Maria Krakau aus Masehnen (20 Jahre alt) katholischer Konfession zur evangelischen Kirche.“²³⁴

Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts unter der Ägide Anna von Lehndorffs wurden mehr Mittel auf den Erhalt der Kirche und das Leben in der Gemeinde verwandt. Durch Vermittlung von Hosäus, seit 1863 als Gymnasial-Oberlehrer in Dessau angestellt, ließ sie den Dessauer Orgelbauer Zuberbier nach Steinort kommen, der die vernachlässigte Orgel reparieren sollte.²³⁵ Das war dringend nötig, denn das evangelische Konsistorium hatte bemängelt, das in der Mehrzahl der Kirchen „der Kirchengesang wie das Orgelspiel noch nicht die Würdigung und Pflege gefunden, die dem erbaulichen Gottesdienste unentbehrlich sei. Fast überall sind nur die gangbarsten Melodien zur Geltung gekommen, und weder den Vor- und Nachspielen noch dem Vortrage der Choräle selbst hat man die erforderliche Sorgfalt zugewandt.“²³⁶ Dabei würden doch die Kirchenlieder nach dem masurischen Gesangbuch, „das die schönsten, auch unsere deutschen Kirchenlieder in edler Übertragung enthält“, durch den „Masur [...] gern, viel und laut“ und „mit innerer Beteiligung“ mitgesungen.²³⁷ Um den Übelständen abzuweichen, war eine Gesang- und Orgelschule in Gumbinnen eingerichtet worden. Bereits am ersten Kurs hatten „7 Organisten resp. Lehrer mit günstigem Erfolg teilgenommen.“ Zur Förderung des Kirchengesangs und Orgelspiels sollte Gräfin Lehndorff dafür sorgen, dass jeden Monat eine unbekannte Melodie in die Gemeinde eingeführt und geübt werde. Die Organisten sollten „wohl vorbereitet mit angemessenem Prae- und Postludium zur wirklichen Erbauung der Gemeinde die Choräle würdig vortragen.“ Saumselige Kirchschullehrer sollten „mit Nachdruck zu ihrer Pflicht angehalten werden“ und sich notfalls auch einer Prüfung im Orgelspiel und Kirchengesang zu unterziehen haben. Über die Erfolge war bei den Kirchen-Visitationen zu berichten.²³⁸

Ein neues Rektorats- und Schulwirtschaftsgebäude wurde in Rosengarten zwischen Juni und August 1884 gebaut. An den Baukosten war die Kirchengemeinde mit 1/10, die Schulgemeinde mit 9/10 beteiligt. Nachdem im selben Jahr auch die Kirche und alle Kirchengebäude repariert worden waren, wobei die silbernen Altarleuchter

²³¹ Ebd.

²³² Ebd.

²³³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 79, Bl. 68.

²³⁴ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019]. Siehe auch Das Kirchspiel Rosengarten, in: Angerburger Heimatbrief, H. 69, 1973, S. 10–22.

²³⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 317, Bl. 60–61v.

²³⁶ EZA 507/2043, Bl. 55 (Konsistorium an Pfarrer Borkowski, 16. März 1864).

²³⁷ So der Bericht des Predigers Oldenberg für den Central-Ausschuss für Innere Mission, in: EZA 7/19141, Bl. 152 ff.

²³⁸ EZA 507/2043, Bl. 55. Über die kirchlichen Notständen in Masuren in den 1860er Jahren berichtete der Generalsuperintendent der Provinz Preußen, Dr. Moll, an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin am 29. Januar 1861 und 18. November 1864, in: EZA 7/19141, Bl. 27–34, 71–80.

durch den Rastenburger Goldarbeiter Louis Knorr neu versilbert wurden, schenkte Anna von Lehndorff der Kirche einen schwarzen Altarbezug und eine weiße Batistdecke. Von März 1885 bis September 1885 wurde zu einem Altar-Kruzifix und zu einem „Krankenkommunions-Etui mit Geräten aus Silberplattierung, vergoldet“ gesammelt, beides wurde bei der Firma Paul Mehlmann & Comp. in Berlin erworben.²³⁹

Beim „Russeneinfall“ 1915 war Steinort glimpflich davongekommen, jedoch waren das erst 1884/85 in Rosengarten erbaute Wohnhaus und die Wirtschaftsgebäude des Pfarrhufenpächters Carl Jährling abgebrannt.²⁴⁰ Die Gemeinde beschloss eine Erweiterung der Gebäudefläche um 50 Prozent. Die Wohngebäude wurden mit Mitteln der Kriegsentschädigung wieder errichtet, strittig blieb der Stall. Am 28. Juni 1915 hatte Oberförster Walter gegenüber Pfarrer Hecht erklärt, dass weder Graf Lehndorff noch Baron von Schroetter, der für ihn während seiner Abwesenheit die Verwaltung übernommen habe, ihre Zustimmung in diesen schwierigen Zeiten zum Bau von zwei Ställen geben werden.²⁴¹ Der Pächter drohte der Kirchengemeinde mit Schadenersatz. Im Namen des Patronats erklärte Walter, dass es nur eine Zustimmung zum Bau eines Stalles in den Abmessungen der abgebrannten Ställe geben werde, und die auf das Patronat fallenden Baumaterialien nur geliefert würden, wenn der Neubau den bisherigen Abmessungen entspreche. Sollte die Gemeinde anderes beschließen und ausführen, müsste sie die Baumaterialien auf ihre Kosten beschaffen. Ebenfalls nicht einverstanden war man mit dem Plan, den Bau an einen Unternehmer zu vergeben, der der Kirchengemeinde das vom Patronat zu liefernde Holz verkauft, denn das würde den Bau verteuern. Überhaupt könne 1915 der Bau nicht mehr ausgeführt werden, da die Pferdegespanne für die Ernte benötigt würden. Am 26. Juli 1915 protestierte Schroetter nochmals: „Alle sonstigen Erweiterungen resp. Veränderungen lehnt der Besitzer von Steinort ab, fühlt sich auch nur verpflichtet, diejenigen Materialien, zu denen das Patronat verpflichtet ist, zu liefern, welche zum Umfange des alten Stalles erforderlich sind. Ich bitte auch darauf hinzuweisen, dass die Gemeinde keineswegs dazu verpflichtet sein kann, dem Pächter, welcher nur 6 M Pacht zahlt und keine Steuern zu entrichten hat, größere Gebäude als auf der Pachtung vorhanden waren, zu erbauen.“ Das alte Ziegelmaterial und die Steine des Fundaments könnten noch Verwendung finden. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Stall und Schweinestall in einem Gebäude von 334,40 qm errichtet würden.²⁴²

Nach der Chronik von Rosengarten entfaltete sich eine emsige Bautätigkeit. In der Folge entstand das ganze Dorf neu und auch das „gottesdienstliche Leben“ konnte wieder den gewohnten Gang gehen.²⁴³ Nur in dem Streit um die zweite Scheune war bis Januar 1919 nichts entschieden. Lehndorff lenkte teilweise ein und ließ dem nun amtierenden Pfarrer Richard Drost mitteilen, sollten die „kirchlichen Organe in rechtsgültiger Form erklären, dass der Patron zur Mehrabgabe nicht verpflichtet ist, sondern dieses aus freiem Willen zum Besten der Kirchengemeinde tut“, würde er unentgeltlich das erforderliche Holz liefern. In der Sitzung der Gemeinde am 10. Mai 1919 wurde die entsprechende Erklärung abgelehnt. Walter reichte die Rechnung von 5.847,30 M über das gelieferte Holz an den Gemeindegemeinderat ein, das der gräflichen Forstkasse Steinort zu zahlen war. 1920

²³⁹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019].

²⁴⁰ „Herbst 1884 bis Sommer 1885 baute der Pfarrhufenpächter Carl Jährling auf Kirchengrund, der ihm gratis gegeben war, ein Wohnhaus, wozu Graf Lehndorff das Bauholz zur halben Taxe dem Pfarrhufenpächter überließ.“ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019].

²⁴¹ EZA 507/2058, n. f.

²⁴² EZA 182/3224, n. f.

²⁴³ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019].

beauftragte Lehndorff in Rücksprache mit seinem Anwalt Siebert in Berlin Walter mit der Prüfung der Baurechnungen, die sich inzwischen auf 30.000 M beliefen und von denen Pfarrer Drost vom Kirchenpatron 2/3 forderte. Nach Rechnungsprüfung blieben noch 17.329 M zu zahlen. Am 14. Juni 1920 wies Lehndorff die Geschäftsstelle Rastenburg der Bank der Ostpreußischen Landschaft an, 15.000 M an die Kirchenkasse Rosengarten zu zahlen. Trotz rechtlicher Bedenken Sieberts folgten „aus besonderem Entgegenkommen“ weitere 9.000 M.²⁴⁴

Sieben Jahre später hatte man in Rosengarten zur Hundertjahrfeier der Kirche wieder große Pläne. Der Kirchplatz sollte neu angelegt und die Orgel umgebaut, die im Krieg abgelieferten Glocken ersetzt werden und die Kirche eine neue Ausmalung bekommen. Der Landeskonservator Richard Dethlefsen unterzog die Kirche deshalb einer eingehenden Untersuchung und machte Vorschläge zur Erneuerung. Da die Kirchengemeinde nicht über die erforderlichen Mittel verfügte, wandte sie sich an Konsistorialassessor Benn mit der Bitte um Bewilligung einer Beihilfe. Dieser schrieb am 1. Juni 1927 an den Evangelischen Oberkirchenrat: „Wir bitten gehorsamst, die Gemeinde bei der Instandsetzung des Kirchengebäudes und der Orgel zu unterstützen. Den hierfür erforderlichen Betrag von insgesamt rund 5.300 RM allein aufzubringen, ist sie nicht in der Lage. Sie ist willig 2.000 RM aus etatmäßigen Mitteln und durch Sammlungen aufzubringen. Es ist nach unserem Urteil nicht möglich, weitere Leistungen von ihr zu erwarten. Sie hat 2.650 Seelen und hatte im letzten Rechnungsjahr ein Reichseinkommensteuersoll von 13.500 RM, wovon jedoch allein 10.000 RM auf den Kirchenpatron entfallen, und ein Grundvermögenssteuersoll von 17.700 RM; die Kirchensteuerzuschläge betragen 8 und 15 v. H., der etatmäßige Fehlbetrag 3.800 RM. Da der Patron für die Kirchensteuer insoweit ausfällt, als er zur Beteiligung an den Baulasten speziell verpflichtet ist, würde die Aufbringung eines Beitrages von 2.000 RM allein durch Kirchensteuerzuschläge schon eine nicht tragbare Überlastung der übrigen Gemeinde bedeuten. Da der Patron sich voraussichtlich zur Stiftung zweier Glocken bereitfinden wird, kann man auch eine größere freiwillige Beteiligung an dem Bauvorhaben im Übrigen von ihm nicht erwarten.“²⁴⁵ Der Konservator hatte eine stilgerechte Ausmalung durch den Künstler Fey aus Berlin vorgeschlagen. Der Voranschlag belief sich auf 6.000 M. Fey sollte dafür die in grau gehaltene alte Ausmalung, die Säulen und Kuppeldach aus Marmor vortauschte, wiederherstellen.²⁴⁶ Dagegen erhob sich nicht nur der Widerstand der Gemeinde, die dafür einen Kredit hätte aufnehmen müssen, auch der Kirchenpatron versagte seine Zustimmung, Mittel aus der Kirchenkasse zu verwenden. Nachdem Steinort mit der Umwandlung in ein Waldgut wieder Allod war, hatte er die Geld- und Sachlasten des Patronats an die Kirche persönlich sicherzustellen.²⁴⁷ Mit den seit 1924 aufgesparten „Klingelsäckelerträgen“ und zusätzlichen Gaben wurde der Landschaftsmaler Prof. Pfeiffer von der Königsberger Kunstakademie, der in Ostpreußen bereits mehrere Wandmalereien, darunter in der Aula des Realgymnasiums in Elbing, der Kirche auf dem Neuroßgarten in Königsberg und der Kirche in Heydekrug geschaffen hatte, beauftragt, der für 2.000 M eine einfache Ausmalung übernahm. Für die neuen Glocken gab der Oberkirchenrat 3.000 M, für den Umbau der Orgel steuerte Graf von Lehndorff 1.500 M bei. Die übrigen Umbauten wie eine Luftheizung und eine massive Decke wurden aus der Kirchenkasse bezahlt. Bei der Renovierung fand man auf dem Dachboden alte Ausstattungsgegenstände: Christus am Kreuz als Teil der Kreuzigungsgruppe des Kanzelaltars von etwa 1500 bis 1570,

²⁴⁴ EZA 182/3224, n. f.

²⁴⁵ EZA, 7/19201, n. f.

²⁴⁶ Der Provinzialkonservator riet 1926 zu einer einfachen Ausmalung, beriet die Gemeinde und empfahl „geeignete Meister“, Bericht des Konservators der Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen über seine Tätigkeit im Jahre 1926 an die Provinzialkommission zur Erforschung und zum Schutze der Denkmäler in der Provinz Ostpreußen (25. Jahresbericht), Königsberg 1927, S. 24.

²⁴⁷ EZA, 182/3224, n. f. (Fideikommiss-Senat an Gemeindegemeinderat Rosengarten, 10. Mai 1939).

zwei allegorische Gestalten von ca. 1620, einen Engel vom Ende des 17. Jahrhunderts, einen lebensgroßen schwebenden Taufengel, bereits 1674 erwähnt, zwei Ölbilder der Leidensgeschichte, 1620/30 entstanden. An einem kleineren Wandgrabmal waren noch zwei Schmuckleisten mit dem Wappen eines abgebrochenen, neu ausschlagenden Baumes mit Wurzeln aus der Zeit um 1650 vorhanden. Zwei Alabasterreliefs aus dem 17. Jahrhundert, die die Anbetung der Hirten und die Kreuzigung darstellten, waren Geschenke des Kirchenpatrons. Auch ein silberner Kelch mit vergoldeter Patene aus dem Jahr 1726 mit dem Lehndorffschen und dem Wallenrodtischen Wappen und den Buchstaben L.M.G.V.L. und G.V.W. war ein Geschenk des Patronats. Die Kirchengenda mit Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts und einem Deckel mit Silberbeschlägen von 1760 trug das Wappen der Familien.²⁴⁸

Am 4. Advents-Sonntag, dem 18. Dezember 1927, wurde das Jubiläum gefeiert. Es sei ein furchtbar kalter Tag gewesen, berichtet die Chronik. Die Decke der Kirche war erst in der Nacht fertiggestellt worden und als Superintendent Gabler eintraf, waren die Glocken noch nicht im Glockenstuhl. Das alles habe der Feier keinen Abbruch getan, zu der Konsistorial-Rat Prof. D. Uckeley aus Königsberg die Festpredigt und Superintendent Braun eine Festrede hielt. Der Kirchenpatron nahm an der Feier nicht teil. An Droste hatte er geschrieben, er könne „aus Ihnen bekannten Gründen nicht annehmen“. War es immer noch die Verstimmung über den Streit der Vorjahre oder hatte die Ablehnung ihre Gründe in der Person Uckeleys? Der 1910 als Professor für Praktische Theologie an die Albertina berufene Uckeley war seit 1914 Universitätsprediger am Königsberger Dom und wirkte nebenamtlich ab 1923 als Konsistorialrat der Kirche der Altpreußischen Union. Er war Mitglied der Deutschen Volkspartei, schon am 1. Mai 1933 trat er in die NSDAP ein.²⁴⁹

Das ‚Miteinander‘ auf dem Gut

Die in den Gebieten östlich der Elbe im 16. Jahrhundert entstandene Wirtschaftsverfassung der Gutsherrschaft sicherte lange Zeit den adligen Eigenwirtschaften Dienstbarkeiten seitens der Gutsuntertanen in Form von Hand- und Spanndiensten zu. Rechtlich wurde diese Wirtschaftsform durch eine weitgehende Einheit von Grund-, Leib- und Gerichtsherrschaft (Patrimonialgerichtsbarkeit) und die Polizeigewalt, die der Gutsherr im Namen der Landesherrschaft ausübte, abgesichert.²⁵⁰ Die Patrimonialgerichte bildeten seit dem 16. Jahrhundert den Ersatz der mittelalterlichen Schöffengerichte. Im Gegensatz zu den westelbischen Gebieten war die Patrimonialgerichtsbarkeit in Ostelbien kein Adelsprivileg, sondern in den gutswirtschaftlich geprägten Gebieten an den Besitz

²⁴⁸ <https://ostpreussen.net/ostpreussen/orte.php?bericht=145> [24.10.2019]. Hier auch der Bericht von Anton Cäsar Duskocil, Pfarrer in Tharau und Superintendent von Preußisch Eylau, über seinen Besuch der Kirche Rosengarten am 16./17. Juli 1931. Sein Brief an Pfarrer Drost vom 4. August 1931 mit der Abschrift des Inventars aus dem Visitationsbericht 1581 aus dem „Königsberger Archiv (Foliant 1284)“, in: EZA, 507/5220, n. f.

²⁴⁹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [24.10.2019]. Siehe auch die Nachrichten für den Kirchenkreis Angerburg, Nr. 3, 8. Mai 1927 und die Festschrift vom 8. Mai 1927, in: EZA 507/5219. Hier auch Lehndorffs Absage an Drost vom 16. Dezember. Zu Uckeley: https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Uckeley [24.10.2019].

²⁵⁰ Vgl. North, Michael, Entstehung der Gutsherrschaft im südlichen Ostseeraum, in: Zeitschrift für Historische Forschung 26 (1999), H. 1, S. 43–59, vor allem S. 52 ff. (Konzentration und Arrondierung des Adelsbesitzes und Bildung eines aus Herrenhaus und angegliedertem Wirtschaftshof bestehenden adligen Gut). Siehe auch Harnisch, Die Gutsherrschaft, S. 218 f., 223–226, 233.

bestimmter Grundstücke geknüpft.²⁵¹ Gegen die Bemühungen des Ministers Stein, die Gerichtsbarkeit der Gutsherren aufzuheben und dem Staat zu unterstellen, bezeichnete noch 1809 das Ostpreußische Ständische Comité die gutsherrliche Autorität als gefährdet, falls die Patrimonialgerichtsbarkeit wegfallte.²⁵²

Die private und die öffentliche Autorität des Gutsbesitzers verschmolzen in einer amtlichen Funktion, die mit der Kraft der Gesetze für private Zwecke eingesetzt werden konnte, beispielsweise bei Unbotmäßigkeiten gegen den Gutsherrn oder bei nachlässiger Erfüllung von Pflichten. Im Gutsarchiv von Steinort sind zahlreiche Akten über Untersuchungen vor dem Patrimonialgericht und Handakten der Justizkommissare überliefert, in denen es um die Erbuntertänigkeit, strittige Abgaben, Flucht, Diebstahl, vor allem von Holz, Vieh und Getreide, Beschädigung fremden Eigentums, Verstöße gegen das Braurecht, Vormundschaften, Ehebruch, uneheliche Schwangerschaften, Schlägereien geht. Das Verhältnis wurde auf eine harte Probe gestellt, wenn Gutsbesitzer ihre Macht zu direkt ausübten, indem sie Dienste verlangten, die den Gerechtigkeitsinn der Bauern verletzten oder indem sie extreme Strafen verhängten. Selten kam es jedoch zu offener Rebellion wie im polnischsprachigen Schlesien in den Jahren 1765 und 1766. Auch Gutsherren standen jedoch nicht außerhalb der Gesetze des Staates. Gräfin von Gessler wurde 1750 zu sechs Jahren persönlichem Arrest verurteilt, weil sie einen Diensthofen tot geprügelt hatte. Den Ehemann, preußischer General im Dienst des Königs, beschied Friedrich II.: „So sehr es Mir auch leid tut, dass Ihr die besondere Fatalité erleben müssen, so werdet Ihr doch selbst als ein vernünftiger Mann in Erwägung ziehen, dass die Justiz vor jedermann und alle Leute sonder Ausnahme ist, und dass also, wenn auch Personen von Stande oder Edelleute sündigen, selbige nach den Regeln des Rechts davor büßen und gestraft werden müssen, und zwar solches umso mehr, da wenn dergleichen Leute darunter ausgenommen wären und ihnen frei bleiben sollte, dergleichen als in diesem Fall geschehen, ohngestraft zu unternehmen, solches bei anderen ebennmäßig einreißen und von sehr üblen Consequenzen sein würde.“²⁵³

Das Entlaufen von Untertanen war ein großes Problem, das Akten füllt. So gelobte am 30. Juli 1689 der des Schreibens unkundige Jacob Wolff vor dem Patrimonialgericht, bis an sein Lebensende seinen Untertanenpflichten nachzukommen. Zuvor war er, nachdem er sich „auf die liederliche Seite gelegt und wider das siebente Gebot hart versündigt hatte“, mehrmals entlaufen; jedes Mal hatte die Gräfin Lehndorff auf die „Leibesstrafe“ verzichtet. Seine Erklärung nahm der Seelsorger des Dorfes Rosengarten, Albert Zibulkowic, zu Protokoll.²⁵⁴ Der erbuntertänige Christof Rompel gehörte zu denen, die als Zinsbauern auf „Seiner Königlichen Majestät Huben“ ziehen wollten. Als sich Rompel im Sommer 1722 bei dem Hauptmann zu Angerburg beschwerte, dass er keine Freigabe erhalten habe, zog der Fall Kreise. Da die Gräfin Lehndorff belegen konnte, dass sowohl Rompel als schon dessen Vater und Großvater Erbuntertanen auf Steinort gewesen waren, musste Rompel bleiben.²⁵⁵ Michael Bannasch, der seinem Herrn Johann Carl von Eppinger 1723 entlaufen war, hatte in der Lehndorffschen Kompagnie im Finckensteinschen Regiment gedient. Als er auf königlichen Befehl auf die Güter zurückkehren

²⁵¹ Vgl. Wienfort, Monika, Ländliche Rechtsverfassung und bürgerliche Gesellschaft, Patrimonialgerichtsbarkeit in den deutschen Staaten 1800 bis 1855, in: Der Staat 33 (1994), S. 207–239.

²⁵² Vgl. Stein, Robert, Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des 19. Jahrhunderts, Bd. 2, Königsberg 1934, S. 124.

²⁵³ Stadelmann, Rudolph, Preußens Könige und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 2: Friedrich der Große, Leipzig 1882, S. 296 f., Zitat S. 297. Siehe auch Berdahl, Robert M., Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: Puhle, Hans-Jürgen/Wehler, Hans-Ulrich, (Hrsg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 123–145, hier S. 134.

²⁵⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 686.

²⁵⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 316. (8. August 1722).

sollte, drohte er, er würde wieder fliehen. Eppinger und Lehndorff einigten sich gegen Zahlung von 60 Fl. Banasch wurde Lehndorffs Untertan und leistete diesem in polnischer Sprache den Eid, „künftighin erblich Untertan“ sein zu wollen, „auch nicht weg(zu)laufen, sondern mich treu und ehrlich als ein rechtschaffender Untertan“ zu verhalten.²⁵⁶ Im Wiederholungsfall hätte ihm der Galgen gedroht.²⁵⁷ Noch bis Ende der 1739 Jahre war solche „Übernahme“ möglich und so hatte auch Michel Schemock, ehemals Untertan des Georg Dietrich von Tettau und Soldat im Finckensteinschen Regiment, seinen Herrn gewechselt.²⁵⁸

Am 9. Mai 1739 wurde die Aufnahme entlaufener Untertanen an anderen Orten ohne Absprache verboten,²⁵⁹ und nachdem auch die königlichen Verordnungen gegen das Entlaufen von Untertanen aus Preußen und Litauen unter Androhung des Galgens erfolglos geblieben waren, mussten ab 23. Februar 1743 „zur Vermeidung des Weggehens von Untertanen aus dem Land“ Bevölkerungslisten geführt werden.²⁶⁰ Trotzdem reiste 1755 der Gärtner Michel Masuch aus Steinort unerlaubt nach Drengfurth und entlief im Folgejahr. Maria Charlotta Masuch, geb. Puschkin, aus Steinort entlief 1771. Der Bauer Pallasch war 1772 erst als Erbuntertan vereidigt worden und dann entlaufen.²⁶¹ Für den entlaufenen Knecht Michael Schönfeldt hatte die veränderte rechtliche Situation ganz praktische Bedeutung. Er wurde nicht nur festgenommen, sondern hart bestraft, um andere abzuschrecken, es ihm gleich zu tun.²⁶² Als Schönfeldt 1784 von der Kreis-Justiz-Kommission verhört werden sollte, stellte sich Lehndorffs Verwalter Rhenius vor den Knecht, der auf den Gütern gebraucht wurde.²⁶³ Noch nach 1784 kam es zum Entlaufen von Knechten und Mägden aus Taberlack und Stawken. Damit deren Beispiel keine Schule mache, schickte Rhenius „14 sichere Leute“, die sie auf den Landstraßen zu verfolgen und zurückzubringen hatten. Einen Knecht und eine Magd, die bereits mehrfach desertiert waren, legte er anschließend „in Eisen“, einen anderen Knecht verdingte er beim Maurer als Handlanger, „um durch dessen Tagelohn die Kosten zu ersetzen, die durch das Nachsetzen dieses mutwilligen Deserteurs anstehend sind“. Wenn alle, die sich mit ähnlichen Pläne tragen, sehen, „dass ich alle Deserteure wieder zurückbekommen habe, werden sie von ihrem Vorhaben wohl abstehen“. Das Entlaufen empfand er als persönliche Kränkung, da die „hiesigen Leute jetzt ganz väterlich behandelt werden und doch so sehr undankbar sind.“²⁶⁴

Nach der Verordnung vom 8. November 1773 durfte die Loslassung aus der Untertänigkeit einem noch nicht ansässigen Untertan nicht versagt werden, wenn er an einem anderen Ort in Preußen ein „eigentümliches Grundstück“ erwerben konnte. Die Höhe des Loslassungs-Geldes richtete sich nach dem Geschlecht und bei Kindern nach ihrem Alter. Den adligen Gutsherrschaften gab der König bekannt, dass die Leibeigenschaft somit auch in

²⁵⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 684 (20. Dezember 1723, 18. April 1724). Siehe auch das Edikt vom 25. März 1724, XX. HA EM 4 u, Nr. 5 g, Bl. 638–6228v. Demnach sollten die Priester entlaufene Bauern, falls diese zur Beichte und Kommunion kommen, dem Kommandeur der nächsten Garnison anzeigen. Das Patent wurde auch in der litauischen und polnischen Sprache ausgefertigt. Am 15. August 1726 wurden sogar Prämien für die Anzeige von entsprechenden Vorhaben oder das Ergreifen Flüchtiger ausgesetzt, ebd., Bl. 680–682.

²⁵⁷ GStA PK, XX. HA EM 4 u, Nr. 5 g, Bl. 688–689v, 708–711v (Patent vom 30. September 1726, geschärftes Edikt vom 12. Mai 1733).

²⁵⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 684.

²⁵⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 464.

²⁶⁰ GStA PK, XX. HA EM 4 u, Nr. 5 g, Bl. 740–741v, 763–764v (Patent vom 19. September 1736; geschärftes Edikt vom 26. Dezember 1739); XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 462 (1743).

²⁶¹ Die Vorgänge in den Patrimonialgerichtsakten in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 67, 69; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 545, 547; GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 245 ff. Die Familie Masuch war 1796 schon wieder entlaufen, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 385, Bl. 56–56v.

²⁶² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 133.

²⁶³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 153–154v.

²⁶⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 3–5v. Ein weiteres Beispiel Bl. 97–98v (12. Oktober 1784).

ihrem Bereich ab sofort aufgehoben sei, und legte ihnen nahe, die Dienste, die sie von ihren Gutsuntertanen zu fordern berechtigt seien, den bereits bestehenden Regelungen für die Domänenbauern anzugleichen. Für diese hatte er verfügt, dass sie in den Sommermonaten nur noch vier Tage wöchentlich, in den Wintermonaten einen Tag wöchentlich Scharwerksdienste zu leisten hatten. In der Praxis erwies sich die Umsetzung des königlichen Willens auf den adeligen Gütern als schwierig, da ein Mangel an Bevölkerung herrschte. Auf dem Königsberger (Huldigungs-)Landtag 1798 wurde über die freiwillige Aufhebung der Gutsuntertänigkeit verhandelt. Viele Adlige sträubten sich gegen die Umsetzung, nur einzelne wie sämtliche Dohnas, Schroetter und Auerswald, Hülsen-Arendsdorf, Farenheid-Beynahunen, Baroness von Frankenberg folgten dem Beispiel, dass der König auf seinen Domänen gegeben hatte.²⁶⁵

Vor dem Patrimonialgericht wurden auch Vergehen von Pächtern gegen ihre Obhutspflicht verhandelt wie die Misshandlungen einer Dienstmagd und eines Kölmers in Pristanien im Jahr 1767 durch Pächter Janzen. Zwischen George Knetsch, Arrendator auf Labab, und der verwitweten Gräfin Lehndorff war es wegen strittiger Forderungen zu erheblichen Streitigkeiten gekommen, die sogar das Etat-Ministerium in Königsberg beschäftigten.²⁶⁶ Ebenso kamen Amtsverstöße wie bei Schulmeister Pallach aus Stobben, der sein Amt 1754 vernachlässigt hatte, zur Anklage. Der Schulze von Stawken Duschig hatte sich vor dem Patrimonialgericht wegen Unfähigkeit zum Amt zu erklären und wurde abgelöst. Der Schulze Wessling aus Thiergarten hatte 1773 die Bauern in Stawisken zum Aufruhr angestiftet und wurde dafür zur Rechenschaft gezogen. Aber auch Vergehen, die das Wohlergehen der dörflichen Gemeinschaft beeinträchtigten, waren Fälle für das Patrimonialgericht, beispielsweise das Rauchen in Scheunen oder fahrlässige Brände auf den Höfen. Ebenso hatten sich Waldhüter, die bei Holzdiebstählen ein Auge zudrückten, zu verantworten.²⁶⁷

Noch bis in das 19. Jahrhundert endete die Autorität des Staates an der Grenze des Gutes. Der Grundbesitzer war Mittler der Verpflichtungen der Bauern gegenüber dem Staat, indem er ihre Steuern einzog. Auch die Militärflicht war derart verknüpft, dass entlaufene Bauern als Deserteure betrachtet werden konnten. Diese Vermittlerrolle war eine wichtige Funktion adliger Selbstwahrnehmung und in der Wahrnehmung durch die Untergebenen: „Der Staat selbst ist ein Unding für den Bauern, weil er ihn weder sehen, noch erkennen kann, außer etwa durch die Abgaben, die er an ihn zahlt. Er erkennt ihn also höchstens im Ganzen als etwa Drückendes an und also Feindseliges; [...] die Zwischenbehörde (den Gutsherrn) erkennt er vollständig, denn er lebt mit ihm, und durch ihn erkennt er den Staat.“²⁶⁸

Unter dem Einfluss des Pietismus hatte sich der Abstand zwischen der ‚Herrschaft‘ und den ‚Leuten‘ in Ostpreußen im 18. Jahrhundert bereits verändert. Erst mit der Abschaffung der persönlichen Erbuntertänigkeit und des Gesindezwangsdienstes, den Regulierungen und der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, verbunden mit der Abwanderung grundbesitzloser Tagelöhner aus den Gutsdörfern, waren aber die Voraussetzungen für das gerühmte ‚patriarchalische Verhältnis‘ zwischen Gutsherr und Gutarbeitern tatsächlich real gegeben, das in der Agrarromantik um Jahrhunderte zurückverlegt wird. Weit entfernt von einer ‚idyllischen Welt‘ war das patriarchalische Verhältnis eine eher nüchterne, verpflichtende Aufgabe, denn

²⁶⁵ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 229 ff.

²⁶⁶ GStA PK, XX. HA EM 61 c1, Nr. 132 (1742/43). Mit dem Pächter von Labab, Christoff Johann Poltzin, stritt man sich so heftig, dass der Streit gerichtlich entschieden werden musste, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 340.

²⁶⁷ Die Vorgänge in den Patrimonialgerichtsakten in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 697, 598, 599.

²⁶⁸ Friedrich August Ludwig von der Marwitz. Ein märkischer Edelmann im Zeitalter der Befreiungskriege, hrsg. von Friedrich Meusel, Bd. 2/1: Tagebücher, politische Schriften und Briefe, Berlin 1908, S 242.

es sicherte die möglichst optimale Versorgung aller Beteiligten mit Gütern, Dienstleistungen und allem wichtigen Lebensbedarf. Auch nach dem Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft blieb man bei der Bewirtschaftung der Güter aufeinander angewiesen. Bis in das 19. Jahrhundert bildeten die Adelsgüter mit den von ihnen abhängenden Dörfern geschlossene Gemeinschaften. In ihrem täglichen Bedarf blieben die Güter weitgehend autark und bildeten ein Art Mikrokosmos. Zur Beschreibung dieser Herrschaftsweise des preußischen Adels vor 1848 ist vor allem durch Robert M. Berdahl der Begriff des „Paternalismus“ eingeführt worden.²⁶⁹ Der Paternalismus verlieh dem Verhältnis zwischen Herrscher und Beherrschten eine rationale Grundlage. Er verband die persönlich ausgeübte Autorität und Hierarchie des Gutsherrn mit nicht rechtlich einzufordernden Verhaltensweisen wie Gnade gegenüber den Gutsuntertanen.

Noch bevor man den Begriff kannte, hatte die vom Ende des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts populäre „Hausväterliteratur“, Lehrbücher der landwirtschaftlichen Methoden der Zeit, diese soziale Beziehung beschrieben, sanktioniert und zu ihrer Verbreitung und Befestigung beigetragen. „Der Wirt im Haus, der muss allein Herr im Haus sein, nach dem muss sich alles, was im ganzen Haus ist, richten.“²⁷⁰ „Ein Hausvater Gott fürchten, mit einer Ehwirtin sich begeben, seine Kinder erziehen, seine Bedienten und Untertanen gubernieren und seine Wirtschaft von Monat zu Monat vorstehen soll.“²⁷¹ Friedrich Alexander Burggraf zu Dohna-Schlobitten charakterisierte dieses Verhältnis: „Das sind aber die guten Früchte [...] von einem langen Güterbesitz von Großeltern bis auf Urenkel – da können sich Herren und Untersassen recht kennen lernen, und Liebe, Vertrauen und Anhänglichkeit gegeneinander fassen; aber wo man die Landgüter wie eine Ware behandelt, die oft selbst unbesehen aus einer Hand in die andere für übertriebene Preise übergehen, da kann nichts Gutes aus der Menschheit werden.“²⁷²

Als Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehndorff nach langer Abwesenheit 1767 nach Steinort zurückkehrte, wurde er in Drengfurth von der „Mehrzahl meiner Bauern“ empfangen; „sie warteten zu Pferde auf mich, um mir das Geleite zu geben, und ich war tief gerührt über diesen Beweis der Anhänglichkeit der armen Leute.“ Gleiches wiederfuhr ihm im August 1778, als er nach Preußen zurückkehrte. Am 22. August traf er in Steinort ein, „wo meine Leute mich so herzlich begrüßen, dass ich mich für meine Reises Strapazen fast völlig entschädigt fühle.“²⁷³ In Steinort wurden Hochzeiten der Dienerschaft ebenso ausgerichtet, wie dieselbe in Feierlichkeiten der Herrschaft einbezogen. Der Brauer erhielt zu seiner Hochzeit 1 Scheffel Weizen, 1 Scheffel Korn, 1 Schaf und 1 Tonne Bier; seine Bitte, „ein Schwein auf der Mastung zu halten“, ist ihm möglicherweise auch erfüllt worden.²⁷⁴ Aus Anlass der Vermählung der Nichte Schlieben wurde der Dienerschaft ein großer „Schmaus gegeben“, bevor man zur Hochzeit nach Gerdaun abreiste.²⁷⁵ Nur für die Hochzeit von Hannibal dem Mohren, der als Diener nach Steinort gekommen war, konnte man die Ausgaben sparen, als sich seine Auserwählte 1784 für

²⁶⁹ Vgl. Berdahl, Paternalismus, S. 123 f.

²⁷⁰ Johann Colerus „Calendarium perpetuum et sex libri oeconomici“ (1604), zit. nach: Berdahl, Paternalismus, S. 127.

²⁷¹ W. H. von Hobergs *Georgica Curiosa* (1682), zit. nach: Berdahl, Paternalismus, S. 127.

²⁷² Zit. nach: Krollmann, Christian, König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise in Schlobitten 1802, in: *Oberländische Geschichtsblätter* 11 (1909), S. 37–49, hier S. 46.

²⁷³ Vgl. Schmidt-Lötzen, Karl Eduard (Hrsg.), *Dreißig Jahre am Hof Friedrichs des Großen*. Aus den Tagebüchern des Reichsgrafen Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff, Kammerherr der Königin Elisabeth Christine von Preußen, Nachträge Bd. 2, Gotha 1913, S. 66 ff.; Ders. (Bearb.), *Tagebücher nach der Kammerherrenzeit*, S. 117f.

²⁷⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 97–98v.

²⁷⁵ Vgl. Schmidt-Lötzen, *Tagebücher nach der Kammerherrenzeit*, S. 347.

einen Knecht mit vier Kindern entschied. Er war wohl auch 1803 noch nicht verheiratet, denn in diesem Jahr erwählte er „eine düchtige Mensche aus Taberlack“, die „natürliche Abneigung der Masurinnen vor der dunklen Hautfarbe“ habe die Heirat vereitelt.²⁷⁶

Die „Leute an Zucht zu gewöhnen“ war aus Lehndorffs Sicht nicht einfach, da sie nach der langen Abwesenheit der Herrschaft „ganz verwahrlost“ waren. Ein Bierbrauer machte besonderen Ärger. „Er soll aber jetzt eine solche Strafe bekommen, dass die anderen sich ein Beispiel daran nehmen können“, schrieb Lehndorffs Verwalter im Herbst 1779, mitten in der durch schlechte Ernte und stockenden Handel infolge des Krieges mit Österreich herbeigeführten landwirtschaftlichen Krise.²⁷⁷ Trotzdem ging die gräfliche Familie gemeinsam mit den Leuten und Reformierten aus der Nachbarschaft zum Abendmahl und lud anschließend alle zum Essen ein. Im selben Jahr schloss Lehndorff als Patronatsherr mehrere Ehen: „Ich habe schon mehrere Paare verheiratet, seitdem ich wieder hier bin, doch heute findet eine große Hochzeit statt. Er ist ein hübscher Junge, Gereminsky, den ich zum Gastwirt machen will. Sie ist ein sehr hübsches Mädchen, das als Kind in meinem Haus erzogen wurde. Da sie angesehene Gutsangestellte sind, richte ich ihnen die Hochzeit aus. Ich lasse sie frisieren und in meiner Kutsche nach Rosengarten fahren, anschließend wird in meinem ersten Saal getanzt, und im zweiten essen wir zusammen ein Souper mit Dessert und Kuchen, das von meinem Koch serviert wird.“ Alles verlief sehr gut und kostete 40 Tlr. Lehndorff hatte aber auch erfahren, dass seine Leute während seiner Abwesenheit „etwas übermütig laut und lärmend gewesen seien“. Die Hochzeitsfeierlichkeiten nutzte er zur ‚Erziehung‘: „So sage ich ihnen von vornherein, dass es mir wirklich viel Freude mache, ihnen dieses Fest auszurichten, aber bei der kleinsten Unordnung wäre es das letzte Mal. Ich schloss sogar drei Personen aus, die sich schlecht benommen hatten. Das hat so gut gewirkt, dass die anderen vorbildlich waren. Alle haben sich sehr gut bis vier Uhr morgens ohne jede Ausschweifung vergnügt. Wenn man Festigkeit mit Güte mischt, kann man selbst Menschen ohne Erziehung bessern. Sie sind heute Morgen alle gekommen, um sich zu bedanken, und ich habe diese Gelegenheit ergriffen, um ihnen Moral zu predigen und sie fühlen zu lassen, dass gutes Benehmen die Grundlage aller ehrbaren Vergnügen ist.“²⁷⁸ Jahrzehnte später funktionierte das Verhältnis noch immer auf dieselbe Weise. Als am 9. Dezember 1886 das Ehepaar Liss in Steinort seine goldene Hochzeit feierte, fand die kirchliche Einsegnung im Schloss in Gegenwart der gräflichen Familie und vieler Gemeindeglieder statt. Ebenso verlief die Feier der goldenen Hochzeit des Forstarbeiters Carl Johneta im Folgejahr. Bei der Goldhochzeit von Leopold und Maria Schönfeld, geb. Liss im Fliesensaal des Schlosses 1916 war die älteste Schwester des Grafen, „der selbst im Feld ist“, Baronin von Schroetter zu Gast. Das Jubelpaar erhielt ein allerhöchstes kaiserliches Gnadengeschenk von 50 M und das „vom Herrn Grafen gespendete Mahl wird den Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben.“²⁷⁹

In der Selbstwahrnehmung ostpreußischer Adelsfamilien bis in die Gegenwart führte die patriarchalische Gutswirtschaft zu einem menschlichen Miteinander zwischen der ‚Herrschaft‘ und den ‚Leuten‘. Den Bauern lieferte der Gutsherr Vieh und Brennmaterial, Neubauten wurden auf herrschaftliche Kosten ausgeführt, übernahm der

²⁷⁶ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 107 und StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 97–98v. Steinort hatte seinen Mohren, Dönhoffstäd einen „Zwerg, der Haushofmeisterdienste im Schlosse versah“, vgl. Sophie Schwerin. Ein Lebensbild aus ihren eigenen hinterlassenen Papieren zusammengestellt von ihrer jüngsten Schwester Amalie von Romberg, Bd. 1, neu hrsg. von Eberhard von Koenig, Leipzig 1911, S. 43.

²⁷⁷ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 122 f.

²⁷⁸ Vgl. Ziebura, Tagebuch, S. 309 f.

²⁷⁹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [25.10.2019].

Bauer sie selbst, so erhielt er das Material frei geliefert und eine Geldentschädigung. Bei Missernten wurde Getreide aus einem Reservefonds vorgeschossen. Auch die Regelung des Ausgedinges der Altsitzer geschah durch den Gutsherrn, ebenso die Versorgung der Pfarr- und Lehrerwitwen.²⁸⁰ Wurden Arbeitskräfte oder Dienstpersonal an einem Ort nicht mehr benötigt, wurden sie nicht entlassen, sondern an anderem Ort untergebracht. Als Amalie von Lehndorff für den Sommer 1825 ihren Wohnort in Königsberg aufgab, um sich in Steinort und Friedrichstein aufzuhalten, und auch deren Sohn mit Frau und Kind nicht nach Königsberg kamen,²⁸¹ wurden die dortigen Angestellten anderweitig untergebracht. Die Hofmannin erhielt Kostgeld, Tochtermann wurde nach Steinort gegeben, „dass er da das Mitessen habe mit seiner Frau und Tochter Nota bene mit Beibehaltung seines Lohnes einerseits (Kleidung hat er für dieses Jahr schon bekommen)“. Köchin Dora wollte sie „dem Straal in Resau in die Kost geben, wo sie mit den anderen Leuten ganz egal gehalten werde und Straal mir monatlich eine Rechnung halten soll für das, was sie für ihre Person etwa noch an barem Gelde kosten würde.“²⁸²

Auch bei unverschuldeten Unglücksfällen genossen die Dorfbewohner den Rückhalt des Gutsherrn. 1811 war das Dorf Labab abgebrannt, ein häufig vorkommender Unglücksfall. Carl Friedrich Ludwig Graf von Lehndorff besuchte am 1. Juli die Brandstätte des Dorfes, „welches leider fast ganz ein Raub des verheerenden Blitzes geworden, und suchte durch Trost und Versprechung die Tränen der Verunglückten zu stillen“, schrieb er an seine Schwester Pauline. Die zusammengedrängten hölzernen Häuser hatten sich so schnell entzündet, „dass es den erschrockenen Einwohnern gänzlich unmöglich ward, auch nur das Allergeringste von ihrer Habe zu retten, und 10 Familien mit einer großen Menge Kinder haben nichts erhalten, als das, was sie gerade auf dem Leib hatten. Auch einiges Vieh und mehrere Pferde, welche gerade zu Hause waren, sind verbrannt. Doch ist der größte Teil desselben gerettet, da es auf der Weide war.“ Die meisten Bauern waren mit ihren Frauen und den Knechten zur Heuernte auf den Feldern. Da die Ernte schlecht ausfallen würde und auch die Preise schlecht waren, hatte man Getreide aufgespart, das ebenso wie das Jungvieh in den Ställen verbrannte. „16 Gebäude aller Art“ waren vernichtet, ohne Egoismus könne er sagen, dass er und Berent die anderen und das Vorwerk gerettet hätten. „Denn denke Dir, dass, als wir kaum 15 Minuten nach ausgebrochenem Brande hingeeilt kamen, alles dem Brande zusah, der im Begriff war, auch die vor dem Winde gelegenen Häuser anzugreifen, ohne retten zu wollen, weil sie behaupteten, dass Feuer, von Gott gesandt, niemand retten dürfe!“ Möglicherweise wäre es besser gewesen, hätte er das „baufällige und jetzt leere Vorwerk verloren“, das ausgebaut werden muss und „höchstens aus 5–6 Gebäuden besteht“. „Es hätte die Wirtschaft, welche hier so sehr auf Bauern-Dienste berechnet ist, weniger derangiert. [...] Es hört sich so leicht an, wenn man sagt: ‚Es ist ein Bauerndorf abgebrannt!‘ Alle Fatalitäten und Umstände, welche ein solcher Unfall mit sich bringt, fühlt eben nur der, welchem es geschieht. Noch habe ich keinen rechten Beschluss gefasst, wo ich die Menge Menschen mit allen Kindern und Dienstleuten, jetzt ohne Brot und Bekleidung, unterbringe. Ich werde mein Ross besteigen und Anstalten treffen.“²⁸³ Dass in Labab niemand das Feuer löschen wollte in der Annahme, dass es „von Gott gesandt“ sei, ist aufgrund des noch im 19. Jahrhundert stark verbreiteten Aberglaubens in Masuren vorstellbar, ging es doch um die Häuser und Scheunen

²⁸⁰ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 30 f.

²⁸¹ Carl Friedrich Ludwig Graf von Lehndorff hielt sich nicht gern in Königsberg auf. In einem Brief an Cäcilie von Below schrieb er am 15. Dezember 1837: „Wenn ich nur nicht nach dem widerwärtigen Königsberg müsste“, GStA PK, VIII. HA, C Nr. 31, Bd. 4, Bl. 8–8v.

²⁸² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 386, Bl. 32–32v.

²⁸³ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 255 f. Friedrich Eberhard von Rochow hatte seinen Bauern 1771 und 1772, als schlechtes Wetter ihre Ernten vernichtet hatte, Beistand gewährt. Für Friedrich August von der Marwitz, der sich als vorbildlicher Hausvater sah, sind zahlreiche Beispiele der Fürsorge überliefert, vgl. Berdahl, Paternalismus, S. 130.

der Bauern, die vernichtet wurden. Das andere Gründe eine Rolle spielen konnten, wenn es um herrschaftlichen Besitz ging, zeigt das Beispiel des Brandes von Schloss Fredersdorf, Sitz der von der Marwitz, 1806. Hier hatten die Bauern wenig Initiative ergriffen, um beim Löschen des Brandes behilflich zu sein. „Die bei den Spritzen waren, fingen an, nach Branntwein zu schreien, und die zu Fuß herbeigelaufenen Zuschauer taten nichts“. Plünderer versorgten sich mit Mobiliar und Betten. Letztendlich brannten das Schloss und zahlreiche Nebengebäude bis auf die Grundmauern ab.²⁸⁴

Zur Fürsorge gehörte auch die medizinische Versorgung. Der Arzt Mondzig kam regelmäßig nach Steinort.²⁸⁵ Ob er auch hier Pockenimpfungen durchführte, wie er es bei den Söhnen des Domherrn von Elditten tat, ist nicht bekannt.²⁸⁶ In Rastenburg und Angerburg grassierte die Seuche, auch Steinort blieb nicht verschont. Im Oktober 1785 holte Lehndorff seinen Berliner Arzt, den Chirurg Kayser, nach Steinort. Mehrfach hatte Rhenius über Krankheiten der Leute geklagt und sah in dem Fehlen eines „hierselbst wohnenden Arztes eine der vorzüglichsten und Hauptursachen des hiesigen Menschenmangels“, vor allem der hohen Kindersterblichkeit.²⁸⁷ Erst durch das Reichsgesetz vom 15. Juli 1883 wurde die Krankenversicherung der Arbeiter auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und war nicht mehr allein der Fürsorge der Gutsherrschaft überlassen. Am 20. Februar 1884 forderte Landrat von Kanneurff alle Gemeinden und Gutsvorstände auf, bis zum 25. des Monats eine Übersicht über die „Zahl und Gattung der in dem Gemeinde resp. Gutsbezirk beschäftigten versicherungspflichtigen Personen sowie über die Höhe des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter“ einzureichen. Vorsorglich wurden eine Ordnungsstrafe und „kostenpflichtige Abholung“ angedroht.²⁸⁸ Die Berechnungen für das Fideikommiss Steinort konnten bisher nicht aufgefunden werden.

Die rapide Inflation des Grundbesitzwertes im 19. Jahrhundert, die Landspekulationen und die damit verbundenen Besitzerwechsel läuteten das Ende paternalistischer Beziehungen auf vielen Gütern ein. „Man kann nicht in Abrede stellen, dass der [...] Zusammenkauf so vieler Güter in einer Hand zur Störung der (gutsherrlich-bäuerlichen) Verhältnisse manches beigetragen. Der Gutsbesitzer lernt weder seine Untertanen noch deren Bedürfnisse kennen. Alles wird oft einem feilen Justitiario und hartherzigen Amtmann überlassen“, kommentierte ein schlesischer Landrat diese Entwicklung. Ein anderer klagte: „Nachdem der Adel größtenteils das alte ehrwürdige Prinzip seiner Vorfahren, ein Vater seiner Untertanen zu sein, mit der Rolle eines Geldwucherers und Gütermäklers vertauscht, ist der Zustand der Bauernschaft mit jedem Jahr schlechter geworden.“²⁸⁹ Wo die Güter über Jahrhunderte in einer Hand geblieben waren, hörte auch durch das Geldlohnsystem die patriarchalische Interessengemeinschaft nicht von heute auf morgen auf. Gewohnheiten wie Gehorsam, Unterordnung, das Gefühl der Untertänigkeit blieben in den Landarbeitern, Insten und dem Gutsgesinde lange erhalten. Bereits im 18. Jahrhundert hatte Karl Friedrich Beneckendorff betont, dass Bauern, die die Hoffnung haben konnten, ihr Besitztum an die Söhne weiterzugeben, gefügiger wären als Bauern ohne eine solche Perspektive; diese Vorstellung war in die

²⁸⁴ Vgl. Friedrich August Ludwig von der Marwitz. Ein märkischer Edelmann im Zeitalter der Befreiungskriege, hrsg. von Friedrich Meusel, Bd. 1: Lebensbeschreibung, Berlin 1908, S. 266–276 (Der Brand von Friedersdorf, Pfingsten 1806).

²⁸⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 128–129v; Nr. 382, Bl. 39–40v.

²⁸⁶ Vgl. Mühlpfordt, Herbert, William Motherby. Arzt in Königsberg und Vorkämpfer der Pockenschutzimpfung, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Sammler und Landeshistoriker 8 (1975), H. 36/37, S. 2–22.

²⁸⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 382, Bl. 132–133v.

²⁸⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 459, Bl. 3 (Angerbürger Kreisblatt, 20. Februar 1884).

²⁸⁹ Ziekursch, Johannes, Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte. Vom Hubertusbürger Frieden bis zum Abschluss der Bauernbefreiung, Breslau 1915, S. 60 (Landrat von Dresky, Kreis Reichenbach, 1799).

konservative politische Ideologie des Vormärz eingegangen.²⁹⁰ Ein Jahrhundert später verteidigte Bismarck seine Sozialgesetzgebung: „Wer eine Pension hat für sein Alter, der ist viel zufriedener und viel leichter zu behandeln, als wer darauf keine Aussicht hat.“²⁹¹ Die Fortdauer der paternalistischen Grundidee innerhalb des Konservatismus ermöglichte es den Konservativen, leichter auf soziale Fragen zu reagieren, die die Industrialisierung hervorbrachte, als den Liberalen.

„Von den alten Leuten, die die Besuche Ew. Majestät hier noch erlebt haben, sind die meisten schon verstorben. Auch den getreuen Wildmeister Schmidt ebenso wie den Leibkutscher Will deckt längst der grüne Rasen. Nur Hausmeister Hoffmann, der nun schon 52 Jahre hier im Schloss ist, tut noch seinen Dienst. Inzwischen sind aber die Kinder unserer alten Leute wieder an die Stelle ihrer Eltern getreten, und ich bin stolz darauf, dass viele Familien seit Generationen in unserem Dienst stehen, einige schon in der 8. Generation. Es ist für mich eine Freude, mit meinen getreuen Beamten und Arbeitern zusammen hier wirken zu dürfen, und ich bemühe mich, den Posten, auf den ich gestellt worden bin, mit meiner ganzen Kraft auszufüllen zum Wohle unseres Vaterlandes“, schrieb Alexander Fürst zu Dohna noch 1938 an Wilhelm II. in Doorn.²⁹² Elard von Oldenburg-Januschau, Schwiegervater Siegfried von Lehndorffs, Gutsherr und konservativer Politiker, beschreibt in seinen Erinnerungen diese weit über das 19. Jahrhundert hinaus wirkende Beziehung: „Das Geheimnis zur Lösung der Leutefrage auf dem Lande habe ich immer darin gesehen, den Arbeitern ein gerechter Vorgesetzter und ein wohlwollender Vertrauensmann in allen Lebenslagen zu sein. [...] Freilich war ich auch niemals nachsichtig, sondern hielt darauf, dass im Betrieb Gehorsam der erste Grundsatz blieb. Auf diese Weise bildete sich im Laufe der Jahrzehnte auf allen meinen Gütern zwischen meinen Leuten und mir ein Vertrauensverhältnis, dessen Formen manchen nicht aus dem Osten stammenden Deutschen vielleicht eigenartig erscheinen mögen.“²⁹³ Nach Oldenburg war dieses typisch „östliche“ Herrschaftsverhältnis durch Werte wie Gerechtigkeit und Treue geprägt; das „Vertrauensverhältnis“ gründete sich auf ein materielles Fundament, nämlich auf die Vorzüge einer sicheren Landarbeiterexistenz. Das aus diesen sozio-ökonomischen Beziehungen entstandene ländlich-protestantische Milieu prägte das dörfliche Gemeinschaftsleben, in dem der Gutsbesitzer, der Dorfpfarrer, der Dorfschullehrer und die Landarbeiter ihren festen Platz in der Statushierarchie hatten, bis in das 20. Jahrhundert.²⁹⁴ Auch nach 1945 hielten viele ehemalige Gutsherren die Erinnerung an Gut und Heimat wach, indem sie Kontakt zu ehemaligem Personal oder Dorfbewohnern auch nach den Jahren der Flucht und Vertreibung aufrecht hielten.²⁹⁵ Und auch umgekehrt funktionierte diese Erinnerung: „Nach alter Sitte wurde auch Erntefest gefeiert. Die ganze Belegschaft zog mit Mu-

²⁹⁰ Vgl. Beneckendorff, Karl Friedrich, *Oeconomia Forensis* oder kurzer Inbegriff derjenigen landwirthschaftlichen Wahrheiten, welche allen sowohl hohen als niedrigen Gerichts-Personen zu wissen nöthig, Bd. 5, Berlin 1779, S. 33. Siehe auch Schissler, Junker, S. 104. Ohne den Begriff Paternalismus zu verwenden schreibt sie: „Die Bauern waren jahrhundertlang an ihre Entrechtung und unmittelbare Junkerherrschaft gewöhnt. Sie fügten sich relativ widerspruchlos in die im Reformjahrzehnt für sie geschaffenen Bedingungen, akzeptierten die politische Herrschaft der Junker im Alltag, petitionierten höchstens für die Aufhebung besonders krasser Ungerechtigkeiten.“

²⁹¹ Zit. nach: Ritter, Gerhard Albrecht, *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung der Grundzüge im Vergleich*, München 1983, S. 28

²⁹² BStU, MfS Sekr. Neiber, Nr. 803, Bl. 73.

²⁹³ Oldenburg-Januschau, *Erinnerungen*, S. 44.

²⁹⁴ Die über Jahrhunderte festgefügte Hierarchie und das ländlich-protestantische Milieu hatten starken Einfluss auf das Wählerverhalten, so Pyta, Wolfram, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996, S. 35–82.

²⁹⁵ Beispiele in: Seeling, *Alltagsadel*, S. 469.

sikkapelle zum Schloss [Kamenz] und wurde dort vom Prinzen Friedrich Heinrich [von Hohenzollern] empfangen. [...] Es wurden mit der Belegschaft auch Ausfahrten durchgeführt. [...] Zur Konfirmation wurden die Kinder der Belegschaftsmitglieder gut ausgestattet. Auch zu anderen Familienfestlichkeiten und zum Weihnachtsfest.“²⁹⁶

Die Herren zu Steinort werden Reichsgrafen von Lehndorff: Gerhard Ahasverus von Lehndorff

Über die Lebensgeschichte von Gerhard Ahasverus von Lehndorff (1637–1688) wissen wir viel, da Wilhelm Hosäus im 19. Jahrhundert das Leben des Oberburggrafen aus dessen Nachlass beschrieb. Später wurde es durch eine Familienskizze Hans von Lehndorffs bekannt.²⁹⁷ Gerhard Ahasverus war der Sohn von Meinhard von Lehndorff (1590–1639), Erbherr zu Steinort und Taberlack sowie seit 1620 von Rogow, Lanewo, Jakuszowa etc., kurbrandenburgischer Oberstleutnant und Chef der Natangischen, in Ostpreußen stehenden Kompanien Reiterei, Amtshauptmann und Landrat zu Rastenburg.²⁹⁸ Seine Großeltern väterlicherseits waren Sebastian von Lehndorff (1564–1619) und Judith von Kannacher (1566–1647). 1623 hatte Meinhard mit Elisabeth Freiin zu Eulenburg (1605–1675) die Ehe geschlossen, aus der 14 Kinder hervorgingen, darunter Gerhard Ahasverus und der bereits erwähnte Jesuitenpater Boguslaw, aber auch der in polnischen Kriegsdiensten tätige Botho Heinrich. Die Töchter heirateten u. a. in die Familien von Auer, von Nettelhorst, von Packmohr, von Klingsporn und von der Milbe. Judith Katharina heiratete ihren Vetter, den kurbrandenburgischen Oberleutnant Fabian Melchior, Erbherr zu Labab, Taberlack und Stawisken. Dass bei mehreren Söhnen einer den ungeteilten Besitz übernahm und die anderen in Kriegsdienste traten, war für ostpreußische Familien typisch. Da der Kriegsdienst mit einer „zölibatären Existenz“ verbunden war, war er jedoch auch eine große Gefahr für das Weiterbestehen der Gesamt-Familie.²⁹⁹

Gerhard Ahasverus wurde mit zwei Jahren Waise. Seine Mutter bestellte ihren Bruder Jonas Casimir Freiherr zu Eulenburg, Generalmajor und Hauptmann zu Brandenburg, zum Vormund des Sohnes und vertraute ihm dessen Bildung an. Der Onkel schickte Ahasverus auf die Jesuitenschulen in Braunsberg und in Thorn, um ihm eine

²⁹⁶ Peschel, Kurt, Erinnerungen aus meinem Leben. Für das Manuskript danke ich der Familie.

²⁹⁷ Hosäus, Oberburggraf; Lehndorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 204 ff.

²⁹⁸ Dessen Lebenslauf, verfasst von Anna von Lehndorff in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 134. Sein Bruder Fabian, der sich noch „Erbsasse auf Maulen“ nannte, war Oberstleutnant der Kavallerie und befehligte die Truppen des Natangischen Kreises in Ostpreußen. Er starb 1650 im Alter von 57 Jahren. An ihn und seine Gemahlin, eine geborene von Creyzen, erinnerte das Wappen und die Inschrift in der Kirche von Seehesten: „Anno 1647 hat Fabian von Lehndorff, damaliger E. B. P. Obrist, Lieutenant und Hauptmann zu Seehesten, Erbsasse auf Maulen, diesen Altar Gott zu Ehren, Seinem Namen zum Gedächtnis malen lassen.“ Böttcher, Adolf (Bearb.), Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen, Heft VI: Masuren, Königsberg 1896. Am 29. Januar 1623 hatte er auf dem Eis des Steinorter Sees den Freiherrn Wilhelm Albrecht Schenk zu Tautenburg aus dem Hause Doben nach vorangegangenen Streit erstochen und war mit ½ Jahr Gefängnishaft im Turm zu Angerburg bestraft worden. Das hinderte ihn nicht an einer späteren militärischen Karriere und der Übernahme der Stelle als Amtshauptmann zu Seehesten, vgl. Sommerfeld, Lehndorffiana Teil II, S. 131–139. Bekannt ist auch ein dritter Bruder, Wilhelm, der keinen militärischen Rang bekleidete und seit November 1625 Landrichter zu Oletzko war. Er starb vor 1643, vgl. Sommerfeldt, Gustav, Zu König Friedrichs II. Schrift über die preußische Verfassung, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 28 (1907), S. 149–155. Auf die Familiengruft in der Kirche in Seehesten verzichtete die Familie später, da diese „ganz ruiniert“ und „unbrauchbar“ geworden war, stellte aber die Bedingung, dass „die Gebeine meines sel. Vaters in ein Kästchen gelegt und versenkt, das Gewölbe repariert und der in der Mauer befindliche Leichenstein ungerührt darin gelassen werde“, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 254, n. f.

²⁹⁹ Vgl. Press, Das Haus Dohna, S. 374.

universale Bildung zu vermitteln.³⁰⁰ Insbesondere Braunsberg stand in dieser Zeit in dem hervorragenden Ruf, „nicht Gelehrte, sondern Hofleute, Staatsmänner und Militärs“³⁰¹ auszubilden, und wurde deshalb gern vom Adel des Herzogtums Preußen frequentiert. Lehndorff lernte hier Latein, Französisch, Italienisch und Polnisch in Wort und Schrift, was ihm später an den europäischen Höfen von großem Nutzen sein sollte. Im Gegensatz zu seinem Bruder Boguslaw blieb er der protestantischen Religion trotz des Jesuiten-Einflusses treu.

Mit seinem Cousin Georg Friedrich zu Eulenburg und dem Hofmeister Dr. Simon Seeger, später kurfürstlicher Rat und Assessor des samländischen Konsistoriums, absolvierte er als 19-Jähriger eine „Kavalierstour“, eine mehrjährige Bildungs- und Studienreise durch das westliche Europa. Solche Bildungsreisen waren für adlige Söhne eine Tradition und dienten der Vorbildung für den Staatsdienst. Auch Johann (Hans) von Lehndorff (1589–1664), später Geheimer Rat und Amtshauptmann zu Pr. Eylau, hatte 14 Jahre Polen, Deutschland, Frankreich, England und Holland bereist.³⁰² Von 1656 bis 1663 durchreisten Lehndorff und Eulenburg Dänemark und Holland, wo Lehndorff Jura studierte, dann England, Frankreich, Italien, Malta und Spanien. Sie lernten fremde Sprachen und kamen in Kontakt mit den politischen Eliten der Zeit.³⁰³ Aus der Instruktion von Jonas Casimir zu Eulenburg für Sohn und Neffen kennen wir die Erwartungen, die Eulenburg mit dieser Reise verband: Nicht die Erwerbung großer Güter oder von Reichtum sollten sich die jungen Herren als Ziel stecken, sondern beide sollten „etwas Gutes erlernen“, „wodurch sie Gott, ihrem Vaterlande, dem nächsten und endlich sich selbst und den ihrigen dienen“ und nützlich sein würden. Aus dieser Motivation heraus wählte er die Orte zur „Erlernung und Annehmung aller seinem Stande wohl anstehenden Wissenschaften und Tugenden“. Er legte ihnen Fleiß nahe und untersagte Überfluss und „Hoffahrt“. So sollten sie sich „reinlich, aber durchaus nicht stattlich“ kleiden und hatten sich mit einem Sommer- und einem Winterkleid pro Jahr zu begnügen.³⁰⁴ Als 26-Jähriger kehrte Gerhard Ahasverus nach Preußen zurück, um in die Dienste seines Landesherrn, des Großen Kurfürsten von Brandenburg zu treten. Als man sich über seine Verwendung im Staatsdienst nicht einig wurde, nahm er 1666 einen militärischen Auftrag des polnischen Königs Johann II. Casimir an. Längere Zeit war er der Befehlshaber der in Polen dienenden deutschen Truppen.³⁰⁵ Dabei erwarb er sich das Vertrauen des Königs, dessen Kammerherr er wurde, und auch von dessen Nachfolger, König Michael Koribut, der ihn 1669 zum Oberstleutnant ernannte und ihm ein Regiment anvertraute³⁰⁶ und für den er in sehr privater Angelegenheit, nämlich auf Brautschau, nach Wien reisen sollte. „Und wenn es nach Indien wäre“, soll Lehndorff gesagt haben. Um der Reise nach Wien zu entgehen, machte er dem König später klar, dass er unmöglich sein Regiment verlassen könne.³⁰⁷ Während der Zeit am polnischen Hof blieb Lehndorff im Kontakt mit dem Kurfürsten von Brandenburg, dessen Hof weiterhin sein Ziel war. Nach sechs Jahren in Warschau wurde er 1668 zum preußischen Hof- und Legationsrat ernannt und mit

³⁰⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 198.

³⁰¹ Hosäus, Oberburggraf, S. 5.

³⁰² Vgl. Sommerfeld, Lehndorffiana Teil II, S. 123, Anm. 1. Zur Kavalierstour: Babel, Rainer/Paravicini. Werner (Hrsg.), Grand Tour. Adlige Reisen und Europäische Kultur vom 14. bis zum 18. Jahrhundert, Ostfildern 2005; Leibetseder, Mathias, Die Kavalierstour. Adelige Erziehungsreisen im 17. und 18. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2004.

³⁰³ Die Briefe an Casimir zu Eulenburg in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 354, an Simon Seeger ebd., Nr. 356; die Instruktion Eulenburgs für die Bildungsreise Nr. 197.

³⁰⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 197.

³⁰⁵ Zu dessen Diensten für König Kasimir bzw. König Michael von Polen: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 199 und 200.

³⁰⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 200.

³⁰⁷ Vgl. Hosäus, Oberburggraf, S. 86.

einer Sendung an den Bischof von Ermland und an den Großkanzler der Republik Polen wegen der bevorstehenden Wahl zum polnischen Thron betraut.³⁰⁸

1669 erhielt er die Anwartschaft auf eine Hauptmannschaft in Preußen, die er 1674 mit Preußisch Eylau tatsächlich erhielt. 1671 verließ er Polen endgültig und wurde zum kurfürstlichen Kämmerer ernannt, nachdem sich Wilhelm III. Prinz von Oranien und Otto von Schwerin für ihn eingesetzt hatten. Kurprinz Friedrich von Brandenburg verwendete sich wegen der treuen Dienste, Kriegserfahrung, Tapferkeit und Aufrichtigkeit für Lehndorffs Aufnahme in den Johanniterorden.³⁰⁹ Im selben Jahr wurde er Landrat im Herzogtum Preußen. Im Französisch-Niederländischen Krieg stand Lehndorff als Oberst bei den Kriegshandlungen im März 1673 im Dienst der Niederlande, die mit dem Kurfürsten von Brandenburg verbündet waren. Auf Bitte des Prinzen von Oranien war er von seinem Landesherrn sozusagen „ausgeliehen“, um die Holländer zu unterstützen.³¹⁰ Obwohl beide eine Generation trennt, erinnert Lehndorffs Biografie stark an Christoph (II.) zu Dohna (1583–1637), der mit seiner großen Bildung, seinen umfangreichen Sprachkenntnissen und seiner Karriere einen neuen Adelstypus, den „Gentilhomme, den weltgewandten Höfling“³¹¹ verkörperte.

Als seine Mutter 1675 starb, war Lehndorff noch im holländischen Militärdienst. Für Steinort musste er deshalb vorübergehend einen Verwalter bestellen,³¹² verließ aber kurz darauf auf eigenen Wunsch das Militär. Ab 1676 widmete er sich seiner Familie und dem Aufbau Steinorts. Im selben Jahr verstarb seine Ehefrau Anna Dorothea von Podewils, Tochter des Gouverneurs der Festung Pillau, mit der er 1669 die Ehe geschlossen hatte.³¹³ Erneute politische Unruhen waren der Grund für seine Rückkehr in das Militär. 1677 trat Lehndorff in den Dienst des mit dem brandenburgischen Kurfürsten verbündeten Königs Christian V. von Dänemark. Ihm oblag die Werbung und Aufstellung neuer Regimenter für den brandenburg-dänischen Kriegsdienst, 1678 und 1679 kämpfte er gegen die Schweden, die in das Herzogtum Preußen eingefallen waren und nun auch Königsberg bedrohten. Auch an den Kämpfen vor Stralsund und auf Rügen gegen die Schweden nahm er aktiv teil.³¹⁴ Noch während des Krieges 1678 heiratete der zum Landvogt von Schaken ernannte Lehndorff Friederike Luise Wilhelmine von Schwerin, die Tochter des Oberpräsidenten Otto von Schwerin. Für seinen ersten Sohn, den 1679 geborenen Friedrich Otto, übernahm Kurprinz Friedrich die Patenstelle.³¹⁵ Wenig später erhielt Lehndorff die lang erwartete Obermarschallstelle und gehörte damit zu den vier regierenden „Beamten“ des Herzogtums Preußen; parallel ernannte ihn König Christian V. zum Generalleutnant und gewährte ihm den gewünschten Abschied, damit er nach Preußen auf seine Güter zurückkehren konnte. Bei der Geburt der ersten Tochter verstarb 1681 Lehndorffs erst 19-jährige Ehefrau. Im selben Jahr verkaufte er das von ihr geerbte Palais Podewils in Berlin (Breite Straße) an den Kurfürsten, der ihn mit einer Mission beim Bischof von Ermland betraute. 1683 ging er mit Maria Eleonora von Dönhoff, Tochter des königlich polnischen Kammerherrn und Truchsess des Großfürstentums Litauen Gerhard Magnus Graf von Dönhoff und Enkelin des einflussreichen und vermögenden Ernst

³⁰⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 29.

³⁰⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 362.

³¹⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 360.

³¹¹ Press, Das Haus Dohna, S. 383.

³¹² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 259.

³¹³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 25 (Ehevertrag).

³¹⁴ Vgl. Huch, Gaby, Gerhard Ahasverus von Lehndorff (1637–1688). Ein Ostpreuße im Kampf gegen die Schweden vor Stettin und auf Rügen, in: Stralsunder Hefte für Geschichte, Kultur und Alltag 2017, S. 49–59.

³¹⁵ Er war am 1. November 1679 getauft worden. Friedrich trat in die Fußstapfen des Vaters und wurde Militär. Er starb bereits 1722.

Magnus Graf von Dönhoff, die dritte Ehe ein. Am Tag der Eheschließung wurde ihm das Amt des Oberburggrafen von Preußen übertragen. Seine Gemahlin brachte ein Vermögen von 14.738 Gulden in die Ehe ein. Daneben besaß sie als „Kleinodien“ Perlen im Wert von 1.000 Tlr., einen Smaragd mit Diamanten im Wert von 200 Tlr., diverse Silbergegenstände, kostbare Kleidung und ein „Bett al'imperial“.³¹⁶ Dementsprechend hoch waren die „Hochzeitsunkosten“. Noch im selben Jahr erwarb Lehndorff aus seinem nun beachtlichen Vermögen das Gut Klein Beynunen.

So erwünscht und einträglich es war, hinderte doch das neue Amt als Oberburggraf am Rückzug ins Private und an einer intensiven Beschäftigung mit dem Besitz in Steinort. Als Oberburggraf war Lehndorff die höchste Obrigkeit für die Vorstädte der Stadt Königsberg (mit Ausnahme von Altstadt, Kneiphof und Löbenicht) und die Burgfreiheit. Er war Mitglied der Oberratsstube und verwaltete die Justiz, Polizei-, Kirchen- und Einquartierungssachen. Seine Amtsstube befand sich im Westflügel des Schlosses zu Königsberg. Das oberburggräfliche Amt war auch das ausführende Organ der preußischen Regierung. Dem Oberburggrafen war die Aufsicht über die Gerichte der Freiheiten, über deren Verwaltung und die Richter übertragen. Im oberburggräflichen Amt wurden die Hausbücher geführt, im dortigen Amtszimmer alle mündlichen Verhandlungen abgehalten. Der Oberburggraf hatte die von den Richtern der Freiheiten eingezogenen kurfürstlichen Einnahmen wie Grundzins, Scharwerksgeld, Schutzgeld oder Handgeld (von Handwerkern, Instleuten, Losleuten etc.), Hausmieten, Budenzins (von den Fleischern auf dem vorderen Roßgarten und dem Tragheim), Reißgeld, Grapengeld (von den Branntweinbrennern), Wiesen-zins vom Sackheim, Ackerrente und Zapfengeld vom grünen Krug auf dem Sackheim an die kurfürstliche Rentkammer abzuführen. Ihm unterstand der Hausvogt, der seine Amtswohnung am Roßgärten Markt hatte und jährlich dem Oberburggrafen die Hausvogtei-Rechnung zu übermitteln hatte. Unterstützt wurde der Oberburggraf durch den von der preußischen Regierung bestellten oberburggräflichen Amtssekretarius sowie sechs Advokaten, die er dem Kurfürst zur Bestätigung vorschlug. Ein Gehalt erhielt der Oberburggraf nicht, sondern Sporteln. Ein Grundstück auf der Burgfreiheit besaß Ahasverus von Lehndorff als Eigentum, von dem er 1687 einen Teil dem Kurfürsten für die Deutsch-reformierte Kirche verkauft hatte.³¹⁷

Von Königsberg aus musste sich Gerhard Ahasverus von Lehndorff auch um die Belange des Landes kümmern, denn der fortwährende Krieg hatte Handel und Landwirtschaft stark beeinträchtigt. Seine amtlichen Briefe und Eingaben zeigen ihn als eigenständigen, der monarchischen Politik für Ostpreußen loyal, aber auch kritisch gegenüberstehenden Mann. Ob man daraus einen auf die Erinnerung „von der älteren ostpreußischen-ostmitteleuropäischen Tradition, vielleicht auch von der Libertaskultur“ gegründeten „adelsständischen Regionalismus“, ja sogar Dissonanzen mit dem Haus Hohenzollern, insbesondere mit der Politik des Großen Kurfürsten konstruieren kann, die sich bis in das 19. Jahrhundert hielten,³¹⁸ lässt sich nicht belegen. Im Gegenteil: Als Beweis kö-

³¹⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 25 (Ehevertrag), Nr. 3 (Besitz).

³¹⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 5 (Das Amt des Oberburggrafen, Ms. Anna von Lehndorffs).

³¹⁸ So Wolfgang Neugebauer auf der Grundlage des Briefes von Friedrich Freiherr von Schrötter an Gustav Schmoller, 10. September 1897, in: Ders., Der Adel in Preußen, S. 49 f., 60.

niglicher Gnade verlieh ihm der Kurfürst am 4. November 1683 das Kirchenlehn und jus patronatus zu Rosengarten erb- und eigentümlich,³¹⁹ und als 1685 die Tochter Sophie Charlotte geboren wurde, übernahm Prinz Ludwig die Patenstelle. Auch die weitere Familiengeschichte und die Haltung der Lehdorffs und anderer großer ostpreußischer Familien in Krisensituationen sprechen deutlich dagegen.³²⁰

Erhebung in den Reichsgrafenstand

Zweifellos waren die Lehdorffs in Preußen seit dem 15. Jahrhundert eine höchst angesehene Familie. Aber sie waren auch „in einer Landschaft ansässig, die von den Kerngebieten des Reichs abgelegen war und überdies zu einer Region gehörte, die weit genug war, dass man Zweifel hegen konnte, in welche Kategorie man den dortigen Adel einordnete.“³²¹ Die Erhebung von Gerhard Ahasverus von Lehdorff durch Kaiser Leopold in den Reichsgrafenstand am 16. August 1687 und die Anerkennung für Kurbrandenburg am 30. September 1687 war nicht nur eine Standeserhöhung. Sie war sichtbarer Ausdruck des Ranges der Familie innerhalb der ostpreußischen Adelslandschaft. Auch wenn sie nicht den deutschen Reichsfürsten gleichgeordnet waren und sich verpflichten mussten, aus ihrer reichsgräflichen Standeserhöhung für das Herzogtum Preußen „keine sonderliche Prärogationen“ zu suchen, sondern sich der Verfassung des Landes gemäß zu halten,³²² fühlten sie sich doch in ihrer Stellung dem übrigen nicht-reichsgräflichen Adel überlegen und den ersten Familien in Ostpreußen wie den Burggrafen zu Dohna ebenbürtig.

In der Begründung Kaiser Leopolds hieß es, Ahasverus von Lehdorff werde angesichts „seines uralten adelichen und ritterlichen Herkommens als erlangter Experientz in Durchreisung vieler auswärtiger Königreiche, Provinzien und Länder“, sonderlich aber für seine Kriegsdienste und seine Taten wider die Feinde des Christentums auf der Seite des Malterserdens sowie für seine der Königin Eleonora in Polen geleisteten Dienste, deren „Vassall und wahrer Bedienter“ er sei, in den Reichsgrafenstand erhoben. Umsonst gab es den Titel nicht: Lehdorff hatte dafür 6.015 Fl. und für die Ausfertigung der Bulle nochmals 46 Dukaten zu zahlen.³²³ Im 17. und 18. Jahrhundert lautete die Bezeichnung in Urkunden gelegentlich „Des Heiligen römischen Reichs Graf von ...“. Die

³¹⁹ Vgl. Schmidt, Angerburg, S. 112.

³²⁰ Siehe hierzu Klinkenborg, Melle, Die Stellung des Hauses Finckenstein am preußischen Hofe im 17. und 18. Jahrhundert, in: Hohenzollern-Jahrbuch 17 (1913), S. 156–172, hier S. 156–159 (zu den Lehdorffs und Finckensteins um 1600); Schmoller, Gustav, Die Verwaltung Ostpreußens unter Friedrich Wilhelm I., in: Historische Zeitschrift 130 (1973), S. 40–71; Hartmann, Stefan, Gefährdetes Erbe. Landesdefension und Landesverwaltung in Ostpreußen zur Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1640–1688), in: Heinrich, Gerhard (Hrsg.), Ein sonderbares Licht in Teutschland. Beiträge zur Geschichte des Großen Kurfürsten von Brandenburg (1640–1688), Berlin 1990, S. 113–136.

³²¹ Vgl. Press, Das Haus Dohna, S. 389.

³²² Aus der Erklärung Johann Dietrich von Schliebens, Erbherr auf Birkenfeld, 20. Dezember 1662. Er war am 11. Januar 1660 in den Reichsgrafenstand erhoben worden. Die Anerkennung Kurbrandenburgs erfolgte nach Abgabe dieser Erklärung, vgl. Platen, Emma von, Zur Geschichte der reichsgräflichen Familie von Schlieben-Birkenfeld, in: Sitzungsberichte der Altertumsgesellschaft Prussia zu Königsberg i. Pr. 45 (1888/89), S. 50–62, hier S. 57 f. Der Sandtiter Zweig wurde 1718 in den erblichen Grafenstand erhoben, während die anderen Linien als Herren von Schlieben ausstarben.

³²³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 76 (vidimierte Abschrift der Urkunde). Für die kurbrandenburgische Anerkennung des Grafenstandes vom 30. September 1687 ebd. „Pro renovatione Confirmationis“ hatte Lehdorff u. a. im August 1688 zehn Taler sowie einen Taler Stempelgelder zu zahlen. StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 202: Abschrift der Erhebung, Wien, 23. Februar 1687 und der kurbrandenburgischen Anerkennung, Cölln an der Spree, 30. September 1687.

Bezeichnung ‚Reichsgraf‘ kam erst vor dem Hintergrund einer romantischen Sehnsucht nach der untergegangenen Reichseinheit im 19. Jahrhundert auf und diente der Unterscheidung von den Grafenerhebungen, die nicht mehr durch den römisch-deutschen Kaiser zu Zeiten des Alten Reichs erfolgt waren.³²⁴

Heiratspolitik

Eine weitere Aufwertung des Standes, der Aufstieg in den Hochadel des Reiches, war nur durch Heirat möglich. In den kommenden Generationen blieb man in der „Grenzzone“ zwischen dem Ritteradel und den Grafen und Herren. Den Lehdorffs gelang es nicht, wie beispielsweise den Dohnas durch die Heirat mit einer Tochter aus dem Hause Solms, den Anschluss nach „oben“ in die Adelhierarchie des Alten Reiches zu schaffen, um vom Hochadel als ebenbürtig anerkannt zu werden.³²⁵ Erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts, als der Reichsgrafenstand nach Ende des Alten Reiches obsolet war, gelang dieser Anschluss, als die Enkelin des ersten Reichsgrafen, Luise Charlotte, 1749 mit Carl Ludwig Graf von Ysenburg und Büdingen die Ehe einging. Dessen Urenkelin Friederike Amalie heiratete 1780 in das herzogliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Beck und wurde somit im 19. Jahrhundert zu einer Ur-Ahnin des dänischen Königshauses.

Luise Charlotte hatte als Aussteuer neben Silber und Juwelen, standesgemäßer Kleidung, Leinen, Betten, Kupfer, Zinn und anderen, zum Etablissement nötigen Möbel aus dem Vermögen des verstorbenen Vaters einen Brautschatz von 10.000 Rtlr. erhalten, der „nach Beschaffenheit und Erforderung der itzigen Umstände vor der Hand nicht bar ausgezahlt, sondern zur jährlichen richtigen Verzinsung auf den hochgräflichen Steinortschen Gütern stehenbleiben“ sollte.³²⁶ Auch die anderen gräflichen Schwestern wurden mit einem soliden „Brautschatz“ ausgestattet, da neben Herkunft, guter Erziehung und häuslichen Tugenden wie Sparsamkeit und Häuslichkeit die Höhe der Mitgift ein wichtiges Kriterium für eine standesgemäße Eheverbindung war.³²⁷ Die Schwestern Marie Eleonore und Sophie Dorothea heirateten in die Familien von Schlieben und von Podewils ein. Im Fall der Eheschließung mit Leopold Graf von Schlieben sollten die 10.000 Tlr. bares Geld zur Tilgung der auf dem Haus Gerdaun lastenden Schulden verwendet werden.³²⁸ Bei der Eheschließung mit dem Grafen Konstantin Guido von Podewils sollte das Kapital zur „Erkaufung anständiger Güter“ genutzt werden.³²⁹ Dass „Schwester Podewils“, wie Lehdorff sie häufig nannte, ihren Mann „wegen dessen guter Figur geheiratet“ habe, sei angemerkt; die Mutter hatte ihre Zustimmung jedoch wegen dessen angesehener Stellung gegeben. Allerdings war dessen Karriere bald zu Ende, als er beim König in Ungnade fiel, von Königsberg nach Schlesien, später nach Potsdam versetzt wurde, und auch noch das Kommando von Stettin abgeben musste. Als er im Frühjahr 1762 verstarb, hinterließ er Lehdorffs Schwester in zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnissen mit zwei kleinen Kindern.³³⁰ Für die vierte Tochter Eleonore Katharina ist eine Eheschließung nicht überliefert. Aus dem sozialen

³²⁴ <https://www.heraldik-wiki.de/wiki/Reichsgraf> [25.10.2019].

³²⁵ Abraham und Christoph zu Dohna hatten die Schwestern Amalie und Ursula von Solms-Braunfels geheiratet. Auf diese Weise waren die Dohnas zwei Generationen später mit dem Haus Hohenzollern blutsverwandt und Vettern des englischen Königs Wilhelm III.

³²⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 315, Bl. 1–4v (Ehevertrag Ysenburg, 27. März 1749).

³²⁷ Mesenhöller, Matthias gibt am Beispiel des kurländischen Ritterschaftsadelns Zahlen zu Heiratschancen in Abhängigkeit von der Größe des Besitzes bzw. für Töchter aus dem Verhältnis des Besitzes des Brautvaters zu dem des Schwiegervaters für den Zeitraum bis 1800, vgl. Ders., Ständische Modernisierung. Der kurländische Ritterschaftsadel 1760–1830, Berlin 2009, S. 318 f.

³²⁸ Vgl. Platen, Zur Geschichte der reichsgräflichen Familie von Schlieben-Birkenfeld, S. 59 ff.

³²⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 26 (Schlieben), Nr. 27 (Podewils).

³³⁰ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 167, 339.

Kapital der Familie, das eine heiratsfähige Tochter darstellte, war in diesem Fall eine ökonomische Bürde geworden.³³¹

Als in der nächsten Generation Gräfin Pauline mit dem Königlich Preußischen Kammerherrn August Graf von Dönhoff-Friedrichstein 1796 die Ehe einging, bestand die Mitgift „nur“ noch aus einem Barvermögen von 500 Rtlr. und 1.500 Rtlr. für Graf Dönhoff zur Beschaffung standesgemäßer Mobilien. Dafür wurde sie mit wertvoller Kleidung, Juwelen und Pretiosen (2.050 Rtlr.) ausgestattet. Das ihr zgedachte „Silber für tausend Reichstaler“ hatte sie bei der Eheschließung noch nicht erhalten, ihr Vater Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff verzinst es in Courant zu fünf Prozent.³³²

Die Erblichkeit der Reichsgrafenwürde

An seiner Erhebung in den Reichsgrafenstand konnte sich Gerhard Ahasverus nicht lange erfreuen. Nur ein halbes Jahr später verstarb er unerwartet am 14. Februar 1688. Der Kurfürst soll bei der Todesnachricht gesagt haben: „Ich habe meinen größten Staatsmann verloren.“³³³

Mit dem Tod von Gerhard Ahasverus von Lehndorff kam ein über lange Jahre vergessenes Problem zum Vorschein. Nach dem Tod seines Bruders Boguslaw im Jahr 1658 hatte Gerhard Ahasverus in Masuren zu den wenigen Adligen deutscher Herkunft gehört, die im 17. Jahrhundert nachweislich über „moskowitzische Güter“ verfügten. 1667 waren ihm die Besitzungen durch den polnischen König bestätigt worden.³³⁴ Nach dessen Tod erhob die Familie von Tiesenhausen Erbsprüche. Maria Eleonora von Lehndorff muss dieser Prozess sehr belastet haben. Über Boguslaws Sohn, den Jesuitenpater, wusste man zu diesem Zeitpunkt nur wenig. 1714 bemühte sich Ernst Ahasverus von Lehndorff, um Informationen über seinen Verwandten. Ein Erbstreit hätte fatale Folgen gehabt, zumal es um die finanziellen Verhältnisse nicht gut bestellt war – vor 1715 hatte sich Ernst Ahasverus bei dem Bruder seines Schwagers Dönhoff 5.000 Rtlr. leihen müssen, die 1720 noch nicht zurückgezahlt waren.³³⁵ Der Prozess sollte sich bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts ziehen.³³⁶

Das Reichsgrafen-Privileg ging nach dem Tod des Grafen auf die Kinder über. Trotzdem ging die Familie des gerade erworbenen Titels fast verlustig. Am 30. April 1688 ließ Kurfürst Friedrich Wilhelm den Vormündern der Erben des verstorbenen Oberburggrafen, Obrist von Schlieben und dem Obristleutnant von Auer, mitteilen, die Erben sollen, wenn sie den Grafentitel weiter gebrauchen wollen, den auf das Kaiserliche Patent ausgefertigten Revers an die Oberratsstube einreichen, damit ihnen bis zur Majorennität ein Interims-Revers wegen Erhaltung

³³¹ Vgl. Treskow, Rüdiger von, Adel in Preußen: Anpassung und Kontinuität einer Familie 1800–1918, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 344–369.

³³² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 94. Pauline setzte die lange Tradition der Eheverbindungen zwischen den Familien Lehndorff und Dönhoff fort, die bis in das 20. Jahrhundert anhalten sollte. Zu August Friedrich Philipp von Dönhoff, ab 1793 Flügeladjutant Friedrich Wilhelms II.: Heck/Thielemann, Friedrichstein, S. 41 ff.

³³³ Vgl. Hosäus, Oberburggraf, S. 180.

³³⁴ Er hatte sich am 6. April 1667 durch König Johann Kasimir die litauischen Güter seines verstorbenen Bruders (Rogowa, Lanewo, Jakuszowa und verschiedene Wüstungen) bestätigen lassen, die dem Vater Meinhard von Lehndorff am 30. Dezember 1620 übertragen worden waren. Dafür sollte er das „krosnogorodskische Schloss“ schützen. Die Dohnas hatten ihre Besitzungen in Livland, die ihnen vom Deutschen Orden nach dem Kampf gegen die Russen um 1563 übertragen worden waren, nicht behaupten können, vgl. Press, Das Haus Dohna, S. 374.

³³⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 368, Bl. 10–11v (1. April 1715).

³³⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 368, Bl. 8–8v (Fragment; 27. März 1714). Zu den russischen Gütern: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 97.

des Grafenstandes ausgefertigt werden könne. Die Aufforderung erging ein zweites Mal am 21. Dezember 1688. Das Schreiben vom 8. August 1691 an die „Löhdorffschen Erben Vormünder General-Major von Schlieben, Hauptmann zu Tilse, und Obrist-Lieutenant von Auer“ trug nun bereits einen „Cito“-Vermerk. Da noch immer nichts geschehen und die Oberstände deshalb nochmals „bei einigen Landtagen Erinnerung getan“, wiederholte der Kurfürst seine Reskripte und befahl, dass die Vormünder „gegen den 28. dieses entweder das desiderierte Revers“ oder einen „untertänigsten Bericht, ob die Erben sich des Gräflichen Titule begeben“, einzuschicken haben. Da der Grafentitel der Familie erhalten blieb, muss die letzte Aufforderung mit gesetzter Frist Wirkung gezeigt haben.³³⁷

Die Erhebung der Lehndorffs zu Statzen in den Grafenstand

Die Linie der Lehndorffs zu Statzen im Kreis Oletzko war im 16. Jahrhundert durch Fabian von Lehndorff, 1599 zu Statzen, begründet worden.³³⁸ Er war Amtshauptmann zu Pr. Eylau, zu Oletzko und bis zu seinem Tod in Seehesten, wo er auch begraben wurde. Mit den anderen Linien blieb man in den folgenden Generationen durch Heiraten verbunden.

Das auf einer Anhöhe gelegene eingeschossige Statzener Gutshaus war erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts durch Gerhard Leopold Melchior von Lehndorff errichtet worden, der seit 1763 Herr zu Statzen war. 1758 hatte er Albertine Charlotte von Tettau geheiratet, die Familie benötigte ein standesgemäßes Unterkommen. Das Gutshaus in Statzen ist ein Beispiel für die seltenen Rokokobauten in Ostpreußen, mit geschweiften Gesimsen über den Fenstern, einer geschwungenen Treppe und einem abgestuften Profil unter dem Dach. Im Erdgeschoss hatte es ein gotisches Gewölbe. Im Haus gab es vier alte Kamine mit Stuckverzierung, zwei davon im Gartensaal mit Jagdszenen. Die Decken waren ebenfalls mit Stuck und eingelassenen Gemälden verziert. Die Diele hatte eine getäfelte Kassettendecke und Schäferszenen auf Leinwandpanneaus. Die Türgriffe waren aus Porzellan der Königlichen Porzellanmanufaktur in Berlin.³³⁹

1790 setzte sich Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehndorff-Steinort für die Erhebung der Linie zu Statzen in den Grafenstand ein. Vier seiner Kinder waren gleich oder unmittelbar nach der Geburt verstorben, der Sohn Carl Friedrich Ludwig beim Militär, Heinrich August Diplomat, beide noch immer unverheiratet, auch die Tochter Pauline, die sechs Jahre später in die Familie Dönhoff einheiraten sollte, war noch ledig und die Gefahr, dass die Reichsgrafenwürde für die Familie nicht bewahrt werden könnte, groß. Für die Anerkennung hatte Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff alle familiengeschichtlichen Urkunden und Stammbäume beizubringen, aus denen der gemeinsame Ursprung hervorging. Obwohl die Trennung der Familienlinien fast zweihundert Jahre zurücklag, war das nicht schwierig, denn die Dokumente im Lehndorffschen Archiv waren im Mai 1745 geordnet und 1753 revidiert worden.³⁴⁰ In das durch König Friedrich Wilhelm II. am 3. Januar 1791 Melchior Gerhard

³³⁷ GStA PK, XX. HA, EM Abt. 2 b Adel Nr. 72 (ganze Akte).

³³⁸ Vgl. Schwennicke, Europäische Stammtafeln, Tafel 149.

³³⁹ Beschreibung in: Lorek, Carl E. von, Landschlösser und Gutshäuser in Ost- und Westpreußen, 1. Aufl., Königsberg 1933, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1972, S. 65 f. Siehe auch Wagner, Wulf D., Von der Schlichtheit barocker Gutshäuser in Ostpreußen, in: Stationen einer Krönungsreise, S. 17–22, hier S. 21.

³⁴⁰ Die Verzeichnung baute auf einer um 1730 bereits existierenden Ordnungsstruktur auf, Fragmente in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff (unverzeichnet). Die Verzeichnisse von 1745 und 1753 ebd.

Leopold von Lehndorff (1735–1807), Herr auf Statzen, Maxkeim und Bandels, sowie dessen Kindern „samt denen ehelichen Deszendenten und Nachkommen beiderlei Geschlechts“ erteilte Grafendiplom fand Lehndorffs Formulierung Aufnahme, die Familie sei „aus einem alten in anno 1328 mit dem Teutschen Orden nach Preußen gekommenen und daselbst sich etablierten Geschlecht entsprossen“.³⁴¹

Liest man die Familiengeschichten ostelbischer Adelsfamilien, begegnet man einem über genealogische Verzweigungen hinausreichenden „Familiensinn“, der die verschiedenen Linien, Äste, Zweige und Häuser zu einer Einheit verband und das genealogische Konstrukt einer Gesamtfamilie des adligen Geschlechts erzeugte. Hierzu gehörten Verwandtenbesuche ebenso wie Standes- und Familiensolidarität, die verarmten Adligen das standesgemäße Weiterleben ermöglichen sollte, die aber im 19. Jahrhundert zunehmend einer „wirtschaftlich-politischen Interessengemeinschaft adliger mit bürgerlichen Rittergutsbesitzern Platz gemacht hatte.“³⁴² In der Krise wurde jedoch die eigene enge Familie zum „historisch-sozialen Hinterland.“³⁴³ Dieses vertikale Familienverständnis, der Bezug in die Vergangenheit und die Inszenierung einer Verbindung zu den Ahnen, gestaltete sich mit lebenden Verwandten nicht immer konfliktfrei. Von Harmonie und verwandtschaftlicher Herzlichkeit war das Verhältnis zwischen den Lehndorffs in Steinort und den Lehndorffs in Statzen insbesondere nach deren Erhebung in den Grafenstand nicht geprägt.

Eigentlich hatte Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff zu Leopold Gerhard Melchior von Lehndorff schon vor der Erhebung keine gute Beziehung. Als dieser im Oktober 1783 seinen Besuch machte, schrieb Lehndorff: „Nach Tisch erscheint hier ein Herr von Lehndorff, der mir, obwohl er meinen Namen trägt, im höchsten Maß zuwider ist.“³⁴⁴ Man hatte die gleichen Ahnherren, mehr aber auch nicht.

Streit um Steinort

Am 15. Juni 1792 setzte Leopold Gerhard Melchior von Lehndorff wegen der Bandelschen Güter aus dem Erbe seiner 1780 verstorbene Frau, die sein Sohn erhalten sollte, und dem Allodialgut Statzen, das an seine Tochter, verheiratete von Fock, übertragen werden sollte, einen „Familienvvertrag“ und „Teilungs-Rezess“ auf. Das Hofgericht zu Insterburg verlangte die Original-Urkunde, dass Statzen von der von Nostitzschen Familie 1565 an die Familie von Lehndorff gelangt sei, auch die auf dem Gut haftende „Lehnsqualität“ war durch die Originalurkunde nachzuweisen und außerdem durch ein „Familien-Attest“ zu beweisen, dass außer der eigenen und der Linie zu Steinort keine weiteren Linien existierten, die Rechte haben könnten.³⁴⁵ Nicht zuletzt war ein Widerspruch zwischen dem eingereichten Stammbaum, nach dem der 1708 verstorbene Ludwig von Lehndorff nur

³⁴¹ GStA PK, I. HA, Rep. 7, Nr. 13, I Lit. L Paket 498, Nr. 15, Bl. 4–7.

³⁴² Vgl. Kleine, Georg H., Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 100–143, hier S. 101.

³⁴³ Vgl. Brunner, Reinhold, Die Stellung des ostelbischen Adels zu Kultur, Wissenschaft und Kunst am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Adamy, Kurt/Hübner, Kristina (Hrsg.), Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert. Ein historischer Vergleich, Berlin 1996, S. 167–183, hier S. 170.

³⁴⁴ Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 386.

³⁴⁵ Statzen war 1566 von dem Kammerrat von Nostitz an den Oberburggrafen Hans von Rauter verkauft worden. Rauter heiratete 1570 Dorothea von Lehndorff, Tochter Caspar von Lehndorffs, die 1598 starb. 1599 erwarb Dorotheas Bruder Fabian (d. J.) nach dem Tod seines Sohnes Caspar, Amtshauptmann zu Seehesten, Statzen. Später erhielt dessen erster Sohn, der Tribunalsrat Fabian, Stawken, der zweite Sohn Johann Christian Statzen. Da dessen Söhne starben, fiel Statzen an den letzten noch lebenden Sohn von Fabian, den Kapitän Ludwig von

einen Sohn, nämlich den 1745 verstorbenen Karl Ludwig gehabt habe, und einem Bericht Friedrich Wilhelm von Tettau sowie dem Attest des Legationssekretärs zu Wien Moerlin vom 10. April 1707 aufzuklären, denn letztere testierten zwei männliche Erben.³⁴⁶

Am 3. Februar 1793 wandte sich Gerhard Leopold Melchior von Lehdorff an Ernst Ahasverus Heinrich von Lehdorff mit der Bitte um Hilfe, da er nicht im Besitz des Privilegs für Statzen aus dem Jahr 1565 sei. Lehdorff sollte in seinem und im Namen seiner Söhne Carl Friedrich Ludwig und Heinrich August erklären, dass außer ihm, Leopold, und seinem Sohn, August Leopold, keine Agnations- und Sukzessionsrechte auf Statzen bestünden, insbesondere, dass Ernst Ahasverus Heinrich von Lehdorff und dessen Söhne „sich aller Ansprüche auf das Statzensche Lehn“ begeben. Die geringe Summe des Lehnstamms von 6.970 Rtlr. sei „dieser großen Weitläufigkeiten nicht wert und verdient nicht, dass man deshalb bis ins graue Altertum penetriere und von dorten her vergebliche Beweise führe“. Durch seine gerichtliche Erklärung könne Lehdorff das Verfahren abkürzen und den Familienvertrag beschleunigen.³⁴⁷ Vorsorglich und wohl auch insgeheim meldete Gerhard Leopold am 27. Februar 1793 beim Hofgericht zu Insterburg jedoch seine Sukzessionsrechte als Agnat auf die Steinortschen Lehnsgüter an und begründete diese mit dem gemeinsamen Stammvater Fabian von Lehdorff, der bei seinem Ableben seinen Söhnen Caspar, Fabian und Melchior die Steinortschen und die Güter zu Stawken und Maulen hinterlassen habe. Ernst Ahasverus Heinrich wird wohl aus allen Wolken gefallen sein, als ihn das Hofgericht aufforderte, sich binnen vier Wochen zu diesem neuen Sachverhalt zu äußern. Am 7. März 1793 erklärte Gerhard Leopold, dass es im Sinne des „Familien-Patriotismus“ nach seinem und dem Ableben des Sohnes ihr einmütiger Wunsch sei, dass „alle unsere Güter der Lehdorffschen Familie, damit selbige bis ins Unendliche im vollkommenen Wohlstande florieren könnte, vorzüglich zufallen möchten“. Er sei gewillt, alle ihm bekannten Familiennachrichten über Statzen und Steinort „zu schnellerer Aufklärung“ mitzuteilen, was er am selben Tag tat, jedoch nicht bereit, für die Agnatenrechte auf Statzen auf Ansprüche an Steinort wegen der zu großen „Disproportion“ verzichten zu können. Er habe bei seiner Anwesenheit in Steinort im Februar 1792, um die Hochzeit der Tochter und die Absicht, ihr das Gut Statzen zum Allodial-Eigentum zu übertragen, anzuzeigen, den Vergleich zwischen Caspar, Fabian und Melchior von Lehdorff „im Original auf Pergament geschrieben, und mit vielen anhängenden Siegeln in Kapseln versehen, dem Steinortschen Archiv selbst zur Verwahrsame eingelie-

Lehdorff und am 17. September 1716 an dessen Sohn Carl Ludwig, Vater von Gerhard Leopold Melchior von Lehdorff. Dieser war beim Erbfall am 28. Februar 1745 noch nicht volljährig. Erst am 16. Februar 1763 übernahm er Statzen und zahlte seine Schwestern aus.

³⁴⁶ Lehdorff war mit Johann Magnus Dönhoff 1694 in die Dienste des Kaisers getreten. Sigismund Graf de Bathian bezeugte in Wien am 6. April 1707, dass er „aus Preußen gebürtig, aus Staffischem Hause“. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kapitän der Infanterie Leopold von Lehdorff aus seiner ersten Ehe mit der 1699 verstorbenen Katharina von der Albe den Sohn Karl Ludwig, aus der zweiten Ehe mit Maria Felicitas von Turkovics den 1707 geborenen Sohn Johann Anton, der 1708 in Wien verstarb. Nach dem Tod des Ehemanns verzichtete Maria von Lehdorff in einem am 13. November 1710 in Bartenstein geschlossenen Erbvergleich für sich und die in Ungarn geborenen Töchter Maria Barbara und Anna Elisabeth (bei Schwennicke Maria Elisabeth) gegen Zahlung von „dreihundert Rtlr. couranten Preußischen Geldes“ auf Statzen zugunsten des noch lebenden Sohnes Karl Ludwig. Dessen „Education [...] zu allen adelichen Geschicklichkeiten“ wurde den Vormündern Friedrich Wilhelm von Tettau, Gottlieb Friedrich von Gattenhoffen und Heinrich von Brauchitz übertragen, „soweit es die Statzischen Güter austragen können“. Nach Erreichen der Volljährigkeit sollte ihm sein Erbteil aus den Gütern in Ungarn zustehen, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 126, Fortsetzung der Akte als Nr. 127 und in: StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 234: Lehnstreitigkeiten zwischen den Besitzern von Steinort und Maxkeim 1808–1809. Möglicherweise gab es aber tatsächlich einen weiteren, dritten Sohn Karl Ludwigs, denn ein Johannes von Lehdorff aus dem Hause Statzen, war „Starost in Mscislaw und Litauen“, GStA PK, XX. HA, EM 103 d, Nr. 1084, Bl. 2.

³⁴⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 126. Das Folgende, wenn nicht anders angegeben, aus dieser Akte.

fert“. Lehndorffs hatte anscheinend gegenüber dem Hofgericht eine Erklärung abgegeben, dass keine verwandtschaftliche Beziehung bestünde. „Halten Sie es etwa unter Ihrer Würde, mit mir alliiert zu sein? So tue ich hiermit auf ewig Verzicht auf die Ehre Dero untertäniger Verwandtschaft und werde von nun ab zu Dero Beruhigung jedem Fragenden versichern, mit Denenselben gar nicht alliiert zu sein. Nur Schade! dass ich meinen Name, Wappen und Agnations- und Sukzessionsrecht nicht verleugnen kann, sondern de jure maintainieren muss.“ Er habe nicht die Absicht, etwas „zu verdunkeln oder von irgendjemand verdunkeln zu lassen“, im Gegenteil: Er wolle die Lehnsangelegenheit nach der Lehns-Deklaration vom 9. April 1792 in Friede und Eintracht und ohne Prozess aufgeklärt sehen, denn es heiße doch: „Wer da will geruhig sterben, der hinterlasse sein Gut dem rechten Erben“. Am 13. März erwiderte Graf Lehndorff-Steinort, dass Steinort und Statzen unter der Voraussetzung des gemeinsamen Stammvaters Fabian auch gleiche Rechte genießen müssen. „Wenn also die Nachkommen vom 2. Sohn Fabians die Güter von des ältesten Sohns Caspar Nachkommen erben wollen, die Nachkommen des Caspar dieselben Rechte auf des Fabians Lehngüter auch haben. Vorzüglich wäre also nötig, dass man den Erbvergleich zwischen diesen beiden Brüdern Fabian und Caspar ausfindig machen könnte.“

Eben dieses für die „Fabiansche Branche“ ausgefertigte Exemplar hatte Graf Lehndorff-Maxkeim bei seiner Anwesenheit in Steinort im Februar 1792 zum „Verwahrsam in Dero Archiv“ hinterlassen, wie er in der undatierten Briefbeilage „Nachrichten von der 2. Lehndorffer Branche“ schrieb. Doch muss es noch weitere Ausfertigungen für das Landeskollegium, das Steinorter Archiv und für Melchior von Lehndorff, den dritten Sohn, gegeben haben. Lehndorff-Maxkeim hatte inzwischen „2 Original-Dokumente, eins von 1616, das andere von 1628“ dem Hofgericht übergeben, woraus ersichtlich war, „dass außer Staffken [Stawken] (welches damals noch und lange nachhero von meinen Vorfahren besessen ward) einhundert Huben Kulmisch, worunter namentlich Stawischken, Tapperlaucken, Labapp pp. von meiner, der Fabianschen Branche, besessen worden. Nun entsteht die Frage? Wer besitzt jetzt eben benannte Güter? Antwort! Der jetzige Eigentumsherr der sämtlichen Steinortschen Güter; und diese Original-Dokumente von annis 1616 und 1628 geben mir noch außer dem Lehns-Privilegio vom 20. August 1572 das Recht, nach Vorschrift der Königlichen Deklaration³⁴⁸ zu handeln, das heißt, an den Steinortschen Lehngütern gerechte Ansprüche zu machen und mich ins Hypothekenbuch eintragen zu lassen.“ Er würde es auf einen Eid und Schwur vor dem Landeskollegio ankommen lassen, falls Lehndorff das ihm überlassene Dokument nicht freiwillig herausgebe, was für beider Ansehen wohl höchst nachteilig sei. Auch die bei Einsendung der Lehnstabelle 1717 gemachte Aussage, dass neben den damaligen Besitzern die von Elkinehlen damit belehnt seien, sei „unsinnig“,³⁴⁹ denn wenn diese auf den Stammvater zurückgehende, von dessen drittem Sohn Melchior ausgehende Linie nach dem Lehns-Privileg vom 20. August 1572 ein Sukzessionsrecht auf Steinort hatte,³⁵⁰ dann müsse auch die noch existierende zweite (Fabiansche) Linie dieses Lehnrecht erhalten haben.

³⁴⁸ In Paragraph 1 heißt es, dass alle Agnaten, Mitbelehnten und Gesamthänder und alle diejenigen, denen auf die allodifizierten ostpreußischen Lehen eine Sukzessionsrecht zusteht, künftig in das Hypothekenbuch des Guts eingetragen werden sollen. Nach Paragraph 2 hatten die Landesjustizkollegien die Lehnsbesitzer aufzufordern, die ihnen bekannten Agnaten etc. an Eides statt schriftlich anzuzeigen. Paragraph 3 hatte dafür eine Frist von sechs Wochen gesetzt.

³⁴⁹ GStA PK, I. HA GR, Rep. 66, Nr. 51, n. f. Ein vidimierter Extrakt aus den Lehnstabellen von 1698 und 1716, aus dem Lehnregister und dem Hauptbuch des Amtes Oletzko 1732 über das Gut Statzen in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 126.

³⁵⁰ In den im Streit um Statzen und die Lehnsfolge für Steinort 1793 verfassten „Nachrichten von Steinort“ zitiert Gerhard Leopold Melchior von Lehndorff aus dem Privileg. Demnach waren die Steinortsche Wildnis, das halbe Dorf Taberlack samt dem halben Schulzenamt und dem halben Krug und die Dörfer Labab, Teiche, Klein und Groß Mauer zur gesamten Hand verliehen und auch den drei Söhnen Fabians, Caspar, Melchior und Fabian, für sich und ihre Erben zur gesamten Hand und Anwartschaft konfirmiert worden. Für den Fall, dass Caspar von Lehn-

Der Grund, dass man die Linie zu Elkinehlen angegeben habe, sei wohl gewesen, dass Melchior Andreas von Lehdorff keine „Leibes-Erben“ hatte und somit der „letzte männliche Zweig der 3. Linie war, mithin der Steinortschen Branche gar nicht schaden konnte, wohingegen damals mein Vater von der 2. Linie noch existierte, anno 1716 eben geheiratet und schon einen Sohn (der aber im 7. Jahr starb) gezeugt hatte.“

Damit war die „Sache wegen Statzen ganz ernst geworden.“³⁵¹ Auf Grundlage der Urkunde von 1572 erklärte Lehdorff in einem Promemoria, dass den drei Brüdern Caspar, Fabian und Melchior die Steinortsche Wildnis mit 120 Huben, das halbe Dorf Taberlack mit 26 Huben sowie das halbe Schulzenamt und der halbe Krug nebst den 4 Dörfchen Labab, Teiche, Klein und Groß Mauer zu magdeburgischen Rechten verliehen worden und der „lehnsfähigen Deszendenz der vorgedachten von Lehdorffschen Branche die Mitbelehrung zur gesamten Hand erteilt worden“ sei. Die übrigen zu Steinort gehörigen Güter hätten dessen Vorfahren nicht mit „Lehn-Geld“, wie bei Statzen, sondern mit ihrem freien Allodialvermögen später dazugekauft. Deshalb könne er keine Lehnsfolge oder Agnationsrechte an den „namhaft gemachten Güter in eventum“ zugestehen, sondern es würden solche „nach Erlöschung eines männlichen Deszendenten auf einen anderweiten Allodial-Nachkommen vererbt werden“. Wegen der Übergabe von Statzen an die Tochter von Gerhard Leopold als Allod wurde Graf Lehdorff-Steinort aufgefordert, binnen vier Wochen dem Hofgericht zu erklären, ob er Agnatenrechte daran habe. Lehdorff antwortete in einem weiteren Promemoria, es sei wohl „unbedenklich, dass ich Lehns-Sukzessions- und Agnatenrechte an das Adels-Lehngut Statzen habe“, denn die Söhne des Fabian von Lehdorff hätten „ihre Lehngüter als ihre Abfindung an barem Lehngelde aus dem Hause Steinort erhalten“ und hätten sich laut Erbvergleich, der „in copia vidimata“ beigefügt werde, für den Todesfall die Anwartschaft gegenseitig garantiert. Das Lehngut Statzen habe Fabian von Lehdorff dagegen mit den „aus Steinort erhaltenen baren Lehngeldern akquiriert“, und nach den Familienverträgen sei er verpflichtet gewesen, „es seiner Familie als Lehn zu konferieren, um sie nicht um ihre Sukzessions-Rechte an dem altväterlichen Feudal-Nachlass zu bringen“. In der Akte folgen zahlreiche Briefe Gerhard Leopolds, auch der Vorschlag eines Zusammentreffens an einem dritten Ort unter Beziehung eines Rechtsbeistands, zu dem Lehdorff den Erbvergleich von 1562 im Original mitbringen sollte, um den Prozess zu vermeiden. Parallel hatte er jedoch beim Hofgericht insistiert, dass der Hofgerichtsrat Culeman ein „Consulent“ Lehdorffs sei, wie dieser am 23. März Lehdorff in Steinort mitteilte, und was angesichts der Briefe Culemanns an Lehdorff mit privaten und dienstlichen Interna und Berichten über das Gesellschaftsleben in Königsberg nicht ausgeschlossen erscheint. Culemann bat um Vollmacht, um in Hypothekenbücher Einblick nehmen zu können, und um eine Abschriften sämtlicher Privilegien für Steinort, um gegen Lehdorff-Statzen vorgehen zu können. Sein Vertreter Pancritius sei in der Lage, Lehdorffs Rechte beim Hofgericht „gehörig wahrzunehmen“. Lehdorff beauftragte den Hoffiscal Kirschkopff in Angerburg, sich mit der Angelegenheit auseinanderzusetzen. Dieser beruhigte Lehdorff, dass die Linie zu Statzen nur in „gerader absteigender Linie“ verwandt sei, er hätte es also nicht nötig, ihn als Deszendenten anzuerkennen, selbst wenn er seine Ansprüche eintragen ließe. Kirschkopff machte sich in der Lehnsregistratur und in den Steinortschen Hypothekenbüchern und Hausbüchern im Hofgericht nach „nützlichen Nachrichten“ auf die Suche, um die Angelegenheit zu beenden.

dorff ohne Erben verstürbe, sollte die Sukzession in allen Gütern nach dem brüderlichen Vertrag geschehen, also alle drei Linien das Sukzessionsrecht haben, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 126. Die Verschreibung für Caspar von Lehdorff über dessen Güter vom 20. August 1572 in: GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 925, Bl. 87v–95.

³⁵¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 385, Bl. 45–46 (1794).

Auch Lehndorff-Statzen hatte im Königsberger „Hypotheken-Archiv“ Steinort, Stawken und Statzen betreffende Dokumente heraussuchen lassen, darunter das im Hypothekenbuch verzeichnete, 1554 durch Herzog Albrecht den Brüdern Caspar, Fabian und Melchior von Lehndorff gemeinschaftlich zu Erb- und Lehnsrechten erteilte Privileg über die Maulenschen Güter im Kreis Brandenburg, die zu diesem Zeitpunkt im Besitz des Baron von Schroetter waren. „Diese Maulenschen müssen sehr große und vorzüglich schöne Güter sein, und verdienen, dass man sich bei Rechtsgelehrten befrage, ob selbige nicht von unserer Familie reluiert werden könnten“, schrieb er am 31. März 1793 nach Steinort.³⁵² Nach seiner Auflistung gehörten zu den Dokumenten für Steinort das Lehnsprivileg Herzog Albrechts von 1554, die Konfirmation der drei Brüder vom Dezember 1560 sowie das Lehnsprivileg vom 20. August 1572³⁵³, ebenso die brüderlichen Vergleiche von 1616 und 1628. Stawken betraf das Lehnsprivileg Herzog Georg Wilhelms vom 15. Februar 1638. Die Statzen betreffenden Dokumente waren: der Konsens Herzog Georg Friedrichs für den Verkauf des von Nostitz vom 22. März und der Kaufkontrakt vom 25. März 1599, der Kaufvertrag des Hans von Rauter vom 16. Juni und die Quittung für Fabian von Lehndorff vom 25. Juli 1599, der Pfandkontrakt vom 7. Mai 1709 sowie der „Traditions-Rezess“ vom 16. September 1716, das Mandat von Friedrich Wilhelm König vom 13. März 1724 und die Resolution König Friedrich Wilhelms vom 16. Oktober 1724. Am 4. Oktober 1793 schaltete sich Kriminaldirektor Flottwell ein, um eine außergerichtliche Einigung zu erzielen. Auf Lehndorff-Statzens Vorschlag, die Ansprüche an Statzen auf Maxkeim zu transferieren, hatte Lehndorff-Steinort nicht reagiert, wohl auch, weil Statzen 50, Maxkeim nur 29 Huben umfasste. Der finale Vorschlag war der Verzicht Ernst Ahasverus Heinrichs auf alle Rechte an Statzen, im Gegenzug wollte Gerhard Leopold sich auf Rechte an den 172 Huben beschränken, die Lehndorff ja bereits zugestanden hätte. Eine Entscheidung vor dem Hofgericht würde kein anderes Ergebnis, möglicherweise eine Abweisung der Ansprüche bringen, in keinem Fall wohl im Sinne von Ernst Ahasverus Heinrich entscheiden.

Lehndorffs Versuche, sich Abschriften des Teilungsrezesses von 1710/20 und des Maxkeimschen Stammbaums zu verschaffen, scheiterten, denn allen Justizkommissaren war der Zutritt zum Archiv „schon längst durch öffentliche Anschläge verboten“. Lehndorff konnte sich nur über das Hofgericht Abschriften anfordern.³⁵⁴ Im April 1794 zog sich Flottwell aus dem Rechtsstreit zurück. Cullman zog den Justizkommissar Gisevius ins Vertrauen, der der „geschickteste aller Justiz-Commissarien“ war, denn für den 21. Mai war ein Termin vor dem Hofgericht in Insterburg angesetzt. Auf Gisevius' Empfehlung ließ sich Lehndorff bei dem Prozess, der sich über Jahre hinziehen sollte, von Kriminalrat Hoffmann zu Insterburg vertreten. Am 26. April 1796 wurde die Klage des Grafen Lehndorff-Steinort auf Lehnsansprüche an Statzen abgewiesen, zudem hatte er die Prozesskosten zu

³⁵² Zur Geschichte der Maulenschen Güter: Sommerfeld, Über die ältesten preußischen Stammgüter, v. a. ab S. 290. Nach 1637 waren die hochverschuldeten Güter durch Friedrich Wilhelm von Lehndorff für 18.000 Tlr. an den Oberforstmeister Andreas von Creytzen verkauft worden. Er hatte dafür das Gut Gudnicken erworben, das er für die Güter Elkinehlen und Ernstburg aufgab. 1698 wurden die Maulenschen Güter an den Freiherrn Johann Jacob von Schrötter verkauft.

³⁵³ 1513 hatte der Hochmeister Albrecht von Brandenburg Fabian (II) von Lehndorff die Verschreibung über die von dessen Vater besessenen Dörfer Maulen und Warthen zu kölmischem und über die Dörfer Barcken und Wasserfeldt (Wundlacken) mit dem Krug zu Korkinnen zu magdeburgischem Recht erneuert. Fabian war verpflichtet, „zwei Hengste und zwei Harnische“ für die Heerfahrten des Ordens zu stellen, vgl. Mülverstedt, Ursprung und Alter des Gräflich von Lehndorffschen Geschlecht, S. 11; Sommerfeldt, Über die ältesten preußischen Stammsitze, S. 289 f. Markgraf Albrecht Friedrich erneuerte am 13. August 1572 für Melchior von Lehndorff zu Maulen diese Verschreibung, in: GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 925, Bl. 73–79. Da die Urkunden an den neuen Besitzer übergangen, befand sich der Lehnsbrief neben anderen Maulen betr. Akten als Einzelakte im Schrötterschen Archiv, vgl. Lorck, Carl von (Hrsg.), Die Schröttersche Chronik aus Wohnsdorf, Limburg/Lahn 1969, S. 45 (Rotulus der Archivalien im Schrötterschen Archiv).

³⁵⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 126 (Pancritius an Lehndorff, 31. März 1794).

tragen. Lehndorff legte einen vergeblichen Einspruch gegen dieses Urteil ein und wandte sich mit einem Immediatgesuch an den König. In einem „Kistchen“ gelangten die für den Prozess nach Insterburg gegebenen Original-Dokumente wie die Erbteilung vom 20. Dezember 1560 und die Konfirmation des Herzogs Albrecht Friedrich über Steinort vom 20. Oktober 1570 zurück nach Steinort.³⁵⁵ Da Gerhard Leopolds Sohn, August Adolf Leopold, keine Nachkommen hatte, erlosch die Linie 1820.

August Adolf Leopold Graf von Lehndorff

August Adolf Leopold von Lehndorff (1771–1820)³⁵⁶ hatte 1784 die „Académie des Nobles“ in Berlin und seit 1787 die Universität Erlangen besucht. Auch er hatte sich einer, wenn auch vergleichsweise kurzen „Kavaliers-tour“ unterzogen und ab 1789 mit seinem Hofmeister Bernhard Heubach, später Pfarrer in Eichholz, den größten Teil Deutschlands bereist. Schon am 4. Mai 1790 hatte er sich an der Universität Königsberg eingeschrieben, wo er am 9. Juni desselben Jahres zum Dr. jur. promoviert wurde. Seine Promotionsschrift „De matrimonio inaequali“ [„Über ungleiche Ehen“], die großes Aufsehen erregt hatte, war in der Übersetzung von Carl Heinrich Friedrich von Felgenhauer (Berlin 1792) auch in die Bibliothek in Steinort gelangt.³⁵⁷

Am 3. Januar 1791 war er mit seinem Vater Gerhard Leopold Melchior von Lehndorff und seiner Schwester Maria Juliana in den Grafenstand erhoben worden.³⁵⁸ Zu diesem Zeitpunkt bestand das Geschlecht der Lehndorffs nur noch aus den beiden Linien zu Steinort und zu Statzen, deren Wappen fast gleich waren.³⁵⁹ Der promovierte Graf setzte seine schriftstellerische Tätigkeit fort, veröffentlichte Bücher, Schauspiele und Gedichte. Er wurde zum ordentlichen Mitglied der Königlichen Deutschen Gesellschaft und anlässlich seiner Promotion zum Ehrenmitglied ernannt. Wenige Jahre nach dem Tod seiner Mutter gelangte er im Alter von 21 Jahren in den Besitz des Gutes Bandels. Das Leben auf dem Land gefiel dem Dichter und Dr. jur. nicht. Er wollte reisen, was ihm durch die mit der Erbregulierung erhaltenen 1.045 Tlr. möglich war. Er begab sich nach Berlin, wo er mit Schriftstellern, Künstlern und Kunstfreunden verkehrte, und wurde zum wirklichen Kammerherrn ernannt. Von Berlin aus reiste er über Lübeck nach Kopenhagen und Stockholm, im Anschluss nach Westpreußen, möglicherweise in Begleitung Felgenhauers. Auf dieser Reise lernte er seine spätere Frau, die 1780 geborene Emilie von Krockow, Tochter von Luise Gräfin von Krockow, kennen. Eine Stelle im Staatsdienst in Leipzig oder Dresden trat er nicht an, stattdessen erwarb er 1793 von den Erben des Hauptmanns Philipp von Weihe das Allodial-Rittergut Goddentow im Kreis Lauenburg in Pommern für 290.000 Tlr. und blieb schriftstellerisch tätig.³⁶⁰ 1793

³⁵⁵ Zwei Verzeichnisse der Urkunden, die Lehndorff Gisevius zur Verfügung stellte, in GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 126, die Prozessunterlagen in Nr. 127.

³⁵⁶ Alle folgenden biografischen Angaben nach: Sembritzki, Johannes, Graf August von Lehndorff in Westpreußen, in: Mitteilungen des Westpreußischen Geschichtsvereins 11 (1912), S. 4–12; Sommerfeld, Gustav, Geschichte des Statzen-Maxkeimer Geschlechts der Grafen von Lehndorff, in: Vierteljahresschrift für Wappen-, Siegel- und Familienkunde 29 (1901), S. S. 232–278.

³⁵⁷ Das Buch war 1944 aus Steinort nach Kriebstein gelangt und gehört zu den sich derzeit als Stiftung des Deutschen Historischen Museums im Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg befindlichen restituierten Kunstgegenständen, Büchern und Archivalien aus Steinort.

³⁵⁸ GStA PK, I. HA, Rep. 7, Nr. 13, I Lit. L Paket 498, Nr. 15.

³⁵⁹ Vgl. Gritzner, Chronologische Matrikel der Brandenburgisch-Preußischen Standeserhöhungen, S. 56; GStA PK, I. HA, Rep. 7, Nr. 13, I Lit. L Paket 498, Nr. 15, Bl. 10 (Schild gold-bondiert; im II. Feld statt des Löwen das Johanniterkreuz mit der Krone).

³⁶⁰ Schriftstellerei gehörte nicht zu den Adelsberufen. Zu Familientradition und -disziplin hätte in diesem Fall der Verzicht auf Selbstverwirklichung gehört, vgl. Marburg/Matzerath, Sächsischer Adel, S. 5–15.

war er der Herausgeber der „Pädagogischen Ideen“ von Luise Gräfin von Krockow. Im Winter 1793 war er nochmals in Berlin. 1795 verkaufte er Goddentow für den Erwerb von Besitz im Dorf Pelonken b. Danzig („Monbrillant“) und des Rittergutes Riesenwalde.

Möglicherweise in Erwartung von Hochzeit und Mitgift hatte sich Lehndorff u. a. beim Bankhaus Mendel Oppenheim in Königsberg hoch verschuldet und geriet in finanzielle Probleme. Riesenwalde übernahm sein Vater, auch als Besitzer von Monbrillant wurde Lehndorff 1797 nicht mehr genannt. Das Stammgut Bandels geriet unter Sequestrierung und wurde 1803 versteigert. In einem Brief an ihren Sohn Carl Friedrich Ludwig vom 12. September 1800 schrieb Amalie von Lehndorff, „Wir haben erfahren, dass der Doktor Lehndorff schon seit Jahr und Tag bei seiner Schwester Fock in Statzen sich aufhält und immer nach seiner Gräfin Krockow seufzt. Dein Vater hat an ihn geschrieben, vielleicht, um ihn zu laden. Dies würde mich sehr amüsieren.“³⁶¹ In dieser Zeit muss es zu den Verwerfungen mit der Familie gekommen sein: „Ich baute Luftschlösser, teilte sie meiner Geliebten mit, aber sie fielen zusammen. Die Vernachlässigung, die ich einem meiner bedeutenden Verwandten in –n zeigte, zogen Gleichgültigkeit und Kälte derer nach sich, auf die ich vorher mit Gewissheit rechnen durfte, und ist die Ursache vieler missmutiger Stunden geworden.“ Erst nach dem Tod der Gräfin von Krockow fand am 24. August 1806 in Döhringen, Kreis Osterode, einem Besitztum der Schwägerin der Braut, die Hochzeit mit Emilie Gräfin von Krockow statt. 1807 verstarb Lehndorffs Vater, der Sohn und Tochter zu Erben bestimmt, aber untersagt hatte, Riesenwalde zu verpfänden oder mit Schulden zu belasten. Seinem Sohn verordnete er einen finanziellen Kurator. Riesenwalde und Grasnitz wurden auf 12 Jahre an den früheren Magazin-Kontrolleur Friedrich Laudien verpachtet und gelangten kurz vor Ablauf der Pacht zur Versteigerung. Lehndorff, der 1797 ein Kanonikat zu Herford erhalten und 1806 zum Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften ernannt worden war, lebte bar aller finanziellen Mittel fortan bei seiner Schwester in Statzen. Hier ist er jedoch nicht verstorben. Statzen fiel am 15. August 1826 auf dem Wege der Versteigerung an die ostpreußische Landschaft.³⁶² Mit dem Tod des kinderlosen August Adolf Leopold von Lehndorff endete 1820 die Linie zu Statzen.

Die Statzener Geschichten ruhten, bis 1883 Baron von Tettau sich an Anna von Lehndorff wandte. Der Erfurter Oberregierungsrat Dr. Johann von Tettau hatte eine Familiengeschichte geschrieben, die 1878 in Berlin unter dem Titel „Urkundliche Geschichte der Tettauschen Familie in den Zweigen Tettau und Kinsky“ in Berlin erschienen war. Ein Vetter, der Kammerherr Johann Otto von Tettau in Dresden, hatte darin Irrtümern und „Angaben, die mit anderen alten Urkunden nicht übereinstimmen“, gefunden. Die Frage, ob die Mutter der 1699 geborenen Maria Luisa von Wallenrodt, der Ehefrau von Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff, eine geborene von Podewils oder Tettau gewesen sei, und ob sich eine Tettau unter den Lehndorff-Ahnen befand, bewegte den Baron.³⁶³

Obwohl das Wissen um Abstammung, Ahnen, historische Leistungen bei ostpreußischen Adelsfamilien einen besonderen Platz einnahm, waren wohl in der Mitte des 19. Jahrhunderts auch bei den Lehndorffs nicht alle Ver-

³⁶¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 386, Bl. 12–14.

³⁶² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 332, Bl. 25–25v.

³⁶³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 394, Bl. 254–255v. Die Antwort ist nicht überliefert. Gerhard Leopold Melchior von Lehndorff hatte 1768 Albertine Charlotte Justine von Tettau geheiratet. Davor hatte Veronika Charlotte Lehndorff, Tochter des Fabian von Lehndorff zu Stawken, um 1712 Friedrich Wilhelm von Tettau geehelicht, vgl. Schwennicke, Europäische Stammtafeln, Tafel 149. Später hatte sich die Familie die Privilegien über die Besitzungen (darunter Doben), die während des Tatareneinfalls 1656 vernichtet worden waren, neu ausstellen lassen, in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 398.

zweigungen der Familie gut bekannt. Über die Verwandtschaft mit den Schmettaus in Schlesien, die 1830 verstorbene Amalie Caroline Gräfin von Schmettau war die Großmutter von Pauline und Annas Ehemann Carl Meinhard, wusste man nicht viel. Pauline von Dönhoff hatte im Oktober 1856 den Brief eines „armen Gärtners“, der sich als Vetter vorstellte, erhalten. Er bat darin, „eine Sammlung für ihn in der Familie zu veranstalten“. Er gehöre zu „der Sorte von Vettern, von denen man sagt: Sie gefallen mir nicht“, schrieb Pauline an ihre Schwägerin in Steinort. Doch sie wolle „christlich erscheinen“ und leite seine Bitte an die Familien Lehndorff und Hahn weiter, fürchte aber, man werde auch hier „nicht sehr enchantiert über diesen Zuwachs der Verwandtschaft sein“. Pauline vermutete, dass die Großmutter des Veters „der Branche des weiland püchlichen Veters aus Schlesien angehörte, von der ich in Altenburg zwei ganz kleine Sprösslinge kennenlernte“. Vielleicht könne sich Annas Schwiegermutter „dieses Ruslitzky entsinnen“, der angegeben habe, früher aus Steinort unterstützt worden zu sein, und wisse, ob es mit der Verwandtschaft seine Richtigkeit habe. Sie wisse nichts weiter, als das, was der Brief und das Attest seines Brotherrn behaupten. Der Brief sei mit der Schlippenbachschen Petschaft gesiegelt.³⁶⁴

1965 schrieb Alexander Fürst zu Dohna: „Jeder Mensch hat Vorfahren – wir aber sind in der Lage, sie nicht nur dem Namen nach zu kennen, nicht nur zu wissen, wie sie ausgesehen haben, sondern auch über ihre Tugenden und Fehler einigen Bescheid zu wissen. [...] Allein durch unseren Namen werden wir an unsere Vorfahren und ihre Verdienste erinnert. [...] Wir fühlen uns deshalb unseren Vorfahren auf eine eigentümliche Weise nahe, mit ihnen über den Tod hinaus verbunden. Ihre Sorge um die kommenden Generationen [be]antworten wir mit unserer verpflichtenden Verehrung. Das enge Verhältnis zur Geschichte der eigenen Familie und somit zur Vergangenheit überhaupt ist ein wichtiger Bestandteil adliger Lebensart.“³⁶⁵ In der Erinnerung Hans von Lehndorffs klingt dies an: „Sie alle, die seitdem hier gelebt und gewirkt haben, ziehen im Geist an mir vorüber und lassen mich teilhaben an ihren Freuden und ihren Hoffnungen. Die Jahrhunderte verschmelzen an dieser Stelle zu einem Stück Ewigkeit, jener Ewigkeit, darin sie geborgen und aufgehoben sind, aus der sie gekommen sind und in die sie zurückkehren.“³⁶⁶

Die Lebenswelt in Königsberg

Das im Spannungsfeld zwischen Hof, Geistlichkeit, Universität und städtischem Bürgertum liegende Königsberg war durch seine Grenzlage und die daraus resultierenden Verbindungen nach Deutschland und Westeuropa auf der einen, nach Polen, in das Baltikum und nach Russland auf der anderen Seite geprägt. Königsberg war das politische Zentrum des Herzogtums Preußen, dann der Provinz. Zugleich war es die geistige Metropole im Osten des alten deutschen Sprachraums. Sein literarisches und geistiges Leben war legendär. Verstärkt nach der preußischen Krönung 1701 hatte sich hier, fokussiert auf den eigenen kulturellen Mikrokosmos, eine spezifisch regionale Identität entwickelt.³⁶⁷ Auch für den landbesitzenden Adel Preußens war Königsberg das Kommunikations-

³⁶⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 13–18.

³⁶⁵ Dohna, Alexander Fürst zu, Rede auf dem Familientag vom 12. Juni 1965, zit. nach: Seelig, Alltagsadel, S. 159.

³⁶⁶ Lehndorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 287.

³⁶⁷ Vgl. hierzu: Kulturgeschichte Ostpreußens in der Frühen Neuzeit, hrsg. von Klaus Garber, Manfred Komorowski, Axel E. Walter, Tübingen 2001.

zentrum. Viele Familien besaßen über Jahrhunderte hier einen Wohnsitz, in dem sie regelmäßig mehrere Wochen des Jahres verbrachten. Während sich die Männer zum Provinzial-Landtag versammelten, pflegten die sie begleitenden Frauen und Töchter die Geselligkeit. Man besuchte das Theater, auch Ärzte, bestellte neue Kleider. Da sich in Königsberg zahlreiche Banken etabliert hatten, war es das Zentrum für die geschäftlichen Tätigkeiten der Güter. Hier fanden aber auch die Provinzialsitzungen der Vereine statt. Höhepunkt des gesellschaftlichen Lebens waren die Bälle am Jahresbeginn oder anlässlich der Besuche des Königs, später des Kaisers.

Auch die Lehndorffs hatten seit Jahrhunderten Besitz in Königsberg. 1572 hatte Markgraf Albrecht Friedrich dem Hauptmann zu Lötzen Fabian von Lehndorff eine Baustelle auf der Königsberger Burgfreiheit verschrieben, damit er sich dort eine „bequeme Behausung und Wohnung erbauen möchte“. In der darüber ausgestellten Urkunde erinnert er an treue Dienste, die sowohl Fabians Vater, als auch er selbst seinem Vater und ihm geleistet hätten.³⁶⁸ Von diesem Grundstück auf der Königsberger Burgfreiheit hatten die reformierten Lehndorffs am 11. Januar 1687 einen Teil an Kurfürst Friedrich Wilhelm für den Bau der deutsch-reformierten Kirche (Burgkirche) veräußert.³⁶⁹

Am 1. Juli 1694 verkaufte die verwitwete Maria Eleonora von Lehndorff ihr am Sackheimschen Tor gelegenes schuldenfreies Haus aus dem elterlichen Besitz mit Stallungen, Speicher, Garten, Bleichplatz sowie Acker und Wiesen „außerhalb dem Wall“ mit der „Freiheit, wie der gesamte preußische Adel sich ihrer Häuser auf der Kurfürstlichen Freiheit zu gebrauchen pflegt, an Wilhelm Eustachius Grothusen, Reichsrat in Polen und Kastellan des Fürstentums Sarmaiten, für 11.000 Floren Polnisch in „voll richtigen Dukaten oder Species Talern“.³⁷⁰ Da der Kastellan den Kaufpreis nicht in einer Summe zahlen konnte, sollte er in zwei Teilen über zwei Jahre mit 6 % verzinst entrichtet werden. Im Gegenzug blieb der Gräfin solange eine Wohnung, bis sie ihre Möbel herausgeräumt hatte, und auch das Korn im Speicher konnte bis zu dessen Verkauf dort verbleiben. Bis zum 20. Juni 1698 war das Haus nicht bezahlt, mehrfach hatte Grothus um Aufschub gebeten, nun wollte er vom Vertrag zurücktreten. Haus und Inventar hatten inzwischen in seinem Besitz erheblichen Schaden genommen. Am 10. Oktober 1699 verkaufte die Gräfin das Haus an Johann Heinrich Andersohn für 6.000 Gulden Polnisch.³⁷¹

Nach der Fertigstellung der neuen barocken Schlossanlage in Steinort hatte 1695 Maria Eleonora von Lehndorff mit dem Bau eines neuen Stadthauses an der Ostseite des Roßgartenschen Marktes, südlich neben der Einmündung der Königsstraße, begonnen.³⁷² Der Entwurf eines Eckpavillons für das Schloss in Steinort taucht bei diesem Haus wieder auf, das Carl von Lorck beschrieben hat. Demnach hatte der zweistöckige Bau an den Ecken helle Wandpfeiler in Kolossalordnung und trug ein Mansarddach mit zwei Dachluken. In der Mitte der Fassade,

³⁶⁸ GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 925, Bl. 105–106v. Diese Dienste hatten auch darin bestanden, dass sie dem Landesherrn Geld liehen. Verschiedene Verschreibungen finden sich in den Ostpreußischen Folianten, u. a. GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol., Nr. 924, Bl. 30–31v, 95–97. Nach Fabians Tod erhielt seine Witwe Catharina eine Versicherung des Markgrafen über nicht zurückerstattete 5.000 Taler, aus denen durch Zinsen inzwischen 5.500 geworden waren, Bl. 377–378.

³⁶⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 17, 119. Siehe auch Baczko, Ludwig von, Versuch einer Geschichte und Beschreibung von Königsberg. Königsberg 1804. Mit der Einführung der Union erfolgte die Umbenennung in Burgkirche, vgl. Machholz, Materialien, Fortsetzung, S. 11.

³⁷⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 119. Noch 1636 hatten sich das Haus und andere auf der Freiheit gelegene Häuser im Besitz der Burggrafen zu Dohna befunden, denen Kurfürst Georg Wilhelm das Privileg und die Jurisdiction darüber erteilte.

³⁷¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 119.

³⁷² „Königsberg, auf dem Roßgartenschen Markt No. 5“ datierte Gräfin Lehndorff 1813, GStA PK, XX. HA Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130. Die barocke Schlossanlage in Steinort und das dortige Baugeschehen bis in das 20. Jahrhundert wird ein separater Aufsatz detailliert beschreiben.

über dem Portal, hatte das Haus einen Balkon. Die Gebäudemitte betonte der zentrale große Schornstein.³⁷³

Nachdem Maria Eleonora das neue Stadthaus errichtet hatte, verkaufte sie am 29. Juni 1702 das restliche Grundstück und das darauf befindliche Haus „auf dem Roßgarten in der sogenannten Hinter-Gasse“ schuldenfrei mit Ställen und „dazugehörigen Pertinenzien wie auch mit denen vorhandenen dreien Beischlägen in denen dreien untersten Gemächern und einem befindlichen Kabinettsbeischlag in dem Oberstock“ an den Geheimen Rat Georg Friedrich von Kalnein gegen Barzahlung.³⁷⁴ Solche „Beischläge“, auch Vorlaube genannten Vorbauten, bei denen meist über mehrere Treppenstufen ein Sitzplatz vor der Haustür zu erreichen war und die einen Teil des Bürgersteigs in Anspruch nahmen, waren typisch für das Königsberger Straßenbild am Beginn des 18. Jahrhunderts. Im selben Jahr veräußert sie Beynühlen an Alexander von Dönhoff und dessen Bruder Friedrich Wilhelm.³⁷⁵

Bei ihrer Eheschließung mit Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff im Jahr 1718 hatte Louisa Maria von Wallenrodt das ebenfalls auf dem Roßgarten in Königsberg gelegene Wallenrodsche Haus eingebracht. In der Anlage zum Ehevertrag wurde dessen Ausstattung genau beschrieben.³⁷⁶ Im Mai 1749 und 1753 wurde es in Teilen vermietet. Über die darin befindlichen und zur Mietsache gehörenden Möbel wurde ein Inventar aufgestellt, in dem die Räume benannt sind. Die „Stube zur linken Hand beim vordersten Eingang des Hauses“ mit vier Fenstern und innen liegenden Fensterläden war mit Tapete ausgeschlagen und hatte einen Dielenfußboden. Geheizt wurde mit einem Ofen und einem Kamin. Eine danebengelegene Stube mit zwei Fenstern und Fensterläden hatte ebenfalls einen Dielenfußboden, die Wandbespannung war bereits wurmstichig, neben dem Ofen aus weißen Kacheln war auch hier ein Kamin vorhanden. Der dritte Raum, das „Cabinett“ mit einem Fenster mit Fensterladen, das an die Stube anschloss, war mit einer „gebrauchten Rohaischen Tapete“ und einem Dielenfußboden ausgestattet. Die kleine Küche mit einem Fenster war vormals ein Kabinett gewesen, sie war gedielt und hatte einen „Feuer-Herd“ mit einer „kleinen gewölbten Höhlung“. Die „Stube zur rechten Hand beim vordersten Eingang“ mit einem Fenster und Fensterladen war gestrichen und gedielt. Der Ofen war aus weißen Kacheln hergestellt. Als Besonderheit hatte sie ein gemauertes „Kleiderschaff“. Dazu gehörte ein fensterloses, mit Ölfarbe gestrichenes „Kämmerchen“. Die Speisekammer war mit Brettern ausgeschlagen und mit Dielen ausgelegt. Zum Haus gehörten ein Keller sowie ein auf die Kleine Straße gehender Holzkeller. Für alle Räume werden Vorrichtungen für Gardinen, Spiegel, Haken, Beschläge etc. genannt. Zu den Möbeln gehörte ein gestrichenes „Contor-Schaff“ aus Eichenholz und Laternen aus Messing auf Fluren und Treppen.³⁷⁷ Die Mehrzahl der Inventarstücke stimmt noch mit den im Ehevertrag von 1718 benannten überein. Auch bei der Vermietung des Hauses an die verwitwete Frau des Hauptmanns von Below, geb. Kunheim (1765) und an den General von Below (1766) wurden Inventare aufgestellt. Die Hauptmännin hatte die unterste Etage mit drei Stuben, Kammer, Kabinett, Küche, Speisekammer und Keller für 75 Rtlr. jährliche Miete bei halbjährlicher Barzahlung gemietet. Nach dem für General von Below ausgefertigten Inventar befanden sich in den an ihn vermieteten Räumen, Kabinett, Schlafstube,

³⁷³ Vgl. Lorck, Carl E. von, Neue Forschungen über die Landschlösser und Gutshäuser in Ost- und Westpreußen, Frankfurt a. M. 1969, S. 83 und Bild 48. Lorck wollte den „Bau mit Abriss und Rechnungen an anderer Stelle“ veröffentlichen, vgl. Ders., Groß Steinort. Der Bauvorgang eines Barockschlosses im deutschen Osten, Pulkallan 1937, S. 15.

³⁷⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 610 (29. Juni 1702).

³⁷⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 249 (Baupläne 1705 ff.).

³⁷⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 28.

³⁷⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 449.

„gebohnerte Stube“, Saal, Vorhaus, Treppe, Stube über dem Gewölbe, Stube rechter Hand, untere Stube, Kammer, Küche, diverse Tische, Leuchten, Sitzmöbel, Betten, Taboretts, Schränke, Porträts, Gardinen, aber auch ein lederner Feuereimer und eine eichene Wasserpritsche.³⁷⁸ Der ebenfalls auf dem Roßgarten gelegene Speicher und ein Pferdestall mit einem darunter befindlichen Keller und gepflasterter Einfahrt wurde im August 1768 an den Kaufmann Gottfried Zembritzky vermietet. In dem Keller bewahrte man noch 1768 Baumaterialien auf.³⁷⁹

Dieses vormals Wallenrodtsche Haus ist es wohl, das in dem 1780 aufgestellten Testament aufgeführt wird und das Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff aus der Erbmasse seiner Mutter für den Wert von 5.000 Rtlr. angenommen hatte. Dessen Einrichtung sollte im Fall seines Todes geteilt oder mit dem Haus verkauft werden.³⁸⁰ Einzige Ausnahme bildete das von Johann Heinrich Wilhelm Tischbein gemalte Familienporträt, das während dessen Aufenthalts in Berlin 1778/1779 entstanden sein muss. Es sollte immer bei der Familie verbleiben und nach dem Tod des Kammerherrn nach Steinort gebracht werden.³⁸¹ Nach seinem Abschied vom Hofleben zog es Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff regelmäßig nach Königsberg.³⁸² In Königsberg hielt er sich auch nach seiner Rückkehr nach Ostpreußen im Frühjahr 1775 auf. In diesen Tagen war ein Feuer in der Vorstadt ausgebrochen und hatte alle am linken Pregelufer gelegenen Stadtteile und die Speicherseite vernichtet. 180 Häuser waren den Brand zum Opfer gefallen, mehrere tausend Menschen obdachlos geworden. Nachdem das Feuer die Borcksche Meierei und damit Lehndorffs Stadtviertel erreichte, hatte auch er um sein Haus und Eigentum fürchten müssen. Am Jahresbeginn 1776 war er neun Wochen in Königsberg, da die Wetterverhältnisse eine Rückkehr nach Steinort nicht gestatteten. Hier wurde auch am 21. Juni 1776 die Tochter Pauline geboren.³⁸³

In der ostpreußischen Hauptstadt hatte sich unter dem Einfluss der Lehre Immanuel Kants eine Gesellschaft von aufgeklärten Adligen, Beamten, Universitätsgelehrten und gebildeten Kaufleuten zusammengefunden, die das soziale Klima der Stadt prägten. Königsberg war Anziehungspunkt für Schriftsteller, Musiker und Theaterleute, Ort literarischer, musikalischer oder philosophischer Zirkel. Im gesellschaftlichen Leben verkehrte man hier jedoch, anders als in Berlin, „unbefangen und ohne Steifheit miteinander“³⁸⁴. Zu Zeiten Friedrichs des Großen war das Haus des Reichsgrafen Heinrich Christian von Keyserlingk und seiner gebildeten Gemahlin, einer geborenen Gräfin von Truchseß-Waldburg, auf dem Vorderroßgarten Mittelpunkt des geistigen und musikalischen Königsberger Lebens, in dem auch Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff verkehrte.³⁸⁵ Der Geist gesellschaftlicher Toleranz ermöglichte auch die Integration jüdischer Bürger, deren Zahl sich nach der zweiten und dritten Teilung Polens und besonders nach dem Edikt vom 11. März 1812 in Preußen deutlich vermehrt

³⁷⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 449.

³⁷⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 13.

³⁸⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 330, Bl. 1–2v.

³⁸¹ Zu diesem Gemälde: Heck, Kilian, Lehndorff en famille. Johann Heinrich Wilhelm Tischbein und sein Familienbildnis des Kammerherrn Ernst Ahasverus Graf von Lehndorff-Steinort, in: Badstübner-Kizik, Camilla/Kizig, Edmund (Hrsg.), Entdecken – Erforschen – Bewahren. Beiträge zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege. Festgabe für Sibylle Badstübner-Gröger zum 12. Oktober 2015, Berlin 2016, S. 32–41.

³⁸² Für die brandenburgischen Rittergutsbesitzer ist nachgewiesen, dass sich nur 1/3 dauernd auf den Gütern aufhielt. Ein weiteres Drittel pendelte zwischen Berlin und dem Landsitz, ein weiteres hatte seinen Lebensmittelpunkt in Berlin, vgl. Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Reformation. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1891 bis 1848, München 1989, S. 82.

³⁸³ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 326 f.; Ders., Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 6, 9.

³⁸⁴ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 233 f.

³⁸⁵ Zum „Palais Keyserlingk“: Reichard, Johann Friedrich, Der lustige Passagier. Erinnerungen eines Musikers und Literaten, hrsg. von Walter Salmen, Berlin 2002, S. 26–30.

hatte.³⁸⁶ In den Tagebüchern des Kammerherrn finden wir sehr unterschiedliche Beispiele, die zwischen Toleranz und Ablehnung wechseln. Nach der polnischen Teilung äußerte er sich über das Verhältnis zu Juden und Mennoniten in Westpreußen: „Die Juden in Westpreußen auf dem platten Lande, welche nicht 1.000 Rtlr. Vermögen nachweisen können, müssen fort; diejenigen aber in den Städten, so Kapitalien haben, erhalten Privilegien, wofür sie sogleich 500 Rtlr. bezahlen müssen; alle fünf Jahre, wenn ihr Privilegium nicht verfallen sein soll, muss dasselbe mit ebenso viel renoviert werden. Da nun die Juden über 250.000 Rtlr. denen Untertanen auf dem platten Lande schuldig sind, so werden solche wohl das ihrige einbüßen. Die Mennoniten sollen mit gewissen Einschränkungen und Abgaben nur fernerhin geduldet werden.“³⁸⁷ Die drei Königsberger Freimaurer-Logen wirkten in Königsberg unter „Beiseitesetzung konfessioneller und dogmatischer Gebundenheit für eine humane Veredlung des Menschen.“³⁸⁸ Der 1746 gegründeten Loge „Zu den drei Kronen“ trat auch Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff bei.³⁸⁹

1794 erwarb Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff das Haus des Fabrikinspektors Michael Romminger auf dem Roßgarten, Hintergasse Nr. 39 für den Kaufpreis von 4.700 Gulden Preußisch Courant, bar gezahlt bei Errichtung des Kaufvertrages.³⁹⁰ War es eine ‚Investition in Immobilien‘ angesichts der erneuten Bedrohung Masurens, nun durch polnische Truppen, die die Erinnerungen an die Tatereneinfälle wachrief? Über den Erwerb weiterer Grundstücke gibt es keine Unterlagen, doch gehörten 1815 auch die Nummern 40 bis 43 Lehndorffs Witwe Amalie, geb. Schmettau. In diesem Jahr war das Haus in der Roßgartenschen Hintergasse Nr. 39 vermietet und damit abgabepflichtig. Das Haus Nummer 40 war wegen Baufälligkeit bereits vor langer Zeit abgebrochen und der Platz zum Hof der Häuser Nr. 41 und 42 zugeschlagen worden. „Servis, zur Nachtwache und Unterhaltung der Wasserleitung und Feuergerätschaft“ war von allen Grundstücken zu zahlen, wie die Kommission zur Verwaltung der Angelegenheiten der städtischen Renten-Kasse der Gräfin Lehndorff mitteilte. Sie hatte befürchtet, zu viel gezahlt zu haben.³⁹¹

Am 10. Januar 1815 verkaufte Amalie von Lehndorff das Haus „am Roßgarten No. 43 nach der alten, No. 20 nach der neuen Zählung“ an den Königsberger Kaufmann Johann Georg Sierke inklusive des dazu gehörenden Hofes und der „Holzstelle“, so wie der Käufer es bisher gemietet hatte. Das Kaufgeld betrug 4.040 Gulden preußisch Courant. Da das Haus bisher mit dem Grundstück Nr. 40 verbunden war, sollten beide Grundstücke nun im Hypothekenbuch getrennt werden. Dort standen noch Ansprüche in Höhe von 1.333 Rtlr. 30 Gr. des Lesgewangischen Stifts, die bereits gezahlt waren und eine Kautions von 2.000 Rtlr., die Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff dem Assessor Naumann schuldig war. Nachdem die Verkäuferin die Löschung beider Eintragungen baldmöglichst zugesagt hatte, zahlte der Käufer in Raten mit 5 Prozent Zinsen. Die Übergabe war schon zum 1. Januar vollzogen worden. Das Wasser erhielt das Haus „über die Hintergebäude der Frau Verkäuferin“, wobei es auch künftig bleiben sollte.³⁹²

³⁸⁶ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 452 f.

³⁸⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 486, Bl. 10–11v (2. Mai 1773).

³⁸⁸ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 235.

³⁸⁹ Archivalien der Loge (1846–1910) gelangten 1949 in das Staatliche Archiv des Kaliningrader Gebiets.

³⁹⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 13 (Kaufvertrag).

³⁹¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130 (30. März 1815). Die alten Nummern lauteten 40 und 41, 42 und 43, die neue Nummerierung war 5 und 6, 12 und 13. Die Quittungen ebd., Nr. 21.

³⁹² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130.

Da inzwischen neu nummeriert worden war, war die beim Verkauf angegebene Nummerierung irreführend. Auch der Gräfin scheint der Überblick verloren gegangen zu sein, denn als sie erklären sollte, welches ihrer Häuser das verkaufte sei, schrieb sie im Juli 1816: „Meine Gründe mit ihren jetzigen neuen Nummern sind: Mein Wohnhaus No. 5 – das Haus in der Hinterstraße No. 12. Der Zaun No. 13 steht auf der Stelle, wo vor Zeiten das abgebrochene Haus gestanden hat, welches damals mit No. 39 bezeichnet gewesen. Auf dem kleinen Küchengebäude im Hofraum scheint auch vor alten Zeiten eine Nummer gestanden zu haben, die aber nicht mehr kenntlich und auch durch keine neue ersetzt worden ist, es ist möglich, dass dies die No. 40 gewesen, die jetzt gesucht wird. So käme dann die Zahl meiner Gründe heraus und es fehlte weiter keine Nummer.“³⁹³ Durch eine frühere Verhandlung vor dem Stadtgericht am 2. Juli 1812 über die Grundstücke auf dem Roßgarten wissen wir durch Zeugnis von Maria Elisabeth Borowski, welche Häuser Amalie von Lehndorff tatsächlich besaß:

- „1. das große herrschaftliche Wohnhaus auf dem Roßgartschen Markt,
2. ein Nebengebäude auf dem Roßgartschen Markt, welches jetzt vom Apotheker Siericke gemietet und bewohnt ist,
3. ein Haus, welches in der Roßgartschen Hintergasse belegen war, welche aber vor ungefähr 22 Jahren abgebrochen wurde. Der Platz ist auch nicht weiter bebaut worden, sondern zu dem Hof des großen Hauses gezogen worden,
4. der gelbe große Stallspeicher unweit der Dragoner Wehr.³⁹⁴ Nachhero und etwa vor 15 Jahren kaufte noch der verstorbene Herr Landhofmeister ein Haus in der Roßgartschen Hintergasse von dem Fabriken-Inspektor Romminger, welches noch existiert und an mehrere Leute vermietet ist. Die Nummern, welche die Grundstücke führen, kann ich nicht angeben.“³⁹⁵ Auch der 60-jährige Kommerzien- und Admiraltätsrat Samuel Heinrich Schmidt, der 1791 Mandatarius des Grafen von Lehndorff geworden war und dessen Geschäfte bis zu seinem Tod besorgt hatte, testierte, „dass derselbe die von der Witwe Borowsky bemerkten städtischen Gründe besessen hat“. Er bestätigte, dass mit Ausnahme des Rommingerschen Hauses die Grundstücke die Nummern 40, 41, 42, 43 geführt haben. Auch an den Ankauf des Rommingerschen Hauses konnte er sich erinnern, worüber ein besonderes Hypothekenbuch existieren müsste.³⁹⁶ Darauf stellte das Stadtgericht am 11. September 1816 fest:
 - „1. das große Wohnhaus auf dem Roßgartschen Markt, welches die alte No. 41 führt, ist jetzt mit der neuen No. 5 bezeichnet;
 2. das Grundstück No. 43, welches jetzt Kaufmann Siericke bewohnt, ist jetzt mit der neuen No. 6 bezeichnet;
 3. das Grundstück in der Roßgartschen Hintergasse nach der alten No. 39, welches nach der Aussage der Borowsky wirklich dasjenige ist, welches von dem p. Romminger erkaufte ist, führt die neue Nr. 12, und sind an diesem Hause beide Nummern, sowohl die alte als neue angeheftet, so dass über die Identität kein Zweifel stattfindet;
 4. die No. 40 nach der alten Numeration ist das Gebäude, welches nach der Aussage der Witwe Borowsky vom 12. Juli 1812 jetzt vor ungefähr 20 Jahren abgebrochen ist und ist der leere Platz zu dem Hof des großen Wohn-

³⁹³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130.

³⁹⁴ Der Speicher trug die alte Nummer Anger Nr. 52. Die neue Nummer lautete Mittelanger Nr. 1. Er wurde 1817 für 1.800 Rtlr. an den Kaufmann Moyzkewitz verkauft, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130.

³⁹⁵ In: GStA PK, XX. HA Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130. Im Januar 1813 hatte die Gräfin Lehndorff eine dieser Nebenwohnungen, „2 Stuben, 2 Kammern, 2 Kellern [...], eine Küche und ein kleiner Hofraum“, für drei Jahre an den Barbier Willmeit vermietet, ebd.

³⁹⁶ GStA PK, XX. HA Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130.

hauses gezogen. Auch diese Angabe findet sich dort völlig bestätigt, denn auf der Stelle, wo das Gebäude gestanden, welchen die Witwe Borowsky angezeigt, findet sich jetzt in der Hintergasse ein Zaun, woran die neue Nr. 13 befindlich ist, mithin ist es außer allen Zweifel, dass dieser leere Platz das ehemalige Gebäude No. 40 gewesen.“ Nach der Abtretungsurkunde der Erben vom 11. Mai 1812 seien der Witwe sämtliche Königsberger Grundstücke auf dem Roßgarten, die zum Nachlass gehörten, überlassen worden. Wegen des Rommingerschen Hauses in der Hintergasse sei eine nochmalige Erklärung der Erben über die Überlassung notwendig, erst im März 1817 konnte die Angelegenheit geklärt werden.³⁹⁷

Durch den Grundbesitz in Königsberg stand der Familie Lehndorff nach § 16 der Städteordnung auch das Bürgerrecht zu.³⁹⁸ Zudem musste seit Gründung der Korporation der Königsberger Kaufmannschaft und der Bestätigung ihrer Statuten durch den König am 25. April 1823 jeder, der in Königsberg Handel treiben wollte, in die Korporation eintreten und war zum vorherigen Erwerb des Bürgerrechts verpflichtet. Ob sie die mit dem Bürgerrecht verbundenen Rechte wie das Wahlrecht der Stadtverordneten wahrgenommen haben, lassen die Akten nicht erkennen.

In den Jahren der Kontinentalsperre gegen England engagierte sich der am Getreideexport interessierte Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff für die Belange des Königsberger Handels. Anders als die Königsberger Kaufleute, die die Einführung der Gewerbefreiheit begrüßt hatten, sah er deren Einführung kritisch, da sie die Abwanderung von Handwerkern befürchten ließ. In der Agrarkrise der 1820er Jahre trat dies tatsächlich ein. Auch das Monopol des grundbesitzenden Adels für die Brauerei und Branntweinbrennerei auf dem platten Land sah er gefährdet. Nachdem sich Stadtbürgertum und grundbesitzender Adel in dieser Frage verbündet hatten, wurde das „Novemberedikt“ modifiziert; das Brau-, Brenn- und Krugverlagsrecht verblieb den bisherigen Besitzern.³⁹⁹

Ihren Pflichten zur Zahlung der Servicegelder, also der Steuern, ist die Familie im 19. Jahrhundert regelmäßig und in voller Höhe nachgekommen. Wegen einer Unstimmigkeit der Zahlung für den bereits im Vorjahr verkauften Speicher im Juli 1817 erklärte die Gräfin Lehndorff: „Ich entsinne mich auch nicht, jemals eine [Zahlung] rückständig geblieben zu sein.“⁴⁰⁰

Seinen 1809 vom Königsberger Magistrat erteilten Bürgerbrief hielt Carl Friedrich Ludwig in Ehren. In seinem Eid hatte er erklärt, „für das Beste dieser Stadt und Bürgerschaft, nach meinem höchsten Vermögen zu wirken, alle mir als Bürger obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, und insonderheit den Bestimmungen der allgemeinen Städte-Ordnung vom 19. November 1808 mich unweigerlich zu unterwerfen und solche aufrecht zu erhalten, überhaupt aber mich in allen Verhältnissen so zu zeigen, wie es einem getreuen Bürger eignet und gebührt.“⁴⁰¹ Wie Oberpräsident von Auerswald war auch er Mitglied der Königsberger Königlich Physikalisch-Ökonomischen Gesellschaft, die die Beförderung von allem, was die Landeskultur förderte, zu ihrem Zweck erhoben hatte. Ob Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff zu den Grundbesitzern gehörte, die sich mit den Stadtbürgern auf dem 1. Provinzial-Landtag 1824 zu einem Antrag gegen die Gewerbefreiheit verbündeten, konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Grundbesitzer monierten, dass die Gewerbefreiheit dem platten Land Ar-

³⁹⁷ GStA PK, XX. HA Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130.

³⁹⁸ Zur Städteordnung: Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 243 f.

³⁹⁹ Vgl. Belke, Hans-Jürgen, Die preußische Regierung zu Königsberg 1808–1850, Köln 1976, S. 109 ff., 116.

⁴⁰⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130 (Lehndorff an Raddatz, 24. Juli 1817).

⁴⁰¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54, GA Lehndorff, Nr. 92.

beitskräfte entziehe, die angesichts der eingeleiteten Dienstablösungen und Regulierungen auf den Gütern dringend benötigt wurden. Die Stadtbürger befürchteten dagegen eine „Überfüllung“ der Gewerbe und eine Qualitätsverschlechterung durch die Landflucht. Vor allem aber fielen ihnen die verarmten und arbeitslosen Handwerker zur Last. Weder auf dem ersten noch auf dem folgenden Provinzial-Landtag wurde der Antrag entschieden. Er hatte jedoch deutlich gemacht, dass es dem Königsberger Gewerbe, durch die Kriegsschulden belastet, durch den Niedergang des Handels an Kapital mangelte. Erst nach der Agrarkrise besserte sich die Situation.⁴⁰²

Den jahrelangen Streit über Ursachen und Verantwortung für den Wassermangel im Stadtteil Roßgarten werden die Lehndorffs als direkt Betroffene verfolgt haben, jedoch fehlen auch hierüber entsprechende Dokumente. Nachdem die Regierung Böttchershofen 1832 erworben hatte, ließ sie zur Trockenlegung der dortigen Domaniawiesen eine Senkung des Sommerwasserstandes des Oberteichs vornehmen. Davon war die Wasserversorgung auf dem Roßgarten massiv betroffen. Der Magistrat machte dafür die Wasserstandsabsenkung verantwortlich, die Regierung die Fehler der Stadt beim Bau des Wasserröhrensystems. Nicht einmal Oberpräsident von Schön konnte zwischen den Parteien vermitteln. Erst 1836 wurde ein Kompromiss gefunden.⁴⁰³

Das Haus in Berlin

Das erste Haus, das sich nachweisen lässt, gehörte dem Oberburggrafen Ernst Ahasverus Graf von Lehndorff. Es stand in der Breiten Straße in Cöln. Im Februar 1681 verkaufte es Lehndorff für „sechstausend Taler gut und hart Geld“ an den Kurfürsten.⁴⁰⁴ Über die nächsten mehr als achtzig Jahre fehlen alle Nachrichten. Spätestens 1765 besaß die Familie jedoch wieder ein Haus in Berlin, gelegen in der Straße hinter dem Gießhaus. Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff hatte es im März erworben, nachdem ihm seine Wohnung aufgekündigt worden war. Der Umzug erfolgte im Oktober 1765. Für das Haus hatte seine finanziell gut gestellte Schwiegermutter Elisabeth Haeseler einen Teil der Kosten übernommen. Die verbleibenden waren trotzdem so hoch, dass Lehndorff schrieb: „Zwar besitze ich Welterfahrung genug, um das vor der Öffentlichkeit zu verbergen, wo man glaubt, ich hätte keine Sorgen und lebte in großem Wohlstand; im Stillen aber seufze ich und fühle mich keineswegs wohl in meinen vier Wänden.“⁴⁰⁵ Aus seinem 1780 abgefassten Testament erfahren wir die Höhe der Schulden: 9.000 Rtlr., die allerdings zu diesem Zeitpunkt durch das Erbe seiner Mutter bereits abgetragen waren.⁴⁰⁶ Erst im Herbst 1774 konnte Lehndorff deshalb den Plan fassen, „den Winter in aller Ruhe in Berlin zu verbringen und mir mein Heim behaglich einzurichten.“⁴⁰⁷ In seiner finanziellen Not war er kein Einzelfall; nach Lehndorffs Angaben teilten die Familien von Grappendorff, Marschall, Kleist und Göhre sein Schicksal. Während der Jahre seines Hofdienstes als Kammerherr der Königin hatte das Berliner Domizil es immer ermöglicht, zum Monarchen räumlich auf Distanz zu bleiben, der nur für wenige Wochen zum Jahreswechsel von Potsdam nach Berlin

⁴⁰² Vgl. Belke, Regierung zu Königsberg, S. 122.

⁴⁰³ Vgl. Belke, Regierung zu Königsberg, S. 103.

⁴⁰⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 5.

⁴⁰⁵ Schmidt-Lötzen, Nachträge Bd. 1, S. 420.

⁴⁰⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 93.

⁴⁰⁷ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 309.

kam.⁴⁰⁸ Nach seinem Abschied vom Hof und der Rückkehr nach Steinort benötigte er das Haus nicht und vermietete es vorübergehend an den Schauspieldirektor Baron von Arnim. Nachdem er jedoch seinen Sohn im Sommer 1777 in Berlin bei Pastor Reclam „in Pension“ gegeben hatte, zog es ihn wieder regelmäßiger nach Berlin. Er kündigte seinem Mieter, musste aber feststellen, dass dieser das Haus in „gräulicher Verfassung“ verlassen hatte.⁴⁰⁹

Spätestens nach dem Tod des Kammerherrn wurden die Angelegenheiten des Hauses hinter dem Gießhaus durch den Verwalter Schröder geregelt. Lehndorffs Sohn, dem das Haus in der Erbteilung zugefallen war, hatte die militärische Laufbahn eingeschlagen und konnte sich nicht darum kümmern. Auch in den Kriegsjahren befand sich das Haus in der Obhut des Verwalters Schröder. Lehndorff hatte schon damals versucht, es zu veräußern – vergeblich. „Schröder versichert mir, es wären 260 Häuser in Berlin zum Verkauf gestellt, und niemand früge danach. Das ist auch bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ganz natürlich.“⁴¹⁰ Schröder muss seine Aufgaben nicht besonders ernst genommen haben, wie sich bei seinem Tod herausstellte. Er hatte alle „Papiere in einer entsetzlichen Konfusion gelassen, die Hausrechnungen so verworren, dass sich kein Mensch herausfinden kann. Mehrere Sachen, die ich früher und bei meinem letzten Hiersein bezahlt habe, sind nicht beglaubigt, viele Sache doppelt notiert. Seine Erben sind wie die Raben, und ich, wie sie wissen, ein sehr schlechter homme d'affair. Ich habe einen Justiz-Kommissarius angenommen, der nicht vom Fleck kommt. Ich mache dabei einen bedeutenden Verlust, das ist klar.“⁴¹¹

Lehndorff hatte das Haus eigentlich seit langem verkaufen wollen. Im Hypothekenbuch Vol. 5 war es unter Nr. 376 als „ein großes und ein kleines Wohnhaus an der Straße, von welchem ersteres an die der Königl. Zoll- und Akzise-Direktion gehörigen und letzteres an die der Witwe Wandt gehörigen Besitzungen grenzt, mit einem Seitengebäude rechts und einem Quergebäude auf dem Hofe, nebst Hof und Garten, welcher sich bis zum Fortifikationsgraben erstreckt“⁴¹², eingetragen. Es hatte von 1806 bis 1815 wegen der darauf lastenden Abgaben schon nichts eingebracht, Mietzahlungen waren ausgeblieben und hatten Prozesse nach sich gezogen.⁴¹³ Nun sollte es zum Verkauf kommen. Auf zwei Angebote über 29.000 bzw. 30.000 Tlr. vom 10. September und 19. Oktober 1816 ging Lehndorff nicht ein. Am 15. November 1816 schrieb ihm Minister von Bülow, dass er dem König den Vorschlag unterbreiten wolle, das Haus für 30.000 Tlr. für das preußische Finanzministerium zu erwerben, sofern die Räumung der bisherigen Mieter bis zum 15. Dezember erfolgen würde. Am 7. Januar 1817 wurde in den Amtsräumen des Justizrats Schmucker der Vertrag geschlossen. Das Haus ging für den vergleichsweise geringen Preis von 30.000 Tlr. an den preußischen Staat. „Obgleich ich nun mit dem Handel ganz zufrieden bin und wirklich einmal in meinem Leben Glück damit gehabt habe, welches mir in pekuniärer Hinsicht so selten geschieht, so ist doch nicht zu leugnen, dass, wenn ich die Umstände so alle gewusst hätte, wie sie sich ereigneten, und sie hätte benutzen können, ich noch einen glänzenden coup damit hätte machen können, und ohne Gewissenskrupel, denn das Phantom, dessen vielseitiger Begriff sich unter dem Namen Staat konzentriert und mit dem ich gehandelt, hat uns seit mehreren Jahren so viel und willkürliches von der Seele gerissen, dass

⁴⁰⁸ Vgl. Koser, Reinhold, Vom Berliner Hof um 1750, in: Hohenzollern-Jahrbuch 7 (1903), S. 1–37, hier S. 37.

⁴⁰⁹ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 61, 63.

⁴¹⁰ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 431 f.

⁴¹¹ Vgl. Schultze, Lehndorff, S. 612 f.

⁴¹² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 733.

⁴¹³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 130.

ich auf diesem Wege mit gutem Gewissen eine noch immer nicht vollständige Indemnität hätte erzielen können.“⁴¹⁴ Mit dem Geld löste Lehndorff eine Vielzahl von Verbindlichkeiten ab, bevor er nach Steinort zurückkehrte.

Weitere Liegenschaften

Sein Sohn Carl Meinhard von Lehndorff, der durch seine politische Tätigkeit häufig in Berlin war, erwarb hier kein neues Haus. Nachweislich verfügte er aber über mehrere Wohnungen. Auch hatte er ein großes Grundstück an der Unterbaum-Straße und Friedrich-Carl-Straße, gelegen zwischen der Charité und der Stadtbahn und den Häusern des Grafen Pourtalès und des Grafen Stolberg benachbart, erworben.⁴¹⁵ Er hatte es vorübergehend zum Lagern von Baumaterialien für eine zu erbauende neue Straße verpachtet und erhielt dafür pro Quadratmeter und Jahr 30 M und die Zusicherung, dass die Unterbaum- und Friedrich-Carl-Uferstraße von der Stadt gepflastert werde, eine Zusicherung, die bis 1881 nicht erfüllt war. Die Charité hatte großes Interesse, das Gelände für notwendige Erweiterungsbauten zu erwerben. Minister von Puttkamer schrieb am 30. April 1880 an die Direktion der Charité, dass er „die Erwägungen, welche sowohl den Erwerb eines gewissen Teils von dem Gräflich Lehndorffschen Terrain an der Stadteisenbahn, als auch die Beseitigung der Straße VI für die Charité erwünscht machen, in vollem Maße anerkenne und würdige. Die Realisierung beider Absichten wird indessen durch die hohe Preisforderung des Grafen Lehndorff in dem Grade erschwert, dass ich einstweilen außer Stande bin, meinerseits der Sache näher zu treten und namentlich mit dem Herrn Finanzminister über die Frage, ob und in welchem Maße ein Zuschuss aus den allgemeinen Staatsfonds für den Ankauf gewährt werden könnte, mich in Verbindung zu setzen.“ Puttkamer, mit den Lehndorffs bekannt, zögerte in seiner Entscheidung, gab aber der Charité grünes Licht für Verhandlungen. Am 17. Juni 1880 schrieb er an Finanzminister Bitter, es sei den Bemühungen seines Amtsvorgängers nicht gelungen zu verhindern, dass die Strecke der Stadtbahn zwischen Unterbaum-Straße und Alexanderufer über das Gräflich Lehndorffsche Terrain in eine Richtung geführt worden sei, welche zusammen mit der projektierten Anlage einer neuen Straße (Nr. VI) zwischen der Unterbaumstraße und dem Alexanderufer die Interessen der Charité beeinträchtige. Das im Besitz der Grafen Lehndorff gebliebene Terrain liege als abgestumpftes Dreieck zwischen Stadtbahn, Unterbaumstraße und Straße VI, es sei ca. 281,3 Quadratmeter groß. Dem Erwerb des Grundstücks für die Erweiterung der Charité stehe die Preisforderung des Grafen Lehndorff entgegen, der zuerst 3.000 M, neuerdings nach dem Bericht der Charité-Direktion 2.790 M pro Quadratmeter beanspruche. Der Kaufpreis würde demnach 784.827 M betragen, von welcher Summe 1/3 sofort, die anderen 2 Drittel in 2 Jahresraten zu zahlen seien. „Ich glaube nicht auf die Annahme verzichten zu dürfen, dass Graf Lehndorff sich dazu verstehen wird, sich mit einem geringeren Preis zu begnügen, der aus allseitiger Erwägung der für die Schätzung des Terrains an sich und speziell mit Rücksicht auf das Interesse der Charité daran maßgebenden Verhältnisse sich als angemessen herausstellen wird. Es ist von mir eine eingehende Ermittlung in letzterer Richtung angeordnet worden. Ohne einen Zuschuss aus Staatsfonds werde es auf keinen Fall gehen, die

⁴¹⁴ Zit. nach: Schultze, Lehndorff, S. 614 f.

⁴¹⁵ Zu den weiteren Berliner Liegenschaften im Besitz der Lehndorffs ist ein Aufsatz in Vorbereitung. Die folgenden Ausführungen nach den Akten in: GStA PK, I. HA, Rep. 76 Va Sekt. 2 Tit. XIX Nr. 32; Landesarchiv Berlin, A Rep. 010-01-02 Magistrat der Stadt Berlin, Städtische Baupolizei Nr. 5099; A Rep. 010-01-02, Nr. 2573.

Charité sei nicht im Stande, mehr als 200.000 M aus eigenen Mitteln beizusteuern.“ Am 22. Juli 1880 schrieb Kultusminister Goßler an Finanzminister Bitter, die Charité könne nur 180.000 M beisteuern und Lehndorff habe auf 2.250 M/Quadratmeter ermäßigt. Am 2. November 1880 teilte Puttkamer Innenminister Eulenburg mit, dass es keinen Grund für eine Kostenübernahme seitens der Stadt gäbe, der Bau werde am Neuen Tor auf dem zum Charité-Kirchhof gelegenen Platz auszuführen sein. Letztendlich pokerte Lehndorff zu hoch – und verlor. Das im April 1872 erworbene Grundstück war noch im Juli 1882 nicht bebaut und diente als Holzlager. Erst 1881 wurden zwei Bauplätze zur Ausführung der Unterführung zur Verfügung gestellt.

Erfolgreicher in Immobilienspekulationen war Carl Meinhards Bruder Heinrich von Lehndorff-Preyl.⁴¹⁶ Sigismund von Treskow hatte 1893 das Friedrichsfelder Vorwerk Karlshorst parzellieren lassen und große Flächen zur Entwicklung einer Rennbahn und der Villenkolonie Karlshorst verkauft. Zudem hatte er weitere Flächen gekauft, um an der Koloniegründung mitzuverdienen. So wurde im September 1891 das von Michael Pahl erworbene Ackerland für neue Baugrundstücke geteilt. Da Treskow als Gutsherr aus rechtlichen Gründen nicht direkt an der Spekulation teilnehmen durfte, übernahm die Heimstätten AG die Erschließung, Treskow erhielt dafür Aktien. Hinter dem Baumeister Oscar Gregorovius, der 1893 ebenfalls Ackerland im Dorf Friedrichsfelde erworben hatte, stand die 1891 gegründete Baugesellschaft Eigenhaus, die ursprünglich Häuser zu kleinen Preisen für Berliner Arbeiterfamilien bauen wollte. Zu deren Vorstand gehörten Kommerzienräte und Vertreter des Hochadels. Kaiser Wilhelm II. stiftete 1891 die ersten beiden Häuser. Im Frühjahr 1893 ging die Baugesellschaft Eigenhaus in der Heimstätten AG auf. Otto Hentig gelang es als Vermögensverwalter des Fürsten Karl Egon IV. zu Fürstenberg die Finanzierung der Villen-Kolonie Karlshorst zu organisieren. Am 5. Februar 1894 kam das Finanzierungsabkommen für Karlshorst zustande. Die Geldgeber waren:

1. Fürst Karl Egon zu Fürstenberg in Donaueschingen
2. Graf August Dönhoff-Friedrichstein zu Friedrichstein
3. Graf Otto Dönhoff-Kraftshagen Exzellenz zu Berlin, Wilhelmstr. 66
4. General der Kavallerie Graf Lehndorff Exzellenz zu Berlin, Pariser Platz 6
5. Fürstin Dorothee zu Fürstenberg in Donaueschingen.

Im Rahmen der vom deutschen Hochadel finanzierten Grundstückstransaktion „Kolonie Karlshorst“ entstanden 25 Arbeiterwohnhäuser zu sozialverträglichen Konditionen. Das Thema „Eigenhaus für Minderbemittelte“ hatte August Graf von Dönhoff-Friedrichstein schon länger beschäftigt. Im Februar 1892 behandelte der Deutsche Reichstag in erster Lesung einen Entwurf eines „Heimstätten-Gesetzes für das Deutsche Reich“. Einreicher dieses Entwurfes waren Graf Dönhoff-Friedrichstein, Dr. Graf von Moltke und andere. Dönhoff begründete diesen Entwurf persönlich, als er in erster Lesung im Reichstag behandelt wurde. Das Haus Lehndorffstraße 5 hatte Graf Dönhoff-Friedrichstein allein finanziert. Hier war er auch Eigentümer bis 1902. Die Aktiengesellschaft arbeitete äußerst profitabel und schüttete vor dem ersten Weltkrieg hohe Dividenden aus. Infolge der Weltwirtschaftskrise musste die Firma 1936 Konkurs anmelden. Bis dahin war in Karlshorst ein neues Stadtviertel entstanden, das aufgrund seiner Villenarchitektur und Parkanlagen bald „Dahlem des Ostens“ hieß. An Lehndorffs Engagement erinnert hier noch heute die Lehndorffstraße. Neben Einzelvillen errichtete zwischen 1919 und

⁴¹⁶ Das Folgende nach: Treskow, Adel in Preußen, S. 363; Fauck, Walter, Zur Entstehungsgeschichte der sogenannten „Baugesellschaft Eigenhaus“: <https://www.kulturring.org/kulturnews.php?artikel=830> [25.10.2019].

1921 der Architekt Peter Behrens die heute unter Denkmalschutz stehende Waldsiedlung Karlshorst mit zweigeschossigen Ein- bis Vierfamilienhäusern mit Hausgärten und Stallungen für die Kleintierhaltung für 500 Familien.

Die Villa Solitude im österreichischen Bad Gastein

1839 hatte Johann Freiherr von Mesnil die Villa Solitude im österreichischen Bad Gastein in der heutigen Kaiser-Franz-Josef-Straße in Gastein eröffnet. Später befand sich die Solitude im Besitz des Erblandmarschalls Graf von Hahn auf Basedow. Noch im Juli 1858 hatte sich der alte Graf von Hahn hier aufgehalten und war vom Basedower Pastor Volkening besucht worden. Auch Hahns Tochter Anna von Lehndorff und seine Enkelin Anna waren anwesend, Volkening hatte für alle die Morgenandacht gehalten.⁴¹⁷ Nach dem Tod des Grafen Hahn ging die Solitude 1859 bei der Teilung des Nachlasses zwischen Anna und ihren noch minderjährigen Brüdern Werner und Max und dem Bruder Cuno, der das Fideikommiss übernahm, in Annas Besitz über. Für eine weitere Kapitalzahlung von 120.000 Rtlr. sollte sie auf weitere Erbensprüche zugunsten der Brüder und des Fideikommisses verzichten.⁴¹⁸

In den folgenden Jahren fuhr die Gräfin häufig nach Gastein zur Besserung ihrer körperlichen Leiden. Die die Heimat betreffenden Probleme erreichten sie auch hier. Pfarrer Borkowski aus Rosengarten, der im Sommer 1856 seine Stelle für den nach Ortelsburg abberufenen Pfarrer Bolle angetreten hatte, klagte ihr in zahlreichen Briefen nicht nur sein Leid über die Baptisten, die auch die Kirchspiele um Rastenburg erreicht hatten. Auch der politische Himmel hätte sich „in dunkle Wolken gehüllt“, womit er auf den schwelenden Verfassungskonflikt anspielte. Er schilderte die schwierige Unterhaltung des Waisenhauses in Rosengarten und nicht zuletzt seine eigenen Sorgen wie den Kauf eines Schafs, und dass Jaski „die Kuh nicht mehr frei zur Weide nehmen [wolle], ich meine die schwarze, denn die rot bunte war ja auf meinem Namen drauf“, weshalb er „wohl 12 Rtlr. Weideloohn bezahlen“ müsse. Auch Streitereien mit dem Inspektor von Steinort waren wichtig genug, um sie nach Gastein zu übermitteln. Die Gräfin baute ihn regelmäßig mit der Übersendung kirchlicher Schriften oder der in Gastein gesprochenen „Kaiserworte“ wieder auf.⁴¹⁹

Mit der „Solitude“ waren die Lehndorffs vor allem aber in den Besitz eines Sommersitzes gelangt, der seit seiner Eröffnung 1839 an zahlungskräftige Gäste aus dem europäischen Adel und der Hochfinanz vermietet wurde. Im Sommer 1859 und 1860 hatte sich der Herzog von Sachsen-Altenburg in der Solitude eingemietet, und war vom Haus und seiner Gastgeberin anscheinend so begeistert, dass er der Besitzerin „eine kleine Abbildung Ihrer reizenden Gasteiner Wohnung“ durch seinen Adjutanten übermitteln ließ.⁴²⁰ Auch „den ihr geistig sehr nahestehenden Kaiser Wilhelm den Großen“ hatte Anna Lehndorff in der Villa Solitude „oft am Teetisch zu Gast“.⁴²¹ Selbst in der Saison 1866, mitten im Preußisch-Österreichischen Krieg, waren die 25 Zimmer der Solitude, von

⁴¹⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52: Kleine Erinnerungen aus dem Leben der Exzellenz Gräfin Pauline Lehndorff (30. Juli 1858).

⁴¹⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 11.

⁴¹⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 576, Bl. 7–8v, 39–39a/v.

⁴²⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 315, Bl. 6–6v.

⁴²¹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [25.10.2019].

denen 14 beheizbar waren, ausgebucht. Das muss eine große Rolle für die Vermietungschancen, insbesondere für die mögliche Dauer in den Herbst hinein, gespielt haben, denn man wollte 1872 erweitern. Das stellte sich allerdings als problematisch heraus, da in einem „Stockwerk alles von Holz, daher Feuersgefahr vorhanden“ war.⁴²² Die verlangten Mietpreise pro Woche schwankten saisonal und lagen, je nach Ausstattung, zwischen 3 und 22 Fl. Zu den Gästen 1866 zählten Baron Rothschild ebenso wie „Lord und Lady Stalbridge aus England“, wie man dem Verzeichnis der Badegäste entnehmen kann. 1878 hatten sich Prinz August von Württemberg, Fürst Schwarzenberg, der österreichische Kämmerer und Rittmeister Eugen Georg von Voß und der Inhaber des Bankhauses J. Simon und Söhne in Königsberg, mit dem Graf Lehndorff viele Jahre Geschäftsbeziehungen unterhielt, in der Solitude angesagt, und auch Anna von Lehndorff war für einen langen Zeitraum in Gastein.⁴²³ 1881 logierten hier Geheimrat Busch, Baron Tauchnitz, Lady Bath, Prinz August, Frau von Thadden, Graf Hahn, Fürst Abachitze, Fürst Rohan, Fürst Schwarzenberg, Baronin Todeski, Frau v. d. Beck, Fürst Dogloroky (!) sowie verschiedene bürgerliche Gäste.⁴²⁴ Mit der Marquess of Bath war Annas Tochter Anni befreundet. 1874 kam der bekannte Kunsthistoriker Max Jordan nach Gastein, mit dem Anna von Lehndorff persönlich bekannt war.⁴²⁵ Neben den zahlenden Gästen lud Anna Lehndorff in jeder Saison auch zahlreiche private Gäste ein, so z. B. für den Herbst 1876 die Puttkamers, die auf dem Weg von Berchtesgaden in Bad Gastein Halt machten.⁴²⁶ War von den Einnahmen des Jahres 1866 in Höhe von 1.409 F. nach Abzug der Ausgaben von 1.370 F. nur ein Rest von 507 F. verblieben, sah der Ertrag 1872 mit 2.000 Gulden wesentlich besser aus. Im Jahr 1881, in dem umfangreiche Baumaßnahmen anstanden, verblieben von den Einnahmen abzüglich der Ausgaben 1.529 F, wovon der Gräfin 1.000 F. herausgegeben worden waren. Üblicherweise wurden die Bareinkünfte jedoch direkt an die Bank Meyer Cohn in Berlin übertragen.⁴²⁷

Zur Saison 1883 war alles fertig, aber aufgrund der politischen Situation blieben erstmals in der Geschichte der Solitude die Gäste aus.⁴²⁸ Selbst die eigene Verwandtschaft zog Orte ohne „Kaisertrubel“ vor.⁴²⁹ Der Versuch, die aufgelaufenen Baukosten in diesem Jahr durch höhere Zimmerpreise zu kompensieren, war wenig hilfreich. „Was die Preise anbelangt, erlaube ich mir gnädigste Frau Gräfin ganz untertänigst zu bitten, dieselben nicht mehr zu erhöhen, sonst bekommen wir keine Gäste. Es ist jetzt überhaupt merkwürdig, dass im Mai die Herrschaften nicht mehr nach Gastein kommen wollen, es wäre das Wetter auch nicht so schlecht, und doch stehen die größten Häuser bisher noch leer. So schaut es noch bei uns aus, wir haben für den ganzen Monat keine einzige Bestellung, es müsste nur durch Zufall jemand kommen. Hochgeborene Frau Gräfin! Für den Monat Juni haben wir in der 1. Etage aufgenommen einen Herrn Schmidt samt Frau, dann ein Stiftsfräulein von Bielke aus Dresden. Herr Graf Hahn haben sich vom 1. Juli an das Zimmer Nr. 20 vorbehalten. Fürst Rohan und Schwarzenberg sind vom 1. August ab angesagt.“⁴³⁰

⁴²² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320, Bl. 21–21v.

⁴²³ Auch den Herbst und Winter verbrachte sie nicht in Steinort, sondern „fern von der Heimat“, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 589, Bl. 22–23.

⁴²⁴ Die Verzeichnisse in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320, Bl. 7, 41–42, 57–58.

⁴²⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 77–78v.

⁴²⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 494, Bl. 19–19v.

⁴²⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320 (Einnahmen); StA Leipzig, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 262, Bl. 94–95 (Meyer Cohn).

⁴²⁸ Zur Gefahr eines Krieges: Baumgart, Winfried/Stone, James (Hrsg.), Heinrich VII. Prinz Reuß. Botschafter unter Bismarck und Caprivi. Briefwechsel 1871–1894, Berlin 2015, S. 292 (Reuß an Hatzfeld, 6. August 1883).

⁴²⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 454, Bl. 308.

⁴³⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320, Bl. 61–62.

Regelmäßig wurden für wohltätige Zwecke in der Solitude Theaterstücke wie die Lustspiele „Zahnschmerzen“ oder „Wer ist der Herr im Haus“ aufgeführt. Auch Kaiser Wilhelm wurde bei seinem Aufenthalt in Gastein gern „auf ein halbes Stündchen durch eine Dilettanten-Komödie“ unterhalten. Dann kamen aber wohl eher die sogenannten „feineren Salonstücke“ wie z. B. „Ballschuhe“, „Ihr guter Engel erwartet sie“, die sich thematisch „in den gleichen Kreisen der Gesellschaft“ bewegten, zur Aufführung.⁴³¹ Hermann von Tresckow, der im Herbst 1878 den Kaiser nach Gastein begleitet hatte, war einer der Laienschauspieler, die unter professioneller Anleitung auftraten. Seine Rolle aus „Mord aus Neid“ habe er leider nicht mehr, auch Nachfragen in der Theater-Buchhandlung in der Brüderstraße seien vergeblich gewesen, schrieb er im Dezember 1878. „Die Leute behaupten, dass das Buch gedruckt nicht im Handel erschienen wäre, abschriftlich würden sie es zwar beschaffen können, es würde immerhin etwas lange dauern. Sie empfahlen ein sehr ähnliches Stück ‚Brünnette und Blondine‘ von Staritz. Ein sehr hübsches Stück, wo p. aktiv mitwirken werde, ist ‚Brandenburgische Eroberungen von Puttlitz‘, ‚2 Damen und 3 Herren‘, was auch Ihnen jedenfalls sehr convenieren wird.“⁴³² Annas Geschick für solche Aufführungen war bekannt. So empfahlen Heinrich und Margarete von Kanitz-Podangen Elisabeth zu Dohna wegen eines Stücks für die Silberhochzeit des Grafen Richard zu Dohna-Schlobitten Anna von Lehndorff zu befragen, denn „niemand (habe) solche Erfahrung in der Wahl harmlos geeigneter Sachen wie sie durch Ihre alljährlichen berühmten ehemaligen Arrangements für den lieben alten Herrn in Gastein!“⁴³³

Ob Anna auch bei der Silberhochzeit ihres Schwagers, des Landstallmeister Georg von Lehndorff, in Graditz künstlerisch tätig geworden ist, wissen wir nicht. Auch hier war im großen Saal eine Bühne eingerichtet worden, auf der „launige und ernste Vorträge in Costümes“, zwei Lustspiele: „Wer“ und „Hektor“ sowie sogenannte „lebende Bilder“ zur Abendunterhaltung aufgeführt wurden, was so gut gelang, dass alle Zuschauer von den Leistungen der als Künstler wirkenden Kinder und Herrschaften „höchst befriedigt“ gewesen seien.⁴³⁴ Angeblich soll Fürst Bismarck in der Solitude die Sängerin Paula Lucca kennengelernt haben, die später in der Öffentlichkeit den Eindruck eines intimen Verhältnisses mit dem Kanzler vortäuschte, was Bismarck sehr ärgerte. Die enge freundschaftliche Beziehung zwischen den Bismarcks und den Lehndorffs in Steinort und Preyl hielt diesen Eklat ebenso aus, wie sie über die Ereignisse von 1871 hinweg kam.

Netzwerke

Durch Heinrich Graf von Lehndorff (1829–1905), General der Kavallerie und Adjutant des Kaisers,⁴³⁵ standen die Lehndorffs in exponierter Stellung zum preußischen Königshaus. Der Kaiser bediente sich Lehndorffs, um Bismarck, „den er nicht gern zum Vortrag bemühte, seine Ansicht über schwelende Fragen mitzuteilen“. Bogdan Graf von Hutten-Czapski zitiert Lehndorff: „Der Kaiser schickt mich jede Woche etwa zum Fürsten Bismarck,

⁴³¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 587, Bl. 11–11v.

⁴³² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 481, Bl. 15. Am 9. Juli 1882 schrieb der Schauspieler und Regisseur Ferdinand Stranz an Anna Lehndorff: „Hoffentlich kommen die geworbenen Herren nach Gastein und bringen guten Willen mit, das Übrige wollen wir dann schon wieder fertig bringen.“ Ebd., Nr. 488, Bl. 18.

⁴³³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 461, Bl. 21–22v (26. Juni 1893).

⁴³⁴ GStA PK, VIII. HA, C Nr. 31, Bd. 14, Bl. 99 (Zeitungsausschnitt).

⁴³⁵ Vgl. Hermann, A., Heinrich Graf von Lehndorff, in: Budapester Chronik. Illustrierte Zeitschrift, 7. Jg., Nr. 63, 25. April 1882.

um Politisches mit ihm zu besprechen. Dann berichte ich seiner Majestät darüber. Aber wenn ich etwa in der Eisenbahn oder anderswo dem Kaiser sagen würde, die Ereignisse in Bolivien sind doch sehr unangenehm, dann würde er, wenn er gut gelaunt ist, antworten: ‚Lieber Lehndorff, für Politik habe ich einen Kanzler‘, und wenn er schlecht gelaunt ist: ‚Es ist schrecklich, dieser ewige Regen!‘⁴³⁶

Lehndorff hatte den Kaiser auch 1871 nach Ems⁴³⁷ begleitet. Hier hatte er für Alfred von Waldersee die Weichen gestellt, der 1871 als diplomatischer Geschäftsträger des Deutschen Reichs in Paris fungierte. Waldersee wurde 1873 Stabschef des X. Armee-Korps in Hannover. Auch für andere, beispielsweise für den preußischen Generalleutnant Anton August von Below und dessen Ehefrau Emmy, stellte er in Gastein die Verbindung zum preußischen Monarchen her, und auch nach Baden begleitete er den „Allergnädigsten“, der ihn mit einer „Mission“ bei der Kaiserin von Österreich betraute.⁴³⁸ Möglicherweise war Heinrich von Lehndorff auch der Vermittler für die Besuche in der Lehndorffschen Solitude in den 1870er und frühen 1880er Jahren während der Kuraufenthalte Kaiser Wilhelms I. in Gastein, die dieser mit der Übersendung eines Ölbildes vom Bockstein honorierte, dem eine allerhöchste handschriftliche Widmung beigelegt war.⁴³⁹ Es verwundert nicht, dass Kaiser Wilhelm, Fürst Bismarck und General-Feldmarschall Graf Moltke die Taufpaten des 1881 geborenen Sohnes Wilhelm wurden.⁴⁴⁰

Dass nicht nur Heinrich, sondern auch Anna von Lehndorff dem „Kaiserlichen Hofe und besonders der Allerhöchsten Person unseres allergnädigsten Kaisers“ nahe standen, und die Anwesenheit des Monarchen in Gastein eine besonders günstige Situation bot, Wünsche zu vermitteln, nutzte der „ostpreußische Landsmann“ Heinrich von Tyszka-Ribben. Ihm ging es um den Kammerherrenposten bei der Prinzessin Luise von Preußen, der durch den Tod des früheren Kammerherrn von Rauch frei geworden war. Die Prinzessin hatte seine Gesuch bereits „huldreichst angenommen“ und befürwortet, letztendlich lag die Entscheidung jedoch beim Kaiser. Lehndorffs Beziehungen halfen. Im November 1877 war Tyszka bereits „zur Dienstleistung befohlen um herauszufinden, ob man miteinander zufrieden ist, bevor die Anstellung erfolgt. I. K. H. habe ihm wiederholt ausgesprochen, wie glücklich sie sei, einen treuen ostpreußischen Edelmann um sich zu haben.“⁴⁴¹ Die Freude hielt nicht an. 1882 bat Tyszka nochmals um Hilfe, da seine „Stellung am Hofe Ihrer Königlichen Hoheit unhaltbar geworden“ war und er seine Pensionierung anstrebe, jedoch „mit Rücksicht auf seine pekuniäre Lage von der Gnade Seiner Majestät einen Zuschuss zu derselben“ erbitten musste.⁴⁴² Auch für die Egloffsteins aus Arklitten, die, wenn sie sich nicht an der Riviera oder in Wiesbaden befanden, gern gesehene Gäste in Steinort waren, hatten sie für einen entfernten Weimaraner Vetter vermittelt, dass dessen Sohn als Page in die Dienste der Kaiserin treten konnte.⁴⁴³

⁴³⁶ Hutten-Czapski, Bogdan Graf von, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*. Bd. 1, Berlin 1936, S. 42 f.

⁴³⁷ Zum Aufenthalt in Ems ab 10. Juli 1871: Huch, Gaby, *Zwischen Ehrenpfote und Inkognito: preußische Könige auf Reisen*. Quellen zur Repräsentation der Monarchie zwischen 1797 und 1871, 2 Bde, Berlin 2016, Bd. 2, S. 1444 ff.

⁴³⁸ Zum Aufenthalt in Gastein und Baden ab 14. August 1871: Huch, *Zwischen Ehrenpfote und Inkognito*, Bd. 2, S. 1461 ff.

⁴³⁹ GStA PK, VI. HA, FA von Lehndorff. Zum Aufenthalt im Sommer 1875 vgl. *Provinzial-Correspondenz* vom 21. Juli 1875.

⁴⁴⁰ BArch Koblenz, N 1024/38, n. f. (Lehndorff an Herbert von Bismarck, 8. Juli 1881). Im Zusammenhang mit einer von Bismarck geforderten Erklärung wegen Veröffentlichungen zum Arnim-Prozess war Lehndorff von Herbert Bismarck als „sein Anwalt bezeichnet und mit diesem die Sache zu Ende geführt worden“, vgl. den Brief Eulenburgs an Kaiser Wilhelm II., 5. März 1894, in: Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, Bd. 2: *Im Brennpunkt der Regierungskrise 1892–1895*, hrsg. von John C. G. Röhl, Boppard a. Rh. 1976, S. 1240–1242. Siehe auch *Das Tagebuch der Baronin von Spitzemberg*, geb. Freiin von Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreichs, hrsg. von Rudolf Vierhaus, 3. Aufl., Göttingen 1963, S. 77 f., 86, 159 und öfter.

⁴⁴¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 511, Bl. 1–6v.

⁴⁴² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 89–89v.

⁴⁴³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 492, Bl. 5–6v.

Erst in der Zeit der Differenzen zwischen Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck wurde auch das Verhältnis der Lehndorffs zu den Bismarcks einer Belastungsprobe unterzogen. Lehndorff, der zwar als Adjutant von Wilhelm II. übernommen worden war, hatte auf den Kaiser nicht mehr den Einfluss wie auf dessen Vorgänger. Friedrich von Holstein bedauerte, dass es zwischen der konstitutionellen Regierung und dem Kaiser an Vermittlern mangle, „wie das unter Wilhelm I. Wilmowski und Lehndorff waren.“⁴⁴⁴ Die enge Verbindung Lehndorffs zu Wilhelm I. würdigte dessen Enkel beim Tod des langjährigen General-Adjutanten am 25. Mai 1905. Aus Palermo ordnete er die „Anlegung von Trauer zu Ehren des verstorbenen Generals der Kavallerie Grafen von Lehndorff“ an, „der Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater viele Jahre ein vertrauter, treuer Diener gewesen ist“. Die Offiziere des Regiments der Gardes du Corps, „bei dem der Verewigte à la suite stand“, hatten drei Tage Trauer anzulegen und eine Abordnung des Regiments, „bestehend aus dem Regiments-Kommandeur, einem Rittmeister, einem Leutnant“, an der Beisetzung teilzunehmen.⁴⁴⁵

Die Gasteiner Christophoruskapelle

Den Plan, in Gastein eine evangelische Kirche zu erbauen, hatten einige regelmäßig nach Gastein kommende Kurgäste schon 1867 gefasst. Gräfin Lehndorff ermöglichte die Umsetzung, indem sie den Baugrund, ursprünglich zur Villa Solitude gehörend, 1870 unentgeltlich zur Verfügung stellte. Der König hatte sich mit einem Stiftungskapital beteiligt. Staatsminister a. D. Mühlner übernahm die Organisation eines Fonds und beteiligte sich auch finanziell. Laura Heye, Tochter eines Kaufmanns aus Bremen, spendete 5.000 Tlr. und warb weitere Spenden von Privatpersonen und Institutionen wie vom Gustav-Adolph-Verein ein. Dr. Pröll, Kurarzt von Gastein, beteiligte sich als einziger Österreicher an der Stiftung; er war mit seiner Frau, einer Niederländerin, die erste evangelische Familie in Gastein. So standen auf der Habenseite zahlreiche Zuwendungen aus Berlin und Gastein in Höhe von 12.769 Tlr., die geplanten Ausgaben (Baumeister, Bauausführung) beliefen sich auf 9.865 Tlr. In Zusammenarbeit mit den Mühlern ebnete Heye den Weg zum Kaiser, der das Patronat übernahm und der Kirche den Namen Christophoruskapelle gab. Im April 1868 begann die Sprengung der Felsen, am 19. Juli legte Pastor Hävelke aus Danzig den Grundstein. Die Baumeister Ceconi aus Salzburg und Pesciol aus Schladming führten den Bau nach einem von dem Geheimen Oberbaurat Salzenberg aus Berlin entworfenen Plan im neugotischen Stil aus. Den Altar aus erzgebirgischem Serpentin fertigte die Fabrik Warmer in Berlin. Die Fenster stellte das Königliche Institut für Glasmalerei in Berlin her. Die Orgel baute die Firma Mauracher in Salzburg. Schlosser Christ aus Böckstein lieferte die Opferstöcke. Aufgrund des Krieges wurde an der Kapelle noch lange gebaut. Die feierliche Einweihung vollzog der Berliner Garnisonspfarrer Emil Frommel am 6. Juli 1872.⁴⁴⁶ Gemäß dem Wunsch der Stifterinnen Adelheid von Mühlner, geb. Goßler aus Berlin und Laura Heye aus Bremen wurde die Kapelle dem Kaiser und König von Preußen zum Eigentum übertragen und die Besitzrechte am Bezirksgericht in

⁴⁴⁴ Vgl. Philipp Eulenburgs Politische Korrespondenz, Bd. 2, S. 1116–1118 (Philipp Fürst zu Eulenburg an Friedrich von Holstein, 7. Oktober 1893), S. 1458 f. (Friedrich von Holstein an Bernhard von Bülow, 7. Februar 1895).

⁴⁴⁵ Vgl. Armee-Verordnungsblatt, Nr. 101, 1905, in: GStA PK, IV. HA, Rep. 7 Nr. 6733, n. f.

⁴⁴⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320, Bl. 81–82 (Ein- und Ausgaberechnung vom 28. Mai 1880); <https://gastein-im-bild.info/gekirch.html> [25.10.2019].

Hofgastein eingetragen.⁴⁴⁷ Die Verwaltung wurde nach „Marienbader Vorbild“ eingerichtet, das heißt, die Bewahrung der Schlüssel, die Beaufsichtigung der Kapelle und ihres Inventars wurden der Hausbeamtin der Gräfin Lehndorff anvertraut, die auch die Parkanlagen und die Kapelle einzurichten und zu unterhalten hatte.⁴⁴⁸

Im Juni 1878 erhielt die Kapelle einen neuen Pastor. Er sei „am 14. d. M. abends ganz glücklich und wohlbehalten“ angekommen, und sei ein „herzlich freundlicher liebevoller Herr und fühlt sich ganz wohl in Gastein. Vergangenen Sonntag war dann erster Gottesdienst, wo sich trotz des schlechten Wetters viele Herrschaften einfanden“, schrieb die Kastellanin der Solitude, Maria Steinlechner, nach Steinort und freute sich, dass die Gräfin trotz des „schrecklichen Unglück[s], welches den so guten sorgewollen Kaiser getroffen hat“, nach Gastein kommen werde. „Alle Gasteiner bedauern den Kaiser von ganzem Herzen und sind ganz verzagt, dass Seine Majestät nicht nach Gastein kommen.“ Der Landwirt Karl Eduard Nobiling hatte auf den 81-jährigen Wilhelm I. ein Attentat verübt. Der dicke Mantel und die Pickelhaube hatten ihn vor dem Tod bewahrt. Bis zum Herbst hatte er sich erholt, so dass er im September doch noch nach Gastein kam.⁴⁴⁹ Auch 1884 weilte der Kaiser in Gastein. Anna bedachte er mit einem Brief, für den sie sich umgehend bedankte: „Wohl hatte mein ganzes Herz den Aufenthalt Ew. Majestät in dem lieben Gastein verfolgt und im Geist die drückende Sommerglut und den erkälten den Schneefall mit empfunden, aber wie meine heißen Gebete trotz alledem in Erfüllung gegangen, so wolle Gottes Gnade auch fernerhin Ew. Majestät mit Seinen Fittichen decken und vor allem Übel bewahren.“ Sie nutzte diese Gelegenheit, um ihre Freude mitzuteilen, dass Adalbert Falk durch Robert Viktor von Puttkamer im Kultusministerium abgelöst worden war. Der „Bann, der seit Minister Falks Zeiten auf der Schule gelastet, gehoben und den Religionsstunden wieder mehr zu ihrem Rechte, der Bibel zu ihrem ersten Platz in der Volksschule verholfen, und der Katechismus den Kindern wieder unverkürzt zum Eigentume geworden.“⁴⁵⁰ Falks Amtszeit wurde durch den Kulturkampf geprägt. Sein Schulaufsichtsgesetz von 1872 beendete den Einfluss der Kirche auf die Volksschulen.⁴⁵¹ Die Hofpredigerpartei hatte bei Kaiser Wilhelm I. gegen den liberalen Minister agiert mit dem Ziel, den von Falk berufenen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats zu stürzen und Falk zum Abschiedsgesuch zu drängen. Er blieb 1878 zwar noch im Amt, doch als sich Bismarck 1879 der Zentrumspartei näherte, kam Falk seiner Entlassung zuvor.⁴⁵²

Hatte Gräfin Anna zwar gern den Platz für den Kirchenbau gegeben, so war sie nicht bereit, für den Bau eines Schulhauses ebenfalls Land zur Verfügung zu stellen. Der Lehrer Wilhelm Winkler hatte ihr vorgeschlagen, in der Nähe der Solitude, „zwischen den immergrünen Bäumen der Wiese, ein anmutiges Häuschen mit Garten [zu] erbauen, und zwar so, dass auf keine Weise die Aussicht von der Straße und der Solitude auf den Kurort und den Wasserfall Schaden litte.“ Das Gebäude würde „den Kurort nur verschönern“, auch würde „die nackte Wiese“ durch Bäume und Ziersträucher sich „in einen Ziergarten“ verwandeln.⁴⁵³ 1877 unterstützte sie die Gasteiner Schuljugend und bewilligte dem Lehrer 50 Fl. „zur Verschönerung des Gartens“. Nach Meinung der Kastellanin

⁴⁴⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 495, Bl. 1–1v.

⁴⁴⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320, Bl. 4–5v, 16–16v.

⁴⁴⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320, Bl. 44–4. Dessen Brief an Augusta, datiert Gastein, 3. September 1878, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509 b, Bd. 23, Bl. 30–31.

⁴⁵⁰ GStA PK, BPH, Rep. 51 J Nr. 369, n. f.

⁴⁵¹ Zu der von Kultusminister Falk angeordneten Revision der Volksschule: Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, T. 2, S. 4 ff. Zu den Folgen des Sprachen-Erlasses vom 24. Juli 1873 S. 9 ff.

⁴⁵² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 367, Bl. 56–58. Zu den Schulverhältnisse in Masuren siehe den Bericht von Kultusminister Goßler vom 22. April 1885 an das Königliche Provinzial-Schulkollegium über das Ergebnis der Schulvisitationen, in: EZA 7/19141, Bl. 256–258.

⁴⁵³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 48–49v.

sollte es damit „hinlänglich genug sein“, da man „300 Fl. Gemeinde-Umlage bezahlen“ müsste, in welchem „Betrag auch der Schulbeitrag dabei ist.“⁴⁵⁴

Mitten in finanzielle Probleme in Steinort fielen in den 1890er Jahre nicht mehr aufzuschiebende Veränderungen in der Solitude, um mit den zunehmenden Quartierangeboten mithalten zu können, denn die Gästezahl war kontinuierlich rückläufig. Aus dem Bericht Jakob Oberlechners erfahren wir nicht nur, welche baulichen Veränderungen anstanden, sondern auch Details der Ausgestaltung und des ‚Komforts‘. In Zimmer Nr. 11 musste die Bettstellen mit einem „Federeinsatz“ versehen werden, da in „diesem Zimmer noch immer ein Strohsack ist und gewöhnlich von einem Herrn oder Dame zum Schlafen benützt wird.“ Der Preis läge bei 17 Fl. Zudem sei ein Anschluss an eine gemeinsame Wasserleitung der Villenbesitzer „diesseits des Wasserfalls, welche ebenfalls das Mineralwasser vom Rudolf-Stollen nächst dem Badeschloss beziehen“, geplant, um das Badewasser „von der Quelle bis zur Villa Meran in einem großen Rohr herüber“ zu führen. Hier sollte „einem jeden Hause das gebührende Wasser zugeteilt“ werden. Dies wäre für alle Parteien gerecht und „ein großer Nutzen überhaupt für uns, da wir die alten Holzröhren alle wieder zur kalten Wasserleitung sehr notwendig benutzen können, und keine neuen Röhren anzukaufen brauchen.“⁴⁵⁵ Als im Mai 1893 das Gerücht kursierte, Gräfin Lehndorff wolle die Solitude verkaufen, bekundete Hotelier Weismayr, Besitzer des Bade-Schlusses, sofort sein Interesse. Anna verkaufte nicht. Erst 1906 verkaufte ihre Tochter als Erbin das Grundstück an Viktor Sedlacek, der hier ein Grand Hotel errichtete.⁴⁵⁶

Steinort im 18. Jahrhundert

Bis zur Übergabe Steinorts an die nachrückende Generation führte Maria Eleonora von Lehndorff das Gut, schloss Verträge mit Arbeitskräften, Handwerkern und Pächtern der Vorwerke mit Umsicht und Sachverstand. Die königlichen Reskripte, die ihr von den Amtskammern zugestellt wurden und die neben den Steinortschen Gütern, der Kirche und den Schulen auch das Erstellen einer „Vasallentabelle“ und verschiedenster „Atteste“, die Verfolgung von „Contraventionen“, das Armenwesen, das Einziehen von Soldaten, Wegebauten, den Handel und eine Vielzahl weiterer Themen betrafen, waren umzusetzen.⁴⁵⁷ Regelmäßig bemühte sie sich um die Einbringung ausstehender Zinszahlungen und Schulden.⁴⁵⁸ Dass sie als Tochter der begüterten Familie von Dönhoff eine große Mitgift eingebracht hatte, ließ ihr einen finanziellen Spielraum auch nach dem Tod ihres Mannes und dem Bau des neuen Gutshauses.⁴⁵⁹

In Ermangelung von Vergleichszahlen können die Einkünfte aus den Gütern am Beginn des 19. Jahrhunderts nicht bewertet werden. 1719 standen den Einnahmen aus den „beständigen Gefällen“ von Kittlitz, Labab, Pristanien, Stawken, Stawisken, Stobben, Serwillen und Taberlack in Höhe von 998 Rtlr. 20 Gr. und den „unbeständigen Gefällen“ der „Haus-und Garten-Wirte“ in Groß Steinort sowie aus dem Kopf- und Hornschoss der „bei

⁴⁵⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320, Bl. 38–39.

⁴⁵⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 320, Bl. 68–69.

⁴⁵⁶ Vgl. Zimburg, Heinrich, 50 Jahre Grand Hotel de l'Europe Bad Gastein, St. Johann im Pongau 1959.

⁴⁵⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, u. a. Nr. 588 für die Jahre 1722 ff.

⁴⁵⁸ Zahlreiche Verträge sind in Leipzig und Berlin überliefert.

⁴⁵⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 25 (Ehevertrag). Bei der Erbteilung 1724 betrug die Debit-Schulden 1.723 Tlr. 7 Gr. 12 D.

Groß Steinort wohnenden Leute und dem Hof-Gesinde“ in Höhe von 36 Rtlr. 75 Gr. sowie aus den Arrenden in Höhe von 3.614 Rtlr. 31 Gr. 9 D., eine Summe von 4.649 Rtlr. 36 Gr. 9 D., Ausgaben in Höhe von 182 Rtlr. 68 Gr. 11 D. für die „Waldwärter“, das Hospital in Rosengarten, die an die Königliche Kreis- und Domänenkasse zu leistenden Steuern und Abgaben und zur Bezahlung der „Bedienung“ gegenüber. Somit verblieb ein Überschuss von 4.466 Rtlr. 38 Gr. 16 D.⁴⁶⁰

Die Vorwerke hatten sich neben dem gutsherlichen Hof zum Mittelpunkt des ländlichen Wirtschaftslebens entwickelt. Die Dörfer waren klein und hatten nur wenige Häuser, die sich historisch gewachsen Hof an Hof reiheten. Herren- und Bauernland lagen in Gemengelage in der Flur, die Schläge oder Ackerparzellen fanden sich neben- oder durcheinander. Den Hauptanteil der Bevölkerung bildeten Bauern und Kossäten, die hinteren Stuben der Bauernhäuser wurden an Losleute, Hirten und Handwerker vermietet.⁴⁶¹ Die Größe der Bauerngüter schwankte zwischen $\frac{1}{2}$ und 2 kulmischen Hufen (8 $\frac{1}{2}$ –34 ha), die in Dreifelderwirtschaft bestellt wurden. Die Hauptwinterfrucht war Roggen, später kam Weizen hinzu. An Roggen säte man 18–25 Scheffel, an Hafer 15–20, an Gerste 7–10 und Erbsen $\frac{1}{2}$ –2 Scheffel aus. Bohnen, Raps, Lein, Hanf und Rübensamen kamen ebenfalls zur Aussaat. Kartoffeln begannen erst allmählich heimisch zu werden. Der Obstanbau in sogenannten Obst- oder Küchengärten, der 1729 per Edikt angeordnet worden war,⁴⁶² reichte über die Eigenversorgung kaum hinaus. Das „lebende Inventar“ bestand üblicherweise in 4 Arbeitspferden, 2 Arbeitsochsen, einer Kuh, 2 Schafen und einem Schwein. Am Anfang des 18. Jahrhunderts hielt man in den Steinorter Dörfern auch Ziegen und Federvieh (Hühner und Gänse).⁴⁶³ Die hohe Zahl von Arbeitstieren erklärt sich aus den zu leistenden Spanndiensten für die Herrschaft. Die Pferde gehörten zur zottigen masurisch-polnischen Rasse, die bei jedem Wetter im Freien bleiben konnte. Das Vieh wurde vom 23. April (Georgi) bis 25. November (Katharinä) vom Dorfhirten auf der gemeinsamen Weide gehütet, der pro Hufe einen Scheffel Roggen und Naturalien erhielt, Wohnung gaben die Bauern im jährlichen Wechsel. Arbeitsgeräte waren die sogenannten Puffwagen, 2 Eggen, 1 bis 2 Rechen, 1 bis 2 beschlagene Schlitten. Eisernes Gerät war in Form von Forken, Äxten und Sensen gebräuchlich. Der Wert des lebenden und toten Inventars lag durchschnittlich bei 50 Tlr., stieg bis Anfang des 19. Jahrhunderts auf 75 Tlr., also um 50 % aufgrund steigender Preise, insbesondere für Kühe und Pferde. An menschlicher Arbeitskraft für die Bewirtschaftung des Gutes kamen der Bauer und seine Familie in Frage; nach deren Zahl richtete sich die Gesindehaltung, Knecht, Magd, ggf. auch Dienstjungen. Bauernknechte wurden mit durchschnittlich 10–11 Tlr. entlohnt, Mägde mit 4–5 Tlr., Dienstjungen mit 3 $\frac{1}{2}$ Tlr. Arbeitskräfteknappheit trieb die Gesindelöhne in die Höhe.

Die Bauern differenzierten sich nach ihren Belastungen nach Scharwerks- und Zinsbauern. Erstere befanden sich in schlechteren Besitzverhältnissen, was in der Regulierung eine Rolle spielen sollte. Beide hatten Hand- und Spanndienste für den Gutsherrn zu leisten. In landwirtschaftlichen Hochzeiten waren Spanndienste durchaus bis zu drei Mal in der Woche zu leisten, so dass die eigene Wirtschaft litt. Im Winter kamen Getreidefuhren nach Königsberg als Umschlagplatz für den Getreidehandel hinzu, die bei damaligen Wegeverhältnissen 4 bis 8 Tage

⁴⁶⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 338.

⁴⁶¹ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 8.

⁴⁶² Am 19. Mai 1729 hatte der König ein Edikt wegen der Pflanzung von Weiden und Obstbäumen erlassen. Da es nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, wurde es am 26. Mai 1736 erneuert, vgl. Mylius, Christian Otto, Corpus Constitutionum Marchicarum ..., V. Teil, 3. Abtlg., 2. Kapitel, Nr. XXXVI.

⁴⁶³ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 9 (nach Tribukeits Chronik).

Zeit in Anspruch nehmen konnten, sowie das Schlagen und Anfahren von Brenn- und Bauholz, das zu den besonders schweren Belastungen der Bauern gehörte. Spanndienste waren mit 4 Pferden, oder 2 Pferden und 2 Ochsen zu leisten, zudem waren 2 Personen zu stellen. Pflugdienste wurden mit 2 Tieren und einer Person geleistet. Die Naturalabgaben konnten 1 bis 2 Gänse, 2 Hühner, ½ Schock Eier, 1–4 Scheffel Roggen, Gerste oder Hafer, 1–1 ½ Maß Schwadengrütz, einige Bund Stroh, Pilze, Hirsegrütze, Erdbeeren, Flachs und Garn umfassen. Bei den Zinsbauern waren die Naturallieferungen ähnlich, der Zins lag bis zur Mitte der 1790er Jahre zwischen 10 und 14 Tlr., geringer waren die Hand- und Spanndienste. Zwischen beiden standen die als „Hochzinsler“ bezeichneten Bauern, die sich 1741 für Pristanien nachweisen lassen (Martin Eisermann).⁴⁶⁴

Von den staatlichen Abgaben war nur die Kontribution im Vergleich mit den Leistungen an den Gutsherrn von Bedeutung. Sie lag im Durchschnitt bei 5 Tlr. 30 Gr. Der Zehnt von den bäuerlichen Hufen betrug 20 Gr., an Kallende entrichtete jeder Bauer je 1/23 Scheffel Roggen, Gerste und Hafer an den Pfarrer, je ¼ Scheffel an den Schulbedienten. Für die Armen waren pro Hufe einige Metzen Getreide, später auch Kartoffeln zu entrichten. Die übrigen Steuern waren unerheblich. Bedeutender waren die Hand- und Spanndienste, die die Bauern bei Reparaturen und Neubauten von kirchlichen und Schulgebäuden zu leisten hatten.⁴⁶⁵

Umwandlung des Lehnsbesitzes

Beim Regierungsantritt König Friedrich Wilhelms I. war der Wohlstand der Provinz Preußen auf einem absoluten Tiefpunkt angekommen. Die Pestjahre 1709/10 hatten vor allem im südlichen und östlichen Teil furchtbar gewütet.⁴⁶⁶ Hunderte von Dörfern und Ansiedlungen waren völlig verödet. In Johannisburg soll „die Stadt von Menschen so entleert worden [sein], dass der Markt ganz mit Gras bewachsen war.“⁴⁶⁷ Um sich von den Verhältnissen insbesondere in Masuren und Litauen einen Überblick zu verschaffen, unternahm der König zehn Reisen in die Provinz. Schon die erste, die Huldigungsreise im August 1714, hatte ihn über Pr. Holland, Heiligenbeil, Schippenbeil, Gerdauen, durch Litauen bis Memel und von dort über die Kurische Nehrung, Kranzkrug und Laptau nach Kleinheyde, das damals dem General-Feldmarschall Burggrafen Alexander zu Dohna, dem früheren Erzieher des Königs gehörte, geführt. Nach der Revue wurde die Reise nach Königsberg fortgesetzt. Während der Reise kam der König mit den Eliten des ostpreußischen Adels in Berührung: Bei der Einholung hatten ihn die Grafen Alexander und Christoph zu Dohna in der Kutsche begleitet, Kanzler von Ostau hatte die Ansprache an die Stände gehalten, der Landratsdirektor und Hauptmann von Brandenburg Sigismund von Wallenrodt im Namen der Stände geantwortet, Albrecht Christoph zu Dohna hatte für die Studenten gesprochen. Nachdem der Monarch in Königsberg an den Sitzungen der Amtskammer, der Preußischen Regierung und der Kriegs- und Admiraltätskammer teilgenommen hatte, trat er die Rückreise über Pillau, Balga, Braunsberg, Schlobitten und Danzig nach Berlin an. Schon die nächste Reise 1718 diente der Inspektion des Erreichten in Litauen. 1721 und

⁴⁶⁴ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 12. Berechnung des von den Bauern in den Steinortschen Gütern zu leistenden Scharwerks in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 520; Abrechnung mit Martin Eisermann ebd., Nr. 747 (1740/41).

⁴⁶⁵ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 15 f.

⁴⁶⁶ Zu Notständen und Pest: Toeppen, Geschichte Masurens, S. 293 ff. 1739 blieb der Kreis wohl auch wegen getroffener Sicherheitsmaßnahmen verschont, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 464 (Reskript vom 9. Februar 1739).

⁴⁶⁷ Vgl. Pisanski, Georg Christoph, Collectanea zu einer Beschreibung der Stadt Johannisburg in Preußen (1748), zit. nach: Toeppen, Geschichte Masurens, S. 295.

1739 besuchte er Masuren.⁴⁶⁸ In den folgenden Jahren wurden die Fortschritte des „Retablisements“ in der Provinz inspiziert, wobei ihm in Fragen des landwirtschaftlichen Betriebes und bei Ansetzung der Kolonisten Fürst Leopold von Anhalt-Dessau, der auch ein „erfahrener Ackermann und gewiefter Geschäftsmann“ war, der sich „auf das Rechnen vortrefflich verstand“, beratend zur Seite stand.⁴⁶⁹

Für seine eigenen königlichen Domänen „in Litauen und in den Polnischen Ämtern“ hatte der König angeordnet, dass überall die „teutsche Wirtschaft eingeführt“ werden solle, wie sie im Magdeburgischen und Halberstädtischen bereits betrieben wurde. Darunter verstand man eine technisch modernere Wirtschaftsweise, zum Beispiel den Einsatz von Eisenpflügen statt der im östlichen Preußen üblichen Holzpflüge, das dreimalige Pflügen in breiteren Feldstreifen und eine bessere Düngung. Gegen die zäh an alten Gewohnheiten festhaltenden Bauern war das ein schweres Unterfangen. Zur Umsetzung der neuen Methoden sollten „so viel teutsche Leute nach Litauen gesandt werden, als sich nur angehen“. „Untüchtige Wirte“ sollten nur „zu Hirten und Hausleuten oder Kossäten gebraucht“ oder „an die Regimenter abgegeben werden.“⁴⁷⁰ Für den adligen Lehnsbesitz hatte der König die Allodifizierung, also die Umwandlung der Lehnen in privates Eigentum gegen Zahlung des sogenannten Lehns-Kanons vorgesehen. In einem Gutachten hatte Graf Waldburg erklärt, dass die Preußische Regierung stets das Recht gehabt habe, im Namen der Landesherrschaft Privilegien oder Konfirmationen im königlichen Namen auszugeben. Alle kölmischen, freien und die meisten adligen Rechte würden aus Ordenszeiten stammen und seien wegen ihres Alters und da der „Orden mit Blut und Schwert der Adligen, Kölmer und Freien das Land erobert, für die stärksten und wohlgegründetsten im Lande gehalten worden“. Wie in anderen Provinzen möge der König auch in Preußen „Lehnsfehler pardonieren und die, welche 50 Jahre in ruhigem Besitz sind, in demselben schützen.“ Anderenfalls sei zu fürchten, dass viele das Land verlassen, damit würde auch die beabsichtigte Einführung des Lehns-Kanon auf Probleme stoßen. Auch sei die Ritterschaft nicht in der Lage, die Kosten für die Bestätigung der Privilegien aufzubringen. Der König schrieb auf den Rand der Eingabe Waldburgs: „was Passieret ist werde nit scharff exa[minieren] mit meine wasalle ich woll sie conserviret haben und will sie aufheffen gegen Ihren willen.“⁴⁷¹ Im Februar 1721 formuliert er aber zugleich die Stoßrichtung gegen den landsässigen Adel: „Wer der ein wirdt ist mus wirtschafthen in alle landen. Ich will Preussen tractiren als wenn ich es von

⁴⁶⁸ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 296 f.

⁴⁶⁹ Vgl. den Vortrag des Oberlehrers Iwanowius über die „Reisen König Friedrich Wilhelms I. und des Kronprinzen Friedrich“, in: Sitzungsberichte des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen 4 (1900), S. 115–118 (Sitzung vom 29. Mai 1899), Fortsetzung S. 126–130 (Sitzung vom 14. Mai 1900). Siehe auch Terven, Fritz, Das Retablisement König Friedrich Wilhelms in Preußisch-Litauen von 1714 bis 1740, <http://www.zfo-online.de/index.php/zf/article/download/5036/4778> [28.10.2019].

⁴⁷⁰ Kabinettsordre vom 1. Mai 1724, zit. nach: Bömelburg, Hans-Jürgen, Landesherrliche und dezentral-ständische Reformen – zwei Modernisierungspfade im Preußenland des 18. Jahrhunderts, in: Weber, Matthias (Hrsg.), Preußen in Ostmitteleuropa. Geschichte und Geschichtsverständnis, München 2003, S. 93–112, hier S. 102. Auch andersnationale Bevölkerung wie polnische und litauische Kolonisten sollten von den Ansiedlungsvorhaben ausgegrenzt werden, „weile sie doch nicht Stich hielten“; man könne sie jedoch zu „Haus-Leuthe“ machen, damit man die Kinder im Land behält, ebd., S. 103. Angesichts der beunruhigenden Desertationen der Untertanen nach Polen 1738 fühlte sich der König bestätigt. Er habe längst gesagt, „dass die Litauer nichts nutze sind. Dahero das beste ist, dass ihr diese Leute, insonderheit die Römisch-Katholischen, da weg nehmet und mitten im Lande wieder ansetzet, hingegen gute teutsche protestantische Bauern an jener Stelle in den Grenzörtern hinsetzet“, zit. nach: Bömelburg, Reformen, S. 103, Anm. 31.

⁴⁷¹ Zit. nach: Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert, Bd. 3, bearb. von Gustav Schmoller, Berlin 1901, S. 285–288 (Patent wegen Aufhebung der alten Privilegien und Koncessionen, 21. Januar 1721; Erlass vom 22. März 1721 an die Preußische Regierung).

feinde eropert hette da Keine Verfassung ist die soll Neu gemachet werden.“⁴⁷² In der Folge traten die Stände seit 1714 bis 1786 nicht mehr zusammen und waren „auf den Rang lokaler Petitionsversammlungen zurückgeworfen.“⁴⁷³ Damit wurde das Königreich Preußen ein Jahrzehnt nach der Königskrönung zum „Schauplatz einer durchgreifenden landesherrlichen Modernisierung von oben, die eine völlige Ausschaltung der Stände durchsetzte sowie eine administrative Zentralisierung und wirtschaftliche Modernisierung intendierte.“⁴⁷⁴

1717 hatten sich alle Rittergutsbesitzer Ostpreußens zur Vorbereitung der Allodifikation zu erklären.⁴⁷⁵ Bis auf eine finanzielle Abgabe als Äquivalent für die frühere Verpflichtung zur Bereitstellung von Ritterpferden für den Waffendienst beim Lehnsherren, nun das „Kavalleriegeld“ für die berittenen Truppenteile des landesherrlichen Heeres (das auch die Bauern zu entrichten hatten), blieben die Gutsherren von allen Steuern und Lasten befreit. Mit dieser Regelung schuf Friedrich Wilhelm I. dem grundbesitzenden Adel eine sichere ökonomische Basis, band ihn aber zugleich durch die gewährten Privilegien an das monarchische Herrschaftssystem und bereitete den Boden vor, dass sie zu Stützen und Trägern des preußischen Staates werden konnten. Trotzdem blieben auch unter diesen privilegierten Umständen die Gutswirtschaften von Verschuldungen nicht verschont. Die Beschwerden gegen eine Erhöhung der festgesetzten Geldabgaben anstelle der Ritterdienste ließen nicht lange auf sich warten und fanden ihren Niederschlag in den Berichten der Regierung in Königsberg an den Geheimen Rat.

Die Lehndorffs, deren Lehen Steinort auf 200.000 Rtlr. geschätzt war, hatten sich nicht direkt verweigert, eine höhere Geldabgabe zu entrichten, aber nachdrücklich ihre Hoffnung geäußert, der König werde nicht nur ihre „uralten wohlhergebrachten Privilegiis“ bestätigen, sondern es bei dem, „was bishero zu Dero Revenuen meine Güter jährlich beigetragen, und solches noch ferner unermüdet tun will, allernädigst lassen“. Die Schreiben trugen die Unterschrift von Maria Eleonora von Lehndorff.⁴⁷⁶ Erstmals im Dezember 1722 und fortan Mitte Juni hatten alle adligen Vasallen und alle, die im Besitz adliger Güter waren, eine Tabelle einzusenden, damit der König einen Überblick bekam, „wie viel in Unserem Königreich Preußen wohnende von Adel und übrige Einsassen, so adlige Güter besitzen“, vorhanden seien. Zu erfassen waren der Name des Vasallen, dessen Güter, Alter, „was derselbe bedient“ – also dessen Ämter – wo er sich aufhält, die Größe der Familie (Söhne und Töchter), das Alter der Söhne, deren Aufenthaltsort und Amt.⁴⁷⁷

Den Abschluss der Assekuration in Ostpreußen zum 18. Dezember 1732, mit dem alle Güter für Allodial- oder Erbgüter erklärt und die darauf haftenden Lehnsverbindung mit allen Lasten und Verpflichtungen aufgehoben wurden, erlebte Maria Eleonora nicht mehr. Sie verstarb am 12. April 1723 in Steinort. 1718 hatte sie Gutsbesitz und Gutsverwaltung an ihre Söhne übergeben; deren „Domestiken“ teilten beide Brüder am 24. April 1724 unter sich auf,⁴⁷⁸ bevor Pristanien, Stawken und Serwillen am 21. November 1725 für 53.000 Tlr. in den alleinigen

⁴⁷² Zit. nach: Acta Borussica, Bd. 3, S. 296 (Marginalie zu den Verhandlungen der Kommission für die Reform des Preußischen Kammerwesens, 28. Januar bis 3. März 1721).

⁴⁷³ Vgl. Bömelburg, Landesherrliche und dezentral-ständische Reformen, S. 100. Siehe auch Neugebauer, Wolfgang, Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus, Stuttgart 1992. S. 65–85 („ständische Latenz“).

⁴⁷⁴ Vgl. Bömelburg, Landesherrliche und dezentral-ständische Reformen, S. 98 ff.

⁴⁷⁵ Zur Aufhebung des Obereigentums des Lehnsherren infolge des Edikts vom 5. Januar und zur Resolution vom 24. Februar 1717 gegen eine Geldabgabe: Conrad, Agrarstatistische Untersuchungen, S. 833 f. Siehe auch Wagner, Truntlack, Bd. 1, S. 290–294.

⁴⁷⁶ GStA PK, I. HA GR, Rep. 66, Nr. 54, Bl. 4–4v (9. März 1717). Vgl. Loewe, Victor, Die Allodifikation der Lehen unter Friedrich Wilhelm I., in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 11 (1898), S. 341–374.

⁴⁷⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 588 (Reskript vom 6. Oktober 1722; Kanitz an Gräfin Lehndorff, 21. November 1722). In Abwesenheit seines Bruders kam Gerhard Ernst von Lehndorff der Aufforderung am 27. Oktober 1722 nach.

⁴⁷⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 317 (1718), Nr. 2 (1724).

Besitz von Ernst Ahasverus erb- und eigentümlich übergangen.⁴⁷⁹ Künftig hatte der Besitzer von Steinort wie alle anderen adligen Gutsbesitzer einen festgesetzten Erbzins zu entrichten.⁴⁸⁰ Alle Vorzüge und Freiheiten wie das hohe und niedere Gericht, die hohe und niedere Jagd innerhalb der Gutsgrenzen, Brauerei und Branntweinbrennerei für sich und die Gutsleute, Fischerei innerhalb der Gutsgrenzen, Befreiung von allem Scharwerk, Befreiung von der Kopf-Akzise und anderen Abgaben, außer denen, welche bei Einrichtung des General-Huben-Schosses oder der Kontribution des Allodifikations-Kanons und Regulierung der Ritterdienstgelder auferlegt worden waren und was für Kirchen und Schulen gemäß der Landesordnung zu leisten war, wurden den Familien belassen. Burgdienste, Mühlen-, Pass- und Vorspannführen, Kriegsführen etc., die zur Sicherheit und zum Besten des Landes nötig waren, waren nicht betroffen. Auch die Lehnsherrschaft, das heißt, das Recht der Erbfolge nicht berührt, auch die Verbindlichkeit der Agnaten blieb in Kraft. Beides wurde in der Königlichen Lehns-Konstitution 1738 näher bestimmt.

Übernahme der Güter durch Ernst Ahasverus Graf von Lehndorff

Ernst Ahasverus von Lehndorff (1688–1727) wurde nach dem Tod seine Mutter Maria Eleonora der neue Besitzer von Steinort.⁴⁸¹ Sein Bruder, der 1686 geborene Gerhard Ernst, wurde nach seiner Militärzeit als hessischer Generalmajor Amtshauptmann zu Lötzen. Er verstarb unverheiratet 1741. Ernst Ahasvers Lebensgeschichte ist kurz. Er wurde 1688 im Königsberger Schloss geboren.⁴⁸² Seine Bildung verdankte er neben seiner Mutter einer französischen Hauslehrerin und verschiedenen Hofmeistern aus Westfalen und Holstein. Seine religiöse Bildung erhielt er durch den reformierten Prediger Cochius in Königsberg. Zwischen 1696 und 1698 wurde er durch den Hofgerichtsadvokaten David Götsche in Königsberg unterrichtet.⁴⁸³ Er verließ Steinort 1707 für eine Reise nach Italien auf der er Rom, Neapel, Siena, Florenz, Bologna, Genua, Mantua und Alexandria besuchte. Seine anschließende Militärkarriere begann durch Protektion des Grafen Dönhoff beim Dohnaschen Regiment, dann war er Oberstleutnant beim Gräflich Finckensteinschen Regiment zu Fuß. 1718 ging er mit Maria Louisa von Wallenrodt (1697–1775) aus der angesehenen Adels- und Gelehrtenfamilie von Wallenrodt die Ehe ein.⁴⁸⁴ Zur Zahlung der Lehnsgebühr für den am 7. Oktober 1724 geborenen Sohn Gerhard Ernst musste er durch die Amtskammer gemahnt werden; sie war Voraussetzung dafür, dass auch der Zweitgeborene in das Lehnsbuch eingetragen werden konnte, und notwendige Voraussetzung im Fall einer eintretenden Erbfolge.⁴⁸⁵ Möglicherweise verwendete sich sein Schwager Dönhoff dafür, dass die Stelle des Amtshauptmanns zu Memel mit Lehndorff besetzt wurde, dem fortan auch die Finanzrevision des Armenhospitals und die gemeinsame Verwaltung der Städte

⁴⁷⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 6.

⁴⁸⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 588 (Schreiben der Amtskammer Barten, 30. Mai 1733).

⁴⁸¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 2 (Erbvergleich), Nr. 399 (Erteilung).

⁴⁸² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 478, Bl. 72–22 (Aufzeichnung meines Lebenslaufes, welches den 26. Oktober Anno 1706 angefangen in Steinort). Vgl. ebd., Nr. 134 (Lebenslauf, verfasst von Anna von Lehndorff in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts); biografische Notizen auch in Nr. 476 (1705–1709), Nr. 477 (April–Mai 1715). Siehe auch StA L, Zentralstelle für Genealogie, Bestand 21942, Sammlung Leichenpredigten, Nr. A 5388.

⁴⁸³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 2 (Quittung über 300 Tlr. Honorar, 7. Februar 1697).

⁴⁸⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 28 (Ehevertrag).

⁴⁸⁵ GStA PK, XX. HA EM 88 e, Nr. 24, Bl. 1–1v (1. November 1725).

Friedrichstadt und Altstadt unterstand.⁴⁸⁶ Da er aber zugleich als Obristleutnant beim Finckensteinschen Regiment stand, konnte er den Pflichten des Amtes nicht ordentlich nachkommen. Der König forderte ihn deshalb auf, einen Vertreter für das Amt zu benennen, was sich als kompliziert herausstellen sollte, da niemand die Verwaltung übernehmen konnte oder wollte, zumal auch die Frage von dessen Unterbringung Probleme bereite.⁴⁸⁷

Über die Verwaltung der Steinortschen Güter in diesen Jahren neben einem Memorial über die in der Gutswirtschaft auszuführenden Arbeiten wenig überliefert. Demnach war während Lehndorffs Abwesenheit die Wirtschaft im Rosengartenschen Krug nebst Bier und Branntweinschank zu besorgen, „fleißig Rohr (zu) schneiden“, auf den Wiesen im Lababschen Sommerfeld sollte Heu gemacht und nach Steinort gebracht werden, der Teich in Kittlitz war zu säubern, Reparaturen an Häusern in Labab und Stobben auszuführen, ein neuer Wintergarten sollte angelegt und von Brettschneidern Dielen zugeschnitten werden. Mit dem Burggrafen war wegen der Postfuhren zu verhandeln, denn einen eigenen „Postreiter“ hatten die Steinorter Güter erst in den 1730er Jahren oder sogar erst später. Der in Bartenstein liegende Weizen war zu verschiffen, Rechnungen der Verwalter anzunehmen und Lieferungen zu berechnen. Die bei den Pferden stehenden Soldaten waren zu entlohnen, neue Mastochsen anzuschaffen etc.⁴⁸⁸ Wie von Maria Louisa von Lehndorff geschlossene Arbeitsverträge zeigen, kümmerte sie sich sehr früh um die Belange Steinorts.

Die nichtgezahlte Lehnsgebühr weist auf finanzielle Probleme hin, mit denen die Lehndorffs am Beginn des 18. Jahrhunderts zu kämpfen hatten. Während des Ersten Nordischen Krieges zwischen Schweden und Polen hatte Steinort 1652 die hier einquartierten Truppen des Generalwachtmeisters Georg von Derfflinger versorgen müssen.⁴⁸⁹ War man zwar von kriegerischen Ereignissen verschont geblieben, hatte man doch Kriegssteuern und Einquartierungen zu tragen gehabt. Die Bittgesuche an die Oberratskammer nahmen kein Ende und es bestand Grund zur Annahme, dass die polnischen Sympathien in Preußen zunehmen könnten, sobald Polen, nicht aber der Kurfürst von der Last des Schwedenkrieges befreit wäre. Den Tatareneinfällen war 1709/10 die von Polen sich ausbreitende Pest gefolgt, die sich auch durch eine Grenzsperrre nicht hatte eindämmen lassen.⁴⁹⁰ Am 2. Januar 1710 berichteten der preußische Kammerpräsident Schlieben und der Kammermeister Döppler aus Wehlau, wohin sich die Preußische Regierung und die Amtskammer vor der Pest geflüchtet hatten, über die Not und Unordnung, in die das Land geraten war.⁴⁹¹ Dass daran auch das eigennützige Verhalten vieler Beamten nicht unschuldig war, konnte der König im Bericht der Steuer-Advocaten Lau am 16. September 1710 nachlesen.⁴⁹² Die Kontributionsabgaben, die nach der Hufenzahl bemessen wurden und die sandigen Böden Ostpreußens nicht berücksichtigten, verstärkten die wirtschaftliche Not. Viele Einwohner auf den Steinortschen Gütern konnten die

⁴⁸⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 46.

⁴⁸⁷ GStA PK, XX. HA EM 98 b Nr. 2, Bl. 138–138v (4. April 1720).

⁴⁸⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 875 (12. September 1724); XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 747 (Postreiter Deuerkauff).

⁴⁸⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 616. Siehe auch Opgenoorth, Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens, Teil II/2, S. 85 ff.

⁴⁹⁰ Vgl. Das Pestjahr 1709–10 in Preußen. Ein Gegenstück zum Cholerajahr, in: Altpreußische Monatsschrift 21 (1884), S. 485–507.

⁴⁹¹ Vgl. Acta Borussica. Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert, Die Behördenorganisation, Bd. 1, bearb. von Gustav von Schmoller, Berlin 1894, S. 94–102.

⁴⁹² GStA PK, XX. HA, EM 4a, Nr. 64, Bl. 1224–1360.

Zahlungen an die Herrschaft nicht leisten und türmten hohe Schulden auf.⁴⁹³ Andere flohen über die naheliegende polnische Grenze, was sich angesichts der schlechten Lage der Landbevölkerung in der Adelsrepublik kaum als hilfreich erwies.

Gegen die Folgen von Krieg und Pest: Retablisement und Steuern

Nach dem Abklingen der Pest bot König Friedrich I. mit dem Patent vom 20. September 1711 allen Untertanen, aber auch Fremden aus den Nachbarländern an, sich zu günstigen Steuerkonditionen in Preußen niederzulassen. Im 2. Kolonisations-Patent vom 8. November 1712 wurde den Zuzüglern zusätzlich versichert, dass sie bei Nicht-Gefallen Preußen wieder verlassen dürften. Friedrich Wilhelm I. setzte die Retablisements-Bemühungen seines Vaters fort. Der Staatshaushalt sollte durch Sparsamkeit auf der Ausgabenseite und Steigerung der Staatseinkünfte mittels aktiver Siedlungspolitik konsolidiert werden. Die leere Staatskasse bremste jedoch bald den Zustrom nach Preußen. Nach dem Reskript vom 28. April 1713 durften nur noch Ackerleute nach Preußen geschickt werden, die sich dort mit eigenem Geld etablieren wollten und konnten. Zugleich vollzog sich eine „Binnenwanderung“ aus den von der Pest weniger betroffenen Gebieten Ostpreußens.⁴⁹⁴ Drei Monate nach seiner Huldigungsreise durch Ostpreußen⁴⁹⁵ gab der König mit Patent vom 7. Dezember 1714 bekannt, dass noch wüste Bauernhöfe in Ostpreußen von deutschen Bauern besetzt werden können. Ihnen wurde zugesichert, dass sie „in keine Leibeigenschaft, wo sie solche nicht selbst verlangen, gesetzt werden“ und das angenommene Gut auf die Kinder vererben könnten. Noch im Juni 1718 waren viele Stellen unbesetzt. Der König besserte die Konditionen für die Neusiedler nach, die nun neun Steuer-Freijahre genießen sollten, wenn sie die Reise- und Ansetzungskosten selbst aufbrächten. Die persönliche Freiheit gestand der König auch seinen Amtsuntertanen zu, jedoch war diese durch das Fortbestehen der Schollenpflichtigkeit und des Dienstzwanges eingeschränkt. Die Verkürzung der Scharwerksdienste⁴⁹⁶, die Einführung des „teutschen Pflugs“ statt der bisher üblichen „preußischen Zochen“ und die Bestellung der Felder in größeren Einheiten waren weitere Eckpunkte zur Verbesserung der Lage in Ostpreußen, zu der auch die ab 1718 begonnene Reformierung des Kirchen- und Schulwesens beitragen sollte. Angesichts der dafür jährlich aufgewendeten 600.000 Tlr. klagte der König: „Preußen ruiniert mich total, das frisst mich auf.“⁴⁹⁷

⁴⁹³ Namensliste von Schuldnern 1738 in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 751.

⁴⁹⁴ Vgl. Wank, Besiedlung, S. 2; Toeppen, Geschichte Masurens S. 310 ff.

⁴⁹⁵ Friedrich Wilhelm II. kam bei seiner Reise von Berlin nach Königsberg über Marienwerder, Preußisch Holland, Mohrungen, Liebstadt, Preußisch Eylau, Angerburg und Gumbinnen, vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 354.

⁴⁹⁶ Nachdem die Möglichkeit, Scharwerksdienste durch Geld abzulösen, aus Mangel an Dienstpersonal nicht erfolgreich umzusetzen war, ordnete der König am 24. März 1722 an, dass ein Bauer nicht mehr als 48 Tage pro Jahr zum Scharwerk herangezogen werden dürfte, vgl. Wank, Besiedlung, S. 7. 1785 erfragte die Kammer die Umsetzung: „Wegen des Verhältnisses des Scharwerksdienstes ist hier schon die Anfrage gewesen, aber nur ganz oben hin, im Litauischen Departement, war die Anfrage, ob wegen des Scharwerksdienstes zwischen der Herrschaft und den Untertanen Streitigkeiten obgewaltet und worinnen solche bestehen? Ist mit nein beantwortet. Im Königsbergschen Departement wegen Serwillen war die Anfrage zwar etwas weitläufiger, doch aber auch nicht viel gründlicher, und es scheint, als ob diese Sache hier überhaupt nicht mit der gehörigen Genauigkeit betrieben werden wird. Bei Serwillen habe angezeigt, dass die Wirte bestimmte Dienste haben.“ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 382, Bl. 39–40v.

⁴⁹⁷ Zit. nach: Groeben, Klaus von der, Das Land Ostpreußen. Selbsterhaltung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung 1750 bis 1945, Kiel 1993, S. 15.

Viele Zuwanderer, die nach Ostpreußen kamen, siedelten sich in der Gegend um Königsberg an. Nach dem Potsdamer Einladungsedikt (29. Oktober 1685) hatten sich hier über 500 französische reformierte Glaubensflüchtlinge niedergelassen; 1713 erfolgten Zuzüge aus Sachsen, 1724 aus Nassau, Oldenburg, der Pfalz, Württemberg und dem Halberstädtischen; die meisten Zuwanderer kamen nach 1732 aus dem Salzburgischen. Die Einwanderung kam vor allem dem Norden Ostpreußens zugute, wo Preußisch-Litauen entstand. Nach Masuren kamen vorwiegend evangelische Polen. Nur wenige Salzburger ließen sich im masurischen Gebiet nieder.⁴⁹⁸ Bei der „Peuplierung“ wurde nicht nach Sprache und Herkunft gefragt. Die Untertanen sollten nur ihrem neuen Landesherrn loyal gegenüberstehen. Die Assimilierung in den preußischen Staat verlief bis in das 19. Jahrhundert relativ problemlos. So formulierte der Insterburger Wilhelm Jordan in der Frankfurter Nationalversammlung 1848: „Die Engländer, Schotten und Iren bilden alle zusammen eine Nation. Sie fassen sich zusammen zur britischen Nation, und mit demselben Rechte können wir sagen: Alle, welche Deutschland bewohnen, sind Deutsche, wenn sie auch nicht Deutsche von Geburt und Sprache sind.“⁴⁹⁹ Erst mit der Reichsgründung und der Politisierung der Nationalitäten sollte das Nationalitätenproblem zutage treten.

Die Salzburger

Alexander Graf von Dönhoff hatte 1732 24 salzburgische Familien als Kolonisten in Beynuhnen aufgenommen. Sie sollten frei von Einquartierung, Werbung, Leibeigenschaft, Dienst und Scharwerk sein, durften frei Brot backen, Bier brauen, schlachten, Fischfang und Bienenhaltung treiben, auch der freie Verkauf sollte ihnen zustehen. In ihren Teilungen sollten sie ebenso uneingeschränkt sein wie in der Wahl eines Handwerks. Mit Schoss und Landeskontributionen sollten sie nicht anders als andere Untertanen belegt werden. Falls die Herrschaft den königlichen Schoss zahle, so sollten sie von jedem Morgen 3 Tlr. Zins zahlen, sonst nur $\frac{1}{2}$, 15 von der Hube. Sollte nach Jahren zwischen ihnen und der Herrschaft kein Vergleich zustande kommen, so sollte ihnen ihr Besitz bezahlt werden, sie selbst mit ihren Gütern, Kindern und Gesinde hinziehen dürfen, wo sie wollen.⁵⁰⁰ Ernst Ahasverus von Lehndorff war durch die Verwaltung der Amtshauptmannstelle wohl zu beschäftigt, um sich um solche Fragen zu kümmern. Doch die königlichen Reskripte, die sich auf die Salzburger bezogen, wurden auch in Steinort archiviert. Erst mit der Fortsetzung der Ansiedlungspolitik in der Regierungszeit König Friedrichs II. wurde auf den Steinortschen Gütern der Salzburger Simon Wiemar als Waldhüter in der Drengfurther Heide beschäftigt und 1751/52 wurde mit dem aus Salzburg gebürtigen Christian Meyer ein Pachtvertrag über das Vorwerk Pristanien geschlossen. Wahrscheinlich bewirtschaftete er das Vorwerk sogar bis 1760; erst in diesem Jahr wurde ein neuer Vertrag geschlossen.⁵⁰¹

⁴⁹⁸ Vgl. Bömelburg, Reformierte, S. 210–239. Zur Neubesiedlung des südlichen Ostpreußen: Wank, Besiedlung, S. 5–17. Zur Unzufriedenheit der Kolonisten, die entgegen dem Ansiedlungspatent später doch zu Scharwerksdiensten herangezogen wurden, u. a. beim Domhardtischen Kanalprojekt, mit dem eine Wasserstraße von den masurischen Seen nach Königsberg geschaffen werden sollte, vgl. Skalweit, August, König Friedrich der Große und die Verwaltung Masurens. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Regierung zu Allenstein, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 21 (1908), S. 139–173, hier S. 165–169. Das Patent zur Verhütung der Desertion der angesetzten Kolonisten in Preußen, 22. Oktober 1723, in: GStA PK, XX. HA EM 4 u, Nr. 5 g, Bl. 612–613v.

⁴⁹⁹ Zit. nach: Hubatsch, Masuren und Preußisch Litauen, T. 1, S. 644 f.

⁵⁰⁰ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 17.

⁵⁰¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 447 (1742–1746), Nr. 768 (Pachtvertrag)

Der Generalhufenschoss

Zu den Bemühungen zur Förderung des Landes gehörte neben der „Peuplierung“ die Reform der Verwaltung unter Zurückdrängung der bisherigen Ständeversammlung. Die neu gegründete „Deutsche Kammer“ zu Königsberg und die „Litauische Kammer“ zu Tilsit wurden direkt dem Generalfinanzdirektorium in Berlin unterstellt und dem ständischen Einfluss entzogen.⁵⁰² Karl Heinrich Erbtruchsess Graf zu Waldburg unterstützte die Pläne des Königs. Im Oktober 1714 berichtete er über die Ursachen der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Ostpreußens und die anhaltende Landflucht. Waldburgs Vorstellungen über die Erfassung und Bewertung des ländlichen Grundbesitzes und der Erträge wurden vom König gebilligt, der den Grafen zum Präsidenten der Hufenschoss-Kommission ernannte und am 12. April 1715 beauftragte, den Generalhufenschoss, den wichtigsten Teil der Steuerreform, zuerst im Amt Brandenburg auf den adligen und kölmischen Gütern einzuführen.⁵⁰³ Als sich dagegen der Widerstand des ostpreußischen Adels regte, soll der König dagegen gehalten haben: „Ich ruiniere die Junkers ihre Autorität und stabilere die Souveränität wie einen Rocher von Bronze.“⁵⁰⁴

Der Kommission mussten alle Besitzdokumente vorgelegt und mehr als 30 Fragen nach Aussaat, Erträgen, Viehstand und Personal beantwortet werden. Die Grundstücke wurden hinsichtlich der Bodenqualität begutachtet. Diese „Spezialprotokolle“ dienten der späteren Steuerberechnung.⁵⁰⁵ Nach Abschluss der Arbeiten im Amt Brandenburg stand fest, dass der größte Teil der adligen Güter mit ertragreicheren Böden künftig höhere Abgaben zu leisten hatte, während die Besitzer der minderwertigeren Böden steuerlich zu entlasten waren. Noch einmal versuchten die Stände das Reformwerk unter Verweis auf ihren Ruin durch höhere Steuern zu kippen. Der König entschied, dass vom eingerichteten Generalhufenschoss nur in Einzelfällen und von ihm persönlich Abweichungen zugelassen werden würden, die Kommission hatte ihre Arbeit in den anderen Ämtern fortzusetzen. Die damit verbundene Erfassung der wüsten Hufen bildete die Grundlage für die weitere Wiederbesiedlung Ostpreußens.⁵⁰⁶ So verdienstvoll die Arbeit war, die Belastung durch den 1715 eingeführten Generalhufenschoss erwies sich für Masuren, das überwiegend schlechte Böden hatte, zu hoch. Dazu kam, dass danach auch spätere Abgaben wie die Fouragelieferungen für die Kavallerieregimenter und die Beiträge zum Graudenzer Festungsbau bemessen wurden.⁵⁰⁷ 1719 wurde ein Protokoll über den Generalhufenschoss erstellt. Nach einem Schema wurde ämterweise die Wirtschaftsweise der einzelnen Landesteile aufgenommen, die Adligen, Kölmer und Freie wurden mit ihrem Besitz und ihrer Steuerfähigkeit in Listen verzeichnet.

Für die Steinortschen Gütern ist nicht nachweisbar, dass man das Eingehen von Bauern- oder Kossätenhöfen in Kauf nahm, um deren Äcker den Gütern oder Vorwerken einzuverleihen. Sofern solche Vorhaben dem König

⁵⁰² Vgl. Skalweit, König Friedrich der Große und die Verwaltung Masurens, S. 139–173.

⁵⁰³ Vgl. Susat, Else, Die Einführung des Generalhufenschosses in Ostpreußen durch Karl Heinrich Erbtruchseß Graf zu Waldburg (1715–19), in: Altpreußische Monatsschrift 59 (1922), S. 63–104. Siehe auch Wagner, Truntlack, Bd. 1, S. 287 f.

⁵⁰⁴ Zit. nach: Hintze, Otto, Die Hohenzollern und der Adel, in: Ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3, Göttingen 1967, S. 30–55, hier S. 41. Wie aus dem „widerspenstigen Adel“ im 18. Jahrhunderts die „staatstragende Schicht in Preußen“ wurde, indem er den „Geist des ständischen Separatismus“ ablegte und eine spezifische Loyalität gegenüber dem preußischen Staat und dem König als oberstem militärischen Befehlshaber entwickelte, beschreibt: Schissler, Junker, S. 93 ff. Im Gegenzug blieben die Gutswirtschaft, das Offizierskorps und das staatliche Beamtentum bis in das 19. Jahrhundert unangetastete adlige „Hauptbastionen“.

⁵⁰⁵ Vgl. Wank, Besiedlung, S. 4. Die Protokolle in: GStA PK, XX. HA EM 23 c, Nr. 8 (1716–1789).

⁵⁰⁶ Vgl. Wank, Besiedlung, S. 4.

⁵⁰⁷ Vgl. Skalweit, Verwaltung Masurens, S. 158. Die Folge waren verlassene und wüste Hufen und die Abwanderung zahlreicher Familien nach Polen.

bekannt wurden, wurden sie untersagt. So durfte der auf dem adeligen Gut Zatzkowen 6 Hufen besitzende „Freisasse Michael Vogel“ im April 1751 diese nicht an die verwitwete Leutnantin von Pelkowski verkaufen.⁵⁰⁸ Dass es auf den ostpreußischen Gütern aber durchaus solche Formen des „Bauernlegens“ gab, die nicht nur den „Peuplierungs“-Bestrebungen des Königs zuwiderliefen, sondern auch den kontributions- und militärpflichtigen Bauernstand dezimierten, zeigt das Edikt vom 12. August 1749, in dem der König den adeligen Gutsbesitzern ebenso wie den Pächtern königlicher Ämter unter Androhung von 100 Dukaten Geldstrafe verbot, Bauern- und Kossätenhöfe eingehen zu lassen.⁵⁰⁹ Vorangegangen war im April 1749 ein Edikt an die Amtshauptleute, binnen vierzehn Tagen alle auf dem Lande wohnenden Personen von „Adel mit ihren Familien und Domestiken“ zu ermitteln, die Soldaten waren separat auszuweisen. Auch die Beamten und alle „anderen auf dem Lande Wohnenden, als Verwalter, Priester und Küster“, waren separat aufzunehmen.⁵¹⁰ Im August 1750 wurde ein weiteres „Schema“ zur Erfassung der auf den adeligen Gütern vorhandenen Bauern- und Kossätenhöfe und der unbesetzten Hufen entworfen, das erst nach einer Änderung im Folgejahr an die Amtskammern verschickt werden konnte.⁵¹¹ Einen Erfolg hatte erst die Ordre vom 16. Juni 1750 an die Kriegs- und Domänenkammer Königsberg, dass künftig pro Jahr mindestens 300 wüste Hufen durch neue Wirte zu besetzen seien. Auch die adeligen Gutsbesitzer hatten Nachweise über die „auf wüsten Stellern etablierten Kolonisten und Untertanen“ an die Kriegs- und Domänenkammern abzuliefern, die diese an das Generaldirektorium einsandten.⁵¹²

Nach den im Geheimen Staatsarchiv überlieferten Abschriften der am 17. März 1750 eingesandten Tabelle lebten 1748 in dem 33 Huben großen Dorf und auf dem Vorwerk Serwillen im Hauptamt Barten 61 Personen, darunter 7 Bauern, 1 Müller, 1 Instmann resp. Gärtner, 1 Fischer, 1 Unterförster, 10 Weiber, 1 Witwe, die einem Hof vorstand, 5 „große Söhne“, 2 „große Töchter“, mehrere jüngere Söhne und Töchter, 3 Knechte und 8 Mägde. 1 Sohn befand sich bei den Soldaten. Diese hatten an Kontributionen und „übrigen Krieges Praestandis“ 83 Rtlr. jährlich zu leisten. Bis zur Einsendung des Formulars am 10. Mai 1751 waren der „Arrendator Herr von Kuchmeister“ und ein Hirte dazugekommen. Schon 1740 waren zwei unbesetzte Hufen in Stobben an Michael Schiemann aus Labab vergeben worden, Joreck Jascheck „alias Kalmuck“, bisher Gärtner auf Labab, hatte die Stelle des entlaufenen Michael Masuch in Serwillen erhalten, Jan Mitzka, Gärtner aus Klein Steinort, war auf dem Erbe des Motzarski in Stawisken angesetzt worden. Kruschinski aus Taberlack war auf eine wüste Stelle in Rosengarten gesetzt worden und ein anderer Masuch hatte den Hof des Vaters in Taberlack übernommen.⁵¹³ Nach der Tabelle für die im Hauptamt Angerburg liegenden Besitzungen, Hof Steinort, die Dörfer Stobben und

⁵⁰⁸ GStA PK, XX. HA EM 4 u, Nr. 12, Bd. 2, Bl. 44.

⁵⁰⁹ Das Edikt vom 12. August 1749 in: GStA PK, XX. HA EM 4 u, Nr. 12, Bd. 2, Bl. 8–9v. Vgl. auch das Edikt an Minister von Rohde, 14. Juli 1755, in: Stadelmann, Preußens Könige und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 2, S. 325 (Vorschriften über die Anzahl etablierter Edelleute und Bauern in Ostpreußen).

⁵¹⁰ GStA PK, XX. HA EM 88 e, Nr. 19, n. f. (Edikt vom 28. März 1749; das an die Hauptämter übermittelte Schema ebd.); XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 588 (Reskript vom 14. April 1749).

⁵¹¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 588 (Reskript vom 3. Februar 1750). Die Amtskammer reichte die Aufforderung am 8. Mai 1750 mit einer Frist von 14 Tagen weiter.

⁵¹² Vgl. Wank, Besiedlung, S. 10 f. Siehe auch das Schreiben des Hauptamts Barten, 5. Dezember 1750, in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 588. Demnach waren die Vasallen-Tabellen und die „Tabelle vom Zustand des platten Landes“ bis zum Januar einzusenden. Für das Versäumnis wurde eine Strafe von 50 Rtlr. bzw. jeweils 10 Rtlr. angedroht. Die Tabellen ebd., Nr. 687.

⁵¹³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 703. Siehe auch Vogel, Kurt, Amt Barten. Orte, Wohnplätze und ihre Einwohner 1774–1819. Zusammengestellt nach den Präsentationstabellen des Domänen-Amtes Barten, Hamburg 1980.

Kittlitz, Dorf und Vorwerk Taberlack, Dorf und Vorwerk Stawisken, Dorf und Vorwerk Labab, Dorf und Vorwerk Pristanien, Dorf und Vorwerk Stawken und das Vorwerk Klein Steinort, lebten 1748 im „adeligen Hof zu Steinort“ die Gräfin Lehndorff mit 2 großen Söhnen, die sich im Dienst des Königs befanden, und 3 vermählten Töchtern, ein Verwalter, 1 Krüger, 2 Handwerker, 2 Instleute und Gärtner, ein Hirte, ein Schulmeister, 4 Weiber, 16 Kinder, 6 Knechte, 8 Mägde. Die zu leistenden Kontributionen betragen 55 Rtlr. 15 Gr. 1 D. Die Gesamtzahl der Einwohner von Stobben betrug 106, von Kittlitz 36, von Taberlack 98, von Stawisken 78, von Labab 87, von Pristanien 78, von Stawken 45 und von Klein Steinort 9.⁵¹⁴

Maria Louisa von Lehndorff als Gutsherrin von Steinort

Die finanziellen Probleme, die sich zu Lebzeiten Ernst Ahasverus von Lehndorffs abgezeichnet hatten, wurden nach dessen frühem Tod 1727 gravierend. Mithilfe ihres Vermögensverwalters David Hoyer verschafft sich die Witwe einen Überblick über die Finanzen, der ernüchternd ausfiel.⁵¹⁵ Am 26. August 1727 begann Maria Louisa ein Verzeichnis der täglichen Ausgaben und Einnahmen, um das Leben der Familie zu bestreiten. Wie in einem Kassenbuch verzeichnete sie wiederkehrende Ausgaben wie die Löhne für den Rektor aus Rosengarten, die Magd, den Koch, den Kutscher, den Prediger Franck, den Arzt Zerbach, die zu zahlenden Kontributionen für Serwillen, Taberlack, Steinort und Rosengarten und Zahlungen an den „Fiscal“; dazu kamen zusätzliche Zahlungen an die Bediensteten. Weitere Ausgaben betrafen Getreidezukäufe und Viehankäufe für die Vorwerke, Eintragungen über entrichtetes Porto, Zeitungen, den Kauf von Bibeln, Handwerkerarbeiten, Dinge des täglichen Lebens. Der Kirchhofzaun in Rosengarten war zu reparieren, im Torhaus im November ein Ofen zu setzen, im März wurde das Gewächshaus verglast,⁵¹⁶ im August waren die Fenster der Kirche in Doben zu ersetzen. Anscheinend wurden aber auch Porträts in Auftrag gegeben. Es erstaunt nicht, dass Aufträge an Schneider, Maler, Leinweber, Töpfer, Schuster etc., sofern das Handwerk nicht auf den Gütern ausgeübt wurde, ausschließlich regional vergeben wurden. Auch Dinge, die nicht selbst produziert wurden, wie Stoffe, Nägel, Papier, Leder, Lebensmittel wurden soweit möglich regional bezogen.⁵¹⁷

Die an verschiedene Gerichtsschreiber und an den Konsistorialrat Kirschkopf in Königsberg für die Ausfertigung von Urkunden und für ein Inventarverzeichnis für Steinort zu entrichtenden Beträge weisen auf ein weiteres Problem hin: die Nachlassregulierung mit den Erben.⁵¹⁸ Um allen finanziellen Pflichten nachzukommen, war Maria Louisa von Lehndorff 1737 anscheinend gezwungen, die drei erst 1726 erworbenen Hufen Wald im Pentlackschen Forst zu verkaufen und offene Schulden einzutreiben.⁵¹⁹

Den Vorschlag der verwitweten Gräfin, den Amtshauptmann zu Rhein Ludwig Gustav von Foller und den Landkammerrat Samuel Waga als Vormünder für die noch unmündigen Kinder zu bestimmen, lehnte der König

⁵¹⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 687.

⁵¹⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 652.

⁵¹⁶ Treib- oder Gewächshäuser kamen gerade erst in Mode, vgl. die Beschreibung für Dönhoffstädt in: Sophie Schwerin, S. 47.

⁵¹⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 312. Siehe auch Bauverträge, Kostenanschläge und Rechnungen in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 48 und 49 (1736 ff.) sowie Abrechnungen mit Handwerkern aus den Steinortschen Gütern (Töpfer, Tabakspinner, Schneider, Zimmermann, Glaser, Brettschneider) in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 747 (1731 ff.).

⁵¹⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 307 (Erbteilung), Nr. 9 (Teilung der Güter Laserkeim, Landkeim, Groß Uhden).

⁵¹⁹ Die Akten hierzu in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 72, 464 (Verkauf), 236, 237 (Schulden).

zuerst ab, da der erste „zu weit entlegen“, der andere „mit Königlichen Amtsgeschäften zu tun“ habe, stimmte aber dann doch zu und betraute beide am 11. November 1727 mit der Vormundschaft. Foller wurde auf eigenen Wunsch zwei Jahre später von seinem Auftrag entbunden. Zuvor hatte sich Graf Dönhoff mit Bitte um Unterstützung an ihn gewandt, da die Gräfin ihm einen Untertanen namens Lorck entzogen habe und ihr „immerwährendes unfreundliches Bezeigen gegen mein Haus“ ihn davon abhalte, selbst tätig zu werden. Auch Waga wurde im selben Jahr von seiner Aufgabe entbunden. An seine Stelle trat Maria Louisas Schwager Gerhard Ernst von Lehndorff.⁵²⁰ Der Vorschlag der Gräfin, als zweiten Vormund den Tribunalsrat von Grabowski zu bestimmen, kollidierte mit dem Landrecht. 1729 wurde der Kriegs- und Domänenrat Johann Daniel Casseburg als zweiter Vormund bestellt.⁵²¹ Nochmals geschah 1735 ein Wechsel, als Baron von Hoverbeck an die Stelle des Grafen von Lehndorff trat, da dieser seine Schwägerin beschuldigt hatte, mit dem Erbe der unmündigen Kinder nicht sorgfältig umzugehen.⁵²² Grund für die Auseinandersetzungen mit Graf Dönhoff und ihrem Schwager Lehndorff war anscheinend der gegen die Grafen von Dönhoff von Maria Louisa geführte Prozess um das Erbe des 1734 verstorbenen Boguslaw Ernst von Dönhoff, der heute sechs Aktenbände füllt. Sie hatte sich sogar an den König gewandt, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Erst im 19. Jahrhundert kam der Prozess zu einem für die Lehndorffs unerfreulichen Ende. Ob Maria Louisa das mütterliche Erbe die Führung des Prozesses über mehrere Jahre ermöglicht hatte, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen.⁵²³

Ob die Gräfin Lehndorff unter diesen Bedingungen die Ankunft des Kronprinzen im Herbst 1735 in der Provinz wahrgenommen hat, der seinen Vater auf der Reise nach Preußen vertrat?⁵²⁴ Obwohl es eines seiner schönsten Länder sei, befände es sich noch immer in miserabler Ordnung, so die Ansicht des Königs. Der Kronprinz sollte die Regimenter inspizieren, die Ökonomie und Lebensart examinieren und sich persönlich überzeugen, woran es mangle. Von dieser Aufgabe wenig angetan, hatte er an seine Schwester Wilhelmine geschrieben: „Die Reise dorthin ist ein wenig ehrenvoller als nach Sibirien, aber nicht viel.“⁵²⁵ Die ersten Stationen waren Marienwerder, Mohrunen, Liebstadt, Bartenstein, Rastenburg, Angerburg und Gumbinnen. Von hier aus ging es in die litauischen Ämter. Besichtigt wurden die auf den Domänen neu erbauten Vorwerke und die neuen Städte Stalupönen, Darkehmen und Pillkallen. Da der König für seine Domänen die „Einführung der deutschen Wirtschaft nach magdeburgischer Art“ angeordnet hatte, sollte der Kronprinz die Umsetzung kontrollieren, stellte aber fest: „Trotz des angedrohten Galgens im Falle der Missachtung des königlichen Willens aber war der preußische Bauer schwer zu bewegen, sich an Stelle der herkömmlichen schmalen Rücken breite Beete anzulegen.“ Die fast durchgängigen Regenfälle von Mitte Juni bis August hatten zudem zu Missernten geführt, Brot und Saatkorn fehlten. Am 4. Oktober nahm der Kronprinz deshalb an der Sitzung der litauischen Deputation teil. Er ordnete

⁵²⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 235 (14. Oktober 1727, 11. November 1727).

⁵²¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 235.

⁵²² GStA PK, XX. HA EM 61 d, Nr. 320 (Graf von Lehndorff vs. verw. Gräfin von Lehndorff in Schuldsachen, 1734).

⁵²³ GStA PK, XX. HA EM 61 f, Nr. 279, Bl. 3–3v. Die Akten in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 341 ff. und XX. HA EM 61 f, Nr. 110 (verw. Gräfin Lehndorff vs. verw. Oberburggräfin Dönhoff wegen der Dönhoffschen Erbschaft, 1746–1750).

⁵²⁴ Zu dieser Reise: Toeppen, Geschichte Masurens, S. 453. Weitere Reisen Friedrich Wilhelms (IV.) als Kronprinz fanden 1838 und 1839 statt, auch nach seiner Thronbesteigung kam er häufig nach Masuren (1842, 1845, 1852, 1854), ebd., S. 454 f. und Huch, Zwischen Ehrenpforte und Inkognito, passim. Nachdem 1844 die Reiseroute wegen der „grundlosen Wege“ geändert werden musste, befahl der König im Folgejahr die Chausseebauten und die Kanalisierung der masurischen Seen in Angriff zu nehmen. 1856 fuhr das Dampfschiff „Masovia“ erstmals bis nach Angerburg. Umfangreiche Meliorationsarbeiten begannen in der Mitte der 1840er Jahr, Toeppen, Geschichte Masurens, S. 455 ff.

⁵²⁵ Zit. nach: Sitzungsberichte des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen 4 (1900), S. 126–130.

an, dass die Bauern das notwendige Getreide erhalten sollten, da „des Königs Untertanen nicht krepieren dürfen“; ihnen sollte „Justiz“ widerfahren, um sie durch „vernünftigen Umgang zu einem besseren Betragen“ zu bewegen. Hierbei sollte auch das Schulwesen helfen. Immer müsse man daran denken, dass man durch Schwächung der Untertanen auch die Revenuen des Landesherrn schmälere. Die nächsten Stationen waren Ragnit, Tilsit, Insterburg, Wehlau und Königsberg, wo sich der Polenkönig Stanislaus Leszczyński aufhielt, dem Friedrich Wilhelm I. Asyl in Preußen gewährte. In Königsberg wurden mit der Kriegs- und Domänenkammer in langen Sitzungen Etatsfragen, Fragen des landwirtschaftlichen Betriebes und des Schulbaus erörtert. Die Kaufmannschaft hatte ihre Klagen über den zusammengebrochenen Handel in einem Memorial zusammengefasst. In einem aus Insterburg an Voltaire gerichteten Brief setzte der Kronprinz seinem Vater als „Wiederhersteller Litauens“ ein Denkmal.⁵²⁶

Für Steinort scheinen die Reisen des Königs und des Kronprinzen keinen wirtschaftlichen Nutzen gebracht zu haben. Die finanzielle Lage war auch in der Mitte des 18. Jahrhunderts angespannt. Noch 1752 berichtet der Geheime Finanzrat Schmalz anlässlich seines Besuch in den polnischen Ämtern über wüste Höfe und die Armseeligkeit des Landes, dessen Untertanen „der Zins nebst denen übrigen Landes-Oneribus und was sonst zu Befriedigung der Geistlichen und Schulbedienten, auch Bezahlung des Gesindelohns alljährlich erfordert wird, aufzubringen sehr schwer fällt.“⁵²⁷

Das Leben der Untertanen

Durch Karl Böhme, der um 1900 die Gutsarchive zu Angerapp und Steinort auswertete, sind zahlreiche Zahlen überliefert. Zumindest ein Teil dieser Akten aus Steinort scheint überliefert zu sein, wie eine Inventarliste über Unterlagen, die in der Gutswirtschaft ab 1717 geführt wurden, bestätigt.⁵²⁸

Böhme stellte fest, dass die Abgaben alle Bauern gleichmäßig trafen, nur zeitweise fanden sich zwei bis drei sogenannte Freibauern, die kein Scharwerk leisten mussten und 20 bis 33 Tlr. Zins zahlten. Zeitpacht scheint vorherrschend gewesen zu sein, vor allem auf drei Jahre abgeschlossene Pachtkontrakte. Die Anzahl der Frondienste wurde nicht in Tagen angegeben. 1787 hatten die 90 Bauern der acht Dörfer 176 ½ Scheffel Weizen, 1.311 ½ Scheffel Roggen, 250 Scheffel Gerste, 288 ½ Scheffel Erbsen, 1.065 Scheffel Hafer, 104 1/3 Scheffel Leinsaat ausgesät. Es gab 362 Arbeitskräfte, 417 Pferde, 179 Ochsen, an Nutzvieh 155 Kühe.⁵²⁹

Zum Dorf gehörten auch die Handwerker: Schmiede, Schneider, Schuster, Rademacher, Tischler, Zimmerleute. Die Meister leisteten 20 Gr. Zehnt, die Gesellen 6, jedes Kind 3. Mangelte es nicht an Arbeit, war die Lage

⁵²⁶ Vgl. Sitzungsberichte des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen 4 (1900), S. 126–130 (hier auch die Zitate).

⁵²⁷ Skalweit, Verwaltung Masurens, S. 160. Die beschlossene Änderung, einige Ämter nur mit ¼ der bisher zu zahlenden Kontributionen in Ansatz zu bringen, war unzureichend, ebd., S. 161.

⁵²⁸ Einnahmen und Ausgaben, Erträge und Bestände von Steinort und den Vorwerken und Viehbestandslisten lassen sich ab 1717 nachweisen, eine erste Auflistung der Steinorter Güter mit detaillierten Angaben über Flächengröße, Arbeitskräfte, Viehbestände und Erträge stammt aus dem Jahr 1771, Pachteinahmen der Vorwerke sind für 1780/81 überliefert in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 264, 265, 267 (intus die erwähnte Inventarliste), 270. Der Bestand an Vieh und Getreide wurde auch anlässlich von Erbteilungen wie 1724 erfasst. Demnach gab es in Steinort 4 Pferde, 8 Kühe, denen (polnische) Namen gegeben waren, 40 Stück Jungvieh, 30 Schweine, 84 Schafe, sowie Vorräte an Getreide und Erbsen, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 2.

⁵²⁹ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 22 f.

der Dorfhandwerker auskömmlich. Sie besaßen 3 Morgen Ackerland, 150 Quadratrußen Garten, 1–2 Kühe, 3 Schafe, 3 Schweine, häufig auch 2 Pferde. Zimmergesellen verdienten u. a. einen Tagelohn von 42–45 Gr., Handlanger erhielten 15–18 Gr.⁵³⁰ Die Krüger waren überwiegend zugleich Bauern, zahlten statt der Dienste einen höheren Zins und für den Krug 4 bis 8 Tlr. Hoch scheinen die Kontributionen und der Domänenzins gewesen zu sein. Zwei dem Grafen Lehndorff gehörende Krüge mit 3 bzw. 2 Hufen Land zahlten 1791 42 bzw. 34 Tlr. Bier- und Branntwein waren aus der gutsherrlichen Brauerei und Brennerei zu beziehen und auch ein Mindestquantum häufig festgesetzt. Die meisten Mühlen waren ebenfalls verpachtet. Der Zins schwankte und lag mit 200 bis 250 Tlr. über den bäuerlichen Zinsen. 1730 zahlte der Müller zu Steinort jedoch nur 18 Tlr. Die Vorwerke und die Brauereien und Brennereien hatten freies Mahlwerk. Ebenso bestand allgemeiner Mühlenzwang. An Mahlgeldern wurden für Beuteln eines Scheffels Roggen oder Gerste 6 Gr. erhoben, für das Schrot 5 Gr., von den Angehörigen des Gutes 4 und 3 Gr. Zum Mühlengrundstück gehörten 2 Hufen Land. Der Müller war ein freier Mann, der auch Gesinde hielt.

Wie viele Losleute es in Steinort gab, ist nach Böhme offen. Mit den Instleuten der Vorwerke hielt sich die Anzahl mit den Bauern wahrscheinlich das Gleichgewicht. Sie bestellten die Gutsäcker und arbeiteten auf den Gütern, Vorwerken und in den Wäldern gegen Tagelohn. Land besaßen sie in der Regel nicht und sie wohnten bei den Bauern. Erst mit der Umwandlung der Scharwerksbauern in Zinsbauern wurden sie eine Art „Ersatz“ und erhielten in einigen Gutsherrschaften 3 Morgen Land. Bis 1713 waren die Bauern zum täglichen Scharwerk mit drei Personen verpflichtet, dagegen scheint kein Zins gezahlt worden zu sein. Jeder Bauer hatte 6 Scheffel im Winter- und im Sommerfeld zu bestellen und die Einbringung der Ernte zu übernehmen. Das Land war für 3 Scheffel vom Dünger des herrschaftlichen oder, falls derselbe nicht ausreichte, von dem des bäuerlichen Viehs zu bemisten. Während der Heuernte wurden 4 Scharwerkstage verlangt und an 2 Tagen pro Woche war eine Magd zu stellen. Zwei Achtel Holz mussten gesetzt und angefahren, 6 Tage gerodet, 2 Königsberger Reisen geleistet werden. Dazu kamen Hilfsdienste zur Fischerei. An Naturalien wurden 2 Gänse, 2 Hühner, 1 Stof Schwadengrütz, 1 Stof Himbeeren, ½ Schock Eier und eine Flachslieferung gefordert. Klagen über die Belastung führten 1713 dazu, dass in Steinort die Bauern auf Zins gesetzt wurden, die Höhe betrug durchschnittlich 30–33 Gulden.

Viehsterben und Missernten, wie sie nach 1744 verstärkt auftraten, führten zur Zahlungsunfähigkeit zahlreicher Bauern auf den Gütern. Der „Abgang von Wirten“ in Pristanien und Stobben muss so nachhaltig gewesen sein, dass er sogar die Amtskasse milde stimmte, die der Gräfin Lehndorff die Zahlung von fast 40 Rtlrn. erließ.⁵³¹ Aufgrund der Missernten wurde am 25. November 1745 verboten, aus Ostpreußen Getreide auszuführen

⁵³⁰ Diese und die folgenden Angaben nach: Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 23 ff.

⁵³¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 907 (10. Juni 1745). Der Präsident der Königsberger Kammer von Lesgewang hatte über die Zustände 1744 berichtet, der König ihm aber erwidert: „Es sind solches Sachen, so von Gott und der Natur bald hier und da verhängt werden und also mit Fermenté und Gelassenheit ertragen werden müssen.“ 1746 wiederholte Lesgewang seine Klage, aber erst, als die garnisierenden Offiziere über den Notstand berichteten, gab er am 18. Mai 1746 dem Kammerdirektor Kellner den Befehl, „sogleich in die sogenannten polnischen Ämter zu gehen und den Zustand der dortigen Untertanen genau und gründlich zu untersuchen“, dem dieser nur unwillig nachkam. Am 27. Juni 1746 erhielt Keller seine Entlassung, Minister Blumenthal wurde im Oktober beauftragt, im Frühjahr nach Ostpreußen zu reisen, um das „dortige Konfusionswerk“ zu untersuchen und die Ordnung wiederherzustellen. Die Misere war chronisch: minderwertiger Boden, ungünstiges Klima und schlechte Agrikultur begünstigten Missernten, vgl. Skalweit, Verwaltung Masurens, S. 150 ff.; Stadelmann, Preußens Könige und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 2, S. 268 (Kabinettsordre an Kellner, 18. Mai 1746).

oder aus inländischem Getreide Branntwein zu brennen.⁵³² Am 16. Dezember wurde das Ausfuhrverbot auf Erbsen erweitert.⁵³³ 1749 wurde aus dem Amt Ortelsburg berichtet, „dass die allermeisten Untertanen, welche noch Huben besitzen, in solchem armseligen Stande seien, dass sie weder den jährlichen Zins richtig zahlen, Brot- und Saatgetreide bis zu gehöriger Zeit aufbehalten, noch das Feld vollkommen und zeitig, damit kein Misswuchs entstehen möge, besäen können, denn auch das notdürftige Angespann und Gesindevolk zu Bestellung ihrer Wirtschaft haben, weshalb E. K. M. in einem Amte mehr denn auf 1, 2 bis 3.000 Rtlr. an Remission jährlich gebe.“⁵³⁴

Als der König 1750 für neue Notzeiten in das Königsberger Kornmagazin Getreide einlagern ließ, wurden auch die Lehndorffs dazu aufgefordert. 37 1/2 Gr. per Scheffel war der Preis, der pro Wispel gezahlt wurde; dazu hatte der Lieferant „auf jeden Wispel à 24 Scheffel ein Scheffel Übermaß“ zu liefern. Ob die Lehndorffs auf das Angebot eingingen, geht aus der Akte nicht hervor.⁵³⁵ Erst an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert verbesserte sich die wirtschaftliche Lage. Die Preise für Agrarprodukte, insbesondere für Getreide hatten sich verdoppelt. Angesichts der verbesserten finanziellen Lage drängten die Bauern nun auf Ablösung ihrer Dienste. Der grundbesitzende Adel befürwortete diese Veränderung, da der lange befürchtete Mangel an Arbeitskräften angesichts der Verdoppelung der Einwohnerzahl Ostpreußens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht eingetreten war, und man sich von Lohnarbeitern eine intensivere Arbeitsleistung als von unwilligen Scharwerksbauern erhoffte. Auch würde das durch Ablösung der Scharwerksdienste reduzierte Gesinde als Landarbeiter den Gutshöfen zur Verfügung stehen.⁵³⁶

Auf den königlichen Domänen in Ost- und Westpreußen war schon vor 1806 die Erbuntertänigkeit (Schollenpflichtigkeit) aufgehoben worden und die Entlastung von den Scharwerksdiensten gegen Zahlung eines Dienstgeldes erfolgt. Das Edikt vom 9. Oktober 1807 „den erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landarbeiter betreffend“, hatte die Leibeigenschaft offiziell zum Martinitag (11. November) 1810 aufgehoben. Dienstleistungen und Abgaben blieben jedoch bis zum Regulierungsedikt fortbestehen. Eine Reformgesetzgebung mit der persönlichen Befreiung der Bauern, die ihnen das volle Eigentumsrecht an ihrer Scholle und eine Ablösung der Dienste gewährt hätte, wäre einer Enteignung der adligen Grundbesitzer gleichgekommen. Soweit wollten die Reformer auch in Anbetracht der möglichen staatlichen und wirtschaftlichen Folgen nicht gehen.⁵³⁷ Die nach dem Dreißigjährigen Krieg verschärften Gesindezwangsdienste wurden entschärft, Gesindeordnungen bestanden aber bis 1918 weiter.

Nach Koselleck endeten die „Agrarreformen des aufgeklärten Absolutismus [...] an den Grenzen der Adels-herrschaften.“⁵³⁸ Nachdem das preußische Landrecht 1794 die Leibeigenschaft für unzulässig erklärt hatte, waren Veränderungen nur zögerlich in Gang gekommen. Man hatte nur an Einsicht und guten Willen appellieren

⁵³² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 588. Am 6. Dezember wurde es von der Amtskammer der Gräfin Lehndorff zugefertigt. Das Verbot wurde am 10. Oktober 1746 aufgehoben, Getreide durfte jedoch weiter nicht außer Landes verkauft werden, ebd., Nr. 587 (Edikt vom 2. Oktober 1746).

⁵³³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 588.

⁵³⁴ Vgl. Skalweit, Verwaltung Masurens, S. 157 (Eingabe von Christoph Wilhelm Lemke, Landgeschworener des Amtes Ortelsburg, 3. Dezember 1749).

⁵³⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 907 (7. Januar 1851).

⁵³⁶ Vgl. Belke, Regierung zu Königsberg, S. 135 f.

⁵³⁷ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 242; Stadelmann, Preußens Könige und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 4, S. 25 ff.

⁵³⁸ Vgl. Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution, S. 51.

können, da seit dem 15. Jahrhundert das zur Grundherrschaft gehörende Bauernland als Eigentum des Grundherrn galt. Dafür hatte dieser den „Besatz“ der Bauernstelle, also Gebäude, lebendes und totes Inventar, dem Bauern zu übergeben.⁵³⁹ Nur vereinzelt entschlossen sich adlige Gutsherren zur Ablösung der Frondienste und Vererbpachtung der Höfe. Die von Farenheidschen Gütern gehörten zu den wenigen, auf denen es schon in den 1790er Jahren zu einer Veränderung gekommen war. Scharwerksbauern waren zu sogenannten Hochzinsern umgewandelt worden. Das führte irrtümlich zu der Annahme, dass lange vor der staatlichen Gesetzgebung hier eine „private Bauernbefreiung“ stattgefunden habe. Das war nicht der Fall; es handelte sich lediglich um Erbzinsrecht. Die Bauern blieben Untertanen des Gutes und durften ohne Genehmigung des Gutsherrn auch keine Schulden auf das Grundstück eintragen lassen. Trotzdem war es ein Fortschritt, denn nur so war es möglich, die Bauern zur Einführung der Koppelwirtschaft, des Kleebaus u. a. m. zu zwingen, die die Gutsherrschaft in den Vertragsbedingungen verlangte.⁵⁴⁰

Burggraf Friedrich Alexander zu Dohna gehörte zu denjenigen, die reformerisch vorangingen. Am 3. Juni 1803 hatte er „in dankbarer Erinnerung an den Besuch des Königs“ im Vorjahr alle Erbuntertanen der Güter Schlobitten und Prökelwitz, die in den vergangenen zwanzig Jahre in die Finckensteiner Begüterung übergesiedelt waren „für frei und der Adscriptur überhoben, ohne Loskaufgeld“ erklärt. Auf eine Anfrage der Regierung zur Stellung der Dohnas zur Aufhebung der Erbuntertänigkeit hatten alle Linien, Schlobitten, Schlodien und Reichertswalde, sich bereit erklärt, „in ihren Majoraten resp. Fideikommissen die Erbuntertänigkeit allmählich abzuschaffen, so dass sie am 3. August (dem Geburtstage des Königs) des Jahres 1815 gänzlich aufhören würde.“⁵⁴¹ Gleichzeitig erklärten sich die Grafen zu Dohna-Schlodien und zu Dohna-Schlobitten hinsichtlich der Allodialgüter Finckenstein und Raudnitz bereit, alle dorthin übergesiedelten Untertanen aus Schlodien und Carwinden sofort freizulassen; die alteingesessenen Untertanen waren bereits beim Erwerb der Güter durch die damaligen Besitzer freigegeben worden.⁵⁴²

Nach der für Ost- und Westpreußen erlassenen Verordnung vom 14. Februar 1808 durfte der Grundherr nur die jüngeren (nach 1752 besetzten) Bauernstellen einziehen unter Entschädigung der bäuerlichen Besitzer und nach Ablauf ihres zeitlichen Besitzrechtes. Die älteren nicht erblichen Stellen konnten zu größeren Stellen (bis 8 Hufen) zusammengelegt, zum Gutsland aber nur dann zugeschlagen werden, wenn anderes Bauernland in gleicher Größe in Erbpacht oder als Eigentum ausgetan wurde. Die älteren erblichen Stellen waren jedem Zugriff entzogen. Die Geld- und Kreditnot hinderte die Grundherren daran, die Regelung umzusetzen, so dass die ganze Reform ins Stocken geriet.⁵⁴³ Erst mit dem Edikt vom 14. September 1811 entfiel die Unterscheidung zwischen älterem und jüngerem Besitz. Unter Wegfall der gegenseitigen Verpflichtungen sollte der Bauer bei erblichem Besitzrecht 1/3, bei nicht erblichem 1/2 seines Landes an den Grundherren abtreten und dafür den Rest zu unbeschränktem Eigentum erhalten. Eine allgemeine Unzufriedenheit mit dieser Lösung verhinderte gemeinsam mit

⁵³⁹ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 241.

⁵⁴⁰ Vgl. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 14 f.

⁵⁴¹ Vgl. Krollmann, König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise in Schlobitten, S. 39.

⁵⁴² Ebd.

⁵⁴³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 377: „Bemerkungen über die persönlichen Verhältnisse der Gutsherren und ihrer Hintersassen in Ostpreußen und Litauen, über die Rechte der letzteren an ihren benutzten Grundstücken und über die Austuung der Bauernhuben zum Eigentum oder in Erbpacht nach Maßgabe der Verordnung vom 14. Februar 1808 § 6 Lit. B“.

den Ereignissen der Jahre 1812 bis 1815 die Durchführung. Erst mit der Deklaration vom 29. Mai 1816 wurden die Regulierungen wieder aufgenommen.⁵⁴⁴

Noch bis in das 19. Jahrhundert gab es auf den adligen Gütern eine „Schollenpflichtigkeit“.⁵⁴⁵ Die vom Recht auf Ablösung ihrer Dienste durch Landabgabe ausgeschlossenen nicht spannfähigen kleinen Bauern blieben zu Handdiensten verpflichtet und hatten verschiedene „Gefälle“ zu zahlen. Sie galten weiter mit ihren Kindern als Teil des Gutes, zu dem sie gehören, und konnten nur durch Loskauf oder durch einen vom Gutsbesitzer erteilten Freibrief davon getrennt werden. Doch durfte der Gutsbesitzer mit seinen Untertanen weder in Ansehung ihres Vermögens noch ihrer Person eigenmächtig verfahren, konnte sie also nicht verkaufen, vertauschen, verschenken oder verpfänden. Jacob Novack war mit seiner Familie ursprünglich Lehndorffscher Untertan in Beynuhnen. Als das Gut 1702 an die Grafen von Dönhoff gelangte, wurde er Dönhoffscher Untertan. Am 4. Februar 1706 gab Graf Dönhoff Novack mit Frau und Kindern an die Gräfin Lehndorff zurück, mit Ausnahme von dessen ältestem Sohn Michael. Der am 1. März 1717 mit Jacob Novack und dessen Ehefrau in Steinort abgeschlossene Arbeitsvertrag als Hofmann und Hofmutter führte detailliert deren Pflichten beim Scharwerk, in der Viehzucht und in der Milchwirtschaft auf. Auch die Entlohnung für die Novacks und deren Gesinde wurde geregelt.⁵⁴⁶ Dass ein Verstoß gegen die Schollenpflicht strafbar war, musste der Lehndorffsche Untertan (hier der Linie Statzen) Andreas Baranowski erfahren. Seine Abwanderungspläne waren ruchbar geworden und er war gefangen worden. Seine Ehefrau Anna bat beim Etat-Ministerium um Gnade für ihren Mann, da die Jurisdiktion aber dem Gutsherrn oblag, wohl vergeblich. Auch Matthes Baranowski klagte vergeblich in dieser Instanz wegen seiner Erbuntertänigkeit.⁵⁴⁷

Neben den Gutsuntertanen gab es auf den Gütern sogenannte Freie, die entweder Ackerland oder Grundstücke eigentümlich oder per Vertrag besaßen, oder auf den Gütern als Handwerker, Gärtner oder Gesinde lebten. Sie waren hinsichtlich ihrer Person und ihres Vermögens frei und unterstanden der Gerichtsbarkeit des Gutsherrn. Solch ein „Gärtner“, also ein Kleinbauer ohne Ackerland, nur mit einem Garten, war der in Steinort beschäftigte Brosch. Graf Lehndorff hatte schon früher beabsichtigt, ihn anders zu beschäftigen, jetzt sei dazu Gelegenheit, schrieb Rhenius am 26. Mai an seinen Herrn. „Schon im Winter hatte ich für das Vorwerk Serwillen mit einem Pachthofmann von der Frau Generalin von Lossow, der ein Abzugs-Attest mitbrachte, kontrahieret, jetzt schickt mir die Frau Generalin den Kontrakt zurück und schreibt, dass ihr der Mann so viel schuldig, dass all sein Vermögen zur Bezahlung nicht hinlänglich ist, sie könnte ihn also deshalb nicht ziehen lassen. Da nun bis zum 10. Juni keinen anderen ausmitteln kann, und Brosch nicht abgeneigt ist, diese Kuhpacht zu übernehmen, werde Ew. Hochgeboren hohe Genehmigung erwarten. Brosch würde sich für Serwillen besonders gut schicken, da dorten Gelegenheit ist, einen hübschen Garten anzulegen, der ihm in der Folge in Pacht gegeben werden könnte.“ In seinem Brief vom 26. November 1784 lobte er dessen Arbeit, er habe den Serwillischen Garten in der kurzen Zeit schon ziemlich verbessert und viele junge Bäume gepflanzt.⁵⁴⁸

⁵⁴⁴ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 243.

⁵⁴⁵ Zur Entstehung: Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, S. 4–6.

⁵⁴⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 263, Bl. 1–2v (1. März 1717).

⁵⁴⁷ GStA PK, XX. HA, EM 103 j, Nr. 253 (1718/19).

⁵⁴⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 137–138v. Brosch erhielt die Kuhpacht und hatte 4 Rtlr. zu entrichten, ebd., Bl. 153–154v.

Gemeinheitsteilung

Die Separation (Gemeinheitsteilung)⁵⁴⁹ hatten vereinzelt schon 1770 mit Groß Guja, Thiergarten und Kehlen begonnen. Dabei wurden Äcker und Hütungen getrennt bzw. zusammengelegt. Gräben und Grenzen waren zu ziehen, Äcker zu bewerten. Der für betriebswirtschaftliche Verbesserungen notwendige Vorgang war mit vielen Streitereien verbunden, sowohl zwischen den Bauern selbst als zwischen ihnen und der Herrschaft. Anschläge, Taxen, Inventare, Karten und neue Pachtverträge bezeugen die Einleitung des Reformzeitalters für Steinort. Nach der neuen Flurverfassung war die Feldmark in bestimmte Schläge mit mehrjährigem Frucht-, Brach- und Weidewechsel eingeteilt.⁵⁵⁰ In diese Zeit gehört auch der Bau von Wohnhäusern für Kolonisten bei den Gütern und Vorwerken, der Bau von Tagelöhnerwohnungen und neuen Ställen. Seinen Abschluss fand der Prozess erst mit den Agrarreformen im 19. Jahrhundert. Die Separation des Waldes von Rosengarten begann sogar erst 1846 und erstreckte sich bis in das Jahr 1848. Lehndorff fielen aus der Separation des Vorwerks Rosengarten 16 Hufen 163 Morgen 88 Ruten incl. 131 Ruten „Unland“ zu.⁵⁵¹

Als im September 1784 eine Kommission in jeder Gutsherrschaft die von den Gutsuntertanen zu leistenden Dienste und Abgaben untersuchen und nach deren „Regulierung“ in Urbarien festschreiben sollte, sahen die Gutsherrschaften hierin eine Einschränkung ihrer bisherigen Freiheit, untertänige Bauern wegen mangelnder Leistungen von den Höfen zu entfernen und durch tüchtigere Leute ersetzen zu können, und verzögerten durch eine Einwändeflut die Einsetzung der Kommission. Auch auf den Lehndorffschen Gütern hatte man sich diese Möglichkeit immer offen gehalten, indem die Pachtverträge auf drei Jahre geschlossen, dann möglicherweise noch für ein Jahr verlängert, aufgekündigt oder insgesamt neu verhandelt wurden.⁵⁵² „Bei der ersten diesjährigen Arrende-Zahlung habe, da es alsdann gewöhnlich, dem jüngeren Hofmann die Lababsche Arrende aufgekündigt und die Pristaniensche angeboten, und, nach Ew. Hochgeboren mündlicher gnädiger Versicherung, den alten ehrlichen Hofmann bis an sein Ende auf Labab beizubehalten und freie Wohnung zu geben, hat derselbe diese gnädige Offerte mit untertänigstem Dank angenommen. Es würde der junge Hofmann zwar gern noch ein Jahr in Labab wohnen, weil er erst auf Trinitatis 5 Jahre in der Arrende ist. Sein Kontrakt geht aber immer auf 3 Jahre, und als solches zu Ende war, erhielt er nur die schriftliche Versicherung in einem von Ew. Hochgeboren bei dessen Anwesenheit an mich erlassenen Schreiben, dass ihm Labab für die nämliche Arrende wie vorher auch ferner gelassen würde, wobei aber nichts auf eine bestimmte Anzahl von Jahren festgesetzt wurde. Daher er jetzt auch über die Aufkündigung nichts mit Recht einwenden kann, sondern Ew. Hochgeboren alles in Untertänigkeit unterwerfe“, schrieb Rhenius 1785 an Lehndorff.⁵⁵³ Friedrich Wilhelm II. löste schließlich die Kommission, die nie ihre Arbeit aufgenommen hatte, am 20. Februar 1787 auf. Die Grundherrschaften hatten ihre Rechte bewahren können.⁵⁵⁴

⁵⁴⁹ Vgl. Stadelmann, Preußens Könige und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 2, S. 292 (Kabinettsordre an das General-Direktorium wegen des Beginns des „Unternehmens der Gemeinheitsteilung“, 13. März 1750). Der Beginn erfolgte 1765 in der Kurmark. Siehe auch weiter T. 4: Friedrich Wilhelm III., Leipzig 1887, S. 21 ff.

⁵⁵⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 374.

⁵⁵¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 34.

⁵⁵² Siehe hierzu die Pachtverträge der Steinortschen Güter im Geheimen Staatsarchiv.

⁵⁵³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 382, Bl. 39–40v.

⁵⁵⁴ Vgl. Wank, Besiedlung, S. 13, 15 f.

Verwalter Rhenius: Ein biographischer Exkurs

Lehndorffs Verwalter Rhenius, von dem bereits mehrfach die Rede war, war auch in seiner eigenen kleinen Wirtschaft von der Flucht unzufriedener Leute und der „Undankbarkeit der Menschen“ betroffen. Ihm waren „2 sehr brauchbare Knechte, deren Stelle er noch nicht ersetzt und noch keine Aussicht dazu hat, von hier gezogen, die er beim Antritt der Pacht mit vieler Mühe und Kosten aus der Gumbinnenschen Gegend holen ließ, und die er mit Wohltun überhäufte. In hiesiger Gegend wird aber das Volk übertrieben gelohnt. Er zahlte schon an 20 Rtlr. bar Lohn, aber in dem anderen Dienst bekommt der eine 37 Rtlr. und so viel kann er nicht zahlen“, schrieb Barbara von Gohr an Lehndorff, nicht ohne zugleich zu klagen, dass Rhenius’ Roggenfeld vom Hagel im Mai verwüstet worden sei. Er habe „einen ansehnlichen Verlust“ erlitten, „ohne die geringste Vergütung oder Erlass von der Arrende zu hoffen. Er vertraut aber auf Gott und ist von ganzem Herzen mit Gottes Wegen und mit dem, was Er ihm gibt, zufrieden.“⁵⁵⁵ Wer war dieser Rhenius, für den Barbara von Gohr hier so eintritt?

Wilhelm Andreas Rhenius, geboren in Marienwerder am 13. November 1753, war über lange Jahre Verwalter der Herrschaft Steinort. Am 27. Oktober 1790 heiratete er die Witwe des Capitains von Gohr, Sophia Luise geb. Freiin von Meerscheidt. Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff schrieb über ihn am 15. Juni 1799 in seinem Tagebuch: „Man bringt mir einen dicken Brief von einem gewissen Heuchler Rhenius, dessen Glück ich gemacht habe, indem ich ihn in Steinort in Stellung nahm. Ich ließ ihn zunächst die Wirtschaft erlernen und kleidete ihn ein. Ich hielt ihn für tugendhaft, er zeigte sogar religiöse Neigungen. In meinem Haus lebte ein altes Fräulein von Gotter, die von meiner Mutter erzogen worden war und der sie Geld in der Hoffnung vererbte, dass sie weiterhin meine Wirtschaft, die sie seit 50 Jahren kannte, führen würde. Als ich Rhenius in mein Haus aufnahm, verzankte er sich mit dieser alten Adligen, so dass sie sich spinnefeind wurden. Als aber Rhenius erfuhr, dass sie Geld hatte, änderte er sein Benehmen, Er machte sich bei seiner ehemaligen Feindin so beliebt, dass sie ihn schließlich mit ihrer Schwägerin, einer jungen Witwe Gohr, geborene von Malsen [sic! – von Meerscheidt] verheiratete. Er gewann allmählich so viel Einfluss auf diese arme Alte und ihre Börse, dass er sie überreden konnte, ihre Wohnung in meinem Haus, in dem sie 60 Jahre gelebt hatte, aufzugeben und bei ihm zu wohnen, während ich weiter ihre Pension zahle. Jetzt teilt mir Rhenius in so heuchlerischem Ton, wie es ihm, dem getreuen Abbild eines Tartuffs entspricht, den Tod dieser Dame mit. Ich spare zwar durch ihr Ableben meine Pension, aber ich betraue sie doch von Herzen. Ich kenne sie seit 40 Jahren.“⁵⁵⁶

Durch die Heirat mit der Witwe von Gohr war Rhenius in den Besitz von Rdzawen gelangt.⁵⁵⁷ Als es 1791 um den zu entrichtenden Allodifikationszins ging, stellte man fest, dass sich im Hypothekenbuch des Hofgerichts in Insterburg zwar eine Assekurationsschrift der Litauischen Kriegs- und Domänenkammer, auf deren Grundlage der „titulus possessionis“ des verstorbenen von Gohr und der Besitz seines Vorgängers „wegen des in 5 Huben befindlichen Gutes Rdzawen“ eingetragen sei. Hieraus würden aber die adeligen Rechte des Gutes nicht hervorgehen, allenfalls, dass selbiges nicht zur Jurisdiktion des Justizamtes gehört. Rhenius stand nun vor der (unmöglichen) Aufgabe, „das eigentliche Privilegium von Rdzawen baldigt beizuschaffen und Unserem Hofgericht einzusenden“. Doch damit nicht genug: Innerhalb von 3 Monaten sollte er ebenfalls nachweisen, dass weder der

⁵⁵⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 387, Bl. 162–163v.

⁵⁵⁶ Ziebura, Tagebuch, S. 196 f.

⁵⁵⁷ GStA PK, XX. HA, EM 19 c I, Nr. 261.

Familie von Gohr noch einer anderen Familie Lehnsansprüche an Rdzawen zustehen, „widrigenfalls dieses Gut als ein Lehn-Gut künftig im Hypotheken-Buch eingetragen werden muss.“ Rhenius' letzte Zuflucht war ein Gesuch an den König, ihm eine Abschrift des Privilegs vom adeligen Gut Rdzawen im Amt Oletzko zu erteilen. „Seit Anno 1730 gehört dieses Gut an die von Gohrsche Familie und durch die Verheiratung mit der Witwe von Gohr bin ich ein Mitbesitzer desselben. Diese Familie hat nie ein Privilegium davon in Händen gehabt und es auf das im Originali anliegende Protokoll sub Beilage A in Besitz genommen, worüber eine Assekurationsschrift dem damaligen Besitzer Capitain von Gohr erteilt ist. Nach mündlichen Nachrichten soll ehemals entweder das ganze Dorf Rdzawen, worin nur noch 9 Bauern wohnen, und wieder nach anderer Aussage nur diese 5 Huben zu einem anderen adeligen Gute gehört haben, in dessen Privilegio vermutlich diese 5 Huben mit bemerkt sein werden. Die angrenzenden adeligen Güter sind Statzen⁵⁵⁸, Blandau und Golubjen.“⁵⁵⁹ Ob es Rhenius gelungen ist, seine Ansprüche nachzuweisen, bleibt zweifelhaft. Die Lehnsregistratur reichte nicht über das Jahr 1738 hinaus.

Wann genau sein Nachfolger, Verwalter Berent, seine Stelle antrat, ist nicht sicher. Im Sommer 1799 beginnt dessen regelmäßige Berichterstattung an Lehndorff. Möglicherweise war bereits sein Vater als Wirtschaftskämmerer in Steinort tätig, die Akten nennen Georg Berent in dieser Funktion 1744, bevor 1768 der Kämmerer Lehnhard und zu einem noch unbekanntem Zeitraum Martin Lojewski damit betraut wurde.⁵⁶⁰ Die Aufgaben, die Rhenius in seinen vielen Jahren als Verwalter von Steinort zu bewältigen hatte, waren groß. „Es ist die hiesige Wirtschaft, wenn ich solcher nach meinen Grundsätzen (und anders zu handeln bin ich gänzlich unfähig) mit unbegrenzter Treue vorstehen soll, so äußerst beschwerlich, dass, wenn ich noch länger darinnen diene, es geschehen könnte, dass ich für alle Geschäfte in kurzer Zeit und vor dem Ziel meines Lebens mich untüchtig mache und Ew. Hochgeboren auch in einigen Jahren gänzlich unbrauchbar werden könnte“, schrieb er am 16. März 1785 an seinen Brotherrn und bat um seine Entlassung, jedoch nicht ohne das Angebot zu machen, einen Nachfolger noch gehörig einzuarbeiten.⁵⁶¹ Rhenius Diagnose würde heute „Burn out“ lauten.

Steinort im Siebenjährigen Krieg

Als der Siebenjährige Krieg über Ostpreußen hereinbrach, war Maria Louisa von Lehndorff auf sich allein gestellt und musste die zusätzlichen Belastungen des Gutes durch Rekrutierungen, Steuern, Arbeiten am Festungsbau allein tragen, ein Problem, das für Steinort in Krisen- und Kriegszeiten immer wieder auftrat. Ihr Sohn Friedrich Wilhelm war bereits verstorben, Gerhard Ernst leistete seinen Dienst im preußischen Heer, Ernst Ahasverus Heinrich war seit 1740 in Berlin, hatte hier den Tod Friedrich Wilhelms I. und die darauf folgenden Trauerfeierlichkeiten ebenso wie die Huldigung für den neuen Landesherrn erlebt. Als eine der ersten Amtshandlungen des neuen Monarchen war ihm die Kassierung aller Anwartschaften auf Lehen und Präbenden in Stiftern und der Anwartschaften auf Amtshauptmannschaften in Erinnerung geblieben, einträgliche Posten, die auch die

⁵⁵⁸ Statzen kam vor 1621 in den Besitz der Lehndorffs, vgl. Białuński, Bevölkerung und Siedlung, S. 151, Anm. 631.

⁵⁵⁹ GStA PK, XX. HA EM 19 c I, Nr. 261.

⁵⁶⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 747.

⁵⁶¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 382, Bl. 70–71v.

Lehndorffs regelmäßig inne hatten und zu diesem Zeitpunkt sein Onkel Gerhard Ernst nach seinem aktiven Dienst im Militär mit der Amtshauptmannsstelle zu Lötzen besetzt hatte.⁵⁶²

Zum Militär untauglich hatte Ernst Ahasverus Heinrich 1746 seinen Dienst als Legationsrat am Hof Friedrichs II. begonnen und war im Jahr darauf zum Kammerherrn der Königin Elisabeth Christine bestimmt worden. Als die Truppen auf Berlin zurückten, begleitete er die Königin in das sichere Magdeburg. Alle Lehndorff-Schwiegersöhne waren ebenfalls beim Militär, in der Verwaltung nicht abkömmlich oder viel zu weit von Ostpreußen entfernt. Von den Dönhoffschen Verwandten war keine Hilfe zu erwarten, da man sich seit dem Tod des General-Leutnants Boguslaw Ernst von Dönhoff um dessen Erbe und nach dem Tod von Gerhard Ernst von Lehndorff 1741 um ein weiteres Erbe stritt.⁵⁶³

Über die kritische Lage Ostpreußens schrieb Friedrich der Große in seinem zweiten Testament 1768: „Infolge dieser Lage ist es unhaltbar, wenn Russland uns bekriegen will, sofern man nicht des Wiener Hofes völlig sicher ist. [...] Träte dieser [...] Fall ein, so könnte man Ostpreußen nur schützen, wenn man eine Armee von 70.000 Mann bei Tilsit aufstellte und Danzig und Thorn besetzte. Es ist aber wahrscheinlicher, dass die Russen Ostpreußen nur im Bunde mit Österreich angreifen. In diesem Fall muss man das Land preisgeben und die Weichsellinie so lange wie möglich verteidigen.“⁵⁶⁴ Im September 1757 waren die preußischen Truppen in Ostpreußen geschlagen. „Goltz, der Adjutant des Königs, den man beschuldigt, zur Schlacht geraten zu haben, wie auch 80 Offiziere sind tot, General Dohna schwer verwundet. Der Feind hat uns 12 Kanonen abgenommen. Wahrhaftig, niemand als ein solcher Faselhans wie Lehwald kann ein verschanztes Lager, das 100.000 Mann umschließt und von 150 Kanonen geschützt ist, mit 30.000 Mann angreifen. Mein Schwager Ysenburg schreibt mir, dass er von seiner Kompanie nur 20 Mann zurückgebracht hat. Dieses Regiment hat die meisten Verluste gehabt. Die Lage Preußens ist entsetzlich. Die Kosaken haben über 50 Dörfer verbrannt. Zu unserem Unglück haben sie während des Kampfes alle Dörfer im Umkreise angezündet, so dass ein entsetzlicher Rauch sich über unsere Armee verbreitete, der die Aussicht völlig verhinderte und die Schuld daran trägt, dass unsere Infanterie unsere Kavallerie beschossen hat.“ Die „unüberwindliche Phalanx“ der preußischen Truppen gab es nicht mehr. Alle Nachrichten aus Preußen waren trostlos: bei Lehndorffs Schwester, der Gräfin von Schlieben in Gerdauen hatte man „unerhörte Exzesse verübt. Man hat die Tische, Kommoden und Schränke zerschlagen, um das Holz als Brennmaterial zu verwenden; aus ihren besten Zimmern hat man eine Schlächtereie gemacht; man hat Weiber mit weggeschleppt“. Das geraubte Vieh war „in den Paradezimmern geschlachtet“ worden. Die Pferde und das Vieh hatte

⁵⁶² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 479, Bl. 1–2 und Anlage (4. Juni 1740).

⁵⁶³ GStA PK, XX. HA EM 61 f, Nr. 279, Bl. 3–3v (10. März 1741). Er muss sehr vermögend gewesen sein. In seinem Testament hatte er Stiftungen für die Armen in Lötzen, die dortige Kirche und die Hospitäler in Milken, Rydzewen und Groß Stürlack und darüber hinaus Gerhard Stanislaus Graf von Dönhoff zum Universalerben bestimmt.

⁵⁶⁴ Zit. nach: Groeben, Das Land Ostpreußen, S. 3. Nach der Schlacht von Groß-Jägersdorf am 30. August 1757 kam es zu Übergriffen der russischen Truppen und zur Verheerungen einzelner Landstriche. Im Januar 1758 besetzten die russischen Truppen Ostpreußen. Zu den russisch-preußischen Beziehungen und dem Verhältnis beider Mächte zu Polen: Wessel, Martin, Russlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697–1947, Stuttgart 1995. Siehe auch Mediger, Walther, Moskauer Weg nach Europa. Der Aufstieg Rußlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Großen, Braunschweig 1952. Nach russischen Planungen sollte Ostpreußen an Polen fallen, dafür Kurland aus den polnischen Bindungen gelöst und an Rußland angegliedert werden, was, im Unterschied zu 1914 oder 1944/45, zu einer „pfléglichen Behandlung“ des Tauschobjekts führte, ebd., S. 622.

man zwei Tage lang im Garten gelassen, der völlig verwüstet war. In Porzellengefäßen und hinter Gemälden waren „Dinge zurückgeblieben [...], die nicht nach Moschus duften.“⁵⁶⁵ Noch schlimmer war das Schicksal von Ragnit. „Man hat es nicht bloß in Asche gelegt, sondern auch die Einwohner mit verbrannt. Schwangere Weiber hatten sich auf die Stadtmauern gestellt und wiesen auf ihren Leib, um das Mitleid der Feinde zu erregen; aber diese Barbaren stießen sie in die Flammen zurück!“⁵⁶⁶ Von seiner älteren Schwester Sophie Dorothea von Podewils, die in Stettin von den Schweden eingeschlossen worden war, hatte Lehndorff keine Nachrichten.

Anfang Februar 1758 war Ostpreußen mit seiner Hauptstadt Königsberg von russischen Truppen besetzt. Sein Heimatland sei in der Gewalt der Russen, die Hauptstadt von ihren Truppen besetzt und der Adel habe alles im Stich lassen müssen, schrieb Lehndorff in seinem Tagebuch. Auch seine Mutter „die seit dreißig Jahren aus ihrem schönen, reizenden Landsitz nicht herausgekommen ist“ sei mit meiner Schwester Ysenburg in Danzig.⁵⁶⁷ Aus seinen Besitzungen, die zur Kriegsführung hohe Beiträge zu leisten hatten, zog Lehndorff in den kommenden Jahren kaum Erträge.⁵⁶⁸ In den folgenden Monaten wurde Prinz Heinrich zu Lehndorffs Hoffnungsträger, nicht nur aufgrund von dessen militärischen Erfolgen, vor allem aufgrund seiner menschlichen Eigenschaften. Er sei „einer der größten Generale, die gegenwärtig in Europa existieren“, attestierte ihm Lehndorff am 1. März 1760.⁵⁶⁹

Nach der Leistung des Huldigungseides durch die preußischen Beamten und den Landadel hatten sich die russischen Besatzer auf einen längeren Verbleib Ostpreußens beim Zarenreich eingerichtet. Grundbesitzer, die der Zarin die Huldigung verweigerten, wurden mit der Konfiszierung ihrer Güter bedroht.⁵⁷⁰ Vom ermländischen Bischof verlangte der russische Gouverneur 1761 die Auslieferung aller in dessen Territorium geflüchteten Preußen.⁵⁷¹ Ostpreußen wurde eine Kontribution von einer Mio. Tlr. Courant auferlegt.⁵⁷² Die gesellschaftlichen Folgen waren in den 1760er Jahren in der preußischen Hauptstadt deutlich sichtbar: „Dieser Krieg wirft alle

⁵⁶⁵ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 340 ff.

⁵⁶⁶ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 136 f.

⁵⁶⁷ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 380. Siehe auch Wagner, Wulf D./Lange, Heinrich, Das Königsberger Schloss. Eine Bau- und Kulturgeschichte, Bd. 2, Regensburg 2011, S. 47 ff.

⁵⁶⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 266: Register über die Beiträge sämtlicher Steinortschen Güter zur Kriegsführung (1758–1763).

⁵⁶⁹ Vgl. Hase, Alexander von, Die friderizianische Monarchie im Mittelpunkt. Der Reichsgraf Ernst Ahasverus von Lehndorff (1727–1811) als Kritiker seiner Umwelt und seiner Zeit, in: Archiv für Kulturgeschichte 67 (1985), S. 88–110, hier S. 104.

⁵⁷⁰ Vgl. Hasenkamp, Xaver von, Ostpreußen unter dem Doppelaar. Historische Skizze der russischen Invasion in den Tagen des Siebenjährigen Krieges, Königsberg 1866, S. 262–273. Der aus einer preußisch-baltischen Familie stammende russische Gouverneur Nikolaus von Korff, der von März 1758 bis zum Jahreswechsel 1760/61 amtierte, versuchte während seiner Amtszeit die lokalen Interessen des Landes und seiner Bewohner zu wahren sowie die preußischen Landesprivilegien zu respektieren, was ihm noch nach Jahrzehnten durch „allgemeine Liebe und Achtung“ gedankt worden sei, so Neugebauer, Zwischen Preußen und Rußland, S. 52 f. Zu der nach Petersburg entsandten Landesdeputation ebd., S. 52 ff. Siehe auch Externbrinck, Sven (Hrsg.), Der Siebenjährige Krieg. Ein europäischer Weltkrieg im Zeitalter der Aufklärung, Berlin 2011.

⁵⁷¹ GStA PK, XX. HA EM 4 u, Nr. 5 g, Bl. 797–799v. Vgl. zu den aus Warschau gemachten Vorschläge „zu freundschaftlicher Auslieferung der übergelaufenen preußischen Untertanen“ ebd., Tit. 4 u, Nr. 8, passim. Ab August 1764 sollten alle adeligen Güter Listen der nach Polen entlaufenen Untertanen aufstellen, ebd., ab Bl. 932. Die 11 Namen verzeichnende Liste für Maxkeim Bl. 948–949. In der Zusammenfassung des Lyckschen Kreises werden Doliewen (1 Familie) und Statzen (4 Einzelpersonen, 4 Familien) genannt, Bl. 979. Weitere Angaben für die Lehndorffschen Güter fehlen. Die Flucht war offensichtlich so stark, dass Friedrich II. nach dem Krieg ein „Erneueres Edikt wider das Weglaufen und Verhehlen sowohl königlicher Immediat-, als auch adelicher Untertanen und anderer Dienstboten“ im November 1763 erließ, Bl. 824–825v. Magistrate und Ämter mussten alle Fremden in Listen erfassen und melden. Die durch den Königsberger Magistrat eingesandte Spezifikation bis zum 23. Februar 1764 ebd., Bl. 839–844.

⁵⁷² Vgl. Neugebauer, Zwischen Preußen und Rußland, S. 43–76.

bisherigen Verhältnisse über den Haufen. Handwerker und Kaufleute werden reich, während der Adel zugrunde geht. Bei den Kaufleuten herrscht jetzt ein außerordentlicher Reichtum und Luxus. Sie fahren sechsspännig, halten eine große Dienerschaft und sind auf's prächtigste eingerichtet, während wir uns noch immer einschränken müssen. Alle schönen Häuser des Adels werden an Kaufleute verkauft. Behrens, Splittgerbers Schwiegersohn, hat eben für 35.000 Tlr. das Haus des Herrn von Grappendorf erworben. Die Juden haben sich mit Hilfe der Münze der Reichtümer des Landes bemächtigt und haben eben auch noch die Erlaubnis erhalten, Rittergüter zu kaufen. Kurz, es droht eine allgemeine Umwälzung alles bisher Bestehenden.“⁵⁷³

Die Juden und die Bürgerschaft waren Lehndorff in dieser Notzeit das Übel schlechthin: „Die Teuerung ist schrecklich, und trotzdem halten manche Leute noch ein offenes Haus, wogegen andere aber auch wieder in großer Not sind. Bei der Bürgerschaft hingegen liegen die Dinge ganz anders; diese ist wohlhabend und lebt in großem Prunk, vor allem die Juden, die Paläste bauen und prachtvolle Gärten anlegen. Itzig und Ephraim sind Millionäre und saugen dem Staat das beste Blut aus. Auch ist da ein gewisser Stein, ein getaufter Jude, der einen ungeheuren Reichtum besitzt. Er ist eine wahre Geißel für die Bevölkerung, da er die Herren vom Direktorium so in der Tasche hat, dass man Korn nur aus seinen Speichern zu kaufen wagt, weshalb auch ganz Berlin verschimmeltes Brot isst.“⁵⁷⁴ Neben den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen erkannte er aber auch die anstehenden notwendigen politischen Veränderungen: „Sobald einmal der Frieden wiederhergestellt ist, wird daher nicht bloß beim Heer, sondern auch in der Zivilverwaltung eine Neuorganisation Platz greifen müssen, denn Geld, Handel, Justiz und der ganze Beamtenstand sind im Laufe dieses grauenvollen Krieges außer Ordnung gekommen.“⁵⁷⁵

Mit ihren Dienstboten war Lehndorffs Mutter zuerst nach Danzig, dann nach Stargard zu Lehndorffs Schwester Podewils, dann nach Stettin geflohen. Von hier aus kam sie nach Berlin. Den Besitz hatte sie in Ungewissheit zurücklassen müssen. Erst nach der Thronbesteigung der Kaiserin Katharina und dem Rückzug der russischen Truppen aus Ostpreußen entschloss sie sich wie die Gräfin Dönhoff im Juli 1762 zur Rückkehr nach Preußen.⁵⁷⁶ Die zurückgebliebenen Einwohner waren als Untertanen der russischen Kaiserin behandelt worden.⁵⁷⁷ Den zu seinem Landesherrn loyalen Lehndorff empörte es, „dass die Russen in Preußen uns in den Kirchen für die dicke Kaiserin, für die Missgeburten des Großfürsten beten lassen, als wenn wir ihre Untertanen wären. Man meldet mir: Als man das erste Mal diese Änderung gemacht hatte, sei das Weinen und Schluchzen dieses armen Volkes so außerordentlich gewesen, dass der General Fermor selbst gerührt wurde und sagte, er hätte niemals geglaubt, dass man so sehr um seinen Herrn lieben könne. Ich gestehe, dass mir meine Heimat noch nie so teuer war wie jetzt; allen Barbaren möchte ich die Augen ausreißen. Sie haben 12 Galatage angesagt, ebenso zu Ehren ihrer Heiligen wie ihrer Prinzen; ich kann mir ganz die Freude vorstellen, die an diesen Tagen herrschen wird.“⁵⁷⁸ Als

⁵⁷³ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 302.

⁵⁷⁴ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 354 (August 1762). Zu den Veränderungen in der Struktur der preußischen Monarchie und zum Aufstieg des Bürgertums: Hase, Die friderizianische Monarchie, S. 104 ff. Viele von ihnen wie der Kaufmann Schimmelmann, die Bankiers Itzig und Ephraim, der Armeelieferant Humboldt waren „enriched by the war“, so Mitchell, Andrew, *Memoirs an Papers*, ed. A. Bisser, Bd. 2, London 1850, S. 346.

⁵⁷⁵ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S.265.

⁵⁷⁶ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 349. Siehe auch Hartmann, Stefan, Die Rückgabe Ostpreußens durch die Russen an Preußen im Jahre 1762, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 36 (1987), S. 405–433;

⁵⁷⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 127, Nr. 10 (russische Besetzung Ostpreußens).

⁵⁷⁸ Vgl. Volz, Gustav Berthold, Aus dem Briefwechsel des Prinzen von Preußen August Wilhelm mit dem Kammerherrn Graf Ernst Ahasverus Lehndorff, in: *Masovia* 9 (1903), S. 130–171, hier S. 168 (an Baron von Knyphausen, Februar 1758).

anlässlich des Geburtstages der Kaiserin Elisabeth I. von Russland Einladungen zu den Feierlichkeiten in der Königsberger Universität an alle „Standespersonen“ verschickt wurden, ging eine auch an Lehndorff.⁵⁷⁹

Zarin Elisabeth hatte gedroht, rücksichtslos Landbesitz und Vermögen aller Personen einzuziehen, die ihr den Huldigungseid verweigern würden.⁵⁸⁰ Ob der preußische König Ostpreußen jemals wieder in Besitz nehmen würde, war zu diesem Zeitpunkt völlig ungewiss. Zahlreiche alte Familien des Landes, insbesondere diejenigen mit kurländischen Verbindungen, hatten sich deshalb bereitgefunden, mit der russischen Herrschaft zu kooperieren. Lehndorff hatte für seine Landsleute wenig Verständnis, die wie er meinte, ihren Sonderinteressen alles opfern, ohne an ihre Freiheit und das allgemeine Wohl zu denken.⁵⁸¹ Nach der Rückeroberung von Breslau machte sich der Wunsch nach Frieden allgemein bemerkbar und auch Lehndorff macht sich darüber Gedanken: „In Preußen die Russen, in Pommern die Schweden, im Magdeburgischen die Franzosen, in Schlesien die Österreicher, das ist doch zum Verzweifeln! Es ist ganz unmöglich, aus alldem herauszukommen; denn wenn wir auf der einen Seite siegreich wären, würde man uns auf der anderen alle Provinzen abnehmen!“⁵⁸² Friedrich II. trug dem ostpreußischen Adel seine Haltung während der russischen Besetzung Zeit seines Lebens nach, sie hätten sich nicht so aufgeführt, dass man an sie denken solle, seien auf dem Land schlechte Wirte und Windbeutel und würde durch die Armee fallen wie durch ein Sieb.⁵⁸³ Als in den Jahren der (westeuropäischen) Agrarkonjunktur und wachsender Kreditprobleme auch und gerade im Osten der ostpreußische Adel den König um Unterstützung zur Gründung einer „Landschaft“ als ständische Kreditorganisation bat, lehnte der noch immer nachtragende König ab, „denn sie dienen nicht und wollen nichts tun“⁵⁸⁴, also werde auch er für sie nichts tun, und knüpfte damit an das von seinem Vater gezeichnete negative Bild vom Adel im östlichen Preußen an, der immer wieder die durch vermeintlich polnischen Einflüsse ausgelösten adligen Selbständigkeitsbestrebungen im östlichen Preußen bekämpft hatte.⁵⁸⁵

Dass Güter nach dem Wunsch Friedrichs II. notfalls sogar in bürgerliche Hände fallen konnten, ist hervorzuheben.⁵⁸⁶ Mit seiner Verordnung, dass alle Adligen, die in Preußen und Polen über Besitz verfügten, sich innerhalb von vier Jahren für den einen oder den anderen zu entscheiden hatten, war der erste Schritt getan. Diejenigen, die einen Aufenthalt in Polen vorzogen, mussten ihre preußischen Güter zu verkaufen. „Auf jeden Fall will ich auch wohl verstaten, dass Unadlige dergleichen Güter kaufen können, denn das ist Mir schon lieber als das polnische Zeug, welches Ich gerne ganz und gar los sein möchte, weil es sich doch niemals zu unserer Verfassung und unserer Verordnung schicken werden.“⁵⁸⁷ Gegen die Vereinnahmung kriegsbedingt wüst gewordener Bauernstellen durch adlige Grundbesitzer ging Friedrich II. energisch vor, da sie seinen „Peuplierungsbemühungen“ vor

⁵⁷⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 513, Bl. 1–2. Siehe auch Wagner, Truntlack, Bd. 1, S. 320 ff.

⁵⁸⁰ GStA PK, XX. HA EM 87 d, Nr. 66: Wegen Ablegung des Huldigungs-Eides an der Kaiserin aller Reussen Majestät 1758–1761.

⁵⁸¹ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 130 f.

⁵⁸² Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 134.

⁵⁸³ Vgl. Groeben, Das Land Ostpreußen, S. 16. Siehe auch Neugebauer, Zwischen Preußen und Rußland, S. 43–76.

⁵⁸⁴ GStA PK, XX. HA EM 87 d, Nr. 17, n. f. (Kabinettsordre vom 1. Juli 1781).

⁵⁸⁵ Vgl. Hein, Max, Geschichte der Ostpreußischen Landschaft von 1788 bis 1888, Königsberg 1938, S. 8 f. Siehe auch Bömelburg, Hans-Jürgen, Friedrich II. zwischen Deutschland und Polen. Ereignis- und Erinnerungsgeschichte, Stuttgart 2011.

⁵⁸⁶ Am 29. Dezember 1750 hatte er gegenüber Großkanzler von Cocceji den Verkauf adliger Güter an bürgerliche Personen noch „sehr nachteilig“ empfunden, weshalb künftig ein Verkauf altadliger Güter nur mit seiner Zustimmung statthaben sollte. Am 12. Februar 1762 gab er eine „bedingungsweise Erlaubnis zum Verkauf“ – ein Sohn musste in den Militärdienst eintreten, vgl. Stadelmann, Preußens Könige und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 2, S. 298, 335.

⁵⁸⁷ Zit. nach: Bömelburg, Friedrich II., S. 94. Nach einer Aufstellung der Kammer hatten 124 Besitzer westpreußischer Güter ihren ständigen Wohnsitz im Ausland. Sogar ein Teil der aufgeklärten Publizisten, darunter Voltaire, teilte die Vorstellung von einer „Zivilisationsmission“.

dem Krieg entgegenstanden. Am 12. Juli 1764 befahl er, dass alle seit 1756 eingezogenen „Bauern-, Kossäten-, Gärtner- und Büdnerstellen“ und deren Äcker zu besetzen seien. Wer dem Befehl nicht binnen eines Jahres Folge leistete, sollte für jede Bauernstelle 1.000 Tlr., für jede Kossätenstelle 500 Tlr. und für jede Gärtnerstelle 300 Tlr. Strafe zahlen.⁵⁸⁸ Die Strafandrohung zeigte Wirkung: Nach der Meldung der Kreise an die Regierung Königsberg waren zehn Jahre später nur noch 70 Bauern-, Kossäten- und Gärtnerstellen wüst.⁵⁸⁹

Friedrich II. hat Ostpreußen nach dem Siebenjährigen Krieg nie wieder besucht. In seinem politischen Testament von 1788 formulierte er: „Mit dem ostpreußischen Adel hatte ich während des letzten Krieges allen Anlass zur Unzufriedenheit. Er war mehr russisch als preußisch gesinnt, im Übrigen zu allen Schlechtigkeiten fähig, deren man die Polen bezichtigt.“⁵⁹⁰ Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, persönliche und briefliche Kontakte zu polnischen Eliten zu unterhalten. Bekannt ist sein geselliger Kontakt zum Bischof Ignacy Krasicki, auch mit der hochgebildeten Gräfin Marianna Skórczewska unterhielt er einen regen Briefwechsel. Anlässlich der Manöver und Revuen in der Nähe von Graudenz bei dem Dorf Mockerau empfing Friedrich häufig polnische Eliten.⁵⁹¹ Erst nach dem Tod Friedrichs II. kam es in Ostpreußen 1788 zur Gründung der Generallandschaftskasse als Kreditinstitut für den adligen Rittergutsbesitz. Landschaftsräte als gewählte Vertreter der Landschaft schätzten die Kreditgrenzen für die Beleihung mit Pfandbriefen ab, die bis zur Nominalhöhe von 50 Prozent des Einheitswertes des einzelnen Gutes ausgegeben werden konnten. Für diese Hypotheken-Pfandbriefe haftete das Kreditinstitut, das die Zinsen an den Gläubiger zahlte, während der Schuldner seine Zinsen mit einem geringeren Aufschlag an das Pfandbriefinstitut entrichtete. Damit war dem Besitzer die Möglichkeit gegeben, zu geringerem Zins Immobilienkredite zu erhalten. Durch die Kreditgewährung trug die Landschaft zu steigenden Güterpreisen, aber auch zur Hebung der landwirtschaftlichen Kultur bei. Dementsprechend stieg der Geldbedarf weiter. Im Dezember 1790 waren von 920 adligen Gütern 131 befanbrieft, 1791 waren es 145, 1794: 179, 1797: 247, davon allein 79 aus dem Departement Angerburg. 1795 wurde die Herabsetzung der Beleihbarkeitsgrenze auf 3.000 Tlr. beschlossen mit der Einschränkung, dass bei Gütern von 3.000–5.000 Tlr. Wert eine Sequestration bereits nach einem Jahr in Subhastation übergehen müsse.⁵⁹² Für einige überschuldete Gutsbesitzer kamen diese Regelungen zu spät, andere waren Nutznießer, indem sie ihren Besitz erweitern oder abrunden konnten. Der Verkauf eines adligen Gutes an einen Bürgerlichen gestaltete sich dagegen nicht so unkompliziert. Als Schillgallen an den Kommissionsrat Paulsen in Königsberg verkauft werden sollte, erhoben sowohl das Lehnsdepartement als auch das

Selbst Oberpräsident Theodor von Schön schrieb bei seiner Rückkehr nach Westpreußen am 31. Mai 1799: „Wie vom Himmel gefallen kommt hier auch die polnische Sprache, Sauerei, Tracht, schweinstallartige Gebäude und mehr solch abscheuliches Zeug“, zit. nach: Bömelburg, Friedrich II., S. 149 f. Siehe auch Weber, Matthias, Negativer Blick auf den in Auflösung begriffenen polnischen Staat und Kulturmission der Hohenzollern in Westpreußen (Vorwort), in: Ders. (Hrsg.), Preußen in Ostmitteleuropa. Geschichte und Geschichtsverständnis, München 2003, S. 11–34, hier S. 29 f..

⁵⁸⁸ Vgl. Stadelmann, Preußens Könige und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 2, S. 256 f. (Edikt an das General-Direktorium wegen der Besetzung ledig oder wüst gewordener Höfe, 8. Februar 1743); GStA PK, XX. HA EM 4 u, Nr. 12, Bd. 2, Bl. 46–47v (1764). Zum Vergleich: 1761 kostete ein Scheffel Roggen 7 Tlr., das Pfund Butter 4 Gr., ein Paar Schuhe 4 Tlr. Die monatliche Besoldung eines Kavalleristen betrug 2 ½ Tlr., die eines Infanteristen 2 Tlr., vgl. Hase, Die friderizianische Monarchie, S. 106.

⁵⁸⁹ GStA PK, XX. HA EM 4 t, Nr. 13 (1764/65).

⁵⁹⁰ Friedrich der Große. Die politischen Testamente. Übersetzt von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. Mit einer Einführung von Gustav Berthold Volz, 2. Aufl., München 1936, S. 187.

⁵⁹¹ Vgl. Bömelburg, Friedrich II., S. 84 f., zu Krasicki S. 101 ff.

⁵⁹² Vgl. Hein, Geschichte der Ostpreußischen Landschaft, S. 26 ff.

Etatsministerium Einwände. Der Kriegs- und Domänenrat Becherer hoffte auf Lehndorffs gute Beziehungen zum Etatsminister von Münchhausen.⁵⁹³ 1788 wurde Paulsen als „auf Schillgallen“ gesessen genannt.⁵⁹⁴ Friedrich Alexander zu Dohna konnte auf den Gütern Schlobitten, Prökelwitz und Finckenstein wieder an frühere Leitungskraft anknüpfen. Durch den Verkauf der Leistenauer Güter stand ihm das nötige Kapital zur Verfügung, mit dem er die Einführung des Futterbaus und der modernen Fruchtfolge, Meliorationen und Kolonisation, alles auf der Grundlage umfangreicher Studien über die Agrarkultur in verschiedenen Teilen Deutschlands, finanzieren konnte.⁵⁹⁵ In Steinort sollten noch einige Jahre ins Land gehen, ehe auch hier die Modernisierung beginnen konnte. Noch 1783 lehnte Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff den Plan ab, den ihm der Rat Becherer von der Kriegs- und Domänenkammer in Gumbinnen vorschlug. Er sollte seinen See ablassen, „damit die Bewohner dieser Landstriche mehr Wiesen hätten. Ich unterhalte mich ganz gern mit Projektemachern und bin in hohem Maße belustigt, wenn ich sie in ihre Pläne so vertieft sehe, dass sie alles andere für nichts achten.“⁵⁹⁶

Der Kammerherr Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehndorff

Nach dem Tod seines Vaters war die Erziehung von Ernst Ahasverus Heinrich (1727–1811) unter die Vormundschaft von Sigismund Baron Schenck zu Tautenburg gestellt worden, die dieser bis zu dessen 18. Lebensjahr ausübte.⁵⁹⁷ Für seinen ersten Lebensabschnitt war er zu seiner Großmutter nach Landkeim gegeben worden, hier blieb er bis zu seinem 6. Lebensjahr, in dem seine Großmutter starb, die ein beachtliches Vermögen hinterließ. Bis zu seinem 12. Lebensjahr wurde er in Steinort durch einen Erzieher und eine Erzieherin unterrichtet.⁵⁹⁸ Die Huldigung Friedrichs II. in Königsberg 1740 brachte eine Wende, indem er nun seinem hier bereits studierenden Bruder folgen durfte. 1743 wurde er nach Kloster Berge bei Magdeburg geschickt, wo er 2 ½ Jahre studierte. Durch seinen Lehrer Hempel wissen wir um die Fortschritte in Latein, Französisch und Englisch, die Vorliebe für Geographie, Geschichte und Heraldik, auch in der Deutschen Sprache und in der Mathematik scheint er sich redlich bemüht zu haben. Nur „im Reifen sind die Muster des Herrn Grafen nicht die allerbesten.“⁵⁹⁹ In dieser Zeit reiste er zweimal nach Pymont, möglicherweise, um sein Beinleiden zu bessern. 1745 begleitete er Staatsminister Danckelmann nach Frankfurt a. M., um der Kaiserkrönung Franz I. beizuwohnen. Anschließend hielt er sich in Kirchheim beim Prinzen von Nassau, dann an den Höfen des Kurfürsten von der Pfalz und des Kurfürsten

⁵⁹³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 54–55 (Becherer an Lehndorff, 25. August 1784).

⁵⁹⁴ Pränumerandenverzeichnis zu den Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Königl. Preuß. Generals von der Infanterie Freiherrn de la Motte Fouque ..., T. 1, Berlin 1788.

⁵⁹⁵ Vgl. Grommelt, Carl/Mertens, Christine von, Das Dohnasche Schloß Schlobitten in Ostpreußen, unter Mitwirkung von Alexander Fürst zu Dohna, Lothar Graf zu Dohna und Christian Krollmann, Stuttgart 1962, S. 365.

⁵⁹⁶ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 342. Im Folgejahr hatte Becherer dann für den Staswin-See Pläne entwickelt, bei deren Umsetzung er erneut auf Lehndorffs Unterstützung hoffte, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 122–123v.

⁵⁹⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff (unverzeichnet) (31. August 1745). 1745 hatte sich der Baron „dispensieren“ lassen, eine neue Vormundschaft war nicht mehr bestimmt worden.

⁵⁹⁸ Auf diese mangelhafte Ausbildung in frühen Jahren sind das von Schmidt bemerkte „unorthographische“ Französisch und die „barbarische Orthographie“ in der deutschen Sprache zurückzuführen. Nach Sophie Schwerin war die Wahl des Erziehers das zweite „Schicksal des Menschen“ und bestimmte „über sein zeitliches und ewige Heil“, Sophie Schwerin, S. 51.

⁵⁹⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 204, Bl. 1 (Zeugnis 1744).

von Mainz auf.⁶⁰⁰ 1746 kam der nicht für das Militär taugliche Lehndorff an den preußischen Hof in Berlin.⁶⁰¹ Mit nur 19 Jahren wurde er Legationsrat und 1747 durch Friedrich II. zum Kammerherrn der Königin Elisabeth Christine bestimmt, die „nicht in dem Rufe großer Begabung stand.“⁶⁰² Fortan gehörte er zu den Kreisen um Prinz Heinrich in Rheinsberg, den er liebte und verehrte und von dem Lehndorff „caro amico“ genannt wurde, und dessen Bruder Prinz Ferdinand in Friedrichsfelde und Bellevue, der Lehndorffs Freundschaft suchte.⁶⁰³

Er selbst beschrieb sich als „gut gewachsen, von mehr als Mittelgröße, aber da ich hinke, so befinde ich mich in dem Falle des Pfauen, der, sagt man, seinen Schweif senkt, wenn er seine hässlichen Füße anblickt. Ich habe einen schönen Kopf, ein frisches Gesicht, aschblondes, an den Seiten reiches, die Stirn freilassendes Haar, was mir eine offene Physiognomie verleiht. Was den Bart anbetrifft, so habe ich davon nur so viel, wie ich haben muss. Meine Augen sind blau und groß, was mir einen melancholischen Zug verleiht. Mein Mund ist klein, meine Zähne weiß und sehr gut stehend. Dazu zähle ich 25 Jahre. So sehe ich vom Kopf bis zu den Füßen aus, und so bin ich den Menschen bekannt. Man hat mich nicht im Verdacht, ein Philosoph zu sein, und doch ist das meine Hauptleidenschaft. Die Gesellschaften, in denen man philosophiert, liebe ich außerordentlich. Ich höre dann gern zu, und unter Leuten von gesundem Urteil fühle ich mich durchaus am Platze. [...] Was mein Herz anbetrifft, so wage ich zu sagen, dass es gut ist. Ich bin dienstbereit und von Natur großmütig. Ich bemitleide die Unglücklichen und bedaure, für sie nicht mehr, als in meiner Macht steht, tun zu können. Ich habe den lobenswerten Fehler, aufrichtig zu sein und leicht zu durchschauen. Alles, was in meinem Herzen vorgeht, malt sich auf meinem Gesicht ab, was bei mir mehr die Folge der Lebhaftigkeit meines Temperaments als die der Tugendhaftigkeit ist. Ich besaß viel Stolz, aber mein Unglück ließ mich ihn ablegen; ich besitze davon nur noch so viel, als man haben muss, um nichts Gemeines zu begehen. Es ist mir nicht sowohl ärgerlich, mich unter sehr vielen Leuten stehen zu sehen, als vielmehr gewisse über mir, die mir wahrhaftig nichts wert sind. Dem unartigen Benehmen der Dummköpfe schenke ich nicht die geringste Beachtung, aber das Missfallen eines anständigen Mannes bringt mich zur Verzweiflung, und der Verlust der Freundschaft der Leute, die ich hoch achte, tötet mich.“⁶⁰⁴

Spätesten im Sommer 1750 begann zwischen Lehndorff und den Prinzen ein ausgedehnter und sehr offener Briefwechsel über das Leben an den preußischen Höfen und über politische Fragen. Mit den Prinzen verband ihn ein reges Interesse an Philosophie; man gab sich gegenseitige Empfehlung zu Literatur, Lehndorff vervollständigte seine Bibliothek mit einer Vielzahl von Abschriften philosophischer Werke. In den Kriegstagen wird Prinz August Wilhelm an den mit seiner Position hadern den Lehndorff schreiben: „In hundert Jahren werden Sie vielleicht mit der Asche derer zusammen ruhen, die Deutschland verheeren, und Eickstedts Mission wird ein Blatt Papier sein, das in einem staubigen Archivwinkel lagert, von Ratten angenagt und nur von einem pedantischen Aktuar gelesen. Jeder Mensch muss sich seinem Schicksal fügen. Sie sind noch nicht am Ende des Ihrigen, und

⁶⁰⁰ Ohne königliche Genehmigung außer Landes, also auch an einem fremden Hof, in den Dienst zu treten, war seit 3. Mai 1746 untersagt. Abschrift des Ediktes in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 587.

⁶⁰¹ Er war im 4. Lebensjahr mit dem rechten Fuß verunglückt, wie er selbst in den Vorbemerkungen (1750) zu seinem Tagebuch beschreibt.

⁶⁰² Vgl. Sitzungsberichte des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen 4 (1900), S. 114 (Sitzung vom 8. Mai 1899). Zitat aus der Besprechung der Veröffentlichung der Briefe Friedrichs (II.) durch Dr. Immich. Siehe auch Noack, Paul, Elisabeth Christine und Friedrich der Große. Ein Frauenleben in Preußen, Berlin 2001; Langfeld, Gisela, Königin Elisabeth Christine und die Tagebücher ihres Kammerherrn, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 98 (2002), S. 310–315.

⁶⁰³ Zu dessen Charakteristik: Meusel, Friedrich, Prinz Ferdinand von Preußen, der jüngste Bruder Friedrichs des Großen, in seinen Briefen an den Grafen Lehndorff (1750–1804), in: Masovia 11 (1906), S. 118–154, hier S. 118 ff.

⁶⁰⁴ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 114 f.

man kann nicht wissen, ob nicht nach Schluss dieses Krieges die Pracht des Hofes Ludwigs XIV. durch den Berliner verdunkelt werden wird; zu jenen Zeiten spielte ein Hofmann der Königin eine schöne Rolle. Nach einem Dutzend Schlachten wollen wir uns wieder sprechen.“⁶⁰⁵

Im Frühjahr 1753 zerschlug sich Lehndorffs Hoffnung auf eine Erbschaft. So blieb er zu einem „bescheidenen Lose verdammt, das schwer zu ertragen ist.“ Das ganze Leben in seiner Stellung zu bleiben, schien ihm unerträglich, weshalb er auf Möglichkeiten sann, diese zu verändern. Dass er den Hofdienst ganz verlassen wollte, ist unwahrscheinlich, denn er wünschte sich „eine Tafel, an der die Feinheit herrscht“, liebte eine prächtige Wohnungseinrichtung ebenso wie Equipagen und Kleider und wollte alles, was das Leben verschönt, besitzen,⁶⁰⁶ wofür er natürlich eine finanzielle Basis benötigte. Hoffte Lehndorff also möglicherweise auf eine Stellung durch und in der Nähe des von ihm verehrten Prinzen Heinrich? Für seine zweite Vision, das Landleben, mangelte es an Möglichkeiten, denn Steinort wäre zu diesem Zeitpunkt nach dem Tod der Mutter und der geltenden Erbfolge an den Erstgeborenen, seinen Bruder, gefallen.

Netzwerke

In Lehndorffs bisherigem Leben scheint Religion keine Bedeutung gehabt zu haben. Erst Mitte der 1750er Jahre muss sich ein Wandel vollzogen haben. Prinz Ferdinand billigte Lehndorffs Verbindung zu Anton Achard, von dem er hoffte, „Sie wieder auf den guten Weg zu führen, indem er Sie zum Christen macht.“⁶⁰⁷ Aber auch bei den Prinzen, die Lehndorff gegenüber behauptet hatten, sie hätten keine Religion, scheint sich ein solcher Wandel vollzogen zu haben.⁶⁰⁸ Dass Achard Prediger der französischen Gemeinde in Berlin war und der Philosophischen Klasse der Berliner Akademie der Wissenschaften angehörte, spielte sicher eine Rolle. Achard war ein ebenbürtiger Partner, um mit Lehndorff über religiöse Fragen zu philosophieren. Sein Ruf als „Philosoph von Steinort“ scheint also in Berlin begründet worden zu sein. 1755 wünschte sich die philosophische Fakultät der Leipziger Universität die Ehre der Mitgliedschaft des „Phönix des gelehrten Adels“,⁶⁰⁹ 1787 wurde er Ehrenmitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 1798 Mitglied der „Märkisch-Oekonomischen Gesellschaft“ zu Potsdam.⁶¹⁰

In den folgenden Monaten wuchs die Unzufriedenheit. Lehndorff suchte die Nähe von Menschen, die ihm nützlich werden konnten, wie des Grafen von Podewils in Fredersdorf.⁶¹¹ Nach dem Zweiten Schlesischen Krieg hatte der König Podewils zum Etatsminister ernannt und nach Wien entsandt. Neben seiner Tätigkeit als Diplomat hatte er in Wien sehr gut beobachtete Charakteristiken der Hofgesellschaft, des Kaiserpaars und der Minister aufgezeichnet. 1751 war er nach Preußen zurückgekehrt. Als Wirklicher Geheimer Kriegs-, Etats- und Kabinetts-Minister war er eigentlich für die Außenpolitik Preußens zuständig. Da Friedrich II. diese jedoch selbst bestimmte, blieb Podewils relativ einflusslos. Für Lehndorffs Ambitionen auf Rückkehr in die Diplomatie konnte

⁶⁰⁵ Volz, Briefwechsel des Prinzen von Preußen, S. 134 f.

⁶⁰⁶ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 27.

⁶⁰⁷ Vgl. Meusel, Prinz Ferdinand, S. 128.

⁶⁰⁸ Vgl. ebd. (nach dem 17. August 1753).

⁶⁰⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 370, Bl. 1–4v.

⁶¹⁰ Die Urkunden in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 418.

⁶¹¹ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 63 f.

er nichts bewirken. Er selbst zog sich auf seine Güter zurück. Aber auch Podewils Interesse an Kunst zog Lehndorff an. Mit seiner Gattin hatte er eine große Bibliothek zusammengetragen, besaß eine wertvolle Gemäldesammlung mit Werken von Antoine Pesne, Rembrandt, Cranach und Martin van Meytens und hatte Sammlungen wissenschaftlich-technischer Instrumente und von Naturalien wie Muscheln, Steinen, Pflanzen und präparierten Tieren angelegt.⁶¹²

Schwer tat sich Lehndorff dagegen mit Aufsteigern aus dem Bürgertum wie Staatsminister Rohd, „bürgerlich von Geburt, pedantisch im Amt und unangenehm über alle Begriffe“. Rohd war der Sohn eines Königsberger Bierbrauers. Er hatte sich in der diplomatischen Welt durch seine Tüchtigkeit bis zum Gesandten emporgearbeitet und in die angesehene Familie von Wallenrodt eingeheiratet, mit der auch die Lehndorffs verwandt waren. Als der König ihn zum Oberburggraf von Preußen ernannte, erregte das den „Ärger des ganzen Königreichs, das gewohnt war, dieses Amt den ersten Familien des Landes verliehen zu sehen“. Trotzdem kam Lehndorff nicht umhin, ihm Achtung zu zollen: er habe „alles erreicht, was ein Mann von Stand nur erstreben kann“. Für „Landpomeranzen“ und „Provinzadel“ hatte er nur Verachtung.⁶¹³

Im März 1756 reiste er nach Dresden. Inkognito als „Herr von Steinort“ war er Gast der Gräfin von Brühl, knüpfte Kontakte zu polnischen Adligen, darunter zum Grafen Oginski, der nach der Teilung Polens sein ganzes Vermögen verlieren sollte, und lernte Friedrich August II. Kurfürst von Sachsen kennen, der zugleich König von Polen und Großherzog von Litauen war.⁶¹⁴ Ob die intensiven Beziehungen der Familie zum polnischen Hof und zum polnischen und baltischen Adel noch im 17. Jahrhundert thematisiert worden sind, wissen wir nicht. Möglich aber, dass der Aufenthalt in Dresden Lehndorff die Unzufriedenheit noch tiefer empfinden ließ und dass er vom König nach seiner Rückkehr in seine Schranken als Kammerherr des preußischen Hofes verwiesen wurde: „Ich habe aufgehört, von der Zukunft noch Großes zu erwarten, ich hoffe nichts mehr und will mich fortan bescheiden; das ist für die, welche in unserem Lande leben, der einzig richtige Standpunkt, wenn sie sich nicht zu Tode grämen wollen. Sowie man sich ein hohes Ziel steckt oder dem Vaterland wirklich nützlich sein will, hat man nur unnötigen Ärger zu gewärtigen. Hier hängt alles vom Glück ab. Der König geruht nicht von den jungen Leuten seines Landes Notiz zu nehmen, noch ihre Talente zu prüfen; er bildet sich ein Urteil über uns nach dem Bericht von drei oder vier Menschen, zu deren Charaktereigenschaften nicht Anstand und Ehrlichkeit gehören. So bleiben wir vergessen. Die Kenntnisse, die wir uns erwerben, tragen nur dazu bei, uns unsere Lage noch härter erscheinen zu lassen; das Ende ist die völlige Entmutigung. Ich kann mich als Beispiel anführen. Wenn je ein Mensch dem König ergeben gewesen ist, so war ich es; ich habe ihn geliebt wie meinen Vater und würde ihm alles, was ich teures besitze, geopfert haben. Aber da man mich stets schroff abgewiesen und gekränkt hat, bleibt mir nur der Respekt vor ihm, während ich ihn von ganzem Herzen lieben möchte.“⁶¹⁵

Im Sommer 1756 wurde Wirklichkeit, was Prinz Ferdinand 1751 befürchtet hatte. Während sich Lehndorff in Landsberg aufhielt, um in den Grabgewölben des zerstörten Schlosses seinen angeblich noch immer unversehrten Ahnherrn Otto Freiherr von Schwerin zu besuchen, und auf dem Rückweg dem Zerbster Hof und seinem alten Gymnasium, dem Kloster Berge bei Magdeburg, einen Besuch abzustatten, hatten die Kriegsvorbereitungen begonnen. Die Nachrichten, die ihn erreichten, waren widersprüchlich, nach der öffentlichen Meinung hatte

⁶¹² [https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_von_Podewils_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_von_Podewils_(Politiker)) [4.11.2019]. Vgl. Pisanski, G. C., Von den Bibliotheken, Buchdruckereien und dem Buchhandel im siebzehnten Jahrhundert, in: Neue Preußische Provinzial-Blätter 10 (1850), S. 205 f.

⁶¹³ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 462, 436 ff.

⁶¹⁴ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 254 f.

⁶¹⁵ Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 278 f.

Preußen mit Ausnahme von England fast das ganz Europa zum Feind. Am 26. August war der Krieg sicher, am 27. August wurden die Stadttore von Magdeburg, so sich der Hof aufhielt, geschlossen. Lehndorffs Tagesablauf ging unverändert weiter: „Um 8 Uhr stehe ich auf und lese bis 10; dann kommt mein Musiklehrer und um 11 Uhr mein Vorleser. Währenddes beschäftige ich mich bis 1 Uhr mit Malen.“⁶¹⁶ Erst die Nachrichten von der Grenze zu Russland, die Briefe seiner Mutter und die Briefe des Prinzen Heinrich schreckten ihn auf. Am 22. März 1757 erfuhr er von der Beförderung seines Bruders Gerhard Ernst zum preußischen Hauptmann; im Dezember 1758 wird dieser an den in der Schlacht bei Hochkirch erhaltenen Verletzungen sterben.

Ende Juli hatte sich bereits alles mit Hab und Gut geflüchtet. Lehndorffs Mutter hatte, ebenso wie die Dohnas und die Schliebens, die alten Urkunden der Familie und das Grafendiplom im Königsberger Geheimen Archiv deponiert, gerade noch rechtzeitig, denn kurz darauf wurde Ostpreußen von russischen Truppen besetzt.⁶¹⁷ Nach der missglückten Schlacht von Kolin am 18. Juni 1757 unter dem Kommando des Prinzen August Wilhelm begann man am 7. August 1757 auch in Berlin die Archive fortzuschaffen. Der Zeitpunkt war denkbar schlecht, denn am 28. Juni war die Königin-Mutter verstorben. Am Hof offenbarten sich in den folgenden Tagen Zwietracht, Rangstreitigkeiten und große Ratlosigkeit hinsichtlich des Trauerzeremoniells.⁶¹⁸

In den folgenden 14 Jahren konnte sich Lehndorff um seinen Besitz nur aus der Ferne kümmern. Nur wenige Dokumente sind überliefert, so ein Schreiben wegen der Verordnung über die Erhöhung des Tabakanbaus. Viele hatte dieses „nutzbare Unternehmen“ bereits aufgeben müssen, auch dem Pächter Martin Porschke mangelte es an Land und Gebäuden, um den Anbau zu intensivieren. In den Königlichen Domänen-Ämtern wurde häufig Zustimmung zur Reduzierung der Vorgaben gegeben. In seinen Tagebuchaufzeichnungen Ende 1763 geht Lehndorff auf die Verpachtung von Tabakpflanzungen als neues großes Projekt ein.⁶¹⁹

Heiratspolitik und finanzielle Zwänge

Noch ein anderes Thema bewegte Lehndorff: seine Verheiratung mit Maria von Haeseler. Anfang Januar 1758 hatte der Hof Magdeburg wieder verlassen, den Karneval feierte man schon in Berlin. Ostpreußen war noch immer besetzt. Lehndorffs Mutter befand sich mit ihrer Tochter in Danzig. Die Einkünfte aus den Besitzungen waren bei null, so dass Prinz Ferdinand Lehndorff versicherte: „Ich beklage Sie von ganzem Herzen wegen des üblen Zustands, in dem ihre Ländereien sich befinden, seitdem die Russen im Besitze Ostpreußens sind. Wenn dies ein Trost ist, so haben Sie den, dass ich aufrichtigen Anteil an der Vermögenszerrüttung nehme, in die Sie sich gestürzt sehen, und dass ich bedaure, Sie nicht da herausziehen zu können. Ich täte es gern, wenn meine Börsenverhältnisse nicht meinem guten Willen ein Hindernis setzten.“⁶²⁰ Im Mai 1758 besuchte er seine Schwester Podewils in Stettin. Auch seine Mutter hatte sich hierher durchgeschlagen, die Stadt war zur Sammelstelle des aus

⁶¹⁶ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 88.

⁶¹⁷ GStA PK, XX. HA EM 19 c III, Nr. 15, Bl. 1–3. Ein Teil der Königsberger Archivalien wurde nach Küstrin gebracht, vgl. Wagner/Lange, Das Königsberger Schloss, Bd. 2, S. 47.

⁶¹⁸ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 292 f.

⁶¹⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 387, Bl. 186–186v.

⁶²⁰ Meusel, Prinz Ferdinand, S. 131 f.

Ostpreußen vertriebenen Adels geworden. Auch Staatsminister, die ihre Stellungen hatten verlassen müssen, waren hier versammelt: Obermarschall von Wallenrodt, Justizpräsident von der Groeben, Kanzler von Tettau, Oberburggraf von Rohd, so dass Lehndorff alte Kontakte erneuerte und neue knüpfte.

Dass ein großer Grundbesitz in diesen Jahren nicht gleichzusetzen ist mit Reichtum, zeigen die Eheanbahnungen Ernst Ahasverus Heinrichs, die typisch für auf Familien- und Standesraison basierende, arrangierte Beziehungen sind. 1749 hatte er mit Einverständnis seiner Mutter um die Hand der verwaisten Enkelin der Oberburggräfin von Tettau, Catharine de Rosey, seiner Cousine, angehalten, jedoch erfolglos.⁶²¹ 1751 war er auf Bitten seiner Mutter auf ein weiteres Eheprojekt eingegangen, mit wem ist nicht bekannt.⁶²² Der Plan für eine Eheschließung mit einer Gräfin Einsiedel verlief 1756 ebenso im Sande wie im Juli 1757 eine Beziehung mit dem jungen Fräulein von Hacke, Hofdame der Königin. Am 7. Februar 1759 heiratete Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff Maria von Haeseler in Magdeburg.⁶²³ Deren Mutter Margarete Elisabeth, verw. Haeseler hatte er 1756 bei dem Domherrn von Hardenberg in Magdeburg kennen gelernt, und in Erwägung gezogen, sie eines Tages um die Hand ihrer sehr vermögenden Tochter zu bitten. Als der Hof von Magdeburg nach Berlin zurückkehrte, musste Lehndorff schnell handeln. Die Verlobung hielt ihn nicht davon ab, die Beziehung zu der jungen Hofdame einzugehen, die den ganzen Sommer andauerte. Während eines weiteren Aufenthaltes in Magdeburg im August wurde der Ehevertrag unterzeichnet. Von ihrem väterlichen Vermögen brachte die Braut 40.000 Rtlr. in Friedrichsdor ein, zusätzlich waren ihr 5.000 Rtlr. in Gold zur Ausstattung ausgesetzt. Nach der Vermählung sollten Lehndorff 20.000 Rtlr. ausgezahlt werden, weitere 20.000 Rtlr., sobald die Braut volljährig ist, die bis dahin zu 5 % Zinsen angelegt wurden. Im Fall des Ablebens der Ehefrau ohne Kinder sollte ihr gesamtes Vermögen an Lehndorff fallen.⁶²⁴ Mit 2.000 Rtlr. in der Tasche reiste er ab, um am 1. Dezember 1758 zum Besuch der Braut zurückzukehren. Als er am 11. Dezember wieder in Berlin eintraf, erreichte ihn die Nachricht vom Tod seines Bruders. Seine Mutter, die ebenfalls nach Berlin gekommen war, war mit der Brautwahl unzufrieden. Nach ihrer Auffassung sollten beide Personen vor allem aus gleich guter Familie sein. Marie von Haeseler verfügte zwar über eine große Mitgift, war aber nur die Tochter des deutschen Unternehmers und preußischen Regierungs- und Geheimen Rats im Herzogtum Magdeburg Gottlieb Haeseler. Dieser wiederum war das 10. Kind des berühmten Magdeburger Großkaufmanns und Handelsherrn Valentin Haeseler. 1733 war er in den Adelstand erhoben worden. Seine Ehefrau war die Tochter von Johann Friedrich Haeseler, Kauf- und Handelsmann in Braunschweig. Alle Versuche, den Sohn von der Heirat abzubringen, waren jedoch vergeblich.⁶²⁵

⁶²¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 481.

⁶²² Möglicherweise Frau von Lossow, vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 434.

⁶²³ Das Datum der Eheschließung bei Schwennicke, Stammtafeln (6. Mai 1759) ist falsch.

⁶²⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 23.

⁶²⁵ Auf die Gleichwertigkeit der Herkunft von Eheschließenden war noch im Allgemeinen Landrecht von 1794 abgestellt worden. Hier hieß es, dass „Mannspersonen von Adel mit Weibspersonen aus dem Bauern- oder geringen Bürgerstande keine Ehe zur rechten Hand schließen“ können; zum höheren Bürgerstand zählten öffentliche Beamte (exkl. Subalternen), Gelehrte, Künstler, Kaufleute, Unternehmer erheblicher Fabriken und diejenigen, „welche gleiche Achtung mit diesen in der bürgerlichen Gesellschaft genießen“, vgl. Hattenhauer, Hans (Hrsg.), Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, Berlin 1980, S. 346, §§ 30 und 31. In der Umbruchphase der Napoleonischen Ära verfolgten adlige Familien eine spezifische Heiratsstrategie, die Reif als „Erhaltung adligen Stamms und Namens“ charakterisierte, mit dem Ziel, durch „eheliche Harmonie“ den auf „Anerkennung der familiär-ständischen Verhaltensweisen und Wertewelten“ zielenden sozialisationistischen Erfolg auf Dauer [zu] gewährleisten.“ Reif, Heinz, Erhaltung adligen Stamms und Namens. Adelsfamilie und Statussicherung im Münsterland 1770–1914, in: Bulst, Neithard u. a. (Hrsg.), Familie zwischen Tradition und Moderne. Studien zur Geschichte der Familie in Deutschland und Frankreich vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1981, S. 275–309, hier S. 293.

Die Zeit nach der Eheschließung wurde zur Geduldsprobe: „Meine Schwiegermutter gibt kein Taschentuch heraus, ohne dafür eine Quittung mit meiner und meiner Frau Unterschrift zu fordern. Sie gibt uns höflich zu verstehen, dass sie uns noch nicht zu beerben hoffe und darum zu solchen Vorsichtsmaßnahmen genötigt sei. Im Übrigen bringt sie mich zur Verzweiflung, indem sie mir immer alten Rheinwein und Fasanen vorsetzt. Dieser Fraß ist mir auf die Dauer zuwider; ein Stück Rindfleisch möchte ich haben wollen, um meinen Appetit wiederzubekommen. Ihre Unterhaltung ist noch unangenehmer. Nachdem sie uns mit der albernen Liebelei mit ihrem seligen Gemahl, der ein tüchtiger Mann gewesen sein muss, gelangweilt hat, nachdem sie ausführlich das Thema des Geldausleihens und den Vorteil des Agios behandelt hat, fängt sie wieder von vorn an, und so alle Tage. Als echte Kaufmannstochter sagt sie feierlich: ‚Dieses kostet tausende Talern‘, titulierte ihr Haus ‚mein Schloss‘ und zeigt alle Untugenden der Geldprotzen.“⁶²⁶

In Berlin bezogen die Neuvermählten das Haus des Generals von Königsmarck, jedoch war der Aufenthalt nur kurz, da es verkauft wurde.⁶²⁷ Nachdem die Familie nochmals das Domizil hatte wechseln müssen, kaufte Lehndorff ein Haus, das er nur mit Hilfe seiner Schwiegermutter bezahlen konnte. Ein Faktum, das er mit „Welterfahrung“ vor der Öffentlichkeit verbarg, „wo man glaubt, ich hätte keine Sorgen und lebte in großem Wohlstand.“⁶²⁸ Lehndorffs Mutter lehnte die Schwiegertochter lange ab, „indem sie auf ihre sechzehn Ahnen pocht[e]“. Dagegen wurde sie von den preußischen Höfen, an denen Lehndorff verkehrte, freundlich empfangen. Mit den Verwandten der Ehefrau eröffnete sich dagegen für Lehndorff eine neue Welt. Ein verwandter Kaufmann lud ihn zu einem Abendessen ein: „Ich finde dort mehr als vierzig Personen, lauter reiche Kaufleute und Geheimräte. Die ganze bürgerliche Herrlichkeit ist in ihrem Glanz zu sehen; überall Reichtum, prächtige Kleider und Edelsteine. Eine Frau Wagelin überstrahlt alles, sie ist in einem einer Königin würdigen Geschmack gekleidet. Sie erklärt mir, sie könne keinen Putz leiden, sobald sie wüsste, dass eine andere ihn früher habe als sie, und spricht von tausend Talern wie wir von einem Goldstück. Kurz, ich fühle mich gedemütigt und ich bin überzeugt, wollten wir gegen ihre reellen Vorzüge alle unsere alten Pergamente und Familiendokumente nebst Stammbäumen von zweiunddreißig Ahnen ausspielen, so würden sie uns auslachen.“⁶²⁹

Maria von Lehndorff überlebte ihren 24. Geburtstag nur um acht Tage.⁶³⁰ Auch die vier gemeinsamen Kinder, für die Prinz Friedrich Wilhelm und die Königin neben anderen Hochadligen die Taufpatenschaft übernommen hatten, waren noch im Säuglings- und Kleinkindalter verstorben, was ein Schlaglicht auf die sehr hohe Kindersterblichkeit auch innerhalb des Adels und in Berlin wirft. Auf lange Sicht führte die geringe Nachkommenschaft seit dem 18. Jahrhundert dazu, dass die Familie zahlenmäßig immer sehr klein blieb und im 19. Jahrhundert sogar die Gefahr bestand, dass sie im Mannesstamm ganz aussterben könnte.

1769 ging Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff mit Amelie (Amalie) Caroline Gräfin von Schmettau die zweite Ehe ein. Die Braut brachte 20.000 Rtlr. in die Ehe ein, von denen nach vollzogener Vermählung 10.000 Rtlr. dem Ehemann ausgezahlt werden sollten, die andere Hälfte bei Volljährigkeit der Braut. Im Falle des Able-

⁶²⁶ Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 402.

⁶²⁷ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 403.

⁶²⁸ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 422.

⁶²⁹ Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 431. Möglicherweise handelte es sich um die Ehefrau des Berliner Kaufmanns Wilhelm Caspar Wegely.

⁶³⁰ Da sich beide auf einer Reise befanden, wurde sie am 25. Juli 1766 in Neuwied beigesetzt, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 205, 218.

bens der Ehefrau sollten die 20.000 Rtlr. an Lehndorff fallen, im Falle des Ablebens des Ehemanns dessen bewegliche und unbewegliche Güter an die Ehefrau.⁶³¹ In seinem 1780 aufgesetzten Testament räumte er ihr das Wohnrecht in Steinort und den Besitz des Berliner Hauses nach seinem Ableben ein, das Königsberger Haus sollte geteilt werden.⁶³² Auch diese Ehe fand nicht die Zustimmung der Mutter. Grund war erneut die fehlende lange Ahnenreihe. Die Schmettausche Stammreihe begann erst mit Georg Smet, Kaufmann in Neiße, der 1592 einen böhmischen Wappenbrief erhielt. 1668 wurde die Familie in den böhmischen Adelstand erhoben, die Erhebungen in den Freiherren- und den Grafenstand erfolgten erst im 18. Jahrhundert.⁶³³ Amalies Vater, Carl von Schmettau, war so vermögend, dass er 1760 der schlesischen Stadt Hirschberg ein Darlehen von 40.000 Rtlr. gewähren konnte. Amalie erweiterte sie aus ihrem Vermögen den Lehndorff-Besitz um die Güter Resau, Groß-Guja, Klein Bajohren und Engelstein.⁶³⁴ In ihren Geldgeschäften vertraute die aus Schlesien stammende Amalie nicht auf die Fähigkeiten eines ostpreußischen oder Berliner Bankhauses, sondern auf die Fähigkeiten des Hofrats Johann Gottlieb Uber in Breslau.⁶³⁵ Die Erbteilung nach dem Tod von Lehndorffs Schwiegervater im August 1776 in Stonsdorf wurde eine unschöne Angelegenheit, bei der es um sehr viel Geld ging.⁶³⁶

Aus der Ehe mit Amalie überleben drei Kinder: Carl Friedrich Ludwig, Pauline Luise Amalie und Heinrich August.⁶³⁷ Paten des lang ersehnten Stammhalters des Hauses Lehndorff-Steinort waren die Keyserlingks, Lehndorffs Schwester Marie Eleonore Gräfin von Schlieben, der Oberburggraf von Kunheim und Prinz Friedrich Wilhelm. Die Paten von Pauline Luise Amalie, die ihre Namen dem russischen Großfürsten, der sich gerade in Berlin befand,⁶³⁸ der Prinzessin von Preußen und ihrer Großmutter verdankte, waren Lehndorffs Schwiegervater und seine Schwägerin Schmettau, Frau von Kalnein, geb. Gräfin Dönhoff, Gräfin Schlieben aus Gerdaun, geb. Marwitz, die verwitwete Gräfin Dohna, geb. Gräfin Schwerin, Frau von Wobeser, geb. Kunheim, Staatsminister Graf Schlieben, Graf Dohna-Schlobitten, Graf Dönhoff-Friedrichstein und Hofrat Graf Dohna. Zur Taufe des Jüngsten lud Lehndorff nur die Personen ein, er am meisten schätzte: Großkanzler von Fürst, den Ehemann seiner Nichte Major Graf von Schlieben, den jungen Grafen zu Dohna-Lauck, die Frau des Staatsministers von Dörnberg, die Oberhofmeisterin der Prinzessin Amalie, Herrn von Maupertuis, Frau von Schmettau und Frau von

⁶³¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 93.

⁶³² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 330, Bl. 1–2v.

⁶³³ Vgl. Menges, Franz, (Art.) Schmettau, Freiherren und Grafen von, in: *Neue Deutsche Biographie* 23 (2007), S. 134–135.

⁶³⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 93 (Eheberedung). Privilegien und Dokumente zu den genannten Gütern von 1735 bis 1803 in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 233. Als Resau 1784 wieder zum Verkauf stand, erwarb es Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff.

⁶³⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 298, 299.

⁶³⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 296. 1812 bat Adolph von Dönhoff Amalie von Lehndorff um den Tausch von 42.200 Rtlr. in Ostpreußischen Pfandbriefen gegen Schlesische Pfandbriefe. Aus dem Schriftwechsel wissen wir, dass Amalie von Lehndorff 1783 Schlesische Pfandbriefe in Höhe von 61.020 Rtlr. bei der Schlesischen Generallandschaft deponiert hatte. Wegen der unsicheren Zinszahlung in Ostpreußen tat sich die Gräfin mit dem Tausch schwer, stimmte aber doch einem Tausch im Wert von 7020 Rtlr. zu.

⁶³⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 385, Bl. 67–68v. Anlässlich der Geburt des zweiten Sohnes Louis schrieb Pisanski an Lehndorff: „Was für frohe Aussichten für den Staat und das Vaterland die Vermehrung eines Hauses, dessen Stamm seit Jahrhunderten demselben ehrwürdig gewesen, und dessen zarte Knospen von verbundenen Zweigen zweier so verdienstvoller Familien, als die Gräflinge von Lehndorff und von Dönhoff sind, hervorsprossen!“

⁶³⁸ Er hatte im August 1776 den Berliner Hof und Rheinsberg besucht. Lehndorff hatte Prinz Heinrich nach St. Petersburg begleiten sollen, vgl. Meusel, Prinz Ferdinand, S. 148 f. Pauline heiratete 1796 den Major und Oberstleutnant August Friedrich Philipp Graf von Dönhoff-Friedrichstein, dessen Biographie in: Schultze, Lebensbild, S. 7–13.

Bredow, geb. Gräfin von Podewils. Prinz Heinrich, die Großfürstin von Russland, der regierende Fürst von Anhalt-Dessau und die Fürstin von Anhalt-Bernburg-Schaumburg waren als Taufpaten nicht anwesend.⁶³⁹

Lehndorff in der Berliner Gesellschaft

In der Berliner Gesellschaft, in der der Adel am Ende des 18. Jahrhundert eine „unspezifische Geselligkeit“⁶⁴⁰ praktizierte, war Lehndorff anerkannt, aufgrund seiner Diplomatie angesehen und beliebt, sein Urteil in Literatur und Kunst bei den Prinzen ebenso gefragt wie seine Meinung in politischen und militärischen Fragen.⁶⁴¹ Ein adliger geselliger „Verein“ war die bei Graf Wilhelm von Redern regelmäßig stattfindende „Assemblée de la Société de Journaux et de Livres“ in dessen Haus an der Ecke Lindenstraße/Pariser Platz, in der man sich zu Lektüre, Erfahrungsaustausch und Diskussion zusammenfand. Lehndorff scheint dabei ein gern gesehener Gast gewesen zu sein.⁶⁴² In Rheinsberg verkehrte er in der „Montagsgesellschaft“ des Prinzen Heinrich, nach seiner Zeit am Hof in dessen „Dienstagsgesellschaft“, wenn er in Berlin war.⁶⁴³ Gesellige Vereine hatte er auch bei seinem Aufenthalt in Dresden besucht. Hier war die Große Societät für den Dresdener Adel und den fremden durchreisenden, „wenn er vom Stande ist“ (1771), das Casino, dessen Zweck in der „Erholung durch Tanz, Unterhaltung und Commerce-Spiel“ bestand, sowie die Ressource (1798) als Gesellschaften des Adels bereits im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts entstanden. Man widmete sich dem Lesen, Essen, Spielen, Tanzen und vor allem der Kommunikation, Beschäftigungen, die bei Hof nicht stattfanden oder denen durch das höfische Zeremoniell Grenzen gesetzt waren.⁶⁴⁴

Ihn selbst befriedigte das Hofleben immer weniger, Hof und Gesellschaft langweilten ihn, die Parteibildung zwischen den Höfen schaffte ständigen Unfrieden und nach dem Tod des Prinzen von Preußen wollte er „am liebsten die Gesellschaft und den Hof verlassen. Ich glaube sicher, dass ich mich endlich dazu entschließe, meinen Abschied zu nehmen. Die Gesellschaft hat mich im Anfang meiner Laufbahn zu sehr verwöhnt, ich habe allzu viel Annehmlichkeiten und Auszeichnungen genossen; das lässt sich auf die Dauer nicht ertragen, und ich sehe schon, dass alle meine Pläne und Hoffnungen und die viele Mühe, die ich mir umsonst gegeben habe, um zu Würde und Ansehen zu gelangen, im hintersten Winkel von Preußen ihre Abschluss finden werden.“⁶⁴⁵ Dass

⁶³⁹ Vgl. Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 9, 63 f. Die Briefe Friedrich Wilhelms II. an den Kammerherrn Grafen E. A. H. von Lehndorff, in: Masovia 3 (1897), S. 41–44, hier S. 42 f.

⁶⁴⁰ Marburg, Silke, ... sub estos signis militamus. Adlige Selbstsymbolisierung in der Genossenschaft des Johanniterordens im Königreich Sachsen, in: Marburg, Silke/Matzerath, Josef, (Hrsg.), Der Schritt in die Moderne. Sächsischer Adel zwischen 1763 und 1918, Köln 2001, S. 17–61, hier S. 47.

⁶⁴¹ Vgl. Meusel, Prinz Ferdinand, S. 138.

⁶⁴² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 513, Bl. 3. Graf Redern war wie viele seiner Standesgenossen „Voltairianer“, vgl. Redern, Friedrich Wilhelm von, Unter drei Königen. Lebenserinnerungen eines preußischen Oberstkämmerers und Generalintendanten, aufgezeichnet von Georg Horn, bearb. und eingeleitet von Sabine Giesbrecht, Köln/Weimar/Wien 2003, Einleitung.

⁶⁴³ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 80, 92.

⁶⁴⁴ Vgl. Marburg, Adlige Selbstsymbolisierung in der Genossenschaft des Johanniterordens, S. 38 ff. Die Bestimmungen der Casino-Gesellschaft Dresden und ein Verzeichnis der Mitglieder in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 880.

⁶⁴⁵ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 222.

der König die Kosten des Hoflebens sparte, indem er Stellen des Hofes der Königin-Mutter strich und die Einkommen der Hofdamen reduzierte, machte den Wunsch, am preußischen Hof angestellt zu sein, nicht größer; auch Offiziere erhielten zu Hunderten ihren Abschied.

Johanniterordensritter

1762 erfolgte die Investitur Lehndorffs als Ritter des Johanniterordens auf Schloss Sonnenburg.⁶⁴⁶ Nach den Regularien hatte jeder Anwärter zuvor seinen Taufschein, womit das erforderliche Alter zu belegen war, und ein gerichtliches Attest, dass er in der protestantischen Religion erzogen sei und sich dazu bekenne, einzureichen. Dazu kam der auf einem Pergament-Bogen aufzuzeichnende Stammbaum oder das „Sechzehn Ahnen-Register“, dass die Vorfahren väterlicher- und mütterlicherseits, von „teutscher Herkunft, alt-adelichen Geschlechts und rittermäßig seien“, sowie für die letzten drei Generationen Tag und Ort der Geburt und ggf. des Todes. Die Wappen der Ahnen waren farbig auszumalen. Als eidesstattliche Zeugen waren Johanniterordensritter aus der Provinz, in der Vater bzw. Mutter geboren waren, zu benennen, jedoch durften sie nicht zu den in der Ahnentafel aufgeführten Verwandten gehören. Für die „Ritterschlags-Jura“, Mantel, Ordens-Kreuz und Band und diverse Gebühren waren 360 Rtlr. in Friedrichsdor zu zahlen.⁶⁴⁷ Nach dem Kapitelbeschluss von 1795 wurde das erforderliche Alter auf 24 Jahre heraufgesetzt, auch musste der Kandidat „Militär sein, ein Amt am Hofe haben oder Rat sein oder Ländereien besitzen“. Nur Militärs, die am Krieg teilgenommen hatten, waren von der Altersbegrenzung befreit, die königlichen Prinzen von allen Vorgaben.⁶⁴⁸

Obwohl die Reise zum Ort der Investitur noch deutliche Spuren des Krieges gezeigt hatte, verlief die Zeremonie 1762 mit großem Pomp und großen Gelagen. Die nötige Ausstattung, goldene Spiegeltressen, Ordensstern und Johanniterkreuz, hatten große Summen verschlungen, allein das Johanniter-Ordensband hatte 23 Tlr. gekostet.⁶⁴⁹ Als sein Schwager Schlieben zwei Jahre später in den Ritterorden aufgenommen wurde, zeigte sich, wie sehr die wirtschaftliche Krise auch auf den Adel durchgeschlagen war: Der Erlös einer Kollekte für verarmte Ordensritter betrug nur 100 Louisdor.⁶⁵⁰

Mit der Säkularisierung wurde 1812 auch der evangelische Teil des Johanniterordens, die sogenannte Ballei Brandenburg, als „mit den Ansichten und Bedürfnissen der Zeit nicht mehr vereinbar“ aufgelöst und ihr Besitz eingezogen.⁶⁵¹ Erst 1853 erfolgte durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 13. Februar 1853 deren Neugründung.⁶⁵² Das Recht der Wahl eines neuen Herrenmeisters hatte nach der alten Ordensverfassung den Kommendatoren der einzelnen Kommenden zugestanden. Da kein früherer Komtur der Ballei Brandenburg mehr am Leben war, wurden die letzten acht noch lebenden Ritter, die noch nach altem Ritus in Sonnenburg zu Ordensrittern geschlagen worden waren, zusammengerufen, um ein Kapitel zur Wahl des neuen Herrenmeisters zu bilden. Carl

⁶⁴⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 118 (1759). Zur Neubegründung der Ballei Brandenburg im 19. Jahrhundert als „Mustergenossenschaft für den deutschen Adel“: Marburg, Adlige Selbstsymbolisierung in der Genossenschaft des Johanniterordens, S. 17–61.

⁶⁴⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 54 (Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehndorff), Nr. 55 (Carl Friedrich Ludwig Graf von Lehndorff).

⁶⁴⁸ Vgl. Meusel, Prinz Ferdinand, S. 152.

⁶⁴⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 41 und 252.

⁶⁵⁰ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 411 f.

⁶⁵¹ Vgl. Winterfeld, Adolf Wilhelm, Geschichte des Ritterlichen Ordens St. Johannis vom Spital zu Jerusalem. Mit besonderer Berücksichtigung der Ballei Brandenburg oder des Herrenmeisterthums Sonnenburg, Berlin 1859, S. 764–772, Zitat S. 764.

⁶⁵² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 54 (Abschrift).

Friedrich Ludwig Graf von Lehndorff, Sohn von Ernst Ahasverus Heinrich, der mehr als zwanzig Jahre nach seinem Vater, 1783, zum Ordensritter geschlagen worden war, gehörte neben dem Landrat a. D. Graf von Zieten-Wustrau, dem Generalleutnant a. D. von Miltitz, dem königlich-sächsischen Minister Graf von der Schulenburg-Closterade, Graf Ferdinand zu Stolberg-Wernigerode, dem regierenden Grafen Heinrich zu Stolberg-Wernigerode, von Behr-Negendank zu Kabelsdorf bei Ribsees und dem Erb-Oberlandmundschenk Graf Henkel von Donnersmarck zu den Auserwählten. Aufgrund seines hohen Alters durfte er die Wahl schriftlich vollziehen. In seiner Antwort hatte Lehndorff geschrieben, er würde sich „unbedenklich und sehr gern an einer solchen Stiftung“ beteiligen und gebe im Voraus seine Zustimmung zu den Statuten und Beiträgen, „welche in Folge der in Aussicht gestellten desfallsigen Zusammenkunft in Königsberg festgestellt werden sollten.“ Angesichts der geringen Zahl der Ordensritter in der Provinz und der unzureichenden Mittel halte er es für sinnvoll, wenn die Beiträge nicht zu Provinzial-Stiftungen verwendet, sondern genutzt würden, „um in Sonnenburg eine umfassendere und erfolgreichere Stiftung der Art zu begründen oder diese Beiträge für eine schon bestehende Wohltätigkeits- oder Kranken-Pflegeanstalt wie die Diakonissen-Anstalt in Königsberg zu verwenden.“⁶⁵³

Mit Lehndorffs Stimme wurde am 17. Mai 1853 Prinz Carl von Preußen zum Herrenmeister des Ordens eingesetzt. Das erste Ordenskapitel tagte am 23. Juli 1853 und entwarf die Statuten, welche durch Urkunde vom 8. August vom König als Protektor des Ordens genehmigt wurden. Analog zu den acht preußischen Kirchenprovinzen wurden acht Provinzialgenossenschaften ins Leben gerufen: Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen-Westpreußen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rheinland.⁶⁵⁴

Auch alle späteren Herren von Steinort gehörten dem „ritterlichen Orden St. Johannis vom Spital zu Jerusalem“ an. Der Enkel des Kammerherrn, Carl Meinhard von Lehndorff, wurde 1858 gegen 300 Rtlr. „Eintrittsgeld“ als Ehrenritter in den Orden aufgenommen.⁶⁵⁵ Seinen Ritterbrief als Rechtsritter des Ordens erhielt er 1878 durch Prinz Friedrich Karl von Preußen als Herrenmeister der Ballei Brandenburg, nachdem dieser ihn nach altem Brauch zuvor zum Ritter geschlagen und investiert hatte.⁶⁵⁶ Lehndorff unterstellte sich der Provinzial-Genossenschaft des Johanniter-Ordens in der Provinz Preußen, die dem Kammerherrn und Legationsrat Burggraf und Graf Friedrich zu Dohna-Schlobitten als Kommendator unterstand.⁶⁵⁷

⁶⁵³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 54 (Stollberg an Lehndorff, 13. Februar 1853); Antwortkonzept in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 28.

⁶⁵⁴ Die auf Vorschlag des Konvents und Kapitelbeschluss zum Ritter geschlagenen Personen waren Rechtsritter des Ordens. Von ihnen unterschieden sich die Ehrenritter, Beitrag zahlende Mitglieder mit Stimmrecht auf den Rittertagen. Da seit der Neugründung auch Nobilitierte zugelassen waren, war die frühere Ahnenprobe obsolet, trotzdem wurde darauf geachtet, als Ehrenritter keine neu nobilitierten Personen zu empfehlen. Das „Ahnenproblem“ wurde erst 1889 aufgehoben, als Voraussetzung blieben das Mindestalter von 30 Jahren und „eine der Würde des Ordens entsprechende Stellung“, die bei Militärangehörigen dem Rang eines Hauptmanns oder Rittmeisters entsprach. Die regelmäßigen Beiträge der Vereinsmitglieder in die Kassen der Genossenschaften und das „Eintrittsgeld“ (300 Tlr., der Schlag zum Rechtsritter kostete 100 Tlr., Dekoration und Mantel 50 Tlr.) unterschieden den „neuen“ Orden von dem vor 1810 grundlegend. Marburg spricht von einem „kontrollierten Kooptationsverfahren“, vgl. Dies., Adlige Selbstsymbolisierung in der Genossenschaft des Johanniterordens, S. 19 ff.

⁶⁵⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 53.

⁶⁵⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 555.

⁶⁵⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 45: Liste der Mitglieder der Provinzialgenossenschaft des Johanniter-Ordens, 1854–1881.

Schon seit seiner Ankunft in Berlin 1740 hatte Lehndorff tägliche Aufzeichnungen gemacht, von denen jedoch nur wenige lose Blätter erhalten sind.⁶⁵⁸ Die uns in einigen Bänden überlieferten Tagebuchaufzeichnungen in Folianten begann er am 1. April 1750. Weit entfernt vom üblichen Hofklatsch reflektierte er seine Tätigkeit am preußischen Hof, das Hofleben, charakterisierte Fürstlichkeiten, Gesandte und Hofbeamte, mit denen er täglich in Kontakt kam, und zeigte sich darin als amüsanter Erzähler. Seine Beziehungen zu den Brüdern Friedrichs des Großen, dem „göttlichen Trio“, insbesondere aber zum verehrten Prinzen Heinrich, nahmen viel Raum ein. Seine Reisen, sein Interesse an Philosophie, seine Kritik an der gesellschaftlichen Moral stehen gleichberechtigt neben politischen Ausführungen über die Beziehungen zu Russland. Mit dem von Berlin so fernen Steinort blieb er eng verbunden. Mit diesem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten literarischen Medium gelang es ihm, die Enttäuschung über das Leben am Hof zu verarbeiten. Die Tagebücher, die Lehndorff nach seiner Kammerherrenzeit bis zum 8. Oktober 1806 fortsetzte, gelten noch heute als bedeutender Zeitzeugenbericht über das Hofleben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.⁶⁵⁹ Auch seine Ehefrau Amalie hatte er nach der Rückkehr nach Steinort mit dem Schreiben eines Tagebuchs „angesteckt“, jedoch enthalten ihre für die Jahre zwischen 1806 und 1829 gemachten Aufzeichnungen ausschließlich Eintragungen über das gesellschaftliche Leben, über Besuche und Ereignisse.⁶⁶⁰

Beim Lesen der privaten Aufzeichnungen Lehndorffs wird das Dilemma sichtbar, in dem sich der ostpreußische Adlige Zeit seines Lebens befand. Eine deutliche Kritik des ostpreußischen Adels an der Politik der Hohenzollern gegenüber den Ständen war 1740 bei der Huldigung durch Landdirektor von der Groeben namens der Stände ausgesprochen worden.⁶⁶¹ Unabhängig davon hatte der ostpreußische Adel den Treueeid auf den König geleistet. Lehndorff diente am Hof, in engster Nähe zum Monarchen. Schon am Beginn seines Hofdienstes bewegten den erst 20-Jährigen kritische Gedanken über seinen Landesherrn, den er trotzdem unendlich bewunderte und dem er nie die Loyalität versagte. Als sein Kammerdiener im Frühjahr 1757 über die Zeitereignisse räsonierte und über den König sein „Missvergnügen“ äußerte, war es für ihn selbstverständlich, den Diener zu entlassen, von dem er sich eigentlich nie trenne wollte.⁶⁶² Lehndorff hatte genügend Gründe, mit seinem Landesherrn unzufrieden zu sein: „Er hat mir eine feste Versorgung versagt, er hat mir Dinge versprochen, deren Erfüllung ich niemals erwarte“, doch müsse man „vernünftig sein und nicht zu viel von einem König verlangen“. Da er auf Berichte anderer angewiesen sei, müsse er nach Möglichkeiten suchen, seine Leute kennen zu lernen und dürfe nicht blind glauben, da Berichte „gewöhnlich von Missgunst diktiert sind. Es ist immer besser, sich ein eigenes Urteil zu bilden, als dem eines anderen zu trauen.“ Er dürfe auch nicht die Einsamkeit lieben, müsse großmütig

⁶⁵⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 479, 486.

⁶⁵⁹ Von den ursprünglich 18 Bänden befinden sich noch vier im Staatsarchiv Leipzig, zwei davon aus der Kammerherrenzeit, vgl. Gentsch, Dietlind, Starthilfe für einen Reichsgrafen. Aus dem Archiv der Familie von Lehndorff auf Steinort, in: Sächsisches Archivblatt 2 (2002), S. 16 f. Zu den Tagebüchern auch: Hase, Die friderizianische Monarchie im Mittelpunkt, S. 88–110. Zum Zweck des Tagebuchs als Ort der Selbsterkenntnis und Medium der Selbstbeobachtung: Niggel, Günter, Zur Säkularisierung der pietistischen Autobiographie im 18. Jahrhundert, in: Ders., Studien zur Autobiographie, Berlin 2012, S. 94–113; zur Öffentlichkeit privater Dokumente: Wuthenow, Ralph-Rainer, Europäische Tagebücher. Eigenart – Formen – Entwicklung, Darmstadt 1990.

⁶⁶⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 505, 506.

⁶⁶¹ Vgl. Wadzeck, Friedrich, Wippel, Wilhelm, Geschichte der Erbhuldigungen der Preußisch-Brandenburgischen Regenten aus dem Hohenzollernschen Hause, Berlin 1798, S. 10–14.

⁶⁶² Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 1, S. 100.

sein, Indiskretion sei „bis zu einem gewissen Grade“ bei einem König hilfreich, denn es „würde viele schlechte Geister abhalten, ihrem Herrn falsche Berichte abzustatten, aus Furcht, dass er sie anderen mitteilt. [...] Er gehört seinen Untertanen an, er muss sie hören und mit ihnen leben.“⁶⁶³

Von seiner kritischen Beurteilung der Einziehung junger ostpreußischer Adliger zum Militär, in den Tagebüchern reflektiert, ist in seinen Briefen nichts zu finden. Friedrich II. hatte im Oktober 1766 die Söhne adliger ostpreußischer Familien einberufen lassen: „Irgend ein Übelgesinnter hatte dem König eingeredet, der Adel dieses Landes zeige gar keine Lust zum Dienen, und Seine Majestät war dadurch auf den Gedanken gekommen, die ganze dortige Jugend aus ihrer Heimat fortzubringen.“⁶⁶⁴ Auch Lehndorffs Neffe Schlieben, der gerade sein Studium beendet und eine Anstellung in der Justiz gefunden hatte, war betroffen. Lehndorff bemühte sich mit Hilfe seiner Kontakte in die Berliner Gesellschaft und zum Großkanzler Jariges dem Neffen eine Referendarstelle in der Provinz zu verschaffen und ihn somit vor dem Militär zu bewahren, vergeblich. Im Februar musste er eine Fähnrichstelle im Regiment Anhalt-Bernburg in Halle antreten, wo er „auf Wache zieht und von der Wache kommt und die Zeit totschlägt, ohne jemals nach eigenem Gutdünken über sie zu verfügen.“⁶⁶⁵ Lehndorffs Meinung wandelte sich jedoch im März 1768 und angesichts eines möglichen Krieges: „Ich freue mich sehr darüber, dass er im Militärdienst ist, und besonders, dass er Gefallen daran findet. Der Adel muss dienen, und wenn ich zehn Söhne hätte, müssten alle Militärs werden.“⁶⁶⁶ Später wird sein Neffe große Schulden machen, Lehndorffs Nichte und Lehndorff selbst hineinziehen, in der Festung Magdeburg landen und trotzdem zum Major befördert werden.⁶⁶⁷ Anders als Briefe, waren Lehndorffs Tagebücher nicht für Fremde bestimmt. Ihnen gegenüber, nach „außen“, war er zurückhaltend, konservativ und loyal. Als 1793 die Tochter Friedrich Wilhelms II. aus dessen Beziehung mit Sophie Juliane von Dönhoff geboren wurde, wurden Lehndorff und dessen Frau Paten als „Beweis von Freundschaft und Zuneigung.“⁶⁶⁸

Noch am Ende der 1790er Jahre war Lehndorff im öffentlichen Bewusstsein der Mittelsmann zum Hof und zum Monarchen. Grenadier Leonhard aus Maxkeim hofft auf dessen Unterstützung, um in Berlin eine jugendliche Schauspieltruppe zu bilden, um französische Komödien aufzuführen. Lehndorff sei der „Mäzen der Talente“. Zugleich baten dessen Geschwister, Lehndorff möge sich beim König für die Beförderung des in Potsdam beim Regiment Leibgarde stationierten Bruders verwenden. Beide Bitten blieben ungehört und verschwanden in den Akten des Geheimen Kämmerers Johann Friedrich Ritz.⁶⁶⁹ Mit den neuen Strukturen der Verwaltung war

⁶⁶³ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 50.

⁶⁶⁴ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 43 f., 53 (Zitat).

⁶⁶⁵ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 33 f. Siehe auch Göse, Frank, Zwischen Garnison und Rittergut. Aspekte der Verknüpfung von Adelforschung und Militärgeschichte am Beispiel Brandenburg-Preußens, in: Pröve, Ralf (Hrsg.), *Klio in Uniform? Probleme und Perspektiven einer modernen Militärgeschichte der frühen Neuzeit*, Köln 1997, S. 109–14, hier S. 120. Neugebauer, *Adel in Preußen*, S. 70, sieht als Grund die „Opposition zur Hohenzollerndynastie“ und erkennt darin das Bestreben, „in besonderem Maße vom Staatsdienst Abstand zu wahren“. Zumindest im vorliegenden Fall ist das nicht zutreffend, denn Schlieben hatte nach seinem Studium eine Stellung im Staatsdienst angestrebt, die durch die Einberufung zunichte gemacht wurde.

⁶⁶⁶ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 104.

⁶⁶⁷ Zum Prozess: Straubel, Rolf, „Er möchte nur wissen, daß die Armée mir gehört.“ Friedrich II. und seine Offiziere: *Ausgewählte Aspekte der königlichen Personalpolitik*, Berlin 2012, S. 60 f.; StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 155–156; Nr. 385, Bl. 51. Auch an Lehndorff richteten sich Regressforderungen, ebd., Nr. 347.

⁶⁶⁸ Die Briefe Friedrich Wilhelms II. an den Kammerherrn Grafen E. A. H. von Lehndorff, S. 44.

⁶⁶⁹ GStA PK, BPH, Rep. 192 Nachlass Ritz, Johann Friedrich, Nr. 1249, n. f.

Lehndorff nach 1799 nicht mehr vertraut. Seine Fürsprache für einen Post-Sekretär scheiterte an der Bürokratie und am nicht eingehaltenen Instanzenweg.⁶⁷⁰

Lehndorff führte eine umfangreiche Korrespondenz, in der die Finckensteins, die Dönhoffs, die Schliebens, die Dohnas zu den regelmäßigen Korrespondenzpartnern gehörten. Da die Briefkonzepte nicht überliefert sind, lassen sich die Inhalte, die zur Sprache kamen, nur aus den darauf gegebenen Antworten rekonstruieren. Dass dieser Briefverkehr eine gewisse Regelmäßigkeit entfalten konnte, verdankte Lehndorff der nach 1723 durch Friedrich Wilhelm I. angeordneten Ausdehnung der Posten über ganz Ostpreußen. Ihm hatte die durch reitende Boten beförderte Ämter- und Schulzenpost nicht mehr genügt. Bei der Revision des Etats 1720 hatte er die betreffende Position gestrichen und daneben geschrieben: „ordentliche Posten anlegen wie in der Kurmark. F. W.“⁶⁷¹

Verbindungen zur polnischen Aufklärung und in den baltischen Adel

Der ostpreußische Adel stand seit jeher in unmittelbarer Verbindung zu den geistigen Strömungen Europas, hatte doch das frühere Herzogtum jahrhundertlang eine eigene politische Existenz geführt. Seit der Königskrönung war man als politischer Raum in Preußen eingebettet, blieb aber in die Gesamtheit des nordosteuropäischen Lebens kulturell und geistig einbezogen und berührt von den Belangen der Ost- und Nordseestaaten.

Spätestens nach der endgültigen Rückkehr des Grafen Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff nach Ostpreußen wurde Steinort als „Sitz der Freuden und des Vergnügens“⁶⁷², wie es Karl Leopold von Schlieben nannte, bekannt, ein Ruf, der ihm bis in das 20. Jahrhundert erhalten bleiben sollte und es zum Anziehungspunkt für die über Ostpreußen hinaus verzweigte Familie und für Freunde, aber auch für Vertreter von Verwaltung, Militär, Diplomatie und Kirche, für den Berliner Hof, für Wissenschaftler und Künstler werden ließ. Ernst Ahasverus Heinrich pflegte in Steinort nicht nur mit dem führenden Repräsentanten der polnischen Aufklärung, dem Fürstbischof von Ermland Ignatius (Ignacy) Krasicki (1735–1801)⁶⁷³ eine enge freundschaftliche Beziehung. Auch mit den Pisanskis, dem Theologen, Literaturhistoriker und entschiedenen „Feind der starren Orthodoxie“⁶⁷⁴ Georg Christoph Pisanski und dessen Bruder, dem Pfarrer Jacob Ludwig Pisanski in Angerburg, bildete er einen „Kreis eng befreundeter Nachbarn“.⁶⁷⁵

⁶⁷⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 385, Bl. 76.

⁶⁷¹ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 282 f.

⁶⁷² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 19–20. Nach Sophie Schwerin entschädigten „für die geselligen Verhältnisse Berlins [...] die Besuche der Lehndorffschen Familie und des Grafen Dohna-Lauck“, zu den „befreundeten Namen“ rechnet sie auch die Eulenburgs, Klinckowströms, Gröbens, Schliebens, S. 44.

⁶⁷³ Vgl. Hartmann, Stefan, Ignacy Krasicki als Erzbischof von Gnesen im Spiegel der Quellen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem, in: Między zachodem a wschodem. Studia ku czci Prof. Jaxka Staszewskiego, Toruń 2003, S. 219–238. Kurzvita in: Bömelburg, Friedrich II., S. 101 ff.

⁶⁷⁴ Toeppen, Geschichte Masurens, S. 404.

⁶⁷⁵ Vgl. Klimowicz, Mieczysław, Deutsch-polnische literarische Grenzgebiete im 18. Jahrhundert. Probleme der Teilhabe an beiden Kulturen, Berlin 2004, S. 117. Die Brüder Pisanski waren Söhne von Christoph Pisanski, von 1722 bis 1757 Diakon in Johannisburg, und Catharina Lovisa Helwing, Tochter des Propstes Helwing in Angerburg, vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 402 f. (Biografie von Georg Christoph P.).

Die persönliche Bekanntschaft mit Ignatius Krasicki geht auf die Zeit Lehndorffs am preußischen Hof zurück. Auf der Rückkehr von seinem Steinort-Besuch 1767 hatte Lehndorff Heilsberg, die Residenz der Bischöfe von Ermland, passiert und in seinem Tagebuch notiert: „Der jetzige ist ein Graf Krasicki, ein noch junger und liebenswürdiger Herr, der sich aber fast immer in Warschau aufhält, da er ein großer Günstling des Königs von Polen ist. Am anderen Morgen besichtige ich die bischöfliche Residenz und fahre wieder weiter.“⁶⁷⁶ Im März 1769 begegneten sich beide erstmals in Berlin. Der Fürstbischof befand sich auf dem Weg nach Frankreich, um den „Wirren in Polen aus dem Wege zu gehen“. Von der Fürstin Sapieha miteinander bekannt gemacht, begleitete Lehndorff Krasicki nach Charlottenburg und Schönhausen.⁶⁷⁷ Mit der ersten Teilung Polens wurde Krasicki zum preußischen Untertan. Als der hoch verschuldete Fürstbischof im Dezember 1772 an den preußischen Hof kam, um Auskunft über seine ermländischen Befugnisse zu erhalten, war es Lehndorff, der ihm den Weg in die Hofgesellschaft bahnte. Fortan bestand zwischen Krasicki und dem „cher ami“, „cher Comte“ oder „compagnon de Socrates“, wie er Lehndorff in seinen Briefen nannte, eine enge Verbindung. Man begegnete sich in Heilsberg, in Königsberg, Steinort oder Dönhoffstädt, wiederholt verbrachte Krasicki den Winter in Berlin oder Potsdam am Hof Friedrichs II. und besuchte im Frühjahr Prinz Heinrich in Rheinsberg.⁶⁷⁸ Nach einem dieser Besuche in Heilsberg (Juli 1773) schrieb Lehndorff: Krasicki sei ein „reizender Mann von hervorragenden Geistesgaben und dabei so ungezwungen wie möglich. Er zeigt mir eine ganze Menge Sachen, Möbel, Statuen, Kupferstiche, alles von außerordentlicher Schönheit.“ Jedoch sei er ohne „Eitelkeit“. Im August kam Krasicki nach Steinort, „le plus agréable château de la Prusse“, wie er es nannte, und reiste gemeinsam mit Lehndorff nach Białystok zur Schwester des Königs von Polen und Gemahlin des Großhetmanns Branicki.⁶⁷⁹ Am 1. November 1773 weihte er persönlich die Berliner Hedwigskirche, ein öffentlichkeitswirksamer Erfolg für Friedrich II. bei seinen katholischen Untertanen, den er Krasicki finanziell honorierte.⁶⁸⁰ Im gleichen Maße, wie sich Krasickis Verhältnis zum preußischen Hof positiv entwickelte, verschlechterte sich das Verhältnis zum Warschauer Hof, der ihm Opportunismus vorwarf, in der Folge brach der Kontakt für Jahre ab.⁶⁸¹

Im Mai 1775 kam Krasicki erneut nach Steinort. Das ländliche Leben unterbrachen Besuche und Feierlichkeiten, die Lehndorff für ihn veranstaltete. Über dessen längeres Stillschweigen beschwerte sich Krasicki. Er wisse, dass das Landleben seinen Reiz, die Stadt ihre Freuden habe – aber trotzdem könne Lehndorff doch einen Moment der Ruhe finden, um ihm zu schreiben.⁶⁸² Spätestens jetzt ist davon auszugehen, dass sich zwischen beiden „Kosmopoliten“, unabhängig von Religion und Sprache, eine Freundschaft entwickelt hatte. Solch ein eher im bürgerlichen Umfeld zu verortender „Freundschaftskult“ war noch eine Ausnahme und ging über das hinaus, was in aristokratischen Kreisen üblich war.⁶⁸³ Im Mai 1776 und August 1778 begegneten sich beide in Heilsberg,

⁶⁷⁶ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 82. Siehe auch Hartmann, Krasicki, S. 219–238; Pieper, Katarzyna, Krasicki und Lehndorff – Geselligkeit als Bindeglied einer polnisch-preußischen Freundschaft, in: Lewandowska, Liliana u. a. (Hrsg.), *Vergangenes in Erinnerung rufen ... Beiträge zur Kulturgeschichte des Königlichen Preußens*, Münster 2014, S. 67–74.

⁶⁷⁷ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 145. Siehe auch Mikulski, Korespondencja, Bd. 1, S. XLIV.

⁶⁷⁸ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 268, 273 f. Siehe auch Mikulski, Korespondencja, Bd. 1, S. XLV ff., LV.

⁶⁷⁹ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 280 f. Siehe auch Mikulski, Korespondencja, Bd. 1, S. XLVI, S. 254 f. (21. August 1773).

⁶⁸⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/St.-Hedwigs-Kathedrale> [29.10.2019].

⁶⁸¹ Vgl. Pieper, Krasicki, S. 69.

⁶⁸² Mikulski, Korespondencja, Bd. 1, S. 274 f.

⁶⁸³ Vgl. Pieper, Krasicki, S. 67, 72.

neben Schmolainen Krasickis Lieblingsresidenz, die mit ihren Parkanlagen und Gärten zu den schönsten Begegnungsorten der preußischen Aristokratie zählte und die Lehndorff „Insel Kalypso“ nannte.⁶⁸⁴ Krasicki bat Lehndorff um Gefälligkeiten und um die Übersendung des ihm versprochenen Porträts des Bischofs von Lehndorff sowie um zwei weitere Bilder für seine Porträtsammlung.⁶⁸⁵ Eine gemeinsame Reise nach Warschau kam nicht zustande, aber auch ohne Krasickis Begleitung bereitete die polnische Aristokratie Lehndorff in Warschau einen herzlichen Empfang.⁶⁸⁶ Kleinere Reisen nach Białystok und Danzig folgten und auch hier begegnete Lehndorff zahlreichen Vertretern des polnischen Adels, die er zum Teil noch aus seiner Zeit am preußischen Hof kannte.

Am 24. April 1779 kam Krasicki mit Carl August von Pöppelmann⁶⁸⁷ nach Steinort, um den Geburtstag der Gräfin zu feiern. Im Januar 1780 trafen sich Lehndorff und Krasicki in Frauenburg, im September war der Erzbischof mehrere Tage Gast in Steinort und wurde mit Illumination, Gesprächen, Ausflügen und Theatervorführen unterhalten.⁶⁸⁸ Für die Aufführungen muss es sogar eine Bühne gegeben haben, hier hatten Cembalo, Hammerklavier und das „in der romantischen Mahagoni-Zeit gebaut[e]“ und „hochstehend wie eine Giraffe, in Imitation einer antiken Lyra geformt[e]“ Klavier ihren Platz.⁶⁸⁹ In den nächsten Jahren kam es zu weiteren Begegnungen. Da Krasicki nicht mehr so häufig reiste, konnte er sich seinen persönlichen Interessen wie Schreiben, Theater, Kunstsammlung und Gartenkultur widmen, die er mit Lehndorff teilte und worüber beide ausführlich korrespondierten.⁶⁹⁰ Im Januar 1790 lud Krasicki den Freund ein: „Wir könnten in meinem Theater, wo bereits seit dem 1. [Januar] deutsche Komödien gespielt werden, auch französische Stücke aufführen. Sie werden Ihnen gefallen. Es wäre uns eine Ehre, wenn Sie an unserem Karneval teilnehmen würden.“⁶⁹¹ Im September 1791 begleiteten Lehndorffs Frau und Tochter Pauline ihn nach Heilsberg. Krasicki kam im Oktober zum Gegenbesuch nach Steinort und nach Dönhoffstädt.⁶⁹² Auch Krasickis „Lieblings-Nichte“ Anna Charczewska kam in den Genuss

⁶⁸⁴ Vgl. Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 2, S. 473. Siehe auch Pieper, *Krasicki*, S. 70.

⁶⁸⁵ Vgl. Kolberg, A., *Die Porträtsammlung des ermländischen Bischofs Krasicki*, in: *Zeitschrift für die Geschichte und Alterthumskunde Ermlands* 7 (1881), S. 60–78, hier S. 75. Die Sammlung von „Kupferstichen, Federzeichnungen, Tuschbildern, Holzschnitten“ in „45, mit einem Katalogzeichen nicht versehenen Doppel-Folio-Bänden“ befand sich in der Kartensammlung der Königlichen Bibliothek zu Berlin. Sie enthielt die Porträts der Päpste, vieler Herrscherfamilien, Kardinäle, Minister, Generäle, Gelehrter, Künstler sowie Perspektiven von Städten und Landschaften, französische, italienische, deutsche und polnische Darstellungen. In Bd. V II enthielt sie von Nr. 323–473 eine „zusammenhängende Serie von Portraits der ermländischen Bischöfe“, darunter mit der Nummer V II 449 „Paul von Legendorf. Oben die Zahl 44. Im Medaillonrand: Paulus de Legendorf, Ep. Varm. Die Figur baarhaupt. Überwurf am Rand verziert und durch Agraffen zusammengehalten. Wappen 450: im blauen Schilde ein abgehauener Eichenstamm mit mehreren Reihen von drei grünen Eichenblättern zur Seite des Stammes. Ohne Mitra und Stab.“ Dabei handelte es sich um Paul von Legendorff, Schwager Fabian von Lehndorffs, vgl. Sommerfeld, *Drei Handfesten*, S. 147 f.

⁶⁸⁶ Vgl. Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 1, S. 283–285, 317 f.

⁶⁸⁷ Um 1741–1805. Er war ab 1779 Domherr in Frauenburg und ein enger Mitarbeiter Krasickis. Er soll mehrere Sprachen gesprochen und den Fürstbischof auf seinen Reisen begleitet haben. 1793 und 1794 leitete er das Bistum während der Abwesenheit des Bischofs. Zu seinen engen Freunden gehörte Graf Lehndorff. <http://christa-poeppelmann.de/willkommen/stammbaum/stherford/hjohan1/hheinrich2/hheinrich3/md/cfriedrich/> [29.10.2019].

⁶⁸⁸ Vgl. Pieper, *Krasicki*, S. 71. Zu den häuslichen Festen: Sophie Schwerin, S. 48 ff.

⁶⁸⁹ Vgl. Klotboom-Klootweitschen, *Der Carol*, S. 105 f.

⁶⁹⁰ Vgl. Pieper, *Krasicki*, S. 70.

⁶⁹¹ Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 2, S. 449–453. Für die Übersetzung danke ich Katarzyna Pieper.

⁶⁹² Vgl. Mikulski, *Korespondencja*, S. XLVIII f., L, LIV, VXXVI f.

der berühmten Steinorter Gastfreundschaft.⁶⁹³ Im August 1779 kam Lehndorff mit seiner Frau nach Heilsberg, um einem von Krasicki veranstalteten Konzert mit deutschsprachiger Theatervorführung beizuwohnen.⁶⁹⁴

Die Ansichten Krasickis, der zu dem polnischen König Stanislaw August Poniatowski eine ebenso enge Beziehung gepflegt hatte wie nach der Teilung Polens zu seinem neuen Landesherrn, die philosophischen und künstlerischen Interessen des Dichtersfürsten und nicht zuletzt dessen intellektuelle Fähigkeiten und dessen Humor waren das Bindeglied zu Lehndorff wie zu Friedrich II. Hier begegneten sich Schriftsteller, Satiriker und Kunstkenner auf Augenhöhe, war Krasicki doch in den 1770er Jahren der kreativste polnische Schriftsteller der Aufklärung; seine polnischsprachigen Erziehungswerke, Fabeln und Satiren fanden in Polen große Resonanz. Aber auch in den aufgeklärten Grundüberzeugungen, in ihren Toleranzgrundsätzen, in der Ablehnung fehlender Reformbereitschaft und religiöser Bigotterie fand sich alle drei in Übereinstimmung. Inwieweit der „preußisch-polnische Antagonismus“ (Hartmann) – absolut regierter und verwalteter preußischer Staat versus republikanische Freiheit des polnischen Adels – und die politischen Ansichten des Fürstbischof von Ermland in den philosophischen Gesprächen der berühmten Tafelrunde eine Rolle spielte, ist nicht bekannt.⁶⁹⁵ Im Widerspruch zu Krasickis bürgerlich-aufgeklärter Geisteshaltung stand dessen fürstlich-aufwendige Lebenshaltung, die nach der Konfiskation der geistlichen Güter der finanziellen Grundlage entbehrte. Dessen ständige Schulden trotz hoher königlicher Zuwendungen waren Lehndorff ein Dorn im Auge: „Der Bischof von Ermland, Krasicki, hält sich ebenfalls hier auf [Rheinsberg, Juni 1777]. Er ist immer liebenswürdig, obwohl er vollständig ruiniert ist, so dass er nicht die geringsten Aufwendungen machen kann. Er kennt die alten und die neuen Dichter auswendig, ebenso kennt er die Werke der bedeutenden Maler und Schriftsteller, aber er weiß nicht mit 10 Talern zu rechnen und wird noch einmal auf dem Düngerhaufen sterben. Da soll mir noch einer sagen, dass Geist zu etwas gut ist!“⁶⁹⁶

Lehndorff vermittelte Krasicki den Kontakt zu zeitgenössischen Dichtern wie Klopstock und möglicherweise auch zu Vertretern der deutschen Aufklärung in Berlin wie Mendelssohn, Nicolai, Ramler u. a., Krasicki bot im Gegenzug seine reichhaltige Bibliothek für Forschungen an.⁶⁹⁷ Möglich, dass Lehndorff ihn auch mit Goethe bekannt machte, der sich 1785 mit dem Herzog von Weimar in Berlin aufhielt. Lehndorffs Urteil über ihn war hart: Er sei „sehr lakonisch“ und „hochmütig“ und „dünkt sich augenscheinlich zu sehr als Grandseigneur, um noch als Dichter zu gelten.“⁶⁹⁸ Neben ihrer in französischer Sprache geführten Korrespondenz über alte und zeitgenössische Literatur, wobei Krasicki deutsche Schriftsteller wohl auch im Original las, tauschten sie sich über

⁶⁹³ Vgl. Pieper, Krasicki, S. 70.

⁶⁹⁴ Vgl. Mikulski, Korespondencja, Bd. 1, S. LI f.

⁶⁹⁵ Vgl. Mikulski, Korespondencja, Bd. 2, S. 12 (7. Januar 1781). Einen Hinweis auf Krasickis Haltung zum preußischen Staat gibt ein Vers in seinem Gedicht „Gdybym“ [Wenn]: *Gdybym ja był Prusakiem, nigdy bym nie łupił* [Wenn ich ein Preuße wäre, würde ich niemals rauben]. Für den Hinweis danke ich Katarzyna Pieper.

⁶⁹⁶ Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 56. Am 20. Dezember 1774 schrieb Lehndorff über ein Souper bei Gräfin Dönhoff, auch die Fürstin Sapieha und Krasicki hätten teilgenommen, der sei „recht munter und mit einem Sack von Anekdoten, aber ohne einen Heller in der Tasche aus Warschau eingetroffen ist. Der König hat 50.000 Taler zur Bezahlung seiner Schulden angewiesen; das reicht aber kaum für die in Preußen, und er muss noch mehr als 200.000 Taler in Polen schuldig bleiben“, vgl. Ders., Nachträge, Bd. 2, S. 315. Zu dessen finanzieller Situation: Hartmann, Krasicki, S. 229, 231 ff.

⁶⁹⁷ Vgl. Klimowicz, Grenzgebiete, S. 101. Siehe auch Mikulski, Korespondencja, Bd. 2, S. 452. Ob Lehndorff diese Bibliothek nutzte, ist nicht bekannt. Sein Nachlass enthält eine Vielzahl von Abschriften vor allem philosophischer und historischer Literatur.

⁶⁹⁸ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 107 f.

die von beiden geschätzte Gartenbaukunst und Pflanzenzucht aus.⁶⁹⁹ Seltene Pflanzenexemplare gingen zwischen Heilsberg und Steinort hin und her, man machte sich Geschenke, lieh sich Möbel, Kunstwerke und Bücher.⁷⁰⁰

Georg Christoph und Jacob Ludwig Pisanski

Der aus Johannsburg gebürtige Georg Christoph Pisanski, ehemaliger Mitschüler von Immanuel Kant und Johann Gottfried Herder an der Königsberger Albertus-Universität, protestantischer Theologe und Historiker, war der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke, darunter der *Historia litteraria Prussia*.⁷⁰¹ Er war seit 1759 Rektor des Domgymnasiums, wurde als Pfarrer an den Königsberger Dom berufen und hielt an der Königsberger Universität Vorlesungen über Philosophie und Geschichte, später auch über Literatur (Poesie) und Theologie. Pisanski, der schon in seiner Studienzeit häufig in der Silberbibliothek, der Königsberger Stadtbibliothek und der Wallenrodtschen Bibliothek gearbeitet hatte, hatte 1796 für das Preußische Archiv, das Publikationsorgan der Königlich Deutschen Gesellschaft in Königsberg, in die er bereits mit 28 Jahren aufgenommen worden war, eine kleine Abhandlung über die Lehndorffsche Familiengeschichte verfasst.⁷⁰²

1799 empfahl Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff dem Minister Friedrich Wilhelm von Thulemeyer dessen Bruder Jacob Ludwig, den „vortrefflichen Erzpriester“, als Konsistorialrat.⁷⁰³ Jacob Ludwig war Pfarrer und Probst in Angerburg. Schon im März 1773, Lehndorff war im Februar nach Steinort gekommen, hatte er den Kammerherrn in Steinort besucht. Regelmäßig nahm er Anteil am Leben der Familie und auch später verband er die Kirchen- und Schulvisitationen in Rosengarten mit privaten Stunden.⁷⁰⁴ Lehndorff schrieb 1799 über eine Begegnung mit ihm: „Mein guter Pisanski besucht mich. Er ist der zuverlässigste, moralischste und würdigste Kirchenfürst, den ich jemals gekannt habe. Ich sehe ihn mit großer Freude. Er hat viele Kenntnisse und Empfindungen.“⁷⁰⁵

Die enge Verbindung zwischen Lehndorff, den Brüdern Pisanski und Krasicki entstand wohl in den 1770er Jahren. Alle verband neben literarischen Interessen auch die Vorliebe für die Gartenbaukunst und die Sammellei-
denschaft. Am 15. März 1777 bat Krasicki Lehndorff um die Erledigung einer Angelegenheit von „notre ami

⁶⁹⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 432. 1785 erschien in Berlin Krasickis *Historia* in deutscher Übersetzung, das Vorwort hatte Johann Bernoulli, einer der führenden Intellektuellen der Hauptstadt geschrieben; geziert war der Band mit einem Kupferstich von Daniel Chodowiecki, der die „Umwandlung“ des Unsterblichen darstellt. Friedrich Nicolai rezensierte den Band in der „Allgemeinen Deutschen Bibliothek“ (Bd. 81, T. 2, Berlin 1788, S. 437 f.). In den 1790er Jahren veröffentlichten die Berliner Zeitschriften „Neue Deutsche Monatschrift“ von Friedrich Gentz und „Berlinisches Archiv der Zeit und ihres Geschmacks“ von Ulrich Bister und Johann Jacob Rambach Übersetzungen verschiedener Satiren Krasickis, vgl. Klimowicz, Grenzgebiete, Abschnitt III: Krasicki im Kreis der deutschen Literatur und Kultur. Siehe auch Pufelska, Agnieszka, Ignacy Krasicki – ein heiterer Pole am preußischen Hof, in: Lottes, Günther/d'Aprile, Iwan, Hofkultur und aufgeklärte Öffentlichkeit. Potsdam im 18. Jahrhundert im europäischen Kontext, Berlin 2006, S. 245–263.

⁷⁰⁰ Vgl. Pieper, Krasicki, S. 71.

⁷⁰¹ T. 1–4, Königsberg 1762–1765.

⁷⁰² Pisanski, Georg Christoph, Ein Beitrag zur Geschichte der Gräflin von Lehndorffschen Familie des Steinortschen Hauses ..., in: Preußisches Archiv 7 (1796).

⁷⁰³ Vgl. Ziebur, Tagebuch, S. 39. Neben den Bischöfen wurden – zuerst in den polnischen Ämtern – Archidiakone oder Erzpriester eingesetzt, um diese zu unterstützen und zu vertreten, vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 216.

⁷⁰⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 374, Bl. 17–17v, 37–37v; Nr. 378, Bl. 162–163.

⁷⁰⁵ Ziebur, Tagebuch, S. 305.

Pisanski“ bei Justizminister Zedlitz.⁷⁰⁶ Zwei Jahre später, Anfang Mai 1779, lud der Fürstbischof Lehndorff und Pisanski auf den dritten Pfingsttag nach Heilsberg ein. „Ich werde Dich und unseren ehrbaren Probst ungeduldig erwarten. Wenn Du durch eine subtile und geschickte Politik ihn zum Mitnehmen einiger kleiner Rosenstöcke veranlasst, um sie in meinen Garten zu pflanzen, würdest Du mich unendlich verpflichten; Du weißt, lieber Graf, was die Sammelleidenschaft mir bedeutet.“⁷⁰⁷ Um seine Einladung zu verstärken, bot er „ein bequemes Bett und Nachtigallen“ an und versprach, den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten.⁷⁰⁸ Der Besuch der „befreundeten Nachbarn“ weitete sich auf drei Tage aus.⁷⁰⁹ Auch am 16. Dezember 1783 lud Krasicki seinen Freund und Nachbarn aus Steinort zusammen mit dessen Frau und anderen Personen nach Heilsberg ein: „Ich will noch eine Ergänzung in der Gestalt des jungen Grafen, Deines Sohnes, zusammen mit dem geehrten Mentor, der mich auf die hervorragende Szene der deutschen Literatur eingeführt hat.“⁷¹⁰ Dieser Mentor war der aus Halle gebürtige Gottfried Böttcher, Hofmeister des jungen Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff, den dessen Vater, der Kammerherr, für einen großen Kenner der Bücherwelt hielt und der möglicherweise die deutsche Übersetzung der *Historia* besorgte.⁷¹¹ Der Generalsuperintendent Ludwig Ernst von Borowski, der Pisanski bis zu dessen Tod begleitete, gab 1791 die Übersetzung der *Historia* heraus; in der Einleitung würdigte er Pisanskis Leben.⁷¹²

Verbindungen zum polnischen Adel

Dass Friedrich II. seine guten Beziehungen zu Krasicki nutzte, um sein Verhältnis zum polnischen Adel zu verbessern und die preußische Herrschaft nach der ersten Teilung Polens zu stabilisieren, kann hier nicht ausgeführt werden.⁷¹³ Ein ähnliches Ziel verfolgte Friedrich Wilhelm II. vor der zweiten Teilung Polens; die dritte Teilung brachte das Ende der polnischen Adelsrepublik.

Lehndorff, der über zahlreiche Beziehungen in den polnischen und russischen Adel verfügte, nahm an dieser politischen Entwicklung regen Anteil, insbesondere, da sie dazu führte, dass der Staat sich zunehmend dem Erstarken des Nationalbewusstseins des polnischen Adels gegenüber sah.⁷¹⁴ So ist es nicht verwunderlich, dass sich in seinem Nachlass nicht nur Abschriften der Protokolle über die neuen Grenzverläufe finden, sondern auch der Aufruf zum bewaffneten Volksaufstand an die Wojewodschaften und Distrikte des Großfürstentums Litauen und

⁷⁰⁶ Vgl. Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 1, S. 288–292.

⁷⁰⁷ Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 1, S. 289.

⁷⁰⁸ Vgl. Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 1, S. 37.

⁷⁰⁹ Vgl. Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 1, S. LI und 354 ff. Die Antwort Lehndorffs ist nicht überliefert, der darauf sich beziehende Brief vom 29. Mai jedoch ebd., S. 357 f.

⁷¹⁰ Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 2, S. 201 (1. Januar 1784).

⁷¹¹ Vgl. Mikulski, *Korespondencja*, Bd. 2, S. 333 f. (11. Dezember 1778).

⁷¹² Vgl. Borowski, Ludwig Ernst von, *Über D. Georg Christoph Pisanski. Leben, Charakter und Schriften. Vorrede zu Georg Christoph Pisanski: Entwurf der Preußischen Litterärgeschichte. Ältere Geschichte vom ersten Beginnen gelehrter Kenntnisse in Preußen an bis zum Anfange des siebzehnten Jahrhunderts, Königsberg 1791*. Siehe auch Dr. George Christoph Pisanski's Selbstbiographie, mitgeteilt von dem Oberbürgermeister Horn, Königsberg, in: *Preußisches Archiv* 7 (1825), S. 415–462.

⁷¹³ Hartmann bezeichnet ihn als „Werkzeug für die auf Annexion und Integration polnischer Gebiete in den Hohenzollernstaat ausgerichtete preußische Politik“. Krasicki habe diese Erwartung aufgrund seiner „unpolitischen Natur“ nicht erfüllen können, vgl. Ders., *Krasicki*, S. 237.

⁷¹⁴ Vgl. Hartmann, *Krasicki*, S. 221 ff. Auch im Tagebuch zwischen Ende August/Mitte September 1772 wird deutlich, wie wichtig es Lehndorff war, dass der Erwerb von „Polnisch-Preußen“ geschah, „ohne dass auch nur ein Menschenleben dabei geopfert werden musste“. Ebenso wichtig war ihm, welche Folgen der 1774 geschlossene Friede für Kultur und Wissenschaft haben werde.

aller freien Städte aus dem Jahr 1794.⁷¹⁵ Über den Justizkommissar Cullman in Königsberg, der für ihn im Prozess wegen Statzen tätig geworden war, erfuhr er Interna über die politische Situation. Nach den „polnischen Nachrichten“ sei man in Polen „für uns gestimmt und will uns Südpreußen lassen; dagegen Russland soll sich nicht mehr in polnische Angelegenheiten mischen. Unser Gesandter lebt und hat eine Sauve Garde von 400 Mann. Wilda haben die Polen occupiert, nachdem die Russen es angesteckt und geplündert hatten.“ Lehndorff müsse sich keine Sorgen machen, „da Polen uns gut will“.⁷¹⁶

Als 1794 der König zu den Revuen nach Danzig kommen wollte, um „das Attachement seines gut geführten Adels persönlich selbst zu sehen, weil dieses ihm immer sehr wert gewesen sei, und jetzt der Sinn einiger diesem entspräche“, versetzte das die Provinz in Aufregung. Da Lehndorff „Connections, Erfahrung und Talent“ besaß, erwartete man von ihm Nachrichten über den bevorstehenden Besuch zu erhalten. Graf Dohna und sicher auch Lehndorff wollten „gewiss um nichts in der Welt, weil er dem König sehr ergeben ist, diese schuldige Aufmerksamkeit versäumen.“⁷¹⁷ Lehndorff profitierte von der Praxis, nach der polnischen Teilung Güter aus ehemaligem polnischen Besitz in Südpreußen⁷¹⁸ als Gratialgüter zu verschenken, durch den Zugewinn der neuostpreußischen Starosteien Metele und Simno 1797. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Güter bald erneut den Besitzer wechselten.⁷¹⁹

Wie Krasicki und Pisanski, die sich in beiden Kulturen heimisch fühlten, bildete auch Lehndorff eine Brücke zwischen der polnischen und deutschen Kultur.⁷²⁰ Es ist vorstellbar, dass Lehndorff Krasicki tiefer in die gesellschaftlichen Kreise Ostpreußens einführte.⁷²¹ Verbindungen nach Polen und zum polnischen Adel waren über viele Jahre für die Lehndorffs Teil ihrer Familiengeschichte: Eine Lehndorff hatte den Kapitän Bogislaw von Ciesielski geheiratet, war nach dessen Tod die Ehe mit dem Königlich-Polnischen Kapitän von Auspitz auf Szezezinken eingegangen und hatte die Güter Lehnarten und Drosdownen verpfändet.⁷²² Die Ehefrau von Melchior Andreas von Lehndorff stammte als geborene von Ciesielski aus dem polnischen Adel.⁷²³ Den Machtwechsel am polnischen Hof hatte Lehndorff im Winter 1763 aufmerksam verfolgt; Fürst Czartoryski hatte den Regierungsantritt in Berlin notifiziert. Im Herbst 1768 traf er diesen in Antwerpen, begleitete ihn nach Paris und wurde dort von dessen Schwester Fürstin Lubomirska freundlich aufgenommen. Noch 1784 erinnerte sich Czartoryski gern der Bekanntschaft mit Lehndorff. Auch auf einer Reise im Sommer 1767 nach Białystock, das Versailles Polens, und im Mai 1769 an den Dresdener Hof knüpfte Lehndorff zahlreiche Verbindungen.⁷²⁴ Die Bekanntschaften mit dem polnischen Adel und den „Warschauer Freunden“, zu den Czartoryskis, Poniatowskis, Lubomirskis, Radziwills, zur Gräfin Sanguszka und zu den Grafen Branicki und Potocki und vielen anderen, die in Berlin und Dresden begründet wurden, lebten später bei Lehndorffs Reisen wieder auf. 1786 war Poniatowski froh über das

⁷¹⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 35.

⁷¹⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 126 (2. Mai 1794).

⁷¹⁷ GStA PK, VI. HA, FA von Lehndorff (Caroline zu Dohna-Schlobitten an Pauline von Dönhoff, 29. Juni 1794).

⁷¹⁸ Zur Teilung Polens: Schumacher, *Geschichte Ost- und Westpreußens*, S. 225 f.

⁷¹⁹ Die Akten in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff. Der Niederwerfung des Kościuszko-Aufstandes (Insurrekcja Kościuszkowska) war die Dritte Teilung Polens 1795 gefolgt, zugleich das staatsrechtliche Ende der Republik (Rzeczpospolita).

⁷²⁰ Vgl. Klimowicz, *Grenzgebiete*, S. 117 f.

⁷²¹ Krasicki blieb der einzige polnische Schriftsteller, dessen Werke fast vollständig zu Lebzeiten ins Deutsche übersetzt wurde.

⁷²² Vgl. Mülverstedt, *Vasallen-Register*, S. 98.

⁷²³ GStA PK, XX. HA EM 32 d2 P, Nr. 38.

⁷²⁴ Vgl. Schmidt-Lötzen, *Nachträge*, Bd. 2, S. 66 ff., 111 ff., 146 ff.

Lebenszeichen des Grafen; er hatte sich für dessen Protégé engagiert, im Gegenzug legte er ihm nun einen jungen Amerikaner ans Herz, den Lehndorff am Hof und bei Prinz Heinrich einführen sollte.⁷²⁵ Im Sommer 1786 begegneten sich beide persönlich.⁷²⁶

Die Keyserlingks – Lehndorffs baltische Freunde

Zum Kreis befreundeter Nachbarn, wenn man den Kreis etwas weiter hinaus ziehen möchte, ist auch die Familie Keyserlingk zu rechnen. Lehndorffs Tochter Pauline hatte 1796 den Grafen August Friedrich Philipp von Dönhoff geheiratet, dessen Schwester Emilie mit Graf Otto Alexander von Keyserlingk die Ehe eingegangen war. Im Mai 1774 berichtete Krasicki Lehndorff über einen Besuch von Heinrich Christian von Keyserlingk, dessen Frau Karoline Amalie und Jan Józef Łochoki. Man hoffte auf den Besuch von Friedrich Melchior Grimm und Sergej Romanzow.⁷²⁷ Mehrfach schrieb Krasicki in seinen Briefen über Besuche, oft erkundigte er sich bei Lehndorff nach dem Wohlergehen der Familie, mit der sich auch Lehndorff eng verbunden fühlte.⁷²⁸ Er fühle sich „in Preußen sehr glücklich“, doch würde es ihm „noch mehr gefallen, wenn ich in meiner Familie jene Denkart fände, die ein Zusammenleben angenehm macht. [...] Es ist besonders das Haus Keyserlingk, das mir Preußen so lieb macht. Man findet in diesem Haus stets Fremde, die nach Russland gehen oder von dort kommen“, schrieb Lehndorff im Herbst 1770.⁷²⁹

Die Keyserlingks hatten 1492 in Livland für den Deutschen Orden gekämpft und waren dafür mit Gütern in Kurland belehnt worden.⁷³⁰ Bevor die „Verbindungen zum Adel der baltischen Regionen [...] um 1800 von den Regierungen in Berlin und Petersburg zum politischen Problem erhoben wurden“⁷³¹, waren Nachfahren im preußischen, russischen und sächsischen Staatsdienst erfolgreich, vier Linien hatten im 18. Jahrhundert die Grafenwürde erlangt. Die Familie war Immanuel Kant freundschaftlich verbunden.⁷³² Während dessen Zeit als Hauslehrer in Capustigall hatten sie ihm den Zugang zur höheren Gesellschaft Ostpreußens geebnet. Die Teilung Polens war für die Familie, die „bisher so glücklich in Königsberg gelebt und jeden Fremden mit Aufmerksamkeit überhäuft hat“, eine Katastrophe. Mit „einem Schlage“ verlor Graf Keyserlingk „alles, nämlich 17.000 Tlr. Rente, da er eine Starostei hat, und 10.000 Tlr. an der Danziger Post, was alles an unseren König gefallen ist. Es ist ihm kaum das tägliche Brot geblieben. Das sind eben solche Ereignisse, die sich nicht vorhersehen lassen. Alle diese Starosten bildeten sich ein, ebenso frei zu sein wie der König, und jetzt sind sie mit einem Schlage in größtem Elend.“ Im Dezember erhielt die Familie „einen Gnadenbeweis“ des preußischen Königs, der ihnen „für den Verlust ihres Einkommens infolge unserer neuen Erwerbungen jährlich 6.000 Tlr.“ zuwies und versprach, „noch mehr für sie zu tun.“⁷³³

⁷²⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 385, Bl. 1–2.

⁷²⁶ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 181f.

⁷²⁷ Vgl. Mikulski, Korespondencja, Bd. 1, S. 250–253 (5. Mai 1774).

⁷²⁸ Vgl. Mikulski, Korespondencja, passim.

⁷²⁹ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 186. Siehe auch Neugebauer, Adel in Preußen, S. 57.

⁷³⁰ Zur Geschichte des Adels im Kurland: Mesenhöller, Ritterschaftsadel, S. 25 ff.

⁷³¹ Neugebauer, Adel in Preußen, S. 57.

⁷³² https://de.wikipedia.org/wiki/Immanuel_Kant#Leben [3.2.2019].

⁷³³ Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 264, 266. Der Umgang mit den Keyserlingks ist ein Beispiel für den Versuch des Monarchen, „den Adel an Weichsel, Pregel und Memel unter Schwächung des Regionalismus ‚aus dem ostmitteleuropäischen Traditionshorizont politischer Kultur‘ zu schneiden“, so Neugebauer, Adel in Preußen, S. 57 (zit. nach: Zernack, Klaus, Polen in der Geschichte Preußens in: Büsch,

Bei Lehndorffs endgültiger Rückkehr nach Ostpreußen im August 1778 war in Königsberg das Keyserlingksche Haus „seine einzige Zuflucht“⁷³⁴, denn die Stadt war infolge des Abzugs der Garnison verödet. Zwei Jahre später reiste Lehndorff nach Kurland, um die Keyserlingks und den Prinzen von Preußen zu treffen und auf dem Rückweg an den Feierlichkeiten in Königsberg anlässlich des Besuchs des Prinzen teilnehmen. In Kurland lebte der Adel „glücklich, frei und ungezwungen“, notierte er in seinem Tagebuch. Er besuchte Mitau, Riga, und Libau, die sich infolge der preußischen Zollpolitik zu reichen Handelsstädten entwickelt hatten, und die Residenz des Herzogs Friedrich Alexander von Korff machte ihn mit zahlreichen Kaufleuten bekannt. Nach seiner Rückkehr erfuhr er, dass die Feierlichkeiten für den Prinzen dem König missfallen hätten; er hatte an den Präsidenten geschrieben: „Diese ungeleckten Bären (hätten) besser getan [...], ihre eigenen Geschäfte zu besorgen.“⁷³⁵

Dass Keyserlingk, der zu Kants berühmter Tafelrunde gehörte, das Zusammentreffen von Lehndorff und Kant im Sommer 1793 vermittelte, ist anzunehmen. Zu dieser Tafelrunde gehörten auch Minister Friedrich Leopold von Schroetter in Wohndorf,⁷³⁶ der Königsberger Stadtpräsident von 1780–1796 Theodor Gottlieb von Hippel und der General Friedrich Carl Ludwig Herzog von Holstein-Beck.⁷³⁷

Erwähnt sei, dass in der Mitte des 19. Jahrhundert durch Carl Meinhardt von Lehndorff als Mitgründer der ostpreußischen Südbahn und deren Verwaltungsrat angehörend, aber auch durch Anna von Lehndorffs weitverzweigte mütterliche Verwandtschaft Schlippenbach-Hahn in Petersburg⁷³⁸ weitere enge Kontakte zu russischen Kreisen hinzukamen. Zur kurländische Linie gehörte Paul von Hahn, verheiratet mit Sophie de Graimberg, 1827 Zivilgouverneur von Kurland und zu den reichsten Familien im Land gehörend. Ein solcher Standesdünkel, wie ihn Sophie von Hahn zeigte, die sich selbst als Sprössling „zweier gesitteter Nationalitäten“ in „einem nur halb-zivilisierten Land“ bezeichnete und den Verwalter ihres Gutes Asuppen, Herrn von Huene, als „Bauern mit Frack und einem Stammbaum“ ansah, den schwerreichen Grafen Heinrich von Keyserling-Kabillen dagegen als Herrn, der seinen „Adel sorgfältig vom Junkertum zu unterscheiden“ trachte, bezeichnete,⁷³⁹ befahl später auch Anna von Lehndorff.

Otto (Hrsg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2: Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens, Berlin 1992, S. 377–448, hier S. 414).

⁷³⁴ Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 118.

⁷³⁵ Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 170.

⁷³⁶ Zum Wirken für Neuostpreußen: Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 227 ff.

⁷³⁷ Vgl. den Briefwechsel von Immanuel Kant, in 3 Bänden hrsg. von H. E. Fischer, München 1913, Bd. 3, S. 9. Hierzu auch: GStA PK, XX. HA, Rep. 300 Mühlpfordt, Nr. 4: Mühlpfordt, Herbert Meinhard, Kant und sein Königsberger Freundeskreis (Ms. des Vortrags in der Kantgesellschaft am 20. Oktober 1979). Auch zu Schrötter und dessen Bruder hatte Lehndorff engen Kontakt, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 385, Bl. 64 (Fragment).

⁷³⁸ Die anhand der Korrespondenz sichtbaren Verzweigungen des Schlippenbach-Hahnschen-Familienverbandes reichten von Mecklenburg und der Altmark bis nach St. Petersburg, Kroatien, Österreich und England.

⁷³⁹ Vgl. Mesenhöller, Ritterschaftsadel, S. 322 f. Siehe auch Hahn, Sophie von, In Gutshäusern und Residenzen, hrsg. von Otto Freiherr von Taube, Hannover 1964.

Die Zeit nach der Agrarkrise der 1760er Jahre

Der rückläufige Export ab den 1760er Jahren und die Festsetzung von Höchstpreisen für landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte 1763⁷⁴⁰ setzten den ostpreußischen Rittergütern zu. Auch Steinort war davon betroffen. 1766 konzentrierte sich der Export von Getreide (Weizen, Roggen, Gerste), Erbsen, Bohnen, und Linsen, von Gänsen und Hühnern, aber auch von Leinenwaren und Wolle aus Steinort nur noch auf die „Adeligen dieses Distrikts“. Von den 1.499 Rtlr. Exportsumme machte Roggen mit 1.000 Rtlr. den Hauptanteil aus. In „auswärtige Länder“ wurde dagegen fast gar nichts mehr exportiert, lediglich Weizen und Roggen (für 15 Rtlr.), Gerste (20 Rtlr.) und Wolle (20 Rtlr.). Aus „Hamburg, Lübeck, England, Holland und Dänemark, Frankreich, aus den Reichsprovinzen, Braunschweig, Lüneburg, Schlesien, Italien, Schweiz, Polen, Danzig, Russland, Schweden“ wurde nichts eingeführt. Die Importe, Wein, Salz, Tee, Kaffee, Schokolade, Zitrusfrüchte, Porzellan, Stoffe, Wolle, Baumwolle, Seide, Spezereien, Tabak, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Eisen, Rohmaterialien, Baumaterial kamen ausschließlich aus anderen königlichen Provinzen. Und auch hier kam es zu einer Verschiebung. Zwischen 1763/64 und 1767 nahm der Import leicht zu, die Produkte kamen nun überwiegend aus Königsberg und dem Königsberger Distrikt. 1767 wurden ausschließlich in die Städte des Königsberger Departements und nach Königsberg selbst Waren im Wert von 1.980 Rtlr. gebracht, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Bohnen, Grütze und Graupen, Pferde, Ochsen, Schweine, Gänse und Hühner. Auch „Viktualien als Wildbret [...], Fische, Krebse und Gartengewächs“ finden sich auf der Liste, ebenso leinene Waren und Wolle.⁷⁴¹

Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Verhältnisse Steinorts bat Lehndorff den König 1764 um die Erlaubnis zu einer Reise nach Preußen, vergeblich. Als er im Januar 1766 endlich reisen durfte, erkrankte seine Frau. Er brachte sie in das berühmte Kurbad Ems, wo zahlreiche Frankfurter Kaufmannsfamilien dem anwesenden Adel den Besuch des Bades verleideten. Der Besuch von Ems war nur möglich, da Lehndorffs Schwiegermutter 1.000 Rtlr. beisteuerte. Ems und eine anschließende Kur in Koblenz blieben ohne Erfolg; am 23. Juli starb Lehndorffs Ehefrau. Er überführte sie aus der Residenz des katholischen Kurfürsten nach Neuwied, um sie in der dortigen lutherischen Kirche beisetzen zu können. Erst im Sommer 1767 kam Lehndorff nach Preußen und mit einer Reise nach Hamburg im Dezember 1767 beendete er das Jahr. In der Hansestadt besuchte er das „patriotische Kaffeehaus, wo alle Kaufleute zusammenkommen, bevor sie zur Börse gehen. Dieses Schauspiel ist für mich noch neu und interessiert mich daher sehr, ebenso auch die Börse, wo man alle diese großen Kaufherren mit bewundernswertem Eifer sich um ihre Interessen wehren sieht. Alle Religionen und Staaten sind hier zusammengewürfelt und die Gewinnsucht ist das einzige Motiv, das die zwei bis dreitausend Menschen beherrscht, die hier beisammen sind.“⁷⁴² Da sich die Einkünfte nicht besserten und der Export von Getreide nicht stieg, war der Speicher in Königsberg, den die Familie zur Lagerung von Baumaterialien nutzte, überflüssig. Im August 1768 wurde er an den Kaufmann Gottfried Zembitzky für 200 Gulden pr. Courant pro Jahr vermietet. Der Mieter hatte die „onera publica“ zur Hälfte zu übernehmen und für die bauliche Erhaltung des Gebäudes zu sorgen. In der Hoffnung auf bessere Zeiten konnte der Vertrag nach drei Jahren aufgekündigt werden.⁷⁴³

⁷⁴⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 387: Preisverordnung für landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte 1763.

⁷⁴¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 295, 900.

⁷⁴² Vgl. Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 66 ff., 91 ff. Gemeint ist das Haus der 1765 gegründeten Patriotischen Gesellschaft in der Großen Johannisstraße. Es fiel dem Großen Hamburger Stadtbrand zum Opfer und wurde an der Trostbrücke neu errichtet.

⁷⁴³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 13.

Bis zum Herbst 1767 blieb Lehndorff mit Unterbrechungen in Steinort und konnte sich erstmals seit Jahren um den Bauzustand des Schlosses kümmern. Von Pisanski ließ er sich zwei Tischler aus Angerburg empfehlen, traf Anordnungen auf den Gütern und ließ die aus Steinen oder Knüppelwerk bestehenden Wege in Stand setzen.⁷⁴⁴ Er machte Besuche bei seinen Nachbarn in Quittainen, Carwinden, Schlodien, Dönhoffstädt, Gerdauen, Prassen und empfing selbst Besucher. Als er sechs Jahre später Steinort verlassen musste, um seine Nichte am Hof vorzustellen, sehnte er sich bald zurück. Seine über Jahre angestaute Enttäuschung über das Erreichte hatte sich schon beim Tod des Staatsministers Hagen geäußert: „Als wir bei der Kaiserkrönung Franz I. in die Gesellschaft eintraten, war er [Hagen] ein so hässlicher und unangenehmer Mensch, dass unsere Gesandten ihn nirgends vorstellen wollten. Bei meiner Rückkehr von Frankfurt wurde ich mit 19 Jahren Kammerherr bei der Königin, während der genannte Hagen übergücklich war, Kriegsratsgehilfe in Kleve zu werden. Wer wäre damals nicht dem Grafen Lehndorff gefällig gewesen! Nun bin ich aber jetzt noch Kammerherr, während der andere, den ich ganz aus den Augen verloren hatte und von dem kein Mensch sprach, plötzlich von Kleve weggeholt und nach Holland geschickt wurde, um die Güter und Häuser, die der König in diesem Land besaß, zu verkaufen. Dieses Geschäft brachte viel Geld in die Kassen des Königs und hat dem, der es abgewickelt hat, die Gunst seiner Majestät eingetragen.“⁷⁴⁵

Noch lange war Steinort nicht in dem Zustand, dem Monarchen als Reisequartier dienen zu können. Als Friedrich II. im Mai 1773 seine Truppen inspizierte, nächtigte er sowieso nicht auf ostpreußischem Boden. Allerdings brachte diese Revue eine Überraschung: Der Monarch war zufrieden. „Die Überraschung ist deshalb umso größer, als seine Majestät sie mit erstaunlicher Güte behandelt, alles billigt und ihnen sogar Liebenswürdigkeiten sagt. Eine besonders rührende Szene spielte sich beim Regiment Tettenborn ab. Seine Majestät war aus einem besonderen Grund noch vom Krieg her mit diesem Regiment unzufrieden gewesen und hatte es ihnen bei jeder Gelegenheit, sogar in demütigender Weise, zu fühlen gegeben. Diesmal nun haben alle ihre Leiden ein Ende genommen. Der König sprach zunächst seinen Beifall zu den Manövern aus, versammelte dann die Offiziere um sich und sagte ihnen wiederholt, es sei alles vergessen und er sei jetzt sehr zufrieden mit ihnen.“⁷⁴⁶

Die Finanzen Steinorts lagen ab den 1770er Jahren in den Hände des Konsistorialrats und Hoffiskals Kirschkopff, der sich erst einmal eine Übersicht über die „Steinortschen Güter mit Angaben über Flächengrößen, Arbeitskräfte, Viehbestand und Erträge“ verschaffte, um sich dann energisch um Einnahmen und Ausgaben zu kümmern, indem er eine ordentliche Buchführung anlegte.⁷⁴⁷ Durch Kirschkopff blieb auch Lehndorff auf dem Laufenden.⁷⁴⁸ So wusste dieser, welche Folgen die schlechten Erträge 1771 für die Landwirtschaft in Ostpreußen bedeuten: „[...] wir haben ein grausames Jahr vor uns. Es herrscht eine außerordentliche Teuerung, und was

⁷⁴⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 374, Bl. 17–17v. Siehe auch APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 48 (Schmiede-, Schlosser- u. a. Rechnungen, 1736–1775), Nr. 49 (Bauverträge und Kostenanschläge, 1737–1794). Zur Anlage der Wege: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 463 (Protokoll der Schäden der Straße zwischen Angerburg und Königsberg, 20. November 1741).

⁷⁴⁵ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 195 f.

⁷⁴⁶ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 280 f. Auch 1784 war er mit dem „lieben Patria zufrieden“ und hatte nicht so „übel als zu anderen Zeiten von uns gesprochen“, auch erklärt, er werde die nächste Revue bei Königsberg halten, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, n. f. (Dönhoff an Lehndorff, 4. Juli 1784). Dazu kam es nicht. Friedrich II. verstarb 1786.

⁷⁴⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 269. Die Übersicht ebd., Nr. 267.

⁷⁴⁸ Lehndorff hielt sich ab Mai 1784 in Berlin und in Rheinsberg auf, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 489 (Terminkalender vom Mai 1784 bis zum Mai 1785). Er hatte Rhenius beauftragt, alle 14 Tage zu schreiben, was dieser auch erledigte, wenn er „nichts Wichtiges zu melden“ hatte, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 3–5v. Lehndorff versorgte seine Nachbarn im Gegenzug mit Nachrichten über den Hof, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 382, Bl. 25–26v; Nr. 486, Bl. 30 (Tagebuchblatt).

noch schlimmer ist, man kann selbst für Geld nichts bekommen. Die unentbehrlichen Dinge fehlen vollständig. Auf dem Lande ist es noch schlimmer; der Bauer hat fast gar keine Ernte gehabt. Der Hafer kostet 1 Tlr. 12 Gr., der Weizen 2 Tlr. 14 Gr., und das gleich nach der Ernte. Man kann sich denken, wie das im Frühjahr werden wird.“⁷⁴⁹ Alle juristischen Fragen hatte der Hofgerichtsreferendar und Angerburger Stadtrichter George Leitner zu klären, der ab 1784 bis in die 1790er Jahre als Justitiar in Steinort wirkte.⁷⁵⁰

Durch eine Vielzahl von Einnahme- und Ausgabe-Rechnungen, Kassen-Journalen, Inventarien mit Zu- und Abgängen, Nachweisungen über Getreideaussaat und Erträge etc., die der Verwalter Steinorts und die Pächter der Vorwerke zu festen Termine zu liefern hatten, entsteht ein Bild von der Leistungskraft der Güter, der Erträge der Land- und Viehwirtschaft, der Bier- und Branntweinproduktion, der monatlichen Kosten und schwankenden Ausgaben aus der „Schatulle“ für Tagelohn oder Handwerksrechnungen ebenso wie über ausstehende Zahlungen der Pächter. Einnahmen und Ausgaben wurden zu Jahresrechnungen zusammengefasst, so dass Soll und Haben, Aktiva und Passiva buchhalterisch erstmals aufgeschlüsselt sind. Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff konnte am Beginn des 19. Jahrhunderts darauf aufbauen. Solche Zahlen liegen, wenn auch nicht kontinuierlich, so doch über lange Zeiträume für das 19. Jahrhundert vor und können als Grundlage für weitere Untersuchungen dienen.

Am 12. Februar 1775 starb Maria Louisa von Lehndorff. Ihre Leiche wurde nach Königsberg überführt und auf dem Sackheimschen Kirchhof beigesetzt. In ihrem 1772 errichteten Testament hatte sie ihren Sohn Ernst Ahasverus Heinrich und die Töchter als Erben bestimmt. Den Erbteil der bereits verstorbenen Louisa Charlotte sollten deren Töchter erhalten. Für Enkel und Enkelinnen hatte sie einen Betrag von 60.000 Tlr. bestimmt. Barbara von Gohr sollte auf Lebenszeit 100 Tlr. erhalten. Den lange für die Familie tätig gewesenen Konsistorialrat Johann Jacob Dörffer hatte sie mit 1.000 Tlr. bedacht in der Hoffnung, dass er die „Familie zu Frieden und Einigkeit disponieren“ werde. Aus seinem großmütterlichen Vermächtnis erhielt Lehndorff zudem 4.500 Tlr. Ernst Ahasverus Heinrich sollte Steinort und Pristanien mit allem Inventar, auch die Bibliothek, das Münzkabinett und alle Familienporträts erhalten. Die Güter Landkeim und Laserkeim, die Greibausche Mühle und der Besitz in Königsberg, die Häuser am Roßgartener Markt Nr. 42 und Nr. 43, die Wohnhäuser in der Hintergasse Nr. 40 und 41 sowie der neben der Dragonerwache liegende Speicher Nr. 52 sollten zur Versteigerung kommen.⁷⁵¹ Da sich für den Verkauf der Güter nur wenige Interessenten fanden, wurde ein Erbvergleich geschlossen, in dessen Ergebnis Ernst Ahasverus Heinrich die im Hauptamt Schaaken gelegenen Güter Landkeim, Gräflisch Lehden, Strittkeim, Laserkeim und die Greibausche Mühle gegen Zahlung von 38.000 Rtlr. sowie die Wohnhäuser in Königsberg für 5.000 Rtlr. erhielt. Das Erbbegräbnis auf dem Sackheimschen Kirchhof blieb im Familienbesitz.

Schon am Beginn des Jahres muss Lehndorff den Beschluss gefasst haben, sich aus dem Hofleben zurückzuziehen; Prinz Friedrich Wilhelm scheint er ins Vertrauen gezogen zu haben. Erst im September 1775 bat Lehndorff seinen Landesherrn dann tatsächlich um den Abschied vom Kammerherrenamt, der ihm am 17. September

⁷⁴⁹ Schmidt-Lötzen, Nachträge, Bd. 2, S. 220. Überblick über Flächengrößen, Arbeitskräfte, Viehbestand und Erträge 1771 in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 267, n. f.

⁷⁵⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 70, 71, 72.

⁷⁵¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 12 (Erbteilungsrezess), Nr. 21 (Beilagen). Hierzu auch: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 321, 329. Der Wert der Lehngüter Steinort und Pristanien war auf 144.100 Gulden taxiert; in Anbetracht der Wertsteigerung der Güter, des Inventars und der Mobilien bezifferte Maria Louisa ihn auf 200.000 Gulden. Das erwähnte Münzkabinett bedarf weiterer Untersuchung. Der 1718 verstorbene Bruder von Marie Louise von Lehndorff, Wilhelm Gottfried von Wallenrodt, hatte sich mit Münzkunde befasst, von ihm sind Nachlassstücke in das Lehndorffsche Archiv gelangt und in Leipzig überliefert. Möglicherweise hatte zu seinem Nachlass auch die Münzsammlung gehört, die den Grundstock der berühmten Lehndorffschen Sammlung bildete.

gewährt wurde.⁷⁵² Prinz Ferdinand bedauerte die Entscheidung, aber er verstand sie: „Sie haben schöne Besitzungen, die Ihre Anwesenheit erfordern, gute Nachbarschaft in Ihrer Umgebung, Königsberg, wo Sie gute Gesellschaft finden und sich von Zeit zu Zeit hinbegeben können, um sich für das einsame Landleben zu entschädigen. Alles das wiegt die Stelle wohl auf, die Sie verlassen, und mit der viel Unbequemlichkeit verbunden war, ohne irgendwelche Aussicht, in eine glänzendere Stellung zu gelangen. [...] Außerdem sind Sie sicher, allen Ihren Freunden stets willkommen zu sein. Ich hoffe, zu dieser Zahl zu gehören, da seit 29 Jahren, während wir uns kennen, ich diese Empfindungen nie verleugnet habe.“ In Berlin würde Lehndorff nichts verpassen, denn, „unter uns gesagt, unsere Hauptstadt sieht sehr nach einer Provinzstadt aus, und nach dem, was man mir von Königsberg erzählt hat, glaube ich, dass dieses mehr das Aussehen einer Residenz hat, obwohl es keine dort gibt, als Berlin, wo der Hof sich befindet.“⁷⁵³ Das Hofleben in der Nähe Friedrichs II. fasste er so zusammen: „Es muss in der Nähe dieses gewaltigen Menschen nicht immer behaglich gewesen sein.“⁷⁵⁴

In der nächsten Zeit musste vieles in Ordnung gebracht werden, da Haus und Güter über Jahre vernachlässigt worden waren. Lehndorff stellte für Steinort einen Verwalter namens Stendel ein; im September 1776 übergab er die Verwaltung an Amtmann Henrici aus Barten.⁷⁵⁵ Mit der Verwaltung der Landkeimschen Gütern hatte er wenig Glück. Letztendlich wurden sie verpachtet, da Lehndorff befürchtete, auch in den kommenden Jahren dafür keinen tüchtigen Administrator zu bekommen. Der Pächter, der „alte Haefen“, war ordentlich und ehrlich und sein Umgang mit den Leuten so, „dass sie zu Klagen keine Ursache haben“, schrieb Hoffiscal Kirschkopff an Lehndorff am 25. Februar 1785. Es sei „aber eine außerordentlich bösertige race von Menschen in denen Landkeimschen Gütern. Keiner will sich an Ordnung gewöhnen, und dieses rühret noch von der Zeit der alten Puschke her, die mit allen Untertanen verwandt war und nicht die allergeringste Autorität hatte.“⁷⁵⁶ Wirtschaftsakten über Untertanen und Baumaßnahmen, Einnahmen- und Ausgaben sowie Jahresrechnungen, Unterlagen über die 1745 erbaute Brauerei und die um 1813 nach Friedländer Vorbild eingerichtete Brennerei sind erst ab ca. 1745 bzw. 1813 in den Steinorter Archivalien vorhanden.⁷⁵⁷

Die Einrichtung der Landschaft, einer Kreditkasse, beschäftigte Lehndorff in dieser Zeit ebenso wie die Kriegsgerüchte. Lehndorffs Neffe Schlieben hatte bereits im Februar 1778 seine Garnison in Halle verlassen, am 10. April 1778 rückten alle Regimenter aus der Berliner Garnison aus. Zahlreiche alte Generäle waren nicht mehr dienstfähig, weshalb große Veränderungen in der Armee bevorstanden. Lehndorff konnte nicht begreifen, dass sich die großen Mächte nicht eifriger bemühten, den Frieden zu erhalten, zumal sich ganz Europa in einer kritischen Lage befand: „England ist gegen Frankreich gereizt, die Türkei gegen Russland und wir gegen Österreich.“⁷⁵⁸ Im Mai begann er seine endgültige Überführung seines Berliner Besitzes vorzubereiten, was im August per Schiff erfolgen sollte. Am 3. Juli 1778 erklärte Preußen Österreich den Krieg.

⁷⁵² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 418.

⁷⁵³ Vgl. Meusel, Prinz Ferdinand, S. 147 f.

⁷⁵⁴ Meusel, Prinz Ferdinand, S. 120.

⁷⁵⁵ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 3, 33.

⁷⁵⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 382, Bl. 58–59v.

⁷⁵⁷ Am 22. März 1745 wurde mit dem Küfer Schmidt aus Rastenburg ein Vertrag über die Einrichtung eines neuen Brauhauses geschlossen, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 744; zur Brennerei ebd.

⁷⁵⁸ Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 103. Auf Kriegsgerüchte regierte man in Ostpreußen sehr sensibel. Lehndorff interessierten neben den europäischen Entwicklungen auch die politische Entwicklung in Amerika, die er auf einer von dem Potsdamer Buchhändler Horvath erworbenen Karte von Amerika nachverfolgte, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 714 (Rechnung vom 11. April 1798).

Das Leben in Steinort verlief nach einem feste Tagesablauf: vormittags Wirtschaftsangelegenheiten, Instandsetzung des Hauses und Verschönerung des Gartens, nachmittags Lesen und Malen, abends Gespräche. Regelmäßig kamen Besucher nach Steinort. Auf dem kleinen Theater wurden Aufführungen gegeben. Zu Lehndorffs Geburtstag am 7. Mai 1780 reichte das Repertoire sogar für drei Tage: „Zuerst führt meine Frau mit meinem Sohn ein Sprichwort entwickelndes Lustspiel auf. Dann geben meine Leute den ‚Edelknaben‘, den zweiten Tag ‚Die drei Sultaninnen‘ und den dritten ‚Hamlet‘. Namentlich das letzte Stück gelingt über alle Erwartung gut. Es ist erstaunlich, wie die Leute ihre Rollen richtig erfasst haben.“⁷⁵⁹ Gerade als sich sein kleines ländliches Theater gut entwickelt hatte, wurde sein Hauptdarsteller, der Diener Michel, eingezogen. „Für einen denkenden Menschen ist die Willkürherrschaft doch mehr als grausam. Zehn Jahre lang habe ich den Menschen erziehen und ausbilden lassen. Mit vielen Kosten und Mühen ist mir dies gelungen. Nun aber, gerade wie ich glaube, den Lohn für alle Mühen ernten zu können, nimmt man mir ihn weg, und das einzig deshalb, weil er 8 Zoll misst. Da muss man wirklich daran zweifeln, dass wir in der besten der Welten leben.“⁷⁶⁰

Das Fehlen eines Schauspielers würde Lehndorff sicher verkraftet haben, schwerer wogen die insgesamt fehlenden Arbeitskräfte auf den Gütern. Durch das 1733 eingeführte Kantonreglement war jedem Regiment ein bestimmtes Territorium, ein Kanton, zugewiesen worden, aus dem das Militär rekrutiert wurde. Damit waren Verluste an Arbeitskräften zwar planbar, lasteten aber trotzdem schwer auf der ländlichen Bevölkerung. Die Kompaniechefs zogen die Söhne der gutsuntertänigen Bauern mit einer Dienstpflicht von 20 Jahren zum Militär so ein, dass die Rekruten jedes Jahr ein paar Monate, später nur einen Monat gezogen wurden. Für den Unterhalt der Kompanie erhielten die Chiefs der Einheiten vom Staat Pauschbeträge für Waffen, Munition und Uniformen. Die Ausgehobenen waren vorwiegend Männer zwischen 27 und 29 Jahren, was eine Störung des Familien- und Wirtschaftslebens nach sich zog. Als 1783 der „7 Zoll und 1 Strich“ große Tischler Schultz aus Steinort sich mitten in der Erntezeit und in den Reparaturarbeiten am Schloss zur Kantonsrevision in Gerdaun einzufinden hatte, gelang es Lehndorff durch seine guten Beziehungen zum General Heinrich Wilhelm von Anhalt, ihn vom Militärdienst befreien zu lassen.⁷⁶¹ 1742 schaffte er es sogar, dass aus Stobben, Taberlack, Stawisken, Pristanien und Stawken elf bereits zur Kompanie des Amtes Angerburg „Enrollierte“ aus dem „Kantonbuch gestrichen wurden.“⁷⁶² Nicht unerheblich waren auch die für den Festungsbau zu leistenden Arbeiten, für die Los- und Instleute zu stellen waren. Deren Unterhalt und den Unterhalt der zurückgelassenen Familien mussten die Bauern mitbestreiten. Zusätzlich waren Getreide-, Heu- und Strohfuhrten in die militärischen Magazine zu leisten.

⁷⁵⁹ Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 136.

⁷⁶⁰ Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 136. Auch dessen Bruder, den Lehndorff in Königsberg das Schneiderhandwerk hatte erlernen lassen, wurde eingezogen, ebd., S. 138.

⁷⁶¹ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 342.

⁷⁶² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 272. Siehe auch die Liste der aus den Steinortschen Gütern eingezogenen Soldaten, Nr. 765 (ca. 1805–1816). Aus Steinort waren eingezogen: Gottlieb Lisch, Carl Uwis, Johann und Friedrich Puschke zum 1. Ostpreußischen Infanterie-Regiment, Jacob Schönfeld und Ernst Wittke zum Grenadier-Bataillon des Regiments), aus Labab und Stawisken vier, aus Serwillen zwei, aus Pristanien einer, aus Stawken sieben, aus Stobben einer zum Füsilier-Bataillon in Memel, dem 1. Ostpreußischen Infanterie-Regiment bzw. Grenadier-Regiment und zum Kürassier-Regiment in Königsberg. Bereits zum Militär beordert, aber noch nicht eingezogen waren weitere vier Untertanen aus Steinort, Pristanien und Labab.

Schon seit Mai 1738 sollten Verbesserungsvorschläge für das Justizwesens durch die Amtsvorsteher eingereicht werden. Die 1751 begonnene Neuordnung der preußischen Justiz dauerte Jahrzehnte und wurde erst durch Großkanzler Johann Heinrich von Carmer zum Abschluss gebracht. Gemeinsam mit den Geheimen Räten Carl Gottlieb Svarez und Otto Nathanael Baumgarten war er im September 1781 nach Königsberg gekommen, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Die bevorstehende Neuordnung hatte sich schon 1782 in Ostpreußen verbreitet. Lehndorff hielt große Stücke auf Carmer, der „in Schlesien Außerordentliches vollbracht, indem er das Kredit-system errichtet und das Rechtsverfahren vereinfacht“ hatte. Dass er dem Adel die Befugnis zur Ausübung der Gerichtsbarkeit auf seinen Gütern nehmen wolle, fand weniger Gegenliebe. Philipp Otto Graf von Dönhoff war sich nicht sicher, ob es „ratsam [sei], sich wider die neue Justiz-Einrichtung zu setzen“. Jeder würde submittieren, „obgleich so wenig zum Nachteil unserer Privilegien und alten Rechte zuwider läuft“. Er sei am Ende seiner Karriere und habe „praktisch empfunden, dass Geduld alles überwindet. Soll ich nun in meinem Alter noch wider meine Einsicht, wenngleich ich Patriote bin et pro Deo et patria lebe und sterbe, noch mit Fremden communem causam machen?“ Auch in England oder Frankreich, wo die Parlamente in den Zeitungen viel Aufsehen erregten, sei ein ruhiges Leben möglich. Dagegen könne ein Reich, das mit sich selbst uneins ist, nicht bestehen. „Polen ist da so ein lebendiges Exempel.“ Sich zu widersetzen würde wohl mehr schaden, als helfen, es heiße ja: „Vana est sine viribus ira?, wer ein Haus bauen will, muss doch zuvor die Kosten überschlagen.“⁷⁶³ Auch Prinz Heinrich hatte sich in die Diskussion über die mit der Justizreform bevorstehende Änderung in der Gerichtsbarkeit des Adels eingebracht. Dessen Schreiben an Carmer, in dem er „von den unzerreißbaren Banden, die zwischen dem Herrscher und seinen Untertanen bestehen sollen“, zu denen gehöre, „dass der Herrscher seine Untertanen in ihren Rechten und Privilegien schütze“, war Lehndorff bekannt.⁷⁶⁴

Die königlichen Gerichte wurden durch Carmer als Ostpreußische Regierung zusammengefasst, die fortan für alle Zivil- und Kriminaljustizsachen, für Hypotheken-, Pupillen- und Depositalsachen zuständig war. Dem früheren Hofgericht entsprach dabei der neue Erste Senat, dem Tribunal der Zweite Senat. Aus ihm ging 1815 das Oberlandesgericht Königsberg hervor. Obergerichte wurden das Hofgericht zu Insterburg und das Hofgericht zu Bromberg. Die ersten Chefpräsidenten der neuen Regierung waren Friedrich Alexander von Korff und Ludwig Finck von Finckenstein.

Noch im Laufe des ersten und zweiten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts hatten die ostpreußischen Rittergutsbesitzer an der Patrimonialgerichtsbarkeit energisch festgehalten mit dem Argument, dass die Gutsinsassen sich nach der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit als „unmittelbare Staatsbürger“ verstehen würden und ihre „gutherrliche Obrigkeit verachten und derselben nichts mehr schuldig zu sein glaubten, wenn höchstens die

⁷⁶³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 78–79v, 137–138v. Mit Königsberg und Danzig hatte die Provinz die größten Hafen- und Handelsstädte Preußens, die Handelsbeziehungen reichten nach London und Amsterdam, in den Orient, nach Mittelamerika und Südafrika. Enge Handelsverbindungen brachten geistigen Austausch mit sich. So konnten die Ideen des britischen Liberalismus, ausgehend von der Freihandelslehre, in Ostpreußen schneller Eingang finden als anderenorts. Diskutiert wurde das System der britischen Verfassung, da seine Einteilung in Ober- und Unterhaus die Möglichkeit zu bieten schien, die alten Provinzialstände beim Aufbau einer neuen Verfassung einzubeziehen. Auch Lehndorff verfolgte die politische Entwicklung in England aufmerksam, eine Abschrift eines Rechenschaftsberichts des englischen Unterhauses ist in seinem Nachlass überliefert, ebd., Nr. 432.

⁷⁶⁴ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 373. Das Schreiben und Carmers Antwort vom 23. Mai 1784 ebd., S. 373–375.

kontraktmäßigen Pflichten erfüllt sind.“⁷⁶⁵ Der einzelne Gutsherr sah sich auf seinem Rittergut und im Kreis einem säkularen Staatsbildungsprozess gegenüber. Man verstand sich als „Herrschaft“, die Leitung des Besitzes als ererbtes Recht. Ökonomische Gesichtspunkte spielten eine große Rolle, auch wenn als übergreifendes Ziel die Dominanz der Rittergutsbesitzer in der lokalen Verwaltung gegenüber den Bauern als auch der Bürokratie behauptet werden sollte. Dem Selbstverständnis des ostpreußischen Adels entsprach es, solche Fragen des Verhältnisses zum Staat individuell und freiwillig zu regeln. Der einzelne Gutsbesitzer sollte über die Beibehaltung oder Abtretung der Patrimonialgerichtsbarkeit möglichst selbständig und im eigenen Interesse entscheiden können.⁷⁶⁶

Im Vormärz stieß diese Haltung auf ein geteiltes Echo. Ernst von Saucken-Tarputschen hatte die Bildung von Kreis-Patrimonialgerichten mit einem gemeinschaftlichen Justitiar als Ausweg aus dem Dilemma empfohlen, konnte aber aufgrund der Verbindlichkeit der bestehenden Verträge zwischen den Gutsherren und den Justitiaren damit bei den Landtags-Verhandlungen ebenso wenig durchdringen wie ein anderer Vorschlag, die Bauern an den Gerichtskosten, die durch Hintersassen verursacht würden, zu beteiligen.⁷⁶⁷ Magnus von Brünneck forderte 1837 die Übernahme der Kosten der Kriminalgerichtsbarkeit auf den Staat um der Vernachlässigung der Strafverfolgungspflicht vorzubeugen, die den Verlust von Ruhe und Ordnung nach sich ziehen würden.⁷⁶⁸ Andere „Adelsliberale“ dachten dran, freiwillig auf dieses mit unkalkulierbaren Kosten verbundene Ehrenrecht zu verzichten. Ähnliche Gedanken hatte es schon 1815 im Umfeld des Grafen Dönhoff-Friedrichstein gegeben.⁷⁶⁹ Zudem hatte eine Vielzahl neuer Gesetze und Verordnungen den Spielraum der Verwaltung der Privatgerichtsbarkeit für die Gerichtsherren und die von ihnen angestellten Juristen stark eingeengt.⁷⁷⁰ Die staatliche Bürokratie blockierte eine Vereinheitlichung der Gerichtsbarkeit, indem der dafür zuständige Savigny 1844 erklärte: „Die Patrimonialjurisdiktion ist nicht bloß eine Tatsache, sie ist ein wohl erworbenes Recht, das auf Anerkennung und Aufrechterhaltung einen begründeten Anspruch hat. Sie ist nicht nur in den östlichen Provinzen des Staates, welche wesentlich beteiligt sind, ein politisches Element der ständischen Verfassung.“⁷⁷¹ Letztendlich führten wohl die finanziellen Beweggründe zu freiwilligen Abgaben an den Staat, zumal die damit verbundene Herrschaftspo-

⁷⁶⁵ Vgl. Scheel, Heinrich/Schmidt, Doris (Hrsg.), Das Reformministerium Stein. Akten zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte aus den Jahren 1807/08, Berlin 1968, Nr. 315 (Burggraf Dohna und andere Gutsbesitzer des Mohrungenschen Kreises an Friedrich Wilhelm III., 17. November 18808).

⁷⁶⁶ Vgl. Wienfort, Monika, Ostpreußischer Gutsbesitzerliberalismus und märkischer „Adelskonservatismus“. Politische Perspektiven des preußischen Adels in der Lokalverwaltung im Vormärz, in: Adamy, Kurt/Hübner, Kristina (Hrsg.), Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert. Ein historischer Vergleich, Berlin 1996, S. 305–324, hier S. 307.

⁷⁶⁷ Vgl. Rumpf, Johann Daniel Friedrich (Hrsg.), Landtags-Verhandlungen der Provinzialstände in der Preußischen Monarchie, 4. Folge, Berlin 1828, S. 158 ff. (Denkschrift der Stände des Königreichs Preußen vom 21. Februar 1827).

⁷⁶⁸ Vgl. Brünneck, Magnus von, Denkschrift über den Stand der sozialen Verhältnisse auf dem Lande, in: Herre, Paul, Von Preußens Befreiungs- und Verfassungskampf. Aus den Papieren des Oberburggrafen von Brünneck, Berlin 1914, S. 465–473, hier S. 470.

⁷⁶⁹ Vgl. Wienfort, Gutsbesitzerliberalismus, S. 321.

⁷⁷⁰ Vgl. Wienfort, Monika, Preußische Patrimonialrichter im Vormärz. Bildungsbürgertum auf dem Lande zwischen staatlichem Einfluss und gutsherrlichen Interessen, in: Tenfelde, Klaus/Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.) Wege zur Geschichte des Bürgertums, Göttingen 1994, S. 57–77.

⁷⁷¹ Zit. nach: Wienfort, Gutsbesitzerliberalismus, S. 319.

sition als obsolet empfunden wurde. Von den 197 Patrimonialgerichten im Regierungsbezirk Gumbinnen befanden sich 1838 nur noch 61 in der Hand der Gutsherrschaften. Ostpreußen hatte den stärksten Anteil am freiwilligen Verzicht aller östlichen Provinzen.⁷⁷²

Gutsbesitzer, die die Patrimonialgerichtsbarkeit nicht an den Staat abgetreten hatten, betrauten nun Justitiare mit der Ausübung der Gerichtsbarkeit. Nach „mancherlei anderen Kombinationen“ waren Kreispatrimonialgerichte zu Sensburg (Seehesten), Neuhoft, Lyck und Oletzko gebildet worden, die aber bis 1835 bzw. 1839 wieder eingingen. Erst durch die Verordnung von 1849 wurden die standesherrliche, städtische und Patrimonialgerichtsbarkeit in Zivil- und Strafsachen aufgehoben und den Gerichtsbehörden des Staates unterstellt.⁷⁷³

Mit der Durchführung der Justizreform auf den Steinortschen Gütern wurde der Regierungsrat Glawe beauftragt. 1783 trafen Lehndorff und Glawe erstmals zusammen.⁷⁷⁴ Am 28. Juni fragte Lehndorff Glawe unverblümt, warum er „seine Talente nicht zum Wohlergehen des Landes anwenden“ wolle, und äußerte Unzufriedenheit mit dessen „Justitiariats-Wesen“. Glawe wies die Vorwürfe zurück. Auch ein „Gutsherr mit seinen Bauern“ sei der Gesetzgebung unterworfen. Die früheren Regelungen von Cocceji, Jariges und Fürst seien „weit beschwerlicher für den Adel gewesen“. Fürst habe auch für Ostpreußen etwas Ähnliches wie die Instruktion für die Westpreußischen Patrimonial-Gerichte emanieren wollen. „Wenn die erschienen wäre! Fürwahr, man hätte nicht so viel Geschrei gemacht als man jetzt erhebt, weil der jetzige Chef nach Hochgeboren Ausdruck überall der sanfteste Minister ist.“ Er möge sich erinnern, welche „Sentiments“ der König der Justizreform zugrunde gelegt habe, die er voll unterstütze. Darin sei er ganz unparteiisch, da er mehr persönliches Interesse für die Gutsherren, als für die Bauern habe, denn er sei selbst im Besitz eines Gutes in Pommern. Doch gehe er in seinen Grundsätzen weiter als die Gesetze. „Ich halte Leibeigenschaft und Untertänigkeit für Verderbnisse des Staats, und ich würde längst die Übel, welche diese barbarische Verfassung allen Staaten, namentlich dem unsrigen, getan hat, noch tut und ferner tun muss, in öffentlichen Schriften gerügt haben“, wenn sein Amt ihn nicht hindern würde. Er habe viel Geduld gegen Lehndorff bewiesen, der schon vor 1 1/2 Jahren seine Justiz gesetzmäßig regulieren wollte, und unangenehme Fragen beantworten müssen, wie es mit der „Angerburger Justitiariats-Errichtung“ stehe. Er könne keine Ausnahme machen, nur weil der Graf „noch nicht mit Überzeugung die Gesetze befolgen könne“. Der Justitiar Leitner habe auf seine Empfehlung den von Lehndorff angebotenen Kontrakt abgelehnt, der nur ein Honorar von 33 Rtlr. vorsah „für die Arbeit, die ich danach als Justizrevisor von ihm verlangen würde“, und ein Gehalt von 200 Rtlr. gefordert. „Es tut mir leid, dass der Leitner es hierdurch bei Ew. Hochgeboren verdorben hatte, obwohl ich dabei gern bemerke, dass der Mann sich gegen seinen Vorgesetzten folgsam bewiesen hat.“ Er könne auch kein positives Gutachten geben, dass der Drengfurth im Kreis Insterburg liegt, und 2) die Stelle von Barten aus respiciert werden soll. Hierin sei er sehr „unbeweglich“. Er könne ihn „in anderen Fällen auf(fordern)“, ihm „nützlich und gefällig zu sein, wo Ihr Interesse nicht mit dem des Staates in Kollision steht, und Sie sollen mich ebenso zuverlässig und fest finden.“⁷⁷⁵

⁷⁷² Vgl. Obenaus, Herbert, Gutsbesitzerliberalismus. Zur regionalen Sonderentwicklung der liberalen Partei in Ost- und Westpreußen während des Vormärz, in: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 304–328, hier S. 312. Hierzu auch Wienfort, Gutsbesitzerliberalismus, S. 312 ff.

⁷⁷³ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 439 f.

⁷⁷⁴ Zur Einrichtung der Kreisjustitiaren: APO, Bestand 382 FA Lehndorf, Nr. 570 (1782/83); GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 469. Siehe auch Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 304–306, 335.

⁷⁷⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 22–26v.

Nach Meinung des Verwalters Rhenius war die Besetzung des Justitiariats dringend. Es verging fast keine Woche, in der er den Mangel nicht spürte. So konnte er den Krüger in Taberlack, der eine unordentliche Wirtschaft führte, nicht aus dem Krug setzen, da dieser klagen würde.⁷⁷⁶ Der Hofgerichtsreferendar und Angerburger Stadtrichter Johann Georg Leitner war jedoch nicht Rhenius' erste Wahl, da er nach seiner Meinung „nur wenig Kopf“ habe und es besser sei, „wenn der Justitiarius ein Mann von Kopf ist, besonders jetzt, da es so schwer fällt, den einmal bestätigten Justitiarius wieder los zu werden. Viel besser würde sich ein Richter zu Drengfurth für hiesigen Hof schicken, weil er als Richter unter dem Königsbergischen Hofgericht steht, daher von dem Insterburgischen Hofgericht nicht so viel als dem Angerburgischen zu befürchten hat.“⁷⁷⁷ Der Konsistorialrat und Hoffiskal Kirschkopff, der nach dem Tod von Lehndorffs Mutter auch für Lehndorff tätig war, sah die Angelegenheit pragmatischer: „Die Bestellung eines Justitiarii hat meines Erachtens gar keine Schwierigkeit. Ich habe schon im vorigen Jahr für Landkeim und Laserkeim den Justizamtmann Schmidt auf ein jährliches Gehalt von 20 Rtlr. angenommen und von der Regierung bestätigen lassen. Es bedarf keines Kontrakts, sondern Ew. Hochgeboren zeigen bloß dem Gutsgericht an, dass sie sich den N. N. zum Justitiario gewählt, dass sie ihm ein jährliches Gehalt von ___ Rtlr. ausgesetzt und dass sie sich mit ihm geeinigt haben, alle Vierteljahre einen Gerichtstag zu halten. Auf dergleichen Berichte lässt die hiesige Regierung ohne fernere Weiterung alle Bestellungen der Orts-Justitiarien ausfertigen, und ich denke, das Insterburgische Hofgericht wird und muss ein gleiches tun. Möchte aber H. Glawe sich hierunter eine Erschwerung arrogieren, so wird es Ew. Hochgeboren wohl ein leichtes sein, ihm personellement von H. Großkanzler eine Zurechtweisung zu verschaffen.“⁷⁷⁸ Einer festen Einstellung versuchte sich Lehndorff weiter zu entziehen, was ihn in Konflikt mit der Ostpreußischen Regierung brachte. „Ihre Exzellenz der Herr Großkanzler von Carmer geruhen mir damals gütigst bekannt zu machen, dass es vielmehr ein väterlicher Rat als eine Ordre wäre; und also glaubte ich, dass wir auch hier in Preußen bei unseren alten Privilegien würden erhalten werden. Ich werde mich niemals der Konfirmation eines Justitiario weigern. Allein ihn ohne limitierte Zeit anzunehmen und bestätigt zu sehen, scheint mir sehr hart und unmöglich zu sein“, begründete er seine Weigerung.⁷⁷⁹ Nachdem kein festes Gehalt, sondern „tägliche Diäten“ vereinbart worden waren, wurde Leitner im Oktober 1784 als Interims-Justitiar für die Steinorter Güter durch das Insterburger Hofgericht bestätigt.⁷⁸⁰

Nachdem die Erregung über die Einsetzung des Justitiars abgeklungen war, gab es gleich die nächste. In dem üblich gewordenen Versenden von „Zirkularschreiben von Ort zu Ort“ sahen Graf Dönhoff und „ein Teil des hiesigen Adels“ einen erneuten Eingriff in die adligen Rechte. „Der hiesige Landrat hat solches der Kammer berichtet und diese an das Berlinische Direktorium, vorgehend, es sei eine alte Usance. Die Verordnung ist daher wider den Adel zum Nachteil. Weil es nun keine alte Usance und wir peu a peu unsere Rechte verlieren, ergeht von Seiten der Noblesse eine Gegenvorstellung an das Berlinische Direktorium, welche nolens volens mit zu unterschreiben necessiret worden, zweifle aber, das es fruchten wird, maßen la raison du plus fort wohl gelten

⁷⁷⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 48–48v.

⁷⁷⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 137–138v.

⁷⁷⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 12–14v.

⁷⁷⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 387, Bl. 183–183v.

⁷⁸⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 97–98v. Zu Leitner: Braumüller, Bernhard, Angerburg von A–Z. Ein Nachschlagewerk über den Kreis Angerburg, 4. Aufl., Rotenburg (Wümme) 2008, S. 448; Pfeiffer, Erich, Der Kreis Angerburg. Ein ostpreußisches Heimatbuch, 2. Aufl., Angerburg 1998, S. 93, 516.

dürfte! Ich wünschte, dass aus allen Kreisen sämtliche Noblesse in diesem und anderen Fällen übereinstimme. Wie wird es in Dero Gegend hierüber gehalten?“, fragte er in seinem Brief vom 21. September 1785.⁷⁸¹

Kirschkopff wurde noch in anderer Angelegenheit in den 1789er Jahren tätig, nämlich bei der Unterbringung von Kapital. Im Juli 1784 ging es um die „Trenkschen Güter“ des Kapitäns von Buddenbrock. Kommerzienrat Weiß hatte sein Gebot abgegeben, der Besitzer wollte sie an einen „Bürgerlichen“ aber nicht unter 33.333 Rtlr. verkaufen. Daraufhin war Weiß zurückgetreten. Auch Lehndorff hatte Interesse bekundet, Graf Truchseß von Wilkaschen 30.000 Rtlr. geboten. Kirschkopff war für Lehndorff bei 28.000 Rtlr. stehengeblieben. „Wegen Strittkeim und wegen des Waldes“ könne Lehndorff die Güter „zu 5 Pr. zu nutzen sich gewisse Hoffnung“ machen. „Da ich indessen Verkäufer bin, so wünschte ich, dass Hochgeboren einem Dritten den Auftrag zur Kaufhandlung zu übertragen geruhen möchten, damit ich auch den entferntesten Schein vermeide, als ob ich Ew. Hochgeboren in Rücksicht des Verkäufers zu etwas angeraten hätte, wobei dieselben nachhero nicht ihr Konto fänden.“ Auch das nahe Landkeim liegende Gut Regitten und Klein Lehden und der Krug in Wargen standen zum Verkauf und würden zur Erweiterung der Besitzungen in der Landkeimschen Gegend nützlich sein. Zur „Unterbringung eines Kapitals von 20 Tsd. oder 30 Tsd. Rtlr. kann ich vor der Hand Ew. Hochwürden wenig Hoffnung geben. Die Fr. Obr. von Kalkreuth lässt ihre Kapitalien, die ihr nicht aufgekündigt worden, alle ohngerührt stehen, und ich habe Pupillen- und Kuratel-Gelder selbst über 20 Tsd. Rtlr. in der Banque liegen, von denen ich nicht weiß, wo ich sie sicher unterbringen soll.“⁷⁸²

Nach Lehndorffs Rückkehr aus Berlin 1799 wurde Justizbürgermeister Skopnik sein Justitiar. Dieser beklagte sich, die „kleinen Dinge der Gutsverwaltung“ seien „sehr unangenehm, besonders weil das ungebildete Volk nichts versteht. Der große Fehler der Preußen ist die Trunksucht und alle Dummheiten, die daraus folgen.“ Zudem sei die Rechtspflege in Ostpreußen „langsam und schlecht organisiert“. Lehndorff, dem dieses Lamentieren nicht behagte, entließ Skopnik und machte im Oktober 1799 den Justizbürgermeister Schwartz aus Angerburg zu seinem Justitiar.⁷⁸³

Auf dem flachen Land blieben so der von der Obrigkeit bestellte Bürgermeister und der Gutsherr Träger der Verwaltung. Die Polizei- und Gerichtsrechte des Gutsherrn wurden zwar stärker kontrolliert, aber ebenso wenig abgeschafft wie das Kirchen- oder Schulpatronat, Jagdrechte und Steuervorteile.⁷⁸⁴ Erst 1851 verloren die Gutsbesitzer bzw. die von ihnen eingesetzten Justitiare die Gerichtsbarkeit über ihre Gutsbezirke. Die Polizeigewalt ging erst 1872 durch eine neue Kreisordnung auf das Institut des Amtsvorstehers über. Damit war zwar die patrimoniale Polizeigewalt abgeschafft, die niedrige Exekutivgewalt verblieb jedoch noch lange Jahre bei den Gutsherren und deren Güter „lokale politische Herrschaftszentren“⁷⁸⁵. An der Spitze der staatlichen Kreisverwaltung stand nun ein Landrat. Das Amt sollte von einem ausgewiesenen Verwaltungsfachmann, der vom Kreistag vorzuschlagen und vom König zu ernennen war, anstelle des bisherigen alteingesessenen Rittergutsbesitzers ausgeübt werden. Die Praxis sah anders aus: Noch 1911 gehörten von den Oberpräsidenten der 12 preußischen Provinzen elf dem Adel an, von den Regierungspräsidenten trugen 2/3 einen adligen Namen.

⁷⁸¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 383, Bl. 34–35v.

⁷⁸² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 380, Bl. 12–14v.

⁷⁸³ Vgl. Ziebura, Tagebuch, S. 293, 313.

⁷⁸⁴ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 422 ff.

⁷⁸⁵ Vgl. Rosenberg, Machteliten, S. 88.

Der Besitz im 18. Jahrhundert in Zahlen

Um 1800 waren die Steinortschen Güter ohne Schulden, ebenso die Häuser in Berlin und in Königsberg. An Kapitalien besaß Lehndorff 6.000 Rtlr. aus Hypotheken in Litauen und 5.800 Rtlr. aus Pfandbriefen der Landschaft, dazu kamen Bankobligationen in Höhe von 28.900 Rtlr., Seehandlungsobligationen (1.000 Rtlr.), Obligationen Breslauer Banken (1.000 Rtlr.) und diverse Wechsel privater Personen. Allein bares Geld war wenig vorhanden. Lehndorff verwies in seiner Vermögensaufstellung auf verschiedene Münzbeutel und eine mit Brillanten besetzte Tabatiere „mit altem Geld“, wohl Teil der späteren Münzsammlung.⁷⁸⁶ Diesen ansehnlichen Besitz hatte er von seiner Mutter Maria Luisa, geb. Wallenrodt 1775 geerbt. Über den Wert von Steinort gibt ein am 30. November 1731 aufgestelltes Inventar Auskunft. Es ist derart detailliert, dass sich daraus die Farbigkeit der Räume (Tapeten, Beschläge) und deren Mobiliar, das vorhandene Küchengeschirr und Gerätschaften, sortiert nach Messing, Zinn, Kupfer und Eisen, Textilwaren aller Art, Bettwaren und Bekleidungsstücke rekonstruieren lassen. Ebenso aufgeführt sind die im Schloss vorhandenen Gemälde (44), darunter Gemälde der Landesfürsten und der Ahnengalerie, beginnend mit einem Porträt des „älteren Vaters von Lehndorff“ und „dessen Ehe-Gemahlin von Kannacher“ sowie „Meinhard von Lehndorff Gr. Vater“. Mit ihrem Titel aufgeführt sind die Gemälde Nr. 24 bis 27 „Der Auszug der Kinder Israel, Meleager und Atlanta, Pomana“ sowie als „11. Deren Hochgeboren von Lehndorff Grafen Stamm-Baum“, „38. ein großer Stamm-Baum“ und „39. ein kleiner Stamm-Baum“ sowie ein „Abriss über die sämtlichen Steinortschen Güter“. Der Bestand der Bibliothek füllt mehrere Seiten und umfasste deutsche, lateinische, französische und italienische Werke vor allem philosophischen, politischen, historischen, naturwissenschaftlichen, juristischen, theologischen Inhalts, auch eine „Baselsche deutsche Bibel“, „Graf Ahasveri von Lehndorff Reisebeschreibung“, „Die vornehmsten Nationes der gantzen Welt in Kupfer“, „Ahasveri Ernesti Graf v. Lehndorff geschriebene Historie“ sowie Leichenpredigten. Auch der Bestand der Orangerie ist verzeichnet. Zum Inventar gehörten drei Kutschen und zwei Schlitten. Nach dem Jagd-Inventar gab es Utensilien für die Hasen-, Wolfs- und Hirschjagd sowie eine Vielzahl verschiedener Gewehre und Pistolen. Das bar vorhandene Geld betrug jedoch nur 80 Tlr. und die Witwe versicherte „auf ihr Gewissen“, dass aufgrund von Misswuchs nicht mehr vorhanden gewesen sei. Dementsprechend wurde im Inventar der Wert des Getreidevorrats mit Null angegeben. 5.661 Tlr. wurden aus Verkäufen von Militaria und eines Pferdes erzielt. Der Wert an Gold und Pretiosen betrug 304 Tlr., an Silbergeschirr 5.682 Tlr., des Kristalls 60 und des Porzellans 26 Tlr. Die liegenden Gründe waren mit einem Wert von 142.500 Tlr. angegeben. Die ausstehenden Kreditschulden beliefen sich auf 1.860 Tlr. Dem Gesamtwert der „Verlassenschaft“ in Höhe von 165.971 Tlr. standen Schulden in Höhe von 158.652 Tlr. gegenüber: 45.000 Tlr. eingebrachtes Vermögen der Witwe sowie weitere 45.000 Tlr. von ihr zur Melioration und Erhaltung der Güter vorgeschossenes Kapital, 11.072 Tlr., die dem Grafen Dönhoff auf Dönhoffstädt als Erbe und aus einer Forderung zustanden und von der Witwe bar gezahlt worden waren.⁷⁸⁷ Nach dem Erteilungsrezess vom 1. Dezember 1777 bestand die „Massa haereditaria“ in 108.480 Rtlr. 70 Gr. und 4 1/2 D. Nach Abzug der Passiva in Höhe von 32.798 Rtlr. 24 Gr. 10 1/2 D. blieben 75.682 Rtlr. 35 Gr. 12 D. die auf die Erben, Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff, seine Schwestern Podewils und Schlieben sowie seine

⁷⁸⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 300, Bl. 1–1v. Zur Verwaltung der Kapitaleinkünfte (1707, 1779, 1787): GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 779. Den Mangel an Bargeld beklagte auch Berent am 14. März 1809: „Wegen Geld werde ich mir zwar umsehen, allein hier ist nichts zu haben“, wenn er 500 Rtlr. bekomme, werde er bis zum Eingang der Gewerbesteuer durchhalten, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 141.

⁷⁸⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 320.

Nichte Schlieben, zu verteilen waren, wobei jeder einen Anteil von 18.920 Rtlr. 53 Gr. 16 1/2 D. erhalten sollte. Da Ernst Ahasverus Steinort und Pristanien erhielt, hatte er die übrigen Erben zu entschädigen. In seinem Testament von 1780 legte er fest, „dass die Steinortschen Güter mit allem dazu gehörigen, wie auch die Drengfurther Heide in der brüderlichen Auseinandersetzung niemals höher als 160.000 Rtlr. geschätzt werden“ sollten.⁷⁸⁸

Die von Verwalter Rhenius am 15. Juli 1781 aufgestellte Einnahme-/Überschussrechnung für 1780/81 weist als Pachteinnahmen aus Labab, Taberlack, Stawken, Serwillen, aus den „kleinen Arrenden“, aus den Krügen in Steinort, Taberlack, Pristanien und Rosengarten und von den kölmischen Huben in Rosengarten 1.285 Rtlr. 86 Gr. aus. Dazu kamen Einnahmen aus Steinort, Klein Steinort, Taberlack und Pristanien für Getreideverkauf, Kuhpacht, Mästung, Leinwand, Garn, Honig, Leder, Brennerei, Brauerei, Gespinst, Schäferei, Tabak, aus dem Ziegel- und Holzverkauf, Gerichts-Sporteln, Bauern-Zinsen, der Sommer- und Winterfischerei, Mühlengefällen, Kopf- und Hornschoss sowie Haus- und Gartenmiete, so dass die Einnahmen insgesamt 6.693 Rtlr. 39 Gr. 16 1/2 D. betragen, denen Ausgaben in Höhe von 6.708 Rtlr. 22 Gr. gegenüberstanden. Der Überschuss betrug somit nur ca. 14 Rtlr.⁷⁸⁹ Von Trinitatis 1790 bis Trinitatis 1791 zog man aus den Steinortschen Güter Einnahmen in Höhe von 11.214 Rtlr. 18 Gr. 12 D., die Ausgabe beliefen sich auf 5.680 Rtlr. 45 Gr. 13 1/4 D, der Überschuss betrug demnach 5.533 Rtlr. 62 Gr. 16 3/4 D. Der Getreidevorrat entsprach einem Wert von 1.145 Rtlr. 378 Gr. 4 3/4 D.⁷⁹⁰

Die Verhältnisse in Steinort in den Briefen des Verwalters Berent

Im letzten Jahr des 18. Jahrhunderts analysierte Verwalter Berent sehr nachdenklich die Verhältnisse in Steinort: Die Bauern hätten zu wenig Zeit, das Getreide zum Verkauf zu dreschen, da sie noch mit dem Dreschen der Saat und des Brotgetreides beschäftigt seien. Viel Land werde unbestellt bleiben, da die Zeit zum Bestellen der Äcker nicht mehr ausreiche. Die Pferde seien zu entkräftet durch den Mangel an Weide und das Fahren des Getreides, Äcker und Wiesen durch Regenfälle durchnässt, so dass Pferde und Wagen stecken bleiben. Nur der Hof und die Stuben seien schon „innerlich wie äußerlich, so viel wie es hat sein können, ganz in Ordnung gebracht“. Der Zustand der Güter sei „noch erträglich“, Regen und gutes Wetter würden wechseln, man könne arbeiten, so viel es die Kräfte zulassen. Das Korn sei mit Mühe eingebracht, in den Fächern sei mehr als im vergangenen Jahr, aber es lohne sich nicht, weil zu viel Futter darunter sei. Der Weizen sei zwar „abgehauen“, doch brauche man weiter gutes Wetter. Die große Gerste sei sehr gut, Hafer und kleine Gerste noch auf den Feldern, ebenso Flachs und Bohnen. Erbsen, Linsen und Kartoffeln seien von der Nässe verdorben. Die Heuernte sei geteilt: die Vorwerke,

⁷⁸⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 13; Nr. 330, Bl. 1–1v (Testament). Erbvergleich und Erbteilungsverhandlungen über das Vermögen des 1811 verstorbenen Grafen Lehndorff in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 333; GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 10, 12. Die Erbteilung erstreckte sich auf die „freien adligen Güter Steinort“, d. h. Vorwerk Gr. Steinort, Vorwerk Klein Steinort, Bauerndorf Labab, Dorf Stawisken, Dorf Taberlack, Vorwerk und Dorf Stawken, Vorwerk und Dorf Pristanien, Bauerndorf Stobben, Vorwerk und Dorf Serwillen. Steinort hatte einen Wert von mehr als 88.804 Rtlr., das Lehngut Serwillen 9.446, Pristanien und Stawken 16.222 Rtlr. (lt. Erbteilungsplan in Nr. 12). In Abzug zu bringen waren die Inventare der Bauern und Vorwerke als Allod, auch war der „gesunkene Wert der Güter“ und der „weit niedrigere Aquisitionspreis“ zu beachten. Nach einer bereits früher erfolgten außergerichtlichen Einigung zwischen Lehndorff, Graf Dönhoff und der verstorbenen Gräfin Dönhoff betrug der Wert sämtlicher Steinortschen Güter mit dem darauf befindlichen herrschaftlichen Inventar und Bauernbesatz 80.000 Taler.

⁷⁸⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 270, Bl. 1–11.

⁷⁹⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 266, n. f.

die „hohe Feldwiesen“ haben, wie Klein Steinort, Stobben, Stawisken, Taberlack, hätten mehr Futter als im vergangenen Jahr; in Serwillen, Labab und Groß Steinort stünden die Wiesen unter Wasser. In Rastenburg und Angerburg würde der Marktpreis für Roggen bei 1 Rtlr. 15 Gr. pro Scheffel liegen, man hoffe auf bessere Preise, da bisher nur wenig gedroschen sei. Drescher seien jedoch nicht zu bekommen, „und die man noch hat, machen rein und gehen davon, denn jetzo verlangen sie schon den 9. Scheffel oder Ausspeisung, und bevor man dieses geben soll, so wird man sich schon alle Mühe lieber geben, und Saat kaufen.“ 200 Scheffel à 1 Rtlr. 15 Gr. habe er schon gesichert.⁷⁹¹

Noch verfügte Steinort über finanzielle Reserven und Liquidität und hatte sich nicht wie so viele verschuldet, die ohne Liquiditätsreserven expandiert und ohne Marktkenntnis spekuliert hatten, die inkompetent oder nachlässig gewirtschaftet oder ohne finanzielle Basis in repräsentative Bauten investiert hatten. Das Bankhaus Uber hatte ein beträchtliches Vermögen Lehndorffs in Verwaltung; im Juni 1783 waren es 120.000 Tlr. Weitere 6.000 Tlr. waren im Herbst 1783 beim Berliner Bankhaus Eisenhardt deponiert.⁷⁹²

Lehndorffs Promemoria

Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts waren die Getreidepreise wieder allgemein gestiegen. Die Getreideausfuhr aus Preußen nach England nahm besonders während des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges (1776–1783), dann wieder während der Koalitionskriege der Napoleonischen Zeit (1793–1805) erheblich zu. Starke Einbußen für die Königsberger Kaufmannschaft brachten jedoch die 1772 erfolgte Erklärung des bis dahin freien Salzhandels zum Staatmonopol und seine Übertragung an die Preußische Seehandlungsgesellschaft. In den Jahren 1792 bis 1806 betrug der Jahresdurchschnitt der ein- bzw. auslaufenden Schiffe ca. 1.300.⁷⁹³

Die Verhältnisse in Königsberg am Beginn des 19. Jahrhunderts hat Fanny Lewald bildhaft beschrieben: „Die Zeiten für den Kaufmann waren damals schwierig und drohend. Die Welt war seit den amerikanischen Freiheitskämpfen durch die Französische Revolution und die ihr folgenden Kriege in ihren Tiefen aufgeregt, und Ruhe war nirgend mehr zu finden, selbst da nicht, wo man, wie in Preußen, augenblicklich noch in Frieden lebte. Die Schifffahrt war unsicher geworden. Der Landverkehr war heute hier, morgen dort durch die Kriege gehindert, während doch der Krieg bald sehr große, vorherzusehende Bedürfnisse erzeugt, also große, unerwartete, gewinnbringende Geschäfte nötig machte, und bald wieder wohl berechtigte Unternehmungen plötzlich über den Haufen warf. Die eigentliche Regelmäßigkeit des Geschäftsbetriebes hatte aufgehört, und die Verhältnisse wurden noch schwieriger durch die damalige Mangelhaftigkeit der Verkehrsmittel. Von täglich abgehenden Posten war noch keine Rede. Die Zeitungen, welche zweimal wöchentlich mit der Post von Berlin nach Königsberg gelangten, waren immer viele Tage alt, und häufig waren ihre Nachrichten durch die rasch einander folgenden Ereignisse überholt, abgesehen davon, dass sie unter strenger Zensur keineswegs verlässlich waren. Dem Glauben, dem Vermuten war damit ein weites Feld gelassen. Wer einigermaßen sicher gehen wollte, musste sich vom Stand der Dinge an Ort und Stelle überzeugen, musste sich durch Estafetten Nachrichten verschaffen [...]. Wie

⁷⁹¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 285, Bl. 78v–84.

⁷⁹² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 385, Bl. 71–72. Siehe auch die Geschäftsbriefe der Banken ebd., Nr. 374 und Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 326, 337.

⁷⁹³ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 235.

verschieden die Einzelnen aber die Zustände auch ansehen mochten, je nachdem ihre politische Meinung oder ihr persönlicher Vorteil ihnen dieses oder jenes wünschenswert erscheinen ließ, und je nachdem sie die auswärtigen Verhältnisse durch den Augenschein kannten oder nicht kannten, darin stimmten alle überein, dass selbst die ausgesprochene Friedensliebe des jungen Königs von Preußen den großen Weltenbrand, den Napoleon angefacht hatte, nicht werde verhindern können, auch Preußen zu ergreifen, und dass man schon jetzt wie auf einem Vulkan lebe.⁷⁹⁴

Minister von Gaudi und der Geheime Rat Tarrach wurden nach Preußen geschickt, um dem „im Rückgang begriffenen Handel wieder auf[zuhelfen“. Lehndorff übergab Gaudi im Herbst 1780 ein Promemoria, in dem er ausführlich auf die Entwicklung von Wirtschaft und Handel in Königsberg, u. a. die Auswirkungen der Einrichtung der Salzkompagnie auf den Salzhandel und der polnischen Revolution 1773 auf die Wirtschaftsbeziehungen, einging. Er stellte darin die Frage, ob der siebenjährige exklusive Salzdebit „so großen Nutzen geschafft [habe], um die fernere Dauer dieses Privilegii zum Nachteil des Staats zu verlangen angesichts dessen, was der Staat durch den der Kaufmannschaft entzogenen Salzhandel verloren hat“, denn je weniger polnische Produkte in Königsberg ankommen, „je weniger können davon seewärts ausgeführt, und noch weniger Manufaktur- und andere Retour-Waren an die Polen vertauscht werden, welches also auf alle Arten von Handlungsbranchen wirkt, mithin auch allen Gattungen von Handelnden zum Untergange gereichen muss.“ Er plädierte für eine Freigabe des Salzhandels für die Königsberger Kaufmannschaft. Nachdem er Gaudi und Tarrach täglich gesehen hatte, wollte er Gaudi „Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass er von den besten Absichten beseelt ist. Aber er wird nichts ausrichten können, da der König ihm befohlen hat, im Betriebe der Regie nichts zu ändern. Das ist aber gerade die Ursache unserer Not. Was den Geheimen Rat Tarrach anbetrifft, so scheint er mir ein sehr guter Mensch zu sein, aber etwas windig und ohne große Fähigkeiten. Es werde wohl alles so weitergehen, wie es gewesen ist, und wir werden kein Getreide und kein Vieh verkaufen.“⁷⁹⁵

Die Angliederung Danzigs an Preußen und der Wegfall der Zollschranken führten zu einer Wiederbelebung des Getreidehandels bei hoch bleibenden Getreidepreisen. Auch Königsberg profitierte davon, indem die Getreideausfuhr wieder stieg.

Das Ende der „alten Zeit“

Nach seiner Rückkehr aus Berlin reflektierte Ernst Ahasverus Heinrich Graf von Lehndorff unter dem Eindruck eines Todesfalls die im Gefolge der Französischen Revolution mit ihren Idealen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit eingetretenen Umbrüche einer Gesellschaft, in die er scheinbar nicht mehr passte: „Das Oberhaupt dieser Familie, der Landhofmeister und Staatsminister von Groeben, ist im Alter von 73 Jahren in Königsberg gestorben. Er war ein kluger Mann mit einem edlen Gesicht und nobleem Benehmen, etwas kurz angebunden und von entschiedener Art, ein guter Kerl und schlechter Haushälter. Er war gern unter Menschen und konnte eine ganze Gesellschaft in Schwung bringen. Er stammte sowohl väterlicher- wie mütterlicherseits von unseren besten Familien ab. Seine Mutter war eine geborene zu Eulenburg, seine Großmutter eine geborene von Wallenrodt.

⁷⁹⁴ Lehwald, Fanny, Die Familie Darner, Bd. 1, Berlin 1888, S. 1 f.

⁷⁹⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 49, Bl. 1–4.

Alle diese können noch von 36 adligen Ahnen sprechen, was immer seltener wird und schlimmere Folgen hat, als man sich vorstellen kann. Diese Kraft, diese Tugenden des alten Adels verlieren sich allmählich und haben ehemals zu ausgezeichneten und ehrenhaften Taten angeregt. Ich bin noch immer ganz erfüllt und erinnere mich mit Verehrung an die Lehren meiner Großmütter Dönhoff und Wallenrodt, die mich stets zur Tugend ermuntert und mir gepredigt haben, meinen Vorfahren durch gute, ausgezeichnete Taten und die Treue zu meinem Herrscher Ehre zu machen. So sagte auch Kaiser Leopold, dass der alte Adel die wahre Stütze und der Ruhm seines Thrones sei. Ich denke mit Rührung an die Einfachheit der Sitten und die Größe der Gefühle meiner Vorfahren. Mein Großvater, der große Burggraf Lehndorff, richtete morgens vor allem anderen folgendes Gebet an den Allmächtigen: ‚Gib, dass ich rede stets, womit ich kann bestehen, lass kein unnützes Wort aus meinem Munde gehen, und wenn in meinem Amt ich reden soll und muss, so gib den Worten Kraft und Nachdruck, ohne Verdruß.‘ Ich sehe noch oft meine vorbildliche, tugendhafte Großmutter Wallenrodt in schwarzen Kleidern, von vornehmer Einfachheit, auf einem hohen Stuhl in Decken gehüllt sitzen, wie sie weise und gütig zu ihren Leuten sprach, sich um die Kranken kümmerte, allen Gutes tat, sich selbst jeden Luxus verbat und zu ihrem einfachen Pult ging, das keine drei Tlr. wert war, um daraus 30, 40 Dukaten zu holen, um einem Armen zu helfen. Sie rühmte sich nie dieser edlen Gesten und prägte mir bei jeder Gelegenheit ein, dass allein die Ehre den Edelmann auszeichne.“⁷⁹⁶

In der ihm verbleibenden Lebenszeit führt er in seinem Haus „die alte Ordnung“ wieder ein. „Ich schimpfe und lobe, je nachdem, wie sich jeder geführt hat. Es gibt viel zurechtzurücken. Ein großer Gutsbesitzer darf sich nicht zu lange von seinem Land entfernen, sonst funktioniert die Maschine nicht mehr richtig, und es ist viel Geduld nötig, um die Ordnung der Dinge wiederherzustellen. Besonders die guten Sitten und der gute Ton gehen verloren. Ich kehre zu meiner alten Ansicht zurück, wonach es keinen Unterschied macht, ob man 50 Leute oder einen der großen Höfe zu regieren hat. Die Menschen haben die gleichen Vorlieben, das gleiche Verhalten, einen ebenso intriganten Geist, die gleichen Abneigungen, den gleichen Wunsch, sich gegenseitig zu schaden, um selbst die Oberhand zu gewinnen – nur die Wichtigkeit der Dinge, um die es geht, ist verschieden. [...] Ich nehme am Gespräch mit meinen Verwaltern, meinen Bauern, meinen Untertanen das gleiche Interesse, wie ich es in Berlin an der Gesellschaft der Minister, Generale, Prinzen und Majestäten genommen habe.“⁷⁹⁷

Er hatte große ökonomische Verluste zu verkraften: drei schlechte Erntejahre, Reisekosten, die Verheiratung der Tochter, die Zahlung der Schulden des ältesten Sohnes und die Etablierung des jüngsten Sohnes ergaben einen Minus-Saldo von fast 100.000 Tlr. Er hoffte, dass der Rückzug auf seine Güter nach und nach diese Lücke schließen werde und die politische Entwicklung, die er durch die Lektüre der Hamburger Zeitung und Briefe aus Berlin verfolgte, sich nicht gegen Preußen richten werde. „Die weise Festigkeit und Unparteilichkeit unseres tugendhaften Herrschers ist bewundernswert – aber ist sie auch klug?“, fragte sich Lehndorff.⁷⁹⁸ Dass Friedrich Wilhelm III. den Frieden bewahren wollte, wurde in Ostpreußen „als bestes Mittel zur Förderung des wahren Fortschritts“ begrüßt.⁷⁹⁹ Das Edikt, das den Adel zur Zahlung von Steuern verpflichtete, nahm Lehndorff im Gegensatz zu seinen Standesgenossen erstaunlich gleichmütig hin. Bei seiner Thronbesteigung hatte der König dem

⁷⁹⁶ Ziebura, Tagebuch, S. 283 f.

⁷⁹⁷ Ziebura, Tagebuch, S. 293, 304.

⁷⁹⁸ Vgl. Ziebura, Tagebuch, S. 293.

⁷⁹⁹ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 236. Bei seinem Regierungsantritt hatte Friedrich Wilhelm III. in einem Memorandum betont: „Das größte Glück eines Landes besteht zuverlässig in einem fortdauernden Frieden“, zit. nach: Haedicke, Dorothee, Königin

Adel den Erhalt seiner Privilegien versprochen. „Ich für mein Teil sage kein Wort und denke, dass wir allein von allen deutschen Gebieten so glücklich sind, unter den Fittichen des brandenburgischen Adlers in Frieden leben zu können. Wir sollten ihn dafür segnen und diese kleinen Opfer bringen“, so Lehndorff.⁸⁰⁰ Auch die gesellschaftlichen Veränderungen und die Bedeutungszunahme des Kabinetts, vom Adel mit Argwohn betrachtet, da es mit seinen vorwiegend bürgerlichen Mitgliedern und zwischen König und Staatsministern stehend eher Staats- als adeligen Standesinteressen verpflichtet war, nahm er gelassen hin. „Die Hesses und die Beymes [...] sind durch den Handel sehr reich geworden. Ihr Stand ist heute am wohlhabendsten, während der Adel seine Rechte und sein Ansehen verliert. Wenn ich die heutige Situation mit der Zeit meiner Jugend vergleiche, in der wir, die man zum Hochadel rechnet, niemals einem Bürgerlichen Zutritt in unsere Gesellschaft gewährt hätten, während man nun dem Reichtum und besonders der guten Küche seine Achtung erweist, so sehe ich ein, dass man vom hohen Ross heruntersteigen muss und es nicht mehr möglich ist, den dritten Stand als ‚gnädig‘ von oben herab zu behandeln. Man kann im Gegenteil froh sein, wenn man von ihnen als gleichgestellt betrachtet wird. Da sieht man, wie sich alles ändert! Am meisten aber betrübt mich, dass die Tugenden, die früher den Hochadel auszeichneten, mit seinem Ansehen verschwinden. Wenn man zu Tisch geht, überlasse ich die Ehrenplätze den anderen und setze mich zwischen die Beymes und Menckens, um mich dem herrschenden Ton anzupassen und mich an die ‚Egalité‘ zu gewöhnen. Von philosophischer Warte aus betrachtet man das alles und lacht. Alles ist eitel!“⁸⁰¹

Im August 1799 kehrte Lehndorff nach Steinort zurück. Die Rückreise über bekannte Orte wurde zum Rückblick. Der Weg führte durch die ehemals polnischen Gebiete, die er bereist hatte, als sie gerade preußisch geworden waren. „Man spürt in diesem Land noch viel von der sarmatischen Schweinerei, obgleich es unter der preußischen Herrschaft schon besser geworden ist. Ich finde meine Voraussagen von damals, als dieser Teil Polens an Preußen fiel, genau bestätigt. Die Bevölkerung ist sehr zufrieden, nur die Großen trauern über den Verlust ihrer ehemaligen Macht. Das Land ist sehr entwicklungsfähig, überall sieht man frisch gerodete Gebiete und gemauerte Häuser mit Schornsteinen. Früher kam der Rauch dort heraus, wo er konnte, und die Leute hatten das geistige Niveau und das Aussehen von Räuchergänsen.“⁸⁰²

Voltaire aus Steinort

Zeit lebens übten Literatur und Kunst eine große Anziehungskraft auf den „Voltaire aus Steinort“ aus. Die Schriften von Wedack, einem Leipziger Theologen, Nikolas Boileaus und die Briefromane des englischen Schriftstellers Samuel Richardson gehören ebenso zur Lektüre wie die Reisetagebücher der Herzogin Friederike von Holstein-Beck oder die Briefe der Großkanzlerin Cocceji an ihre Tochter, die Generalin Platen. „Beide waren geistreiche Frauen, die Erstere hatte in Berlin einen hohen Rang und war sehr beliebt. Sie lebte bei Hofe in der besten

Luise von Preußen. Reisen, Aufenthalte und Entscheidungen in Ost- und Westpreußen, in: Westpreußen-Jahrbuch 47 (1997), S. 41–61, hier S. 50.

⁸⁰⁰ Vgl. Ziebura, Tagebuch, S. 57.

⁸⁰¹ Ziebura, Tagebuch, S. 160. Karl Friedrich (von) Beyme war Anfang 1798 zum Kabinettsrat für das Justizwesen in die Regierung berufen worden, Anastasius Mencken war der bisherige Leiter des Kabinetts, Paul Hesse ein Berliner Kaufmann und Mitglied des Berlinischen Bürgerrettungs-Instituts.

⁸⁰² Ziebura, Tagebuch, S. 273.

Gesellschaft. Ihre Tochter folgte ihrem Gatten, Generalleutnant und Ritter vom Schwarzen Adlerorden, der zuletzt Gouverneur von Königsberg war, in seine verschiedenen Garnisonen. Sie starb vor drei Jahren ebenfalls in Königsberg. [...] Diese Briefe sind die Geschichte eines halben Jahrhunderts. Sie interessieren mich unendlich. Da wir zur gleichen Zeit in der Gesellschaft gelebt haben, kann ich alles nachprüfen, was sie geschrieben hat.“⁸⁰³ Der Kreis der Besucher war enger geworden: Tochter Pauline, Graf Dohna-Lauck, die verwitwete Gräfin Marie Karoline von Schlieben und der Pfarrer Jacob Ludwig Pisanski.⁸⁰⁴ Bei gemeinsamen Spaziergängen nutzte man wie Johann Wolfgang von Goethe auf seinen Reisen eine Camera obscura.⁸⁰⁵

Wenige Jahre vor seinem Tod hatte Lehndorff mehrfach Gelegenheit, seine Loyalität zum preußischen Königshaus unter Beweis zu stellen. Friedrich Leopold Freiherr von Schroetter hatte bei einem Besuch im Berliner Zeughaus eine von Andreas Schlüter gefertigte Statue König Friedrichs I. entdeckt. Man hatte sie „für ein elendes Stück“ gehalten, das „schon lange hat eingeschmolzen werden sollen“. Schroetter hatte Lehndorff 1801 davon erzählt, der den König daraufhin um die Statue für Königsberg gebeten hatte. „Sie ist ein Meisterstück von Schlüter, und der berühmte Schadow, mit dem ich in diesen Tagen, um sie zu besehen und über das Fußgestell zu deliberieren, im Zeughause war, versicherte mir, dass es noch sehr Streitig wäre, ob in Bezug auf Stellung und feine Arbeit diese Statue nicht für die auf der Langen Brücke den Vorzug hätte. Außerdem ist es in diesem Augenblick des Königs eigene Idee gewesen. Professor Biester hat von Seiten der Kunstakademie den Vorschlag gemacht, sie aus ihrem Gefängnis zu befreien und vor dem Arsenal aufzustellen. Diese Idee aber verwarf der König, bestimmte gleich, dass sie nach Königsberg, als wohin sie, wie er sagte, eigentlich gehöre, kommen solle [...]. Jetzt wünschte ich nur, dass sich unsere Mitbrüder gut und vernünftig benehmen und dem König das sagen, was seine gute und gnädige Intention verdient.“⁸⁰⁶

Ein Stimmungsbild über die Schenkung gibt ein Brief des Kriegs- und Domänenrates Friedrich Wilhelm von Farenheid auf Beynühlen an seinen Schwager Ernst von Saucken, geschrieben in Königsberg am 17. Januar 1801. „Liebster Saucken. Wir haben nebst einer großen Danksagung für unseren Neujahrsglückwunsch die Statue des ersten Königs Friedrich erhalten. Dieses hat unsere Stände in solche Gärung gebracht, dass wir morgen einen großen Ball bei Loyal geben, auch die Stadt illuminiert wird. Das wird mir 52 Lichte kosten.“⁸⁰⁷ Durch Kabinettsordre vom 1. Januar 1802 wurde Schroetter die Aufgabe übertragen, an der Aufstellung und der Wahl des Standortes und des Sockels mitzuwirken.⁸⁰⁸

Als Obermarschall des Königreichs Preußen war Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff auch bei den Vorbereitungen für das Treffen zwischen Kaiser Alexander I. von Russland und König Friedrich Wilhelm III. dabei. Auch Königin Luise wurde zu diesem Ereignis in Ostpreußen erwartet.⁸⁰⁹ Die Begegnung fand am 10. Juni 1802 in Memel statt. Für die Provinz war sie ein großes Ereignis, denn seit Peter dem Großen hatte kein russischer Herrscher preußischen Boden betreten. Den Besuch, der den Grundstein für die engen Beziehungen zwischen Russland und Preußen legte, begleiteten zahlreiche Feierlichkeiten. An den Truppenbesichtigungen nahm auch

⁸⁰³ Ziebura, Tagebuch, S. 310 f.

⁸⁰⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 386, Bl. 12–14.

⁸⁰⁵ Vgl. Ziebura, Tagebuch, S. 308 f. https://de.wikipedia.org/wiki/Camera_obscura [4.11.2019].

⁸⁰⁶ Vgl. Die Schröttersche Chronik aus Wohnsdorf, hrsg. von Carl von Lorck unter Mitwirkung von Johann Georg von Rappard, Limburg/Lahn 1969, S. 33–37.

⁸⁰⁷ Ebd.

⁸⁰⁸ Vgl. Lorck, Carl von, Schrötter und das Friedrichsstandbild Schlüters in Königsberg, in: *Altpreußische Forschungen* 19 (1942), S. 70–78.

⁸⁰⁹ Vom 3. zum 4. Juni hielt sich das Königspaar bei dem Obermarschall des Königreichs Preußen, Friedrich Alexander Burggraf zu Dohna, in Schlobitten auf, vgl. Krollmann, König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise in Schlobitten, S. 37–49.

die Königin teil. Für das Regiment Rouquette war die bei Jeruttin in der Nähe von Ortelsburg vom 19. bis 21. Juni 1802 stattfindende Truppenbesichtigung die erste „Königsrevue“.⁸¹⁰ Lehndorffs Sohn Carl Friedrich Ludwig wurde zur persönlichen Begleitung des Königspaares auf der Reise nach Warschau ausgewählt: „Diese Reise mit meiner göttlichen und engelhaften Königin, meinem guter König, ist, als dächte ich an eine geliebte Familie, wenn die Erinnerung an ihre Güte sich mir im Gedächtnis vergegenwärtigt. Ich würde ihr gerne sagen, wie ich mich freue, sie wiederzusehen, ebenso wie mehrere recht gute Sterbliche, die sie begleiten.“⁸¹¹

Über Jahrhunderte hatten die Lehndorffs die großen erblichen Ämter in Preußen besetzt. Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff wurde 1803 zum Landhofmeister des Königreichs Preußen mit dem Titel Exzellenz ernannt. Zum ersten Mal fand dabei die Kabinettsordre vom 1. Mai 1803 wegen des Rangs der vier großen Hofämter im Königreich Preußen Anwendung.⁸¹² Im Winter 1803 und nochmals 1804 kehrt Lehndorff nach Berlin zurück, um an den Hoffestlichkeiten zum Karneval teilzunehmen und um Prinz Ferdinand wiederzusehen. Die Feierlichkeiten wurden aus Beiträgen der Teilnehmenden finanziert. 1804 sollte jeder 400 Tlr. in Gold geben und sich verpflichten, noch 100 hinzuzuzahlen, falls nötig. „Die Gesellschaft nimmt für den Tanz den Saal des Deutschen Theaters, wo das Parterre auf das Niveau der Bühne erhöht werden soll, und dort werden die Quadrillen getanzt werden; die übrigen Säle und Zimmer werden für das Spiel und das Abendessen bestimmt sein; 800–1.000 Billets sollen verteilt werden, deren Zahl noch vermehrt wird, wenn noch mehr Subskribenten sich anbieten. Die Gesellschaft hat seit vergangenem Winter zugenommen, sie ist zahlreich, aber bei weitem nicht so gewählt wie in der früheren Zeit. Bei den Bällen, die der König in seinem Palais gibt, sind in der Regel 5–600 Personen anwesend, die Soupers in der Stadt sind von 80–150 Personen besucht; ich habe bei Gelegenheit der Hochzeit des Prinzen Wilhelm ein Fest mit 467 Gästen gegeben“, schrieb Prinz Ferdinand im Februar an Lehndorff und schloss seinen Brief: „Was für ein Unterschied zwischen der Art des Lebens, das man in der Vergangenheit führte, und dem heutigen, alles scheint in der Welt verwandelt zu sein, aber trotz alledem werde ich Ihnen dieselbe Achtung und Freundschaft bewahren, die ich jederzeit für Sie empfunden habe.“⁸¹³

Steinort in den Jahren der französischen Besetzung und in den Befreiungskriegen

Als alter Mann musste Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff noch einmal erleben, dass der Krieg durch Ostpreußen zog und auch Steinort erreichte. Durch die weite Entfernung von Berlin und von den Kriegsschauplätzen Europas hatte man in Ostpreußen die näher rückende Bedrohung nicht wahrgenommen. Die Nachrichten über die zu leistenden Kriegsvorbereitung trafen die Güter am 16. Oktober 1805 unvorbereitet. Die Lehndorffschen Güter hatten für insgesamt sieben Kompagnien Quartiere zu stellen. „Die sämtlich in unseren Gütern stehende Mannschaft besteht in 1.300 Mann und 380 Pferden. Ich kann die Bestürzung und den Jammer der armen Menschen nicht genug schildern; bis 24 Mann liegen bei einem Bauern. Die Lebensmittel herbeizuschaffen und alle Fuhrn und Posten herzugeben, übersteigt all unsere Kräfte. Die Lieferungen und Wegebesserungen haben die Pferde schon ganz ruiniert und viele sind schon krepirt; wie das enden wird, weiß ich nicht, und mein Kopf,

⁸¹⁰ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 378 f.

⁸¹¹ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 96.

⁸¹² Die vier Oberämter blieben als „große Hof- und Ehrenämter“ mit dem Prädikat Exzellenz ohne Amtspflichten und Einkommen bis 1918 bestehen und dem ostpreußischen Adel vorbehalten, GStA PK, I. HA, Rep. 89, Nr. 1682, Bl. 21 (Kabinettsordre).

⁸¹³ Vgl. Meusel, Prinz Ferdinand, S. 152 f.

alles, was von mir verlangt wird, ist zu schwach, nicht einmal es zu berechnen, viel weniger, es dahin zu bringen, dass es ausgeführt wird. Die Fourage müssen wir bis aus Rastenburg für sämtliche Kompagnien alle 3 Tage holen und der Weg ist gar nicht mehr zu passieren. Bis Weihnachten gebe ich dem Bauern Zeit, dann hat er kein Brot, auch keine Pferde und Futter mehr. Wären doch lieber die Russen gekommen, die hätten uns doch wenigstens einen schleunigen Tod sterben lassen, aber jetzt zwingt man uns an einen langsamen selbst Hand anzulegen. Hier in Gr. Steinort habe ich 1/2 Kompagnie nebst dem Major von Wussow und 2 Lieutenants, auch 28 Pferde. Meine besten Ställe auf sämtlichen Vorwerken sind mit königlichen Pferden besetzt und mein Vieh und Pferde weiß ich nirgends zu lassen. Das bisschen Futter muss ich teils liefern, teils wird es mir gestohlen. Der Wald wird ruiniert und die Zäune verbrannt, denn der Bauer kann mit seinen Pferden nicht mehr Holz anfahren. Kurz, den Gütern wird eine Wunde geschlagen, die vielleicht in 10 Jahren nicht geheilt werden kann“, schrieb Verwalter Berent am 18. Oktober 1805 an Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff und hoffte auf Hilfe und „guten Rat, denn sonst habe ich ja keinen, der mir solchen erteilt.“⁸¹⁴ Das Oberkriegskollegium hatte sich alle Anfragen zur Mobilmachung verboten. Berent bezifferte die Einquartierung pro Instmann auf 3 bis 4 Mann, die des Hofes auf 21 Mann und 24 Pferde, ohne die Offiziere. Belastend waren auch die Reparaturen der Wege, die fahrbar zu halten waren. „Mehr wie 400 Fuder Holz zu Knüppelbrücken sollen angefahren werden; mit 43 Wagen zwingt man mich Holz nach Drengfurth zu fahren.“⁸¹⁵

Die Kräfte des Vaters, des alten Kammerherrn, waren zu diesem Zeitpunkt bereits verbraucht. Er sei zwar noch „recht wohl“ und könne gut essen und schlafen, schrieb Berent, aber „die Geisteskräfte nehmen ab, und die Irrungen der Gedanken kommen und äußern sich nach wie zuvor“. Er hoffte mit Saat, Brot und Futter auszukommen um so viel wie möglich einzulagern, da für das kommende Jahr die Not bereits absehbar war. In Königsberg stiegen die Preise: „Korn gibt der Scheffel in Königsberg 8 Fl., die Erbsen und Gerste 7 Fl., der Haber 4 1/2 Fl. Der Weizen ist dem Korn fast gleich.“ Für die Umlagerung des Getreides aus dem Drengfurthschen Magazin nach Königsberg, 11.000 Scheffel Hafer und 1.800 Scheffel Korn und Mehl, mussten von Serwillen drei Wagen bereitgestellt werden. Mit dem Regiment von Reinhardt, das von Rastenburg nach Danzig verlegt wurde, gab es in der ganzen Gegend kein Militär mehr.⁸¹⁶ Wenige Tage später war „das Hauptquartier in Angerburg, der Feind in Rastenburg und also unsere Güter der Tummelplatz der beiderseitigen Vorposten, welches tausendmal schlimmer ist, als der Besitz des wirklichen Feindes.“ Man müsse jemanden nach Steinort schicken, der französisch könne, und der „Integrität mit Verstand besitzt“, schrieb Lehndorff an seine Mutter, die in Königsberg in vermeintlicher Sicherheit war. „Eine gute Bewirtung ist, was den ersten Anlauf des Feindes vorzüglich besänftigt. Man müsste sich mit Wein versehen, an den der Feind gewöhnt ist, und nach dem er immer zuerst verlangt. Auch muss man kein Geld, welches die ersten Ankömmlinge usurpatorisch und unerlaubt zwar, immer verlangen, sparen, aber doch haushälterisch damit umgehen. Man kann ordentlich mit sie handeln. Da wir seit 6 Wochen fast täglich mit ihren Patrouillen und Vorposten zu tun haben, kenne ich genau ihre Manieren. Doch muss man ihnen kein Düttchen geben, die sie verachten. Gold oder wenigstens grob Courant, 10 Louisd'or ist der gewöhnliche Satz, mit dem sie sich abspeisen lassen. Sonst betragen sich manche vorzüglich, die Offiziere der regulären

⁸¹⁴ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 119 f.

⁸¹⁵ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 120.

⁸¹⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 861 (10. Januar 1806).

Linientruppen oft sehr gut. Man müsste gleich suchen, eine Sauvegarde zu erhalten. Das rate ich auch für Königsberg. Gott! wäre doch Steinort nur einigermaßen zu retten.“⁸¹⁷ Im November 1806 erteilte Lehndorff Anweisungen für den Fall, dass der Kriegsschauplatz sich bis Steinort ausdehnen würde. Berent versiegelte Schränke und Kommoden im Schloss. Wie schnell sich die Lage verändert hatte, zeigt, dass Lehndorff in Danzig noch 50 Obstbäume für Steinort erworben hatte, die nun in Königsberg eintrafen. Neben allen zu treffenden Maßnahmen erhielt der Gärtner Anweisungen, wo die Bäume zu pflanzen waren.⁸¹⁸

Vom Zusammenbruch des preußischen Heeres und Staates durch die Niederlage bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober erfuhr man in Ostpreußen durch die in der Hartungschens Hofbuchdruckerei erscheinende „Königlich Preußische Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung“ erst am 13. November. Napoleon war anschließend bis über die Weichsel vorgedrungen und hatte am 25. Dezember 1806 die Preußen bei Soldau zurückgedrängt, so dass sich dieselben hinter die masurischen Seen auf die Linie Rhein-Angerburg zurückziehen mussten.⁸¹⁹ Nach der Schlacht bei Pr. Eylau am 7. Februar 1807 bezog Napoleon sein Winterquartier im Dohnaschen Schloss Finckenstein. Der erste Misserfolg im Osten ließ ihn ein Friedensangebot an den preußischen König machen, das Preußen von seinem russischen Verbündeten trennen sollte. Russland und Preußen bekräftigten daraufhin in Bartenstein am 26. April ihr Zusammenhalten gegen Napoleon. Ende Mai fiel das von Graf Kalckreuth verteidigte Danzig, in Heilsberg verhinderten Napoleons Truppen die Vereinigung der russischen Truppen mit dem südlich von Königsberg stehenden preußische Korps Lestocq. Am 14. Juni 1807 schlug Napoleon die russischen Truppen bei Friedland und entschied damit das Schicksal Preußens. Der Frieden von Tilsit am 9. Juli beendete den Kampf. Preußen verlor Südpreußen und Neuostpreußen, vor allem aber Danzig. Masuren wurde Grenzgebiet.⁸²⁰

Durch Verpflegung und Unterhaltung der französischen Truppen, die Durchmärsche der russischen Truppen und die Kriegskontributionen litt das Land zwischen 1807 bis 1814 unendlich. In den Dörfern waren die Felder verwüstet, der Viehbestand wurde zudem durch eine Viehseuche dezimiert. Die Provinz verlor 245.312 Pferde, 49.431 Fohlen, 137.616 Ochsen, 175.109 Kühe, 133.803 Stück Jungvieh, 478.719 Schafe, 320.039 Schweine. Die Verluste wurden auf 90 Mio. Tlr. geschätzt. Im März 1807 waren 362 Güter mit 7.207.075 Tlr. Pfandbrief- und 2.916.975 Tlr. Privatschulden vom Feind besetzt und nur 117 Güter mit 2.916.975 Tlr. Pfandbrief- und 1.277.725 Tlr. Privatschulden frei.⁸²¹ Als der russische Kaiser mit Stein und Arndt im Gefolge im Fort Lyck einzog, wurde er von Erzpriester Gisevius mit einer begeisterten Ansprache begrüßt.⁸²² Diese Begeisterung sollte in den nächsten Wochen das ganze Land erfassen. Ostpreußen allein stellte ein Herr von 30.000 Mann zum Kampf gegen die französische Besetzung auf. Ohne Schroetter, Schön, Boyen, Stägemann und Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff wäre vieles anders verlaufen.

⁸¹⁷ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 152 f. Sein Diener Tochtermann sollte in Steinort bleiben und im Schloss soll alles an einem recht sicheren Ort verwahrt werden, vor allem die Familienpapiere, ebd., S. 170.

⁸¹⁸ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 119 ff.

⁸¹⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 861 (Berent an Lehndorff, 10. Januar 1806). Siehe auch Wagner, Truntlack, Bd. 1, S. 367 ff.

⁸²⁰ Vgl. Schumacher Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 237.

⁸²¹ Vgl. Hein, Geschichte der Ostpreußischen Landschaft, S. 36.

⁸²² Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 404 f. Zu Gisevius: Über den verstorbenen Consistorialrath Timotheus Gisevius von Director J. S. Rosenhay, in: Preußisches Archiv 16 (1836), S. 106–131.

Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff (1770–1854), Sohn des Landhofmeisters Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff und dessen Ehefrau Amalie Caroline von Schmettau aus dem Hause Stohnsdorf in Schlesien, wurde im Lehndorffschen Haus am Roßgartener Markt in Königsberg geboren.⁸²³ Er wuchs in Steinort auf und wurde gemeinsam mit seinem Bruder von Hauslehrern unterrichtet, u. a. von dem Königsberger Pädagogen Johann Gottlieb Bötticher.⁸²⁴ 1777 vertraute sein Vater dessen Ausbildung dem Prediger Reclam in der Hoffnung an, „dass mein Liebling eines Tages ein gottesfürchtiger Mann, guter Staatsbürger und liebevoller Sohn sein wird.“⁸²⁵ Lange tat er sich auf der Suche nach renommierten Bildungseinrichtungen um, sowohl die Franckeschen Stiftungen als auch das Philanthrophium in Dessau waren in der engeren Auswahl. Letztlich gab er den Sohn in das Joachimsthalsche Gymnasium in Berlin, wovon ihn weder Philipp Otto von Dönhoff, der die der Aufklärung nahe stehende Residenzstadt des Grafen zu Wied-Neuwied vorschlug, noch Rhenius abbringen konnte, der eine gerade in Königsberg begründete Pensions-Anstalt ins Spiel brachte.⁸²⁶ Das Joachimsthalsche Gymnasium hatte Kirchenrat Friedrich Rellstab aufgrund der dortigen Lehrkräfte empfohlen. „Der König billigt die gewählte Lehrart und Disziplin. Er weiß es, dass die besten Staatsmänner den Grund ihrer Kenntnis in dieser Anstalt gelegt haben. Der Rektor Meierotto,⁸²⁷ mein Schwager, ist dieserhalb auch im Januar zum Monarchen gebeten, welcher sich mit diesem 2 Stunden lang darüber besprochen.“⁸²⁸ Untergebracht wurde Carl Friedrich Ludwig bei dem dort lehrenden Prof. Poppe, dessen Frau eine Tochter des Kaufmanns Le Coq und Nichte des Oberkonsistorialrats Erman war. So konnte er zugleich seine französischen Sprachkenntnisse verbessern. Anschließend trat er in die *École militaire* ein.⁸²⁹ In „Charakter, Temperament, Begabung und Dynamik“⁸³⁰ soll er seinem Urgroßvater Ahasverus ähnlich gewesen sein. Eine anschließende Bildungsreise führte Carl Friedrich Ludwig quer durch Deutschland, nach Erfurt, Weimar, durch die Herrschaften Reuss und Altenburg, nach Chemnitz, Freiberg, Dresden, Pirna, Meißen, Königstein, Leipzig, nach Anhalt-Dessau, Wörlitz und nach Berlin. Überall besichtigte er die Sehenswürdigkeiten, Gartenanlagen, kulturellen Einrichtungen, aber auch Einrichtungen der Landwirtschaft und Viehzucht, studierte die Bestellung der Felder, Fabrik- und Bergwerksanlagen, Brauereien, Brennereien usw. Die Aufzeichnungen zu Berlin geben eine Übersicht über den Fabrikenstandort und die wirtschaftliche Leistungskraft der Residenzstadt. Im Erfurter Salon der Madame Schopenhauer begegnete er Johann Wolfgang von Goethe, Zacharias Werner, Johannes Daniel Falk und anderen geistigen Größen der Zeit.⁸³¹

1787 begann er in Potsdam seinen Dienst beim königlichen Bataillon Leibgarde. In dieser Zeit begann seine persönliche Beziehung zum Hof und zu den preußischen Prinzen. Als im Juni 1792 der Obelisk in Rheinsberg zu Ehren des Prinzen Ferdinand und in Erinnerung an die Gefallenen des Siebenjährigen Krieges eingeweiht wurde,

⁸²³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 417, Bl. 7 (Nekrolog auf Carl Friedrich Ludwig Graf von Lehndorff, 1. März 1854). Siehe auch Werner, Reichgraf Carl Lehndorff-Steinort 1770–1854, in: Ostpreußische Köpfe, 1928, S. 173–178.

⁸²⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 377 (Briefe von Bötticher und Hauslehrer Poppe). Böttichers Erziehungsgrundsätze ebd., Nr. 98.

⁸²⁵ Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher nach der Kammerherrenzeit, S. 61.

⁸²⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 34–35v; Nr. 382, Bl. 132–133v.

⁸²⁷ Zu Johann Heinrich Ludwig Meierotto: <http://d-nb.info/gnd/104224282> [1.11.2019].

⁸²⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 379, Bl. 115–116v.

⁸²⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213 (Dokumentation der militärischen Laufbahn). Zur *École militaire* in Königsberg: Wagner/Lange, Das Königsberger Schloss, Bd. 2, S. 59 f.

⁸³⁰ Lehndorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 208.

⁸³¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 492, n. f.

gehörte Lehndorff zu den durch Prinz Heinrich geladenen Gästen. 1793 und 1794 nahm er an den „Rheinfeldzügen“ gegen die französischen Revolutionsarmeen teil. Die ersten Kampfhandlungen waren für ihn desillusionierend: „Wer mir aber jetzt wieder von der Glückseligkeit des Soldatenstandes etwas sagt, dem will ich auch gerade ins Gesicht sagen, dass er nicht weiß, was er spricht, und ich versichere Euch, Ihr Leute zu Hause, dass Ihr alle von dem Wert eines guten Soldaten gar keinen Begriff habt. So ist es uns Offizieren gegangen; nun können Sie sich denken, was der arme gemeine Mann ausgestanden hat“, schrieb er am 30. November 1793.⁸³² Als Stabskapitän wurde Lehndorff gegen Ende der Kampagne zur Garde du Corps, 1800 auf seinen Wunsch zur Kavallerie versetzt. Mehrere Jahre diente er als Schwadronchef im 13. Dragoner-Regiment, dem Regiment Rouquette, als Major.⁸³³ Seine neue Garnison befand sich „im unwirtlichsten Teile des damaligen Südpreußen“ und „bildete den größten Kontrast mit seinem bisherigen Leben am Hofe und in der Hauptstadt.“⁸³⁴ Seit Herbst 1806 war er am Krieg gegen Frankreich auf den Kriegsschauplätzen Westpreußens beteiligt. Dass er im Januar 1807 gegen die polnische Insurrektion kämpfen musste, war der „widerwärtigste Auftrag in jeder Hinsicht, der uns werden konnte. [...] So ist unser unglückliches Los! Vom Vaterlande weggerissen, wo man doch unter Befreunden gelebt, und wenn es das Schicksal wollte, unter Landsleuten gefallen wäre. Jetzt beständig, wenn nicht vom Feinde, mit dem wir kriegten, doch mit dem weit grausameren zügellosen Feinde, dem Nationalhass und alter Rache erbittert, oft unbewusst umringt!“⁸³⁵ Am 11. Februar 1807 wurde er bei Marienwerder verwundet und geriet in französische Gefangenschaft, konnte aber völlig frei in Nancy, dann in Paris in einer von ihm gemieteten Wohnung leben und betrieb von hier aus seine Entlassung. Nach Schultze fand Lehndorff Wege, um die Gefangenschaft früher zu beenden. „Seine Bekanntschaft mit dem preußischen Gesandten am Pariser Hof, Generalmajor von Knobelsdorff, die noch von seiner Dienstzeit in Potsdam herrührte, brachte ihm dessen Auftrag, mit Depeschen als Kurier an den König nach Memel zu gehen, der natürlich ebenso dankbar wie eifrig angenommen wurde.“⁸³⁶ Am 31. August war er zurück auf deutschem Boden, am 29. September 1807 traf er in Steinort ein.

Die Briefe Berents an Lehndorff vom Frühjahr bis in den Herbst 1807 machen deutlich, wie unendlich die Steinortschen Güter über Monate hinweg gelitten hat. Stobben war von den Franzosen völlig ausgeraubt worden. Auf anderen Gutshöfen sah es ähnlich aus. „Sanditten sieht fürchterlich aus [...] Im Sandittenschen Hause ist alles ruiniert und mitgenommen oder zerrissen und zerschlagen. Am größten ist aber der Verlust, den Schlieben an Weizen gemacht hat, denn er hatte in Sanditten, wie er mir kurz vor seine Abreise sagte, 7.000 Scheffel liegen“, schrieb Herzog Friedrich von Holstein-Beck am 30. Juni 1807 an Elisabeth Stägemann.⁸³⁷ Die Ordre des Kaisers an das Armeekorps, „sich unterwegs mit Lebensmitteln für den ganzen Winter in Polen einzudecken, hat uns mehr als 700 Stück Vieh aller Art, Pferde, Ochsen, Kühe etc. gekostet, nicht gezählt das Getreide, das Viehfutter, die Wagen, Tuch, Werkzeuge aller Art, und alles wurde in einer Unordnung genommen, die den Schaden noch größer macht“, schrieb Lehndorff seiner Mutter. Zu dem, was geschlachtet, verbacken, verzehrt müsse sie

⁸³² Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 54 ff. Berichte aus dem Quartier Landau 1793 in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 303 und 304.

⁸³³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 19.

⁸³⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 417, Bl. 7 (Nekrolog, 1. März 1854).

⁸³⁵ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 149–153 (3. und 6. Januar 1807).

⁸³⁶ Schultze, Lebensbild, S. 213 f..

⁸³⁷ Vgl. Stägemann, Aus der Franzosenzeit. Ergänzungen zu den Briefen und Aktenstücken zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III. vorzugsweise aus dem Nachlass von F. A. Stägemann hrsg. von Franz Rühl, Leipzig 1904, S. 26. Am 26. August 1807 hatte Stägemann seiner Frau geschrieben: „In Königsberg hast Du von einem französischen Besuch nichts zu fürchten“, ebd., S. 29 f.

das rechnen, was den Russen geliefert und nicht bezahlt ist und wohl nie bezahlt werden wird, und das, was der eigenen Armee geliefert und auch nicht bezahlt ist, dazu den Verlust des Inventars von Stobben, das von den Franzosen völlig ausgeraubt worden sei. Da die Felder nicht bestellt, Wiesen abgehütet, Sachen verdorben, Bauern geplündert seien, werde man die Folgen auf Jahre spüren, wenn „nicht ungesäumt eine sehr aktive Hilfe und Mühe angewendet wird“. Berent sei exzellent, aber zaghaft. „Zwar benutzt der träge Bauer diese Verhältnisse, das nicht zu tun, was er auch allenfalls noch mit Anstrengung tun könnte, und die Arbeit, die ihm obliegt, und die er immer schon schlecht tat, unterbleibt ganz. Die Pächter, welche alles verloren, benutzen zwar und mit einigem Recht diese Gründe, um Einwendungen gegen ihren Kontrakt zu machen. Ein unseliger Geist des Freiheitschwinds, den uns die Franzosen zurückgelassen, manifestiert sich unter allen, auch unter den untersten Klassen, und wird wie gewöhnlich bei unkultivierten Leuten zur Unterlassung ihrer Pflichten benutzt. Dies ist die natürliche Folge der mir so verhassten Bauernwirtschaft und Untertänigkeit, die auf die Länge sich unmöglich soutenieren kann. Ich habe darüber notwendige Pläne, die ich Ihnen mündlich explizieren und zu deren Ausführung wir Schroetter brauchen werden. Doch muss man erst handeln dürfen und wirklich Ruhe im Land sein.“⁸³⁸ Zu allen Beschwerden kam noch die Beschaffung der Kriegssteuern in Höhe von 2.580 Rtlr., für die in Angerburg Kapitalien zu 6 und 8 Prozent Zinsen aufgenommen werden mussten.⁸³⁹

Wie viele andere Offiziere der preußischen Armee wurde Lehndorff nach Beendigung des Krieges am 25. November 1807 auf halbes Gehalt gesetzt. Kurz danach bat er um seine Entlassung aus dem Heer. Es sei dringend notwendig, dass Preußen seine Armee verändere. Folglich sei es Pflicht aller derer, den Dienst zu verlassen, die eine selbständige Existenz hätten, begründete er seine Entscheidung.⁸⁴⁰ Der Abschied wurde ihm am 20. Dezember 1807 bewilligt, zum 25. Dezember schied er aus dem Militärdienst aus. Auf das ihm zustehende halbe Traktament aus dem Heeresdienst verzichtete er zugunsten der Staatskasse. Auch sein Schwager August Graf von Dönhoff-Friedrichstein zog sich aus dem Staats- und Militärdienst mit selber Begründung zurück: Bei der bevorstehenden Verkleinerung der preußischen Armee hätten die begüterten Offiziere denjenigen, die allein auf diesen Dienst angewiesen waren, Platz zu machen. Aber er hatte auch „ein gewisses Missbehagen an der Richtung, welche die neuere Gesetzgebung seit dem Frieden von Tilsit in Preußen genommen, die mit ihrem unausbleiblichen Drucke zu allermeist dem derzeitigen Großgrundbesitze fühlbar werden musste.“⁸⁴¹ Dönhoff und Lehndorff engagierten sich in den folgenden Jahren in der ständischen und Kreisvertretung der Provinz für Veränderungen.

Heinrich von Lehndorff

Carl Friedrich Ludwigs Bruder Heinrich (1777–1835) hatte die diplomatische Laufbahn eingeschlagen. Auf das Leben in der höfischen Gesellschaft hatte ihn der Vater 1796 vorbereitet, als Prinz Heinrich den jungen Grafen in Rheinsberg zu sehen wünschte. Er solle sich in der Rheinsberger Gesellschaft um die Bekanntschaft des Chevalier de Bouffler („ein zweiter Voltaire“), der Gräfin Sabran und des Kammerherrn des Prinzen Heinrich, Baron von Münchhausen, bemühen, gab ihm der Vater auf den Weg. Er solle vorsichtig, höflich und aufmerksam sein,

⁸³⁸ Vgl. Schultze, Lebensbild S. 207 ff. Für die Übersetzung danke ich Dorothea Wagner, BBAW.

⁸³⁹ Siehe hierzu: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 670: Aufstellung der vom französischen Militär durch Requisition verursachten Schäden auf den Lehndorffschen Gütern und Vorwerken (1807).

⁸⁴⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 417, Bl. 7.

⁸⁴¹ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 8.

sich nicht jedem anvertrauen oder sich mit den Leuten gemein machen, vor allem sich nie dem Spiel ergeben. Gegenüber dem Prinzen solle er ehrfürchtig sein; ihm könne er vertrauen. Er solle ihn bitten, ihm seine Bibliothek zu zeigen, ihm beim Malen zusehen zu dürfen und vor allem sein Schauspiel zu sehen; dies werde seinen Geschmack bilden. Er sollte den Proben der Theaterleute beiwohnen und sein Französisch verbessern. Nachdem Heinrich seine Examen sehr gut bestanden hatte, machte Lehndorff ihn mit allen einflussreichen Justizbeamten bekannt und brachte ihn beim Geheimrat Gerresheim, dem Präsidenten des Berliner Stadtgerichts, unter, womit er „in die Justizlaufbahn, die er selbst gewählt hat, eingeführt“ war.⁸⁴² Am 4. Mai 1799 legte Heinrich von Lehndorff seinen Eid ab.⁸⁴³ Im September 1804 wurde der angehende Diplomat vom Auswärtigen Amt nach Aachen geschickt, um an Legationsrat Baron Lombard über die dortige Anwesenheit Napoleons I. zu berichten.⁸⁴⁴ Im Folgejahr ging er als Nachfolger des Legationsrats Wegelin als „Ministre Plenipotentiaire“ mit einem Gehalt von 375 Rtlr. und 75 Rtlr. in Gold nach Petersburg.⁸⁴⁵ Glücklicherweise fühlte er sich dort nicht, woran auch 500 Tlr. Gehaltszulage und der Auftrag des Königs, vom russischen Kaiser, der ihn sehr schätzte, den Frieden zu erbitten, nichts änderten.⁸⁴⁶

Nach den Stein-Hardenbergschen Reformen

Die ökonomischen Rahmenbedingungen nach dem Zusammenbruch des preußischen Staatswesens waren äußerst ungünstig. Die infolge der Kriege steigenden Getreide- und damit Bodenpreise hatten die strukturelle Krise der ostpreußischen Landwirtschaft überdeckt. Mit der Kontinentalsperre gegen England 1806/07 trat der Schock ein. Ostpreußen war von seinen Märkten abgeschnürt und an das napoleonische Europa mit seiner Agrarpreisdepression gebunden. Die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse fielen, Getreide wurde nahezu unverkäuflich, auch der Markt für Veredelungsprodukte wie Mastvieh und Branntwein brach zusammen. Dagegen stiegen die Preise aller sonst von England eingeführten Waren wie Salz und Kolonialwaren. Der Königsberger Handel kam fast zum Erliegen. Bis zum Abschluss des Pariser Vertrages am 8. September 1808, der die Höhe der Kriegsschädigung auf 140 Mio. Franc festsetzte (ab 6. November 120 Mio.) musste die Provinz die gesamten Kosten für Staatsverwaltung und Heer allein aufbringen. Die Stadt Königsberg, die neben Einquartierungen und Lieferungen ihren Anteil an der Provinzialkontribution zu leisten hatte, musste noch eine besondere Kontribution von 4 Mio. Tlr. zahlen, die nur durch Anleihen aufgebracht werden konnten. Um die Lasten tragen zu können, wurde

⁸⁴² Vgl. Ziebura, Tagebuch, S. 109 ff., 144.

⁸⁴³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 204, Bl. 2.

⁸⁴⁴ GStA PK, I. HA, Rep. 34, Nr. 7234, n. f.

⁸⁴⁵ GStA PK, III. HA MdA, I, Nr. 6290, n. f.

⁸⁴⁶ GStA PK, VI. HA, Nachlass Preußen, Friedrich Wilhelm III. von, B. V. b. Nr. 5, Bl. 58–59v (Friedenschluss); III. HA MdA, I, Nr. 6290, n. f. (Kaiser Alexander an Friedrich Wilhelm III., 19. März 1808). Siehe auch Sommerfeldt, Gustav, Aus den Petersburger Gesandtschaftsberichten des Grafen Heinrich von Lehndorff (Steinort) 1808, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 23 (1902), S. 293–300. Nach den Landtagsverhandlungen 1809 sollte Lehndorff als Diplomat nach England gehen. Der Sieg in den Schlachten bei Aspern und Esslingen machte den Plan hinfällig.

in der Provinz eine allgemeine Einkommensteuer nach englischem Muster eingeführt. Die Bareinkünfte der Gutsbesitzer gingen gegen Null.⁸⁴⁷

Das vom König 1807 erlassene Generalindult für Kapital-, laufende und rückständige Zinszahlungen sollte verhindern, dass die Notlage der Gutsbesitzer durch Zwangsverfahren gesteigert würde. Es sollte für die Zinsen am 1. Januar, für Kapital am 31. Dezember 1808 erlöschen. Tatsächlich musste es für Kapitalzahlungen bis 1810 verlängert und der Landschaft Kündigungen verboten werden; neue Subhastationen durften nicht verhängt, schwebende nicht unbedingt fortgesetzt werden.⁸⁴⁸ Trotzdem wurden in der Folge zwischen 1815 und 1826 von den 594 der landschaftlichen Kreditanstalt angeschlossenen Großbetrieben, nur diese konnten mit Pfandbriefen belastet werden, 98 zwangsversteigert. Weitere 140 standen unter Zwangsverwaltung der Landschaft.⁸⁴⁹ Bezenberger hat Schilderungen der Not Ostpreußens veröffentlicht, darunter den Bericht des Staatsministers zu Dohna vom Oktober 1810. Wüste Höfe, abfouragierte Winterfelder, unbestellte Sommerfelder, Mangel an Getreide, Vieh und Ackergerät, fehlende Pferdegespanne, dazu drückende Einquartierungen betrafen fast alle Orte und auch die adligen Güter.⁸⁵⁰

Rückblickend hat Karl August Graf von und zu Egloffstein die Situation in Arklitten beschrieben: „Als ich die Güter vor fast 50 Jahren nach dem Heimgang meines Vaters übernahm, fand ich sie in dem traurigsten Zustande, gänzlich desavouiert, die Gebäude in Ruinen, die Wälder ausgehauen, das Inventarium in den Kriegsjahren weggenommen. Dabei schwere Majoratsverpflichtungen, Ehrenschnulden für meinen Vater und nicht einen Groschen Allodialvermögen. Mit geborgtem Gelde fing ich an zu wirtschaften, konnte aber nur die Hälfte der Güter in Administration nehmen. Um mir zu helfen, richtete ich eine Brennerei ein [...], wobei Ihr verstorbener Schwiegervater [Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff] mir seinen Rat erteilt hatte.“⁸⁵¹

Modernisierung vs. Masurische Rückständigkeit

Lange Zeit galt Masuren als ein „entlegenes, isoliertes, kärglich ausgestattetes“ Gebiet, als „ein verlorener Posten, das Land der Bären und Wölfe, das Grab der Künste und Wissenschaften.“⁸⁵² Der Landwirtschaft sagte man nach, dass sie 100 Jahre hinter der Zeit zurück sei, 100 Jahre bräuchte, um die Mängel einzusehen und weitere 100, um sie zu bessern. Beklagt wurde die „Lethargie“ des in „Unwissenheit“ versunkenen Volkes, das gegen Neuerungen und Verbesserungen eingenommen sei. Es „klebt am Alten; es will oft nichts Anderes, nichts Besseres wissen, tun und treiben, als das, was und wie es die Väter und die Vorfahren wussten, taten und trieben“.

⁸⁴⁷ Vgl. Toeppen, Max, Nachweisung der Kriegslasten und Kriegsschäden Preußens von 1906–1813, in: Preußische Provinzial-Blätter 74 (1871), H. 1, S. 46–58. Siehe auch Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 236 ff.; Finckenstein, Landwirtschaft, S. 112 ff.

⁸⁴⁸ Vgl. Hein, Geschichte der Ostpreußischen Landschaft, S. 37.

⁸⁴⁹ Vgl. Finckenstein, Landwirtschaft, S. 119, 121 ff.

⁸⁵⁰ Vgl. Bezenberger, Adalbert, Ostpreußen in der Franzosenzeit. Seine Verluste und Opfer an Gut und Blut, Königsberg 1913. Der Bericht des Staatsministers vom 29. Oktober 1810, S. 50–55.

⁸⁵¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 492, Bl. 11–14v. Nachdem er „das Verderben des Branntweins“ erkannt hatte und es nicht mit seinem christlichen Gewissen verbinden konnte, ließ er die Brennerei eingehen, „obschon ich nicht wusste, was nun aus meiner Wirtschaft werden würde, die ganz auf die Brennerei basiert war“, und gründete einen Enthaltensamkeitsverein.

⁸⁵² Vgl. Schulz, Gottfried, Über die Verbesserung der inneren und äußeren Zustände Masurens, zur freundlichen Begrüßung der landwirtschaftlichen Versammlung in Johannisburg am 6. September 1856, gewidmet dem Königlichen Regierungs-Chef-Präsidenten, Ritter etc., Herrn Freiherrn v. Byern Hochwohlgeboren, wie den Hochverehrl. Kreisständen des Kreises Johannisburg, Gumbinnen 1856, S. 5.

Man müsse es aus „dem alten Schlendrian, aus dem versauerten Mechanismus durch den grauen Weg der Theorie herausreißen“ durch das Vorbild „tüchtiger Musterwirtschaften, tüchtiger Ackerbauschulen, die segensreiche Einwirkung der landwirtschaftlichen Vereine mit ihren Versammlungen, Tierschaufesten etc.“⁸⁵³

Die finanzielle Situation der Güter verbesserte sich nicht wie erhofft, denn die Entschädigungszahlungen für die Lieferungen in den Kriegsjahren blieben aus. Im Sommer 1808 geriet durch Hitze und Dürre auch noch die Ernte ins Stocken, der Weizen der Vorwerke war missraten. Verwalter Berent fürchtete für die Zukunft der Bauern, die „vom Krieg ausgesogen“ seien. In dieser Lage könne und werde der Bauer „sich nicht helfen, wenn die Sachen so wie vorhin beim alten fortgehen“; er müsse mit Saat und Gespannen unterstützt werden oder „er fällt künftiges Jahr ganz aus und mit und durch ihn die Vorwerke selbst.“ Es gebe noch 63 untertänige Bauern auf den Gütern. Für den Aufwand für Saatkorn und Pferde zum Ersatz fehlender Ochsengespanne benötige man 5.583 Rtlr. 800 Rtlr. seien im Kassenbestand, nach Zahlung der Kontribution und des Lohns bleibe davon nichts übrig, weitere Einnahmen gäbe es nicht. Man war also in jeder Hinsicht in einer „üblen Lage“.⁸⁵⁴ Bis zum Herbst blieb die Lage angespannt. Berent bat Lehndorff dringend, „wegen der Auseinandersetzung und wegen Absetzung und Beibehaltung der Bauern Rücksprache mit Ihrer Exzellenz der Frau Mutter zu nehmen, damit im künftigen Frühjahr doch der Anfang zur soliden Einrichtung in den Gütern gemacht werden kann. Die jetzt vorhandenen Bauern, besonders die, wo viele wüste Erben sind, fangen an über die Lasten, die sie erstens in Gemeinschaft der übrigen haben leisten müssen, jetzt allein tun sollen, zu murren, besonders über die Düngerfahren, Wege und Brücken machen, Ordonanzen geben, Circulaire weiter bringen, Krüppelfahren machen, den Schul Lehrern ihren Acker zu bearbeiten und Holz anzufahren, den Hirten und Schmiede desgleichen und viele andere Sachen mehr, ich tue von den Vorwerkern was ich kann, allein ich habe noch nicht Instleute und Angespann genug, um alles zu bestreiten.“⁸⁵⁵

Im Dezember 1807 hatten in den Steinortschen Gütern die Vermessungen für die zu zahlende „Landschaftliche Taxe“ durch Baukondukteur Kuegler begonnen. In der Folgezeit stellte sich heraus, dass Stawken, Pristanien, Stawisken und Kittlitz kleiner waren, als bisher angenommen. Die Vermessungen für Steinort, Taberlack und Serwillen sollten erst im Folgejahr folgen. Auch hier rechnete man mit einer Minderzahl von 60 Hufen, für die die Güter, besonders aber die Bauern alle Lasten tragen müssten. Lehndorff ersuchte deshalb die Angerburgsche Landschafts-Direktion um eine neue „Abschätzung der Steinortschen Güter“. Diese wurde einer Kommission, der auch Kuegler angehörte, am 18. Mai 1809 übertragen. Kuegler war nach der Pensionierung des bisherigen Landbaumeisters durch Lehndorffs Unterstützung in dessen Stelle aufgestiegen. In Abwesenheit des Grafen hatte Verwalter Berent der Kommission alle notwendigen Unterlagen zur Feststellung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, von Erträgen, Gebäuden und Pachtverhältnissen zur Verfügung zu stellen.⁸⁵⁶

⁸⁵³ Vgl. Schulz, Über die Verbesserung der inneren und äußeren Zustände Masurens, S. 7.

⁸⁵⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 141 (7. August 1808).

⁸⁵⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 141 (12. Oktober 1808).

⁸⁵⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 37.

Lehndorff befand sich zu dieser Zeit auf einer Studienreise. Er besuchte eine Vielzahl von Gütern, darunter das Prittwitzsche Gut Quilitz, das Gut Gusow des Grafen von Podewils und das Marwitzsche Gut Fredersdorf. Er besichtigte Brennereien und Brauereien, Ställe und Gärten, studierte Vieh- und Landwirtschaft und führte ein ausführliches Tagebuch.⁸⁵⁷ Zu seinem Verwalter stand er in engem brieflichem Kontakt. Auf dessen Berichte erfolgten zahlreiche Anordnungen zur Führung der Landwirtschaft.⁸⁵⁸ Lehndorffs erste Modernisierungsbemühungen ab März 1808 richteten sich vor allem auf die Tierzucht. Von den Belows aus Trakehnen erwarb er leistungsfähige Milchkühe, um die durch den Krieg stark dezimierte Milchwirtschaft wieder aufzubauen. Im Herbst 1808 trafen Pferdlieferungen in Steinort ein.⁸⁵⁹

Ende 1808 kehrte Lehndorff nach Ostpreußen zurück, konnte aber aufgrund einer Erkrankung erst im August 1809 sein Studium an der von Albrecht Thaer geführten Akademie in Möglin, zu dem ihn Friedrich Karl Ludwig von Holstein-Beck ermuntert hatte, beginnen.⁸⁶⁰ In Möglin erfuhr er von den Änderungen am Hof: „In Berlin ist – eine rasende Wirtschaft! Eine Menge *faiseurs*, Anstellungen und Pensions regnen, und man sollte glauben, unser kleiner Staatsbeutel wäre der Ölkrug von Sarepta geworden. Neue Hofetiketten, Kuren, neue Orden, Neuerungen aller Art beschäftigen Hof und Stadt. Das alles aber greift nicht ein und will nicht passen. Es kommt mir vor als jemand, der eine neue Wechselwirtschaft etablieren will, und weder Dünger noch Viehstapel hat, und den Übergang nicht versteht. Ich will wünschen, dass der Staat nicht das Schicksal solcher Wechselwirte teilen möge.“⁸⁶¹ Näheres über die politischen Veränderungen erfuhr er, als er selbst im Mai in Berlin eintraf. Er schrieb an seine Mutter: „Die Veränderungen des Ministerii, welche Sie ohne Zweifel in Königsberg schon wissen, ist ein großes événement, welches hier die ganze Stadt seit 2 Tagen beschäftigt. Man verspricht sich davon sehr viel Gutes für's Land, ich nicht und ich bedaure Hardenberg, der so wie alle übrigen *échouirens* wird. Seine Wiederannahme ist offiziell von Napoleon erlaubt. Was will man aber mit einem toten, oder doch agonisierenden Körper anfangen. Da ist alle Kunst fruchtlos, und unsere Angelegenheiten stehen über allen Ausdruck schlecht.“⁸⁶²

Ewald Frie charakterisierte die Jahrzehnte zwischen 1790 und 1830 als die „verwirrenden Jahre [...], als alles im Fluss und nichts sicher schien, und die Akteure versuchten, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen.“⁸⁶³ Auch die Bemühungen Carl Friedrich Ludwig von Lehndorffs, sein in Möglin erworbenes Wissen nutzbringend in Steinort zu implementieren, gehörten zu den adlig-ständischen Neuentwürfen in einer Zeit „politischer Experimente, Reformen und Modelle“, die Frie als „Laboratorium der Moderne“ bezeichnet.⁸⁶⁴ In seinem ersten Brief an seinen Mentor hatte Lehndorff geschrieben: „Ich bin erst seit 3 Tagen hier und schon bin ich sehr emervelliirt über alles, was ich gesehen habe. Doch bleiben mir noch einige alte Vorurteile, über die ich mich

⁸⁵⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 507.

⁸⁵⁸ Die Briefe in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 141, 491.

⁸⁵⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 141, 861.

⁸⁶⁰ Der Begründer der wissenschaftlichen Landwirtschaft in Preußen, Albrecht Thaer (1752–1828), war Professor der Kameralwissenschaften, Mitglied des Staatsrats und Direktor der Akademischen Lehranstalt des Landbaus in Möglin, vgl. ADB, Bd. 37, 1894, S. 636–639. Entwürfe Lehndorffs zu landwirtschaftlichen Themen in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 132, 136–138, aus der Studienzeit in Möglin Nr. 820.

⁸⁶¹ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 246.

⁸⁶² Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 248.

⁸⁶³ Vgl. Frie, Ewald, Adel um 1800. Obenbleiben? <http://www.zeitenblicke.de/2005/3/Frie> [5.11.2019], <19>.

⁸⁶⁴ Vgl. Frie, Adel um 1800, Absatz 12 und 15.

noch nicht ganz habe erheben können, als da ist z. B. die ununterbrochene Stallfütterung etc. Doch vielleicht wird die nähere Beleuchtung der Dinge auch mich erleuchten und mich von den alten Eindrücken befreien. Nichts wirkt kräftiger zur Belehrung als Erfahrungen und keine Theorie ist so überzeugend als Ansicht und Tatsachen.“⁸⁶⁵ In Möglin lernte Lehndorff moderne Ackerwerkzeuge kennen und plante, diese auf dem Wasserweg nach Steinort zu bringen. Er nahm an einem Collegium Georg Ernst Wilhelm Cromes über Botanik, technische Gewerbe, Staatswirtschaft, Separation usw. teil. Das Standardwerk Thaers war für Lehndorff das „Vollkommenste, was ich in beiden Hinsichten gelesen. Es hat den Menschen dadurch eine Fackel angesteckt, die hell leuchtet. Schade für den, der blind ist und es bleiben will.“⁸⁶⁶ Im zweiten Band hatte Thaer die Umstellung von der herkömmlichen Dreifelderwirtschaft zu der von ihm erprobten Fruchtwechselwirtschaft tabellarisch dargestellt, die Entwicklungsstufen in neun verschiedenen Bewirtschaftungsmodellen analysiert und die Ergiebigkeit an Produktionswerten und Produktionsmengen untersucht, wofür er als Wertmaßstab die Roggenwert-Einheit schuf.⁸⁶⁷

Im September 1809 besuchte Lehndorff von Möglin aus den Herzog von Mecklenburg-Strelitz, um die interessantesten Wirtschaften Mecklenburgs zu sehen. Aus Möglin knüpfte er auch an alte Kontakte aus der Zeit in Frankreich an: Pierre Alexandre de Toulouse-Lautrec bat ihn um Hilfe; Nikolaus Lorenz von Puttkamer, der wie Lehndorff in Nancy in Gefangenschaft gewesen war, schrieb: „Der höchste Segen sei Ihr Lohn für Ihre landwirtschaftlichen Bemühungen im Geiste eines Thaer, dessen Methode Sie, wie ich höre, anfangen zu studieren.“ Theodor von Schön, dem er den 2. Teil von Thaers Lehrbuch geschickt hatte, wünschte ihm völlige Wiederherstellung seiner Gesundheit, „um ungehindert das Werk anfangen zu können, worauf Ew. Hochgeboren sich durch den Aufenthalt bei dem würdigen Staatsrat Thaer gewiss so gut vorbereitet haben, dass ich mir für die dortige Gegend die günstigsten Resultate von Ihren Einrichtungen verspreche.“⁸⁶⁸ Auch von der Schafzucht Thaers war Lehndorff beeindruckt und dessen Arbeit „über Schafe und Wolle“ kaufte er für die Steinorter Bibliothek an.⁸⁶⁹ Ob die Anpachtung des im Besitz der Herzogin Friderike Amalie zu Holstein befindlichen Gutes Charlottenthal im Amt Brandenburg durch Lehndorff 1811 mit dem Ziel erfolgte, hier eine Schafzucht zu etablieren oder nach Thaers Ideen ein Mustergut einzurichten, konnte bisher nicht geklärt werden.⁸⁷⁰ Im Oktober 1810 hatte er vom Herzog Schafe zum Aufbau einer veredelten Zucht erhalten.⁸⁷¹ 1810 gab es auf dem Vorwerk Klein Steinort 543 Schafe, darunter 174 Mutter-Schafe und 126 Hammel, die zu den „ordinären Landschaften“ zu rechnen waren, 84 veredelte Mutter-Schafe und 74 veredelte Hammel. 46 Mutter-Schafe, 6 Lämmer und 33 Böcke waren „spanischer Abkunft“, deren Stamm hatte er aus Lindenau erhalten.⁸⁷²

Auch Theodor von Schön bemühte sich angesichts des unrentabel werdenden Getreideanbaus um die Einführung der veredelten Schafzucht, die zwischen den 1820er und 1840er Jahren stetig zunahm und bei dem Bedarf

⁸⁶⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 378, Bl. 12–13v. Weitere Briefe an Holstein-Beck vom 19. September 1809 bis 14. Januar 1810 in: Schultze, Lebensbild, S. 235–246.

⁸⁶⁶ Thaer, Albrecht, Grundsätze der rationellen Landwirtschaft, 4 Bde., Berlin 1809/10. Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 238.

⁸⁶⁷ Vgl. Finckenstein, Landwirtschaft, S. 5–9, 83 ff.

⁸⁶⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 895 (29. Juni 1810, 7. August 1810, 24. Oktober 1810).

⁸⁶⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 714.

⁸⁷⁰ GStA PK, I. HA GR, Rep. 66, Nr. 51; XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 480.

⁸⁷¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 895 (30. Oktober 1810).

⁸⁷² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 486. Die Einführung spanischer Schafböcke zur Veredelung der einheimischen Schafzucht ging auf eine Verordnung Friedrichs II. vom 18. Mai 1748 zurück, vgl. Stadelmann, Preußens Königs und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 2, S. 282.

Englands an Rohwolle den Export möglich machten. Schon während seines England-Aufenthaltes 1796 hatte Schön dafür gesorgt, dass Merinoschafe nach Ostpreußen kamen. Ein Teil der den Gutsbesitzern bewilligten Unterstützungen musste zur Anschaffung von Merinoschafen verwendet werden. Parallel wurden Mittel zur Ausbildung von Schäfern bereitgestellt. Der im Kreis Rosenberg in Westpreußen beheimatete Magnus von Brüneck auf Bellschwitz hatte eine „Musterschäferei“ eingerichtet.⁸⁷³ Zwischen 1825 und 1843 stieg der Bestand in Ost- und Westpreußen um 100 %, der Verkaufswert der Wolle verfünffachte sich im Vergleich zu der Zeit um 1800. Der Übergang zur Schafzucht rettete Lehndorff und andere „wirtschaftlich agile Agrarunternehmer, die ihre Chance auf dem europäischen Markt erkannten und rechtzeitig wahrnahmen, auch in den Jahren niedrigster Getreidepreise vor dem Bankrott.“⁸⁷⁴

In Möglin erfuhr er von den Regierungsplänen, in Aweyden eine „Experimental- und sozusagen eine Pèpinière-Wirtschaft unter der Direktion des jetzigen Besitzers Eichler zu etablieren“. Lehndorff zweifelte an einem möglichen Erfolg: „Ich habe den Plan zu der ganzen Sache gelesen und mit dem Staatsrat so recht analysiert. Er ist um sein Gutachten darüber gefragt worden, und hat es nach seiner Herzengüte und Nachsicht vorteilhaft für Eichler gegeben, doch ist er meiner Meinung über den schwerlich erfüllten Zweck. Nach dem eingereichten und detaillierten Plan des Besitzers scheint es mir nicht der Mann zu sein, der ein so wichtiges Werk dirigieren könnte, und nach meinem Glauben scheint es mir eine Finanzoperation von ihm zu sein, um sein Gut vorteilhaft zu verkaufen, für das man ihm durch Vermittlung von Auerswald 170.000 Tlr. geben will. Doch ist es besser, dass doch etwas zum Guten geschehe als gar nichts, und es ist wenigstens ein eröffnetes Feld für die Zukunft, und was die Direktion anbetrifft, muss man sich mit dem Sprichwort trösten: Au royaume des aveugles, les borgnes sont rois. Das wäre so recht ein Unternehmen für den Staatsrat, verbunden mit einem Institut nach dem hiesigen Fuß eingerichtet. Welcher Segen könnte daraus für unser Vaterland entspringen, und Thaer wäre nicht abgeneigt zu dieser Versetzung.“⁸⁷⁵ Erst 1858 gab es auch in Preußen eine landwirtschaftliche Hochschule auf der Königlichen Domäne Waldau. Nach ihrer Auflösung wurde mit Theodor Freiherr von der Goltz 1868 die erste landwirtschaftliche Professur und 1876 das erste landwirtschaftliche Institut an der Königsberger Universität eingerichtet. In den nächsten Jahren folgten zahlreiche Landwirtschaftsschulen, landwirtschaftliche Winterschulen und Fortbildungsschulen.⁸⁷⁶

Die Beziehung zu Albrecht Thaer hielt Lehndorff über die 1820er Jahre hinaus aufrecht.⁸⁷⁷ Wie Lehndorff in seinen Denkschriften zur politischen Entwicklung Preußens, zur Landeskultur, zum Grundbesitzrecht und zur wirtschaftlichen Entwicklung Steinorts setzte sich auch Thaer in diesen Jahren in Studien mit der Lage der Landarbeiter auseinander. Später knüpfte Theodor Freiherr von der Goltz, Professor für Landwirtschaft in Königsberg, Jena und Bonn, in seinen agrarökonomischen Forschungen zur sozialen Lage der Landarbeiter daran.⁸⁷⁸

Nach seiner Rückkehr nach Steinort Mitte Juni 1810 begann Lehndorff mit der Umsetzung des theoretischen Wissens aus Möglin und der praktischen Erfahrungen aus seinen Besuchen zahlreicher moderner Güter. Er

⁸⁷³ Vgl. Wagner, Johann Philipp, Über den gegenwärtigen Stand der Merino-Schaafer-Zucht, Berlin 1835.

⁸⁷⁴ Vgl. Schissler, Junker, S. 104. Siehe auch Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 263.

⁸⁷⁵ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 245 f.

⁸⁷⁶ Vgl. Schumann, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 276.

⁸⁷⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 332, Bl. 36–36v (Bildung des Festkomitees anlässlich des fünfzigjährigen Doktor-Jubiläums des verdienten Herrn Amtsrat Thaer im Mai in Freienwalde, 9. März 1824), Bl. 46–47 (Subskription für ein Denkmal des verstorbenen Oberregierungsrats Thaer und dessen Verdienste um die Landwirtschaft, 3. Dezember 1828).

⁸⁷⁸ Thaer, Albrecht, Über die Stellung der Tagelöhner, insbesondere in der Mark Brandenburg, Berlin 1865; Goltz, Theodor von der, Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich, Berlin 1875.

konnte an eigene Überlegungen anknüpfen, die er schon während eines Urlaubs in Steinort im Juli 1802 über die Bewirtschaftung der Güter gemacht und über die er nach seiner Rückkehr in die Potsdamer Garnison mit dem aus Schlobitten zurückgekehrten Ludwig Graf zu Dohna debattiert hatte.⁸⁷⁹ Nach einer Bestandsaufnahme der kriegsbedingten Zerstörungen an den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, der Einwohner und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Viehzucht und des Getreideanbaus sollten neue Insthäuser errichtet werden, um die Arbeitskräftesituation zu verbessern. Am 22. Mai 1808 überreichte Baukondukteur Kuegler entsprechende Zeichnungen: „Die Höhe derselben ist nur 7 Fuß, einesteils, um den Leuten ihr Vergnügen an niedrigen Stuben nicht zu nehmen, anderenteils weil die Höhe von 8 Fuß zum äußeren Ansehen wenig fruchtet und die Kosten vermehrt. Den Flur abgerechnet, so ist jede Familie von der anderen ganz separiert mit Wohnung, Küche, Licht und Ofen; das hat hier sehr vieles Gutes, da dadurch den Leuten die Gelegenheit zu Zänkereien möglichst genommen wird, zu der sie ohnehin sehr geneigt sind.“⁸⁸⁰ Wegen der Wiederherstellung der Wirtschaftsgebäude trat Lehndorff mit Louis Catel in Kontakt.⁸⁸¹

In den folgenden Jahren führte er gegen verschiedenste Schwierigkeiten einen rationellen und auf die Forderungen des Marktes ausgerichteten landwirtschaftlichen Betrieb ein. Die Wirkungen einer verbesserten Fruchtfolge, die Einführung und Verbreitung neuer Feldfrüchte, die Ausdehnung des Kartoffelanbaus und die Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen gehörten dazu, in deren Folge die Anzahl der bäuerlichen Wirtschaften zunahm und ein landwirtschaftlicher Großbetrieb entstand. Aus der Pferdehaltung und Aufzucht, die über Jahrhunderte nur dem Ersatz der als Zugtiere benötigten Tiere gedient hatte, entwickelte er ein Gestüt, das bald anerkannte Leistungen vorzuweisen hatte. Auch in der Rinderzucht rückte die Erzeugung von Nahrungsmitteln – Milch und Fleisch – in den Vordergrund. Er habe auf dem Gebiete der Schaf- und Pferdezucht und der landwirtschaftlichen Bauten Ungewöhnliches geleistet, testiert ihm sein Biograf Schultze, „Leistungen, die nur von denjenigen in ihrer vollen Bedeutung anerkannt werden können, die im Stande sind, die Schwierigkeiten solcher Neuerungen in der damaligen Zeit und unter einer größtenteils masurischen Bevölkerung zu ermessen.“⁸⁸²

Am 19. Mai 1811 verstarb sein Vater Ernst Ahasverus Heinrich. Nach der am 18. November 1809 aufgenommenen Taxe der Landschaft hatten Steinort und die dazu gehörenden Lehngüter Serwillen, Pristanien und Stawken einen Gesamtwert von mehr als 114.000 Rtlr. Zum Zeitpunkt des Erbfalls waren die Güter jedoch im Wert stark gefallen. Am 5. Juli 1811 erklärte Lehndorff, dass er sie für den Taxationspreis nicht annehmen könne, begründete dies ausführlich und legte in einer Anlage auch die Ausgaben, insbesondere die Personalkosten des Gutes dar. Demnach hatte Steinort 1811 36 „in Lohn stehende Individuen“, darunter Inspektor Berent (jährlich 230 Rtlr.), Schreiber Rohde (65), Schreiber Willimzig (55), Chirurg Kayser (72), Koch Wittke (50), Gärtner Seska (20), Hofmeister Wittke (33,30), Kutscher Puschke (16), Schulmeister Kaschorreck (12,45), Brauer und Brenner Broszat (30), Tischler Scheumann (17), Müller Wachner (36), Schmidt (24), Kämmerer Poltzien (20), Lohnhofmann Lisch (20), 6 Knechte (je 17), 2 Knechte (je 12), Ausgeberin Fröhlich (30), 7 Mägde (je 9), eine Köchin (9), 2 Milchmägde (23), in der Summe 1.055 Rtlr. 15 Gr. Alle erhielten dazu das

⁸⁷⁹ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 101 f.

⁸⁸⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 858. Gebaut wurde nach 1811, die Berechnung der Kosten für Wohnhaus, Stall und Scheune ebd., Nr. 10 (4. September 1811). Zum Vergleich: Zeichnung eines Insthauses in Truntlack, in: Wagner, Truntlack, Bd. 1, S. 396.

⁸⁸¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 142.

⁸⁸² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 417, Bl. 7 (Nekrolog, 1. März 1854).

ihnen zustehende „Deputat“ und wurden beköstigt.⁸⁸³ In Absprache mit den Dönhoffschen Erben erhielt Lehndorff die Güter für 80.000 Rtlr. Auch hinsichtlich der Allodialgüter im Hauptamt Fischhausen (Landkeim, Warglitten, Groß und Klein Lehden und das Waldstück in der Caporoschen Heide Langwalde) war man übereingekommen, dass die Güter den von der Landschaft bestimmten Wert nicht haben, so dass sie Carl Friedrich Ludwigs Bruder Heinrich von Lehndorff statt für 48.510 Rtlr. für 36.150 Rtlr. übernehmen konnte. Das in Berlin Hinter dem Gießhaus Nr. 2 gelegene Grundstück und Haus hatten einen Wert von 8.000 Rtlr. Zum Aktiv-Vermögen gehörten Pfandbriefe, Obligationen sowie ausstehende Schulden. Die Gesamtsumme betrug 69.716 Rtlr. 60 Gr. Zu den Passiva gehörte vor allem die auf Landkeim eingetragene Hypothek von 20.000 Rtlr., verschiedene Depositalgelder und eine Schuld gegenüber den Dönhoffs in Höhe von 1.000 Rtlr. für „nicht gegebenes Silber“ aus einem früheren Heiratskontrakt. Die Summe belief sich auf 24.666 Rtlr. 60 Gr. Somit betrug die auf die Erben Carl Friedrich Ludwig und Heinrich August Emil Grafen von Lehndorff und August Friedrich Philipp von Dönhoff, Ehemann der bereits verstorbenen Gräfin Pauline von Lehndorff, als Vormund seiner Kinder zu verteilende Erbmasse 45.050 Rtlr.⁸⁸⁴

Der adlige Grundbesitz unter Erneuerungsdruck

Der als Folge der preußischen Reformen angestoßene Umverteilungsprozess adligen Grundbesitzes war nach 1807 nicht mehr aufzuhalten. Thaer hatte festgestellt, dass „verbessernde Umwandlungen einer Wirtschaft ohne Kapitalanlage [...] geradezu unmöglich“ seien. Der Mangel an Kapital sei „der Grund der meisten fehlgeschlagenen Unternehmungen dieser Art“, weshalb man den verbreiteten Irrtum, Verbesserungen in der Landwirtschaft seien ohne Kapital möglich, „nicht bestärken, sondern ausrotten“ müsse.⁸⁸⁵ Viele adlige Rittergutsbesitzer scheiterten an den neuen ökonomischen Verhältnissen und der Umstellung der Naturalwirtschaft auf eine Geldwirtschaft und konnten von der Ostpreußischen Landschaft, dem von Friedrich II. eingeführten landwirtschaftlichen Kreditsystem, nicht aufgefangen werden.⁸⁸⁶

⁸⁸³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 10 (5. Juli 1811).

⁸⁸⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 12 (Erbteilung, 27. August 1813).

⁸⁸⁵ Vgl. Thaer, Albrecht, Grundsätze der rationellen Landwirtschaft, Bd. 2, neue Aufl., Berlin 1937, S. 33 f.

⁸⁸⁶ Für den Beginn des 19. Jahrhunderts zählte Leopold Krug 2.136 adlige Güter in Ostpreußen, vgl. Ders., Geschichte der staatswirtschaftlichen Gesetzgebung im preußischen Staat, Berlin 1808, S. 33. Nach dessen „Betrachtungen über den Nationalreichtum des preußischen Staates“ gab es 235 adlige Güter, welche 30.000 Tlr. und mehr an Wert repräsentierten. Insgesamt waren es vier mit einem Wert von mehr als 200.000 Tlr., 28 mit einem Wert zwischen 100.000 und 200.000 und 757 mit mehr als 5.000 Tlr. Wert (nach Angaben der Besitzer oder Taxen der Landschaft bei Erbteilungen), zit. nach: Conrad, Agrarstatistische Untersuchungen, S. 821 f. In Anbetracht des hohen Geldwerts im 19. Jahrhundert rechnet Conrad Gutskomplexe mit einem Wert von mehr als 200.000 Tlr. als Latifundien. Nach der Erhebung des Grundbesitzes von 1882 gab es 2.245 größere Güter, davon gehörten nur noch 330 Adligen, 1.451 bereits bürgerlichen Besitzern. Grundbesitz von 100 bis 1.000 ha konzentrierte sich in der Hand von 217 adligen Besitzern mit 241 Gütern, über 1.000 ha besaßen 113 Adlige mit 327 Gütern, diese 327 Güter hatten eine Fläche von 266.896 ha. Latifundienbesitzer mit 5.000 ha und mehr gab es 11, die sämtlich dem Adel angehörten. Hierzu gehörten Graf von Lehndorff aus Steinort (9.000 ha), Graf zu Dohna-Schlobitten (8.270), Leopold Friedrich Herzog von Anhalt-Dessau (7.625), Graf zu Dohna-Schlobitten (7.566), Gräflin von Dönhoffsche Familien- und Armenstiftung (6.862), Graf von Dönhoff-Friedrichstein (6.681), von Domhardt auf Bestendorf (6.376), Graf zu Dohna-Lauk (6.367), Graf von Mirbach-Sorquitten (5.578), von Janson auf Schloss Gerdaun (5.569), von Fabeck auf Jablonken (5.450), vgl. Conrad, Agrarstatistische Untersuchungen, S. 829. Den 11 Genannten gehörte somit 2,3 % des Flächeninhalts der Provinz, 1,4 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche und 2,2 % des Grundsteuerreinertrags, 3,6 % der Waldfläche.

Steinort gehörte zu den 3/5 der ostpreußischen Güter, die diese Krise überstanden. Die anderen 2/5, die durch Kredite der Landschaft gestützt worden waren, wurden 1824 zwangsverkauft. In den Jahren 1829/30 erfolgte die Zwangsversteigerung von weiteren 111 der 256 im Bezirk des Oberlandesgerichts Königsberg gelegenen Rittergütern, 1885 befanden sich nur noch 7 Prozent aller ostpreußischen Güter länger als 50 Jahre im Besitz derselben Familie. In den Latifundienbesitz mit einer Größe von 5.000 ha und mehr gelang es jedoch nur wenigen Bürgerlichen vorzustoßen. Am Beginn der 1890er Jahre gab es in den sieben Ostprovinzen Preußens unter den 159 Eigentümern von Latifundien nur 10 bürgerliche Besitzer. Zu diesen gehörte der Landesökonomierat (von) Kene- mann, der zusammen mit dem neugeadelten Bankier Ferdinand von Hanse- mann und dem Major von Tiedemann das „Trio der Agrarmillionäre“ bildete.⁸⁸⁷

Das Ständische Comité für Ostpreußen und Litauen

Die Opposition des gutsbesitzenden Adels gegen die Stein-Hardenbergschen Reformen führte direkt in den Streit über öffentliche Zustände. Es reichte nicht mehr, Landwirt, Pferde- oder Schafzüchter, Branntweinbrenner oder Braumeister zu sein. Um das Vertrauen der Bauern und Landarbeiter zu gewinnen, war auch (kommunal)politisches Engagement nötig. Ernst von Bülow-Cummerow, Agrarpolitiker und Publizist des vormärzlichen ostelbischen Gutsadels, hat diese Aufgabe seinen pommerschen Standesgenossen nahegebracht.⁸⁸⁸

Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff setzte sich nach seiner Rückkehr nach Steinort im Juni 1810 mit der „Agrikultur in Preußen, wie sie war, wie sie ist und was denn zu hoffen steht“, intensiv auseinander. Er entwickelte „Ideen über einen Ackerkatechismus für Landleute“, befasste sich mit Wirtschaftsmethoden und Wirtschaftlichkeitsberechnungen, plante die Kosten der Separation und eine Neueinteilung der Güter, machte Pläne über die notwendigen Veränderungen in der Land- und Gutswirtschaft, indem er Ziele fixierte und daraus kurz- und langfristige Projekte wie Runkelrübenanbau, Feldeinteilung und Fruchtfolge, Pferdezucht, Ausweitung der Milchwirtschaft entwickelte. Dazu gehörte auch die Einsicht, dass es eines Ökonomen bedurfte, um solche Veränderungen anzuschieben, für die mit dem Reformgesetz zur Befreiung des Bauernstandes vom 9. Oktober 1807 die politischen Rahmenbedingungen gesteckt waren.⁸⁸⁹

Entgegen den gesetzgeberischen Absichten gab es eine enge Kooperation zwischen den ständischen Repräsentanten und dem Ständischen Comité für Ostpreußen und Litauen, die sich in der Organisation des Protestes gegen die Hardenbergsche Steuerreform bewährte.⁸⁹⁰ Seit dem 15. Februar 1811 war Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff der Vertreter des Seehestenschen Kreises beim Comité der ostpreußischen und litauischen Stände. Als die Einführung der neuen Steuergesetze durch Staatskanzler Hardenberg Unzufriedenheit in der Provinz erregte, berief der König am Beginn des Jahres 1811 eine Notabelnversammlung nach Berlin ein, bestimmte von Seiten der Regierung geeignete Männer und ließ die Kreise auffordern, Deputierte nach Berlin zu senden. Die Nivellierung der bestehenden Verhältnisse durch den neuen Kanzler hatte zuvor schon den Unmut der Adligen anderer Provinzen erregt. In der Mark Brandenburg waren von der Marwitz und Graf Finckenstein als „Rädelsführer“

⁸⁸⁷ Vgl. Rosenberg, Machteliten, S. 88.

⁸⁸⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_von_Buelow-Cummerow [4.11.2019].

⁸⁸⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 622 (Denkschrift Lehndorffs).

⁸⁹⁰ Vgl. Belke, Regierung zu Königsberg, S. 26.

nach Spandau gebracht worden.⁸⁹¹ Den Präsidenten von Domhardt auf Worienen hatten Hardenbergs Pläne zu den Worten bewegt: „Es gibt bei uns kein Eigentum mehr.“ Ähnliches wiederholte sich auch im Seehestenschen und in einem Teil des Rastenburger Kreises. Hier waren es jedoch alle adligen Besitzer, die gegen die Konsumtionssteuer protestierten. Sie erklärten der Regierung zu Gumbinnen, sie würden keine Steuern bezahlen, bis ihre Landesrepräsentanten aus Berlin zurückgekehrt seien. Die Antwort aus Berlin war die Arretierung der ersten, die ihre Unterschrift unter das Steuerverweigerungsschreiben gesetzt hatten. Die 61 anderen gingen straflos aus. Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff-Steinort hatte nicht unterschrieben, da er nicht dabei gewesen war. Trotzdem wagte er es nicht, die auf ihn gefallene Wahl als Landesrepräsentant für Berlin anzunehmen, weil nach seinem Dafürhalten sein Erscheinen am Hof das Gesuch um Aufhebung der Konsumtionssteuer und um Abstellung der anderen Beschwerdepunkte in Misskredit bringen würde. Das Geld für die Reise der anderen Deputierten, Graf Dönhoff-Hohendorff, Herr von Sydow auf Kloben, Landschafts-Syndikus Manitius auf Altenberg, Landschaftsrat von Bergfeld auf Schellenberg und Assessor Collin, wurde von der Generallandschaft als Vorschuss gegeben. Jeder Kreis setzte eine eigene Petition auf, die er durch einen Vertrauensmann in Berlin an den König übergeben ließ. Außerdem nahmen die Deputierten noch eine Petition zur persönlichen Übergabe nach Berlin mit. Zudem hatte der Dirigent des aus vier Vertretern des adligen Grundbesitzes und einem Vertreter des kölmischen Besitzes bestehenden ständischen Comités, der Geheime Justizrat von Brandt, schon Ende 1810 eine Petition nach Berlin gesandt. Der Tenor aller Adressen war: die Aufzählung der Leiden der Provinz und die Klage, dass ein Zusammenwirken aller Provinzen in Bezug auf Schulden und Abgaben für Preußen besonders schwer zu bewirken sei. Der Landstallmeister von Below auf Lugowen und Herr von Saucken-Tarputschen hatten in ihrer Eingabe sogar erklärt, dass sie bereit seien, ihre Güter zu Staatsdomänen umwandeln zu lassen, wenn der König ihnen eine Pension in der Höhe zahlen würde, dass sie einen notdürftigen Lebensunterhalt hätten.

Graf Dönhoff-Hohendorff war unter Verweis auf Alter und Krankheit nicht mit nach Berlin gereist. Von Sydow hatte deshalb die Führung übernommen und war von den anderen Deputierten bevollmächtigt worden. Nach sechs Wochen kehrten sie nach Berlin zurück, Sydow blieb weitere sieben Monate in Berlin. Seine neue Stellung Präsident des Ökonomie-Kollegiums und seine Zustimmung zum Erlass des Hardenbergschen Bauernedikts ließen bei seiner Rückkehr die Wellen hoch schlagen. Lehndorff vermittelte und beschwichtigte. Er machte dem Comité den Vorwurf, dass es bei den Kreisen nicht angefragt hätte, ob Sydow zurückzurufen sei; nun müsse man bald eine neue Delegation nach Berlin senden, damit die Ansprüche der Provinz dort nicht ganz vergessen und missachtet werden. Die Wahl der neuen Landesrepräsentanten war jedoch schwierig. Zum ersten war kein Gutsbesitzer bereit, ohne Vorschuss von mehreren hundert Talern nach Berlin zu reisen. Zum anderen wollte niemand während des Durchmarschs der französischen Truppen Haus und Gut verlassen. Der dritte Punkt war die Frage der Verantwortlichkeit.⁸⁹² Die endlich doch nach Berlin gesandten Deputierten richteten nichts aus, auch der Kreis Seehesten musste sich fügen. Die Eingaben wegen der Umwandlung der indirekten Steuern auf dem platten Land in eine fixierte Abgabe vom 11. März 1811, wegen des durch die Konsumtionssteuer bewirkten Missverhältnisses der Leistungen des platten Landes gegen die Städte am 23. März 1811 sowie wegen der Einberufung des Generallandtages am 9. August 1811 waren ebenso erfolglos wie die am 30. November 1811 von den Bevollmächtigten der Ostpreußischen und Litauischen Kreise an Staatskanzler Hardenberg gesandte Vorstellung,

⁸⁹¹ Vgl. Finckenstein, Landwirtschaft, S. 128. Der Bericht der ostpreußischen Generallandschaftsdirektion an das Preußische Landwirtschaftsministerium vom 16. November 1822 über die Probleme bei der Durchführung der Reformen in Ostpreußen ebd., S. 128 f.

⁸⁹² Vgl. Bujack, Georg, Die Publikationen des Archivs des Provinzial-Verbandes im Landeshause zu Königsberg, in: Sitzungsberichte der Altertumsgesellschaft Prussia zu Königsberg i. Pr. 46 (1890/91), S. 91–101, hier S. 93–96.

warum das Edikt vom 15. September 1811 über die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in den Provinzen Ostpreußen und Litauen nicht anzuwenden sei.⁸⁹³ Schon 1811 stellten einige der ständischen Repräsentanten einen Antrag auf vorzeitige Entlassung. Der Grund war die Enttäuschung, „wie wenig Gelegenheit sich bis jetzt für uns Repräsentanten zu einer wahrhaft nützlichen Tätigkeit fand, ungeachtet uns von Seiten einer Königlichen Regierung keine erlaubte Mitwirkung zum allgemeinen Besten versagt wurde.“ Ende 1811 trug das Ständische Comité im Zusammenhang mit der Protestbewegung gegen die Hardenbergschen Agrar- und Finanzreformpläne den Wunsch vor, „die Einrichtung der Repräsentation einstweilen und bis auf bessere Zeiten“ auszusetzen. Regierungspräsident von Auerswald schloss sich im Januar 1812 dem an.⁸⁹⁴

Unter Lehndorffs Unterlagen aus diesen Jahren finden sich neben Überlegungen zur Umgestaltung des Militärs, zur Loslösung des Militärs aus dem Adelsleben, um „Beruf“ zu werden, und zur Notwendigkeit der Schaffung eines Volksheeres, die im Zusammenhang mit dem „Publikandum von Ortelsburg“ vom 1. Dezember 1806 und der Einleitung der Erneuerung des Heeres zu sehen sind,⁸⁹⁵ vor allem Entwürfe für Gespräche und Schriftverkehr mit Karl August Freiherr von Hardenberg und Theodor von Schön.⁸⁹⁶ Inwieweit diese politische Wirksamkeit entfalten konnten, ist ungewiss, da nicht deutlich wird, ob Lehndorff seine Gedanken und Ideen tatsächlich einbringen konnte. Die Erfahrung, dass Hardenberg in seiner Finanzpolitik die besonderen Bedürfnisse Ostpreußens nicht berücksichtigen konnte (oder wollte), veranlasste auch Lehndorff Anfang 1812 zur Aufgabe seiner politischen Tätigkeit. Am 8. Juni 1812 genehmigte Friedrich Wilhelm III. die Aufhebung der ständischen Repräsentanten in der Königsberger Regierung.

Eine Politik, die den Unterschied zwischen adligen und nichtadligen Gutsbesitzern wieder stärker betonte und die gegenläufig zur allgemeinen sozialen Entwicklung den Adel absicherte und bevorzugte, fand nach 1815 nicht die Zustimmung der Rittergutsbesitzer in Ost- und Westpreußen, von denen nur noch eine Minderheit altangesessener Adel war. Sie intervenierten gegen die Restaurationspolitik im Zuge der Provinzialständegeseztgebung in den 1820er Jahren mit der Folge, dass langjähriger Grundbesitz statt Adelsqualifikation zum entscheidenden Kriterium der Zugehörigkeit zum ersten Stand wurde. Damit entfiel ein Privileg, das bisher an langjährigen Rittergutsbesitz gebunden war: die Wählbarkeit und das Wahlrecht für das Preußische Herrenhaus.⁸⁹⁷

⁸⁹³ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 260 f. Zur Ständeversammlung der ostpreußischen und litauischen Kreise auch: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 682, 852 (Amtszeit Lehndorffs als ständischer Deputierter 1810 bis 1812); Nr. 50 (Auszug aus den Verordnungen, Äußerungen Lehndorffs), Nr. 515 (Angelegenheiten des Kreisbevollmächtigten der ostpreußischen Stände, 1811/12); Nr. 680 (Denkschrift 1811). Siehe auch Bujack, Georg, Das Kommissorium der Landesdeputierten der Provinz Preußen und Litauen, Königsberg 1869, sowie Ders., Das erste Triennium des Comités der Ostpreußischen und Litauischen Stände, Königsberg 1887, Nachtrag, Königsberg 1887.

⁸⁹⁴ Vgl. Belke, Regierung zu Königsberg, S. 26.

⁸⁹⁵ Ähnliche Vorstellungen entwickelte von der Marwitz, der wie Lehndorff in das preußische Heer der Befreiungskriege zurückgekehrt war, vgl. Frie, Ewald, Generalleutnant August von der Marwitz. Militär, Gesellschaft und der Krieg, in: Heidenreich, Bernd/Kroll, Frank-Lothar (Hrsg.), Macht- oder Kulturstaat? Preußen ohne Legende, Berlin 2002, S. 55–66, hier S. 55 f. Ernst Moritz Arndt, der im Januar 1813 mit Freiherrn vom Stein in Königsberg eingetroffen war, verfasste unter dem Eindruck der vaterländischen Begeisterung seine Schrift „Was bedeutet Landsturm und Landwehr?“, vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 246 f. Zu den Stein-Hardenbergschen Reformen in Memel und Königsberg: Wagner/Lange, Das Königsberger Schloss, Bd. 2, S. 146–148.

⁸⁹⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 593.

⁸⁹⁷ Vgl. Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1845–1918, Düsseldorf 1998, v. a. Kap. 6. Im Conseil vom 16. November 1852 präzierte der König seine Vorstellungen über das Herrenhaus. Mitte 1854 stellte man fest, dass es unter den 12.544 Rittergütern insgesamt nur noch 1.331 Besitzungen gab, die die Forderung nach 100 Jahren Besitzkontinuität erfüllten. Von den 2.106 Rittergütern in der Provinz Preußen erfüllten nur 57 dieses Kriterium, davon waren 42 befestigte Besitze. Dies lieferte die Grundlage für 18 von 90 Sitzen im Herrenhaus. Erst mit Verkürzung der Besitzdauer auf 50 Jahre durch die Verordnung

Der Gutsbesitz als Kriterium für Standschaftsrechte, d. h. für das Recht auf politische Teilhabe, erlaubte später auch bürgerlichen Besitzern die Teilnahme an den Kreis- und Landtagen und überschneidet sich mit der ständepartizipativen Tradition des „Gutsbesitzerliberalismus“ im ostmitteleuropäischen Raum.⁸⁹⁸ Dieser war „an den Vorteilen der eigenen Gruppe orientiert und gutswirtschaftlich-konservativ ausgerichtet“.⁸⁹⁹ Dass der König 1820 seine Unterschrift unter das ihm von Hardenberg vorgelegte Staatsschuldengesetz setzte, nach dem die Aufnahme neuer Staatsschulden von der Zustimmung einer Nationalrepräsentation abhängig sein sollte, wird 1847 die ostpreußischen Stände zur Ablehnung der Aufnahme einer Staatsschuld zum Bau der Ostbahn bewegen, da sie den Vereinigten Landtag von 1847 nicht als eine Nationalrepräsentation ansehen konnten.

Die Güter wurden „ausgepresst wie eine Zitrone“: Die Jahre 1812/13

Im März 1812 gab es „kein Zweifel mehr am Ausbruch der Krisis“, wie Lehndorff seiner Mutter in Königsberg schrieb. Er hatte die landrätliche Anordnung erhalten, „die allerschleunigsten Anordnungen zu treffen, dass die täglich zu erwartenden französischen Truppen, welche als Freunde diese Gegend durchziehen würden, alles Nötige zu ihrer Verpflegung vorfinden und möglichst gut aufgenommen würden. Da weder Zeit noch Ort noch Mittel bestimmt wären, soll man sich bereithalten und nichts refusieren, was gefordert werde.“⁹⁰⁰ Erst einmal zogen jedoch Württembergische Truppen durch die Güter und Steinort blieb von Lieferungen verschont. Angekündigt war dem Kreis die „Division St. Germain, welche in der Gegend von Osterode fast verhungert und aus 3 Regimentern Kürassiers und 2 Dragoner besteht“, sowie Lieferungen von 27.000 Zentner Heu, 18.000 Scheffel Hafer, 3.000 Scheffel Weizen, unerhört viel Stroh und 24.000 Scheffel Roggen.⁹⁰¹ Zur selben Zeit, am 15. März, traf eine Kommission aus Angerburg in Steinort ein, die Ansprüche auf die Lieferungen aus dem Feldzug 1806/07 an die Russen ordnen und Entschädigungen festsetzen sollte. Die ausgegebenen Schuldverschreibungen blieben weit hinter den erbrachten Leistungen zurück. Steinort erhielt statt 11.000 Rtlr. nur 6.000, wovon nur 2.800 Rtlr. auf den Hof entfielen.⁹⁰²

Im Mai und Juni erlebte Ostpreußen dann den angekündigten Durchzug der „großen Armee“ nach Russland. Ostpreußen war die letzte Etappe vor der Grenze, dementsprechend requirierten die Franzosen rücksichtslos Getreide, Heu, Vieh und Pferde. Die Güter wurden „ausgepresst wie eine Zitrone und die Besitzer mussten sich auf Jahre hinaus mit ‚Schuhe besohlen und Kragen wenden‘ begnügen“, schrieb Marion von Dönhoff über die Situation in Friedrichstein.⁹⁰³ Die Verluste wurden auf 7 ¾ bzw. 5 Mio. Tlr. geschätzt.⁹⁰⁴ Amalie von Lehndorff hatte in Königsberg das Glück, von französischer Einquartierung verschont geblieben zu sein, da sich einer der Adjutanten des Generalleutnants von Ziethen, Rittmeister von Zeuner, bei ihr einquartiert hatte.

vom 10. November 1865 veränderte sich das Bild, vgl. Conrad, Agrarstatistische Untersuchungen, S. 188; GStA PK, XX. HA, Rep. 2 II, Nr. 2886.

⁸⁹⁸ Vgl. Obenaus, Gutsbesitzerliberalismus, S. 309 ff. Siehe auch Wienfort, Gutsbesitzerliberalismus, S. 305–324.

⁸⁹⁹ Vgl. Heinicke, Gunter, Adelsreformideen in Preußen. Zwischen bürokratischem Absolutismus und demokratisierendem Konstitutionalismus (1806–1854), Oldenburg 2014, S. 219.

⁹⁰⁰ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 263 f.

⁹⁰¹ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 270.

⁹⁰² Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 265 f.

⁹⁰³ Vgl. Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt, S. 112.

⁹⁰⁴ Vgl. Hein, Landschaft S. 70.

Zur selben Zeit reiste Lehndorff zu Theodor von Schön, Präsident der litauischen Regierung, nach Gumbinnen. Schön hatte ihn aufgefordert, gemeinsam mit anderen Gutsbesitzern dem König über die Lage des Landes zu berichten, wie es Präsident von Schimmelpfennig im Namen des Insterburgischen Kreises tun werde. „Tun Sie, lieber Graf! doch für Masuren ein Gleiches. Wir sind ja freie Untertanen und müssen alles daran setzen, damit er weiß, er wirklich selbst erfährt, wie es uns geht. Schildern Sie nur die Wahrheit, sie ist grässlich genug. Jeder wird dies mit unterschreiben, die Treue gegen den König bezeichne jede Zeile, aber auch jedes Wort drücke das Elend aus, in dem wir sind, und das uns noch bevorsteht.“⁹⁰⁵ Lehndorff kam Schöns Aufforderung unverzüglich nach, Generaladjutant von Köckritz leitete die Immediatvorstellung an den König nach Teplitz weiter. Dass man in Berlin die Lage Ostpreußens nicht richtig einschätzte, zeigt die Kabinettsordre vom 14. Juli 1812. Der König schrieb: „Ich vertraue der Regierung, dass sie dem Elend und der Not, soweit irgend ihre Mittel reichen, entgegenarbeitet und darin nicht ermüden werde, und hoffe von günstigeren Umständen und einem ruhigeren Zustand der Dinge die Mittel, wodurch die Prärogativen, von welchen die Provinz vor anderen betroffen ist, ausgeglichen werden können. Übrigens wird die Zahl der der Provinz genommenen Pferde auf Vierzigtausend angegeben; sie ist so exzessiv, dass wohl ein Schreibfehler dabei zum Grunde zu liegen scheint, und Ich will daher hierüber bestimmtere Anzeige erwarten.“⁹⁰⁶ Zwischen Lehndorff und Schön kam es zu einem regen Briefwechsel, der ein Bild des Zustands und der Stimmung in Ostpreußen vermittelt. Lehndorff unterstützte Schön in dessen Bemühen, das Schlimmste von der Provinz fernzuhalten, die unter den Fouragelieferungen und Truppendurchmärschen litt.⁹⁰⁷ Lehndorffs Urteil über die Berliner Autoritäten ist ebenso vernichtend wie das Urteil Schöns.⁹⁰⁸

Nach der Kriegserklärung Napoleons an Russland 1812 zog die Hauptarmee im Dezember 1812 durch Ostpreußen und über den gefrorenen Mauersee. Ostpreußen wurde nicht wie die Provinz eines verbündeten Staates, sondern wie ein erobertes Land behandelt. 2/5 des Schadens, den das Jahr 1812 dem preußischen Staat verursachte, hatte Ostpreußen zu tragen.⁹⁰⁹ Im April 1813 beschrieb Auerswald die Lage: „Der noch immer anhaltende Winter macht immer mehr Gebäude dachlos, doch wird das Dachstroh Vieh und Pferde nicht retten. Das Elend auf dem platten Lande ist in den mehresten Gegenden der Provinz wirklich grenzenlos.“ Er fürchtete, es werde den Gutsbesitzern nicht gelingen, „Geld auf die Vermögenssteuer zu erhalten, und zwar aus dem einfachen Grunde, dass sie die neue Vermehrung der Zinsen nicht werden erschwingen können.“ Im Juni bezifferte er die durch Ostpreußen zu versorgenden Truppen auf 150.000 Mann, „Ohne Geld, ohne hinlängliche Vorräte. [...]

⁹⁰⁵ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 279 f.

⁹⁰⁶ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 280. Insgesamt waren es 104.710 Pferde, die die preußischen Provinzen östlich der Weichsel 1812/13 für militärische Zwecke hatten bereitstellen müssen.

⁹⁰⁷ Auch in den Petitionen an das Ständische Comité waren das die Hauptthemen. 1811/12 waren die Verhältnisse so katastrophal, dass die Strohdächer der Häuser als Futtermittel abgedeckt und das Vieh in die Wiesen und Winterfelder getrieben werden musste. Damit fehlte es an Saatgetreide. Nutz- und Betriebsvieh wurde geschlachtet, da man keine Nahrung mehr hatte. Die Landgüter und Grundstücke, die sich vom letzten Krieg noch nicht erholt hatten, verfielen noch mehr. Großen Unwillen erregte, dass die französischen Soldaten vor den eigenen Soldaten von den Ortsbehörden bevorzugt versorgt wurden.

⁹⁰⁸ Dohna hatte schon am 22. August 1810 in einer Eingabe an Hardenberg geschrieben, in keinem Land Europas seien „Sinn und Bildung für höhere Staatsangelegenheiten, überhaupt alle einem tüchtigen Repräsentanten nötigen Eigenschaften, so unerhört selten wie in Preußen“. Dagegen fänden sich auch in keinem Land „so viele vortreffliche Kräfte für das Detail der Geschäfte“, vgl. Bujack, Die Publikationen des Archivs des Provinzial-Verbandes, S. 95.

⁹⁰⁹ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 247.

wir sind also wieder das Hauptopfer des Krieges!“⁹¹⁰ Regierungspräsident Wissmann schrieb in Anbetracht ausbleibender Unterstützungen des Staates: „So sage man dem gerade heraus, man überlasse das Land den sogenannten Freunden zur Plünderung und schmeichle nicht mit Vergütungen aller Lieferungen usw.“⁹¹¹

Lehndorff hatte für Steinort eine Vermögenssteuerzahlung in Höhe von 2.000 Tlr. zu entrichten. Auch Steinort war jedoch weit entfernt davon, den „alten Ertrag oder doch den ihm nahe kommenden“ abzuwerfen. „Gesetze und Abgaben haben den wirklichen status quo der guten Vorzeit unmöglich gemacht. Für den Augenblick bin ich entschieden der Bedrängteste, da ich der allein zahlende bin, welches doppelt bitter ist, da ich der avantagiertere sein sollte.“⁹¹² Noch immer waren die Forderungen aus den Getreidelieferungen für die Armee im Jahr 1812 nicht beglichen. Ein Staatschuldschein über 1.000 Rtlr. ließ sich nicht einlösen. In dieser Situation befand sich Lehndorff nicht allein. Im Departement Angerburg schuldeten 111 Güter, deren regelmäßige Zinsen 32.780 Tlr. betragen, 109.623 Tlr., wovon nur 34.728 Tlr. durch Coupons gedeckt waren.⁹¹³

Eigentlich hatte Schön Lehndorff ausgewählt, um dem König „von der wahren Lage der Sache hier Bericht zu erstatten“. Er sei der „bedeutendste Gutsbesitzer der Provinz, er war Militär, kann also militärische Ereignisse beurteilen, und er hat in dieser verhängnisvollen Zeit mir Beweise gegeben, dass er würdig ist, ein Mitglied der Familie zu sein, die sich seit Generationen durch Anhänglichkeit an E. K. M. Haus ausgezeichnet hat. Er hat die große Szene größtenteils selbst gesehen. Er kann, wie er hier und in Tilsit selbst erfahren hat, E. K. M. sagen, mit welcher Ehrfurcht Ew. Majestät Name von jedem Russen genannt wird, mit welcher Achtung der Preußische Adler und jede von Ew. Majestät gesetzte Autorität begrüßt wird, und welche Mühe sich die russischen Obern geben, eine gute Manneszucht zu halten.“ Er werde einen „Aufruf an E. K. M. Untertanen überreichen, der die durch Äußerungen französischer Machthaber hier erzeugte Besorgnis hebt.“⁹¹⁴ Statt Lehndorffs trat Leutnant von Plehwe die Reise an; Lehndorff reiste in Schöns Auftrag zu General von Yorck, um ihm die Nachricht der Zustimmung der ostpreußischen Landstände zur Lösung von Napoleon zu überbringen.⁹¹⁵

⁹¹⁰ Vgl. Stägemann, Franzosenzeit, S. 178 f., Zitat S. 179, S. 181 f., Zitat S. 182, S. 214–216, Zitat S. 215. Vgl. auch dessen Schreiben an Hardenberg vom 16. Juni 1812, ebd., S. 221 f.

⁹¹¹ Stägemann, Franzosenzeit, S. 181 (8. April 1812). Vgl. auch ebd., S. 234 f. Wissmann an Stägemann, 2. September 1812: „Auerswald hat einen höchst kläglichen Immediat-Bericht über den Zustand von Ostpreußen erstattet und mir mitgeteilt. Ich halte das meiste für übertrieben, und einiges, was er vorbringt, sogar für unverständlich. Im ostpreußischen Amtsblatt wird den Leuten geraten, Rumfordsche Suppe zu essen. Die überreichliche Ernte wird ihnen wohl noch etwas anderes zu essen geben. Wenn es angeht, sagen Sie mir doch, wie A. Bericht aufgenommen worden.“ Nach einer Angabe des Ministers Alexander Graf zu Dohna fehlten den Provinzen Ostpreußen und Litauen gegenüber den Vorjahren 1813 71.851 Pferde, 76.847 Ochsen, 114.175 Kühe, 245.985 Schafe, vgl. Militärwochenblatt 1846, Beihefte Januar bis inkl. Oktober 1846, S. 117.

⁹¹² Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 579.

⁹¹³ Vgl. Hein, Landschaft, S. 71.

⁹¹⁴ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 305–307. Die Immediateingabe vom 29. Dezember 1812 in: Dönhoff, August Friedrich Philipp Reichsgraf, Königsberg und Ostpreußen zu Anfang 1813. Ein Tagebuch vom 1. Januar bis 25. Februar 1813, hrsg. von Maximilian Schultze, Berlin 1901.

⁹¹⁵ Vgl. Schöns Bericht vom 11. Dezember 1813 mit Vorschlägen zur Verleihung des Eisernen Kreuzes. In der Begründung schrieb er: „Als die Retirade der Franzosen Gumbinnen erreichte, schickte ich 3 Offiziere und 2 andere Personen, um den General von Yorck von der Lage der Sache Kenntnis zu geben. Keiner von diesen konnte durchkommen. Ich forderte den Grafen Lehndorff, der gerade mich besuchte, auf, dies zu versuchen, und er kam durch. Er war in Tilsit, als der General von Massenbach die Ordre der Trennung bekam und der General von Massenbach wird ihm bezeugen, wie gut er sich da benahm. Er hatte das Vertrauen des Generals. Er war auch Deputierter auf dem Landtage, und seine Stimme und sein Benehmen wirkten gut. Die Errichtung des National-Kavallerie-Regiments spricht laut für sich.“ Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen Theodor von Schön, Bd. 1, Halle 1875, S. 174. Da der König niemanden für die Teilnahme an der Konvention von Taugoggen auszeichnete, blieben Schöns Vorschläge unberücksichtigt. In dem Reliefbild des Postaments des Kißschen Standbildes

Die Konvention von Tauroggen

An den Beratungen, die der Konvention von Tauroggen vorangingen, hatte Lehndorff wesentlich mitgewirkt.⁹¹⁶ Welchen konkreten Anteil er hieran und am Landtag 1813 hatte, hat Maximilian Schultze in seiner Biographie erstmalig, zum Teil abweichend von Droysen, dargestellt. Die Frage, inwieweit Yorck bei seiner Kapitulation auf eigene Faust handelte oder Deckung aus Berlin hatte, konnte auch Schultze mit Quellen nicht belegen. Zum einen konnte er nicht in alle Akten Einblick nehmen, sofern diese überhaupt noch vorlagen. Zum anderen hatte Lehndorff einen mündlichen Bericht über das Zusammentreffen mit dem russischen Kaiser in Lyck, die ständische Versammlung in Königsberg und das National-Kavallerie-Regiment, wie von Droysen im Mai 1851 erbeten, unter Verweis auf sein Alter und schlechtes Gedächtnis nie gegeben und auch später seine Erinnerungen nicht aufgeschrieben, da der König alle Mitwirkenden an der Konvention von Tauroggen zum Stillschweigen verpflichtet hatte.⁹¹⁷

Theodor von Schön machte später Droysens Biografie über Yorck dafür verantwortlich, der auf Schöns Aussagen keinen Wert gelegt und Lehndorffs Anteil nicht erwähnte hatte, den dieser am 30./31. Dezember 1812 in Tilsit an den Entschließungen Massenbachs gehabt hatte. Lehndorff hätte für seine Erinnerungen nichts anderes erwartet: „Für den Grafen Lehndorff darf ich wohl sagen, dass, wenn der erste Teil von Yorcks Leben ein treues Bild gegeben hätte, er alles, was er von Yorck weiß, bereitwillig mitgeteilt haben würde. Jetzt stellt er nach dem ersten Teil die Yorcksche Biographie in die Klasse der jetzt modernen Biographien, und mit diesen wolle er nichts zu tun haben.“⁹¹⁸ Droysen verzichtete daraufhin bei seiner Anwesenheit in Ostpreußen auf eine persönliche Begegnung mit Lehndorff. Erst die Veröffentlichungen „Aus den Papieren des Ministers und Oberburggrafen Theodor von Schön“ über die Vorgänge des Jahres 1812 traten der Darstellung Droysens entgegen und hoben Lehndorffs Rolle hervor; der Briefwechsel zwischen Schön und Droysen erschien erst 40 Jahre nach Schöns Tod.

Am 19. Januar 1813 hatte Lehndorff im Auftrag des Präsidenten von Schön den Zaren Alexander in Lyck zu begrüßen, als dieser erstmals wieder preußisches Gebiet betrat. Die Lehndorffs waren dem Zaren nicht unbekannt. Heinrich von Lehndorff war in der Petersburger Gesandtschaft tätig und hatte durch diplomatisches Geschick den Zaren auf sich aufmerksam gemacht. Carl von Lehndorff fand in Lyck ebenso passende diplomatische Worte. Es gelang ihm nicht, mit Stein zu sprechen: „Er ist beständig alternativé beim Kaiser oder bei Kutusow, doch habe ich mehrere Gründe, die mir den innigen Wunsch einflößen, dass Ew. Hochwohlgeboren ihn mit ruhigem Sinn empfangen und anhören, sich nicht bestechen noch momentan einnehmen lassen; verzeihen Sie der unberufenen Meinung, sie ist wahrlich treu gemeint, auch kann ich mich vielleicht irren.“⁹¹⁹

für Friedrich Wilhelm III. vor dem Königsberger Schlossportal (1851) ist Lehndorff nicht im Porträt gewürdigt, aber ein National-Kavallerist erinnert an dessen Verdienst, vgl. Bujack, Die Publikationen des Archivs des Provinzial-Verbandes, S. 92, 101.

⁹¹⁶ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 247 ff. Unterlagen und Entwürfe Lehndorffs für eine Erhebung gegen Frankreich und dessen Planung einer preußischen Landwehr in: GStA PK, XX. HA Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 775.

⁹¹⁷ Vgl. Stägemann, Franzosenzeit. Den Mangel an mündlicher Überlieferung beklagt Bujack, Die Publikationen des Archivs des Provinzial-Verbandes, S. 101. Schultze bezieht sich auf Original-Briefe im Archiv in Steinort, die bisher nicht aufgefunden werden konnten, der Brief Droysens in: Schultze, Lebensbild, S. 298–300.

⁹¹⁸ Rühl, Friedrich, Briefwechsel des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön mit G. H. Pertz und J. G. Droysen, Leipzig 1896, S. 201, 227.

⁹¹⁹ Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III. vorzugsweise aus dem Nachlass von F. A. Stägemann hrsg. von Franz Rühl, Bd. 1, Leipzig 1899, S. 284–287 (Lehndorffs Bericht an Theodor von Schön, Januar 1813).

Lehndorffs Verdienste um das ostpreußische National-Kavallerie-Regiment

In seinem Brief an Yorck aus Memel am 18. Januar 1813 hatte Theodor von Schön geschrieben: „Masuren, der südlichste Teil der Provinz Litauens, enthält herrliche, wackere Männer in den gemeinen und höheren Ständen, welche bereit sind, für den König und das Vaterland alles daran zu setzen; es kommt nur darauf an, dass Ew. Exzellenz, der Sie jetzt den König und Preußen und die Sache der Menschheit repräsentieren, auf diesen kraftvollen Teil der Provinz einwirken.“ Er habe sich im Sommer 1812 mit Farenheid in Angerapp, Graf Lehndorff in Steinort, Gutsbesitzer Oberamtmann Bergau in Kopycken, Oberamtmann Stenzler in Stradauen und Superintendent Gisevius in Lyck „auf Leben und Sterben für die Sache der Menschheit und unsere Befreiung von Sklavenketten verbündet, und diese Freunde in Masuren beschworen, zu handeln.“ Yorck solle auf Masuren seinen besonderen Blick richten, „durch die treuen Patrioten, die ich Ew. Exzellenz genannt habe, außer den Krümpern und Beurlaubten, könne Masuren zwei bis dreitausend Streiter aufstellen und werde, wenn auch anfangs nur kümmerlich bewaffnet, doch einiges wirken und helfen können.“ Auch Landrat Lyncker in Tilsit und Ober-Landesgerichtsrat Friccius in Königsberg verdienten dessen Vertrauen.⁹²⁰ „Die Hydra ist noch nicht tot. Die Zeit und das mildere Wetter wird die Wiedererzeugung von Köpfen befördern, die Russen allein werden Preußen nicht wiederherstellen, werden Deutschland bis zum Rhein nicht befreien. Es ist unsere Sache, aufs wirksamste zusammenzutreten und jeder Augenblick wiegt Millionen. Mit Yorcks Sinken und Fallen sinkt und fällt sehr viel“, hatte Regierungsrat Schulz am 18. Januar 1813 an Gisevius geschrieben. Am selben Tag hatte er Lehndorff aufgefordert: „Sind Sie Militär und Preuße genug, so stellen Sie sich an die Spitze. Sie passen dazu mehr als tausend andere, und dem Gutsherrn von Steinort, dem Jugendfreund unseres Königs, dem deutschen Ritter folgt im Kampfe für die deutsche Sache eine größere Anzahl Krieger als einem anderen simplen Militär.“⁹²¹

Per Generalvollmacht war Stein von Alexander I. am 6./18. Januar 1813 zum selbständigen Verwalter der preußischen Provinzen gemacht worden. Stein gelang es nicht, bei Yorck, Schön oder Auerswald etwas zu erreichen. Er verließ Königsberg, ohne an die Spitze der sich bildenden Bewegung getreten zu sein. Am 21. Januar traf er in Gumbinnen mit Schön zusammen, am 24. gingen Schön und Lehndorff nach Königsberg, am 26. kehrte Lehndorff nach Steinort zurück. Eine Einberufung des ostpreußischen Landtages durch Landhofmeister von Auerswald, wie es Stein forderte, hätte Uneinigkeit in die patriotische Bewegung gebracht, da die Stände eine von einer nichtpreußischen Behörde einberufene Tagung nicht für gesetzmäßig erachten konnten. Als Ausweg wurden die Deputiertenwahlen nicht für eine Tagung des Ständischen Landtages, sondern für eine Versammlung der Deputierten der Stände ausgeschrieben. Zu den Deputierten der Ständeversammlung am 5. Februar 1813 in Königsberg gehörten Carl Friedrich Ludwig als Vertreter des Seehestenschen Kreises und dessen Bruder Heinrich von Lehndorff.⁹²² Am 5. Februar rief Yorck im Landschaftshaus zur Erhebung gegen die Fremdherrschaft auf:

⁹²⁰ Vgl. Beihefte zum Militär-Wochenblatt 1846. Errichtung der Landwehr und des Landsturms in Ostpreußen, Westpreußen am rechten Weichselufer und in Litauen, S. 5 f.

⁹²¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 20, n. f. (das Schreiben an Gisevius als Anlage).

⁹²² Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 329. Zur Vorgeschichte des ostpreußischen Landtages: Dönhoff, Königsberg und Ostpreußen zu Anfang 1813; Bujack, Georg, Zum Andenken an die Mitglieder des Königsberger Landtags im Februar 1813, an die Ostpreußischen Landwehr-Bataillone und das Ostpreußische National-Cavallerie-Regiment anno 1813 und 1814, Königsberg 1890, S. 1–38. Eine Abschrift des Tagebuchs mit Anmerkungen in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 51. Zum Verlauf des Landtages: Müller, Robert (Hrsg.), Urkunden zur Geschichte der ständischen Versammlungen in Königsberg im Januar und Februar 1813, betreffend die Errichtung der Landwehr. Nach den Akten der Ostpreußischen General-Landschaft und des Oberpräsidiums der Provinz Preußen, in: Altpreußische Monatsschrift 13 (1876), S. 324–342, 436–465, 600–642, 14 (1877), S. 101–161, 318–339; Bezenberger, Adalbert, Urkunden des Provinzialarchivs in Königsberg und

„Ich hoffe die Franzosen zu schlagen, wo ich sie finde, und die Provinz zu befreien. Ich rechne hierbei auf die kräftige Teilnahme aller Einwohner. Ist die Übermacht zu groß, nun, so werden wir ehrenvoll zu sterben wissen.“⁹²³ Es wurde beschlossen, dem König die Ausrüstung einer Landwehr von 20.000 Mann mit 10.000 Mann Reserve und eines National-Kavallerie-Regiments von 1.000 Mann sowie die Errichtung eines Landsturms anzubieten. Zur sofortigen Einrichtung wurde eine Kommission gebildet, da man von der Zustimmung des Königs ausging. Nur die Abgeordneten des Kreises Oletzko hatten in einer Denkschrift angetragen, die Ausführung der Beschlüsse der Regierung des Litauischen Kreises zu überlassen. Die Versammlung ging darauf nicht ein. Am 13. Februar reiste Ludwig zu Dohna nach Königsberg ab, um dem König die Beschlüsse zu übermitteln.⁹²⁴ General von Yorck übertrug Lehndorff als geistigem Gründungsvater die Organisation des Anfang 1813 gebildeten National-Kavallerieregiments. „Wie schmerzhaft ist mir von neuem der Tod des guten Schulz, wie nützlich, wie unterstützend würde auch mir sein schöner Eifer, sein guter Kopf bei meinem Unternehmen sein bei dem Vertrauen, das er sich in Litauen erworben. Ich hoffe und rechne jetzt ganz auf Sie, und wenn ich etwas von den ersten Maßregeln meiner Unternehmung erwarte, so ist es von Litauen: wenig von Ost-Preußen, nichts von West-Preußen und weniger als nichts von Königsberg“, schrieb Lehndorff Anfang Februar 1813 an Schön.⁹²⁵

Nachdem in der Königsberger (Hartungschen) Königlich Preußischen Krieges- und Friedens-Zeitung am 22. Februar 1813 Lehndorffs Aufruf zur Bildung eines National-Kavallerie-Regiments erschienen war, entfesselte der Gedanke einen wahren Begeisterungssturm. Innerhalb weniger Wochen waren die Reihen des Regiments gefüllt. Unter den Mannschaften fanden sich 31 Söhne adliger Häuser der Provinz die „Gut und Blut für König und Vaterland!“ geben wollten. Ein eigenes Pferd musste mitgebracht werden, die Bewaffnung bestand aus Lanze und Säbel. Sammelpätze waren Königsberg (unter Lehndorff), Insterburg, Angerburg, Riesenburg, später auch Braunsberg. Bis Ende März waren Aufstellung und erste Ausrüstung des Regiments abgeschlossen.⁹²⁶ Am 25. März 1813 wurde Lehndorff offiziell zum Kommandanten ernannt und vier Tage später in der Löbenichtschen Kirche vereidigt. Am 11. August marschierte das Regiment, dessen Formierung Lehndorff als „Höllendarbeit“ bezeichnet hatte, erstmals bei der Parade in Schlesien vor dem König. Die wohl recht unmilitärischen, von Königsberger Damen gestickten Schwadronstandarten, die später den Königsberger Rathaussaal schmückten, mussten dabei allerdings verschwinden. Lehndorffs Regiment nahm an der Schlacht an der Katzbach am 26. August ebenso wie an der Völkerschlacht bei Leipzig teil. Er selbst soll gesagt haben, er wisse, dass er sein Regiment gut vor und in den Feind führen werde, aber nicht, wie er es wieder herausbringen werde. In der Schlacht

des Gräflin Dohnaschen Majoratsarchivs in Schlobitten betreffend die Erhebung Ostpreußens im Jahre 1813 und die Errichtung der Landwehr, Königsberg 1894.

⁹²³ Bujack, Zum Andenken an die Mitglieder des Königsberger Landtages von 1813, S. 24.

⁹²⁴ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens; S. 433 ff. Siehe auch Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 250 ff.

⁹²⁵ Zit. nach: Rühl, Briefe und Aktenstücke, S. 297. Der Erlass des Generals von Yorck (12. Februar 1813) in: Meyerinck, Hubert von, Das Königlich Preußische Garde-Husaren-Regiment und seine Abstammung von der Garde-Normal-Husaren-Escadron des leichten Garde-Cavallerie-Regiments und dem ostpreußischen National-Cavallerie-Regiment, Potsdam 1869, S. 20. Lehndorffs Vorschläge zur Formation des Preußischen National-Cavallerie-Regiments ebd., S. 22–25. Siehe auch Czygan, Paul, Das Preußische National-Cavallerie-Regiment. Königsberg und die Provinz 1813, Königsberg 1914; Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 252 ff.

⁹²⁶ Die zum Teil stark beschädigten Dokumente zum Ostpreußischen National-Kavallerie-Regiment 1812–1817 in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 20 (Geldsammlung zur Ausrüstung, Formation des Regiments, Personal). Siehe auch Von der „Landesverräterei“ des ostpreußischen Adels im Jahre 1813. Nach den Papieren des Ministers von Schön und dem Tagebuch des Landhofmeisters von Auerswald, in: Altpreußische Monatsschrift NF 18 (1881), S. 385–397.

an der Katzbach hatte sich sein Regiment ausgezeichnet, aber auch große Verluste erlitten, wofür Lehndorff sich später zu verantworten hatte.⁹²⁷

Lehndorffs Schwager, August Friedrich Philipp von Dönhoff, der an den ersten Sitzungen der General-Kommission teilgenommen hatte, stand den Beschlüssen der Konvention von Tauroggen skeptisch gegenüber, da er sie nicht vom König legitimiert sah. „Ich glaube, ich möchte mich bei Zeiten von dieser Kommission zurückziehen, deren Haupttriebkraft der Minister Dohna und natürlich sein Bruder Ludwig ist. Das Opfer, Friedrichstein zu verlassen, um hier zu bleiben, würde ganz umsonst gebracht sein, wenn ich in einer so entscheidungsvollen Zeit, wo jeder für das öffentliche Wohl arbeiten soll, nur Statist wäre.“⁹²⁸ Lehndorffs Enthusiasmus für die Befreiungsbewegung und die totale Veränderung alles Bisherigen blieben ihm ebenso fremd, wie die folgenden Reformen. Er fürchtete, die Monarchie werde damit vollends zugrunde gerichtet. Für die Idee der deutschen Einheit, die sich in dieser Bewegung äußerte, wird später sein ältester Sohn als erster preußischer Gesandter am Bundestag in Frankfurt eintreten.⁹²⁹

Trotz des Erfolgs blieben Unannehmlichkeiten nicht aus. Schon im Februar hatte Theodor von Schön sich an der Bezeichnung „Eliten“ für das National-Kavallerie-Regiment gestoßen und eine Gleichstellung in den Rechten mit den Jägern gefordert. „Denn dass alle Offiziere nur aus den Jägern ernannt werden sollen, reizt sehr. Besorgen Sie dies ja! bald. Nur der Titel Eliten. Warum französisch? Warum nicht bloß: Wahlmann. Man sagt: Wahlstätte, Wahl, setzt Willen, Intelligenz, Freiheit voraus. Elite ist: Auserwählt, Seraphin, Cherubin, Selbstlob, Selbstruhm etc., also nicht gut.“⁹³⁰ Im Dezember schrieb Lehndorff seiner Mutter, er werde „von vieltausend Präntionen meiner Landsleute für ihre Söhne boxiert, dass ich es nicht aushalten kann.“⁹³¹ Einer davon war der Branntweinfabrikant Theodor Seidler aus Königsberg. Er hatte „erfahren, dass den Eliten bei dem Ostpreußischen National-Kavallerie-Regiment die Vorrechte der Jäger-Detachements nicht zugestanden worden sind, dass aber ein Jäger-Detachement aus demselben errichtet worden, welches die Vorrechte genießt.“ Sohn und Neffe hätten sich beim Regiment eingeschrieben in der Voraussetzung, dass die Eliten dieselben Rechte wie die Jäger erhalten. Da dieses jetzt nicht der Fall sei, bat er Sohn und Neffe „bei dem Jägerdetachment desselben Regiments oder, wenn dasselbe schon vollzählig sein sollte, zu den Jägern des Schwarzen Husaren Regiments übergehen zu lassen“. Er habe beide selbst ausgerüstet und dem Regiment manche Unterstützung geleistet, weshalb Lehndorff ihm die Bitte nicht abschlagen könne.⁹³² Dieser und vielen anderen Forderungen entzog er sich mit der Bitte an den König um ein anderes Dienstverhältnis: „Ich bin bei Formation dieses Regiments mit meinen Landsleuten in so enge Verhältnisse gekommen, meine Bekannten, Freunde und Verwandte, deren Söhne darin dienen, machen oft Ansprüche an mich, welche mit der Strenge der Dienstpflicht unvereinbar, doch abzulehnen mir schwer fallen.“⁹³³ Erst am 2. Dezember 1813 wurde Lehndorff von der Führung des Regiments entbunden. Sein Nachfolger wurde Major von Knobloch vom Brandenburgischen Husarenregiment, der das Regiment Mitte

⁹²⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 22.

⁹²⁸ Zit. nach: Heck/Thilemann, Friedrichstein, S. 43.

⁹²⁹ Vgl. Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt, S. 113.

⁹³⁰ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 180–182.

⁹³¹ Schultze, Lebensbild, S. 504 f.

⁹³² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 20, n. f. (29. Juni 1813).

⁹³³ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 428 f.

Dezember übernahm. Der König gab Lehndorff eine Vertrauensstellung bei Yorck, erst in Reims traf er wieder mit seiner Truppe zusammen.⁹³⁴

Am 27. Mai 1863 erinnerte die Provinz an die Verdienste des National-Kavallerie-Regiments. „Wir alle wissen, mit welcher rastlosen Tatkraft, mit welchem patriotischen Eifer und mit welcher kavalleristischen Sachkenntnis Ew. Hochgeboren Vater anno 13 unendlich viel zur schleunigen Organisation und Ausbildung des Ostpreußischen National-Kavallerie-Regiments getan hat, und wie er dies Regiment in blutigen Schlachten zu Sieg und Ruhm geführt hat. Auch als Begründer des Garde-Husaren-Regiments können wir demnach Ihren Herrn Vater ansehen, und da er leider nicht mehr unter den Lebenden, so bitten wir als ein Zeichen, wie hoch wir die patriotischen und militärischen Verdienste Ihres Herrn Vaters noch im Grabe ehren möchten, dass Ew. Hochgeboren uns am 27. d. mit Ihrer Gegenwart beehren möchten.“ Mit diesen Worten lud Oberst von Keffenbrinck Carl Meinhard von Lehndorff zu den an diesem Tag stattfindenden Feierlichkeiten ein. Die Einkünfte aus einer „Vorstellung von Husaren“ sollten „zum Besten der aus den Freiheitskriegen noch lebenden Hilfsbedürftigen Veteranen derjenigen Truppenteile, aus denen das Garde-Husaren-Regiment gebildet ist“, Verwendung finden, eine Leistung, die man eigentlich von dem Staat erwarten würde, in dessen Dienst diese Veteranen gekämpft hatten.⁹³⁵ Auch zur Gedenkfeier für Graf Yorck von Wartenburg am 3. Oktober 1882 in Johannesburg war Lehndorff ein gern gesehener Gast.⁹³⁶ Nach dem Tod Carl Meinhards schenkte Anna von Lehndorff Prinz Friedrich, dem späteren König Friedrich III., eine „Relation über den Anteil des National-Kavallerie-Regiments (jetzige Garde-Husaren) an der Schlacht bei der Katzbach“, die weder im Kriegsarchiv noch im Archiv des Regiments überliefert war. Aus dem Bericht, der die Tätigkeit des Regiments bis zum 1. Januar 1814 tagebuchartig beschreibt und im Steinorter Archiv in mehreren Abschriften vorhanden war, zitierte Schultze auszugsweise.⁹³⁷ Auf Veranlassung Anna von Lehndorffs schrieben auch der damalige Hauslehrer Carl Meinhards, der Geheime Regierungsrat Tyrol (Danzig, 7. September 1880) und der langjährige Oberinspektor der Herrschaft Steinort Messerschmidt (Königsberg, 23. November 1883) ihre Erinnerungen an das Jahr 1812 nieder; sie selbst schrieb an Schultze am 27. Juni 1893, ihr Schwiegervater habe mehrfach ausgesprochen, dass er vor Abschluss der Konvention Yorck erreicht und ihn dazu mitbewogen habe; sein Bericht habe Yorck den Rücken gedeckt.⁹³⁸ Archibald von Keyserlingk, der unter Lehndorff als General in den Freiheitskriegen gekämpft hatte, veröffentlichte unter dem Titel „Aus der Kriegszeit“ seine militärischen Erlebnisse.⁹³⁹

Lehndorffs exponierte Rolle in den Befreiungskriegen gehörte zu den tradierten politischen Erfahrungen der Familie. Neben Ernst und August von Saucken-Tarputschen, Theodor von Schön, Oberburggraf von Brünneck, Rudolf und Alfred von Auerswald, Gustav von Below gehörte Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff zum „patriotischen“ ostpreußischen Adel, der königstreu und dem Staat fest verbunden war, stolz auf seine kriegerischen

⁹³⁴ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 522 ff.

⁹³⁵ GStA PK, VI. HA, FA von Lehndorff. Hierzu auch: Prolog zur Feier des Fünfzigjährigen Bestehens der Garde-Husaren am 27. März 1863. Gedichtet von Johannes Beyssell, in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 25. Zur Geschichte des Garde-Husaren-Regiments: Meyerinck, Das Königlich Preussische Garde-Husaren-Regiment.

⁹³⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 81, n. f.

⁹³⁷ In: GStA PK, VI. HA, FA von Lehndorff. Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 421 ff. (Regimentsgeschichte des Ostpreussischen National-Kavallerie Regiments); zur Schlacht an der Katzbach S. 442 ff.; Lehndorffs Bericht vom 28. August 1813 S. 448 f.

⁹³⁸ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 320.

⁹³⁹ Keyserlingk, Archibald von, Aus der Kriegszeit, 2 Bde., Berlin 1847/1855. Die Verbindung zwischen beiden war „abgekühlt, weshalb Lehndorff auf Briefe seit Jahren nicht geantwortet hatte, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 346, Bl. 4–4v.

Erinnerungen aus der Zeit des Deutschen Ordens und des Königreichs Preußen, dabei empfänglich für die liberalen Ideen des Zeitalters. Als am 5. Februar 1913 im Beisein Kaiser Wilhelms II. in der neu erbauten Königsberger Kunsthalle zur Erinnerung an die Freiheitskriege eine Jahrhundertfeier veranstaltet wurde, beteiligten sich fast alle Familien, die eine Rolle bei der Befreiung Preußens gespielt hatten, mit Leihgaben in Form von Gemälden, Stichen, Möbeln, Porzellan, Schmuckstücken, Orden, Dokumenten. Auch militärische Depots, Regimenter, das Prussia-Museum, das Provinzialarchiv und der Provinzialverband, die Königsberger Universität und die Kunstakademie, das Stadtarchiv, die Universitätsbibliothek und die Kupferstichsammlung, Altertumsgesellschaften, Freimaurerlogen, das Berliner Hohenzollern-Museum hatten ihren Fundus durchgesehen. Zahlreiche preußische Gemeinden steuerten ihre Gedächtnistafeln an die Gefallenen bei.⁹⁴⁰ Die Lehdorffs aus Steinort hatten zahlreiche Gemälde zur Verfügung gestellt: „Graf Carl Christian Ludwig Friedrich Lehdorff-Reichsgraf von Lehdorff-Steinort, der Errichter des National-Kavallerieregiments als Junker“, „Derselbe neben seinem Pferde stehend, gemalt von Chodowiecki“, „Derselbe als Generalleutnant“, ein „Porträt der Königin Luise in Schloss Steinort“, dazu der von Lehdorff „auf dem Landtag getragene Pelz, ein Militärmantel, ein Generalsuniformrock, zwei Uniformröcke und ein goldenes Armband mit seinem Eisernen Kreuz II. Katzbach 1813, I. Paris 1814, innen das erste Ordensband“. Auch eine „Bronze-Plakette“ Napoleons hatte Graf Lehdorff-Steinort in die Ausstellung eingebracht. Aus Preyl waren beigesteuert worden: „Reichsgraf Heinrich Lehdorff, Gesandter“, drei gerahmte Pastellporträts: „a) Carl Meinhard von Lehdorff-Steinort. b) Reichsgraf Dönhoff-Friedrichstein. c) Reichsgräfin Dönhoff-Friedrichstein, geb. Reichsgräfin Lehdorff“ sowie die „Staats- und Gelehrte Zeitung des Hamburgischen unpartheyischen Correspondenten. Jahrgang 1812 und 1813.“ Aus der Lorckschen Familie war der „Stehspiegel aus dem Lorckschen, später Consentiuschen Haus in Memel, von der Königin Luise benutzt“, gekommen; Freiherr von Schroetter aus Wohnsdorf hatte eine Tasse „Les Russes au camp de Montmartre“, ein Gemälde, den Minister Freiherr Friedrich Leopold von Schroetter zeigend, und dessen Tabatiere, sowie ein „Bild, die Orden und das im Feld getragene Perspektiv seines ältesten Sohnes Friedrich Heinrich Leopold“ und ein Bild des 1813 gefallenen jüngsten Sohnes Edouard Ferdinand gegeben. Von zwei „weißen großen Porzellanvasen Alt-Berlin“, die Geschenke des Königs an den Minister von Schroetter gewesen waren, hatte man sich ebenso getrennt wie von der Abschrift der „Maß- und Stammrolle des National-Kavallerie-Regiments“ nach dem in Steinort befindlichen Original.⁹⁴¹

Kriegsmüdigkeit

In Königsberg erhielt man verzögert Nachrichten über den Kriegsverlauf und den Waffenstillstand, den Lehdorff für einen Fehler hielt: „Ich bin wirklich ganz unglücklich darüber, die Schwäche der Russen, die Langsamkeit und der Egoismus der Österreicher, die Arglist von Napoleon und vorzüglich die Elendigkeit der teutschen Nation sind Schuld an dem Unglück, diesmal mehr als unsere Dummheit.“ Im Fall des Friedens „komme ich gleich wieder, Kartoffeln pflanzen und – wohl nicht in Freuden – doch in Friedensruhe mein kärglich Brot in der

⁹⁴⁰ Vgl. Ausstellung zur Jahrhundertfeier der Erhebung Ostpreußens im Jahr 1813, Königsberg 1913.

⁹⁴¹ Vgl. ebd., passim. Das Porträt Carl Lehdorffs als Junker und seine Darstellung als Generalleutnant hatten es ebenso wie das Luise-Porträt auch in den Ausstellungskatalog geschafft.

Heimat essen“, schrieb er seiner Mutter am 15. Juni 1813.⁹⁴² Auch im Brief vom 8. Juli 1813 fand er zum Kriegsverlauf und zur Unterstützung durch die Alliierten kräftige Worte: „Seitdem ich im Hauptquartier war, ist mir der Mut oder die Hoffnung womöglich noch mehr gesunken, als sie es früher schon war. Zwiespalt zwischen den alliierten Heeren, Hass und Neid zwischen den Generalen – große Blindheit – Egoismus der Mächte selbst – tiefe Herabwürdigung der so gepriesenen und so genannten Teutschen lassen wenig Hoffnung für den Ausgang der Sache. Ich sage mir oft – dies soll die Täuschung deines Lebens sein.“⁹⁴³ Zur Völkerschlacht bei Leipzig machte er nur wenige Worte: „Wir hatten bei Leipzig 3 fürchterliche Tage geschlagen und keine Beschreibung drückt das aus, was meine Augen gesehen. Deshalb einst mündlich darüber, wenn Gott mir das Leben erhält. Das Resultat dieser Tage werden Sie aus den Zeitungen wissen.“ Auch danach, am 28. Oktober, lobte er den Kampfsgeist der eigenen Truppen und übte Kritik an den Verbündeten: „Gewiss ist seit Alexander dem Großen her noch kein Krieg mit dieser Energie, mit diesen Opfern geführt worden, als der jetzige. Aber auch nie war ein größeres Mobil vorhanden. Freund und Feind schlägt sich vortrefflich, unsere Armee besteht wahrlich aus Helden. Mit solcher Resignation, solchem Edelmut, solcher kalten Verachtung des Lebens wie dieser gemeine Mann ficht, hat noch nie eine Nation gekämpft. Für uns Offiziere ist dieses unerreichbar. Ehre, Pflicht, Belohnungen sind uns Schadloshaltungen genug für Leben. Was hat der gemeine Mann? Kämen uns unsere Alliierten nur entfernt bei, so existierte von Napoleon und seiner Armee wahrlich kein Überbleibsel mehr. Das sind aber zum Teil betübte Helden.“⁹⁴⁴

Amalie von Lehndorff hatte sich, um Kosten zu sparen, von Königsberg nach Steinort begeben. Auf Weisung ihres Sohnes hatte sie „das bisschen Pretiosen, was wir und was Sie noch haben, als die Schatulle vom seligen Vater, die Medaillen, Ihr Silber, ein paar Kästchen, die bei der Invasion der Franzosen vor 6 Jahren nach Königsberg geschickt wurden“, mit nach Steinort genommen.⁹⁴⁵ Sollte Breslau in die Hände der Franzosen fallen, sollte Berent „das beste Zeug, Wäsche, Betten, meine Papiere etc. in Sicherheit“ bringen. „Denken Sie beizeiten darüber nach, wo etwas zu vergraben, verscharren, vermauern etc. ist.“ Wegen der Rettung des Steinortschen Gestüts sollte er sich mit Farenheid in Verbindung setzen. „Ich vermute, dass Napoleons ganze Absicht dahin geht, ein starkes Armeekorps nach Polen hinein zu werfen und es zu insurgieren, das würde auf uns den größten Nachteil haben. Handeln Sie nach Umständen, vielleicht wird auch alles besser, als wir denken!“⁹⁴⁶ Neben diesen Vorbereitungen lief das Gutsleben weiter, wie die zahlreichen Fragen nach der Wirtschaft auf den Vorwerken, welche Stuten bei Farenheid gewesen seien, wie der Kleeanbau funktioniere und vor allem, wie es mit dem Bau am Haus und dem Stall vorangehe, zeigen.

Ende Oktober 1813 musste Amalie von Lehndorff sich auf Anforderung des Oberlandesgerichts mit der Aufstellung eines neuen Inventars, „d.h. einer Spezifikation meiner Mobilien, Betten, Hausgeräte, Silber, Küchengerätschaft etc.“ herumschlagen, da das nach dem Tod ihres Ehemanns erstellte zu oberflächlich gewesen war und anscheinend nicht genug Stempelgelder eingebracht hatte.⁹⁴⁷ Ihr Sohn war inzwischen des Kriegsgeschäfts müde und hoffte, es bald los zu sein. „So poetisch dieser Krieg in den Beschreibungen klingen mag, so prosaisch ist er,

⁹⁴² Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 393 f., 395.

⁹⁴³ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 431 f.

⁹⁴⁴ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 497–499. Zwischen August 1813 und 25. Oktober 1813 fehlen jegliche Nachrichten. Am 25. Oktober 1813 beantwortete Lehndorff auf 20 Quartseiten verschiedene Briefe Berents, ebd., S. 493 ff.

⁹⁴⁵ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 433.

⁹⁴⁶ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 431 f.

⁹⁴⁷ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 434 f.

ich versichere es Dir, in seiner Wirklichkeit; und nur der mächtige Gedanke erfüllter Pflicht kann einige Schadloshaltung, einige Belohnung für die mancherlei Mühe und Not gewähren, die er mit sich führt; ich werde ohne Reue sein Ende, was freilich noch gar nicht abzusehen ist, herankommen sehen und froh es benutzen – wenn ich es erlebe – um das nur aus dem strengsten Pflichtgefühl gezogene Schwert auf immer wieder in seine Scheide zu stecken“, schrieb er am 2. Dezember 1813.⁹⁴⁸ Auch im Januar 1814 trug sich Lehndorff mit Abschiedsgedanken. Schon „zwischen Weimar und Erfurt“ war er häufig in Gedanken bei der künftigen Bewirtschaftung Steinorts gewesen: „Mit den Bauern werden wir uns in der Folge ganz zufrieden geben müssen. Glauben Sie mir, lieber Berent, das Verhältnis geht auf die Länge nicht mehr. Der Sinn der Zeit ist dem ganz zuwider, und die Landwehren, Landsturm etc. machen der Sache ganz den Garaus. Man muss von jetzt ab schon danach trachten, die Vorwerker auf eigenen Betrieb zu reduzieren und allmählich alle [zins- und hofpflichtigen] Bauern eingehen zu lassen.“⁹⁴⁹ Berents Briefe hatten ihm die Notwendigkeit seiner Anwesenheit in Preußen zur Ordnung der Angelegenheiten der Güter und zur Begründung seiner Familienverhältnisse deutlich gemacht, doch vor dem Friedensschluss war ein Abschied, selbst ein Urlaub unmöglich. Stattdessen wurde er zum Oberstleutnant befördert und erhielt das Eiserne Kreuz Erster und Zweiter Klasse, russische und andere Orden und Ehrenzeichen. Berent blieb weiter auf sich gestellt und brauchte zudem einen neuen Kassenführer. Die Erträge aus dem Kornhandel fehlten, die Witterung ließ eine Missernte erwarten, die gepachteten Rechte der Jagd bei Fürstenau waren Lehndorff durch seine Abwesenheit entgangen. Die Wind- und Hühnerhundezucht kränkelte. „Auch unser Tuchhandel will also nicht glücken. Es ist ein undankbares Land, unser gutes Vaterland. Keine Spekulation reüssiert, welche an anderen Orten mit weniger Muße glückt.“⁹⁵⁰ Nur mit der Schafzucht ging es erfolgreich voran, die Preise stiegen durch den Bedarf der Armee, und selbst der in der Schafzucht erfahrene Friedrich Schmalz, das „Urgestein“ der Gutswirtschaft in Ostpreußen, fand Lob für die Steinorter Schäferei bei einem Besuch 1815.⁹⁵¹ Zwei Jahre später erhielt Lehndorff durch Vermittlung Thaers aus den Königlichen Schäfereien in Sachsen weitere Tiere zur Zucht, darüber hinaus investierte er Geld aus dem Verkauf des Berliner Hauses in seinen „Lieblingszweig der Wirtschaft“.⁹⁵²

Pferde waren in Ostpreußen aus dem täglichen Leben nicht wegzudenken. Sie zogen Wagen, Kutschen und Pflüge, im Winter Pferdeschlitten. Warmblutpferde waren für Reisen und Transport unersetzlich. Für die Einrichtung von Landgestüten hatte Lehndorff Pferde in der Normandie erworben. Für die Zucht erhielt Steinort Hengste aus Trakehnen. Der Verkauf ausgebildeter Jungpferde an die Kavallerie auf den „Remontemärkten“ war eine wichtige Einnahmequelle für die private Zucht. Hier war für die nächsten Jahre nicht nur wirtschaftlicher Ertrag, sondern auch Renommee zu erwarten: für die bevorstehenden Herbstübungen in Königsberg ließ sich u. a. August Prinz von Preußen 1820 ein Lehndorffsches Reitpferd, welches er „mit vollkommener Sicherheit beim Militär“ reiten konnte.⁹⁵³ Auch für spätere Truppen-Besichtigungen, beispielsweise in Potsdam und in Königsberg 1835, hatten die Lehndorffs Pferde gestellt. In Potsdam habe sich die Konkurrenz auf „wenige reiche Magnaten“ wie Graf von Biel und Graf Hahn aus Mecklenburg, Graf Renard und Graf Henckel aus Schlesien, Wilamowitz-Möllendorf und von Hertefeld aus der Prignitz, den Bankier Mason aus Berlin und den Pferdehändler

⁹⁴⁸ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 504 f.

⁹⁴⁹ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 500.

⁹⁵⁰ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 554–560, Zitat S. 556.

⁹⁵¹ Darüber berichtete Farenheid Lehndorff am 5. Juni 1815, vgl. Schultze, Lebensbild, S. 583 f.

⁹⁵² Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 618–620.

⁹⁵³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 38.

Lichtwald beschränkt, schrieb Louis von Dönhoff seinem Onkel in Steinort. „Niemand anderes ist im Stande, für Vollblutpferde 2 bis 3.000 Rtlr. zu bezahlen oder gar dergleichen durch eigene Gestüte zu erzielen, eine Liebhaberei, die z. B. den Herrn v. Hertefeld nach seinem eigenen Geständnis jetzt schon an 20.000 Rtlr. kostet. Pferde geringerer Qualität oder nicht ganz reiner Abkunft können aber auf der hiesigen Bahn mit einiger Chance gar nicht mehr auftreten.“⁹⁵⁴

Durch die Pferdezucht war die Verbindung zu Johann Friedrich Wilhelm von Farenheid in Angerapp besonders eng. Farenheid kümmerte sich nicht nur um die Zucht in Steinort, er bestätigte Lehndorff auch in dessen Absicht, seinen Abschied zu nehmen: „Was soll der Mann mit einem Auge in dem Wirrwarr und Getümmel, wo man der Augen nicht genug haben kann. Aber der Rat eines Einäugigen ist doch was wert? Wohl, doch wer will guten Rat, wo der Ratgeber so viele sind – und keiner ist, der ihn befolgt. Oder ist man so vernünftig und stellt Euch um Eurer Gesundheit willen bei einem Reserve-Corps an? Dazu ist der Mann viel zu gut, der über die Entwicklung und Wohlfahrt von 1.000 Seelen von dem seltenen Steinort herab wacht und richtet, der mit seiner Hand eine Quadratmeile vaterländischen Bodens bespannt, um aus diesem Ton entweder ein Musterbild für seine Zeit- und Raumenossen zu kneten, oder ihn als Wahrzeichen für vermoderten Feudalismus in seiner Verödung zu lassen. Der Beruf als Preuße ist bei Möckern und an der Katzbach gelöst, der Beruf als Mensch in der Gesellschaft steht nun in Steinort zu lösen, und ist noch nicht gelöst. Der Beruf als bloßer Mensch ist in der Einsamkeit zu leben und für die Gesellschaft zu wirken. Seht, mein liebster Lehndorff, nur der Abschied führt Euch Eurem Zweck entgegen. Wer auch warmen Anteil an Eurem Schicksal nimmt, ist Schön. Dieser soll zu seinem Herzeland aus Gumbinnen. Das geht uns Litauern sehr nahe, mir und ihm insbesondere. Als Oberster Präsident kann er wenig wirken.“⁹⁵⁵

Am 31. März 1814 war Lehndorff im Gefolge Yorcks dabei, als die Verbündeten unter Führung des russischen Kaisers Alexander I. und des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. in Paris einzogen. Mitte April hielt er sich mit Blücher in London auf, kehrte dann nach Frankreich zurück um die „Reise des Königs und des Kaisers nach diesem wahren Europäischen Eldorado“ vorzubereiten. Im Gefolge Yorcks wohnte er auch vom 8. bis 26. Juni 1814 in London den Festlichkeiten bei, mit denen der Prinzregent Georg von England seine kaiserlichen und königlichen Gäste und deren Heerführer ehrte. Anschließend kehrte er ins Hauptquartier nach Aachen zurück, kurierte ein Augenleiden und reiste mit General von Hünerbein, den er aus seiner Dienstzeit in Potsdam kannte, nach Holland. Im November 1814 hielt er sich im Auftrag des Generals der Rheinarmee von Kleist in Wien auf, „wo gerade jetzt durch die Operationen des Kongresses sich beinahe das Interesse von ganz Europa vereinigt“. Seine großen Erwartungen wurden nicht befriedigt. „Die Tollheiten und Menschensetzungen, die hier vorgehen, übersteigen wirklich alle Beschreibung, und ich fürchte sehr, dass am Ende es der Berg sein wird, der mit der Maus niederkommt, oder vielleicht noch schlimmer mit einer Missgeburt, die wieder der Keim manchen Unheils und Blutvergießens werden wird“, schrieb er am 20. November 1814 seiner Mutter, in Gedanken bereits „am traulichen Kamin zu Steinort im wohlverwahrten Tapetenzimmer, unterdessen der Sturm und Schnee mit den alten Eichenästen im Garten sein brausend Wesen treibt.“⁹⁵⁶ Er beklagte die Abwesenheit des Königs, den man erst am 1. Juni erwartete. Niemand wisse, ob Krieg oder Frieden werde und auch sein eigenes Schicksal war ungewiss. Am 8. Juni gehörte er interimistisch zum 1. Armee-Corps zu besonderem Auftrag. Die Tage nach der

⁹⁵⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 378, n. f. (21. Juni 1835). Siehe auch GStA PK, I. HA, Rep. 87 A, Nr. 365, 370 (Erwerb von Pferden aus der Normandie), zur Pferdezucht in Steinort: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 264 bis 271.

⁹⁵⁵ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 583 f.

⁹⁵⁶ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 572–575.

Ankunft des Königs vergingen mit Paraden, Couren, Revuen, Dinern, Ausmärschen. Die Großfürsten seien „nette Jungs“ und auf „Brautschau“, die Politik ungewiss und schwankend, viele würden am Ausbruch des Krieges zweifeln, doch wisse er nicht, „wie es anders auseinandergehen sollte“, schrieb er nach Steinort.⁹⁵⁷

Lehndorff hatte sich eine neue militärische Aufgabe in Preußen erhofft, aber eine Kavalleriebrigade bei der Besatzungsarmee in Frankreich erhalten. In finanzieller Hinsicht war das vorteilhaft, da die Armee in Frankreich über größere Etats verfügte, zumal Lehndorffs finanzielle Verhältnisse die Motivation seines Dienstes waren; anderenfalls hätte er bereits seit langem „das Schwert mit dem Spaten“ vertauscht. Obwohl General Zieten ihn, wo es ihm möglich war, favorisierte, Lehndorff hatte die Einschließung von Laon geführt, die Kapitulation abgeschlossen, die französischen Truppen geleitet, ein bedeutendes Remonte-Geschäft für die Armee in der Normandie besorgt etc., stellte er sich immer häufiger die Frage, was nach dem Friedensschluss aus ihm werden würde. „Der Soldat in Friedenszeiten ist entweder ein sehr geplagtes oder sehr unnützes Geschöpf. Beides ist mir nicht wünschenswert. Gern hätte ich eine angemessene Stellung in Königsberg, weil das mein dienstliches Verhältnis mit meinem häuslichen vereinbar machen würde – welche aber? Und wie sollte sich das gerade so fügen? Die Landwehren sind in rein militärischer Hinsicht höchst fatal, zum Regimentskommandeur bin ich beinahe zu hoch rauf in der Armee. Doch wäre mir das noch das liebste, wenn es nur ein recht gutes, altes und bewährtes Regiment wäre. Denn im Organisieren und Formen habe ich ein Haar gefunden“, schrieb er seiner Mutter am 12. Oktober 1815.⁹⁵⁸

Während sein Bruder Heinrich und sein Schwager August von Dönhoff Ende 1815 bei der Durchreise der russischen Großfürsten und Großfürstinnen zur Verlobung des Großfürsten Nikolaus mit der Prinzessin Charlotte durch Preußen als Begleitung und Repräsentanten der Provinz ausgewählt worden waren, erhielt Lehndorff das Angebot, zusammen mit Kommissaren aller koalitierten Mächte Napoleon auf der Insel St. Helena für zwei Jahre zu bewachen, erwog es „der Sonderbarkeit der Geschichte halber und um diesen doch immer noch außerordentlichen Vogel genauer kennenzulernen“ ernsthaft, schlug es aber ab, da es ihm verlorene Jahre schienen.⁹⁵⁹

Auch wenn ihm der Verkauf des Berliner Hauses finanziellen Spielraum für einen Besuch der Schweiz und in Frankreich sowie zu einem Kuraufenthalt in Pyrmont gebracht hatte,⁹⁶⁰ war das finanzielle Problem der Güter nicht gelöst. „Wie ist es denn mit dem gewissen Präsent des Königs an die preußischen Gutsbesitzer von den verschiedenen Millionen geworden, worüber vorigen Winter so viel Redens war? Sind sie ausgezahlt worden, haben sie etwas geholfen?“, fragte er in Steinort an, denn auch Lehndorff und sein Bruder Heinrich hatten Finanzhilfen aus dem Hilfsprogramm der preußischen Regierung für die durch den Krieg von 1806/07 besonders in Mitleidenschaft gezogenen Güter beantragt.⁹⁶¹ Der von der Staatsregierung gewährte Retablissementsfonds von 3 Mio. Tlr. war zu 55 % für Ostpreußen, zu 45 % für Westpreußen bestimmt und sollte vor allem dort einspringen, wo „Betriebskräfte und Nutzungsobjekte dem Gemeinwohl entzogen worden waren“, und vor allem größeren Betrieben helfen, schnell wieder leistungsfähig zu werden.⁹⁶² Er würde den Finanzminister nicht behelligen,

⁹⁵⁷ Vgl. Schultze, Lebensbild., S. 580 f.

⁹⁵⁸ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 598–600.

⁹⁵⁹ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 599.

⁹⁶⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 677 und 678: Reisen Carl Friedrich Ludwig Graf von Lehndorffs in die Schweiz und nach Frankreich 1816/17.

⁹⁶¹ Der Briefentwurf Lehndorffs an König Friedrich Wilhelm III. betr. Durchführung einer Geldsammlung für durch den Krieg in Not gerautene Güter (1807), in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 777. Siehe auch ebd., Nr. 776: Beantragung einer Finanzhilfe (1815/16). Die „Retablissements-Tabelle“ zum Ausgleich für die Schäden des Krieges 1806/07 für die Steinortschen Güter ebd., Nr. 282.

⁹⁶² Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 259–261.

schrieb er am 23. Mai 1812, wenn er nicht seine Angelegenheiten zu regulieren und Zahlungen zu leisten hätte und sein „Standpunkt als Gutsbesitzer nach so vielen unglücksreichen Jahren, welche auch diese Klasse der Staatsbürger vorzüglich in Preußen am nachteiligsten influirt haben“, ihn nicht zwingen würde, jede Hilfe zu benutzen.⁹⁶³ Zur Zahlung für die 264 Scheffel Weizen zur Verpflegung französischer Truppen 1812 wurde die Staatsschuldentilgungskasse vom Finanzministerium am 29. Mai 1815 angewiesen, 180 Rtlr. auszuführen; die Realisierung des Staatsschuldscheins über 1.000 Rtlr. wurde nur mit 700 Rtlr. erfüllt, da alle Fonds durch Militärzahlungen ausgeschöpft waren.⁹⁶⁴ Der Staat bot eine beschleunigte Auszahlung der Retablissementsgelder an, wenn die Gutsbesitzer statt Bargeld Staatsschuldscheine nach dem Nennwert annehmen würden. Am 28. Oktober 1817 bat Lehndorff um die Restzahlung für die Weizenlieferung, am 8. November 1817 wurden ihm 50 Rtlr. in Staatsschuldscheinen zum Nennwert von 14 M 81 Pf. 18 Gr. angeboten. Am 10. Dezember 1817 akzeptierte er das Angebot.⁹⁶⁵ Insgesamt erhielten 586 adlige Güter 1.049.903 Tlr., 1.546 Kölmer 2456.632 Tlr. und 1105 Städter 129.476 Tlr.⁹⁶⁶ Im Herbst 1818 trafen von Berent weitere schlechte Nachrichten ein. Nach der Jahresrechnung 1816/17 standen Ausgaben in Höhe von 772 Rtlr. 5 Sgr. 14 ¼ D. Einnahmen in Höhe von 554 Rtlr. 39 Gr. gegenüber, zu denen auch ein „aufgenommenes Kapital durch H. Inspektor Berent“ gehörte. Die Ausgaben, die nicht zur Wirtschaft gehörten, beliefen sich auf 3.398 Rtlr. 83 Gr. 5 D., darunter Schuldzinsen in Höhe von 1.301 Rtlr.⁹⁶⁷ 1818/19 musste Steinort mit einer Hypothek belastet werden.⁹⁶⁸

Während Steinort unter den Kriegsfolgen litt, feierte man in Berlin 1817 Karneval. Lehndorff schreibt: „Die auswärtigen Gesandten machen vortreffliche Häuser. Bei den Staatsräten und Ministern zehrt man von seinem eigenen Fett. Es haben sich einige sehr angenehme Häuser organisiert, wo man alle Abende hingehen kann, und unter denen das der Gräfin Pappenheim das Beste ist. Der Luxus steigt zu einem wahren Schwindel, und es ist kein Wunder, dass wir so ungeheuer bezahlen müssen, um all diese Hauswesen zu unterhalten. Des Königs Haus ist das bescheidenste, die der Juden die impertinent opulentesten.“⁹⁶⁹ Auch die Dönhoffs waren bereits in Berlin, „die Schwerinen und Cäcilie sind noch nicht hier, den anderen sieht man äußerlich von all dem unsäglichen, erlittenen Unglück nicht viel mehr an. Das ist die Frucht der Resignation und der Vernunft, die sich nie zum Schauspiel gibt.“ Daneben begab er sich auf Brautschau, musste aber feststellen: „Bei Hof ist nichts, was des Ansehens wert wäre.“ Aber auch von Politik, Administration und allem wichtigen würde wenig gesprochen, schrieb er nach Steinort.⁹⁷⁰ In Sedan erlebte er am 2. September 1817 die große Parade vor König Friedrich Wilhelm III. und die anschließenden Manöver. Der Besuch des Monarchen sollte der Lohn aller Mühen sein, Lehndorff war jedoch überzeugt, dass „diese ganze Revue nur der Deckmantel zu einer Reise Serenissimi nach Paris, dessen Reizungen der Allerdurchlauchtigste sehr wohl zu würdigen weiß“, war. Sie brachte ihm jedoch einen Zuschuss von ca. 600 Rtlr. jährlich, „gewiss von allen Vergünstigungen mir die liebste, da das Gehalt doch eigentlich im Frieden und meinen Verhältnissen zuliebe der einzige Bewegungsgrund ist, warum ich diene.“ Die Reise des Königs nach Paris werde viel gescholten, er gehöre nicht zu den Schimpfenden: „Warum soll er sich

⁹⁶³ GStA PK, I. HA, Rep. 151 I, A Nr. 6395, n. f.

⁹⁶⁴ GStA PK, I. HA, Rep. 151 I, A Nr. 6395, n. f.

⁹⁶⁵ GStA PK, I. HA, Rep. 151 I, A Nr. 6395, n. f.

⁹⁶⁶ Vgl. Hein, Landschaft, S. 91.

⁹⁶⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 866 (Anlage zum Brief Berents vom 19. April 1818).

⁹⁶⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 283.

⁹⁶⁹ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 612 f.

⁹⁷⁰ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 614 f.

selbst bestrafen, König zu sein? Ich wünsche ihm Gegenteils Glück dazu, für solche unschuldigen Freuden noch so viel Vorliebe zu haben. Man lebt nur einmal auf dieser doch immer recht angenehmen Welt. Wenn Er nur sonst gut regiert und sein Volk möglichst glücklich macht, so kann man ihm ja wohl diese kleine Zerstreung erlauben.“⁹⁷¹

Während der Revue hatte Lehndorff das Kommandeur-Kreuz der französischen Ehrenlegion erhalten, eine Auszeichnung, mit der er haderte: „Vor Zeiten war es eine vornehme Dekoration und Napoleon gab diese Klasse gewöhnlich nur Generallieutenants – seitdem Er aber vor die Hunde gegangen, ist auch der Orden im Werte gesunken. Ich bin überhaupt kein großer Ordensjäger, bin aber besonders über diesen in Sünden und Missetat erzeugten und geborenen gar nicht flattiert. Wie doch die Sachen wunderbar gehen in der Welt. Wer hätte noch 1812 gedacht, dass ein preußischer Obrist für gute Mannszucht bei einer Okkupationsarmee in Frankreich Legions-Ritter werden würde!“⁹⁷² Der französische Auszeichnung folgte am 25. Juni 1819 der russische St. Georgen-Orden 4. Klasse.⁹⁷³

Ein Orkan verhindert den Abschied vom Militär

Am 17. Januar 1818 hatte ein Orkan in Ostpreußen große Schäden verursacht. Auch Steinort war betroffen, Viehställe waren eingestürzt und wertvolle Tiere ums Leben gekommen. Lehndorff befand sich noch in Commercy. Das Ereignis zerstörte „Pläne und Wünsche und die lange genährten Hoffnungen und die Früchte der auf den Gütern angewandten Mühe und so bedeutender Kosten, deren Früchte ich doch nun bald zu ernten hoffte“. Er sorgte sich auch um den Zustand des Königsberger Hauses und die Häuser in den Landkeimschen Gütern des Bruders, deren Zustand „nicht besser ist, als der der Steinortschen. Es ist mir nun lieb, dass ich den blauen Rock noch nicht ausgezogen habe“, schrieb er am 24. März 1818 in Anbetracht der „nach den Regierungsanschlügen und der Abschätzung von Regierungsbeamten, königlichen Förstern und Landbaumeistern“ berechneten Schäden von 44.620 Rtlr.⁹⁷⁴ Die größten Schäden hatten Stawken und Pristanien zu verzeichnen, die Mühle von Steinort war beschädigt. „Der Himmel wolle mich stärken, dass ich all die namenlosen Widerwärtigkeiten meiner ländlich ökonomischen Verhältnisse mit Mut und Einsicht beseitigen möge. Bisher kann ich beteuern, dass ich von meinem mir sonst so teuren väterlichen Erbe weder einen frohen Augenblick noch einen wirklichen Genuss gehabt habe, und ohne meinen auch eben nicht mit großen Freuden umgebenen Posten würde ich tiefer stehen, als irgend einer meinen banquerotten Landsleute, die mit Hintansetzung ihrer Verpflichtungen leben wie die Lilien auf dem Felde et du jour au lendemain“, beschrieb er seine Situation im Mai 1819.⁹⁷⁵

Auf dem Aachener Kongress war beschlossen worden, die Besatzungstruppen aus Frankreich abzuziehen. Nach den Revuen im Herbst 1818 zogen sich die preußischen Truppen aus Frankreich zurück. Lehndorff, der nach den Folgen des Orkans auf seine Bezüge angewiesen war, konnte das Militär wieder nicht verlassen. Seine Hoffnung, nach Litauen versetzt zu werden, zerschlug sich. Nach Auflösung der Besatzung wurde er 1819 als

⁹⁷¹ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 615–618.

⁹⁷² Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 623.

⁹⁷³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 13.

⁹⁷⁴ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 625 f. Zu den Schäden: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 874; Nr. 858 (Rechnung über die vom 1. Januar bis Dezember 1818 verausgabten Gelder für die Neubauten und Reparaturen).

⁹⁷⁵ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 630.

Kommandeur der 15. Kavallerie-Brigade nach Köln versetzt, die er bis 1823 führte. Hier traf er auf miserable Verhältnisse. Schlechte Ställe und Erkrankungen der Pferde brachten ihm einen erheblichen Verlust. Erst Anfang Juni 1819 kam er mit halbem Gehalt zu einem Urlaub nach und reiste um den 25. Oktober über Schlesien und Posen nach Steinort. Er besuchte die Mutter, die sich in Friedrichstein aufhielt, traf sich in Dönhoffstädt mit Graf Hermann von Schwerin, dem Ehemann von Rosalie Gräfin Dönhoff, und besuchte den Bruder Heinrich in Warglitten. Im November 1819 testierte er in Steinort vor dem „Gerichtshalter Horn“, dass er seiner Mutter aufgrund der von ihr für ihn geleisteten Zahlungen sämtliche Mobilien seines Hauses vermache, worüber sie nach Belieben disponieren könne.⁹⁷⁶ Erst Anfang Januar 1820 kehrte er nach Köln zurück und wurde am 3. April 1820 durch Friedrich Wilhelm III. zum Generalmajor ernannt.⁹⁷⁷ Ob sich Lehndorff, der seine Mutter sogar um die Bezahlung von Stühlen bitten musste, die diese selbst nicht leisten konnte, sich in dieser Situation als „Elitenresource“ des ostpreußischen Adels sah, auf die der preußische Staat auch nach 1814/15 nicht verzichten konnte, ist eine leicht zu beantwortende Frage.⁹⁷⁸

Ärger mit der Regulierung

Das Regulierungsedikt hatte das Ziel, die Bauern von ihren Frondiensten und vielfältigen Abgaben zu befreien und ihnen dafür Grundbesitz zu verschaffen. Dazu wurde den Bauern das Eigentum an den Höfen, welche sie bewirtschafteten, übertragen. Von ihren bisherigen Abgaben und Frondiensten an den Grundbesitzer konnten sie sich freikaufen. Viele Bauern konnten jedoch diese Entschädigungssumme nicht aufbringen und mussten den Rittergutsbesitzern bis zur Hälfte ihres Landes als Entschädigung überlassen. Somit profitierten außer dem bäuerlichen Mittelstand eigentlich nur die adligen Gutsbesitzer von der Reform, die auf diese Weise ihren Landbesitz mehren konnten. Viele Kleinbauern hingegen verschuldeten sich, weil ihre stark dezimierten Ländereien nicht genug Ertrag brachten, und verloren ihr mühsam erkaufte Land wieder. Auf den Lehndorffschen Gütern kamen zu dem Wert des sich auf dem Hof befindlichen Inventars ggf. alte Schulden bis Ostern 1818 und die halbjährliche Rente per Ostern/Michaelis 1821 hinzu. So belief sich die Summe für Johann Guss aus Taberlack auf 138 Rtlr. 50 Gr. 6 D (mit Schulden), Bauer Gwisda hatte dagegen nur 31 Rtlr. 72 Gr. für Inventar und Rente zu zahlen.⁹⁷⁹

Die durch den Krieg unterbrochene Regulierung wurde in Steinort ab 1817 durch Ökonomie-Kommissar Bitt fortgesetzt. Durch seine Schuld kamen 2/3 der Bauern um das ihnen durch das Edikt vom 14. September 1811 zugesicherte Eigentum, indem die Gutsherrschaft von neunzig kulmischen Bauernhufen sechzig ohne alle Regulierung an sich ziehen konnte. Mit 11 Bauern kam es zu Verhandlungen vor dem Patrimonialgericht.⁹⁸⁰ Nur zwei konnten durch Vergleich beendet werden, acht gingen 1819 in die erste Instanz, fünf wurden abgewiesen und gingen 1819/20 in die zweite Instanz, von den hier abgewiesenen fünf gingen drei „in Revision“ und wurden möglicherweise erst in dritter Instanz entschieden. Landesökonomierat Krüger, der sich in Steinort um Klärung

⁹⁷⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 283 (17. November 1819).

⁹⁷⁷ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 630–632. Zu den Verhältnissen in Köln der Brief an Berent vom 20. Mai 1819 ebd., S. 632; die Kabinettsordre S. 637.

⁹⁷⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 386, Bl. 23. Zitat: Frie, Adel um 1800, <19>.

⁹⁷⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 856.

⁹⁸⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 608.

der Regulierungsstreitigkeiten bemühen sollte, hatte sich nicht gekümmert, da sich an anderen ‚Brennpunkten‘ Gutsherren und Bauern „im Stande der Insurrektion befanden und von beiden Seiten Immediatbeschwerden einreichen wollten“, was seine Gegenwart dringender erforderte. Letztendlich wurde der Auftrag auf den Ökonomie-Kommissar Podlasky übertragen. „Dieser Mann, der mit peinlicher Geschäftskennntnis landwirtschaftliche Unkunde und viel kleinlichen Stolz verbindet, erbitterte die Gemüter so sehr, dass Bauern zur Untersuchung wegen persönlicher Beleidigung gezogen wurden, er dem gutsherrlichen Bevollmächtigten, Rendanten Werner in Angerburg, den Zutritt versagte und den General Grafen Lehndorff in Köln in unpassender Form zum Termin selbst vorlud.“⁹⁸¹ Daraufhin hatte sich Werner über die Tätigkeit der General-Kommission zur Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in den Steinortschen Gütern am 20. Dezember 1820 beim Innenministerium beschwert.⁹⁸² Was war vorgefallen?

Podlasky hatte zur Leitung der Bonitierung „einen gewissen Morre“ beschäftigt, der „aus Mangel an Kenntnissen in der Ökonomie und im Geschäft Erträge angenommen hatte, welche die Wirklichkeit überstiegen. Der mitadhibierte Gutsbesitzer Kondukteur Stachert hatte die verschiedenen Klassen des Ackers und die Erträge der Wiesen nach den Bestimmungen des Morgens auf den Karten eingetragen und beide die Tage hindurch an den Bonitierungsregistern nach diesen Verzeichnungen gearbeitet.“ Als Stachert wegen anderer Geschäfte abreiste, ging Morre mit den Karten nach Königsberg und fertigte mit dem Kondukteur Lange von sämtlichen Ortschaften die Vermessungsregister. Lange, selbst Gutsbesitzer und Landwirt, hatte auf das „Unnatürliche der Erträge“ verwiesen, worauf Morre die mit Tusche eingezeichneten Erträge auf den Wiesen wegradierte und geringere einschrieb. „Ebenso ist mit den aufgenommenen Bonitierungs-Protokollen und den darin angegebenen Ackerklassenerträgen verfahren. In sämtlichen Ortschaften bis auf eine, woraus die Werte transloziert werden sollten, sind die Ertragszahlen revidiert und andere eingeschrieben“, berichtete Krüger am 28. Dezember 1820 an das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Als Podlasky im Sommer des nächsten Jahres die Regulierung nach dem Morreschen Register fortsetzen wollte, protestierte Werner gegen die abgeänderten Karten. Da Podlasky schon im Februar 1820 Werner als Bevollmächtigten nicht akzeptiert hatte, eskalierte die Situation. Podlasky als früherer Feldmesser begann die Karten zu revidieren, behauptete dann deren Unbrauchbarkeit und forderte eine Neuvermessung sämtlicher Ortschaften. Krüger hatte nun alles zu untersuchen und hoffte, bei seiner Anwesenheit den Vorgang beenden zu können. Als der Präsident von Sydow als General-Kommissar wünschte, dass Podlasky zur Erhaltung seines Ansehens den Streit zu Ende bringen sollte, war für Krüger das Maß voll. Ein Übereinkommen sei unmöglich und eine neue Vermessung nicht zu vermeiden, wodurch sich die Auseinandersetzung noch Jahre lang ziehen und die Bauern mit Vermessungs- und Regulierungskosten belastet würden. Trotzdem wurde Podlasky formal beauftragt, jedoch sollte Krüger die Bearbeitung so lange fortführen, bis die Rezesse bestätigt seien. Diese Mitteilung erhielt auch Werner, was dessen Beschwerde veranlasste. Krüger schrieb: „Durch die gedachte Verfügung der General-Kommission ist der Prozess wegen Verfälschung der Akten, dessen sich der Werner auf meine Vorstellungen begeben hatte, von neuem erweckt und dadurch die Königl. General-Kommission selbst in Verlegenheit gesetzt, wodurch ihr Ruf in der Provinz nur verlieren kann, wenn

⁹⁸¹ GStA PK, I. HA, Rep. 87 B, Nr. 17639, Bl. 5–9v. Am 12. Juni 1820 war Podlasky nach Steinort gekommen. In den folgenden Tagen sollten in den Dörfern Pristanien, Stawisken, Taberlack, Stobben, Serwillen und Labab die Regulierungen beendet werden. Zu den Generalkommissionen: Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 262 f.

⁹⁸² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 857 (ganze Akte).

solche Sachen öffentlich zur Sprache kommen, die Beweise in den Akten selbst vorhanden sind und die Offizianten auf die einseitigen Anzeigen in Schutz genommen werden.“⁹⁸³

Langfristige Folgen

Die Regulierungsmaßnahmen hatten in Steinort erheblichen Konfliktstoff und Streitigkeiten hervorgerufen. Der Sprung von der Natural- in die Geldwirtschaft musste bei der bestehenden Kapital- und Kreditnot für beide Seiten, Grundherr und Bauern, zu Problemen führen. Schön hatte sich aus der Regulierung leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe erhofft, die entsprechend den klimatischen und bodenmäßigen Bedingungen von mittlerem und größerem Umfang sein mussten. Beschränkt war die Regulierbarkeit auf die größeren, spannfähigen Bauernstellen, d. h. Höfe mit „selbständiger Ackernahrung“, soweit sie „alten Bestandes“, d. h. in Ostpreußen 1752 schon mit Wirten besetzt gewesen waren. Außerdem gestattete sie dem Grundherrn, die regulierungsfähigen oder regulierten Bauernstellen durch Kauf an sich zu bringen, die nicht regulierbaren nach Ableben des Inhabers als Vorwerksland einzuziehen.⁹⁸⁴ Nach den 1870 in der Fideikommissurkunde gemachten Angaben war in den Jahren 1819 bis 1821 auf den Lehndorffschen Gütern durch Ablösungen auf Rente ein Areal von circa 2.530 Morgen ausgeschieden worden, das „sukzessive bis in die nächste Zeit hierin durch Verträge mit den einzelnen bäuerlichen Besitzern mit Ausnahme von circa 150 Morgen in Stobben in das Eigentum meines verstorbenen Herrn Vaters zurückgekehrt ist.“⁹⁸⁵ Die Agrarkrise von 1823 bis 1827 führte zu einer Unterbrechung, so dass die Regulierung erst in den 1830er Jahren zu einem gewissen Abschluss kam. Erst durch die Separation, eine Art Flurzwang, die die bisher in der Gemengelage liegenden bäuerlichen und gutsherrlichen Ackerparzellen voneinander trennte und zu wirtschaftlichen Einheiten zusammenlegte sowie den bisherigen Gemeindebesitz (Allmende) aufteilte, wurde der Anstoß zu einem Ausbau der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Ackerland, Gartenland) gegeben.⁹⁸⁶

Problematisch war der Mangel an Kapital, um Investitionen zu tätigen, eine Notwendigkeit, die schon Thaer betont hatte. Für die neuen Wirtschaftsgrößen waren die vorhandenen Betriebsgebäude und das Betriebsinventar zu klein bemessen. Durch die Separationen wurden die Reihenfolge des Anbaus, die Düngung und die Art der Beackerung auf allen Bodenflächen grundlegend verändert, jedoch nicht nach Thaers Empfehlung aufgrund produktionstechnischer Überlegungen, sondern nach den Grundsätzen der Generalkommission, die Stücke und Streifen zu Betriebsgrößen zusammenlegte, was vorübergehend die Probleme vergrößerte. Auch die Kosten, die die Generalkommission verursachte, waren ein unterschätztes Problem. Sie beliefen sich auf zwischen 30 und 100 M je ha.⁹⁸⁷ Erst nach der Revolution 1848/49 bildete das Ablösungsgesetz vom 2. Mai 1850 den Abschluss der Bauernbefreiung in der preußischen Gesetzgebung und machte die Bahn frei für die Ablösung der noch immer bedeutsamen gutsherrlichen Rechte. Den Bauern wurde ihr Eigentum an Grund und Boden bestätigt, für die Ablösung der noch immer bestehenden Naturalabgaben und Dienstleistungen an den Gutsherrn wurde ihnen die

⁹⁸³ GStA PK, I. HA, Rep. 87 B, Nr. 17639, Bl. 1–4v.

⁹⁸⁴ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 261 f.

⁹⁸⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 1–41. Siehe auch GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 856 (Regulierungsverhandlungen), Nr. 857 (Auseinandersetzungsverhandlungen), Nr. 857, intus: Appellationssache des Altsitzers Michael Gritze aus Stobben gegen den Grafen Lehndorff wegen Grundeigentumsrechten nach der Separation.

⁹⁸⁶ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 262. Siehe auch Finckenstein, Landwirtschaft, S. 98 ff.

⁹⁸⁷ Vgl. Finckenstein, Landwirtschaft, S. 134.

Zahlung eines Geldbetrages auferlegt, den sie in jährlichen Raten über 56 Jahre tilgen mussten. Auch durch die Abtretung von Land konnte die Tilgung erfolgen. Wer weder über Land noch über Geld verfügte und sich verschulden musste, geriet in die Gefahr, Tagelöhner zu werden. Ohne genügend Betriebskapital und mit wenig Grundbesitz waren die Startbedingungen der „freien Bauern“ denkbar schlecht. Unabhängige „Saisonarbeiter“ konnten den Mangel an Arbeitskräften kaum kompensieren; der Ersatz des Deputats in Naturalien durch Geldlohn entpersönlichte das Verhältnis zwischen Gutsherr und Gesinde, Knechte und Mägde wechselten die Stellung für höheren Lohn.

Die Gutsbesitzer erhielten durch die Bauernbefreiung größere Landflächen, mussten nach dem Wegfall der Zwangsdienste aber einen eigenen Wirtschaftsbetrieb mit größeren Gebäuden, Ställen und vermehrtem landwirtschaftlichem Inventar aufbauen, Geräte und Zugvieh neu anschaffen und für die rechtlich frei gewordenen Arbeitskräfte Wohnungen bauen. Die Geldbeträge aus der Ablösung flossen in landwirtschaftliche Nebenbetriebe wie Brauereien, Brennereien, Ziegeleien und Mühlen – aber auch in moderne Technik und Technologien verantwortungsbewusst geführter, rationell und gewinnorientiert arbeitender „Mustergüter“. Gutsherrschaften, die den Anschluss an die „kapitalistisch wirtschaftenden Großagrarien“ verpassten, waren oft nicht in der Lage, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die noch immer geläufige Pauschal-Verurteilung wirtschaftlicher Rückständigkeit oder der Verhinderung des landwirtschaftlichen Fortschritts in den Gütern ist zumindest am Einzelfall der Lehdorffs für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in Frage zu stellen.⁹⁸⁸

Im Ergebnis der Regulierung und nachfolgenden Separation löste sich die alte Dorfgemarkung auf. Jüngere Bauernsöhne, die nicht mehr dem Gesindezwang unterlagen, nutzten die Möglichkeit, sich auf kleineren Parzellen des väterlichen Hofes selbständig zu machen und eine Familie zu gründen. Die meisten mussten jedoch als freie Lohnarbeiter arbeiten, um die Existenz zu sichern. Von 1818 bis 1867 vermehrte sich die ländliche Bevölkerung so um 85 %.⁹⁸⁹ Viele Gutsbesitzer zogen sich aus den adligen Dörfern zurück, indem sie das Land, das ihnen im Zuge der Agrarreformen abgetreten worden war, ihrem Gutsbezirk einverleibten. Der Substanzverlust für die Dörfer war sehr groß. Rittergutsbesitzer Magnus von Brünneck schrieb darüber in einem Gutachten: „Sie halten in diesen weder auf Ordnung, noch unterstützen sie solche, gleichsam als ihnen durch deren Regulierung völlig entfremdet, weder mit Rat noch Tat.“⁹⁹⁰ Mit dem am 31. Dezember 1842 erlassenen Gesetz über die Verpflichtung zur Armenpflege wurde der Begriff des „selbständigen Gutsbezirks“ eingeführt.⁹⁹¹ Schon vorher hatten viele Gutbesitzer versucht, im Zuge der Regulierung sich den kommunalen sozialen Kosten wie der Armenunterstützung zu entziehen. Auf den Gütern behielten die Rittergutsbesitzer nur so viele Familien, wie sie beschäftigen konnten. Saisonal benötigte Arbeitskräfte mussten in den Dörfern unterkommen. Neben der allgemeinen Bevölkerungszunahme in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte diese Entwicklung zu einer Überbevölkerung und Pauperisierung auf dem Land. Gleichzeitig konzentrierten die Gutsbesitzer ihre Interessen auf den

⁹⁸⁸ Zeitgenossen wie Eugen Richter (1892) hatten dieses negative Bild entworfen, indem sie den Junker als verschuldeten, ostelbischen Kleinadligen stockkonservativer Ausrichtung mit ungerechtfertigt hohen politisch-gesellschaftlichen Ansprüchen charakterisierten, der in Rittergut wie Kreis unbedingte Herrschaft über seine Leute ausüben wolle, seine schlecht ausgebildeten Söhne als Offiziere bzw. Beamte versorgt haben möchte und im Lebenswandel einer Doppelmoral huldigte, vgl. Spenkuch, Hartwin, *Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1845–1918*, Düsseldorf 1998, S. 178.

⁹⁸⁹ Vgl. Schumacher, *Geschichte Ost- und Westpreußens*, S. 263.

⁹⁹⁰ Gutachten Brünnecks für das Landratsamt Rosenberg, 12. März 1837, zit. nach: Obenaus, *Gutsbesitzerliberalismus*, S. 315.

⁹⁹¹ Gesetz-Sammlung 1843, S. 8–14, v. a. § 5.

„selbständigen Gutsbezirk“, der ihrer Kontrolle unterworfen war und in dem durch Begrenzung des Wohnungsbaus und Praktizierung des Niederlassungsrechts soziale Kosten minimiert werden konnten.⁹⁹²

Unerwartete Eheschließung

Am 18. August 1823 ging der bereits 53-jährige Lehndorff die Ehe mit der sehr jungen Pauline Gräfin von Schlippenbach aus dem Hause Arendsee in der Uckermark ein. Aus finanziellen Gründen hatte der „Altgraf“ Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff die Verbindung des Sohnes mit einer Hofdame der Königin über viele Jahre abgelehnt.⁹⁹³ Dass nun doch eine Hochzeit stattfinden würde, kam für die Familie überraschend. Auch Lehndorff, der zu diesem Zeitpunkt trotz aller finanziellen Probleme als „der bedeutendste Gutsbesitzer der Provinz“ galt, hatte anscheinend nicht mehr mit einer Verheiratung gerechnet und darüber nachgedacht, eine Einigung mit der noch vorhandenen Seitenlinie Maxkeim-Bandels zu Gunsten der Kinder des Grafen Dönhoff-Friedrichstein herbeizuführen.⁹⁹⁴ Noch im Oktober 1817 hatte Carl Friedrich Ludwig nicht nur seinen „guten Heinrich“ grüßen lassen, sondern sich auch nach dessen Heiratsabsichten erkundigt. „Können Sie nicht machen, dass er heiratet? Da wäre mir ein rechter Stein vom Herzen“, hatte er an seine Mutter aus Pichomay geschrieben.⁹⁹⁵

Als preußischer Offizier war seine Brautwahl nicht nur von der Familie gutzuheißen, eine Mesalliance hätte auch das Ende seiner militärischen Laufbahn und den sozialen Bankrott bedeuten können.⁹⁹⁶ Pauline von Schlippenbach war jedoch nicht nur standesgemäß, sie war auch vermögend, ein Kriterium, das bei den Lehndorffschen Eheschließungen immer wieder eine große Rolle spielte. An der Feierlichkeit nahm Prinz Friedrich von Preußen, Divisionskommandeur des Grafen, als Trauzeuge teil. Nachdem Ludwig von Borstell Lehndorff ermuntert hatte, den König um eine Versetzung nach Danzig zu ersuchen, übertrug Friedrich Wilhelm III. Lehndorff am 12. Januar 1824 die in Danzig stationierte 2. Kavalleriebrigade, was ihn erheblich näher an Steinort brachte.⁹⁹⁷ Die politische und gesellschaftliche Verbindung nach Berlin hielt er über General von Kalckreuth und Gustav von Below, die Verbindung nach Königsberg u. a. über Wilhelm von Burgsdorff und Karl Friedrich Ludwig von Klinkowstroem. Seine Ehefrau kam erst im April 1824 nach Danzig. Zuvor hatte sie sich mit der Schwiegermutter in Friedrichstein aufgehalten und aus gesundheitlichen Gründen nach einem Aufenthalt in einem Landhaus bei Oliva das Seebad Zoppot aufgesucht.⁹⁹⁸ In Danzig bezogen beide das Haus der Madame Almandi, wo bereits Theodor von Schön als Oberpräsident gewohnt hatte. Hier wurde am 27. Februar 1825 Tochter Pauline geboren. Die Herzogin von Holstein-Beck, Graf und Gräfin von Keyserlingk-Neustadt und Prinz Hermann von Hohenzollern-Hechingen aus Danzig waren ebenso wie die Gräfin Amalie von Lehndorff Taufpaten. „Ein Mädchen also! aber sie sei willkommen, sie hat die Bahn gebrochen, Brüder werden nachkommen und

⁹⁹² Vgl. Obenaus, Gutsbesitzerliberalismus, S. 315.

⁹⁹³ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 79.

⁹⁹⁴ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 642.

⁹⁹⁵ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 621–623.

⁹⁹⁶ Noch im 18. Jahrhundert hatten preußische Offiziere den Ehekonsens ihres Regimentskommandeurs einzuholen, vgl. Messerschmidt, Manfred, Preußens Militär in seinem gesellschaftlichen Umfeld, in: Puhle, Hans-Jürgen/Wehler, Hans-Ulrich, (Hrsg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 43–88, hier S. 46.

⁹⁹⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 332, Bl. 23–24. Die Kabinettsordre in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 17.

⁹⁹⁸ Zur Erkrankung Paulines siehe die Briefe Lehndorffs an Cecilie von Below in: GStA PK, VIII. HA, C Nr. 31, Bd. 4.

gewiss schneller und leichter“, schrieb letztere nach der Geburt und gab Hinweise für die Behandlung des Kindes: „Liebe Kinder, ich bitte Euch alle beide und besonders Dich, lieber Carl, spielt nicht zu viel mit dem Kinde. Haltet es warm, dass es in derselben Temperatur bleibe wie im Mutterleibe, weckt es nie aus dem Schlaf, denn Schlaf ist das erste Bedürfnis der kleinen Kinder, dann gedeihen sie, werden eher weiß und bleiben nicht solange Krebs.“⁹⁹⁹

Am 20. Oktober 1826 folgte mit dem Sohn Carl Meinhard der ersehnte Erbe Steinorts, der wie sein Bruder Heinrich (1829) im alten Lehdorffhaus zu Königsberg geboren wurde. Dessen Onkel Heinrich hinterließ aus diesem Anlass an einer der Steinorter Eichen ein Gedicht: „Glück auf, Glück auf, so lang ersehnter Knabe, / Im Lande, wo die Freude wohnt und Leid; / Gelobt sei Gott für diese hohe Gnade, / Zerstreut ist nun der Zukunft Dunkelheit. / Nein, nein, der schöne Name soll nicht sterben, / So rufst Du aus der kleinen Wiege schon, / Ich will der Ahnen Tugenden erwerben, / Will ihrer würdig sein, ihr wackrer Sohn.“¹⁰⁰⁰ Georg und Magdalena kamen 1833 bzw. 1836 in Steinort zur Welt. Da nun die Erbfolge für Steinort gesichert war, konnte auch eine Umschreibung des auf den Gütern in Steinort noch immer liegenden Lehnspfennig der Grafen von Dönhoff auf Friedrichstein in ein Pfandbriefkapital erfolgen.¹⁰⁰¹ Carl Friedrich Ludwig hatte für den Fall seines Todes den Übergang Steinorts in Dönhoffschen Besitz vorgesehen. In einem solchen Fall hatte der Agnat den dritten Teil des Werts als „Lehnspfennig“ auszuzahlen, den die Schwestern und Kinder des vorigen Besitzers unter sich zu verteilen gehabt hätten.¹⁰⁰²

„Damnatio memoriae“

Auf der Grundlage der Akten des Familienarchivs wurde das Leben Carl Friedrich Ludwig von Lehdorffs durch Maximilian Schultze detailliert beschrieben.¹⁰⁰³ Hier und auch in den Nachrufen¹⁰⁰⁴ wird tunlichst verschwiegen, dass die Ehe mit der Gräfin Schlippenbach nach einem „Ehezweist“ 1840 mit einer Scheidung endete, ein Faktum, das ebenso wie Spielschulden unvereinbar mit der Ehre eines preußischen Offiziers war.¹⁰⁰⁵ Ein in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch seltener Vorfall, zumal in einer adligen Familie, der nicht in das von Schultze gezeichnete Bild des adligen Ritters passen will, wohl aber zu Lehdorffs Verhältnis zu Religion und Kirche, das in den Kriegsjahren auf eine harte Probe gestellt worden war. Sein Schwager Wilhelm Graf von Schlippenbach hatte versucht, Lehdorff umzustimmen, um Schaden vom Ansehen der Familie abzuwenden. „Ist Pauline, wie ich mit Gewissheit annehmen muss, gänzlich hergestellt, so ist es Gottes Ordnung, dass sie in Liebe, Sanftmut und Betrieblichkeit dem Willen des Mannes sich füge und dadurch das Einzige sich bewahre, was eine verständige Frau

⁹⁹⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 386, Bl. 35–35v.

¹⁰⁰⁰ Zit. nach: Schultze, Lebensbild, S. 649.

¹⁰⁰¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 6.

¹⁰⁰² Vgl. Ostpreußisches Provinzialrecht, Berlin 1801, S. 45.

¹⁰⁰³ Schultze, Lebensbild.

¹⁰⁰⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 213 (Materialsammlung); Nr. 220 (Nekrolog 1854). Biografisches auch in: Bujack, Zum Andenken an die Mitglieder des Königsberger Landtags im Februar 1813, S. 125–128.

¹⁰⁰⁵ 1864 hatte auch die Familie von Dönhoff mit der Trennung von Antonine und Gerhard August Alexander von Dönhoff einen Scheidungsfall, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 419 bis 422 (Briefwechsel zwischen Antonine von Dönhoff und Carl Meinhard und Anna von Lehdorff). Die Zivilehe als Rechtsgrundlage für eine Scheidung und Wiederheirat wurde 1875 eingeführt. Seit den 1880er Jahren kam es auch in Adelskreisen vermehrt zu Scheidungen. Siehe hierzu: Blasius, Dirk, Ehescheidung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.

über alles hoch halten soll: das ruhige stille Leben für Gatten und Kinder. Und da sie ja doch fünfzehn Jahre lang Ihnen eine liebende, zärtliche, treue Frau gewesen, und ihren Kindern eine ähnliche Mutter, so ist es gewiss auch unerlässlich, wenn gleich keine leichte Pflicht, den etwa in Folge der Krankheit noch zurückgebliebenen Zustand von Aufregung mit Nachsicht und Duldung zu tragen. Denn man gelobt ja doch in der Ehe sich nicht nur Beistand und Schutz in glücklichen Tagen, sondern auch Beistand in Not und Tod. Träte der traurige Fall nun ein, dass Ihre Frau jenes ihr höchste Gut nicht als solches erkannte, so sagt mir, verzeihen Sie, mein Hochgeehrter Graf, mein eigenes Gewissen als Ehemann, das überhaupt über Pflichten der Art in jedem Manne laut und bestimmt spricht, dass es des Mannes Sache ist, auf jedem ihm angemessen scheinenden Wege die Frau dahin zurückzuführen. Sollte sie, in falscher und verkehrter Ansicht, gebannt von ihren Kindern, glücklicher sich fühlen zu können wähnen, so wäre das eine Meinung, die von meinem Verstande wie von meinem Herzen gleich eisig abgleiten würde. Wenn Sie, mein geehrter Graf, in Ihrem Schreiben sagen, Pauline habe Ihnen geäußert, sie habe mich oder meinen Bruder Albert ‚zu Ihrer Hilfe‘ herbeigerufen, so kann von meiner Seite solche Hilfe nur bestehen in der flehentlichen Bitte, jede Scheidung ihrerseits bestimmt zu verweigern, auf alle Weise, unter der Bedingung des Zusammenlebens mit den Kindern, Ihrem, des Ehemanns Willen, in jeder Hinsicht mit Sanftmut sich zu fügen, und jeden Augenblick in wahrer Demut Gott anzuflehen um Beistand zur Erfüllung ihrer Pflichten. Behilflich sein zur Feststellung einer Scheidung(?), die das Heiligste, Mann und Kinder, als Nebensache behandelt, kann keinem Ehemann zugemutet werden, und meine Hände werden nimmer in solches Werk sich mischen.“¹⁰⁰⁶ Ob Pauline von Schlippenbach an einer Nervenerkrankung litt oder ob die ärztlichen Gutachten zur Legitimierung der Scheidung dienen, ist nicht eindeutig festzustellen. Die Differenzen bestanden bereits im Herbst 1839 und hätten, so Lehndorff, das Zusammenleben, sogar das Zusammentreffen zu einer Folter für beide Seiten gemacht. Er konnte die mit seinen Vermögensverhältnissen unverträglichen Ansprüche Paulines nicht befriedigen. Die Zahlung von monatlich 1.000 Tlr., Wohnrecht in Warglitten, Zahlungen aus den Erträgen, Brennholz und eine Equipage überstiegen seine finanziellen Möglichkeiten. Noch am 14. Mai 1840 schrieb er, dass er alles tun würde, um ihre Wünsche zu erfüllen, „wenn es in meiner Macht wäre und mit meiner Pflicht verträglich, das ist es aber nicht.“¹⁰⁰⁷ Nachdem alle Vermittlungsbemühungen von außen zwischen den Eheleuten fehlgeschlagen waren, wurde die Scheidung als Vergleich vollzogen.¹⁰⁰⁸ Über die Fürsorge für die jüngste Tochter brach ein erbitterter Streit aus, an dessen Ende das Appellationsgericht in Insterburg über Magdalena zu entscheiden hatte.¹⁰⁰⁹

In einem Aktenkonvolut fragmentarisch überlieferte Briefe aus Steinort, Lugano, Frankfurt, Lübbenau und Lübben sowie Dresden dokumentieren eine Beziehung zu einer Laurette, bedürfen aber weiterer Untersuchung. Laurette war wohl die „Rentiere Fr. Pohl aus Lübbenau“, die sich am 6. Juli in Frankfurt mit Lehndorff im Hotel de Brandebourg aufhielt. In ihren Briefen berührte sie viele politische Themen: die Revolution 1848 und Unruhen in Mecklenburg, die „Revolutionswirren“ in Dresden und den in Misskredit geratene Adel, die „Räuberhöhle“ Berlin und das Zusammentreten des Abgeordnetenhauses, aber auch gesellige Runden in Steinort (1849).¹⁰¹⁰

¹⁰⁰⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 378, n. f. (18. März 1840).

¹⁰⁰⁷ GSTA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 315. Die Briefe aus dem Jahr 1839/40 sind durch Tintenfraß beeinträchtigt. Im Brief vom 8. Februar o. J. versicherte er ihr, dass „die Mutter meiner fünf Kinder mir nie gleichgültig werden kann“, Nr. 354, n. f.

¹⁰⁰⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 291 (1850).

¹⁰⁰⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 350 (1854).

¹⁰¹⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 391, Bl. 45.

Auch über Schulden breitete man lieber den Mantel des Schweigens. „Vergessen“ hatte Lehndorff zu leistende Zahlungen an Kreditoren wie die Unzersche Buchhandlung in Königsberg und Friedrich Wolff in Berlin. Offen waren geborgte 1.000 Rtlr. von Johann Milthaler in Angerburg und 1.000 Rtlr. des Kaufmanns Liepe, ebenso die beinahe zwei Jahre alten Schulden bei Karl Wilhelm Alexander Graf von Hacke, dem Hofmarschall des Prinzen Friedrich, in Höhe von 392 Rtlr. Hacke hatte sie aus der prinzlichen Schatulle „geborgt“, weshalb er nun in Verlegenheit war, da eine Revision drohte. Zu allem Überfluss war dessen Gut mit Viehbeständen und Vorräten sowie weitere 20 Bauerngehöfte abgebrannt. Der nicht von der Feuerversicherung gedeckte Verlust war hoch. Lehndorff, der das Geld wahrscheinlich für die Eheschließung benötigt hatte, zahlte nur 100 Rtlr. Hacke geriet in große Verlegenheit, „indem die Verhältnisse zu meinem Prinzen, dem ich Geld schuldig bleiben muss, mir höchst unangenehm sind, da nichts schrecklicher ist, als diesem großen Herrn Dank schuldig zu sein für Kleinigkeiten, die sehr hoch angerechnet werden.“¹⁰¹¹ Auch ein schon aus dem Jahr 1815 stammender Schuldschein über 20 Stück Dukaten hatte seinen Empfänger, Friedrich Ludwig Graf Truchsess von Waldburg zu Capustigall, nicht erreicht.¹⁰¹² Die Finanzprobleme rissen in den Folgejahren nicht ab; auch von der Schwiegermutter des Grafen Dohna-Schlobitten hatte sich Lehndorff 12.000 Rtlr. geborgt, deren Rückzahlung im September 1830 und im Februar 1832 eingefordert wurde.¹⁰¹³ Carl und Heinrich von Lehndorff fochten sogar das Testament ihrer Mutter an, da sie in Anbetracht der eigenen schwierigen Vermögensverhältnisse das Erbteil in Höhe von 40.000 Tlr., den die Dönhoffsche Familie aus dem Nachlass von ca. 90.000 Tlr. erhalten sollte, nicht akzeptieren wollten.¹⁰¹⁴ Auch mit der Familie von Keyserlingk und dem „Juden Hirschson in Danzig“ gab es finanzielle Differenzen. Zu einem Besuch Keyserlingks bei seinem „langjährigen Waffengefährten“ Lehndorff in Steinort, um diese „Affairen“ aufzuklären, kam es nicht.¹⁰¹⁵

Solche „*damnatio memoriae*“ (Seeliger), das absichtliche Vergessen biografischer oder familiengeschichtlicher Tatsachen, um zu Lebzeiten oder zu späterer Zeit jemand im besseren Licht erscheinen zu lassen, war für Adelsgeschichten und -biografien durchaus üblich. Geht man in der Lehndorffschen Familiengeschichte in das 17. Jahrhundert zurückfindet man einen Lehndorff, der durch Hosäus an das Licht befördert wurde, um ihn sofort aus der Familiengeschichte wieder zu verbannen. Möglicherweise sind nicht in das Bild passende Familienmitglieder ein Grund für eine nicht geschriebene Familiengeschichte der Lehndorffs? Wie hätte man mit dem Jesuitenpater Boguslaw, der schwärmerischen Beziehung des Kammerherrn zu den preußischen Prinzen, einem geschiedenen Adligen und dem exzentrischen Carol umgehen sollen? Selbst eine selektive Auswahl-Erinnerung wäre schwierig geworden. Erst nach 1980 ging Hans von Lehndorff in seinen Memoiren auf die Familiengeschichte ein, die durch die Erzählung zweier Tanten in seiner Erinnerung „mehr als hundert Jahre zurück“ reicht. Obwohl er sie nicht erlebt hatte, waren ihm die Jahre der Weimarer Republik ebenso wie die Zeit Wilhelms I., Reichskanzler Bismarck und die Militärs Moltke und Roon aus den Schilderungen des Großvaters Elard von

¹⁰¹¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 338, Bl. 1–1v.

¹⁰¹² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 339, Bl. 1–1v.

¹⁰¹³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 342, Bl. 4–5v.

¹⁰¹⁴ GSStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 14. Die 1830 verstorbene Mutter hatte in ihrem Testament nicht nur die eigenen Söhne Carl und Heinrich, sondern auch die minderjährigen „Großkinder“ der 1813 verstorbenen Tochter, verehelichte Gräfin Dönhoff, großzügig bedacht und ihren Schwiegersohn zum Vormund bestellt. Darüber hinaus hatte sie verschiedene Legate bestimmt und auch für die Versorgung der Dienstleute Vorsorge getroffen. Das Gut Resau im Wert von 10.000 Rtlr. sollte Carl erhalten, die Häuser in Königsberg im Wert von 5.000 Rtlr. an Heinrich fallen. Der vollständige Nachlass betrug ca. 93.700 Rtlr.

¹⁰¹⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 346, Bl. 1–2v.

Oldenburg-Januschau vertraut, als ständen sie ihm „mit plastischer Lebendigkeit vor Augen“.¹⁰¹⁶ Auch Anekdoten und Erzählungen wurden auf diese Weise über Jahrhunderte tradiert.

Zwischen Konsolidierung und nächster Agrarkrise

Dem Ende der Befreiungskriege folgten Hungerjahre in Preußen, die die Provinz schwer trafen, die durch den Krieg, die französische Besetzung und später durch die Leistungen an die verbündeten russischen Heere gelitten hatte. 1815, 1816, 1817 gesellten sich zu den Kriegsfolgen schlechte Ernten hinzu. In der kurzen wirtschaftlichen Konsolidierungsphase blieben die Preise unter den Preisen der Kriegsjahre und sogar unter denen der Jahre 1780–1790. England war zum Getreideschutzzoll übergegangen, andere europäische Länder, die vor dem Krieg und in den Jahren der Kontinentalsperre Getreide eingeführt hatten, hatten ihre Anbauflächen vergrößert und keinen Bedarf. An Absatz in andere Gegenden war aufgrund fehlender Verbindungen und der Binnenzölle nicht zu denken. Gerade auf dem Höhepunkt der Agrarreformen 1819 bis 1822 und 1826 bis 1827 wurde Ostpreußen erneut von schweren Missernten heimgesucht; die von 1819/22 fielen mit dem allgemeinen Verfall der Getreidepreise in Mitteleuropa zusammen. Toeppen gibt folgende Agrarpreise an:¹⁰¹⁷

	1818		1819		1820		1830	
	Thl.	Gr.	Thl.	Gr.	Thl.	Gr.	Thl.	Gr.
1 Scheffel								
Weizen	3	–	1	60	1	30	1	10
Roggen	1	60	1	–	–	60	–	18
Gerste	1	30	–	78	–	54	–	16
Hafer	1	–	–	60	–	36	–	12
Erbsen	2	–	1	30	–	72	–	24
Kartoffeln							–	5
1 Pfd. Rindfleisch							–	1
1 Pfd. Kalbfleisch							–	5
1 Pfd. Schweinefleisch							–	2
1 Pfd. Hammelfleisch							–	1 ½

1824 brachte 1 Scheffel Weizen nur noch 25 Sgr., Roggen 12 Gr., Gerste 10 Gr., Hafer 8 Sgr., Erbsen 15 Sgr., 1 Quart Bier kostete 1 Sgr., 1 Quart Branntwein 4 Sgr., 1 Pfund Butter 3 Sgr., 1 Pfund Rindfleisch 8 Pf., Kalbfleisch 6 Pf., Schweinefleisch 1 Sgr., Hammelfleisch 1 Sgr. Auch der Preise für Wolle, das zweite wichtige Fernhandelsgut der ostpreußischen Landwirtschaft, war seit 1826 rückläufig.¹⁰¹⁸ Obwohl im Jahr 1826 die Ernte von Getreide, Kartoffeln und Gemüse missraten war und 1829 eine Raupenplage die Provinz heimgesucht hatte, stiegen die Preise nicht, da jeder gezwungen war, das letzte zu verkaufen, um die Abgaben zu zahlen. Es setzte eine Konkurszeit ein, die bis zur Erholung der Agrarkonjunktur in den 1830er Jahren dauerte. Die hochgetriebenen Bodenpreise und die Güterspekulation der Zeit vor 1806 wirkten sich nun ebenso nachteilig aus, wie die auf vielen Grundherrschaften lastenden Kreditschulden.

¹⁰¹⁶ Vgl. Lehdorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 28, 160.

¹⁰¹⁷ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 442 f.

¹⁰¹⁸ Vgl. ebd.

In einem Memorial für den Kronprinzen hatte Alexander Burggraf zu Dohna-Schlobitten 1822 nachdrücklich auf die jahrzehntelange Kreditaufnahme von Gutsbesitzern und deren Folgen verwiesen.¹⁰¹⁹ Ihnen fehlten nun die Mittel, um die zur Integration des Bauernlandes in die Gutsherrschaften nötigen Investitionen zu tätigen.¹⁰²⁰ Betroffen waren vor allem die fortgeschrittensten Betriebe, die mit landschaftlichen Pfandbriefen belastet waren, deren Zinsen sie nicht tragen konnten. $\frac{3}{4}$ der beliebten Güter waren von der Landschaft schon bis Ende 1810 unter Zwangsverwaltung gestellt worden, jedoch waren Zwangsversteigerungen angesichts des Mangels an Käufern erfolglos. Die Landschaften gerieten in die peinliche Lage, ihrerseits mit den Zinszahlungen an die Besitzer ihrer Pfandbriefe in Verzug zu geraten, deren Kurs bis 1812 auf 33 % fiel. Die Folge war eine allgemeine Kreditnot in einer Situation, in der der Kreditbedarf am höchsten war.¹⁰²¹ Ein „Landes-Unterstützungsfonds“ musste einspringen, dessen Zahlungen an Zwecke wie Schuldentilgung, Meliorationen etc. gebunden waren. Zahlreiche Güter gelangten zur Subhastation, was nun erfolgreich war, da es kapitalkräftige Käufer aus Handel und Gewerbe gab. Von 1824 bis 1834 wurden 230 Güter zwangsversteigert, davon $\frac{2}{5}$ der im Jahr 1824 landschaftlich beliebten Güter. Die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe hatte die Beleihungsbedingungen jedoch nicht erfüllt und war noch nicht mit Hypotheken belastet, so dass es hier vor allem zu rückständigen Steuern, Privatkrediten und Rentenverpflichtungen für die Angehörigen etc. gekommen war. Nochmals 4000.000 Tlr. für die Ostpreußische Landschaft stellten das Kreditsystem wieder auf feste Füße. Schön brachte die „Radikalmaßnahme“ den Ruf ein, ein „Adelsfeind“ zu sein.¹⁰²²

Ausbruch der Cholera

In der allgemeinen Depression brach am 7. Oktober 1831 die Cholera aus. Da viel zu spät Schutzmaßnahmen ergriffen worden waren, forderte die Seuche allein in Königsberg 1.323 Opfer. Dreißig weitere Todesopfer forderte die Niederschlagung der Demonstrationen gegen die Regierung, die als Schuldige angesehen wurde.¹⁰²³ Die Chronik der Stadt Angerburg berichtet darüber: „Eine ungeheure Panik ergriff die damalige Gesellschaft, als die Nachrichten von dem Vorschreiten der unbekannt, fürchterlichen Krankheit gegen die preußische Grenze hin sich häuften. Die Cholera hatte im Winter ihren Einzug über das europäische Russland in Preußen gehalten. [...] Was aber tat die [Preußische] Regierung? Sie machte dieselben Fehler wie im großen Pestjahr des vorigen Jahrhunderts. Strengste Absperrung, das war das Mittel, durch welches sie der Seuche Herr zu werden hoffte.“

¹⁰¹⁹ GSStA PK, XX. HA, Rep. 300 Nachlass Lotte Esau (Denkschrift Dohnas vom 28. Juli 1822 zur Verschuldung der Gutsbesitzer vor 1806).

¹⁰²⁰ GSStA PK, XX. HA, Rep. 2 I Tit. 40, Nr. 15 (Ständisches Comité an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 21. November 1822). Nach Hartmut Harnisch war diese Empfindung „subjektiv“ und entsprach nicht der tatsächlichen Lage. Problematischer war eher die Geschwindigkeit des Prozesses, auch fiel die Massierung der Regulierungsfälle 1819–1821 mit dem Höhepunkt der Stockung des Getreideabsatzes zusammen, was dazu führte, dass eine Vielzahl von Bauern ihren Besitz aufgeben mussten und auf das Niveau von Instleuten oder Tagelöhnern sanken, vgl. Ders., Kapitalistische Agrarreform und industrielle Revolution, Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich demokratischer Revolution von 1848 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, Weimar 1984.

¹⁰²¹ Vgl. Stägemann, Franzosenzeit, S. 151–155 (Wissmann an Stägemann, Königsberg, 28. Juni 1810), zum Unvermögen der landschaftlichen Kreditsysteme, S. 162 f. (H. J. v. Auerswald an Stägemann, 29. September 1811).

¹⁰²² Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 259–261.

¹⁰²³ Vgl. Matull, Wilhelm, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970, S. 3; Toeppen, Geschichte Masurens, S. 445. Die folgenden Epidemien 1837, 1853 und 1867 erreichten nicht mehr diese Stärke.

Man zog Sanitäts-Kordons, welche verseuchte Gegenden absperren sollten. Aber ein rechtzeitig gespendeter Schnaps war völlig hinreichend, um jeden militärischen Kordon zu öffnen. [...] Trotz alledem blieb die in Berlin errichtete Immediat-Cholera-Kommission bei ihren strengen Absperungsmaßnahmen. Alle erkrankten Personen wurden völlig isoliert. Sie durften nicht in ihren Wohnungen gepflegt werden, sondern mussten sofort in bereitgestellte Lazarette geschafft werden. [...] Es war kein Wunder, dass die Phantasie des Volkes durch diese barbarische Behandlung fieberhaft aufgeregt wurde. Die Sanitätskommission sah ein, dass das vorgeschriebene Verfahren nutzlos sei und dass sich ein unübersehbares Elend aus der Anwendung der vorgeschriebenen Maßregeln ergeben müsse. Es wurden Anordnungen getroffen zur Förderung der Reinlichkeit, Gesundheit, Ermittlung der Kranken und Verhütung der Ansteckung. Man ließ Straßen, Plätze, Wohnhäuser gründlich und energisch reinigen. Wenn sich auch alle diese Maßnahmen besonders in den großen Städten nicht plötzlich in umfassender Weise durchführen ließen, so hörte doch die Krankheit mit Eintritt des Winters auf. [...] Selbst aus der Umgegend gingen Lebensmittel für die Armen ein, und es muss hier besonders der Gräfin von Lehndorff, geborene Gräfin von Schlippenbach, auf Steinort gedacht werden, welche ebenso wie ihre Vorfahren im Pestjahr 1707 die Armen sehr reichlich bedacht hat.¹⁰²⁴

Vom Militär zum Landwirt

Nachdem die Familie die Cholera in Danzig 1831 unbeschadet überstanden hatte, schied Lehndorff 1832 unter Verweis auf seinen Gesundheitszustand endgültig aus dem Militärdienst aus, um Steinort zu übernehmen. Anlässlich des Abschieds beförderte ihn Friedrich Wilhelm III. zum General-Leutnant. Nachdem er den Roten Adler-Orden 3. Klasse schon 1822, das Dienstauszeichnungskreuz 1825 erhalten hatte, kamen nach dem Dienstaustritt 1834 der Rote Adler-Orden 2. Klasse mit Stern ohne Eichenlaub und 1840 der Rote Adler-Orden 1. Klasse ohne Eichenlaub hinzu.¹⁰²⁵ Lehndorffs Pensionsbezüge nach 38-jähriger Militärzeit wurden auf 2.250 Tlr. festgesetzt.¹⁰²⁶ Sowohl der Kronprinz als auch Prinz Wilhelm bedauerten Lehndorffs Entschluss, letzterer zeichnete seinen Brief persönlich als „sehr wohlgeneigter Freund“. Prinz Karl versicherte Lehndorff „der steten Fortdauer Meiner besonderen Achtung und Wohlwogenheit“. Prinz Friedrich bedauerte, dass der Abschied der Armee einen „sehr verdienten und ausgezeichneten General entzieht, dessen entschlossener Mut und Umsicht“ aus den Jahren 1813/14 ihm in Erinnerung geblieben seien.¹⁰²⁷

Mehrfach hatte Lehndorff über den Abschied vom Militär nachgedacht, das lange nur noch Erwerbszweck war. Dass ihm bei der Neubesetzung des Postens des kommandierenden Generals des 1. Armeekorps Oldwig von Natzmer vorgezogen wurde, wird ihm die Entscheidung leicht gemacht haben.¹⁰²⁸ Nach dem Ausscheiden blieb das Interesse am Militärischen erhalten. Das Tagesgeschehen verfolgte er durch die Augsburger Allgemeine Zeitung, die neben der Frankfurter und der Kölnischen Zeitung eine der ersten und wichtigsten politischen Tageszeitungen Deutschlands war. Die im Verlag der Cotta'schen Buchhandlung erschienene Zeitung, die auch

¹⁰²⁴ Zachau, Johannes, Chronik der Stadt Angerburg, Angerburg 1921, S. 84–86.

¹⁰²⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 17, 21 (Abschriften der Kabinettsordres, Potsdam, 24. Dezember 1825 und Berlin, 10. September 1840).

¹⁰²⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 44.

¹⁰²⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 33–40.

¹⁰²⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorf, Nr. 335.

politische und juristische, religiöse und kulturelle Themen sowie unkommentiert Gerichtsurteile und Gesetzestexte druckte, war in Ostpreußen eigentlich nicht erhältlich. Lehndorff ließ sie sich von der Angerburger Zeitungsexpedition für „den tatsächlichen Preis von 8 Rtlr.“ besorgen.¹⁰²⁹ Auch eine Abschrift der Abhandlung des Generals von der Marwitz „Von den Ursachen des Verfalls der Preußischen Reuterey 1815“, die 1832 erschienen war, fand Eingang in seine Bibliothek.¹⁰³⁰ Der Flur seines Hauses soll „nie leerer Sammelplatz der Armee der ganzen Umgegend“ gewesen sein, und niemand habe ihn „unbeschenkt und ohne freundlichen Zuspruch in den Jahren der Teuerung und des Misswachses“ verlassen, auch den Armen der benachbarten kleinen Städte und Domänendörfer, die keine Arbeit fanden, soll er bereitwillig Hilfe geleistet haben, heißt es zeitgenössisch.¹⁰³¹

Da sein Neffe Dönhoff nicht an der großen Revue, die im September 1835 gemeinsam von Preußen und Russland in Kongresspolen bei Kalisch abgehalten wurde und zu der 60.000 Soldaten zusammengezogen worden waren, teilnahm, er hatte ihm mitgeteilt: „Ich bin nicht von der Partie. Ich gräme mich auch nicht sehr darüber, da die Equipierung dazu unvermeidlich viele Kosten mit sich bringt und der dortige Dienst für den Kompagniechef mit vielen Beschwerden verbunden sein wird, ohne dass man neben der altgedienten russischen Garde die unvermeidlichen Parallelen wird rühmlich bestehen können“¹⁰³², ließ sich Lehndorff von Graf Kalckreuth, dessen Sohn als Zuschauer nach Kalisch reiste, von allem unterrichten. Er habe für sein Alter ein „ungemein scharfes und unbefangenes Auge, so dass wir durch ihn manches Interessante zu erhalten hoffen können“, hatte Kalckreuth im August 1835 geschrieben.¹⁰³³ Das Manöver sollte gegenüber der europäischen Öffentlichkeit die engen politische Bande zwischen Preußen und Russland auch angesichts des wenige Jahre zuvor niedergeschlagenen polnischen Novemberaufstands bekräftigen. Die Wahl des Ortes erinnerte symbolisch an das Bündnis von Kalisch, das Russland und Preußen im Februar 1813 zum Auftakt der Befreiungskriege gegen Napoleon geschlossen hatten.

Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff hatte seine theoretischen Kenntnisse für ein Leben als Landwirt auf der landwirtschaftlichen Lehranstalt Möglin erworben. Nachdem er viele Jahre die Angelegenheiten Steinorts durch Verwalter, u. a. durch den Landfeuersocietätskalkulator Carl Leopold Werner in Angerburg¹⁰³⁴ und Verwalter Behrend hatte regeln lassen, traf er die Entscheidung, Steinort selbst zu bewirtschaften. Die Bereisung zahlreicher moderner landwirtschaftlicher Güter hatte hierfür den Ausschlag gegeben. Er hatte sich mit den Vorteilen von Schafhaltung und Wollhandel ebenso auseinandergesetzt wie mit dem Anbau von Klee und Kartoffeln oder der Brennerei.¹⁰³⁵ Zu den sogenannten Mustergütern, die er besucht hatte, hatte Friedrichsfelde gehört, wo Carl von Treskow 1823 gemeinsam mit Thaer eine eigene Landwirtschaftsschule begründete. Die Modernität der in

¹⁰²⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 79, Bl. 55.

¹⁰³⁰ GSStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 306. Gedruckt in: Aus dem Nachlasse des Friedrich August v. d. Marwitz auf Friedersdorf, Bd. 2, Berlin 1832, S. 138–181.

¹⁰³¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 417, Bl. 7 (Nekrolog, 1. März 1854).

¹⁰³² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 378, n. f. (21. Juni 1835).

¹⁰³³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 333, Bl. 14–15 (24. August 1835), Bl. 16–17 (2. November 1835, Bericht über Kalisch). Siehe auch Sophie Schwerin, S. 314 ff. Siehe Elstermann, Michael, „Die große Revue in Kalisch 1835“ oder „Das Lustlager zu Ehren der Russisch-Preußischen Waffenbrüderschaft“; in: Zeitschrift für Heereskunde, Nr. 430, Oktober/Dezember 2008.

¹⁰³⁴ Werner war seit 1824 Lehndorffs Bevollmächtigter. Er war beauftragt, alle Steinort und Resau betreffenden Angelegenheiten zu erledigen, Verträge abzuschließen, Grundstücke zu akquirieren oder in der Subhastation zu ersteigern, die Administrationsrechnungen zu revidieren und polizeiliche Angelegenheiten wahrzunehmen, Vergleiche zu schließen und Entsaugungen zu erklären, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 74, Bl. 1–1v. Berent gab seine Aufgaben an Verwalter Steiner ab. Dem „Generallandschafts-Landfeuerkassen-Societäts-Rendant“ Werner blieb Lehndorff bis in die 1830er Jahre verbunden.

¹⁰³⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 492, 507, 429, 437; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 113.

Friedrichsfelde betriebenen Landwirtschaft versetzte noch 1870 Theodor Fontane in Erstaunen. Die ursprünglich bürgerlichen Erwerbsquellen wie Branntweinbrennerei, Zuckersiederei, Schafzucht und Milchwirtschaft wurden auch auf den anderen Treskow-Gütern bis in das 20. Jahrhundert beibehalten.¹⁰³⁶

Durch eine Vielzahl von Berichten hatte Lehndorff einen Überblick über die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, aber auch die wirtschaftlichen Erfordernisse erworben, zu denen der Neubau landwirtschaftlicher Gebäude, von Wohnhäusern und nicht zuletzt Wegebau und Meliorationsarbeiten zählten.¹⁰³⁷ Nach Holsteinschem Vorbild führte er die Fruchtwechselwirtschaft ein, zuerst 1811 auf dem in acht Flächen unterteilten Ackerland in Kittlitz. Auf Fläche I „Kartoffeln und Bohnen, stark gedüngt“, folgten „Gerste und Weizen mit untergesättem Klee“, dann zwei Jahre Klee, gefolgt von Weizen, „Weizen, schwach gedüngt“, Roggen und Erbsen, bevor der Kreis von vorn begann.¹⁰³⁸ 1824 hatte ihm Wilhelm von Burgsdorff aus Trakehnen geschrieben: „Leider müssen die Landwirte jetzt mehr denn je spekulieren und zum Merkantilismus übergehen [...] und so wird’s denn auch wohl bleiben.“ Vom Kornhandel in Amsterdam und England waren Marktlage und Preise in Ostpreußen abhängig, „ein zuverlässiger kaufmännischer Korrespondent in Danzig“ deshalb notwendig, um mitspekulieren und schnell reagieren zu können.¹⁰³⁹

Seit der Rückkehr in das zivile Leben lebte Lehndorff fast ausschließlich auf dem Land, zum größten Teil in Steinort, zum Teil auch auf den Gütern bei Königsberg, die er von seinem 1835 kinderlos verstorbenen Bruder geerbt hatte.¹⁰⁴⁰ Hier engagierte er sich in der Schaf- und Pferdezucht und modernisierte nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen Gärtnerei und Ackerbau und errichtete neue Wirtschaftsbauten.¹⁰⁴¹ Wie in Steinort ging es in ganz Masuren nur langsam aufwärts. Mit dem Beginn der 1830er Jahre war die Notzeit in der Landwirtschaft überwunden. Nach der letzten Missernte 1826 waren weitere ausgeblieben, die wirtschaftlichen Reformen führten zu höheren Erträgen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte stiegen. Wälder wurden aufgeforschet, Kanäle gebaut bzw. die alten, wie der Angerburger Flusskanal, der Kanal zwischen dem Löwentin- und dem Mauersee oder zwischen dem Aryser- und dem Spirdingsee repariert, Brüche entwässert, Seen wie der Staswiner See trocken gelegt.¹⁰⁴² Die Städte entwickelten sich, die Landwirtschaft wurde durch Zölle gegen die Konkurrenz des Auslandes geschützt. Spar- und Darlehenskassen stellten die nötigen Mittel zur Verfügung. 1840 übergab Lehndorff die Güter aus Altersgründen wieder einem Verwalter. Bei Amtsantritt des uns als „Inspektor“ begegnenden Schiemann war Lehndorff bereits siebzig Jahre alt. Unter Schiemanns Ägide und auch unter dessen

¹⁰³⁶ Vgl. das Kapitel über Friedrichsfelde in: Fontane, Theodor, Wanderungen durch die Mark Brandenburg, Spreeland, in: Werke, Schriften und Briefen, Bd. 2, München 1977, S. 574–593, v. a. S. 591–593.

¹⁰³⁷ In: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 273, 274; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 61 bis 77, 80 bis 96.

¹⁰³⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 484. Der Akte liegt eine Zeichnung der Flächenaufteilung bei.

¹⁰³⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 336, Bl. 2–3v.

¹⁰⁴⁰ Abgesehen von der Teilnahme am Königsberger Landtag, hatte er sich nach seinem Abschied aus dem Staatsdienst aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Nur beim Besuch der kaiserlich-russischen Herrschaften in Königsberg hatte er als Kammerherr fungiert. Von ihm stammen Inschriften an den Steinorter Eichen, u. a. „An Steinort“, 1827. Schultze schreibt: „Er war Philosoph geworden und hatte als Philosoph gelebt, aber er war der liebenswürdige, freundliche, stille Geist geblieben, der er von Jugend auf gewesen war.“ Ders., Lebensbild, S. 662.

¹⁰⁴¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 251 (Taberlack, Kittlitz 1822). Die Thaerschen Lehren „einer modernen Landwirtschaft rationalen Betriebes“ hätten nach den Zwangsverkäufen der Jahre 1824 bis 1834 vor allem bei bürgerlichen Besitzern „Fortschritte in der landwirtschaftlichen Technik“ herbeigeführt, so Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 263.

¹⁰⁴² Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 455–458.

Nachfolger Messerschmidt wurden Reparaturen und Modernisierungen in Steinort, aber auch im Kirchspiel Rosengarten und an den Schulgebäuden auf den Vorwerken fortgesetzt.¹⁰⁴³

Abgeordneter zum Provinzial-Landtag

Der Provinzial-Landtag war das Spiegelbild der politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung des Landes. Er tagte abwechselnd in Königsberg und in Danzig und trat erstmals am 24. November 1824 zusammen. Ostpreußen mit Litauen war mit 61 Abgeordneten, Westpreußen mit 35 vertreten. Die Ritterschaft (einschließlich der Kölmer) hatte 47, die Städte 28, die Landgemeinden 22 Stimmen. Es gab nur 2 ritterschaftliche Virilstimmen: Graf Dohna und Graf Keyserlingk. Das Gesetz über die Einberufung von Provinzial-Landtagen vom 1. Juli 1823 hatte die Befugnisse der Abgeordneten begrenzt. Zu den dem Landtag zugeleiteten Gesetzentwürfen war ihnen lediglich eine Beratung der Krone zugebilligt worden. Sie konnten Petitionen aus dem Land entgegennehmen und dem König Denkschriften vorlegen. Zu den Provinzialaufgaben gehörten die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zu Wasser und zu Land, landwirtschaftliche Meliorationen, das Armen-, Feuer- und Societätswesen. Vor allem die Bemühungen der Regierung für mehr Kirchen und Schulen im Osten der Provinz und die Beschränkung des zu großen Einflusses der katholischen Geistlichkeit auf das öffentliche und private Leben fanden die Unterstützung des Provinzial-Landtages.

Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff engagierte sich vor allem für die Schuleinrichtung. Für die im Zuge der preußischen Reformen dringend notwendige Bildungsreform hatte Stein Wilhelm von Humboldt als Kultusminister und als Abteilungsdirektoren den Schulreformer Johann Wilhelm Süvern, der schon als Gymnasialdirektor in Elbing für die Umgestaltung des preußischen Schulsystems gewirkt hatte, und den einer alten Königsberger Familie entstammenden Kant-Schüler Georg Heinrich Nicolovius gewinnen können. Ziel der Reform war die Gleichheit der Bildungschancen, der Fortfall der Standesschulen und die Schaffung moderner Volksschulen, Gymnasien und Universitäten, die allen Volksschichten offen stehen sollten. Der „Kantianer“ und spätere evangelische Erzbischof Ludwig Ernst Borowski wirkte in dieser Zeit in Königsberg und propagierte hier die Erziehungsgrundsätze Pestalozzis.¹⁰⁴⁴

1831 legte Lehndorff den Provinzialständen des 4. Landtages eine Denkschrift wegen der „Errichtung von höheren Bürgerschulen“ vor, in der er sich für die Schaffung solcher Bildungseinrichtungen anstelle von Gymnasien für die Entwicklung des Mittelstandes einsetzte. „Das Gymnasium arbeite auf abstrakte Wissenschaften fort, es bilde zu den Universitäten vor, es schaffe Gelehrte. Die höhere Bürgerschule verbreite nicht Gelehrsamkeit, aber höhere Bildung, sie gebe uns einen kräftigen Gewerbestand, der in Handel, Gewerbe, Ackerkultur usw. sich die neueren Erfahrungen zur Benutzung zu eigen machen könne, den die empfangene Bildung in Stand setzt, jede Entdeckung der Chemie und Mechanik in seinem Gewerbe zum Leben zu bringen. Sie bilde uns Offiziere, die durch lebende Sprache und mehrere Kenntnis vom Geschäfte, Geographie und Hilfswissenschaften, als die Gymnasien zu geben pflegen, gleich sich zu ihrem Stand vorbereiten, und so wird diese Lücke schwinden, ja es

¹⁰⁴³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 274 (Amtsübergabe), Nr. 252 (Bauangelegenheiten), Nr. 104, 105 (Reparaturen in Rosengarten und an den Schulgebäuden).

¹⁰⁴⁴ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 245 ff. Siehe auch Ross, Erhard, das Landschulwesen in Ostpreußen und die Einführung der Pestalozzischen Methode (1800–1815), in: Preußenland 28 (1990), S. 33–45.

wird die höhere Bürgerschule den Gymnasien nützlich werden, da es ihnen die Überfüllung entzieht und möglich macht, die Klassen Sexta, Quinta, vielleicht auch Quarta abzuschneiden, die den Gymnasien nur lästig sein sollten, den Anforderungen an dasselbe ganz fremd sind, aber geduldet werden müssen, da keine anderen Schulen da sind, die Schüler der höheren Mittelklasse aufzunehmen, woher der Übelstand kommt, dass die Hälfte der Gymnasialschüler kaum bis Sekunda den Unterricht genießen und das Gymnasium verlassen, ihre Zeit verloren und dem Zweck der gelehrten Ausbildung nicht entsprochen haben.¹⁰⁴⁵ Ein Entwurf einer Schulordnung für die Provinz Preußen war infolge des Landtagsabschiedes vom 3. Mai 1832 durch Oberpräsident Theodor von Schön unter Mitwirkung der Regierungen und Zuziehung von Abgeordneten der Kreisstände, darunter Lehndorff, erarbeitet worden. Die nachfolgende Prüfung der Paragraphen durch das Kultusministerium wirft ein helles Licht auf die (dunklen) Zustände des Schulwesens in der Provinz.¹⁰⁴⁶

Auch auf dem 5. Provinzial-Landtag 1834 brachte sich Lehndorff mit einer Eingabe zur preußischen Schulpolitik ein, in der er sich mit der Qualität der Stadtschulen gewöhnlicher Kreisstädte auseinandersetzte, die unzulänglich für „Kinder gebildeter Stände“ sei und den Familienvater dazu zwingt, den Sohn auf ein Gymnasium zu schicken, um „eine zu allen Verhältnissen des Lebens“ notwendige wissenschaftliche Ausbildung zu erhalten. Dazu müsse er den Sohn noch in ein Pensionat geben, könne also seiner Aufsichtspflicht nicht nachkommen. Disziplinverstöße seien die Folge und die Gymnasien würden zum „Herd der Demagogie“ werden. „Für den eigentlichen Stand der Nation, für den Landstand, für den Gutsbesitzer, für den Offizier, für den großen und den kleinen Kaufmann, für den Dirigenten einer Fabrik, für den Landmesser und Baumeister, für den Forstmann und für den gewöhnlichen Administrationsbeamten sowohl im kommunalen als im Staatsdienst haben wir noch keine Schule.“¹⁰⁴⁷ Lehndorffs Eingabe wurde im Ausschuss für Kirchen- und Schulangelegenheiten am 21. Februar 1834 behandelt. In der daraus folgenden Denkschrift der Provinzial-Stände vom 28. Februar 1834 hieß es, dass ein Bedürfnis nach Bürgerschulen noch immer bestehe. Der König möge sich diesem Gegenstande zuwenden und anordnen, dass ein Teil der bestehenden Gymnasien der Provinz in höhere Volksschulen umgewandelt werde, „damit die gerechten Ansprüche eines großen Teils Höchst Ihrer Untertanen, welcher durch Fleiß und intelligente Betriebsamkeit Hauptstütze des gemeinsamen Vaterlandes zu sein bestimmt ist, einigermaßen befriedigt werden mögen.“¹⁰⁴⁸

Nachdem Lehndorff auch 1839 zu den Abgeordneten des Provinzial-Landtages gehört hatte, bestimmte ihn Friedrich Wilhelm IV. am 21. Juni 1840 bei dem zur Huldigung zusammentretenden Landtag zum Landtagsmarschall als Anerkennung für dessen patriotische Gesinnung.¹⁰⁴⁹ Durch Briefe des Oberburggrafen Magnus von Brünneck an seinen Sohn und Alfred von Auerswald ist der emotionale Akt der Huldigungsrede ebenso überliefert wie Hofintrigen und Lehndorffs Auftreten: „Es ist wohl ziemlich allgemein aufgefallen, dass nicht ich, sondern der äußerst konfuse und schwache Lehndorff zum Landtagsmarschall ernannt worden, der sich dabei denn auch auf das äußerste kompromittiert hat“, schrieb Brünneck seinem Sohn. „Aber es ist der Sache und mir von

¹⁰⁴⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 626, Bl. 1–2v. Ein Verzeichnis aller Denkschriften des 4. Provinzialständischen Landtag, bei dem Lehndorff dem Ausschuss VIII für ständische Angelegenheiten angehörte, ebd., Nr. 627, Bl. 5–6 (unter Nr. 34).

¹⁰⁴⁶ Drucksache in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 626, ab Bl. 29 (4. Januar 1834).

¹⁰⁴⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 626, Bl. 3–4 (Auszug aus Lehndorffs Eingabe, die sich mit den Stadtschulen auseinandersetzte). Ebd., Bl. 5–6v Entwurf über notwendige Veränderungen des bestehenden Schulsystem in „Schulen für Arbeiter der rohen Hand (Elementarschulen) und gelehrte Schulen (Gymnasien)“.

¹⁰⁴⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 626, Bl. 31–32 (Denkschrift).

¹⁰⁴⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 23.

großem Ruhm gewesen. Denn so konnte ich mich freier bewegen und dem Ausschuss präsidieren, der die wichtigste Frage zu bearbeiten und den in Bellschwitz und Plauthen längst vorbereiteten wichtigen Antrag zu begutachten und dem Landtage vorzulegen und zu empfehlen hatte. [...] Uns ist aber doch von der großen Majorität im Lande und auch hier von allen Wohlgesinnten dafür große Anerkennung geworden, während wir es uns gefallen lassen müssen, von der anderen Seite als die eigentlichen Sündenböcke bezeichnet zu sein und uns den höchsten Unwillen des Prinzen, des Herrn von Rochow und der Hof- und gleichgesinnten Leute zugezogen zu haben. Dir hinterlasse ich so wenigstens einen guten Namen, und der König sagte unserer Deputation mündlich, dass er unsere Gesinnung und unser gutes Recht nicht einen Augenblick verkannt habe, und wenn er auch gegen geschriebene Konstitutionen, so doch für weitere Entwicklung sei und keineswegs ohne Stände regieren wolle. Abgesehen von den Intrigen, die unser Antrag unmittelbar hervorrief, und die, wenn es nach Lehndorff gegangen wäre (den wir eigentlich über den Gänsedreck geführt hatten und der nachher gewaltig erschrak), manchen zum Wanken gebracht hätten, haben wir nachher aber viel zu kämpfen gehabt gegen vielfache Entstellungen, welche der Landtag und dessen Antrag mit und ohne Absicht in den Berichten der öffentlichen Blätter erfahren musste [...]. Aus dem, was in Königsberg vorgegangen ist, wirst Du Dich doch auch wohl überzeugen müssen, dass man sich auch bei uns als Gutsbesitzer und Landstand eine interessante Stellung und einen nicht zu verachtenden Wirkungskreis schaffen kann. Und unfehlbar wird sich die Wirksamkeit der Stände sehr bald vermehren müssen. Wir in Preußen werden nicht nachlassen. [...].¹⁰⁵⁰

Dass der preußische Provinzial-Landtag sich in seinen gutachterlichen Äußerungen und Petitionen an den König meist in großer Einigkeit zusammenfand, beruhte nach Magnus von Brünneck-Bellschwitz, der wiederholt Landtagsmarschall gewesen war, „auf der Gunst der sozialen Verhältnisse [...]. Auch in Ostpreußen bestanden nach wie vor nebeneinander die klassenmäßig getrennten Stände des Adels, des Bauernstandes und des Bürgertums, aber sie waren nicht, wie in anderen Gebieten, scharf gegeneinandergestellt, sondern in Gesinnung wie in materiellen Interessen waren von einer Schicht zur anderen längst mannigfache Brücken geschlagen. Den Adel beseelte noch vielfach der alte ritterliche Geist der Ordenszeit, aber mit dem Bürgertum hatte er modernen, meist von England her beeinflussten Ideen Eingang gewährt, und im Hinblick auf die in den Produktionsverhältnissen des Landes begründeten gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen sahen sich die beiden Klassen aufeinander angewiesen.“¹⁰⁵¹ Brünneck betonte, dass das Verhältnis zwischen Adel und Bauernstand nicht das von Herrschenden zu Beherrschten gewesen sei. Die agrarischen Verhältnisse seien durch das Vorhandensein eines freien Bauernstandes bestimmt gewesen. Daher hätten die Reformen, die mit der Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Bauern bzw. der persönlichen Leibeigenschaft einen modernen preußischen Staat geschaffen hätten, in Ostpreußen besonders aufnahmefähigen Boden gefunden.

Dass die Stände nicht im provinziellen Denken verhaftet waren, geht auch aus deren Protest gegen die Absicht der Staatsregierung hervor, ein ostpreußisches Provinzialrecht zu kodifizieren. Das Allgemeine Landrecht sollte seine Geltung als Gesetz für den preußischen Gesamtstaat behalten, Besonderheiten der Provinzen sollten in Zusätzen geregelt werden. Die freiheitlich fortschrittliche Einstellung der ostpreußischen Stände hatte ihre Parallele

¹⁰⁵⁰ Herre, Paul, Von Preußens Befreiungs- und Verfassungskampf. Aus den Papieren des Oberburggrafen Magnus von Brünneck, Berlin 1914, S. 344–368. Lehndorff erhielt die Abschriften der sich entgegenstehenden Eingaben durch Graf von Klinkowstroem, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 333, Bl. 24 (Brief vom 3. November 1840). Siehe auch Neugebauer, Wolfgang, Der Königsberger Landtag von 1840. Zu Verlauf und Hintergründen, in: Preußenland 30 (1992), S. 1–12.

¹⁰⁵¹ Vgl. Herre, Von Preußens Befreiungs- und Verfassungskampf, S. 9 ff.

im Rheinland. Die Opposition gegen die rückschrittliche Staatsführung hatte ihre Wurzeln aber auch in der wirtschaftlichen Notlage, in der sich Ostpreußen in den Krisenjahren wiederholt befand. Auch war Oberpräsident von Boetticher den Anforderungen der Provinz nicht gewachsen. Er betrachtete sich als Vertreter Berlins und hatte mehrfach geäußert, man müsse die Provinz ihrem Schicksal überlassen. Ähnlich hatte Wrangel als kommandierender General in Königsberg formuliert, „man müsse eine Provinz aufgeben, die so oft und so viel von den Staatskassen Kosten verursache, sie möge eingehen und zur Einöde und Wüste zurückgehen.“ Ernst von Saucken hatte darauf erwidert: „Der Provinz könne nichts glücklicheres zustoßen, als dass man sie abgesondert für sich verwalten ließe, wobei sie weiterhin ihre Söhne für die Verteidigung des gemeinsamen Vaterlandes zur Verfügung stellen und überschießende Gelder nach Berlin abführen wolle.“¹⁰⁵²

Ein weiteres Thema, in das Lehndorff involviert war, war die Wegegesetzgebung. 1824 hatte der Provinzial-Landtag von der Staatsregierung den Bau von 100 Meilen Chaussee in der Provinz innerhalb von fünf Jahren verlangt. Im April 1836 erhielt Lehndorff durch Gustav von Schlieben die Unterlagen für den neuen Wegegesetzentwurf, der auf dem Provinzial-Landtag 1837 zur Abstimmung kommen sollte: „Aus dem korrupten neuen Wegegesetzentwurf haben wir nach langen und reiflichen Debatten, die Schön (wie gewöhnlich dergleichen Verhandlungen) sehr hübsch geleitet hat, gemacht, was zu machen möglich war, und da wir dem Landtage noch die fernere Begutachtung desselben vorbehalten haben, so kann vielleicht etwas zweckmäßiges zustande kommen, wobei ich die heimliche Hoffnung hege, dass wir dadurch mit der Zeit zur allgemeinen Chausseierung der großen Straßen gelangen werden. Sobald ich Abschrift unseres Entwurfs erhalte, werde ich Ihnen solchen mitteilen“, und erfuhr: „An Diners und einer Tanzgesellschaft bei Dohna-Wundlacken hat es in Königsberg nicht gefehlt. Die Regierungspräsidenten sind so wenig an die langen Sessionen (die immer von 9–3 Uhr währten) gewöhnt, dass Rother aus Danzig desertierte mit der Versicherung: er sei schon ganz wirr im Kopf.“¹⁰⁵³ Zehn Jahre später hatte eine neue Wege-Ordnung noch immer nicht den Staatsrat passiert. Die verkehrsmäßige Erschließung zog sich hin, auch, da ein großer Rückstand aufzuholen war. Bis 1816 hatte die Provinz gar keine befestigten Straßen und der Landtransport nach Königsberg als exportierender Seestadt erfolgte fast ausnahmslos mit zweispännigen Fuhrwerken oder dem zweispännigen Schlitten. Nach Regenfällen waren die Landwege unpassierbar, in milden Wintern entfiel der Schlittentransport. Der Bau einer Chaussee zwischen Berlin und Königsberg ab 1818 dauerte viele Jahre, da wegen Geldmangels die Arbeiten mehrfach eingestellt wurden. Erst als 1824 die „Seehandlung“ die finanzielle Verantwortung übernahm und mit Gutsbesitzern Verträge abschloss, die Bauabschnitte in „Entreprise“ nahmen, ging es voran. Die 1822 begonnene Chaussee nach Masuren (Königsberg – Preußisch Eylau – Bartenstein – Rastenburg/Bischofsburg) wurde 1840 fertiggestellt. Eine Chaussee zwischen Rosengarten und Rastenburg gab es erst 1882.¹⁰⁵⁴ Aber auch die für den inneren Handelsverkehr notwendigen Straßen fehlten. Gutsbesitzer und Bauern erlitten Einbußen, da der Marktpreis ihrer Produkte wesentlich niedriger war als in Königsberg. Nur die Straße von Königsberg über Tilsit zur russischen Grenze wurde 1830/31 erstaunlich schnell, wenn auch unvollständig, ausgebaut, da durch den 1830 ausgebrochenen polnischen Aufstand eine geografische Trennung zwischen Preußen und Russland drohte.

¹⁰⁵² Vgl. Simonsen, Adam, Die Anfänge des Liberalismus in Preußen, Diss., Königsberg 1933, S. 43.

¹⁰⁵³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 333, Bl. 19–20v. Zu den Debatte auf dem Provinzial-Landtag 1837 zum Chausseebau: Belke, Regierung zu Königsberg, S. 127 f. Siehe auch Wagner, Truntlack, Bd. 1, S. 408 ff. (1830/40er Jahre), S. 415 ff. (1850er/60er Jahre).

¹⁰⁵⁴ Dafür hatte der Gemeindegemeinderat der Chausseebaukommission für 10 M/Ar Land zur Verfügung gestellt. Als Patronats Herr musste Lehndorff dem Verkauf zustimmen, EZA, 507/2037, n. f. (21. Januar 1882). Zu den Chausseebauten in Ostpreußen: GStA PK, I. HA, Rep. 93 B, Nr. 3167 ff.

In seinen „alten Tagen“ wurden Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff für sein Engagement für die Provinz noch zwei hohe Ehren zuteil. Nach dem Tod des Grafen zu Dohna-Wundlacken wurde ihm auf Antrag des Oberpräsidenten von Bötticher die Würde des Obermarschalls des Königreichs Preußen durch Friedrich Wilhelm IV. verliehen. Am 29. November 1843 vollzog der König die Ernennung.¹⁰⁵⁵ Am 28. November 1845 verlieh ihm der König die Würde eines Landhofmeisters des Königreichs Preußen, nachdem der bisherige Landhofmeister, der Wirkliche Geheime Rat Graf zu Dohna-Schlobitten, verstorben war. Lehndorffs Stellung eines Obermarschalls des Königreichs Preußen wurde Graf Fink von Finkenstein auf Jaeschkendorff übertragen.¹⁰⁵⁶ Die neue Würde war Lehndorff, der sonst Auszeichnungen nicht besonders schätzte, sehr wichtig, da sowohl „Vater und Eltervater [...] mit dieser Würde bekleidet waren, denn das menschliche Herz hängt an der Erinnerung redlicher Voreltern“, schrieb er in seiner Danksagung an den König. „Möge es mir in meinen alten Tagen und meinen Kindern einst vergönnt sein, Ew. Majestät und Allerhöchst Ihrem Königlichen Hause Beweise der ehrfurchtvollsten Treue und Liebe zu geben.“¹⁰⁵⁷

Generationswechsel

Carl Friedrich Ludwig von Lehndorff hatte in seinem am 1. Juni 1852 auf dem Stadtgericht in Königsberg deponierten Testament als letzten Willen verfügt, „meinen bedeutenden, teils in Lehn, teils in Allodial-Gütern bestehenden Grundbesitz meinen Kindern und Nachkommen ungeschmälert so zu erhalten, dass den jedesmaligen Besitzern der Güter aus ihnen ein standesmäßiges Einkommen gesichert ist.“¹⁰⁵⁸ Alle fünf Kinder aus der Ehe mit Pauline Gräfin von Schlippenbach sollten so weit gleichgestellt werden, wie es die Erfüllung dieses Willens zum Wohl der ganzen Familie gestattete. Für die beiden letztgeborenen, noch minderjährigen Kinder bestimmte er den Premier-Leutnant Eugen von Zander zum Vormund.

In der Lehndorffschen Erbfolge kamen die in den Kreisen Angerburg und Rastenburg liegenden Steinortschen Güter nebst „Pertinenzen“, nämlich die Fischereigerechtigkeit, ein von der Dorfschaft Buddern abgeteiltes Grundstück, ein in Haarszen gelegenes Grundstück sowie die nach dem Edikt vom 14. September 1811 zu den Steinortschen Gütern erworbenen und später zugekauften Grundstücke, die allesamt dem Lehnsbesitz zugeschlagen werden sollten, zur Aufteilung. Der Lehnsbesitz sollte für alle Zeiten ungeteilt bleiben. Der Allodialbesitz umfasste die im Kreis Fischhausen gelegenen Rittergüter Landkeim, Groß- und Klein Lehden, Laserkeim, Warglitten und die von der Dorfschaft Rosengarten akquirierten Bauerngüter. Den Lehnsnachlass, „Silberzeug, Mobilien, Betten, Leinen, Haus-, Küchen- und Wirtschaftsgeräte im Schloss zu Steinort“, sollte der älteste Sohn Carl Meinhard erhalten. Von dem mit 125.000 Rtlr. veranschlagten Wert waren die auf den Gütern haftenden 25.000 Tlr. Schulden abzuziehen. Die beiden Söhnen zu zahlende Abfindung sollte als Lehnstamm auf den Steinortschen Gütern stehen bleiben, um deren Bestand zu sichern. Den Töchtern war die Abfindung dagegen auszuzahlen. Darüber hinaus sollte der älteste Sohn jedem seiner Geschwister 1.000 Tlr. als Entschädigung für das Mobilien geben. Um nicht in persönliche Schulden zu geraten, sollte er hierfür ein Kapital aufnehmen, was den auf

¹⁰⁵⁵ GStA PK, I. HA, Rep. 89, Nr. 1682, Bl. 48.

¹⁰⁵⁶ GStA PK, I. HA, Rep. 89, Nr. 1682, Bl. 50.

¹⁰⁵⁷ GStA PK, I. HA, Rep. 89, Nr. 1682, Bl. 53.

¹⁰⁵⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 18.

Steinort lastenden Schulden hinzuzurechnen war. Vom Allod erhielt der zweite Sohn Heinrich Emil Warglitten (ohne Laserkeim und die Greibausche Mühle) für die Summe von 42.000 Rtlr. Auch auf Warglitten lasteten Schulden: 6.000 Rtlr. Pfandbriefe und 11.000 Rtlr. Privatdarlehen, die der verstorbene Graf hatte aufnehmen müssen, um die Schulden des Sohnes Heinrich aus dessen Militärzeit zu begleichen, die dieser dem Nachlass zu erstatten hatten, und eine Rente von 1.500 Rtlr. jährlich für Carl Friedrich Ludwigs geschiedene Frau Pauline. Warglitten durfte nicht über den Betrag von 42.000 Rtlr. verschuldet werden und sollte ungeteilt bleiben. Der dritte Sohn George Herrmann erhielt Laserkeim und die Greibausche Mühle für einen Wert von 10.000 Tlr., das Vorwerk Rosengarten (7.000 Tlr.) und den Wald zu Stawisken. Auch Laserkeim sollte nie über den Wert von 10.000 Tlr. verschuldet werden und in der Familie verbleiben.

Die älteste Tochter Pauline erhielt ein Legat von 5.000 Tlr., die jüngere Tochter Magdalena in Höhe von 3.000 Tlr. Die Wertbestimmung des ganzen Lehns auf 125.000 Tlr. sollte „für ewige Zeiten“ gelten, um die „seit mehr als fünfhundert Jahren in meiner Familie befindlich gewesenen Steinortschen Güter dauernd in derselben zu erhalten.“ Das Lehn sollte nie über diesen Wert hinaus verschuldet werden, auch eine Teilung schloss der Testierende aus. Die Erbfolge sollte sich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts richten. Darüber hinaus hatte Carl Friedrich Ludwig von Lehdorff verfügt, dass alle Pensionäre und Hospitaliten, „zum Teil noch aus dem Dienste meines seligen Vaters, zum Teil aus dem meinigen“, wie zu seinen Lebzeiten weiterhin zu versorgen seien.¹⁰⁵⁹

Carl Meinhard Graf von Lehdorff: Erbe von Steinort

Carl Meinhard war in Steinort aufgewachsen. Er war bis zum Eintritt in die Schule durch einen Hauslehrer unterrichtet worden und so bereits, bevor er die staatlichen und korporativen Erziehungsinstitutionen wie Gymnasium oder studentisches Corps durchlief, durch Traditionen, Erziehungsideale und Netzwerke der Familie geprägt und auf seine zukünftige Funktion als Besitzer eines Rittergutes eingestimmt worden.¹⁰⁶⁰ Solch eine allgemein übliche Vorgehensweise gab es auch für adlige Töchter. Für sie endete die Erziehung durch Hauslehrerinnen mit der Konfirmation und dem Eintritt in ein Pensionat. Dass die Unterrichtsqualität, die Hauslehrer vermitteln konnten, sehr unterschiedlich, zumeist aber unzulänglich war, sei angemerkt.

Welche Schule Carl Meinhard 1839 besuchte, ist nicht bekannt, jedoch erhielt er von seinem Vater nach den in Steinort verbrachten Sommerferien ein Fohlen als Geschenk mit der Verpflichtung, es zu schätzen und zu pflegen und durch „Folgsamkeit, Fleiß und gute Sitten“ seine Liebe zum Vaterhaus zu beweisen.¹⁰⁶¹ Ab Sommer 1842 besuchte er das Altstädtische Gymnasium in Königsberg. Nach dem Vierteljahres-Zeugnis vom 15. Juli 1843 war er mehr an Pferderennen in Königsberg, für die er unerlaubt die Schule verließ, als an Griechisch und Latein interessiert. Sein Interesse am Deutschunterricht ging nicht über die Schule hinaus. Das Zeugnis attestierte ihm reges Interesse an Mathematik und Physik, gute Fortschritte in Geschichte und Geographie, auch im

¹⁰⁵⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 18.

¹⁰⁶⁰ Vgl. die Beispiele aus den Familien von Katte und von Arnim-Boitzenburg in: Spenkuch, Herrenhaus, S. 229 f. Aufgrund ihrer Sozialisation in den Ritterakademien und Gymnasien anerkannten die Adelsöhne vielfach die Lehrer nicht als Autoritäten, Disziplinverstöße waren die Folge.

¹⁰⁶¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 813.

Französischen ging es leidlich voran. Seine Versäumnisstunden waren beachtlich, auch hatte er sich mehrfach verspätet.¹⁰⁶²

Im Wintersemester 1844/45 immatrikulierte er sich für ein Semester an der Königsberger Universität und trat dem Corps Masovia Königsberg bei. Im folgenden Semester 1845 belegte er an der Bonner Universität Vorlesungen in Jura und Kameralwissenschaften. Am 9. Februar 1846 erhielt er aufgrund seines Studienzeugnisses das Qualifikations-Attest zum einjährigen freiwilligen Militärdienst. Im Juli 1846 wurde er zum Seconde-Leutnant des in Brühl stationierten 28. Landwehr-Regiments befördert.

Wie bereits in Königsberg war er auch in Bonn Mitglied des dortigen studentischen Corps Borussia geworden, konnte aber dem Corps-Leben nicht viel abgewinnen. Nachdem er im Sommer 1845 rezipiert und Michaelis 1846 inaktiviert worden war, machte er aus seinem Desinteresse kein Geheimnis mehr, was zum endgültigen Bruch führte: „Dass Dir der Umgang mit dem Corps resp. seinen Angehörigen eben nicht von großem Interesse war, dass Du nicht die Vorzüge dabei sahst, das hast Du aufgezeigt; hierin liegt aber natürlich nichts entehrendes für Dich, wohl aber Vorwurf für Dich als Corps-Burschen.“ Die Renoncen sollten sich deshalb des Umgangs enthalten, es wäre keinem verboten, mit ihm an einem dritten Orte oder sonst in Gesellschaft zu sprechen.¹⁰⁶³

Nach vier Semestern verließ er die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität und setzte seine Studien mit zwei Semestern an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin fort. In dieser Zeit verfasste er einen beachtenswerten Aufsatz über die Rechte der richterlichen über die gesetzgebende Gewalt und den Einfluss von Verfassungen, in dem er auf England, Belgien und Frankreich, die Deutsche Reichsjustiz, das Bundesrecht und die territorialen Rechte einging.¹⁰⁶⁴ Zugleich erwarb er nun endlich auch gute Kenntnisse in der französischen und in der englischen Sprache, die er für seine spätere Laufbahn benötigte. Später korrespondierten Carl Meinhard und seine Frau Anna mit der Nichte Antonine Gräfin Dönhoff ausschließlich in englischer Sprache.¹⁰⁶⁵

Das von Carl Meinhard gewählte Studium der Rechtswissenschaft war „adelstypisch“. Das Interesse an naturwissenschaftlichen Disziplinen war im Adel allgemein gering, auch von den Lehndorffs schlug keiner diese Richtung ein, mit der Folge eines Anschlussverlustes zu zukunftssträchtigen Funktionsbereichen des Staates in Wissenschaft oder Technik.¹⁰⁶⁶ Die Geologen bzw. Geografen Christian Leopold von Buch, Gustav Adolf von Klöden oder Ferdinand von Richthofen, der Dendrologe Fritz Graf von Schwerin oder der Botaniker Hermann Graf von Solms-Laubach blieben mit der Wahl eines naturwissenschaftlichen Studiums Ausnahmen. Geisteswissenschaftliche Fächer, die neben Jura häufig gewählt wurden, waren Nationalökonomie oder Staatsrecht, wofür sich Theodor Freiherr von der Goltz oder Georg von Below entschieden, oder die klassische Philosophie, die Hermann Graf Keyserlingk oder Paul Graf Yorck von Wartenburg wählten. Ein Jura-Studium als Voraussetzung

¹⁰⁶² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 556.

¹⁰⁶³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 901.

¹⁰⁶⁴ Zur Einschreibung an der unter der Leitung von Julius Plücker stehenden Juristischen Fakultät der Bonner Universität: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 556 (Einschreibungsurkunde, Bonn, 2. Mai 1845). Nach Spenkuch, Herrenhaus, S. 189, verbrachten ostpreußische Adlige gern ein Auslands-Jahr in Bonn oder Heidelberg mit „Lebensgenuss fern vom Elternhaus und Corps-Mitgliedschaften“. Der Besuch der Berliner Universität war dagegen obligatorisch, da hier die Staatsprüfungen abzulegen waren. Auch August Karl Graf von Dönhoff studierte an der Bonner Universität Jura, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 25–26v (Fragment).

¹⁰⁶⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 419.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Reif, Hans, Der Adel in der modernen Sozialgeschichte, in: Schieder, Wolfgang/Sellin, Volker (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 4, Göttingen 1987, 34–60, hier S. 48.

für eine Tätigkeit im Verwaltungsbereich schloss aber nicht aus, dass sich einige Adlige wie Franz von Holtzendorf, Karl Otto von Richthofen oder Alexander zu Dohna um die Weiterentwicklung dieses Wissensgebietes verdient gemacht hatten.¹⁰⁶⁷

Georg und Heinrich von Lehndorff

Ein Bruder – ob Georg oder Heinrich ist unsicher – besuchte die Ritter-Akademie in Brandenburg. Das ihm erteilte Schulzeugnis von Ostern 1846 zur Versetzung in die Prima attestierte gutes Betragen und Ordnungsliebe, aber auch einen Vertrauensmissbrauch, der eine „12-stündige Karzerstrafe“ eingebracht hatte. Der Schulbesuch war „regelmäßig bis auf eine kurze, durch Unpässlichkeit herbeigeführte Unterbrechung“, die Aufmerksamkeit ließ ebenso wie der häusliche Fleiß mit Ausnahme der „deutschen, französischen, geographischen und historischen Lektionen“ wenig zu wünschen übrig. Im Lateinischen hatte er Fortschritte gemacht, seine Kenntnisse im Französischen waren gut, im Deutschen „ziemlich gut“, in Religion, Mathematik und Physik gut; in der Geschichte und Geographie „ziemlich gut“. Im „freien Handzeichnen“ war er gut, nur im „Planzeichnen und Singen“ hatte er nur genügende Leistungen, im Turnen waren sie sogar als „gering“ eingestuft worden. Wie die Adelssprösslinge aus den Familien von Zieten, Rochow, Maltzahn, Bassewitz, Houwald, Tresckow, Brauchitsch, Knobelsdorff, Lynar, Brandenburg, Rohr, Wartensleben, Bülow, Krosigk, Tarrach, Bohlen etc., die ebenfalls die brandenburgische Ritterakademie besuchten, beteiligte auch er sich als Mitwirkender engagiert an den dortigen „musikalisch-deklamatorischen“ Abendunterhaltungen.¹⁰⁶⁸

Von Ostern bis Johannis 1847 fehlte es dem „Zögling“ Lehndorff an „Ernst und Energie, so dass die wichtigsten Dinge zuweilen für leicht und unbedeutend angesehen werden.“ Trotzdem war sein Betragen gut, seine Ordnungsliebe aber verbesserungswürdig. Das Zeugnis attestierte Aufmerksamkeit und überwiegend regelmäßigen Schulbesuch. Mit dem Fleiß haperte es, in dem er nur „das Geforderte“ leistete, „Gründlichkeit und Sorgfalt“ waren nicht seine Stärken. Nur seine Aufsätze, ob in Latein oder Deutsch, waren durch Umfang und „sichtlich darauf verwandten Eifer“ anerkennenswert, seine schriftlichen Arbeiten im Französischen dagegen „ungenügend“. Auch in Geschichte und Geographie fehlte es ihm an sicheren Kenntnissen. Im freien Handzeichnen und im Singen hatte er dagegen Fortschritte gemacht. Auch in seinem ersten Jahr in der Prima, das er mit dem Gesamturteil „Zufriedenheit und Tadel gleich“ abschloss, hatte er sich „durch eine bedeutende Verletzung der Hausordnung“ erneut eine 48-stündige Karzerstrafe zugezogen.¹⁰⁶⁹

Georg von Lehndorffs Weg in das Militär war „vorprogrammiert“. Gustav von Below hatte dem Vater geraten, den Dreizehnjährigen in das Militär eintreten zu lassen, damit er früher Fähnrich werde, und empfahl den Eintritt bei den Kürassieren, und zwar bei der Eskadron seines Veters.¹⁰⁷⁰ Auch für den Zweitgeborenen Heinrich war

¹⁰⁶⁷ Vgl. Brunner, Die Stellung des ostelbischen Adels zu Kultur, Wissenschaft und Kunst, S. 174 f.

¹⁰⁶⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 204, Bl. 3.

¹⁰⁶⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 556.

¹⁰⁷⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 333, Bl. 25–26. Infolge des stockenden Avancements in Friedenszeiten traten Adelssöhne zwischen dem 12. und 14. Lebensjahr als Offiziersanwärter in das Militär ein, vgl. Göse, Frank, Zum Verhältnis von landadeliger Sozialisation zu adliger Militärkarriere. Das Beispiel Preußen und Österreich im ausgehenden 17. und 18. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 109 (2001), S. 118–135.

das der Plan. Bereits im Februar 1850 wurde der „Portepee-Fähnrich Graf von Lehndorff“ vom 5. Kürassier-Regiment als aggregierter Seconde-Lieutenant zum Regiment Garde du Corps versetzt, in dem auch sein Vater seine Karriere begonnen hatte. Neffe Dönhoff, der den jungen Mann am 1. März dem König vorstellen sollte, wurde mit der Equipierung beauftragt: „Habe die Gnade, lieber Onkel, die Summe, die Du für Heinrichs Equipierung einstweilen liquide gemacht hast, mir direkt anzuvertrauen. Ich lasse eben die letzten im Regimente vorgekommenen solchen Equipierungsfälle in den Kosten umständlich zusammenstellen, und werde Dir, lieber Onkel, das Durchschnittsresultat dann sogleich genauer melden. Wenn Du mir fürs erste 500 Rtlr. zuweisen willst, so werde ich damit wirtschaften und sehen, wie weit ich komme. Das Pferd, was ich hier zu ermitteln suchen werde, ist aber dabei nicht mitgerechnet. Noch muss ich erwähnen, dass eigene Meubles und Betten hier Bedürfnis sind, nicht nur in den Kasernen-Wohnungen, sondern auch in den sonstigen städtischen Quartieren aller drei Garnisonen, da möblierte Quartiere unverhältnismäßig teuer sind, oder in den Kasernen-Quartieren die Miete für Möbel und Betten. Diese Artikel bitte ich daher um Erlaubnis ebenfalls in Rechnung bringen zu dürfen, und werde jedem Luxus darin nach Kräften entgegen steuern, der gerade in diesen Artikeln unter den jungen Herren sehr an der Tagesordnung ist.“¹⁰⁷¹

Dass Heinrich von Lehndorff im Juli 1850 auf offener Straße den Apotheker Hensel umritt, nachdem seine Begleiter geäußert hatten: „wenn doch einer den Demokraten umreiten wolle“, worauf er dessen Verfolgung aufnahm mit dem Bemerkten, „so etwas müsse im Galopp ausgeführt werden“, brachte ihm eine Suspendierung vom Dienst, eine Verwarnung und Arrest ein, da er den Ruf des Offizierskorps geschädigt hatte. Dönhoff ließ ihn aus Potsdam nach Charlottenburg versetzen, um eine nochmalige Begegnung mit Hensel zu vermeiden. Für die Karriere hatte der Fall keine Konsequenz. Der König, mit dem Dönhoff mündlich über die Angelegenheit gesprochen hatte, war „milder darüber gesinnt“, als er es angenommen hatte, da der „Apotheker Hensel als demokratischer Clubbist“ bekannt sei, auch habe er den Antrag des General-Kommandos um Versetzung des Grafen Heinrich von der Garde abgelehnt, teilte er dem besorgten Vater in Steinort mit.¹⁰⁷²

Der Verzicht nachgeborener Söhne wurde bis in das 19. Jahrhundert durch bevorzugte Karrierechancen in Militär, Staatsdienst und Kirche mehr oder minder „abgefedert“. Die Gründungswelle von Familienverbänden in den 1870er und 1890er Jahren und die nach 1918 geführten Klagen um angemessene Apanagen machen den Bruch deutlich, insbesondere, als nach 1918/20 durch den Versailler Vertrag die Traditionsberufe im Militär, in der Diplomatie und Verwaltung wegbrachen.¹⁰⁷³

¹⁰⁷¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 378, n. f. (20. Februar 1850). Siehe auch Schultze, Lebensbild, S. 663. „7/8 seiner Zeit“ würde ein Offizier mit Ausschweifungen, „1/8 mit erzwungenen Dienstgeschäften“ verbringen, schrieb Alexander von der Marwitz, selbst Offizier, 1809 seinem Bruder Ludwig, BLHA, Pr. Br. Rep. 37 Marwitz-Friedersdorf Nr. 296, Bl. 184–188 (4. November 1809).

¹⁰⁷² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 378, n. f. (17. Juli 1850).

¹⁰⁷³ Vgl. Funck, Vom Höfling zum soldatischen Mann, S. 210. Siehe auch Ders., Schick und Chance. Der preußische Militäradel in der Weimarer Republik zwischen Stand und Profession, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Adel und Bürgertum in Deutschland, Bd. 2, Berlin 2001, S. 127–171.

Periodisch und regional hatte Ostpreußen verschiedene Notstände erlebt. Sie galten als „chronisches Leiden der Provinz“.¹⁰⁷⁴ Der Notstand 1844 übertraf jedoch alles bisher Dagewesene. Nach starken Regenfällen im Juli und August 1844 war es zu Überschwemmungen gekommen, die an vielen Orten die Ernte völlig vernichtet hatten. Eine allgemeine Missernte verstärkte die Not. Durch die Einfuhr von Saatkartoffeln und Saatgut aus Pommern, durch Chausseebauten als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und durch Preisstützungsaktionen mittels Ankauf von Brotgetreide und Kartoffeln versuchte die Regierung gegenzusteuern. Die Bauern hatten jedoch keine Reserven, um sich selbst zu helfen, wie die Regierung von ihnen forderte. Die Forderung nach Einschränkung der Branntweinbrennerei, da sie die geringe Kartoffelernte noch mehr verknappe, hatte der Oberpräsident als Eingriff in die Gewerbefreiheit zurückgewiesen, und sie hätte auch die Lage vieler Gutsbesitzer zusätzlich belastet, die wegen Geldknappheit schon die seit den 1840er Jahren begonnenen Meliorationsarbeiten einstellten. Durch den Einsatz von Dreschmaschinen auf den Gütern war der Arbeitskräftebedarf geringer, die Löhne stagnierten. Dem Hunger folgte der Typhus. Die Stimmung in der Provinz sei „sehr gedrückt“, erklärte Alexander von Lavergne-Peguillen, Landrat des Kreises Neidenburg, Hausminister Graf Stolberg-Wernigerode, der die Provinz 1844 inspizierte; die Quelle der Missstimmung sei „materieller Natur“ und „ernste Konflikte zu befürchten“.¹⁰⁷⁵ Friedrich Wilhelm IV., der im Herbst 1844 nach Masuren kommen wollte, verschob deshalb seine Reise in das Folgejahr.¹⁰⁷⁶

Der 9. Provinzial-Landtag forderte die Einsetzung einer Notstandskommission, die die Ursachen der periodischen Notstände untersuchen sollte. Erst am 3. Dezember 1846 trat die Kommission zusammen, eine Verzögerung, die der liberale Landadel als „unverantwortlich“ bezeichnet hatte. Die Äußerung des Oberpräsidenten, der König wolle das Land sich selbst überlassen und von der Provinz nichts wissen, führte zu heftiger Kritik an der Arbeit der Kommission und an Boetticher.¹⁰⁷⁷ Als im Sommer 1846 auch die Chausseebauarbeiten wegen Mangels an Fonds eingestellt wurden, kam es zu unerträglichen Zuständen. Die Regierung ordnete an, dass die Gutsbesitzer Fonds in den Kreisen einrichten sollten, die sich nun ihrerseits wehrten, zwangsweise für vom Staat zu lösende Probleme herangezogen zu werden.¹⁰⁷⁸ Als eine Aufhebung der Eingangszölle für Getreide, Hülsenfrüchte und Mühlenfabrikate zu keiner Preissenkung führte, sondern nur die Exportmöglichkeiten der Kaufleute verbesserte und einen weiteren Getreidemangel hervorrief, war Boetticher gezwungen, Roggen aus dem Ausland für Königsberg einzukaufen.¹⁰⁷⁹ Eine Denkschrift vom 15. Januar 1847 gibt eine ausführliche Darstellung der Ursachen der periodischen Notstände. Während der Staat reformiert worden sei, habe man versäumt, „die übrigen Verhältnisse des Gesellschaftslebens entsprechend zu gestalten.“ Vorschläge zu notwendigen Veränderungen in der Gesetzgebung und Verwaltung, zur Beförderung des Handels und des Agrarsektors, zur Verbesserungen der Infrastruktur folgten.¹⁰⁸⁰ Boetticher versuchte, diese Denkschrift zurückzuhalten. Erst am 27. März 1847

¹⁰⁷⁴ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 443 f.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Belke, Regierung Königsberg, S. 153.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Belke, Regierung zu Königsberg, S. 152 ff. Siehe auch Toeppen, Geschichte Masurens, S. 445.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Belke, Regierung Königsberg, S. 153, 157. Zu den Debatten zur Vorbereitung auf den Landtag S. 158 ff.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Belke, Regierung Königsberg, S. 156.

¹⁰⁷⁹ Vgl. Belke, Regierung Königsberg, S. 155.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Belke, Regierung Königsberg, S. 159 f.

erhielt sie Finanzminister von Bodelschwingh, im Verlauf des Jahres 1847 wurde sie in kleiner Auflage gedruckt. Im selben Jahr erreichte der Notstand eine neue Stufe. Missernten in Westeuropa hatten die Nachfrage gesteigert. In England wurden die Kornzölle gesenkt, in Schottland und Irland alle Zölle aufgehoben. Die Nachfrage brachte eine Umsatzsteigerung und eine Erhöhung der Preise, so dass die Grundbesitzer ihre Verluste kompensieren konnten, der steigende Export rief aber eine Teuerung aller Lebensmittel hervor, die die Unterschichten traf. Erste Forderungen nach der Erlaubnis zur Auswanderung nach Amerika wurden laut, Tumulte und Überfälle auf Lebensmitteldepots folgten. Durch eine zwischen 1846 und 1864 immer wieder auftretende Kartoffelkrankheit (Kartoffelfäule) verschärfte sich die Lage im Herbst und Winter 1847/48, auch das traf vor allem die Unterschichten.

Anfang 1848 hatte die Regierung vorsorglich eine Verstärkung der Polizeiorgane gefordert. Im selben Jahr kam es in Königsberg zu revolutionären Unruhen. Viele Bauern und Tagelöhner hatten geglaubt, dass nun die Güter zerschlagen und sie selber mit einigen Morgen Land bedacht würden. Auch fortschrittlich gesinnte Gutsbesitzer lebten in der Furcht, „von den infamen Bauern totgeschlagen zu werden“.¹⁰⁸¹ Dazu kam es nicht. Von der revolutionären Unruhe war in der Provinz nur wenig zu spüren. Es gab keine Barrikadenkämpfe wie in Berlin, Gewaltakte unterblieben, auch die loyale Haltung zum Königshaus blieb eine stabile Größe.

Neben die Forderung nach einer Verfassung und staatsbürgerlichen Rechten war aber auch hier der nationale Gedanke getreten. Man hatte sich immer als „deutsches Land“ gefühlt, politisch war man aber an ein „Eigenleben“ gewöhnt. Erst die Befreiungskriege hatten ein „Gesamtstaatsgefühl“ wachsen lassen, das in der friderizianischen Zeit vorbereitet worden war. Die drei preußischen Ostprovinzen Ost- und Westpreußen und Posen, die 1815 außerhalb des Deutschen Bundes geblieben waren, durften nun als neue Bundesmitglieder ihre Vertreter in das deutsche Parlament nach Frankfurt senden, von dem man als Grundlage einer Verfassung die Herstellung der Einheit Deutschlands erwartete.¹⁰⁸²

In Steinort war das „Wohlgemeinte Wahlbüchlein. Eine Ansprache an die Urwähler und Wahlmänner vom Lande, verfasst von Köster, am Jahresende 1848“, kursiert, in dem der Verfasser den Wählern empfahl: „Glaubt ja nicht, dass irgend eine Staatsverfassung in der Welt an und für sich selbst schon im Stande sei, die Menschheit frei und glücklich zu machen; der beste Ackergrund und die reinste Saat allein geben noch keine Gewähr für eine gute Ernte. Der Boden will auch fleißig bestellt sein; dazu sind gewissenhafte und treue Arbeiter von Nöten; und wie ihr keine Herde von Schweinen aufs Feld schickt, die sich freilich auch gut aufs Wühlen verstehen, um den Boden zu lockern und für die Aufnahme der Saat empfänglich zu machen, ebenso wenig sendet jene Maulwürfe in die neuen Kammern, welche nichts können und wollen, als aus Eurem Herzen die Wurzeln herausfressen, mit denen ihr an Gott, an König und Vaterland hängt! Sucht Euch Männer aus, von denen Ihr vor Gott und vor Eurem Gewissen die Überzeugung habt, dass ihr Herz warm und hingebend für das Ziel unseres Vaterlandes schlägt, und dass sie auch die Fähigkeit und die Kenntnisse besitzen, am Neubau unseres Staatenlebens wirksam mitzuarbeiten. Habt Ihr solche Männer erwählt, so mögt Ihr auch getrost auf Gottes Segen hoffen; er wird Euch

¹⁰⁸¹ Vgl. Parisius, Ludolf, Leopold Freiherr von Hoverbeck (geboren 1822, gestorben 1875). Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte, T. 1, Berlin 1898, S. 90, Anm. 31.

¹⁰⁸² Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 270. Bei Ausbruch des Krimkrieges 1854 fand der Plan Englands, Russland durch Wiederherstellung Polens zu schwächen, Anklang bei den Bundestagsgesandten. Konsequenterweise stellte der junge Abgeordnete von Bismarck namens seiner Regierung den Antrag auf Wiederausscheiden der Provinz Preußen und Posens aus dem Deutschen Bund, ebd., S. 279.

am Tag der Ernte nicht fehlen, sondern nach der Verheißung über König und Volk, über Kind und Kindeskind kommen!“¹⁰⁸³

Im „Winkel der Monarchie“ sei bereits große Aufregung, „was muss nicht erst nach der Mitte zu sein?“, schrieb Friedrich Wilhelm Farenheid am 23. Januar 1849 an Lehndorff. Täglich kämen Briefe und würden Versammlungen abgehalten. In Angerburg habe Bujack einen Vortrag gehalten mit „Bildern aus dem Volksleben“, um eine große Teilnahme von Kölmern und Bauern zu erreichen, um „ihr Vertrauen auf König und Konstitution zu stärken, indem er ihnen die letztere als einen feierlichen Kontrakt zwischen König und Volk geschildert, nach welchem die Rechte bestimmt sind, sowie die Formen, in welchen das Volk als ein Beirat zu den Ministern des Königs steht.“ Im Darkehmer Kreis habe man von Versammlungen abgesehen, da sich dort „wühlerische“ Aktivitäten gezeigt hatten. In Gumbinnen und in Königsberg hatte Lehndorff seinen Schwiegersohn Dönhoff als Abgeordneten vorgeschlagen.¹⁰⁸⁴ Nach Schultzes Lebensbild gaben alle Gutsleute Graf Lehndorff ihre Stimme, der „zu den volkstümlichen Persönlichkeiten des Landes“ gehörte. „Damals, im ‚tollen Jahr‘ beunruhigte man sich in Steinort nur um das eine, dass man etwa den Grafen gegen Angriffe, die von außen kommen sollten, schützen müsse.“¹⁰⁸⁵

Während die bürgerlichen Vertreter wie der Königsberger Universitätsprofessor Eduard Simson in Frankfurt die „nationale Seite“ der Bewegung vertraten, blieb der Adel dem „preußischen Gedanken“ ergeben. Nachdem die Wahlen zu den drei verschiedenen parlamentarischen Körperschaften, dem Vereinigten Landtag, der Preußischen Nationalversammlung und der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M., stattgefunden hatten, fand sich unter den Abgeordneten mit Theodor von Schön nur ein früherer Vertreter des „Adelsliberalismus“.¹⁰⁸⁶ Der am 10. Mai 1848 in das Frankfurter Parlament gewählte Dohna war Jurist und seit 1842 Landrat des Kreises Insterburg. Als Generallandschaftsdirektor hatte er durchgesetzt, dass in den Garantieverband der Landschaft auch bäuerliche Betriebe aufgenommen werden konnten, ein erster Schritt, dass auch kleinere Betriebe Investitionen zur Modernisierung ihrer Wirtschaft durch Anleihen finanzieren konnten. Ostpreußen war damit anderen Provinzen vorangegangen. 1846 hatte Dohna eine Denkschrift über die wirtschaftliche und soziale Lage der Provinz verfasst. Am 7. August legte er wegen Krankheit sein Mandat nieder. Trotzdem entsandten ihn seine Wähler auch 1849 und 1858 in die parlamentarische Arbeit. Die am 5. Dezember 1848 oktroyierte Verfassung erfüllte die Wünsche des Adels nach einer Verfassung, die die monarchische Stellung des Königtums sicherte.

Von den Vorgängen in Baden und der Niederschlagung der Revolution unter Beteiligung ostpreußischer Truppen erfuhr Lehndorff durch Adolf von Vischer-Ihingen. Er habe seinen Plan, zum Militär zu gehen, aufgegeben, und die Selbstverwaltung der Güter übernommen, schrieb er am 5. Oktober 1849. Er sei in Freiburg und Karlsruhe gewesen und mit Ausbruch der badischen Revolution fortgegangen. Auch auf seinen eigenen Gütern sei es „kein Vergnügen“ gewesen, „denn unter der aufgeregten Bevölkerung der Umgegend, es sind nur ein paar Stunden bis zur badischen Grenze, war man kaum mehr seines Lebens sicher, ich namentlich, da ich als Erzreaktionär bekannt war. Glücklicherweise kamen Deine Landsleute und machten dem Unwesen bald ein Ende.“¹⁰⁸⁷

¹⁰⁸³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 455, Bl. 1 ff. (Auszug).

¹⁰⁸⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 901, n. f.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Schultze, Lebensbild, S. 664. Zu den ostpreußischen Abgeordneten in der Deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt/Main 1848–1849 siehe den gleichnamigen Aufsatz von Bernhard-Maria Rosenberg, in: Preußenland 1 (1963), S. 68–71.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Dipper, Christof, Adelsliberalismus in Deutschland, in: Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 172–192, zu Ostpreußen S. 177 ff.

¹⁰⁸⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 1.

Im Herbst 1849 begleitete Carl Meinhard von Lehndorff seinen Vetter Botho Graf zu Eulenburg, zu dieser Zeit Regierungspräsident in Marienwerder, als Referendar nach Flensburg. Entsprechend den Bestimmungen des Malmöer Waffenstillstandes sollte Eulenburg Nordschleswig zusammen mit einem englischen und dänischen Kommissar ein Jahr verwalten. „Hier lernte er die Staatsverwaltung von Grund auf, und der viele Verkehr mit den Vertretern der fremden Nationen führte ihn am besten in das diplomatische Leben ein.“¹⁰⁸⁸ In der Zeit der Herbstkrise 1850 war er in Eulenburgs Auftrag in Berlin. In einem Brief an denselben vom 26. September 1850 schilderte er die brisante Lage: „Mein hiesiger Aufenthalt verlängert sich gegen meinen Wunsch, aber auf bestimmtes Verlangen von Schleinitz und Usedom. An Offiziellern werde ich wahrscheinlich nur eine Instruktion an Bunsen mitbringen, die ein starkes Licht auf die jetzige Auffassung unserer Regierung wirft; außerdem bringe ich aber verschiedene Nachrichten und lebhaftere Eindrücke, um derentwillen ich auch mit Aufgabe Basedows direkt nach Flensburg kommen werde [...]. Was ich von meinen hiesigen Erfahrungen der Post anzuvertrauen wage, ist Folgendes: Man ist der Landesverwaltung nicht grün. Man hat zwar über die inneren Maßregeln noch gar kein Urteil versucht, und man wiederholt stündlich, dass die Vorwürfe und Klagen der Presse keinen Eindruck machen; aber die Kollektiv-Noten haben sehr böses Blut gemacht. Diejenige über die preußischen Truppen hat Schleinitz förmlich erzürnt; das hat sich zwar gegeben, und er sieht täglich mehr ein, dass Sie, verehrter Herr Graf, dort unmöglich ganz dieselbe Sprache führen können als die Unterhändler und der Minister hier [...]. Aber jene Kollektiv-Noten und die Berichte, in denen Sie, verehrter Herr Graf, vom Niederwerfen der Revolution sprechen, machen zu viel Eindruck auf den König, der sie oft liest, und bereiten der Politik des Ministerium neue Schwierigkeiten bei seiner Majestät. Daher die Stimmung, die Sie auch aus der Instruktion für Bunsen heraus fühlen werden. In jedem Falle wünsche ich mir Glück dazu, dass ich zu dieser Zeit hier gewesen bin. Man ist sehr gütig gegen mich und aufmerksam auf meine Darstellung, was hier nicht immer denjenigen widerfährt, die gezwungen sind, die Schleswig-H-Angelegenheit zu urgieren, und ich wage zu hoffen, dass ich den Zweck meiner Hersendung, Aufklärungen zu geben und Nachrichten zurückzubringen, nicht verfehlen werde. Die atemlose Spannung, mit der man auf die Lösung der inneren Krisis presst, stört etwas meine Geschäfte. Ich bitte Sie, um Gottes Willen, verehrter Herr Graf, auf die Eingabe um Anfrage wegen der Ausgewiesenen nicht gereizt, sondern tatsächlich zu antworten – lieber recht kurz und unbestimmt als gereizt! Die Geldsache habe ich zur Sprache gebracht, es ist aber keine Beihilfe zu hoffen, selbstverständlich wenigstens nur auf dem Wege der Verständigung mit dem dänischen Gouvernement.“ In Berlin werde die „Vorlagenfrage“ in der Abgeordnetenversammlung am Montag entschieden, „man hofft für die Arnim-Schwerinsche Vermittlung“.¹⁰⁸⁹ In einem weiteren Brief kündigte er seine Abreise an, über das „Flensburger Geschäft“ habe der König nicht sprechen wollen.¹⁰⁹⁰

Für eine Diplomatenlaufbahn vorgesehen, wurde er im Herbst 1850 an die preußische Gesandtschaft in Wien geschickt und nahm in dieser Funktion auch an den Beratungen zum Olmützer Vertrag vom 28. bis 30. November teil. Von Wien aus wurde er im April 1851 als Attaché zur Vertretung einer vakanten Legationssekretärsstelle zur Königlich-sächsischen Gesandtschaft nach Dresden beordert. Zu seinen Aufgaben gehörte u. a. das Verfassen eines statistisch-staatswirtschaftlichen Aufsatzes über das Ländchen Vorarlberg sowie eines Aufsatzes über die

¹⁰⁸⁸ Schultze, Lebensbild, S. 650.

¹⁰⁸⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 423.

¹⁰⁹⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 423.

Vereinigung von Holland und Belgien.¹⁰⁹¹ In Dresden nahm er an der vom 23. Dezember 1850 bis 15. Mai 1851 tagenden Konferenz der deutschen Bundesstaaten teil. Zuvor hatten die Frankfurter Nationalversammlung 1848/1849 und die preußische Unionspolitik 1849/1850 versucht, aus dem deutschen Staatenbund einen Bundesstaat zu machen. Nun scheiterten in Dresden die Versuche, wenigstens eine deutsche Exekutive einzurichten, endgültig am Gegensatz zwischen Österreich und Preußen. Der Deutsche Bund wurde in seiner alten Form als Staatenbund wieder aktiviert. Die Reaktionsära setzte ein: Die deutschen Staaten machten mithilfe des Deutschen Bundes die liberalen Errungenschaften von 1848/1849 wieder rückgängig.

Anna Gräfin von Hahn

Über den alten Grafen von Hahn hatte Carl Meinhardt von Lehndorffs Großvater Ernst Ahasverus Heinrich am 19. Juni 1753 während eines Besuchs in Mecklenburg in seinem Tagebuch geschrieben: Graf von Hahn sei der „Krösus dieses Landes, der wie ein Harpagon wohnt; alle seine Baulichkeiten haben das Aussehen, als stammten sie noch aus der Zeit der Zerstörung von Jerusalem. Dieser Mann liebt nur das Geld und weiß nichts von den Freuden des Lebens. Übrigens ist Mecklenburg ein schönes Land, und der Adel erfreut sich einer großen Freiheit.“¹⁰⁹² Das Leben in Basedow mit seiner „Überfülle von allem“,¹⁰⁹³ das Anna gewohnt war, unterschied sich erheblich von der ostpreußischen Lebensart: „Der Weg von Schwinkendorf nach Basedow ist wunderhübsch, ebenso Schloss, Pfarre und Dorf ganz lieblich. [...] Da fährt eben 1 Uhr mittags Herr Graf Hahn vorbei; das solltest Du sehen: einen Vorreiter in weißer Livree, vier Pferde, vom Pferd aus gefahren, Staatsjäger mit Federbusch hinten auf, Stallmeister beim Wagen reitend. Eine Stunde später fuhr Frau Gräfin vorüber, auch mit Vorreiter in weißer Livree, der sich immer umsah, weil er nicht weiß, wohin sie fährt. Eine halbe Stunde nachher reitet die junge Comtesse Anna vorbei, ebenfalls mit einem Diener hinter sich in weißer Livree, alle mit roten Aufschlägen. [...] Pastor Werner bot an, mir das sehenswerte Schloss Basedow zu zeigen. Ich nahm es gern an, hatte meine Erwartungen hoch gespannt, aber ich muss sagen, die Pracht übertraf dieselben doch bei weitem. Nein! diese Möbel, die Kronleuchter usw. Kurz, ich kann es Euch nicht beschreiben, man muss es sehen. Ich habe in den Zimmern nichts Gewöhnliches gesehen, auch nicht im Kleinsten. Alles war fürstlich. Werner! ich war auch im Marstall, habe ein Pferde gesehen, das 7.000 Tlr. gekostet hat; dann die vielen Gewehre im Zimmer des Grafen solltest Du sehen, und viele Bilder von Pferden und die Gewinnste, welche er beim Wettrennen der Pferde gewonnen hat. Du würdest Dich wundern, und wenn Du die Reitbahn sähest und die 4 kleinen Kanonen auf dem Schlosshof; wärest Du doch mal hier und sähest das Gewächshaus mit dem Springbrunnen, und den Rittersaal im Schloss, wo die eine Wand aus lauter Gemälden besteht, und die andere aus lauter Fenstern mit Samtvorhängen. Der ganze Saal soll 40.000 Tlr. gekostet haben. [...] Ein kleines Eckzimmer ist im Schloss mit kleinen Möbeln und Sachen, das hat die Gräfin Anna als Kind bewohnt. Das ist ganz allerliebste.“¹⁰⁹⁴

¹⁰⁹¹ Fragmente in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 556.

¹⁰⁹² Vgl. Schmidt-Lötzen, Tagebücher, S. 80.

¹⁰⁹³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52 (22. Februar 1855).

¹⁰⁹⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52 (Pastorin Volkening an ihren Sohn Werner, 25. April 1852).

Mit der Heirat seiner Cousine Anna auf Schloss Basedow am 16. September 1852 heiratete Carl Meinhard in eine sehr begüterte alte mecklenburgische Adelsfamilie.¹⁰⁹⁵ Die Hahns waren ausgesprochen konservativ und monarchietreu, Gräfin von Hahn zudem sehr religiös. Als Graf und Gräfin Hahn 1849 aus Italien zurückkehrend Basedow erreichten, wurden sie an der Grenze ihres Gebietes mit dem Choral „Nun danket alle Gott“ und Kanonendonner begrüßt. Die alte Gräfin soll dabei geäußert haben, wenn die eingeführte Verfassung nicht widerrufen werde, sei sie gezwungen, das Land für immer zu verlassen.¹⁰⁹⁶ Um den Beweis zu geben, „dass man noch die alte Ehrfurcht vor der Herrschaft nicht vergessen habe“, „dass man die Demokratie verabscheue“ und „man fürder nur in alleruntertänigster Demut vor seinen hohen Vorgesetzten leben und sterben wolle“, spannten sich die Inspektoren der Basedowschen Güter vor die gräfliche Kutsche und zogen diese in den Schlosshof.¹⁰⁹⁷ Mit diesem Wertekanon war die Tochter aufgewachsen.

Die Hochzeitsfeierlichkeiten in Basedow erstreckten sich über sechs Tage und begannen mit einem „Kranzwinde-Abend“ vor dem eigentlichen Hochzeitstag. 19 Programmpunkte umfasste der Tag, an dem die Landleute, Schulkinder und Schlossangestellten Gelegenheit hatten, die Braut zu verabschieden. Der eigentliche Hochzeitstag begann mit Chorälen und Andachten. Nach der Trauungszeremonie in der Kirche, der Tafel und einem Aufzug der Schützen hatten die Pächter, Beamten und die Malchiner bei einem Zug durchs Dorf Gelegenheit zur Gratulation. Die wertvolle Hirschberger Bibel, die bei der Trauung Verwendung fand, hatte die Mutter des Bräutigams zur Hochzeit geschenkt und selbstgedichtete Verse hineingeschrieben.¹⁰⁹⁸ Die folgenden vier Tage nach der Hochzeit waren angefüllt mit Gottesdiensten, einem Pferderennen als Volksbelustigung und einem Besuch in Faulenrost.¹⁰⁹⁹ Auf die Anwesenheit von Pauline Gräfin Dönhoff, der Schwester bzw. künftigen Schwägerin, und ihres Ehemanns August musste das Paar verzichten. In Friedrichstein hatte sich Königsbesuch angekündigt. „Wenn auch vielleicht die physische Möglichkeit vorhanden wäre, zwischen dem 15. und 23. die Reise von Basedow hierher zu machen, so erfordert doch ein Königsbesuch so viele Vorbereitungen, dass man nicht daran denken kann, so kurz vorher eine längere Abwesenheit zu machen, indem gerade in der letzten Zeit vor diesem Ereignis so vieles zu bedenken, anzuordnen und auszuführen ist, was die persönliche Anwesenheit dringend erfordert, zumal in einem Hause, welches nicht gerade auf den Basedower Zuschnitt montiert ist“, schrieb Pauline bedauernd am 21. August 1852. Auch die Anwesenheit des alten Grafen von Lehndorff in Basedow war ungewiss. „Vor zwei Monaten, als er bei uns war, schien er ganz entschlossen, sofern ihn alsdann seine Gesundheit nicht daran verhinderte, der liebenswürdigen Einladung Deiner verehrten Eltern folgend, nach Basedow zu reisen, um der Hochzeit seines geliebten ältesten Sohnes beizuwohnen und Euch, seinen teuren Kindern, in der feierlichen Stunde seine alten Vaterhände segnend aufs Haupt zu legen.“ Man fürchtete aber, „dass auch über seinem Haupte und Hause die Möglichkeit eines königlichen Besuchs schwebt.“¹¹⁰⁰

¹⁰⁹⁵ http://www.angerburg.com/rosengarten_kirchenchronik.htm [21.12.2016]. Vgl. Hahn von Burgsdorff, Clemens Graf, Das Geschlecht der Hahns und ihr Stammsitz Basedow, in: Burgen, Schlösser, Gutshäuser in Mecklenburg-Vorpommern, Stuttgart 1992.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Parchimsche Zeitung vom 25. Oktober 1849, zit. in: Niederdeutsches Jahrbuch. Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung 39 (1913), S. 17–23, hier S. 17.

¹⁰⁹⁷ Vgl. Teterower Zeitung vom 30. Oktober 1849, zit. in: Niederdeutsches Jahrbuch 39 (1913), S. 17 f.

¹⁰⁹⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52 (22. Februar 1855).

¹⁰⁹⁹ Vgl. Niederdeutsches Jahrbuch 39 (1913), S. 18–20.

¹¹⁰⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 1–6.

Vor der Eheschließung hatte Carl Meinhard noch sein drittes diplomatisches Staatsexamen zu bestehen, erst danach durfte er sich „seines bräutlichen Glücks freuen und dem Ziel seiner Wünsche festen und stolzen Schrittes entgegen gehen. Er muss erst schwere Prüfungen siegreich bestehen, um sich seine Braut zu erringen, wie in den alten romantischen Zeiten des Rittertums!“, schrieb Pauline. Nach der Hochzeit wollten die Neuvermählten nach Preußen reisen, damit Anna Steinort und Friedrichstein und die Verwandten kennenlerne. „Ich hoffe, Ihr werdet es so einrichten können, dass Ihr vor dem 23. September hier sein (könnt), um uns den König empfangen zu helfen; es wäre zugleich eine so passende Gelegenheit, Dich ihm als seine neue Untertanin vorzustellen und – und wenn ich auch nicht glaube, dass die Eitelkeit zu meinen hervorragenden Fehlern gehört, so will ich Dir doch im engsten Vertrauen gestehen, dass ich nicht wenig eitel auf diese neue preußische Untertanin, respektive Schwägerin bin.“¹¹⁰¹

Auf eine weitere Eheschließung zwischen den Familien von Hahn und von Lehndorff hofften die Basedower vergeblich. 1853 hatten sie Magdalena von Lehndorff, die jüngere Schwester Carl Meinhard's, anlässlich einer Taufe in Basedow kennengelernt. Nach einem längeren Aufenthalt in King's College in England und bei der Schlippenbachschen Familie kam sie im Dezember 1856 anlässlich des Geburtstages der Gräfin Hahn erneut nach Basedow. Cuno von Hahn, der Bruder Annas, nutzte die Gelegenheit, um um die Hand von Magdalena anzuhalten. Die Gräfin Hahn-Hahn, geschiedene Frau des Grafen Friedrich von Hahn, Schriftstellerin, elitär-aristokratisch und zum Katholizismus konvertiert, befürwortete die Verbindung, alle Lehndorffs waren dagegen. In einer Unterredung hatte Magdalena Cuno von Hahn „auseinandergesetzt, dass das nie und nimmer sein könne.“¹¹⁰² Cuno heiratete 1857 Editha Gräfin von Wartensleben, Annas Bruder Max ehelichte 1862 Emmy Gräfin zu Eulenburg.¹¹⁰³ Somit war man zwar nicht direkt, aber irgendwie doch verwandt. Magdalena heiratete 1858 den Premierleutnant Gustav Graf von Borcke, Fideikommissherr zu Stargordt und Schlosshauptmann zu Stettin. Borcke war Mitglied des preußischen Herrenhauses auf Lebenszeit.¹¹⁰⁴

War es die Herkunft aus dem alten begüterten mecklenburgischen Geschlecht, die Anna neben ihrem stark ausgeprägten Standesbewusstsein auch zu Ansätzen von „Adelsdünkel“ verleitete? Heinz Reif konstatiert, dass insbesondere die Verlierer des Elitenwandels verstärkten Wert auf den „Primat der Lebensführung“ legten, um ihren gesellschaftlichen Status zu schützen. Ob hieran festzumachen ist, dass es den Lehndorffs zu diesem Zeitpunkt nicht vollständig gelungen war, „sich in den neuen Systemen von Politik oder Agrarökonomie an führender Stelle zu positionieren“, ist angesichts des stark verschuldete Gutes mit „ja“, in Hinblick auf die noch immer einflussreiche gesellschaftlichen Stellung mit „nein“ zu beantworten.

¹¹⁰¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 1–6.

¹¹⁰² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52 (7. Dezember 1856).

¹¹⁰³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52. Pastorin Rische, die in enger Verbindung zu den Hahns und zu Pauline von Lehndorff stand, schrieb am 7. Dezember 1857: „Wie die Schlippenbachs zu dieser Verbindung stehen, ist mir nicht klar. Exzellenz schien die letzten Male, als ich sie sah, sehr gedrückt zu sein.“ Der alte Graf sei sehr glücklich und habe Schmuck für die Braut ausgesucht, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 317, Bl. 52.

¹¹⁰⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52 (3. August 1853). Anna von Lehndorff hatte mütterlicherseits durch die Schlippenbachs sowie über die Verbindung Hahn-Kuchelmiss eine Vielzahl von Verwandten in England und Irland, z. B. in Sallingen, St. Leonards-on-Sea und Oxford. Paula von Dönhoff hoffte, dass die junge Gräfin aus England mit „etwas gemilderten Ansichten“ zurückkehre, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 13–18 (23. Oktober 1856).

Anna von Hahn war eine sehr vielschichtige Persönlichkeit. Die Verantwortung für den Nächsten und die Allgemeinheit hatte sie sich zum Lebensinhalt gemacht.¹¹⁰⁵ In ihr personifizierte sich adliges soziales und religiöses Engagement. Sie wirkte für die Förderung des (Real-)Schulwesens, für die Etablierung von „Feierabendheimen“, von Armen-, Siechen- und Waisenhäusern, für Krankenpflege und Hilfsmissionen und wurde während des Krieges 1870/71 für die Pflege von Verwundeten tätig. In ihrem sozialen Engagement fand sie die Unterstützung ihres Ehemannes, der wie seine Vorfahren Johanniterordensritter war und die Heil- und Pflgeanstalt für Epileptiker in Carlsburg bei Rastenburg unterstützte.¹¹⁰⁶ Annas Engagement für die Lehndorffsche Familiengeschichte, ihr reger Austausch mit Archivaren, Historikern und Genealogen sei hier nur erwähnt.¹¹⁰⁷ Von ihrem Verwandten Albert Graf von Schlippenbach wissen wir, dass er sich durch Vorträge, wissenschaftliche Artikel und Korrespondenz aktiv am Uckermärkischen Geschichtsverein beteiligte. Auch Annas Ehemann Carl Meinhard war Mitglied im Verein für die Geschichte Ost- und Westpreußens. Diese historischen Gesellschaften und Vereine sahen ihre Aufgabe vor allem darin, Vorarbeiten im Sammeln von Altertümern und in der Erforschung der lokalen Geschichte zu leisten. Hosäus' und Schultzes Arbeiten gehen ebenso wie die Veröffentlichung der Kammerherren-Tagebücher auf Anna von Lehndorff zurück. Dieses Engagement hatte auch eine Kehrseite. Dem Auftrag zu familiengeschichtlichen Arbeiten folgte eine Vor-Auswahl des von ihr für wichtig gehaltenen Materials, das Schattenseiten der Familiengeschichte ausklammerte. Mit der Mythenbildung um den Familienursprung, für den Anna den Archivar George Adalbert von Mülverstedt heranzog, verfolgte sie ein bestimmtes Ziel: den Nachweis einer auf die Zeit vor 1400 zurückgehenden uradligen Abstammung. Mülverstedt, der sich geehrt fühlte, „die Geschichte eines so alten, ehrwürdigen, durch eine Menge der verdienstvollsten Persönlichkeiten reich gesegneten Geschlechts aufzuhellen“, ließ sich dabei möglicherweise gern von Anna für diesen Zweck instrumentalisieren.¹¹⁰⁸ Ihr unbestrittener Verdienst ist, die Familienbibliothek durch zahlreiche Werke des 19. Jahrhunderts zur preußischen, deutschen und Weltgeschichte vervollständigt zu haben, darunter Literatur von Raumer, Ranke und Droysen, Rottecks Allgemeine Geschichte, Boettigers Geschichte des deutschen Volkes, Menzels Geschichte der Deutschen, Zimmermanns Preußische Geschichte, Dahlmanns Geschichte der französischen Revolution oder Dittmars Geschichte der Welt und vieles andere mehr.¹¹⁰⁹ Möglicherweise kann man sogar von einer seit dem 18. Jahrhundert zusammengetragenen „Preußensammlung“ sprechen. In der Bibliothek gab es verschiedene, mit Widmungen für die Bibliothek in Steinort versehene Manuskripte wie Lucak's Der Staat von Preußen (Manuskript 1736) oder Beiträge zur Kunde Preußens (Königsberg 1819). Die Bände 2 bis 5 sind heute ebenso als Depositum im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg wie Johann Heinrich Voß' Geschichte der Teutschen für Schulen und den Selbstunterricht (Elberfeld 1819), Johannes Voigts Geschichte der Eidechsen-Gesellschaft

¹¹⁰⁵ Noch 1959 attestierte Hans-Joachim von Merkat dem Adel dieses Gefühl der Verantwortung, das ihm historisch aus „alten Schutz- und Gefolgschaftsverhältnissen“ erwachsen sei, und Alexander Fürst zu Dohna formulierte 1960: „Wir haben nicht mehr Verantwortung zu tragen als die anderen Menschen – aber man erwartet mehr von uns.“, zit. nach: Seelig, Alltagsadel, S. 222, 245.

¹¹⁰⁶ StA L, Bestand 21950, Nr. 84. Am 6. März 1939 wurden die 1882 gegründeten Carlshöfer Anstalten von der Gestapo aufgelöst und in das Eigentum der Provinzialverwaltung überführt. Die Anstalt für Epileptiker wurde im Jahr darauf geschlossen, ein großer Teil der Patienten fiel dem nationalsozialistischen Euthanasieprogramm zum Opfer, vgl. Neumärker, Uwe/Conrad, Robert/Woywodt, Cord, Wolfsschanze. Hitlers Machtzentrale im Zweiten Weltkrieg, Berlin 2000, S. 202 f., Anm. 17.

¹¹⁰⁷ Dieses Thema wird in einem separaten Aufsatz im Herold-Jahrbuch 2020 ausgeführt.

¹¹⁰⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 425 (Mülverstedt an Lehndorff, 3. Mai 1856). Nach genealogischer Unterscheidung gehörten alle nach 1400 nobilitierten Familien zur Gruppe des niederen und nicht titulierten „neuen“ Adels.

¹¹⁰⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 471, Bl. 1.

in Preußen (Königsberg 1823) oder Thomas Carlyles Friedrich der Große (Berlin 1905). Das „jüngste“ Buch dieser Sammlung, erworben von Annas Schwager Heinrich, ist: Unter vier Augen mit Napoleon. Denkwürdigkeiten des Generals Coulaincourt in der Übersetzung von Friedrich Matthaesius (Bielefeld/Leipzig 1937). Anna Lehdorff erwarb neben den „Prussica“ auch die mehrbändigen *Scripores rerum prussicarum* für Steinort; Werke der pommerschen Geschichte ließ sie sich für Auszüge bei dem Berliner Buchhändler Joseph Stargard.¹¹¹⁰ Zahlreiche antiquarisch erworbene Titel kamen aus der Buchhandlung Rudolphi in Hamburg, aus der Buch- und Landkarten-Handlung Gräfe & Unzer in Königsberg und von weiteren Buchhändlern in Angerburg und Berlin.¹¹¹¹ Auch Hosäus' Reise mit den Hahn-Söhnen quer durch Europa nutzte sie für den Erwerb antiquarischer Bücher. Der finanzielle Rahmen war jedoch nicht unbegrenzt. Der Erwerb eines mächtigen Quartbandes mit 28 Wappentafeln auf der „Kochschen Bibliographischen Auktion“ in Paris für 10 Fr. lag jedoch im Budget.¹¹¹² Gern ließ Anna auch befreundeten Familien Bücher über deren Familiengeschichte zukommen. Helene Gräfin von Schlieben erhielt bei ihrem Besuch in Steinort 1881 das fast hundert Jahre zuvor erschienene Buch von Martin Ernst von Schlieben „Nachricht von einigen Häusern des Geschlechts der von Schlieffen oder Schlieben vor Alters Sliwin oder Sliwingen“ (1784) als Geschenk und dankte: „Mir ist, als hätte ich Ihnen nicht zur Hälfte genügend gedankt! Sie haben es uns angetan durch Ihre Güte, und froh aßen wir gestern auf Ihre Gesundheit die zwei Fasanen, von deren geheimnisvollem Dasein in unserm Wappen ich erst in der letzten Stunde in Steinort hörte.“¹¹¹³ Bücher wurden auch an die Schule und die Kirche in Rosengarten ausgeliehen. Ihre „geistige Nahrung“ zogen die Lehndorffs aber auch aus einer Vielzahl abonniertes Zeitungen. Neben großen Tageszeitungen wie der Kreuzzeitung, dem Reichsboten, der Königsberger Hartungschens Zeitung und der Königsberger Allgemeine Zeitung, waren dies die Norddeutsche Allgemeine, die Ostpreußische Zeitung und der Stadt- und Landbote für Ostpreußen, der Preußischer Volksfreund, das Angerburger und Rastenburger Kreisblatt, aber auch die Gartenlaube (nach deren Verbot Daheim) oder Über Land und Meer. Auch Unterhaltungsliteratur und die in sogenannten Gutsromanen stilisierte „Agrarromantik“ waren nicht verpönt. Bevorzugte Autoren waren Luise Mühlbach, Ida Gräfin Hahn-Hahn, Georg Hesekei, den Fedor von Zobeltitz einmal als „Dichter des preußischen Junkertums“ bezeichnete, da seine Romane vor allem im adlig-preußischen Milieu spielten und am besten den Geschmack des Landadels trafen, der sich in den Werken gewürdigt und legitimiert sah.¹¹¹⁴

Die Malerei, insbesondere die Landschaftsmalerei, spielte eine große Rolle im Leben Annas. Auch andere Adlige wie die Grafen Stanislaus und Leopold von Kalkreuth engagierten sich für das Kunstleben der Provinz. Der Einfluss des letzteren auf die Weimarer Malerschule trug dazu bei, dass die realistische Landschaftsmalerei in Deutschland internationalen Ruf erlangte. Anna war Mitglied im Verein der Berliner Künstlerinnen und stand mit verschiedenen Maler(innen) wie Agnes von Weiss, Ida Brückhändler, Blanca von Hagen und Lorenz Vogel im brieflichen und persönlichen Kontakt. Viele erhielten Einladungen nach Steinort oder nach Gastein. Die Unterstützung reichte von finanziellen Hilfen über Naturalien bis hin zur Vergabe von Auftragswerken. 1876 schuf die Genre- und Porträtmalerin Blanka von Hagen u. a. ein Porträt von Anna Tochter Agnes; zwei Jahre später

¹¹¹⁰ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 152, Bl. 42.

¹¹¹¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 152, 262.

¹¹¹² APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 317, Bl. 43–43v.

¹¹¹³ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 514, Bl. 1–2. Vgl. Platen, Zur Geschichte der reichsgräflichen Familie von Schlieben, S. 50–62 und Tafel XV.

¹¹¹⁴ Vgl. Zobeltitz, Fedor von, Ich habe so gern gelebt. Die Lebenserinnerungen, Berlin 1934, S. 173; Brunner, Stellung des ostelbischen Adels zu Kultur, Wissenschaft und Kunst, S. 173.

interessierte sich Anna für historische und biblische Bilder, die Motive für die eigene Kunstsammlung geben könnten.¹¹¹⁵ Der Münchner Maler Lorenz Vogel, der auch für das Haus Wittelsbach tätig war, schuf 1891 ein Bild Anna Lehdorffs, das er in München und Berlin ausstellte und von dem auch eine Fotografie angefertigt worden war.¹¹¹⁶ Anna Lehdorff kannte auch die Landschaftsmalerin Lina von Perbandt, die 1887 in Düsseldorf lebte. Als sich Frau von Wrangel, nach Perbandts Urteil „gutmütig, leichtsinnig im Geldpunkte und vergnügungssüchtig“, in Düsseldorf niederlassen wollte, holte Perbandt sich Auskünfte über sie bei Anna als deren „Nachbarin“ ein. Wie private „Netzwerke“ im 19. Jahrhundert funktionierten, macht deren Satz, sie sei eine Ostpreußin, so hätte Wrangel klar sein müssen, dass deren Verhältnisse ihr nicht unbekannt bleiben würden, deutlich.¹¹¹⁷ Auch die Malerin Blanka von Wobeser, die sich auch als Reitlehrerin einen Namen gemacht hatte, war mit Anna von Lehdorff bekannt.¹¹¹⁸ Ob Anna Lehdorff daran beteiligt war, dass Kaiser Wilhelm deren Gemälde „Heimkehr nach der Messe“ erwarb, muss derzeit noch offen bleiben.¹¹¹⁹ Gern steuerte sie jedoch auf die Bitte des 1874 zum Direktor der Nationalgalerie in Berlin berufenen Geheimen Oberregierungsrats Max Jordan das von dem 1872 verstorbenen berühmten Porträtmaler Eduard Magnus geschaffene Gemälde „Bildnis der Frau Gräfin Lehdorff“ zur großen Jubiläumsausstellung der Königlichen Akademie der Künste vom Mai bis Oktober 1886 in Berlin bei.¹¹²⁰ Jordan dankte für die „Darlehung eines Werkes, welches eine ganz besondere Zierde unserer Ausstellung bilden wird, da dasselbe den verewigten Meister auf das Vorteilhafteste vertritt und dessen Erscheinung bei allen, welche es kennen, in bewundernder Erinnerung lebt.“ Für den Transport war das Gemälde bei der „Fortuna“ hoch versichert worden.¹¹²¹

Annas soziales Engagement erstreckte sich aber auch auf die unmittelbare Familie. Carl Meinhardt von Lehdorff verpflichtete sich 1865 zur Aufnahme und Unterstützung seines Schwagers Werner von Hahn, den er auch davor bereits durch Zahlungen unterstützt hatte. Ob damit eigene finanzielle Interessen verfolgt wurden, bleibt zu hinterfragen.¹¹²² Cuno von Hahn hatte bei dem Tod des alten Grafen Hahn das Fideikommiss Basedow übernommen. Die Brüder Max und Werner waren noch minderjährig. Werner hatte das Gut Faulenrost und das Gut Rittermannshagen erhalten, Max die Güter Grabowhöfe, Baumgarten, Panschenhagen, Kuchelmiss und Hinzenhagen. Beide standen anscheinend unter der Kuratel der Schwester, die deren Erbschafts-Kapital von 60.000 Rtlr. zu verwalten hatte.¹¹²³

¹¹¹⁵ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 521, Bl. 43–44.

¹¹¹⁶ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 323, Bl. 26–27v. Seit Erfindung der Fotografie wurde es üblich, familiäre und gesellschaftliche Verbindungen auch in Form von Fotografien der Nachwelt zu überliefern. Im Museum in Olsztyn befindet sich ein ledergebundenes Album mit dem Exlibris Arthur von der Groeben mit mehreren hundert kleinen Fotografien aus Ateliers in Königberg, Berlin, Danzig, Paris, Wien und Breslau, darunter auch der Familie Lehdorff, so Wrobléwska, Kamila, Bau- und Kunstwerke haben auch ihr Schicksal, in: Eulenburg, Adelheid Gräfin/Engels, Hans, Ostpreußische Gutshäuser in Polen. Gegenwart und Erinnerung, 2. überarb. Aufl., München 1995, S. 69–82, hier S. 73.

¹¹¹⁷ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 506, Bl. 17–18v.

¹¹¹⁸ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 323, Bl. 28–29.

¹¹¹⁹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 489, Bl. 5–6v; https://de.wikipedia.org/wiki/Blanca_von_Hagen [14.11.2019].

¹¹²⁰ Vgl. Illustrierter Katalog der Jubiläums-Ausstellung der Königlichen Akademie der Künste zu Berlin 1866, bearb. von Ludwig Pietsch, München 1886.

¹¹²¹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 152, Bl. 104–105v; https://de.wikipedia.org/wiki/Eduard_Magnus [14.11.2019].

¹¹²² APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 117, 407; Nr. 299: Übersicht der von deutschen Regierungen resp. Vormundschaftsbehörden vorgeschriebenen oder zugelassenen Beleihungsgrenzen für Mündelgelder, 1876.

¹¹²³ GSTA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 11.

Königsbesuche und Verbindungen zum Hof

1845 bereiste Friedrich Wilhelm IV. die Provinz Preußen. Am 2. Juni hatte er sein Nachtquartier wie seine Vorgänger in Dönhoffstädt genommen, am folgenden Tag war er über Rastenburg, Sensburg und Rhein nach Lötzen gereist und hatte sich in der dortigen Festung einquartiert. Am Folgetag erfolgte die Weiterreise über Arys, Johannsburg und Lyck.¹¹²⁴ Bei der folgenden Monarchenreise im Sommer 1851 wurde auch Steinort die Ehre eines kurzen Königsbesuchs zuteil. Nachdem der König nach den Truppenbesichtigungen am 29. Juli bei Graf Dohna in Schlobitten und am 30. Juli im Schloss in Allenstein genächtigt hatte, kam er am 31. Juli über Seeburg, Röbel und Rastenburg nach Lötzen. Von hier besuchte er am 1. August mit dem Schiff für wenige Stunden Steinort, bevor er die Reise nach Königsberg fortsetzte.¹¹²⁵

Bei der Reise nach Preußen im Sommer 1854 vermied der König es zwar, mit Ausnahme des Schlosses des Grafen von Kanitz in Podangen als Ersatz für einen Gasthof in Liebstadt, in den ostpreußischen Schlössern zu nächtigen, besuchte aber die berühmte Kunstsammlung des Rittergutsbesitzers Fritz von Farenheid in Beynunden, die, wie Farenheid später an Anna von Lehndorff schrieb, „zuerst im kleinen, schüchternen“ entstanden war, „denn niemand wollte sich derselben freuen, dann endlich mit erneutem Mute [...] Werke der Christen und Römer bis hinab zu der Renaissance der Italiener, Werke verschiedenster Epochen [...] der Menschengeister [...] in schöner Harmonie“ vereinte.“¹¹²⁶

Auch Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich III., besuchte auf seiner Reise durch Preußen vom 10. bis 20. Juni 1855 neben Dönhoffstädt und Schlodien Steinort, nächtigte hier vom 13. zum 14. Juni, und hoffte bei seiner Reise nach Preußen im Juni 1858 Steinort seiner Gemahlin zeigen zu können.¹¹²⁷ Sein Vater, Friedrich Wilhelm IV., beschränkte sich 1856 bei dem gemeinsam abgestatteten Besuch allerdings auf Schlobitten, Schlodien, Carwinden und Dönhoffstädt.¹¹²⁸ Prinz Albrecht, der im Herbst nach Ostpreußen kam, besuchte möglicherweise kurz entschlossen Steinort. Ziele waren eigentlich das Gestüt in Trakehnen und die Feierlichkeiten zur Begrüßung der landwirtschaftlichen Versammlung in Johannsburg am 6. September 1856, zu der Albert Freiherr von Rheinbabens den König eingeladen hatte.¹¹²⁹ Mit Prinz Albrecht verband die Lehndorffs die Vorliebe für Baumeister Schinkel und den neugotischen Stil, 1860 wurden zwischen Kamenz und Steinort Fotografien ausgetauscht.¹¹³⁰ Bei dem Fest der Provinz mit 4.000 Gästen auf dem Mitteltragheim, das die Stände der Provinz Preußen am 16. Oktober für König Wilhelm I. anlässlich der bevorstehenden Krönung in der Königsberger Schlosskirche veranstalteten, übernahm Carl Meinhard von Lehndorff auf Wunsch der Stände die Aufgabe eines „Festmarschalls“, und als sich Wilhelm I. in der Schlosskirche die preußische Königskrone aufsetzte, gehörte Lehndorff als Mitglied des Abgeordnetenhauses zu den geladenen Gästen. 1862 wurde ihm als Erinnerung

¹¹²⁴ Vgl. Huch, *Zwischen Ehrenpforte und Inkognito*, Bd. 2, S. 930 ff.

¹¹²⁵ Vgl. Schultze, *Lebensbild*, S. 663.

¹¹²⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 513, Bl. 1–2v. Die Gründe benennt die von Gottfried Schulz verfasste Denkschrift: *Masuren's Gruß und Dank an unsern Allernädigsten König und Herrn Friedrich Wilhelm IV. Majestät bei Allerhöchstdessen Anwesenheit in Johannsburg, am 19. Juni 1854*. Der Untertitel lautete: *Zugleich ein Wort über Masurens Zustände und ihre Verbesserung (Johannsburg 1854)*.

¹¹²⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 431; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 25–26v (Fragment).

¹¹²⁸ Vgl. Foelsch, *Schlodien & Carwinden*, S. 62 f.

¹¹²⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 430/1; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 152, Bl. 2–3.

¹¹³⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 430/2 (v. Schattow an Lehndorff, 9. Juli 1860). Schloss Kamenz war nach dem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel in neugotischem Stil für die Prinzessin Marianne von Preußen und ihren Ehemann Prinz Albrecht von Preußen als ländliche Residenz erbaut worden.

daran die „Krönungs-Medaille am Bande“ verliehen, die er künftig nach dem Statut auf der linken Seite der Brust an einem 1 1/8 Zoll breiten orangefarbenen Band tragen durfte.¹¹³¹

Im Juni 1863 stand mit dem Kronprinzenpaar erneut hoher Besuch in Steinort an, der mit der „Danziger Rede“ des Kronprinzen in die Geschichtsbücher einging. Kurz zuvor hatte Otto von Bismarck, den Wilhelm I. im Streit mit dem Abgeordnetenhaus wegen der Reorganisation des Heeres 1862 zum Ministerpräsidenten und Außenminister berufen hatte, durch das Zusammengehen mit Russland auf Grund der Alvenslebenschens Konvention (7. Februar 1863) das Übergreifen des polnischen Aufstandes vom russischen Polen nach den preußischen Landesteilen verhindert.¹¹³² Mitten im Konflikt, am 31. Mai 1863, hatte der Kronprinz eine militärische Inspektionsreise nach Westpreußen angetreten, am 1. Juni erschien die Verordnung über die Aufhebung der Pressefreiheit. Noch vor seiner Reise hatte der Kronprinz seinen Vater schriftlich gebeten, jede Oktroyierung zu vermeiden. Nach dem Presseerlass bedauerte er in einem Schreiben an den König vom 4. Juni die Maßregel der Regierung und teilte auch Bismarck seinen Einspruch mit. Am 5. Juni wurde er in Danzig von Oberbürgermeister Winter, einem „überzeugten Liberalen“, empfangen, der ihn im Rathaus öffentlich begrüßte. In seiner Rede bedauerte Winter, „dass es die Verhältnisse nicht gestatten, der Freude der Stadt ihren vollen lauten Ausdruck zu geben“. Darauf hatte der Kronprinz entgegnet: „Auch ich beklage, dass ich in einer Zeit hergekommen bin, in welcher zwischen Regierung und Volk ein Zerwürfnis eingetreten ist, welches zu erfahren mich in hohem Grade überrascht hat. Ich habe von den Anordnungen, die dazu geführt haben, nichts gewusst. Ich war abwesend. Ich habe keinen Teil an den Ratschlägen gehabt, die dazu geführt haben. Aber wir alle und ich am meisten, der ich die edlen und landesväterlichen Intentionen und hochherzigen Gesinnungen Seiner Majestät des Königs am besten kenne, wir alle haben die Zuversicht, dass Preußen unter dem Zepter Seiner Majestät des Königs der Größe sicher entgegengeht, die ihm die Vorsehung bestimmt hat.“¹¹³³

Gleich nach der „Danziger Rede“ hatte Lehdorff an Otto von Bismarck über den Eindruck geschrieben, den die Reise in der Provinz bisher hinterlassen habe: „Dass dieselbe, die von der segensreichsten Wirkung hätte werden können, durch den Besuch bei Winter und die Rede in Danzig in das Gegenteil umgeschlagen ist, wissen Sie natürlich besser, als ich es Ihnen sagen kann; aber wenn auch der Schaden kaum wieder gut gemacht werden kann, so kann doch der Eindruck gemildert werden, wenn während des Rests der Fahrt S. K. H. eine Haltung vermeiden wollten, die zum Encouragement der Fortschrittspartei gereicht. Es versteht sich von selbst, dass ein direktes Zurückrudern auf die Danziger Rede, etwa in Gumbinnen, mit der Erklärung, es sei ein entschiedenes Missverständnis, dass S. K. H. die Maßregeln missbillige, von denen Er gesagt, dass Er sie damals nicht gekannt habe – er sei einig mit der Regierung pp – für die hiesige Lage das Zweckmäßigste wäre, ob dies aber, nach allgemeinen Rücksichten, S. K. H. zugemutet werden kann, steht mir nicht zu, zu beurteilen, auch weiß ich nicht, was Lucadou mitgebracht hat. Dass schon in Schlobitten eine erste Allerhöchste Missbilligung eingetroffen, glaubt man, aber dem größeren Publikum macht das nicht hinreichenden Eindruck.“¹¹³⁴ Jedenfalls aber möchte doch für den Rest der Reise eine entschiedene, der Umgebung bekannte Allerhöchste Instruktion ergehen. Die

¹¹³¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 555 (Einladung des Innenministers, 19. September 1861; Urkunde).

¹¹³² Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 279.

¹¹³³ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher von 1848–1866. Mit einer Einleitung und Ergänzungen hrsg. von Heinrich Otto Meisner, Leipzig 1929, S. S. 198.

¹¹³⁴ Am 7. Juni war das Kronprinzenpaar von Danzig über Marienburg nach Schlobitten gereist. Bei der Abreise von Danzig traf die Missbilligung des Königs ein, vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 199.

militärische Umgebung, politisch korrekt gesinnt, kann gegenwärtig gar nichts bei S. K. H. durchsetzen. Mit einer Instruktion würde es gehen! Es ist z. B. fortan den 1. eine Reise von Insterburg nach Luisenfelde, contre vent et marée, 3 Meilen abseits der Tour, befohlen! Saucken, wie Sie wissen, kein ganzer Fortschrittsmann, ist durch die alten Sachen für die ganze liberale Partei der Provinz! Er hat den Prinzen nicht eingeladen, sondern S. K. H. sich privat angesagt. Er bewohnt ein Bauernhäuschen in christlicher Gegend. Er ist Vorstand des Landwirtschaftlichen Vereins, der vor einigen Tagen ablehnte, den Kronprinzen, seinen Protektor und Wohltäter, zu begrüßen, und ist es geblieben; das alles weiß jedermann von hier; kurz, dieser Besuch in Luisenfelde ist gewiss ein Koller, und wird hier entschieden als Demonstration angesehen. Suchen Ew. Exzellenz ihn um alles in der Welt zu verhindern. Der sehr brave Sperber – Kleszowen, konservativ, der bei eben erwähntem Vorgang im Landwirtschaftlichen Verein sofort austrat, bemühte sich vergebens aufs Dringendste um einen höchsten Besuch. – I. I. K. K. H. unterhielten sich entschieden freundlicher und vertraulicher mit Liberalen als mit Konservativen: Kurz, diese Reise wird, fürchte ich, der Regierung keine Wirkung bringen! Ach, verehrte Exzellenz, suchen Sie vor allem jetzt das Herz und den Geist des Thronerben zu gewinnen, sonst arbeiten Sie (und wir alle an unserem bescheidenen Teil) sowohl für die Gegenwart umsonst – als wir selbst bei gegenwärtigem Gelingen, doch die nahe Zertrümmerung des Königtums in Preußen nicht abwenden würden. Einen Rückfall in eine dritte Neue Ära übersteht unsere politische und soziale Konstitution nicht. Vor allem tut aber jetzt eine entschieden weise Instruktion Not.“¹¹³⁵ Nach Besuchen bei den Dohnas in Schlobitten, den Dönhoffs in Friedrichstein und den Keyserlingks in Rautenburg traf das Kronprinzenpaar am 17. Juni in Insterburg ein. Die Kronprinzessin begab sich von dort nach Steinort, der Kronprinz folgte nach den Truppenbesichtigungen am Nachmittag des 19. Juni. „Graf Lehndorff erwartete mich diesseits des Sees und setzte mich über. Gräfin Lehndorff empfing mich im Puder-Marquisenkostüm!“, notierte Friedrich III. in seinem Tagebuch. Auf die Truppenbesichtigung in Lötzen am 20. Juni folgte ein Ruhetag in Steinort: „Kirche in Rosengarten; schwülstige Ansprache des Geistlichen, schwülstige pietistische Predigt. (Die hochgräfliche Gräfin im Kirchengebet!)“¹¹³⁶

Nach dem Bericht der Kronprinzessin soll es Anna Lehndorff in diesen Tagen gelungen sein, die Dönhoffs in Friedrichstein, seit Jahrhunderten erstes Ziel der Hohenzollern bei ihren Besuchen in Ostpreußen, in den Schatten zu stellen und den Steinorter Aufenthalt zum „Glanzpunkt der preußischen Reise“ zu machen; nach Annas Schwägerin Pauline von Dönhoff „mit vollem Recht, denn niemand hat auch nur annähernd Ähnliches geleistet und nach jeder Richtung hin so viele Mittel aufgeboten, um die Frau Prinzess zu erfreuen und zu befriedigen, wir Ihr es getan. Es ist doch erfreulich, wie die Anerkenntnis für so viel Aufopferung, die wir in Steinort öfters vermissten, nun wenigstens nachträglich bei Ihr zum Durchbruch kommt, und Ihrerseits laut und rühmend ausgesprochen wird.“ Sie sei der Kronprinzessin in Gerdauen begegnet, wo sie noch immer in Steinorter Erinnerungen geschwelgt und versprochen habe, beim nächsten Mal auch länger nach Friedrichstein zu kommen. „Mein Entzücken über diese Aussicht war ein sehr gemäßigtes, denn Ihr habt uns in Steinort das Handwerk dermaßen verdorben, dass hinfüro aller Aufwand von Kräften, den wir in Friedrichstein machen könnten, der kleinen verwöhnten Frau Prinzess nur schmal und ledern erscheinen würde.“ Den Wunsch der Prinzessin, „Eugenie“ zu kaufen, ein Pferd aus der Lehndorff-Zucht, habe Schweinitz vereitelt. Der Hofmarschall des kronprinzlichen Hofes halte den „Hof sehr knapp mit dem Gelde [...], ein Faktum, welches allerdings sehr durchscheinend an die-

¹¹³⁵ GSStA PK, VI. HA, Nachlass Karl Ludwig Zitelmann, Nr. 107, Bl. 10–11.

¹¹³⁶ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 202 f.

sem Hofe ist.“ Von der Gräfin Brühl habe sie erfahren, dass die Prinzessin „erst in diesem Jahr ein zweites Reitpferd mit vieler Mühe erlangt und sich bisher mit einem einzigen“ habe begnügen müssen. Nur in einem Punkt war Gerdauen Steinort überlegen. Schweinitz hatte „10 Friedrichsdor Trinkgeld ins Haus gegeben, was sehr viel ist im Vergleich zu den 25 Schnepflein in Steinort.“¹¹³⁷ Mit dem Geschenk eines Porträts drückte sie ihre Freude aus, die die „Erinnerung an die schönen in Steinort verlebten Tage“ gewähre, Steinort sei unvergesslich in ihrer Erinnerung eingepägt.¹¹³⁸

Wann genau Wilhelm I. dem Fort 5a der Königsberger Festungsanlage, symbolträchtig zwischen Fort 5 Friedrich Wilhelm III. und Fort 6 Königin Luise gelegen, den Namen Lehndorff verlieh, ist nicht bekannt, wohl nach 1871. In „dankbarer Anerkennung der von der Familie der Grafen von Lehndorff Meinem Hause stets bewiesenen Treue und dem Vaterlande geleisteten Dienste“ habe er den Namen verliehen, schrieb „Wilhelm R.“ persönlich an den Premier-Leutnant Carl Meinhard von Lehndorff.¹¹³⁹ Damit bezog er sich unter anderem auf die großen Leistungen der Familie in den Befreiungskriegen, er selbst hatte ja mit den königlichen Eltern nach Memel fliehen müssen. Auch der alte Feldmarschall Wrangel knüpfte an diese Zeiten an, als er Ludwig Graf von Schlabrendorff beauftragte, in seinem Namen an der Taufe des am 6. August 1860 geborenen Sohnes Carol teilzunehmen.¹¹⁴⁰

Durch den Bruder Carl Meinhards, Heinrich von Lehndorff, der seit 1848 in der preußischen Armee diente, 1854 zur Begleitung des Prinzen Georg von Preußen kommandiert war, 1859 zum Rittmeister avancierte und seit 1866 als Flügeladjutant Wilhelms I. zu dessen Gefolge gehörte, hatten die Lehndorffs einen direkten Kontakt zum Hof und zum Monarchen. Nach seiner Beförderung 1866 zum Major, 1868 zum Oberstleutnant, begleitete er den Kronprinzen auf einer Orient-Reise. 1876 zum Generalmajor und zum General à la suite befördert, wurde der inzwischen auch zum Johanniter-Ehrenritter gewählte Lehndorff 1881 Generalleutnant und 1885 Generaladjutant des Kaisers – eine der höchsten „Sprossen, die ein Sterblicher wohl erreichen kann“, wie die Budapester Chronik in dessen Vita schrieb. Er sei „das Bild eines echten Aristokraten“ und „Kavalier vom Scheitel bis zur Sohle. Selbst ein vorzüglicher Reiter, interessiert er sich auch angelegentlich für den Sport, liebt die Jagd, ist ein vortrefflicher Schütze, was er zur Genüge auf den Sommerreisen Kaiser Wilhelms (in Gastein) bewiesen“, und sei „ein ergebener Diener seines Königs“, dessen „ausgezeichneter, unbestrittener Platz [...] neben seinem ihm so huldvoll geneigten Kaiser“ sei, „und hat derselbe den Lieblings-Adjutanten zur Seite, so kann er gewiss sein, dass ein treues Auge ihn bewacht und ein starker Arm bereit ist, ihn zu schützen und zu stützen.“¹¹⁴¹ Bei dem Trauerzug für den verstorbenen Kaiser folgten dessen engste Vertraute, darunter „die hohe, breitschultrige Gestalt des Grafen Heinrich Lehndorff mit der etwas nach vorn geneigten Kopfhaltung und den langen ergrauten Bartkoteletten“ neben Graf Goltz und Fürst Anton Radziwiłł.¹¹⁴² Nach Wilhelms Tod stand Lehndorff im Dienst Friedrichs III., bevor er aus dem aktiven Dienst ausschied und sich fortan als Gutsherr seinem Besitz Warglitten-Preyl widmete und zwischen 1890 und 1894 das Schloss Preyl am Wargener Mühlenteich errichtete.¹¹⁴³ 1893

¹¹³⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 61–66v.

¹¹³⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 430/2 (Pourtalès an Lehndorff, 14. April 1865).

¹¹³⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 49.

¹¹⁴⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 430/2 (Schlabrendorff an Lehndorff, 6. September 1860).

¹¹⁴¹ Vgl. Budapester Chronik. Illustrierte Zeitschrift, 7. Jg., Nr. 63, 25. April 1882, in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 211, n. f. Die weiteren Stationen der Karriere nach: BArch Freiburg, MSG 109/10864.

¹¹⁴² Vgl. Bülow, Paula von, Aus verklungenen Tagen, Leipzig 1925, S. 135.

¹¹⁴³ Zur Ausstattung erhielt Preyl Kopien Steinorter Gemälde, u. a. das Bild von Amalie Caroline von Lehndorff, geb. Gräfin von Schmettau, der „Großmama mit den 6 Enkelinnen“, das „fabelhaft gelungen“ war, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 367, Bl. 217–220.

muss er noch einmal in den Dienst des Hofes getreten sein, genaueres ist dazu nicht bekannt. Am 9. Juni 1903 schrieb er an den Prinzen Albrecht von Preußen, „nach 10-jähriger Dauer eines mich hochoberfreuenden und beglückenden Gehens unter dem erhabenen Banner Ew. Königlichen Hoheit“ danke er „bei dem nunmehr erfolgten Abschluss meiner bescheidensten Tätigkeit. Wie mir das Herz dabei schwer ist, wissen Ew. Königliche Hoheit ohne Versicherung.“¹¹⁴⁴

Gern brachte man sich auch mit Geschenken in Erinnerung. Der König sei „höchst imponiert und vergnügt über Deinen Karpfen“, schrieb Heinrich an sein „altes Carlchen“ im Februar 1878. Er habe ihn wiegen lassen „und befohlen, Er wolle von der einen Seite etwas essen, der Fisch aber solle dann als Pardestück auf dem Büffet zum Palaisball am Donnerstag erscheinen. Er hat uns das alles selbst erzählt und mich beauftragt, Euch herzlich zu danken und seine Freude und Verwunderung über das seltene Mauersee-Produkt auszusprechen. Der Coup ist somit in höchstem Grade gelungen, und der Platz auf dem Büffet, das der Herr immer mit großer Vorliebe selbst inspiziert, wirklich eine große Ehre.“¹¹⁴⁵ Das nächste „Prachtexemplar von Fisch“ ging 1886 an Otto von Bismarck, der noch häufiger in den Genuss Steinorter Fische kommen sollte.¹¹⁴⁶

Nach dem Attentat auf den Kaiser im Mai 1878 gehörte Anna von Lehndorff zu den Befürwortern, dass die deutsche Nation „zum Dank für die glückliche Errettung ihres Kaisers und Herrn“ eine Nationalstiftung gründen solle. Ihre Vorstellung war die Gründung von Provinzial-Comites, um auf dem Grundstück Unter den Linden Nr. 18 in Berlin einen Kirchenbau zu errichten. Dazu wandte sie sich an den Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, der an die Spitze des Vorhabens treten sollte. Nachdem jedoch in Berlin ein Zeitungsartikel erschienen war, der die Geschichte des Grundstücks beleuchtet hatte, lehnte dieser ab. Das Haus hatte 1870 dem „Eisenbahnkönig“ Strousberg gehört. Er hatte es der Allgemeinen Eisenbahn-Gesellschaft überlassen. Als bekannt wurde, dass an der Stelle des Hauses eine neue Straße zur Behrenstraße durchgebrochen werden solle, hatte Direktor Munk das Haus für 600.000 Rtlr. gekauft und an die Gründer der Aktien-Gesellschaft „Bauverein Unter den Linden“ für 1.750.00 Rtlr. weiterverkauft. In ähnlicher Weise wurden die außerdem erworbenen Grundstücke übersteuert. Die neue Straße sollte den Namen „Friedrich-Wilhelm-Straße“ führen, der Kaiser hatte jedoch seine Genehmigung verweigert, nachdem er von den Spekulationen erfahren hatte. Nun sollte das Grundstück aus freiwilligen Beiträgen angekauft und darauf ein „Wilhelms-Stift“ errichtet werden. Der Zeitungsartikel hatte richtig vermutet, „dass dieser Idee die notleidenden Aktionäre des ‚Bauvereins Unter den Linden‘ nicht fern stehen“, dessen Aktien stark gefallen waren, und empfahl, die Beiträge zur Herstellung eines neuen Panzerschiffes „Großer Kurfürst“ zu verwenden.¹¹⁴⁷

Als Anna von Lehndorff im März 1884 die Verlobung der Tochter Anna mit Siegmund Freiherr von Schroetter, „Premier-Leutnant im 12. Litauischen Ulanenregiment“, dem preußischen Königshaus anzeigte, schrieb sie, dass das Brautpaar es als „Krönung ihres Glückes“ betrachten würde, wenn der König „den Bund ihrer Herzen“ durch seine Allerhöchste Genehmigung besiegeln würde. Dem Wunsch kam Wilhelm gern entgegen. „Empfangen Sie zu dem Namen, den Sie nun heute in einigen Stunden tragen, meinen aufrichtigsten Glückwunsch; denn Sie wissen wie ich Ihnen und Ihrer ganze Familie nahe stehe“, telegraphierte er der Braut aus Ems am 14. Juni 1884.¹¹⁴⁸ Zu der angesehenen Familie von Schroetter, d. h. zum Staats- und Finanzminister Friedrich Leopold Freiherr von

¹¹⁴⁴ GStA PK, BPH, Rep. 60 II Nr. 53, Bl. 3.

¹¹⁴⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 367, Bl. 248–250.

¹¹⁴⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 394, Bl. 260; GStA PK, VI. HA, FA von Lehndorff (1890).

¹¹⁴⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 156, Bl. 3–3v, 10–10v.

¹¹⁴⁸ GStA PK, VI. HA, FA von Lehndorff.

Schroetter, bestanden schon aus der Zeit des Kammerherrn Lehndorff enge Beziehungen. Möglich, dass Anna von Lehndorff aus Anlass der Verlobungsanzeige die „Tasse mit dem lieblichen Medaillon der holdseligsten Königin“ erhielt, die als „teuerstes Erbstück in unserem Hause verbleiben wird“. Kurz vorher habe ihr Sohn Carol dem Monarchen „die Orden-Gnadenbezeugungen, die meinem seligen Mann von Ew. Majestät Huld zuteil geworden, zu Füßen legen“ dürfen, bei dieser Gelegenheit hatte derselbe an Carol „gnädige Worte [...] gerichtet, die lebenslang in seinem Herzen wiederklingen werden.“¹¹⁴⁹

Am Beginn des 20. Jahrhundert standen die Lehndorffs, die viele Jahre zu Hofbällen und festlichen Tafeln im Schloss Einladungen erhalten hatten,¹¹⁵⁰ in so engem Kontakt zum preußischen Königshaus, dass es Hochzeitsabsichten gab, die, wie die Verbindung Wilhelms I. zur Prinzessin Radziwiłł, an der „Nichtebenbürtigkeit“ scheitern sollten. Bei der Geburt von Augustus Heinrich von Lehndorff 1885, Sohn von Heinrich und Margarete von Lehndorff-Preyl, geb. Gräfin von Kanitz, hatte die Kaiserin die Patenschaft übernommen;¹¹⁵¹ am 28. Januar 1904 wurde Margarethe zur „Palastdame“ ernannt. Zwei Jahre später, im Dezember 1907, bat Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der Sohn des im Vorjahr verstorbenen Prinzregenten Albrecht von Braunschweig, Kaiser Wilhelm II. um die Erlaubnis, sich um die Hand der Tochter von Margarethe und Heinrich, der 1889 geborenen Gräfin Paula bewerben zu dürfen. Wilhelm, der unnachgiebig an den dynastischen Grundsätzen der Hohenzollern festhielt, erklärte: „Er kann sie heiraten, aber da ich keine morganatischen Ehen dulde, muss er auf Titel und Besitz verzichten.“¹¹⁵² Der Prinz verzichtete lieber auf Paula und heiratete 1910 standesgemäß die Prinzessin Agathe von Ratibor und Corvey aus dem Hause Hohenlohe-Schillingsfürst. Paula ehelichte den preußischen Major Gisbert Karl Friedrich Dodo Freiherr zu Innhausen und Knyphausen.¹¹⁵³

Bei diesem engen Kontakt scheint es möglich, dass Heinrich von Lehndorff tatsächlich als Allerhöchstes Gnadengeschenk den Monarchen um Glasmalereien für die Altarfenster der Kirche in Rhein gebeten hat, ein Wunsch der Gemeinde, den der frühere Lehrer Lemke an ihn herangetragen hatte. Eine farbige Skizze zu den projektierten Glasmalereien hatte der berühmte Glasmaler Carl Gottfried Pfannschmidt gefertigt.¹¹⁵⁴

Durch die engen Beziehungen zum Königshaus war der preußische Hof richtungsweisend für die politischen und gesellschaftlichen Ansichten der Familie. Die Loyalität gegenüber der Monarchie, die sie über Jahrhunderte unter Beweis gestellt hatten, war eine Frage der Ehre. Die Besuche von Mitgliedern der königlichen Familie in Steinort waren Höhepunkte in diesem Traditionsverständnis, für die man ein besonderes Appartement hergerichtet hatte.¹¹⁵⁵

Auch die Pflege der gesellschaftlichen Kultur ließ man nie außer Acht. Die Vermittlung dieses Standesbewusstseins oblag auch bei den Lehndorffs den weiblichen Familienmitgliedern, wie wir es von den Dönhoffs oder den Putlitz wissen. „Mama forderte viel, aber im Fordern liegt ja das beste erzieherische Moment“, schrieb

¹¹⁴⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 294, Bl. 1–1v, 65–65v. Siehe auch Ziebura, Tagebuch 1799, S. 495.

¹¹⁵⁰ GSStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 555.

¹¹⁵¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 367, Bl. 80.

¹¹⁵² Schlussbemerkung Kaiser Wilhelms II. vom 27. Dezember 1907 zum Bittgesuch des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen vom 26. Dezember 1907, in: Röhl, John C. G., Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900–1911, Nördlingen 2008, S. 570 (Archiv des vormals regierenden Königshauses, Burg Hohenzollern).

¹¹⁵³ Vgl. <https://www.geni.com/people/Paula-Gräfin-von-Lehndorff> [15.10.2019].

¹¹⁵⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 12–13v.

¹¹⁵⁵ Auch im Dönhoff-Schloss Friedrichstein gab es solche Räume, die sog. Königsstuben, die alle preußischen Monarchen, mit Ausnahme Friedrichs II., genutzt haben, vgl. Dönhoff, Marion Gräfin, Kindheit in Ostpreußen, Berlin 1988, S. 196.

Lita zu Putlitz 1931 rückblickend.¹¹⁵⁶ Die Richtschnur der Mutter von Marion von Dönhoff war, „was ‚man‘ tut, und noch wichtiger war, was ‚man‘ nicht tut. Hierin war sie unbeirrbar und unbeugsam.“¹¹⁵⁷ Wer sich nicht daran hielt, riskierte aus der adligen Gesellschaft ausgestoßen zu werden oder wurde, so Dönhoff, „nach Amerika“ geschickt, wo er allen Beteiligten aus den Augen war.¹¹⁵⁸ Diesem Erziehungsmuster lag der Gedanke zugrunde, dass man sich als Adel die gehobene Stellung in der Gesellschaft durch bestimmtes Verhalten und Charakterzüge zu erwerben habe.¹¹⁵⁹ Schon Kindern wurde beigebracht, Verantwortung zu tragen. Zum Ehrenkodex gehörte, sich nicht zu drücken, Diskretion und Verschwiegenheit.¹¹⁶⁰ Dazu gehörte später auch eine solide Lebensführung, „es galt als adelsunwürdig, Reichtum parvenühaft zur Schau zu stellen“¹¹⁶¹. Durch Zurückstellen von Äußerlichkeiten in der Lebenshaltung ließ sich das Gehobene der Gesinnung betonen. Das hatte Auswirkungen auf die „gelebte Kultur“ im Alltäglichen – Erziehung, Familie, Haus und Land, Bildung, geistiges Klima etc.

Umgestaltung Steinorts nach Basedowschem Muster

Der alte Graf Lehndorff verstarb am 7. Februar 1854 im hohen Alter von 84 Jahren. Bei seinem Ableben hatte man in der gräflichen Schatulle 2.374 Rtlr. 26 Gr. gefunden, die unter den Erben aufgeteilt wurden. Der gesamte Allodialnachlass bestand aus Aktiva in Höhe von 59.558 Rtlr. 25 Gr. 1 ¼ D., denen Passiva im Wert von 18.826 Rtlr. 25 Gr. 4 D. gegenüberstanden. Als „Massa exdividenda des Allodial-Nachlasses“ verblieben 40.732 Rtlr. 24 Sgr. 9 ¼ D.¹¹⁶² Lehndorff wurde in der Dönhoffschen Familiengruft in Königsberg beigesetzt, da das Erbgrabnis in Steinort am Mauersee noch nicht fertig war. Später wurden hierher auch andere Vorverstorbene wie die Mutter und der älteste Sohn und dessen Gemahlin umgebettet sowie seine geschiedene Frau Pauline 1871 beigesetzt.¹¹⁶³ Noch ein Jahr vor seinem Tod war er in dem alljährlich am 18. Januar abgehaltenen Ordenskapitel im Berliner Schloss zum „Ritter des hohen Ordens zum Schwarzen Adler“ geschlagen worden, die höchste mögliche Auszeichnung in Preußen.¹¹⁶⁴ Nach der Erbfolge und in Übereinstimmung mit dem Testament ging der Besitz Steinort auf Carl Meinhard von Lehndorff über. Er war zu diesem Zeitpunkt als Sekretär der Gesandtschaft in Konstantinopel vorgesehen, trat aus familiären Rücksichten diesen Posten jedoch nicht an.¹¹⁶⁵ Das bedeutete das Ende seiner eigentlich angestrebten diplomatischen Laufbahn.

¹¹⁵⁶ Vgl. Putlitz, Lita zu, Aus dem Bildersaal meines Lebens 1862–1931, Leipzig 1931, S. 32.

¹¹⁵⁷ Vgl. Dönhoff, Kindheit, S. 57.

¹¹⁵⁸ Ebd.

¹¹⁵⁹ Vgl. Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, S. 11; Zobelitz, Hanns von, Im Knödelländchen und anderswo. Lebenserinnerungen, Bielefeld/Leipzig 1916. S. 8.

¹¹⁶⁰ Vgl. Dönhoff, Kindheit, S. 75.

¹¹⁶¹ Vgl. Brunner, Stellung des ostelbischen Adels zu Kultur, S. 169.

¹¹⁶² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 21.

¹¹⁶³ Zum Schlossbau in Steinort, der Gartengestaltung und weiteren Bauprojekten erscheint ein Aufsatz im Jahrbuch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung.

¹¹⁶⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 54 (18. Januar 1853). Die Einladung vom 9. Januar 1854 in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 213, Bl. 25.

¹¹⁶⁵ StA L, Bestand 21950, Nr. 221 (Gedächtnis-Reden, Nachrufe und Lebenslauf weiland des Reichsgrafen Carl Meinhardt Lehndorff, Steinort ..., Angerburg 1883).

Eine der ersten Amtshandlungen Anna Lehndorfs, der neuen Schlossherrin in Steinort, waren ausführliche Instruktionen für die dortige Wirtschafterin und das Schlosspersonal, bei denen sie offensichtlich das wesentlich repräsentativere Leben in Basedow vor Augen hatte. „Da es bei dem Eintritt in einen neuen Wirtschaftskreis nötig und wünschenswert ist, mit den Pflichten und Anforderungen desselben möglichst bekannt zu sein, um sich mannigfache Unannehmlichkeiten zu ersparen, die aus Unkenntnis des Verhältnisses entstehen“, hatte sie ihre Vorstellungen klar formuliert. Den Zeitpunkt des Aufstehens für die Wirtschafterin und die ihr untergebenen Mädchen hatte sie für den Sommer auf 4 Uhr, für den Winter auf 5 Uhr festgesetzt. Die Wirtschafterin hatte anschließend für das herrschaftliche Frühstück zu sorgen und sich um 9 Uhr mit den Mädchen „oben im Schloss“ zur Morgenandacht einzufinden, an die sich Besprechungen mit der Gräfin anschlossen. Der herrschaftliche Tisch war gewöhnlich um 5 Uhr, sonntags um 3 Uhr, der Offiziantentisch um 12 Uhr, der 1. und 2. Kammertisch und Beistich ebenfalls um 12 Uhr zu decken. Am Donnerstag und Sonntag gab es Fleisch und an den Sonntagen einen halben Liter Bier pro Mann. An den Feiertagen gab es eine Vorspeise und Braten und einen Topf Bier pro Mann, 1/2 Topf Bier pro Mädchen. Am Feiertag-Abend gab es nur kaltes Essen und 1/2 Bier. Die Mädchen erhielten alle 1. und 2. Feiertage Kaffee von 1/Lot pro Person mit Milch und Honig. Die Männer erhielten eine Biersuppe, Striezel und Schmalz. Ohne Erlaubnis der Gräfin hatte niemand Anspruch auf Frühstück oder Essen. An den Waschtagen erhielten die Waschfrauen, die ins Schloss kamen, Frühstück und Vesperbrot. Freitags war Backtag für das „Leute-Brot von 2 1/2 Scheffel Roggen“, am Sonnabend für das „feinere Tischbrot von 1 Scheffel“. Vom Schwarzbrot erhielt jeder Mann pro Woche 12 Pfund, jedes Mädchen 7 Pfund ungebacken zugewogen. Der Rechnungsführer, der Wirtschafter und der Gärtner erhielten wöchentlich ein Tischbrot und wie das Schlosspersonal, Wirtschafterin, Damen, Kastellanin¹¹⁶⁶, Jäger, Bediente täglich zum Frühstück 3 1/2 Topf unabgerahmte Milch. Von Ostern bis Michaelis in den „langen Tagen“ bekamen die Leute ein aus 1/2 Quart saurer Milch bestehendes Vesperbrot.

Die große Wäsche fand alle Vierteljahre statt. Vorher war alles auszubessern. Die Wirtschafterin hatte dabei die Aufsicht zu führen, „damit nicht Unordnungen und Verschwendung von Seife usw. vorkommen“. Bettwäsche erhielten Offizianten, Wirtschafterin, Köchin und Stubenmädchen alle 4 Wochen, Jäger und Bediente alle 6 Wochen, Stall-Leute, Knechte und Mädchen alle 1/6 Jahr. Handtücher erhielten Offizianten, Wirtschafterin, Jäger, Bediente, Köchin und Stubenmädchen wöchentlich ein Stück, der Rechnungsführer 2 Stück, die Mädchen erhielten alle zwei Wochen 1 Handtuch, Stall-Leute und Knechte alle 14 Tage 1 Stück. Tischtücher und Servietten wurden für den Offizianten und 1. Kammertisch alle 14 Tage gewechselt, die Servietten nach 8 Tagen. Wischtücher erhielten die „unteren Stubenmädchen“ 4 lange und 4 kurze zum Reinigen, in der Küche 2 lange und 2 kurze, der Gärtner 1 langes.

Alle Frauen, die beim Häckseln, beim Gänse- und Schweineschlachten und Kuhmismachen, beim Seifekochen oder der großen Wäsche gebraucht wurden, hatte die Wirtschafterin in ein Dienstebuch einzutragen, der Gräfin zur Genehmigung vorzulegen und dem Oberinspektor mit Angabe der Zeiten zu geben. Auch für die Ablieferung des Flachses hatte die Wirtschafterin zu sorgen und diesen im Gespinstbuch zu verzeichnen. Mitte November hatten „alle Hospitaliten, die 1 Kuh haben und auf den selbst administrierten Gütern verpflichtet sind“, für die Herrschaft unentgeltlich Flachs zu spinnen.

¹¹⁶⁶ Die Mamsell oder Kastellanin leitete das weibliche Personal. Die Hierarchie der Hausbedienten wurde dagegen vom männlichen „Hofmeister“ angeführt.

Täglich waren Hausflure, Treppen, Wirtschaftlerin-, Offizianten-, Jungfern-, Bedienten- und Ess-Stuben zu reinigen. Das Reinigen des Geschirrs für den Offizianten- und den 1. Kammertisch und das Heizen der Öfen hatte das „untere Stubenmädchen“ zu besorgen, in der verbleibenden Zeit zu spinnen, zu nähen oder auszubessern. Alle Verrichtungen in der Küche wie Holz und Wassertragen, Küche und Geschirr reinigen, Kochen und Brotteig kneten hatte die Köchin zu erledigen. Auch für das tägliche Reinigen des Federviehstalls, das Füttern und Beaufsichtigen des Federvieh, das Mästen der Gänse gab es eine Person, die auch die Köchin beim Kartoffeln reinigen, Fisch schrapen, Gemüse putzen und beim Brot backen zu unterstützen hatte, auf dem 2. Kammertisch und Beistisch das Essen auftrug, das Geschirr reinigte und in der übrigen Zeit zu spinnen hatte. Sie hatte täglich auch die Abtritte im Schloss zu reinigen.

Dreimal täglich waren die Kühe zu melken, im Sommer um 2 Uhr morgens vor dem Austreiben. Diese Aufgabe sowie das Füttern der Kälber und das Reinigen der Milchgeschirre hatte das Milchmädchen zu verrichten, außerdem zu buttern, zu nähen, zu spinnen und zu weben. Das Füttern der Schweine und das Reinigen des Stalls waren einem anderen Mädchen übertragen, das außerdem in der Küche und beim Buttern zu helfen hatte. Das Spinnmädchen hatte außer dem Spinnen beim Melken zu helfen und bei großen Reinigungen.

Die sechs Waisenkinder, die die Gräfin im Schloss erzog, lege sie der Wirtschaftlerin besonders ans Herz, „dass sie dieselben mit mütterlicher Liebe und Ernst überwache und sie zu Reinlichkeit, Ordnung und Fleiß anhalte. Sie müssen, wenn sie nicht in der Schule sind, zu häuslichen Arbeiten als Gemüse putzen, Geschirr reinigen, Spinnen und Spulen angehalten werden, damit sie beizeiten lernen, in den Verhältnissen, darin sie geboren, tätig und tüchtig zu werden. [...] Im Reinigen ihrer Stube haben sie sich so wie auch die Wirtschaftsmädchen in der ihren abzuwechseln. Es hat die Wirtschaftlerin täglich solches zu kontrollieren, dass es ordentlich geschehe, die Betten täglich saubergemacht werden, wie sie überhaupt das ganze untere Personal ernstlich zur Ordnung, Reinlichkeit und Pünktlichkeit anzuhalten hat, auch auf deren Anzug zu sehen, dass er stets sauber und ordentlich und alle Mädchen und Kinder stets Käppel tragen.“

Auf größtmögliche Ordnung und Sauberkeit auf den Fluren, Treppen und in der Küche war ebenso zu achten wie darauf, dass Kasserollen, Töpfe und Geschirr nach Gebrauch gereinigt und Tische und Bänke in „reinlichsten Zustande“ erhalten werden. Zur Erleichterung der Reinigung durfte auf dem hinteren Hausflur, in der Küche und in der Gesindestube täglich Sand gestreut werden. Am Sonnabend hatten alle Mädchen beim Scheuern und Putzen zu helfen. Die Wirtschaftlerin hatte zu überwachen, „dass es nicht oberflächlich oder schlecht geschehe, ganz besonders gilt dieses von dem vierteljährlichen großen Scheuern des Hauses“.

Im Winter hatten die Mädchen der Köchin beim Holz- und Wassertragen zum Sonntag zu helfen. Am Sonntagabend gab es „kaltes Abendbrot“, damit auch die Köchin einen Ruhetag hatte. Sonntags hatte die Wirtschaftlerin die Mädchen zum Kirchenbesuch zu ermahnen. Besuche bei Verwandten waren der Gräfin zu melden, bis 9 Uhr abends mussten die Dienstmädchen zurück sein. Zum Tanz bedurfte es einer „Spezial-Erlaubnis“, in der Mädchenstube durfte sich niemand aufhalten, „namentlich Männer, die dort nie etwas zu suchen haben“. Die Wirtschaftlerin hatte streng darauf zu achten, dass sich „weder Boten, Bettler noch Juden“ dort aufhalten. Von Ostern bis Michaelis hatten die Mädchen nach dem Abendbrot frei. Im Sommer hatten alle Hospitaliten ohne Ausnahme auf 2 bis 3 Tage ins Schloss zu kommen „und die herrschaftlichen Federn zu reißen, wo sie denn auch Mittag und Vesper bekommen“.

Das Garn hatte die Wirtschaftlerin in das Gespinstbuch einzutragen. Auch sollte sie sich die guten und schlechten Spinnerinnen für künftige Austeilungen merken. Über die Verwendung des Garns verfügte die Gräfin. In allen Buchführungen erwartete sie „Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit der Wirtschaftlerin“. In dem Fischbuch

waren wöchentliche Fischlieferungen einzutragen, im Wildbuch die Lieferungen der Jäger zu bezeichnen. Im Schlachtbuch wurde das an die Wirtschaft gelieferte Schlachtvieh notiert, im Milchbuch nach jedem Melken der Ertrag und später der Verbrauch. Im Viehbuch waren die Lieferungen der Leute und des eigenen Federviehs sowie der tägliche Verbrauch einzutragen, im Lichtbuch Zugang und Abgang zu notieren und im Ausgabenbuch alle kleineren laufenden Wirtschaftsausgaben. Alle Bücher waren von der Wirtschaftlerin am 1. des Monats zur Durchsicht vorzulegen. Auch die Inventarien hatte die Wirtschaftlerin mit „Treue und Wachsamkeit“ zu beaufsichtigen und alle 1/4 Jahre durchsehen, wobei die auszurangierenden Stücke vorzulegen und Ab- und Zugang im Inventarienbuch einzutragen war. Besonders zu achten hatte sie auf die Betten, die im Schloss öfter zu revidieren und im Sommer gelüftet werden sollten. Die Betten auf den Vorwerken waren alle 1/4 Jahr zu revidieren, um nötige Umschüttungen beizeiten vornehmen zu lassen.

Im Frühjahr hatte sich die Wirtschaftlerin mit dem Gärtner zu besprechen, was im herrschaftlichen Küchengarten zu pflanzen und zu sähen war. Im Oktober war das Gemüse im Keller einzulagern. Dass Obstpflücken hatte sie persönlich zu überwachen und sich um das Tafelobst und die Bereitung des Backobstes zu kümmern. Auch beim Honigausbrechen musste sie anwesend sein, ihn in Empfang nehmen und die Läuterung besorgen. Bei der Einteilung und sparsamen Verwendung des Fleisches hatte die Wirtschaftlerin darauf zu achten, „dass jedem das seine gut und ordentlich zukomme, aber auch das geringste nicht verkomme oder vergeudet werde“. Den Schlüssel zum Eiskeller durfte sie nur allein führen, niemals sollte jemand allein hineingeschickt werden, da ein „nur allzu leicht zur Gewohnheit werdendes Schicken die Leute allmählich zu Veruntreuungen führt. Auch hatte sie „zur Vermeidung von Durchsteckereien und Schleppereien nach jedesmaliger Mahlzeit alle Essenüberreste in Empfang zu nehmen und zum anderen Tage zu verwenden“ oder nach Erlaubnis der Gräfin den Armen zu geben. Auch die Gänsemast war der Wirtschaftlerin anvertraut, „damit durch große Pünktlichkeit und Ordnung auch dieser Zweig der Wirtschaft dem Ganzen Ehre mache“. Ebenso sollte sie „oft dem Melken der Kühe“ beiwohnen, „da durch Faulheit der Mädchen so viel Milcherträge verloren gehen können“, und Kälber und Schweine zu inspizieren, „damit in allen Dingen Ordnung herrsche“. Wenn Vorräte in der Wirtschaft ausgingen, hatte sie dies rechtzeitig zu melden, damit Anna diese ergänzen könne.¹¹⁶⁷

Dass Anna in der „Einsamkeit“¹¹⁶⁸ Steinorts „die Zügel in der Hand hielt“, zeigt ein weiteres Beispiel. Bereits im August 1854 wollte sie für Steinort einen neuen Inspektor einstellen. Bei Gustav Graf von Schlieben-Sanditten holte sie sich Informationen darüber ein, in welcher Höhe ein Inspektor in ähnlichem Verhältnis wie in Sanditten zu entlohnen war, damit „eine Familie, deren Ansprüche nicht zu groß sind, sehr auskömmlich leben kann“. Schlieben empfahl bei dieser Gelegenheit, dass dem neuen Verwalter zur Bedingung gemacht werde, dass er, falls er sein Deputat nicht verbraucht, es nicht verkaufen oder fortbringen dürfe, sondern es dem Dominium verbleibt. „Gern wird ein Inspektor, der bisher ganz aus dem Vollen gelebt und sich ohne alle Mühe stets das Beste genommen hat, nicht drauf eingehen, da die Frau desselben namentlich zur Erbauung der Gartenfrüchte und bei Erziehung des Federviehs einige Mühe und Sorge übernehmen muss, während ihr bisher die gebratenen Tauben in den Mund geflogen kamen.“¹¹⁶⁹

¹¹⁶⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 148, Bl. 1–3.

¹¹⁶⁸ Am 31. Dezember 1854 hatte Anna von Lehndorff Faulenrost und die dortige Kirche besucht; Pastorin Rische hatte sie verabschiedet: „Da wehte Exzellenz mit dem weißen Taschentuch aus dem Wagen. Sie fuhr in ihre Einsamkeit zurück.“ In der ostpreußischen „Einsamkeit“ kannte man jedoch keine „Sonntagsarbeit“, zu der die mecklenburgische Regierung im August des Jahres ihr Einverständnis gegeben hatte, wogegen Kirchenkreise heftig opponierten, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52.

¹¹⁶⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 472, Bl. 1–2v.

Die „Jahres-Rechnung der reichsgräflich von Lehndorffschen Administrations-Kasse zu Steinort“ vom 1. Juli 1855/56 wies einen Bestand von 873,25 Rtlr. aus dem Vorjahr aus. Die Summe der Ist-Einnahmen betrug 25.364 Rtlr. 4 Gr. 10 D., die Summe der Ist-Ausgaben lag bei 24.630 Rtlr. 19 Gr. 5 D. Somit verblieb in diesem ersten Wirtschaftsjahr ein Plus-Bestand von 733 Rtlr. 15 Gr. 5 D.¹¹⁷⁰

Nicht Königsberg, sondern Paris war die „erste Wahl“, als Magdalena von Lehndorff zu der am 14. November 1855 bevorstehenden Hochzeit von Georg von Lehndorff mit Clara von Kalnein in Königsberg einzukleiden war. Bei einem Besuch in Faulenrost zeigte die Comtesse ihre neuen Kleider: „Da gab’s viel Pracht zu sehen: ein rotes Kleid, geschenkt von Graf Carl und Gräfin Anna, soll zur Hochzeit des jungen Grafen Lehndorff sein; dann ein weißes zum Polterabend, ein schwarzseidenes, ein grauseidenes, alles hübsch in Pappkartons gelegt. Ein Sammetmantel mit Blumen, ein Hut von der Gräfin Dönhoff zu Weihnachten usw. Mir fiel ein: Schmücket das Herz aufs Beste usw. (Das soll aber nicht so lauten, als ob die junge Comtesse das versäumte).“¹¹⁷¹ Der Weg, den die junge Gräfin bei ihrer Rückkehr nach Steinort nahm, glich dem zum Hahnschen Schloss in Faulenrost: „Es war eine rechte Winterlandschaft und schneite beständig. Wir fuhren rasch durchs Dorf, gerade auf das Schloss zu. Ihr wisst ja, den breiten Weg; es ist so hübsch, erst das Tor und dann die Schlossgebäude.“ Ob sie hier auf der Schlosstreppe auch „Bediente in weißen Handschuhen“ empfangen?¹¹⁷² Steinort behielt wohl, trotz Annas Bemühungen, aus ökonomischen Gründen einen anderen Zuschnitt. Dass sie „tüchtig gearbeitet [habe], um aus 26 zerrissenen herrschaftlichen Bezügen 18 tolerable herzustellen, und morgen wird an anderen 18 gearbeitet“, wie sie dem in Berlin weilenden Ehemann am 27. April 1863 schrieb, zeugt von der Bemühung, nichts zu verschwenden, zeigt aber auch, dass die finanzielle Lage in Steinort nicht so war, dass man es sich leisten konnte, Neues anzuschaffen.¹¹⁷³

Bildungs- und Erziehungsmuster

Zwischen 1853 und 1863 brachte Anna von Lehndorff mindestens fünf Kinder zur Welt: Anna („Anni“), Meinhard Carl, Carl Meinhard Heinrich, Hans und Agnes. Der erste Sohn Meinhard Carl verstarb 1858 im vierten Lebensjahr, Hans 1864 im zweiten Lebensjahr. Nur der 1860 geborene Carl Meinhard (Carol) erreichte von den Söhnen das Erwachsenenalter und stand damit früh als Erbe fest. Nicht alle waren „Wunsch Kinder“. Ihr Bruder Max Graf von Hahn fürchtete deshalb, die „beiden lieben Kleinen“ würden „nicht genug wattiert“, da Anna, wie sie es ihm selbst in Basedow anvertraut hatte, sie als „ungebetener Gast gesehen“ habe.¹¹⁷⁴

Clara von Kalnein, Ehefrau des Landstallmeisters Georg von Lehndorff und Schwägerin Annas, hatte ihre Vorstellungen über Kindererziehung, insbesondere über eine geschlechterspezifische Erziehung von Jungen und Mädchen in gehobenen Ständen am Beginn des 20. Jahrhunderts, in Form eines Ratgebers veröffentlicht, auch wenn, wie sie im Vorwort schreibt, damit nur ein „mitleidiges Lächeln zu erreichen [sei], da die jetzige moderne Richtung durchaus andere Ansichten vertritt.“¹¹⁷⁵ Die modernen Prinzipien einer gewaltlosen, vertrauensvollen,

¹¹⁷⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 186.

¹¹⁷¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52 (5. Januar 1855). Zu Georg von Lehndorff: Vollmer, Doppelleben, S. 44 f.

¹¹⁷² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 52 (22. Februar 1855).

¹¹⁷³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 396, Bl. 1–3v (Fragment).

¹¹⁷⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 399, Bl. 6–6.

¹¹⁷⁵ Vgl. Lehndorff, Clara Gräfin v. geb. Gräfin Kalnein, Von der Wiege bis zum Traualtar, Torgau 1906.

wenn auch noch typisch geschlechterspezifischen Erziehung mischen sich hier mit eigenen Erfahrungen schlechter Erziehungsvorbilder. Ihre Ansichten über Ordnung, Ausdauer, Pflicht, Höflichkeit und Aufgaben der Eltern sind für die Zeit sehr modern. Die Lerninhalte der ersten schulischen Bildung, Lesen, Schreiben, Rechnen, Botanik, sollten ergänzt werden durch Heimatkunde, Geografie, Geschichte, Literatur, Musik- und Zeichenunterricht, Sprachen, vor allem Französisch, aber auch Englisch. Geduld, Ruhe und Freundlichkeit des Lehrers waren für sie der Schlüssel zum Erfolg. Auch wenn kleine Mädchen beim Puppenspiel alles für ihr späteres Leben lernen, kleine Jungen beim Spiel mit Spielzeugpferden sich für eine militärische Laufbahn begeistern sollten, waren Mädchen nach Kalneins Vorstellung auch in Mathematik und Physik zu unterrichten, da es das logische Denken fördere, was im Leben hilfreich sei. Das Erlernen nützlicher „häuslicher Tugenden“ unterstützte sie ebenso wie eine möglichst frühe Erziehung zur Wohltätigkeit und Unterstützung Hilfsbedürftiger. Dazu mischten sich spezifische Inhalte ständischer Adelserziehung des 19. Jahrhunderts. Dass Kalnein Tanzstunden als Hort der Eitelkeit und Gefallsucht ebenso ablehnte wie Radfahren, Tennisspielen und Schlittschuhlaufen aus gesundheitlichen und ästhetischen Gründen, macht klar, dass moderne Erziehungsvorstellungen sich in der Praxis nicht so leicht auf die eigene gesellschaftliche Schicht übertragen ließen.

Als Anna von Lehndorff für ihre Kinder nach geeignetem Erziehungs-Personal suchte, war Pauline von Dönhoff ihre erste Ansprechpartnerin. Anna suchte eine „protestantisch-christliche, musikalisch moralische Pariserin“, in Ostpreußen ein „sehr seltenes Gewächs“, wie Pauline bemerkte. Pauline empfahl stattdessen eine deutsche „Predigertochter“. Um eine Erzieherin nach ihren Vorstellungen ausfindig zu machen, wurde Carl Meinhard, der sich in Berlin aufhielt, beauftragt, sich nach einer „Demoiselle“ nach Annas Vorstellungen zu erkundigen. Hosäus, mit Annas Brüdern auf „Kavalierstour“, hatte gleiches in Paris zu erledigen und hier bereits Bekanntschaften geknüpft.¹¹⁷⁶

Zwischen Almosen und großen Projekten

Wohltätigkeit gehörte traditionell zum Konzept der „Adeligkeit“¹¹⁷⁷. Adlige Gutsherrinnen leiteten aus ihrem Stand eine gesellschaftliche Verantwortung ab, die sich über das eigene Gut hinaus auf die Nachbarschaft, die Provinz und letztendlich das Reich erstreckte. Ihr Engagement reichte von der privaten Spende bis zur Gründung einer Institution, z. B. eines Waisenhauses. Auch Anna von Lehndorff lebte in Steinort christliche Wohltätigkeit, wie sie es aus Basedow gewohnt war. Diese reichte von kleinen Gaben an Bedürftige über die Unterstützung der Schulen bis hin zu großen Projekten. Schon mit kleinen Summen müssen in der Mitte des 19. Jahrhunderts Hilfen beispielsweise für die Landschulen der Gutsherrschaft möglich gewesen sein.¹¹⁷⁸ Die Anzahl und der regionale Radius der Bittschriften, die in Steinort zwischen 1854 und 1894 eintrafen, war groß: Königsberg, Angerburg, Drengfurth, Sobiechen, Possessern, Lötzen, Arys, Tapiau, Marggrabowa, Barten, Insterburg, Wilkowen,

¹¹⁷⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 59–60v; StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 396, Bl. 1–3v (Fragment).

¹¹⁷⁷ Vgl. Reif, Heinz, „Adeligkeit“ – historische und elitentheoretische Überlegungen zum Adelshabitus in Deutschland um 1800, [Manuskript, 1997], veröffentlicht in: Ders. (Hrsg.), *Aristokratie und Elite. Sozialgeschichte von oben*, Berlin 2016, S. 323–337. Siehe auch Heinkel, *Adelsreformideen*, S. 40–49.

¹¹⁷⁸ Vgl. Braumüller, Bernd und Ingrid, *Angerburger Landschulen. Dokumentation über die 77 Dorfschulen im Kreis Angerburg/Ostpr.*, Angerburg 1983.

Buddern etc. Immer war es die finanzielle Not, die die Bittsteller dazu bewegte. So lautete die von der Arbeitsfrau Marie Dembek ihrem Gesuch im Winter 1871 zugrunde gelegte Begründung: Ihre Gesundheit sei durch die Geburt von 5 Kindern zerrütet, der Mann ebenfalls krank und habe schon dem vergangenen König als Soldat gedient; man habe „schwere Notstandsjahre durchgemacht. Die Kinder müssen nicht nur ernährt, sondern auch erzogen werden. Und selbst in diesem Jahre sind uns die Kartoffeln missraten. Dabei sind Lebensmittel und Brennmaterial sehr teuer“. Diese Begründung kann stellvertretend für viele Bittschriften stehen und deutet das Spektrum der Ursachen für Armut und Not an.¹¹⁷⁹ Regelmäßig erbat sich die Gräfin Atteste und Gutachten über Bittsteller. Bei Nichtbedürftigkeit folgte eine Ablehnung. Auch gab es in Steinort eine Weihnachtsbescherung für Arme, wodurch es zu regelrechten „Wallfahrten“ kam. Der Pfarrer beklagte allerdings auch Fälle von Undankbarkeit bzw. das Verweisen auf ein nicht vorhandenes Recht und berichtete, dass ihm eine Bittstellerin die Gabe vor die Füße geworfen hätte mit dem Bemerkens, „dergleichen gebe Frau Gräfin nicht und könne sie daher auch nicht nehmen. Sie wolle mich bei Ew. Hochgeboren verklagen, was auch geschehen sein mag.“¹¹⁸⁰

Johann Carl Borkowski, Pfarrer der Kirche in Rosengarten, deren Patronat die Lehndorffs innehatten, dankte regelmäßig für Büchersendungen, finanzielle Spenden und für die Unterstützung unbemittelter Gymnasiasten. Gemeinsam im Missionsverein und in der Bibelgesellschaft aktiv, unterstützte Anna auch Borkowskis Armenpflege finanziell, übersandte „Wollzeug“ für die Kleidung von Mädchen und Knaben, half aber auch mit Gesangbüchern und kirchlichen Schriften.¹¹⁸¹ Ob Anna von Lehndorff eine „Industrieschule für die männliche Jugend in Taberlack und Serwillen“ tatsächlich ins Leben rief und die „Arrangements in die eigenen fachkundigen Hände“ nahm, lässt sich an den Akten nicht weiter verfolgen. Entweder blieb die königliche Genehmigung dafür aus, oder es fanden sich andere Unterstützer für das Projekt.¹¹⁸²

Als in den durch Missernten und Seuchen hervorgerufenen Notstandsjahren 1867/68 Ostpreußen zur ersten Hochburg des Vaterländischen Frauenvereins wurde, war Anna von Lehndorff eine der zahlreichen Frauen großer Adelsfamilien, die einen Ortsverein führten. Vermutlich übernahm sie die Leitung des Ortsvereins in dem zehn Kilometer von Steinort entfernten Angerburg bereits bei dessen Gründung 1867, nachweislich seit 1872, und leitete ihn bis zu ihrem Tod.¹¹⁸³ In den Gutsbezirken der Dohnas hatte sich jeweils eine Gräfin Dohna an die Spitze des Ortsvereins gestellt, in Wargen führte die Gräfin Dohna-Preyl den Verein, in Löwenhagen war es die Gräfin Pauline von Dönhoff-Friedrichstein, geb. Gräfin Lehndorff, in Quittainen Marie Gräfin Dönhoff, Baronin

¹¹⁷⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 577, Bl. 31–32v.

¹¹⁸⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 624, Bl. 3 (Fragment, 28. Dezember 1866). Ebd., Nr. 578 (Dankschreiben, 1854–1893, 73 Blatt), Nr. 579 (abgelehnte Gesuche, 1856–1893, 174 Blatt), Nr. 580 (Bittstellerbriefe, 1859–1893, 97 Blatt), Nr. 581 (Atteste und Gutachten über Bittsteller, 1869–1892, 1023 Blatt), Nr. 583 (Unterstützungen für religiöse Bücher, 1873, 76 Blatt), Nr. 584 (befürwortete Bittgesuche, 1880, 52 Blatt). Ein (Auswahl-?)Band Suppliken von 1743 bis 1858 in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 819.

¹¹⁸¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 576, Bl. 5 ff. (Briefe Borkowskis an Anna von Lehndorff).

¹¹⁸² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 585, Bl. 1.

¹¹⁸³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 615. Der Vaterländische Frauenverein war als Zweigverein des Roten Kreuzes von Königin Augusta begründet worden. Seine Aufgabe war die Krankenpflege im Krieg, aber ebenso als zivile Aufgabe die Notstandbekämpfung, vgl. Dr. Kühne, Der Vaterländische Frauenverein und seine Aufgaben, in: Adels- und Salonblatt 20 (1911), S. 171 f. Siehe auch GStA PK, I. HA, Rep. 89, Nr. 15609, Bl. 9: Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins, Die Not in Ostpreußen, 10. Februar 1868, und Sütching-Hänger, Andrea, Das „Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002, S. 26 f. In der Gründungswelle 1867 entstanden in Ostpreußen 174 Lokalvereine, konzentriert auf die Städte und auf die Gegenden zwischen Königsberg und Preußisch Holland bzw. Königsberg und Angerburg. In Masuren und Preußisch Litauen gab es dagegen nur wenige Lokalvereine. Keine andere Provinz hatte solche Dichte lokaler Vereine, vgl. Protokolle der General-Versammlung des Vaterländischen Vereins in Berlin vom 4. April und 24. Mai 1869, Berlin 1869, S. 70.

Mirbach in Sorquitten, Gräfin Else zu Stolberg-Dönhoffstädt in Groß Wolfsdorf. Die Ortsvereine, in denen adlige und nichtadlige Frauen zusammenwirkten, fungierten vor allem als Spendensammelstellen. Ihr Ziel war es, den Notstand in Ostpreußen zu mildern. Der Angerburger Verein fand mit dem Druckereibesitzer F. J. Priddat, den Anna von Lehndorff als Schatzmeister gewonnen hatte, und durch den Angerburger Landrat Ernst von Kannewurff auch männliche Unterstützung.¹¹⁸⁴ Später fanden die Vaterländischen Frauenvereine im Wohlfahrtsbereich neue Aufgaben. Nun bestand das Engagement nicht mehr vorrangig in privaten Geldspenden, sondern die adligen Damen versuchten unter Ausnutzung ihres Ansehens die Öffentlichkeit zu mobilisieren, arbeiteten ehrenamtlich in Vorständen, warben Mitglieder, verwalteten Gelder etc.¹¹⁸⁵ Auf den Generalversammlungen wurden die Missstände in der Provinz thematisiert, insbesondere „Trunkenheit, Faulheit und Rohheit“ bei den „niedereren Ständen“. Die mangelhafte und „namentlich bei Waisenkindern ganz fehlende häusliche Erziehung“ sollte durch Waisenhäuser bekämpft werden, zu denen der Frauenverein Beihilfen zur Gründung bereitstellte. Zu den weiblichen häuslichen Arbeiten sollte das „weibliche Geschlecht auf dem platten Lande“ gebildet werden, damit es keine Gelegenheit für „Müßiggang und Trägheit“ habe und sich an „Fleiß und Ordnungsliebe“ gewöhne.¹¹⁸⁶

Neben ihrer Tätigkeit für den Vaterländischen Frauenverein hielt Anna von Lehndorff engen Kontakt zum Provinzial-Hilfsverein für Innere Mission, dessen Vorstand sie angehörte, aber auch zur Berliner Stadtmission. Auch private Kontakte gehörten dazu, beispielsweise zu Paul Suhle, der als Gesandtschaftsprediger für Konstantinopel vorgesehen war. 1874 erhielt er eine Einladung nach Steinort, 1875 schickte er Geburtstagswünsche aus Konstantinopel, die er angesichts der 1875 begonnenen Germanisierungspolitik der preußische Regierung und sich mit Annas politischen Ansichten in Übereinstimmung wissend, mit Gedanken über die politische Lage verband. Im seinen Geburtstagsgrüßen aus Konstantinopel 1879 schrieb er: „Die Wendung in unseren heimischen Verhältnissen haben Sie gewiss auch mit großer Genugtuung begrüßt, sowie Sie den Verlauf der Generalsynode mit Befriedigung und Hoffnung erfüllt haben wird. Gott helfe nur gnädig weiter auf dieser allein richtigen Fortschrittsbahn.“¹¹⁸⁷

Wie Anna von Lehndorff gehörte auch Karl August Graf von und zu Egloffstein zu den langjährigen Unterstützern der Inneren Mission, war aber am Ende seines Lebens nicht nur desillusioniert von den Ergebnissen, sondern auch von seinen adligen Standesgenossen. Selbst Annas Aktivitäten entsprachen in seinen Augen nicht dem eigentlichen Ziel christlichen Wirkens: „Ich gründete einen Enthaltensamkeitsverein und hatte oft im Garten 800 Mitglieder. Da kam das Jahr der Strafe 1848 und von den 800 blieben nur 8. Das hat mich nicht irre gemacht. Aber wo sind die Standesgenossen, die meinem Beispiel folgten? Im Herrenhause wurde sogar opponiert gegen die vom Staat beabsichtigte Erhöhung der Branntweinsteuer. Ich ließ meinen Aufruf zur Sonntagsheiligung ergehen an meine Standesgenossen, er fand keinen Anklang noch Folge. Man suchte seine Prärogative und Geldbeutel zu konservieren, keinerlei Interessen aber für die Förderung des Reiches Gottes, für Innere und Äußere Mission waren vorhanden und ich verlor alle Freudigkeit dazu, meine Standesgenossen aufzufordern, welche sich immer mehr von mir zurückzogen, so dass ich bald ganz isoliert mich fühlte [...] So lange der Adel nicht erkennt, was der rechte Adel ist, nämlich ein Christ ohne Tadel sein zu wollen [...], so lange es möglich ist,

¹¹⁸⁴ APO, Bestand 382, Nr. 616 (Briefe an Anna von Lehndorff). Zu Priddat: Braumüller, Angerburg von A–Z, S. 569.

¹¹⁸⁵ Vgl. Wienfort, Monika, Gesellschaftsdamen, Gutsfrauen und Rebellinnen. Adelige Frauen in Deutschland 1890–1939, in: Eckart, Conze/Wienfort, Monika (Hrsg.), Adel und Moderne, Köln/Wien 2004, S. 181–203, S. 183 f.

¹¹⁸⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 615, Bl. 9–9v (Vorstand des Frauenvereins Gumbinnen an Anna von Lehndorff, 28. Februar 1872).

¹¹⁸⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 56–57v, 58–59v, 66.

dass der Adel bei allem nominellen politischen Konservatismus den alten Menschen zensuriert, sind auch pekuniäre Beiträge für einzelne Liebeswerke ohne Wert und ohne Segen von oben. [...]. Was hilft der Johanniter-Orden und Johanniterkrankenhäuser, wenn die tiefste Krankheit nicht erkannt wird vom Adel, das Hängen am irdischen Besitz und Gewinn? Die falsche Ehre? [...] Hat er da nicht das erste Wort: Noblesse oblige ganz vergessen? [...] Das verweltlichte Christentum hat das jetzt zu Tage geförderte Verderben mit hierher gebracht, umso mehr gilt es jetzt in allen Stücken Ernst zu machen mit dem Christentum. Dazu helfen aber nicht adlige Fräulein-Stifte, ja nicht einmal Frauenvereine für christliche Zwecke, welche die Welt mit hineinziehen durch allerlei Kunststücke, theatralische Darstellungen, Aufforderungen. Wer in unseren Tagen sehen will, wie es aussieht, und sich mit dem Herzen getrieben fühlt, bedarf keiner äußeren Aufforderung. Und bei anderen bringt sie keinen Segen, sondern Schaden.¹¹⁸⁸ Annas Versuche, für die Berliner Stadtmission und das Magdalenen-Stift die Werbetrommel in der Provinz zu rühren, waren nicht nur bei Egloffstein schlecht angekommen. Auch Marianne Gräfin zu Stolberg konnte sich nur zu „einer einzelnen Gabe“, jedoch nicht zum Sammeln entschließen. Auch deren Schwiegertochter Dönhoff, die zu Stoecker Kontakt hatte und die Stadtmission unterstützte, fand es „unmöglich, in Dönhoffstädt dafür zu sammeln. Wir haben es so vielfach erfahren, wie in Schlesien, wo diese Sammlungen auch stattfanden, die Landleute es gar nicht begreifen können, dass die aus den Provinzen nach Berlin Gezogenen von ihnen unterstützt werden sollen, während es der Schaden der Provinz ist, dass die Arbeitskräfte nach Berlin ziehen. Diesem liegt ja ein Widerspruch der Tendenz des Vereins zum Grunde, aber vom Standpunkte der Landleute ist diese Anschauung doch eine natürliche.“¹¹⁸⁹ Denselben Tenor hatte das Antwortschreiben von Antonie von der Goltz: Man finde „wenig Verständnis für die Mission, gleichfalls für das Magdalenen-Stift“, auch wenn „deren segensreiches Wirken nicht abzuleugnen“ sei. Möglicherweise würde sie unter „bürgerlichen geeigneten Persönlichkeiten“ Mitglieder werben können.¹¹⁹⁰ Alfred von Tettau-Tolks fasste den „Lokal-Partikularismus“ zusammen: „Es gibt zu viele Besitzer, liberale und konservative, welche von solchen Dingen nichts hören wollen und jede Hilfe verweigern. Außerdem darf man aber auch den Willigen nicht zu oft kommen. Da wird für äußere und innere Mission (Königsberg), für die in nächster Nähe gelegenen Rettungshäuser Bartenstein, Pr. Eylau, Schönbruch etc. gesammelt, und wer doch schließlich nur einen bestimmten Teil seiner Einnahmen zu ähnlichen Zwecken verwenden kann, sieht sich zu gewissen Beschränkungen darin genötigt.“¹¹⁹¹

Selbst im Lehdorffschen Kirchspiel Rosengarten war die Sammlung für die Berliner Stadtmission nicht erfolgreich, „weil die Leute feststehende Beiträge nicht zahlen wollen“.¹¹⁹² Pfarrer Westphal aus Drengfurth, den

¹¹⁸⁸ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 492, Bl. 11–14v.

¹¹⁸⁹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 496, Bl. 21–22v.

¹¹⁹⁰ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 487, Bl. 12.

¹¹⁹¹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 485, Bl. 27–28v. Zu Idee und Planung des Projektes, initiiert von Generalin von Bronsart, Gräfin Lehdorff und Frauen des Bürgertums, ebd., Bl. 28–29v (Königsberg, Dezember 1890). Im März 1891 waren die Räume Wrangelstraße/Nachtigallenstieg fertig, die Eröffnung für April geplant, obwohl Statuten und Hausordnung (die sich an das Haus in Breslau anlehnen sollten) noch in Beratung waren. Der Vorschlag Anna von Lehdorffs, die hohen Herrschaften sollten je ein Bett stiften, wurde angesichts der Beiträge (50 M bis mindestens 20 M durch die Begüterten, 10 und 6 M alle anderen) verworfen (Bl. 37). Nach der Versetzung Pfarrer Runges übernahm Pfarrer Behr dessen Aufgabe, Bl. 47 (26. April 1892). Vgl. auch GStA PK, I. HA, Rep. 77 B, Nr. 673: Ostpreußisches Magdalenenstift zur Erziehung verwahrloster Mädchen in Königsberg/Ostpr. (1894–1927).

¹¹⁹² APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 596, Bl. 4 (16. Oktober 1879). Die Sammel Listen der Kreisvereine des Ostpreußischen Provinzialhilfsvereins für die Berliner Stadtmission und das Magdalenen-Stift 1869–1893 ebd., Nr. 620.

Anna regelmäßig mit der Monatsschrift „Aus der Stadtmission“ bedachte, lehnte eine regelmäßige Sammlungstätigkeit für die Innere Mission und die von ihr unterstützten Einrichtungen wie das Magdalen-Stift in Berlin ab, denn „auf eine pekuniäre Unterstützung von hier aus (ist) gar nicht zu rechnen [...]. Das ist ein Werk, dessen Stärkung nur auf die Reichen fällt, welche ihre Sorge auch auf entferntere Punkte wenden können. Reiche aber habe ich in meiner Gemeinde nicht, selbst nicht unter den Gutsbesitzern, abgesehen davon, dass die meisten von diesen dem Christentum und der Kirche ganz fern stehen.“¹¹⁹³ Westphal engagierte sich lieber für die Belange des Drengfurther Waisenhauses, mit dem er genug Probleme hatte. Er hätte über die Hauskollekte längst berichtet, wenn sie nur erst eingegangen wäre, schrieb er der Gräfin am 3. Februar 1879: „Im November, wo sie hätte sein sollen, waren die Wege grundlos, so dass gar nicht kollektiert werden konnte. Im Dezember wurde die Hauskollekte für die dringendsten Notstände der evangelischen Kirche abgehalten, da wollten wir die unsrige nicht unmittelbar darauf folgen lassen in der Besorgnis, es könnte dann zu wenig eingehen. Im Januar ist sie zum Teil gesammelt, aber noch nicht ganz. Einen besonderen Kollektanten gegen Entschädigung umhergehen zu lassen ist zu teuer, wir haben sämtliche acht Lehrer um die Einsammlung ersucht, aber von zweien ist uns erst die Kollekte abgeliefert. Dieses Mal tun sie es uns noch zum Gefallen, aber künftig nicht mehr, indem sie sagen, das Geschäft sei zu verdrießlich, sie müssten zu viel anhören. Es zeigt sich allerdings keine besonders wohlwollende Stimmung gegen das Waisenhaus, man hält sich darüber auf, dass immerfort gesammelt wird, während Waisenkinder nicht vorhanden sind und das Haus leer bleibt. Man hat daher immer zu beschwichtigen mit der Erklärung, dass durch die eingebrachten Gaben besonders auch die zukünftige Selbständigkeit des Waisenhauses begründet werden soll. Dazu kommt die gegenwärtige Kalamität in Handel und Wandel, die Ernte war nicht sonderlich, die Getreidepreise sind äußerst niedrig, der Landmann ist überbürdet mit Abgaben, Handwerker und Arbeiter haben keine Arbeit. Es ist eine Not, ein Klagen und Jammern unter den Leuten, wie selbst im Notjahr nicht.“¹¹⁹⁴

Die Schrift „Der „Jonas oder Schule des Lebens von Funk“, die Anna ihm als Weihnachtsgabe geschenkt hatte, ermöglicht Rückschlüsse auf Annas religiöse Richtung. Der 1857 verstorbene Theologe Nikolaus Funk repräsentierte eine moderate Richtung innerhalb des theologischen Rationalismus des frühen 19. Jahrhunderts. Zeitlebens hatte er sich für das Schulwesen und die Armen- und Waisenfürsorge engagiert, selbst ein Waisenhaus errichtet und eine Sonntagsschule zur Fortbildung künftiger Handwerker eingerichtet.¹¹⁹⁵

Der 1889 ins Amt gekommene Pfarrer Friedrich Wolter übernahm den Vertrieb des „Deutschen Volksboten“ für die Stadtmission, Gräfin Lehndorff sollte die Werbetrommel für den Bezug über den Pfarrer rühren. Das Exemplar kostete 35 Pf., nach Abzug der Unkosten gingen 7,5 Pf. an die Stadtmission. Da der Kalender sonst 50 Pf. kostete, konnte man beim Pfarrer 15 Pf. sparen und zudem würde die Schrift eine „Verdrängung der vielen unchristlichen Schundkalender, welche Hausierer, Kaufleute und selbst Kolporteure herschleppen“, bewirken.¹¹⁹⁶ Auf Annas Engagement wurde 1879 in Königsberg ein Stadtmissionar angestellt. Unterstützung hatte sie bei Gustav von Albedyll, dem Vorsitzenden des Vereins der Berliner Stadtmission, und Hofprediger Stoecker gefunden, der u. a. im Juni 1879 in der Tragheimer Kirche einen Vortrag über die Stadtmission hielt. Der seit vier Jahren in Berlin bewährte Stadtmissionar Rohrbach wurde nach Königsberg versetzt und mit Zustimmung des Konsistorialrats und Ober-Pfarrers Hase und des Vorsitzenden des Königsberger Stadtmissions-Vereins dem

¹¹⁹³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 589, Bl. 22–23.

¹¹⁹⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 95–96v.

¹¹⁹⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Nikolaus_Funk [20.11.2019].

¹¹⁹⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 622, Bl. 29–30v.

Pfarrer Grzybowski unterstellt.¹¹⁹⁷ Spätestens ab Mitte der 1880er Jahren fanden alljährlich in Steinort Stadtmissionsfeste statt, am Fest im Sommer 1886 beteiligte sich auch das Evangelische Seminar in Angerburg auf Einladung der Gräfin.¹¹⁹⁸ Am 27. November 1883 hielt Pastor Schlegel von der Berliner Stadtmission, der auch in den „Fliegenden Blätter aus dem Rauhen Hause zu Horn bei Hamburg“ veröffentlichte, einen Vortrag über die Arbeit der Stadtmission im Fliesensaal des Steinorter Schlosses.¹¹⁹⁹

Das Fräuleinstift-Projekt

Als mit den landwirtschaftlichen Krisen in den 1870er Jahren die finanzielle Belastung für viele männliche Familienvorstände untragbar wurde und sich die Familiensolidarität häufig nur noch auf die Kernfamilie erstrecken konnte, bemühte sich Anna von Lehndorff um die Gründung eines adligen Fräuleinstiftes für die Provinz Ostpreußen. Es sollte mit der Unterstützung von 200 ostpreußischen Adelsfamilien, die sich mit einem Kapital von je 1.000 bis 3.000 Tlr. finanziell beteiligen sollten, und ohne Beihilfe des Staates finanziert werden.¹²⁰⁰

Familienstiftungen und Fräulein-Stifte waren im 18. und 19. Jahrhundert zahlreich entstanden. Am Ende des 18. Jahrhunderts war in Königsberg ein Damenstift durch die Familie von Wernsdorff-Schlieben begründet worden, ein Schmettau-Schwerinsches Familienstift war schon um 1782 ins Leben getreten.¹²⁰¹ Das Wrangelsche Familienstift verteilte sich am Beginn des 20. Jahrhunderts auf Russland, Deutschland, Schweden.¹²⁰² Die Dohnasche Familienkasse war aus dem „Orden zum Schilde“ hervorgegangen, der 1726 von Frauen der Familie im Geist des Pietismus zur Unterstützung unbemittelter Dohna-Töchter gegründet worden war.¹²⁰³ Auch die Schulenburgs hatten mit der „Hermine Gräfin von der Schulenburgschen Familien-Stiftung“ vorgesorgt.¹²⁰⁴ Anna von Lehndorffs Vorbilder waren das von Emerentia von Tettau, geb. Rumohr, Witwe von Julius Ernst von Tettau, begründete Tettausche Fräuleinstift zu Königsberg und das Adlige Fräuleinstift im mecklenburgischen Barth. Der Schwedenkönig Friedrich hatte 1733 den Grund und Boden der Ritterschaft von Nordvorpommern und Rügen geschenkt. An Stelle des nach dem Dreißigjährigen Krieg verfallenen Schlosses war darauf das adlige Fräuleinstift entstanden.¹²⁰⁵ Mit der Säkularisierung von Klöstern und Stiften infolge des Reichsdeputationshauptschlusses waren adlige Damenstifte unter König Friedrich Wilhelm III. in Preußen aufgehoben worden.¹²⁰⁶

¹¹⁹⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 618, Bl. 16–17.

¹¹⁹⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 587, Bl. 26.

¹¹⁹⁹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm. [20.11.2019]. 1883 hatte er sein Buch „Die Berliner Stadtmission und die entlassenen Strafgefangenen in Berlin“ veröffentlicht.

¹²⁰⁰ Siehe die Konzepte und Entwürfe des Statuts in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 599, 601.

¹²⁰¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 238, 240, 331. Zur Packmohr-Taubeschen Stiftung für Witwen aus den Häusern Packmohr und Schlieben: Wagner, Truntlack, Bd. 1, S. 335 f.

¹²⁰² GStA PK, VI. HA, Nachlass Wrangel, Nr. 32.

¹²⁰³ Vgl. Dohna, Die Dohnas, Bd. 1, S. 268 f.

¹²⁰⁴ Vgl. Adels- und Salonblatt 20 (1911), S. 237.

¹²⁰⁵ Zum Tettauschen Stift: Beiträge zur Kunde Preußens, Bd. 5, Königsberg 1822, S. 454. https://www.wikiwand.com/de/Julius_Ernst_von_Tettau [20.11.2019]. Zum Barthschen Stift: Exler, Annegret, Wo einst der Adel wandelte. Fräuleinstift Barth – einzige schwedische Stiftung auf deutschem Boden, in: Welt-Kultur-Erbe 1 (2011), S. 72–73.

¹²⁰⁶ Vgl. Hufeld, Ulrich (Hrsg.): Der Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Eine Dokumentation zum Untergang des Alten Reiches, Köln/Weimar/Wien 2003.

Die Vorarbeiten reichen bis in das Jahr 1867 zurück. In diesem Jahr hatte Anna von Lehdorff den Landrat Wilhelm von Saltzwedel gebeten, für sie alle bemittelten Adelsfamilien der Provinz in Erfahrung zu bringen, die Beiträge von über 1.000 Tlr. geben könnten. In der „Erwägung, dass weniger bemittelte Leute mitunter mehr geneigt sind, zu guten Zwecken etwas herzugeben, als die ganz Reichen, wenn die Aufforderung nur nicht über ihre Kräfte geht“, hatte Saltzwedel seine landrätlichen Kollegen ersucht, ihm auch diejenigen zu benennen, die nach ihrer Vermögenslage Beiträge bis zu 500 Rtlr. geben könnten; diese hätten sich jedoch „nicht sehr willfährig gezeigt“ und seine Fragen, wenn überhaupt, „weder sehr vollständig, noch in der systematischen Ordnung beantwortet, wie ich sie ihnen vorgelegt hatte“. Er würde sich freuen, wenn die Gräfin seine Notizen „zu irgend etwas brauchen könnte, und noch mehr, wenn die darin enthaltenen Nachrichten Sie nicht in der Verfolgung Ihres menschenfreundlichen und großartigen Unternehmens entmutigen möchten.“ Überall, wo er vom Fräulein-Stift gesprochen habe, sei der Plan als „segensreicher und dankenswerter anerkannt worden“. ¹²⁰⁷ Auf Grundlage dieser Listen wandte sich Anna von Lehdorff in den späten 1860er/frühen 1870er Jahren mit einem Aufruf „an den Adel Preußens“ insbesondere an die männlichen Vorstände der ostpreußischen Adelsfamilien, aber auch an wenige alleinstehende Frauen. ¹²⁰⁸ Der Zeitpunkt war denkbar ungünstig, da die „heutigen sozialen Zustände und die Entwicklung der Gesetzgebung bis auf die neueste Zeit [...] alle gesetzliche Grundlage, Repräsentation und allen Zusammenhang des Adels als solchen in der Provinz gelöst und damit das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit in der territorialen Begrenzung einer Provinz aufgehoben“ hatten, wie es Otto von Keyserlingk in seiner ablehnenden Antwort formulierte, der durch die „Verwaltung der Stiftungen der eigenen Familie als auch die stets benutzte Gelegenheit der Prüfungen solcher Stiftungen in den anderen Gegenden und Ländern, insbesondere in den russischen Ost-Provinzen, mit solchen Stiftungen recht bekannt“ war. ¹²⁰⁹ Die 87 eingegangenen Antwortschreiben – u. a. der Familien Dohna-Schlodien, Eulenburg-Prassen, Keyserlingk, Reibnitz, Groeben, Kunheim-Spandau, Kleist-Nollendorf, Domhard-Bestendorf, Brauchitsch, Benckendorff, Hindenburg, Kalnein, Bardeleben, Horn, Haugdorf, Alvensleben, Finckenstein, Bassewitz, Saucken, Wrangel, Perbandt, Göbler, Schulenburg, Krafft, Farenheid-Beynuhnen, Mirbach, Dönhoff, Schmeling, Burgsdorf, Usedom, Schlieben – aus einem Zeitraum von mehr als zwanzig Jahren machen die Problematik solch einer Institution in der Reichgründungszeit deutlich. Der Tenor reichte von kommentarloser Ablehnung über eine Erklärung, dass man das Vorhaben wünschenswert fände, sich aus Geldmangel aber nicht beteiligen könne, oder dem Verweis auf bestehende eigene Familienstiftungen bis zur Ablehnung aus politischen Gründen. Nur wenige wollten ihr „Scherflein“ vorbehaltlos beitragen, einige nur unter der Voraussetzung, dass die Institution ins Leben getreten sei oder sichere Aussicht darauf bestünde. Einige behielten sich ihre Entscheidung vor, wenige wie Friedrich Wilhelm von Farenheid-Beynuhnen boten Geld, entschlossen sich aber nicht zu festen Beiträgen. Emanuel Graf zu Dohna-Schlodien stellte seine „praktischen und materiellen Bedenken“ zurück, konnte aber „über diejenigen Bedenken nicht fortkommen, welche sich gegenüber unserer ‚modernen‘ Gesetzgebung in mir erheben. Eine Gesetzgebung, welche, getragen von einer alles nivellierenden Zeitströmung auf kirchlichem, staatlichem und so vielem Gebiet, unzweifelhaft und bewusst Tendenzen verfolgt, welche alle Basen der stabilen Elemente auflösen und in dem Fluss der Zeitströmung fortreißen müssen. Zunächst hat unser Oberhaus als Träger des konservativen und aristokratischen Prinzips moralisch errichtet werden müssen, um den modernen Prinzipien eine freie Bahn zu öffnen –

¹²⁰⁷ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 600, Bl. 4–5v (Fragment).

¹²⁰⁸ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 599.

¹²⁰⁹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 600, Bl. 12–14v.

der Sturm gegen Fideikommiss und Majorate wird nicht auf sich warten lassen und die Regierung wird demselben mit Rücksicht auf ‚nationale und reale Politik‘ auf die Dauer einen wirklichen Widerstand nicht entgegensetzen können. Weitere Schläge gegen die noch übrig bleibenden konservativen Institutionen werden folgen, wo dieselben den breiten Strom des Fortschritts, der seinen Lauf nach einem allgemeinen Meer des Sozialismus und Kommunismus zu nehmen sucht, wenn nicht aufhalten, so doch langsamer fließen lassen. In dieser Erwägung scheint es mir daher sehr bedenklich, in gegenwärtiger Zeit eine Institution ins Leben zu rufen, die für die Zukunft bestimmt, zugleich von der Zukunft bedroht erscheint.“ Auch seine materielle Stellung sei nicht geeignet, die Sache zu unterstützen, denn als Fideikommiss-Besitzer habe er die Pflicht, an seine Allodialerben zu denken.¹²¹⁰ Graf Karl von Kalnein war selbst auf die Beihilfe der Familie angewiesen, ob sich sein Schwiegervater Philipp Konrad Graf zu Eulenburg auf Liebenberg entschließen würde, sei ungewiss, denn er würde sich „eigentlich schon mehr zum märkischen Adel“ und „aus dem Ostpreußischen Verband gewissermaßen als ausgeschieden“ betrachten.¹²¹¹ Graf Dönhoff-Friedrichstein verwies auf die eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten: „Mir ist zu einer Zeit, wo der Grundbesitz in unserer Provinz dem völligen Ruin nahe war [...], so gut als gar kein Erbteil zugefallen, und ich habe mich dann meine langen Dienstjahre hindurch mit meinen Kräften mühsam durchkämpfen müssen. Und wenn es mir später, seitdem ich aus dem Dienst geschieden, bei eigenen geringen Bedürfnissen, erst möglich geworden ist, einige Gelder zurückzulegen, so habe ich über diese in meinem Testament bereits anderweitig vollständig verfügt; unter welchen Umständen ich nach langem Hin und Hersinnen mich habe entschließen müssen, mir eine Mitwirkung an Ihrem hochherzigen Unternehmen zu versagen, wenn auch, wie gesagt, mit lebhaftem Bedauern, einem mir ausgesprochenen Wunsch meiner hochverehrten Cousine nicht entsprechen zu können, deren mir immer bewiesenes Wohlwollen ich mir hoffentlich dadurch nicht verscherzt haben werde.“ Auf die von Anna ausgesprochen Einladung nach Steinort verzichtete er unter diesen Umständen, befürchtend, dort mit dem Problem weiter konfrontiert zu werden. Auch sei er „durch vieljährige Abgeschlossenheit ein ganz verrosteter alter Einsiedler geworden und für geselligen Umgang ganz unbrauchbar.“¹²¹² Das Fazit ist eindeutig: Der Plan stieß in Ostpreußen selbst, aber auch in anderen Adelslandschaften überwiegend auf Unverständnis, Ablehnung und Kritik. Adelige „Standessolidarität“ im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts endete, wo eigener wirtschaftlicher Vorteil nicht zu erwarten war.¹²¹³

Allen Bedenken zum Trotz, wandte sich Anna von Lehndorff am 19. Juli 1874 in Gastein an den Kaiser, um ihn für ihr Projekt zu gewinnen. „Seit den schweren Zeiten, die Ew. Majestät in Höchstdero Jugend mit Ew. Majestät Höchstseligen Eltern in unseren heimischen Provinzen verlebt, wo dieselben Gut und Blut für König und Vaterland opfern durften, hat sich der Adel kaum wieder empor arbeiten können, und viele Eltern sind außer Stande gewesen, ihren Töchtern ein sorgenfreies Alter zu sichern. Fast seit fünfzehn Jahren hat sich die Provinz als solche von den Drangsalen des ersten Viertels dieses Jahrhunderts zu erholen angefangen, aber für die unverorgten Töchter unseres Adels konnte nichts geschehen, da unsere Provinz ganz besonders arm an Fräuleinstiften ist, wie sie die anderen Provinzen der Monarchie besitzen“, so ihre Begründung für das Projekt, „ein Asyl [...], wo sie ein Heim und eine ihrem Stande angemessene Tätigkeit finden dürften“. Nicht „trägem Genuss, sondern

¹²¹⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 600, Bl. 8–9.

¹²¹¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 460, Bl. 2–3.

¹²¹² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 600, Bl. 102–102v.

¹²¹³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 393 (Briefwechsel). Das war bei der Verteidigung der Rechte anders. Hier begriff sich der Adel als „Formation“, die auch den kleinen Adel einschloss, da dessen Ausfall eine allgemeine Schwächung bedeutet hätte, vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 232 mit Beispielen.

dem Familienkreise nachgebildet“, sollte das Stift „allseitiger Tätigkeit der Stiftsfräulein dienen, und Ew. Majestät Edelfräulein der Provinzen Ost- und West-Preußen sollen dem edelsten Motto des christlichen Adels gemäß: ‚Ich diene‘ ihr Leben selbstloser Arbeit in Werken christlicher Barmherzigkeit weihen.“ Durch die königliche Genehmigung hoffte sie, den zögerlichen Adel der Provinz „angefeuert zu sehen, diesen Gedanken bald ins Leben zu rufen.“¹²¹⁴

Der König beauftragte den Innenminister mit einem Vortrag über das Projekt. In dessen Auftrag wandte sich im November 1874 Karl von Horn an Anna von Lehndorff, um offene Fragen zu klären. Die Fragen des Innenminister richteten sich vor allem auf die §§ XXIX und XXX des Statutenentwurfs. So stellte er die Frage, ob die der Provinz angehörigen Familien tatsächlich „das Bedürfnis zur Gründung eines solchen Stiftes“ anerkennen. Auch die „Art der Versorgung“ und die „ausreichende pekuniäre Beteiligung“ des Adels sah er kritisch; überhaupt war er im Zweifel, ob die „in Aussicht genommenen und in einzelnen Fällen aufscheinenden, schon zugesagten Mittel zu der in großem Umfang gedachten Stiftung ausreichen werden.“ Darüber hinaus war der Statutenentwurf nicht geeignet, „um als eine geeignete Grundlage für die einzuholende landesherrliche Bestätigung der Stiftung und die ihr dadurch zu erteilende juristische Persönlichkeit erachtet werden zu können.“ Die im § IV vorgesehene „Verleihung des Stiftskreuzes an die eingeschriebenen Edelfräulein nach Vollendung des 20. Lebensjahres“ war ebenso wie die in § XIX formulierte „Berechtigung der wirklichen Stiftsfräulein, das Stiftskreuz bei festlichen Gelegenheiten an einem handbreiten Bande über der Schulter zu tragen“, zurückzustellen, da solche Entscheidung von der Entwicklung des Stifts abhängig sei und man nur „Allerhöchsten Orts die Verleihung eines Gnadenzeichens“ erbitten dürfe.¹²¹⁵

Durch Auguste von Berg wurde Anna von Lehndorff das Gut Borken als Stiftsgut angeboten. Dieses Angebot hatte jedoch einen Haken. Das Gut war noch auf 15 Jahre an Baron Trachenberg verpachtet. Der Pachtvertrag war so schlecht abgefasst worden, dass von Berg daraus keine Einkünfte zog. Dass 42 Hufen große Gut war von der Landschaft auf 67.000 RM taxiert worden, die darauf lastenden Schulden beliefen sich auf 82.400 RM, davon gegenüber der Landschaft 42.300 RM, gegenüber Strousberg 5.600 RM, als Staatsanleihe 12.000 RM, gegenüber dem Pächter 10.000 RM. Anna von Lehndorff sollte es nun obliegen, im Falle sie dieses Geschenk annehmen würde, gerichtlich die Lösung des Pachtvertrages durchzusetzen. Ob dies überhaupt in Erwägung gezogen wurde, ist aus den Akten nicht ersichtlich.¹²¹⁶

Für die finanzielle Abwicklung suchte Anna die Unterstützung von Emil Karl Ferdinand Graf Kanitz-Podangen. 40.000 Rtlr. hatte sie ihm avisiert, die als Spenden zu erwarten seien. Beträge von 14.000, 10.000, 5.000 Rtlr. sowie Legate zwischen 15.000 und 60.000 Rtlr. seien durch bindende Zusagen gesichert. Sie ging von einem Grundkapital von 200.000 Rtlr. und von der Kapitalisierung der Zinsen über 30 Jahre aus. Kanitz hatte die Ostpreußische Landschafts-Darlehens-Kasse angewiesen, jede beliebige von Anna einzuzahlende Summe anzunehmen und diese nach ihrem Wunsch „bar in Ihrem Deposito“ zu behalten oder in „zinstragende Papiere“ zu investieren. Er riet zu „4 1/2 prozentigen Pfandbriefen“, denn „absolut sichere Papiere, die höhere Zinsen tragen, gibt es meines Wissens nicht und ausländische oder Spekulations-Papiere werden Sie, wie ich voraussetze, nicht ankaufen wollen.“¹²¹⁷ Noch Anfang Januar 1875 hatte Anna Lehndorff weder das Konto eröffnet, noch die Kasse

¹²¹⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 602, Bl. 4–5v.

¹²¹⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 602, Bl. 10–11.

¹²¹⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 485, Bl. 1–8v.

¹²¹⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 461, Bl. 1–1v.

zur Annahme von Geldern autorisiert; beides war nur persönlich bei der Ostpreußischen Landschaftlichen Darlehens-Kasse in Königsberg, Landhofmeisterstraße, möglich. Kanitz hielt ein solides finanzielles Fundament für die Kernfrage. Das Kuratorium müsse dem alten Adel der Provinz angehören, also durch Standesinteressen den Interessen der Stiftung verbunden sein. Eine Unterstützung durch den Johanniter-Orden machte er davon abhängig, ob Graf Dohna-Schlobitten willig sei, die Stiftung mit seinem Einfluss und seinen Mittel zu unterstützen. Die Leitung des Unternehmens, die ihm Anna antragen wollte, wies er unter Hinweis auf Amt, Alter und Gesundheit zurück, räumte aber ein: „Wo findet sich namentlich die Persönlichkeit, die, nachdem die nötigen Kapitalien angesammelt sind, die ganze Sache in die Hand nimmt, den Gutsankauf besorgt, die nötigen häuslichen Einrichtungen für die Stiftsfräulein macht, die äußere Wirtschaft danach ordnet, den Bau des Krankenhauses überwacht – kurz alles das ausführt, was der Fertigstellung der Stiftung vorangehen muss. Dazu gehört eine junge, ungewöhnlich tüchtige Kraft, die auch bereit ist, eine große Verantwortlichkeit zu übernehmen, und wenn ich mich unter allen meinen Bekannten umsehe, so wüsste ich in der Tat keinen, den ich dazu in Vorschlag bringen möchte – es sei denn, dass Ihr Herr Gemahl sich dazu bereitfinden ließe, dessen Umsicht, Geschäftskennntnis und Tatkraft von Ihnen, gnädigste Gräfin, unterstützt, wohl ausreichen dürfte, das Unternehmen bis zu einem gewissen Abschluss zu fördern.“¹²¹⁸ Nachdem auch der Oberpräsident am 29. September 1875 ernsthafte Kritik am Statutenentwurf geäußert und zu bedenken gegeben hatte, ob der Bau, den die Gräfin sich vorgestellt habe, „den Bedürfnissen überall entspreche, und ob derselbe mit den Mitteln, welche Ew. Hochgeboren in Aussicht nehmen zu können glauben, sich ausführen lassen kann“, wurde das Projekt zu Grabe getragen.¹²¹⁹ Ob tatsächlich Gelder geflossen und wenn ja, wo diese verblieben sind, geht aus den Akten nicht hervor. Die von Malwina von Knobloch an Anna Lehdorff angesichts der trostlosen Lage der eigenen Familie nach dem Tod ihres Schwagers, der völlig mittellos im Berliner Invalidenhaus verstorben war und zwei unversorgte Töchter zurückließ, gestellte Frage, „ob ihr Schwager nicht ein kleines Kapital zur Anlage des Fräuleinstifts gegeben habe, und ob entweder eine Aussicht auf Aufnahme bestehe oder man anderenfalls das Kapital zurückerhalten könne“, wirft diese Frage auf.¹²²⁰

Nicht nur das Fräuleinstift-Projekt, auch die Sammlungen der Adelsverbände zugunsten Not leidender Standesgenossen lassen um 1900 die „Standessolidarität“ vermissen. Die im Deutschen Adelsblatt veröffentlichten Spendenlisten weisen nur wenige und kümmerliche Beträge aus.¹²²¹ Der 1892 gegründete „Verein zur Errichtung von adligen Damenheimen“, ein Zweigverein der Deutschen Adelsgenossenschaft, errichtete bis 1911 fünf Heime in Berlin, Naumburg, Jauer, Breslau und Potsdam, die aus Mitteln der DAG sowie aus Beiträgen und Spenden finanziert wurden und „reichsweit“ agieren sollten. Obwohl Gertrud Gräfin Dohna-Schlodien dem Kuratorium angehörte, blieb Ostpreußen ausgespart.¹²²² Nach der Novemberrevolution mit den bekannten Folgen für den Adel als Stand brachen spätestens in den 1920er Jahren Aktivitäten im Sinne eines adligen Korporationswesens überhaupt ab. „Adeligkeit“ wurde zu einem Element privater Geselligkeit, das man im Verwandten- und

¹²¹⁸ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 461, Bl. 8–9v.

¹²¹⁹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 602, Bl. 15–15v.

¹²²⁰ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 460, Bl. 34–35v; <https://billiongraves.com/grave/Therese-Freiin-v-Paleske-v-Knobloch> [20.11.2019].

¹²²¹ Vgl. Deutsches Adelsblatt 18 (1900), S. 12. Gesammelt wurde für den „Central-Hilfs-Verein der Deutschen Adelsgenossenschaft“, ca. 60 Spender(innen) beteiligten sich vor allem mit kleinen Summen zwischen fünf und 10 M.

¹²²² Vgl. Der Verein zur Errichtung von adeligen Damenheimen, in: Adels- und Salonblatt 20 (1911), S. 276 f. Zum adeligen Damenheim in Jauer, Abb. zwischen S. 57 und 62.

Freundeskreis pflegte und dass auf den Gütern durch sozialen Abstand und tradierten Respekt der Gutsbevölkerung gegenüber der Herrschaft weiterhin seinen Ausdruck fand.

Das Mädchenwaisenhaus in Rosengarten

Trotz der wirtschaftlichen Krise des Gutsbesitzes in Ostpreußen im Allgemeinen und der finanziell desolaten Lage des Lehndorff-Besitzes im Besonderen unterstützte Anna von Lehndorff „ihre Projekte“ – Armen- und Waisenhäuser – kontinuierlich.¹²²³ Das evangelische Mädchenwaisenhaus im Kirchdorf Rosengarten sollte nach dem Willen Anna von Lehndorffs ein Pendant zu dem Waisenhaus für Knaben in Lötzen (1868: Masurisches Waisenhaus) sein.¹²²⁴ Es war von dem Hauptverein des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin und Gräfin Lehndorff ursprünglich für die Waisen der Typhus- und Cholera-Epidemien in der Provinz 1872 gegründet worden. Es befand sich auf dem etwa 7 Morgen großen Grundstück des alten Rosengartener Kirchenkrugs (Rosengarten Nr. 60) und umfasste zwei Wohnhäuser und ein Wirtschaftsgebäude, die auf den Namen des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin in das Grundbuch eingetragen waren. Die Finanzierung erfolgte über milde Gaben und die für die Kinder entrichteten Pflegegelder. Bei unentgeltlicher Aufnahme oder bei Aufnahme zu einem geringeren Pflegegeld sollten die Mädchen noch 2 bis 3 Jahre nach der Konfirmation vornehmlich in den Steinorter Gütern gegen angemessenen Lohn beschäftigt werden. Anna von Lehndorff hatte darüber hinaus der evangelischen Kirchengemeinde Rosengarten 1894 testamentarisch ein Kapital von 23.000 M mit der Bestimmung vermacht, die Einkünfte daraus für das Mädchen-Waisenhaus zu verwenden.¹²²⁵ Die Verwaltung hatte sie dem Gemeinde-Kirchenrat übertragen. Im Vorstände war neben dem jeweiligen Ortspfarrer als lokalem Leiter der Anstalt, dem die Waisenmutter unterstand, immer ein Mitglied der gräflichen Familie.

Aufgabe der Waisenmutter war es, die Mädchen zu fleißigen und als Mägde brauchbaren Arbeitskräften zu erziehen. Nach den Vorstellungen des Pfarrers Westphal, der mit den Personalfragen bei der Gründung betraut war, sollte sie deshalb „rüstig, tüchtig, arbeitsam, reinlich, mit Kindern umgänglich und womöglich Witwe, vor allem auch christlich“ sein, allein die Frage, welchem Stand sie angehören solle, konnte er nicht beantworten. Der Begriff „eine einfache Frau“ sei dehnbar. „Soll es eine einfache Arbeiterin sein?“ – diese sei zu ungebildet, um den Platz ausfüllen zu können, denn man benötige „Umsicht und Intelligenz wie auch Erfahrung aus größerem Lebenskreise“. Bei einer Frau aus dem Mittelstand, etwa eine Handwerker- oder Beamtenfrau, frage sich, welche Arbeiten ihr zugemutet werden können, etwa Wasser tragen, waschen, scheuern, kochen, waschen, oder ob sie dafür eine Magd benötige. Zu klären sei auch, „was ihr für ihre Dienste geboten wird“, freie Speisung, Kleidung und Wohnung oder auch Gehalt oder Lohn, und wenn ja, in welcher Höhe. Bevor diese Fragen nicht

¹²²³ Zahlreiche Akten und Briefwechsel in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff. Eine Untersuchung der sehr undurchsichtigen Finanzierung der Einrichtungen durch private Gelder, den Vaterländischen Frauenverein, durch Spendensammlungen und die Provinzialverwaltung kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Eine Geschichte der Waisenhäuser in Rosengarten, Drengfurth und Angerburg steht noch aus.

¹²²⁴ Vgl. Elfte Nachricht über das Masurische Erziehungshaus in Loetzen pro 1891 und 1892. Zugleich ein Rückblick auf die 25jährige Entwicklung der Anstalt von 1868–1893, Oberhausen 1893, in: EZA 7/19796: Rettungs- und Waisenhäuser, Erziehungsvereine in Ostpreußen, 1863–1954. Siehe auch Nachrichten über das Masurische Erziehungshaus in Lötzen, 1871–1900, in: GStA PK, I. HA, Rep. 77 B, Nr. 42. Zum Folgenden: http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [20.11.2019].

¹²²⁵ GStA PK, I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f. (Regierungspräsident Hegel an Innenminister von Hammerstein-Loxten, 21. Juli 1903).

beantwortet seien, könne er weder jemanden suchen noch jemanden empfehlen.¹²²⁶ Erste Waisenuutter in Rosengarten wurde Louise Lamprecht, die über ihre Arbeit regelmäßig Bericht zu erstatten hatte. Nachdem sie dem Waisenhaus 1885 eine großzügige Spende von 700 Rtlr. vermacht hatte, erhielt sie für sich und ihre Erben freie Wohnung und Speisung auf Lebenszeit zu; 10 Jahre später war Lamprecht wahnsinnig und die Zustände im Waisenhaus unhaltbar, trotzdem wurde ihr die Funktion nicht entzogen.¹²²⁷

Die Mädchen, Voll- und Halbwaisen, wurden ab einem Alter von 6 Jahren in das Waisenhaus aufgenommen. Sie blieben ein Jahr über die Konfirmation hinaus und wurden dann in Dienststellen als Dienstmädchen oder ländliche Arbeiterinnen untergebracht, und noch einige Jahre von der Anstalt aus überwacht. Einige Waisenmädchen wurden im Schloss erzogen und durch Anna Lehndorff persönlich in Dienstmädchenstellen vermittelt.¹²²⁸ Die Anstalt trug einen familienartigen Charakter, da sie nur für etwas mehr als 20 Zöglinge eingerichtet war. 1894 befanden sich 18 Zöglinge im Mädchenwaisenhaus in Rosengarten.¹²²⁹ Seit den 1880er Jahren wurden auch „Kreiswaisen“ den Waisenhäusern in Rosengarten und in Drengfurth zugewiesen. Der Königsberger Magistrat hatte dafür zu sorgen, dass diese Kinder mit der durch das Reglement vorgeschriebenen Ausstattung, „2 Kleider, 1 wollener wattierter Unterrock, 2 Untertaillen, 2 Schürzen, 1 warme Mütze, 1 warme Unterziehjacke, 1 Paar Schuhe und 1 Paar Pantoffel, 1 Paar wollene Handschuhe, 3 Hemden, 2 Paar wollene Strümpfe, 3 Taschentücher, 2 Halstücher, 2 enge und 1 weiter Kamm“, im Waisenhaus eingeliefert wurden.¹²³⁰ Nach dem „Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger“ vom 2. Juli 1900 und den Ausführungsbestimmungen vom 18. Dezember 1900 konnten in Waisenhäuser auch Zwangszöglinge aufgenommen werden.¹²³¹

Nach dem Tod Anna Lehndorffs forderten die Waisenhäuser in Drengfurth und Rosengarten deren testamentarische Vermächtnisse ein. Allein der evangelischen Kirchengemeinde Rosengarten hatte sie im Jahr 1894 ein Kapital von 23.000 M, bestehend aus 9.000 M Hypothek, mit 4 ¼ % verzinslich, eingetragen in Abteilung III und Nr. 2 des Grundbuchblatts von Rosengarten, Bd. 4 Bl. 85, 9.000 M Hypothek, mit 4 ¼ % verzinslich, eingetragen in Abteilung III und Nr. 1 c des Grundbuchblatts von Rosengarten, Bd. 5, Bl. 90, und Ostpreußische Pfandbriefe im Wert von 4.200, zu 3 % verzinslich, und 2 x 2.000 M sowie 800 M bar mit der Bestimmung vermacht, die Einkünfte daraus nur für das Mädchen-Waisenhaus zu verwenden. Zu diesem Zeitpunkt war der gesamte Lehndorff-Besitz jedoch bereits verschuldet.

Auch die Umsetzung der testamentarischen Verfügung von Lina Borkmann geb. Raphael aus Lötzen vom 29. September 1893 war schwierig. Sie hatte das Mädchenwaisenhaus in Rosengarten als Erbe ihres Vermögens in Höhe von 6.200 M eingesetzt. Da das Waisenhaus im Grundbuch von Rosengarten als Eigentum des Hauptvereins des Vaterländischen Frauenvereins zu Berlin eingetragen war, wurde der Hauptverein formell als Erbe angesehen. Der Grundbuchrichter lehnte die Umschreibung der Hypothekenforderungen auf den Namen des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin als auch auf den des Mädchenwaisenhauses in Rosengarten ab, da „Letzteres nicht die Rechte einer juristischen Person hatte und für die Ersteren nicht nachgewiesen war, dass das Mädchen-

¹²²⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 578, Bl. 11–11v.

¹²²⁷ Zahlreiche Akten und Briefwechsel zum Mädchenwaisenhaus in Drengfurth, dem die Idee eines „Rettungshauses für Kinder“ zugrunde lag, in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff. Der Vertrag mit Lamprecht in Nr. 590, Bl. 12.

¹²²⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 152, Bl. 72–72v.

¹²²⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 596, Bl. 30.

¹²³⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 58, Bl. 42, 45–45v.

¹²³¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 508.

Waisenhaus ihm unterstellt war.¹²³² In einem Vergleich verzichtete der 82-jährige Ehemann 1903 auf seine Erbschaft zugunsten des Waisenhauses unter der Bedingung, dass ihm „bis zu seinem Lebensende ein Kapital von 6.500 M, mit 4 Prozent verzinst, sowie die Einziehung der Zinsen von der auf dem Grundstück Willkassen Bl. Nr. 71 eingetragenen Hypothek von 450 M überlassen werde.“¹²³³ Beides wurde ihm vom Vorstand zugesichert.

1903 waren umfangreiche Baumaßnahmen im Waisenhaus in Rosengarten nötig. „Die alten Gebäude sind so unzweckmäßig angelegt und so baufällig, dass der Landeshauptmann der Provinz dem Waisenhaus nicht eher wieder Fürsorgezöglinge überweisen will, als bis die Wohngebäude zum Teil neu gebaut worden sind. Das erforderliche Baugeld will der Landeshauptmann aus der Provinzialhilfskasse hergeben. Der Vaterländische Frauenverein in Berlin kann und will keine Mittel zum Neubau bewilligen, hat sich aber dem Waisenhausvorstand gegenüber bereit erklärt, auf die Rückzahlung der seinerzeit für das Waisenhaus bei der Gründung aufgewendeten Beträge zu verzichten und darein zu willigen, dass die Grundstücke und Gebäude im Grundbuch von seinem Namen auf den einer selbständigen Stiftung ‚Waisenhaus Rosengarten‘ umgeschrieben werden, wenn der Vorstand des Waisenhauses zu einer selbständigen Stiftung gestalten würde“, berichtete am 21. Juli 1903 Regierungspräsident Wilhelm von Hegel an Innenminister Hans von Hammerstein-Loxten. Bisher habe das Waisenhaus einen privaten Charakter getragen und sei als Einrichtung des Vaterländischen Frauenvereins angesehen worden. „Es gab keine Statuten und auch keinen eigentlichen Vorstand. Der ursprüngliche Vorstand bestand aus der Mit-Stifterin, der Gräfin Lehndorff-Steinort, dem Pfarrer von Rosengarten und einem Pächter des Lehndorffschen Gutes Taberlack. Nach dem Tode der Gräfin Lehndorff im Jahre 1894 und dem Abgang des Pächters führte der Pfarrer von Rosengarten allein die Verwaltung des Waisenhauses, ein Zustand, an welchem sich bis jetzt nichts geändert hat, zumal der jetzige Majoratsherr, Graf Lehndorff-Steinort, kein Interesse an dem Waisenhaus bewies und in Vermögensverfall geriet, so dass die Lehndorffsche Begüterung schließlich unter die noch jetzt bestehende, landeschaftliche Zwangsverwaltung kam.“ Um in diese ungeordneten Verhältnisse Klarheit zu bringen, hätte die Kirchengemeinde Rosengarten, darunter der bisherige Vertreter des Waisenhauses, Pfarrer Junkuhn in Rosengarten, beschlossen, die von der verstorbenen Gräfin vermachten 23.000 M für eine selbständige Waisenhausstiftung unter dem Namen „Gräflin Lehndorffsches Mädchen-Waisenhaus zu Rosengarten“ zu stiften. Die darüber aufgenommene Urkunde vom 12./14. Februar und die Statuten hätten die Zustimmung des Konsistoriums in Königsberg gefunden, weshalb nur noch die Allerhöchste Genehmigung notwendig sei, durch die die Stiftung rechtsfähig würde und ein Provinzialhilfskassendarlehen aufnehmen könnte. Der Vaterländische Frauenverein werde demnächst als Eigentümer der Waisenhausgrundstücke eingetragen und könne so in den Besitz des Borkmannschen Nachlasses gelangen.¹²³⁴ Nun hätte es eigentlich losgehen können, aber der Innen- und der Kultusminister trugen Bedenken, die landesherrliche Genehmigung zu erwirken, da „nach § 2 der Stiftungsurkunde vom 12. Februar d. Js. in dem Waisenhaus neben Waisenkindern auch sittlich vernachlässigte oder gefährdete Mädchen“ erzogen werden sollten. „Bei einer solchen gemeinschaftlichen Erziehung besteht die Befürchtung einer sittlichen Gefährdung der Waisenkinder durch die Fürsorgezöglinge.“ Man sollte sich entweder für Waisenkinder oder für Fürsorgezöglinge entscheiden.¹²³⁵ Es blieb nichts anderes übrig, als die Stiftungsurkunde zu ändern, bevor man im März 1904 nochmals um Allerhöchste Genehmigung ersuchen konnte. Mit dem Allerhöchsten Erlass vom 9. August 1904, erteilt an Bord der Hohenzollern in Swinemünde, genehmigte der König

¹²³² GStA PK, I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f.

¹²³³ GStA PK, I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f.

¹²³⁴ GStA PK, I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f.

¹²³⁵ GStA PK, I. HA, Rep. 77 B Nr. 680, n. f. Das Weitere ebd. und in Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f.

die Stiftungsurkunde vom 23. April für die unter dem Namen „Gräflich-Lehndorffsches Mädchenwaisenhaus zu Rosenharten“ errichtete Stiftung.¹²³⁶ Im März 1905 bemühte sich der Vorstand um Anerkennung als „milde Stiftung“, um von der Stempelsteuer befreit werden zu können. Am 29. Mai wurde das Waisenhaus als „milde Stiftung“ anerkannt. Als im Folgejahr ein Neubau anstand, fehlten dem Waisenhaus erneut die Mittel. Zwar sei durch die Allerhöchste Genehmigung vom 9. August 1904 der Fortbestand der Anstalt gesichert, doch stünden „für die nächste Zeit schwere Sorgen und Lasten bevor. Der bauliche Zustand des Anstaltsgebäudes, das den heutigen polizeilichen und hygienischen Anforderungen nicht mehr genügt, erfordert dringend einen Neubau, welcher nunmehr im nächsten Jahre 1908 zur Ausführung kommen soll und muss.“¹²³⁷ Der vom Kreisbaudirektor zu Angerburg bestätigte Bauanschlag belief sich auf ca. 21.000 M, musste wegen der Verteuerung des Baumaterials und der Arbeitskräfte aber um ca. 3–4.000 M überschritten werden. Die Waisenhausstiftung selbst hatte nur ca. 7.000 M, die sie durch Zuwendungen des Landeshauptmanns und den Verkauf der alten Baulichkeiten auf maximal 10.000 M erhöhen konnte; für weitere Baumittel hätte eine Anleihe aufgenommen werden müssen. Dadurch wäre die Anstalt mit einer Schuld belastet worden, „deren Verzinsung und Amortisierung bedeutende Mittel erfordern würde und diese somit ihrer eigentlichen Bestimmung zum Unterhalt der Anstalt entziehen. Der Neubau aber muss unternommen werden, soll nicht anderenfalls das Fortbestehen des Waisenhauses und seine segensreiche Wirksamkeit, die sowohl in der Erziehung der Zöglinge zu brauchbaren evangelischen Christen als auch in ihrer Heranbildung zu tüchtigen ländlichen Arbeiterinnen und Dienstboten besteht, und so den beiden Hauptbedürfnissen unseres Ostens nach Kräften mit zu steuern bemüht ist, für weiterhin ganz in Frage gestellt werden“, schrieb Pfarrer Junkuhn in seinem Immediatgesuch vom 14. August 1906.¹²³⁸

Die Lehndorffs waren aufgrund der Überschuldung und seit Jahren bestehenden Zwangsverwaltung nicht in der Lage, die finanzielle Last zu schultern. Die Tochter Anna von Lehndorffs, verehelichte Freifrau von Schroetter, schrieb deshalb ebenfalls am 24. August 1906 an Kultusminister Konrad von Studt. Ihre Mutter habe das Waisenhaus begründet und in kleinem Rahmen gehalten, „weil sie es so wichtig fand, dass bei der Erziehung von Mädchen der Charakter des Familienhaften gewahrt bliebe und das einzelne Kind nicht nur als Nummer figuriert. Das alte Haus ist baufällig geworden. Es soll kein Prachtbau aufgeführt werden, der nur die Kinder verwöhnt, so dass sie sich nachher in Instmannhäusern nicht mehr wohl fühlen, aber ein sicheres und gesundes Haus muss entstehen. Wir haben nicht Geld genug zum Neubau und es wäre mir ein großer Schmerz, wenn diese Anstalt, die so viel verkommene halbe oder ganz-Weisen im Lauf der Jahre zu ordentlichen einfachen Dienstmädchen erzogen hat, nun aufhören müsste.“ Sie vereine ihre Bitte mit der des „treu, selbstlos und praktisch für die Anstalt sorgenden Pfarrers Junkuhn und vor allem in Erinnerung an meine geliebte Mutter, der dies Haus am Herzen lag.“¹²³⁹ Studt ließ sich vom Regierungspräsidenten von Gumbinnen berichten. Demnach standen für den Neubau dem Vorstand 6.000 M zur Verfügung, die der Anstalt durch eine Erbschaft zugefallen waren; von der Provinz erhoffte man sich eine Beihilfe von 3.000 bis 4.000 M, damit waren nur ½ der veranschlagten Baukosten gedeckt. Der Regierungspräsident bat darum, für den notwendigen Neubau des Waisenhauses eine möglichst hohe Staatsunterstützung zu bewilligen. Innen- und Kultusministerium hatten aber kein Geld. Im Folgejahr schrieb der Pfarrer zu Rosengarten wegen des nun absolut dringenden Neubaus an Generallandschaftsdirektor Ludwig von Staudy in Posen, mit der Bitte, dieser möge doch persönlich mit dem Kultusminister sprechen. Dass

¹²³⁶ GStA PK, I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f.

¹²³⁷ GStA PK, I. HA, Rep. 77 B Nr. 680, n. f.

¹²³⁸ GStA PK, I. HA, Rep. 77 B Nr. 680, n. f.

¹²³⁹ GStA PK, I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f.

Anna von Lehdorff ihn seinerzeit bei seinem Reichstagswahlkampf unterstützt hatte, war Staudy wohl entfallen, die Bitte blieb ohne Erfolg.¹²⁴⁰ Erst nach Einholung eines Gutachtens über die Arbeit des Waisenhauses wurde eine Beihilfe in Aussicht gestellt; am 27. Dezember 1907, sozusagen als Weihnachtsbescherung, wurden für das Etatsjahr 1.000 M bewilligt, im April 1908 folgten weitere 400 M.¹²⁴¹ Das von der Regierung zu Gumbinnen erstellte Gutachten hatte der Anstalt „in anerkannter Weise die zielbewusste Förderung des Deutschtums“ attestiert. „Die in der Anstalt aufgenommenen Mädchen, welche zumeist der gemischtsprachigen Bevölkerung Masurens angehören und sich von Haus aus vorzugsweise der polnischen Sprache bedienen, erhalten eine rein deutsche Erziehung und werden hierdurch polnischen Einflüssen entzogen. Die Anstalt, welche nach besten Kräften in deutschnationalem Interesse zu wirken eifrig bemüht ist, hat mehr als lokale Bedeutung. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn derselben zu dem unumgänglich notwendigen Neubau des Waisenhauses eine möglichst hohe Staatsunterstützung zuteil würde. Der Gutsherr von Steinort als Kurator der Stiftung ist zur Förderung des Baus durch Zuwendung einer Unterstützung leider nicht in der Lage, da seine Begüterung unter Zwangsverwaltung gestellt ist.“¹²⁴²

Das Angerburger Siechenhaus

Für das Angerburger Siechenhaus hatte Anna von Lehdorff im Oktober 1880 das am Ende der Töpferstraße liegende Haus des Riemermeisters Fechner gekauft. Fechner war wohl auch dessen erster Verwalter. Als am 15. Juni 1881 Herrmann Adalbert Braun als Superintendent nach Angerburg kam, kümmerte er sich auf Annas Wunsch um die Belange des Siechenhauses. Im Herbst 1884 wurde es nach Ankauf eines weiteren Gebäudes um eine Männerstation erweitert. Im selben Jahr lebten sieben weibliche Pensionäre, die selbst für ihren Unterhalt aufkamen, sechs arme weibliche und drei arme männliche Personen im Siechenhaus.¹²⁴³

Das Haus nahm Sieche und Kranke aus den Kreisen Angerburg, Lötzen und Darkehmen auf, die von zwei Diakonissen und einem Diakon versorgt wurden. Der Verwalter hatte durch regelmäßige Berichte über seine Arbeit zu unterrichten.¹²⁴⁴ Die Aufstellungen über Einnahmen und Ausgaben wurden zuerst nur handschriftlich geführt, ab 1881 auch im Angerburger Kreisblatt veröffentlicht. Demnach wurde das Siechenhaus 1885 durch den Frauenverein in Berlin (500 M), den Königsberger Oberpräsidenten (150 M), Anna von Lehdorff (1.550 M) und durch weitere Beiträge zwischen 3 und 200 M finanziert. Fräulein Brückhändler und Frau von Frankenberg zahlten Leibrenten in Höhe von 1.500 bzw. 3.600 M. Die Einnahmen reichten nicht aus, so dass noch 1.500 M zu 5 % geborgt werden mussten und regelmäßig Spenden erbeten wurden. Zu den finanziellen Zuwendungen kamen Naturalspenden – Kartoffeln, Getreide, Gemüse, Holz, Mobiliar und Kleidung.¹²⁴⁵

¹²⁴⁰ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 506, Bl. 29–30v.

¹²⁴¹ GStA PK, I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f.

¹²⁴² GStA PK, I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10, n. f. Siehe auch Hartmann, Stefan, Zur nationalpolitischen Bewegung und zur preußischen Politik in Masuren vor dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostforschung 42 (1993), S. 40–83, <https://www.zfo-online.de/index.php/zf/article/download/13077/12819> [20.11.2019].

¹²⁴³ <http://angerburg.net/bethesda1.htm> [20.11.2019]. Aus dem Lehdorffschen Heim wurde das „Krüppelheim“ in Angerburg, das vor dem Ersten Weltkrieg zu den großen Sozialinstitutionen in Ostpreußen gehörte.

¹²⁴⁴ Dessen Korrespondenz in: StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff.

¹²⁴⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 79, Bl. 110 (Angerburger Kreisblatt vom 20. Februar 1885).

Die Notjahre Ostpreußens wirkten sich auch auf die Spendenbereitschaft aus: 1886 war die Kollekte „sehr spärlich ausgefallen“. Viele, die sonst 3 M gegeben hatten, „gaben mit Seufzen 1 M, Bauern nicht mehr als 10 bis 20 Pf.“ Auch aus den Kreisen Lötzen und Angerburg waren gerade 400 M Einnahmen eingekommen.¹²⁴⁶ Um Unterstützung warb Anna Lehndorff deshalb bei der General-Synode der Inneren Mission. Der für die Innere Mission wirkende Pfarrer Ernst Theodor Teschner bot seine Unterstützung an, benötigte aber Informationen, „ob schon einige und wie viel Sieche sich im Haus befinden, ob das Grundstück in Angerburg dazu angekauft ist, ob die Anstalt ein Hospital besitzt, wie sie sonst unterhalten wird, wieviel Kranke überhaupt darin aufgenommen werden können. Wenn ich darüber etwas Näheres der Synode berichten könnte, so wäre ich auch in der Lage, den Antrag zu stellen, dass der Kreis für diese Anstalt noch etwas tue, und umso mehr bin ich dazu berechtigt, weil ich auf der Synode überhaupt über die Arbeiten der Inneren Mission im Kreise Bericht erstatten werde. Vielleicht wäre es auch gut, wenn Sie, hochverehrte Frau Gräfin, es gestatten, den Antrag zu stellen, dass die Innere Mission die Anstalt als Synodalinstitut übernehme.“¹²⁴⁷ Dazu kam es nicht. Noch 1894 waren die Wohnverhältnissen der Diakonissen im Siechenhaus ausgesprochen einfach und die finanziellen Mittel beschränkt und auf Sammeltätigkeiten und Wohltäter angewiesen.¹²⁴⁸

Das Mädchenwaisenhaus in Drengfurth

Mit der Gründung eines Mädchenwaisenhauses in der Nachbarstadt Drengfurth, die an den Steinorter Gutsbesitzes grenzte, durch den Vaterländischen Frauenverein unter Anna Lehndorffs Führung überschritt sie die Grenzen des Kreises. Das seit Beginn unter der Leitung eines Kuratoriums stehende Waisenhaus stand unter ihrer besonderen Fürsorge. Dem Kuratorium, dem auch der Drengfurthener Pfarrer Westphal angehörte, stand sie als Kassensführerin vor.¹²⁴⁹ Die Hauptfinanzierung trugen der Berliner Vaterländische Frauenverein und die Armenkasse des Kirchspiels. Weitere Mittel kamen aus Geld- und Sachspenden der Drengfurthener Einwohner und aus den nach dem Vorbild des Berliner Hofes für soziale Zwecke veranstalteten „Liebhaber-Theatern“ und Lotterien. Auch aus Königsberg kam eine nicht unerhebliche Spende: Therese Simon, Ehefrau des wohlhabenden und einflussreichen Konsuls Gustav Simon und mit Anna von Lehndorff persönlich bekannt, hatte aus der Ostpreußischen Zeitung erfahren, dass „Ew. Hochwohlgeb. wieder ein wohlthätiges Werk ins Leben gerufen“ haben; so

¹²⁴⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 15–16v.

¹²⁴⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 82, Bl. 3–3. Die Bilanz des Angerburger Siechenhauses nach zweijähriger Arbeit (1882) in Nr. 88; die Chronik aus dem Jahr 1883 in Nr. 90. Weiteres Material in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff. Anscheinend erstreckte sich das Interesse um Aufnahme in den 1890er Jahren auch auf ausländische Pensionärinnen wie May Cumberbatch oder C. Border, ebd., Nr. 528 und 529. Auf das Angerburger Siechenhaus gehen die Bethesda-Wohltätigkeitsanstalten (1922) zurück, die über fünfzig Jahre von dem Superintendenten D. Hermann Adalbert Braun (+ 1931) geleitet wurden. Hierzu: GStA PK, I. HA, Rep. 203, Nr. 526 (1922–1926). Mit Teschner und anderen Geistlichen stand Lehndorff über die Missionstätigkeit in regelmäßigem Kontakt, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 622, Bl. 20 (21. April 1882).

¹²⁴⁸ Vgl. den Brief des Pfarrers Johann Karl Leopold Götz, Königsberg, 7. September 1880, in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 77, Bl. 1–1v. Die Gräfin hatte Götz, der 1874 als Leiter und Pfarrer berufen worden war, „agrémements“ unterstellt. Götz leitete das Diakonissen-Mutterhaus und Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg über 30 Jahre, war Vorsitzender der Preußischen Bibelgesellschaft und Mitglied der Missionsdirektion. Die früheren Berichte des Superintendenten Braun in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 81. Die Berichte der Schwestern Amalie Grunwald und ihrer Vertreterin Wally Plog, Nr. 94.

¹²⁴⁹ Zur Gründungs-idee: Fragmente von Akten der Basedower Kinderpflege auf den Gütern des Grafen von Hahn, in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 575 (1851–1854).

„erlaube ich mir meinerseits ein Scherflein dazu beizutragen.“¹²⁵⁰ Seit den 1880er Jahren finanzierte sich das Waisenhaus aus Pflegegeldern; später vermachte Anna Lehdorff dem Waisenhaus testamentarisch 7.000 M.¹²⁵¹

In ihrer Funktion als Vorsteherin ließ sie sich über die Abläufe in Drengfurth monatlich informieren: „Im Häuschen geht alles ganz schön. Das macht die ausgezeichnete Frau Lamprecht. Auch ihre ganze Erziehungsmethode ist vortrefflich, weil christlich“, schrieb ihr Pfarrer Westphal im März 1878. Sorgen bereitete ihm nur ein Kind „durch seine Unordentlichkeit und Lügenhaftigkeit“. Man habe keine „Engel“ in das Waisenhaus aufgenommen, sondern „sündige und vernachlässigte Kinder, die der Erziehung mehr bedürfen als andere. Aber Frau Lamprecht ist darin geschickt und weise, sie kann durch ihre Vorstellungen in Liebe sehr aufs Gemüt wirken und freut sich selbst wie ein Kind, wenn es ihr gelingt. Der Stock ist nicht ihre Waffe, nur ich und Herr Schinck, wenn wir hinkommen, drohen manchmal mit diesem Instrument, denn neben aller Liebe muss bei der Erziehung von Kindern auch immer etwas Furcht mithelfen.“¹²⁵²

Da in den Notjahren das „Pflegegeld von 1 1/2 Rtlr. auf 1 Rtlr. pro Monat“ auf Antrag des Ortsvorstandes der Vorstadt herabgesetzt worden war, geriet das Waisenhaus in finanzielle Schwierigkeiten. Durch kleine und große Spenden musste das Loch gestopft werden.¹²⁵³ Gegen eine zu starke Einmischung in die Arbeit des Waisenhauses hielt Pfarrer Westphal dagegen: „Wenn Sie der Invalidenwitwe Marie Legat in Biälla ihre Bitte, eines ihrer Kinder in unser hiesiges Waisenhaus aufzunehmen, erfüllen wollen, so kann ich ja nichts dagegen haben; nur übernehme ich keine Verpflichtung, dasselbe auch zu unterhalten. Denn das von mir zusammengebettelte Geld habe ich für Waisenkinder erbeten, die ohne Eltern und bei fremden Leuten untergebracht sind, wo sie so gut wie gar keine Erziehung erhalten. Nehmen wir Kinder auf, die noch eine Mutter haben, so brauchten wir gar nicht weit zu suchen, wir haben sie ganz in der Nähe, und zwar in einer noch viel übleren Lage als diejenige der Kinder der Frau Legat ist, und daher vorgehen würden, weil ich sonst in der Gemeinde Drengfurth keine Sammlung mehr veranstalten könnte.“¹²⁵⁴

Viele der in Drengfurth oder Rosengarten erzogenen Mädchen fanden später eine Anstellung in Steinort. Regelmäßig erbat sich die Gutsverwaltung Listen der Mädchen, die zu „fleißigen, treuen und gottesfürchtigen Dienstboten“ herangezogen worden waren und von denen man im Gegenzug eine besondere Treue zur Herrschaft erwartete.¹²⁵⁵

Weitere Projekte

Auch die Kleinkinderschule in Lyck, ein von der Pfarrersfrau Caroline Remus gefördertes Projekt, wurde durch Anna von Lehdorff unterstützt.¹²⁵⁶ Beide fühlten sich über die Berliner Stadtmission eng verbunden. Man hätte

¹²⁵⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 82 (18. September 1880). Zu den Simons: Fürstenberg, Johanna, Die Klatschgespräche in Theodor Fontanes Gesellschaftsromanen. Eine Analyse von ‚L’Adultera‘ und ‚Effi Briest‘, Hamburg 2011, S. 42 f.

¹²⁵¹ http://www.angerburg.de/rosengarten_kirchenchronik.htm [3.12.2019]. Konzept zu einer Chronik des Waisenhauses Drengfurth, in: APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 590, Bl. 2–2v.

¹²⁵² APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 521, Bl. 94–94v.

¹²⁵³ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 76 (Monatsberichte über Einnahmen und Ausgaben 1879–1885), Nr. 86 (Spendenaufrufe 1881–1884).

¹²⁵⁴ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 589, Bl. 22–23.

¹²⁵⁵ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 750.

¹²⁵⁶ Siehe hierzu: Archiwum Państwowe w Suwałkach Oddział w Elku, Bestand 64, Nr. 101: Kuratorium Przeszkoli w Elku; GStA PK, I, HA, Rep. 77 B, Nr. 708: Kleinkinderschule in Lyck.

in der Provinz sehr viel „Selbstbedürfnis hinsichtlich der Armen“, schrieb Caroline Remus im Winter 1879. Michaelis hätten Obdachlose auch vor ihrer Tür gelegen, „ganz entsetzlich; ich kann Ihnen das eklige nicht schreiben. Eine vornehme Dame sagte mir, ‚wenn wir in Berlin Konzert geben zum Besten der Armen, so ist das eigentlich ein gegenseitiger Genuss: Das Elend sehen wir nicht.‘“¹²⁵⁷ Der Ruf der Kleinkinderschule verbreitete sich bis nach Mecklenburg. Hier richtete Bertha von Oertzen, ehemalige mecklenburgische Hofdame, 1880 in ihren Gutsdörfern Rattey und Brohm nach Annas Vorbild Kleinkinderschulen ein, die die ersten ländlichen Kindergärten Mecklenburgs werden sollten.¹²⁵⁸

Ob andere Projekte nach Annas Vorbild jenseits von Ostpreußen tatsächlich zustande kamen oder in den Anfängen stecken blieben, wie die 1877 von Auguste Krieger konzipierte „Deutsche Pension für junge In- und Ausländerinnen“ in Dresden, kann hier nicht verfolgt werden. In diesem konkreten Fall war Professor Diestel, an den sich Krieger gewandt hatte, zu beschäftigt, um sich darum zu kümmern; auch wie das Gutachten zu ihrer Unternehmung ausfiel, wissen wir nicht. Das Ministerium hatte ihre Bitte um eine außerordentliche Unterstützung ihrer Pension abgelehnt.¹²⁵⁹

Am 31. Oktober 1881 hatte die Kommission für Liebesarbeit der ost- und westpreußischen Provinzialsynode der Evangelischen Kirche die Mitteilung erhalten, dass die Siechenabteilung des Provinzial-Arbeitshauses aus Mangel an Raum geschlossen und die 200 Insassen, unter ihnen 27 Epileptiker, entlassen werden müssen. Der Rastenburger Superintendent Christian Klapp erhielt daraufhin von der Synode die Zustimmung zur Gründung einer „Anstalt für Fallsüchtige“ und kaufte am 4. November 1881 einen freiherrlichen Altensitz in der Nähe von Rastenburg: Carlshof.¹²⁶⁰ Das zur Errichtung der Anstalt gegründete Komitee wandte sich auch an Carl Meinhard von Lehndorff mit der Bitte um Unterstützung und Mitarbeit. Die Komiteemitglieder appellierten dabei an die „bekannte Gesinnung für gemeinnützige Zwecke und bewährte Opferwilligkeit“; noch im selben Monat sicherte Lehndorff seine Unterstützung zu.¹²⁶¹ Am 23. Oktober 1882 konnte die Anstalt ihrer Bestimmung übergeben und die ersten 36 Epileptiker übernommen werden, darunter die bis dahin in den Bodelschwingschen Anstalten zu Bethel untergebrachten Kranken aus Ost- und Westpreußen. 30 Jahren später war aus dem kleinen Landhaus mit 36 Kranken eine Pflegestätte der Inneren Mission geworden, Heimstätte für über 800 Epileptiker, aber auch für Fürsorgezöglinge und Alkoholranke.¹²⁶²

„Vereinsmeierei“

In einer Vielzahl von Vereinen, die sich während des 19. Jahrhunderts gegründet hatten, waren adlige Mitglieder zu finden. Formuliert man aus den Vereinszielen Themen-Schwerpunkte, die die Vereinsmitglieder einen konnten, lassen sich die traditionellen Domänen des Adels erkennen: adlige Wohltätigkeit führte zur Mitgliedschaft in wohltätigen Verbänden, das genealogische und historische Interesse führte in Vereine für Landeskunde, Genea-

¹²⁵⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 331, Bl. 8–9v.

¹²⁵⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 476, Bl. 8–9.

¹²⁵⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 89–90v.

¹²⁶⁰ Vgl. Klapp, F. (Bearb.), Beiträge zur Geschichte der Familie Klapp, Hamburg 1913.

¹²⁶¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 84, Bl. 3–4.

¹²⁶² [https://de.wikipedia.org/wiki/Karolewo_\(Kętrzyn\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Karolewo_(Kętrzyn)) [20.11.2019].

logie oder in Altertumsgesellschaften. In Militär- und geografischen Vereinen waren Militärs willkommene Mitglieder, in Landwirtschaftsvereinen der gutsbesitzende Adel. Adliges Mäzenatentum und Kunstinteresse fand in den zahlreichen Kunstvereinen seine Entsprechung. Ob ein Beitritt „standesgemäß“ war, hing jedoch nicht nur von den Vereinszielen ab, sondern vor allem auch von der sozialen Zusammensetzung des Vereins. Der wichtigste Partner war hier das sogenannte Bildungsbürgertum.¹²⁶³

Die Lehndorffs finden wir in einer Vielzahl solcher Vereine. Anna von Lehndorffs Engagement für caritative Projekte über den Vaterländischen Frauenverein im Kreis Angerburg und die Berliner Innere Mission wurde ebenso wie ihr Engagement für Fragen der Kunst durch eine Mitgliedschaft im Verein der Berliner Künstlerinnen bereits beschrieben. Um ihr Interesse an der Lehndorffschen Familiengeschichte zu unterstützen, trat ihr Ehemann Carl Mitglied dem Verein für die Geschichte Ost- und Westpreußens bei. Soziale, militärische und kommunale Aspekte hatten den Ausschlag für dessen Mitgliedschaft im Provinzial-Gefängnis-Vereins für Ostpreußen, im Krieger-Verein Königsberg¹²⁶⁴ und im Ostpreußischen Conservativen Verein gegeben. Der Mitgliedschaft im regionalen Fischerei-Verein lagen wirtschaftliche Gründe zugrunde.

Über den durch Carl Meinhards Bruder Heinrich 1884 mitbegründeten Deutschen Offizier-Verein, einen Konsumverein auf Aktienbasis mit einem Geschäftskapital von 3 Mio. Mark, dessen Zweck die preiswerte Beschaffung von Uniformen, Genussmitteln und Manöverbedarf für seine über 40.000 Mitglieder war,¹²⁶⁵ ist im Familienarchiv nichts überliefert, nur wenig über die Mitgliedschaft der Lehndorffs im Verein für Pferderennen in Preußen in Königsberg und im Verein für Pferdezucht und Pferderennen in Berlin. Auch über den renommierten Union-Klub,¹²⁶⁶ eine von 1867 bis 1945 in Berlin beheimatete Organisation für Pferderennen, die ähnlich wie der englische Jockey Club die bis dahin zersplitterte Landschaft von Pferderennen in Deutschland einheitlich organisierte und eine große Rolle im gesellschaftlichen Leben des Deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik spielte und zu dessen Gründern Lehndorff gehört hatte, konnten bisher keine Archivalien gefunden werden.

Preußischer Volksverein

Mit dem Jahr 1848 hatte sich eine Veränderung hinsichtlich des vom grundbesitzenden Adel vertretenen liberalen Gedankens angebahnt. Auch in Ostpreußen fasste der konservative Gedanke Fuß. Der 1861 in Berlin gegründete „Preußenverein“ unter Carl Siegfried von Plehwe-Dwarischken war einer der ältesten Vorkämpfer, die bereits 1849 gegründete „Ostpreußische Zeitung“, die auch im Haus Lehndorff bezogen wurde, das Sprachrohr. Der Verein, der sich vor allem gegen den liberalen Deutschen Nationalverein und gegen die Fortschrittspartei richtete, knüpfte an vergleichbare Organisationen wie den „Verein für König und Vaterland“ oder den „Treu-bund mit Gott für König und Vaterland“ aus den Revolutionstagen an. Er trat für eine kleindeutsche Lösung der

¹²⁶³ Vgl. Gall, Lothar, Adel, Verein und städtisches Bürgertum, in: Fehrenbach, Elisabeth (Hrsg.), Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848, München 1994, S. 29–43, hier S. 39 ff.

¹²⁶⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 262, Bl. 388, 399 (Mitgliedsbeiträge).

¹²⁶⁵ Vgl. Spiekermann, Uwe, Basis der Konsumgesellschaft. Entstehung und Entwicklung des modernen Kleinhandels in Deutschland 1850–1914, München 1999, S. 305 f. Ein Anteilsschein am Deutschen Offiziers-Verein über 1000 Mark, ausgestellt auf den Generaladjutanten Graf von Lehndorff, 1885 umgeschrieben auf den „Königlichen Hof-Banquier Sr. Majestät Baron von Cohn, Exzellenz“, gehört zur Sammlung des Jüdischen Museums Berlin, Inv.-Nr.: 1999/142/1,

¹²⁶⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Union-Klub> [20.11.2019].

deutschen Frage unter preußischer Führung ein, betonte aber die „Einigung der Fürsten und Völker“ und wollte an „Obrigkeit und Recht“ festhalten. Liberale oder gar demokratische Verfassungsvorstellungen lehnte er ebenso ab wie eine starke Zentralregierung. Stattdessen wurden das Gottesgnadentum des Königs, das Christentum, die Führungsrolle des Adels betont. Auch Gewerbefreiheit und Kapitalismus wurden kritisiert.

Als der Verein 1862 begann, Kreisvereine und Ortsabteilungen aufzubauen, war Carl Meinhard von Lehndorff der Ansprechpartner für Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode, dessen erstem Vorsitzenden. Zum Vorstand gehörten Hermann Wagener, Hans Hugo von Kleist-Retzow, und der Bismarck nahe stehende Moritz Karl Henning von Blanckenburg. Der politisch einflussreiche und als konservativ bekannte Graf Lehndorff sollte in Angerburg das „Kreis-Kommissariat“ übernehmen, im Verhinderungsfall „mit einem anderen geeigneten Mitglied des Vereins im Kreis Rücksprache“ nehmen oder eine geeignete Person vorschlagen. Der bevorstehende Schluss des Landtages habe keinen Einfluss auf die Bildung der Organisation, schrieb der Vorstand, denn „inwieweit die konservative Partei schließlich für die Wahl eintreten soll, wird natürlich von der Bildung und Haltung des Ministeriums abhängen.“¹²⁶⁷ Damit bildete der Verein einen Ersatz für die noch fehlende organisierte konservative Partei außerhalb der Parlamente und betrieb vor den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus Propaganda zur Förderung konservativer Kandidaten.

Die Tage der Königskrönung 1861 hatten das Gefühl in der Provinz verstärkt, mit dem preußischen Königshaus von alters besonders eng verbunden zu sein. Das brachte den konservativen Kräften großen Aufschwung. Als die fortschrittlich-liberale Majorität des Abgeordnetenhauses in der Periode des Verfassungskonfliktes wie auch im Deutsch-Dänischen Krieg nationale und staatliche Belange durch ihr Beharren auf starren Prinzipien aufs Spiel setzte, entwickelte sich Ostpreußen zur Hochburg der Konservativen. 1863 gelangten 35 konservative Abgeordnete in das Parlament, in den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes entsandte Ostpreußen fast ausschließlich konservative Abgeordnete. Die Bismarcksche Schutzzollpolitik und die steigende Bedeutung der ostpreußischen Landwirtschaft für das deutsche Wirtschaftsleben befestigten den Wandel der politischen Stimmung.¹²⁶⁸

Annas Interesse an der Homöopathie: Ein Exkurs

Im 19. Jahrhundert gewann die Homöopathie besonders in Kreisen des Adels und bei gebildeten Bürgern zahlreiche Anhänger. Auch Anna von Lehndorff war eine begeisterte Anhängerin der von Samuel Hahnemann begründeten Lehre, die sich nach dem Prinzip „similia similibus curentur“ („Ähnliches möge durch Ähnliches geheilt werden“) gegen die etablierten Ansätze der Medizin richtete. „Es scheint das unselige Hauptgeschäft der alten Medizin zu sein, die Mehrzahl der Krankheiten [...] durch Hinzufügung neuer, zerstörender Arzneikrankheiten, wo nicht tödlich, doch wenigstens unheilbar zu machen, und, wenn man dies verderbliche Verfahren einmal im Griff hat und gegen die Mahnungen des Gewissens gehörig unempfindlich geworden, ist dies ein sehr leichtes Geschäft!“¹²⁶⁹

¹²⁶⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 586, Bl. 4–4v.

¹²⁶⁸ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. 1849–1914, München 1995, S. 343 ff. Siehe auch Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 272 ff.

¹²⁶⁹ Hahnemann, Samuel, Organon der Heilkunst, <http://homeoint.org/books4/organon/einleitung.htm> [20.11.2019].

Zu den um 1870 in Steinort gehaltenen Zeitschriften zählte eine „Zeitschrift für Homöopathie“. Möglicherweise handelt es sich dabei um die von dem Hausarzt der Lehdorffs herausgegebene Zeitschrift. Beide, Arzt und Zeitschrift, lehnte Pfarrer Borkowski ab: „Johannes Lehmann, Hausarzt des Grafen Lehdorff und homöopathischer Tierarzt, so nennt er sich in der Probenummer eines von Fehlern strotzenden und heidnischen Blattes, das er hat drucken lassen, wird von aller Welt gesucht. Von weit her kommen Menschen nach Steinort, sich kurieren zu lassen. Ob er allen helfen wird?“¹²⁷⁰

Der Arzt und Homöopath Dr. von Grauvogel in München, mit dem Anna kommunizierte, hatte im Sommer 1877 noch Gastein besucht, im Herbst 1877 war er verstorben. Die „Allgemeine homöopathische Zeitung“ hatte ihn mit einem Nachruf gewürdigt, den die Witwe Mathilde von Grauvogel nach Steinort übermittelte.¹²⁷¹ Auch mit Hermann Freiherr von und zu Aufseß, dem Sohn des Gründers des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, und zu dessen Ehefrau Ernestine stand Anna in Fragen der Homöopathie, insbesondere der Elektro-Homöopathie in Verbindung. Ernestine schickt ihr die Ausgabe 12/1888 der „Blätter für Elektrohöopathie“, aus der sie eine Vielzahl von Belegen für die Wirksamkeit ersehen könne. Wahrscheinlich war die Gräfin auf der Suche nach einer Schmerztherapie daran auch persönlich interessiert. Im November 1887 bat Aufseß sie um Unterstützung gegen die gegen Elektrohöopathie gerichteten politischen Angriffe. Nachdem im Frühjahr im Reichstag aufgrund von Petitionen an Fürst Bismarck „wenigstens kein Gesetz gegen die Geheimmittel“ verabschiedet worden sei, versuche die ärztliche Bürokratie der Elektrohöopathie nun auf dem Wege kaiserlicher Verordnungen beizukommen, wozu im Berliner Gesundheitsamt bereits eine Kommission zusammengetreten sei, schrieb Aufseß mit der Bitte, sie möge „auch diesmal ihren hohen Einfluss“ geltend machen, um das „Unheil“ abzuwenden.¹²⁷² Auch der Homöopath S. Schmidt aus Riola in Spanien war ein Vertreter der Elektro-Homöopathie. Als Carl Meinhard von Lehdorff erkrankte, hatte er einen Aufenthalt in Viareggio, 20 Kilometer von Pisa an der Bahnstrecke nach Genova gelegen, vorgeschlagen und ihn auch vor dessen Tod behandelt.¹²⁷³

Verwandte und Freunde, darunter Agnes von Hahn, Marie von Dönhoff, Pauline von Lehdorff, Baron und Baronin von Romberg, Baronin von Hüllessem, Gräfin von Borcke, Baronin von Wrangel und sogar Fürst von Bismarck griffen gern auf Annas „hypokratische Weisheit und Erfahrung“ zurück, die sie sich durch ihre Kontakte, aber auch durch die Lektüre einer Vielzahl medizinischer Fachbücher erworben hatte.¹²⁷⁴ Jedoch waren nicht alle überzeugt: „Dass die medizinischen Versuche an Onkel Albert, Ina und Elise fruchtlos geblieben sind, habe ich Dir schon mitgeteilt, gebe aber gern zu, dass ihre Nutzlosigkeit auch auf die kurze Dauer derselben zurückzuführen sein kann. Onkel Albert und Ina wollen wir auch einfach darin aufgeben, denn beide würden doch nicht zu regelmäßigem Gebrauch zu bringen sein. Elise dagegen würde es, wenn Du nur nicht immer gleich ein Schock Mittel anraten wolltest! Ich glaube auch in Wahrheit Geliebte, dass das mehr eine Rechthaberei von Dir und keineswegs eine Notwendigkeit ist. Ja denke einmal was Du Elise alles verordnetest: den ganzen Tag alle viertel Stunden abwechselnd eine verschiedene Arznei; bei jeder Mahlzeit, davon im Lauf des Tages doch vier bis fünf vorkommt, eine Zahl Streukügelchen, eine Einreibung in der Herzgrube, eine dito in der Magengrube, eine im Genick. Tägliche Gurgelungen. --- Ja Du denkst: viel hilft viel. Und hat man sich nun an diese Unsumme

¹²⁷⁰ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 576, Bl. 5–6v.

¹²⁷¹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 489, Bl. 24–(30?) (Fragment).

¹²⁷² APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 515, Bl. 4–9.

¹²⁷³ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 591.

¹²⁷⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 591 (Kladde über den eigenen und den Gesundheitszustand der Familie, homöopathische Behandlung). Das Verzeichnis medizinischer Bücher ebd., Nr. 740.

von Verordnungen, sie befolgend, gewöhnt, so fängt nach einer Woche eine neue Serie an. Ja siehst Du, daran muss es ja leider scheitern, denn wer hat dazu Zeit und Gedanken, es sei denn, dass er bereits fast auf dem Krankenbette läge, und den ganzen Tag nichts zu tun hätte, als alle diese Verordnungen, wie so eine Art Patience-Spiel auszuführen“, kritisierte „Tante Reichenbach“ Annas Bemühungen.¹²⁷⁵

Die Jahre des Aufschwungs

Die Jahre der Agrardepression 1806 bis 1827 hatten den Übergang zur rationellen Landwirtschaft mit Düngung und modernem Ackergerät beschleunigt. Nach den Krisenjahren hatte eine Erholung eingesetzt, die noch bis 1870 anhielt. Das niedrige Lohnniveau und der Überfluss an ländlichen Arbeitskräften als Folgen von Bevölkerungswachstums und Pauperismus wirkten sich günstig auf die Wirtschaftskraft aus. Auch die Veränderung der Weltkonjunktur hatte positive Folgen, indem Getreidepreise und Bodenwert stiegen, vor allem, nachdem England 1846 zum Freihandel übergegangen war. Die Bedeutung der ostpreußischen Landwirtschaft war zu keinem Zeitpunkt größer, da sie nicht nur über den Export zum gesellschaftlichen Wachstum beitrug, sondern auch die englische Nachfrage auf dem deutschen Markt vermittelte und nicht zuletzt den heimischen Markt versorgte.¹²⁷⁶

Da nicht mehr die Grundrente und die herrschaftlichen Rechte, sondern der unternehmerische Gewinn Grundlage des Einkommens wurde, wurde es nötig, produktiv und nach rein geschäftlichen Gesichtspunkten zu wirtschaften. Von den Gütern ausgehend, wurde die Dreifelderwirtschaft mit dem Fortschreiten der Separation auf den bäuerlichen Wirtschaften durch die Fruchtwechselwirtschaft abgelöst. Gleichzeitig nahm der Anbau von Hackfrüchten zu, auch die Kartoffel gewann an Bedeutung. Der Kleeanbau wurde fester Bestandteil der Fruchtwechselfolge. Die dadurch mögliche Stallfütterung hatte eine verbesserte Viehhaltung zur Folge, diese eine verstärkte Düngerproduktion, die wiederum den Erträgen der Äcker zugutekam. Durch die Meliorationen erhielten die Wiesenflächen eine bessere Qualität.

Den Fortschritt der ostpreußischen Landwirtschaft konnte man über die im Rastenburger Kreisblatt veröffentlichten landwirtschaftlichen Aufsätze über Düngemittel, Fleischveredelung, Steigerung der Milchproduktion, Anbau von neuen Obst- und Gemüsesorten, Branntweinproduktion, Kartoffelkultur, Wiesenbewässerung, Runckelrübenschnidemaschinen und Butterfässer verfolgen, die neue landwirtschaftliche Erkenntnisse vermittelten.¹²⁷⁷ Die Versammlung der deutschen Land- und Forstwirte, die 1863 in Königsberg zusammenkam, hatte in Ost- und Westpreußen die Gelegenheit, eine aufblühende Landwirtschaft zu sehen. Marion Gräfin Dönhoff hat diese Veränderungen adliger Güter zu landwirtschaftlichen Betrieben am Beispiel von Friedrichstein beschrieben: „In unserer, der 18. Generation, war der Gutsherr eine Art landwirtschaftlicher Unternehmer. Nie hatte einer der bisherigen Eigentümer eine Ahnung von Fruchtfolge, Viehzucht, Futteranalysen und Düngungsversuchen gehabt. Jetzt wurde dies anders. Bald bedeckten Statistiken und graphische Darstellungen die Wände des Büros, in dem der Chef dieses Unternehmens saß und sich in immer neue Gebiete einarbeitete: Steuergesetze, Bodenmeliorationen, Mechanisierung. Die Wissenschaft hielt Einzug auf den Gütern. Wussten die Vorfahren genau,

¹²⁷⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 454, Bl. 305–307v.

¹²⁷⁶ Vgl. Schissler, Junker, S. 105 ff.

¹²⁷⁷ Lehndorff legte über diese Aufsätze für die Jahre 1848 bis 1857 ein Register an, in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 305.

was der Herr von Saucken in Tarputschen oder der Freiherr von Schroetter in Wohnsdorf oder der Graf Brünneck in Belschwitz politisch dachten oder im Parlament gesagt hatten, so wussten wir nun, dass der Graf Brünneck eine Musterschäferei von Merinos hatte und der Freiherr von Schroetter hervorragende Hengste züchtete. Man machte landwirtschaftliche Bereisungen auf besonders spezialisierte Betrieben mit, fuhr zu diesem Zweck gelegentlich auch ‚ins Reich‘, wie es damals hieß, und wenn man sich gegenseitig besuchte, dann galt der erste Gang den Ställen und Feldern.“¹²⁷⁸ Das lässt vergessen, dass die Mehrzahl der die Güter übernehmenden Söhne davor Militär- oder Staatsdienste geleistet hatten, mithin zumeist über keine land- oder forstwissenschaftliche Fachausbildung verfügten. Obwohl es neben unzähligen Landwirtschaftsschulen die Höhere Landbauschule in Elbing gab, das landwirtschaftliche Institut der Albertus-Universität in Königsberg mit hervorragenden Gelehrten besetzt war und die landwirtschaftlichen Akademien Möglin, Eldena, Tharandt, Poppeldorf existierten, war ein Studium, wie es Carl Friedrich Ludwig am Beginn des 19. Jahrhunderts in Möglin durchlaufen hatte, eher eine Seltenheit unter ostpreußischen Adelsöhnen. Die Regel war, dass entlassene Militärs ad hoc die Landwirtschaft im Betrieb eines Familienmitglieds oder ausgewiesenen Landwirts lernten, ein kleines Gut zur Erprobung pachteten oder glaubten, durch Anteilnahme am väterlichen Betrieb bereits das nötige Wissen zu besitzen. Der Diplomlandwirt Alfred Henrichs urteilte über den schlesischen Adel: „Manche begnügten sich mit einem magnatenähnlichen Dasein, andere gingen auf die Jagd, widmeten sich dem gesellschaftlichen Leben und überließen die Betriebsführung weitgehend dem Inspektor [...] am anderen Ende der Leistungsskala standen diejenigen, die ihren Betrieb [...] ganz beherrschten und die Zügel fest in der Hand hielten, auch wenn sie sich, wie fast stets, einen Inspektor oder einen älteren Assistenten hielten. [...] Wer sich nicht sicher fühlte, hielt sich einen tüchtigen Inspektor und schloss sich gegebenenfalls noch einer Beratung an.“¹²⁷⁹ Güteradressbüchern und Beispiele aus der Literatur bestätigen dies. Nach ihrer Militärkarriere konnten viele Rittergutsbesitzer ihren Besitz zumindest behaupten, indem sie sich in die Entwicklung der Landwirtschaft einarbeiteten, einigen gelang es, die Güter zu vergrößern. Meliorationen und ländliche Nebengewerke wie Brennereien, Ziegeleien, Mühlen, Stärkefabriken etc. waren hilfreich. Die von Hellmut von Gerlach, Francis L. Carsten und insbesondere Max Weber pauschalisierte „Untergangsthese“ der Junker lässt sich deshalb durch viele Einzelbeispiele widerlegen.¹²⁸⁰ Tatsache ist jedoch: die Landwirtschaft fiel seit der Industrialisierung immer mehr hinter die enorme industrielle Entwicklung zurück. Möglichen Auswegen jenseits der Landwirtschaft, des Militärs und des Staatsdienstes versperrte sich vor allem der konservative ostpreußische Adel aus traditionellem Standesbewusstsein bis 1918. Die Vererbung des Berufs blieb die Regel, auch um den historisch gewachsenen Ethos der Berufe zu erhalten.¹²⁸¹ Konservative Fa-

¹²⁷⁸ Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt, S. 131. Ilona Buchsteiner spitzt das noch weiter zu. Die Landwirtschaft vor 1914 hätte den ständig modernisierenden, auf die Verdrängung seiner Konkurrenz bedachten idealen Unternehmer verlangt, eine Aufgabe, die nur der bürgerliche Großgrundbesitzer leisten konnte, vgl. Dies., Großgrundbesitz in Pommern 1871–1914, Berlin 1993, S. 288.

¹²⁷⁹ Henrichs, Alfred, Als Landwirt in Schlesien, Frankfurt a. M. 1987, S. 117 f.

¹²⁸⁰ Hellmut von Gerlach verfolgte politisch-antijunkerliche Ziele. Auch Max Webers Junker-Urteil war politisch dominiert. Bis 1899 war er Mitglied des Alldeutschen Verbandes. Nach Carstens Meinung waren nur wenige hochadlige Familien wie die Dohnas befähigt, sich ihren Landbesitz zu erhalten.

¹²⁸¹ Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 237 ff., der die Konzentration des preußischen Adels vor 1914 zu mehr als $\frac{3}{4}$ auf Militär, Landwirtschaft, Beamtenum belegt. 1794 hatte das Preußische Landrecht dem Adel die Ausübung bürgerlicher Berufe untersagt. Seit der Regierung Friedrich Wilhelms I. hatte sich die adlige Herrschaft auf die Doppelfunktion Gutsherr und Offizier gestützt. Die preußischen Reformen hatten dem Adel den Weg in bürgerliche Berufe ermöglicht, spätestens nach der Novemberrevolution mussten 40 Prozent der Offiziere eine neue Tätigkeit finden. Trotzdem stellte Freiherr von Schleinitz weltfremd fest, es gebe Berufe, die den adligen Wesens-Kern zerstören, nämlich

milien mit großem Grundbesitz und noch immer auskömmlichem Ertrag wie die Familien zu Dohna, Eulenburgs, von der Goltz, Groeben, von Kanitz, Schlieben und Lehndorff sperrten sich noch gegen moderne Berufe, als die Depression, den gesamt- und weltwirtschaftlichen Konjunkturperioden folgend, im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte. Dazu kam ein weiteres Problem: die Abwesenheit von den Gütern. Bis in die späten 1850er Jahre war Carl Meinhard von Lehndorff als Diplomat in Berlin, Wien und Dresden tätig. Auch am Zustandekommen des Dritten Pariser Friedens 1856 war er offenbar noch beteiligt.¹²⁸² Warum Lehndorff sich während seines Wien-Aufenthaltes hoch verschuldete, bedarf weiterer Untersuchungen an den Akten.¹²⁸³ Sein Vater Carl Friedrich Ludwig, der die Modernisierung Steinorts begonnen hatte, führte hochbetagt die Gutswirtschaft. Auch später war Carl Meinhard durch seine politische Tätigkeit häufiger in Berlin als in Steinort. Dieser „Absentismus“ zeigte sich häufig bei adligen Besitzern, umso mehr, je größer die Besitzungen waren. Von 327 Besitzungen über 1.000 ha in der Hand des Adels wurden 2.235 Güter vom Besitzer nicht dauerhaft bewohnt, nur 87 selbst bewirtschaftet. Auf den nicht selbst bewirtschafteten Gütern wurden Brennereien, Ziegeleien und Mühlen betrieben. Von 433 großen Betrieben zwischen 500 und 1.000 ha und über 1.000 ha hatten 318 gar kein Pachtland, 64 nur Pachtland und 51 nur teilweise.¹²⁸⁴

In Steinort hielten die Verwalter, zuerst Messerschmidt, dann Schirrmeister, die Zügel fest in der Hand und berichteten regelmäßig über die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft, der Pferde- und Schafzucht, der Brennerei und Ziegelei und kümmerten sich um finanzielle Fragen. Auch die sozialen Verhältnisse kamen in den Berichten zur Sprache. So berichtete Messerschmidt am 30. Januar 1852: „Der kritische Umstand in diesem Jahre wird die Erhaltung der Leute sein, denn bei dem unter aller Würde lohnenden Getreide verdienen die Leute nicht einmal so viel, um von dem eigenen Verdienst leben und bestehen zu können. Bis jetzt und Februar durch gebe ich ihnen ihre Aussaatentschädigung als Zuschuss zum Spann-Verdienst, doch von März ab werden dieselben nur vom Speichergetreide leben müssen, weshalb ich, wengleich wir Konsumtion, Deputanten und auch auf einige Monate die Inst- und Losleute mit den eigenen Vorräten sicherstellen werden, die Vorsicht ergriffen, Getreide á conto der Gutsleute zu kaufen, denn ich hatte mit Berücksichtigung dieser Kalamitäten schon seit Beginn des laufenden Rechnungs-Jahres denselben nur geringe Zahlungen geleistet und jetzt zahle ich denselben nur das nötige Saatgeld. Die Leute stehen dennoch, die Mehrzahl wenigstens, sehr gut, so dass den Unterhebungen einigermaßen ein Riegel vorgeschoben ist. Den Leuten das Geld in die Hände zu geben ist nicht ratsam, denn sie würden der Mehrzahl nach das Geld verbringen und später das Getreide zu ihrem Unterhalte auch beanspruchen, dass man ihnen auch nicht verweigern könnte, und dadurch unwillkürlich in Schulden geraten müssen, so glaube ich, ist der Gutsherr einigermaßen gesichert und den Leuten geholfen. Der glückliche Umstand dabei ist in diesem Jahre, dass die Einnahmen aus der Wirtschaft dergleichen Vorschüsse gestatten, denn die Brennerei sichert in diesem Jahre alle Ausgaben.“¹²⁸⁵ Ob Lehndorff im Gegensatz zu seinem Vater die nötigen Kenntnisse hatte,

die kaufmännischen, „während gerade die ihm artgemäßen Berufe die Urkräfte seines Blutes erhalten“, vgl. Ders., Warum ist der Zusammenschluss des reinblütigen deutschen Ades notwendig? Denkschrift, zit. in: Kleine, Adelsgenossenschaft, S. 103, Anm. 12.

¹²⁸² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 430/1 (Reichenbach an Lehndorff, 28. April 1856).

¹²⁸³ Die Höhe muss beträchtlich gewesen sein, da es sogar zum Prozess kam, GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 426 (1854, 1857/58).

¹²⁸⁴ Vgl. Conrad, Agrarstatistische Untersuchungen, S. 830 f.; Spenkuch, Herrenhaus, v. a. Kap. 6: Der Kern des Herrenhauses: Preußischer Grundadel 1845–1914. 1885 gehörten in Ostpreußen nur noch 154 Rittergüter zum alten Grundbesitz, waren also 50 oder mehr Jahre in der Hand der Familie, das waren 12,8 % aller Rittergüter. Davon gehörten 38 zum befestigten, 6 zum alten und befestigten Grundbesitz.

¹²⁸⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 272, Bl. 45–47v.

die vom Verwalter Schirmeister im August 1854 aufgestellte Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Administrationskasse Steinort richtig zu bewerten, muss dahingestellt bleiben. Die ostpreußischen Wälder und die Steinorter Forstwirtschaft wurden durch den zwischen 1853 und 1860 immer wieder auftretenden Befall mit Nonne und Borkenkäfer stark geschädigt, in dessen Folge ein massiver Holzeinschlag notwendig wurde. So schloss die Forstkasse nach Abzug der Kosten für Besoldungen, Bauten, Jagden etc. 1854 mit einem guten Plus in Höhe von 1.144 M. Die Einnahmen und Ausgaben der Brauerei ergaben einen kleinen Überschuss von 23 M. Die Einnahmen aus der Gutswirtschaft, aus den Verpachtungen, aus Getreide- und Pferdeverkäufen und aus der Brauerei betragen 6.295 M, wurden aber von den Ausgaben der Gutswirtschaft, den Steuern, Gehalts- und Lohnzahlungen, Zahlungen für Saatgut und Pferdeankäufe, Ausgaben für den Garten, die Brauerei und Ziegelei und für notwendige Bauten und Reparaturen, aber auch für Reisekosten in der Höhe von 5.499 M fast eliminiert.¹²⁸⁶

An den in Steinort um 1870 bezogenen Zeitungen bzw. Zeitschriften lässt sich zwar ein Interesse an Gartenbau und Jagdwesen, ein besonderes Interesse für landwirtschaftliche Fragen jedoch nicht erkennen.¹²⁸⁷ Auch ob Lehndorff der Einladung des k. k. Ackerbau-Ministers und Präsidenten Johann Ritter von Chlumecky zur geselligen Zusammenkunft der Mitglieder des Internationalen Kongresses der Land- und Forstwirte im September 1873 folgte, um hier den fachlichen Austausch zu suchen, muss offen bleiben.¹²⁸⁸

1853 hatte Carl Meinhard von Lehndorff aus dem schwiegerelterlichen Besitz Basedow durch seinen Schäfer Wilhelm Schönfeld „zwanzig Springböcke“ und zwei Kälber holen lassen, um die Schafzucht in Steinort zu modernisieren. Sie waren auf zwei Wagen nach Demmin, mit dem Dampfschiff nach Stettin, von dort mit der Eisenbahn nach Königsberg transportiert worden.¹²⁸⁹ Jedoch brachte die Schafzucht in den kommenden Jahrzehnten nicht mehr das ein, was man noch bis zur Jahrhundertmitte erzielt hatte. Um 1860 wurde Preußen, das bisher landwirtschaftliche Produkte ausgeführt hatte, zum Einfuhrland dieser Erzeugnisse. Seitdem in den Vereinigten Staaten von Amerika der mittlere Westen durch die Eisenbahn (um 1860) erschlossen worden war und die Dampfschiffahrt Großtransporte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ermöglichte, geriet die alteingesessene, auf beschränkter Fläche arbeitende europäische Landwirtschaft unter zunehmenden Druck. Mit dem überseeischen Wettbewerb sanken die Wollpreise auf dem Weltmarkt. Seit dem Ende der 1860er Jahre musste man sich nun zunehmend auf die Haltung von Fleischschafen umstellen. Die Pferdezucht war im traditionellen Rekrutierungsland für den Pferdebedarf des preußischen Heeres wesentlich einträglicher. Mit der Verlängerung der Ostbahn bis Eydtkuhnen 1860 wurde auch die Aufzucht von Mastvieh wieder lohnend. 1878 traten Bismarcks Zollschutzgesetze für Getreide und landwirtschaftliche Produkte in Kraft.

Aktien-Spekulant und Eisenbahn-Enthusiast

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war eine „adlig-bürgerliche Gutsaristokratie“ entstanden, die sich in den Geschäftsmethoden und wesentlichen sozialen Charakterzügen von den meist bürgerlichen Industrieunternehmern

¹²⁸⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 272, Bl. 67–68v.

¹²⁸⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 262, passim.

¹²⁸⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 513, Bl. 7.

¹²⁸⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 397.

nicht mehr unterschied.¹²⁹⁰ Auch Carl Meinhard von Lehndorff widmete sich zunehmend solch „größeren“ Aufgaben: zum einem dem Eisenbahnbau in der Provinz, zum anderen einem in dieser Zeit aufkommenden und großen Gewinn versprechenden Geschäft, dem Aktienhandel.

Gegenüber dem Eisenbahnbau hatte sich der preußische Staat lange Jahre zurückhaltend verhalten. Teils befürchtete er die Konkurrenz zu dem gerade ausgebauten Straßensystem, teils den enormen Kapitalaufwand, der aus dem Etat nicht bestritten werden konnte. Den Anleihemarkt scheute der Staat schon deshalb, da man damit Hardenbergs Verfassungsklausel in Kraft gesetzt hätte. Das daraus entstandene gemischte System aus privater und staatlicher Finanzierung stieß bald an seine Grenzen. Das Eisenbahngesetz von 1838 regelte generell das Konzessionsverfahren.¹²⁹¹ Im Osten mussten häufig noch bäuerliche Dienste abgelöst werden, bevor eine Strecke überhaupt verlegt werden konnte. 1842 ging der Staat dazu über, sich bis zu einem Viertel an den Aktien der Eisenbahngesellschaften zu beteiligen und Zinssätze von 3 ½ Prozent zu garantieren. Die Gewinne wurden auf finanzschwache Strecken umgelegt, deren Ausbau von allgemeinem Nutzen war.¹²⁹² Insbesondere die Notwendigkeit einer „Ostbahn“ war unbestritten. Schon 1842 hatten die vereinigten ständischen Ausschüsse ihr Gutachten darüber abgegeben. Wie stark der Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Westen der Monarchie war, illustrierte eine 1844 in Elbing erschienene Broschüre unter dem Titel „Betrachtungen über die Richtung der östlichen Eisenbahn und deren Einfluss auf das geistige und materielle Wohl der Provinz Preußen“. Sie machte deutlich, dass auf der Strecke zwischen Königsberg und Elbing alle vorhandenen Verkehrsmittel, nämlich eine dreimalige Postverbindung, regelmäßige Dampfschiffahrten, fünf bis sechs regelmäßig fahrende sogenannte Landkutschen den Bedarf nicht deckten.¹²⁹³ Obwohl das Bürgertum der Städte Königsberg, Insterburg, Tilsit und Thorn aufgrund der Handels- Erleichterungen am Projekt stark interessiert war, reichte für den Bau einer Ostbahn das System aus privater Initiative und staatlicher Beihilfe nicht aus.¹²⁹⁴ Nachdem der Plan 1842 vor den vereinigten ständischen Ausschüssen erörtert worden war, stieg das öffentliche Interesse weiter an; den Provinzial-Landtagen gingen Petitionen zu, die die Linienführung zu beeinflussen suchten. Der Bau begann jedoch mit einem Fiasco, indem die dafür gegründete private Aktiengesellschaft bankrottging. Neben dem Berliner Bankhaus Mendelsohn waren an ihr prominente ostpreußische Gutbesitzer und Kaufleute finanziell beteiligt. Der „Eisenbahn-Aktien-Schwindel“ verstärkte nicht nur die vorhandenen Kreditschwierigkeiten der Gutsbesitzer, sondern verminderte das Interesse von Privatunternehmen an der Ostbahngesellschaft. Nun übernahm die Staatsregierung das Projekt. 1844 erfolgte die erste Projektierung der Trassenführung, 1845 die Bildung einer Kommission für Brücken- und Strombauten an Weichsel und Nogat. Den Plan, die weiteren Arbeiten einer Privatgesellschaft zu übergeben, verwarf man 1846. Mit der Kabinettsordre vom 7. November 1846 bestimmte König Friedrich Wilhelm IV., dass die Ostbahn auf der Grundlage einer vom Landtag zu bewilligenden Staatsanleihe vom Staat gebaut wird.¹²⁹⁵ Im selben Jahr wurden die Arbeiten begonnen und wurden in den Notstandsjahren 1846/47 zum

¹²⁹⁰ Vgl. Rosenberg, Machteliten, S. 90.

¹²⁹¹ Gesetz-Sammlung 1838, S. 505 (3. November 1838).

¹²⁹² Vgl. Paul, Helmut, Die preußische Eisenbahnpolitik von 1835 bis 1838, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 50 (1938), S. 250–303.

¹²⁹³ Vgl. Feydt, Wilhelm, Der Einfluss der ostpreußischen Eisenbahnen auf die städtischen und einige andere Siedlungen, in: Altpreußische Monatsschrift 41 (1904), S. 423–530, hier S. 449; Fortsetzung in: 42 (1905), S. 1–81.

¹²⁹⁴ Vgl. Nordmann, Preußische Eisenbahngeschichte, S. 13 ff. Zum Folgenden: Belke, Regierung zu Königsberg, S. 132–134.

¹²⁹⁵ Vgl. Feydt, Eisenbahnen, S. 453.

„Arbeitsbeschaffungsprogramm“ für arbeitslose Landarbeiter, die den Mangel an erfahrenen Bautechnikern jedoch nicht ersetzen konnten.

Als der Vereinigte Landtag 1847 seine Zustimmung zur Aufnahme einer Staatsanleihe geben sollte, lehnten die Liberalen ab. Sie sprachen dem Landtag die verfassungsmäßige Grundlage ab, da nach dem Staatsschuldengesetz von 1820 nur den Generalständen eine solche Entscheidung möglich sei, und forderten von der Regierung die Einlösung des Verfassungsversprechens.¹²⁹⁶ Daraufhin ließ der König den Bahnbau einstellen, Massenentlassungen waren die Folge. Die Regierung bemühte sich um Schadensbegrenzung und warb unter Verweis auf die wirtschaftlichen Vorteile für die Provinz um Zustimmung, wies aber zugleich auf die Notwendigkeit der Fortsetzung der Chausseebauten hin. Noch bevor die Nationalversammlung am 7. Dezember 1849 dem Eisenbahnanleihegesetz zugestimmt hatte, wurden die Arbeiten im Mai 1849 auf der Strecke Dirschau-Danzig wieder aufgenommen. Die Finanzierung erfolgte aus dem Eisenbahn-Fonds.

Auf dem Vereinigten Landtag hatte es aber auch andere Stimmen gegeben. Der junge Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen hatte sich deutlich gegen die lebensfremden Ansichten der ostpreußischen Liberalen und für die Ostbahn und den damit verbundenen wirtschaftlichen Aufschwung der Provinz ausgesprochen.¹²⁹⁷ Auch Carl Meinhard von Lehndorff hatte zu den Befürwortern in der Provinz gehört. Als am 1. August 1853 die Ostbahnstrecke von Braunsberg nach Königsberg eröffnet wurde, die die Provinz „verkehrstechnisch aus ihrer Abgeschlossenheit und ihrem landschaftlichen Sonderdasein erweckte“¹²⁹⁸, gehörte Lehndorff zu den durch die Direktion der Ostbahn eingeladenen Honoratioren.¹²⁹⁹ Nach Fertigstellung der Weichsel- und Nogatbrücken bei Dirschau und Marienburg 1857 wurde mit der Weiterführung der Bahn bis Eydtkuhnen 1860 die Ostgrenze der Provinz und Deutschlands erreicht und damit die stärkere Einbeziehung der Provinz in das gesamt-deutsche Wirtschaftsleben ermöglicht. „Was sind diese Brücken für ein unberechenbarer Gewinn für unsere arme Provinz“, schrieb August Heinrich Dönhoff bei deren Fertigstellung.¹³⁰⁰

Noch 1858 hatte man die Fortführung einer „Königsberg-Lötzener Bahn [...] die dann freilich auch Lyck erreichen könnte“, als „Phantasiegemälde, welches die Langeweile geschaffen hat“, abgetan.¹³⁰¹ Lehndorff hatte zu den Befürwortern der Weiterführung über Preußen hinaus gehört. Er engagierte sich für das ökonomisch hochrisikoreiche Projekt der Ostpreußischen Südbahn, das am 10. Oktober 1863 ins Leben gerufen wurde. Im Frühjahr 1863 hielt er sich deshalb in Berlin auf. Anna war von dem Projekt, vor allem von den möglichen ökologischen Folgen für die ostpreußische Landschaft nicht überzeugt. Wenn die „Bahn nicht zustande kommt würde ich wohl die Getrösteteste sein; eigentlich wäre es doch nett, wenn auch noch unsere Enkel etwas Ursprüngliches hier erbten“ und nicht der Mauersee schon von dem Dampf der Zivilisation umnebelte wäre.¹³⁰² Ob der Eisenbahnkönig

¹²⁹⁶ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 269.

¹²⁹⁷ Vgl. ebd..

¹²⁹⁸ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 271. Nach Feydt, Eisenbahnen, S. 461, zählt die Eisenbahn „zu den wichtigsten Kulturträgern“, die einen „deutlich zu spürenden und greifbaren Fortschritt auf allen Gebieten des Lebens“ hervorgebracht haben, indem sie z. B. den Viehhandel als Massensexport nach Westen überhaupt erst ermöglichte. Auch die Holzindustrie sei erst mit der Eisenbahn aufgeblüht. Die Grenzstadt Lyck wurde zum Mittelpunkt des Getreidehandels. Die Verbindung Allenstein-Lyck / Thorn-Insterburg erschloss Masuren und setzte den holzreichen Landstrich mit dem holzbedürftigen Westen in Verbindung (S. 505).

¹²⁹⁹ GSa PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 901 Zum Ostbahnprojekt und zur Eröffnung der Ostbahn: Huch, Zwischen Ehrenpforte und Inkognito, Bd. 1, S. 154 f. und Dok. Nr. 406 (Juli 1853).

¹³⁰⁰ Vgl. Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt, S. 123.

¹³⁰¹ Vgl. Neue Preußische Provinzial-Blätter 1 (1858), S. 290 (II. Correspondenz).

¹³⁰² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 396, Bl. 1–3v (Fragment)

Bethel Henry Strousberg sie vom Gegenteil überzeugen konnte? In der Zeitung „Die Zeit“ wäre die Feuilleton-Novelle „Zwischen zwei Herzen“ erschienen, schrieb Schwägerin Dönhoff an Anna. „Ich wusste nicht, dass Deine Freundschaft für Strousberg so weit ginge, dass Du ihm Episoden aus Deinem Leben mitteiltest, welche Du uns bisher ebenso sorgfältig verheimlicht hattest als Deinem Gatten.“¹³⁰³ Und noch einer grantelte mit dem Projekt: August Heinrich Graf von Dönhoff, der sich sein ganzes Leben keine Bequemlichkeit gegönnt hatte, um alle Schulden, die er übernommen hatte, abzahlen zu können, ärgerte sich über seinen nach seinem Dafürhalten finanziell zu großspurigen Neffen: „Wohin soll es führen, wenn ein Rittmeister bereits vierspännig fährt“, schrieb er an Amélie von Dönhoff. Dass sogar in Ostpreußen Gutsbesitzer Bankrott machen werden, die in rumänischen Papieren spekuliert hatten, dass sie ihren Familienbesitz „nicht treuhänderisch begreifen, sondern mit ihm umgehen wie mit einer Handelsware“, was in der „Industrialisierung von Edelleuten“ münden werde, konnte er weder verstehen, noch akzeptieren.¹³⁰⁴

Anlässlich des Krönungs- und Ordensfestes 1865 wurde Lehndorff der Kronen-Orden dritter Klasse verliehen. 1866 war das erste Teilstück Königsberg – Bartenstein fertiggestellt, bis 1867 der Abschnitt bis Rastenburg, im Dezember 1868 wurde der letzte Abschnitt bis Lyck eröffnet. Besonders den letzten 11 ½ Meilen von Rastenburg bis Lyck hatten sich große Schwierigkeiten entgegengestellt. Der Wasserreichtum Masurens hatte eine Dammschüttung durch den Deyguhen- und Taytasee erfordert, bei Lötzen mussten Drehbrücken über den Festungs- und den Schifffahrtskanal gebaut werden und der Damm gegen die im Frühjahr und Herbst hohen Wellen des Löwenthin-Sees gesichert werden, der moorige Untergrund bei Jucha war die letzte Herausforderung.¹³⁰⁵

Im Januar 1870 unterzeichnete der russische Kaiser die Konzessionsurkunde der Ostpreußischen Südbahn-Gesellschaft, vertreten durch deren Bevollmächtigte Graf Lehndorff und Baron Romberg, zur Weiterführung der Südbahn von Lyck bis zur preußischen Grenze über Białystok nach Brest-Litowsk – eine Strecke von rund 200 Werst zum Preis von 57.500 Rubel per Werst. Durch die Verlängerung von Lyck bis zur Landesgrenze und über Grajewo–Białystok–Brest-Litowsk wurde der Anschluss an das russische Eisenbahnsystem hergestellt. Aus einer „Sackbahn von überwiegend lokalem Charakter“ werde damit „das wichtige Schlussglied der kürzesten Schienenverbindung zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer“, schrieb die Königsberger Hartungsche Zeitung am 15. Januar 1870.

Russland hatte für den Bau keine Staatsgarantie übernommen. Lehndorff und Romberg hatten sich verpflichtet, eine in Russland ansässige russische Eisenbahngesellschaft zu gründen und die Bahn binnen zwei Jahren fertigzustellen.¹³⁰⁶ An Kautions waren an die russische Regierung 100.000 Rubel gezahlt worden, weitere 500.000 Rubel sollten innerhalb von drei Monaten folgen. „Über die Wichtigkeit dieser Fortsetzung der Bahn für unsere Provinz und Königsberg ist wohl kein Wort zu verlieren“, schrieb die Hartungsche Zeitung, zumal die Eröffnung der Bahn von Moskau nach Smolensk bevorstehe und von Smolensk nach Brest-Litowsk der Baubeginn eben-

¹³⁰³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 99–103v. Die erwähnte Zeitung ließ sich nicht identifizieren.

¹³⁰⁴ Vgl. Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt, S. 125 f. Dass zu den in den Eisenbahnskandal um Strousberg Verwickelten neben dem Herzog von Ujest auch Lehndorff gehörte, verschweigt Marion von Dönhoff an dieser Stelle.

¹³⁰⁵ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 464. Dr. Jacobi hatte sich der Kommission angeschlossen, die vom 21. bis 24. Mai 1868 den Gesundheitszustand und die Lebensverhältnisse der beim Bau der Südbahn zwischen Rastenburg und Lyck untersuchte, dessen Bericht in: GStA PK, XX. HA, Rep. 54, GA Lehndorff, Nr. 294.

¹³⁰⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 294 (Ministerium der Weg- und Wasserkommunikationen an das Departement der Eisenbahnen, 11. März und 22. November 1867).

falls erfolge, so dass eine „direkte Eisenbahn-Verbindung von Königsberg bis Moskau, und wenn von der anderen Seite nur noch von Brest-Litowsk nach Baraditschew gebaut wird, auch die direkte Verbindung nach Odessa“ bestünde. Gegen die „altrussische Partei“ habe Lehndorff „die schwierige Sache durchgesetzt, dem die Provinz nicht genug dafür danken kann.“¹³⁰⁷ Für den Handel und den Verkehr ergaben sich daraus ganz neue Möglichkeiten, indem sich das Handelsgebiet Königsbergs, 500 Quadratkilometer mit nicht einmal 1 ½ Mio. Einwohnern, schlagartig auf ein zehnfach größeres Areal mit vierfacher Einwohnerzahl in den russischen südwestlichen Provinzen bis Odessa vergrößerte.¹³⁰⁸ Dem russischen Kaiser war Lehndorffs Engagement die Verleihung des St. Stanislaus-Ordens wert.¹³⁰⁹ 1883 erhielt er von den „Kaiserlich russischen Zoll- und Gendarmerie-Behörden“ sowie den Vertretern der Süd-Westbahnen zu dem am 16./28. Mai in Grajewo veranstalteten Fest anlässlich der Feier der Krönung Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin von Russland eine persönliche Einladung.¹³¹⁰

Der tiefe Fall folgte, als Lehndorff, der finanziell in das Südbahnprojekt eingebunden war und deren Verwaltungsrat angehörte, in den Zusammenbruch des ‚Eisenbahnkönigs‘ Bethel Henry Strousberg hineingezogen wurde. Dessen Gesellschaft hatte die Provinz Ostpreußen an das russische Eisenbahnnetz angeschlossen. Am 27. Mai 1874 hatte er mit der Rumänischen Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft und der Deutschen Actien-Gesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahl-Industrie einen Vertrag unterzeichnet. Darin war festgesetzt worden, dass Strousberg für die Rumänische Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft auf den von ihm durch Vertrag vom 4. März 1874 von der Deutschen Actien-Gesellschaft für Bergbau-, Eisen- und Stahl-Industrie abgekauften Liegenschaften, nämlich dem Neustädter Hüttenwerk, dem Eisensteinwerk im Siegerland und am Harz, zwei Grundschuldforderungen, jede zu 500.000 Tlr., rückzahlbar am 1. Juli 1875 bzw. am 1. Juli 1876 eintragen zu lassen habe. Victor Herzog von Ratibor, Hugo Fürst zu Hohenlohe sowie Carl Meinhard Graf von Lehndorff, die sich am 17. Februar 1868 zur „gemeinschaftlichen Erlangung der Konzession zur Ausführung der Rumänischen Eisenbahn-Netzes vereinigt“ hatten, übernahmen für die Gesamtforderung der Rumänischen Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft in Höhe von 2.000.000 Rtlr. nebst 500.000 Rtlr. Zinsen eine Bürgschaft bis nach Einlösung des als Valuta gegebenen Wechsels der Rumänischen Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft als Faustpfandgläubigerin. Im Mai 1875 hatten die drei Bürgen einer von Strousberg beantragten Hinausschiebung der Rückzahlungstermine auf den 1. Oktober 1875 bzw. 1. Oktober 1876 zugestimmt.¹³¹¹ Noch am 31. Oktober 1875 telegraphiert Lehndorff nach Steinort: „Nichts wesentlich Neues. Wendung und Stimmung eher zum Besseren. Vorstellung morgen in der Kreuzzeitung sehr wichtig.“¹³¹² Unter dem Titel „Der Strousbergsche Concours“ berichtete die Zeitung über die Gläubigerversammlung, die Schritte gegen den drohenden Konkurs beraten hatte, um ein „außergewöhnliches Arrangement zustande zu bringen“, da davon auszugehen war, dass im Fall eines Konkurses „die Gläubiger keine Aussichten haben, für ihre Forderungen Befriedigung zu erhalten“, nach dem bereits über die Fabrik in Bubna und die Zbirower Besitzungen in Prag der Konkurs eröffnet worden war. Die Sitzung hatte sich jedoch vertagt und die Bildung einer Kommission beschlossen, die die Aktivmasse zu ermitteln hatte und beratschlagen

¹³⁰⁷ Vgl. Königsberger Hartungsche Zeitung, 11. Januar 1870, zit. nach: Toeppen, Geschichte Masurens, S. 465 f.

¹³⁰⁸ Vgl. Königsberger Hartungsche Zeitung, 15. Januar 1870.

¹³⁰⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 555.

¹³¹⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 118.

¹³¹¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 294 (17. Februar 1868); Nr. 285, n. f. Siehe auch Burhop, Carsten, Die Kreditbanken in der Gründerzeit, München 2004.

¹³¹² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 357, Bl. 73.

sollte, ob der kaufmännische Konkurs zu beantragen sei. Nachdem ein Königsberger Antrag auf Einleitung des Konkurses vom Berliner Stadtgericht abgelehnt worden war, stellte Strousberg selbst einen Antrag auf Konkursöffnung. Im Umlauf waren Wechsel von 6 Mio. Tlr., der Fiskus hatte Forderungen von 20.000 Tlr. Der Barbestand betrug 54 Tlr. 3 Sgr. Die weiteren Aktiva bestanden neben 60.000 Morgen Gutsbesitz in Preußen und der Herrschaft Zbirow in Österreich sowie Grundbesitz in Polen von 90.000 Morgen, alles mit Hypotheken belastet, in einer Kautions bei der Rechten Oder-Uferbahn, Belle-Alliance-Aktien und Partial-Obligationen. Die Herzöge von Ujest und Ratibor und Graf Lehndorff standen in der Verantwortung mit je 500.000 Tlr. zu Gunsten der Rumänischen Eisenbahn- und der Disconto-Gesellschaft. Man ging im schlimmsten Fall von Passiva in Höhe von 25 Mio. aus.¹³¹³

Im November 1875 wurde auch noch ein Beweisaufnahmeverfahren „In Sachen des Königlichen Justizrat von Groddeck in Bromberg Kläger wider 1. den Rittergutsbesitzer Dr. Bethel Strousberg in Berlin, 2. den Herzog Victor von Ratibor Fürsten von Corvey ebenda, 3. den Herzog Hugo von Ujest Fürsten von Hohenlohe ebenda, 4. den Legationsrat a. D. und Rittmeister Grafen von Lehndorff auf Steinort sowie die Rumänische Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft“ im Berliner Stadtgericht eröffnet. Die Verklagten wurden solidarisch „gegen Rückempfang der nachstehend aufgeführten fünf Stück 7 1/2 % Rumänischer Eisenbahnobligationen im Nominalbetrag von je 400 Rtlr.“, also 4.260 M zzgl. der Prozesskosten, verurteilt.¹³¹⁴ Kurz darauf war Strousberg nach einer überhasteten Abreise im Zug von Moskau nach St. Petersburg wegen der Nichteinlösung fälliger Wechsel festgenommen worden. Am 14. November 1875 schrieb er aus Moskau an Lehndorff und bedankte sich für dessen Anteilnahme, Hilfe und Mühen; er habe seinen Brief nicht beantwortet, da er davon ausgehen musste, dass seine Antwort nicht an Lehndorff gelangen würde. Lehndorff versuchte seine Kontakte zum Auswärtigen Amt und zu Fürst Bismarck zu nutzen. Bismarck schrieb am 5. Dezember 1875, dass „eine Verwendung des Auswärtigen Amtes für die Freilassung des Dr. Strousberg“ bereits vor seiner Ankunft in Berlin stattgefunden habe. „Nachdem ich inzwischen die Frau Strousberg gesehen, habe ich die Anwesenheit des Fürsten Gortschakow benutzt, um die Sache mündlich zu betreiben. Der Fürst hat mir auch seinen Beistand zugesagt, aber wenig Aussicht gemacht, weil, wie er sagt, Strousberg nur einer von sieben Angeklagten und der einzige Nichtrusse sei, und die übrigen nicht bestraft werden könnten, wenn er freigelassen würde. Ob das Verfahren juristisch gerechtfertigt sei, kann mein russischer Kollege bisher so wenig beurteilen wie das Auswärtige Amt dazu im Stand ist. Sehr schwierig wird die Einwirkung von hier aus immer bleiben, da auch der mir persönlich befreundete Justizminister, ein Mann von deutscher Geburt und anerkannter Rechtlichkeit, sein Eingreifen, wenigstens bei der gegenwärtigen Sachlage, für unmöglich erklärt.“ Er werde seine Bemühungen fortsetzen, „schon weil anzunehmen ist, wie ich auch dem Fürsten Gortschakow gegenüber geltend gemacht habe, dass der Verlust der Gläubiger sich wesentlich vermindern würde, wenn es dem Schuldner möglich gemacht wäre, selbst an der Regulierung teilzunehmen.“¹³¹⁵ Strousberg wurde wegen Anstiftung zu Kreditvergehen in Moskau angeklagt. Seine Unternehmen gingen in Konkurs, obwohl Fürst Hugo von Hohenlohe zur Stützung der Unternehmungen Strousbergs auf Gut Iberow eine Hypothek aufgenommen hatte. Auch Lehndorff war um finanzielle Hilfe ersucht worden. Der große Gewinner war die Berliner Disconto-Gesellschaft, die u.a. die Zbirower Werke in Böhmen erhielt.¹³¹⁶

¹³¹³ Vgl. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung, 31. Oktober und 2. November 1875.

¹³¹⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 294.

¹³¹⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 24, Bl. 11–12.

¹³¹⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 24, Bl. 16–23v. Zu den Geschäftsbeziehungen Lehndorff-Strousberg: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 17; GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 406 (ganze Akte). Siehe auch Ohlsen, Manfred, Der Eisenbahnkönig Bethel

Für Lehndorff endete der Strousberg-Konkurs mit einem finanziellen Desaster.¹³¹⁷ Durch die übernommene Hypotheken-Garantie hatte er einen Verlust von 160.000 M erlitten.¹³¹⁸ Bis 1878 scheint er sich jedoch finanziell saniert zu haben. Adolf von Kries, ein Cousin Anna von Lehndorffs, hatte gehört, dass Lehndorff „in einzelnen Banken als Vorsitzender oder Aufsichtsrat oder sonst beteiligt“ sei. Er wollte einen Rat zur Ablösung von Schulden durch eine Banken-Hypothek. Lehndorff stellte ihm 44.000 M zur Verfügung. Die für zwei Monate von Kries zu zahlenden Zinsen betragen 366,66 M.¹³¹⁹ Nach Lehndorffs Tod 1883 übergab dessen Ehefrau alle Geschäftspapiere und Briefe aus dessen Engagement für die Südbahn an deren Vorstand. Die Direktion der Ostpreußischen Südbahn gründete „zum Andenken an den Verstorbenen, der länger als 15 Jahre an der Spitze der Verwaltung der Südbahn gestanden hatte“, eine Graf Lehndorff-Stiftung. Dafür wurden 7.500 M dem Vorstand des Krankenhauses der Barmherzigkeit in Königsberg als Gründungskapital übergeben, wovon dort eine „Freistelle für einen Schwerleidenden“ gestiftet werden sollte. Die Stiftung sollte den Namen „Freibett zum Gedenken des Reichsgrafen Carl Lehndorff auf Steinort, weiland Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Ostpreußischen Südbahn-Gesellschaft“ tragen. Anna von Lehndorff hatte auf Lebenszeit das Wahlrecht über diejenigen, die dort gepflegt wurden. Nach deren Ableben sollte dieses Rechts an die Südbahn fallen und vorzugsweise Bediensteten der Südbahn und deren Familienmitgliedern zu Gute kommen.¹³²⁰

Für die Provinz war das Eisenbahn-Projekt ein wirtschaftlicher Gewinn. Die Bahnverbindung von Berlin bis Königsberg 1853, dann nach Fertigstellung der Südbahn 1868 durch die ganze Provinz bis zur russischen Grenze eröffnete für Ostpreußens landwirtschaftliche Produkte einen wachsenden Absatzmarkt in Posen/Westpreußen, im Großraum Berlin und in den Industriezentren. Der Absatz von Mast- und Schlachtvieh sowie Molkereiprodukten in den Ballungsräumen Mitteldeutschlands und damit der Aufbau einer Industrie zur Veredelung landwirtschaftlicher Produkte wurden möglich. 1907 gab es in Ostpreußen eine Zuckerfabrik, 275 Branntweinbrennereien, drei Stärkefabriken, 1570 Getreidemühlen, 64 Brauereien, 265 Sägemühlen und 469 Ziegeleien. Am 1. Juli 1914 bestanden in der Provinz 76 Molkereien. Nach dem Wegfall preußischer Binnenzölle nahm auch der Handel mit den Staaten des Deutschen Bundes rasch zu.¹³²¹ Die Eisenbahnlinien waren zu „Lebensadern“ der Provinz geworden, die Kanäle und Chaussee verbanden entlegene Ortschaften links und rechts der Eisenbahn und das bisher isolierte Masuren materiell und geistig mit den übrigen Teilen des Staates.¹³²² Reisezeiten und

Henry Strousberg. Eine preußische Gründerkarriere, Berlin 1987; Glagau, Otto, Der Börsen- und Gründungs-Schwindel in Berlin, Leipzig 1877, S. 62 f.; Murawski, Klaus-Eberhardt, „Im Glauben, meiner speziellen Heimat einen großen Dienst zu leisten“ Bethel Henry Strousberg und der Eisenbahnbau in Ostpreußen, in: Brocke, Michael (Hrsg.), Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, Hildesheim u. a. 2000, S. 397–404.

¹³¹⁷ Vgl. den Briefwechsel mit dem Bankhaus Cohn, in: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 394; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 24. Anscheinend konnte nur durch Mobilisierung von Reserven und finanziellen Zusammenhalt der Familien Schlimmeres abgewendet werden. Das Anna von Lehndorff hinterlassene Erbe des Vaters Friedrich von Hahn auf Basedow scheint die finanzielle Situation vorübergehend konsolidiert zu haben, ebenso die Ablösung eines auf dem Gut Laserkeim eingetragenen Kapitals von 15.000 M. Dagegen verschärften die zu zahlenden Steuern die finanzielle Situation zusätzlich.

¹³¹⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 286, Bl. 12. Die Akten zu den Finanzen sind nur fragmentarisch erhalten, weisen aber hohe Hypothekenschulden aus, zu denen Bürgschaften und erfolglose Aktienspekulationen hinzukamen, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 13, Bl. 1–2.

¹³¹⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 302, Bl. 37.

¹³²⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 555 (Abschrift der Gründungsurkunde, Königsberg, 24. Januar 1884).

¹³²¹ Vgl. Hansen, Johannes, Die Landwirtschaft in Ostpreußen. Entwicklung und Stand der Landwirtschaft der Provinz vor dem Ausbruch des Krieges, Berlin 1916, S. 381, 376.

¹³²² Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 465.

Postwege verkürzten sich, die Abgeschiedenheit der Provinz wurde zunehmend geringer. „Wer heute von der Stadt aufs Land reist, wird mit dem Fuhrwerk von der Bahn abgeholt. Wer vor 50 Jahren eine Reise von einer Stadt nach einer anderen antrat, ging aufs Postamt und ließ sich einschreiben“, fasste Wilhelm Feydt über die mit der Eisenbahn in Ostpreußen für den einzelnen Bewohner eingetretenen Veränderungen zusammen.¹³²³ Trotzdem erforderte die Reise in die am Rand der Monarchie befindliche Provinz und nach „Steinort mit seinen Eichenwäldern und dem spiegelklaren See mit der darin versinkenden Sonne [...] trotz Dampfes-Eile noch immer eine Reise von vielen Stunden“, wie Gräfin von Keyserlingk in einem Brief an Anna von Lehndorff bemerkte.¹³²⁴ 1867 betrug die Reisezeit von Berlin nach Königsberg 13 Stunden. Iwan von Hahn, der nach einem Besuch bei seiner Tante Anna nach Petersburg zurückkehrte schrieb: „Die Reise war etwas umständlicher als ich dachte, denn ich musste 4 mal umsteigen, da sogar in Insterburg kein direktes Billet nach Petersburg zu bekommen war, aber im Ganzen ist es doch sehr nah (nicht ganz 30 Stunden von Rastenburg aus).“¹³²⁵ Erst 1907 wurde Steinort mit dem Bahnhof Groß Steinort an die Bahnstrecke Angerburg – Rastenburg und somit an das preußische Eisenbahnnetz angeschlossen.

Politisches Wirken

In den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1858 waren die Konservativen stark ins Hintertreffen geraten. Die Liberalen erhielten über 81 % der Stimmen. Auch in Ostpreußen hatte sich dieser Wechsel gezeigt, nur 4 der 32 Abgeordneten gehörten schon dem vorigen Landtag an. Um Freiherr von Hoverbeck und Max von Forckenbeck scharrten sich die Abgeordneten, darunter neun aus Ostpreußen, die auf eine stärkere Opposition im liberal-demokratischen Sinne drängten, dann den Bruch mit den Altliberalen durch Bildung der Fraktion „Jung-Litauen“ vollzogen und zum Kern der sich formierenden Fortschrittspartei wurden.¹³²⁶ Vielen Gutsbesitzern widerstrebt eine direkte politische Agitation auf ihren Gütern. Als Reserveoffiziere oder ehemalige aktive Offiziere fiel es ihnen schwer, die durch das allgemeine Wahlrecht geschaffene Gleichheit anzuerkennen oder sich selbst als Kandidaten aufzustellen und sich um die Wählergunst zu bemühen. „Wir verlangen von unseren Leuten, dass sie uns wählen, dann müssen wir für sie sorgen“, hatte Kleist-Retzow formuliert.¹³²⁷

Lehndorff hatte schon im Februar 1851 Geldsammlungen für die Gründung eines „konservativen Abendblattes zur Unterdrückung des einzigen demokratischen Morgenblattes“ unterstützt.¹³²⁸ Von 1859 bis 1861 war er Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und schloss sich der Fraktion der Konservativen Partei (Preußen) an, die sich infolge der Agrarkrise im letzten Viertels des 19. Jahrhunderts zu einer wirksamen Interessenvertretung der Gutsbesitzer entwickelte.¹³²⁹ Bei der Urwahl am 19. November 1861 als Wahlmann gewählt, richtete er sich

¹³²³ Vgl. Feydt, Eisenbahnen, S. 429.

¹³²⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 494, Bl. 1–2v (1. Juli 1870).

¹³²⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 413, Bl. 7–8v.

¹³²⁶ Vgl. Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, S. 275.

¹³²⁷ Zit. nach: Spenkuch, Herrenhaus, S. 230.

¹³²⁸ APO Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 636, Bl. 1.

¹³²⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 40, 455.

zu den bevorstehenden Abgeordnetenhaus-Wahlen am 6. Dezember 1861 persönlich an die Wahlmänner des Angerburger Kreises.¹³³⁰ Sie wären im Irrtum, wenn sie in der Deutschen Fortschrittspartei etwas anderes erkennen als „die frühere demokratische Partei. Jeder, der die Versprechungen der Anführer dieser Partei, der Herren Waldeck, Schulze-Delitzsch, v. Hoverbeck etc. vom 2. Juni d. J. lesen will, kann sich überführen, dass beide Namen ganz dasselbe bedeuten, dieselben Männer und dieselben Grundsätze, wenn auch einige frühere gemäßigt Liberale sich ihnen angeschlossen haben.“ Deshalb könne keiner, der „den Wünschen unseres geliebten Königs und Herrn nicht geradezu entgegneten will“ einen der von dieser Partei vorgeschlagenen Landräte wählen, insbesondere, da der König gelegentlich des Badener Attentats der Berliner Deputation „sehr ernst ihr Missfallen an den letzten Kreiswahlen ausgedrückt“ habe und jeder wisse, dass er damit die Wahlen von Waldeck und Schulze-Delitzsch gemeint habe. Erst kürzlich habe der König einer Deputation in Berlin erklärt: „Wählen Sie den Grafen, so brechen wir.“ Jeder, der einem Kandidaten „der sogenannten Fortschrittspartei seine Stimme geben will“, solle sein Gewissen befragen, „ob ein bestimmt ausgesprochener Wunsch seines Königs ihm nichts gilt!“ Dem von den Demokraten verbreiteten Gerücht, er selbst wolle keine Wahl annehmen, trat er entgegen. „Da kein anderer Mann sich in unserem Kreise zur Wahl gestellt, der die Achtung und Verteidigung des Königsheers von Gottes Gnaden, der persönlichen Königs-Regimenter, offen als seine erste Pflicht bezeichnet, da es ferner zu fürchten ist, dass eine große Zahl derer ins Abgeordnetenhaus kommen werden, die eine stete Verminderung der Königlichen Rechte für den Vorteil und den Wunsch des preußischen Volkes halten, bin ich gezwungen und verpflichtet, jeden wahrhaft königstreuen Mann zu ersuchen, mir bei der Wahl seine Stimme zu geben.“ In den bevorstehenden schweren Zeiten sei „mehr noch als schon zu alten Zeiten die unverbrüchliche Treue gegen den König die erste Pflicht jedes Preußischen Staatsbürgers“.¹³³¹ Durch die „Liste der Wahlmänner“ erfahren wir, an wen sich Lehndorffs scharfe Worte richteten: Rittergutsbesitzer Hartwig von Pleskau für Resau, Pfarrer Carl Borkowski für Rosengarten, Gutsbesitzer Gustav Hinz für den Abbau Georgenau, Gutspächter Carl Werner für Stawisken; Rechnungsführer Andreas Pfeiffer, Krüger Karl Poltzien und Böttcher Ludwig Kopp für Steinort, Gutsbesitzer Thulke für Taberlack. Lehndorff wurde nicht gewählt. Bei den notwendig gewordenen Nachwahlen forderte er die Konservativen in einem Zeitungsinserat auf, ihre Stimme Minister Graf von Bernstorff zu geben. „Derselbe ist noch nicht Mitglied des Abgeordnetenhauses und es erscheint nach konstitutionellem Gebrauch doch angemessen, dass der Mann, der die wichtigsten Angelegenheiten des Landes dem Auslande gegenüber vertritt, auch einen Vertrauensbeweis vom Land selbst erhalte. Die „große Majorität, mit der die Wahlmännerschaft einen Kandidaten der Deutschen Fortschrittspartei gewählt hat“, würden daran zweifeln lassen, dass die Bemühungen der Konservativen überhaupt erfolgreich sein könnten. „Die Ereignisse müssen erst lehren, ob diese Majorität das Richtige für das Gemeinwohl getroffen hat.“¹³³²

Auf die Nachricht von der Nicht-Wahl ins Abgeordnetenhaus schrieb Pauline 1861 an die Schwägerin: „Dass Carl nicht gewählt ist, schmerzt mich eigentlich tief, obgleich man ihn freilich nicht darüber bedauern darf, einer so grundschlechten Gesellschaft überhoben zu sein. Ich hatte mich aber doch eigentlich ganz fest darauf verlassen, dass wir den Winter wieder mit Euch vereint in Berlin zubringen würden, trotz Deiner gegenteiligen Versicherungen, und es wird mir sehr schwer werden, Eure liebe Nähe dort zu entbehren.“¹³³³ Zur selben Zeit war

¹³³⁰ Die Wahl der Abgeordneten des preußischen Staates erfolgte nach dem Dreiklassenwahlrecht. Das Wahlverfahren war *indirekt*. Die Wahlberechtigten wählten in der *Urwahl*, getrennt in drei Klassen, Wahlmänner und diese dann die Abgeordneten ihres Wahlbezirks.

¹³³¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 632, Bl. 11–12.

¹³³² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 632, Bl. 13. Die Liste der Wahlmänner ebd., Nr. 532, Bl. 9–10.

¹³³³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 47–50.

Graf Dönhoff nach langem Zögern, verschiedenen Immediateingaben und erst nach der Gründung des Fideikommisses am 18. November 1861 durch den König das „erbliche Recht auf Sitz und Stimme im Herrenhause“ verliehen worden. Damit war ein „langjähriger Wunsch in Erfüllung gegangen, welchen der seligen König uns schon zugesagt hatte, für den Zeitpunkt, wenn das Friedrichsteinsche Fideikommiss ins Leben treten werde. Als bei der Krönung gar nicht die Rede davon war, wurde mir eigentlich sehr bange darum, umso größer ist nun unsere dankbare Freude darüber.“¹³³⁴

Lehndorff im Verfassungskonflikt

Als das von den Liberalen dominierte Abgeordnetenhaus dem König 1862 die zur Reorganisation der preußischen Armee und der Landwehr notwendigen Mittel verweigerte, löste der König am 11. März 1862 das erst im Januar gewählte Parlament auf. Drei Tage später entließ er die liberalen Mitglieder des Ministeriums und setzte eine neue konservative Regierung unter Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen ein. Nachdem im Mai die liberale Deutsche Fortschrittspartei erneut als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen war, scheiterte im September 1862 ein weiterer Lösungsversuch, worauf Wilhelm I. die Abdankung erwog. Am 22. September 1862 beauftragte er Otto von Bismarck mit der Übernahme der Regierung. Bismarck beendete den Konflikt, indem er eine Lücke in der damaligen preußischen Verfassung fand: sie schreibe nicht vor, was bei Uneinigkeit zwischen Kabinett und Parlament geschehen müsse, so könne der König seinen Willen durchsetzen.

Als sich die Fortschrittspartei gegen die Regierung positionierte, hatten viele Ostpreußen ihr die Gefolgschaft versagt. Immer wieder hatte die Provinz gegen kriegerische Angriffe verteidigt werden müssen. Diese Erinnerungen hatten ein einigendes Band geschmiedet; man war bereit, im Verteidigungsfall wie 1813 zu Landwehr und Landsturm aufzubrechen. Mit einem politischen Streit über Organisation und Stärke des Heeres konnte man in Ostpreußen nicht punkten. Die Stimmen der Fortschrittspartei schmolzen 1863 von 27 (1862) auf 11 Abgeordnete zusammen; die Konservativen, die in der Konfliktzeit keinen Abgeordneten hatten durchbringen können, waren nun mit 16 vertreten. Die politische Situation war nicht von Dauer. Mit der Verschiebung des wirtschaftlichen Wachstums nach Westen im Zuge der Industrialisierung gewannen die oppositionellen Kräfte wieder die Oberhand. „Jeder königstreue Aristokrat“ müsse sich mit dieser Gesellschaft im Provinzial-Landtag „schwarz ärgern“, schrieb Pauline von Dönhoff am 20. November 1862 ihrer Schwägerin. Ihr Mann hatte sich deshalb nicht ungerne von seinem Amt als Marschall des 16. Provinzial-Landtages aufgrund eines Augenleidens entbinden lassen, Schwager Eulenburg war an seine Stelle getreten. „Eulenburg macht seine Ernennung große Freude und mein guter Mann, der keinen Ehrgeiz mehr besitzt, kann in seiner häuslichen Ruhe ungestört verbleiben, was ihm und mir umso mehr zu wünschen ist, als er ja schon den größten Teil des Sommers vom Hause entfernt war, um sich den öffentlichen Angelegenheiten zu widmen.“¹³³⁵ 1873/76 und 1877/79 gab es keinen einzigen konservativen Abgeordneten mehr im Landtag.

An vielen Beispielen ist die Loyalität der Lehndorffs zum preußischen Königshaus bereits konstatiert worden. Nach ihrem Dafürhalten war der preußischen Verfassungskonflikt 1862 ein Angriff auf den Status Quo der Herrschaftsverhältnisse, eine demokratische Bedrohung, die man abzuwehren hatte. Das eher private Problem, die

¹³³⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 2 II, Nr. 2998/1, Bl. 224–224v. Am 19. Mai 1862 erfolgte gleiches für die Grafen von Schlieben, ebd., Bl. 231–231v.

¹³³⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 51–52v (Fragment).

Versorgung der nachgeborenen Söhne durch den Staat und das Militär, war nicht ausschlaggebend. Die Brüder Carl Meinhard und Heinrich von Lehndorff, Söhne von Carl Friedrich Ludwig, dem Begründer des ostpreußischen National-Kavallerie-Regimentes in den Befreiungskriegen, waren durch Familie, Schule, Militär, Berufswahl konservativ geprägt. So verwundert es nicht, dass sich Carl Meinhardt von Lehndorff an die Spitze der konservativen Kräfte der Provinz stellte und eine Ergebenheits-Adresse der Kreise Angerburg und Lötzen an den König initiierte.¹³³⁶ Als treue Untertanen würden Sie die „unpatriotischen Beschlüsse der irregeleiteten Majorität des Abgeordnetenhauses“ verurteilen und bitten, Majestät wolle „mit der Allerhöchst Ihnen von Gott verliehenen Macht die Rechte und das Ansehen der Königlichen Krone zum wahren Heil und Wohl des Landes auch ferner unverkürzt den kommenden Geschlechtern [...] erhalten und uns und unseren Kindern die alten Grundpfeiler des Preußischen Staats [...] bewahren.“ In die Listen sollten sich die Unterstützer mit Stand und Wohnort eintragen.¹³³⁷ Am 8. Dezember 1862 schrieb Friedrich Bielitz an Anna von Lehndorff, Lehndorff selbst war noch in England, er hätte die Adressen noch nicht vollständig zurückerhalten. Noch war die Deputation unvollständig: „Ein wirklich gut gesinnter Bürger oder Handwerker, der auch sonst die erforderliche Qualifikation besitzt, ist in Lötzen, ich muss es zu meinem tiefsten Schmerz gestehen, nicht vorhanden. Doch wird es vielleicht möglich sein, einen solchen in Rhein (das gleichfalls zu meinem Kreise gehört) zu ermitteln“. Sie solle überzeugt sein, er werde mit seinem „letzten Blutstropfen“ seinem König dienen.¹³³⁸

Am 15. Dezember 1862 führte Lehndorff die „Loyalitätsadressen-Deputation“, bestehend aus dem Kreisrichter von Bergen, Pfarrer Borkowski, Lehrer Hoffmann, Schulze Komessa und Stadtverordnetenvorsteher Warda, an; ihm war die Aufgabe des Sprechers übertragen worden. Am selben Tag empfing der König die Deputation im Schloss, wo sich weitere Deputationen aus Berlin und aus Königsberg in der Neumark eingefunden hatten. Sie seien treue Untertanen „aus einem entlegenen und armen Lande“, hob Lehndorff in seiner Anrede hervor, beschämt „über die Ereignisse, die es veranlasst haben, dass treue Männer es ihrem Könige erst ausdrücklich aussprechen müssen, wie sie fest an ihm hängen; doch überwiegt in unseren Herzen die Hoffnung, Ew. Königliche Majestät werden es Ihrem Volke nicht anrechnen noch nachtragen, was eine Anzahl von Zeitungen und irregeleiteten Abgeordneten getan und gesprochen.“ Ihr Land habe „an den Lasten, die die Sicherheit und das Bestehen des Staates erfordern, schwerer zu tragen [...], als die meisten anderen, glücklicher gelegenen Landstriche Ihres großen Reiches, aber wir kennen nur ein Gefühl in Bezug auf die von Ew. Königlichen Majestät befohlene Neugestaltung der Armee; die Armee muss so sein, wie es unser König und Kriegsherr für nötig hält, um damit den Feind schlagen und das Ansehen Preußens aufrecht erhalten zu können, damit wir unsere Brüder und Kinder, unser Leben nicht unnütz opfern müssten, wenn einst des Königs Ruf uns gegen den Feind führt.“ Die Adresse trage nur 1.100 Namen, doch sei das kein Zeichen, „dass Untertanentreue und Vertrauen erloschen oder erkaltet sei in unserem Lande, das Ihren hohen Vorfahren stets ein treues Land gewesen ist. Sorgen Ew. Königliche Majestät nur dafür, dass Ihrem Volk Ihr Allerhöchster Wille durch Ihre Beamten stets treu und deutlich mitgeteilt wird, dann wird bald unter Tausenden nicht einer sein, der nicht freudig dem Rufe seines Königs folgt und laut mit uns ruft: Gott segne den König!“¹³³⁹ Die Erwiderung des Königs gab Lehndorff im Bericht der Deputation

¹³³⁶ StA L, Bestand 21950, Nr. 55. Heinz Reif bezeichnete dies als „ostelbisch-gutsherrschaftlichen und staatsreu-strengkonservativen“ Adelstypus“, vgl. Ders., *Westfälischer Adel 1770 – 1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite*, Göttingen 1979.

¹³³⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 55, Bl. 1–1v.

¹³³⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 587, Bl. 1–2.

¹³³⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 455, Bl. 19–19v.

wieder. Er baue fest auf die Treue des Volkes, dieses Vertrauen in die alte preußische Treue sei nicht zu erschüttern, hatte dieser erwidert. Die daran rütteln wollen, hätten es zu weit getrieben. Sie wollen keine Armee, die hinter dem König als Kriegsherrn, sondern eine Armee, die hinter dem Parlament steht. Dazu werde er es nicht kommen lassen. Sein Bruder habe die Verfassung gegeben, er habe sie beschworen und werde sie halten. Sie sollen seine Ansichten verbreiten und in ihrer Gesinnung verharren.¹³⁴⁰

1866/67 erreichte der Konflikt sein Ende, indem die Rechten der Liberalen eine neue Partei gründeten und die Indemnitätsvorlage Bismarcks annahmen. Seit Mitte der 1880er Jahre hatten sich auch die neuen bürgerlichen Großgrund- und Rittergutsbesitzer den konservativen Anschauungen der altadeligen Herrenhauswähler angeschlossen. In den 1890er Jahren scheute selbst die offensiv-agrarische Richtung, vertreten durch Schulenburg-Betzendorf, Klinkowstroem, Mirbach-Sorquitten, Manteuffel, wegen der eigenen Stellung zum Monarchen den Bruch mit der Regierung.¹³⁴¹

Politik in Steinort

Dass am 5. Dezember 1883 Minister von Puttkamer im Abgeordnetenhaus das Festhalten am Dreiklassenwahlrecht als „kostbares Gut, dass die Regierung aufzugeben nicht gesonnen ist“, bezeichnen konnte, hatten auch die öffentlichen Wahlen in den Gutsbezirken gesichert. Bei den geheimen Reichstagswahlen waren die Gutsherrschaften eine sichere Stütze für Staat und Gesellschaft. In seinen Gutsdörfern argumentierte Lehndorff gegen die Einflüsse der Sozialdemokratie, indem er an die Eigeninteressen der Tagelöhner und Instleute appellierten. Dass die Gutsarbeiter unter Aufsicht des Inspektors in die Wahllokale marschierten, wo sie den ‚richtige‘ Wahlzettel erhielten, ist jedoch nicht nachweisbar. Im Gut Taberlack hatte jedoch jeder Instmann auf eigene Kosten den Ostpreußischen Sonntagsfreund zu halten. Superintendent Braun aus Angerburg war der Meinung: „Gerade dass jedes Familienhaupt sich solche Sonntagspost selbst besorgt und dafür auch etwas bezahlt, ist erfreulich. Der Lehrer Kordack hat das zustande gebracht, was anderen Lehrern nicht möglich ist. Bei Pahlke in Resau fand ich bei der letzten Revision die Spandauer Lehrerzeitung auf dem Schultisch. Dieses erzfortschrittliche Blatt. Ich habe ihm ganz energisch meine Meinung gesagt, Gott befohlen!“¹³⁴² Auch dass „falsches Wählen“ persönliche Konsequenzen nach sich zog, lässt sich für Steinort nicht nachweisen, wohl aber für andere Güter. Im Januar 1882 erkundigte sich Anna von Lehndorff nach der Situation eines Einwohners von Buddern. Sein Brotherr, der Gutsbesitzer Flack, hatte ihn entlassen, da er bei der Wahl anders gewählt hatte. Er hatte daraufhin überall versucht, eine Anstellung zu finden, jedoch vergeblich.¹³⁴³

Über die politische Stimmung blieben Carl Meinhard und Anna von Lehndorff auf dem Laufenden, auch wenn sie sich nicht in Steinort aufhielten. Anna von Lehndorff hatte mit den Pfarrern der Kirche in Rosengarten und Drengfurth ihre „Quellen“, die dafür reich mit Naturalien bedacht wurden. Wilhelm Simon, Pfarrer in Drengfurth, berichtete am 29. Januar 1867: „In Betreff der Politik ruht hier eigentlich alles, was auch für die hie-

¹³⁴⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 455, Bl. 19–19v.

¹³⁴¹ Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 201.

¹³⁴² GStA PK, VI. HA, Nachlass Adolf Stoecker, Nr. 69, Bl. 252–255v. Zu Kordack und Pahlke: Angerburger Landschulen. Dokumentation über die 77 Dorfschulen im Kreis Angerburg/Ostprien, Angerburg 1983, S. 283 f., 378. Zur Lehrerzeitung: Bölling, Rainer, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918–1933, Göttingen 1978, S. 75 f.

¹³⁴³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 483, Bl. 31.

sigen Verhältnisse bei dem nur geringen Grade politischer Reife und politischen Urteils, nach meiner Überzeugung, offenbar das Beste ist. Insonders für das Parlament scheint ebenso das Interesse, als das Verständnis seiner Bedeutung zu fehlen. Es fehlt daher auch, bis jetzt wenigstens, an jeder Agitation. Die einzige Tätigkeit, die bisher hier entwickelt worden, geht, soviel ich höre, von dem hiesigen Gendarmen aus, der für die Kandidatur des Herrn Baron vom Romberg vielfach Stimmzettel austeilen soll. Von der anderen Seite, wenn überhaupt bereits in dieser Sache noch von einer Gegenpartei die Rede sein kann, die nicht das gleiche Ziel mit unserer Regierung wollte, geschieht, soweit ich höre, schlechterdings nichts, scheint nicht einmal die Lust zu wählen vorhanden zu sein. Hiernach möchte die Wahl des Herrn Baron in Stadt und Vorstadt als die wahrscheinlichste anzusehen sein. Über die übrigen Orte des Kirchspiels fehlt mir freilich jede Kenntnis, da ich jetzt wie bisher in meiner 10-jährigen pfarramtlichen Wirksamkeit politische Gespräche öffentlich und selbst privatim [...] grundsätzlich vermeide.“¹³⁴⁴

Wie viele ältere Konservative hatte auch Lehndorff zum Parlamentarismus eine kritische Haltung. Ursächlich war möglicherweise sein Aufenthalt bei seinem Schwager, dem preußischen Bundestagsabgeordneten August Heinrich Hermann Graf von Dönhoff, in Frankfurt a. M. 1848. Dönhoff war der geistige Vater des Aufrufs, den der deutsche Bundestag am 1. März an die Regierungen und an das deutsche Volk richtete, „und in dem er den nationalen Gedanken gleichsam auf die Tagesordnung setzte“. Aus preußischen und deutschen Motiven heraus, dass sogenannte „konstitutionelle Zugeständnisse“ unaufschiebbar und unvermeidlich seien, hatte er Friedrich Wilhelm IV. beschworen, die „deutsche Nationalität auf einer neuen Basis zu konstituieren und Deutschland groß, stark und mächtig zu machen.“¹³⁴⁵ Das Widerstreben Lehndorffs war auch pragmatisch begründet. Auch ihm waren „nutzlose Gesetzesvorschläge“ und der „große Aufwand an Zeit mit den Störungen im frei gewählten Treiben“ ebenso zuwider wie der „Kuhhandel von Partei zu Partei und der Parteien mit der Regierung“ oder die „Hohlheit des Parlamentarismus, wo die Beschlüsse meist aus Kompromissen bestehen, durch welche man sich eigentlich nur selbst kompromittiert“.¹³⁴⁶ Das durch Lehndorff „an Herrn Abg. von Below“ Ende Dezember 1868 zum Schluss der Häuser übermittelte satirische Gedicht „Die Debatten“ persifliert vor allem die Parteienstreitigkeiten der Sitzungszeit.¹³⁴⁷

Über die Notwendigkeit einer Gesetzesvorlage zur Ministerverantwortlichkeit war Lehndorff im Zweifel. Mit wem er sich im Frühjahr 1861 darüber austauschte, ist unklar, jedoch war auch sein Korrespondenzpartner der Ansicht, dass es „wenn überhaupt, doch sehr spät erst zur Beratung wegen eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit kommen werde“. Er beleuchtete die Frage, ob durch die Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1856, insbesondere durch § 61, ein solches Gesetz notwendig sei. Das der englischen Verfassung entlehnte Prinzip der Ministerverantwortlichkeit hänge mit der historischen Entwicklung derselben zusammen. Man könne es nicht vorbehaltlos auf die Zustände eines anderen Landes übertragen. In Frankreich habe man ein solches Gesetz nicht zustande gebracht. Es sei ein „konstitutioneller Schnörkel“. § 61 der Verfassung würde alle Fälle einer Ministeranklage regeln, ein weiteres Gesetz erscheine ihm überflüssig. „Die Minister sind Untertanen des Königs und des Staates wie wir alle, und ihre Handlungen werden daher, soweit sie Verbrechen enthalten, für strafbar erklärt.“ Dieses Gesetz könnte höchstens dazu führen, dass man politische Handlungen, die nicht strafrechtlich relevant

¹³⁴⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 42–43v.

¹³⁴⁵ Vgl. Heck/Thielemann, Friedrichstein, S. 44.

¹³⁴⁶ Zitate von E. Gans zu Putlitz, Joachim von Winterfeld-Menkin, Graf Spee nach: Spenkuch, Herrenhaus, S. 230 f.

¹³⁴⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 512, Bl. 128.

sind, „zu solchen stempelt“. Auf keinen Fall wäre ein solches Gesetz ein Schutz für den Erhalt der Verfassung.¹³⁴⁸

Reichstag

In den Jahrzehnten der Reichsgründung konnten sich die Gutsbesitzer einer ungewöhnlich günstigen landwirtschaftlichen Konjunktur erfreuen und erreichten als Agrarunternehmer den Zenit ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit. Der Gang in die Politik wurde dadurch vielen adligen Familien erleichtert, insbesondere der Gang in den diätenlosen Reichstag. Einig war man sich, dass nur der Reichstag „in entscheidender Weise Aufbau und Wesen des einigen Deutschlands“ bestimmen könne, wobei man Präsenz zeigen müsse.¹³⁴⁹ Wer aktiv mitbestimmen wolle, müsse sich in den Reichstag wählen lassen.¹³⁵⁰ Angesichts der Nominierung zahlreicher Adliger als Reichstagskandidaten fragte das „Regensburger Morgenblatt“ 1871 empört: „Wo bleibt denn da das Volk?“ Auch das „Bayerische Vaterland“ fand deutliche Worte: „Wer sind denn Sie? Sie sind Graf Cavalier, nichts weiter. Das ist kein Verdient [...] Graf? – Pah, das zählt heute nicht mehr, wenn der Graf sonst nichts ist.“¹³⁵¹ Ideologischer Gegner war die Sozialdemokratie, die als „extremste Erscheinung eines gottlosen Liberalismus verortet wurde“, der man die Lösung der sozialen Frage absprach und deren politische Agitation man für die politische Unruhe auf dem Land, für Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für die Widerspenstigkeit des Gesindes und die Landflucht verantwortlich machte.¹³⁵²

Für Anna von Lehdorff, die sich wegen des Gesundheitszustandes ihrer Mutter, möglicherweise auch wegen eigener gesundheitlicher Probleme häufig in Basedow aufhielt, waren die mit Lehdorffs politischer Tätigkeit im Herrenhaus ab 1866, dann im Reichstag verbundenen Aufenthalte in Berlin eine Abwechslung. Lehdorff saß im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes. Im Reichstag (Deutsches Kaiserreich) vertrat er bis 1874 als Abgeordneter den Wahlkreis Gumbinnen 5 (Angerburg-Lötzen). Das damit verbundene gesellschaftliche Leben eröffnete eine Vielzahl kultureller Möglichkeiten und „Netzwerke“. „Aber ich glaube, ich baue da Luftschlösser und sehe Dich schon im Geist den ganzen Winter in Basedow bleiben“, schrieb Pauline von Dönhoff, deren Mann ebenfalls Mitglied des Herrenhauses war, an die Schwägerin und hoffte, man sehe sich „in Berlin wieder, wenn Du als Frau des Herrenhauses residieren wirst.“ Eine Ablehnung der Wahl war kaum möglich, und er könnte es ja „wie so viele Mitglieder machen, und einmal im Winter auf 14 Tage oder 3 Wochen hingehen.“ Gemeinsam mit Magdalena von Lehdorff und ihrer Schwägerin wollte Pauline von Dönhoff dann als „halbes Kleeblatt am Hof [...] durch unsere hinreißendste Liebenswürdigkeit“¹³⁵³ die Berliner Gesellschaft bezaubern, eine Vorstellung, die Annas Bruder Max von Hahn missfiel, der die Vernachlässigung der Familie und der Kinder befürchtete.¹³⁵⁴

¹³⁴⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 395, Bl. 1–2v.

¹³⁴⁹ Vgl. Raasch, Markus, *Der Adel auf dem Feld der Politik. Das Beispiel der Zentrumspartei in der Bismarckära (1871–1890)*, Düsseldorf 2015, S. 252.

¹³⁵⁰ Ab 1861 sei das Herrenhaus zu einer „Versammlung der älteren und alten Männer“ geworden, die, von den Erfahrungen der frühen Bismarckzeit geprägt, den Veränderungsprozessen ablehnend gegenüberstanden, so Spenkuch, *Herrenhaus*, S. 183.

¹³⁵¹ Zit. nach: Raasch, *Adel*, S. 253.

¹³⁵² Vgl. Raasch, *Adel*, S. 252. Durch die „konservative Führung des Volkes“ ließ sich auch die eigene Position stärken, vgl. Reif, *Adel im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 45.

¹³⁵³ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 432, Bl. 13–18.

¹³⁵⁴ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 399, Bl. 6–6v.

Nach dem Tod ihres Mannes blieb Anna von Lehdorff politisch interessiert. Als der Rittergutsbesitzer, Polizeipräsident und Generallandschaftsdirektor von Posen, Ludwig von Staudy, im Sommer 1893 zur Wahlagitation nach Masuren kam, bot ihm Anna Quartier an. „Wenn ich, gnädigste Frau Gräfin, auch sehr lange nicht die Ehre hatte, mit Ihnen direkt in Verkehr zu treten, so ist doch mein Interesse für Ihr hohes Haus und meine Dankbarkeit gegen dasselbe immer gleich geblieben. Es macht mich außerordentlich glücklich zu sehen, dass auch das gräfliche Steinorter Haus mir eine so freundliche Erinnerung bewahrt.“ Da er wusste, dass sie an dem Verlauf der Wahl großen Anteil nahm, teilte er ihr mit: „Erst am 25. Mai erhielt ich in einem Briefe des Herrn Kolmar-Glembowen die Mitteilung, dass der Bund der Landwirte zwischen Herrn von Stein und mir Entscheidung zu hoffen haben würde. Damals hatte ich längst [...] die abermalige Kandidatur mitgeteilt. Hätte Herr von Stein von seiner Neigung zu kandidieren eine rechtzeitige Mitteilung gemacht, so hätte ich mich jedenfalls mit ihm auseinandergesetzt. Allerdings hätte ich ihm dabei vorführen müssen, dass er keine Aussicht habe, zu siegen. Es wäre jedenfalls eine sehr traurige Evaluierung zwischen uns vermieden worden. Herr von Stein hat leider bis zu diesem Augenblicke irgendwelche Annäherung zu mir nicht gemacht. Gewiss kann jetzt nur noch davon die Rede sein, dass er zurücktritt, ich werde auf allen Listen kämpfen. Sehr möglich, dass nun Herr Scobb siegt; dass er aber Herrn von Stein gegenüber guten Erfolg haben würde, wäre mir früher ebenso wenig zweifelhaft gewesen wie jetzt.“¹³⁵⁵ Von 1877 bis 1912 war Staudy Mitglied des Deutschen Reichstags für den Reichstagswahlkreis Regierungsbezirk Gumbinnen 5 und die Deutschkonservative Partei, zwischen 1898 und 1908 auch Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.

Auch Heinrich von Lehdorff in Preyl, der Schwager Anna Lehdorffs, engagierte sich für die Reichstagswahlen. Es bleibe ihm „nichts übrig, als sich auch ein bisschen um die innere Politik zu kümmern, was sonst meine Art nicht ist“, schrieb er am 15. April 1898 an Alfred von Waldersee, um ihn zu bitten, „ein gutes patriotisches Werk“ zu tun, indem er sich „im alten Moltke-Kreis Heidekrug zum Reichstag aufstellen“ lasse. Seinem Brief legte er ein Telegramm des Präsidenten Hegel bei, „um nachzuweisen, dass es nicht umsonst sein würde, während große Besorgnis vor einer sozialdemokratischen Wahl ist, wenn Sie nicht einwilligen sollten. Ich denke, unter jetzigen Verhältnissen dürfte Ihnen der Schritt nicht geradezu unsympathisch sein und würden Sie uns zu großem Ruhm gereichen und eine ganz ungeheure Blamage ersparen.“ Es sei wichtig, es nicht als „nebensächlich anzusehen“ und „nicht nein zu sagen“, sollten sich „Hindernisse in den Weg stellen“.¹³⁵⁶

Die großen Hofämter

Dass Lehdorff, im Landtag der Provinz Preußen Vertreter des Grafen von Farenheid-Angerapp für den Wahlkreis Darkehmen (I. Litauen)¹³⁵⁷, einer „ausgedehnten öffentlichen Tätigkeit ferngeblieben“ war, wurde ihm ebenso negativ angerechnet wie seine Beteiligung an der Strousberg-Affäre, als es 1879 um die Neubesetzung der großen Hofämter ging.

Durch den Tod des Grafen Botho zu Eulenburg war die Würde des Landhofmeisters des Königreichs Preußen vakant geworden. Der König hatte zur Neubesetzung den bisherigen Obermarschall des Königreichs Preußen, den Legationsrat a. D. Graf zu Dohna-Schlobitten in Erwägung gezogen. In dessen Stelle sollte der Legationsrat

¹³⁵⁵ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 506, Bl. 29–30v.

¹³⁵⁶ GSTA PK, VI. HA, Nachlass Alfred von Waldersee, B I Nr. 31, Bl. 6–7v.

¹³⁵⁷ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 632, Bl. 13.

a. D. Graf Lehndorff aufrücken. Die endgültige Entscheidung machte er von einem Immediatbericht abhängig, den Friedrich Wilhelm von Redern über Lehndorff und weitere Kandidaten zu erstatten hatte. Redern fügte seinem den Bericht des Oberpräsidenten von Horn bei. Dieser hatte sich zur Ernennung des Grafen Dohna-Schlobitten zustimmend geäußert. In Anbetracht seines ausgedehnten Besitzes und seines hoch verdienstvollen Wirkens als Kommendator des Johanniter-Ordens, dessen Stellung als Königlicher Kammerherr und der geleisteten Staatsdiensten, verdiene er den Vorrang vor Graf von Keyserlingk-Rautenberg, der am 25. Februar 1874 zum Ober-Burggrafen ernannt worden war. Was die Wahl Lehndorffs zum Obermarschall betraf, „dessen Großvater im Jahr 1803 zum Landhofmeister ernannt worden ist, und dessen Vater vom Jahr 1843 ab die Würde eines Obermarschalls des Königreichs Preußen und demnächst vom November 1845 ab bis zu seinem Tode die Würde des Landhofmeisters bekleidet hat“, hielt er die Wahl für eine „durchaus geeignete“. „Derselbe ist aus einer Familie hervorgegangen, welche dem König und dem Vaterland eine Reihe verdienter und ausgezeichnete Diener gegeben hat, und führt einen Namen, welcher durch die patriotischen Tugenden seines Vaters, zu deren voller Entfaltung demselben Gelegenheit gegeben war, sowie durch die Humanität desselben zu einem allgemein gekannten und geachteten geworden ist. Sein ausgedehnter Grundbesitz sichert ihm eine unabhängige und hervorragende Stellung unter dem alten angesessenen Adel der Provinz, während seine loyale königstreue Gesinnung, seine politische Haltung und seine kirchliche Gesinnung ihn der Ehre würdig erscheinen lassen, welche ihm durch die Bekleidung mit der Würde des Obermarschalls zuteilwerden würde. Es liegt wohl nur an äußeren Verhältnissen, dass der Graf von Lehndorff einer ausgedehnten öffentlichen Tätigkeit fern geblieben ist; jedoch hat er dargetan, dass es ihm nicht an der Hingebung und dem Talent zu umfassenderem gemeinnützigem Wirken fehlt, als es sich darum handelte, durch Herstellung der wichtigen, unter sehr schwierigen Verhältnissen geschaffenen Ostpreußischen Südbahn die Hilfsquellen der Provinz zu erschließen.“ Horn brachte aber zugleich den „Rittmeister a. D. und Kammerherr, erbliches Mitglied des Herrenhauses, Burggraf und Graf zu Dohna-Schlodien“ ins Spiel, der Lehndorffs Vorzüge teile, „hinsichtlich des Vorteils einer günstigen Vermögenslage und ausgedehnten Grundbesitzes ihm vielleicht überlegen ist und jedenfalls in höherem Lebensalter steht, da er sein 64. Lebensjahr vollendet hat, während der Graf von Lehndorff erst im 53. Lebensjahr steht.“ Dohna-Schlodien habe „seit langen Jahren bei der Verwaltung der ständischen Angelegenheiten der Provinz mitgewirkt und ist auch nach der in Folge der Provinzial-Ordnung eingetretenen Änderung der provinziellen Verfassung mit Eifer und Erfolg als Mitglied des Provinzial-Landtages, des Provinzial-Ausschusses und während des letzten Provinzial-Landtages als stellvertretender Vorsitzender desselben bei der Lösung der dem Provinzial-Verband durch die veränderte Verfassung zugewiesenen wichtigeren Aufgaben tätig gewesen, und hat sich in dieser Tätigkeit durch seine Pflichttreue und durch die Lauterkeit seines Charakters sowie durch seine mild und zugleich feste und taktvolle Haltung allgemeine Anerkennung und Vertrauen erworben, so dass seine Wahl zum Obermarschall des Königreichs Preußen in der Bevölkerung der Provinz mit lebhafter Befriedigung und vielleicht mit größerer Teilnahme aufgenommen werden würde, als die Erhebung des Grafen von Lehndorff zu der gedachten Würde, welcher, wie erwähnt, dem öffentlichen Leben der Provinz ferner gestanden hat.“ Die großen Hofämter im Königreich Preußen seien auf das engste mit der geschichtlichen Entwicklung der Provinz verbunden und der traditionellen Auffassung zufolge werde „durch die Erhebung von Eingesessenen der Provinz zu denselben“ den dazu berufenen Männern wie der Provinz selbst eine Ehre zuteil, „auf welche Wert gelegt wird.“ Nicht in Horns Bericht, aber im Anschreiben Rederns an Kabinettsrat von Wilmowski wurde auf Lehndorffs Beteiligung „an dem Rumänischen Eisenbahn-Unternehmen und die finanziellen Verwicklungen, in die der Graf Lehndorff dadurch geraten sein soll,“ Bezug genommen. „Da ich über die Lage der Sache anderweitige Information einzuziehen

Anstand nehmen zu müssen geglaubt habe, so ist auch in meinem Bericht dieser Punkt nicht berührt, überlasse Ew. Exzellenz Erwägung vielmehr ganz ergebnis, ob Sie beim mündlichen Vortrage der Sache eine hierauf bezügliche Bemerkung einfließen lassen wollen.“ Der König entschied, Dohna-Schlodien zum Obermarschall zu ernennen und sich Lehndorff für eine spätere Vakanz vorzubehalten. Bei dem Besuch des Königs in der Provinz 1879 wurde Lehndorff der Rote Adlerorden II. Klasse mit Stern ohne Eichenlaub verliehen.¹³⁵⁸

Erst nach Lehndorffs Tod wurden durch den Tod des Kanzlers und Oberlandesgerichts-Präsidenten von Goßler in Königsberg und des Oberburggrafen von Keyserlingk auf Rautenburg zwei der vier großen Hofämter vakant. Für die Kanzlerwürde war das Herkommen und in Rücksicht auf die früher mit derselben verbundenen juristischen Funktion die Würde eines Präsidenten der in der Provinz vorhandenen Landes-Justiz-Kollegien Voraussetzung. Der neue Oberburggraf musste einer alten grundbesitzenden Familie der Provinz Preußen angehören. Am 9. Dezember 1866 reichte Otto Freiherr von Stolberg-Wernigerode die ihm durch den Oberpräsidenten bezeichneten Kandidaten an Kaiser Wilhelm I. ein: 1. Graf zu Eulenburg-Prassen, 2. Graf von Dönhoff-Friedrichstein, 3. Graf von Kanitz-Podangen, und aus nichtgräflichen Familien 4. Freiherr Mirbach-Sorquitten, 5. Freiherrn von Tettau-Tolks. Alle waren nach Ansicht Stolbergs jedoch entweder zu jung oder besaßen nicht die für ein großes Hofamt geeignete Persönlichkeit. Stolberg schlug dem König den „der Provinz Preußen durch Familie, Geburt und eigenen Grundbesitz angehörigen General-Adjutanten Grafen [Heinrich] von Lehndorff“ vor, Bruder des verstorbenen Carl Meinhard, um demselben „eine besondere Auszeichnung zuteil werden zu lassen“. Wilhelm I. folgte dem Vorschlag und verlieh seinem Generaladjutanten durch Patent vom 22. März 1886 die Würde des Oberburggrafen im Königreich Preußen.¹³⁵⁹

Gesellschaftliches Leben in Steinort

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts fanden wieder viele Besucher aus Gesellschaft, Politik, Militär, Kunst und Wissenschaft den weiten Weg nach Steinort. Der General Karl Friedrich von Steinmetz, der am 3. Dezember 1857 das Kommando über die 1. Division in Königsberg übernommen hatte, kam im Sommer 1860, General von Paczynski im Sommer des Folgejahres.¹³⁶⁰ Auch Fürst und Fürstin zu Putbus verbrachten hier angenehme Tage.¹³⁶¹ Der konservative Regierungspräsident Fedor Curd von Byern war häufig Gast in Steinort. Seine Entlassung 1859 erfolgt nicht auf seinen Wunsch. Er habe es „vielmehr unter den jetzigen Verhältnissen für meine Pflicht gehalten, trotz aller Widerwärtigkeiten so lange im Amt auszuharren, bis es dem Regenten belieben würde, mich des mir von Sr. Majestät anvertrauten Postens zu entheben und dadurch anzuerkennen, dass diejenigen Ansichten und Prinzipien, welche zu verfechten ich mir zur Lebensaufgabe gestellt habe, nicht weiter vom Thron geteilt werden“, hatte er am 13. August 1859 Anna von Lehndorff geschrieben. Nach seiner „innigsten Überzeugung“ führe „der Liberalismus in seinen Konsequenzen mit absoluter Notwendigkeit zur Anarchie. Zum Heile des Vaterlandes, der Kirche, des Throns wünsche ich, dass ich mich hierin täuschen möchte“, Ansichten, bei denen Byern davon ausgehen konnte, dass Anna sie teilte.¹³⁶² Der preußische Finanzminister Bitter ließ es

¹³⁵⁸ Der gesamte Vorgang in: GStA PK, I. HA, Rep. 89, Nr. 1682.

¹³⁵⁹ GStA PK, I. HA, Rep. 89, Nr. 1682, Bl. 109, 112.

¹³⁶⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 430/2 (Steinmetz an Lehndorff, 30.7.1860; Paczynski an Lehndorff, 11. Juli 1861).

¹³⁶¹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 430/2 (Fürstin zu Putbus an Lehndorff, 31. Dezember 1861).

¹³⁶² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 485, Bl. 9–9v.

sich im Sommer 1881 nicht nehmen, anlässlich eines Besuchs in Beynahunen und Angerburg vor seiner Weiterreise nach Lötzen in Steinort zu nächtigen. Die Ankunftszeiten wurden Graf Lehndorff, der sich in Königsberg befand, ganz modern mit der seit den 1870er Jahren bestehenden Telegrafenerbindung übermittelt.¹³⁶³ Auch der Landgerichtspräsident Otto van Baren war „erfüllt von der Schönheit Steinorts und der Liebenswürdigkeit seiner Bewohner“; auf Annas Wunsch schickte er ein Exemplar des von ihm im Altertumsverein in Insterburg am 10. März 1882 gehaltenen Vortrags „Entwicklung der Rechtspflege in Ostpreußen mit bes. Rücksicht auf Insterburg“, fürchtete jedoch, dass sie dem Thema kein besonderes Interesse abgewinnen werde. Van Baren revan- schierte sich für die Gastfreundschaft mit einer Einladung nach Insterburg, auch der Justizminister werde anwe- send sein.¹³⁶⁴ Den Historiker und Archäologe Ernst von Lasaulx kannte Carl Meinhard von Lehndorff aus seiner Zeit als Präfekt in Amiens. Das „pietätvolle Verhältnis“, in dem sein Vater zu Anna und Carl von Lehndorff ge- standen habe, erwähnt dessen Sohn in Briefen nach dem Tod Lasaulx.¹³⁶⁵

Ein Besuchsmagnet war das in Klein Steinort 1862 veranstaltete Pferde-Rennen des Litauischen Jagd-Reiter- Vereins. Lehndorff war Mitglied im Verein für Pferderennen in Preußen in Königsberg und im Verein für Pfer- dezucht und Pferderennen in Berlin. Für Klein Steinort stellte er den Ehrenpreis. In die Vorbereitungen invol- viert waren neben den Lehndorff-Brüdern auch deren Schwager Gustav Graf von Borcke, Maximilian von Knob- loch-Droste, Karl und Franz von Saucken.¹³⁶⁶ Ein anderer Anziehungspunkt waren die Jagdgesellschaften, die in Steinort und Umgebung gegeben wurden, und zu denen neben dem Adel aus der Nachbarschaft vor allem Mit- glieder der Provinzialregierung sowie Regierungsmitglieder aus Berlin Einladungen erhielten, die diesen, sofern es der Terminplan erlaubte, gern Folge leisteten.¹³⁶⁷

Da Steinort im Winter schlecht erreichbar war verlagerte sich der gesellschaftliche Mittelpunkt nach Königs- berg und nach Lötzen. Hier fanden in der Karnevalsaison die „Wintervergnügungen“ in der Ressource, aber auch bei den von Knoblochs statt, die zu Soireen und Bällen einluden. Auch Theatervorführungen wurden hier gege- ben. Im Winter 1882 verlagerte sich der gesellschaftliche Mittelpunkt Ostpreußens auch nach Hannover, wo sich „eine ganze Kolonie der Ältesten und Besten aus unserer Provinz versammelt“ hatte, wie Clemens von Klin- kowstroem an Anna von Lehndorff schrieb, wobei er die Gelegenheit nutzte, sie über alle höfischen Festlichkei- ten in Kenntnis zu setzen, die er selbst beim Hofmarschall Schulenburg in Erfahrung gebracht hatte.¹³⁶⁸

Am 16. Juni 1913 erlebte das wohl meist beschauliche Steinort etwas, was bisher einzigartig in seiner Ge- schichte war. Es wurde zum Zielpunkt eines Ausflugs „sämtlicher Schulen des Kirchspiels“. Anlass war das 25- jährige Regierungsjubiläum von Kaiser Wilhelm II., der 1888 seine Regierung angetreten hatte. Nach einem Spaziergang zum Elendswinkel, wo das erste Steinorter Gutshaus gestanden hatte, das um 1554 im Wasser ver- sunken war, und der Besichtigung von Friedhof und Grabkapelle hielt der Lehrer August Puschke im Schloss- park eine „patriotische Ansprache“. Weiter ging es am Kanal zum See und durch die Eichenallee am Pavillon vorbei in den Park. Zum Schluss durften die unteren Räume besichtigt und vom Park aus ein Blick in den Flie-

¹³⁶³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 40.

¹³⁶⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 515, Bl. 13–13v.

¹³⁶⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 99–99 (30. Dezember 1882); Nr. 496, Bl. 27–28v (7. April 1886).

¹³⁶⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 513, Bl. 9 (1862). Hippologica auch in: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 264 bis 271 (18. bis 20. Jahrhundert); GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 554 (1847–1858).

¹³⁶⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395.

¹³⁶⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 70–71.

sensaal und in die Eingangshalle geworfen werden. Später fanden auf der großen Wiese Spiel- und Sportübungen statt; „Belustigungen der Jugend“ folgten am Abend. Auch zahlreiche Erwachsene aus Steinort und den umliegenden Dörfern und Vorwerken waren zu diesem besonderen Anlass erschienen.¹³⁶⁹

Krisenjahre

Über den Notstand in Ostpreußen 1868 waren in allen Tagezeitungen Berichte erschienen. In einem außerordentlich ausführlichen Artikel hatte auch die „Provinzial-Correspondenz“ im Januar berichtet. Demnach waren am Ende des Jahres 1867 in Königsberg zwar ausreichend Getreidevorräte vorhanden, es mangelte jedoch am „Geld für die ärmeren Klassen, um sich die Lebensmittel zu verschaffen.“¹³⁷⁰ Nach einer in der Provinz sehr dürftigen Ernte 1867, war im Oktober 1867 eine Ermäßigung des Frachttarifs auf der Ostbahn angeordnet worden, wodurch Getreidetransporte möglich geworden waren. Die Hauptaufgabe der Staatsregierung war es, „durch öffentliche Arbeiten der arbeitenden Klasse Erwerbsquellen zu eröffnen“. Die Herstellung des zweiten Gleises der Ostbahn, der Bau des König Wilhelms-Kanals, die Befestigung der Stadt Memel und verschiedene Chausseebauten waren Versuche, dem Notstand zu begegnen. Auch die ostpreußische Südbahn beschäftigte zahlreiche Arbeiter zu Tagelöhnen, weitere Beschäftigungsmöglichkeiten gab es in den Königlichen Forsten. Alle diese Arbeiten waren jedoch witterungsabhängig und konnten wegen Schneefall und ungewöhnlichem Frost am Ende des Jahres nicht mehr ausgeführt werden. Nur Entwässerungsarbeiten im Angerburger Kreis und die Melioration des Narpe-Kattenauer Bruches waren fortgesetzt worden.

Die Versorgung der Armen wurde durch einen in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen aufgelegten Fonds von 100.000 Tlr. für zinslose Darlehen mit einer Laufzeit von drei Jahren unterstützt. Nur in vereinzelten Fällen hatte sich „die irrige Ansicht geltend gemacht, dass die Fürsorge zur Überwindung des Notstandes unmittelbare Sache des Staates sei.“¹³⁷¹ Einen wichtigen Beitrag leistete die private Wohltätigkeit und der unter der Protektion der Königin stehende Vaterländische Frauenverein, der „Verkaufs-Magazine von Viktualien“ und allein in Königsberg vier Volksküchen ins Leben gerufen hatte. Auch im Rastenburger Kreis gab es Verkaufsstellen für Lebensmittel und Suppenanstalten, die zum Teil von den Gutsherren eingerichtet worden waren. Die Frauenvereine in Königsberg und Gumbinnen hatten je 10.000 Tlr. zur Verteilung aus Berlin erhalten. In vielen Zeitungen erschien im Januar 1868 ein Spendenaufruf, der die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Chaussee und Eisenbahnbau sowie der Landesmelioration in Ostpreußen ergänzen sollte. Der „Hilfsverein für Ostpreußen“, gegründet unter dem Protektorat der Kronprinzessin, vereinte Staatsbeamte, Kaufleute, den Berliner Bankier Gerson Bleichröder, der auch Bankgeschäfte der Lehndorffs besorgte, mit den Spit-

¹³⁶⁹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm. [23.11.2019]. Vgl. die Beschreibung des Ausflugs durch Klara Karasch in: Angerburger Heimatbrief, H. 69, Weihnachten 1973, S. 25 f. (http://www.kreis-angerburg.de/ahb/ahb69_a.pdf) [23.11.2019].

¹³⁷⁰ Vgl. Provinzial-Correspondenz, 22. Januar 1868.

¹³⁷¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 567: Verwaltungstreitsache des Ortsarmenverbandes Klein Steinort als Kläger wieder den Landarmenverband Kreis Angerburg als Beklagter (18904/95).

zen des ostpreußischen Adels: Dohna-Finckenstein und Lehndorff-Steinort, Saucken-Julienfelde, Saucken-Tarputschen, Tettau-Tolks.¹³⁷² Dem Notstand folgte der Typhus. Zuerst brach er im Lötzener Kreise aus, Goldap, Darkehmen und Gumbinnen folgten.

Eine in Königsberg abgehaltene Konferenz verteilte Darlehen für Meliorationen aus einem Zuschussfonds von 100.000 Tlr. Daraus erhielt auch der Kreis Angerburg eine Unterstützung für die Beschäftigung von 100 Arbeitern in Höhe von 8.000 Tlr. Darüber hinaus sollte in den vom Notstand betroffenen Gebieten bei der Einziehung der Steuern mit Schonung verfahren werden. Die Provinzial-Correspondenz schließt: „Aus vorstehenden Mitteilungen geht hervor, dass die Staats-Regierung der Linderung des Notstandes nach allen Seiten hin fortgesetzt ihre volle Fürsorge widmet. Gleichzeitig ist aus ihren umfassenden Maßregeln zu ersehen, wie erheblich der Notstand nach der Auffassung der Behörden selbst ist. Die Regierung würde nicht, wie sie es tut, alle ihre Kräfte in Bewegung setzen, um dem Übel zu steuern, wenn sie nicht überzeugt wäre, dass eben die Anspannung aller Kräfte, und zwar der öffentlichen wie der Privatwohlthätigkeit dazu erforderlich ist, um mit Gottes Hülfe der Not bis zum Eintritt günstigerer Zeiten Herr zu werden.“¹³⁷³

In den Grenzboten war ein Aufsatz erschienen, der die Frage, „wie der Notstand habe entstehen können, in einer Provinz, die als Kornkammer bekannt und nichts weniger als übervölkert ist?“, in den Mittelpunkt rückte. Er sei nicht Folge der „Ungunst der Elemente. Er sei Folge einer Politik, die den Wohlstand der Provinz erschüttert und die sie, die immer wieder „Tummelplatz ungeheurer französischer und russischer Heere“ gewesen sei, als „Stiefkind“ behandelt habe, wodurch die Stadt Königsberg und deren „brave patriotische Bürger“ bis in die Gegenwart an den Kriegsschulden zu tragen hätten. Durch Zoll- und Handelsgesetze hätte die Provinz statt Handel Schmuggel, Fabriken würden nur schwer gedeihen, da Kapitalarmut, dünne Bevölkerung und unsicherer Absatz zusammentreffen. Es fehle an Chausseen, Eisenbahnen, Brücken, Stattdessen hätte man mit Überschwemmungen zu kämpfen. Die Erträge der Landwirtschaft seien durch lange Winter und kurze Sommer bestimmt, vieles könne man wegen des Klimas nicht anbauen. Arbeitskräfte fehlten, der Tagelohn sei unverhältnismäßig hoch. Der Reinertrag sei geringer als in anderen Provinzen. Die Güter seien Handelsware geworden und die Bodenpreise „schwindelhaft“ gestiegen, so dass eine „Schar von Güteragenten [...] gleich Giftpilzen aus dem Boden“ gewachsen sei. Der Kredit der Landwirte sei ruiniert, Substationen an der Tagesordnung. Die Not erfasse alle Klassen. Dazu käme ein geistiger und moralischer Notstand. Man werde „Jahre brauchen, ehe die Verluste der letzten Zeit wieder ausgeglichen sind, und trotzdem werde der Not nicht damit abgeholfen.“ Helfen könne nur der Staat, der die Interessen der Provinz berücksichtigen müsse.¹³⁷⁴

Die Not der Provinz war auch Gegenstand des Zehnten Berichts des Central-Ausschusses für die Innere Mission. Sie habe die zu lösenden Aufgaben nicht nur vergrößert, sondern auch die ganze Breite der sozialen und sittlichen Missstände aufgedeckt, die auf der Provinz lasten. Auch wenn Hunger und Typhus überwunden sind, das „sittliche Elend, in dem ein großer Teil namentlich der Arbeiterbevölkerung Ostpreußens sich befindet, ist noch nicht überwunden, vielmehr durch die lastende Not um vieles vergrößert worden.“ In Masuren habe der Johanniter-Orden die Gründung von Krankenhäusern in Aussicht gestellt. Eine Übersetzung des Wangemannschen Lutherbüchleins ins Masurische durch den Pfarrer Surminski in Friedrichshof sei im Verlag der Wuppert-

¹³⁷² Zur Tätigkeit des Hilfsvereins für Ost-Preußen: StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 57.

¹³⁷³ Vgl. Provinzial-Correspondenz, 22. Januar 1868.

¹³⁷⁴ Vgl. „Ein Brief über den Notstand in Ostpreußen“, in: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur, Bd.1, Leipzig 1868, S. 401–417.

haler Traktatgesellschaft erschienen. Der Central-Ausschuss habe mitgewirkt, dass Interessen bedrängter Geistlicher und Schullehrer im Abgeordnetenhaus Fürsprache fanden. Finanzielle Unterstützung der Inneren Mission hätten Graf Eggloffstein – Arklitten, Graf Below – Dennewitz, Gräfin Dohna – Königsberg, General a. D. von der Trenck, Hauptmann von Tecklenburg, Prof. Voigt, Prediger Voigt, Konsistorial- und Regierungs- und Schularat Woike, von Alvensleben – Rodehlen, Pastor Holland – Dönhoffstädt, Gräfin Lehndorff – Dönhoffstädt, Pastor Simon – Drengfurth, Rittergutsbesitzer von Unger – Lardoyen geleistet. Im Bericht 1872/73 erschien in der Liste der Unterstützer neben Prof. Jacobi aus Königsberg auch „Frau Gräfin Lehndorff geb. Hahn – Steinort“. Der Pfarrer und Superintendent Remus aus Ostrowo im Großherzogtum Posen, der 1868 in die erledigte Pfarrstelle und Superintendentur zu Lyck berufen worden war und mit dem Gräfin Lehndorff in enger Beziehung stand, wurde mit der neu eingerichteten Stelle eines „Vice-General-Superintendenten“ für die polnischen Kreise der Provinz, zu denen die Diözesen Angerburg, Lötzen und Sensburg gehörten, betraut, deren Einrichtung auf das Wirken des Berliner Centralvereins für Innere Mission in Masuren zurückging.¹³⁷⁵

Nach den Zeitungsberichten der Regierungspräsidenten von Königsberg und Gumbinnen war das Jahr 1875 das schlechteste Wirtschaftsjahr seit dem Notstandsjahr 1868.¹³⁷⁶ Im darauffolgenden Februar machte sich eine drastische Landflucht bemerkbar, die sich auch in das Dienstpersonal erstreckte. Marie von Kanitz hoffte auf Hilfe der Gräfin Lehndorff bei der Suche nach einem Stubenmädchen, „eine ordentliche Person, die mit Waschen, Plätten und Reinemachen gründlich Bescheid weiß“. Es sei in der Gegend „in den letzten Jahren sehr schwer, gute Mädchen zu bekommen. Alles zieht nach Berlin und das Zurückbleibende taugt entweder nichts oder muss erst vollständig herangezogen werden. Sowie sie etwas können, treibt es sie in die großen Städte!“¹³⁷⁷

Auch die gedrückte Stimmung in der Provinz war allgegenwärtig. Überall sei „große Not und Klage“ und er fürchte, keine Lose für die zu Gunsten des Waisenhauses zu veranstaltende Lotterie verkaufen zu können, schrieb der Drengfurthener Pfarrer Westphal im Frühjahr an Anna Lehndorff. Er sollte sich irren, denn obwohl die Not groß war, waren die Lose „bereits alle verkauft und wir werden noch einige darüber hinaus absetzen. Die Gewinne sind nunmehr ausgestellt und die Ausstellung wird vielfach besucht, sie macht auch einen schönen Eindruck um der vielen prächtigen Sachen willen.“¹³⁷⁸

Die Berichte der folgenden Jahre zeichnen ein düsteres Bild. Durch Einführung eines Getreidezolls zur Abwehr des russischen Getreides hoffte man die Krise in den Griff zu bekommen. Auch im Gewerbe und im Handel herrschte Flaute, worunter Handelsstädte wie Königsberg und Memel litten. Schlechte Ernten und hohe Preise erzeugten einen Mangel an Lebensmitteln, unter dem vor allem die ärmere Bevölkerung zu leiden hatte. Private Sammlungen, Volksküchen und die Unterstützung durch die Frauenvereine leisteten Hilfe, brachten aber keine dauerhafte Lösung.¹³⁷⁹ Auch die Lehndorffschen Güter hatte die Krise erreicht. Bitten um bare Gelder für die Gutswirtschaft ziehen sich durch die Berichte des Verwalters wie ein roter Faden. Die finanzielle Lage

¹³⁷⁵ Vgl. Toeppen, Geschichte Masurens, S. 474.

¹³⁷⁶ Die Allerhöchste Kabinettsordre vom 26. August 1867 hatte es als Aufgabe der von den Regierungspräsidenten zu erstattenden Berichte bezeichnet, „von den Zuständen des Landes und der Verwaltung, von wichtigen, damit zusammenhängenden Gegebenheiten, von den Erfolgen oder Bedürfnissen der Gesetzgebung sowie von der dadurch hervorgerufenen öffentlichen Stimmung“ König und Regierung fortlaufend in Kenntnis zu setzen, vgl. Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, S. 23.

¹³⁷⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 461, Bl. 17–18v. Sie beabsichtigte anfänglich zwischen 50 oder 60 Rtlr. Gehalt zu zahlen und die Summe nach Zufriedenheit zu erhöhen.

¹³⁷⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 94–94v.

¹³⁷⁹ Zeitungsberichte in: GStA PK, XX. HA, Rep. 2 I, Tit. 40, Nr. 2 Vol. 25–31 (1863–1901). Die Jahresberichte der Verwaltungsbehörden (Oberpräsident) in Ost- und Westpreußen und Litauen ebd., Rep. 2 I, Tit. 40, Nr. 10 (18 Bände, 1826–1873).

spitzte sich immer weiter zu. Kredite, die aufgenommen worden waren, konnten nicht zurückgezahlt, Kreditzinsen nicht termingerecht aufgebracht werden. Bargeld blieb ein rares Gut.

Lehndorff als Militär: 1866 – 1870/71

Für die Kriegsjahre 1866 und 1870/71 ist im Familienarchiv nur wenig überliefert. Möglicherweise hat Anna von Lehndorff Dokumente aus den Kriegsjahren dem Kriegsarchiv zur Verfügung gestellt.¹³⁸⁰ Als 1866 der preußisch-österreichische Krieg¹³⁸¹ ausbrach, hatte Carl Meinhard sich freiwillig zum Einsatz gemeldet. Er wurde dem 2. Garde-Drägoner-Regiment zugeteilt und machte den Feldzug 1866 im ostpreußischen Kürassier-Regiment Nr. 3 Graf Wrangel mit. Im Januar 1867 erhielt er das „Erinnerungs-Kreuz für Combattanten“ und wurde im Februar zum Premier-Leutnant befördert. Am 14. Dezember 1868 wurde ihm der Abschied bewilligt und der Charakter als Rittmeister verliehen. Auch im Krieg gegen Frankreich meldete sich Carl Meinhard am 16. Juli 1870 freiwillig und wurde wieder zum 2. Garde-Drägoner-Regiment eingezogen.¹³⁸² Mit seinem Regiment nahm er an der legendären Reiterschlacht von Mars La Tour teil und erlitt große Verluste. In dieser Schlacht soll er „den jungen Bismarck aus Feindeshand herausgehauen“ haben, hatte Gräfin Bismarck Amelie Dönhoff berichtet. Es werde ihr „eine Erleichterung sein, den Sohn leicht verwundet zurück zu haben, also in Sicherheit vor fernerer Gefahr in diesem mörderischen Kriege“, erfuhr Anna von ihrer Schwägerin Pauline, die darum bat, Lehndorffs Bericht über die Schlacht den Leuten zeigen und ohne Nennung des Autors in der Ostpreußischen Zeitung abdrucken lassen zu dürfen „als ein schöne Zeugnis des Heldenmutes eines christlichen Ritters“. ¹³⁸³ Die nächste Feldpost erhielt Anna aus Metz. Diesmal war Lehndorffs Regiment von Verlusten verschont geblieben. Am 27. August befand er sich nördlich von Verdun. Vor Sedan verlor er viele Soldaten des Regiments. Am 2. September schrieb er: „Die französische Armee, soweit sie nicht in Metz eingeschlossen, hat aufgehört zu existieren, wie mir scheint.“¹³⁸⁴ Im Dezember 1870 kehrte Lehndorff kurz nach Steinort zurück, nachdem ihm am 1. Dezember der König in Versailles das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen hatte. Kurz danach brach er nach Berlin zu den Sitzungen des Reichstages auf.¹³⁸⁵ Ab 1871 kümmerte er sich als Präfekt im französischen Amiens um die Belange des preußischen Heeres.¹³⁸⁶ In dieser Zeit befand sich sein Neffe Fritz von Dönhoff unter seinen „Fittichen“. ¹³⁸⁷ Während Lehndorff noch in Amiens weilte, kehrte Wilhelm I. nach seiner Proklamation als deutscher Kaiser nach Berlin zurück. Hier standen große Festlichkeiten an, zu denen Anna von Lehndorff Einladungen an ihre Schlippenbachsche Verwandte Emmy Jelf und deren Tochter in Oxford ausgesprochen hatte. Der

¹³⁸⁰ Das geschah nachweislich mit einem Dokument aus den Befreiungskriegen, GStA PK, VI. HA, FA von Lehndorff (Anna von Lehndorff an Kronprinz Friedrich, 20. Januar 1884).

¹³⁸¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Krieg [28.11.2019].

¹³⁸² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 27, Bl. 1; https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-Französischer_Krieg [28.11.2019].

¹³⁸³ Den Brief aus Mars La Tour schickte Anna ihrem Bruder nach Basedow, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 401, Bl. 21. Die Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung druckte am 21. August 1870 den Bericht des Staatsanzeigers nach.

¹³⁸⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 396 (Feldpostbriefe vom 30. Juli 1870 bis 2. September).

¹³⁸⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 118–119v.

¹³⁸⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 27.

¹³⁸⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 126–127v.

Einladung hatte sie Wolfgang Menzels „Elsass und Lothringen sind und bleiben unser“ (erschieden 1870) beige-fügt.¹³⁸⁸

Für die Zeit seiner Abwesenheit hatte Lehndorff seiner „geliebten Alten“, wie er Anna nannte, Steinort anvertraut. In den bevorstehenden Kriegszeiten seien auch für sie Einschränkungen wie „Verzicht auf Weine oder mit Umständen verknüpften Komfort und Überflüssigkeiten des Lebens“ angemessen. Den Kindern solle sie deshalb den Wein, dem Kammertisch das Bier streichen und nie mehr als eine große und eine kleine Lampe anzünden, Flur- und Treppenbeleuchtung einschränken, die Kinder zu Fuß zum Baden schicken. Auch Handwerker sollten nur in wirklich dringenden Fällen in das Haus geholt werden. „Generositäten“ solle sie aus ihren baren Mitteln nur im beschränktesten Maß, aus seinen Mitteln gar nicht bewilligen. Sie solle sich in allem benehmen, wie es einer „Landedelfrau“ geziemt. Noch im Juni hatte Lehndorff den Steinorter Weinkeller allerdings mit einer umfangreichen Lieferung aus Königsberg gefüllt: 5 Kisten mit 270 Flaschen Chateau Margeaux, 44 Chateau Lafite, 33 feinen alten Sherry, 11 feinen alten Portwein, im Wert von 236 Rtlr.¹³⁸⁹ Ein Zahlenvergleich: der Schneider Kordack aus Stawisken, den Lehndorff von Juli bis November 1873 mit verschiedenen Ausbesserungen und Neuanfertigungen von Kleidern beschäftigt hatte, erhielt für die Arbeit von 8 Tagen einschl. Material 19 Rtlr. und 16 Sgr. Lohn, Schumacher Zimmermann für die Anfertigung von 5 Paar Schuhen, 2 Paar Stiefeln und für das Leder zu drei paar „Klumpen“ 23 Rtlr. und 10 Sgr.¹³⁹⁰

Die „Generositäten“, die Lehndorff aufgrund der schwierigen Situation der Güter unbedingt eingeschränkt sehen wollte, brechen jedoch in der Kriegszeit nicht ab. Insbesondere dem Vaterländischen Frauenverein ließ Anna regelmäßige Zahlungen zukommen. Sie würde „mit großem Wohlwollen jedes Vorhaben zur Linderung der Not Leidender in edelster Weise unterstützen“, attestierte ihr am 2. Februar 1870 auch das Seminar in Angerburg. Und auch ihre eigenen sozialen Projekte, die Waisenhäuser in Rosengarten und Drengfurth und das Siechenhaus in Angerburg, wurden von ihr in gleicher Weise wie vor dem Krieg fortgeführt.¹³⁹¹ Trotz der Bitte Lehndorffs, mit Mitteln zu haushalten, konnte auch die Königsberger Malerin Agnes von Weiß und deren Lebenspartnerin Rosalie Dörn in den Kriegsjahren auf Annas Unterstützung rechnen. Finanziell schlecht gestellt, leisteten beide wie viele Ostpreußen ihren Beitrag, indem sie „für die lieben Krieger von alter Leinwand Scharpie“ zupften und Kompressen schnitten.¹³⁹² Im Gegensatz zu Bertha von Wallenrodt, der Cousine von Agnes von Weiß, die deren Zusammenleben mit einer Frau verurteilte, tolerierte Anna von Lehndorff deren Partnerwahl. Gänse- und Rehbraten gingen von Steinort nach Königsberg, dann nach Insterburg und Freienwalde, wohin Weiß ihren Wohnsitz in der Hoffnung auf größeren „Kunstsinn“ als in der ostpreußischen Provinz verlegt hatte. Annas Tochter Anni gehörte zu den durch Weiß in der Malerei ausgebildeten Schülern.¹³⁹³

Für ihr persönliches ziviles Engagement im Vaterländischen Frauenverein und im Ostpreußischen Hilfsverein während des Deutsch-Französischen Krieges wurden Anna von Lehndorff und ihre Schwägerin Pauline von Dönhoff mit dem 1871 durch Kaiser Wilhelm I. gestifteten Verdienstkreuz für Frauen und Jungfrauen, der ersten Reichsauszeichnung für Frauen überhaupt, geehrt. Kaiserin Augusta besaß dafür das Vorschlagsrecht. Unter den

¹³⁸⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 522, Bl. 40–40v.

¹³⁸⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 396, Bl. 8–8v.

¹³⁹⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 262, Bl. 103, 107.

¹³⁹¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 578, Bl. 3, 6; Nr. 596 (Unterstützung durch den Frauenverein).

¹³⁹² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 323, Bl. 9–10v.

¹³⁹³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 323, Bl. 12–13. Dass in Steinort ein Lazarett eingerichtet wurde, wie es Cuno Graf von Hahn im September 1870 von Basedow berichtet, ist nicht bekannt., APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 401, Bl. 21.

adligen Ausgezeichneten finden sich die Namen weiterer führender Adelsfamilien: Dohna, Gröben, Saucken. Auch Fanny von Batocki-Friebe, geb. Gräfin Keyserlingk, Bertha Dorothea von Boddien, geb. Baronin von Sanden-Tussainen und Pauline von Knobloch gehörten zu den Geehrten. Bis 1872 wurde die Auszeichnung 67 Mal vergeben, darunter an 26 adlige Frauen.¹³⁹⁴

Lehndorff kehrte aus Frankreich mit hohen Ehren heim. Am 19. Januar 1873 war ihm der Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen worden. In der Urkunde sind seine Verdienste als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Ostpreußischen Südbahn-Gesellschaft, als Legationsrat zur Disposition und Rittmeister aufgeführt. 1879 folgte der Rote Adler Orden zweiter Klasse für den Major a. D.¹³⁹⁵ Der Sieg über Frankreich, in dessen Folge die deutschen Königreiche und Kleinstaaten, mit Ausnahme Österreichs, zum Deutschen Reich unter Preußens Führung geeint wurden, erfüllte die Familie mit großem Stolz. Die Reichsgründung unter Bismarcks Führung, er selbst gehörte ja zu den ostelbischen Gutsbesitzern und bezeichnete sich selbst später gern als „pommerscher Junker“, obgleich er aus dem altmärkischen Schönhausen stammte, festigte nicht nur die Stellung des ostelbischen Adels in Staat und Gesellschaft, sondern wertete sie in gesellschaftlicher Sicht auf.¹³⁹⁶

Masuren wird Grenzlandschaft

Durch den deutsch-polnischen Konflikt nach 1871 rückte Masuren in den Fokus der Politik.¹³⁹⁷ Nach einer ersten Germanisierungsoffensive vor der Reichsgründung rückte mit der wilhelminischen Ostmarkenpolitik seit 1888 und mit der Gründung des Deutschen Ostmarkenvereins 1894 die Grenzregion in das öffentliche Interesse.¹³⁹⁸ Masuren wurde zur Schlüsselregion im aufkeimenden Nationalitätenkonflikt. Dass die polnisch-sprachige Bevölkerung Masurens preußisch-loyal dachte, wurde unerheblich in einem Deutschland, das anders als in den Zeiten der preußischen Toleranzpolitik Herkunft, Kultur und Sprache in den Mittelpunkt stellte. Nur zwei Jahre nach der Kaiserproklamation, am 24. Juli 1873, hatte Oberpräsident von Horn die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den bis dahin polnisch-sprachigen Elementarschulen Masurens angeordnet. 1901 stellte das Finanzministerium dem Königsberger Oberpräsidium einen „Dispositions-Fonds zur Förderung und Befestigung des Deutschtums“ zur Verfügung. Zu den geförderten Projekten zählten Beihilfen für landwirtschaftliche Fortbildungsschulen, Gemeindehäuser, Kleinkinderschulen, aber auch für konservativ-patriotische Vereine wie den Vaterländischen Frauenverein. Auch die Herausgabe polnisch-masurischer Schriften wie Preußischer Volksfreund oder Königlich-Preußischer evangelischer Kalender wurden aus dem Fonds finanziert. Die Redaktion oblag ma-

¹³⁹⁴ Vgl. Das preußische Verdienstkreuz für Frauen und Jungfrauen. Verzeichnis der Beliehenen nach den veröffentlichten und überarbeiteten Listen von Schneider und Hoefmann, in: Ordensjournal 8 (2007) <https://ordensmuseum.de/Ordensjournal/Ordensjournal8Mai07VerlLiJungfr.pdf> [20.10.2019].

¹³⁹⁵ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 556, 557 (Ordensurkunden 1866, 1873, 1879).

¹³⁹⁶ Vgl. Hintze, Die Hohenzollern und der Adel, S. 53.

¹³⁹⁷ Vgl. Kossert, Andreas, Masuren als „Bollwerk“. Konstruktion von Grenze und Grenzregion. Von der Wilhelminischen Ostmarkenpolitik zum NS-Grenzland und Volkstumskampf 1894–1945, in: François, Etienne/Seifarth, Jörg/Struck, Bernhard (Hrsg.), Die Grenze als Raum, Erfahrungen und Konstruktionen. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 2007, S. 211–242, hier S. 214. Siehe auch Ders., Zur ‚Grenzlandpolitik‘ und Ostforschung an der Peripherie des Reiches, S. 122 ff.

¹³⁹⁸ Die Zielstellung war in der Satzung (1903) formuliert: „Kräftigung und Sammlung des Deutschtums in den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten Ostmarken des Reichs durch Hebung und Befestigung deutschnationalen Empfindens.“

surischen Pfarrern, die Verteilung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Königsberg.¹³⁹⁹ 1908 wurde die polnische Sprache als Versammlungs- und Vereinssprache verboten, was angesichts von über 60 Prozent polnisch-sprachiger Bevölkerung nach massiven Protesten zurückgenommen werden musste.

In der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. wurde Masuren erstmals zum „Bollwerk“ im Sinne einer Abgrenzung und eines Schutzwalls der westlichen deutschen Zivilisation gegen den Osten, Slawen und Balten, stilisiert. Ethnische, nationale und konfessionelle Minderheiten wurden zu „inneren Feinden“ deklariert. Mit dem in diesen Jahren entstehenden negativen Stereotyp des Masuren¹⁴⁰⁰ und der ständigen Unterstreichung der Rückständigkeit der masurischen Kultur nahm der Assimilierungsdruck stetig zu. Ziel der nationalen Propaganda seit den 1890er Jahren war die Herausstellung der deutschen Vergangenheit der Region. Bis 1945 konnte sich Masuren vom „Bollwerk“-Status nicht mehr befreien, auch wenn die Zäsuren Erster Weltkrieg, Abdankung der Hohenzollern 1918, Volksabstimmung 1920 und nationalistische Radikalisierung vor und nach 1933 vielfache Wandlungen mit sich brachten.¹⁴⁰¹

Stiftung von Familienfideikommissen

Im Sommer 1855 hatte Carl Meinhard von Lehndorff im Einverständnis mit seinen Brüdern Heinrich und Georg die Bildung eines Fideikommiss Steinort beschlossen.¹⁴⁰² Die Gründe dafür waren vielschichtig, wie es in der Präambel der Urkunde deutlich wird: „Dem durch die ökonomischen Verhältnisse gebotenen Zusammenhang dieser mir vererbten Güter droht aus der Verschiedenheit der rechtlichen Judicialität derselben bei jeder Besitzveränderung die Gefahr der Zerstückelung. Diese Gefahr nach Kräften abzuwenden und mit Aufopferung aller persönlichen Vorteile dahin zu trachten, den uns von unseren Vorfahren hinterlassenen Steinortschen Grundbesitz unserer Familie ungetrennt zu bewahren und diese dadurch bis zu ihrem, so Gott es gnädig geben will, fernem Erlöschen in Unabhängigkeit und Ansehen zu erhalten, finden wir, meine Geschwister und ich, in der Dankbarkeit und Verehrung gegen unsere Vorfahren und namentlich in dem ausdrücklichen Wunsche meines genannten Herrn Vaters und in der dankbaren Erinnerung an dessen hohe Verdienste um unsere Familie und ihren Grundbesitz, die heilige Pflicht.“¹⁴⁰³

Neben dem ökonomischen Zweck der „Eigentumsbildung als Grundlage für die Herrschaftsausübung auf dem Land und einer herausgehobenen Rolle im Staat“¹⁴⁰⁴ und dem Bestreben, in Anbetracht der wirtschaftlichen

¹³⁹⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 2 II Nr. 3496, Bl. 2–3.

¹⁴⁰⁰ Die üblichen Attribute waren Faulheit, mangelnde Hygiene, Bedürfnislosigkeit, Alkoholismus, Ehebruch, Schmuggel, Wilderei, Verschlagenheit, Unehrllichkeit. Das schlug sich in Sprichwörtern wie: Wo sich aufhört die Kultur, beginnt zu leben der Masur, nieder, vgl. Sembritzki, Johannes, Über den Ursprung und die Bedeutung „masur“ und „Masuren“, in: Altpreußische Monatsschrift 1887, S. 256–267.

¹⁴⁰¹ Vgl. Kossert, Grenzlandpolitik, S. 117–146. Siehe auch Wrzesiński, Wojciech, Historische Dispute zum Thema Ostpreußen in den Jahren 1920–1939, in: Polnische Weststudien 4 (1985), S. 249–286.

¹⁴⁰² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 198 und I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150: Acta des Justizministeriums betr. das Familienfideikommiss des Legations-Secretärs Grafen von Lehndorff auf Steinort (1855–1929).

¹⁴⁰³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 1–41 (aus der Präambel).

¹⁴⁰⁴ Wienfort, Monika, Adlige Handlungsspielräume und neue Adelstypen in der „Klassischen Moderne“ (1880–1930), in: Geschichte und Gesellschaft 33 (2007), S. 416–438, hier S. 432.

Krise den Besitz für nachfolgende Generationen zu sichern, spielte die Intention, als „Stammvater“ den Namen der Familie in der Zukunft zu verankern, eine entscheidende Rolle. Insofern lässt sich die Steinortsche Fideikommissgründung als Wirtschafts- und Familienstrategie verstehen. Nachgeborene Kinder akzeptierten die Besitzkonzentration auf den männlichen Erstgeborenen immer weniger; schon aus diesem Ansatz heraus waren rechtliche Bindungen erforderlich, um eine Besitzteilung und Zersplitterung zu vermeiden. Die von Marion von Dönhoff aus der Erinnerung getroffene Feststellung: „Keiner von uns hätte jene Regelung, die die Nachgeborenen bewusst und vorsätzlich benachteiligt, je beanstandet oder auch nur in Gedanken beklagt. Man war stolz, dass man einen so schönen Besitz zur Heimat hatte, und man wusste, dass er nie erhalten werden konnte, wenn es Realteilung geben würde“¹⁴⁰⁵, war kaum allgemeingültig. Die größten Feinde der Fideikommissionen waren die Nachgeborenen der adligen Familien, schrieb der Anwalt Otto Zängerle aus seiner beruflichen Erfahrung.¹⁴⁰⁶

Die Gründung von Fideikommissionen zur Besitzsicherung hat eine lange Tradition. Vor 1807 wurde diese Möglichkeiten kaum genutzt, ohne dass die Gründe klar erkennbar sind. Die Mehrheit der großen Fideikommissionen wurde erst im 18. Jahrhundert gegründet, so dass man von zwei Gründungswellen sprechen kann: einer kleineren nach 1807, einer größeren nach 1850. Beide Wellen wurden „durch die direkte Gefährdung des junkerlichen Besitzes durch bürgerliches Kapital ausgelöst.“¹⁴⁰⁷ Der quantitative Ausbau der Fideikommissionen am Ende des 19. Jahrhunderts rief politische und wirtschaftspolitische, vor allem aber auch nationalistisch gefärbte Reaktionen (u. a. Max Weber, Ferdinand Tönnies) hervor.¹⁴⁰⁸ Durch das Allgemeine Landrecht war das Institut gesetzlich geregelt worden.¹⁴⁰⁹ In Ostpreußen erleichterten die Kabinettsordre vom 25. September 1836 und das Gesetz vom 23. März 1857 die Überführung von Lehen in Fideikommissionen.¹⁴¹⁰ Friedrich Wilhelms IV. schätzte den historischen alten Grundbesitzeradel hoch, wie seine Adelsreformpläne von 1841 und die sparsame Nobilitierungspraxis zeigen. Nachdem die Verfassungsurkunde vom Dezember 1848, Art. 38 und die oktroyierte Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850, Art. 40 die Errichtung von Familienfideikommissionen untersagt und die Umwandlung bestehender Fideikommissionen per Gesetz in freies Eigentum verlangt hatte, wurden diese Gesetze am 5. Juni 1852 wieder aufgehoben und Gründungen in der Folge sogar erleichtert. Eine Förderung des bürgerlichen Großgrundbesitzes und eine Strukturveränderung des preußischen Adels waren in der Regierungszeit des Königs nicht zu erwarten.

Eine besondere Rolle für die Gründung von Fideikommissionen im 19. Jahrhundert spielte der Waldreichtum der großen Güter. Forstwirtschaften lassen sich erst ab einer Größe von 500 bis 1.000 ha wirtschaftlich effektiv betreiben, da sich durch die langen Produktionszyklen Investitionen erst nach Jahrzehnten rentieren. Wegen ihres

¹⁴⁰⁵ Dönhoff, *Kindheit in Ostpreußen*, S. 189.

¹⁴⁰⁶ Vgl. Zängerle, Otto, Statut für das Familienfideikommiss des Grafen Friedrich von Quadt-Wykradt-Isny, Kempten 1887, S. 60.

¹⁴⁰⁷ Vgl. Schissler, Junker, S. 97. 1679 war ein Fideikommiss durch die Reichsgrafen zu Schwerin auf Wildenhof begründet worden, 1711 folgte Graf von der Gröben auf Ponarien, 1728 die Grafen zu Dohna-Schlodien, Dohna-Schlobitten und Dohna-Lauck, 1783 die Grafen von und zu Egloffstein auf Silginnen, 1787 Graf von Kayserlingk auf Rautenburg, 1804 die Grafen Eulenburg auf Prassen. Bis 1888 wurden 53 Fideikommissionen in Ostpreußen gegründet, davon 22 gräfliche und 2 bürgerliche, vgl. Conrad, *Agrarstatistische Untersuchungen*, S. 838 f., 840.

¹⁴⁰⁸ Zur Rechtslage im 19. Jahrhundert und zur rechtspolitischen Diskussion: Gierke, Otto von, Art. Familienfideikommiss, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Bd. 3, Jena 1892, S. 104–116. Siehe auch Conrad, Johannes, *Die Fideikommissionen in den östlichen Provinzen Preußens*, in: *Festschrift Georg Hanssen*, Tübingen 1889, S. 259–300; Wienfort, *Adlige Handlungsspielräume*, S. 428 ff.

¹⁴⁰⁹ *Allgemeines Landrecht*, T. II, Tit. 4, § 47–56.

¹⁴¹⁰ Zu den Vererbungsverhältnissen von Stamm- und Familiengütern, zum Lehnsrecht und der praktischen Bedeutung des Fideikommisses: Conrad, *Agrarstatistische Untersuchungen*, S. 831 ff. Durch das Gesetz vom 16. März 1877 verloren adlige Lehngüter unter bestimmten Bedingungen die Lehnseigenschaften; der Besitzer konnte sie in Allod oder in Fideikommiss verwandeln, ebd., S. 834.

extensiven Charakters, ihrer gleichbleibenden und sicheren Erträge und wegen des geringen Aufwands an laufendem Betriebskapital passte die Waldwirtschaft gut zur fideikommissarischen Besitzform. Bei der Genehmigung von Fideikommissen wiesen die preußischen Behörden häufig auf den zu gewährleistenden Schutz des Waldes hin, der als eine vom Staat zu leistende Aufgabe galt. Zwischen 1820 und 1900 hatte sich der Preis für Holz vervierfacht. Um 1895 machten Waldfideikommissen 45 Prozent der Gesamtfideikommissfläche in Preußen aus. Steinort mit seinem hohen Waldanteil war somit typisch für solche Gründungen.¹⁴¹¹

Am 22. Juli 1855 wandte sich Carl Meinhardt von Lehndorff mit seinem Stiftungs-Projekt an König Friedrich Wilhelm IV.: „Der Grundbesitz, den ich von meinen Vorfahren übernommen habe, ist bisher nur durch eine Reihe von günstigen, doch mehr oder minder zufälligen Umständen vor Zersplitterung oder übermäßiger Verschuldung bewahrt worden. Diese Schicksale haben in der hiesigen Provinz die meisten größten Güter bereits getroffen und zahlreiche adlige Familien zu Grunde gerichtet; diese traurige Zukunft von meiner Familie fern zu halten, ist mein sehnlichster Wunsch. Ich wünsche daher, falls Ew. Königliche Majestät mir die Allerhöchste Genehmigung dazu Allergnädigst zu erteilen geruhen wollen, den sehr bedeutenden Teil des Grundbesitzes meiner Vorfahren, der in meine Hände gelangt ist, nach Maßgabe der Stiftungsurkunde, die ich angebogen Ew. Königlichen Majestät alleruntertänigst einzureichen wage, in ein Familienfideikommiss zu verwandeln.“ Da die gesetzlich vorgeschriebene Stempelsteuer „eine für meine jetzigen Verhältnisse fast unerschwingliche Höhe erreichen“ würde, bat er den Monarchen um Erlass der Abgabe nach dem Beispiel ähnlicher Allerhöchster Gnadenbezeugungen. Die lt. § 5 vorgesehenen Ertragsberechnungen hatte er fertiggestellt, das „Beilassungsverzeichnisse zu § 4 der Stiftungsurkunde“ jedoch nicht vollenden können, wofür er um Nachsicht bat.¹⁴¹² Nach der Kabinettsordre vom 18. Juli 1845 unterlagen Fideikommiss-Stiftungen einer Stempelsteuer von drei von hundert des Gesamtwertes der denselben gewidmeten Gegenstände ohne Abzug etwaiger Schulden, und bedurften, sofern der Reinertrag 30.000 M überstieg, der Genehmigung des Landesherrn.

Auf Lehndorffs Immediatgesuch hatten der Innen- und der Finanzminister ihr Votum abzugeben. Obwohl Lehndorff nichts Konkretes über seine Vermögensverhältnisse dargelegt hatte, erklärte Bodelschwingh, dass es „nicht wohl zu vermeiden [sei], bei des Königs Majestät einige Erleichterung für den Bittsteller zu beantragen. Es erfolgte eine Schätzung der Finanzverhältnisse. Da das jährliche Einkommen mit 9 bis 10.000 Rtlr. angenommen wurde, ergab sich ein Fideikommiss-Stempel in Höhe von ca. 10.000 Rtlr. Obwohl in den persönlichen und Vermögensverhältnissen kein Grund für den Erlass der Stempelsteuer erkennbar sei, der König jedoch in anderen Fällen Stiftungen zur Befestigung des Grundbesitzes durch eine Ermäßigung der Stempelabgabe unterstützt hatte, wurde eine Reduktion vorgeschlagen.¹⁴¹³ Der König folgte seinen Ministern und blieb sogar unter deren

¹⁴¹¹ Zu den volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Nachteilen des Fideikommisswesens und der geringeren Rentabilität der Landwirtschaft sowie der Waldnutzung der Fideikommissgüter: Kato, Fusao, Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Fideikommissfrage in Preußen 1871–1918, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 73–94, hier S. 211 ff. Kato hebt hervor, dass die Beteiligung der Fideikommissbesitzer an der Führung ihrer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aufgrund der Besitzzanhäufung noch seltener war als allgemein bei adligen Großgrundbesitzern. Dagegen waren sie häufig im Militär, Staats- und Hofdienst tätig und verwalteten politische Ehrenämter aufgrund der rechtlichen Bestimmungen der Kreis-, Provinzial- und Herrenhausordnungen, ebd., S. 212. Diese Kritikpunkte treffen auf das Fideikommiss Steinort durchaus zu. Siehe auch den Art. Fideikommissbewegung in Preußen 1909, in: Adels- und Salonblatt 20 (1911), S. 238.

¹⁴¹² GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 402.

¹⁴¹³ GStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150, Bl. 7.

Ansatz von 1/2. Am 29. Oktober 1855 bestimmte er, falls Lehndorff seine Absicht, „mit seinen Grundbesitzungen in den Kreisen Angerburg und Rastenburg ein Familien-Fideikommiss zu gründen, zur Ausführung bringt, den Stempel dafür nicht zu drei sondern nur zu einem pro Cent“ zu erheben.¹⁴¹⁴

Die Bildung des Lehndorffschen Fideikommiss Steinort kam erst 1870 zustande. Am 12. Juli 1870 befürwortete das Appellationsgericht Insterburg als zuständige Fideikommissbehörde die Gründung, am 26. Oktober 1870 folgte die Bestätigung des Königs aus Versailles.¹⁴¹⁵ Mit der Rechtsvertretung wurde der Rechtsanwalt und Notar Schulze jun. in Angerburg beauftragt; spätestens 1872 vertrat Magnus Meitzen in Angerburg die Familie in Fideikommiss-Angelegenheiten, der von Dr. W. Loewenfeld abgelöst wurde.¹⁴¹⁶ Bei der Stiftung 1870 haften auf dem Fideikommiss Hypothekenschulden in Höhe von 95.000 Tlr. Carl Meinhard hatte sich vorbehalten, das Fideikommiss noch mit einer zusätzlichen Summe von 20.000 Tlr. zu verschulden. In der Stiftungsurkunde war der Besitznachfolger verpflichtet worden, strikt darauf zu achten, dass diese Summe nie überschritten werde.¹⁴¹⁷ Die Hypothekenschulden sollten die Nachfolger tilgen, indem „am 1. Juli jeden Jahres Eintausend Tlr. ad deposita der Fideikommissbehörde oder der von ihr zu substituierenden Gerichtsbehörde in ostpreußischen Pfandbriefen oder anderen zinstragenden Papieren“ eingezahlt werden. Im Verzugsfall sollten dem Betrag sechs Prozent Verzugszinsen hinzugefügt werden. Nach erfolgter Tilgung sollte ein Fideikommiss-Kapital von 30.000 Tlr. angesammelt werden. Nur in „Kriegsnöten oder bei großen Unglücksfällen“ war ein Darlehen aus dem Kapitalstock möglich, das in maximal zehn Jahresraten und nicht unter 1.000 Tlr. jährlich zurückgezahlt werden musste. Die Erbfolge war auf die männliche Deszendenz festgelegt. Im Falle des Fehlens männlicher Erben sollte die von Lehndorffs Schwester Pauline, verheiratete Gräfin Dönhoff-Friedrichstein abstammende Linie folgen. Auch für den Fall des Aussterbens der Familie hatte der Stifter Sorge getragen. In diesem Fall sollte der Landesherr das Fideikommiss „einem anderen um das Vaterland wohlverdienten Mann“ übertragen. Mit Ausnahme von Steinort durfte der Besitz verpachtet werden. Eine Verminderung des Waldterritoriums sollte „nur aus den überwiegendsten Gründen der Nützlichkeit vorgenommen“ werden, „weil ein gewisser Reichtum an Wald und Waldprodukten einer begüterten Familie wohl ansteht und ihr Ansehen erhöht“.

Nach dem frühen Tod des Stifters folgte der Sohn Carol in den Besitz des Fideikommiss. In der Fideikommissurkunde war festgeschrieben worden, dass der Witwe des Fideikommissinhabers eine jährliche Unterstützung von 1.000 Tlr. zustehe, die vierteljährlich auszuzahlen war. Ihre Wohnung sollte sie lebenslang im Schloss zu Groß Steinort behalten.¹⁴¹⁸ Carol standen 2.000 Tlr. Revenuen aus dem Fideikommiss zur eigenen Verwendung zu. Für den Fall, dass der künftige „Fideikommissinhaber seinen Obliegenheiten in Ansehung der Konservation des Fideikommisses und des Beilasses oder seinen aus dem Fideikommiss entspringenden Pflichten nicht nachkommt“, hatte der Stifter verfügt, dass die Fideikommissbehörde befugt sei, „eine gerichtliche Untersuchung anzuordnen und den Fideikommissbesitzer anzuweisen, in einer bestimmten angemessenen Zeit die Restitution zu bewirken und die Erfüllung seiner Pflicht nachzuweisen.“ Im Weigerungsfall „sollen die Anwärter gegen den Besitzer auf Erfüllung zur Vermeidung der Sequestration des Fideikommisses klagen und diese demnächst einleiten lassen.“

¹⁴¹⁴ GStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150, Bl. 13.

¹⁴¹⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 1–41.

¹⁴¹⁶ StA L, Bestand 21950, Nr. 393, 397 und 337.

¹⁴¹⁷ Alles Folgende aus der Stiftungsurkunde (StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 1–41).

¹⁴¹⁸ Das ist ungewöhnlich. In grundbesitzenden Adelsfamilien verließen Witwen im Regelfall den Hauptwohnsitz, wenn der männliche Erbe eine eigene Familie gründete.

1887 war die Fideikommissbildung noch immer nicht vollständig abgeschlossen. Nachdem entsprechend der Fideikommissurkunde nach dem Ableben des Stifters aufzunehmenden Verzeichnis aller Gebäude, baulichen Anlagen und Einrichtungen betrug der Wert der Inventare 1. für Labab 5.500 Rtlr., 2. für Kittlitz 2.000 Rtlr., 3. für Klein Steinort 4.000 Rtlr., 4. für Stawisken 3.000 Rtlr., 5. für Taberlack 7.500 Rtlr., 6. für Serwillen 4.000 Rtlr., 7. für Stobben 3.000 Rtlr., 8. für Pristanien 4.000 Rtlr., 9. für Stawken 4.000 Rtlr., 10. für Buddern 500 Rtlr. Eine durch den jeweiligen Pächter zu hinterlegende Kautions sollte garantieren, dass diese Gutsinventare erhalten bleiben. Nach dem Tod des Stifters sollte alles „lebende und tote Gebrauchs- und Nutzinventarium sowie sämtliche Mobilien und Gerätschaften, Maschinen und Werkzeuge, zu welchem Behufe dieselben auch im Gebrauch oder angeschafft sein mögen, ferner alle für die Landwirtschaft oder zum Betriebe anderer Gewerbe erforderlichen Gebrauchs-Vorräte und Bestände, nicht minder aber auch die in den Wohngebäuden befindlichen Mobilien, Möbel, Hausrat, Gerätschaften, Weiß-, Bett- und Tischzeug, Gold, Silber, Juwelen, Schmuck und Geschmeide, die Bibliothek, Karten, Familienbilder, Münzen, Medaillen und Raritäten, endlich die Equipage und sämtliche Wagen, Sättel und Geschirre“ als „beweglicher Beilass“ dem Fideikommiss einverleibt werden. Dazu sollten insbesondere „Familienpapiere und Urkunden, Familienbilder und Karten, Bücher, Juwelen, Schmuck und Geschmeide, Münzen, Medaillen und Raritäten“ in speziellen Verzeichnissen aufgenommen und der Fideikommissbehörde mit Bestimmung des Wertes oder der auf den Verlust einzelner Gegenstände den Allodialnachlass treffender Konventionalstrafen eingereicht werden. Für Silber und Gold in Steinort hatte Carl Meinhard in der Fideikommiss-Urkunde einen pauschalen Wert von 6.000 Tlr. angegeben, für die Mobilien in den Wohngebäuden, Wagenremisen und Kutschställen 8.000 Tlr.

Am 13. April 1887 reichte Heinrich von Lehndorff stellvertretend für Carol dem Oberlandesgericht die gewünschten Verzeichnisse über den Bestand an Büchern, Medaillen, Münzen und Raritäten, die Gutsinventare von Steinort mit den Vorwerken Labab, Kittlitz, Buddern, Wiesengrün sowie die Original-Pachtverträge über die Vorwerke Klein Steinort, Stawisken, Taberlack, Serwillen, Stobben, Pristanien, Stawken ein. Gleichzeitig informierte er die Fideikommissbehörde, dass die testamentarisch durch Carl Meinhard festgelegte Zuschreibung des Gutes Fürstenau im Kreis Rastenburg zum Fideikommiss durch Carol von Lehndorff erfolgen werde. Eine Abschreibung der Parzelle Rosengarten sei bereits angeordnet, damit diese dem Fideikommiss einverleibt werden könne. Zudem legte er den Familienbeschluss vor, der die Indemnität bei Kriegs- und Aufruhrschädigung der Verzeichnisse 1 bis 3 berührte und dem königlichen Tribunal zur Bestätigung vorzulegen war.¹⁴¹⁹

Mitten in diese Auseinandersetzungen und die nach dem Tod des Stifters gravierenden finanziellen Probleme platzte ein Schreiben des Königlichen Oberlandesgerichts vom 18. April 1887. Demnach war der Pachtvertrag über Taberlack vom 6. Juli 1854 nur bis zum 1. Juli 1864 geschlossen worden. Ob er verlängert oder ein neuer Vertrag geschlossen worden war, hatte die Behörde aus den Akten nicht ersehen können. Probleme gab es auch wegen der verpachteten Vorwerke Stawken und Stobben. Die Pächter hatten entsprechend der Stiftungsurkunde eine Kautions von 6.000 M in Ostpreußischen Pfandbriefen bei der Fideikommissbehörde zu deponieren, um im Fall des Falles den wirtschaftlichen Zustand und stiftungsmäßigen Beilass zu sichern. Durch ein Gutachten des zuständigen Kreistaxators war nachzuweisen, dass die Höhe der Kautions hinreichend war, um den wirtschaftlichen Zustand und stiftungsmäßigen Beilass von Stobben zu sichern, diese bei der Regierung zu hinterlegen und die Hinterlegungsquittung einzureichen. Darüber hinaus hatte der Pächter notariell zu erklären, dass er die Kautions in Ergänzung des § 4 des Pachtvertrages auch zur Sicherung des etwaigen Fideikommissnachfolgers bestellt

¹⁴¹⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 2, Bl. 1–2.

habe. Im Pachtvertrag für Stawken vom 30. Juni 1856 war der Passus über die Kautions vergessen worden. Hier war nachzuverhandeln und nachträglich die Bestellung der erforderlichen Kautions zu veranlassen. Auch hielt man es für sinnvoll, die Pachtverträge über Stobben und Stawken der Genehmigung der Fideikommiss-Anwärter zu unterbreiten. Nach § 4 der Pachtverträge über Stawken, Pristanien, Serwillen, Stobben und Taberlack hatten auch die Ehefrauen der Pächter für die Verpflichtungen ihrer Ehemänner zu bürgen.

In den Verzeichnissen über die Bibliothek und den Kartenbestand hatten die Fideikommiss-Anwärter die Erklärung, dass bei einem Verluste der Wert im Buchhandel maßgebend sein solle, nicht unterschrieben. Auch konnte sich die Behörde mit der Erklärung, dass die Gräfin einzelne Bücher der Fideikommissbibliothek vermachte, nicht einverstanden erklären, denn „ein Vermächtnis ist eine Zuwendung von Todes wegen“, die Schenkung, die sie beabsichtige, bedürfe jedoch eines Familienschlusses der erklärten Annahme, um rechtskräftig zu werden.¹⁴²⁰ Erst am 13. Januar 1888 und nach Mahnung des Oberlandesgerichts, dass weder Anna Lehndorff noch ihr Sohn Carol der Verfügung des Gerichts vom 18. April bisher entsprochen hätten, gaben Heinrich und Georg von Lehndorff für Anna und Carol die notariell beglaubigten Erklärungen hinsichtlich der Bibliothek und der Bücherschenkung ab.¹⁴²¹ Da der nach Artikel 27 der Stiftungsurkunde zur Bildung des Hilfsfonds bestimmte Jahresbetrag von 3.000 M nicht am 1. Juli d. J., sondern erst am 12. Juli eingezahlt worden war, fielen dafür 6 Prozent Verzugszinsen an, die bei der Königlichen Regierung als Hinterlegungsstelle zur Graf Lehndorff-Steinortschen Fideikommissmasse zu hinterlegen waren.¹⁴²² Von der zu hinterlegenden Kautionssumme war nicht die Rede, gezahlt war diese jedoch auch noch nicht.

Für die Linie Lehndorff-Preyl begann 1913 in Erfüllung des letzten Willens des am 24. April 1905 verstorbenen Grafen Heinrich Ahasverus von Lehndorff unter dessen Nachfolger Dr. jur. Manfred von Lehndorff, Oberleutnant im Regiment Garde du Corps in Potsdam, die Stiftung eines Gräflisch Lehndorffschen Familienfideikommiss Preyl, das aus dem adligen Gut Warglitten, Regitten, Greibau und Wassermühle Greibau bestehen sollte.¹⁴²³ Regierungsrat Graff aus dem Landwirtschaftsministerium befürwortete gegenüber dem Innenministerium die Bildung nachdrücklich: „Gegen die Errichtung des Familienfideikommisses sind keine Bedenken geltend zu machen. Wenngleich das Deutschtum im Kreise Fischhausen bis jetzt noch nicht gefährdet ist, so dürfen doch die Wirkungen des Besitzbefestigungsgesetzes auf die nicht geschützten Kreise mit der Zeit dahin führen, das sie in besonderem Maße dem Einmarsch polnischer Besitzer ausgesetzt sind. Die Festlegung des Besitzes in deutscher Hand dürfte daher im Kreise Fischhausen begünstigt werden müssen. In agrarpolitischer Beziehung ist zu bemerken, dass der größere Grundbesitz in jenem Kreise nicht übermäßig hervortritt. Das Verhältnis zwischen größerem und kleinerem Grundbesitz ist vielmehr ein durchaus gesundes. Aufteilung der zu dem Besitz des Grafen Lehndorff gehörenden Güter kommt zwar nicht in Frage. Immerhin ist bei der vorhandenen Mobilität des Grundbesitzes seine dauernde Befestigung durch Fideikommissbildung nur zu begrüßen.“¹⁴²⁴ Hier wurde deutlich, was bereits der Steuerbegünstigung für das Fideikommiss Steinort zugrunde gelegen hatte: Durch materiellen Anreiz sollten deutsche Großgrundbesitzer zu einer Stiftung bewogen werden, um das Deutschtum in den preußischen Ostprovinzen zu fördern, was nach der Reichsgründungszeit in der sogenannten Germanisierungspolitik mündete. Letztendlich schlug das Konzept fehl. Durch die Errichtung der Fideikommiss erreichte man

¹⁴²⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 64–65v.

¹⁴²¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 66–66v.

¹⁴²² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 77–77v.

¹⁴²³ GSTA PK, I. HA, Rep. 8 4a, Nr. 45151: Errichtung eines Gräflisch von Lehndorffschen Familienfideikommisses Preyl (1913-1919).

¹⁴²⁴ GSTA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 45151, Bl. 2-3v.

lediglich, dass Güter in deutscher Hand gesichert wurden. Da auf diesen zahlreiche polnische Landarbeiter beschäftigt wurden, verringerte sich der Anteil der deutschen Bevölkerung im Ostern. Durch Verknappung und Verteuerung mittlerer und guter Böden, die sich für bäuerliche Siedlung geeignet hätten, wurde dem Ziel der Ansiedlungspolitik entgegengearbeitet.¹⁴²⁵

Aufgrund von Unstimmigkeiten hinsichtlich des Ertrages zog sich der Vorgang Preyl bis 1916 hin. Nachdem um eine landesherrliche Bestätigung der Stiftungsurkunde vom Oktober 1916 nachgesucht worden war, meinte das Landwirtschaftsministerium am 3. Mai 1918 in die Bindung der früher bäuerlichen Grundstücke nur einwilligen zu können, „wenn der Stifter aus dem zum Fideikommiss bestimmten Grundbesitze 60 ha Acker- und Wiesenland für Siedlungszwecke möglichst in der Nähe einer Gemeinde zur Verfügung stellt. Ferner halten wir die Aufnahme der Residenz-Pflicht in die Stiftungsurkunde für erforderlich.“¹⁴²⁶

Auch wenn die zahlenmäßige Entwicklung der Fideikommisse zwischen 1867/71 und 1914 insgesamt und besonders in Ostpreußen stark zunahm, wurde doch das Fideikommissrecht bereits seit 1895 als revisionsbedürftig empfunden, da es einen unfähigen Fideikommissbesitzer nicht hinderte, den Besitz herunterzuwirtschaften; dem Tüchtigen aufgrund seiner Rechtskonstellation jedoch die Hände binden konnte. Die Gesetzentwürfe von 1903, 1913 und 1917 scheiterten an den parteipolitischen Fronten. Nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über Familiengüter vom 10. März 1919¹⁴²⁷ wurde die Errichtung neuer Familiengüter untersagt, die Genehmigung des durch die am 22. Oktober 1917 verlautbarte und am 23. Oktober bestätigten Stiftungsurkunde war somit obsolet. Ein Familienfideikommiss Lehndorff-Preyl wurde nicht errichtet.

Steuerlasten

Auf den Landtagen der 1820er und 30er Jahre hatten sich die Gemüter an der Mahl- und Schlachtsteuer erhitzt. In den 1840er Jahren kam eine starke Opposition gegen die Klassensteuer auf. 1845 ließ Finanzminister Flottwell eine Denkschrift ausarbeiten, die die ökonomischen Schäden des bisherigen Steuersystems zusammenfasste. In der Folge schlug er die Umwandlung der Klassensteuer in den höheren Klassen zu einer Einkommensteuer vor. Es gelang den ostpreußischen Landtagsabgeordneten nicht, hierzu eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Das 1851 erlassene Einkommensteuergesetz war eine Kompromisslösung.

Für Carl Meinhard von Lehndorff liegen Akten zur Einkommensteuer-Veranlagung nur für die Jahre 1869 und 1875 bis 1883 vor. 1869 war er in die 15. Steuerstufe eingeschätzt worden, für 1870 wurde die zu entrichtende Einkommensteuer zur 17. Stufe auf 600 Tlr. festgesetzt. Lehndorff legte Widerspruch ein. Schon bei der Vorjahreseinschätzung hatte er vom Recht auf Widerspruch Gebrauch gemacht, darauf bezog er sich nun. Damals hatte er nachgewiesen, dass seine Einnahmen aus verpachteten Gütern und Administration von 1867 zu 1868 so bedeutende Einbußen erlitten hatten, „dass dadurch, nach dreijähriger Fraktion gerechnet, auch meine Einnahme per 1870 noch um ein erhebliches vermindert wird. Es kommt dazu, dass meine Wirtschaftskasse für das Wirtschaftsjahr Juli 1868/69 nicht, wie ich in jener Reklamation veranschlagt hatte, mit einem Minus von 2.542 Tlr.,

¹⁴²⁵ Vgl. Kato, Familienfideikommiss, S. 213.

¹⁴²⁶ GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 45151, Bl. 36-36v.

¹⁴²⁷ Gesetzsammlung 1919, S. 39.

sondern mit einem solchen von 9.350 abgeschlossen hat. Der schwache Körnerertrag und die ganz niedrigen Getreidepreise der Ernte von 1869 lassen bereits mit Bestimmtheit voraussehen, dass der Abschluss meiner Wirtschaftskasse pro 1869/70 nicht entfernt ein solches Resultat ergeben wird, dass dadurch der Minus-Ertrag des letzten Jahres auch nur einigermaßen übertragen werden könnte. Was das Kapitalvermögen meiner Frau betrifft, so habe ich bereits in meiner Reklamation vom 9. Januar d. J. und der Erläuterung dazu vom 4. August nachgewiesen, dass das Einkommen aus demselben jetzt höchstens auf 3.000 Rtlr. veranschlagt werden kann. Hieran hat sich seither nichts verändert. Die außerordentlich geringen Einnahmen des laufenden Jahres und die nichtsdestoweniger hervorgetretene Notwendigkeit zu bedeutenden Reisen und Aufhalten meiner Familie im Ausland haben dazu geführt, dass ich unter anderem die Kauttionen der Pächter von Stawken und Pristanien, welche mir in meiner Einschätzung bisher stets mit 400 Rtlr. Zinsgenuss angerechnet worden sind, nicht mehr besitze. Außerdem habe ich bei dem Banquier Meyer Cohn und der Credit-Bank von Hermann Henkel, beide in Berlin, eine Kontokorrent-Schuld von zusammen 12.000 Rtlr., die ich mit 5 % verzinse, wodurch sich ein neuer Ausfall von 600 Rtlr. ergibt. Endlich habe ich auch in diesem Jahre wieder bedeutende Ausfälle an meinen Pachterträgen gehabt, z. B. von Rosengarten die ganze Pacht, 800 Rtlr., von Pristanien 1.100, von Serwillen 300, Summa 2.200 Rtlr., ohne dass von den alten Pachtresten etwas eingegangen wäre.“¹⁴²⁸

Nach dem Einkommen berechneten sich die Kreis-Kommunalabgaben, die Lehndorff in den Kreisen Angerburg und Rastenburg zu entrichten hatten. Für 1875 war das Einkommen aus dem Grundbesitz Serwillen und Nordenort im Rastenburgischen Kreis auf 5.745 M geschätzt worden, da Lehndorff seine Einkünfte nicht ordnungsgemäß erklärt hatte. Davon war eine Einkommensteuer von 112 M und Kreis-Kommunalabgaben in Höhe von 110 M 16 Pf. zu entrichten. Für den gesamten Besitz wurde Lehndorff zur 22. Stufe mit 1.620 M veranlagt. Auch hier legte er Widerspruch ein. Er begründete diesen damit, dass er „durch eine der Berliner Disconto-Gesellschaft und der Weimarerischen Aktiengesellschaft gegenüber übernommene Hypothek-Garantie in einen Verlust von 160.000 M geraten“ sei.¹⁴²⁹ Auch für 1883/84 wurde geschätzt, da für Steinort Unterlagen nicht beigebracht waren. Das Einkommen aus dem Grundbesitz im Kreis Rastenburg, Serwillen und Nordenort, betrug 673 Rtl, die Einkommensteuer 80 M, die Kreisabgaben 129,60 M.¹⁴³⁰

Mit dem Otto von Manteuffelschen Gesetz über die Aufhebung der Grundsteuer-Freiheit der Rittergüter 1861 waren auch die adligen Besitzungen in Ostpreußen grundsteuerpflichtig geworden. Die Grundsteuer zwischen 1861 und 1923 war eine kontingentierte Ertragsteuer. Sie beruhte auf dem Grundsteuergesetz vom 21. Mai 1861, dem Ergänzungssteuergesetz vom 8. Februar 1867 und dem Grundsteuergesetz vom 11. Februar 1870.¹⁴³¹ Das Gesetz von 1861 trennte erstmals die Gebäude von der Grundsteuer und setzte für das preußische Staatsgebiet ein jährliches Grundsteueraufkommen von 30 Mio. M als Kontingent fest, welches auf die Steuerpflichtigen umgelegt wurde. 1870 wurde das Kontingent auf 39,6 Mio. M erhöht. Mit der Miquelschen Steuerreform wurde die Grundsteuer ebenso wie die Gebäude- und Gewerbesteuer als direkte Steuer aufgehoben und stattdessen den

¹⁴²⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 286, Bl. 4.

¹⁴²⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 286, Bl. 9, 12–12v. Auch für die Jahre 1878 bis 1881/84 erfolgte eine Schätzung.

¹⁴³⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 287, Bl. 9.

¹⁴³¹ GS 1861, S. 253–340; GS 1867, S. 185–204; GS 1870 S. 85–92.

Gemeinden zur Nutzung überwiesen.¹⁴³² Das Kommunalabgabegesetz gab den Gemeinden zusätzlich die Möglichkeit, selbständig Gemeindegrundsteuern einzuführen oder zu den staatlich veranlagten Grundsteuern Zuschläge zu erheben.¹⁴³³

Bemessungsgrundlage der Grundsteuer bildete der Reinertrag, der je nach Kulturart (Acker- und Gartenland, Wiesen, Weiden etc.) und nach dem Bodenwert der betreffenden Liegenschaften festgesetzt werden sollte. Unter Reinertrag wurde der nach Abzug der Bewirtschaftungskosten vom Rohertrag verbleibende Überschuss, der von den nutzbaren Liegenschaften nachhaltig erzielt werden konnte, verstanden. Bei der Steuereinschätzung wurde der Kulturzustand durchweg als „mittlerer“ angenommen, d. h. der Grad der Pflege des Grundstücks blieb unberücksichtigt. Die Reinertragsermittlung stieß bei den ostpreußischen Gutsbesitzern auf große Bedenken. Es dränge „sich die Frage auf, ob diese kolossale Aufgabe auch befriedigend wird gelöst werden können, Man ist in den östlichen Provinzen des Staats hierin viel unerfahrener, als in den beiden westlichen Provinzen, in denen der Kataster seit ein paar Menschenaltern existiert und besondere Behörden sich durch lange Übung Sicherheit und Schnelligkeit in der Lösung dieser Aufgabe angeeignet haben“, formulierte eine Denkschrift unter dem Titel „Veranlagung der Grundsteuer“. Die Denkschrift benannte als gravierendes Problem die „gegenwärtigen, oft ganz unverhältnismäßig hohen Verkaufspreise beim Privatgrundbesitz“. Sie seien „nicht auf das Verhalten und Vererben, sondern auf das Wiederverkaufen, auf das Parzellieren, auf das Herunterhauen der Wälder usw. berechnet. Es sind Spekulationspreise, die sich auf den momentanen Kapitalwert und nicht auf den bleibenden Ertragswert beziehen und sich auf die augenblicklich steigenden Konjunktoren gründen.“ Die Folgen hätten die Kriegsjahre zu Anfang des Jahrhunderts gezeigt. Auch jener Periode waren hohe Kaufpreise für Grund und Boden vorangegangen. Alle, die zu diesen Preisen Güter gekauft oder erbweise angenommen hatten, seien mitsamt einem großen Teil der Gläubiger „unrettbar verloren“. Die Provinz habe an den Folgen „ein ganzes Menschenleben“ zu leiden gehabt, da sie in ihrer landwirtschaftlichen Entwicklung weit hinter anderen Provinzen der Monarchie zurückgeblieben sei. In den zwanziger Jahren des Jahrhunderts standen von den ca. 1.000 Rittergütern des Regierungsbezirks Königsberg über 700 in landschaftlicher oder gerichtlicher Sequestration und blieben Jahre gänzlich unverkäuflich. „Man hüte sich also, auf Grund der augenblicklich günstigen Konjunktoren für den Landbesitz und der guten Ernten der letzten Jahre dem Grund und Boden einen zu hohen bleibenden Ertragswert und in Folge dessen zu hohe Grundsteuer beizulegen. Die guten Zeiten vergehen, aber die hohen Steuern bleiben.“¹⁴³⁴ Das Hauptproblem bei der Einführung der Grundsteuer war also, dass die Bodenbewertung nicht aufgrund einer eingehenden Bodenuntersuchung erfolgte, sondern die Parzellen nach Feststellung verschiedener Schätzungsmerkmale in Bonitätsklassen eingeteilt wurden. Damit ließ die Bemessungsgrundlage für den Reinertrag z. B. den wirtschaftlichen Zusammenhang der Parzellen außer Acht.¹⁴³⁵

Im November 1861 ließ sich Lehndorff von der Veranlagungskommission für Darkehmen eine Abschrift des „Verzeichnisses der hiesigen Musterstücke“ schicken. Botho Graf zu Eulenburg sandte ihm auf seinen Wunsch den Abdruck der Klassifikationstarife für die Kreise des Regierungsbezirks Marienwerder. Auch hier waren Einwände erhoben worden. Am 2. Dezember fand deshalb in Angerburg eine Sitzung der Veranlagungs-Kommis-

¹⁴³² GS 1893 S. 119–151.

¹⁴³³ GS 1893 S. 152–184.

¹⁴³⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 285, Bl. 3–4.

¹⁴³⁵ StA L, Bestand 21950, Nr. 285: Grundsteuerveranlagung (1861–1862).

sion statt, an der Lehndorff ebenso wie die Mitglieder der kreisständischen Vorprüfungs-Kommission teilnahmen. Das Protokoll der Sitzung ist nur fragmentarisch überliefert, das Ergebnisprotokoll fehlt.¹⁴³⁶ Anfang November 1861 begann die „Grundsteuer-Veranlagungskommission“ mit der Ermittlung des Reinertrages, indem sie als erstes von den Grundbesitzern Kartenmaterial verlangte. Lehndorff wurde aufgefordert, über „Groß-Steinort, Labab, Kittlitz, Insel Witfong und Upalten, Buddern-Wiesengrün, Sdorkowen, Stawken, Pristanien, Rosengarten und den zu den Gütern gehörigen Waldungen“ entsprechende Karten einzusenden, anderenfalls würde eine Neuaufnahme verfügt werden. Nachdem er am 18. November 1861 der Kommission die Existenz von Karten mitgeteilt hatte, antwortete diese, es genüge ihr zu wissen, dass „Karten von den Steinortschen Gütern existieren“, man werde diese demnächst wegen der Anfertigung von Kopien erbitten; sollte Steinort im Folgejahr noch nicht zur Einschätzung gelangen, werde man die Karten im Frühjahr zurückgeben.¹⁴³⁷ Bei den von Lehndorff benannten Karten hatte es sich um den „Dittmarsche Plan“, der der Kommission für ihre Arbeit nicht genügte. Im Juli 1862 wurde deshalb eine Neuvermessung der Gemarkung Steinort notwendig.

Der Grundsteuer-Reinertrag wurde als Grundlage zur Einschätzung des landwirtschaftlichen Einkommens und Vermögens verwendet. Das preußische Finanzministerium legte drei Besitzgruppen fest. Besitzungen über 3.000 M GRE galten in der Preußischen Statistik als Groß- bzw. Gutsbesitz.¹⁴³⁸ Grundsteuerreinertragserhebungen erfolgten 1878 und 1893. Dabei wurde als Erhebungseinheit die „ländliche Privatbesitzung“ genommen, Fideikommissen wurden einbezogen. Personen, die in mehreren Steuerbezirken Land hatten, wurden mehrfach gezählt. 1902 erfolgte eine weitere Erhebung über Eigentums- und Verschuldungsverhältnisse der Eigentümer mit mindestens 60 M Grundsteuerreinertrag.¹⁴³⁹ Sie war die einzige umfassende Erhebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Landwirte Preußens. Der ostelbische Großgrundbesitz war am höchsten verschuldet, insbesondere in den Nordostprovinzen, wo die Verschuldung bei 2/3 aller Großgrundbesitzer mehr als 50 % ihres Gesamtvermögens ausmachte. Gerade diese Hochverschuldeten erzielten aber die höchsten Reinerträge, so dass ihnen neben der Erledigung des Schuldendienstes immer noch ein ausreichendes Einkommen verblieb.¹⁴⁴⁰

Um 1906 lag die Gesamt-Steuerbelastung aus Staats- und Kommunalsteuern (Einkommensteuer, Ergänzungssteuer (Vermögenssteuer), kommunale Einkommensteuer, Grundsteuer, Gebäude und Gewerbesteuer), Sozialversicherungsbeiträgen (Alters- und Invalidenversicherungsbeiträge, Unfallversicherung), Schul- Kirchenlasten bei durchschnittlich 10–12, maximal bei 15 % des Einkommens. Während in ganz Preußen die Steuerbelastung von 1892 bis 1909 um 41 % gestiegen war, hatte die Zunahme in Ostpreußen nur 22 % betragen.¹⁴⁴¹ Die Steuerreform von 1906 änderte an der Steuerbelastung des ostpreußischen Grundbesitzes nichts. Neben den sozialpolitischen Lasten wurde zunehmend die Vermögensteuer problematisch. Eine Erhöhung war seit 1906 diskutiert,

¹⁴³⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 285, Bl. 6–31 (Musterstücke), 40–86 (Klassifikationstarife), 99–113 (Sitzungsprotokoll).

¹⁴³⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 285, Bl. 32 (Auforderung vom 5. November 1861), 97 (Lehndorffs Antwortschreiben).

¹⁴³⁸ GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 2299, n. f. (24. April 1914); Preußische Statistik 1906, S. 27. Für den Grafen Mirbach-Sorquitten hatte das Finanzministerium auf dieser Grundlage als zu versteuerndes Einkommen 3,53 Mal den Grundsteuer-Reinertrag geschätzt. Der spätere Finanzminister Patow hielt 1.000 bis 3.000 Taler für das Existenzminimum als Gutsherr und 20.000 bis 30.000 Taler/Jahr als Kennzeichen eines großen Gutsbesitzes, vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 203, Anm. 146, S. 237 ff. (Mirbach). Siehe auch Pyta, Wolfram, Besteuerung und steuerpolitische Forderungen des ostelbischen Grundbesitzes 1890–1933, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 361–378, zur „Steuerdrückebergerei“ S. 362 ff.

¹⁴³⁹ Vgl. Die ländliche Verschuldung in Preußen, 3 Teile (Preußische Statistik, H. 191), Berlin 1905–1908.

¹⁴⁴⁰ StA L, Bestand 21950, Nr. 64: Grundstücksangelegenheiten, Substationen u. a. Prozesse der Königlichen Kreisgerichte Angerburg, Lötzen und Markgrabowa (1864–1870).

¹⁴⁴¹ Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 244.

1909 tatsächlich vollzogen worden. Die ebenfalls diskutierte Einführung einer zusätzlichen Reichs-Vermögenssteuer traf den ostpreußischen Gutsbesitz erheblich und konnte im Einzelfall einen großen Teil des Einkommens zunichtemachen. Geschuldet war sie den unverhältnismäßig steigenden Verkehrswerten. Während der alte Adel seine fideikommissarisch gebundenen Stammsitze um jeden Preis erhalten wollte, galten überschuldete Rittergüter ab 1890 als Investitionsobjekte und Handelsware, die nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten je nach Ertragslage verkauft, geteilt oder getauscht wurden.

Bemühungen, den hohen Steuerlasten durch eine Korrektur des Einkommens nach unten zu entgehen, sprich: Steuern zu hinterziehen, waren weit verbreitet: verschwiegene Kapitalerträge, zu niedrig deklarierte Einkünfte oder zu hohe Betriebskostenabzüge für Maschinen, Meliorationen, Bauten etc. und nach unten korrigierte Einnahmen für Forst, Gärtnerei und Fischerei. Da für Landwirte gesetzlich keine genaue Buchführung vorgeschrieben war, konnten diese die Zahlen schätzen. Die Finanzbehörden zeigten sich allgemein großzügig, da ihnen im Fall vermuteter Steuerhinterziehung die Beweislast auferlegt war. Die tatsächlichen Gesamt-Vermögensverhältnisse wurden somit meist erst im Todesfall sichtbar. Die „Vermögenszuwachssteuer“ (1,5 % bei 1 Mio. Vermögenszuwachs) traf die Erben dann ohne Rücksicht oder Aufschub.¹⁴⁴² Das bedeutete nicht, dass man selbst darüber keinen Überblick hatte oder diese nicht beherrschte, wie beispielsweise detaillierte Anweisungen zur Buchführung und eine Revision der Buchführung im Forstwesen der Grafschaft Steinort 1884 zeigen.¹⁴⁴³ Mit der Finanzkrise 1909–1913 wurde die lange Nachlässigkeit im Steuerwesen offenbar, die die Besitzenden über Jahrhunderte hinweg geschont und die Anhäufung großer Finanzvermögen ermöglicht hatte.

Steinort am Ende des 19. Jahrhunderts

Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts begann mit großen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen. Auf den Provinzial-Landtagen 1873 und 1875 hatte die Mehrheit Ostpreußens gegen eine Teilung der Provinz gestimmt. Ausgangspunkt war der Wunsch Westpreußens nach provinzieller Selbstverwaltung, der in der Forderung nach einer selbständigen Provinz Westpreußen mündete. Noch 1875 hatte der preußische Innenminister Graf zu Eulenburg und ihm folgend das Haus der Abgeordneten eine Teilung abgelehnt. Bei einer erneuten Abstimmung gelang es die Abgeordneten zu überzeugen, so dass die Teilung per Gesetz am 13. März 1877 vollzogen wurde. Von den ostpreußischen Abgeordneten hatte nur der Königsberger Landrat Freiherr von Meerscheidt dafür gestimmt.

Auch die Kreisordnung und die Gesetze über Freizügigkeit sorgten für Unruhe und stießen auf unterschiedliche Reaktion. Pfarrer Kiel aus Orlowen, der sich in seiner Amtszeit bei den Wahlen nie beteiligt hatte, der „nie und in keiner Weise für die Wahlen – sit vena verbo – agitiert“, der nie „Fortschritter und Konservative“ bevorzugt hatte, da er „nicht die einen und nicht die anderen gegen mich haben“ wollte, sprach gegenüber Carl Meinhard von Lehndorff offen aus, was viele dachten: „Ich halte die Kreisordnung, die Gesetze über Freizügigkeit pp und anderes für Übel. Stünde es in meiner Macht, ich führte die alte Ordnung wieder ein, und das noch ehe Eintritt des Vollmondes [...]. Da nun aber diese Einrichtungen, bei denen kein Mensch etwas gewinnt, das Ganze

¹⁴⁴² Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 247-251.

¹⁴⁴³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 257, 292.

aber gar viel verloren hat, den ‚Liberalen‘ in Rechnung zu stellen sind, warum trete ich ihnen wohl mit Schild und Speer gegenüber? Gelänge es Fürst Bismarck ins Werk zu setzen, was er als seine Absicht hinstellt, wie die Armenpflege, die Schulen aus der drückenden Abhängigkeit von der Dorfkommune zu befreien, so verdiente er, dass sein Name mit goldenen Lettern in jedes Gebetbuch und jedes Gesangbuch und jede Bibel eingetragen würde. Warum geselle ich mich nun nicht denen in aller Entschiedenheit bei, die für diese seine Zwecke wirken? Einem Mann gegenüber, den alles als edelgesinnt kennt und ehrt, will ich ohne Zurückhaltung sprechen. Alle jene unerfreulichen Einrichtungen wie die Kreisordnung, die keinerlei Segen im Gefolge haben, hat Fürst Bismarck ins Leben treten lassen. Alle die Schäden hat er mit verschuldet, für die man jetzt die ‚Liberalen‘ verantwortlich macht. Wer kann dem widersprechen, wenn ich behaupte, dass die Liberalen ohne seine Zustimmung schlechterdings nichts hätten erreichen können. Der Mann von Eisen schiebt, wenn er auf Widerspruch stößt, Männer zur Seite, die aller Welt verehrungswürdig erscheinen und mit denen er bis dahin verkehrt hat wie mit Freunden, wie Graf Eulenburg, Delbrück. Ein solcher Mann, den keine Rücksicht bindet, keine Gefahr schreckt, musste unter allen und jeden Umständen geschehen lassen wollen, was zum Nachteil fürs Ganze zu Stande gebracht worden ist. – Nun soll Reaktion eintreten und diese Reaktion soll jeder fördern helfen! Ich kann dies nicht, solange es Männern nicht möglich ist, die ich für Freunde des Vaterlandes und dem Fürsten für ebenbürtig halte. Ich nenne hier Bennigs, Eulenburg und könnte noch andere nennen. Ich will noch offener sein. Ich fürchte mich vor dem eisernen Grafen. Ich frage, wie es zugeht, dass sich so viele, so gar viele, die er sich zu seinen Gehilfen erwählt, nach Verlauf von kurzer Zeit sich wieder von ihm trennen? Ich nenne hier den Grafen Stolberg. ‚Aber seine Ziele sind doch edle. Dem Arbeiter soll die Sorge um sein Alter nicht mehr Sorge machen. Der Grundbesitzer soll freier aufatmen dürfen. Die Schule soll Staatsanstalt werden. [...]‘ Wer kann es mir verargen, dass ich jene Ziele für unerreichbar halte, so lange Männer, die ich zu den edelsten und besten des Landes zähle, die Erreichbarkeit bezweifeln, die Männer, die Fürst Bismarck sich zu seinen Mitarbeitern erwählt hatte.“¹⁴⁴⁴ Lehndorff machte im Herrenhaus seinen konservativen Einfluss geltend, auch gemäßigte Konservative wie von Farenheid sprachen sich gegen die Kreisordnung aus.

Die Festlegung der Freizügigkeit durch die Staats- und Reichsgesetzgebung hatte nach 1870 eine Abnahme der Landbevölkerung zur Folge, die in die Städte, vor allem aber nach Westen abwanderte. Dazu gesellte sich der Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte, den auch Schutzzölle nicht aufhalten konnten. Die Folgen – extrem hohe Lebenshaltungskosten – spiegeln sich in den Bittgesuchen in den Akten der Steinorter Gutswirtschaft, auf denen der Grund der Armut und die gewährte Hilfe vermerkt sind. So wurde auf dem Gesuch einer Witwe aus Rydzewen vom 5. Dezember 1887 notiert: „Krank, ein Kind Schulpflicht, Nahrung, Kleidung“.¹⁴⁴⁵ Die in Willkoren ansässige Bertha Assmann benötigte dagegen Saatkartoffeln.¹⁴⁴⁶ Er könne seine Schuld von 150 M nicht abtragen, schrieb E. Meyhöfer aus Doben im März 1883. „Durch meine Krankheit und den Verlust der 4 Schweine sowie durch das Verkalben einer Kuh, die ich zum Verkauf gestellt hatte, bin ich jetzt nicht in der Lage und bitte den Herrn Grafen gehorsamst, mir nicht übel nehmen zu wollen, und bis zum halben August zu stunden; zum Barther Markt werde ich dann die Kuh verkaufen und den Rest erhalte ich von meinem Schwiegervater, der dann seine Kaufgelder für 6 Grundstücke erhält. Alsdann werde ich dem Herrn Grafen die ganze Schuld von 300 M mit größtem Danke abtragen.“¹⁴⁴⁷

¹⁴⁴⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 57–60.

¹⁴⁴⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 577, Bl. 282.

¹⁴⁴⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 577, Bl. 187–187v.

¹⁴⁴⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 117–117v.

Erst um 1891 stiegen aufgrund von Missernten in Russland die Preise wieder. Angesichts des Konjunkturabschwungs der Industrie, der Verteuerung der Grundnahrungsmittel durch die Schutzzölle mit Russland, fallende Reallöhne und nicht zuletzt aufgrund der Aushandlung neuer Handelsverträge sah sich die Regierung Caprivi gezwungen, die Zollbarrieren für Getreide herabzusetzen. Die agrarischen Interessenverbände protestierten. Der Konflikt führte 1894 zu Caprivis Sturz. Im selben Jahr fielen die Getreidepreise erneut. Es sollte Jahre dauern, bis die ostpreußischen Gutsherrschaften die Verluste durch Ertragssteigerungen, anziehende Preise und die 1906 in Kraft tretenden Zolltarife ausgleichen konnten.¹⁴⁴⁸ Das Problem der ausländischen Konkurrenz und der mangelnden Rentabilität des Getreideanbaus auf den ostpreußischen Gütern konnten auch die folgenden Reichskanzler Fürst Chlodwig zu Hohenlohe Schillingsfürst und Bernhard von Bülow nicht lösen, von der ihnen zugedachten Aufgabe, die Versorgung der rapide anwachsenden Bevölkerung Deutschlands zu sichern, ganz zu schweigen.¹⁴⁴⁹

Inmitten dieser Krise verstarb am 28. Oktober 1883 Carl Meinhardt von Lehdorff auf einer Reise in den Süden an einem Halsleiden.¹⁴⁵⁰ Trotz der durch den Standesbeamten von Grizzana, Elias Savorini, ausgefertigten Sterbeurkunde, die im deutschen Konsulat übersetzt worden war und aus der hervorgeht, dass Lehdorff um 2 Uhr 45 Minuten morgens in Savignano, Haus Nr. 96, einer kleinen Gemeinde bei Riola in der Nähe von Bologna, verstorben war, sind die Umstände merkwürdig.¹⁴⁵¹ War Lehdorff tatsächlich in den Süden aufgebrochen? Drei Tage später, am 31. Oktober, fand um 1 Uhr in Berlin im Elisabeth-Hospital eine Andacht am Sarg statt. Graf von Arnim hatte zu spät davon erfahren, „ich wäre so gerne dabei gewesen“, schrieb er in seinem Kondolenzschreiben.¹⁴⁵² Am Abend des 2. November erfolgte die Beerdigung auf dem Begräbnisplatz des Elisabeth-Krankenhauses. Ein „Leichenwagen 1. Klasse“, mit 2 Pferden bespannt, war dafür gemietet worden. Als letzte Adresse des Verstorbenen wurde auf der Rechnung „Unter den Linden Nr. 75“ angegeben. Die 63 Mark für das Beerdigungs-Comptoir streckte Annas Schwager Heinrich vor, erst im November zahlte Carol die Summe zurück.¹⁴⁵³ Das passt nicht zusammen mit der Beschreibung der Rosengartener Kirchenchronik. Demnach traf der Leichenwagen, von Königsberg über Rastenburg kommend, in der Nacht vom 2. zum 3. November 1883 in Steinort ein. In Rosengarten hatte ihn der „Ortsgeistliche mit der Schule und einer gewaltigen Menge Publikums“ empfangen. „Unter Glockengeläut ging es ohne Aufenthalt durchs Dorf, hinter demselben wurden Fackeln angezündet, eine Musikkapelle und der Schülerchor wechselten im Vortrag von Trauerchorälen eine geraume Strecke bis hinter dem Dorfe.“¹⁴⁵⁴ In Steinort wurde der Verstorbene von Schullehrer Puschke mit einem Gebet empfangen, dessen Familie seit vier Generationen die Lehrer in Steinort stellte. Am 4. November, gegen 2 Uhr begannen in Steinort die Trauerfeierlichkeiten. „In dem großen Parterresaal des altertümlichen Gebäudes lag

¹⁴⁴⁸ Vgl. Wagner, Truntlack, Bd. 2, S. 452 f.

¹⁴⁴⁹ Vgl. Harnisch, Hartmut, Agrarstaat oder Industriestaat, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 33–50, hier S. 36–38. Zu Fragen der Rentabilität vor 1914: Hess, Klaus, Zur wirtschaftlichen Lage der Großagrarien im ostelbischen Preußen 1867/71 bis 1914, in: ebd., S. 157–172.

¹⁴⁵⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 262, Bl. 416 (Todesanzeige in der Neuen Preußischen Kreuz-Zeitung); Nr. 394, Bl. 25–26 (21. Oktober 1883). Zur medizinischen Vorgeschichte ebd., Nr. 262, Bl. 406; APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 295.

¹⁴⁵¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 262, Bl. 416. Die Kopie der Sterbeurkunde mit einer Übersetzung des deutschen Konsulats ebd., Nr. 212. Auch ein Aufenthalt an der französischen Côte d’Azur, in Mentone, war vermutet worden, ebd., Nr. 394, Bl. 28–29v.

¹⁴⁵² StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 394, Bl. 234–235.

¹⁴⁵³ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 262, Bl. 41.

¹⁴⁵⁴ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [25.11.2019].

der verewigte Schlossherr aufgebahrt. Der seine irdischen Reste bergende Sarg war vollständig bedeckt von Palmen, Blumen, Kränzen und Sträußen. [...] Eine glänzende Versammlung umstand den Sarg und füllte den Raum des Saales bis auf den letzten Platz. Außer den Gutsbesitzern der Umgegend, zum Teil Träger berühmter Namen, waren u. a. zugegen: der Bruder des Verstorbenen, der Flügeladjutant unseres Kaisers, Graf Lehndorff, die mit dem Lehndorffschen Hause verschwägerte gräflich Dohnasche Familie, ferner der Herr kommandierende General von Gottberg, der Divisions-Kommandeur Herr von Verdy, der Herr Oberpräsident von Schlieckmann, Herr Regierungspräsident Studt, Herr Polizeipräsident Devens, Herr Landrat von Hüllesem, Herr Geheimer Kommerzienrat Simon, der Direktor der Südbahn Herr Wendland, Herr Stadtrat Hagen als Vertreter des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft, außerdem viele Offiziere der umliegenden Garnisonstädte und Königsbergs.“ Auch eine Deputationen des 3. Kürassier-Regiments, der studentischen Verbindung Masovia, der Lehndorff einst angehörte, des Personals der Südbahn und Vertreter der Presse waren gekommen. Die Weiherede im Schloss hielt Superintendent Braun aus Angerburg,¹⁴⁵⁵ vor und nach der Rede ertönte Gesang mit Orgelbegleitung. Auf dem Schlosshof hatten sich die Bewohner des Gutes und die Einwohner der umliegenden Dörfer versammelt. Pfarrer Westphal, der erst nach seinem Gottesdienst in Drengfurth in Steinort eingetroffen war, hatte es nicht geschafft, zum Sarg zu gelangen. „Auf dem Wege nach der Kapelle übersah ich erst die ungeheure Menge der Leidtragenden aus dem Volk, und hätte ich vorher gewusst, dass diese alle von den Reden nichts hören würden, so hätte ich mich auf eine Ansprache vorbereitet, die ich von der Treppe der Kapelle ins Freie gehalten hätte, denn ich sah gar viele weinende Augen.“¹⁴⁵⁶ Nach den Feierlichkeiten im Schloss wurde der Sarg zur Grabkapelle auf der Landzunge des Mauersees überführt, wo Pfarrer Ziegler aus Rosengarten die Grabrede hielt. Die Spitze des Trauerzuges bildete der Kriegerverein aus Angerburg, gefolgt von den Forstbeamten des Gutes, dem Sarg mit den Orden und Ehrenzeichen des Verstorbenen und dem Trauermantel der Johanniter, es folgten die Angehörigen, der Zug des Trauergeleites schloss sich an. Der Nachruf in der Königsberger Allgemeinen Zeitung schließt: „Die Teilnahme an dem Begräbnis war eine so allgemeine, die Betrübnis über den Hingang des Majoratsherren von Steinort bei allen eine so aufrichtige, dass auch der Fremde den Eindruck erhalten musste, in dem Verstorbenen sei ein Biedermann, ein edler Freund der Menschheit zu Grabe getragen. Friede seiner Asche!“¹⁴⁵⁷ Nach der Kirchenchronik von Rosengarten wurde erst am Oster-Heiligenabend, dem 12. April 1884, der Sarg, der bis dahin in dem oberen Raum der Kapelle gestanden hatte, feierlich in die Gruft gebracht.¹⁴⁵⁸

Am 5. November 1883 stellte der Obermeister der Schneider-Innung in Rastenburg „für den Leichenwagen, die nötigen Intensilien und Mannschaften dazu, zur Beschaff der Leiche des Herrn Grafen Leohnstorf (!) vom Bahnhof Steinort“ und zum „Herausheben der Leiche aus dem Waggon und Aufsetzen auf den Leichenwagen“

¹⁴⁵⁵ EZA 507/5220, Exemplar mit Widmung „Meinem lieben Kordack-Taberlack C. Gf. v. Lehndorff 1883“.

¹⁴⁵⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 394, Bl. 208–209v.

¹⁴⁵⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 221: Gedächtnis-Reden, Nachrufe und Lebenslauf weiland des Reichsgrafen Carl Meinhard Lehndorff, Majoratsherrn auf Steinort, Legationsrat a. D. und Mitglied des Herrenhauses, geb. 20. Oktober 1826, gest. 28. Oktober 1883 [Angerburg 1883]. Hatte also in Berlin eine Verbrennung stattgefunden? Durch § 814 des Preußischen Allgemeinen Landrechts (1794) war die Bestattung von Leichen in bewohnten Gebieten untersagt. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich die Feuerbestattung als hygienischere und kostengünstigere Bestattungsform etabliert. Areligiöse Verbände wie die Freidenker propagierten sie in bewusster Abgrenzung zur christlichen Bestattungskultur. Gesetzlich geregelt wurden sie erst durch das Gesetz über die Feuerbestattung vom 15. Mai 1934, vgl. Hübner, Ulrich, Kunst und Architektur der deutschen Feurbestattungsanlagen im historischen Kontext unter besonderer Berücksichtigung der Krematorien in Sachsen, phil. Diss., [http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/12096/ Dissertation_UlrichHuebner.pdf](http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/12096/Dissertation_UlrichHuebner.pdf). [25.11.2019].

¹⁴⁵⁸ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [25.11.2019].

100 M in Rechnung.¹⁴⁵⁹ Allein 350 Todesanzeigen waren dem Büro des Herrenhauses übergeben worden, 350 gingen an den Union-Klub, zu dessen Gründern Lehndorff 1867 gehört hatte, 150 an den Fischerei-Verein. 250 Anzeigen mussten bei dem Hof-Lithographen Hermann Veit in Berlin nachbestellt werden. Die Rechnung dafür belief sich auf 213,25 M.¹⁴⁶⁰ Nachrufe erschienen in allen großen Tageszeitungen wie der Kreuzzeitung, dem Reichsboten, der Königsberger Hartungschens Zeitung und der Königsberger Allgemeine Zeitung, in regionalen Zeitungen wie der Ostpreußischen Zeitung und dem Stadt- und Landboten für Ostpreußen, dem Preußischen Volksfreund, dem Angerburger und dem Rastenburger Kreisblatt, auch in der Ostpreußischen conservative Korrespondenz, der Masovia und dem Sporn. Auch George Adalbert von Mülverstedt, der der Familie seit langem verbunden war, hatte einen Nachruf verfasst.¹⁴⁶¹ Die Kondolenzschreiben füllen Akten. Kaiser Wilhelm I. telegraphierte am 4. November aus Berlin: „Wie dankbar Ich das Andenken an den zu früh Abgerufenen bewahren werde, brauche Ich nicht erst zu versichern, wo Meine innigste Dankbarkeit Sie alle trifft.“¹⁴⁶² Innerhalb weniger Tage hatte sich die Nachricht nach Potsdam, Gastein, London, Konstantinopel, Odessa und Petersburg verbreitet. Neben Familienangehörigen und Weggefährten kondolierten ehemalige und derzeitige Angestellte. Bertha von Saucken schrieb: „Er war meinem Mann lebenslänglich ein treuer Freund und hat dieses auch später auf mich übertragen“ und auch Emanuel Korff hatte „in Carl einen Freund verloren“. Für Wilhelm Hosäus war mit Lehndorff „ein wohlwollenden Gönner gestorben, der mir seit nunmehr 30 Jahren viel Freundliches und nur Freundliches erwiesen und dem ich stets ein dankbares Gedächtnis bewahren werde.“¹⁴⁶³

Bis zum Schluss hatte Lehndorff an den politischen Veränderungen Anteil genommen, konnte aber den Sitzungen des Herrenhauses nicht mehr beiwohnen. Gustav Graf von Schlieben hatte ihm versprochen, gemeinsam mit Eulenburg, „nach Kräften unsere Interessen wahr[z]unehmen“.¹⁴⁶⁴ Auch den Wunsch Bertha von Sauckens, einem Bedienten ihres Schwiegersohnes eine Stelle bei der Südbahn zu verschaffen, konnte er nicht mehr erfüllen.¹⁴⁶⁵

Wulf Wagner schreibt über Alfred Baron von Heyking auf Truntlack, er sei nie „Landwirt mit Leib und Seele“ geworden.¹⁴⁶⁶ Wie Carl Meinhard und Anna von Lehndorff interessierte er sich für die Landesgeschichte, war Mitglied der Königsberger Altertumsgesellschaft Prussia, dem renommiertesten Geschichtsverein der Provinz. Auch Lehndorff wurde nie ein typischer Landwirt. So verblieb Steinort im Wesentlichen in dem Zustand, in den es sein Sohn Carl Friedrich Ludwig bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts versetzt hatte, mit einem Unterschied: Auf Steinort lasteten ungeheure Schulden.

¹⁴⁵⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 262, Bl. 41.

¹⁴⁶⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 262, Bl. 421–422.

¹⁴⁶¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 221; StA Magdeburg, E 130 George Adalbert von Mülverstedt, Nr. 36/1.

¹⁴⁶² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 221, n. f.

¹⁴⁶³ Kondolenzschreiben in; StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 394; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 21, 23.

¹⁴⁶⁴ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 123–123v.

¹⁴⁶⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 125–125v.

¹⁴⁶⁶ Wagner, Truntlack, Bd. 2, S. 454.

Finanzielle Lage

Carol von Lehdorff war beim Tod des Vaters 23 Jahre alt und Seconde-Lieutenant bei den Dragonern zu Trepow an der Rega. Er galt nach den Bestimmungen der Fideikommissnachfolge nicht als major, obwohl in Deutschland durch ein Reichsgesetz vom 17. Februar 1875 die Volljährigkeit auf 21 Jahre festgelegt worden war. Kurz vor dem Tod des Vaters hatte er sein Examen bestanden und seine militärische Ausbildung begonnen. Carol wurden nun 84 Mark als monatliche Einkünfte festgesetzt, zu denen seine Ausgaben in heftigem Gegensatz standen. So gab er allein am 22. November 1883 für diverse Uniformstücke 214 RM aus.¹⁴⁶⁷

In den Monaten nach dem Tod versuchte Anna sich einen Überblick über die finanzielle Lage des Fideikommisses und den Allodialnachlass ebenso wie über Einnahmen und Ausgaben und über die Geldanlagen bei verschiedenen Bankhäusern wie Meyer Cohn in Berlin, Jacobi und J. Simon Witwe & Söhne in Königsberg zu verschaffen.¹⁴⁶⁸ Nach der Bilanz des Allodial-Nachlasses, aufgestellt durch den Angerburger Rechtsanwalt und Notar Magnus Meitzen, standen den Aktiva in Höhe von 218.581 M, bestehend aus Aktien (158.300 M), Bankguthaben (16.931 M), Schulden diverser Pächter (18.100 M) und dem Anteil des Allods an den Einnahmen des Fideikommisses aus dem Sterbejahr (25.250 M), Passiva in Höhe von 149.676 M (Verpachtung des Allodial-Nachlasses gegen das Fideikommiss zur Vertretung von Inventar verpachteter Fideikommissgüter, Begräbniskosten, Schulden) gegenüber. Die aktive Masse betrug 98.904 M.¹⁴⁶⁹ Der im Depot von Meyer Cohn in Berlin liegende Aktienbestand umfasste 26.000 M Wenabahn-Aktien, 13.200 M Tattersall-Aktien, 6.000 M Hoppegarten-Aktien, 12.000 M Ostpreußische Zeitungsaktien, 15.000 M Aktien der ostpreußischen Südbahn St. Prior, 30.000 M Aktien der Ostpreußischen Südbahn St. Prior, 6.000 M Depositen-Quittungen der Preußischen Bank Anstalt. Der Barbestand betrug 5.590 M.¹⁴⁷⁰

Die von Anna von Lehdorff eigenhändig aufgestellte Übersicht über Vermögen, Kapitalien, Einnahmen und Ausgaben war nicht ausgewogen. Die Einnahmen aus den Verpachtungen, der Gutswirtschaft und dem Forst (110.155 M) lagen weit unter den Ausgaben und abzutragenden Schulden bzw. Zinszahlungen (120.760 M).¹⁴⁷¹ Im August 1884 musste Verwalter Schirrmeister bei der Übergabe der Jahresauszüge aus der Forst- und Getreiderechnung sowie des Monatsextrakts pro Juli mitteilen, dass er von den Einnahmen für die in Wehlau verkauften fünf Pferde 25 M „für gezahlte Wechselgebühr pro Stück 5 M abgezogen habe“. Der Kassenbestand betrage nur noch „etwa 1.000 M bar und noch sind einige Rechnungen sowie zwei gekaufte Schlachtochsen zu bezahlen“, weshalb er „wieder um 3.000 M bitten muss, da in diesem Monat die Füllen gekauft werden und die Tagelöhne für Erntearbeiten ziemlich erheblich sein werden, auch circa 700 M Abgaben für das laufende Quartal zu zahlen sind.“ Aus persönlichen Gründen benötigte er zudem 3–400 M Vorschuss auf sein Gehalt.¹⁴⁷²

Als Anna am 18. Dezember 1883 in Anbetracht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Tattersall-Aktien ihres verstorbenen Mannes verkaufen wollte, sagte man ihr, dass sie jetzt einen viel höheren als den Nominalwert hätten, sie solle nicht verkaufen. Die Familie verkaufte nicht, die Aktien fielen. Als sich Carol im Frühjahr 1887

¹⁴⁶⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 262, Bl. 409, 434.

¹⁴⁶⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 339, Bl. 1–1v (Allodialnachlass); Nr. 302, 304 (Vermögensaufstellung); APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 11, 13 sowie 17 bis 23 (Bankhäuser).

¹⁴⁶⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 339.

¹⁴⁷⁰ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 302, Bl. 84.

¹⁴⁷¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 304.

¹⁴⁷² StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 272, Bl. 65–65v, Anlagen Bl. 66–68v.

nach dem Wert erkundigte, hatten sie nur noch einen Nominalwert von 400 Rtlr., eine sofortige Zahlung käme auf ca. 1.400 Rtlr.¹⁴⁷³ „Tante Reichenbach hatte es besser getroffen und rechtzeitig über „Banquier Hertz in Berlin“ verkauft. Für sie hatte sich die „Tattersall-Geschichte [...] als ein sehr günstiges Unternehmen bewiesen, und nur die letzten paar Jahre wurden keine Zinsen mehr gezahlt, welcher Ausfall ja nun aber wieder reichlich gedeckt wird.“ Ihre Einnahme belief sich „5.000 und etliche hundert M“.¹⁴⁷⁴ Wie hoch der Besitz Steinort zu diesem Zeitpunkt konkret verschuldet war, ist schwer zu bestimmen. Bei der Stiftung des Fideikommisses 1870 waren Hypothekenschulden in Höhe von 95.000 Tlr. benannt worden; Carl Meinhard hatte sich vorbehalten, eine zusätzliche Summe von 20.000 Tlr. aufzunehmen.¹⁴⁷⁵ Die daraus zu zahlenden Tilgungen und Zinsen müssen eine große finanzielle Bürde gewesen sein, über die er mit der Ostpreußischen Generallandschafts-Kasse über einen Kredit verhandelte.¹⁴⁷⁶ Ab 15. Januar 1880 hatte Gut Steinort halbjährlich an die General-Landschafts-Kasse für 45.000 M Kreditsumme 3 ½ % Pfandbriefzinsen (787,50 M) und für 60.000 M Kreditsumme 4 1/10 % Zinsen (1.230 M) zu zahlen.¹⁴⁷⁷

Zu welchem Zeitpunkt Siegmund Freiherr von Schroetter, der seit dem 14. Juni 1884 mit Anna von Lehndorffs Tochter Anni verheiratet war, eingriff und die Verwaltung Steinorts bis zum Ende von Carols Militärzeit übernahm und in welcher Form er Unterstützung leistete, geht aus den Akten nicht hervor. Möglicherweise war Schroetter einer der ersten, der die Schieflage, in der sich Steinort befand, und die Gefahr, die für den Fortbestand des Fideikommisses daraus erwuchs, richtig einschätzte. Die Steinort belastenden Hypotheken hatte jedoch nicht Carol zu verantworten; sie waren das Erbe aus langjährigen Fehlspekulation auf dem Aktienmarkt, fehlgeschlagenem finanziellem Engagement beim Südbahnprojekt, aus weit über die eigenen Möglichkeiten hinausgehender Wohltätigkeit, aus überflüssigen Ausgaben für Luxus und Repräsentation wie dem Umbau des Schlosses, aus Investitionen, die ihr Geld nicht mehr abwarfen, wie der Unterhalt von Gastein. Dazu kam nicht nur Carols verschwenderischer Umgang mit Geld.

Nach dem Fideikommissgesetz war die Fideikommiss-Aufsicht gezwungen, das Gut unter Zwangsverwaltung stellen zu lassen, sollten die Zinszahlungen für die laufenden Kredite bei der Generallandschaft nicht mehr geleistet werden können. Durch die Auflösung eines für die Melioration der großen Moorwiese angelegten Rücklagenkontos und die „Ablösung der auf seiner Herrschaft Steinort und den dazugehörigen Gütern für die Kirchen, Schulen etc. haftenden Reallasten“ sowie umfängliche Holzverkäufe konnte die Einleitung einer Zwangsverwaltung um 1884 noch einmal abgewendet werden.¹⁴⁷⁸ Die Melioration der Moorwiese bei Nordenort wurde später durchgeführt. Im Herbst 1889 waren 10 Morgen planiert und die Gräben fertiggestellt.¹⁴⁷⁹

¹⁴⁷³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 302, Bl. 71–71v; APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 173, Bl. 14–15.

¹⁴⁷⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 454, Bl. 316–317v (Fragment).

¹⁴⁷⁵ Akten über die Aufnahme von Hypotheken auf Steinort und die Vorwerke sind aus den 1840er und 1850er Jahren überliefert. Für die 1860er bis 1880er Jahre gibt es nur allgemeine Akten über Geldgeschäfte.

¹⁴⁷⁶ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 25.

¹⁴⁷⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 302, Bl. 46.

¹⁴⁷⁸ Der neue Carol, S. 24. EZA, 507/3242, n. f. (27. Dezember 1883, 2. Dezember 1884); APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 540: Rezess betr. Ablösung der auf dem Fideikommiss Steinort für die geistlichen Institute in Drengfurth haftenden Reallasten (1885); Nr. 568: Rezess betr. Ablösung der auf dem Fideikommiss Steinort für die geistlichen Institute in Engelstein haftenden Realsteuern einschl. Ablösungsrechnung (1884/85); Nr. 571 Rezess für die zu Steinort gehörigen Güter des Kirchspiels Rosengarten (1884).

¹⁴⁷⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 225, Bl. 3–4.

Als das Herrenhaus 1906/07 über eine Verschuldungsgrenze für die Krisenprovinz Ostpreußen debattierte, setzte Landwirtschaftsminister Podbielski auf die Selbsthilfe durch die landschaftlichen Kreditinstitute. Haupttrichterschaftsdirektor von Buch benannte das Erbrecht als die Hauptgefahr für die Erhaltung eines mäßig verschuldeten Grundbesitzes. 1894/95 stellte Klinkowstroem in den Agrardebatten des Herrenhauses die maßgeblichen Punkte für die Notlage der Landwirtschaft und die Verschuldung vieler Agrarier heraus. Schuld sei die Gesetzgebung, die den Grundbesitz als Ware behandelt habe, und die Tatsache, dass die Landwirte sich früher weder um wirtschaftliche Fragen gekümmert, noch sich organisiert hätten: „Da saß man auf seinem Gute; es wurde in der Regel nicht sehr intensiv bewirtschaftet [...]; künstliche Düngemittel usw. wurden nicht verwendet; es war kein großes Inventar auf den Gütern vorhanden. Es war nicht viel für Meliorationen geschehen [...]. Dann kam die erste große Konkurrenz des Auslandes, die Konkurrenz von Australien in Wolle. Die Wolle fiel rapide, die Wollschafe mussten abgeschafft werden [...]. Dann [...] wurde gesagt, aller Segen liegt in dem englischen Fleischschaf [...]. Aber lange dauerte das Vergnügen nicht, denn bald gingen die Fleischpreise herunter und man kam dahin, das Fleischschaf aufgeben zu müssen. Nun hieß es, wendet euch der Viehhaltung zu; es wurde auf allen Ecken und Kanten Kühe angeschafft [...] und es ist keine Frage, dass gerade in Ostpreußen erhebliches geleistet ist, indem wir Herden haben, die jetzt auf allen Ausstellungen prämiert werden [...]. Aber wie lange dauerte das? Durch unbeschränkte Einfuhr aus dem Auslande und mangelhafte Polizei sind Seuchen eingeschleppt [...]; die Maul- und Klauenseuche, die Schweinepest sind bei uns perennierend geworden. Es kam ferner – und das hat ja länger gedauert – nach dieser Viehhaltung der große Buttersturz [...] von ungefähr 130 M pro Zentner bis auf [...] 82 M der Zentner. Man suchte die mangelnden Einnahmen dadurch zu ersetzen, dass man die Substanz verbesserte, die Äcker wurden melioriert, gemergelt; man drainierte, den Wiesen wurde ein riesig hoher Ertrag gegen früher abgewonnen. Und was war der Erfolg der Arbeit? Der Schulden wurden immer mehr und der Einnahmen immer weniger [...]: so kann die Geschichte nicht weiter gehen, ohne Rente kann keiner wirtschaften. [...] Heute stehen wir einer schlimmeren Invasion gegenüber, der Invasion des ausländischen Getreides und da [...] steht die Königliche Staatsregierung da uns sagt: wir wissen kein Mittel euch zu helfen.“¹⁴⁸⁰ Klinkowstroem empfahl ein Margarinegesetz, die Änderung des Erbrechts, die Umwandlung von Hypotheken in eine Rentenschuld, vergrößerte Meliorationsfonds, Maßnahmen gegen Viehseuchen, Sekundärbahnbau, genossenschaftliche Getreidesilos, agrarfreundliche Zucker- und Branntweinsteuerreformen, letztendlich aber auch die Anhebung der Getreidepreise im Sinne einer agrarkonservativen „moralischen“ Ökonomie. Damit befürwortete er auch den gerade zur Abstimmung stehenden Antrag des Grafen Kanitz-Podangen auf ein staatliches Getreidehandelsmonopol mit garantierten Festpreisen mittlerer Höhe.

Die Probleme der ostpreußischen Landwirtschaft resultierten aus drei Missständen: nicht genügend ausgebildete Verkehrsverhältnisse, zu wenig Bevölkerung, Mangel an Industrie. Diese „Strukturmängel“ sollte durch die sogenannte innere Kolonisation beseitigt werden. Doch bestanden generelle Zweifel, ob staatlicherseits den Defiziten der Ostprovinzen abgeholfen werden könne: Lage, Boden, Klima, Rohstoffmangel seien nicht zu ändern, dem Arbeitskräftemangel auf gesetzlichem Weg nicht beizukommen, die Getreidemärkte in England und Skandinavien nur durch niedrige Preise zurückzugewinnen.¹⁴⁸¹ Als das Rentengutgesetz verabschiedet wurde, kamen die Widersprüche zwischen wirtschaftlicher Modernisierung und Erhaltung eines politisch-gutsherrschaftlichen Status Quo in den Herrenhaus-Debatten zum Vorschein. Einerseits rief man nach staatlicher Hilfe, andererseits

¹⁴⁸⁰ Zit. nach: Spenkuch, Herrenhaus, S. 222 f.

¹⁴⁸¹ Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 223 ff. (Beratung im Staatsministerium am 11. November 1890).

lehnte man jede nicht selbst kontrollierte Strukturmaßnahme, selbst die Vergabe von Grenzböden und Außenschlägen an Neusiedler ab, vor allem aber deren politische Mitsprache. Um „Herren“ zu bleiben, verhinderten die Gutsbesitzer eine kommunale Neugliederung, verzichteten auf Ansiedlung und Gewerbeinitiative mit dem Ergebnis, als einzig Wohlhabende künftig stärker zu finanziellen Leistungen für Armenpflege, Schulen, Sozialversicherung und Wegelasten herangezogen zu werden, was man eigentlich verhindern wollte. Folge war die Abwanderung weiterer Arbeitskräfte aus den Gutswirtschaften in die Städte, wie die Minister Miquel und Berlepsch auf ihrer Informationsreise durch Ostpreußen feststellen mussten. Diesen gutsherrlichen Konservatismus hatte Erbmarschall Eduard Gans zu Putlitz schon 1858 kritisiert: „Wollten doch unsere Herren wie die Lords in England begreifen, dass konservativ nicht gleichbedeutend ist mit angenagelt. Möglichst das Bestehende erhalten, das Fallende zur rechten Zeit abtragen, und auf festem Grund neu bauen, das ist konservativ, da gibt's keine Ruinen.“¹⁴⁸² Eine Umstellung auf intensive Veredlungswirtschaft war der allgemein empfohlene Ausweg aus der Misere. Eine Vielzahl fähiger Landwirte auch aus Lehndorffs Umfeld gelang diese Umstellung: Borcke-Starogordt wurde Vorsitzender des Pommerschen Pferdezüchtervereins und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG); Brünneck-Belschwitz sen. war seit den 1830er Jahren als Vorkämpfer der Merino-Schafzucht in Ostpreußen bekannt; Kanitz-Podangen sen. stand längere Zeit an der Spitze der ostpreußischen Generallandschaftsdirektion; Tettau-Tolks gründete 1833 einen der ersten landwirtschaftlichen Kreisvereine und 1889 eine der ersten Molkereigenossenschaften; Tortilowicz-Batocki stand seit 1907 an der Spitze der Landwirtschaftskammer Ostpreußens; Graf Klinkowstroem, Landrat in Gerdaunen, wirkte seit 1893 im Bund der Landwirte.¹⁴⁸³

Kirchenbauprojekt im Drei-Kaiser-Jahr

Am 9. März 1888 starb Kaisers Wilhelm I. Sein Tod berührte Anna Lehndorff sehr, die immer in großer Loyalität zum preußischen Königshaus gestanden hatte. In Rosengarten wurde 14 Tage lang von 12 bis 13 Uhr geläutet. Trauerandachten und Trauergottesdienste fanden hier und in Doben statt.¹⁴⁸⁴

1885 hatte Anna Lehndorff gegenüber Stoecker die Kirchenlosigkeit Berlins beklagt.¹⁴⁸⁵ Nun knüpfte sie an ein bereits 1878 gedanklich entwickeltes Bauprojekt an, um „das Andenken unseres hingegangenen unvergesslichen Kaisers durch Kirchenbau in der Reichshauptstadt zu ehren“. Adolf Graf zu Dohna-Schlodien zweifelte nicht, die Idee „werde in unserer Volke vollen Anklang und Boden finden. Ob dieselbe soweit zu realisieren sein wird, dass eine jede Provinz ihren besonderen Kaiserbau ausführen könnte, erscheint allerdings sehr zweifelhaft, insbesondere in Anbetracht der dadurch bedingten Dotationen. Besonders fürchte ich, dass auch hier die weltlichen Forderungen den geistlichen schwere Konkurrenz machen werden, auch in unserer Provinz, wo der Wunsch besonders nahe liegt, dem verewigten teuren Herrn in der Krönungsstadt ein würdiges Denkmal in Gestalt einer Reiterstatue zu setzen. Trotzdem bin ich gern bereit, für die in dankenswerter Weise in Anregung gebrachte Idee persönlich einzutreten in der Hoffnung, wenigstens einigermaßen zur Befriedigung des schwer auf

¹⁴⁸² Zit. nach: Spenkuch, Herrenhaus, S. 226 f.

¹⁴⁸³ Weitere Beispiele: Spenkuch, Herrenhaus, S. 221.

¹⁴⁸⁴ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [3.12.2019].

¹⁴⁸⁵ GStA PKVI. HA, Nachlass Adolf Stoecker, Nr. 30, Bl. 1–6v.

Berlin lastenden religiösen Bedürfnisses beitragen zu können.“ Auf einer Versammlung des ostpreußischen Pastoral-Hilfsvereins wollte er die Gelegenheit nutzen, den Gegenstand „im Kreise von Männern zu besprechen, denen ich ein warmes Herz für die Sache zutraue. Besonders wird zu erwägen sein, ob es sich empfiehlt, das Vorgehen nach diesem Ziel für Preußen und Deutschland zu zentralisieren oder provinziell zu bewirken.“¹⁴⁸⁶ Der am 7. April 1888 zusammengetretene Pastoral-Hilfsverein sah die Sache anders: „Der Bau einer Kirche seitens einer einzelnen Provinz erscheint für Ostpreußen in Betreff der Höhe der dazu erforderlichen Geldmittel ausgeschlossen. Von hier aus die Initiative für den Berliner Kirchenbau im Allgemeinen zu ergreifen, muss angesichts der furchtbaren Kalamität, welche auch unsere Provinz in so unerhörtem Maße betroffen hat und deren Dauer und Ende noch gar nicht abzusehen ist, als gänzlich erfolglos und daher der Sache nur schädlich erscheinen. Sollte jedoch von Berlin als Zentralstelle aus diese hochwichtige Sache, vielleicht in Vorbereitung mit der unter höchster Protektion stehenden Berliner Stadtmission, in Anregung gebracht werden, dann wird es auch bei uns nicht an Männern fehlen, die mit warmen Herzen für die gute Sache antreten wollen.“¹⁴⁸⁷ Graf vom Hagen, an den sich Anna von Lehndorff ebenfalls gewandt hatte, sah es ähnlich. Es sei eine „schöne, große und so recht im Sinne unseres verewigten teuren Kaisers gefasste Idee“, aber ein Privatmann besitze nicht die nötigen Verbindungen, um ein so großes Werk erfolgreich umzusetzen. Die Oberpräsidenten der Provinzen und die Regierungspräsidenten müssten die Sache in die Hand nehmen und durch die Landräte zu einer Sache der Provinzen machen. Nur durch Staatsbehörden und eine organisierte Sammlung könne man die nötigen Summen für Kirchenbauten in Berlin zusammenbekommen. Auch in der Kreuzzeitung sei die Frage, wie dem Kaiser ein Denkmal zu setzen sei, besprochen worden. Dort hätte man für ein Reiterstandbild und einen Dom plädiert, „was ja auch sehr viel für sich hat“. Die Gräfin müsse Kampfgenossen werben, welche der konservativen Partei nahe stehen und Einfluss in Berlin besäßen, wie Kleist-Retzow, von Hammerstein, Chef-Redakteur der Kreuzzeitung, Pastor Engel, Redakteur des Reichsboten, Hofprediger Stoecker. Gelänge es nicht, die Oberpräsidenten zu gewinnen, so sehe er den Plan als gescheitert an.¹⁴⁸⁸ Oberpräsident von Wolff konnte er nicht gewinnen, sich an die Spitze des Projektes zu stellen. Als Königlicher Beamter, der die Interessen beider Konfessionen wahrzunehmen habe, könne er nicht an die Spitze eines Unternehmens treten, das die Kräfte der Provinz in Anspruch nimmt, „um nur den Evangelischen, und zwar nur denen in Berlin, eine Wohltat, wenn auch in Form eines monumentalen Baus, zu erweisen“, zumal das „Verhältnis des Staates zur Katholischen Kirche ein so delikates sei“. Auch glaube er nicht, dass die Idee Erfolg haben werde, da man überall bereits begonnen habe, dem Kaiser Monumente zu setzen und jeder schon zwei bis drei Mal zu Beiträgen herangezogen werden wird, da werde die Gebelust zu einer Gedächtniskirche schwach werden. Auch sei die Zeit mit ihren Forderungen an öffentliche Mildtätigkeit „zur Linderung der Not der Wasserbeschädigten eine ganz besonders ungünstige“ und auch das kaiserliche Dombau-Projekt werde aus den Taschen der Steuerzahler errichtet werden.¹⁴⁸⁹ Graf von Zieten hielt das Projekt für aussichtslos. Bismarck, der mit Stoecker den Gedanken von Provinzialkirchen in Berlin schon früher erörtert hatte, versprach sich mit Stoecker vertraulich in Verbindung setzen und dessen Ansicht zu erbitten. Anna wollte Stoeckers Antwort abwarten. Wenn auch Stoecker sich gegen ihren Plan ausspräche, sei sie bereit, die Listen der bisherigen Geber an die Stadtmission einzusenden. „An meinem Teil habe ich übrigens für den Verein der Kaiserin schon einen Beitrag mit 100 M im Frühjahr eingesandt, außerdem Beiträge in unseren Provinzial-Verein.

¹⁴⁸⁶ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 416 (26. März 1888).

¹⁴⁸⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 416 (9. April 1888).

¹⁴⁸⁸ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 416 (28. März 1888).

¹⁴⁸⁹ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 416 (17. April 1888).

Übrigens hat Herr Hofprediger versprochen, hier wieder eine Missionstour zu machen, um die Herzen für dies wichtige Werk zu erwärmen.“¹⁴⁹⁰ Stoecker, den Anna mit einem „Braten“ der Sache geneigt machen wollte, ging in seinem Brief vom 12. November 1888 überhaupt nicht auf Annas Projekt ein, wohl aber auf die Königsberger Stadtmission, und auf die „Harnacksche Sache“, in die der „Kaiser politisch hineingedrängt“ worden sei. Harnacks dreibändiges Lehrbuch der Dogmengeschichte (1886–1890) hatte starken Widerspruch bei den Konservativen und im Evangelischen Oberkirchenrat gefunden, die seine Berufung nach Berlin verhindern wollten. Im „Dreikaiserjahr“ wurde die „Sache“ mit Unterstützung Bismarcks durch Wilhelm II. entschieden, Harnack bekam jedoch zeitlebens keine Prüferlaubnis für theologische Prüfungen.¹⁴⁹¹ Am 22. März 1891 wurde in Berlin in Gegenwart des Kaisers sowie des Großherzogs und der Großherzogin von Baden der Grundstein für die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche an der Ecke Kurfürstendamm/Hardenbergstraße gelegt. Aus ganz Preußen und Deutschland waren dafür Beiträge eingegangen, insbesondere der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein hatte sich um die Einwerbung verdient gemacht und die Gründung eines Evangelischen Kirchenbau-Vereins veranlasst.¹⁴⁹² Noch einmal kam Annas Kirchenbauprojekt zum Vorschein. Als im Dezember 1890 Alfred von Tettau sie darum bat, Sammlungen für Stoecker zu veranstalten, der „nach dem Ausscheiden aus seinem Amte seine ganze Tätigkeit der Berliner Stadtmission und der Leitung der christlich-sozialen Partei“ widmete und hierfür einen Saal für den Sonntags-Gottesdienst benötigte, entgegnete sie: „Ich bin natürlich mit Freuden bereit zu sammeln für unseren prächtigen Stoecker und sein geleistetes Werk, aber ich kann nicht leugnen, ich tue solches lieber zu einer Kirche, sie könnte ja den Namen Stadtmissionskirche tragen. Bei der Kirchenarmut Berlins, bei der Bedeutung Stoeckers, will es mir beinahe unwürdig erscheinen, ihm wie einem Sektierer einen Saal zu errichten.“¹⁴⁹³

Nach dem Tod des Kaisers hatte Anna Lehndorff dessen Witwe, Kaiserin Augusta, ihres „tieftrauernden, untätigsten Mitempfindens“ versichert und „der vielgeliebten Majestät [...] das Gelübte unwandelbarer Verehrung und Liebe“ wiederholt.¹⁴⁹⁴ Aus den Akten nach 1888 lässt sich nicht erkennen, dass es den Lehndorffs noch einmal gelungen ist, eine so enge Beziehung zum preußischen Königshaus herzustellen, wie es sie über viele Jahrhunderte gegeben hatte, auch wenn der frühere Hofmarschall Perponcher und Maltzahn gern nach Steinort kamen.¹⁴⁹⁵ Nach dem Tod Wilhelms I. war Heinrich von Lehndorff, der Generaladjutant des alten Kaisers noch in den Dienst von dessen Sohn Friedrich eingetreten. Friedrich III. überlebte seinen Vater nur um 99 Tage. „Alles geht nach dem Marmorpalais zum neuen Kaiser Dienst tun, aber niemand weiß, wer überhaupt bleibt und wer fortgejagt wird [...] Fürst Radolin will sich ins Privatleben zurückziehen. Leutnant Scholz ist ganz aus dem Häuschen und fragt immer: ‚Was wird aus mir?‘ Lehndorff spielt sich auf, als wenn er etwas mitzureden hätte“, schrieb Philipp Fürst zu Eulenburg an seinen Sohn am 17. Juni 1888.¹⁴⁹⁶ Am 27. Juni 1888 verfügte Wilhelm II.:

¹⁴⁹⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 416 (Lehndorff an Dohna-Schlodien, 8. September 1888).

¹⁴⁹¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 7–7a.

¹⁴⁹² Vgl. Daheim, 27. Jg., 1891, Nr. 27: Die Grundsteinlegung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche. Die ursprünglich für den Platz durch Wilhelm I. vorgesehene Dankeskirche wurde auf dem Weddingplatz errichtet. Den Bauplatz schenkte die städtische Verwaltung von Charlottenburg. Geldmittel stellte neben dem Königshaus und der Großherzogin von Baden, Tochter Wilhelms I., die Charlottenburger Luisengemeinde zur Verfügung. Der Verein zur Errichtung eines Obelisken auf dem Potsdamer Platz gab seinen Plan auf und bestimmte diese Mittel zum Kirchenbau.

¹⁴⁹³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 621, Bl. 2–2v, 7–8v.

¹⁴⁹⁴ GStA PK, VI. HA, FA von Lehndorff.

¹⁴⁹⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 484, Bl. 14–14v.

¹⁴⁹⁶ Vgl. Philipp Eulenburgs Politische Korrespondenz, Bd. 1: Von der Reichsgründung bis zum Neuen Kurs, hrsg. von John C. G. Röhl, Boppard a. Rh. 1976, S. 299 f.

„Meinem General-Adjutanten der Kavallerie Grafen von Lehndorff pp. wird der nachgesuchte Abschied, unter Stellung zur Disposition mit der gesetzlichen Pension bewilligt; dieselben treten gleichzeitig in die Kategorie Meiner nicht diensttuenden General-Adjutanten über.“ Der langjährige Generaladjutant des alten Kaisers zog sich ins Privatleben zurück.¹⁴⁹⁷ Bis Ende Juli 1888 bezog er noch ein Gehalt von 1.200 M ohne Dienstzulagen. Seine Pension betrug jährlich 9.885 M.¹⁴⁹⁸

Carol Graf von Lehndorff. Nur ein enfant terrible?

Über das Leben von Carol Graf von Lehndorff existiert nur wenig Überlieferung, keine privaten Briefe, Lebensskizzen, Tagebücher. Die unter einem Pseudonym herausgebrachten Geschichten über ihn sind amüsante Schwänke. Hinter den Zeilen verbergen sich jedoch manche Nachrichten aus dessen Leben. Sie vermitteln aber auch, ob gewollt oder ungewollt, das Bild eines extravaganten Lebemanns, der Steinort an den Rand des Ruins gebracht habe.¹⁴⁹⁹ Marion Gräfin Dönhoff bezeichnete Carol später als unvergleichliches Original, der „in seiner abenteuerlichen Jugend für ostpreußische Verhältnisse zu leichtfertig dahergelebt und darum viele Jahre fern von Europa hatte zubringen müssen.“ Erst die letzten Jahrzehnte seines Lebens habe er wieder in Steinort verbracht, im Wechsel von monatelanger Einsamkeit, fröhlichen Jagden und nächtlichen Trinkgelagen.¹⁵⁰⁰ Er sei der „gut aussehende Rennreiter [gewesen], mit einem Ausdruck der großen Augen, der zu offen verriet, dass er nichts in dieser Welt respektierte. Er war der geborene Rebell. Er passte nicht in die triviale Ordnungswelt. Seine Erfolge wurden, wenn er überhaupt welche hatte, im innersten Gemüt der Frauen und der Kinder gewonnen, und beim einfachen Mann, den Kutschern, Jägern, Fischern und Bauern.“¹⁵⁰¹ Beide Einschätzungen gehen am wirklichen Leben von Carol vorbei.

Von den drei Söhnen, die Anna von Lehndorff auf die Welt gebracht hatte, hatte nur Carol das Erwachsenenalter erreicht, obwohl auch er als Kind an der Diphtherie erkrankte, die im 19. Jahrhundert häufig zum Tode führte. Sicher war er nicht das, was man sich um 1900 unter einer „adligen Persönlichkeit“ vorstellte. Der Begriff, verbunden mit Vorstellungen von Aristokratischem, Edlen, Elitären und Exklusivem und mit dem adligen Wertekanon von Ehre, Pflicht und Ritterlichkeit will nicht recht passen auf diesen letzten Vertreter der Linie Lehndorff-Steinort.¹⁵⁰² Eher auf Carol passend scheint der von Gollwitzer charakterisierte „Grandseigneur“ in der Spielart des „Dandytums“, eine elegante, distinguierte Männlichkeit, der bürgerlichen Normalität entgegengesetzt, verbunden mit Ahnenstolz als charakteristischer Eigenschaft des Verdienstes ohne eigene Leistung.¹⁵⁰³

¹⁴⁹⁷ GStA PK, IV. HA, Rep. 7 Nr. 6733, n. f. (27. Juni 1888).

¹⁴⁹⁸ BArch Freiburg, MSG 109/10864.

¹⁴⁹⁹ Carl von Lorck veröffentlichte unter dem Pseudonym Klaus Klootboom-Klootweitschen die Schwanksammlungen *Der Carol* (München, 1964) und *Der neue Carol* (Frankfurt a. M. 1968) nach einem Manuskript seiner Frau Anni. Das reale Vorbild für die Hauptfigur Carol Graf Sassenburg war Carol Graf von Lehndorff, der Onkel seiner Frau. Ähnliches beabsichtigte Wilhelm Matull, der zahlreiche ostpreußische Anekdoten für eine Veröffentlichung zusammentrug, in: GStA PK, I. HA, Rep. 224 F, Karton 76.

¹⁵⁰⁰ Vgl. Dönhoff, Marion Gräfin, Heinrich Graf Lehndorff. *Leben und Sterben eines ostpreußischen Edelmannes*, in: *Dauer im Wandel. Festschrift zum 70. Geburtstag von Carl Burckhardt*, München 1961, S. 114–122, hier S. 118.

¹⁵⁰¹ *Der neue Carol*, S. 23.

¹⁵⁰² Vgl. Seelig, *Alltagsadel*, S. 208.

¹⁵⁰³ Vgl. Gollwitzer, Heinz, *Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918*, Stuttgart 1957.

Carol war wie seine Schwestern Anna und Agnes in der Obhut von Erzieherinnen aufgewachsen, die man sich in Adelskreisen gegenseitig empfahl.¹⁵⁰⁴ Im Alter von neun Jahren war er bereits „rebellisch“ und den Möglichkeiten seiner Erzieherinnen gänzlich entwachsen.¹⁵⁰⁵ Hans von Lehndorff schreibt später, seine Mutter hätte „ihre liebe Not mit ihm gehabt und immer wieder versucht, sein Leben in geordnete Bahnen zu lenken.“¹⁵⁰⁶ Anna von Lehndorff wählte für Carol vor allem tugendhafte und bibelfeste Hauslehrer aus, denen er das Leben schwer machte. Hosäus war ebenso wie die Kandidaten der Theologie Baltzer und Schüttoff an Carols Erziehung und Ausbildung „verschlossene“ worden. Gustav Molwitz begleitete ihn später nach Dresden.¹⁵⁰⁷ 1870 hatte sein Vater Carl Meinhard geäußert: „Betreffs des Carolus halte ich gegenwärtig für das wichtigste alles zu tun, um ihn zu willigem Gehorsam gegen seinen Lehrer, zu mehr Zuverlässigkeit und Treue anzuhalten.“¹⁵⁰⁸ Während sich der Hauslehrer der jungen Gräfin Anna, Pfarrer Gerlach, gern an die Steinorter Tage erinnerte und Carols Schwester Anna als Schülerin lobte, und sich auch Pfarrer Borkowski 1871 noch lebhaft nach „Comtesse Anna, die ich hoch verehere“, erkundigte, hatte er für die Erziehung Carols nur folgenden Ratschlag: „Carol halte ich für ein kräftiges Kind und seiner immensen geistigen Regeamkeit müssen die Nerven des Körpers dienen. Je mehr Stunden ihm deshalb Körperstärkung gewährt werde, umso leichter stellt sich das richtige Maß der Wechselwirkung von Geist und Körper her.“¹⁵⁰⁹ Ein Hinausschieben der Einsegnung Carols hielt von Puttkamer nicht für sinnvoll, da Carol glaubte, er könne sich vieles erlauben, da er noch nicht eingesegnet sei. Er werde ihm beim Verständnis der christlichen Lehren behilflich sein und ihm den Ernst der Einsegnung begreiflich machen. Wenn Anna an ihren Sohn schreibe, solle sie ihn zu „angestrengherem Fleiß und größerer Aufmerksamkeit“ ermahnen, denn seine Arbeiten seien immer noch durch „Flüchtigkeit und wenig Lust“, „Zerstreuung und Gedankenlosigkeit“ gekennzeichnet.¹⁵¹⁰

Im Gegensatz zu den Söhnen von Pauline von Dönhoff, die 1873 erfolgreich in die Berliner Gesellschaft eingeführt wurden, oder der Tochter des Grafen Georg von Lehndorff, die an den Hoffeierlichkeiten zum Karneval teilnahm und bei der Cour dem Königshaus vorgestellt wurde, legte Carol auf solche gesellschaftlichen Anlässe ebenso wenig Wert, wie auf familiäre Feierlichkeiten: „Leider aber musste Carol die gnädige Einladung dankend ablehnen, da er wegen Erkältung seit einigen Tagen sich krank gemeldet und daher diese offizielle Feier nicht mitmachen durfte, was ihn indessen nicht hinderte, abends wohl [...] zu General Below herauszufahren, was dem hohen Vorgesetzten verborgen blieb“, schrieb Pauline Dönhoff tadelnd der Schwägerin. Ihre Söhne werden jedoch dafür sorgen, „dass es Paula auf den Bällen nicht an Tänzern fehlt, denn 3 tanzende Vettern sind ein sehr

¹⁵⁰⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 486, Bl. 5–6v. Paula von Bülow riet von der Beschäftigung eines Fräulein Thiele dringend ab. Seraphine Kleinhaus war vor ihrer Stellung als Hauslehrerin Carols und/oder von dessen Schwestern bei der Schlippenbachschen Verwandtschaft in Kings College tätig. Im Herbst 1876 schrieb sie lange Briefe aus Odessa, wo sie ihre Nichten unterrichtete, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 30 ff. Marie Oldenburg ging mit einem Empfehlungsschreiben der Lehndorffs 1883 als Hauslehrerin nach Hohenfelde, StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 112–112v.

¹⁵⁰⁵ Vgl. Der neue Carol, S. 11.

¹⁵⁰⁶ Vgl. Lehndorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 182.

¹⁵⁰⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 317, 318, 327. Molwitz war auf Empfehlung von Prof. Franz Delitzsch als Hauslehrer eingestellt worden, ebd., Nr. 521, Bl. 75, 77–78v. Baltzer bestand 1873 seine Prüfungen und hoffte auf eine Stellung als Hilfsprediger, Nr. 321, Bl. 4–5.

¹⁵⁰⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 396, Bl. 8–8v.

¹⁵⁰⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 43–44; Nr. 576, Bl. 25–27v.

¹⁵¹⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 494, Bl. 22 (Fragment).

schätzenswertes Material für ein ganz fremd in die große Berliner Gesellschaft eintretendes junges Mädchen, was sonst leicht übersehen werden kann, in dem großen Menschengewühl.“¹⁵¹¹

Carol von Lehndorff besuchte das Vitzthumsche Gymnasium in Dresden. Zu den ‚quondam vitzthumiani‘ gehörte Philipp zu Eulenburg ebenso wie die Söhne der Erbgroßherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.¹⁵¹² Unter dem „trefflichen lieben Molwitz“ seien er und Rudolf (der sich bisher nicht identifizieren ließ) „in so treuer Hut und guter Leitung wie nur möglich“, schrieb der mit der Familie befreundete Kunsthistoriker Max Jordan im April 1874 an Anna von Lehndorff.¹⁵¹³ Jedoch schon am 5. April 1876 kamen schlechte Nachrichten aus Dresden. Lehndorff telegraphierte aufgebracht an Anna: Carol sei nicht versetzt; „nach eingeholten Aussichten sei wahrscheinlich Abgang von der Schule rätlich.“¹⁵¹⁴ Um 1878 besuchte er wie sein Vorfahr Ernst Ahasverus Heinrich die Ritterakademie in Brandenburg.¹⁵¹⁵

Seine militärische Ausbildung absolvierte er in einer kleinen pommerschen Garnison. Von hier aus besuchte er an den Wochenenden, und angeblich nicht nur dann, Berlin und die Pferderennen in Hoppegarten sowie den dortigen Union-Club.¹⁵¹⁶ Bereits zu dieser Zeit habe er „tief in Schulden [gesteckt], für die auch ein Besitz wie Steinort auf die Dauer nicht geradestehen konnte, und der Familienrat musste immer wieder zusammentreten, um zu überlegen, wie man seinen Tatendrang zügeln könnte. Das ist nur unvollständig gelungen“, schrieb Hans von Lehndorff in seinen Erinnerungen, die eigentlich gar nicht seine Erinnerungen sein konnten, sondern „Familiensaga“. Wenn Carol nach Graditz kam, habe er in den „sonst so akkurat und pünktlich funktionierenden Haushalt einen Wirbel [gebracht], der sich erst nach Tagen wieder legte.“ Große Hochachtung habe er für Hans Mutter empfunden und auch mit dessen Vater, „der ihn von Jugend auf kannte und nicht viel jünger war als er“, kam er gut aus, „weil der sich nicht scheute, ihm gehörig eins draufzugeben.“¹⁵¹⁷ Kein Wort von den Schulden, die auf dem Fideikommiss lasteten, von dem finanziellen Fiasko der Strousberg-Affäre, von fehlgeschlagenen Aktienenspekulationen, von finanziellen Versprechen, die Anna ihren wohlthätigen Stiftungen machte.

Durch die militärische Ausbildung hatte sich Anna für den „missratenen“ Carol und die Baronin von Spitzemberg für ihren „schlappen“ Lothar Besserung erhofft. Interesse oder Begabung waren für die militärische Profession von Adelsöhnen unerheblich.¹⁵¹⁸ Fedor von Zobeltitz erinnerte sich: „Also, ich sollte in das Kadettenkorps gesteckt werden. Alle Zobeltitz hatten des Königs Rock getragen, und da fragte denn niemand, ob ich Anlage

¹⁵¹¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 145–146v.

¹⁵¹² https://de.wikipedia.org/wiki/Vitzthum-Gymnasium_Dresden [28.11.2019].

¹⁵¹³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 521, Bl. 77–78v.

¹⁵¹⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 576, Bl.162.

¹⁵¹⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 283. Elard von Oldenburg, der nach dem Besuch des Königsberger und des Fürstlichen Gymnasiums in Wernigerode auf die Ritterakademie Brandenburg gewechselt war, war dort wegen Disziplinproblemen relegiert worden und hatte nur mit Privatlehrern die für die Offizierslaufbahn nötige Primareife erlangen können, vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 188. Dass das keinesfalls auf „intellektuelle Unfähigkeit“ zurückzuführen ist, zeigen seine spätere Tätigkeit als engagierter Landwirt in Januschau ebenso wie seine Arbeit im Bund der Landwirte, als Vorsitzender der westpreußischen Landwirtschaftskammer, als Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Reichstages.

¹⁵¹⁶ Vgl. Der Carol, S. 26 f.

¹⁵¹⁷ Vgl. Lehndorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 182 ff.

¹⁵¹⁸ Vgl. Das Tagebuch der Baronin von Spitzemberg, S. 201, 331.

und Neigung zum militärischen Beruf hatte.“¹⁵¹⁹ Lehndorff wurde als Portepfefährnrich im neuen Dragoner-Regiment Kassel, Regiment 3 1882 und 1883 ausgebildet und war 1885 im selben Regiment zum Seconde-Leutnant aufgestiegen. In den Akten zur Auflösung des Fideikommisses wird er als „Lieutenenat à la suite des Neumärkischen Dragoner Regiments Nr. 3“ bezeichnet.¹⁵²⁰ Dann begab er sich auf Reisen.¹⁵²¹ 1886 hielt er sich in Paris auf. Adelheid Gräfin von Reichenbach ersuchte Anna, ihren „lieben Ältesten“ dazu zu bringen, für einen guten Bekannten ihres Mannes, „den jungen Gerlach, Neffe des Präsidenten“ und dessen Bruder tätig zu werden. „Beide junge Männer machen ihrem Namen wieder Ehre, und der eine von ihnen, der in diesen Tagen sein schriftliches Assessor-Examen in Halle macht, will gleich darauf nach Paris reisen und sich eine Zeit hier aufhalten. Da würde es Bogdan nun so ungemein viel Freude machen, ihm ein wenig nützlich sein zu können, und er bittet mich dringend darum. Was aber können wir großartig für ihn Bekanntschaften schaffen, die wir hier, wie Carol das weiß, eingezogener als in Basedow oder Dessau leben? Aber ich habe einen sehr ausgezeichneten Neffen, der hier in Paris der Lion der diplomatischen Zirkel, wie ich glaube selbst in intimer Beziehung zum Kaiser stand. An diesen nun wende ich mich mit der herzlichen dringenden Bitte um einige Empfehlungsschreiben.“ Carol, sollte dabei „nicht zu faul und nicht zu vorsichtig diplomatisch“ sein, auch könne die Erfüllung des Wunsches ihm Ehre bringen, schrieb sie am 30. Mai 1886.¹⁵²² Wie und wo Carol nach seiner Rückkehr aus Paris seine Ausbildung fortsetzte, ist nicht bekannt. Sein Professor hatte spätestens im Sommer 1887 Steinort verlassen. Tante Reichenbach riet alles, ohne Berücksichtigung der Kosten, daran zu setzen, „den trefflichen Mann für Carol zu konservieren“. Sie war hochofreut, dass er seine Rückkehr versprach. „Schade ist es, dass er gerade den Sommer, wo es so wunderschön in Steinort ist, nun nicht da sein wird. Indessen zu welcher Zeit (mit Ausnahme der Schmutz-Monate) ist Steinort überhaupt nicht schön und fesselnd?“, schrieb sie am 14. April 1887.¹⁵²³

Während Anna von Lehndorff sich im September 1887 nicht in Steinort aufhielt, reiste Carol nach Berlin zu den Revuen. ‚Tante Reichenbach‘ sorgte sich, welche Probleme er nun wieder bereitet haben könnte. „Er ward doch gelegentlich der Revuen einige Tage hier in Berlin. Hat er wieder Schulden gemacht, die Dich in neue Sorgen stürzen, oder was könnte es sonst sein?“ Aber nicht nur Carol machte ihr Sorgen, sondern ebenso Annas Lebensstil. Sie danke für den Champagner, aber es sei eine zu große Ausgabe, die sie unterlassen solle. Da aber ihr Arzt darauf dringe, dass sie stärkenden Wein trinke, habe sie mit „Borchardt“ einen Umtausch in „Zypern-Wein“ ausgehandelt, den sie nun auf die Gesundheit trinke.¹⁵²⁴

Ob Carol, dem Aufmüpfigen, ständig die große ruhmreiche Vergangenheit der Familie, die Leistungen und Verdienste der Vorväter als Mahnung und Vorbild vor Augen geführt worden waren? Von seiner Mutter Anna wissen wir um deren intensive Bemühungen, die Familiengeschichte in das rechte Licht zu rücken. Das Verhältnis zu ihr scheint angespannt gewesen zu sein. Zudem war sie wie auch der Vater häufig abwesend: in Berlin, in

¹⁵¹⁹ Zobeltitz, Fedor von, *Lebenserinnerungen*, S. 34. Eine Anmeldung bei Kadettenanstalten, Ritterakademien etc. war ab 8 Jahren möglich, das Zulassungsalter lag bei 11 Jahren. Insbesondere die Kadettenkorps sollten „missratene Söhne“ zähmen, d. h. ihre individuellen unadeligen Verhaltens- und Denkweisen brechen, vgl. Salomon, Ernst von, *Die Kadetten*, Berlin 1937, S. 7–9; weitere Beispiele bei Funck, Marcus, *Vom Höfling zum soldatischen Mann. Varianten und Umwandlungen adeliger Männlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, in: Eckart, Conze/Wienfort, Monika (Hrsg.), *Adel und Moderne*, Köln/Wien 2004, S. 205–235., S. 214 f.

¹⁵²⁰ GStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150, Bl. 56; APO, Bestand 382 FA Lehndorf, Nr. 308.

¹⁵²¹ Vgl. *Der Carol*, S. 13 f.

¹⁵²² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 454, Bl. 6–6v.

¹⁵²³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 454, Bl. 316–317v (Fragment)

¹⁵²⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 454, Bl. 318–319v.

Dresden, in Gastein, in Basedow usw. Unwillkürlich drängen sich die von Hans Lehndorff beschriebenen, aus den Rahmen winkenden Vorfahren aus der Steinorter Ahnengalerie auf, die auch in der Abwesenheit der Eltern prüfend auf den jungen Carol als künftigen Besitzer von Steinort schauten. Wurden sie deshalb von ihm später so nachlässig behandelt?

Eheschließungen. Ein Exkurs

Obwohl es verschiedene Bewerberinnen gab, blieb Carol unverheiratet.¹⁵²⁵ Im „Carol“ wird häufig seine Nichte „Nandine Jägerndorff“ erwähnt; bei deren Vater Siegmund Jägerndorff kann es sich nur um Lehndorffs Schwager Siegmund von Schroetter auf Groß Wohnsdorf („Rohnsdorf“), den Ehemann seiner Schwester Anna („Änni“) handeln. Deren 1890 geborene zweite Tochter Anna hieß mit viertem Namen Nandine. Im „Carol“ heißt es aber auch, er hätte zu hoch hinausgewollt, und habe deshalb keine Braut bekommen. „Das hab ich selber falsch gemacht. Du kennst meine Geschichte“, lässt ihn der Verfasser des „Neuen Carol“ zu dem heiratswilligen „Güterdirektor Hintersass“ sagen. Das stimmt mit der Lebensgeschichte Lehndorffs überein. Während seiner Reisen war er in Paris in Kontakt mit Hofkreisen gekommen, die Verschlüsselung der Namen ließ sich bisher nicht auflösen.¹⁵²⁶ Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten testierte dem Junggesellen große Sittenstrenge und Moral: „Eines Tages wurde ich nicht mehr zur Jagd in Steinort eingeladen: Der Jagdherr verübelte mir als verheiratetem Mann eine harmlose Liebelei mit einem hübschen Mädchen, das ebenfalls zur Jagdgesellschaft gehörte.“¹⁵²⁷

Trotz der großen finanziellen Probleme Steinorts inakzeptabel, möglicherweise aber auch unseriös, war das Angebot eines Heiratsvermittlers, Carol mit einer reichen Jüdin, die sich nach einem Adelstitel sehnte, zu verheiraten. Für den Makler sollte dabei eine Provision von 100.000 M herauspringen.¹⁵²⁸ Eine Heirat in das Judentum kam in evangelischen Adelskreisen einer gesellschaftlichen Katastrophe gleich. Der 1865 geborene Rittmeister Graf Wilhelm von und zu Arco, der die Mitgift seiner Mutter Berta von Treskow in Form einer Gutsherrschaft von 950 ha in den Konkurs gewirtschaftet hatte, provozierte 1912 durch seine Eheschließung mit der 50-jährigen Julie Mannheimer, Witwe und Millionenerbin des 1910 verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Isidor Löwe, einen öffentlichen Skandal. Über die Braut schrieb das Berliner Klatschblatt „Die Wahrheit“, „dass Frau Löwe ganz offiziell Heiratsvermittler damit beauftragt hatte, sie wieder unter die Haube zu bringen, und dass sie seit Monaten auf dem Berliner Heiratsmarkt angeboten wird wie sauer Bier.“¹⁵²⁹

¹⁵²⁵ Mesenhöller konstatiert bereits für die Zeit bis 1800 einen Rückgang der „Hypothese vom konstant gegebenen Heiratswillen“, auch im Falle des Vorhandenseins stattlicher Vermögen, bevor nach ca. 1820 der „Kult der Familie“ einsetzte, der „Stand, Stamm und Namen zusammenmachte.“ Ehelosigkeit hätte zur Überwindung von Krisen und zur Konsolidierung des Standes beigetragen, vgl. Ders., Ritterschaftsadel, S. 321 f.

¹⁵²⁶ Vgl. Der neue Carol, S. 51.

¹⁵²⁷ Dohna-Schlobitten, Erinnerungen, S. 162 ff.

¹⁵²⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 300, n. f. (1902).

¹⁵²⁹ Zit nach: Treskow, Adel in Preußen, S. 356. Die Familien von Cohn, von Hirsch, von Goldschmidt, von Rothschild, von Bleichröder, von Oppenheim, von Mendelssohn entfielen aus dem adligen Heiratsmarkt, auch wenn Gerson (von) Bleichröder Bankier Bismarcks und der Grafen von Hatzfeld, von Lehndorff und anderer preußischer Adelsfamilien war, und der 1888 geadelte Franz von Mendelssohn Zutritt zu den ersten Kreisen in Berlin genoss. vgl. Reitmeyer, Morten, Bankiers im Kaiserreich. Sozialprofil und Habitus der deutschen Hochfinanz, Göttingen 1999, S. 151 f., 158.

Noch bis weit in das 19. Jahrhundert hinein war es üblich, das Heiratsverhalten des erstgeborenen Sohnes durch Familienordnungen zu kontrollieren und im Fall nichtstandesgemäßer Wahl die Zustimmung zu verweigern.¹⁵³⁰ Standesgemäß wäre für Carol eine Tochter aus adligem Haus, im Notfall auch eine reiche Tochter aus bürgerlicher, dann nobilitierter Familie gewesen.¹⁵³¹ Zwar konnte in Preußen ab 1868 ohne Konsens der Familie geheiratet werden, jedoch hatte sein Vater als Fideikommiss-Stifter gegen unstandesgemäße Eheschließungen Vorsorge getroffen.

Dass eine standesgemäße Verbindung nicht das einzige Kriterium für Lehndorffsche Eheschließungen war, ist bereits im 18. Jahrhundert nachweisbar. Wie Eheanbahnungen, -verträge und Korrespondenz zeigen, waren finanzielle Aspekte sowie der Erhalt und die Sanierung des ererbten Grundbesitzes von ebenso großer Bedeutung. Mit den Familien Schlippenbach und Schmettau (Brandenburg), Dönhoff, Eulenburg, Kanitz, Kalnein und Wallenrodt (Ostpreußen), Hahn, Schwerin und Podewils (Pommern) reichten die verwandtschaftlichen Beziehungen nicht nur weit in andere Regionen hinein, sondern vor allem in außerordentlich vermögende Familien. Die Verbindung in die erst spät nobilitierte Familie Haeseler (Herzogtum Magdeburg) ist, wenn man so will, der einzige „Ausreißer“ im untersuchten Zeitraum vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, den die finanzielle Liquidität dieser Familie mehr als wett machte.¹⁵³² Beliebt waren zudem Verwandtenheiraten, wie die zahlreichen Eheschließungen mit den Dönhoffs zeigen, zur Bewahrung der eigenen Identität, zur Wiedereinigung von durch Erbteilung abgespaltenen Gütern und zur Bewahrung eines starken familiären Zusammenhalts.

Heiratsambitionen des Carol haben in den Quellen keinen Niederschlag gefunden, wohl aber die dessen Schwestern betreffenden Planungen. Da Frauen durch ihre Heirat in den Stand des Mannes assimiliert wurden, bestimmte dieser nicht nur über deren künftiges Vermögen, sondern auch über ihren gesellschaftlichen Stand. Während adlige Söhne von einer Eheschließung mit reichen Bürgerstöchtern oder Töchtern aus bürgerlich-adeligem Haus durch Partizipation am bürgerlichen Kapital profitieren konnten, was nach der Agrarkrise von 1890 häufiger vorkam, bedeutete die Heirat einer adligen Tochter mit einem Bürgerlichen deren Austritt aus der adeligen Familie.¹⁵³³ Deshalb hüteten sich adlige Töchter vor Heiraten in Fabrikantenfamilien und wenn sich ein bürgerlicher Ehemann nicht vermeiden ließ, sollte dieser zur alten städtischen Elite gehören oder wenigstens Professor, Arzt, Bankier, Pfarrer oder Künstler mit hochkonservativem Hintergrund sein. Als Beispiel sei die 1911 geschlossene Ehe zwischen Adelheid von der Schulenburg mit Hans Grimm, dem Verfasser des Romans „Volk ohne Raum“ angeführt.¹⁵³⁴

Bei den Lehndorff-Töchtern mussten die Ehepartner zwei Kriterien erfüllen: Sie sollten nach Annas Wunsch von mindestens gleichgestellter Adelsqualität sein, und es musste sich aufgrund der eigenen finanziellen Lage um gute Partien mit finanziellem Potential handeln.¹⁵³⁵ Dass aufgrund der Standeserwartungen das Recht auf eigenes Leben zurückzustellen war, lässt sich erahnen. Vor allem Magdalena, die 1856 die Verwandten in England besucht hatte, und die in Literatur und Geschichte bewanderte Anni, die sich 1881/82 in Longleat Warminster

¹⁵³⁰ Zum Heiratsverhalten des ostelbischen Adels: Wienfort, Monika, *Der Adel in der Moderne*, Göttingen 2006, S. 113.

¹⁵³¹ 1905 hatte Hildegard von Gruschwitz mit einer üppigen Mitgift und einem Aktienpaket von 500.000 Goldmark in die uradelige Familie von Kessel eingeheiratet. Ihre aus der Hugenottenfamilie Jordan stammende und erst mit 20 Jahren in den Adelsstand aufgestiegene Schwiegermutter lehnte diese Verbindung als nicht standesgemäß ab, vgl. Treskow, *Adel in Preußen*, S. 356.

¹⁵³² Der Familie entstammte im 19. Jahrhundert der Generalfeldmarschall Gottlieb Graf von Haeseler, vgl. NDB, Bd. 7, 1966, S. 425 f.

¹⁵³³ Damit wurde auch deren Eintrag im „Gotha“ gestrichen.

¹⁵³⁴ Deren Schwiegervater Julius Grimm zählte 1884 zu den Gründungsmitgliedern des Deutschen Kolonialvereins.

¹⁵³⁵ Rüdiger von Treskow hat für die biologischen Nachkommen Sigmund Otto von Treskows solche Verbindungen ausgezählt. Bis 1880 trugen von insgesamt 196 Personen ganze sechs Erben keinen Adelstitel, vgl. Treskow, *Adel in Preußen*, S. 352.

(England) auf dem Landsitz der Lady Bath aufgehalten hatte, und die von dort mit modernen Lebensentwürfen zurückgekehrt waren, gerieten in diese Auseinandersetzung.¹⁵³⁶ Während sich das Leben junger bürgerlicher Frauen um 1900 durch die Frauenbewegung drastisch änderte, blieben den jungen adligen Frauen solche Perspektiven durch Einflussnahme der Familie verwehrt, zugleich verschlechterten sich insbesondere bei Mangel an Vermögen deren Heiratschancen. Aber noch war es unvorstellbar, dass eine Lehndorff eine berufliche Ausbildung aufnehmen könnte, die ihr eine berufliche Perspektive und gesicherte ökonomische Position verschafft hätte, wie es nach der Jahrhundertwende in den zahlreichen vom Reifensteiner Verein gegründeten Wirtschaftlichen Frauenschulen, die sich nach 1914 im gesamten Reichsgebiet ausbreiteten, möglich wurde.¹⁵³⁷

Die 31-jährige Anna und die 25-jährige Agnes brachten weniger Mitgift als Prestige und Ansehen aufgrund ihrer alten „Adelsqualität“ in die Ehe ein. Anna heiratete Sigmar Freiherr von Schroetter, Agnes ehelichte Otto von Schwerin.¹⁵³⁸ ‚Tante Reichenbach‘, die am 3. November 1887 zur Verlobung der „geliebten nunmehrigen Braut“ gratulierte, schrieb aus diesem Anlass: Zwar bringe der Zukünftige wenig „äußeren Glanz“, als es „ursprünglich ihr wohl bestimmt war, aber welche Erhöhung innerer Segensgrade für einen Charakter wie dein liebes Kind“. Sie freue sich darauf, dass die „Ausstattungs-geschäfte“ beide bald nach Berlin führen werden.¹⁵³⁹

Carol in der Politik

Die Rekonstruktion der weiteren Lebensstationen Carol von Lehndorffs ist aufgrund fehlender Quellen schwierig. Im Herbst 1888 muss er sich in Steinort befunden haben. Für die bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlen richtete er sich mit einem „Wahlaufruf“ an die Wähler der konservativen Partei, die schon 1866 sein Vater Carl Meinhard und Baron Wilhelm von Minnigerode unterstützt hatten. Minnigerode gehörte damals dem geschäftsführenden Ausschuss des Central-Comites zur Organisation der (deutsch-)konservativen Partei an, hatte für den Landesteil das Amt eines Delegierten übernommen und war zu einem Führer der Partei geworden, in der er vor allem im agrarischen Sinne tätig wurde. Von 1871 bis 1877 war er Abgeordneter des Wahlkreises Königsberg 7 (Preußisch Holland – Mohrunen), von 1878 bis 1884 des Wahlkreises Danzig 1 (Elbing – Marienburg i. Westpreußen), von 1877 bis 1888 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. 1884 war er in den preußischen Staatsrat berufen worden und hatte auf eine Neuwahl in den Reichstag verzichtet. 1888 hatte er sich aus dem parlamentarischen Leben zurückgezogen, nahm aber Ende 1892 bei einer Ersatzwahl noch einmal ein Mandat für das Abgeordnetenhaus an, aus dem er aber 1893 wieder ausschied. Lehndorff und Minnigerode waren nicht zuletzt dadurch miteinander bekannt, da Minnigerode seit 1865 mit Amelie Friederike Caroline Freiin von Schroetter, der Tochter des preußischen Juristen und Landrates Wilhelm von Schroetter verheiratet war.

In seinem Wahlaufruf hatte Lehndorff formuliert, es gelte „unser bisheriges Mandat gegen die Deutschfreisinnige Partei zu halten. Der Wahlkampf wird ein schwerer, indem die Gegner keine Mittel scheuen, um uns eine

¹⁵³⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 432, Bl. 13–18.

¹⁵³⁷ Vgl. Wienfort, Adlige Handlungsspielräume, S. 423 ff. Diese Schulen wurden vor allem vom städtischen Militär- und Beamtenadel genutzt, aber auch die Töchter der Kaiserin Wilhelmine, der zweiten Ehefrau Wilhelms II. besuchten solch eine Einrichtung. Erst in den 1930er Jahren finden wir Lehndorff-Töchter mit einer beruflichen Ausbildung. Die 1916 geborenen Zwillinge Ria und Marie-Agnes von Lehndorff besuchten die Handwerkerschule der Stadt Berlin, vgl. LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 12960, Bl. 18, 22.

¹⁵³⁸ Für beide Eheschließungen finden sich im Familienarchiv keine Eheverträge, zumindest für die erste Ehe muss dieser aber geschlossen worden sein, vgl. APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 472, Bl. 15–16v.

¹⁵³⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 454, Bl. 320.

Niederlage zu bereiten. Neben der persönlichen Tätigkeit jedes Einzelnen unserer Parteigenossen zur Belehrung und Stärkung der konservativen Wähler sind Geldmittel dringend notwendig, um den Wahlkampf mit Erfolg zu führen.“ Er bat darum, ihm „recht bald einen Beitrag zur Bestreitung der notwendigen Kosten der Wahl gewähren zu wollen.“ Weitere Geldbeiträge sollten bei bekannten Parteigenossen gesammelt werden.¹⁵⁴⁰

Steinort wird wieder Anziehungspunkt

Trotz aller finanziellen Kalamitäten waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine neue Schule und neue Insthäuser gebaut worden, auch die alte Schmiede und der Krug hatten neuen Glanz bekommen. In Steinort war sogar eine Post eingerichtet worden. Alle Dorf-Gebäude hatten einen neuen Anstrich in Hellrosa mit Weiß erhalten, so dass das Dorf ein freundlicheres Ansehen bot.¹⁵⁴¹ Auch das Schloss war in einem gutem Zustand: „Der weite Ehrenhof öffnete sich. Schräg über den Platz gewann der Wagen die Auffahrt vor dem weißen Haus, diesmal nicht an der Kanzleitür, wo Klootboom schon dienstlich gewesen war, sondern vor dem Hauptportal. [...] Verzaubert still lag der alte Bau unter dem hohen Dach aus uralten Zeiten. Klootboom trat ein. In der Diele fesselte ihn die Doppeltreppe, die in barockem Schwung nach oben führte. An der mittleren Schräge war ein enormes graugoldenes Fell angeheftet, eine Elchhaut. Darunter stand, mächtig wie ein Backofen, ein ausgestopfter Keiler“. An den weißgekalkten Wänden hingen Elch- und Hirschköpfe mit kapitalen Geweihen, die großen Repräsentanten der Großen Wildnis, zu beiden Seiten der Tür gewährte Klootboom ausgestopfte Bleßenten und Haubentaucher, die kleinen Vertreter der Tausend Seen.“¹⁵⁴² Wenn er in Steinort war, führte Carol von Lehn-dorff ein offenes Haus. Seine Gäste kamen aus allen Weltteilen, angelockt vom Ruf Carols und von dessen fürstlicher Gastlichkeit. Es hieß, wer zweimal in Steinort gewesen sei, dürfe unangemeldet und nach Belieben für ein paar Monate oder Jahre dort bleiben. So ist es auch für das Haus von Wilhelm von Lampinet, gen. Bronsart, in Schettningen bekannt, der wie Carol viel reiste, ein gastfreies Haus führte und unverheiratet blieb.¹⁵⁴³

Einige kamen aus echter Freundschaft, heißt es im „Carol“.¹⁵⁴⁴ Zu diesem Kreis gehörte Fritz von Farenheid aus Beynuhen. Beide verband die Sammelleidenschaft. Auch die von Steinort ausgehenden Jagden in der Großen Wildnis waren legendär.¹⁵⁴⁵ Ob Steinort zu den Orten gehörte, die die Kronprinzessin Cecilie während ihrer Ostpreußenreise 1933 besuchte, ist bisher nicht bekannt. Im „Carol“ wird ein solcher Besuch nicht erwähnt und es fehlte zudem an einer gräflichen Hausfrau, wohl unverzichtbar für den gesellschaftlich-repräsentative Teil eines solchen Besuchs.

Folgt man der später verfassten Erinnerungsliteratur, wurden in den folgenden Jahren Instandsetzungen oder Modernisierungen aus finanziellen Gründen aufgeschoben. Akten gibt es darüber nicht. Dass Carol kein Interesse an Steinort hatte oder teilnahmslos und ohne Investitionen wirtschaftete, da mit ihm die Linie Lehn-dorff-Steinort enden würde, kann man ihm nicht unterstellen. Zum einen trat in einem solchen Fall die erweiterte

¹⁵⁴⁰ APO, Bestand 382 FA Lehn-dorff, Nr. 632, Bl. 25.

¹⁵⁴¹ Vgl. Der Carol, S. 41.

¹⁵⁴² Der Carol, S. 41 f.

¹⁵⁴³ Vgl. Wagner, Stationen einer Krönungsreise, S. 113.

¹⁵⁴⁴ Der Carol, S. 40.

¹⁵⁴⁵ Vgl. Der neue Carol, S. 81,

Adelsfamilie in das Erbe ein, zu der, so scheint es, keine unüberbrückbaren Differenzen bestanden.¹⁵⁴⁶ Zum anderen entwickelte Carol Lehdorff den Forst von Steinort zu einer Musterwaldsiedlung. Die großen Forstbestände waren über Jahrhunderte ein wesentliches Element der Lehdorffschen Gutswirtschaft. Immer hatte man darauf geachtet, regelmäßig aufzuforsten und übermäßigen Holzverkauf zu vermeiden, um den wertvollen Waldbestand zu schützen – auch wenn rascher Gewinn lockte. Auch die Pferdezucht, Vollblüter, Kaltblüter, Trakehner und Arbeitspferde, brachte er mit Unterstützung seines Schwager Siegfried Freiherr von Schroetter voran. Problematisch war jedoch, dass er die aus den Holzverkäufen und der Pferdezucht erzielten Erträge als sein Einkommen betrachtete; dass davon auch Hypothekenzinsen und andere Ausgaben der Gutswirtschaft zu bestreiten waren, war für ihn ebenso von nachrangigem Interesse wie Fragen des Steuerrechts.

Finanzprobleme

Folgt man den Erinnerungen Hans von Lehdorffs, waren die finanzielle Krise und die darauf folgende Zwangsverwaltung Steinorts allein durch Carol von Lehdorff zu verantworten. Im „Carol“ sind dessen Lebenswandel, sein Verhältnis zum Geld, seine Wettleidenschaft ausführlich beschrieben, vieles literarisch überzogen. Insbesondere Siegmund Freiherr von Schroetter, als Ehemann von Carols Schwester Anna dessen Schwager, Herrenhausmitglied auf Lebenszeit, hatte für Carols Lebensweise wenig Verständnis, insbesondere nachdem die Generallandschaft und die Fideikommiss-Aufsicht Kritik an der Wirtschaftsführung geübt hatten, die den Zinsdienst für die laufenden Kredite gefährdete, was eine Zwangsverwaltung des Gutes und die Festlegung eines begrenzten Einkommens für dessen Besitzer zur Folge haben würde.

Im Familienarchiv haben sich eine Vielzahl von Belegen für Carols Schulden überliefert und würden die Behauptung Hans von Lehdorffs stützen. Jedoch haben die wirtschaftlichen Probleme bereits viel früher begonnen. Die landschaftlichen Darlehen aus den Jahren lange vor 1884, die auf Steinort lasteten, beliefen sich auf mehrere hunderttausend Mark. Geld- und gutswirtschaftliche Themen durchziehen bereits vor den 1870er Jahren die Korrespondenz zwischen Anna von Lehdorff und dem Steinorter Rendanten Pfeiffer. Anna, die sich nach dem Tod Carl Meinhards mehr schlecht als recht um Steinort kümmerte, ist wohl kaum als talentierte Betriebsleiterin anzusehen. Ob sie für betriebswirtschaftliche Vorgänge überhaupt Interesse oder Verständnis aufbrachte, ist zu bezweifeln.

Unabhängig von der Leistungskraft des Gutes war Anna von Lehdorff eine stattliche Apanage durch die Fideikommissurkunde zugesichert worden. In den 1880er Jahren war das Gut jedoch nicht einmal in der Lage, sich selbst mit Lebensmitteln ausreichend zu versorgen. In dieser kritischen Situation wandte sich Anna im Mai 1885 an Albrecht von Hollen, Besitzer der Güter Hohenwalde und Bilshöfen im Kreis Heiligenbeil. Der Kontakt war durch die Vermittlung des Grafen von Dönhoff-Friedrichstein, ihres Neffen, hergestellt worden. Von Hollen hatte ihr sofort zugesagt, „in landwirtschaftlichen Fragen“ zur Verfügung zu stehen und bot sogar an, dafür nach Steinort zu kommen.¹⁵⁴⁷ Dabei scheint es geblieben zu sein. Bereits im August 1885 war Anna von Lehdorff

¹⁵⁴⁶ Solche Tendenzen für Familien ohne männliche Nachkommen sieht: Medinger, Wilhelm von, Großgrundbesitz, Fideikommiss und Agrarreform, Wien 1919, S. 76.

¹⁵⁴⁷ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 487, Bl. 18.

wieder in Gastein und kümmert sich lieber um Fragen der Inneren Mission und um die Situation des Hofpredigers Stoecker, statt um die Situation Steinorts.¹⁵⁴⁸

Unübersichtlich ist die Buchführung des Gutes, die nicht in Haushalts-, Guts- und Wohltätigkeitsausgaben unterschied. Obwohl er außer den Pensionen, der Brausteuern, dem Vierteljahreshonorar für den Arzt und dem Kauf eines Füllens keine außergewöhnlichen Ausgaben gemacht habe, sei seine Kasse erschöpft, schrieb Rendant Schirrmeister am 23. Oktober 1889 an Anna Lehdorff. In diesem „traurigen Jahr“ könnten die Leute auch nichts von ihrem Tageslohn stehen lassen. Im Oktober hätte er an Lohn und Taglohn 1.027 M verbraucht, die Ziegelei koste wöchentlich 80 bis 90 M. „Ich habe im Oktober im Ganzen bei der Gutskasse verausgabt 2.709 M.“ Die Einnahmen beliefen sich dagegen nur auf 900 M. Bis zum 12. November waren 1.200 M Steuern zu bezahlen, „auch wird der Gesindewechsel zu Martini noch einige Ausgaben erfordern, da möchte ich Ew. Hochgeboren nun gehorsamst bitten, mir wieder etwas Geld anweisen lassen zu wollen. [...] Mit größeren Holzverkäufen ist bei den schlechten Wegen kaum zu rechnen.“¹⁵⁴⁹ Dass Gutsarbeiter einen Teil ihres Lohn zur Verrechnung mit Naturalien oder für Saatgut bei der Herrschaft „stehen ließen“, scheint ebenso üblich gewesen zu sein wie die Anlage von Geld als verzinsliche „Spareinlage“. Diese Einlagen erhöhten vorübergehend die Liquidität, konnten aber in Jahren mit schlechten Ernten Engpässe verursachen und waren nicht abgesichert, was im Konkursfall gravierende Folgen hatte. So konnte am Übergang zum 20. Jahrhundert der Lehdorffsche Besitz nicht mehr als landwirtschaftlicher Musterbesitz gelten. Serwillen, Pristanien, Taberlack, Labab, Klein-Steinort, Stawken, Stobben waren ebenso wie die Fischereigerechtigkeit in den Seen von Steinort, Labab, Taberlack, Stobben, Kittlitz und Pristanien verpachtet.¹⁵⁵⁰ Die letzten größeren nachweisbaren Bauprojekte waren ein Gewächshaus 1879 und der Bau eines Kammer-Ringofens in der Ziegelei in Klein Steinort. Gekürzte Kostenvorschläge sprechen für beschränkte finanzielle Möglichkeiten. Vor dem Bau des Erbbegräbnisses waren Wirtschaftsgebäude dringend notwendig, ebenso zahlreiche Reparaturen auf den Gütern und ein neues Gutshaus in Laserkeim.¹⁵⁵¹

Daneben gab es durchaus moderne Ansätze: Steinort verfügte über eine Meierei, in der eine Dampfmaschine arbeitete. Dazu hatte man das Gebäude der alten Brauerei mit großen Kosten umgebaut. Man hatte den Übergang zu einer Veredelungswirtschaft mit Milch- und Fleischprodukten vollzogen. In der Schafzucht war man vom Woll- auf das Fleischschaf umgestiegen. Die 1880 in Mittenort ausgebrochene Schafpockenepidemie warf zumindest diese Bemühung zurück.¹⁵⁵² Eine Brennerei als zusätzliche Erwerbsquelle gab es seit vielen Jahren, eine weitere wurde in Statzen errichtet. Für die neue Brauerei war ein Hopfengarten angelegt worden. Die Pferdezucht war etabliert. Das Ergebnis der von Richard Klebs im Auftrag der Direktion der Geologischen Landesanstalt vorgenommenen „geognostisch-agronomische Untersuchung“ 1893 liegt nicht vor. Er hatte im Auftrag

¹⁵⁴⁸ GStA PK, VI. HA, Nachlass Adolf Stoecker, Nr. 30, Bl. 1–6v.

¹⁵⁴⁹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 750.

¹⁵⁵⁰ Serwillen wird für 1905 als an Otto Schmidt verpachtet ausgewiesen, vgl. Niekammer's Güter-Adressbücher, Bd. 3, S. 162 f. Groß Steinort mit den Vorwerken Amalienruh, Kittlitz, Upalten, Labab, Sdorkowen und Wittfang war ebenso wie Klein Steinort Verwalter Wolff anvertraut, ebd., S. 184 f., 186 f. Pristanien war an August Schumann verpachtet, Rosengarten an Bruno Romahn, Halbinsel und Gut Sdorkowen an Fr. Lalla, Stawisken an Paul Heilmeyer, Stawken an Ernst Höwig, Stobben an I. Schmidt und Taberlack an Hauptmann a. D. Julius Seddig, ebd., S. 188 f., 190 f. Der Pächter von Haarszen war August Scheller, es wurde von H. Scheller jun. und dem Kgl. Oberförster Biensfeldt verwaltet, ebd., S. 186 f.

¹⁵⁵¹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 253, 254.

¹⁵⁵² StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 237. Zu Nr. 38 des Deutschen Adelsblatts 1893 gab es eine illustrierte landwirtschaftliche Beilage mit dem Titel: Die Dampfkultur, der sich ein umfangreicher Inseratenteil anschloss.

Carols Untersuchungen des Untergrundes auf „Kalk, Sand, Grand, Kies, Ton, Ziegellehm, Torf, Moostorf, Moormergel etc.“ durchgeführt.¹⁵⁵³ Dass alle diese Maßnahmen erfolgreich sein würden, hoffte Heinrich von Lehdorff, damit Annas „vielfache Sorgen und Mühen, wenigstens von dieser Seite, eine Nahrung zu ziehen, endlich einmal aufhören [...]. Wenn sich die Steinorter Wirtschaft endlich balancieren wird, dann werden auch Deine ganzen Verhältnisse mehr Gleichgewicht bekommen, was zu deinem Mute recht notwendig ist, und das jetzige Pulverfass wird endlich aufhören, vorausgesetzt, dass Carol Dir nicht mehr große Steine in den Weg wirft, nachdem sich die kleineren beseitigen.“¹⁵⁵⁴

Durch die Fideikommissbestimmungen unterlag Steinort einem Verschuldungslimit und konnte sich nicht mit der Neuaufnahme von Kapital über Einkommensausfälle retten. So wurde auch der im Februar 1886 von Anna von Lehdorff an die Fideikommissbehörde gerichtete Antrag, eine weitere Schuld- und Pfandverschreibung in Höhe von 450.000 M auf das Fideikommiss einzutragen, abgewiesen.¹⁵⁵⁵ Dass sich die Preise der ostdeutschen Güter über 1.000 ha verdoppelt oder sogar verdreifacht hatten und in anderen Fällen die Beleihungsgrenzen gestiegen waren, war für die einmal festgelegte Beleihungsgrenze von Fideikommissen unerheblich. Im April 1887 geriet Steinort in den Fokus der Fideikommissbehörde, als Unterlagen nicht vorlagen, als unvollständig bemängelt und insbesondere fehlende Kautionszahlungen festgestellt worden waren. Im Oktober 1887 wurde Lehdorff zudem wegen verspäteter Einzahlungen vom Oberlandesgericht gerügt. Am 6. Februar 1890 kündigte das Oberlandesgericht ihm ein Hypothekenkapital mit der Anordnung, dass von ihm „der Antrag auf Zahlung der gemäß § 27 der Stiftungsurkunde angesammelten Masse behufs Tilgung der Hypothek“ zu stellen sein wird. Die „Masse“ bestand zu diesem Zeitpunkt in 19.675 M dreieinhalbprozentigen Ostpreußischen Pfandbriefen und in 317 M 92 Pf. bar.¹⁵⁵⁶ Damit war der Stein ins Rollen gebracht, den Schwager Schroetter vorhergesehen hatte. Hatte sich Lehdorff in dieser Situation an Bismarck gewandt, der rück-telegraphierte: „Muss auf einige Tage verreisen, ohne Brief erhalten zu haben. Tue mein möglichstes zum Abschluss“?¹⁵⁵⁷

Kurz darauf trafen weitere schlechte Nachrichten ein. Im Januar 1891 war der Südflügel des Basedowschen Schlosses, der sogenannte Stüler-Teil, abgebrannt, in dem sich ein großer Teil der Hahnschen Gemäldegalerie befand.¹⁵⁵⁸ Im Februar erfuhr Anna von weiteren Schulden, die Carol gemacht hatte. Boleslaw Graf Břninski hatte für eine Schuld Carols von 10.000 M gebürgt. Der Geldgeber wollte nun die fällige Summe haben.¹⁵⁵⁹ Von ihrem Schwager Heinrich war keine Hilfe zu erwarten. Zum einen hatte er gerade den Bau des Gutshauses in Preyl begonnen, zum anderen sollte er an der Beisetzung des am 25. April 1891 verstorbenen Großfürsten Nikolaus teilnehmen. „Leider lauten die landwirtschaftlichen Nachrichten aus Ostpreußen wieder recht mangelhaft, und man kann nur hoffen, dass es besser kommen wird“, verabschiedet er sich nach Petersburg.¹⁵⁶⁰

¹⁵⁵³ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 173, Bl. 17–17v. Eine wirtschaftliche Nutzung von Bodenvorkommen war nicht ohne weiteres möglich. Als 1907 dem Jungfernberg auf Lehdorffschem Besitz Grand [größerer Sand] entnommen wurde, was die „Bedeutung des Berges als Denkmal der Vorgeschichte zu zerstören drohte“, schritt der Provinzialkonservator ein, traf aber auf ein „Wohlwollen“ der Gutsverwaltung zur Schonung des Berges, das ihn „an der weiteren Erhaltung nicht zweifeln“ ließ, vgl. Bericht des Konservators der Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen ... 1907 (6. Jahresbericht), S. 26.

¹⁵⁵⁴ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 367, Bl. 176–179.

¹⁵⁵⁵ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 41.

¹⁵⁵⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 337, Bl. 65–66v.

¹⁵⁵⁷ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehdorff, Nr. 592.

¹⁵⁵⁸ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 412, Bl. 10–13.

¹⁵⁵⁹ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 492, Bl. 1–2v.

¹⁵⁶⁰ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 367, Bl. 160–163.

Die finanzielle Zwangslage der Lehndorffs verbreitete sich wohl schnell. Als im September 1891 die Gemein-
deversammlung zu Rosengarten der Gräfin eine Entpfändungserklärung erteilen sollte, verlangte man für die
Dorfkasse „75 M an Stelle der angebotenen 30 M“. Amtsvorsteher Schmidt riet, „dass es wohl die beste Lösung
wäre, wenn Ew. Gnaden auf diese Forderung eingingen, die Kosten bei etwaiger Ablösung am Ende wohl mehr
als 15 M betragen und die Sache wäre durch die Bewilligung schnell beseitigt.“¹⁵⁶¹ Schwer muss es ihr gefallen
sein, im Dezember 1891 die Familie in Basedow um finanzielle Hilfe für Nikolaus Graf Hahn zu bitten, der
ebenfalls Schulden gemacht hatte, für die sie anscheinend geradezustehn hatte. Bitter muss sie die Ablehnung
empfundener haben. Friedrich Franz Graf von Hahn dankte für das „Vertrauen, was Du in demselben [Schreiben]
mir entgegenbringst. Sei versichert, hätte ich das Geld liegen, würde ich keinen Moment zaudern, es Dir zu sen-
den. So aber ist leider meine Lage durchaus nicht“. Claus habe „von Anfang bis zum Ende unverantwortlich ge-
handelt. Es ist unser derzeitiges Bestreben, ihn bis zum Januar noch zu halten. Dann kann er wenigstens als
Halbinvalide nach 10-jähriger Dienstzeit seinen Abschied mit Pension nehmen [...]. Außerdem habe ich positiv
momentan kein Geld. Meine Verhältnisse haben sich durch die dauernd schlechten Ernten noch immer nicht ge-
bessert, trotz aller Einschränkungen, dazu kommt der Schlossbrand, welcher trotz Versicherung doch außeror-
dentliche Ausgaben in Hülle und Fülle bringt. Ich fühle mich deshalb außerstande, Claus Pump zu überneh-
men.“¹⁵⁶²

Im April 1893 kam Carol von Lehndorff, der in Berlin in der Elsasserstraße 34,1 einen Wohnsitz hatte, nach
Steinort, um mit dem Oberlandstallmeister Georg von Lehndorff, seinem Onkel und Agnaten im Fideikommiss,
die finanzielle Lage, möglicherweise auch Modernisierungen zu besprechen. Diese erfolgten 1893/94 nachweis-
lich in Resau. Unter der Leitung des Verwalters Dr. Stieger wurden hier in Zusammenarbeit mit der Chemischen
Fabrik Petschow-Davidsohn aus Danzig Versuche zur Behandlung von Stallmist mit Superphosphatgips unter-
nommen. Auch mit der Versuchs-Station des Ostpreußischen Landwirtschaftlichen Centralvereins zu Königs-
berg stand Lehndorff in Kontakt.¹⁵⁶³

Erfolg oder Misserfolg der Modernisierungsbemühungen erlebte Anna Lehndorff nicht mehr. Sie starb am 13.
März 1894 nach einem Unfall in Steinort im Alter von 63 Jahren. „Beim Frühstück hatte selbige einige Monate
zuvor aus einer Tasse Bouillon einen feinen Knochensplitter in den Mund bekommen; da sie gerade in dem Au-
genblick etwas sprechen wollte, geriet der Splitter in die Luftröhre und von da in die Lunge. Eine nach Wochen
sich daraus ergebende Lungenentzündung verursachte den leider für viele Menschen und viele Verhältnisse viel
zu frühen Hinschied der hochedlen Frau, deren Seelenadel nicht genug zu bewundern war“, heißt es in der Kir-
chenchronik von Rosengarten.¹⁵⁶⁴ Am Abend des 16. März 1894 wurde in einer Familientrauerfeier die Ausseg-
nung vollzogen. „Bei schrecklichstem grundlosen Wege“ wurde sie am 17. März 1894 beigesetzt. Die „Spitzen
der Provinz, alle angesehenen Personen des Kreises“ waren erschienen, im Namen des Kaisers legte sein Flügel-
adjutant einen Kranz an dem im Fliesensaal aufgebahrten Sarg nieder. Der Ortspfarrer und Superintendent Braun
aus Angerburg hielten Reden, bevor in der Grabkapelle nochmals eine Feier stattfand. „Am Pfingstfeste 1894
wurde dann in einer weiteren Familienfeier der nunmehr in einen kunstvoll geschnitzten Eichensarg gebettete

¹⁵⁶¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 167, Bl. 18–19.

¹⁵⁶² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 412, Bl. 28.

¹⁵⁶³ APO, Bestands 382 FA Lehndorff, Nr. 262, 263. Siehe auch Klemm, Volker, Die Agrarwirtschaften und die Modernisierung der Gutsbetriebe in Ost- und Mitteleuropa (Ende des 19./Beginn des 20. Jahrhunderts), in: Reif, Heinz (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 173–190, zur Rezeption des Wissens in den Gutsbetrieben ab S. 181 ff.

¹⁵⁶⁴ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [26.11.2019].

Zinksarg mit der Leiche durch Pfarrer Wolter aus der Grabkapelle in die darunter befindliche Familiengruft überführt.¹⁵⁶⁵ Die anschließende Aufnahme des Vermögens zur Vorbereitung der Erbteilung ergab die völlige Überschuldung Steinorts, ein Fall, in dem das Fideikommiss sofort zu handeln hatte. Zu den Gläubigern gehörten auch der Fiskus in Angerburg und Berlin aufgrund ausstehender Steuerzahlungen.¹⁵⁶⁶

Beim Vorschuss-Verein zu Angerburg (der späteren Volksbank) war ein Wechselkredit in Höhe von 13.800 M aufgenommen worden, der mit 5 % verzinst nach zwei Jahren vierteljährlich durch ratenweise Abschlagzahlungen von 10 % des ursprünglichen Darlehens zu tilgen war.¹⁵⁶⁷ Kredite hatten die Lehndorffs aber auch selbst vergeben. So hatte Anna von Lehndorff den Schatzmeister des Vaterländischen Frauenvereins, den in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Druckereibesitzer Priddat, mit einem Kredit über 14.000 M unterstützt. Als Sicherheit diente eine über 20.000 M abgeschlossene Lebensversicherung bei der Gothaer Versicherung. Als Priddat 1887 starb, überwies die Versicherungsgesellschaft die Summe direkt an die Banken Meyer Cohn in Berlin und Moritz Simon in Königsberg. Priddats Sohn führte den Betrieb weiter, konnte aber den Konkurs nicht abwenden. 1892 wurde das Haus der Priddats zwangsversteigert. Die Restschulden blieben offen.¹⁵⁶⁸ Ob man sich auf die Vergabe eines Kredits für das im Deckerschen Verlag erscheinende „Berliner Fremdenblatt“ eingelassen hat, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Anfang Januar 1885 hatte der Bürochef Carl Zincke um 40.000 M Kredit für den Kauf der konservativ ausgerichteten Zeitung gebeten. Nach dessen Angabe war das Blatt rentabel und mit einem jährlichen Gewinn von 15 bis 16.000 M zu rechnen. Schon gegenüber seinem Vater habe sich der seinerzeitige Graf „sehr großzügig gezeigt“. Als Sicherheit bot er an, dass Carol von Lehndorff Eigentümer des Blattes sei, bis Kapital und Zinsen getilgt sein würden.¹⁵⁶⁹

Eröffnung des Konkursverfahrens

Zwei Jahre nach Annas Tod, im Juli 1896, wurde über den Lehndorff-Besitz das Konkursverfahren eröffnet. Als erste Maßnahme wurde Steinort unter landschaftliche Zwangsverwaltung gestellt. Paul Wolff war fortan Generalbevollmächtigter des landschaftlichen Verwalters in Steinort, Graf Dönhoff-Friedrichstein. Der Jurist Dr. Silberstein wurde mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Am 5. Januar 1897 wurden sämtliche „zum Fideikom-

¹⁵⁶⁵ Ebd.

¹⁵⁶⁶ Aus dem Abgangsbeleg über Steuerzahlungen der Gemeinde Groß Steinort ist zu entnehmen, dass Lehndorff von Steinort (Staatssteuerrolle der Gemeinde Groß Steinort, Nr. 1) nach Berlin N, Elsasserstraße 34,1 verzogen war. Von den jährlichen 1.920 M Einkommensteuer und 1.283,40 M Ergänzungssteuer hatte er für das erste Halbjahr 1896 480 M Einkommensteuer und 320,85 M Ergänzungssteuer zu entrichten, APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 27. Der Zugangsbeleg für den Magistrat von Berlin zur Übernahme der Steuer Bl. 28. Am 4. September 1896 waren die Zahlungen ausstehend und binnen drei Tagen zu leisten, anderenfalls drohte Pfändung, Bl. 29.

¹⁵⁶⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 20.

¹⁵⁶⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 615. Zur Druckerei Priddat: Priddat, Gerd, Das Druckgewerbe und Zeitungswesen in Angerburg, in: Heimatbrief Nr. 6, Kreisgemeinschaft Angerburg – Ostpreußen, Hannover 1950, S. 7–9.

¹⁵⁶⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 395, Bl. 104–105v.

missgut Steinort gehörigen Silber- und Wertsachen“ inventarisiert, verpackt „und in neun Kisten an das Landschaftliche Depositorium gesandt“. ¹⁵⁷⁰ Dass auch die wertvollsten Teile von Archiv und Bibliothek dabei nach Königsberg gebracht wurden, ist vorstellbar. ¹⁵⁷¹

Eine handschriftliche Aufstellung der bei Eröffnung des Konkursverfahrens nicht eingetragenen Lehndorffschen Gläubiger umfasst 140 Namen. Die Gläubiger kamen aus Königsberg und Berlin, aus London, Leipzig, München, Riga, Potsdam, Hamburg, Peking, Frankfurt a. M., Hoppegarten, Bromberg, Görlitz usw. Neben Privatpersonen waren Geschäfte, Apotheken, Hotels verzeichnet. Auch bei Bethmann-Hollweg hatte Lehndorff Schulden, ebenso bei Familie, Verwandten und Freunden, darunter bei Graf Lehndorff-Preyl 28.000 M, Baron von Schroetter 1.200 M, August Carl von Dönhoff 900 M, Gräfin Dönhoff-Friedrichstein 1.200 M. Die Schulden bei dem Getreidekaufmann Robert Wolf in Angerburg beliefen sich auf 12.000 M, die von dem Verwalter von Groß Steinort, Paul Wolff, vorgestreckte Summe betrug 4.000 M. Auch der Union-Club Berlin (3.200 M), der Hamburger Sportclub (1.200 M), das Offiziers-Casino in Bromberg (600 M) und das Prussia-Museum in Königsberg (300 M) gehörten zu den Gläubigern. Selbst Einwohner Steinorts wie die Polzinschen Erben waren durch die übliche Praxis, Lohn „stehen zu lassen“ mit 1.100 M in den Konkurs hineingeraten. ¹⁵⁷² Auf der Grundlage eines ersten Schuldenverzeichnisses hatte die Landschaft noch Rechnungen der Aktienbrauerei Rastenburg, der Försterei Kühlenz in Seebad und von Töpfer Sensfuß aus Amalienruh sowie die seit 1894 rückständige Feuerversicherungsprämie für das Schloss bezahlt. „Lewisson, Jacobsdorf“ hatte beantragt, „dass ihm für seine Forderung die Pferde herausgegeben werden, welchen Antrag Herr Oberlandstallmeister befürwortet hat“. ¹⁵⁷³ Im August 1896 übernahm die Landschaft auch die Zahlung der rückständigen Löhne, der Abgaben, die Forderung von Rechtsanwalts Axt aus Angerburg für neue Pachtkontrakte und Prolongationen, die Forderung von Dr. Gervais aus Drengfurth, die Kosten für die Beaufsichtigung des Fideikommisses für 1895, Deckgelder für Stuten der Steinorter Pferdezucht. Ein Teil des Forsts von Resau war zum Ausgleich der Forderungen der Firma August Richter's Söhne in Samotschin (11.800 M) im Oktober 1894 bereits veräußert worden. ¹⁵⁷⁴

Alle Ausgaben liefen fortan über die Zwangsverwaltungskasse, die einen „Etat für die Begüterung Steinort“ festgesetzt hatte. Für das Jahr 1897/98 standen als Einnahmen aus der Meierei (39.000 M), aus verkauftem Getreide (29.000 M), aus dem Verkauf von Pferden (13.700 M), Rindvieh (12.999 M), Schweinen (13.000 M),

¹⁵⁷⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 67–69. Ob es ein Inventar aller Kunstgegenstände, das inhaltlich über die für Erbteilungen aufgestellten Inventare hinausging, zu diesem Zeitpunkt in Steinort gab, ist bisher nicht bekannt. 1905 regte der Tag der Denkmalpflege an, eine „Verzeichnung von beweglichen Kunstwerken in Privatbesitz“ anzulegen. Dieses sollte „die Eigentümer in ihrem Besitze stützen, den Behörden ermöglichen, auch diesen Denkmälern einen gewissen Schutz angedeihen zu lassen und der Forschung als wertvolles Quellenmaterial dienen.“ Dass es auch als „Wegweiser für Altertumshändler“ missbraucht werden könnte, war nach Meinung des Provinzialkonservators nicht zu befürchten, vgl. Bericht des Konservators der Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen über seine Tätigkeit vom 1. Dezember 1904 bis 30. November 1905 an die Provinzialkommission zur Erforschung und zum Schutze der Denkmäler in der Provinz Ostpreußen (Vierter Jahresbericht), Königsberg 1906, S. 11. Spätestens 1925 war die mögliche „Gefährdung des Privatbesitzes an historischen Denkmälern und Kunstsammlungen in Deutschland durch Steuergesetze“, insbesondere das Erbschaftssteuergesetz, aber auch durch die Auflösung von Fideikommissen auch in das Gesichtsfeld des Provinzialkonservators gelangt, vgl. die Berichte des Konservators der Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen über seine Tätigkeit in den Jahren 1920 bis 1924 / im Jahre 1925 ... (19. bis 23. bzw. 24. Jahresbericht), Königsberg 1925, S. 8 und Königsberg 1926, S. 6.

¹⁵⁷¹ Unter dem Titel „Das Gutsarchiv der Grafen von Lehndorff. Vergangenheit – Gegenwart“ erscheint hierzu ein ausführlicher Aufsatz im Jahrbuch des Herold 2020.

¹⁵⁷² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 2–6.

¹⁵⁷³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 19–19v.

¹⁵⁷⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 95–104.

Schafen (3.000 M), aus dem Garten (600 M), aus der Ziegelei abzüglich der Lieferungen an die Pächter für Bauten (5.900 M) und für Drainagen (1.000 M), aus verkauftem Federvieh (250 M), aus den Forsten und der Jagd (46.000 M), aus der Fischereipacht (7.800 M), aus Krug- und Inselfpachten und Wohnungsmieten (1.480 M) und für Wolle, Felle, Rohr und den Zuschuss zum Lehrergehalt (3.000 M) insgesamt 169.880 M zur Verfügung. Davon gingen Abgaben für Versicherungen (8.500 M), Gehälter und Löhne (25.500 M), Tagelohn (18.150 M), angekaufte Milch (12.100 M), Kraftfutter (7.450 M), Sämereien (2.000 M), angekaufte Pferde, Schlachtochsen, Böcke (4.900 M), für die Forsten und die Jagd (20.100 M), zur Unterhaltung des toten Inventars, Wirtschaftsbedürfnisse, Reparaturen, ärztliche Honorare und Unterstützungen (20.800 M) in Höhe von 119.500 M ab. Es verblieb ein Überschuss von 50.380 M. Die Pachteinnahmen aus Serwillen, Taberlack, Stawisken, Stobben, Pristanien und Stawken einschließlich Engelstein Nr. 46 beliefen sich auf 37.404 M. Ihnen standen als Ausgaben gegenüber: Ausgaben für das neue Forsthaus Mauerwald 3.964 M, Ausgaben für den neuen Schafstall in Stawken 10.478 M, Kautionszinsen der Pächter 1.220 M, Abzüge der Pächter für außerordentliche Reparaturen, Armenlasten 2.000 M, in der Summe 17.662 M. Es verblieb also ein Überschuss von 19.742 M, zusammen mit dem Überschuss der Gutsverwaltung Steinort ergab sich also ein Gesamtüberschuss von 70.122 M, der zur Tilgung der Schulden zu verwenden war.¹⁵⁷⁵

Möglicherweise befand sich Carol zu diesem Zeitpunkt bereits auf Reisen, ob freiwillig, oder um größeres Unheil abzuwenden, muss offen bleiben. In der Rosengartener Kirchenchronik heißt es nach dem 1. Juli 1896, „der Genannte geht bald darauf nach Mexiko.“¹⁵⁷⁶ Dass er in Guatemala Kaffee angebaut und im Hochland von Mexiko eine Rinderfarm aufgebaut hat, ist vorstellbar. Nach Hans von Lehdorff war er auch in Ägypten.¹⁵⁷⁷ Nach den durch Anni von Lorck aufgezeichneten Geschichten führten weitere Reisen nach Asien, nach Moskau, Samarkand und Buchara; Carol bereiste „Belutschistan“, eine pakistanische Provinz, deren Westteil heute zum Iran gehört, ebenso wie die Seidenstraße,¹⁵⁷⁸ die Zentralasien mit Ostasien verbindet, und kam bis nach Peking.¹⁵⁷⁹ In der Zeit seiner Abwesenheit setzte sich sein Onkel, Heinrich von Lehdorff-Preyl, mit den Gläubigern auseinander. Am 7. Juli 1898 bemängelte die Berliner Kanzlei Sello, Silberstein und Marwitz, dass „in der Graf Lehdorffschen Schuldenregulierungssache“ wieder mehrere Wochen vergangen seien, „ohne dass das in Aussicht genommene Zirkular an die Gläubiger erlassen worden“ sei, da der Graf die nötigen Vorleistungen dafür nicht erbracht habe. „Die Verwaltung dauert jetzt zwei Jahre, ohne dass für die Personalgläubiger etwas Wesentliches dabei herausgekommen ist. Die Aussichten sind auch, anstatt besser zu werden, in der letzten Zeit immer schlechter geworden. Meine Vorschläge, die Lage dadurch zu verbessern, dass die dem Grafen Lehdorff gewährte Apanage zugunsten der Gläubiger verkürzt werde oder dass die Agnaten in gewisser Weise zurückstehen, haben Ihre Billigung nicht gefunden, ja ich erfahre jetzt zu meinem Erstaunen von Herrn Kommerzienrat Palfner, dass der Plan der Landschaft, Barmittel durch das Fällen und den Verkauf von Eichen zu erlangen, auf das

¹⁵⁷⁵ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 30, Bl. 83–84.

¹⁵⁷⁶ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [26.11.2019].

¹⁵⁷⁷ Vgl. Lehdorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 186.

¹⁵⁷⁸ [https://de.wikipedia.org/wiki/SeidenstraÙe](https://de.wikipedia.org/wiki/Seidenstra%C3%9Fe) [26.11.2019].

¹⁵⁷⁹ Vgl. Der Carol, passim; Lorck, Carl von, Europa privat, Frankfurt a. M. 1967, S. 123. In der Königsberger Hartungschens Zeitung war am 19. Januar 1870 eine Anzeige eines Berliner Reisebüros über die bereits zwölfte sechswöchige „Stangen’sche Orientreise und zwar durch Italien nach Athen und Konstantinopel, mit Besuch von München, Innsbruck, Verona, Venedig, Florenz – Rom, - Neapel (Vesuv), Messina (Ätna), Pyräus, Athen, Konstantinopel, Varna, Pest-Ofen, Wien“ erschienen. Der Preis der Reise „mit vollständiger Verpflegung“ betrug 430 Thl.

Betreiben eines der Herrn Agnaten fallen gelassen worden ist.“ Bisher hätten die Gläubiger „von einem Vorgehen gegen Herrn Grafen Lehndorff-Steinort Abstand genommen“. Man sei nicht in der Lage, „noch länger durch Untätigkeit das in uns gesetzte Vertrauen der Gläubiger zu täuschen oder wenigstens uns einem derartigen Verdachte auszusetzen.“ Im Falle weiteren Säumens drohten Marwitz und Silberstein ihren Austritt aus der Kommission an.¹⁵⁸⁰

Per 1. Juli 1896/97 waren 50.825,52 M, 1897/98 24.092,32 M und 1898/99 35.579,98 M zur Schuldentilgung eingezahlt worden. Die sogenannten „dauernden Lasten“ betragen 1896/97 24.815,25 M, 1897/98 24.758,78 M und 1898/99 25.422,97 M. Dazu kamen sogenannte „temporäre Ausgaben“: Pfandbriefzinsen von Steinort und Haarszen, Zinsen und Amortisation des Meiereidarlehens und für die Revenuen-Hypothek, Zinszahlungen auf 30.000 M (1.350 M) an Graf Dönhoff, Zinsen für Stobben und Engelstein, Rentenbankrente, Domänenzins, Armenlasten, Amtskosten, Fischereiaufsicht, Rohrpacht, Beaufsichtigung des Fideikommisses, Beaufsichtigung des Schlossinventars, Gehälter und Löhne für die Wirtschaft (einschl. Bespeisungsgeld), Forst (einschl. Deputat), Schloss und Garten, Pensionen, Tagelöhne an eigene Leute, Fremde und für den Garten, diverse Kosten für den Forst (Schlagelöhne, für Kulturen, für die Jagd, Bauten). Die Summe dieser „temporären Ausgaben“ belief sich für 1896/97 auf 95.818 M, für 1897/98 auf 95.655 M und für 1898/99 auf 98.463 M. Als dritte Ausgabe kamen sogenannte „einmalige Ausgaben“ hinzu: Wirtschaftsrechnungen, Neubauten, Reparaturbauten, Reparaturen am Schloss, Ausgaben für den Garten, Weihnachtsgeschenke für die Gutsbewohner, Kosten für die verpachteten Vorwerke sowie aus der Zeit der Einleitung der Sequestration. Diese beliefen sich für 1896/97 auf 81.588 M, 1897/98 auf 62.627 M, für 1898/99 auf 61.563 M. Die Kosten wurden teils von der Landschaftsdirektion bezahlt, teils direkt beglichen. Auch auf Resau lasteten Pfandbriefe in Höhe von 200.000 (Zins: 8.110 M) und 500.000 M (Zins: 2.250 M). Für Rosengarten waren an Baronin Schroetter Zinsen für einen Pfandbrief in Höhe von 300.000 M zu zahlen (Höhe nicht ausgewiesen).¹⁵⁸¹

Im Januar 1900 muss Carol kurzzeitig nach Ostpreußen zurückgekehrt sein, denn am 17. Januar 1900 bat er die Abteilung für direkte Steuern der Regierung zu Gumbinnen um Stundung von Steuerzahlungen. Sie wären berechtigt, gegen die Ostpreußische Landschaft auf Zahlung der überwiesenen Geldbeiträge zu klagen, lautete die Antwort vom 25. Januar, davon wolle man jedoch absehen. Lehndorff wurde aufgefordert, den Nachweis zu führen, dass er die 1.500 M an die Kreiskasse zu Angerburg abgeführt habe und seine vierteljährliche Zahlung von 320,85 M Ergänzungssteuer zu den festgesetzten Terminen pünktlich zu leisten unter Androhung der unverzüglichen Exekution seiner gesamten Staatsteuerreste. Die Entscheidung werde der Finanzminister treffen.¹⁵⁸²

Hinter der im „Carol“ erzählten Geschichte von „Transoxanien“ verbirgt sich die Einberufung Lehndorffs, als Deutschland in den China-Feldzug eintrat. Alfred von Waldersee hatte im Sommer 1900 den Oberbefehl über die europäischen Interventionstruppen zur Niederschlagung des Boxeraufstandes im Kaiserreich China erhalten.¹⁵⁸³ Auch der Kapitän Guido von Usedom aus Quanditten war einberufen worden, er wurde am 18. Juni 1900 während der „Seymour-Expedition“ verwundet.¹⁵⁸⁴ Am 12. August 1902 hielt sich Lehndorff bei den Schwerins

¹⁵⁸⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 106–107. Zur Schuldentilgung Bl. 141–141v.

¹⁵⁸¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 142–145.

¹⁵⁸² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 30, Bl. 163–164.

¹⁵⁸³ GStA PK, VI. HA, Nachlass Alfred von Waldersee, B I Nr. 31, Bl. 9.

¹⁵⁸⁴ Vgl. Ronfleisch, Lothar, Gefallene und Verwundete Ost- und Westpreußens in der ersten Phase des Boxer-Aufstandes, in: *Altpreußische Geschlechterkunde* 17 (1987), S. 363–366. Siehe auch den Art. Graf Waldersee, in: *Adels- und Salonblatt* 9 (1900), S. 373.

in Wildenhof auf. Am 20. August 1902 war er in Berlin um sich mit der bereits erwähnten Heiratsofferte auseinanderzusetzen. Möglicherweise hatte er es tatsächlich in Erwägung gezogen, die Akte enthält eine ungezeichnete handschriftliche Notiz, verfasst „bei meiner Anwesenheit zu Berlin 20. August 1902“, zu Zahlungsmodalitäten, BGB und Verzicht auf Einspruchsrecht.¹⁵⁸⁵ Danach kehrte Lehndorff wohl dauerhaft nach Steinort zurück und bewohnte fortan zwei Räume im südlichen Teil des Schlosses.¹⁵⁸⁶ Trotz der Schulden lebte er auf großem Fuß. Von Oktober 1903 bis August 1905 bestellte er Weine, Cognac und Zigarren im Gesamtwert von 589,36 M, ohne die Rechnung zahlen zu können. Der Lieferant G. Hähling aus Königsberg reihte sich in die lange Gläubigerliste ein.¹⁵⁸⁷ Auch die Steuern wurden weiterhin nicht pünktlich entrichtet. Im Oktober 1906 trat der Preussische Fiskus der Zwangsverwaltung von Steinort und Rosengarten bei.¹⁵⁸⁸ Damit befand sich Steinort in guter Gesellschaft. Ende 1901 gab es in der Provinz Ostpreußen 71 Fideikomnisse, davon 65 im Regierungsbezirk Königsberg und 6 im Regierungsbezirk Gumbinnen. Im Sommer 1903 waren 53 zu Familienfideikommissen gehörende Güter im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Königsberg landschaftlich beliehen. Innerhalb der vergangenen 20 Jahre hatte die Ostpreussische Landschaft in fünf Fälle wegen Misswirtschaft oder Überschuldung des Inhabers eines landschaftlich beliehenen Fideikommisses die Zwangsverwaltung verhängt; zu Zwangsversteigerungen kam es nicht.¹⁵⁸⁹

Das Schicksal des Barons Max von Romberg blieb Lehndorff erspart: Wegen verlorener Pferdewetten, seines aufwendigen Lebensstils in Berlin und vor allem als Folge des Gründerkrachs hatte Romberg schon 1874 sein von August von Dönhoff gekauftes Berliner Palais Wilhelmstraße 63 an den Herrenhauspräsidenten Otto von Stollberg für 600.000 Tlr. verkaufen müssen. Ein Jahrzehnt später musste er das von der Familie von Schlieben erworbene und 1872 umgebaute Schloss Gerdaun an die nobilitierte Familie von Janson verkaufen. Angesichts von 581.000 M Schulden, davon 35.000 M an Standesgenossen, bat 1885 der Herrenhaus-Präsident Herzog von Ratibor, zugleich Präsident des Union-Clubs, den Freundeskreis Rombergs um Spenden. In seiner Begründung hieß es: Romberg lebe nur noch von 6.000 M aus der 24.000 M einbringenden Verpachtung seines bereits unter Administration stehenden Fideikommisses Brunn. Er sei daran unschuldig und zu großzügig gewesen, habe nicht eintreibbare Außenstände und habe nichts von seinem Schwiegervater Graf Itzenplitz geerbt. Romberg konnte den Familienbesitz Brunn zwar halten, schied aber fünf Jahre später aus dem Herrenhaus aus.¹⁵⁹⁰

Folgen für die Gutsangehörigen

Auch auf die Gutsangehörigen hatte die Zwangsverwaltung erhebliche Auswirkungen, da nicht alle von der landschaftlichen Verwaltung übernommen wurden. Den Fasanenjäger Pomeranke setzte die Landschaft nicht auf den Etat der notwendig zu leistenden Aufgaben. Da er völlig mittellos war, sorgte der Verwalter dafür, dass er wenigstens ein Reisegeld erhielt. Lehndorff schuldete ihm noch 62 M und 38 Pf. Gehalt, Schussgeld und Kostgeld,

¹⁵⁸⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 300, n. f. (Reszka an Lehndorff, 12. August 1902).

¹⁵⁸⁶ Vgl. Lorek, Europa privat, S. 140.

¹⁵⁸⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 38, Bl. 19, 22–23. Ausgaben des Schlosshaushalts 1891 bis 1924 und der Steinorter Gutswirtschaft 1895: APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 171, 177.

¹⁵⁸⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 38, Bl. 14.

¹⁵⁸⁹ GSStA PK, XX. HA, Rep, 2 II, Nr. 1928/2, Bl. 4, 2–2v. (Bericht der Ostpreussischen General-Landschafts-Direktion an den Oberpräsidenten der Provinz und Präsidenten der Generallandschaft Freiherr von Richthofen, 27. Juli 1903).

¹⁵⁹⁰ Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 207.

die Amtsvorsteher Schmidt aus einer kleinen Einnahme aus vorlandchaftlicher Zeit zahlte, nicht ohne dies der Zwangsverwaltung mitzuteilen, die bewirken sollte, dass Lehndorff nun seinen Anspruch bald befriedigt.¹⁵⁹¹ Die 27-jährige ledige Hausdienerin Florentine Schimmelpfennig aus Steinort wanderte am 8. April 1927 über Bremen auf dem Schiff ‚Columbus‘ über New York mit dem Ziel Portland aus.¹⁵⁹²

Vor allem die Pensionen für Gutsangehörige, die die Lehndorffs ohne gesetzliche Verpflichtung gezahlt hatten, waren von der Zwangsverwaltung betroffen. Sie waren von der Landschaft nicht als Güterlasten anerkannt und deren Zahlung eingestellt worden. Welche Auswirkungen das auf die Betroffenen hatte, kann man nur erahnen. Dazu kamen die vielen kleinen Summen, die sich Gutsangehörigen als „Sparguthaben“ von ihrem Lohn nicht hatten auszahlen lassen, und die verloren waren.¹⁵⁹³

Die Zwangsverwaltung hatte auch Folgen auf die Leistungen, die das Patronat für Kirchen- und Schulbauten zu leisten hatte. Das wurde deutlich, als im Herbst 1900 größere Reparaturen an Kirche und Schule in Rosengarten notwendig wurden. Am Pfarrhaus hatte sich das Fundament gesenkt. Der Nordgiebel musste zur Hälfte von Grund auf erneuert werden.¹⁵⁹⁴ Bei den Reparaturarbeiten im Frühjahr 1888 und im Herbst 1889 hatte das Patronat Holz und Dachpfannen noch gratis gegeben. Die Gemeinde musste lediglich das Rohr für die Dächer kaufen und die Arbeitskosten übernehmen.¹⁵⁹⁵ Nach den rechtlichen Bestimmungen hatte das Patronat, falls die Kirchenkasse unvernünftig ist, nur die Kosten „1) für gesprengte Feldsteine, aber nicht für Pflastersteine, 2) für gebrannte Ziegel (Mauersteine), Dachpfannen, Dachziegel und Firstpfannen, 3) für Kalk, 4) für Zement, 5) für den im verwendeten Bauholz enthaltenen reinen Holzwert, und zwar für alle diese Materialien einschließlich der Anfuhrkosten und für den Kalk noch ausschließlich der Löschungskosten“ zu vergüten.¹⁵⁹⁶

Pfarrer Otto Junkuhn hatte den Anwalt Max Stein mit der Klärung der Verantwortlichkeit unter der bestehenden Zwangsverwaltung beauftragt. Nach dessen Schreiben kam das Provinzialrecht zur Anwendung, das bestimmte, dass nur an unvernünftige Kirchen Kalk unentgeltlich vom Patronat zu liefern ist. Da dies im Fall von Rosengarten nachweislich der Fall und auch vom Königlichen Konsistorium bestätigt wurde, war es trotz bestehender Zwangsverwaltung Aufgabe des Patronats, den Beweis zu erbringen, dass angesichts von Verjährungsfristen entweder zwischen 1856 und 1895 trotz Aufforderung der Gemeinde niemals Kalk geliefert worden ist, anderenfalls aber zu zahlen. Den Ausgang eines Prozesses hielt er für ungewiss, es sei denn, man könne aus den Kirchenakten über die diesbezüglichen Vorgänge seit 1856 etwas feststellen. In dieser Patt-Situation schrieb am 24. April 1901 das Konsistorium an den Gemeindegemeinderat in Rosengarten, man werde nicht auf Klage dringen. Der Gemeindegemeinderat müsse dem Patronat gegenüber erklären, dass die Abstandnahme von der Forderung auf Kalklieferung jedoch vorläufig erfolge, und dass die Forderung, sobald der Patron zurückgekehrt oder die Besitzverhältnisse am Patronatsgut geregelt seien, wieder aufgenommen werde.¹⁵⁹⁷

Da Schulden gegenüber dem Staat und den Banken bevorzugt zu tilgen waren, waren noch im Oktober 1906 die zahlreichen verhältnismäßig kleinen Schulden sogenannter Personalgläubiger nicht befriedigt. Diese gerieten

¹⁵⁹¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 750.

¹⁵⁹² <http://public-juling.de/passagier> [12.12.2019].

¹⁵⁹³ Die Summen waren als in Erbressen als „rückständiger Lohn“ deklariert worden.

¹⁵⁹⁴ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [27.11.2019].

¹⁵⁹⁵ Ebd.

¹⁵⁹⁶ Amtsblatt der Regierung zu Gumbinnen, Nr. 688, 1880.

¹⁵⁹⁷ EZA, 507/2052. Zur Baugeschichte: Karl Friedrich Schinkel Lebenswerk. Ausland. Bauten und Entwürfe. Auf Grund der Vorarbeiten von Carl von Lorck bearb. von Margarete Kühn, München 1989, S. 322 ff.

oftmals selbst in wirtschaftliche Bedrängnis. „Ich möchte doch bitten, da wir jetzt verschiedene Verluste und Malheur mit Vieh hatten, ob es denn nicht möglich wäre, dass wir etwas Geld bekommen. Wir müssen uns wieder Vieh und anderes anschaffen“, schrieb die Gläubigerin Heinichen aus Badingen am 9. Oktober 1906 an den Anwalt Loewenfeld. Von dem Anwalt Axt hätte sie die Auskunft bekommen, sich an die Landschaftsdirektion wenden, diese hatte sie an Loewenfeld verwiesen, da nur dieser eine Zahlung veranlassen könne. „Nun möchte ich doch recht bitten, etwas für uns zu tun.“¹⁵⁹⁸ Heinichen stand als Nr. 97 mit 2.600 M auf der Liste der Lehndorffschen Gläubiger. Loewenfeld antwortete am 11. Oktober 1906: „In den Verhältnissen des Grafen hat sich nichts geändert. Seine Güter werden vom Gericht verwaltet und die gesamte Einnahme, mit Ausschluss von monatlich 200 M, wird an die Gläubiger abgeführt. Wegen Ihrer Forderung hat das Gericht am 10. März cr. den Beitritt zugelassen. Sie werden also auch in der Reihenfolge befriedigt werden.“¹⁵⁹⁹ Andere Gläubiger waren nicht so zurückhaltend. Der Hoflieferant Johann C. Jureit in Frankfurt a. M. hatte einen Haftbefehl erwirkt, Loewenfeld zahlte ihm darauf am 20. November 1906 30 M aus, um ihn hinzuhalten.

Ende November bestand die akute Gefahr, dass es nun tatsächlich zu einer Zwangsversteigerung kommen könnte. Loewenfeld hatte dazu Auszüge vom Katasteramt und die Karte von Rosengarten vorliegen, in denen Lehndorff die Teile, die für den Steinorter Besitz unbedingt notwendig waren, für diesen Fall bezeichnen sollte. Mit den 14.500 M von der Provinzialhilfskasse, die Mitte Oktober 1913 in Steinort eingingen und eigentlich für den Schulneubau in Stobben bestimmt waren, wurden „außer Landwirtschafts-Gesellschaft 5.000 und Schneider 2.000 M noch alle kleinen Schulden bezahlt“, schrieb Verwalter Dehn am 19. Oktober an Lehndorff, er „möchte gerne noch so eine Quelle entdecken.“¹⁶⁰⁰ Eine Lebensversicherung Lehndorffs bei der „Berlinischen Lebensversicherungs-Gesellschaft“ über 60.000 M wurde zur Schuldentilgung nicht herangezogen. Die jährlichen Prämien in Höhe von 1.470 M hatte Siegfried von Lehndorff seit 1. Juli 1902 übernommen (Bankhaus Meyer Cohn), die Police verblieb in der Verwahrung Loewenfelds.¹⁶⁰¹

Der Besitz am Beginn des 20. Jahrhunderts in Zahlen

Für das Jahr 1905 macht Niekammer für die Steinortschen Güter folgende Angaben:¹⁶⁰²

Groß Steinort, Majorat mit den Vorwerken Amalienruh, Kittlitz, Upalten, Labab, Sdorkowen und Wittfang:

- Grundsteuer-Reinertrag: 12.481 M
- Größe: 1.624 ha, davon 679 ha Acker incl. Garten, 245 ha Wiesen, 79 ha Weiden, 621 ha Holzungen, kein „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser
- Viehbestand: 160 Pferde, 382 Stck. Rindvieh, davon 213 Kühe, 316 Schafe, 383 Schweine
- eine Brennerei, eine Brauerei, eine Windmühle

Gut Klein Steinort:

- Grundsteuer-Reinertrag: 3.088 M

¹⁵⁹⁸ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 38, Bl. 11.

¹⁵⁹⁹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 43, Bl. 54–55.

¹⁶⁰⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 40, Bl. 122–126.

¹⁶⁰¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 43, Bl. 28–29, 39–47.

¹⁶⁰² Vgl. Niekammer's Güter-Adreßbücher, Bd. 3, S. 184–191 (Kreis Angerburg), 163 f. (Kreis Rastenburg)

- Größe: 332 ha, davon 229 ha Acker incl. Garten, 88 ha Wiesen, 15 ha Weiden, keine Holzungen, kein „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser
- Viehbestand: 58 Pferde, 111 Stck. Rindvieh, davon 64 Kühe, keine Schafe, 39 Schweine
- eine Ziegelei

Gut Pristanien:

- Grundsteuer-Reinertrag: 3.292 M
- Größe: 337 ha, davon 287 ha Acker incl. Garten, 25 ha Wiesen, 25 ha Weiden, keine Holzungen, kein „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser
- Viehbestand: 44 Pferde, 120 Stck. Rindvieh, davon 50 Kühe, 203 Schafe, 110 Schweine

Gut Rosengarten:

- Grundsteuer-Reinertrag: 2.359 M
- Größe: 252 ha, davon 199 ha Acker incl. Garten, 50 ha Wiesen, 2 ha Weiden, keine Holzungen, 1 ha „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser
- Viehbestand: 30 Pferde, 110 Stck. Rindvieh, davon 30 Kühe, 10 Schafe, 50 Schweine
- Schweinemast und Zucht

Halbinsel und Gut Sdorkowen:

- Grundsteuer-Reinertrag: 113 M
- Größe: 15 ha, davon 5 ha Acker incl. Garten, 4 ha Wiesen, 2 ha Weiden, keine Holzungen, 1 ha „Unland“ (Hofräume, Wege), 3 ha Wasser
- Viehbestand: 4 Pferde, 6 Stck. Rindvieh, davon 2 Kühe, keine Schafe, 8 Schweine

Rittergut Serwillen:

- Grundsteuer-Reinertrag: 4.047 M
- Größe: 369 ha, davon 245 ha Acker incl. Garten, 75 ha Wiesen, 10 ha Weiden, keine Holzungen, 7 ha „Unland“ (Hofräume, Wege), 23 ha Wasser
- Viehbestand: 49 Pferde, 100 Stck. Rindvieh, davon 70 Kühe, 235 Schafe und 200 Lämmer, 60 Schweine

Gut Stawisken:

- Grundsteuer-Reinertrag: 3.673 M
- Größe: 655 ha, davon 244 ha Acker incl. Garten, 20 ha Wiesen, 18 ha Weiden, 373 ha Holzungen, kein „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser
- Viehbestand: 43 Pferde, 103 Stck. Rindvieh, davon 42 Kühe, 33 Schafe, 101 Schweine

Gut Stawken:

- Grundsteuer-Reinertrag: 3.421 Mark
- Größe: 358 ha, davon 295 ha Acker incl. Garten, 50 ha Wiesen, 2 ha Weiden, 12 ha Holzungen, kein „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser
- Viehbestand: 52 Pferde, 104 Stck. Rindvieh, davon 40 Kühe, 240 Schafe, 40 Schweine
- eine Stammschweinezucht

Gut Stobben:

- Grundsteuer-Reinertrag: 2.416 M

- Größe: 236 ha, davon 188 ha Acker incl. Garten, 45 ha Wiesen, keine Weiden, keine Holzungen, 3 ha „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser

Rittergut Taberlack:

- Grundsteuer-Reinertrag: 6.439 M
- Größe: 575 ha, davon 420 ha Acker incl. Garten, 131 ha Wiesen, 15 ha Weiden, keine Holzungen, 9 ha „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser
- Viehbestand: 74 Pferde, 149 Stck. Rindvieh, davon 83 Kühe, 306 Schafe, 86 Schweine
- Vieh-, Schaf- und Pferdezucht

Gut Haarszen:

- Grundsteuer-Reinertrag: 265 M
- Größe: 52 ha, davon 14 ha Acker incl. Garten, 4 ha Wiesen, 34 ha Weiden, keine Holzungen, kein „Unland“ (Hofräume, Wege), kein Wasser
- Viehbestand: 6 Pferde, 12 Stck. Rindvieh, davon 2 Kühe, keine Schafe, 10 Schweine
- Maränenröucherei, Eiskeller

Mitten in der finanziellen Krise sollte im Herbst 1906 Rosengarten für das Majorat Steinort angekauft und in die Drainage-Genossenschaft aufgenommen werden, um die Rentabilität zu steigern. Siegfried von Lehdorff, Agnat des Fideikommisses, nutzte seine Beziehungen zum Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, um ihn dafür zu gewinnen. „Ohne Drainage wird Rosengarten nie ein rentables Objekt werden“, schrieb er am 15. September 1906 aus Graditz. Der „Beschleunigung halber“ solle der Brief durch Kapps „kräftige Hände gehen“, da die „Drainage-Angelegenheit schon für Mitte September auf der Tagesordnung der Landschaft steht.“ Er hätte „wegen Überbürdung mit anderen Dienstreisen“ dem Pferderennen in Königsberg nicht beiwohnen können, um Kapp „bei dieser Gelegenheit die Hand zu schütteln. Für unseren armen Minister waren die letzten Momente auch nicht gerade sehr erheiternd. Bis auf weiteres scheint das Fahrwasser jetzt aber wieder klar zu sein“, schließt er seinen Brief. Kapp antwortet am 20. September 1906 aus Königsberg, dass die Anlagen sogleich in den Geschäftsgang gegeben worden seien und er die Sache unterstützen werde. Er sei in der ersten Hälfte der nächsten Woche in Berlin und beabsichtige, „Ew. Exzellenz auf dem Ministerium aufzusuchen, um die Steinorter Angelegenheit mit Ihnen zu besprechen“. Nach einem daraufhin abgegangenen Telegramm fand die Unterredung am Dienstag statt.¹⁶⁰³ Kapp als Generallandschaftsdirektor riet Manfred von Lehdorff auch, „im Interesse des Fideikommisses Steinort“, zum Ankauf von Stobben 1 und 3 sowie von dem im Allodbesitz seines Veters Carol befindlichen Engelstein 46. „Dass der Ankauf von Stobben 1 und 3 sowie Engelstein 46, wie die Verhältnisse jetzt liegen, für das Fideikommiss von zweifellosem Wert sein würde, leuchtet mir vollständig ein, und ich würde mich auch zu dem Ankauf bereit erklären unter gewissen Vorbedingungen, die noch ihrer Realisierung harren.“ Es sei für ihn als eventueller Nachfolger seines Veters eine „sehr peinliche und sehr wenig sympathische Sache“, sich „durch den Ankauf der besagten Grundstücke soweit in die Angelegenheiten des Fideikommisses hinein zu begeben, dass es den Anschein haben könnte, als wollte ich schon meine Finger auf das Fideikommiss legen.“ Deshalb würde er dem Ankauf nur näher treten, wenn es „dem ausdrücklichen Wunsch meines Veters entspricht. Ich habe an denselben schon geschrieben und erwarte die Antwort“. Diese ging ihm kurz darauf zu.¹⁶⁰⁴

¹⁶⁰³ GStA PK, VI. HA, Nachlass Wolfgang Kapp, Nr. 96, Bl. 1–3.

¹⁶⁰⁴ GStA PK, VI. HA, Nachlass Wolfgang Kapp, Nr. 96, Bl. 5–10.

Nachdem die im Raum stehende Zwangsversteigerung der Lehndorffschen Güter ebenso wie die Versteigerung von Resau 1901/1903 erfolgreich abgewehrt und 1908 endlich auch die Zwangsverwaltung für Steinort aufgehoben werden konnte,¹⁶⁰⁵ war immer noch eine seit der Übernahme des Fideikommisses schwelende Angelegenheit zu Ende zu bringen. Es ging um eine fehlende Entlastungserklärung, wegen der sich Anwalt Siebert mit dem Oberlandesgericht auseinanderzusetzen hatte.

Im Januar 1913 betrug der bei der Ostpreußischen Landschaft liegende Gräflich Lehndorffsche Inventariefonds 39.000 M. Dieser setzte sich zusammen aus dem Erlös des in Klein-Steinort an den Pächter verkauften Inventars (27.500 M), dem Erlös des bei Kittlitz an den Pächter verkauften Inventars (11.500 M). Davon nahm Lehndorff für sich von der Klein-Steinorter Masse einen Teil von 15.500 M, von der Kittlitzer Masse einen Teil von 5.500 M als Allod in Anspruch, zusammen 21.000 M. Nach Sieberts Vorschlag sollte von den deponierten 39.000 M Lehndorff 10.500 M als Gegenwert für das von ihm in Kittlitz beschaffte Inventar ausgehändigt und von den verbleibenden 28.500 M als Klein-Steinorter Inventarmasse 12.000 M und als Lababer Inventarmasse 16.500 M anerkannt werden. Die 12.000 und 16.500 M sollten von Lehndorff als Fideikommisskapital anerkannt werden, und von dem Kittlitzer Inventar, welches mit den 10.500 M angeschafft worden war, ein Teil im Werte von 6.000 M Fideikommisssubstanz bilden. Bezüglich der restlichen 4.500 M wollte die Landschaft Lehndorff verpflichten, jeweils ein Superinventar in dieser Höhe zu erhalten. Die Klein-Steinorter Inventarmasse von 12.000 M und die Lababer Inventarmasse von 16.500 M sollen bei der Bank der Landschaft getrennt verwaltet und die Zinsen dem jeweiligen Fideikommissbesitzer direkt überwiesen werden. Mit dieser Lösung wollte sich das Oberverwaltungsgericht nicht zufrieden geben. Es wollte nicht nur jede Inventarmasse für sich behandeln, sondern auch prüfen, ob die hinterlegte Gesamt-Inventarmasse ausreichen würde, den Rückkauf des Inventars in Höhe der stiftungsmäßigen Minimalwerte zu gewährleisten und brachte die stiftungsmäßigen Mittelwerte für Labab, Klein-Steinort und Stawisken mit 16.500 M, 12.000 M und 9.000 M in Abzug. Zudem wollte man prüfen, ob noch weitere Vorwerke unter der Bedingung des Verkaufs des Inventars verpachtet seien. Der Anwalt hielt die Fideikommissbehörde jedoch für nicht berechtigt, diesen Teil zu sperren, um damit die stiftungsmäßigen Minimal-Inventarwerte zu konstituieren. „Wir stehen überhaupt auf dem Standpunkt, dass es nicht Pflicht des jetzigen Fideikommissbesitzers ist, die gesamte stiftungsmäßige Inventarmasse auf einmal zu beschaffen. Soweit er die Fideikommissgüter mit Inventar übernommen hat, oder soweit die von den Pächtern für das Inventar gezahlten Kaufpreise in seine Hände geflossen sind, muss er natürlich für die Minimalwerte aufkommen. Soweit bei seinem Besitzantritt aber die Güter ohne Inventar waren, ist es unbillig von ihm zu verlangen, dass er die ganze in der Stiftungsurkunde festgesetzte Summe auf einmal beschafft. Es handelt sich dabei ja um große Beträge, nämlich insgesamt um 159.000 M.“ Schon früher hätte man vorgeschlagen, für die fehlenden Minimalbeträge halbjährlich 750 M dem Königlichen Oberlandesgericht zur Verfügung zu stellen. „Die Finanzverhältnisse des jetzigen Besitzers sind auch nicht derart, dass er die große Summe auf einmal beschaffen kann. Die Deutsche Bank, an die die gesamten Pachten fließen, hat bereits heute die aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen regelmäßigen Zahlungen zu leisten. Es sind im Jahr 59.505,13 M.“ Lehndorff habe „seit Aufhebung der Zwangsverwaltung die Verhältnisse des Fideikommisses erheblich gefördert“, weshalb es angeraten sei, „sich mit ihm über eine allmähliche Aufbringung des Inventariefonds zu verständigen.“ Die beiden nächsten volljährigen Anwärter werden zustimmen, dass „unser Vorschlag vom 9. Dezember 1912 angenommen wird,

¹⁶⁰⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 230 ff. (Wirtschaftsakten von Resau); Nr. 36 und 37 (Versteigerung 1901/02); Nr. 26, 33 bis 39 (Zwangsverwaltung).

wenn sich der jetzige Fideikommissbesitzer verpflichtet, fortan jeweils am 1. Juli und 1. Januar eines jeden Jahres 750 M an die Bank der Ostpreußischen Landschaft zur Verfügung der Fideikommissbehörde zu zahlen.“¹⁶⁰⁶ Siebert hoffte, dass die Landschaft sich damit beruhigen lassen würde, befürchtete jedoch, dass sie nach einigen Wochen von neuem an ihn herantreten werde. Er empfahl Lehndorff deshalb, den Referenten des Oberlandesgerichts baldmöglichst zu besuchen, um zu vermeiden, dass das Oberlandesgericht den Justizminister als Beschwerdeinstanz anruft.¹⁶⁰⁷

Dass der Verkauf der Marschallheide an den Grafen zu Stolberg dazu dienen sollte, das nötige Kapital für die Forderungen des Oberlandesgerichts zu beschaffen, steht zu vermuten. Stolberg war bereit, 320.000 M zu zahlen. Der Verkauf an einen Holzhändler, der 20.000 M mehr geboten hatte, war schnell vom Tisch. Manfred von Lehndorff hatte eine Abholzung des Waldes „den Interessen und dem Ansehen der Familie nicht entsprechend“ gefunden, auch befürchtete man, „erhebliche Schwierigkeiten bei der Fideikommissrechtlichen Durchführung der Sache“ zu bekommen. Auch Anwalt Siebert glaubte, „dass man Ihnen einen solchen Verkauf vielleicht doch hier und da verübeln würde, und auch das Oberlandesgericht würde diese Gelegenheit benutzen, sei es aus eigener Initiative, sei es auf Veranlassung des Herrn Grafen Schwerin-Mildenitz, als ‚Aufsichtsbehörde‘ tätig zu werden. Über die neulichen Einwirkungen des Herrn Grafen Schwerin auf das Oberlandesgericht sprach übrigens Herr Graf Manfred Lehndorff seine lebhafteste Verwunderung aus. Wir kamen auf diese Einwirkung zu sprechen, da das Königliche Oberlandesgericht eine ähnliche Verfügung wie Ihnen auch ihm und seinem Bruder, Herrn Grafen Heinrich, hatte zugehen lassen.“¹⁶⁰⁸

Die von der Landschaft gegründete Bank der Ostpreußischen Landschaft erledigte für viele ostpreußische Landwirte die Bankgeschäfte und legte als mündelsichere Sparkasse deren Spargelder an. Sie verfügte über acht Geschäftsstellen und 42 Nebenstellen in der gesamten Provinz. Dazu kam seit 1910 die LADOL, die Lebensversicherungsanstalt der ostpreußischen Landschaft. Beide Einrichtungen halfen mit, das ostpreußische Sparkapital in der Provinz zu halten, sorgten aber auch durch rechtzeitige Einleitung der landschaftlichen Zwangsverwaltung dafür, dass in Schwierigkeiten geratene Betriebe vor rücksichtslosen Zugriffen anderer Gläubiger in die notwendigen Betriebsmittel geschützt wurden. Sie gab sogar neue Kredite für Saatgut und Düngemittel, so dass die meisten Güter nach der Befreiung von ihren Schulden durch Umschuldung auf 4,6%-ige Industriebank-Hypotheken lebensfähig und den Besitzern erhalten blieben. Die Landschafts-Pfandbriefdarlehen waren über 35 Jahren zu tilgen, so dass bei der nächsten Hofübernahme der übernehmende Erbe durch erneute Darlehensaufnahme seine Eltern, Geschwister usw. abfinden konnte.¹⁶⁰⁹

Dass im Sommer 1913 das „Kuratorium des rechts- und staatswissenschaftlichen Fortbildungskurses für Gerichtsassessoren“ gerade Steinort als Ziel auswählte, erscheint auf den ersten Blick als merkwürdige Idee. Doch hatte es die Gesamt-Familie mit ihrem Zusammenhalt im Fideikommiss geschafft, die Zwangsverwaltung aufzuheben, so dass Steinort, wenn auch noch lange nicht schuldenfrei, doch tatsächlich wieder selbständig wirtschaften konnte. Die 20 Teilnehmer des Kurses trafen nach einer Studienfahrt durch Ostpreußen mit einem in Lötzen eingesetzten Regierungsdampfer in Steinort ein, um am 2. August den Gutsbetrieb in Augenschein zu nehmen. Nach der Besichtigung fuhren sie über Upalten nach Angerburg zum Anschluss an den Abendzug. Lehndorff

¹⁶⁰⁶ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 134–141.

¹⁶⁰⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 152–152v.

¹⁶⁰⁸ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 164–165v.

¹⁶⁰⁹ Vgl. Bloech, Hans, Ostpreußens Landwirtschaft, o. O. [1955], S. 111 f.

hatte es sich nicht nehmen lassen, den Besuch persönlich zu empfangen. Nach dem Dankschreiben des Kuratoriums vom 30. August 1913 hätten die Assessoren bei ihrer Besichtigung „ein eindrucksvolles Bild von der Eigenart Ihres Gutsbetriebes erhalten können“ und man dankte für den freundlichen Empfang, den Lehndorff nach der Besichtigung bereitet hatte.¹⁶¹⁰ Auch die Propaganda- und Studienreise der deutschen Gesellschaft für ärztliche Studienreisen im Sommer 1922, die von Zoppot aus über die Kurische Nehrung und Königsberg nach Allenstein, dann mit einem Dampfer der „Masurischen Dampferkompagnie“ von Rudzanny nach Lötzen führte, hatte im erweiterten Programm den Besuch des Schlosses Steinort sowie des Schlosses Beynuhnen „mit bedeutenden Kunstsammlungen“ vorgesehen. Steinort entfiel jedoch für einen Besuch des Bernsteinmuseums in Palmnicken.¹⁶¹¹ Bei der 1922/23 veranstalteten Wanderausstellung Ostpreußen gehörte Steinort nicht zu den „Mustergütern“. Für die zwischen dem 24. September und 1. Oktober 1922 stattfindenden Führungen und Exkursionen war das Mustergut Bledau bei Cranz im Besitz der Familie von Batocki ausgewählt worden. Die Führung leitete Professor Skalweit von der Königsberger Universität. Für 24 M „Fahrunkosten“ konnte man in Bledau ostpreußische Gutswirtschaft in Funktion sehen.¹⁶¹² Auch als amerikanische Studenten im August 1923 Ostpreußen bereisten, endete die Dampferfahrt auf den masurischen Seen nicht in Steinort, sondern in Lötzen und wieder war es das „Mustergut Bledau bei Cranz“, das ihnen präsentiert wurde.¹⁶¹³

Im Frühjahr 1914, Lehndorff befand sich nach Besuchen auf verschiedenen Gütern Hinterpommerns in seiner Berliner Wohnung, Siemensstraße 10, muss es zu Streitigkeiten zwischen seinem Administrator Dehn und Oberförster Walter gekommen sein. Lehndorff legte seinem Antwortschreiben an Dehn den Bericht des Forstverwalters bei, Walter erhielt im Gegenzug das Schreiben Dehns. „Die Folge könnte sein, dass Sie beide mir nicht mehr so offen entgegenkommen, was ich im allseitigen Interesse ehrlich bedauern müsste“, begann Lehndorff seinen Brief. „Bestehen seitens der Administration gegen Forstverwaltung oder Schloss Zweifel oder Missverständnisse, so bitte ich künftig unter allen Umständen um einen schriftlichen Antrag. Zunächst bleibt es dabei, dass der Forstarbeiter Lalla als Forstarbeiter auf der Brachstube wohnen bleibt; will er das nicht, wird er, trotzdem er ein sehr ordentlicher Mann ist, entlassen und darf unter keinen Umständen von der Administration engagiert werden.“ Trotz Mehrkosten sollten fremde Arbeiter beschäftigt werden, auf seiner Reise durch Hinterpommern habe er sehen können, dass dort „galizische und russische Arbeiter schon seit dem 15. Januar, 1. und 5. Februar unter billigen Bedingungen zur Arbeit angetreten sind.“¹⁶¹⁴

Kriegs- und Nachkriegszeit

Seit den Befreiungskriegen und der anschließenden langen Friedensperiode waren die Lehndorffschen Besitzungen über hundert Jahre von kriegerischen Ereignissen verschont geblieben. Am 1. August 1914 gab Kaiser Wilhelm II. in Berlin den Eintritt Deutschlands in den Krieg bekannt. Am 4. August 1914 erklärte der wegen seiner

¹⁶¹⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 173, Bl. 16, 17.

¹⁶¹¹ GStA PK, I. HA, Rep. 203, Nr. 412, H. 2, n. f. (24. Juli 1922).

¹⁶¹² GStA PK, I. HA, Rep. 203, Nr. 353, n. f. (am Ende der Akte)

¹⁶¹³ GStA PK, I. HA, Rep. 203, Nr. 415, n. f. (Programmwurf).

¹⁶¹⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 40, Bl. 155–156.

entschiedenen Friedenshaltung hoch geschätzte, aus Allenstein gebürtige Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion Hugo Haase unter dem Zwang der Fraktionsdisziplin: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“¹⁶¹⁵

Die Kampfhandlungen fanden zum überwiegenden Teil nicht auf deutschem Territorium statt. „Als der Krieg ausbrach, herrschte eine ungeheure Begeisterung. Das kann sich heute niemand mehr vorstellen“, schreibt Kurt Peschel in seinen Lebenserinnerungen. Noch glaubte auch er, es werde ausgehen wie 1870, als es „weniger Gefallene als an der Ruhr Gestorbene“ gab. Dass ein Krieg auch anders verlaufen könnte als geplant, „war nicht einkalkuliert“.¹⁶¹⁶ Ostpreußen wurde als Grenzprovinz unmittelbar in den Krieg hineingezogen und Masuren erneut Schauplatz der Geschichte.¹⁶¹⁷ Deutschlands Ostgrenze war nur in gering verteidigungsbereitem Zustand. Schon am 12. August 1914 stieß die 1. russische Armee nach Ostpreußen vor, wo ihr allein die 8. Armee unter General Maximilian von Prittwitz und Gaffron gegenüberstand. Nachdem auch die 2. russische Armee von Südosten vorgerückt war, wurde der Rückzug der deutschen Truppen angeordnet. Bald war die Provinz vom russischen Herr überflutet. 13.600 Ostpreußen wurden nach Sibirien deportiert und kehrten erst nach 1921 heim; die Zivilbevölkerung flüchtete in Scharen nach Westen, fast 400.000 Menschen verließen vorübergehend die Provinz. Kaiser Wilhelm II. reaktivierte in dieser ausweglos scheinenden Situation den alten General der Infanterie, Paul von Hindenburg, der Prittwitz ablöste. In der Schlacht bei Tannenberg vom 26. bis 30. August 1914 gelang es Hindenburg und seinem Generalstabschef Erich Ludendorff, die russische Armee zu schlagen.¹⁶¹⁸ Eine zweite Angriffswelle der Russen im Februar 1915 endete mit der Winterschlacht in Masuren vom 7. bis 31. Februar 1915. Nach dem abgewehrten Angriff auf Memel im März 1915 zogen sich die russischen Truppen hinter die deutsche Ostgrenze zurück. Die Front verlief bis zum Beginn der russischen Revolution im November 1917 auf der Linie östlich von Riga bis Lemberg.¹⁶¹⁹ Am 8. Mai 1915 schrieb Paul von Hindenburg aus dem Hauptquartier Ost an Carol von Lehndorff: „Sehr verehrter Herr Graf, Ihre große Liebenswürdigkeit hat es im Verein mit der großen Güte Ihrer Frau Schwester möglich gemacht, dass ich nach langer Trennung meine Frau wiedersehen konnte. Da ist es mir ein rechtes Bedürfnis, Ihnen kurz aber herzlich für die Gastfreundschaft zu danken, die uns in Ihrem herrlichen Steinort in so reichem Maße zuteil geworden ist. Die schönen Tage werden uns unvergesslich bleiben!“¹⁶²⁰

Die Kriegsereignisse ab August 1914/15 beschreibt die Rosengartener Kirchenchronik in ihrer ganzen Härte. Schon am 19. August zogen die ersten Flüchtlinge aus den Kreisen Marggrabowa, Goldap und Angerburg durch das Kirchspiel. Die zweite Welle folgte am 6. November, als die Grenzkreise zum zweiten Mal besetzt wurden. Am 18. November wurde Haarszen besetzt, am 21. November Steinort. Den ganzen Winter blieb es Kampfzone. „Die Russen sind in Hempels Ziegelei (Haarszen), in Sdorkowen und Kirsaiten gewesen. Sie schießen Witfong

¹⁶¹⁵ Vgl. Matull, Wilhelm, Hugo Haase und Otto Braun, in: Jahrbuch der Albertina-Universität, Bd. 14, Würzburg 1966.

¹⁶¹⁶ Peschel, Kurt, Erinnerungen aus meinem Leben, Manuskript.

¹⁶¹⁷ Zum Kriegsverlauf: Bookmann, Hartmut, Ostpreußen und Westpreußen, Berlin 1992, S. 392 ff. Siehe auch den Bericht des Provinzialkonservators über den Kriegsverlauf und entstandene Schäden, in: Bericht des Konservators der Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen über seine Tätigkeit im Jahre 1915 an die Provinzialkommission zur Erforschung und zum Schutze der Denkmäler in der Provinz Ostpreußen (14. Jahresbericht), Königsberg 1916, S. 3–8.

¹⁶¹⁸ Vgl. Kossert, Andreas, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005, S. 196–216. Hierzu auch: Ekdahl, Sven, Die Schlacht bei Tannenberg. Quellenkritische Untersuchungen, Berlin 1982.

¹⁶¹⁹ Zu den weiteren Kriegsschauplätzen im östlichen und nördlichen Ostpreußen: Gause, Fritz, Die Russen in Ostpreußen 1914/15, Königsberg 1931.

¹⁶²⁰ GStA PK, XX. HA, Rep. 54 GA Lehndorff, Nr. 279.

und Kirsaiten, von Haarszen aus, in Brand.“ Rosengarten lag im Winter 1914 in Schutt und Trümmern. Am 27. Januar 1915 fand zum Kaiser-Geburtstag ein Feldgottesdienst für den Landsturm auf der Insel Upalten und für die Truppen in Groß Steinort vor dem Schloss statt. Nach der Winterschlacht in Masuren war Ostpreußen am 14. Februar 1915 vom Feind befreit. Im Mai wurden die Grenzkreise zur Wiederbesiedlung freigegeben. Im Sommer 1915 begann der Wiederaufbau von Ställen und Scheunen. Russische Kriegsgefangene beräumten die Brandstätten. Nur der Wiederaufbau des Pfarrgehöfts in Rosengarten verzögert sich, „da die Gemeindevertretung ein neues großes Grundhaus mit 2 Ställen bauen will, der Vertreter des Herrn Patrons, aber nur für Gebäude in den alten Abmessungen zu haben ist.“¹⁶²¹

Superintendent Hermann Braun aus Angerburg, der Leiter der Bethesda-Anstalt, die auf das in den 1880er Jahren durch Anna von Lehndorff gegründete Siechenhaus zurückging, sammelte ab 1914 Berichte über „Ostpreußische Kriegserlebnisse“. 1937 erschien ein Sammelband über die Erlebnisse ostpreußischer Frauen in den Kriegsjahren.¹⁶²² Beide Arbeiten beschrieben das Trauma, das die Menschen in den Grenzgebieten durchlebt hatten.

Carol von Lehndorff war bei Kriegsbeginn zum „Grenadier-Regiment zu Pferde, Stab Jäger-Regiment zu Pferde 10 II. Division“ eingezogen, dann zum „Reserve Infanterie-Regiment 255, 77. Reserve-Division, Regimentsstab im Osten“ versetzt worden. Seinen Neffen Heinrich hatte es nach Westen verschlagen, er fiel am 30. September 1914 bei Lille. Bei seiner Einberufung hatte Lehndorff seinen Feldrock bei der Firma Dingeldey & Werres in Berlin am Schöneberger Ufer bestellt, andere Ausrüstungsstücke hatte er reparieren lassen. Dingeldey & Werres waren Hoflieferanten des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg und warben für sich als „erstes, ältestes und größtes Spezial-Geschäft für komplette Tropen- und Übersee-Ausstattungen“. Eine weitere Filiale befand sich in der Berliner Jägerstraße, die Fabrik in der Kopenhagener Straße. Sie waren Lieferant des Reichs-Kolonial-Amtes und für Militärbehörden, für das Kommando der kaiserlichen Schutztruppen, für Vereine des Roten Kreuz u. a. Die Rechnung, die sie Lehndorff gestellt hatten, hatte dieser als „gesalzen“ empfunden; Angebot und Nachfrage bestimmten den Preis. Die Firma antwortete, „dass schon in Friedenszeiten die Arbeiter, welche die Reparaturen ausführen, an und für sich, laut des allgemeinen Tarifs der deutschen Schneider-Zwangs-Innung, ziemlich hohe Löhne beanspruchen dürfen; dass aber jetzt während des Krieges, und namentlich nach den in Masse erfolgten Einberufungen von LandsturMLEuten, keine Schneider mehr zu haben sind, die zu dem alten Tarif arbeiten, sondern dass ganz enorme Zuschläge von uns wie von anderen Geschäften der Branche bezahlt werden müssen. Man muss den Leuten außer dem hohen Lohn noch recht gute Worte geben, wenn sie derartige Abänderungen und Reparaturen vornehmen sollen, da sie ja bei neuen Stücken, infolge der glatten, leichteren Arbeit, mehr verdienen, als bei den immerhin ziemlich Zeit raubenden Ausbesserungsarbeiten.“¹⁶²³ Um mobil zu sein, hatte Lehndorff im „Franz Todtenhöfer & Co. Auto-Palast“ in der Königsberger Steinstraße einen Opel „18/30 HP“ erworben, für den er einen Chauffeur einstellen wollte. Die Firma schaltete ein Inserat. Am 1. Oktober 1914 war der Chauffeur auf dem Weg nach Steinort. Todtenhöfer hatte ihm „für 14 Tage M 75,- Gehalt sowie M 30,- Reisevorschuss gezahlt“.¹⁶²⁴ Auch die Beauftragung der Königsberger Spedition „Weckert & Müller“ für den „Transport einer Wohnungseinrichtung (Umzugsgut) mit Benutzung eines großen Verschlussmöbel-

¹⁶²¹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.2019].

¹⁶²² Braun, Hermann, Ostpreußische Kriegserlebnisse, Angerburg 1915; Ostpreußische Frauen erleben den Krieg, Königsberg 1937.

¹⁶²³ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 173, Bl. 41–41v.

¹⁶²⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 173, Bl. 21–23 (Fragmente).

wagens ohne Umladung“ von Groß Steinort nach Berlin war schwierig. Im Preis von 570 M war enthalten: „Einpacken von Glas, Porzellan, Nippes, Büchern, Wein etc., leihweise Hergabe des erforderlichen Packmaterials, alle Frachtkosten, Stellung der bei der Entladung erforderlichen Gespanne und Hilfsarbeiter, Auspacken der eingepackten Sachen“. Versichert war der Transport mit 2 M pro tausend M Versicherungsgut. Aufgrund der Kriegslage war es der Firma lange nicht möglich, einen Termin zu benennen, da die Strecke nach Rastenburg für den Privatgüterverkehr gesperrt war. , jedoch wurde uns in Aussicht gestellt, dass Ende der Woche die Wiedereröffnung der Strecke möglich wäre“, schrieb die Firma am 12. Oktober nach Steinort.¹⁶²⁵ Der Transport erfolgte erst am 2. November 1914. Später lässt sich eine Berliner Adresse für Carol von Lehdorff feststellen, wenn auch mit dem Zusatz „z. Zt.“: Berlin-Moabit, Siemensstraße 10 II. 1.¹⁶²⁶

Bisher hatten in Lehdorffs Abwesenheit dessen Onkel, Georg und Heinrich von Lehdorff, als Agnaten des Fideikommisses die Verwaltung übernommen. Heinrich war bereits 1905, Georg 1914 verstorben. Nun, und zwar spätestens ab Juni 1915, wurde Siegmund Freiherr von Schroetter, seit 1884 Lehdorffs Schwager, mit der Verwaltung Steinorts betraut. Oberförster Walter, der eine besondere Vertrauensstellung besaß, fungierte als „Patronatsvertreter“ des Grafen.¹⁶²⁷

Über dessen Kriegsteilnahme ist im Familienarchiv nur wenig überliefert.¹⁶²⁸ Vorhanden sind wenige Zeitungsausschnitte zum Kriegsverlauf, insbesondere zu England, Personenfotos und Luftaufnahmen, ein Erinnerungszettel an Hosenträger, Aspirin, Fliegenrollen und geräucherten Lachs und eine undatierte, knappe Tagebuchnotiz, wahrscheinlich aus dem Jahr 1917. Neben Notizen zum täglichen Beschuss im Feld hatte Lehdorff notiert: „27.1. Kaisergeburtstag gezählte Schuss 379 Schrapnels, 463 Granaten“, mittags 12 Uhr Paroleausgabe. „7.3. 7 Offiziere, 36 Mann gefallen“.¹⁶²⁹ Aus der Kirchenchronik von Rosengarten erfahren wir mehr über Lehdorffs Kriegseinsatz. Als am 24. Oktober 1915 anlässlich der Feier des 500-jährigen Hohenzollernjubiläums der aus Pietrellen im Kreis Angerburg gebürtige Richard Drost, der in Rudczanny im Kreis Sensburg eine Predigerstelle inne hatte, in Rosengarten eine Gastpredigt hielt, war der „Herr Patron [...] infolge einer Erholungskur zur Abstellung der im Felde sich zugezogenen rheumatischen Beschwerden nicht anwesend“. Ihn vertrat seine Schwester Anna. Spätestens am 10. Dezember 1915 war Lehdorff aber zurück in Steinort und nach seiner persönlichen Vorstellung „beim Herrn Patron“ wurde Drost zum Pfarrer in Rosengarten gewählt. Erst am 17. April 1916 hielt Drost seine Berufungsurkunde vom königlichen Konsistorium in den Händen. Lehdorff hatte seinen Sinn nochmal geändert und wollte, so die Chronik, „einem vertriebenen kurländischen Geistlichen die Stelle reservieren“. Drost hatte, verwundert über das Ausbleiben der Bestätigung nachgefragt und erfahren, dass Lehdorff zum Anfang des neuen Jahres die Übernahme der Pfarrgeschäfte wünsche. Trotzdem unterzeichnete er die Berufungsurkunde erst am 6. April im Chateau Salius bei Metz. Am 14. Mai 1916 wurde Drost durch Superintendent Braun aus Angerburg eingeführt. „Von den anderen Geistlichen der Diözese war niemand erschienen, teils weil sie krank, teils weil sie amtlich verhindert waren, teils weil die Bahnverbindungen infolge des Krieges sehr schlecht waren. Der Patron war ebenfalls aus dienstlichen Gründen verhindert.“¹⁶³⁰ Danach muss er sich vorübergehend in Berlin aufgehalten haben, denn von hier aus beauftragte er die Verlagsbuchhandlung Georg

¹⁶²⁵ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 173, Bl. 57–57v.

¹⁶²⁶ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 173, Bl. 40/g, 74.

¹⁶²⁷ EZA, 507/2050.

¹⁶²⁸ APO, Bestand 382 FA Lehdorff, Nr. 314, Nr. 653 (1914–1920).

¹⁶²⁹ StA L, Bestand 21950 FA Lehdorff, Nr. 459, 518; Nr. 511, n. f. (1917).

¹⁶³⁰ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.2019].

Stilke mit dem Versand des gerade erschienenen Buches des Landstallmeisters des Lippeschen Gestüts Lophorn, William von Simpson, Tagesfragen zur deutschen Landespfederzucht.¹⁶³¹ Der nächste Brief des Oberförsters Walter vom 15. September 1917 ging an Rittmeister Lehndorff, „z. Zt. Im Felde“. Zwei Themen waren Walter besonders wichtig: die stark gestiegenen Löhne und die Arbeit von Kriegsgefangenen auf den Gütern. Er habe die Holzschlägerlöhne erhöhen müssen, um „so viel wie irgend möglich freie Arbeiter zum Holzschlagen“ zu bekommen, „da diese Arbeiter trotz der erhöhten Löhne noch immer billiger arbeiten als Kriegsgefangene.“ Trotzdem habe er beim Landratsamt um weitere 40 Kriegsgefangene zum 1. Oktober gebeten, jedoch keine Zusage erhalten. „Mit den 10 Steinorter Gefangenen und den 6 Gefangenen von der Schneidemühle würde ich dann im ganzen 56 Mann haben, ohne die freien Arbeiter und die wenigen alten Forstarbeiter.“ Die Taxe für Brennholz habe er eigenmächtig erhöht, da es „sehr gefragt ist und gut bezahlt wird“. Im Zweifel war, er, ob Lehndorff seinen Brief vom 7. des Monats erhalten habe. „Ich fragte darin noch einmal an, ob ich an Danielczyk die 2.000 fm Holz aus Karlswalde verkaufen soll, da es mir doch bedenklich erschien, diesen großen Posten Holz jetzt zu verkaufen, gerade als Ew. Hochgeboren im Begriff stehen, den ganzen Belauf in Bausch und Bogen zu verkaufen und die Reflektanten darauf hin sich die Holzbestände angesehen haben.“ Mit den „10 Steinorter Waldrussen“, die er Oberinspektor Schulz ausgeliehen habe, werde er in Groß Steinort „die Kulturzäune ausbessern, die Weichhölzer aus den Kulturgärten aushauen, um dann an das weitere Aufarbeiten der Brustwehren zu gehen.“ Anfang Oktober werde er „in den übrigen Beläufen mit dem Roden der Kränze beginnen“, bis dahin die Zäune ausbessern und „Fichten gegen das Verbeißen durch Wild teeren“. Den Forstsekretär der Gräflin von Bismarckschen Forstverwaltung Förtsch hatte er als Assistenten zum 1. Oktober angenommen. Da Förtsch seine Zeugnisabschriften gefälscht hatte, war die Anstellung beendet, bevor sie begonnen hatte.¹⁶³²

In Steinort, wo wie überall die männlichen Arbeitskräfte fehlten, hielten in den Kriegsjahren vor allem russische Kriegsgefangene die Forstwirtschaft aufrecht. Der Einsatz von Kriegsgefangenen stand im Einklang mit der Haager Landkriegsordnung und wurde von den meisten kriegsführenden Staaten betrieben. Im Sommer 1916 arbeiteten sowohl in Frankreich wie in Deutschland etwa drei Viertel der Kriegsgefangenen in der Wirtschaft. Im Jahr 1916 arbeiteten von etwa 1,6 Millionen Kriegsgefangenen über 700.000 in der Landwirtschaft und über 300.000 in der Industrie und im produzierenden Gewerbe. Leider findet sich in den Quellen nichts über die tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter auf den Steinortschen Gütern.¹⁶³³ Als am 1. Februar 1916 Oberinspektor Schulz „sämtliche 30 Russen aus Groß Steinort für seine Arbeit genommen, so dass im Belauf Groß Steinort keine Gefangenen mehr arbeiten“, kam es sofort zum Stillstand aller Arbeiten, so dass Walter „beim Gefangenenbewachungsoffizier in Angerburg“ die Überweisung von 10 Gefangenen nach Steinort für die Waldarbeit beantragte. Sie sollten in einer Wohnung im Dorf untergebracht und mit den übrigen Gefangenen bespeist werden, wie Walter mit Schulz vereinbarte. Dieser Brief Walters ging nach Berlin. Aus ihm geht auch hervor, dass der Holzverkauf in Drengfurth 2.473 M eingebracht hatte. „Von Goldmünzen ist nichts eingegangen, trotzdem ich dafür einen Erlass von 5 % des Kaufpreises in den Blättern zugesichert hatte.“ Er habe die Kahlschläge vorläufig eingestellt und sei mit dem Windbruchholz beschäftigt, „da dieses zum Teil noch vom

¹⁶³¹ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 173, Bl. 41–41v; https://de.wikipedia.org/wiki/William_von_Simpson [2.12.2019].

¹⁶³² APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 225, Bl. 25–26.

¹⁶³³ Siehe hierzu: https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/kaiserreich/erster_weltkrieg/index.html [18.06.2020] sowie Kolb, Eberhard, Katastrophale Lebensbedingungen. Zwangsarbeit von Belgiern in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. August 2008.

vorigen Winter liegt und in diesem Jahr bei dem bis jetzt frostfreien Boden viel Holz gewesen ist.“ Durch den geringen Frost würden die Wege abtauen, was die Holzabfuhr zusätzlich erschwerte.¹⁶³⁴

Probleme hatte Walter mit einem Pächter aus Sdorkowen. Ihm war angezeigt worden, dass der Pächter aus der Baracke „sechs Bretter von ca. je 6 Meter Länge herausgerissen, auf einen mitgebrachten Schlitten mittelst gefangener Russen geladen und nach seinem Gehöft genommen habe, ebenso an demselben Tage ungefähr einen Raummeter Erlen und Rüstern-Holz von dem dort lagernden abgehauenen Holz.“ Wenn die Sache sich bewahrheiten und bei der Staatsanwaltschaft anhängig gemacht werden würde, würde der Pächter mit Gefängnis bestraft werden. In Anbetracht der schwierigen Arbeitskräftesituation war abzuwägen, ob Lehndorff es tatsächlich zu einer gerichtlichen Verfolgung der Angelegenheit kommen lassen wolle. In einem anderen anonymen Schreiben war der Lehrer Rendnan aus Stobben der Wilddieberei beschuldigt worden. In diesem Fall hatte Walter selbst entschieden, „den Brief dem Lehrer Rendnan zur beliebigen Benutzung“ zu übersenden.¹⁶³⁵

Die Kartoffel-Missernte 1916 und die seit November 1914 von England gegenüber Deutschland verhängte Handelsblockade führten zu immer drastischeren Versorgungs-Engpässen. Nicht nur in ostpreußischen Kleinstädten wie Rastenburg mangelte es auf den Märkten an Gemüse. Mit der sich verschlechternden Kriegs- und Ernährungslage kam es zu Lebensmittelkrawallen und Plünderungen.¹⁶³⁶ In Kriegsgerichtsverhandlungen wurden die Aufrührer abgeurteilt, über die die Königsberger Volkszeitung und die Königsberger Hartungsche Zeitung berichten. Ein im Stil eines Interviews gehaltener Zeitungsausschnitt aus dem Steinortler Archiv gibt die Durchhalteparolen für die Heimat wieder: „Der Offizier gibt nun der Anschauung Ausdruck: ‚Die jetzige schwere Zeit und der in unserem lieben Vaterlande herrschende Mangel an Lebensmitteln, gerade an denjenigen, die durch eine gute Futterernte bedeutend vermehrt werden können – Fleisch, Milch, Butter – sind doch wahrlich nicht geeignet, das Gebot: ‚Du sollst den Feiertag heiligen‘, wörtlich durch Nichtstun zu befolgen. Statt seine Gemeinde von der so wichtigen und nötigen Erntearbeit abzuhalten, sollte der Pfarrer dieselbe lieber dazu anhalten [...] Wir, die wir seit fast 2 Jahren keinen Sonn- und Feiertag mehr kennen, sehr oft gerade an ihnen die schwersten Kämpfe zu bestehen hatten, um unserem Vaterlande die feindlichen Horden fernzuhalten, haben für ein derartiges Verhalten kein Verständnis. ... Was sollte daraus werden, wenn wir da draußen auch durch Nichtstun den Feiertag heiligen wollten? ... Alle Deutschen, welche zum Wohle ihres Vaterlandes nicht Leben und Gesundheit einsetzen können, haben ihnen, unseren gefallenen Helden und den vielen Millionen gegenüber, die dies täglich tun, doch ganz besonders die heilige Pflicht, alles dafür zu tun, was in ihren Kräften steht. Und das heißt just in der so wichtigen Erntezeit, die uns mit Gottes Hilfe dazu verhelfen soll, auch den Aushungerungskrieg unserer Feinde siegreich zu überwinden: Unverdrossene Arbeit an jedem Tage, auch an Sonn- und Feiertagen, sowie es das Wetter zulässt. Ein besseres Gebet, ein besseres Gott dienen durch die Tat, kann es jetzt für einen deutschen Landwirt nicht geben!“¹⁶³⁷

Der Festgottesdienst zum Kaiser-Geburtstag im Kirchspiel Rosengarten am 27. Januar 1917 wurde zum Schluß der Gemeinde zum Kaiserhaus. „Die Liebe zum angestammten Herrscherhause und zu unserem Friedenskaiser, sowie der durch nichts zu erschütternd Entschluss, mit ihm auszuhalten bis ans siegreiche Ende, auch unter den schwersten Opfern und Entbehrungen“, mündete in einem „Treugelübde“, das die Erschienenen namentlich unterzeichneten und das im Archiv der Angerburger Superintendentur aufbewahrt werden sollte, so die

¹⁶³⁴ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 225, Bl. 9–10.

¹⁶³⁵ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 225, Bl. 11–11v.

¹⁶³⁶ Vgl. Wagner, Truntlack, Bd. 2, S. 468 f.

¹⁶³⁷ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 459, Bl. 22.

Chronik. Die „6. Kriegsanleihe“ hatte größere Beteiligung als bisher erreicht. Vor allem aus den minderbemittelten Volkskreisen waren zahlreiche Spenden eingegangen. „Die Kirchengemeinde beteiligte sich mit 13.300 M.“¹⁶³⁸

Weder die Lehndorffs noch die Schroetters in Wohnsdorf folgten dem 1917 veröffentlichten Aufruf des „Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege“, unentgeltlich Großstadt- und Industriegebietskinder für einige Monate auf ihrem Gut aufzunehmen. Die „Mittelstandskinderferien“ wurden ab 1918 auch durch der DNVP nahe stehende Frauen finanziert, die sich in der „Vereinigung konservativer Frauen“, einem Annex der Deutsch-Konservativen Partei, zusammengefunden hatten. 1918 expandierte der Verein in Ostpreußen unter der Führung von Freifrau von Mirbach-Cremitten. Unter den neuen Mitgliedern fehlen anfangs die Namen der großen Adelsfamilien, erst 1919 sind Ria Gräfin Dönhoff in Friedrichstein, Gertrud Gräfin zu Dohna-Wundlacken, Renata Gräfin zu Dohna-Waldburg als Mitglieder verzeichnet.¹⁶³⁹

Das Kirchspiel Rosengarten hatte 85 Kinder aus Neuss am Rhein eingeladen, die hier am 15. Mai 1917 eintrafen. „Hervortun sich in barmherziger Liebe vor allem die mittleren und kleinen Besitze, während die Größeren im allgemeinen versagen. Da das Kirchspiel zum größten Teil Großgrundbesitz aufweist, so hat es von allen unter dem Kreise die wenigsten aufgenommen. Von den 85 entfallen auf Rosengarten Dorf und Ausbauten allein 43, auf Masehnen und Grieslack 13, die für Doben und Pilwe vorgesehenen 15 Kinder mussten sogar noch nach Prinowen gebracht werden.“ Sie seien „nicht so erholungsbedürftig“ gewesen, „zum Teil sogar sehr wohl genährt“, aber mit Ansprüchen gekommen, „die beweisen, wie verwöhnt die Leute in der Stadt im Westen zu sein scheinen. Nun haben sie ostpreußische Genügsamkeit kennengelernt, überhaupt das Leben auf dem Lande, das nicht Vergnügen und Müßiggang, sondern recht saure Mühe und Arbeit bedeutet. Hoffentlich bleibt dieser Eindruck dauernd im Gemüt der Kinder haften.“¹⁶⁴⁰ Am 29. Mai 1918 trafen nochmals 31 Kinder, diesmal aus Mönchen-Gladbach, ein. Diesmal hatten sich noch weniger bereitgefunden, Kinder aufzunehmen, da man durch wirtschaftliche Maßnahmen verärgert und auch in Ostpreußen „kein Überfluss“ vorhanden war. Die Mehrzahl der Kinder kam im Kirchspiel Engelstein unter, in Groß Steinort wurden zwei Kinder aufgenommen, die am 10. September 1918 in Begleitung des Pfarrers Drost und einer Schwester abreisten. Am Morgen des 11. September verunglückte der Sonderzug. 37 Kinder wurden getötet, 14 verwundet.¹⁶⁴¹ 1925 lebt die Aktion noch einmal unter der Führung des nach der Volksabstimmung für Masuren und Ermland am 11. Juli 1920 entstandenen „Reichsverbandes heimattreuer Ost- und Westpreußen“ auf, und holte Stadtkinder aus dem Rheinland und Westfalen, aber auch aus Berlin und Thüringen nach Ostpreußen. Im Gegenzug sollten ostpreußische Kinder ihre Ferien dort verbringen.¹⁶⁴²

Anfang 1917 hatte man die beiden kleinen Bronzeglocken und die Orgelgroßhohlpfeifen der Kirche in Rosengarten abliefern müssen. Der auf der Kreissparkasse Angerburg dafür eingezahlte Erlös war als „7. Kriegsanleihe der Gemeinde“ gezeichnet worden. Nur die große Glocke aus dem Jahr 1727 mit der Inschrift „Ernest Ahasverus Graf v Lehndorff Lehns Herr der Rosengartschen Kirche“ und die Dobener Siechenglocke aus dem Jahr 1619

¹⁶³⁸ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.2019].

¹⁶³⁹ Neue Zeiten. Aufgaben und Pflichten der christlichen Frau, hrsg. vom Vorstande des Kapellenvereines, Berlin 1918, S. 176, 195; 1919, S. 56.

¹⁶⁴⁰ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.2019].

¹⁶⁴¹ Ebd.

¹⁶⁴² GStA PK, I. HA, Rep. 203, Nr. 550.

hatte der Provinzialkonservator in „Klasse C“ eingestuft, wodurch sie von der Beschlagnahme verschont geblieben waren.¹⁶⁴³ Erst zehn Jahre später und nach der Bewilligung einer Beihilfe von 3.000 RM durch das evangelische Konsistorium läuteten zur Jahrhundertfeier der Kirche in Rosengarten am 4. Dezember wieder „2 Bronzeglocken in den Tönen gis-h“, gegossen von der Gebr. Ulrich Glockengießerei AG Apolda und Kempten, die nun mit der „vorhandenen Glocke einen schönen Moll-Dreiklang“ ergaben.¹⁶⁴⁴

Die Berichterstattungen der Landwirtschaftszeitung Georgine geben ein anschauliches Bild über die wirtschaftliche Lage der Provinz und die noch immer vorhandenen Kriegsschäden.¹⁶⁴⁵ Die Russen waren in 2/3 der Provinz eingedrungen, vier große Schlachten und viele Gefechte hatten stattgefunden. Als zum 400-jährigen Reformationsjubiläum ein Festgottesdienst abgehalten wurde, war die Beteiligung schlecht. Die Bedeutung dieser „großen Gottestat durch unseren Reformator“, der gerade in Zeiten der Not so viel zu sagen habe, sei den meisten gar nicht zum Bewusstsein gekommen, beklagte der Pfarrer. „Das Interesse hat sich mehr und zu sehr der Magenfrage zugewandt, was werden wir essen und was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden.“ Von Steinort berichtete er nichts. In Doben habe jedoch Baron von Schenk während des Festgottesdienstes „ein Reiten auf Fuchse“ veranstaltet und sei sehr „ungehalten“ gewesen, „als ihm diese Entheiligung des Feiertags vorgehalten“ wurde.¹⁶⁴⁶

Der Mangel an Beleuchtungsmitteln und Brennmaterial verstärkte sich im Winter 1917. Es gab weder Kohlen, noch Petroleum, Weihnachtlichter für den Weihnachtsbaum kosteten pro Stück 11 Groschen. Auch auf dem Lande mangelte es nun an allem. „Die an sich notwendigen Beschlagnahmen und Enteignungen werden oft mit größtem Unwillen aufgenommen. Sie sind auch so weitgehend, dass sie die Produktion gefährden. Mit dem, was den Besitzern gelassen wird, ist es unmöglich, die Wirtschaft zu führen. Daher muss jeder die Bestimmungen umgehen, ein großer beklagenswerter Umstand!, aber der Wahrheit zur Ehre muss gesagt werden, wenn tatsächlich kein Getreide oder Kartoffeln an das Vieh verfüttert würden, dann gäbe es bald weder Fleisch noch Fett noch Eier. Möchte doch bald dieser unselige Krieg zu Ende gehen und dass immer weiter greifende Zersetzung auf dem Gebiet der Sittlichkeit gesenkt werden!“, so die Chronik des Kirchspiels, das mit Spannung den Beginn der großen Offensive im Westen im Januar 1918 erwartete.¹⁶⁴⁷

Der Brief, den Manfred von Lehdorff an Kronprinz Wilhelm aus Preyl am 1. Januar 1918 richtete, war ein politisches Statement. Lehdorff hatte den Jahreswechsel, „der uns die Entscheidung über unsere Zukunft bringt“, nicht nur genutzt, um seine „treuesten untätigsten Glückwünsche zu sagen“. Er war überzeugt, das neue Jahr werde den Sieg bringen. Dieser müsse jedoch ausgenutzt werden, „dass nicht zum sicheren Niedergang Preußens und seiner Krone aus hysterischer Angst vor den Reichstagsschreibern, die sich als Stimmen des deutschen Volkes ausgeben, unter der Firma irrsinniger Phrasen („Selbstbestimmungsrecht der Völker“), die unsere Feinde sich nur so weit zu eigen machen, als sie uns damit übers Ohr hauen wollen, auf die Früchte unseres Blutes verzichtet wird. Kraft nach innen und außen muss man für das neue Jahr unserer Regierung wünschen, vor allem nach innen, denn damit wäre die nach außen auch da! Unsere ganzen Vaterlandslosen Volksvertreter wissen ganz genau, dass durch die volle Ausnutzung eines Sieges und die dadurch bedingte Zufriedenheit des

¹⁶⁴³ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.1019].

¹⁶⁴⁴ EZA, 507/2049, n. f.

¹⁶⁴⁵ Georgine. Zeitschrift der Landesbauernschaft Ostpreußen, Nr. 79/80, 3. Oktober 1914.

¹⁶⁴⁶ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.2019].

¹⁶⁴⁷ Ebd.

Volkes in der Zukunft der monarchische Gedanke bei uns eine neue Stärkung erfahren würde! Deshalb der Widerstand dagegen und die unerhörte, nur bei uns geduldete Hilfe, die sie durch den Druck zum Verzichten unserer Feinde leisten. Mit dieser Art von Leuten zusammen werden die preußischen Könige nie regieren können! Es war daher völlig zwecklos und verderblich, sie für sich gewinnen zu wollen und ihnen zu diesem Zweck ein Stück der preußischen Krone nach dem anderen vor die Füße zu werfen wie es der Mann getan hat, der seinen König mit seiner eigenen verächtlichen Angst vor dem ‚Volke‘ erpresst hat! Aller angerichtete Schaden ist nicht wieder gut zu machen. Aber ein fester monarchischer Wille der Regierung kann wenigstens verhindern, dass nicht weitere Rechte der Krone abgetragen werden und wir nicht schwerer Gefahr für unsere Monarchie zusteuern! Wenn das erreicht werden soll, muss sich allerdings unsere Regierung wieder der Leute bedienen, die, wenn es nötig ist, mit ihrem Leben Staat und Krone erhalten wollen und nicht, wie der vorvorige Kanzler, glauben, mit denen zusammenarbeiten zu können, die der Krone als flauere Anhänger oder gar als grundsätzliche Gegner gegenüberstehen. [...] Jeder fast, der aus Deutschland einmal zu unserer Armee kam, so z. B. auch Delbrück, der jetzt anscheinend in Petersburg gewichtig mitspricht, ist immer sehr erstaunt, die Ostseeprovinzen ganz deutsch zu finden und zu sehen, dass Mitau und Riga völlig deutsche Städte sind. Wenn diese Verhältnisse, die uns Ostpreußen natürlich schon vor dem Krieg geläufig waren, da wir viele Beziehungen nach den baltischen Ländern haben, mehr bekannt wären, würde vielleicht noch mehr Interesse für diese Gebiete vorhanden sein. Ich hatte immer gehofft, Ew. Kaiserl. Hoheit würden einmal einige Tage Zeit finden, um sich die Verhältnisse da oben einmal anzusehen. Es ist sehr bedauerlich, dass es dazu nie gekommen ist. Kaiserl. Hoheit wären in Riga von der Bevölkerung begeistert empfangen worden und hätten einen bleibenden tiefen Eindruck mitgenommen. ‚Vor der Weltgeschichte wäre es nicht zu verantworten,‘ um ausnahmsweise mit Bethmann zu reden, wenn wir diese Deutschen alle, die auf ihre Befreiung von russischer Herrschaft seit 500 Jahren hoffen, die deutscher fühlen als zahllose Reichsdeutsche, jetzt sitzen ließen, wo wir die Möglichkeit haben, sie zu befreien und uns anzuschließen ohne Blut zu vergießen! Bei Russland bleiben die Ostseeprovinzen jetzt bei der allgemeinen Auflösung keinesfalls. Nehmen wir sie nicht, so müssen sie, an Deutschland verzweifelnd, Anschluss an England suchen. Das ist allen Balten klar. Dann haben wir England am Rigaischen Meerbusen! Dem Russen liegt an den Ostseeprovinzen tatsächlich wenig, weil er sie immer als Fremdland angesehen hat. Von jedem russischen Soldaten konnte man hören: ‚Warum sollen wir Land verteidigen, das nicht Russland, sondern deutsch ist?‘ Die Ideen vom späteren ‚casus belli‘ und Revanchegehlüsten der Russen wegen der Ostseeprovinzen sind für jeden Kenner Russlands Hirngespinnste! [...] Am 4. beginnen nun wieder die Verhandlungen. Man muss die Hoffnung nicht aufgeben und sich die eines sehr trefflichen livländischen Balten zu eigen machen, der von Berlin an seine Frau nach Riga so schrieb: ‚Um die Zukunft unsere geliebten Landes sieht es düster aus! Aber ich hoffe noch, indem ich mehr auf die Dummheit unserer russischen Feinde als auf die diplomatische Energie unserer deutschen Freunde hoffe! Gott helfe uns!‘ Verzeihen Ew. Kaiserl. Hoheit den langen Brief! Er ist viel länger geworden als er sollte. Aber Ew. Kaiserl. Hoheit werden es entschuldigbar finden, wenn einen altpreußischen Edelmann, dessen Väter als Helfer ihrer Könige Preußen mit groß und die Krone stark gemacht haben, die schwerste Sorge um diese Güter beherrscht, die uns am höchsten stehen, angesichts des Courses, den wir steuern! Möge die Krone im neuen Jahre besser beraten werden als im alten!“¹⁶⁴⁸

¹⁶⁴⁸ BArch Freiburg, N 2006–15, n. f. Der vollständige Brief vom 1. Januar 1918: http://lebenswelten-lehndorff.bbaw.de/lehndorff_ewm_ypx_fcb. Vgl. Biewer, Ludwig, Die Lage Ostpreußens 1918 und 1919. Gedanken des Diplomaten Rudolf Nadolny zur politischen Gliederung des Deutschen Reiches, in: Preußenland 22 (1984), S. 53–60.

Die Friedensschlüsse in Brest-Litowsk und Bukarest im Frühjahr 1918 brachten ein Aufatmen und Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende. „Trotz aller Mahnungen zum Durchhalten“ würden die Menschen „dringend Frieden um jeden Preis“ wollen, „ohne sich auch nur im Geringsten klar darüber zu werden, was dies bedeutet. Als Kriegsverlängerer wird verschrien, wer es wagt, sie an ihre patriotischen Pflichten zu erinnern. Es ist kein Aufhalten, es geht mit Riesenschritten dem Abgrund zu. Kann auch ein Blinder einem Blinden den Weg weisen? Werden sie nicht beide in die Grube fallen?“, so der Pfarrer des Rosengartener Kirchspiels.¹⁶⁴⁹ Die Lehndorffschen Güter waren nicht nur von den Zerstörungen des Krieges sondern auch durch die zurückflutenden Soldaten betroffen. Zahlreiche Steinorter kamen nicht aus dem Krieg zurück, ihre Namen werden Jahre später auf den am Volkstrauertag, dem 28. Februar 1926, eingeweihten vier Gedenktafeln genannt werden. Nach dem Entwurf des Angerburger Architekten Brettschneider waren sie durch Tischlermeister Karl Schwingel in Rosengarten gefertigt worden. Das Eichenholz hatte Lehndorff als Kirchenpatron gespendet, die übrigen Kosten waren durch freiwillige Gaben aufgebracht worden.¹⁶⁵⁰

Revolutionstage

Die Revolutionstage in Königsberg sind in dem Buch „Ostpreußens Arbeiterbewegung“ detailliert geschildert.¹⁶⁵¹ Sie wurden von vielen Königsbergern mit Jubel begrüßt: Man werde „den Himmel auf Erden bekommen“, alle Ungerechtigkeiten werden aufhören, Freiheit, Friede, Brot geteilt werden. „Der Herr muss arbeiten, ich werde befehlen, ich werde die gnädige Frau spielen und sie kann melken und die Schweine füttern.“ So denkt man sich das künftige Leben“, gab die Kirchenchronik von Rosengarten die Stimmung wieder.¹⁶⁵² In Königsberg kam es zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, die mit Oberpräsident Adolf von Batocki und dem intakt gebliebenen Beamtenapparat die Verwaltung übernahmen. Soldatenräte bildeten sich in Insterburg, Allenstein, Lyck, Lötzen und Rastenburg, Landarbeiter- und Bauernräte in Allenstein und Rastenburg.¹⁶⁵³ Am 10. Dezember 1918 veröffentlichte der konservative Oberpräsident Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe einen Artikel über die „Die Zukunft Ostpreußens“, dem fünf Tage später der Artikel „Hat der preußische Staat noch Daseinsberechtigung“ folgte. Mit der hier geäußerten Forderung der Auflösung Preußens als Teilstaat des Deutschen Reiches, um gesondert vom Deutschen Reich vorgehen zu können, stieß der Oberpräsident nicht nur auf den Widerstand der Regierung. Die Hartungsche Zeitung konterte: „Kein eigener ostdeutscher Staat – kein Sonderkrieg – Ostpreußen reichstreu“.¹⁶⁵⁴ In einer Erklärung wandte sich der Arbeiter- und Soldatenrat Königsberg gegen die Bestrebungen, Ostpreußen unter dem Vorwand des Versagens der Berliner Regierung vom Reich abzutrennen, mit der Begründung: Dies sei ein Plan der Großgrundbesitzer, ein agrarisches Ostpreußen und Kurland zu schaffen. Am 19. Dezember 1918 trat Elard von Oldenburg-Januschau in der „Kreuz-Zeitung“ sowohl dem Vorwurf, als auch dem Artikel Batockis entgegen.¹⁶⁵⁵ Am 1. Januar 1918 sprach in der Königsberger Börse der

¹⁶⁴⁹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.2019].

¹⁶⁵⁰ Ebd.

¹⁶⁵¹ Matull, Wilhelm, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970.

¹⁶⁵² http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.2019].

¹⁶⁵³ Zu den revolutionären Ereignissen in und um Königsberg: GStA PK, I. HA, Rep. 178, Nr. 484, Bl. 238–248.

¹⁶⁵⁴ Königsberger Hartungsche Zeitung, Nr. 294 vom 26. Juni 1919.

¹⁶⁵⁵ Vgl. Wagner/Lange, Das Königsberger Schloss, Bd. 2, S. 368–374.

neue Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Otto Braun. Er wies auf die dringende Notwendigkeit hin, die Nachkriegsverhältnisse in solide Friedensverhältnisse überzuleiten. Arbeitsmöglichkeiten gäbe es insbesondere in der Landwirtschaft durch den Siedlungsbau, Meliorationen, Forstwirtschaft. Den Land- und Waldarbeitern versprach er günstigere Löhne und bessere Lebensverhältnisse.

Nach den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung für das Land Preußen am 26. Januar 1919 spitzte sich die Lage in Königsberg zu, es kam zu Unruhen und Terroraktionen der Marine-Volkwehr, die erst durch das Eingreifen des Reichskommissars August Winnig mit regierungstreuen Truppen und Freiwilligenverbänden am 3. März 1919 beendet wurden.¹⁶⁵⁶ Die Lehndorffschen Besitzungen wurden von dieser revolutionären Welle nicht erfasst. Vorsorge gegen mögliche ‚Bilderstürmerei‘ hatte Carol von Lehndorff schon im November 1914 wegen der herannahenden Russen getroffen.¹⁶⁵⁷

Die den Revolutionstagen folgenden Wahlen zur Nationalversammlung ergaben in Ostpreußen eine Mehrheit für die Sozialdemokratie. „Diese hat es ja auch leicht, bei der großen Verärgerung über unleugbare Missstände (Schiebereien, Wucher), die Massen zu gewinnen. Allmählich geht jedoch manchem ein Licht auf, aus dem Teilen wird nichts. Es bleibt alles beim Alten. Keine wirkliche Erleichterung der Ernährungslage. Die Teuerung und Knappheit infolge der ‚Streiks‘ wächst. Diebstahl nimmt überhand. Die Dienstboten verlassen ihre Stelle, wann sie wollen, Arbeitskräfte sind schwer zu haben: ja, unter der alten Regierung war es doch besser! Aber da man das Elend nicht sehen will, so täuscht man sich durch Vergnügungen darüber hinweg: Tanz und immer wieder Tanz? Das Geld spielt keine Rolle; mag auch die Musik allein 200 M kosten, ein 16–17-jähriger Junge verdient ja 10 M für den Tag. Wenn die 8 Stunden vorüber sind, was soll man dann anfangen? Man muss sich amüsieren! Ein Taumelgeist hat das Volk ergriffen. Nur die Lehre erster Not, die am eigenen Leibe gespürt wird, wird es zur Einsicht bringen. Worte verhallen, sie bleiben machtlos. Ein Lichtstrahl wenigstens: einmütig wird gegen die Absicht der neuen Regierung, den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen, protestiert: Die Kinder gehorchten schon jetzt nicht, sie dürften doch nicht ganz tierisch werden. Kein Lehrer im Kirchspiel weigert sich, den Religionsunterricht zu erteilen, sie erscheinen auch alle mit den Kindern zur Visitation“, schrieb der Rosengartener Pfarrer, bevor er für zwei Monate seine Gemeinde verließ. Er hatte sich „freiwillig zum Grenzschutz gegen die Bolschewisten gemeldet“, da die „Gefahr der Überflutung unserer Grenzen durch diese Horden wegen Mangels kurzfristiger Truppen sehr groß erscheint. Ich erhalte einen erschreckenden Einblick in die Disziplinelosigkeit der Söldner, und da der Zweck meines Eintritts nicht erfüllt wird, erhalte ich einen Monat vor Ablauf der Verpflichtungszeit die erbetene Entlassung und kann zu den Osterfeiertagen der Gemeinde wieder dienen, die den Pfarrer doch sehr vermisste.“¹⁶⁵⁸

Den Revolutionstagen folgte der gesellschaftliche Umbruch. Ostpreußen gehörte als Teil Preußens nun zu einem Deutschen Reich, dessen politisches System nach dem Ende der konstitutionellen Monarchie in einer parlamentarisch-demokratischen Republik bestand und auf der Reichsverfassung von Weimar gründete. Der schon lange in einen Guts-, Offiziers-, Beamtenadel und eine „Reservearmee von adligen Déclasses“ gesplattene Adel

¹⁶⁵⁶ Winnig hatte die Nachfolge Batockis als Oberpräsident angetreten und war am 22. Januar zum Generalbevollmächtigten des Deutschen Reichs für die baltischen Lande und zum Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen ernannt worden. Als er sich beim Kapp-Putsch als einziger Oberpräsident nicht hinter die Reichsregierung stellte, wurde er amtsentlassen. Als Oberpräsident folgte ihm Ernst Siehr, als Reichskommissar Albert Borowski. Vgl. Klatt, Rudolf, Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/20, Heidelberg 1958; Erger, Johannes, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Düsseldorf 1967.

¹⁶⁵⁷ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 173, Bl. 46.

¹⁶⁵⁸ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [29.11.2019].

hatte schon lange die Erfahrung gemacht, dass Einfluss, Macht, Reichtum und Ansehen nicht mehr auf Herkunft und erbten Besitz beschränkt waren, sondern „mit allen möglichen Homines novi geteilt“ zu teilen waren: „frieschem Beamtenadel, geadelten oder ungeadelten Plutokraten, getauften oder ungetauften Kleiderjuden, ja bisweilen selbst mit ungekämmten oder gekämmten Gelehrten“.¹⁶⁵⁹ Zu diesem Zeitpunkt waren in Deutschland ca. 60.000 Menschen adliger Herkunft, also etwa 1 Promille der Bevölkerung. Die Weimarer Reichsverfassung setzte mit ihrem Inkrafttreten am 14. August 1919 die Standesvorrechte des Adels außer Kraft, auch wenn sich in der vorangegangenen verfassunggebenden Versammlung am 15. Juli 1919 (noch) keine Mehrheit für die Formulierung des Artikel 109: „Der Adel ist abgeschafft“ ergeben hatte. Erst mit dem am 23. Juni 1920 verabschiedeten „Adelsgesetz“ der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung, das auch andere deutsche Länder übernahmen, wurde der Adel de jure als privilegierte gesellschaftliche Gruppe abgeschafft. Ererbtes Vermögen war davon nicht betroffen. Der Adelstitel war fortan jedoch nur noch Teil des Familiennamens. Nur diejenigen Personen, die zu diesem Zeitpunkt einen Primogeniturtitel führten, durften ihn persönlich auf Lebenszeit beibehalten. „Glück und Glanz des Kaiserreichs“, die „heile Welt des Bismarckschen Kaisertums“ oder Zeiten, „in denen noch alles in Ordnung gewesen“ war, waren auch für den ostpreußischen Adel unwiederbringlich dahin.¹⁶⁶⁰ Die Weimarer Republik beraubte die adligen Besitzer von Rittergütern nicht nur ihrer Standesvorrechte und exklusiven Herrschaftssymbole, nach ihrem rechtlichen Status waren sie zu einer „gewöhnlichen“ Gesellschaftsklasse herabgesunken. Jedoch hatte sich bereits lange vorher, im Kaiserreich, ihre Stellung in der Vermögens-, Einkommens- und Konsumentenhierarchie verschoben. Viele Rittergutsbesitzer konnte sich bereits lange, im Vergleich zum Lebensstil des Großbürgertums, eine herrschaftliche Lebensführung nicht mehr leisten und kamen über ein „glorifiziertes wirtschaftliches Mittelklassedasein nicht mehr hinaus“.¹⁶⁶¹ Die Mehrheit des Adels lehnte die Weimarer Republik ab und unterstützte die konservativen deutschnationalen Strömungen in der Hoffnung, die monarchische Staatsform könne eines Tages wiederhergestellt werden.¹⁶⁶² Zur Minderheit gehörte Manfred von Lehndorff-Preyl. Er hatte 1926 als einziger Ostpreuße zu den 15 Adligen gehört, die den von dem Gustav Stresemann nahe stehenden Abgeordneten Rochus Freiherr von Rheinbaben verfassten „Aufruf an den Deutschen Adel: Politische Betrachtungen zur Zeitgeschichte“, mit dem die gefährdete Weimarer Republik stabilisiert werden sollte, unterzeichneten.¹⁶⁶³

In dem Bewusstsein, dass die führenden Stellungen im Militär, in der Verwaltung, tendenziell auch in der Diplomatie endgültig verloren waren, besannen sich viele Adlige auf die traditionelle Lebensweise auf dem Land und zogen sich aus dem gesellschaftlichen Leben zurück. Andere sahen eine Chance, sich durch Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben neue Handlungsspielräume zu schaffen.¹⁶⁶⁴ Hierzu gehören die in der

¹⁶⁵⁹ Michels, Robert, Probleme der Sozialphilosophie, Leipzig 1914, S. 150, zit. nach: Rosenberg, Machteliten, S. 83.

¹⁶⁶⁰ Zitate aus: Seeling, Alltagsadel, S. 251 f.; Lehndorff, Menschen, Pferde, weites Land, S. 153, 157.

¹⁶⁶¹ Vgl. Rosenberg, Machteliten S. 89.

¹⁶⁶² Vgl. Hoyningen-Huene, Iris Freifrau von, Adel in der Weimarer Republik. Die rechtlich-soziale Situation des reichsdeutschen Adels 1918–1933, Limburg 1992.

¹⁶⁶³ Vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 115–117.

¹⁶⁶⁴ Diesen offensiven Part betont: Asch, Ronald G., Ständische Stellung und Selbstverständnis des Adels im 17. und 18. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.), Der europäische Adel im Ancien Régime: Von der Krise der ständischen Monarchien bis zur Revolution (ca. 1600–1789), Köln/Weimar/Wien 2011, S. 3–47. Siehe auch Ders., Zwischen defensiver Legitimation und kultureller Hegemonie. Strategien adliger Selbstbehauptung in der frühen Neuzeit, in: zeitenblicke 4 (2005), <http://www.zeitenblicke.de/2005/2/Asch> [2.11.2016].

zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an Bedeutung zunehmenden adeligen Familienverbände und Adelsgesellschaften, die künftig sowohl das adelige Selbstbild als die Vergangenheitsbetrachtung prägen sollten.¹⁶⁶⁵ In Mecklenburg gründeten sich am Beginn der 1920er Jahre „Herren-Klubs“ mit dem Ziel, konservatives Gedankengut zu bewahren und Preußen auf konservativer Grundlage zu erneuern. Den Gründern um Präsident Bodo von Alvensleben-Neugattersleben gelang es nicht, dieses Gedankengut auf ganz Deutschland auszudehnen. Auch die Wahl des Generalfeldmarschalls und Siegers von Tannenberg, Paul von Hindenburg, zum Reichspräsidenten 1925 konnte eine Restauration der Monarchie nicht herbeiführen, auch wenn gerade Hindenburg als Garant für die Wahrung monarchischer Traditionen galt. In Ostpreußen bildete sich eine politische Parteienlandschaft mit ganz eigenem Gepräge heraus. Auf Reichsebene stützten die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) und/oder der Bürgerlichen Koalition (Zentrum, DVP, DDP) die mehrfach wechselnden Regierungen. Im ostpreußischen Landtag trug eine Mehrheit von SPD, Zentrum und DDP die Regierung, die von 1919 bis 1932 fast durchgängig im Amt war und meist von Otto Braun geführt wurde. Bei den Reichstagswahlen von 1920 bis 1928 lag in Ostpreußen die agrarisch und nationalkonservativ ausgerichtete DNVP an der Spitze. Die SPD dagegen verlor in der Wählergunst, war jedoch noch immer die zweitstärkste Partei in Ostpreußen. Andere Parteien spielten nur eine untergeordnete Rolle.¹⁶⁶⁶

Volksabstimmung 1920

Mitten im Ersten Weltkrieg, am 5. November 1916 wurde das wiedererstandene Königreich Polen proklamiert. Es war ein Staat von deutschen und österreichisch-ungarischen Gnaden. Dem deutschen Kaiserreich ging es in erster Linie darum, polnische Soldaten für den Weltkrieg zu rekrutieren. Das neugegründete Königreich sollte zu einem deutschen Satellitenstaat werden, der den angestrebten Sieg gegenüber Russland abzusichern hatte. Der Sieg der Februarrevolution in Russland, deren Vertreter den Polen die Unabhängigkeit versprochen, vor allem aber der Kriegseintritt der USA im April 1917 veränderte die Lage. Im 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 8. Januar 1918 wurde die Wiedererrichtung eines unabhängigen Polen zum alliierten Kriegsziel erklärt. In der Folge stellte das Oberpräsidium Königsberg nicht nur umfangreiche Mittel zur „Förderung des Deutschtums“ für Ostpreußen bereit, auf zahlreichen Volkskundgebungen im Oktober 1918 hatte man sich gegen polnische Ansprüche an Preußen verwahrt und ein „unversehrtes Vaterland“ gefordert. Am 4./5. November war es in ganz Masuren deshalb zu Kundgebungen gekommen.¹⁶⁶⁷

Am 11. November 1918 wurde in Warschau die Unabhängigkeit proklamiert. Als am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles der Friedensvertrag geschlossen wurde, hatten die Alliierten den polnischen

¹⁶⁶⁵ Vgl. Funck, Marcus/Malinowski, Stephan, Geschichte von oben. Autobiographien als Quelle einer Sozial- und Kulturgeschichte des deutschen Adels in Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Historische Anthropologie 7 (1999), S. 236–270; Dies., „Charakter ist alles!“ Erziehungsideale und Erziehungspraktiken in deutschen Adelsfamilien des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 6 (2000), S. 71–91.

¹⁶⁶⁶ Vgl. Falter, Jürgen W./Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.

¹⁶⁶⁷ GSStA PK, I. HA, Rep. 178, Nr. 484, Bl.238–248. Siehe auch Böhmer, Dietmar, Die Volksabstimmung 1920. Voraussetzungen, Verlauf und Folgen, in: Preußenland 38 (2000), S. 33–38.

Forderungen nach einem Zugang zum Meer und nach Eingliederung der Gebiete Ostdeutschlands mit überwiegend polnischer Bevölkerung entsprochen. Ohne Abstimmung wurden große Teile Westpreußens und die Provinz Posen in den neu geschaffenen polnischen Staat eingegliedert. Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung wanderten daraufhin aus diesen Gebieten ab. Danzig wurde als Freie Stadt unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Das Memelgebiet, eine durch den Versailler Vertrag geschaffene Verwaltungseinheit, wurde unter internationale Kontrolle gestellt und von Frankreich besetzt.¹⁶⁶⁸

Am 10. Januar 1920 trat der Versailler Vertrag in Kraft. Im südlichen Ostpreußen sowie in den westlichen Kreisen östlich der Weichsel sollte die Bevölkerung über die staatliche Zugehörigkeit am 11. Juli 1920 selbst entscheiden. Die Stimmung in den Abstimmungsgebieten war nationalistisch aufgeladen. Zahlreiche abgewanderte Ostpreußen kamen per Schiff und Zug in ihre ehemaligen Heimatorte.¹⁶⁶⁹ Die Volksabstimmung fiel eindeutig zugunsten Deutschlands aus, 98,89 Prozent der Stimmen wurden für Ostpreußen, nur 2,11 Prozent für Polen abgegeben. Auch die masurischen Gebiete des Regierungsbezirks Allenstein verblieben bei Ostpreußen und wurden nicht an Polen abgetreten.¹⁶⁷⁰ In fast jedem Ort in Ostpreußen wurden in der Folgezeit Denkmäler errichtet, an denen künftig Gedenkfeiern zur Erinnerung an die Abstimmung stattfanden, die die zum „Deutschtum“ sich bekennenden Einwohner vereinten.¹⁶⁷¹ Die ostpreußischen Landschaftsikonen und -veduten wie Kurische Nehrung, Frisches Haff, die Düne, der Bernstein, der Wald, die Seen, die Rominter Heide, das Pferdegestüt Trakehnen, der Elch, der Kranich, Königsberg, die Marienburg und die Adelssitze Friedrichstein, Schlobitten oder Steinort bekamen regionale Symbolik.¹⁶⁷²

Pressekampagnen in Polen forderten ganz Ostpreußen „in den Schoß des Vaterlandes zurückzuholen“. Die Annexion großer Teile des ukrainischen Wolhynien und Galizien sowie des gesamten Westens von Weißrussland im August 1920 und eines weiten Gebietes um die litauische Hauptstadt Wilna im selben Jahr schürten die Angst in dem durch den sogenannten Korridor von Deutschland abgetrennten Ostpreußen, es könne ihm ebenso ergehen. Eine Revision des als willkürlich empfundenen Versailler Friedensvertrages war unter diesen Vorzeichen wohl der einzige Konsens, der die unterschiedlichen politischen Kräfte der Weimarer Republik einte. Auch im Haus Lehndorff hatte die Erfahrung der maximalen Ausdehnung der deutschen Ostfront während des Ersten Weltkrieges Spuren hinterlassen. Die Bedingungen des Versailler Vertrages und die Grenzziehungen zu Polen und Russland empfand man als ungerecht und unterstützte die vaterländischen Verbände. Vor allem die Nachrichten aus dem revolutionären Russland über den Umgang mit Adel und Zarenfamilie lösten reale Ängste aus, was einem selbst möglicherweise bevorstehen könnte. Dass sich am Ende der 1920er Jahre zunehmend das Gefühl breit machte, die Probleme des Ostens würden in Berlin weder richtig erkannt, noch ernst genommen, führten zur Politisierung des ostpreußischen Adels. Hatte Ostpreußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Hochburg des „Gutsbesitzerliberalismus“ gegolten und im Kaiserreich zu den konservativen Regionen Preußens gehört, wurde jetzt der Boden für national-konservativ-monarchistische Strömungen bereitet.

¹⁶⁶⁸ Vgl. Gornung, Gilbert, Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung, Bonn 1991.

¹⁶⁶⁹ Einen Stimmungsbericht gibt Freifrau von der Goltz-Kallen, Vorsitzende des Kreisverbandes des vaterländischen Frauenvereins Fischhausen, Aus der Arbeit des Vaterländischen Frauenvereins in dem Abstimmungsgebiet Pillau, in: Neue Zeiten, Berlin 1920, S. 133–136.

¹⁶⁷⁰ Vgl. Kossert, Ostpreußen, S. 222.

¹⁶⁷¹ Vgl. Traba, Robert, Ostpreußen – Die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914–1933, aus dem Polnischen von Peter Oliver Loew, Osnabrück 2010, S. 425.

¹⁶⁷² Vgl. Orłowski, Hubert, Das Bild Ostpreußens in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, in: Weber, Matthias (Hrsg.), Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte, Oldenburg 2003, S. 259–281, hier S. 271.

Bereits am 28. April 1920 war durch Beschluss des Preußischen Staatsministeriums ein mit den Verhältnissen Ostpreußens vertrauter Beamter als Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen beim Reichs- und Staatsministerium zur Wahrnehmung der besonderen ostpreußischen Interessen bestellt worden.¹⁶⁷³ Durch den sogenannten Korridor war Ostpreußen vom übrigen, westlich gelegenen Reichsgebiet abgeschnitten. Fuhr man mit der Eisenbahn durch den Korridor und das Danziger Gebiet, war das Öffnen der Wagentüren verboten. „Aus- und Einsteigen sowie jeglicher Verkehr (Herausgeben oder Hereinnehmen von Gepäck, Briefen u. dergl.) mit Nichtreisenden ist nicht gestattet“, hieß es in einem zeitgenössischen Reiseführer unter dem Punkt „Grenzübertritt. Passbestimmungen“.¹⁶⁷⁴ Der Korridor, der zwölf Eisenbahnlinien und ein Vielfaches an Straßen durchschnitt, machte zudem ein lange bestehendes Problem offensichtlich: Obwohl die Provinz über ein leistungsfähiges Verkehrssystem, bestehend aus Reichsbahn, ostpreußischen Kleinbahnen, Seen- und Binnenschifffahrt, verfügte, war die ostpreußische Wirtschaft extrem benachteiligt. Besonders schwer war die Landwirtschaft betroffen. Die alten Absatzmärkte, Berlin und die Industriegebiete Mittel- und Westdeutschlands, konnten nur schlecht erreicht werden, da Schnellgüterzüge mit lebendem Vieh, Milch, Butter, Käse und Eiern den polnischen Korridor passieren mussten, dessen Bahnverwaltung die Frachtkosten nun in polnischer Währung verlangte und keine verbilligten Tarife gewährte. Der Handel mit dem traditionellen Handelspartner Russland war schon durch den Ersten Weltkrieg zum Erliegen gekommen. Die von der Frachttreuhandstelle der Ostpreußenhilfe aufgewendeten jährlichen 10 Mio. RM für Frachtermäßigungen und der 1926 gegründete Ostfonds konnten das Problem nicht lösen, um der Landflucht und Abwanderung nach Westen gegenzusteuern.¹⁶⁷⁵ Daraus ergab sich das zweite Problem, die Arbeitskräfte. Die Mehrzahl der ostpreußischen Landwirte hatte es immer für wichtig gehalten, eine hinreichende Zahl von Arbeitskräften zu haben, die sofort verfügbar waren, wenn die Zeit für Bestellung, Pflege oder Ernte herangekommen war. Da sich die klimatischen Bedingungen Ostpreußens schnell ändern konnten, waren betriebsfremde Saisonarbeiter keine Lösung. Das war in Westfalen oder in der Magdeburger Börde anders. Die Kosten der Arbeitskräfte belasteten die Höfe erheblich. Die ostpreußische Landwirtschaft konnte nur mit dem Rest Deutschlands konkurrieren, wenn sie den Lohn niedrig hielt. Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts stand deshalb die Naturalentlohnung, das Deputat, im Vordergrund. Zudem hatte der Grundbesitzer nur zweimal im Jahr größere Geldbeträge zur Verfügung: nach der Getreide- und nach der Hackfruchternte, die laufenden Erträge des Milchviehs mussten in der Zwischenzeit die laufenden Ausgaben decken. Der Ertrag aus der Viehmast war kein sicherer Posten und galt daher als ‚Sondereinnahme‘.

Die Zahlung in Naturalien hatte Vor- und Nachteile. Für den Gutsbesitzer lag der Vorteil darin, dass er kein Bargeld benötigte, um den Grundlohn auszuzahlen; nachteilig war, dass der Teil der Ernte, der als Deputat nötig war, auf eigene Kosten zu lagern und aufzubewahren war. Den Landarbeitern waren Wohnungen und Ställe für das Vieh zu bauen und zu unterhalten und sie mussten Weideland für die Kühe oder das Futter für die Stallfütterung, teilweise sogar Ackerland erhalten. Für den Winter war Brennholz zu stellen. Später waren auch die Kassenbeiträge für die Arbeiter zu übernehmen. Damit belastete das Deputat den Reinertrag des Hofes. Für den Landarbeiter lag der Vorteil darin, dass das Deputat über den Nahrungsbedarf einer Familie hinausging. Wo kein

¹⁶⁷³ Die Dienststelle nahm im selben Jahr ihre Tätigkeit auf. 1932 ließ man sie stillschweigend eingehen, da man angesichts der Notlage, die den gesamten Osten erfasst hatte, eine spezielle Vertretung Ostpreußens für nicht angemessen hielt. Die Akten in: GStA PK, I. HA, Rep. 203 (u. a. zur Ostpreußenhilfe, Kreditgewährung etc.). Vgl. Wessling, Wolfgang, Die wirtschaftliche Notlage der Provinz Ostpreußen in den Jahren 1920 bis 1930 und die Hilfsmaßnahmen des Reiches und Preußens, phil. Diss., Berlin 1956.

¹⁶⁷⁴ Vgl. Meyers Reiseführer Ostpreußen. Danzig. Memelgebiet, Leipzig 1931, S. XXI.

¹⁶⁷⁵ Vgl. Rohrer, Christian, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006, S. 40 f.

Acker zum Selbstanbau zur Verfügung stand, kamen Kartoffeln und Getreide hinzu, damit der Landarbeiter Vieh halten konnte. Was er selbst aus seinem Deputat herauswirtschaftete, war seine Angelegenheit. Die Eigenwirtschaft erforderte Mehrarbeit, es war jedoch möglich, damit ein einträgliches Einkommen zu erzielen. Eine Enquete aus den 1920er Jahren bestätigte, dass Arbeiterfamilien deshalb lieber auf große Landgüter zogen, da „die Gutsbesitzer in der Regel den Familien bei sonst gleich hohem Lohn infolge der Größe der Besitzungen mehr Gefälligkeiten zu leisten in der Lage seien, als der kleine Besitzer, dass die Arbeiter auf den Gütern mehr Nebeneinnahmen hätten, und vor allen Dingen, dass auf Gütern immer Arbeitsgelegenheiten für alle zur Familie gehörenden Personen vorhanden wären.“¹⁶⁷⁶ Von dem gezahlten Lohn waren Ausgaben für Kolonialwaren, Branntwein und Petroleum, einen guten Anzug, Möbel, Geschirr, Versicherungsbeiträge und Steuern zu bestreiten. Bei einer vier- bis fünfköpfigen Familie konnte sich das auf 250 M summieren. Ein in der Landwirtschaft mögliches Zusatzeinkommen war also sehr willkommen.¹⁶⁷⁷ Vor allem in der Inflationszeit und der Zeit der großen Wirtschaftskrise stand der Landarbeiter, der in Sachwerten bezahlt wurde, wesentlich besser da als jeder Arbeiter. Im agrarisch geprägten Masuren mit seinen großen Höfen war die Abwanderung deshalb geringer als in anderen Teilen Ostpreußens.¹⁶⁷⁸ Trotzdem war die Landflucht nicht aufzuhalten und der Drang nach Barentlohnung ein Problem, das bis 1933 nicht gelöst wurde. In der Folge kam es zu einer sozialen Veränderung der Landarbeiterschaft. Der auf die Saisonarbeit angewiesene Tagelöhner verschwand, auch die Zahl der Knechte und Mägde nahm ab. Dagegen stieg die Zahl der Instleute und der Deputanten.¹⁶⁷⁹

Bildung des Waldguts Grafschaft Steinort

Schon 1914 hatte das Herrenhaus ein „Gesetz über Familienfideikommisse und Familienstiftungen“ beraten, dessen Ziel die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung des Hausvermögens war. Die Errichtung des Familienfideikommisses Lehndorff-Preyl war in der Folge nicht mehr zustande gekommen. 1919 erging die „Verordnung über die Familiengüter“¹⁶⁸⁰ sowie die „Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland“¹⁶⁸¹. Die für die Lehndorffs tätigen Juristen, Anwalt Siebert in Berlin und Justizrat Köller in Stettin, befassten sich fieberhaft mit den rechtlichen Konsequenzen, die die Verordnungen für das bestehende Fideikommiss in Steinort haben würden.¹⁶⁸² Im Promemoria vom 7. Januar 1919 hatte Siebert sich damit ausführlich beschäftigt. „Mit Rücksicht auf die nach der Revolution wiederholt als bevorstehend bezeichnete Aufhebung der Fideikommiss und die sich daraus als notwendig ergebende Absonderung von Fideikommiss und Allod, sowie ferner mit Rücksicht auf die bevorstehenden Vermögensabgaben, die eine besonders sorgfältige Feststellung der Fideikommiss- und Allodialbesitzverhältnisse erfordern, soll die Angelegenheit jetzt getreu der Stiftungsurkunde geregelt werden.“ In einem tabellarischen Verzeichnis gab er die genauen Inventarsummen für Groß Steinort und

¹⁶⁷⁶ Vgl. Gerlach, Otto, Die Landarbeiterverhältnisse in der Provinz Ostpreußen, Berlin 1922, S. 32.

¹⁶⁷⁷ Vgl. Gerlach, Landarbeiterverhältnisse, S. 30.

¹⁶⁷⁸ Vgl. Hubatsch, Masuren und Preußisch Litauen, S. 630.

¹⁶⁷⁹ Vgl. Batocki, Tortilowicz von/Schack, Gerhard, Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsgelegenheit, Jena 1929, S. 124 f.

¹⁶⁸⁰ Preußische Gesetzsammlung 1919, Nr. 15.

¹⁶⁸¹ RGBl. 1919, Nr. 22.

¹⁶⁸² StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 196a–196b, 228 ff.

die ohne Inventar (Taberlack, Serwillen, Pristanien, Stawisken, Stobben, Klein Steinort) verpachteten Dörfer und Vorwerke an bzw. verzeichnete, ob der Pächter das Inventar erworben hatte (Labab, Stawken, Rosengarten, Kittlitz, Seehof Steinort).¹⁶⁸³ Nach Parey's Handbuch des Grundbesitzes befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Besitz des Grafen Carol von Lehndorff:¹⁶⁸⁴

Groß Steinort mit den Vorwerken Amalienruh, Kittlitz, Sdorkowen, Upalten, Wittfong

Grundsteuerreinertrag: 12.565 RM

Gesamtfläche: 3612 ha

davon 355 ha Acker, 108 ha Wiese, 115 ha Weide, 2000 ha Forst- und 1000 ha Wasserflächen

Viehbestand: 110 Pferde, 150 Rinder, davon 40 Milchkühe, 60 Schweine, 30 Schafe

Klein Steinort, verpachtet an Lottermoser

Grundsteuerreinertrag: 3.008 RM

Gesamtfläche: 343 ha

Rosengarten, Gut, verpachtet an Rohman

Grundsteuerreinertrag: 1.360 RM

Gesamtfläche: 172 ha

davon 145 ha Acker, 15 ha Wiese, 10 ha Weide, 2 ha Forstflächen

Viehbestand: 28 Pferde, 90 Rinder, davon 30 Milchkühe, 30 Schweine, 20 Schafe

Stobben, Rittergut, verwaltet durch Herbert Langanke

Grundsteuerreinertrag: keine Angabe

Gesamtfläche: 280 ha

davon 180 ha Acker, 36 ha Wiese, 62 ha Weide

Viehbestand: 32 Pferde, 120 Rinder, davon 50 Milchkühe, 60 Schweine

Taberlack, Rittergut, verpachtet an Major a. D. Rob. Carlsen

Grundsteuerreinertrag: keine Angabe

Gesamtfläche: 5592 ha

davon 405 ha Acker, 59 ha Wiese, 90 ha Weide

Viehbestand: 68 Pferde, 200 Rinder, davon 60 Milchkühe, 120 Schweine, 110 Schafe

Serwillen, Rittergut, verpachtet an Alfred Weiß

Grundsteuerreinertrag: keine Angabe

Gesamtfläche: 4017 ha

davon 351 ha Acker

Viehbestand: keine Angabe.

Auch die Lehnsurkunden bekamen nun noch einmal Bedeutung. Am 21. Juli 1919 fragte Siebert „in der Angelegenheit betreffend die Faulhödener Spitze“ bei Lehndorff an, „ob der Lehrer Herr Puschke bereits Gelegenheit gefunden hat, in dem dortigen Archiv“ danach zu suchen. Konkret ging es um die Erwerbung von Kirsaiten, das

¹⁶⁸³ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 134–141.

¹⁶⁸⁴ Vgl. Parey's Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reiche. Provinz Ostpreußen, hrsg. von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Berlin 1929, S. 88, 90, 92, 93, 94 (Krs. Angerburg), 343 (Krs. Rastenburg).

sich im Besitz des Freiherrn Schenk zu Tautenburg befand, der den Kaufangeboten Lehndorffs eine Absage erteilt hatte.¹⁶⁸⁵

Im Herbst 1922 beantragte Carol von Lehndorff, „dem Zwange des Art. 155 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, der preußischen Verordnung über die Familiengüter vom 10. März 1919/30 und der preußischen Verordnung über die Zwangsauflösung vom 19. November 1920 und der sich anschließenden Gesetzgebung mich fügend“, das Fideikommiss freiwillig mit sofortiger Wirkung aufzulösen. Als Ergebnis sollte das gesamte Fideikommissvermögen freies Allod des derzeitigen Besitzers oder desjenigen, der beim Inkrafttreten des Familienschlusses Besitzer des Fideikommisses sein würde, werden. Aus dem „Treuhand des Familienbesitzes“ wurde damit ein Privateigentümer, was diesem einen finanziellen Spielraum und freie Entscheidungsmöglichkeiten verschaffte. Besonderes Augenmerk hatte man auf den zum Fideikommissvermögen gehörenden Wald gelegt, „der sich nach seiner Beschaffenheit und nach seinem Umfang zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung eignet“. Er sollte „vor unwirtschaftlicher Zersplitterung geschützt und das Maß der Nutzung und die Art der Beschaffenheit [...] durch einen behördlich genehmigten Wirtschaftsplan bestimmt werden.“ Nach § 4 des Gesetzes vom 7. Januar 1922 sollten „ein oder mehrere Waldgüter oder Wald- und Landgüter oder Landgüter“ gebildet werden, denen weite Teile des Fideikommissvermögens und „insbesondere außer dem Familiengutswald, der ganzen Halbinsel, auf der Groß-Steinort, dem Voll- und Halbblutgestüt, den Eigengewässern und den Fischereigerechtigkeiten, ferner Labab, Stobben, Klein Steinort, Taberlack und Stawisken, soweit es nicht zu Ansiedlungszwecken abgegeben wird, das bisherige fideikommissrechtlich gebundene Schlossmobiliar und von dem vorhandenen landwirtschaftlichen Inventar der selbstbewirtschafteten Güter soviel einverleibt werde, wie den Anforderungen der Ostpreußischen Generallandschaftsdirektion an ein ordnungsmäßiges landesübliches Inventar entspricht.“ Die Verpflichtungen des Fideikommisses einschließlich derjenigen, die nach geltendem Recht als Allodschulden des Fideikommissbesitzers zu betrachten waren, sollte der Besitzer tragen, der auch für die Verpflichtungen aus den Miet-, Pacht- und Dienstverträgen haftete.¹⁶⁸⁶

Zur Verlautbarung des Familienschlusses waren im Oberlandesgericht Königsberg Carol von Lehndorff-Steinort als Antragsteller und Familiengutsbesitzer und dessen Rechtsbeistand Siebert aus Berlin erschienen. Der nächste Folgeberechtigte, Manfred Graf Lehndorff in Preyl, hatte dem Familienschluss bereits am 18. September zugestimmt. Von den übrigen Anwärtern waren dem Amt keine Erklärungen zugegangen. Lehndorff beantragte, den Familienschluss namens der beteiligten minderjährigen Anwärter vormundschaftsgerichtlich zu genehmigen. Für die Waldgutbildung überreichte er dem Gericht „eine neue Übersichtskarte des Oberförstern Stimmann vom 13. September 1922, ein Gutachten des Oberlandstallmeisters Großcurth vom 18. Mai 1922“ und wechselte die „Anlage der Eingabe vom 29. v. Mts. gegen einen mit Zusatz des Staatlichen Forstmeisters Negenborn auf Borcken bei Kruglanken vom 8. d. Mts. versehenen Bericht.“¹⁶⁸⁷ Schon vor diesem Termin hatte das Auflösungsamt für Familiengüter mit Rücksicht auf die wertvollen Waldungen, Gewässer und das Voll- und Halbblutgestüt in Steinort eine Beteiligung der zuständigen Minister für wünschenswert gehalten. Eine Fläche von 1.275 ha sollte für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt und aus dem verbleibenden Teil das Waldgut gebildet werden. Am 23. September 1922 wurde Steinort durch den Landwirtschaftsminister besichtigt. Ein weiterer Ortstermin unter

¹⁶⁸⁵ StA L, Bestand 21950 FA Lehndorff, Nr. 337, Bl. 265, 266 (Fragment). Kirsaiten gehörte wie Deyguhnen, Steinhoff, Kühnort und Wagla zum Rittergut Doben.

¹⁶⁸⁶ GStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150.

¹⁶⁸⁷ GStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150, Bl. 22.

Hinzuziehung der Dezernenten des Regierungs- und Landeskulturamtspräsidenten wurde für das Frühjahr in Aussicht genommen.¹⁶⁸⁸

1923 hatte die Inflation ihren Höhepunkt erreicht. Am 15. November 1923 trat mit der Währungsreform eine neue Währungsordnung in Kraft, die die Inflation mit einem Schlag beendete. Durch ein Stabilisierungsprogramm hatte die Deutsche Rentenbank ein Kapital von 3,2 Milliarden Rentenmark (3,2 Milliarden Goldmark) durch die Aufnahme einer Grundschuld der Industrie, von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel erhalten. Am 8. Oktober 1926 teilte das Auflösungsamt für Familiengüter dem Justizminister mit, der Besitzer wolle aus Steuergründen von der Auflösung des Fideikommisses Abstand nehmen, das Waldgutbildungsverfahren könne sich deshalb verzögern. Bei dem auf den 3. Dezember 1926 anberaumten Termin vor dem Auflösungsamt wurde die freiwillige Auflösung des Familienfideikommisses durch Carol von Lehndorff in Anwesenheit von Anwalt Siebert, Manfred Graf Lehndorff, der zugleich seine minderjährigen Söhne vertrat, Oberstallmeister Siegfried Graf Lehndorff aus Trakehnen,¹⁶⁸⁹ ebenfalls gesetzlicher Vertreter seiner minderjährigen Söhne, und Landstallmeister Meinhard Graf Lehndorff aus Marienwerder widerrufen. Dagegen wurde die Bestimmung von § 3 aufrechterhalten, dass schon vor Auflösung des Fideikommisses ein Waldgut oder Wald- und Landgut gebildet werden könne. Das Auflösungsamt gab in seiner Sitzung am 19. März 1927 grünes Licht, jedoch ließ sich angesichts der Notlage der ostpreußischen Landwirtschaft die Aufnahme neuer Schulden nicht umgehen. Sie verblieben auf dem künftigen Waldgutbesitz und dem nicht Waldgut werdenden Teil des Familienguts in Größe von rund 1.274 ha als Gesamtbelastung.¹⁶⁹⁰ Nachdem die Befürchtung ausgeräumt war, es könne sich um eine Zwangsauflösung handeln, bestätigte das Auflösungsamt am 21. Mai 1927 den Familienschluss und schuf eine rechtskräftige Grundlage für die Waldgutbildung.¹⁶⁹¹

Am 19. Februar 1927 war die Umbildung durch Beschluss des Auflösungsamtes abgeschlossen. Das „Waldgut Grafschaft Steinort“ umfasste nach der Karte des vereidigten Landmessers Roeper ein Gebiet von 5.100 ha. Zugeschlagen waren ihm die Allodgrundstücke: Gemarkung Labab, Stawisken, Stawisker Wald, Rosengarten (Grundbuch von Steinort, Bd. I und V),¹⁶⁹² Fischereigerechtigkeiten im fiskalischen Teil des großen Mauersees im Umfang von 5.000 ha und am Drengfurther Mühlenteich.¹⁶⁹³ Noch fast zehn Jahre war Carol von Lehndorff Besitzer des Waldgutes. Nach seinem Tod wurde er im Fliesensaal im offenen Sarg aufgebahrt, so dass alle Leute der Grafschaft, vom Hauptgut, den Vorwerken, aus den Forsten und der Fischerei Abschied nehmen konnten. Carol wurde nicht im Erbbegräbnis, sondern an einem selbstbestimmten Platz am Uferhang beigesetzt. Hier sei die „Stille und Weite“ gewesen, die er in Steinort geliebt habe, schreibt Lorck aus seiner Erinnerung.¹⁶⁹⁴

¹⁶⁸⁸ GSStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150, Bl. 63. Vgl. auch ebd., Nr. 44304: Bildung des Waldgutes Finckenstein der Grafen zu Dohna (1925). Nach dem Beschluss vom 10. Oktober 1925 waren in speziellen Verzeichnissen die Bilder, Büsten, Waffen, Archive und sonstigen Gegenstände von kulturellem Wert aufzuführen, die dieser Akte nicht beiliegen.

¹⁶⁸⁹ Siegfried Graf von Lehndorff (1869–1956) leitete das Hauptgestüt Neustadt (Dosse), arbeitete dann in Graditz und war von 1928 bis 1933 Landstallmeister in Trakehnen, vgl. Henninges, Jürgen von, (Art.) Lehndorff, Siegfried Graf von, in: *Altpreußische Biographie*, Bd. 3, Marburg/Lahn 1975, S. 996–997.

¹⁶⁹⁰ GSStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 45150, Bl. 69–70v.

¹⁶⁹¹ GSStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150, Bl. 74.

¹⁶⁹² Das an den Steinorter Mauerwald angrenzende Gut Rosengarten hatte Carl Meinhard von Lehndorff 1877 erworben. Es war 1887 von seiner Witwe dem Fideikommiss zugefügt worden.

¹⁶⁹³ GSStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45150, Bl. 69–69v.

¹⁶⁹⁴ Vgl. Lorck, *Europa privat*, S. 144; *Der neue Carol*, S. 99.

Ostpreußenhilfe

Bereits kurz nach Kriegsende hatte der Wiederaufbau in Masuren begonnen, das durch die in Fritz von Skowronnek's „Masurenbuch“¹⁶⁹⁵ beschriebenen Kampfhandlungen 1914/15 und die Schlacht von Tannenberg jeder kannte. Postkarten hatten die Bilder aus der am meisten zerstörten Provinz des Deutschen Reichs, versehen mit entsprechenden Kommentaren: „Wie die Russen in Ostpreußen hausten“ oder „Der Russeneinfall in Ostpreußen“, im Reich verbreitet. Der Erlös vom Verkauf der Karten wurde für den Wiederaufbau der Provinz verwendet. Er war Teil der im März 1915 gegründeten „Ostpreußenhilfe. Verband Deutscher Kriegshilfsvereine für zerstörte ostpreußische Städte und Ortschaften“. Auch hatten sich im ganzen Reich Patenschaften zur Unterstützung des Aufbauwerks gebildet. Parallel entstand der Mythos von Hindenburg als Retter Ostpreußens. Als Hindenburg 1922 eine Reise nach Masuren unternahm, wurde er wie ein „patriarchalischer Landesvater“ empfangen, eine Rolle, in der später Adolf Hitler den alten Reichskanzler ablösen sollte.

Schon vor dem Krieg war die Produktivität der ostpreußischen Landwirtschaft trotz steigender finanzieller Rentabilität rückläufig gewesen; die Roherträge sanken, während die Reineinkommen zunahmen. Die fortgeschrittene Fideikommissbildung und die Unterstützungspolitik der Regierung für die Besitzerhaltung der Rittergüter hatten dazu geführt, dass im ersten Vierteljahrhundert des Kaiserreichs viele Gutsbesitzer besser gestellt waren, als im 19. Jahrhundert. Die Gefahren einer rapide steigenden Neuverschuldung konnte nach dem Krieg nur teilweise durch die Herauslösung aus der Freien Volkswirtschaft durch Gesetze und den Zollschatz aufgehoben werden. 1926 erhielt Ostpreußen, die Kornkammer Deutschlands, Fördermittel zur Einführung rationeller Betriebsmethoden, denen 1928/29 die „Ostpreußen-Hilfe“ folgte, die ca. 1.100 Bauernwirtschaften und 1.500 größere Betriebe vor dem Untergang bewahrte. Bis zur allgemeinen Krise 1929 flossen ca. 120 Mio. M in die ostpreußische Landwirtschaft. Am 26. Juli 1930 wurde durch die Regierung Brüning das „Osthilfe-Gesetz für Ostpreußen und die Grenzgebiete Pommerns, der Grenzmark und Oberschlesiens“ beschlossen. Die Gelder waren als Hilfe für die Landwirtschaft gedacht, die verbilligte Kredite zur Rationalisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion oder zur Umschuldung brauchte. Die Summe reichte bei weitem nicht aus. Vorrangig flossen die Mittel Großbetrieben zu, auch als rentabel eingestufte Mittel- und Kleinbetriebe erhielten Unterstützung. Da die Kredite häufig nicht für produktive Anlagen, sondern zur Begleichung von Steuern verwendet wurden, blieb der gewünschte Effekt aus.¹⁶⁹⁶ Erst das durch Hindenburg veranlasste „Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens“ vom 31. März 1931 führte zu einem tatsächlichen wirtschaftlichen Aufschwung, an den dann das Ostpreußenprogramm vom 5. Juli 1933 anknüpfen konnte.

Elard von Oldenburg-Januschau, bekanntermaßen Gegner des Parlamentarismus, dessen Erklärung, der Kaiser müsse die Macht haben, einen missliebigen Reichstag durch einen Leutnant und zehn Soldaten aufzulösen, auch nach 1918 nicht vergessen war, und der zu Hindenburg freundschaftliche Beziehungen pflegte, erhielt aus der Osthilfe zur Sanierung seiner drei Güter 621.000 M, erwarb mit diesen Mitteln ein viertes Gut und meldete daraufhin alle vier Besitzungen erneut zur Sanierung an.¹⁶⁹⁷ Die Dohnas, die für Wundlacken und Behlendorf auf die Osthilfe rechneten, mussten über 30 % der landwirtschaftlichen Flächen zu Siedlungszwecken verkaufen.

¹⁶⁹⁵ Skowronnek, Fritz, Das Masurenbuch, Berlin 1916.

¹⁶⁹⁶ Vgl. Richter, Friedrich, Wirtschaftsprobleme Ostpreußens, in: Jähniq, Bernhart/Spieler, Silke (Hrsg.), Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, Bonn 1993, S. 45–71, hier S. 47–58.

¹⁶⁹⁷ Vgl. Ruge, Wolfgang, Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin 1974, S. 469.

„Darunter sämtliche von meinem Großvater gekauften Güter einschließlich Behlenhof und außerdem in Prökelwitz Mathildenhof mit Armuth und Sakrinten. Es ist jedoch gelungen, insbesondere auch durch die Besserung der Verhältnisse seit 1933, den Besitz jetzt so hinzustellen, dass er in normalen Zeiten sich halten kann.“ Prökelwitz war neben dem Wald „das Rückgrat des Ganzen“.¹⁶⁹⁸

Landwirte, die aus eigener Kraft die Krise meisterten, bezeichneten später die Darlehen der Osthilfe gern als „Faulheitsprämie“, da sie auch mittelmäßigen Besitzern zugutekam. Das zweite Gesetz über die Osthilfe vom 31. März 1931 legte fest, dass die Ablösung von Krediten durch die Abgabe von Grund und Boden für Siedlungszwecke möglich sei. Ziel war, durch das ‚eigene Heim‘, zu dem außer dem Stallgebäude auch einige Morgen Land gehören sollten, Landarbeiter an die Dörfer zu binden, um der Landflucht entgegenzuwirken. Da eine Siedlungsstelle Betriebskapital brauchte, um Vieh, Saatgut, Futter, Dünger und Geräte zu kaufen, was sich auf ca. 12.000 M summieren konnte, sollten die Siedler über 10 % als Eigenkapital verfügen und den Rest als ein über 30 Jahre zu tilgendes zinsloses Darlehen erhalten. Vorbedingung war, dass der Siedler seine Arbeitsstelle beibehielt, um die Tilgungen leisten zu können. In der Folge waren die Siedler in der Mehrzahl Handwerker, Beamte der ländlichen Postanstalten, Eisenbahner oder Arbeiter und Beamte der Straßenverwaltung, und dass eigentliche Ziel verfehlt.

Nationalsozialistische Agrarpolitik

Nachdem im September 1930 die NSDAP aus den Wahlen als zweitstärkste Partei hervorgegangen war, erfolgte eine Korrektur des agrarpolitischen Programms. War Hitler bisher für die Aufteilung des Großgrundbesitzes im Interesse eines starken Bauerntums eingetreten, erschien ihm nun die Beschneidung des Besitzes an Grund und Boden sinnvoll. Die Jahre 1931 bis 1934 brachten durch den Preisverfall einen wirtschaftlichen Rückschlag. Die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe Ostpreußens stieg auf rd. 700 RM/ha.¹⁶⁹⁹ An der Königsberger Produktenbörse notierten im Monatsdurchschnitt pro Tonne/in M:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
im Januar 1931	260,9	163,4	184,3	127,2
im Oktober 1931	220,4	193,0	161,8	135,9
November 1931	229,8	205,4	170,6	140,0
im Dezember 1931	213,5	197,1	148,2	128,1. ¹⁷⁰⁰

Die Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom September 1933 hoben den freien Agrarmarkt auf. Allgemeines Ziel war die Produktionssteigerung, um Deutschland in der Lebensmittelversorgung autark zu machen, wie es schon Bismarck mit seiner Schutzzollpolitik bezweckt hatte. Im Königs-

¹⁶⁹⁸ BStU, MfS-Sekr. Neiber, Nr. 803, Bl. 73. Zur hohen Verschuldung von Lauck und Reichertswalde, die nur durch Landverkäufe aufgefangen werden konnten: Kato, Fusao, Vom Fideikommiss zum Familiengut. Das Beispiel des Sanierungsversuchs der Grafschaft Dohna in Ostpreußen, in: Hardach, Karl (Hrsg.), Internationale Studien zur Geschichte von Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt a. M. 2012, S. 447–462, hier S. 455.

¹⁶⁹⁹ Vgl. Bloech, Ostpreußens Landwirtschaft, S. 119.

¹⁷⁰⁰ Vgl. Georgine. Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung. Amtsblatt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Nr. 1 und 2, 1932.

berger Tageblatt hieß es dazu am 1. Januar 1937: „Eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung ist bekanntlich die Sicherstellung der Ernährungsfreiheit. ‚Mehrproduktion‘ ist der große Leitgedanke, der auch in Ostpreußen wirksam werden muss: Schaffung von Neuland und Verbesserung der Äcker, Wiesen und Weiden war die Folge aus dieser Aufgabe. Daher wurde u. a. mit Tatkraft an die Trockenlegung und Urbarmachung des Großen Moosbruches herangegangen“ und die Bauarbeiten am masurischen Kanal fortgesetzt, die schon vor 1914 geplant worden waren.¹⁷⁰¹ Inwieweit das auf den Lehdorffschen Gütern gelang, ist aufgrund fehlender Wirtschaftsakten nicht feststellbar.

Nach 1933 wurde Masuren von einem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung erfasst. Die Bauern erhielten eine Absatzgarantie mit festen Abnahmepreisen, das Meliorationswesen wurde verbessert, neue Nutzflächen geschaffen, auswärtige Arbeitskräfte durch den Reichsarbeitsdienst bereitgestellt. Entschuldungsprogramme sollten die Liquidität verbessern und Neuinvestitionen und die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe ermöglichen. Für zahlreiche, von Zwangsversteigerung bedrohte Höfe spielte das eine große Rolle. Parallel gewann der Fremdenverkehr im Seengebiet zwischen Lötzen, Sensburg und Angerburg an Bedeutung, insbesondere das Tannenberg-Denkmal zog Besucher an. Die „Sanierungspläne“ liefen über den Kommissar für Osthilfe, Landstelle Königsberg. Auf die Güter wurde eine „Entschuldungshypothek“ eingetragen. Kredite gewährte die Bank für Industrie-Obligationen, die im Zuge der Abwicklung der Reparationszahlungen des Deutschen Reichs gegründet worden war; nach 1929 war sie für die hochverschuldeten ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe zuständig, seit 1931 für die Entschuldung im Osthilfegebiet.¹⁷⁰² Das ihm gemachte Angebot bezeichnete Baron von Heyking auf Truntlack als „halsabschneiderisch und entmündigend“. Das Gut sollte einer Beratungsstelle unterstellt werden, die Folgen sah er real: Er werde den Forderungen der Bank als Gläubigerin nicht nachkommen können, diese werde ihm kündigen, worauf eine Subhastation erfolge und das Gut in den Besitz der Bank übergehe. „Die Bedingungen atmen Brüning-Schleicherschen Geist: ‚Die sanierungsunwürdigen Betriebe sofort subhastieren, die anderen sanierungsunwürdigen warten lassen, dann kommt man zu ‚erfreulichen‘ Landpreisen für die Siedlung und vernichtet den Großgrundbesitz. Das ist demokratisches Endziel.“¹⁷⁰³

Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und umfangreiche Bauprogramme galt Ostpreußen im Sommer 1933 als arbeitslosfrei. Es kam zu „realen und nicht nur propagandistischen Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen“¹⁷⁰⁴ und einer schrittweisen Revision des Versailler Vertrags: am 23./23. März 1939 erfolgte die Rückgabe des durch Litauen annektierten Memellandes.¹⁷⁰⁵ Bis 1939/40 stiegen die Gesamteinnahmen, der Rohüberschuss und der Reinertrag; Zins- und Tilgungszahlungen konnten geleistet werden, seit 1934/45 konnte

¹⁷⁰¹ Königsberger Tageblatt. Volksblatt für Ostpreußen, 1. Januar 1937 „Ostpreußen zu neuer Tatkraft erwacht“; 10. Januar 1937 „Ostpreußen die Kornkammer des Reiches“. Vgl. auch GStA PK, I. HA, Rep. 203, Nr. 399: Bewilligung von Mitteln für die Verlängerung des Oberländischen Kanals; Nr. 473: Ausbau des Masurischen Kanals; Nr. 496: Oberländischer Kanal. Zum Großen Moosbruch am Südostufer des Kurischen Haffs: https://de.wikipedia.org/wiki/Großes_Moosbruch [31.03.2020].

¹⁷⁰² Am 17. November 1931 war eine Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet („Osthilfenotverordnung“) und am 8. Dezember in der 4. Notverordnung besondere Vorschriften zur einstweiligen Einstellung von Zwangsversteigerungen erlassen worden, vgl. Baudisson, Theodor Graf von, Die Landwirtschaft an der Jahreswende 1931, in: Georgine, Nr. 1, 1932.

¹⁷⁰³ Vgl. Wagner, Truntlack, Bd. 2, S. 536 f. (Alfred Baron von Heyking an Wolf von Eichhorn, Vorstandmitglied der Metallgesellschaft AG, 22. Februar 1933).

¹⁷⁰⁴ Vgl. Wild, Michael, Geschichte des Nationalsozialismus, Stuttgart 2008, S. 105.

¹⁷⁰⁵ Vgl. Wallat, Joachim, Die völkerrechtliche Stellung des Memelgebietes, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1991. Bis 1940 wurde der Terminus „Masuren“ fast völlig durch „Südostpreußen“ ersetzt, vgl. Gayl, Wilhelm von, Ostpreußen unter fremden Flaggen, Königsberg 1940, S. 37–39.

wieder investiert werden. Durch diesen „Anschaffungs-Schub“ vor Kriegsausbruch war die technische Ausrüstung vieler ostpreußischer Betriebe moderner als im übrigen Deutschen Reich.¹⁷⁰⁶ 1940 und 1941 waren die Ernten witterungsbedingt in ganz Deutschland schlechter als in den Jahren davor, dementsprechend gingen 1940/41 und 1941/42 die Gesamteinnahmen, der Rohüberschuss und der Reinertrag zurück, reichten aber für Zinsen, Tilgung und zusätzliche Rückzahlungen. Für die guten Erntejahre 1942/43 bis 1944/45 sind Statistiken aufgrund der Bombardierungen des Statistischen Reichsamts nicht vorhanden.

Darrés Erbhof-Projekt

Am 29. Juni 1933 wurde der nationalsozialistische Reichsbauernführer Walther Darré¹⁷⁰⁷ Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Unter ihm wurde im September 1933 der „Reichsnährstand“ als Einheitsorganisation der deutschen Landwirtschaft und Ernährungsindustrie gegründet.¹⁷⁰⁸ Die Mitgliedschaft beruhte nicht auf Freiwilligkeit, sondern auf gesetzlichem Zwang. Sein Konzept eines „Neuadels aus Blut und Boden“¹⁷⁰⁹ wurde vom besitzenden Adel durchaus als ernstzunehmende Bedrohung eingeordnet. Das adlige Selbstverständnis, dass man von Geburt etwas sei und es nicht nötig habe, etwas zu werden,¹⁷¹⁰ stand dem „neuen“ Führungsprinzip, dass die Fähigsten, Stärksten, Rücksichtslosesten führen sollen, entgegen. Der als „Kasten-. Geburts- und Geldadel“ verfeimte Adel – „Herren von Rotz von Rotzenstein“ – sollte durch eine „Auslese aus den Besten“ ersetzt werden, denn Führung müsse man sich verdienen und verdienen.¹⁷¹¹ Viele, aber bei weitem nicht alle Adligen von Geburt standen dagegen.

Mit dem Gesetz über das Erlöschen der Familienfideikommisse und sonstigen gebundenen Vermögen vom 6. Juli 1938 wurden alle Fideikommisse freies Eigentum des letzten Fideikommissbesitzers.¹⁷¹² Anders als in der Weimarer Republik ging es nun jedoch nicht mehr um die Aufhebung bodenrechtlicher Bindungen. Die Nationalsozialisten wollten durchaus die „Verbindung der Sippe mit dem Boden“ erhalten wissen, sahen jedoch in den Fideikommissen weniger eine Bodenverbundenheit des Besitzers, als die wirtschaftliche Grundlage für dessen öffentliche Stellung, wobei „unfähige Personen“ nicht vom Besitz ausgeschlossen waren.¹⁷¹³ Nach dem Promemoria, das Alexander zu Dohna nach einer Unterredung mit Walther Darré am 11. Juli 1938 aufgezeichnet hatte, hatte Darré ihm gegenüber die Idee des sogenannten „Erbhofs“ klar formuliert:

- „1. Der nationalsozialistische Staat hält es für wünschenswert, den Grundbesitz alteingesessener Familien aus deutschem oder artverwandtem Blut in jeder Größe zu binden.
2. Nachdem in diesem Jahr alle Fideikommisse zwangsweise aufgelöst werden, wird eine neue gesetzliche Regelung in nächster Zeit veröffentlicht. Diese sieht nur noch die Bildung von Erbhof oder Schutzforst vor, während

¹⁷⁰⁶ Vgl. Bloech, Ostpreußens Landwirtschaft, S. 119.

¹⁷⁰⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Darré [3.12.2019].

¹⁷⁰⁸ Vgl. Münkkel, Daniela, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt a. M. 1996, S. 100, 102 f.

¹⁷⁰⁹ Darré, Walther, Neuadel aus Blut und Boden, München 1930.

¹⁷¹⁰ Vgl. Löwenstein, Alois Fürst zu, Aufgaben des Adels in der Gegenwart, Art. Adel, in: Staatslexikon (Görres-Gesellschaft), Freiburg 1926, Bd. 1, Sp. 44.

¹⁷¹¹ Vgl. Malinowski, Stephan/Reichardt, Sven, Die Reihen fest geschlossen? Adelige im Führerkorps der SA bis 1934, in: Eckart, Conze/Wienfort, Monika (Hrsg.), Adel und Moderne, Köln/Wien 2004, S. 119–150, hier S. 124.

¹⁷¹² RGBl. I 1938, S. 825. Vgl. Kübler, Ernst/Beutner, Wilhelm, Die Auflösung der Familiengüter in Preußen, Berlin 1927.

¹⁷¹³ Vgl. Weber, Max, Agrarstatistische und sozialpolitische Betrachtungen zur Fideikommissfrage in Preußen, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, hrsg. von Marianne Weber, Tübingen 1988, S. 323–380.

keine Waldgüter mehr gebildet werden können. Es wird eine Übergangszeit geschaffen, während der auch die bisherigen Fideikommisse je nach Wahl des Besitzers in die eine oder andere gebundene Form überführt werden oder auch freier Besitz bleiben können. Etwa schon laufende Erbhofanträge sind auf Grund des neuen Gesetzes soweit nötig abzuändern.

3. Der Erbhof bleibt als wichtigste Art der Bindung auch für den großen Besitz bestehen. Hierbei wird noch auf folgende besondere Fragen hingewiesen:

a) Der Reichsernährungsminister entscheidet über den Erbhofantrag allein. Die Stellungnahme des Kreisbauernführers bzw. Landesbauernführers ist von untergeordneter Bedeutung. Niemand soll sich daher durch etwa ablehnende Haltung der unteren Organe von der Stellung eines Erbhofantrags abhalten lassen.

b) Es wird prinzipiell keine Landaufgabe bei der Erbhofbildung verlangt. Bei stark verschuldeten Betrieben kann jedoch ein vorheriger Landabverkauf zur Sanierung gefordert werden. Sollten besondere dringende Wünsche für Anliegersiedlungen bestehen, so sind diese in einzelnen Fällen zu berücksichtigen.

4. Schließlich wurde nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, dass alle Besitze jeder Größe, die den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, auf Antrag Erbhof werden können.“¹⁷¹⁴

Das Gesetz über das Erlöschen der Familienfideikommisse hatte klare Bestimmungen über den Archivschutz enthalten, nachdem am 12. Oktober 1937 das Kammergericht bereits empfohlen hatte, der Senat möge in Auflösungsfällen das Geheime Staatsarchiv „wenn möglich unter gleichzeitiger Angabe, was über das Vorhandensein eines Archivs bekannt ist“ in Kenntnis setzen.¹⁷¹⁵ Am 10. November 1938 hatte die Generaldirektion der Preussischen Staatsarchive an den Direktor des Königsberger Staatsarchivs Max Hein geschrieben, es sei notwendig, „Fühlung mit den Fideikommiss-Senaten zu nehmen und festzustellen, welche Fideikommisse zur Auflösung kommen.“ Nach dem Erlass des Stellvertreters des Führers an die Gauleiter vom 19. Dezember 1937 war eine solche Kontaktaufnahme auch bei den „Entrümpelungen“ geboten.¹⁷¹⁶ Gehörten zum Fideikommiss-Vermögen Kunstwerke mit wissenschaftlichem, geschichtlichem oder heimatgeschichtlichem Wert (Bauwerke, Gemäldegalerien, Archive, Büchereien) oder gemeinnützige Einrichtungen, hatte das Fideikommiss-Gericht Vorsorge für die ordnungsgemäße Erhaltung zu treffen; falls eine Gefährdung erkennbar oder die Erhaltung im öffentlichen Interesse lag, konnte auch ein „Standortwechsel“ sowie eine öffentliche Zugänglichkeit festgelegt werden.¹⁷¹⁷ Mit der Reichsverordnung vom 17. Mai 1940¹⁷¹⁸ wurden die Bestimmungen vom 6. Juli 1938 auf Familienstiftungen ausgeweitet, die bis zum 1. Januar 1943 land- und forstwirtschaftliche Grundstücke zu verkaufen hatten. Christoph Graf von Rauter auf Willkamm, das zu den über 1.000 ha großen Rittergütern und ältesten Familienbesitzen der Provinz gehörte, war von der Zwangsveräußerungspflicht betroffen. Nur durch ein Gutachten des Oberkommandos des Heeres und des Landstallmeister Wilhelm Uppenborn über die große Bedeutung der Remontezucht auf Willkamm und seine persönlichen Kontakte zu Reichsminister Darré erreichte er eine Ausnah-

¹⁷¹⁴ BStU, MfS-Sekr. Neiber, Nr. 803, Bl. 70.

¹⁷¹⁵ GStA PK, I. HA, Rep. 178, Nr. 1047, n. f.

¹⁷¹⁶ BAArch Koblenz, N/1333/32 (Verweis auf Allgemeines Suchblatt für Sippenforscher vom 20. April 1938, S. 52).

¹⁷¹⁷ GStA PK, I. HA, Rep. 178, Nr. 1048, Bl. 24–27.

¹⁷¹⁸ RGBl. I 1940, S. 806.

megenehmigung. Aus Willkamm wurde das 1.861 ha große „Graf Rautter Willkammsche Zuchtgestüt“. In diesem Fall wurde sogar von einer Landabtrennung zu Siedlungszwecken Abstand genommen.¹⁷¹⁹ Bei den Schliebens auf Sanditten waren die großen Waldbestände hilfreich, um die Veräußerungspflicht abzuwenden, da Wald vor einer unwirtschaftlichen Zersplitterung und Holzspekulationen geschützt werden sollte. Wie in Steinort war auch bei dem 2.408 ha großen Familiengut in Sanditten schon 1925/26 die Umwandlung in ein „Waldgut Sanditten“ gelungen, aus dem 1941 in einem Umfang von 680 ha ein Schutzforst gebildet werden konnte.¹⁷²⁰ Andere Fideikomnisse, die keine bedeutende Pferdezucht und keine großen Waldbestände hatten, hätten nach dem Gesetz erlöschen müssen. Die Ereignisse machten die Gesetzgebung obsolet, indem die Auflösung unter Kriegsbedingungen ins Stocken geriet. Am 9. Dezember 1942 verlängerte man die Veräußerungspflicht nochmals um drei Jahre auf den 1. Januar 1948.

Die Radikalisierung des politischen Lebens

„Die Stimmung der Bevölkerung bleibt nach wie vor gedrückt, zumal der lange Winter die Wirtschaftslage aller Bevölkerungsschichten außerordentlich erschwert. Die große Masse der Bevölkerung ist daher noch weniger als zuvor in der Lage, die notwendigsten laufenden Anschaffungen zu machen. Geldknappheit, Kreditnot und Steuerlasten bedrücken die Allgemeinheit“, so der Oberpräsident in seinem Lagebericht für den 16. bis 31. März 1924. Die „völkische Bewegung“ habe im Berichtszeitraum in der ganzen Provinz erheblich zugenommen, man müsse mit einer erheblichen Stimmenzahl für die Deutschvölkischen Parteien rechnen.¹⁷²¹ Radikale Vereinigungen wie der Stahlhelm, der in Ostpreußen die militärische Organisation des nach dem Kapp-Putsch gegründeten Heimatbundes Ostpreußen übernahm, und der Wehrwolf waren entstanden. Die rechtskonservative Grundstimmung ermöglichte es völkisch-nationalen Parteien und Verbänden, offenen Antisemitismus und völkischen Rassismus zu verbreiten.

In den Wahlen von 1924 und 1928 gewann neben der linken SPD und der konservativen DNVP keine der vielen Gruppierungen bedeutende Stimmenanteile. Obwohl es seit 1921 erste Zusammenschlüsse von Nationalsozialisten vor allem in großen Städten wie Allenstein, Elbing oder Königsberg, am 30. April 1925 die erste öffentliche Versammlung der NSDAP in Königsberg stattgefunden hatte und am 19. Februar 1926 Goebbels hier erstmals aufgetreten war, blieb die NSDAP bis 1928 bedeutungslos.¹⁷²² Am 29. Mai 1930 berichtete die „Königsber-

¹⁷¹⁹ Vgl. Wagner, Wulf D., Kultur im ländlichen Ostpreußen. Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen, Bd. 2, Husum 2009, S. 1267–1298; Ders., Truntlack, S. 607. Nach Auffassung der Nationalsozialisten sollte sich land- und forstwirtschaftlich genutzter Boden nicht im Eigentum von Stiftungen und ähnlichen Formen der „toten Hand“ befinden, sondern in der Hand selbstverantwortlich wirtschaftender Eigentümer.

¹⁷²⁰ GStA PK, I. HA, Rep. 84 a, Nr. 45822.

¹⁷²¹ GStA PK, I. HA, Rep. 203, Nr. 47, n. f.

¹⁷²² Vgl. Koziello-Poklewski, Bohdan, Aus den Forschungen über eine territoriale Struktur der NSDAP in Ostpreußen in den Jahren 1921–1933, in: Polnische Weststudien 4 (1985), S. 275–286, hier S. 276–280. Siehe auch Dohna, Lothar Graf zu, Vom Kirchenkampf zum Widerstand. Probleme der Widerstandsforschung im Brennspeigel einer Fallstudie, in: Melville, Ralph u. a. (Hrsg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit. Festschrift für Ottmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag, 2. Halbbd., Stuttgart 1988, S. 857–879. Der Vater von Lothar Graf zu Dohna, Heinrich Graf zu Dohna auf Tolksdorf, Kreis Rastenburg, wurde wie Heinrich von Lehndorff als Teilnehmer am Anschlag vom 20. Juli 1944 hingerichtet. Beispiele für den Generationskonflikt in ostpreußischen Familien: Wagner, Truntlack, Bd. 2, S. 537.

ger Volkszeitung“, Hauptorgan der ostpreußischen Sozialdemokratie und Publikationsorgan der „Freien Gewerkschaften“, über den „Nazirummel in Angerburg“. ¹⁷²³ Seit Monate hätten sich die „Hakenkreuzler in unzähligen Versammlungen im Kreise“ durchgearbeitet, „um der SPD das Wasser abzugraben und um sich auf diesen großen Tag vorzubereiten.“ Der Tag der Fahnenweihe der Nazis am 18. des Monats sei „ein Reinfall“ gewesen. „Zuerst hatte man Bataillone angekündigt; in den letzten Tagen sollten es nach der Lokalpresse nur 500 Mann sein. Heute war es nur kaum die Hälfte davon, die in bunter Indianerbemalung durch die Straßen marschierte. Aus Osterode, Liebstadt, Königsberg usw. hatte man sie zusammengestellt. Trotzdem langte es nicht zu einem Bataillon. Aus der Stadt Angerburg waren es ganze 20 Mann, davon 17 Anstaltsangestellte und Arbeiter der Angerburger Bethesda-Anstalt, die der Sohn des Anstaltsleiters in die gelbe Schießbudenuiform hineingepresst hatte. ‚Nehmt es uns nicht übel, wir müssen es tun, sonst verlieren wir unsere Arbeitsstelle‘, war vielfach die Antwort dieser zwangsweise zusammengeschleppten Arbeiter. Diejenigen Anstaltsarbeiter, die an diesem Nazijahrmarkt teilnahmen, erhielten eine monatliche Zulage von 4,00 M und außerdem am Tage vor dem Rummel eine Extrazulage von 2,00 M und den Sonnabendnachmittag frei. Die Anstaltspferde wurden gleichfalls den Nazis als Reitpferde zur Verfügung gestellt.“ Künftig werden es sich „Andersgesinnte“ überlegen, „ob sie den Kollektanten der Angerburger Krüppelanstalten die Sammelbüchsen füllen sollten.“ Das „Häuflein Nazis“ bestand nach Meinung des Redakteurs aus abgetakelten alten Offiziere, verkrachten Gutsbesitzern und Spießbürgern, „ein Sammelsurium von Leuten, die den Kampf um die 1918 verloren gegangenen Futterkrippe führen.“ Der Generalsohn Litzmann und von Gilgasch-Insterburg waren die Redenführer, unterstützt von den „Lokalhelden“ Rogall-Kruglanken und Braun-Angerburg. ¹⁷²⁴

Nach der Neuwahl im September 1930 stiegen auch in Ostpreußen die Nationalsozialisten zu einer stärker werdenden Kraft auf. ¹⁷²⁵ Die Uneinigkeit der demokratischen Parteien, die Folgen von Versailles, die hohe Arbeitslosigkeit, die Agrarkrise, hervorgerufen durch eine verfehlte Agrarpolitik der DNVP-dominierten Landwirtschaftsverbände, führten in Ostpreußen zu einem Vertrauensverlust zur Weimarer Republik. ¹⁷²⁶ Die Angst vor einer „bolschewistischen Gefahr“, der russische und der polnische Nachbar, die Konflikte mit Litauen führten zu einer allgemeinen Verunsicherung und zum Wunsch nach Ruhe und Sicherheit, der sich in der Literatur der Zeit niederschlug. ¹⁷²⁷ Für viele wurde die NSDAP zum Hoffnungsträger, die mit ihrer Agrarpolitik nach dem Machtantritt den Interessen der Landwirte entsprach. „Ich fand keinen richtigen politischen Weg, den ich als angehender Landwirt vorbehaltlos marschieren konnte. ‚Rechts‘ ja, aber allzu sehr vertraten die ‚Deutschnationalen‘ doch nur die Interessen des Großgrundbesitzes, obwohl ich deren Angestellter werden wollte. Mir stand die Mitte des Reichstages näher [...]. Leider wurde diese starke Mitte mit Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach und nach von radikalen Randparteien ausgehöhlt, mit besonderem Erfolg von der NSDAP [...] die kleinbürgerliche Mitte wechselte nach und nach zur NSDAP über [...] die wirtschaftliche Entwicklung und die zunehmende Arbeitslosigkeit trugen dazu bei.“ ¹⁷²⁸ Maßnahmen wie Steuer- und Zinssenkungen, Preissenkungen

¹⁷²³ Sie erschien seit 1901 als Tageszeitung und wurde am 25. Februar 1933 verboten.

¹⁷²⁴ GStA PK, XX. HA, Rep. 240, Nr. 40, Bl. 137.

¹⁷²⁵ Die regionalen Wahlergebnisse in: Königsberger Hartungsche Zeitung vom 15. September 1930, Abendausgabe.

¹⁷²⁶ An der Spitze der DNVP-Liste fungierte der Ehrenvorsitzende des Reichslandbundes, Elard von Oldenburg-Januschau, vgl. Müller, Andreas, „Fällt der Bauer, stürzt der Staat“. Deutschnationale Agrarpolitik 1928–1933, München 2002, S. 200.

¹⁷²⁷ Vgl. Kopp, Marianne (Hrsg.), Agnes Miegel – ihr Leben, Denken und Dichten von der Kaiserzeit bis zur NS-Zeit, Münster 2011, u. a. S. 13, 24, 26.

¹⁷²⁸ Peschel, Kurt, Erinnerungen aus meinem Leben, Manuskript.

für Düngemittel, die Fortführung der Osthilfe erschienen ebenso attraktiv wie die im Zuge einer Wiederaufrüstung wieder zunehmende Beschäftigung adliger Söhne im Militär. Andere dagegen lehnten die nationalsozialistischen Ideen als Demagogie und Verrat an konservativen Traditionen ebenso wie Hitler als Person ab. Viele warteten jedoch die weitere Entwicklung ab.

Die Ernennung des ehemaligen Eisenbahnangestellten Erich Koch zum Gauleiter von Ostpreußen am 28. August 1928 erfolgte, als die Weltwirtschaftskrise kurz bevorstand.¹⁷²⁹ Als der „Schwarze Freitag“ der New Yorker Börse die Finanzkrise auf Deutschland ausweitete und die stark verschuldete ostpreußische Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft zog, hatte Koch sein Agitationsnetz bereits geknüpft. Je höher die Zahl der Erwerbslosen stieg, umso leichter erlagen die verzweifelten Menschen demagogischen Versprechungen. Die Versuche des Königsberger Polizeipräsidenten, das Auftreten des Berliner Gauleiters Joseph Goebbels im Sommer 1931 zu verhindern, verschärften die Lage und gaben Koch Gelegenheit, im Reichstag, dem er seit 1930 angehörte, Reden gegen den „demokratischen Terror“ in Ostpreußen zu halten.¹⁷³⁰ Am 19./20. April 1932 kam Hitler im Vorfeld der Landtags- und Reichstagswahlen persönlich nach Masuren. An Hindenburg, den ‚Retter Ostpreußens‘ anknüpfend, besuchte er das Tannenberg-Denkmal, sprach in Allenstein, Lyck und Königsberg, besuchte Neidenburg, Ortelsburg, Rudczanny und Johannsburg. Auf der Abschlusskundgebung rief er den Masuren zu: „Ich glaube nicht, dass es in Deutschland ein Land gibt mit der Treue wie das Masurenland.“¹⁷³¹ Bei seinem zweiten Besuch am 16./17. Juli besuchte er Lötzen und unternahm eine Dampferfahrt auf den masurischen Seen zwischen Nikolaiken und Rudczanny. In Ortelsburg fand eine Großkundgebung mit Gauleiter Erich Koch statt. Im Juli wurde die NSDAP bei der Reichstagswahl zur stärksten Partei reichsweit. Bei der nach der erneuten Auflösung des Reichstages notwendigen Novemberwahl am 6. November 1932 gewann die NSDAP in Ostpreußen mit über 39 Prozent die meisten Stimmen.¹⁷³² Am 30. Januar 1933 berief Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler, die Auflösung des Reichstages am 1. Februar und die Ansetzung von Neuwahlen für den 5. März 1933 folgten. Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 lag die NSDAP in Ostpreußen mit 56,5 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 85,6 % über dem Durchschnitte des Reiches (43,9 % der Stimmen; Wahlbeteiligung 88,8, %).¹⁷³³ Der „Tag von Potsdam“, der der Eröffnung des neuen Reichstages vorausging und bei dem der in Ostpreußen verehrte Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Hitler öffentlichkeitswirksam gemeinsam auftraten, verfehlte bei vielen Ostpreußen nicht sein Ziel. Mit dem Ermächtigungsgesetz erhielt die neue Regierung für vier Jahre diktatorische Vollmachten. Gauleiter Koch stieg zum Oberpräsidenten in Ostpreußen auf und vereinigte auf seine Person eine Machtfülle, wie kein Oberpräsident vor ihm.

Die Propaganda der NSDAP konzentrierte sich auf den Gütern besonders auf die Bauern, „die seit längerer Zeit von der Krise erfasst worden waren, mit der die Weimarer Republik nicht fertig werden konnte und die nun gern ihr Ohr der Propaganda des von Koch bereits Ende 1928 gegründeten nationalsozialistischen Verbandes der

¹⁷²⁹ Die Ortsgruppe Königsberg bestand seit 1925, vgl. Koziello-Poklewski, Aus den Forschungen über eine territoriale Struktur der NSDAP, S. 280 f.

¹⁷³⁰ Zur dreimonatigen Propagandawelle ab Mai 1931 vgl. den Artikel „Im Triumphzug erobern wir Ostpreußen“ im Völkischen Beobachter vom 8. August 1931.

¹⁷³¹ Völkischer Beobachter (Reichsausgabe) vom 21. April 1932: „Masurenland empfängt den Führer“.

¹⁷³² Vgl. Kossert, Ostpreußen, S. 260. In der Wahl vom 31. Juli 1932 gewann die NSDAP in Ostpreußen 46,8 %, in der vom 6. November 1932 39,5 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 79,5 % bzw. 74,6 %. Ergebnisse für Königsberg in: Gause, Fritz, Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. 3, Köln 1971, S. 107.

¹⁷³³ Vgl. Michaelis, Herbert/Schraepfer, Ernst, Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart, Bd. 9, Berlin 1964, S. 76 ff.

Bauern und Siedler liehen.¹⁷³⁴ Die Ortsgruppe Rosengarten und deren Parteigenossen Hoffmann und Hollstein agitierten auch in Steinort und hielten am 1. Juni 1932 eine Versammlung ab. Am 9. Juli 1932 fuhr die Ortsgruppe auf drei Leiterwagen nach Steinort. Von dort ging es mit 50 Mann mit dem Dampfer nach Lötzen. Im November verlor die Ortsgruppe 10 Prozent der Mitglieder, was sie nicht davon abhielt, mit dem Schülerbund einen Propagandamarsch nach Rosengarten zu veranstalten. 1933 gab es 12 Ortsgruppen im Kreis Angerburg: Angerburg, Benkheim (Talheim), Rosengarten, Steinwalde, Groß Guja, Buddern, Kruglanken, Surminnen, Angerthal, Klein Strengeln, Possessern, Siewen. 1934 wurde die Ortsgruppe Engelstein von Klein Guja abgetrennt. In Haarszen, Jakunowken, Ogonken, Perlsvalde, Sobiechen gab es Stützpunkte.¹⁷³⁵

Obwohl ein latent nachzuweisender Antisemitismus, nach Gottliebe von Lehndorffs Aussage war man „nicht durchaus antisemitisch“¹⁷³⁶, über die völkische Bewegung für verschiedene ostpreußische Gutsbesitzer den Weg in die NSDAP bahnte, wäre es falsch, von einer einheitlichen Gesinnung selbst innerhalb ostpreußischer Adelsfamilien auszugehen. Es gab nur wenige adlige Familien in Ostpreußen, die gar keine NSDAP-Mitglieder aufwiesen. Die Motive reichten von fanatischer Anhängerschaft über Opportunismus bis zur äußeren Anpassung bei innerem Widerstand.¹⁷³⁷ Der Gedanke der Auslese, kam dem traditionellen Selbstverständnis entgegen, wie es z. B. in der Ehepolitik praktiziert worden war.¹⁷³⁸ Auch die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) hatte sich in den 1920er Jahren von einer restaurativen auf die völkische Richtung zubewegt. Eine Stichprobe unter 312 adligen Familien ergab 3.592 erfasste adlige Parteimitglieder. Das entsprach ca. 6 % der 60.000 in der Weimarer Republik lebenden Adligen.¹⁷³⁹ Am Beginn der „Machtergreifung“ konnte sich Hitler durchaus auf zahlreiche adlige Offiziere in der Reichswehr stützen.¹⁷⁴⁰

Der 1932 zum Vorsitzenden der Deutschen Adelsgenossenschaft gewählte Adelsmarschall Fürst Adolf zu Bentheim-Tecklenburg versprach am 22. Juni 1933, die Begeisterung des Adels für den Nationalsozialismus zu heben.¹⁷⁴¹ Vor allem unter den Jüngeren fand er zahlreiche Unterstützer.¹⁷⁴² Die ältere Generation adliger und bürgerlicher Gutsbesitzer blieb aufgrund ihrer zumeist konservativ-christlichen Haltung der NSDAP fern.¹⁷⁴³ Wie sich die Haltung aber auch hier von Ablehnung bis Zustimmung wandeln konnte, zeigt ein Brief von Baron von Heyking an Wolf von Eichhorn vom 1. März, wenige Tage nach dem Reichstagsbrand: „Die Nazis allerdings erstreben, wie mir neulich ‚Führender‘ sagte, die Befestigung sämtlichen Grundbesitzes durch ein ‚Anerbengesetz‘, was mir sehr liegt, wie ich überhaupt in vielem mit ihnen sympathisiere. Nur allein sollen sie nicht regieren. Es ist zu viel Radikalismus in der Partei. Ich habe ihnen auch einen Wahlbeitrag gestiftet, und gestern

¹⁷³⁴ Vgl. Koziello-Poklewski, Aus den Forschungen über eine territoriale Struktur der NSDAP, S. 283.

¹⁷³⁵ Mitgliederlisten in: GStA PK, XX. HA, Rep. 240, Nr. 40 b; Bl. 95 ff. ein „Abriss über Die Gründung und Entwicklung der Ortsgruppe der NSDAP Angerburg“, Bl. 178 ff. über weitere Ortsgruppen, u. a. Buddern, bis 1930 als „Republik Buddern Hochburg der Sozis und Demokraten“, Possessern, Rosengarten.

¹⁷³⁶ Vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 95.

¹⁷³⁷ Vgl. Dohna, Die Dohnas, Bd. 1, S. 626, zur NS-Neigung in Reichertswalde.

¹⁷³⁸ Vgl. Kleine, Adelsgenossenschaft, S. 110.

¹⁷³⁹ Vgl. Malinowski, Stephan Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003, S. 573.

¹⁷⁴⁰ Der Adelsanteil lag bei 21 %, vgl. Malinowski/Reichardt, Die Reihen fest geschlossen?, S. 127.

¹⁷⁴¹ Vgl. Malinowski /Reichardt, Die Reihen fest geschlossen, S. 106 ff. Siehe auch Urbach, Karina, Hitlers heimliche Helfer. Der Adel im Dienste des Hakenkreuzes, Darmstadt 2016; Kleine, Adelsgenossenschaft S. 107 ff., zu Fürst Bentheim S. 117 ff.

¹⁷⁴² Vgl. Malinowski/Reichardt, Die Reihen fest geschlossen, S. 142.

¹⁷⁴³ Vgl. Dohna, Vom Kirchenkampf zum Widerstand, S. 857–879.

Abend war Versammlung im Inspektorhaus. Zu Denazis (DNVP) wird man unsere Arbeiter nicht so schnell machen, also lieber Nazi, als Soci oder gar Cozi [= Kommunisten].¹⁷⁴⁴ Hermann Graf zu Dohna-Finckenstein und sein Vetter, Konrad Graf Finck von Finckenstein, öffneten schon 1929 ihre Gutshäuser für Hitler, Göring, Himmler und die lokale Parteiprominenz. Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten unterstützte die Deutschnationalen, näherte sich dann der NSDAP an und war Angehöriger der SS. In seinen Erinnerungen beschreibt er, wie er um 1933 Heinrich Himmler und dessen NS-Freunde aus dem Hochadel im Cabriolet spazieren fuhr. Über dessen Schwager, Werner von Alvensleben, Vermittler zwischen altem Adel und höchsten NS-Führern, hatte Graf von Baudissin 1933 bei Ernst Röhm anfragen lassen, ob er nicht „ihn und sein Automobil für die Bewegung“ gebrauchen könne.¹⁷⁴⁵

1934 lud Alexander zu Dohna Göring zur Jagd ein, um die Abberufung Kochs zu erreichen.¹⁷⁴⁶ „Anlässlich der letzten Anwesenheit Görings in Ostpreußen bietet auch der Fürst Dohna, sicherem Vernehmen nach OStuF oder HStuf der SS, seine sämtlichen Instleute, Scharwerker usw. zur Spalierbildung und Begrüßung des Gastes auf; es wird behauptet, dass Göring bei dem Fürsten Dohna sogar als Besuch abgestiegen sei. Dasselbe Aufgebot aller Leute erfolgt bei der Rückkehr bzw. Abfahrt des Ministerpräsidenten“, so der Bericht des „Gewährsmann: Hauptschriftleiter E. Goldmann (Alt-Pg.), Königsberg i/Pr., Ritterstraße 16a“ 1937. Da Dohna die Spalierbildung jedoch nicht angeordnet hatte, wurde am nächsten Lohntag den Gutsleuten für die versäumte Arbeitszeit der Lohn abgezogen. Der Einspruch des Vertrauensrates bewirkte nichts, weshalb er sich an Göring wandte, „der aus eigenen Mitteln den Lohnausfall“ deckte, da „Durchlaucht zu keiner gegenteiligen Auffassung zu bekehren waren.“¹⁷⁴⁷ Noch bis Januar 1940 hielt Dohna an seinem jüdischen Rechtsanwalt fest, trotzdem ihm nahegelegt worden war, entweder dem Anwalt die Vertretung zu entziehen oder seinen Austritt aus der SS zu erklären. Auch zum Kaiserhaus in Doorn hielt er brieflichen Kontakt, wofür er sich zu rechtfertigen hatte: „Schon allein im Hinblick auf meinen Großvater, bei dem der Kaiser häufig zu Gast war, musste ich es tun. Darüber hinaus hat meine Familie seit weit mehr als 400 Jahren in innigsten Beziehungen zu den Hohenzollern gestanden und zu allen Zeiten Zeichen des Wohlwollens der Preußischen Könige erhalten. Ein Gefühl von Dankbarkeit, wie ich das in meinem Brief schreibe, ihnen gegenüber, ist mir ebenso wie meinen Vorfahren eine Selbstverständlichkeit.“ Er sei aber nicht so töricht, sich „den 80-jährigen Kaiser an die Spitze des Reiches zurückzuwünschen!“¹⁷⁴⁸

Im Oktober 1939 verschiebt die DAG an alle „Familien des Deutschen Adels“ einen Fragebogen, der die „moralische Berechtigung des deutschen Adels statistisch“ beweisen sollte, indem er die Verluste der Adelsfamilien an der Front erfragte. Wie die Dönhoffs muss auch Heinrich von Lehndorff, der am 1. Mai 1937 verhältnismäßig spät als Mitglied Nummer 5.286.568 der NSDAP beigetreten war,¹⁷⁴⁹ diesen Brief erhalten haben. Ob er darauf reagierte, ist nicht überliefert. Die zwanzigjährige Marion Gräfin Dönhoff protestierte gegen den Anspruch der

¹⁷⁴⁴ Zit nach: Wagner, Truntlack, Bd. 2, S. 538.

¹⁷⁴⁵ Vgl. Malinowski/Reichardt, Die Reihen fest geschlossen, S. 142 (Alvensleben); Dohna-Schlobitten, Erinnerungen, S. 170–175; Finckenstein, Erinnerungen S. 234.

¹⁷⁴⁶ Vgl. Dohna-Schlobitten, Erinnerungen, S. 186 f.

¹⁷⁴⁷ BStU, MfS-Sekr. Neiber, Nr. 803, Bl. 39.

¹⁷⁴⁸ BStU, MfS-Sekr. Neiber, Nr. 803, Bl. 73 (Brief an Wilhelm II., 10. Januar 1938), Bl. 66 (Brief an SS-Gruppenführer Wolff, 25. Januar 1939).

¹⁷⁴⁹ BArch Berlin, Document Center, NSDAP-Mitgliederkartei. Nur eine kleine Minderheit der Adligen, die der DAG angehörten, schloss sich später dem Widerstand an. Dazu gehörte Heinrich von Lehndorff ebenso wie Karl Ludwig Freiherr von Guttenberg, General von Hase, Hans-Bernd und Werner von Haefen, Caesar von Hofacker, Herbert Mumm von Schwartenstein, Ulrich von Schwerin-Schwanefeld. Unter den Opfern des 20. Juli waren knapp 1/3 Adlige, vgl. Kleine, Adelsgenossenschaft, S. 136, Anm. 132, und S. 139.

DAG als „nationale“ Organisation. „Für die Qualität des Adels ist stets die geistige Haltung, das Sein im höheren Sinne und nicht so sehr Leistung und Erfolg entscheidend gewesen. Ein Edelmann handelt nicht so oder so, um sich als Edelmann zu legitimieren, sondern er handelt so und nicht anders, weil er ein Edelmann ist. Und eben darum mag er sich auch nicht der Beweisführung bedienen, dass er moralisch wertvoll und existenzberechtigt sei, weil er sein Leben in die Schanze schlägt – so wie es das Gesetz befahl. [...] In unübersehbarer Folge haben die Geschlechter unserer Vorfahren seit den Tagen des Deutschen Ritterordens für den Ruhm der preußischen Könige ihr Leben eingesetzt – das war das Gesetz, wonach sie angetreten. Und wenn heute unsere Brüder auf dem Feld der Ehre fallen, so folgen sie damit einer jahrhundertelangen Tradition unserer Familien und nicht dem Wunsch nach Popularität. Und wir, die wie zurückbleiben müssen, kennen das Los, das uns zufällt, und müssen es tragen, so wie unsere Ahnen ihr Schicksal getragen haben, wissend, dass es durch den Beifall der Menge weder leichter noch sinnvoller wird. [...] Angesichts der erschütternden Verluste, die jeder im deutschen Adel in seinem Freundes- und Verwandtenkreis zu beklagen hat, ist der Gedanke, den Tod so vieler hoffnungsvoller Söhne propagandistisch auszuwerten, nicht nur beschämend, sondern zugleich auch kränkend, und die Vermutung liegt nahe, dass die sogenannte Führung des deutschen Adels sich der Grundlage ihrer eigenen Existenz nicht ganz bewusst ist“, so Dönhoff.¹⁷⁵⁰ Am 22. August 1941 hatte die Familie Lehdorff den ersten Toten zu beklagen: Heinrichs Bruder Ahasverus war in Estland gefallen.

Trotz eines vom Evangelischen Konsistorium ausgesprochenen Verbots war die Machtübernahme der Nationalsozialisten durch Glockengeläut der Gemeinde des Kirchspiels Rosengarten verkündigt worden. Für das Leben der Kirchengemeinde schien der Umbruch zunächst förderlich. „Die Partei nahm an den gottesdienstlichen Feiern rege teil, an den Festen erschien sie geschlossen mit ihren Fahnen zur Kirche, an Parteifeiern (Fahnen-schmuck, Tag der nationalen Arbeit, Weihnachtsfest) konnte die Kirche mit dem Wort Gottes dienen. Auch die Kirchenwahlen geschahen in völligem Einvernehmen mit der Partei. Etwa die Hälfte der Mitglieder der kirchlichen Bürgerschaften trat nun in diese ein und zeigte lebhaftes Interesse für sämtliche Fragen. [...] Mit der H. J. [Hitlerjugend] ging die kirchliche Arbeit an der Jugend Hand in Hand. Das kam auch äußerlich zum Ausdruck dadurch, dass sich der B. d. M. [Bund deutscher Mädchen] unter Führung eines früheren Mitglieds des Jungfrauenvereins im Konfirmandenzimmer versammelte.“¹⁷⁵¹ 1933 waren fast alle Kirchenältesten Mitglieder der Partei, der Pfarrer gehörte der NSDAP seit 1931 an. Die Begeisterung hielt nicht lange an. „Heute ist die Kirche so gut wie ausgeschaltet und ohne Einfluss auf das öffentliche Leben. Ohne Rücksicht auf den Gottesdienst wird der Parteidienst eingesetzt. Männer sieht man nur selten in der Kirche, die konfirmierte Jugend hält sich fern, und selbst im Konfirmandenunterricht, den noch alle Kinder besuchen, ist die kirchenfeindliche Gegenarbeit in der zu Tage tretenden Gleichgültigkeit, ja versteckte Ablehnung deutlich zu spüren. Kirchliche Jugendarbeit nach der Konfirmation ist kaum noch möglich, da jeder Ruf ungehört verhallt. Mit dem allmählichen Hinsterven der alten Frauen wird die Kirche nach und nach ein Raum ohne Volk, wenn nicht endlich der verderbliche Kirchenkampf sein Ende findet und die Zeichen der Zeit erkannt werden und ihnen Rechnung getragen wird, denn das Evangelium selbst stößt nur bei den wenigsten auf Widerstand, im Gegenteil, die frühere Gleichgültigkeit ist weithin geschwunden, starkes religiöses Interesse ist vorhanden, wie es auch der Unwille über das Aufhören der

¹⁷⁵⁰ Vgl. Marion Gräfin Dönhoff. Ein Leben in Briefen, hrsg. von Irene Brauer und Friedrich Dönhoff, Hamburg 2009, S. 73–75.

¹⁷⁵¹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [3.12.2019].

kirchlichen Andachten beweist.“¹⁷⁵² Dank der Fernhaltung des Kirchenstreites gelang es der Gemeinde, „ungestört von staatlichen Eingriffen ihre Gottesdienste halten. Ein Versuch, die Kirchenpolitik in die Frauenhilfe einzutragen, wurde sofort im Keim erstickt und endete mit dem Austritt der 3 Unruhestifterinnen, an deren Stelle eine größere Zahl neuer Mitglieder eintrat, so dass der Frauenhilfedienst an der Gemeinde in der alten Organisation, aber frei von Kirchengetzänk, im Geiste des Evangeliums seinem Fortgang nehmen konnte.“ Auch den Versuch der Lehrer, geschlossen den Religionsunterricht niederzulegen, konnte man abwehren. „Die Eltern wollen ihre Kinder christlich erziehen wissen und verlangen, dass der Religionsunterricht viel intensiver erteilt wird, als es geschieht. In einigen Schulen findet dieser nur ausnahmsweise statt, an einer (Taberlack) schon seit ½ Jahr ganz und gar nicht, weil der alleinige Lehrer aus der Kirche ausgetreten ist.“¹⁷⁵³

Am 27. August 1933 fand der erste größere Staatsakt der neuen Regierung statt. Am Tannenberg-Nationaldenkmal wurde an die Befreiung Ostpreußens 1914 erinnert, tausende Teilnehmer kamen aus ganz Deutschland. In der ganzen Provinz läuteten die Kirchenglocken während Hindenburg am Ehrenkreuz seinen Kranz niederlegte. Im November/Dezember 1934 richtete man auch in Steinort den Blick auf das 15 Jahre zuvor von den Alliierten vom Reich getrennte Saarland, wo im Januar 1935 die Bevölkerung über die künftige Zugehörigkeit entscheiden sollte. Die Beziehung zu Polen, die Konflikte im von Litauen besetzten Memelland und die Meldungen über die Aufrüstungen der Deutschen und der Franzosen fanden ebenso wie der Wahlsieg der NSDAP in der Freien Stadt Danzig ihren Niederschlag in den Königsberger Zeitungen.

Von dem am 16. März 1935 erlassenen Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht war das Wirtschaftsleben ostpreußischer Güter unmittelbar betroffen, indem ab 26. August 1935 aus dem bisher freiwilligen Arbeitsdienst ein halbjähriger verpflichtender Reichsarbeitsdienst für Jugendliche zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr wurde, die fortan in der Wirtschaft spürbar fehlten. Auch ältere, erfahrene Männer waren betroffen, denn nur in Ostpreußen wurden Soldaten bis zum 55. Lebensjahr (statt bis zum 45.) einberufen.¹⁷⁵⁴

Carol von Lehndorff musste ein Jahr vor seinem Tod noch erleben, dass die örtlichen Parteigrößen ein großes Volksfest in Steinort veranstalten. Aufgefordert, eine Rede an „sein Volk“ und auf den „Führer“ zu halten, soll er auf den Balkon herausgetreten und nach einigen Worten seine Rede mit dem Ruf: „Heil ...? Donnerwetter, wie heißt der Kerl doch gleich?“ und nach einigen Sekunden der Ratlosigkeit: „Na, denn Waidmannsheil!“ geschlossen haben.¹⁷⁵⁵

Neuer Beginn für Steinort: die Linie Lehndorff-Preyl

In den Fideikommissbestimmungen hatte Carl Meinhardt von Lehndorff die Besitznachfolge für Steinort für alle möglichen Fälle geregelt, um den Besitz in der Familie zu sichern. Das konnte auch in der Mitte des 19. Jahrhunderts durchaus problematisch sein. 5 bis 10 % der Ehen hatten keine Nachkommen. Säuglingssterblichkeit, Diphtherie, Keuchhusten, Tuberkulose machten auch vor Adelsprösslingen nicht halt. So war die Erbfolge vom Vater

¹⁷⁵² Ebd.

¹⁷⁵³ Ebd.

¹⁷⁵⁴ Vgl. Absolon, Rudolf, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. 3, Boppard a. Th. 1975, S. 427.

¹⁷⁵⁵ <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692183.html> [9.12.2019].

auf den Sohn oft nicht gesichert, so dass Bruder oder Neffe in die Erbfolge eintraten. Auch Frauen konnten als Witwen im Erbfall oder Erbinnen eines elterlichen Vermögens in den Besitz von Gütern gelangen.

Georg, Heinrich und Manfred Grafen von Lehndorff

Georg Graf von Lehndorff (1833–1914), Bruder von Carl Meinhard und Heinrich von Lehndorff, Herr auf Haselhorst in der Mittelmark, königlich-preußischer Wirklicher Geheimer Rat, Rechtsritter des Johanniterordens, war zum Zeitpunkt des Erbfalls bereits verstorben.¹⁷⁵⁶ Aus seiner 1855 mit Clara Gräfin von Kalnein geschlossenen Ehe waren drei Kinder hervorgegangen: Nancy Magdalena Julia, Emmy Anna Amélie und Siegfried Karl Heinrich, der seinem Vater als Landstallmeister in Graditz beruflich folgen sollte. Georg von Lehndorff hatte den Pferdesport und die Pferdezucht zu seinem Wirkungsfeld gemacht und war in diesem Berufsfeld sehr erfolgreich. 1867 war er mit dem Königlich-Preußischen Hauptgestüt Graditz bei Torgau betraut worden, von 1887 bis 1906 war er als Oberlandstallmeister Leiter der gesamten Pferdezucht in Preußen. Beziehungen in das preußische Landwirtschaftsministerium machten es ihm möglich, Zuchtpferde in England persönlich auszusuchen und für eine Vollblutzucht ins Land zu bringen. Er galt als der bedeutendste Hippologe seiner Zeit und trat schriftstellerisch mit einem „Handbuch für Pferdezüchter“ (1923) hervor.

Auch der mehrfach genannte zweite Bruder Heinrich von Lehndorff (1829–1905), Herr auf Preyl, war bereits verstorben. Mit ihm, königlich-preußischer General der Kavallerie, ab 1866 Flügel-, ab 1885 General-Adjutant des Königs und späteren Kaisers Wilhelm I., waren die politisch-militärischen Traditionen der Familie wieder aufgelebt.¹⁷⁵⁷ Seine Karriere hatte er 1848 als Kürassier begonnen, ab 1850 hatte er in der Garde du Corps gedient. Lehndorff hatte zum „inner circle“ Wilhelms I. gehört und 1869 den Kronprinzen Friedrich auf dessen Orientreise anlässlich der Einweihung des Suezkanals begleitet. Er hatte Athen, Konstantinopel und Jerusalem gesehen und war nahezu allen Monarchen der damaligen Welt begegnet. Das Geschehen um die Emser Depesche und die Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles hatte er in unmittelbarer Nähe des Monarchen erlebt. 1876 war er zum Generalmajor und General à la suite des Kaisers und Königs avanciert. Heinrich von Lehndorff hatte in dem vom Kronprinzenpaar geschätzten Salon von Marie Gräfin von Schleinitz in der Wilhelmstraße verkehrt, dem „Mittelpunkt der gegen Bismarck frondierenden Hofkreise“¹⁷⁵⁸, den auch Künstler wie Franz Liszt, Anton Rubinstein, Franz Lenbach, Arnold Böcklin, Adolph Menzel, Anton von Werner und der Mäzen und Publizist Harry Graf von Kessler besuchten. Ebenso verkehrte er in dem literarischen Salon von Clara Mundt-Mühlbach, Verfasserin zahlreicher auch in Hofkreisen gern gelesener historischer Romane, der als Anziehungspunkt liberal denkender Dichter, Schriftsteller, Verleger und Bühnenkünstler galt. 1880 hatte er Margarete Gräfin von Kanitz geheiratet, später Palastdame der Deutschen Kaiserin und Königin Auguste Viktoria von

¹⁷⁵⁶ Vgl. Henniges, Jürgen von, (Art.) Lehndorff, Georg Graf von, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 14, Berlin 1885, S. 105 f. Anlässlich seines 25-jährigen Dienstjubiläums und des zweihundertjährigen Bestehens des Gestüts Graditz war 1891 eine Festschrift erschienen, in: StA L, Bestand 21950; Nr. 463.

¹⁷⁵⁷ StA L, Bestand 21950, Nr. 211 (Lebenslauf 1819–1905; abgedruckt in der „Budapester Chronik“ vom 25. April 1882); Priesdorff, Kurt von, Soldatisches Führertum, Bd. 9, [Hamburg 1941], S. 274 f.; Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Gräflichen Häuser, Gotha 1904, S. 484 f.

¹⁷⁵⁸ Wilhelmy, Petra, Der Berliner Salon im 19. Jahrhundert (1780-1914), Berlin/New York 1989, S. 821.

Preußen. Bei dem Thronwechsel auf Friedrich III. war er zum General der Kavallerie befördert und als Generaladjutant nach Wien entsendet worden, um dort den Tod des Monarchen anzuzeigen. Beim Regierungsantritt Wilhelms II. hatte er um seinen Abschied gebeten, der ihm mit einer Pension gewährt wurde; fortan gehörte er zu den nichtdiensttuenden Generaladjutanten. Er sei ein „stout old Junker“ gewesen, der aber ebenso wie die Chefs des Militärkabinetts Dietrich Graf von Hülsen-Haeseler oder (ab 1888) Wilhelm von Hanke ein „unbending spirit“ geblieben sei. „Altho loyal and devoted to the dynasty he kept his own opinions and his wisdom and shrewd judgment had an beneficial influence at Court“. Der Einfluss konservativer Junker wie Lehndorff auf Kaiser Wilhelm II. gründete auf dem Prinzip der Loyalität und Devotion zum Monarchen und zur Dynastie der Hohenzollern.¹⁷⁵⁹ In den Jahren nach 1888 hatte er sich der Verwaltung seines Besitzes gewidmet, war aber noch gelegentlich von Wilhelm II. zu besonderen Aufträgen herangezogen worden. So war er 1891 zur Beisetzung des Großfürsten Nikolaus von Russland und 1892 zu den Feierlichkeiten in der erneuerten Schlosskirche zu Wittenberg als Vertreter des Kaisers gereist. 1895 hatte er den Schwarzen Adlerorden erhalten, 1894 war er mit dem Titel Landhofmeister im Königreich Preußen ausgezeichnet worden. Wie alle Lehndorffs gehörte auch er dem Johanniter-Orden an und war Mitglied des Preußischen Herrenhauses. Zur Schwägerin Anna und zum Neffen Carol hatten beide Brüder und deren Ehefrauen, auch deren Kinder, über den Tod des Bruders bzw. Schwagers hinaus den Kontakt gehalten.¹⁷⁶⁰

Nach der Erbfolge hätte Steinort auf dessen Sohn Manfred von Lehndorff-Preyl (1883–1962) übergehen müssen. Manfred von Lehndorff war promovierter Jurist, Rechtsritter des Johanniterordens, verkehrte in den konservativen Kreisen Ostpreußens, war trotzdem eher liberal und weltoffen eingestellt, was sich schon durch seine häufigen Reisen zu den großen Rennbahnen Europas ergab, die ihm den Blick über Ostpreußen hinaus öffneten. Er hatte 1908 Harriet Sabine Karoline Gräfin von Einsiedel geheiratet und mit ihr die Kinder Heinrich, Margarethe und Ahasverus Otto Magnus. Die Tochter heiratete bei den Dönhoffs ein, der zweitgeborene Sohn fiel im Krieg. Im Jahr des Erbfalls, 1936, war er 53 Jahre alt. Viele Jahre war er als Rittmeister im sächsischen Graditz tätig gewesen. Die Pferdezucht in Preyl hatte unter seiner Leitung große Erfolge zu verzeichnen. Da er seinen Lebensmittelpunkt nicht mehr verlegen wollte, trat sein Sohn Heinrich von Lehndorff (1909–1944)¹⁷⁶¹ an seine Stelle.

Heinrich Graf von Lehndorff

„An einem heiteren und sonnigen Morgen, am 22. Juni 1909, wurde ich als Sohn des Rittmeisters Manfred Graf Lehndorff und seiner Gemahlin Harriet, geb. Gräfin Einsiedel, in Hannover geboren. Vielleicht ist dies die Ursache zu meinem lebensfrohen Charakter, der mir Gottlob bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben ist“, schrieb

¹⁷⁵⁹ Vgl. Walker Muncy, Lysbeth, *The Junker in the Prussian Administration under William II, 1888–1914*, Rhode Island 1944, S. 213 f. Kaiser Wilhelm II., der den Konservativen nahe stand, ohne parteipolitisch konservativ zu sein, hatte das in seiner Rede in Königsberg im September 1894 so formuliert: „Eine Opposition des preußischen Adels gegen den König ist ein Unding. Sie hat nur eine Berechtigung, wenn sie den König an ihrer Spitze weiß.“ Zit. nach: Walker, *Junker*, S. 215, Anm. 96.

¹⁷⁶⁰ APO, Bestand 382 FA Lehndorff, Nr. 367 ff.

¹⁷⁶¹ Vgl. Lehndorff, Hans Graf von, *Heinrich Graf von Lehndorff (Art.)*, in: *Altpreußische Biographie*, Bd. 3., Marburg/Lahn 1975, S. 996.

Heinrich von Lehdorff in seinem Lebenslauf.¹⁷⁶² Einen Monat nach seiner Geburt war der Vater nach Potsdam versetzt worden, hier lebte die Familie bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Als der Vater eingezogen wurde, ging die Mutter mit den Kindern auf das Familiengut nach Preyl. Er sei, „ein ausgesprochenes Landkind“, denn die Jahre, bis er „von zu Haus fortkam“, habe er in der Natur verbracht: „Täglich ging ich mit Förster und Inspektor durch den Wald oder die Felder. Mein beliebtester Aufenthalt waren die Ställe, und der Tag erschien mir verloren, an dem ich durch irgendwelche Gründe am Reiten gehindert war. Die Liebe zum Pferde ist mir wie allen Angehörigen meines Stammes tief eingewurzelt.“ Mit 7 Jahren bekam er seine erste Hauslehrerin. Ihr und den zahlreichen Nachfolgern habe er „nicht viel Freude gemacht“, denn er sei „ein zu allen Streichen aufgelegter Junge“ gewesen. Erst sehr viel später habe er erkannt, „dass zunächst die Pflicht kommt und dann das Vergnügen, gleichgültig, ob man diese Pflicht gern erfüllt oder nicht.“ Wie seine Cousine Marion Dönhoff hatte Heinrich Lehdorff die Gemeinschaft des großen ländlichen Besitzes geprägt, in der Kutscher, Wagenmeister, Diener, Kinderfrauen, Köchinnen oder Hauslehrer eine ebenso wichtige Rolle spielten wie Eltern, Geschwister oder Verwandte.¹⁷⁶³ Mit 13 Jahren kam Heinrich von Lehdorff mit großen Bildungslücken in das Realgymnasium nach Königsberg. Die „Flegeljahre“ hatten seine Erziehung den Hauslehrern über den Kopf wachsen lassen. Täglich fuhr er von Preyl mit dem Rad oder dem Wagen zur 7 Kilometer entfernten Bahnstation und von dort aus mit dem Zuge in das 18 km entfernte Königsberg. Der Schulwechsel, der feste Tagesablauf und die neuen Anforderungen behagten ihm wenig. Dafür kam er zum ersten Mal in seinem Leben mit Gleichaltrigen zusammen. „Ich merkte in dieser Zeit, dass der Mensch sich auch mit vielen anderen Dingen als nur mit Pferden und Kühen beschäftigen kann. Ich las öfter ein gutes Buch und fand meine Freude daran. Zu dieser Zeit begann ich überhaupt erst zu einem denkenden Menschen zu werden.“ In der Obertertia war er den schulischen Anforderungen nicht gewachsen und blieb sitzen. Mit Hilfe eines Hauslehrers wurden die Lücken geschlossen. Ihm verdankte er sein „Interesse für die Politik“, fast täglich hatten sich beide „über wirtschaftliche und politische Fragen“ ausgetauscht. „So habe ich mich schon damals daran gewöhnt, täglich die Zeitungen zu lesen und das Leben der Völker aufmerksam zu verfolgen.“¹⁷⁶⁴ Die Bemühungen waren erfolgreich. Ostern 1925 wurde Lehdorff nach bestandener Aufnahmeprüfung in die Untersekunda der Klosterschule zu Roßleben aufgenommen.¹⁷⁶⁵ Das ihm in Roßleben ausgestellte Zeugnis testierte, er sein ein „mindestens durchschnittlich begabter Schüler“, im Verhältnis zu seinen Altersgenossen jedoch „unreif, tollpatschig, poltrig, naiv“. Seine guten Vorsätze habe er oft nicht gehalten. „Lebensfroh, sorglos, unbekümmert lebt er in den Tag hinein. Er lässt sich leicht verführen und war bis zu seiner Zurückstellung von der Reifeprüfung (Ostern 1929) bei jedem dummen Streich dabei. Es mangle ihm „trotz durchaus genügender Begabung“ an „höheren Interessen. Er ist ein Mensch, der nicht mit Problemen ringt. Er ist ein Landkind, liebt das Land, die Landwirtschaft, die Tiere, das Jagen und das Reiten.“ Der Mangel an „Fleiß und Ernst“ führte dazu, dass er keine Zulassung zur Reifeprüfung erhielt und Ostern 1929 zurückgestellt wurde. „Er hat sich im letzten Jahr zu größerer Reife entwickelt, die auch in seinen Schularbeiten zum Ausdruck

¹⁷⁶² Eine Kopie der Abschrift des ca. 1919 verfassten handschriftlichen Lebenslaufs aus dem Archiv der Klosterschule Roßleben befindet sich in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, hieraus auch das Folgende.

¹⁷⁶³ Vgl. Dönhoff. Ein Leben in Briefen, S. 13.

¹⁷⁶⁴ Lebenslauf, GDW.

¹⁷⁶⁵ Ritterakademien wie Brandenburg oder Liegnitz und Stift- und Klosterschulen wie Roßleben oder Putbus waren eine günstige Alternative zu exklusiven Internaten wie dem Vitztumschen Gymnasium in Dresden, das Carol von Lehdorff besucht hatte. Sie kosteten um 1900 zwischen 1.000 und 1.500 M/Jahr im Alumnat, vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 188 und Anm. 104. Heinrichs Schwester Karin besuchte eine Pension in der Nähe von Montreux, Marion von Dönhoff ein Mädchenpensionat bei Potsdam, vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 57.

kommt, so dass er in allen Fächern Genügendes und Besseres leistet. Auch dass man ihn seiner mangelnden Selbstdisziplin wegen nicht für würdig hielt, Alumnats-Inspektor zu werden, ihn dadurch also jüngeren Schülern unterordnete, hat ihn zu einer gewissen Selbstbesinnung geführt, wenn auch sein Stolz etwas leidet und manchmal eine oppositionelle Einstellung im Alumnat fühlbar wird.¹⁷⁶⁶ In Lehndorffs eigenen Worten klingt das so: „Was mir klösterlicher Zwang und ein an Abwechslung armes Leben vorenthielten, ersetzte mir die treue Kameradschaft, die hier in Roßleben gehalten wird. Mit meinem Eintritt in die Klosterschule musste ich einen Strich unter mein bisheriges Leben setzen, die Landwirtschaft mit all ihrem Segen und Freuden vergessen. Was ich ihr sonst an Zeit geopfert hatte, kam nun meiner geistigen Ausbildung zugute. Ich arbeitete recht fleißig und las manches gute Buch. Durch das enge Zusammenleben von sechs bis acht Zöglingen auf einer Stube wurde ich gezwungen, auf meine Mitmenschen Rücksicht zu nehmen, lernte die verschiedenartigsten Ansichten und Weltanschauungen kennen und die meinigen vertreten. Die Schule bereitete mir die ersten drei Jahre meines Roßlebener Aufenthaltes wenig Schwierigkeiten und Sorgen. Ich kam ohne Sitzenbleiben bis Oberprima. Vielleicht gerade deswegen, weil ich bisher in der Schule keine bösen Erfahrungen gemacht hatte, glaubte ich, das Abitur leichter nehmen zu können, als es sich meinen Kenntnissen geziemte. So kam es, dass ich Weihnachten 1928¹⁷⁶⁷ von der Reifeprüfung zurückgestellt wurde. Ich sehe dieses Jahr für mich jedoch nicht als ganz verloren an. Ich glaube, dass ich in diesem letzten Jahr mehr an innerer Reife zugenommen habe, als wenn ich schon im vorigen Frühjahr Student geworden wäre.“¹⁷⁶⁸

Mit dem Abgangszeugnis von Roßleben stand ihm der Zugang zu den Universitäten Deutschlands offen.¹⁷⁶⁹ Auch eine Offizierslaufbahn oder eine Staatslaufbahn eröffneten sich ihm. „Zu einem Wissenschaftler“ sei er durch seine Schulzeit nicht geworden, schreibt Lehndorff, „meine praktischen Interessen sind immer noch die stärksten. Nach abgelegter Reifeprüfung gedenke ich zunächst Jura zu studieren und später einmal den Besitz meines Großonkels in Ostpreußen zu übernehmen.“¹⁷⁷⁰ Zunächst erlernte er jedoch das landwirtschaftliche Handwerk, machte eine Ausbildung zum Gerber und seine ersten Erfahrungen als ‚Praktikant‘ in einem kleinen bäuerlichen Betrieb. Zwischen 1932 und 1934 lebte er in Frankfurt a. M. und besuchte an der dortigen Universität juristische und betriebswirtschaftliche Vorlesungen, ohne in diesen Fächern einen Abschluss zu erwerben. Auch Marion von Dönhoff studierte hier Betriebswirtschaftslehre, Sissi von Lehndorff lernte Krankenpflege. So war es von Heinrichs Seite wohl mehr ein ‚Ausflug‘ nach Frankfurt, um den Freundinnen aus der Kinder- und Jugendzeit näher zu sein, als ein ernsthaftes Bemühen um wissenschaftliche Bildung. Jedoch kamen alle drei an der liberalen Universität in Kontakt mit den intellektuellen Kreisen um den Dichter Stefan George.¹⁷⁷¹

¹⁷⁶⁶ Eine Kopie der Abschrift des Zeugnisses aus dem Archiv der Klosterschule Roßleben befindet sich in der GDW. Siehe auch Dönhoff, Heinrich Graf Lehndorff, S. 115.

¹⁷⁶⁷ Im Zeugnis steht Ostern 1929.

¹⁷⁶⁸ Lebenslauf, GDW.

¹⁷⁶⁹ Zur Geschichte der protestantisch ausgerichteten Schule vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 61–66. Zwölf Absolventen waren später in Widerstandsgruppen engagiert, acht davon in der Bewegung des 20. Juli 1944 (Erwin von Witzleben, Peter Graf Yorck von Wartenburg, Wolf-Heinrich Graf von Helldorf, Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld, Nikolaus Christoph von Halem, Eberhard von Breitenbuch, Egbert Hayessen, Heinrich Graf von Lehndorff, Albrecht von Kessel, Botho von Wussow).

¹⁷⁷⁰ Lebenslauf, GDW.

¹⁷⁷¹ Vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 77.

Vermutlich 1935 leistete Lehndorff seinen Wehrdienst beim Reiterregiment 2 ab, da er bei Kriegsbeginn bereits Leutnant der Reserve war.¹⁷⁷² Auf dem Steinorter Vorwerk Taberlack lernte er die Spezifik des Lehndorffschen Besitzes durch die tägliche Arbeit, die Wirtschaftsbücher und im Umgang mit den Gutsarbeitern genau kennen, bevor dann 1936 Steinort auf den erst 27-Jährigen überging.¹⁷⁷³ Über Pläne, in Afrika tätig zu werden, lassen sich keine archivischen Spuren finden.¹⁷⁷⁴

1937 heiratete er Gottliebe von Kalnein, die Tochter des Landstallmeisters von Graditz. Sie hatten sich, nachdem sie sich schon 1935 in Königsberg begegnet waren, bei den Olympischen Spielen in Berlin kennengelernt.¹⁷⁷⁵ Im selben Jahr übernahm die junge Gräfin Marion Dönhoff die Verwaltung des Familienbesitzes in Quittainen. Damit konnten die engen Kontakte wieder aufgenommen werden. In Dönhoffs Erinnerung legte man den Weg je nach Wetterlage im Coupé oder im offenen Landauer zurück, später mit der Eisenbahn, dem Rad oder dem Automobil.¹⁷⁷⁶ Wie der Alltag auf einem ostpreußischen Gut aussah, beschreibt sie in ihrem Buch „Namen die keiner mehr nennt“ unter anderem in dem Heinrich (Heini) Lehndorff gewidmeten Kapitel. Er sei von Preyl an den Mauersee gezogen, wo er sich mit „ungestörter Schaffensfreude auf die Modernisierung und Intensivierung der Steinorter Güter konzentrieren konnte.“ Hier sei er fortan „vom frühen Morgen [...] pausenlos unterwegs auf seinem Besitz [gewesen], prüfend, anregend, experimentierend. Da wurde drainiert und gebaut, Weiden neu angesät, Unland urbar gemacht.“¹⁷⁷⁷ Anders als in der Generation vor ihm erschöpfte sich seine Tätigkeit nicht darin, mit der Hilfe eines Administrators die Güter zu überwachen. Lehndorff, der selbst praktische Landwirtschaft gelernt, verschiedene Musterbetriebe besucht und für mehrere Jahre selbst einen Hof verwaltet hatte, wollte auf dem 25.000 Morgen großen Familienbesitz Steinort selbst die Zügel in der Hand behalten.

Kriegsjahre

Nur drei Jahre des Friedens sollten Heinrich von Lehndorff zur Verfügung stehen, in denen er sich um die Modernisierung der Güter kümmern konnte, bevor am 1. September 1939 der zweite Weltkrieg ausbrach. Schon im August 1939 waren Einberufungen zu mehrwöchigen „Übungen“ erfolgt; in allen Gebieten Masurens waren die deutschen Truppen verstärkt worden. Am 1. September 1939 überschritt die deutsche Wehrmacht die Grenze zu Polen. Nach der Einnahme von Warschau läuteten die Kirchenglocken eine Woche lang täglich eine Stunde. Dass der Krieg begonnen hatte, bemerkte man in Rosengarten „durch das Überfliegen des Ortes seitens unserer Flugzeuggeschwader“, so der Pfarrer des Kirchspiels, das in den ersten Kriegswochen bereits zwei Gefallene zu

¹⁷⁷² Vgl. ebd. 1935 hatte Hitler gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages die allgemeine Wehrpflicht zunächst ein-, dann zweijährig eingeführt.

¹⁷⁷³ So war auch für Elard von Lehndorff der berufliche Werdegang geplant, der auf den von Quastchen Gütern als landwirtschaftlicher „Lehrling“ tätig war, LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 12960, Bl. 9v. Parallelen gibt es auch zum Leben von Joachim von Eichhorn, dem Erben von Truntlack, vgl. Wagner, Truntlack, Bd. 2, S. 543 ff.

¹⁷⁷⁴ Vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 80.

¹⁷⁷⁵ Damit gab es nach der Eheschließung zwischen Clara von Kalnein und Georg von Lehndorff eine zweite verwandtschaftliche Verbindung zwischen beiden Familien. Zu Gottliebes Familie: Vollmer, Doppelleben, S. 86 ff.

¹⁷⁷⁶ Vgl. Dönhoff, Heinrich Graf Lehndorff, S. 115.

¹⁷⁷⁷ Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt, S. 62.

beklagen hat.¹⁷⁷⁸ Heinrich von Lehndorff hatte sich als Reservist des Reiterregiments 2 bei Kriegsbeginn in Angerburg zu melden und wurde dem Radfahrer-Ersatz-Schwadron in Rastenburg zugeteilt. Nach dem Überfall auf Polen wurde er der Dienststelle in Allenstein zugewiesen. Möglicherweise hatte um den 11. September bereits General Fedor von Bock, der spätere Generalfeldmarschall und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, ihn als Ordonnanzoffizier angefordert. Die Aufgaben eines Ordonnanzoffiziers waren wenig militärisch und entsprachen mehr denen eines Assistenten: Telefonate vermitteln, Briefe schreiben, Befehle weitergeben, Quartiere reservieren. Militärisches gehörte in den Aufgabenbereich des Adjutanten Carl-Hans von Hardenberg. 1940 begleitet er von Bock nach Paris und nahm an der Siegesparade teil. Als Bock aus seiner Leitungsfunktion bei der Heeresgruppe Mitte ausschied, wurde Lehndorff der Heeresgruppe Süd zugewiesen. Am 1. Oktober 1941 wurde er zum Oberleutnant befördert. Einen höheren Rang erreichte er nie und strebte ihn wohl auch nicht an; nur in der Festnahmeliste des 20. Juli 1944 wird er als Oberstleutnant bezeichnet.

1940 waren die ersten Versorgungsengpässe in Ostpreußen zu spüren. Es mangelte an Petroleum und an Brennstoffen. Dass unter diesen Bedingungen die landwirtschaftliche Produktion aufrechterhalten werden konnte, grenzte an ein Wunder. Lehndorff wurde häufig für die Verwaltung seiner Güter freigestellt, die, als ‚kriegswichtig‘ eingestuft, Armee und Bevölkerung Ostpreußens mit Nahrungsmitteln zu versorgen hatten. In Steinort selbst waren Luftschutzmaßnahmen zu treffen, Luftschutzkeller mussten angelegt, Böden entrümpelt werden. Auch die Modernisierung musste wie auf anderen ostpreußischen Gütern vorangetrieben werden. Dazu hatten die Landwirte, die vier Pferde stellen mussten, als Entschädigung einen Kaufberechtigungsschein für einen Trecker und einen Pflug sowie einen Gutschein für den Besuch der Fahr- und Pflegeschule der Deutschen Lehranstalt für Agrartechnik (Deula) in Osterode erhalten.¹⁷⁷⁹ Leider fehlen für diese Jahre sowohl persönliche Aufzeichnungen als auch Unterlagen über die Wirtschaftsführung.

Nachdem im Frühjahr 1941 die Wehrmacht in Ostpreußen und in den besetzten polnischen Gebieten Truppen zu großen Verbänden zusammengezogen hatte, erhielten viele ostpreußische Güter Einquartierungen. Im Winter 1940/41 bezog die Organisation Todt Quartier in Rosengarten. Sie arbeitete rund um die Uhr im Mauerwald am Hauptquartier der Wehrmacht. Ihr Chef war der Generalbevollmächtigte für die Bauwirtschaft, Reichsminister Dr. Fritz Todt. Da die Bauarbeiten geheim waren, wurde die Chaussee durch den Mauerwald gesperrt. Auf der dortigen Bahnstrecke verkehrten nur noch Militärzüge. Steinort, Rosengarten und die anderen Orte an den Seen waren damit im Winter wochenlang ohne Verbindung zur Außenwelt, da weder die Reichsbahn noch der Postomnibus fahren konnten.

Der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop beschlagnahmte den nordwestlichen Flügel des Schlosses Steinort und ließ hier für sich und seinen Stab sein Feldquartier in unmittelbarer Nähe zum Führerhauptquartier Wolfsschanze und zum Oberkommando des Heeres im Mauerwald einrichten.¹⁷⁸⁰ Das „Doppelleben“, das Heinrich und Gottliebe von Lehndorff spätestens seit der Entscheidung zum Widerstand im Ostflügel des

¹⁷⁷⁸ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [3.12.2019].

¹⁷⁷⁹ Vgl. Wagner, Truntlack, S. 602. In Truntlack war es ein Lanz Bulldog.

¹⁷⁸⁰ Zu den Umbauten vgl. den Brief von Hellmut Stieff an seine Ehefrau vom 2. August 1941, in: Vierteljahresheften für Zeitgeschichte 2 (2003), S. 291–305, hier S. 300 f.. Ribbentrop bezeichnete Steinort als sein „Hauptquartier im Felde“, sogar sein Küchenmädchen hatte als Adresse eine Feldpostnummer. Im Erdgeschoß ließ er ein Kino einbauen, in dem abends Filme vorgeführt wurden. „Schöne Blumen und lukullische Genüsse, die auch dem verwöhntesten Deutschen seit Jahren fremd waren, wurden mit dem Flugzeug trotz aller Brennstoffknappheit von Kopenhagen und anderen Orten herbeigeholt.“, vgl. Schlabrendorff, Fabian von, Offiziere gegen Hitler, Frankfurt am Mai 1961, S. 138 f.

Schlosses führten, und mit dem Steinort zum wichtigsten Handlungsort des militärischen Widerstandes vom 20. Juli wurde, ist durch Antje Vollmer im gleichnamigen, bereits mehrfach zitierten Buch ausführlich beschrieben worden.

Nicht nur mit dem Führerhauptquartier im Mauerwald war der Krieg greifbar nah an Steinort herangerückt. Auch die Zahl der Toten der Güter wuchs. Die Anzahl der Gefallenen aus Rosengarten betrug bereits 19.¹⁷⁸¹ Am 22. Juni 1941 begann der Angriff auf Russland. Viele Ostpreußen werden sich daran erinnern haben, was Friedrich der Große in seinem Testament seinen Nachfolgern auf den Weg gegeben hatte: „Von allen Nachbarn Preußens ist das russische Reich das gefährlichste, sowohl in Bezug auf seine Macht, als durch seine Lage. Die Regenten Preußens nach mir haben Grund genug, die Freundschaft mit diesen Barbaren zu pflegen.“¹⁷⁸² Auch Masuren wurde „nachts durch russische Flieger beunruhigt. Bomben fallen in den See bei Faulhöden und Gr. Partsch. Die Verdunkelungsvorschriften werden jetzt streng beachtet“, so die Rosengartener Chronik. Für die Beheizung der Kirche waren nur 40 Zentner Koks bewilligt, so dass die Gottesdienste im Konfirmandenzimmer stattfinden mussten. 1942 hatte das Kirchspiel 26 Gefallene zu beklagen, Tote aus Stalingrad kamen dazu. Erste Evakuierte aus Berlin trafen in Rosengarten und den umliegenden Dörfern ein.

Aufgrund der außerordentlich angespannten Arbeitskräftesituation in der Landwirtschaft war Anfang März 1942 die „Verordnung über den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte“ erlassen worden. Neben russischen Kriegsgefangenen arbeiteten nun auch sogenannte Ostarbeiter statt der eingezogenen Gutsarbeiter auf den ostpreußischen Gütern. Auch auf den Steinorter Vorwerken arbeiteten Zwangsarbeiter, die in Steinort untergebracht waren. Über deren Versorgung kam es zwischen der Gestapo und Gottliebe von Lehndorff regelmäßig zu Auseinandersetzungen; Heinrich von Lehndorff sorgte dafür, dass die Familien wenigstens nicht auseinandergerissen wurden.¹⁷⁸³ Auf dem Seehof Steinort, auf dem Carl von Lorck mit seiner Ehefrau Anni, der Enkelin Anna von Lehndorffs lebte, arbeiteten polnische Soldaten, „der blonde Stanislaus Sarbinowski, prächtiger Mitarbeiter auf dem Acker, bei den Pferden, und der Jan bei der Kuhherde, sowie vier französische Soldaten, Marcel Ferfallerie, dessen Leibspruch war: ‚Merde‘, oder die stärkste Bekräftigung: ‚Merde de Dieu!‘ Er kam aus Lille. Victor Valois kam aus der Touraine, mit einem entzückenden Französisch. Yves aus der Bretagne, und schließlich Jean Puretín aus den Pyrenäen.“¹⁷⁸⁴ Über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter auf den ostpreußischen Gütern sind im Gutsarchiv keine Quellen überliefert, die für die Geschichte der Zwangsarbeiter im nationalsozialistischen Deutschland – ein vergleichsweise neues Gebiet ist, das erst seit rund dreißig Jahren erforscht wird – ausgewertet werden könnten.¹⁷⁸⁵

¹⁷⁸¹ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [3.12.2019].

¹⁷⁸² Vgl. Bülow, Bernhard Fürst von, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 1, Berlin 1930, S. 44.

¹⁷⁸³ Vgl. Vollmer, *Doppelleben*, S. 186.

¹⁷⁸⁴ GStA PK, I. Ha, Rep. 224 F, Karton 76: Wilhelm Matull, *Originale und Originelles. Ostpreußen in Anekdoten und Histörchen ... 1958–1972* (nach einer Aufzeichnung Carl von Lorcks). Wie im „Carol“ und im „Neuen Carol“ geben diese Aufzeichnungen Hinweise auf das Leben in der Gutswirtschaft. Seehof hatte ebenso wie Wohnsdorff, das sich im Besitz von Lorcks Schwager Siegfried Freiherr von Schrötter befand, eine Herdbuchherde. In der Schweinezucht war der Seehof vom Maststall zum Ferkelverkauf übergegangen; für ein Ferkel waren in der Mitte der 30er Jahre 26 M zu erzielen. In der Geflügelzucht bediente man sich eines modernen Brutapparats. Auch die Zucht von Remontepferden war außerordentlich erfolgreich, die Vorführung der Pferde fand im Park von Steinort statt. Anni von Lorck hatte die Landwirtschaft bei „Lehrchef Grunau“ gelernt. Erfolgreich war sie auch als Jägerin. Hier war ihr Onkel Carol ihr Lehrmeister.

¹⁷⁸⁵ Siehe hierzu u. a.: Arnaud, Patrice Arnaud (†), *Die Französische Zwangsarbeit im Reichseinsatz*. Working Paper Series A | No. 11, https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/sites/default/files/inline-files/Working%20Paper%20UHK%20A11_Arnaud_0.pdf [18.06.2020].

Im Januar 1943 hatten Churchill und Roosevelt die bedingungslose Kapitulation Deutschlands als Kriegsziel formuliert, in Teheran verständigten sie sich mit Stalin über die Aufteilung Deutschlands, die Teilung Ostpreußens in ein polnisches und in ein russisches Gebiet und über die Westverschiebung der polnischen Grenze.¹⁷⁸⁶ Noch sollten die Beschlüsse der Konferenz von Teheran vor der Bevölkerung geheim gehalten werden. Als Propaganda gegen die „Bolschewisierung“ gedacht, hatte Mitte 1942 die ostpreußische Bevölkerung in der Tagespresse jedoch bereits lesen können, was ihrer Provinz im Falle einer deutschen Niederlage zugehört war.¹⁷⁸⁷ Ende 1943 durchbrachen russische Truppen die deutschen Verteidigungslinien in der Ukraine, Ende Januar 1944 musste die Belagerung Leningrads aufgegeben werden. Das letzte Kriegsjahr für Ostpreußen hatte begonnen. Im späten Frühjahr stand die Front noch 100 Kilometer vor dem ostpreußischen Führerhauptquartier. Während die Bunker der Wolfsschanze massiv verstärkt wurden und sich die Situation an allen Fronten verschlechterte, erholten sich Hitler und sein Gefolge im „Berghof“ auf dem Obersalzberg. Erst am 15. Juli landete er auf dem Flugplatz Wilhelmsdorf, um in das Hauptquartier zurückzukehren, wo er noch am selben Tag Stauffenberg zu einer Besprechung über die Verstärkung der sogenannten Heimatfront empfing. Am selben Tag wurden die Ostbefestigungen in Verteidigungszustand versetzt und mit dem Stellungsbau begonnen. 5.000 männliche Zivilisten aus dem Kreis Angerburg wurden zu Schanzarbeiten in das Gebiet nördlich von Heydekrug und nach Sudauen verpflichtet. Im Gebiet der masurischen Seen begann der Bau betonierter Stellungen zur Unterstützung der Festung Boyen.

Für den 20. Juli standen in der Wolfsschanze ein weiterer Vortrag Stauffenbergs und ein Staatsbesuch Mussolinis auf dem Programm. Für Georg Heino Freiherr von Münchhausen, zwischen 1940 und 1944 Ordonnanzoffizier des Chefs der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres „war klar, dass der Krieg nun endgültig verloren war und auch die größten Illusionisten nichts mehr hoffen konnten, soweit sie es sehen wollten!“ Seinem Vater hatte er geschrieben, dass mit dem Ende des Krieges zu rechnen sei, er möchte sich wirtschaftlich darauf einrichten: „Es wird keinen Koks mehr geben, daher auf zwei Jahre eindecken, keinen Brennstoff für die Traktoren, daher Ochsen kaufen und Bindemäher für Pferde, Bargeld zu Hause halten, um die Löhne in den Übergangszeiten zahlen zu können usw.“¹⁷⁸⁸ Der mit Heinrich und Gottliebe von Lehndorff befreundete Münchhausen fuhr im Frühjahr/Sommer 1944 fast täglich nach Steinort. „Wir schwelgten in Erdbeeren, Räucheräalen und anderen Genüssen. Abends fuhren wir mal alle zusammen per Kahn auf die Seen. Wir probierten eine Flinte aus, die Mausi [Gottliebe von Lehndorff] geschenkt bekommen hatte. Ich pirschte viel, sah so oft Sauen, trotzdem der Wald manchmal von Stabshelferinnen und dazugehörigen Begleitern wimmelte. Badete eigentlich jeden Tag in dem See vor dem Haus, auch mal mit den Lehndorffschen Kindern. Leistete Mausi viel Gesellschaft, die wegen des kommenden Babys nicht mehr reiten konnte. Viel waren wir im Gemüsegarten, wo alles prächtig wuchs. Ich beerte noch die Weintrauben im Weinhaus mit aus, mal schon früh um 5 vor dem Dienst erscheinend, zu dem ich um 8 wieder zu Haus sein musste. Ritt auch mit Heini in die Wirtschaften, kurz, es war eine richtig glückliche Zeit wie lange nicht.“ Gemeinsam feierte man am 22. Juni 1944 Heinrichs Geburtstag. „Wir kamen zu früh und mussten das Essen inspizieren, insbesondere das Erdbeereis, und in den Weinkeller steigen, den wir auch um das Beste schädigten. Es gab einen herrlichen Rehrücken, nachher noch Torte

¹⁷⁸⁶ Vgl. Brandes, Detlev, Der Weg zur Vertreibung. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2001.

¹⁷⁸⁷ Königsberger Allgemeine Zeitung, 7. Mai 1942: „Stalin: Ostpreußen an Polen – London und Moskau einige: Bolschewisierung Europas.“

¹⁷⁸⁸ BArch Freiburg, N 813–3 (Tagebuch von Münchhausen, Mai bis Juli 1944).

und Mocca. Fed [Planitz] hielt eine so hübsche Rede, dass das Kind ein Sohn sein möge, und dass wir noch oft so nett zusammen diesen Tag in Steinort feiern könnten.“¹⁷⁸⁹

Nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe rückte Mitte 1944 die Front noch näher. In den letzten Junitagen machten sich in Ostpreußen „die Vorboten der Katastrophe“ bemerkbar. Die Straßen waren überfüllt „mit Flüchtlingen aus Litauen, und herrenloses Vieh streifte quer durch die erntereifen Felder“. Später habe man in den Nächten die „östlichen Grenzstädte wie auf der Landkarte vor sich aufgereiht“ erkennen können, beleuchtet von der Feuerlinie der Bombenangriffe.¹⁷⁹⁰ Münchhausen fuhr nun fast täglich nach Steinort. „Unsere Stimmung war sehr deprimiert, denn erstens war es uns völlig klar, dass die Ereignisse die von uns schon lange befürchtete Niederlage sehr nah herangebracht hatten, und zweitens war Ostpreußen nun sicher verloren über kurz oder lang. [...] Die Verlegung [des Hauptquartiers] wurde fieberhaft vorbereitet. Der Befehl wurde am 10. Juli etwa gegeben.“¹⁷⁹¹ Da Hitler am 12. Juli aus Berchtesgaden in das Hauptquartier zurückkehrte, ist wohl dieses Datum anzunehmen.

Einige wertvolle Sachen hatten die Lehndorffs zu Gottlieb's Familie nach Graditz bringen können, um im Fall einer Flucht nicht mittellos dazustehen. Im Frühjahr 1944 war es auch gelungen, „einen Möbelwagen zu bekommen, den sie voller Gebrauchssachen wegschickten“, so Münchhausen. Der Gestapo hatte man erklärt, die Dinge würden an Verwandte ausgeborgt, die ausgebombt seien.¹⁷⁹² Auch Graf Dohna in Schlobitten war es gelungen, noch am 18. Juli 1944 einen Möbelwagen mit Inventar, Kunstgegenständen, Büchern und Archivalien nach Bernburg zu schicken.¹⁷⁹³ Nur wenig später wurden solche Aktionen als Defätismus ausgelegt und mit entsprechenden Strafen geahndet, nach Münchhausen „eine verrückte Maßnahme wohl des Gauleiters Koch. Man sollte doch froh sein, wenn die Menschen nicht alles verlieren im Ernstfall.“ Heinrich von Lehndorffs Schwester Karin Dönhoff „wurde auf das Landratsamt bestellt, wo sie bedroht wurde, weil sie ganze 2 Postpakete aufgegeben hatte. Eine Dame, die einen Koffer weggeschickt hatte, sie selbst 65 Jahre alt, wurde von der Gestapo verhaftet. [...] Abreisen war ganz ausgeschlossen. Man wollte eine Panik verhindern, aber erreichte schließlich nur, dass niemand etwas von seinem Hab und Gut rettete.“¹⁷⁹⁴ So musste auch Hans von Lehndorff am 21. September 1944 davon ausgehen, dass Renate Heling, später verh. von Knobloch, sich noch in Königsberg befinde, „da ja alle Umquartierungen ziemlich problematisch geworden sind.“¹⁷⁹⁵ Münchhausen sorgte dafür, dass auch „16 Koffer, z. T. ganz große, und Säcke“ in den Kurierzügen der Wehrmacht nach Graditz und Torgau geschickt werden konnten, wo Gottlieb's Familie wohnte und sie ihre vierte Tochter zur Welt bringen wollte. Die Koffer in den Mauerwald zu bekommen, sei schwierig gewesen, schreibt Münchhausen. Der Transport musste nicht nur

¹⁷⁸⁹ BArch Freiburg, N 813-3. (Tagebuch von Münchhausen, Mai bis Juli 1944).

¹⁷⁹⁰ Lehndorff, Ostpreußisches Tagebuch, S. 7. Siehe auch Tilitzki, Christian, Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz, Leer 1991.

¹⁷⁹¹ BArch Freiburg, N 813-3 (Tagebuch von Münchhausen, Mai bis Juli 1944).

¹⁷⁹² BArch Freiburg, N 813-3 (Tagebuch von Münchhausen, Juli bis Oktober 1944); Vollmer, Doppelleben, S. 242.

¹⁷⁹³ Mitte Januar 1945 kam Ernstotto Graf Solms-Laubach als sogenannter „Kunststoffizier“ mit seinem Mitarbeiter Dr. Weihrauch nach Schlobitten mit dem Auftrag, dort Kunstgegenstände zu retten, vgl. Dohna-Schlobitten, Erinnerungen, S. 284 f., 318-320.

¹⁷⁹⁴ BArch Freiburg, N 813-3 (Tagebuch von Münchhausen, Mai bis Juli 1944).

¹⁷⁹⁵ Für den Brief aus Familienbesitz danke ich Hans-Heinrich von Knobloch. – Deren Vater, Martin Heling (1889-1980), war von 1937 bis 1945 Landstallmeister in Georgenburg und hatte relativ engen Kontakt mit Lehndorff, der am Insterburger Krankenhaus arbeitete und ihn gemeinsam mit Pfarrer Pfalzgraf – vergeblich – für die Bekennende Kirche gewinnen wollte. Renate Heling und Lehndorff kannten sich aus der Insterburger Zeit. Vor ihrer Flucht im Februar 1945 arbeitete sie als Schwesternhelferin am Deutschen Zentralkrankenhaus in Königsberg und traf Lehndorff dort kurz bevor er selbst Königsberg verließ.

vor den Gestapoleuten von Ribbentrop, sondern auch vor den Dorfbewohner verborgen bleiben. Münchhausen schickte seine Leute zum Abholen oder Heinrich und Gottliebe brachten sie im Auto. Sie seien als „Kunstgegenstände frisiert“ gewesen, die in den Mauerwaldbunker zum Schutz vor Luftangriffen kommen sollten.¹⁷⁹⁶

Obwohl im Fahrplan die zwischen Rastenburg und Angerburg liegenden Haltepunkte Carlshof, Schwarzstein, Moysee, Görlitz, Groß Partsch, Rosengarten, Groß Steinort und Paßdorf auch in den Kriegsjahren aufgeführt waren, war für den zivilen Verkehr die Bahnstrecke Rastenburg-Angerburg seit 1943 gesperrt. Sie diente nur noch der Beförderung von Angehörigen und Gästen des Führerhauptquartiers und wurde von Verbindungszügen zu den ausgelagerten Wehrmachtsteilen, Kurier- und Nachschubzügen befahren. Nach Berlin pendelten täglich zwei Kurierzüge, die den Korridor nachts und unbeleuchtet ohne Halt durchfuhren.¹⁷⁹⁷ In einem der Kurierzüge hatte „Kommandant Schmidchen“ für den 10. Juli für Gottliebe von Lehdorff und die Kinder Schlafwagenplätze besorgt. Obwohl sie wegen der fortgeschrittenen Schwangerschaft in Torgau bei den Kindern bleiben sollte, kehrte Gottliebe nach Steinort zurück. „Sie wollte durchaus wegen der Leute nicht weg“ und sich mit diesen auf den Weg nach Westen machen, wenn die Zeit gekommen sei. Wie Alexander Dohna hatte auch Heinrich Lehdorff „einen Plan für die Belegung der Wagen“ ausgearbeitet, von Münchhausen hatte er „Karten bis an die Weichsel“ erhalten. Lehdorff selbst wollte so lange wie möglich in Steinort bleiben und sich dann durchschlagen. Am 18. Juli feierte man noch Gottlieb's Geburtstag in Steinort. Ribbentrop, „der ungern gesehene Zwangsgast, hatte einen großen Korb mit Zigaretten und Schnaps geschickt.“¹⁷⁹⁸

Der Weg zum Widerstand

1939 war Heinrich von Lehdorff noch einmal mit seinem Bruder Ahasverus, Marion Dönhoff und deren Brüdern nach Königsberg gekommen: „Wir hatten keinen Zweifel daran, dass Hitler den Krieg wollte und nichts anderes als den Krieg. Nie werde ich den Moment vergessen, als wir vor dem Hotel Berliner Hof standen und Heinis jüngerer Bruder sich von meinen Brüdern verabschiedete. Der war damals 23 Jahre alt, ein großgewachsener, ernster, fast klassisch schöner Jüngling, der im 1. Infanterieregiment als Leutnant diente. Seine letzten Worte waren: ‚Auf den Barrikaden sehen wir uns wieder!‘, dabei leuchteten seine Augen wie ich es seit Kindertagen an ihm nicht mehr erlebt hatte. Er (Ahasverus) war sehr früh, schon vor Ausbruch des Krieges, mit den Anfängen der Widerstandsbewegung in Verbindung gekommen und war ganz erfüllt von der Aufgabe, Deutschland von der Geißel Hitler zu befreien. Zwei Monate, nachdem im Juni 1941 der Krieg gegen Russland begonnen hatte, ist er als Kompanieführer in Estland gefallen. Für Heini Lehdorff war der Verlust dieses einzigen Bruders ein herber, kaum zu verwindender Schlag. Zweifellos hat das Gefühl, die Aufgabe erfüllen zu müssen, die dieser sich gesetzt hatte, seinen Entschluss mitbestimmt, die Beziehung zur Opposition aufzunehmen.“¹⁷⁹⁹

¹⁷⁹⁶ Kleinere Kunstgegenstände können schon vor dem 20. Juli 1944 in die Bunkeranlagen gelangt sein.

¹⁷⁹⁷ Bis zum 10. Dezember 1941 verfügte die Reichs- und Militärführung über 21 Züge mit 331 Wagen, vgl. Bundesarchiv Freiburg, R 43 II/638a.

¹⁷⁹⁸ BArch Freiburg, N 813-3(Tagebuch von Münchhausen, Mai bis Juli 1944).

¹⁷⁹⁹ Dönhoff, Marion Gräfin, Um der Ehre willen. Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli, Berlin 1994, S. 143 f.

Nach dem Tod des Bruders hatte es noch eines letzten Anstoßes bedurft, sich in den Dienst der Widerstandsbe-
wegung zu stellen. Lehdorff hatte mit Fedor von Bock den Russlandfeldzug mitgemacht bis zu einem Ereignis,
das ihn mit „äußerster Abscheu“ erfüllte, wie Marion Dönhoff schreibt.¹⁸⁰⁰ In Borissow bei Minsk hatte die SS in
Bocks Befehlsbereich grausame Massaker an 7.000 Juden durchgeführt, ohne dass dieser, wie seine jungen Offi-
ziere von ihm gefordert hatten, sich im Führerhauptquartier dagegen aufgelehnt hätte.¹⁸⁰¹ Im Februar 1940 hatte
Margarete von Tresckow Göring gebeten, zur Ehre des deutschen Namens dafür zu sorgen, dass die furchtbaren
Gräueltaten gegen Polen und Juden aufhören.¹⁸⁰² Unter dem Eindruck von Borissow nahm Lehdorff Kontakt zu Ge-
neralmajor Henning von Tresckow auf, der führend an der Planung für den militärischen Widerstand beteiligt
war. Damit übernahm er Verantwortung in einer Zeit, als jeder sich auf ‚höheren Befehl‘ berief, um nicht selbst
Entscheidungen treffen zu müssen. Steinort wurde zum konspirativen Treffpunkt für die Planung der Operation
„Walküre“, in der Lehdorff als Verbindungsoffizier zum Wehrkreis I in Königsberg vorgesehen war.

Im Verhältnis zum Nationalsozialismus gab es sehr unterschiedliche Verhaltensmuster und ein breites Hand-
lungsspektrum. Neben Anhängern und Mitläufern gab es die innere Emigration der Abgetauchten. Es gab die
Arrangierten, die in Militär, Diplomatie und Verwaltung tätig waren und auch künftig auf der Karriereleiter auf-
steigen wollten. Es gab an ihren Idealen Verzweifelte, es gab aber auch aktive Gegner mit sehr unterschiedlichen
Motiven. So hatte Maria Gräfin Lehdorff im Herbst 1940 die Mitglieder der Kirchlichen Arbeitsgemeinschaft
Dreifaltigkeit und an die Kirchengemeinde der Dreifaltigkeitskirche um kleine Spenden „von 50 Pfg. aufwärts“
gebeten, um dem Pfarrer Ernst Bronisch-Holtze an seinem 50. Geburtstag ein Geschenk überreichen zu kön-
nen.¹⁸⁰³ Mit diesem Geburtstagsgeschenk geriet sie aus zwei Gründen in das Visier der Staatspolizei, die die An-
gelegenheit der Staatsanwaltschaft übergab. Zum einen war es ein Verstoß gegen das Reichssammlungsgesetz,
zum anderen war Bronisch-Holtze als „ein besonders aktiver Anhänger der Bekenntnisfront“ bekannt. Maria von
Lehdorff wurde von der Gestapo vernommen und wandte sich in der Hoffnung auf Einfluss an ihren Arzt, den
SS-Standartenführer Martin Brustmann. Am 23. November ging der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin
die Akte der Staatspolizei zu, die im Februar 1941 Anklage wegen eines Vergehens strafbar nach §§ 1 Abs. 2, 13
Ziff. 1, 14 des Gesetzes zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen
erhob. Am 2. April 1941 wurde das Verfahren eingestellt mit der Begründung: „Die Sache hat keinen politischen
Einschlag. Die Schuld der Täterin ist gering und die Folgen der Tat sind unbedeutend.“ Die sichergestellten Ge-
schenke, ein aus einem Emigrantenhaushalt stammender Teppich sowie ein Kaffee- und Tee-Service, wurden am
12. Mai freigegeben.¹⁸⁰⁴

1943 hatte der „Kreisauer Kreis“ um Helmuth James von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg einen
Plan zur Organisation einer Volksbewegung gegen den Nationalsozialismus entworfen. Menschen unterschied-

¹⁸⁰⁰ Vgl. Dönhoff, Heinrich Graf Lehdorff, S. 119 f.

¹⁸⁰¹ Himmler hatte am 19. Juli 1942 eine beschleunigte Judenvernichtung ausdrücklich angeordnet, vgl. Neumärker/Conrad/Woywodt,
Wolfsschanze, S. 209, Anm. 89.

¹⁸⁰² Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Anderen Deutschland, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller
von Gaertringen, Berlin 1988, S. 168 (Deutscher Widerstand 1933–1945. Zeitzeugen und Analysen, hrsg. von Karl Otmar von Aretin, Ger-
van Roon, Hans Mommsen).

¹⁸⁰³ LA Berlin, A Rep, 358–02, Nr. 157319, n. f.

¹⁸⁰⁴ BAArch Berlin, R 58 /5852, Bl. 332 ff.; BLHA, 12 C Berlin II 6030. Zu Ernst Bronisch-Holtze, Mitglied der Bekennenden Kirche: „Ihr
Ende schaut euch an ...“ Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Harald Schultze und Andreas Kurschat unter Mitarbeit von
Claudia Bendick, 2. Aufl., Leipzig 2008.

lichster Kreise, Angehörige des Adels, Bürgerliche, Sozialdemokraten, Kirchenvertreter, hatten sich in der Überzeugung zusammengefunden, dass der Sturz des NS-Regimes unumgänglich sei.¹⁸⁰⁵ Nach Moltkes Verhaftung im Januar 1944 hatte Yorck die Verbindung zum Verschwörerkreis um Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg aufgenommen, der im Januar 1942 einen Sieg über die Sowjetunion noch für möglich gehalten und die Konspirationspläne der Wehrmacht 1939/40 abgelehnt hatte.¹⁸⁰⁶ Ab Mitte Mai hatte Henning von Tresckow mehrere Versuche unternommen, Anschläge auf Hitler zu organisieren.¹⁸⁰⁷

An einen Besuch bei seinem Vetter Heinrich erinnerte sich Hans von Lehdorff später: „Im Winter vor einem Jahr, da jagten wir noch zusammen in seinem Wald am Mauersee und malten uns aus, wie es sein würde, wenn wir nach der Katastrophe als Partisanen dort leben könnten. [...] Ein halbes Jahr später suchte er mich eines Nachts in Insterburg auf und berichtete von dem Attentat auf den Führer, das für die nächsten Tage geplant war. Seine Frage war, ob ich bereit wäre, mich dafür zur Verfügung zu stellen, falls es noch an einem weiteren Helfer fehlen sollte. Da ich schon wusste, dass diese Frage kommen würde, hatte ich einen jungen Pfarrer, dem ich vertraute, gebeten, mich zum Bahnhof zu begleiten. Wir saßen dort mehrere Stunden auf einer Bank, und während des Wartens suchten wir Rat aus der Heiligen Schrift. Dabei machte uns – wie konnte es auch anders sein – das 13. Kapitel des Römerbriefes besonders zu schaffen. ‚Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.‘ Sollte man sich als Christ in der Verantwortung für sein Vaterland wirklich alles gefallen lassen müssen? Sollte man weiter untätig zusehen, wie ein wahnsinniger das Volk ins Verderben riss? Eins jedenfalls wurde uns klar: Unter Berufung auf den Römerbrief sich zu drücken, um das eigene Seelenheil zu retten, dazu bot uns der Apostel Paulus keine Handhabe. Er ließ uns nur erkennen, wie schwer die Entscheidung wog, vor die wir uns gestellt sahen. Hier gab es nur noch zwischen Schuld und Schuld zu wählen. [...] Der 20. Juli mit seiner furchtbaren Wirklichkeit machte diesem Dilemma ein Ende.“¹⁸⁰⁸

In seinem am 3. September 1944 an seine Frau Gottliebe geschriebenen Abschiedsbrief hatte Lehdorff seine Motive in Worte gefasst. „Du wirst immer davon überzeugt sein, dass ich nicht leichtfertig Eure Zukunft zerstört habe, sondern einer Idee diene, von der ich geglaubt habe, dass sie eine Rücksicht auf Familie und Privates nicht rechtfertige.“¹⁸⁰⁹ Ein aus der humanistisch-protestantisch geprägten Familientradition kommendes Verantwortungsbewusstsein führte ihn aus der Passivität zum Widerstand gegenüber dem Nationalsozialismus.¹⁸¹⁰ Damit war er kein Einzelfall. Eine religiös begründete Regimegegnerschaft, Verbindungen zur Bekennenden Kirche

¹⁸⁰⁵ Vgl. Yorck von Wartenburg, Marion, *Die Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem deutschen Widerstand*, München 1987; Brakelmann, Günther, *Hellmuth James von Moltke 1807–1945*, München 2007.

¹⁸⁰⁶ Vgl. Hoffmann, Peter, *Stauffenberg*, München/Zürich 1998.

¹⁸⁰⁷ Vgl. Görnitz, Walter, *Die Junker. Adel und Bauern im deutschen Osten*, Limburg 1957, S. 407 („Die besten Namen des ostelbischen Adels waren hier noch einmal vereint.“); Scheurig, Bodo, *Henning von Tresckow. Eine Biographie*, Hamburg 1973, S. 27–36. Das Gros der Offiziere des 20. Juli 1944 rekrutierte sich aus aristokratischen Elite-Einheiten wie dem Potsdamer Infanterie-Regiment „Graf Neun“, dem auch Tresckow angehörte.

¹⁸⁰⁸ Lehdorff, Heinrich von, *Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945 bis 1947*, 8. Aufl., München 1961, S. 93 f.

¹⁸⁰⁹ Vollmer, *Doppelleben*, S. 340 ff.

¹⁸¹⁰ 1959 formulierte Hans-Joachim von Merkat in einem Aufsatz für das Adelsarchiv: „Ohne wahrhaftes Christentum kein Adel“, und das Lebensmotto der Familie von Zitzewitz war: „Christlich und aus Tradition verantwortungsbewusst“, zit. nach: Seelig, *Alltagsadel*, S. 204, 207. Christlichkeit und Ritterlichkeit waren seit der Mittelalterromantik Inbegriff adliger Lebensweise und gehörten zum Traditionsverständnis adliger Familien.

und zu den Kreisen um Dietrich Bonhöffer¹⁸¹¹ und dem katholischen Pfarrer Martin Niemöller motivierten auch Oberstleutnant Werner von Haefen, später Adjutant Stauffenbergs, und anderer Männer des 20. Juli. In den Vernehmungsprotokollen der am Anschlag Beteiligten, den Kaltenbrunner-Berichten, kamen die Vernehmer immer wieder zu der Erkenntnis, dass „für eine große Zahl von Personen innerhalb des Gesamtkreises der Verschwörung [...] die konfessionelle Bindung für ihre Einstellung zum Nationalsozialismus bestimmend gewesen ist.“ Fast alle Beteiligten an der Verschwörung des 20. Juli waren überzeugte Christen waren. Der christliche Glaube war für sie Lebensgrundlage, Grundlage ihres Gewissens und verantwortungsbewussten Lebens und Handelns. Ihnen war es unerträglich, dass Recht gebeugt und dem Schwächeren Unrecht angetan wurde, wie es Fabian von Schlabrendorff formulierte: „Deo, Patriae, Humanitati“.¹⁸¹² Mehr als 20 der Verschwörer gaben bei den Vernehmungen durch die Gestapo, später auch vor Gericht, als Beweggründe für ihr Handeln die Judenverfolgung, die Morde in Polen, die Behandlung der Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in den eroberten Gebieten an. Daneben war für die beteiligten Offiziere Hitlers Inkompetenz als Oberster Kriegsherr unerträglich. Auf die Frage, ob es gerechtfertigt sei, durch einen Anschlag auf Hitler sein Leben zu opfern, antwortete der entschiedene Hitler-Gegner Ewald von Kleist-Schmenzin seinem Sohn, dem Oberleutnant Ewald-Heinrich: „Ja, das musst du tun. Wer in einem solchen Moment versagt, wird nie wieder froh in seinem Leben.“¹⁸¹³ Die zu bildende neue Regierung sollte zur bürgerlichen Mitte orientiert sein und das Christentum stärker in den Vordergrund stellen; Themen, die im militärischen Widerstand durch die Verbindung mit dem Kreisauer und dem Goerdelerkreis oft erörtert worden waren. Nach der Wiederherstellung des Rechts, insbesondere der Menschenrechte, einer Neuordnung der Verwaltung, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Beendigung des Krieges wurde gefordert, die „zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinungsfreiheit“ wiederherzustellen.¹⁸¹⁴ Nicht zwangsläufig führte der christliche Glaube in den aktiven Widerstand: Alfred Baron von Heyking auf Truntlack trat nach anfänglich sympathisierender Haltung, zwar nie der NSDAP bei und stand wie die beiden Pfarrer seiner Nordenburger Kirche Alfred Kaminski und Paul Terpitz der Bekennenden Kirche nah, zu einem aktiven Widerstand konnte er sich nicht entschließen.¹⁸¹⁵

Georg Heino von Münchhausen schrieb in seinem Tagebuch über seine persönliche Haltung zum 20. Juli, seine Familie hätte schon vor der Machtergreifung 1933 dem Nationalsozialismus ablehnend gegenübergestanden. „Das weitgehend sozialistische Programm, die wahnsinnige Hetze vor allem auch gegen die Besitzenden, womit sie ja letzten Endes die großen Massen gewannen (was wir bis nach Lausitz hinein in Wahlversammlungen erlebten und wovon sogar noch unsere Arbeiter jetzt im Krieg mit Empörung sprechen), vor allem die führenden Männer, die doch alles Menschen, große und kleine Führer, waren, die mit ihrem bürgerlichen Leben Schiffbruch gelitten hatten, leichtsinnig und verantwortungslos und desperadohaft, alles das passte uns nicht und ließ einen von vornherein schwarz sehen.“ Trotzdem habe es Zeiten gegeben, wo man „zweifelhaft wurde, ob sie [die Nationalsozialisten] bei allen Fehlern nicht doch so viel Großes brächten, dass damit alles aufgewogen

¹⁸¹¹ Vgl. Bethge, Eberhard, Dietrich Bonhoeffer, München 1970. Zur Bekennenden Kirche: Koschorke, Manfred (Hrsg.), Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933–1945. Allein das Wort hat's getan, Göttingen 1976.

¹⁸¹² Vgl. Schlabrendorff, Fabian von, Offiziere gegen Hitler, Frankfurt am Mai 1961, S. 11.

¹⁸¹³ Vgl. Scheurig, Bodo, Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler, Oldenburg/Hamburg 1968, S. 187.

¹⁸¹⁴ Vgl. Jacobsen, Hans-Adolf, Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde., Stuttgart 1974, S. 147–156.

¹⁸¹⁵ Vgl. Wagner, Truntlack, S. 542 f.

würde. Der Mut, mit dem mit neuen Mitteln die Arbeitslosigkeit bekämpft wurde, die Erlangung der Wehrhoheit, Rheinlandbesetzung und Anschluss Österreichs, das waren Dinge, die man nicht verneinen konnte. Trotzdem blieb immer die Angst vor Überspannung. Judenprobleme in dieser Art (obwohl wir ganz alte Antisemiten waren), Frage der Tschechei, viele Fragen der Innenpolitik, Kirchenfragen, der Gewissenszwang usw., die Furcht, in einen großen Krieg hineinzutreiben, ließen schnell den Hass gegen Hitler wachsen, der im Grunde nie geruht hatte. Tante Ehrengard Senfft nannte Hitler lange vor dem Kriege schon den ‚Antichrist‘, was ich nicht ablehnen konnte.“¹⁸¹⁶ Hierauf baute seine enge Beziehung zu Heinrich und Gottliebe von Lehndorff auf. Von dem sich „anbahnenden Zusammenschluss gegen Hitler“ erfuhr er im August 1943. „Ebi Breitenbuch, der Ordonnanz-Offizier beim Feldmarschall Kluge war, kam zu mir, ich solle mit Heini Lehndorff bereden, dass sich Kluge und Witzleben entweder bei ihm in Steinort treffen könnten oder beim Schwiegersohn Witzlebens bei Interburg. Heini hatte an sich keine rechte Lust, wollte aber schließlich zu dem Schwiegersohn von Witzleben hin-fahren. Als Zweck war uns bekannt, dass sich die Leute zusammenfinden wollten, die gegen Hitler was unternehmen wollten. Ich wettete in dieser Zeit mit Maudi, die behauptete bis Weihnachten habe sich die ganze Lage grundlegend gewandelt und es sei was Umwälzendes passiert. Sie wusste wohl schon mehr von bestimmten Absichten damals. Ich verneinte mehr aus allgemeinen Erwägungen und glaubte nicht, dass eine Verschwörung mit Erfolg möglich sei, da ich nicht an den Mut der Feldmarschälle glaubte.“¹⁸¹⁷ Lehndorff hatte auch versucht, Münchhausen einzubeziehen, dieser habe jedoch gezögert und den Erfolg bezweifelt. Lehndorff sei dagegen überzeugt gewesen, dass „die Sache gut vorbereitet sei und sich ein sehr großer Kreis zur Verfügung gestellt habe.“¹⁸¹⁸ Marion Gräfin Dönhoff betonte später, Alltag und Sittlichkeit des Adels seien durch das Bewusstsein geprägt gewesen, einer privilegierten Schicht anzugehören. Das habe auch bedeutet, dass man mehr Verantwortung als andere zu übernehmen habe. Dieses Pflichtbewusstsein sei zum „Imperativ“ für die Männer um Stauffenberg geworden.¹⁸¹⁹ Für eine „Härte-Erziehung [...] bis zur Todesverachtung“, wie sie Funck für die Söhne „ostelbischer Militär-Clans“ konstatiert, gibt es keinen Anhaltspunkt.¹⁸²⁰

Der 20. Juli 1944

Über die Zeit vor dem 20. Juli schreibt Fabian von Schlabrendorff: „Wenige Tage nach Beginn der Invasion [Churchills, 6. Juni 1944] rief der damalige Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Zeitzler, alle Armeeführer der Ostfront ins Hauptquartier. Bei dieser Gelegenheit nahm mich Tresckow mit nach Ostpreußen. Dort suchten wir unseren Freund und Gesinnungsgenossen Graf Lehndorff auf seinem Gut in Steinort auf. Steinort war eines der schönsten und ältesten ostpreußischen Schlösser, das seit vielen Jahrhunderten im Besitz der Grafen Lehndorff gewesen war. Hier hatte Ribbentrop sein Hauptquartier aufgeschlagen, um stets in der Nähe Hitlers zu sein. Lehndorff war gerade von Stauffenberg gekommen mit dem Auftrag, an Treckow die Frage zu richten, ob es nun nach der Invasion noch einen Sinn habe, an unserem Plan festzuhalten, da ein praktischer

¹⁸¹⁶ BArch Freiburg, N 813–3 (Tagebuch von Münchhausen, Mai bis Juli 1944).

¹⁸¹⁷ BArch Freiburg, N 813–3 (Tagebuch von Münchhausen, Mai bis Juli 1944).

¹⁸¹⁸ BArch Freiburg, N 813–3 (Tagebuch von Münchhausen, Mai bis Juli 1944).

¹⁸¹⁹ Vgl. Dönhoff. Ein Leben in Briefen, S. 81. Dem 20. Juli widmete sie ihr Erinnerungsbuch „Um der Ehre willen. Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli“.

¹⁸²⁰ Vgl. Funck, Vom Hölfling zum soldatischen Mann, S. 212 f.

Zweck nicht mehr ersichtlich sei. Tresckow kleidete seine Antwort in die Worte: ‚Das Attentat muss erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.‘ Tresckow bat Lehndorff, diese Antwort an Stauffenberg zu überbringen und setzte hinzu, Stauffenberg solle selber nach Frankreich zu General Speidel fahren, dem Chef des Stabes bei Generalfeldmarschall Rommel, um ihm vorzuschlagen, er müsse dafür sorgen, dass ein Loch in der Westfront aufgerissen werde, um einen Durchbruch der Alliierten zu ermöglichen. Anderenfalls werde in Kürze der Russe durchbrechen und ganz Deutschland überschwemmen. [...] Am 1. Juli 1944 hatte Graf Lehndorff uns im Osten besucht. Er brachte die Nachricht, dass Halem und Mumm am 16. Juni 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden waren. Er schilderte uns auch, das Generalstabsrichter Sack, der oberste Richter im Heer, den Versuche gemacht habe, den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof zu einer Verzögerung der Vollstreckung zu bestimmen. [...] Lehndorff brachte eine Botschaft von Stauffenberg. Sie lautete: Er sei aus den gleichen Gründen wie wir der Ansicht, es müsse gehandelt werden, koste es, was es wolle. Er werde es selbst tun, weil niemand außer ihm zu Hitler Zutritt bekäme.“¹⁸²¹

Im Juli 1944 war die Front soweit vorgerückt, dass man den Kanonendonner in Steinort hören konnte. Am 19. Juli wurden alle an den Umsturzplänen Eingeweihten in Alarmbereitschaft versetzt, darunter Heinrich Lehndorff, der als Betriebsleiter seiner Güter vom Militärdienst freigestellt war und sich in Steinort befand. Mehrfach waren die Pläne zuvor vereitelt worden. Am 20. Juli sollte der Plan „von Mitgliedern der traditionellen preußischen Eliten“, durch einen militärischen Staatsstreich die Herrschaft Hitlers und seiner Gefolgschaft, ohne Rücksicht auf persönliche oder familiäre Risiken und Konsequenzen, zu stürzen, umgesetzt werden.¹⁸²² Münchhausen und Gottliebe Lehndorff hatten bei Gottliebes Geburtstagsfeier am 18. Juli verabredet, dass sie Münchhausen am 20. Juli auf der Rückfahrt von Angerburg mitnehmen sollte, da Heinrich nach Königsberg wollte. Um die Mittagszeit des 20. hätte Gottliebe „dunkle Andeutungen“ gemacht. Fieberhaft hätte man die letzten Dinge gepackt, darunter „die schönen kleinen Miniaturen als Wertgegenstände“, die Gottliebe am Nachmittag ins OKH bringen wollte. „Mitten im Packen wurde ich ans Telefon gerufen und mein Feldwebel Huber sagte mir, ich solle sofort zurückkommen. [...] Mein unvorsichtiges Tagebuch und die vielen ‚hochverräterischen‘ Reden, die wir geführt hatten, gingen mir durch den Kopf.“ Bevor sich Münchhausen auf den Weg ins Hauptquartier machte, wurden Koffer und Säcke in sein Auto verladen.¹⁸²³ Auf der Rückfahrt fuhr er über Steinort. Gottliebe von Lehndorff hatte bereits aus dem Radio erfahren, dass das Attentat missglückt war und offenbarte ihm, dass Heinrich in Königsberg als Verbindungsmann für Ostpreußen gewesen sei, um dort auf das Gelingen der Operation „Walküre“ zu warten. Sie sollte Beginn eines Staatsstreichs sein, um die nationsozialistische Führung zu entmachten und an ihrer Stelle eine zivile Regierung zu etablieren, die den Krieg beenden sollte.¹⁸²⁴

¹⁸²¹ Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 138 ff.

¹⁸²² Vgl. Clark, Christopher, Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, München 2006, S. 757.

¹⁸²³ BArch Freiburg, N 813–3 (Tagebuch von Münchhausen, Juli bis Oktober 1944).

¹⁸²⁴ BArch Freiburg, N 813–3 (Mai bis Juli 1944). – Im Mai 1942 hatte Hitler einen Einsatzplan unter gleichem Namen für den Fall von Unruhen oder Notständen verfügt, dessen sich die Verschwörer bedienten, vgl. Speer, Albert, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1969, S. 387 f.

Die Details der Ereignisse des 20. Juli 1944 sind in allen Details minutiös rekonstruiert.¹⁸²⁵ Fellgiebel und Stieff¹⁸²⁶ wurden noch am Abend des 21. Juli in der Wolfsschanze verhaftet, der Bendlerblock in Berlin als Sitz des OKH und Zentrum der Verschwörer in Berlin besetzt und die „Meuterer“ verhaftet. Claus Graf Stauffenberg und Werner von Haefen wegen Hoch- und Landesverrat standgerichtlich erschossen. In einer in der Nacht durch den Reichssender Königsberg ausgestrahlten Rede Hitlers machte er eine „ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere“ verantwortlich.¹⁸²⁷

In der Gewissheit, dass die Hintergründe schnell aufgedeckt und er verhaftet werden würde, war Lehndorff nach Steinort zurückgekehrt, hier sah ihn Münchhausen zum letzten Mal. Am Tag nach dem Attentat wurde Lehndorff verhaftet und in das Gefängnis in Königsberg überstellt. Beim Transport nach Berlin in die Prinz-Albrecht-Straße unternahm er einen vergeblichen Fluchtversuch. Das Fahndungsschreiben des Reichskriminalpolizeiamtes Berlin/Kriegsfahndungszentrale vom selben Tag ging an alle Polizeidienststellen. Heinrich Lehndorff wurde darin beschrieben: „1,90 m groß, schlank, breitschultrig, zurückliegende Stirn, langer Kopf, blondes Haar links gescheitelt, blaue Augen. Bekleidung: Braunes, einreihiges Jackett, braun-grünes Jagdhemd mit Schlips und Kragen, graue Reithose mit dunklem Lederbesatz, hellbraune Sportstrümpfe, braune Halbschuhe, Schlapphut, ohne Mantel und ohne Gepäck.“ Für seine Ergreifung wurden 5.000 RM Belohnung ausgesetzt. Am 14. August wurde die Fahndung eingestellt, man hatte Lehndorff ergriffen.¹⁸²⁸

Der Fluchtversuch sei spontan und undurchdacht gewesen, schrieb er in seinem Abschiedsbrief an seine Frau Gottliebe am 3. September 1944. Er habe gehofft, sich nach Conow durchschlagen zu können, um auf einem der dortigen Güter unterzuschlüpfen, ohne zu bedenken, welche Folgen dies für den Betreffenden haben würde, den er mit hineingerissen hätte. Trotz Mobilisierung der „Landwacht“ in der gesamten Provinz war es Lehndorff innerhalb von vier Tagen gelungen, bis in die Gegend von Neustrelitz in Mecklenburg zu kommen, wo er von einem Förster, Chef der dortigen Landwehr, ausgeliefert und über einen Zwischenaufenthalt im SS-Lager bei Fürstenwalde erneut in das Berliner Gefängnis gebracht wurde. Nach den ersten Verhören und unter dem Druck, mit seinen Aussagen auch Freunde und Kameraden zu belasten, unternahm er einen Selbstmordversuch.¹⁸²⁹

Alle politischen Beauftragten bzw. Unterbeauftragten sowie die Verbindungsoffiziere zum Oberkommando der Wehrmacht wurden, soweit ihre Namen bekannt und soweit sie noch am Leben waren, festgenommen. Die Untersuchungen richteten sich darauf, „inwieweit die Betreffenden vorher über den Anschlag und über ihre Aufgaben unterrichtet gewesen sind.“ Die Ergebnisse dieser Verhöre, die „Kaltenbrunner-Berichte“, sind veröffentlicht. Nach der belastenden Aussage von Wilhelm Leuschner fasste Kaltenbrunner zusammen: „Leuschner erinnert sich, dass ihm von Goerdeler als Politischer Beauftragter in den Wehrkreisen für Ostpreußen ein Graf, für Pommern ein Adliger genannt worden war. Graf Lehndorff als Verbindungsoffizier hat nach seiner Verhaftung in Königsberg, seiner Flucht in Berlin, seiner Wiederergriffung und einem Selbstmordversuch die volle Kenntnis

¹⁸²⁵ Vgl. Neumärker/Conrad/Woywodt, Wolfsschanze, S. 7 ff. Literaturüberblick ebd., S. 196, Anm. 5 und Bibliographie, S. 219 ff.; BArch Freiburg, N 813–3 (Tagebuch von Münchhausen, Juli bis Oktober 1944).

¹⁸²⁶ Stieff war seit Ende Februar 1943 bis zum 20. Juli 1944, zuletzt als Generalmajor, Chef der Organisationsabteilung des Generalstabs des Heeres, dessen Stabschef bis Ende Februar 1943 Stauffenberg war. Ausgewählte Brief von ihm sind veröffentlicht in: den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte 2 (2003), S. 291–305.

¹⁸²⁷ Zit. nach: Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1832–1945, Bd. 2, 2, München 1965, S. 2127 ff.

¹⁸²⁸ Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland – RW 0034 Nr. 5, fol. 71 und 73. Fahndungsaufruf: BLHA, Rep. 15 C Eberswalde 74, n. f.

¹⁸²⁹ Vollständig abgedruckt in: Vollmer, Doppelleben, S. 340 ff.

aller Attentats- und Putschpläne eingestanden. Der Grad der Orientierung des Grafen Dohna-Tolksdorf, seines Onkels, der Politischer Beauftragter werden sollte, wird noch geprüft.

Graf Lehndorff.

Lehndorff war nach Kriegsausbruch Ordonnanzoffizier bei seinem Onkel, dem Generalfeldmarschall von Bock, Heeresgruppe B. Lehndorff nimmt an, dass der jetzige Adjutant seines Onkels, Oberstleutnant von Hardenberg, ebenfalls über den Anschlag vom 20.7. unterrichtet war.

Lehndorff begründet seine ablehnende Stellung zum nationalsozialistischen Staat damit, dass er

- a) die Volkstumspolitik im Ostern, insbesondere das geringe Entgegenkommen in der Ukrainerfrage für falsch hält,
- b) bei grundsätzlich antisemitischer Einstellung die Art der Durchführung aller auf die Ausschaltung des Judentums gerichteten Maßnahmen nicht bejahen kann, wobei
- c) seine persönliche kirchliche Bindung stark mitspricht.
- d) Er sei mit einzelnen führenden Persönlichkeiten der Bewegung wegen ihrer Haltung nicht einverstanden,
- e) er kritisiert die militärischen Maßnahmen seit Stalingrad und ist seitdem zu einer ausgesprochen defätistischen Ansicht vom Krieg gelangt.

Lehndorff – Tresckow – Yorck.

Lehndorff ist erstmalig im Herbst 1943 durch Tresckow, damals in der Heeresgruppe Bock, angegangen worden. Es könne nicht so weitergehen, es müsse etwas geschehen. Tresckow bezog sich darauf, dass Bock und Fellgiebel d. Ä. der gleichen Meinung waren. Er lernt dann Yorck kennen, der ihn auf die Bestrebungen Goerdelers nach einer Regierungsumbildung aufmerksam macht. Yorck bezeichnet damals Goerdeler und Männer wie Popitz als zu alt und reaktionär, als dass man von ihnen eine tragfähige Regierung erwarten könnte. Seiner Meinung nach müsse eine viel breitere Basis geschaffen werden unter Einbeziehung der Arbeiterschaft bis zum linken Flügel der Sozialdemokratie, man solle die militärische Entwicklung ausreifen lassen und für den Zusammenbruch die Plattform eines neuen Systems legen. In der Folgezeit gleicht sich Yorck der Ansicht Tresckows, dass ein Gewaltunternehmen erfolgen müsse, an. Maßgebend war, dass Stauffenberg die Tresckowschen Pläne aufgriff und zielbewusst vorwärts trieb.

Lehndorff – Stauffenberg.

Im Frühjahr 1944 wird Lehndorff durch Stauffenberg als Verbindungsoffizier eingesetzt und im April/Mai 1944 von Stauffenberg ausführlich unterrichtet. Er habe sich im Falle eines Gewaltunternehmens zum stellvertretenden Generalkommando nach Königsberg zu begeben, wo er weitere Befehle abwarten sollte. Lehndorff wusste, dass der Putsch mit dem Walküre-Plan getarnt wurde, und zwar mit der Motivierung, dass für den Fall innerer Unruhen durch ausländische Arbeiter Vorbereitungen getroffen werden müssten. Einzelheiten des Anschlags, entnehmbar aus den Gesprächen mit Lehndorff, Wagner, von Freytag-Loringhoven, Lindemann, von Haefen u. a. Die eingehende Unterrichtung Lehndorfs versteht sich allein daraus, dass ‚Mauerwald‘ (OKH) auf seinen Besitzungen liegt.

Teilnahme am Anschlag

Lehndorff begründet seine Teilnahme am Anschlag damit, dass er zu der Ansicht gelangt sei, es sei besser, selbst mit erheblichem Risiko etwas zu tun, statt die Entwicklung dem bolschewistischen Chaos zutreiben zu lassen.

Entweder ginge der Anschlag schief oder er werde ein solcher Erfolg, dass sich niemand dagegen auflehne. Am 11.7. will er zufällig in Berlin gewesen sein. Am 15.7. will er erst nachträglich durch Lindemann erfahren haben,

dass dieser Tag wiederum ‚kritisch‘ war. Am 19.7. wurde er durch den IA beim stellvertretenden Generalkommando in Königsberg, Oberstleutnant Erdmann (verhaftet) fernmündlich von der Bitte von Haefkens in Kenntnis gesetzt, dass er sich am 20.7. in Königsberg einfinden möchte. Der Wagen zur Fahrt nach Königsberg wurde Lehndorff ohne weiteres von Fellgiebel gestellt, von dem Lehndorff sagt, dass er einer der stärksten Verfechter der Attentatsidee war.“¹⁸³⁰

Nach Lehndorffs Verhaftung und noch bis in den August hinein kam Münchhausen regelmäßig nach Steinort. Fast alle Leute und sämtliche Inspektoren waren inzwischen zum Stellungsbau eingezogen. Am Abend des 23. Juli erhielt Gottliebe Lehndorff die Aufforderung, bis zum Folgetag 14 Uhr das Haus und den Kreis zu verlassen. Das Auto und das Schlossinventar waren bereits beschlagnahmt, nur einen Pferdekutschwagen durfte sie vollpacken. „Lächelnd, als ob nichts geschehen wäre, fuhr sie mit ihrer Schwiegermutter ab im Wagen, zuerst nach Skandau und von da nach Preyl. Ich ging mit der Sekretärin Frl. von Riedel noch einmal durch die Zimmer und an den See und fuhr dann auch weg“, erinnert sich Münchhausen.¹⁸³¹ Am darauffolgenden Donnerstag kehrte er nach Steinort zurück, um sich dort mit ihrem Schwiegervater zu treffen und um „einige Akten über Steinort mitnehmen“. Im Haus befand sich niemand mehr außer der Sekretärin Fräulein Dettenborn, die andere Sekretärin, Fräulein von Riedel, war bereits ausgewiesen worden. „Wir hatten kaum ein paar Minuten gesprochen, als ein SS-Mann von der Ribbentrop-Wache erschien und mir sagte, der Kommissar ließe mir sagen, dass mein Aufenthalt in Steinort unerwünscht wäre und ich sofort Haus und Dorf verlassen sollte.“ Anfang August traf Münchhausen nochmals den alten Grafen Lehndorff am Mauersee. Er hatte inzwischen seinen Sohn besuchen können und ihm war die Verwaltung von Steinort übertragen worden.¹⁸³² Ribbentrop blieb noch bis Ende Oktober in Steinort. Hier bemühte sich in der ersten Septemberwoche, die angereiste nationale französische Regierung aus „rivalisierenden ‚Kollaborationsgruppen‘ zu einem ‚Kabinett‘ mit Exilsitz im süddeutschen Sigmaringen zusammenzufügen“. Am Ende der Woche präsentierte er Hitler „die Regierung ohne Führer und Staat“ unter Fernand de Brinon.¹⁸³³ Als Hitler die Wolfsschanze verließ, räumte auch Ribbentrop sein Feldquartier.¹⁸³⁴

Kurz nach dem Attentat hatte Hitler geäußert, er habe „diesen Widerstand immer gefühlt im Generalstab. Stalin wusste genau, was er machte, als er den Marschall Tuchatschewski ausschaltete, aber ich konnte nichts machen, bevor ich einen Beweis hatte. [...] Aber jetzt, jetzt wird durchgegriffen.“¹⁸³⁵ Die Verschwörer sollten vernichtet, ihre Frauen und Kinder in Konzentrationslager gebracht werden. Heinrich Himmler konnte sich also Hitlers Zustimmung sicher sein, als er nach dem Attentat verkündete, dass die Rache des Regimes von fürchterlicher Unbarmherzigkeit und Konsequenz sein würde.¹⁸³⁶ Am 25. Juli 1944 hielt er eine Rede vor den Offizieren der 544. Volksgrenadier-Infanterie-Division, in der er die Familien der Verschwörer haftbar machte: „Wenn ein

¹⁸³⁰ BAArch Berlin, NS 6/9, Bl. 61–65 (Bericht vom 18. August 1944) [Fortsetzung der Berichte: NS 6/10]. Vgl. Ramm, Arnim, Kritische Analyse der Kaltenbrunner-Berichte über die Attentäter vom 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur Geschichte des militärischen Widerstandes, Baden-Baden 2003, S. 41 ff.; Scheurig, Henning von Tresckow, S. 257 ff.

¹⁸³¹ BAArch Freiburg, N 813–3 (Tagebuch von Münchhausen, Juli bis Oktober 1944). Das Datum der Kreisverweisung nach: Gottliebe von Lehndorff an Frau Oleschinski, 21. März 1991, in: GDW, Materialsammlung Lehndorff. Vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 270.

¹⁸³² Sein Vater sollte Universal-Erbe und Testaments-Vollstrecker Heinrich von Lehndorffs sein. Dessen Testament wurde erst nach Kriegsende, am 10. Juli 1946, in Bremen eröffnet, vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 233–235.

¹⁸³³ Vgl. Neumärker/Conrad/Woywodt, Wolfsschanze, S. 144.

¹⁸³⁴ Vgl. Vollmer, Doppelleben, S. 270.

¹⁸³⁵ Vgl. Sonnleithner, Franz von, Als Diplomat im ‚Führerhauptquartier‘. Aus dem Nachlass, München/Wien 1889, S. 28. Siehe auch Szynkowski, Jerzy, Wolfsschanze in Bild und Erinnerungen von Zeitzeugen, Kętrzyn 1988.

¹⁸³⁶ Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. 2, 2, S. 2127.

Mann sich auszeichnet, wird er belohnt und zugleich seine Familie. Und wenn ein Mann in diesem Reich untreu ist, wird er bestraft und seine Familie. Das ist ein altes germanisches Recht. Die Sippe haftet für jeden einzelnen der ihren. Die Sippe hat ihn anständig zu erziehen. Das hat nichts mit irgendwelchem Bolschewismus zu tun. Lesen Sie die alten Sagas! Wenn einer meineidig, untreu war, dann wurde die Sippe gestraft, indem man sagte: Sie hat schlechtes Blut. Wenn ein Schuft daraus hervorgeht, dann ist das Blut nicht in Ordnung. Dann wird es ausgemerzt.“¹⁸³⁷ Am 25. Juli folgte der „Erlass des Führers über den totalen Kriegseinsatz“, der das gesamte öffentliche Leben der „totalen Kriegsführung“ unterordnete und mit dessen Ausführung Goebbels zum Reichsbevollmächtigten ernannt wurde. Mehr als 110 Todesurteile wurden in den folgenden Wochen verhängt und vollstreckt. Zur Rechenschaft gezogen wurden auch völlig Unbeteiligte, nur weil sie Namensträger waren, das heißt, zur „Sippe“ eines der „Verräter an Führer und Volk“ gehörten, ebenso deren Kontaktpersonen und Gesprächspartner. Von dieser Sippenhaft betroffen waren nicht nur Erwachsene, sondern auch Jugendliche und sogar Kleinkinder, die die Gestapo den Eltern wegnahm und unter falschen Namen an unbekanntem Ort verschleppte. Auf diese Weise wollten Heinrich Himmler und die Fahnder des Reichsicherheitshauptamtes ihr eigenes Versagen bei der Aufdeckung der Anschlagpläne und die Verhinderung des Anschlags nachträglich wettmachen, zugleich auch den psychischen Druck auf die noch lebenden Verwandten der Mitverschwörer erhöhen, die „Verräter“ bestrafen und zusätzlich ein deutliches Zeichen setzen, um jeden Widerstandswillen potentieller Regimegegner im Keim zu ersticken. Zahlreiche Angehörige und Freunde der Lehndorffs hatte die Gestapo unmittelbar nach Bekanntwerden der Flucht verhaftet und verhört. Familienmitglieder, Hans Georg von Kalnein, Manfred von Lehndorff-Preyl, Siegfried von Lehndorff, Siegmund von Schroetter, standen ebenso wegen des Verdachts des Hochverrats auf der Festnahmeliste wie Mitglieder der Familien Dohna, Dönhoff, Eulenburg, Schwerin; sogar Ribbentrop geriet zeitweilig in das Visier der Ermittlung. Zwei Namen aus dem Lehndorff-Umfeld finden sich nicht auf der Liste: Carl von Lorck und Anni von Lorck, Tochter von Siegmund und Anna von Schroetter, geb. Gräfin Lehndorff.¹⁸³⁸

Sophie von Kalnein, Gottliebes Mutter, war gemeinsam mit der Tochter in Graditz verhaftet und in das Gefängnis Torgau gebracht worden. „Es war ein massiver Altbau, von dem ich mich nur an den dunklen, langen Eingangsfloor und an meine Zelle erinnern kann. Ich war in Einzelhaft und mit Sicherheit der einzige politische Häftling. Die Zelle im ersten Stock war klein und dunkel. In ihr war eine Pritsche mit zwei Strohsäcken, ein Stuhl, ein Tisch, Klo, Wasserschüssel mit Kanne. Hochgelegen war ein kleines vergittertes Fenster“, erinnerte sie sich später.¹⁸³⁹ Von dort war Gottliebe von Lehndorff in das Krankenhaus eingeliefert worden und hatte ihre Tochter zur Welt gebracht. Nach ihrer Entlassung am 25. August kehrte sie nach Graditz zu ihren Eltern zurück. Am Folgetag wurden die sieben, fünf und ein Jahr alten Töchter Marie Eleonore (Nona), Vera (Veruschka) und Gabriele in ein Kinderheim an einem unbekanntem Ort gebracht. Am 28. August wurde Gottliebe erneut verhaftet und für mehrere Wochen mit ihrer gerade geborenen Tochter in ein Straflager an der Unstrut, möglicherweise

¹⁸³⁷ BAArch, NS 19/4015, Bl. 56–58. Zur Sippenhaftung der Familie Stauffenberg: Hase, Friedrich-Wilhelm von (Hrsg.), Hitlers Rache. Das Stauffenberg-Attentat und seine Folgen für die Familien der Verschwörer, Holzgerlingen 2014, S. 294 f.

¹⁸³⁸ Die Liste in: BAArch Berlin, R 58/3197. Zu Lorck: Forstreuter, Kurt, Carl von Lorck (Schleswig 29. August 1892 – München 6. Juni 1975), in: Preußenland. Mitteilungen der Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung und aus den Archiven der Stiftung Preußischer Kulturbesitz 14 (1976), S. 58 f.

¹⁸³⁹ Gottliebe von Lehndorff an Frau Oleschinski. Peterskirchen, 21. März 1991, in: GDW, Materialsammlung Lehndorff.

in der Nähe von Halle, gebracht.¹⁸⁴⁰ Wie die Lehdorff-Kinder waren in zwei konzertierten Gestapoaktionen alle 46 Kinder der Verschwörerfamilien im Alter von nur wenigen Monaten bis zu 15 Jahren in das Kinderheim der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt in Bad Sachsa im Harz gebracht worden, wo sie über Monate hinweg, teilweise sogar bis zum Kriegsende festgehalten wurden. Die erwachsenen Sonderhäftlinge der Familie Stauffenberg wurden im Hotel „Hindenburgbaude“ bei Bad Reinerz in Niederschlesien zusammengeführt, später über Breslau in das Konzentrationslager Stutthof, im Januar 1945 in das KZ Buchenwald, im April 1945 in das Lager Dachau und von dort in das Hotel „Prager Wildsee“ in Südtirol gebracht, wo sie am 4. Mai 1945 durch amerikanische Truppen befreit wurden.¹⁸⁴¹ Anfang August folgten weitere Verhaftungen von über 280 Personen. Auf Befehl Hitlers sollte „durch eine rücksichtslose Säuberungsaktion“ insbesondere das Heer von allen „am Anschlag am 20. Juli 1944 beteiligten Verbrechern befreit“ werden. Er bestimmte einen „Ehrenhof von Feldmarschällen und Generalen des Heeres“, der zu prüfen hatte, „wer an dem Anschlag irgendwie beteiligt ist und aus dem Heer ausgestoßen werden soll, wer als verdächtig zunächst zu entlassen sein wird.“ Generalfeldmarschall Keitel, Generalfeldmarschall von Rundstedt, Generaloberst Guderian, General der Infanterie Schroth und Generalleutnant Specht wurden dazu durch Hitler persönlich ausgewählt, der sich vorbehielt, die Anträge des Ehrenhofes zu entscheiden.¹⁸⁴² Auch Münchhausen wurde am 9. August vernommen und anschließend nach Moabit überstellt. Ziel des Verhörs waren Auskünfte über Personen, mit denen die Lehdorffs in Kontakt gestanden hatten. In dem aus Steinort durch Münchhausen in das OKH gebrachten Gepäck hatte man das Gästebuch von Steinort gefunden.¹⁸⁴³

Heinrich von Lehdorff wurde am 3. September 1944 vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilt und am Folgetag in Plötzensee hingerichtet. In dem „Bericht über den 5. Prozess gegen die Verräter- und Verschwörer-Clique des 20. Juli 1944“ für das nationalsozialistische Blatt „Die Lage“ hatte man über ihn geschrieben: „Der Angeklagte Lehdorff, Besitzer eines 24.000 Morgen großen Gutes in Ostpreußen, ist der Typ des preußischen ‚Junkers‘, wie sein Freund und Gesinnungsgenosse, der fahnenflüchtige General von Tresckow, ihn und sich selbst einmal bezeichnet hat. Durch seinen Freund wurde Lehdorff im Dezember 1943 in die Umsturzpläne eingeweiht und im März 1944 von dem Mörder Stauffenberg als sogenannter ‚Verbindungsoffizier‘ beim Stellv. Generalkommando I bestellt. Dass er am 20.7.44 nicht in Aktion trat, obwohl er sich bereits in das Stellv. Generalkommando begeben hat, ist nur darauf zurückzuführen, dass ein gütiges Geschick das Attentat und den Putschplan vereitelte.“¹⁸⁴⁴

Gottliebe von Lehdorff wurde im Dezember 1944 aus dem Straflager, die drei Töchter aus Bad Sachsa entlassen. Nachdem es ab Mitte August 1944 zu einer Abschwächung der Repressionsmaßnahmen gegenüber den Angehörigen der Verschwörer gekommen war, erwirkte Himmler hinter verschlossenen Türen Hilfeleistungen für die Verwandten. Zwei Wochen später setzte der Reichsführer SS den Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers in Kenntnis, dass er den SS-Obergruppenführer Franz Breithaupt, der schon nach dem „Röhm-Putsch“ vom 30. Juni 1934 mit der „Versorgung der Hinterbliebenen“ beauftragt worden war, auch in diesem Fall mit der

¹⁸⁴⁰ GDW, Materialsammlung Lehdorff; BArch Freiburg, N 813–3 (Sophie Gräfin von Kalnein an Georg Heino Freiherr von Münchhausen. Graditz b. Torgau, 30. August 1944).

¹⁸⁴¹ Vgl. Hase, Hitlers Rache, S. 15 und passim. Die Liste der Bad Sachsa-Kinder ebd., S. 341 f.

¹⁸⁴² Vgl. Neumärker/Conrad/Woywodt, Wolfsschanze, S. 143.

¹⁸⁴³ BArch Freiburg, N 813–3 (Tagebuch von Münchhausen, Juli bis Oktober 1944).

¹⁸⁴⁴ Bericht über den 5. Prozess gegen die Verräter- und Verschwörer-Clique des 20. Juli 1944 für „Die Lage“, in: GDW, Materialsammlung Lehdorff.

Versorgungsaufgabe in Form monatlicher Gnadenzuwendungen betraut habe.¹⁸⁴⁵ Am 14. Dezember 1944 hatte Kaltenbrunner als Chef der Sicherheitspolizei ein geheimes Rundschreiben über den „gegenwärtigen Stand der Sippenhaftung“ an alle Polizeidienststellen des Reiches verfasst. Diese sollten „Gerüchten“, die die Moral der Truppe gefährden konnten, entgegenzutreten.¹⁸⁴⁶

Auch in den Erinnerungen von Marion Gräfin Dönhoff spiegelt sich die dramatische Situation nach dem misslungenen Attentat wieder.¹⁸⁴⁷ Nach einer Denunziation war sie von der Gestapo abgeholt und nach Königsberg gebracht worden. Einer Verhaftung konnte sie sich entziehen, indem sie auf Familienstreitigkeiten mit dem Denunzianten verwies und die Anzeige als Akt persönlicher Rache darstellen konnte.¹⁸⁴⁸

Maria von Lehndorff, geborene Gräfin von Oldenburg-Januschau, war schon im Juni 1944, als sie sich in Königsberg nach dem Verbleib des befreundeten Pfarrers Bronisch-Holtze erkundigte, verhaftet worden. Sie wurde beschuldigt, gemeinsam mit dem aus dem Leben geschiedenen Pfarrer ausländische Rundfunksendungen abgehört zu haben, und wurde am 21. August 1944 nach § 1 der Rundfunkverordnung vom 1. September 1939 zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.¹⁸⁴⁹ Ihr Sohn, der Arzt Hans von Lehndorff, hatte den Krieg als Arzt in Insterburg und im Wehrmachtslazarett in Königsberg erlebt. Auch er hatte sich der Bekennenden Kirche angeschlossen. Seine Brüder Meinhard und Elard waren bereits gefallen. Ihm war es „wie ein Glück“ erschienen, dass seine Mutter sich am 20. Juli wegen des Rundfunkvergehens in Haft befand, „und deshalb in diese neue Sache nicht mehr mit hineingezogen werden konnte.“¹⁸⁵⁰ Am 21. September 1944 schrieb er an Renate Heling: „In den Angriffsnächten waren meine Gedanken unterwegs zwischen dem Polizeipräsidium und Ihrem Lazarett. Ein paar Tage später war ich dann am Vormittag dort, um mich nach meiner Mutter umzusehen. Zu meiner großen Freude bekam ich sie zunächst auf 1 Monat heraus und hoffe, dass auch eine Verlängerung dieses Urlaubs noch genehmigt werden wird. Dass sie und all die anderen dort, in ihren Zellen eingeschlossen, überhaupt leben geblieben sind, ist auch ein Grund zu besonderer Dankbarkeit. Der Vortreffler sitzt im vorderen Haus, wo nur Büroräume, und das brennende Dach konnte gelöscht werden. Wenn man die Stadt besieht, wundert man sich, dass das Löschen gelungen ist.“ Man kenne ja die Zerstörungen Berlins, aber Königsberg sehe aus „wie von riesigen Motten zerfressen“. Es sei ein Anblick, „wofür einem noch der richtige Ausdruck fehlt.“¹⁸⁵¹

Aus der von den Nationalsozialisten nach dem 20. Juli entwickelten Argumentationskette von Landesverrat, Brechung des Fahneidees und unpatriotischem Handeln in Zeiten nationaler Not folgte für die Opfer des nationalsozialistischen Regimes nicht nur die traumatische Erfahrung von Isolierung, sondern auch der Delegitimierung ihres Widerstandes. Der Großteil der Generalität und die Führungskräfte des Militärs gehörten dem Adel

¹⁸⁴⁵ BAArch, NS 19/1447, Bl. 161. Siehe auch Hett, Ulrike/Tuchel, Johannes, Die Reaktionen des NS-Regimes auf den Umsturzversuche vom 20. Juli 1944, in: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 438, Bonn 2004, S. 522–538.

¹⁸⁴⁶ Vgl. Hase, Hitlers Rache, S. 301 f. Die Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 4,1 (1953), S. 357–394, hier S. 384 f.

¹⁸⁴⁷ Vgl. Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt, S. 65–67.

¹⁸⁴⁸ Vgl. Dönhoff, Ein Leben in Briefen, S. 82.

¹⁸⁴⁹ LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 030–02–01, Nr. 105, Bl. 1.

¹⁸⁵⁰ Lehndorff, Ostpreußisches Tagebuch, S. 47–49. Maria von Lehndorff hatte Gut Januschau ihrer Tochter Ria übergeben und lebte mit ihrem Mann, dem ehemaligen Leiter des Gestüts Trakehnen, in der Meinekestraße in Berlin. Sie hätte „vor Hass auf die Nazis“ gesprochen, schreibt Hartmut von Hentig, Mein Leben – bedacht und bejaht. Kindheit und Jugend, München 2007, S. 156.

¹⁸⁵¹ Für den Brief aus Familienbesitz danke ich Hans-Heinrich von Knobloch.

an. Den Widerständlern aus diesen Reihen wurde unterstellt, sie hätten nur ihre eigenen Besitztümer und Vorrechte wollen. Insbesondere galt dies für die ostpreußischen Adligen mit ihren großen Gütern. Zu den weiteren Vorwürfen gegen die Männer vom 20. Juli gehörte der des Dilettantismus: zu spät, zu zögerlich, zu schlecht vorbereitet und zu allem Überfluss erfolglos.¹⁸⁵² Peter Graf Yorck von Wartenburg sprach in seinem Abschiedsbrief an seine Mutter vom 8. August 1944 die Hoffnung auf ein gerechtes Urteil vor der Geschichte aus: „Vielleicht kommt doch einmal die Zeit, wo man eine andere Würdigung für unsere Haltung findet, wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und als Patriot gewertet wird.“¹⁸⁵³

Der Plan, ein Gedenkbuch für die „Märtyrer der Freiheit“ zu verfassen, entstand unmittelbar nach dem 20. Juli 1944. Ricarda Huchs Gedicht „An unsere Märtyrer“ kursierte 1944 unter den Angehörigen der Hingerichteten und wurde nach dem Krieg in die 2. Auflage der Gedichtsammlung „Herbstfeuer“ aufgenommen. Gottliebe von Lehnendorff hatte der Schriftstellerin einen Auszug aus dem Abschiedsbrief ihres Mannes übermittelt und geschrieben: „Ganz still habe ich gewartet, bis einmal ein Mensch diese Dinge, um die diese Männer und Frauen gelebt und gekämpft haben, berühren würde. Unendlich glücklich haben Sie mich gemacht, weil ich aus Ihren Worten all das gelesen habe, wonach ich mich sehnte. Wir sind verpflichtet, für unser armes, zerbrochenes Deutschland die Bilder dieser Männer festzuhalten, unserer Jugend zu zeigen, wie verantwortungsvolle Deutsche gedacht, gekämpft und gestorben sind.“ In der dem Brief beigelegten Lebensbeschreibung heißt es: „Mir kam es dabei hauptsächlich darauf an, ihn so zu schildern, wie er im Gegensatz zu vielen anderen war. Seine Erkenntnis, dass Hitler unser Volk in den Abgrund führte, entsprang nicht etwa dem politischen Denken und damit dem Verstand allein, sondern in der Hauptsache dem sicheren Instinkt, wie ein Stück Wild etwa die Gefahr wittert. Sie erfasste ihn immer mehr und nahm schließlich ganz von ihm Besitz. Seine oft jugenhafte Heiterkeit, seine große Lebenslust wandelte sich allmählich und machte aus ihm einen ernsten, von tiefer Verantwortung bewegten Menschen. Da wir unendlich glücklich zusammen waren, wussten wir beide, welch’ schweren Weg er angetreten hatte, als er sich dieser Bewegung anschloss. Aber es war wie ein stillschweigendes Abkommen, dass wir niemals die Angstgefühle um die Kinder und uns berührten. Er war sich klar über sein Handeln, nicht irgendwelche Vorstellungen trieben ihn, sondern ein glühendes Herz für Recht und Gerechtigkeit, für die ewigen Gesetze, die über alle Bosheit, über Hass und Vernichtung triumphieren, erfüllt von der Gnade Gottes. Mochte es auch noch so aussichtslos erscheinen, mochten die Angriffe auch noch so stark sein, er hat sie durchgestanden. Aber wir waren jung, hatten einen herrlichen Besitz in Ostpreußen, Kinder, die wir über alles liebten, und es schien manchmal, als wenn wir erlahmen würden, weil die Angst kam. Und es war dann wunderbar, wie er sie mit einem Wort wegwischen konnte und ich mir erbärmlich vorkam. Es gehört zu meinen schönsten Erinnerungen, wenn ich an die Abende und Nächte zurückdenke, wo diese Männer zusammen saßen bei uns, nur erfüllt von dem einen Gedanken, wie können wir Deutschland retten vor dem Abgrund. Wie sie gegenseitig sich hielten und durch diese Aussprachen sich gegenseitig stärkten und ihre Verantwortung immer mehr wuchs. Sie wollten Deutschland vor dem Schlimmsten retten, das Schicksal wollte es nicht. Es führte uns bis auf den Grund des Abgrundes. Doch nur dann sind alle vergebens gestorben – vor allem die Millionen tapferer Soldaten – wenn wir nun alles dort stehen lassen, wo es im Augenblick steht. Wir müssen Deutschland dahin führen, wohin diese Menschen es führen wollten. Wir müssen ihnen wieder beibringen, weil sie es leider vergessen haben, dass der

¹⁸⁵² Dass diese Vorwürfe Randbedingungen der damaligen Zeit ignorieren, versucht Vollmer in ihrer Doppelbiografie deutlich zu machen, so dass sich letztendlich ein differenzierte(re)s Bild der Männer des 20. Juli ergibt.

¹⁸⁵³ <https://www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/der-widerstand-steht-fur-ein-anderes-fur-ein-besseres-deutschland-klaus-wowereit-20072002> [12.12.2019].

wirkliche deutsche Mensch nicht ein Hitler, sondern ein Luther, Kant, Goethe, Schiller oder Beethoven ist. Dass Deutschlands Stärke nicht in machtvолlem Staatsgefüge besteht, sondern in seiner geistigen und seelischen Potenz. Wir müssen den deutschen Menschen vor allem wieder zu Christus zurückführen, ihn verstehen lehren, dass unter allen Umständen zunächst an Stelle des Wortes Vergeltung das Wort Vergebung zu treten hat, dass Liebe keine Schwäche ist, dass Hingebung allein die Welt besiegt. Und wenn diese Männer durch ihr Sterben, durch ihre Hingebung an diese Idee, mit allem, was sie besaßen, ein klein wenig dazu helfen können, so ist Unendliches getan.“¹⁸⁵⁴

Kriegsende in Ostpreußen

Noch Ende Juli 1944 hatte Oberpräsident Koch in Ostpreußen den Ausbau vorhandener Befestigungen zu einem Ostwall entlang der Provinzgrenze angeordnet. Männer aller Altersstufen waren dazu beordert und Verweigerer drakonisch bestraft worden.¹⁸⁵⁵ Kommandos der Wehrmacht mussten an ihrer Stelle beim Einbringen der Ernte helfen. Anfang August hatten Evakuierungen der grenznahen Kreise Lyck und Treuburg begonnen. In Rastenburg trafen Flüchtlinge aus dem Sudauer und dem Memelgebiet, aber auch aus Litauen ein. Ende August 1944 erreichten die Kriegshandlungen Ostpreußen, allerdings von Westen aus. In den Nächten vom 26. zum 27. August und vom 29. zum 30. August fielen britische Phosphorbomben auf Königsberg, die 50 Prozent der alten Hauptstadt Ostpreußens und das ganze historische Stadtzentrum zerstörten.¹⁸⁵⁶

Trotzdem sich die russische Armee der ostpreußischen Grenze näherte, verbot Gauleiter Koch noch immer die Evakuierung der Zivilbevölkerung. Am 25. September wurden mit dem „Erlass über die Bildung des deutschen Volkssturms“ alle waffenfähigen Männer von 16 bis 60 Jahren zum Kampfeinsatz eingezogen. Am 5. Oktober begann die sowjetische Memel-Offensive, nach vier Tagen hatten die russischen Truppen Tauroggen und Georgenburg erreicht. Am 13. Oktober 1944 begann die sowjetische Offensive, am 20. Oktober überschritten sowjetische Truppen die Rominte bei Großwaltersdorf und waren nur noch 70 Kilometer vom Hauptquartier entfernt. Reichsmarschall Göring ließ daraufhin seinen Reichsjägerhof in der Aktion „Johannisfeuer“ in Flammen aufgehen. Am 21. Oktober zitierte Hitler Gauleiter Koch in die Wolfsschanze, der noch immer jegliche Räumungsmaßnahmen für seine Provinz ablehnte. Koch willigte nur widerwillig ein und genehmigte die Evakuierung der Zivilbevölkerung des noch unbesetzten Gebiets im Regierungsbezirk Gumbinnen und eines Teils des Regierungsbezirks Allenstein bis 30 Kilometer hinter die Front, weniger als Wehrmacht und zivile Verwaltung gefordert hatten. Die nichtbäuerliche Bevölkerung wurde größtenteils nach Sachsen, Thüringen und Pommern ge-

¹⁸⁵⁴ Vgl. Huch, Ricarda, In einem Gedenkbuch zu sammeln ... Bilder deutscher Widerstandskämpfer, hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Matthias Schwiedrig, Leipzig 1998, S. 211–213, S. 27 und S. 54, Anm. 41–42. Durch deren Tod konnte der Aufsatz über Heinrich Graf Lehndorff nicht mehr fertiggestellt werden. Zur 10. Wiederkehr des 20. Juli 1944 erschienen unter dem Titel „Das Gewissen steht auf“ 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand, hrsg. von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher, Berlin/Frankfurt a. M. 1954.

¹⁸⁵⁵ Vgl. Weber, Reinhold, Masuren. Geschichte – Land und Leute, Leer 1983, S. 141 f.

¹⁸⁵⁶ Vgl. Wagner, Königsberger Schloss, Bd. 2, S. 459–464. Siehe auch Schramm, Percy E., (Hrsg.), Das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1941–1945, München 1982.

bracht, die mit Fuhrwerken aufgebrochene bäuerliche Bevölkerung blieb in den weiter westlich gelegenen Kreisen Ostpreußens.¹⁸⁵⁷ Über die letzten Kriegstage berichtet die Chronik von Rosengarten: „Am Sonntag, den 22. Oktober 1944, wieder große Aufregung, da Goldap den Russen überlassen werden muss und Panzerspitzen bis nach Angerapp und Benkheim vorgestoßen sind. Der nordöstliche Himmel fast jeden Abend durch Leuchtbomben und sogenannten Weihnachtsbäume erhellt. Hin und wieder die ganze Woche hindurch Flakfeuer und Geschützdonner. Am 28. Oktober, 12 Uhr, fährt der 1. Bergungszug hauptsächlich mit Frauen und Kindern ab. Nur die mit Fuhrwerken fortwollen, bleiben zurück. Jetzt ist es Zeit, die wichtigsten Akten zu bergen, da vorher keine Frachtgüter von der Bahn angenommen wurden. Sie werden mit den Abendmahlsgeschirren im Heizkeller der Kirche sichergestellt. Wertpapiere, Sparkassenbücher und Kassenbücher will ich persönlich mitnehmen, wenn wir als letzte das Dorf verlassen. Möge Gott uns vor dem Schicksal des vorigen Krieges bewahren! Die vollständige Räumung ist bis Weihnachten nicht erforderlich. Frauen und Kinder sind allmählich fast alle wieder zurückgekehrt. [...] Am 22. Dezember werden alle Kirchbücher, alte Kirchenkammerrechnungen und die wichtigsten Akten zur Sicherstellung an Pfarrer Lotz in Helmershausen (Bahnhof Meinigen) abgesandt. (Verzeichnis in den Kisten, bei den hiesigen Akten und beim Konsistorium).“¹⁸⁵⁸

Mit dem Januar 1945 begann die Flucht aus Ostpreußen vor der vorrückenden Roten Armee. Im Juli 1944 hatten Stalin und Vertreter des „Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung“ über den künftigen Grenzverlauf konferiert. Der am 17. Juli geschlossene Vertrag legte als polnische Ostgrenze die sogenannte Curzon-Linie fest. Das bedeutete für Polen die Abtretung seiner Ostgebiete an die Sowjetrepubliken Ukraine und Westrussland. Die dort lebenden Millionen Polen sollten ausgesiedelt werden. Als Kompensation sollte der polnische Staat vom besiegten Deutschland Ostbrandenburg, den Großteil Schlesiens und Pommerns und das südliche Ostpreußen sowie Danzig einschließlich des Hafens erhalten. Der nördliche Teil Ostpreußens mit Königsberg und dessen Hafen sollte an die UdSSR fallen. Jenseits der Demarkationslinie sollte die nach Kriegende verbliebene deutsche Bevölkerung, 15 Mio. Menschen, umgesiedelt werden.¹⁸⁵⁹ Die Westmächte stimmten diesen Plänen Ende 1944 zu.

Mit den Bildern der in Nemmersdorf im Oktober 1944 von der Roten Armee getöteten Zivilisten und vergewaltigten Frauen, von den Nazis als Durchhaltepropaganda instrumentalisiert und verbreitet, waren die Bilder des Ersten Weltkrieges und die Angst vor den „Russen“ in Ostpreußen wieder präsent. Seit November riss der Strom der Flüchtlinge in Richtung Westen nicht mehr ab. Marion Dönhoff erinnert sich: „Für mich war das Ende Ostpreußens: drei todkranke Soldaten, die sich über die Nogat-Brücke nach Westpreußen hineinschleppten. Und eine Reiterin, deren Vorfahren vor 700 Jahren von West nach Ost in die große Wildnis jenseits dieses Flusses gezogen waren und die nun wieder nach Westen zurückritt – 700 Jahre Geschichte ausgelöscht.“¹⁸⁶⁰ Die Kinder von Dietrich von Dönhoff und Sissi von Lehndorff, der Schwester Heinrichs von Lehndorff, waren 1944 zu den

¹⁸⁵⁷ Vgl. [Lehndorff, Hans Graf von], Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen 1945–1947. Aufzeichnungen von Hans Graf von Lehndorff, Bonn 1960, S. 234, Anm. 10 (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Beiheft 3).

¹⁸⁵⁸ http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm [9.12.2019]. Vgl. Zeidler, Manfred, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Ostdeutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996.

¹⁸⁵⁹ Vgl. Ehemaliges Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten der Oder-Neiße. Eine Dokumentation, Augsburg 1993. Siehe auch Wojnowski, Edmund, Das Problem Ostpreußen während des II. Weltkrieges, in: Polnische Weststudien 4 (1985), S. 287-328.

¹⁸⁶⁰ Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt, S. 9.

Arnims nach Fürstenu in der Nähe von Boitzenburg geschickt worden. Sissi und Harriett, Mutter und Großmutter, verließen mit dem letzten Zug Ostpreußen. Vater Manfred nahm das letzte Schiff von Memel nach Pillau. Auch die Kalneins flohen in Richtung Westen, nach Conow.¹⁸⁶¹ Der Seehof Steinort, auf dem Anni von Lorck lebte, erhielt im Dezember 1944 die Treck-Erlaubnis. „Wir treckten geschlossen über die Fähre von Kirsaiten nach Rosengarten. Wir brachten unsere Herdbuchherde in die Stallungen von Rosengarten und Groß Steinort, welche noch voll bewirtschaftet wurden. Die kleine russische Zivilarbeiterin Nina aus Tschudowa half Anni in der Schlafstube beim Einpacken. Sie nahm das Tryptychon aus Florenz, von Annis Mutter stammend, Verkündigung von Ghirlandaio, von der Kommode, klappte es zusammen und legte es in den Koffer mit den vorwurfsvollen Worten: ‚Der liebe Gott gehört zuerst in den Koffer.‘ Wir brachten den 24. Dezember 1944 in Rosengarten zu. Die fünfzehn gefangenen Franzosen, einschließlich der drei vom Seehof, hatten ein geräumiges Quartier. Sie kriegten alles, was die Kehle und der Magen begehrt, auch jeder ein Geschenk an Wäsche und Zigaretten. Sie durften geschlossen an unserer Weihnachtsfeier im großen Salon vor dem Lichterbaum teilnehmen. Spät abends klopfte es höflich an unsere Tür. Der Gefangene André, vom Ballett der Pariser Oper, trat mit einer tiefen Verehrung ein. Er hatte den gern erfüllten Sonderauftrag, Anni stets im Wagen zu begleiten. Er sagte mit dem Anstand eines Monsieurs der alten Schule, ... trotz seiner schweren Holzschuhe ...: ‚Im Namen aller meiner Kameraden und in meinem eigenen Namen möchte ich Ihnen für die schöne Weihnachtsfeier und die Geschenke danken, die sie für uns aufgewendet haben. Wir wünschen Ihnen eine gute Nacht.‘“¹⁸⁶²

Am 13. Januar 1945 rückte die Rote Armee in Ostpreußen ein und marschierte auf Königsberg zu. Am 15. Januar wurde das Führerhauptquartier aufgrund der Lage an der Ostfront in die Hauptstadt zurückverlegt. Ab 19. Januar begann die Fluchtbewegung nach Westen und in Richtung Küste, drei Tage später wurde der Schienenverkehr eingestellt. An eine geordnete Evakuierung war nicht mehr zu denken. An dem Tag, als Tilsit genommen wurde, gingen die Sarkophage Hindenburgs und seiner Frau aus dem Reichsehnenmal Tannenberg per Schiff auf die Reise ‚ins Reich‘. Das Denkmal wurde gesprengt.¹⁸⁶³ Am Abend des 22. Januar kam der Räumungsbefehl für Lötzen, am 24. Januar begann die Sprengung der Bunkeranlagen. Am 26. Januar erreichte die Rote Armee über die zugefrorenen masurischen Seen den Osten des Kreises Rastenburg. Für viele kam der Räumungsbefehl viel zu spät. „Es begann eine Schreckenszeit, wie sie die Stadt in den 600 Jahren ihres Bestehens nicht gesehen hatte. [...] Zahlreiche Bürger, vor allem die sogenannten Kapitalisten, aber auch Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte wurden erschossen. Andere zogen es vor, beim Anblick der schrecklichen Grausamkeiten freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Eine große Anzahl aber, vor allem Frauen, wurden nach Sibirien verschleppt. 4.000 sollen schätzungsweise den Todesmarsch nach Osten angetreten haben.“¹⁸⁶⁴ Gauleiter Koch verließ am 28. Januar die Festung Königsberg, die Tätigkeit der Behörden wurde eingestellt.¹⁸⁶⁵

Alexander zu Dohna schildert die Vorbereitungen zum Treck und die Flucht, die am 22. Januar begann und am 20. März nach neun Wochen und 1.500 Kilometern an der Weser endete. Der aus Schlobitten und Pröckelwitz

¹⁸⁶¹ Vgl. Buhl, Dieter (Hrsg.), Marion Gräfin Dönhoff. Wie Freunde und Weggefährten sie erlebten, Hamburg 2006, S. 100; Vollmer, Doppelleben, S. 336.

¹⁸⁶² GStA PK, I. HA, Rep. 224 F, Karton 76. Nach Kriegende veröffentlichte Anni von Lorck in einer in Paris erscheinenden Zeitschrift einen Suchaufuf. Victor Valois aus der Touraine und Jean Marie Puretin aus Andressin par Castillon, Dept. Arriège, Pyrenäen, meldeten sich daraufhin bei Carl und Anni von Lorck, ebd.

¹⁸⁶³ Vgl. Neumärker/Conrad/Woywodt, Wolfsschanze, S. 215, Anm. 11.

¹⁸⁶⁴ Grenz, Rudolf, Der Kreis Rastenburg. Ein ostpreußisches Dokumentarwerk, Marburg/Lahn 1975, S. 152 f. (Erinnerungen von Dodo Freiherr von und zu Knyphausen).

¹⁸⁶⁵ Das Geschehen in Königsberg im Januar 1945 beschreibt: Lehndorff, Ostpreußisches Tagebuch, ab S. 9.

abgehende Treck war der größte geschlossene Zug, der in den Westen gelangte. Zum Schluss bestand er noch aus 330 Personen, 140 Pferden und 38 Wagen; 1/3 der Flüchtlinge hatte das Ziel nicht erreicht.¹⁸⁶⁶ Auch Gottliebe von Lehndorff hatte mit ihren Töchtern in Anbetracht der näher rückenden Sowjetarmee Gut Conow in Mecklenburg verlassen. Ziel war der Fichtenhof der Familie Roloff-Alvensleben.¹⁸⁶⁷ Ende März 1945 trafen hier Harriet und Manfred von Lehndorff, die Schwiegereltern Gottlieb's, ein. Auch Margaretha von der Ropp, die deutschbaltische Verwalterin des Lehndorff-Gutes gehörte zu dem Treck, der sich am 29. Januar um 3.30 Uhr ab Preyl auf den Weg nach Bremen machte. Margaretha von der Ropp hat die einzelnen Stationen aufgezeichnet. Am 30. Januar stieß Alexander von Keyserlingk dazu. Die Nacht zum 31. Januar verbrachte man „im Schneesturm bei 12 Grad minus im Schuppen in Milchbude auf freiem Haffgelände“. Über Pillau und die Nehrung und viele weitere Stationen erreichte man bei strömendem Regen und Sturm, bei Nächten unter freiem Himmel, auf Wegen, die nur noch aus „Schlubber-Dreck“ bestanden, am 11. Februar Varzin. Am übernächsten Tag ging es weiter, am 14./15. Februar kam man auf dem Gut Hohenfelde der von der Marwitz an. Nach einem Ruhetag erreichte man am 19. Februar das Gut Fürstenau. Hier konnte man bei den Arnims bis zum 8. März bleiben. In der Nacht vom 8. zum 9. März waren die „Tannenbäume“ sichtbar über Berlin“, es war der 40. Nachtangriff. Das nächste Quartier gab die Äbtissin von Alvensleben im Kloster Heiligengrabe vom 13. zum 14. März. Vom 16. zum 17. März setzte der Treck bei Lentzen über die Elbe über. Am 23. März erlebte man noch den schweren Luftangriff auf Bremen auf dem Deich, bevor am Nachmittag das Ziel erreicht war: der Fichtenhof.¹⁸⁶⁸ Tatjana Gräfin Dönhoff schrieb später über die Flucht ihres Großvaters: „So fanden die Ost- und Westpreußen Unterkunft und Verpflegung. Vor allem diejenigen, [...] die gute Karten hatten und so die Nebenstrecken benutzen konnten. [...] Sie konnten auf einen großen Bekannten- und Verwandtenkreis im Westen Deutschlands bauen. Viele waren Pferdezüchter, die sich untereinander kannten.“¹⁸⁶⁹ Bis zu fünfzehn aus dem Osten geflohene weitläufige Verwandte fanden bei Lexi von Roloff, geborene von Alvensleben, Unterschlupf auf dem Fichtenhof. Für viele war es die erste Station auf dem weiteren Weg nach Westen, andere wie Gottliebe von Lehndorff blieben länger.¹⁸⁷⁰

Der Entschluss, die Heimat zu verlassen, fiel den Menschen nicht leicht. Im Westen Deutschlands waren die Menschen nur aus dem Bombenhagel der Städte und den hart umkämpften Gebieten geflüchtet, da man hoffte, dass die Rechte der Zivilbevölkerung einigermaßen geachtet würden. Im Osten erinnerte man sich, dass 1806/1814 die befreundeten Russen schlimmer gehaust hatten als die Franzosen als Feinde, und dass 1756/57 und 1914/15 erhebliche Übergriffe der Russen als Feinde vorgekommen waren. Siegfried Lenz lässt seinen Romanhelden Zygmunt Rogalla die Erinnerungen an den Untergang eines Schiffes erzählen, mit dem auf der Flucht seine letzten Angehörigen den Tod fanden: „Taucher könnten unseren Fluchtweg rekonstruieren; auf dem Grund des Haffs und der Ostsee, von Fischen bewohnt, von Seepocken beschlagnahmt und besiegt vom Rost, liegen noch heute die unzähligen Zeugen unseres verzweifelten Zuges nach Westen, kolossale Findlinge der Not, Wegzeichen selbstverschuldeten Unglücks, die erbarmungslose Antwort der Gewalt, die wir selbst gesät hatten; ach,

¹⁸⁶⁶ Vgl. Dohna, *Erinnerungen*, S. 312 f.

¹⁸⁶⁷ Vgl. Lohmann, Heinrich, *Der Bremer Fichtenhof und seine Bewohner: Ein wenig bekanntes Kapitel aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bremen 2018, S. 161–167.

¹⁸⁶⁸ Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, DSHI 100 Ropp, von der, 005.

¹⁸⁶⁹ Dönhoff, Tatjana Gräfin von, *Weit ist der Weg nach Westen. Auf der Fluchtroute von Marion Gräfin Dönhoff*, Berlin 2004, S. 194.

¹⁸⁷⁰ Vgl. Lohmann, *Fichtenhof*, S. 195, 283 f. Passim zahlreiche Zitate aus einem mit Vera von Lehndorff 2015 geführten Interview über die Zeit auf dem Fichtenhof.

wie oft bin ich hinabgestiegen in die Lichtlosigkeit dieses Schweigens, hinab zur unterseeischen Todesspur, um mir die unfassbare Sinnlosigkeit der Oper bestätigen zu lassen.“¹⁸⁷¹

Schlussgedanken

„Von den Stürmen der Zeit ist der Adel noch nie verschont geblieben, da er sich ihnen immer ausgesetzt und entgegengestellt hat. Seit der Französischen Revolution führte er einen Kampf um seine Stellung, um seine Rechte, schließlich um sein Leben. Er wurde geflissentlich diffamiert, seine Werte und Wesensart ins Lächerliche gezogen; er wurde angegriffen und verfolgt, den Nationalsozialisten galt er als besonders gefährlich und todeswürdig. [...] Die aristokratischen Vorrechte sind beseitigt, der Adel fordert für sich keine politischen Sonderrechte, verfolgt keine konkreten politischen Ziele und erwartet nicht, dass die politischen Ansichten seiner Glieder übereinstimmen. Was wirtschaftliche Zusammenbrüche, Bodenreformen und steuerliche Belastungen im Westen anfangen, wurde im Osten erreicht: Als Folge der kommunistischen Enteignung und Vertreibung verlor fast der gesamte Adel Mittel- und Ostdeutschlands sein privates Eigentum; er verlor sein Zuhause, oft seine ganze Familie, und musste entwurzelt nach dem Westen fliehen, wo er, auf sich selbst angewiesen – und über die ganze Bundesrepublik verstreut, sich ein neue Existenz schaffen musste“, so das Fazit des Erbprinzen von Löwenstein auf dem Adelskongress 1966.¹⁸⁷²

Für den ostpreußischen Adel hatte der Zusammenbruchs Hitlerdeutschlands 1945 mit Flucht, Vertreibung und Enteignung den Verlust der sozioökonomischen und soziokulturellen Existenzgrundlage und somit den Verlust seiner angestammten Existenz bedeutet.¹⁸⁷³ Der Arzt Hans von Lehndorff gehörte zu den Wenigen, die in Ostpreußen geblieben waren. Am 28. März 1947 antwortete er Renate Heling auf deren Brief: „Was Sie über Ihr und Ihrer Familie Leben schreiben, mit all seinen Schwierigkeiten – es wäre zu billig, Sie deswegen von hier aus zu bedauern. Der weitaus größte Teil der Menschen dort erlebt ja das Gleiche, und ich bin nur immer tiefer dankbar für die letzten 1 ½ Jahre unbeschwerten Lebens in der Heimat, die mir Gelegenheit gaben, ganz zu mir zu kommen. Drüben wäre das doch nie in gleicher Weise möglich. Hier hat man Raum für alle Gedanken, lebt unbeeinflusst von allem menschlichen Wort [...] Erst wenn uns die Vergleiche und der Spiegel genommen sind, erkennen wir die eigenen Tiefen wie leere Gefäße, die wir von uns aus zu füllen nicht imstande sind.“¹⁸⁷⁴

Der kollektiven Erinnerung der Vertriebenen hätten sich die „politisch Erfahrenen“ bemächtigt, mit denen die „zum Nationalsozialismus in Opposition stehenden Kreise kaum Verbindungen hatten“, schreiben Eva und Henning Hahn in ihrem Aufsatz über Flucht und Vertreibung.¹⁸⁷⁵ Gezwungen, sich zum eigenen Verhältnis zum Nationalsozialismus nach 1945 zu äußern, konstatierte man häufig, mit wenigen Ausnahmen habe sich der ostelbische Adel vom Nationalsozialismus distanziert. Familien, die Mitverschwörer in den eigenen Reihen oder Opfer

¹⁸⁷¹ Lenz, Siegfried, Heimatmuseum, zit. nach: Hahn, Eva/Hahn, Henning, Flucht und Vertreibung, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 335–351, hier S. 336.

¹⁸⁷² Löwenstein, Aloys-Konstantin Erbprinz zu, Der Adel und die moderne Entwicklung, in: Deutsches Adelsblatt. Mitteilungsblatt der Vereinigung der Deutschen Adelsverbände 3 (1966), S. 52–55, hier S. 52 f.

¹⁸⁷³ Für die Jahre nach 1945 bis in die Gegenwart sei verwiesen auf: Seelig, Alltagsadel.

¹⁸⁷⁴ Für den Brief aus Familienbesitz danke ich Hans-Heinrich von Knobloch.

¹⁸⁷⁵ Vgl. Hahn/Hahn, Flucht und Vertreibung, S. 339,

durch die nationalsozialistischen Vergeltungsmaßnahmen zu beklagen hatten, reklamierten eine kollektive Beteiligung am Attentatsversuch, wie u. a. die Schwerins: „Es gereicht der Familie zur Ehre, dass unter ihnen auch ein Vetter zu jenen zählt, die das Unheil zu wenden ihr Leben einsetzten.“¹⁸⁷⁶ Manfred von Lehndorff, zu einer eidesstattlichen Aussage über das Verhältnis Georg von Kücklers für den Nürnberger Gerichtshof aufgefordert, attestierte demselben: „Die geistige Atmosphäre im Hause des Herrn von Kückler war nichts weniger als nationalsozialistisch. Von Kückler selbst stand dem Gedankengut des Nationalsozialismus durchaus ablehnend gegenüber und hat von seiner Einstellung mir gegenüber niemals ein Hehl gemacht.“ Er selbst fühle sich zu „diesen Aussagen berechtigt“, da er „insofern zu den Opfern des Nationalsozialismus gehöre, als mein ältester Sohn nach dem 20. Juli als Mitbeteiligter an dem Anschlag auf Hitler hingerichtet worden ist, und ich selbst lange Zeiten wegen Verdachts des Hochverrats im Gefängnis zu Königsberg, Ostpr. zugebracht habe.“¹⁸⁷⁷

Dass Manfred von Lehndorff offen zum Widerstand seines Sohnes stand, war 1946 kein „gesellschaftlicher Konsens“. In einem Brief an seinen früheren Verwalter Viktor Benefeld hatte Lehndorff am 27. März 1946 geschrieben: „[...] was sind alle materiellen Sorgen, was auch der Verlust allen Besitzes und der alten Heimat gegen die Schmerzen, die täglich und stündlich die Seele quälen, über den Tod der beiden lieben Jungen [Ahasverus und Heinrich] und dazu noch die Gedanken über das schreckliche Ende des ältesten! Und wenn es einen auch mit Stolz erfüllen kann, dass er zu den Wenigen gehört hat, die wirklich ihr Leben eingesetzt haben, um das Vaterland von der Verbrecher- und millionenfachen Mörderherrschaft mit ihrer fürchterlichen Grausamkeit zu befreien, so ist das doch nur ein schwacher Trost. [...] Auf das Deutschland, das geblieben ist, kann man wirklich nur 3 Worte anwenden, die mein Vetter Kanitz-Podangen (der in der Schweiz ist) einem vielbeachteten Artikel als Überschrift gegeben hat, der in einer englischen Zeitung erschienen ist: ‚Land ohne Hoffnung‘.“¹⁸⁷⁸ Erst die Rede des Bundestagspräsidenten Theodor Heuss 1954, in der er den Widerstand des 20. Juli rühmte, sorgte für eine breitere Akzeptanz des bisher oft auch in Adelskreisen als Vaterlandsverrat angesehenen Anschlags. In einer Buchbesprechung zu einem 1966 erschienenen Buch über Stauffenberg hieß es: „Der große Aufstand des Gewissens im Jahre 1944 gegen das Terrorregime der Gewissenhaftigkeit findet in seiner Gesamtheit die ihm zukommende Wertung. Dass es aber auch heute noch an unzulänglichen und verzerrenden Darstellungen nicht fehlt, zeigt neben anderen Vorgängen die Tatsache, dass der ‚Arbeitskreis des 20. Juli‘, bestehend aus Überlebenden und Hinterliebenden der deutschen Widerstandsbewegung, sich kürzlich veranlasst sah, gegen das Theaterstück ‚Aufstand der Offiziere‘ von H. H. Kirst berechtigt scharf zu protestieren.“¹⁸⁷⁹

Das Jahr 1945 bedeutete nicht das Ende der Geschichte ostpreußischer Adelsfamilien. Vielen gelang die erfolgreiche Integration in die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen der westdeutschen Gesellschaft unter Bewahrung adliger Identität.¹⁸⁸⁰ Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August

¹⁸⁷⁶ Seeling, Alltagsadel, S. 265.

¹⁸⁷⁷ BArch Freiburg, N 184/3 (22. April 1948).

¹⁸⁷⁸ Lohmann, Fichtenhof, S. 245 f.

¹⁸⁷⁹ Rezension zu: Kramarz, Joachim, Claus Graf Stauffenberg. Das Leben eines Offiziers, in: Deutsches Adelsblatt 5 (1966), S. 105. Die Ergebnisse der Forschung von Stephan Malinowski sollten davor bewahren, den hohen Adelsanteil an der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 als Widerstand *des* Adel gegen das NS-Regime zu werten, vgl. Ders., Vom König zum Führer. Siehe auch Conze, Eckart, Aufstand des preußischen Adels. Marion Gräfin Dönhoff und das Bild des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 483–508.

¹⁸⁸⁰ Vgl. Seelig, Alltagsadel, S. 79 ff. mit Zitaten aus Familiengeschichten und Chroniken, u. a. der Familien von Schwerin, von Arnim und von der Goltz; Conze, Von deutschem Adel. Die Grafen Bernstorff, S. 193, 199 f. („Einhausung“); Wienfort, Adel in der Moderne, S. 19, 163 (der „Adel sei „privatisiert“ worden).

1952 ermöglichte einen Neuanfang, indem es nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit einen finanziellen Ausgleich zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung leistete.¹⁸⁸¹ 1960 hatte sich Hans von Lehdorff in einem Zeitungsartikel mit dem Titel „Die Heimat – ein von Gott anvertrautes Pfand“ zu seinem Verhältnis zu Ostpreußen geäußert. „Geht es Ihnen nicht auch so, dass Sie eine heilige Scheu davor empfinden, mit einzustimmen in den lauten Chor derer, die jede Mitverantwortung an dem, was das Hitlerdeutschland in der Welt angerichtet hat, einfach leugnen und behaupten, uns – und nur uns – sei bitteres Unrecht geschehen? Dazu ist mir meine Heimat einfach zu schade. Ich sehe sie nicht als meinen Besitz an, mit dem ich nach eigenem Ermessen umspringen kann, sondern als ein mir von Gott anvertrautes Pfand, für das ich ihm Rechenschaft schuldig bin. Unsere Väter waren bescheidene Leute, die sich ihrer Verantwortung bewusst waren. Zu unserer Zeit aber hat man das Maul aufgerissen und sich hinweggesetzt über alle Grenzen, die einem christlich orientierten Volk geboten sind. Ein Barbarenvolk kann sich so etwas vielleicht ungestraft leisten. Bei uns ist das nicht denkbar. Es war durchaus kein ‚blindes Schicksal‘, was in der Gestalt des Dritten Reiches sich austobte – diese oft gehörte These ist töricht und gefährlich –, sondern jeder hat zu seinem kleineren oder größeren Teil dazu beigetragen, dass alles überhaupt so weit kommen konnte. Das muss erst begriffen werden, wenn wir ein richtiges Verhältnis zur verlorenen Heimat wiedergewinnen wollen.“¹⁸⁸²

Bei seinem Besuch im Dezember 1976 begegnet er dem (unbenannten) Professor, der in der Grabkapelle in Steinort ein Bild der Familie gefunden hatte. „Das Bild hing bei ihm an der Wand, es besteht aus zwei Brettern, links der Cruzifixus, rechts der Auferstandene. Unter dem Kreuz knien zwei weiß gekleidete Kinder mit dem Blick auf den Auferstehenden, Ende des XVI. Jahrhunderts gemalt, wahrscheinlich nach dem Tode von Zwillingen in der Familie. Es war, als er es fand, fast nichts mehr darauf zu sehen, jetzt aber gut restauriert und sehr deutlich, auch in den Farben! Man kann es nicht mitnehmen, da Polen nach fast totaler Ausräuberung natürlich alles, was mit Kunst zu tun hat, zurückhält. Es hat aber dort einen sehr guten Platz.“¹⁸⁸³

¹⁸⁸¹ Vgl. Wiegand, Lutz, Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985, Frankfurt a. M. 1992, S. 1.

¹⁸⁸² Evangelisches Landesarchiv in Berlin (ELAB), 55.1/381 (Ostkirchliche Information. Dokumente).

¹⁸⁸³ EZA, 614/237, n. f.

Quellen und Literatur

Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), MfS Sekr. Neiber, Nr. 803

Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA)
Pr. Br. Rep. 37 Marwitz-Friedersdorf Nr. 29612
Rep. 15 C Eberswalde 74; C Berlin II 6030

Bundesarchiv (BArch) Berlin
NS 6/9; NS 6/10; NS 19/1447; NS 19/4015
R 58/3197; R 58 /5852
Document Center, NSDAP-Mitgliederkartei

Bundesarchiv (BArch) Freiburg
MSG 109/10864
N 184/3; N 813-3; N 2006-15
R 43 II/638a

Bundesarchiv (BArch) Koblenz
N 1024/38, N/1333/32

Evangelisches Landesarchiv in Berlin (ELAB), 55.1/381

Evangelisches Zentralarchiv (EZA), 7/19141; 7/19142; 7/19201; 7/19796; 7/3522; 182/3224; 507/2037; 507/2043; 507/2047; 507/2049; 507/2050; 507/2052; 507/2058; 507/73242; 507/5219; 507/5220; 614/237

Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW), Materialsammlung Lehdorff

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (GStA PK)
BPH, Rep. 192 Nachlass Ritz, Johann Friedrich, Nr. 1249; BPH, Rep. 51 J Nrn. 369, 509 b, Bd. 23; BPH, Rep. 60 II Nr. 53
I. HA GR, Rep. 66, Nrn. 51, 54
I. HA, Rep. 7, Nr. 13, I Lit. L Paket 498, Nr. 15
I. HA, Rep. 76 Va Sekt. 2 Tit. XIX Nr. 32; Rep. 76 Ve Sekt. 2 Tit. III Nr. 4
I. HA, Rep. 76 VII neu Sekt. 3 A Teil IV, Nr. 10
I. HA, Rep. 77 B, Nrn. 42, 673, 680, 708
I. HA, Rep. 81 Gesandtschaften/London, Nr. 242
I. HA, Rep. 84 a, Nrn. 44304, 45150, 45151, 45822
I. HA, Rep. 87 A, Nrn. 365, 370
I. HA, Rep. 87 B, Nr. 17639
I. HA, Rep. 89, Nrn. 1682, 15609
I. HA, Rep. 92 Nachlass Gustav Schmoller, Nr. 229
I. HA, Rep. 93 B, Nr. 3167 ff.
I. HA, Rep. 151 I, A Nr. 6395
I. HA, Rep. 151 II, Nr. 2299
I. HA, Rep. 178, Nrn. 484, 1047, 1048
I. HA, Rep. 203, Nrn. 47, 65, 353, 399, Nr. 412, 415, 473, 496, 526, 550
I. HA, Rep. 224 F, Karton Nr. 12; Karton 76: Wilhelm Matull, Originale und Originelles. Ostpreußen in Anekdoten und Histörchen ... 1958–1972 (nach einer Aufzeichnung Carl von Lorcks)
I. HA, Rep. 246, Karton 14: Mappe: Archivbestände im Oblast Kaliningrad und Vilnius
III. HA MdA, I, Nr. 6290
IV. HA, Rep. 7 Nr. 6733
VI. HA, Familienarchiv v. Lehdorff
VI. HA, Nachlass Friedrich Wilhelm III. von Preußen, B. V. b. Nr. 5
VI. HA, Nachlass Alexander zu Dohna-Schlobitten, Nr. V
VI. HA, Nachlass Wolfgang Kapp, Nr. 96
VI. HA, Nachlass Adolf Stoecker, Nrn. 30, 69
VI. HA, Nachlass Bethel Henry Strousberg
VI. HA, Nachlass Alfred von Waldersee, B I Nr. 31
VI. HA, Nachlass Wrangel, Nr. 32
VI. HA, Nachlass Karl Ludwig Zitelmann, Nr. 107
VIII. HA, C Nr. 31, Bde. 4, 14
XX. HA, Adelsarchiv, Nr. 662, Bde. 1, 2
XX. HA, EM 4a, Nr. 64; EM 4 t, Nr. 13; EM 4 u, Nrn. 5 g, 12, Bd. 2; EM 19 c I, Nr. 261; EM 19 c III, Nr. 15; EM 23 c, Nr. 8; EM 32 d2 P, Nr. 38; EM 42 a, Nrn. 4, 214; EM 53 i, Nr. 36; EM 61 c1, Nr. 132; EM 61 d, Nr. 320; EM 61 f, Nrn. 110, 279; EM 87 d, Nrn. 17, 66; EM 88 e, Nrn. 19, 24; EM 98 b Nr. 2; EM 103 d, Nrn. 186 bis 188, 1084, 1090; EM, Nr. 386; EM 103 j, Nr. 253; EM, Abt. 2 b Adel Nr. 72
XX. HA, Ostpr. Fol., Nrn. 133, 921, 924, 925, 15200
XX. HA, Rep. 2 I, Tit. 23, Nrn. 10 bis 12, Nrn. 579 bis 581; Rep. 2 I, Tit. 34, Nr. 9; Rep. 2 I, Tit. 37 Nr. 10; Rep. 2 I, Tit. 40, Nrn. 2, 10, 15; Rep. 2 II, Nr. 8, Nr. 1928; Rep. 2 II, Nr. 1928/2; Rep. 2 II, Nr. 2998/1; Rep. 2 II Nr. 3496
XX. HA, Rep. 54 Gutsarchiv Lehdorff-Steinort, Nr. 1 bis 3, 5, 6, 9 bis 14, 17, 18, 21, 23, 25 bis 28, 34, 37, 43, 50 bis 52, 54, 60, 63, 64, 66, 72, 76, 89, 92 bis 94, 97, 118 bis 120, 126, 127, 130, 132, 133, 136 bis 139, 141, 142, 156, 172, 184, 186, 188, 195, 197, 198, 215 bis 257, 272, 279, 282, 283, 285, 294, 295, 301, 303, 305 bis 307, 312, 315 bis 318, 320, 328, 337, 338, 354, 374, 397 bis 399, 402, 403, 406, 412, 414, 416, 418 bis 426, 430/1, 430/2, 431, 440, 445, 447, 449, 462 bis 464, 469, 470, 480 bis 482, 484, 486, 491, 515, 520, 554 bis 557, 587, 588, 591 bis 593, 596, 598, 599, 608, 610, 614, 616, 622, 649, 652, 654, 657, 670, 677, 678, 682 bis 703, 714, 720, 730, 732 bis 735, 740, 744, 747, 751, 757, 768, 775 bis 777, 779, 813, 819 bis 821, 852, 855 bis 858, 861, 866, 874, 875, 880, 895, 901, 907

XX. HA, Rep. 127, Nrn. 40, 10 ff.
XX. HA, Rep. 240, Nrn. 40, 40 a, 40 b
XX. HA, Rep. 300 Nachlass Lotte Esau; Nachlass Mühlpfordt Nm.2, 4

Hauptstaatsarchiv Dresden (HStA Dresden), Bestand 12884 Karten und Risse, Schr 000, F 184, Nr. 034–044 / abgegeben an das Staatsarchiv Leipzig

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, DSHI 100 Ropp, von der, 005

Knobloch, Hans-Heinrich von, Familienbriefe

Landesarchiv Berlin (LA Berlin)
A Pr. Br. Rep. 030–02–01, Nr. 105; A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 12960
A Rep. 010–01–02, Nrn. 2573, 5099; A Rep. 358–02, Nrn. 85887, 157319

Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, RW 0034 Nr. 5

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Staatsarchiv Leipzig (StA L)
Bestand 21950 Familienarchiv Lehndorff, Nrn. 13, 19, 20, 22, 27, 29, 31, 35, 36, 38, 40, 41, 45, 46, 49 bis 55, 57, 64, 67 bis 69, 70, bis 72, 74, 76 bis 95, 98, 101 bis 107, 109, 111 bis 114, 118, 134, 152, 197 bis 200, 202, 204, 205, 211 bis 213, 218, 220, 221, 231 bis 238, 240, 249, 252 bis 255, 257, 259, 261 bis 267, 269, 270, 272 bis 274, 285 bis 287, 292, 296, 298 bis 300, 302, 304, 312, 315, 316, 320, 321, 329, 330, 331, 333, 335 bis 337, 339 bis 341, 347, 350, 354, 356, 360, 362, 368, 370, 374, 377 bis 379, 387, 379, 380, 382, 383, 385 bis 389, 391, 393, 394 bis 397, 417, 419, 428, 429, 431, 432, 434, 435, 437, 440, 441, 455, 459, 462, 463, 471, 476 bis 479, 481, 486, 489, 492, 496, 498, 500, 501, 505 bis 508, 511 bis 513, 518, 525, 527
Bestand 22179, Ma 23070

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Staatsarchiv Leipzig (StA L), Zentralstelle für Genealogie, Bestand 21942, Sammlung Leichenpredigten, Nr. A 5388, 5888

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Staatsarchiv Magdeburg (StA Magdeburg), E 130 George Adalbert von Mülverstedt, Nr. 36/1.
Staatsarchiv Olsztyn [Archiwum Państwowe w Olsztynie] (APO), Bestand 382 Familienarchiv Lehndorff, Nr. 2 bis 4, 11, 13, 15, 17 bis 26, 30, 33 bis 41, 43, 48, 49, 58, 61 bis 77, 79 bis 96, 113, 117, 118, 148, 152, 156, 164, 167, 168, 171, 173, 198, 220, 225, 230, 262, 264 bis 271, 275, 278, 283, 291, 294 bis 296, 299, 300, 303, 304, 308, 314, 315, 317, 318, 320, 321, 323, 325, 327, 331 bis 333, 335, 336, 338, 339, 342, 346, 357, 367, 374, 392, 399, 401, 407, 412, 413, 432, 454, 460, 461, 465, 472, 476, 481, 484 bis 489, 492, 494, 495, 496, 501, 506, 511, 513 bis 515, 518, 520 bis 522, 529, 539, 540, 542, 543, 545, 547, 567, 568, 570 bis 572, 575 bis 581, 583 bis 596, 599 bis 604, 615, 616, 618, 621 bis 624, 626, 627, 632, 653, 632, 636, 640 bis 644, 750

Absolon, Rudolf, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. 3, Boppard a. Th. 1975
Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert. Bd. 1 und 3, bearb. von Gustav Schmoller, Berlin 1894, 1901
Adels- und Salonblatt 1892, 1900, 1911
Amtsblatt-Verfügung der Regierung zu Gumbinnen, 1880
Angerburger Kreisblatt, 1884/1885
Angerburger Landschulen. Dokumentation über die 77 Dorfschulen im Kreis Angerburg/Ostpreußen, Angerburg 1983
Armee-Verordnungsblatt, 1905
Arnaud, Patrice Arnaud (†), Die Französische Zwangsarbeit im Reichseinsatz. Working Paper Series A | No. 11, https://www.historiker-kommission-reichsarbeitsministerium.de/sites/default/files/inline-files/Working%20Paper%20UHK%20A11_Arnaud_0.pdf
Asch, Ronald G., Ständische Stellung und Selbstverständnis des Adels im 17. und 18. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.), Der europäische Adel im Ancien Régime: Von der Krise der ständischen Monarchien bis zur Revolution (ca. 1600–1789), Köln/Weimar/Wien 2011, S. 3–47
Asch, Ronald G., Zwischen defensiver Legitimation und kultureller Hegemonie. Strategien adliger Selbstbehauptung in der frühen Neuzeit: <http://www.zeitenblicke.de/2005/2/Asch>
Aus 50 Jahren. Erinnerungen, Tagebücher und Briefe aus dem Nachlass des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld, Berlin 1923
Aus dem Nachlasse des Friedrich August v. d. Marwitz auf Friedersdorf, Bd. 2, Berlin 1832
Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen Theodor von Schön, Bd. 1, Halle 1875
Aus der Franzosenzeit. Ergänzungen zu den Briefen und Aktenstücken zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III. vorzugsweise aus dem Nachlass von F. A. Stagemann hrsg. von Franz Rühl, Leipzig 1904
Ausstellung zur Jahrhundertfeier der Erhebung Ostpreußens im Jahr 1813, Königsberg 1913
Babel, Rainer/Paravicini, Werner (Hrsg.), Grand Tour. Adlige Reisen und Europäische Kultur vom 14. bis zum 18. Jahrhundert, Ostfildern 2005
Baczko, Ludwig von, Versuch einer Geschichte und Beschreibung von Königsberg. Königsberg 1804
Bartoś, Magdalena, Lehndorffowie – władcy „Wielkiej guszy nad jeziorem“, in: Studia Angerburgica 2 (1997), S. 45–51
Batocki, Tortilowicz von/Schack, Gerhard, Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsgelegenheit, Jena 1929
Baumgart, Winfried/Stone, James (Hrsg.), Heinrich VII. Prinz Reuß. Botschafter unter Bismarck und Caprivi. Briefwechsel 1871–1894, Berlin 2015
Beiträge zur Kunde Preußens, Bd. 5, Königsberg 1822
Belke, Hans-Jürgen, Die preußische Regierung zu Königsberg 1808–1850, Köln 1976
Beneckendorff, Karl Friedrich, Oeconomia Forensis oder kurzer Inbegriff derjenigen landwirtschaftlichen Wahrheiten, welche allen sowohl hohen als niedrigen Gerichts-Personen zu wissen nöthig, Bd. 5, Berlin 1779
Berdahl, Robert M., Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: Puhle, Hans-Jürgen/Wehler, Hans-Ulrich, (Hrsg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 123–145 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6)
Bericht des Konservators der Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen über seine Tätigkeit vom 1. Dezember 1904 bis 30. November 1905 an die Provinzialkommission zur Erforschung und zum Schutze der Denkmäler in der Provinz Ostpreußen (4. Jahresbericht), Königsberg 1906
(6. Jahresbericht), Königsberg 1908

- (14. Jahresbericht), Königsberg 1916
 (19. bis 23. Jahresbericht), Königsberg 1925
 (24. Jahresbericht), Königsberg 1926
 (25. Jahresbericht), Königsberg 1927
 Bethge, Eberhard, Dietrich Bonhoeffer, München 1970
 Bezzenberger, Adalbert, Ostpreußen in der Franzosenzeit. Seine Verluste und Opfer an Gut und Blut, Königsberg 1913
 Bezzenberger, Adalbert, Urkunden des Provinzialarchivs in Königsberg und des Gräflich Dohnaschen Majoratsarchiv in Schlobitten betreffend die Erhebung Ostpreußens im Jahre 1813 und die Errichtung der Landwehr, Königsberg 1894
 Białuński, Grzegorz, Bevölkerung und Siedlung im ordensstaatlichen und herzoglichen Preußen im Gebiet der „Großen Wildnis“ bis 1568. Aus dem Polnischen übersetzt von Michael G. Esch, Hamburg 2009 (Sonderschriften des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen, 109)
 Biewer, Ludwig, Die Lage Ostpreußens 1918 und 1919. Gedanken des Diplomaten Rudolf Nadolny zur politischen Gliederung des Deutschen Reiches, in: Preußenland 22 (1984), S. 53–60
 Blasius, Dirk, Ehescheidung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992
 Bloech, Hans, Ostpreußens Landwirtschaft, o. O. [1955]
 Böhme, Karl, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse in Ostpreußen während der Reformzeit von 1770 bis 1830. Gefertigt nach den Akten der Gutsarchive zu Angerapp und Gr. Steinort, Leipzig 1902 (Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, 20, 3).
 Böhmer, Dietmar, Die Volksabstimmung 1920. Voraussetzungen, Verlauf und Folgen, in: Preußenland 38 (2000), S. 33–38
 Bölling, Rainer, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918–1933, Göttingen 1978, S. 75 f. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 3)
 Bömelburg, Hans-Jürgen, Die Tradition einer multinationalen Reichsgeschichte in Mitteleuropa. Historiographische Konzepte gegenüber Altem Reich und Polen-Litauen sowie komparatistische Perspektiven, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 53/3 (2004), S. 318–350
 Bömelburg, Hans-Jürgen, Forschungen zur Ständegeschichte des östlichen Europa: <http://www.zeitenblicke.de/2007/2/boemelburg>
 Bömelburg, Hans-Jürgen, Friedrich II. zwischen Deutschland und Polen. Ereignis- und Erinnerungsgeschichte, Stuttgart 2011
 Bömelburg, Hans-Jürgen, Landesherrliche und dezentral-ständische Reformen – zwei Modernisierungspfade im Preußenland des 18. Jahrhunderts, in: Weber, Matthias (Hrsg.), Preußen in Ostmitteleuropa. Geschichte und Geschichtsverständnis, München 2003, S. 93–112
 Bömelburg, Hans-Jürgen, Reformierte Eliten im Preußenland. Religion, Politik und Loyalitäten in der Familie Dohna (1560–1660), in: Archiv für Reformationsgeschichte 95 (2004), S. 210–239.
 Bookmann, Hartmut, Ostpreußen und Westpreußen, Berlin 1992 (Deutsche Geschichte im Osten Europas)
 Borowski, Ludwig Ernst von, Über D. Georg Christoph Pisanski. Leben, Charakter und Schriften. Vorrede zu Georg Christoph Pisanski: Entwurf der Preußischen Litterärsgeschichte. Ältere Geschichte vom ersten Beginnen gelehrter Kenntnisse in Preußen an bis zum Anfange des siebzehnten Jahrhunderts, Königsberg 1791
 Bötticher, Adolf (Bearb.), Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen, Heft VI: Masuren, Königsberg 1896
 Brakelmann, Günther, Hellmuth James von Moltke 1807–1945, München 2007
 Brandes, Detlev, Der Weg zur Vertreibung. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2001.
 Braummüller, Bernd und Ingrid, Angerburger Landschulen. Dokumentation über die 77 Dorfschulen im Kreis Angerburg/Ostpr., Angerburg 1983
 Braummüller, Bernhard, Angerburg von A–Z. Ein Nachschlagewerk über den Kreis Angerburg, 4. Aufl., Rotenburg (Wümme) 2008
 Braun, Hermann, Ostpreußische Kriegserlebnisse, Angerburg 1915
 Braun, Otto, Die Sozialdemokratie in Ostpreußen, in: Sozialistische Monatshefte. Internationale Revue des Sozialismus 2 (1898), S. 303–309
 Brehm, Johannes, Entwicklung der evangelischen Volksschule in Masuren im Rahmen der Gesamt-Entwicklung der preußischen Volksschule, Biella 1914
 Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III. vorzugsweise aus dem Nachlass von F. A. Stägemann hrsg. von Franz Rühl, Bd. 1, Leipzig 1899
 Briefwechsel von Immanuel Kant, in 3 Bänden hrsg. von H. E. Fischer, München 1913, Bd. 3 (Bibliothek der Philosophen, 7)
 Brünneck, Magnus von, Denkschrift über den Stand der sozialen Verhältnisse auf dem Lande, in: Herre, Paul, Von Preußens Befreiungs- und Verfassungskampf. Aus den Papieren des Oberburggrafen von Brünneck, Berlin 1914, S. 465–473
 Brunner, Reinhold, Die Stellung des ostelbischen Adels zu Kultur, Wissenschaft und Kunst am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Adamy, Kurt/Hübner, Kristina (Hrsg.), Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert. Ein historischer Vergleich, Berlin 1996, S. 167–183
 Buchsteiner, Ilona, Großgrundbesitz in Pommern 1871–1914, Berlin 1993
 Budapester Chronik. Illustrierte Zeitschrift vom 25. April 1882
 Buhl, Dieter (Hrsg.), Marion Gräfin Dönhoff. Wie Freunde und Weggefährten sie erlebten, Hamburg 2006
 Bujack, Georg, Das erste Triennium des Comités der Ostpreußischen und Litauischen Stände, Königsberg 1887, Nachtrag, Königsberg 1887
 Bujack, Georg, Das Kommissorium der Landesdeputierten der Provinz Preußen und Litauen, Königsberg 1869
 Bujack, Georg, Die Publikationen des Archivs des Provinzial-Verbandes im Landeshause zu Königsberg, in: Sitzungsberichte der Altertumsgesellschaft Prussia zu Königsberg i. Pr. 46 (1890/91), S. 91–101
 Bujack, Georg, Zum Andenken an die Mitglieder des Königsberger Landtags im Februar 1813, an die Ostpreußischen Landwehr-Bataillone und das Ostpreußische National-Cavallerie-Regiment anno 1813 und 1814, Königsberg 1890
 Bülow, Bernhard Fürst von, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, Berlin 1930
 Bülow, Paula von, Aus verklungenen Tagen, Leipzig 1925
 Burggraf Dohna und andere Gutsbesitzer des Mohrungenschen Kreises an Friedrich Wilhelm III., 17. November 18808, in: Scheel, Heinrich/Schmidt, Doris (Hrsg.), Das Reformministerium Stein. Akten zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte aus den Jahren 1807/08, Berlin 1968, Nr. 315
 Burhop, Carsten, Die Kreditbanken in der Gründerzeit, München 2004
 Carsten, Francis L., Geschichte der preußischen Junker, Frankfurt a. M. 1987
 Clark, Christopher, Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, München 2006
 Cludius, Carl Eduard, Der Plan von Goethes Faust, Bremen 1887
 Conrad, J., IX. Agrarstatistische Untersuchungen. VI. Der Großgrundbesitz in Ostpreußen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Dritte Folge, Zweiter Band, Jena 1891
 Conrad, Johannes, Die Fideikommisse in den östlichen Provinzen Preußens, in: Festschrift Georg Hanssen, Tübingen 1889, S. 259–300
 Conze, Eckart, Aufstand des preußischen Adels. Marion Gräfin Dönhoff und das Bild des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 483–508

Conze, Eckart, Deutscher Adel im 20. Jahrhundert, Forschungsperspektiven eines zeithistorischen Feldes, in: Schulz, Günther/Denzel, Markus A. (Hrsg.), Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2002 und 2003, St. Katharinen 2004, S. 17–34 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, 26)

Chronik der evangelischen Kirchengemeinde Rhein in Ostpreußen, Königsberg 1904

Conze, Eckart/Wienfort, Monika, Einleitung. Themen und Perspektiven historischer Adelforschung zum 19. und 20. Jahrhundert, in: Dies. (Hrsg.), Adel und Moderne. Deutschland und Europa im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, Köln u. a. 2004, S. 1–16

Conze, Eckhart, Von deutschem Adel. Die Grafen Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert, Stuttgart/München 2000

Czygan, Paul, Das Preußische National-Cavallerie-Regiment. Königsberg und die Provinz 1813, Königsberg 1914

Darré, Walther, Neuadel aus Blut und Boden, München 1930

Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand, hrsg. von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher, Berlin/Frankfurt a. M. 1954

Das Kirchspiel Rosengarten, in: Angerburger Heimatbrief H. 69, 1973, S. 10–22

Das Pestjahr 1709–10 in Preußen. Ein Gegenstück zum Cholerajahr, in: Altpreußische Monatsschrift 21 (1884), S. 485–507

Das Tagebuch der Baronin von Spitzemberg, geb. Frein von Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreichs, hrsg. von Rudolf Vierhaus, 3. Aufl., Göttingen 1963

Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Königl. Preuß. Generals von der Infanterie Freiherrn de la Motte Fouque ..., T. 1, Berlin 1788

Der Regierungs-Bezirk Gumbinnen nach seiner Lage, Begränzung, Größe, Bevölkerung und Eintheilung, Gumbinnen 1818

Deutsches Adelsblatt 1893, 1900, 1929

Deutsches Adelsblatt. Mitteilungsblatt der Vereinigung der Deutschen Adelsverbände 1966

Die Briefe Friedrich Wilhelms II. an den Kammerherrn Grafen E. A. H. von Lehndorff, in: Masovia 3 (1897), S. 41–44

„Ein Brief über den Notstand in Ostpreußen“, in: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur, Bd.1, Leipzig 1868, S. 401–417

Die Eulenburgs. Ein ostpreußisches Geschlecht, zusammengestellt von Siegfried Graf zu Eulenburg-Wicken, Lindau 1948

Die Grundsteinlegung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, in: Daheim, 27. Jg., 1891, Nr. 27

Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Anderen Deutschland, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988 (Deutscher Widerstand 1933–1945. Zeitzegen und Analysen, hrsg. von Karl Otmar von Aretin, Ger van Roon, Hans Mommsen)

Die ländliche Verschuldung in Preußen, 3 Teile (Preußische Statistik, H. 191), Berlin 1905–1908

Die Rede Himmels vor den Gauleitern am 3. August 1944, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 4,1 (1953), S. 357–394

Die Schroettische Chronik aus Wohnsdorf, hrsg. von Carl von Lorck unter Mitwirkung von Johann Georg von Rappard, Limburg/Lahn 1969

Dipper, Christof, Adelsliberalismus in Deutschland, in: Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 172–192 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 79)

Dodo Freiherr von und zu Knyphausen, Eigentümer des Gutes Görlitz, in: Grenz, Rudolf, Der Kreis Rastenburg. Ein ostpreußisches Dokumentarwerk, Marburg/Lahn 1975, S. 152 f.

Dohna, Alexander Fürst zu, Der ostelbische Junker, in: Neuer Hannoverscher Kurier, 20. November 1945

Dohna, Lothar Graf zu, Die Dohnas und ihre Häuser, 2 Bde., Göttingen 2013

Dohna, Lothar Graf zu, Vom Kirchenkampf zum Widerstand. Probleme der Widerstandsforschung im Brennspiegel einer Fallstudie, in: Melville, Ralph u. a. (Hrsg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit. Festschrift für Ottmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag, 2. Halbbd., Stuttgart 1988, S. 857–879

Dohna-Schlobitten, Alexander Fürst zu, Erinnerungen eines alten Ostpreußen, München 1989, 6. Aufl., Würzburg 2014

Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 2, 2, Wiesbaden 1963

Dönhoff, August Friedrich Philipp Reichsgraf, Königsberg und Ostpreußen zu Anfang 1813. Ein Tagebuch vom 1. Januar bis 25. Februar 1813, hrsg. von Maximilian Schultze, Berlin 1901 (Bausteine zur preußischen Geschichte, 1, 2).

Dönhoff, Friedrich, Die Welt ist so, wie man sie sieht. Erinnerungen an Marion Dönhoff, Zürich 2012

Dönhoff, Marion Gräfin, Kindheit in Ostpreußen, München 1998

Dönhoff, Marion Gräfin, Namen die keiner mehr nennt, 38. Aufl., München 2003

Dönhoff, Marion Gräfin, Bemerkungen zur Geschichte Ostpreußens, in: Eulenburg, Adelheid Gräfin/Engels, Hans, Ostpreußische Gutshäuser in Polen. Gegenwart und Erinnerung, 2. überarb. Aufl., München 1995, S. 9–12

Dönhoff, Marion Gräfin, Heinrich Graf Lehndorff. Leben und Sterben eines ostpreußischen Edelmannes, in: Dauer im Wandel. Festschrift zum 70. Geburtstag von Carl Burckhardt, München 1961, S. 114–122

Dönhoff, Marion Gräfin, Kindheit in Ostpreußen, Berlin 1988

Dönhoff, Marion Gräfin, Um der Ehre willen. Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli, Berlin 1994

Dönhoff, Tatjana Gräfin von, Weit ist der Weg nach Westen. Auf der Fluchtroute von Marion Gräfin Dönhoff, Berlin 2004

Dr. George Christoph Pisanski's Selbstbiographie, mitgeteilt von dem Oberbürgermeister Horn, Königsberg, in: Preußisches Archiv 7 (1825), S. 415–462

Ehemaliges Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten der Oder-Neiße. Eine Dokumentation, Augsburg 1993

Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen 1945–1947. Aufzeichnungen von Hans Graf von Lehndorff, Bonn 1960 (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Beiheft 3).

Ekdahl, Sven, Die Schlacht bei Tannenberg. Quellenkritische Untersuchungen, Berlin 1982

Elfte Nachricht über das Masurische Erziehungshaus in Loetzen pro 1891 und 1892. Zugleich ein Rückblick auf die 25jährige Entwicklung der Anstalt von 1868–1893, Oberhausen 1893

Enders, Liselott, Grundherrschaft und Gutswirtschaft. Zur Agrarverfassung der frühneuzeitlichen Altmark, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 55 (2007), H. 1, S. 95–112

Erger, Johannes, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Düsseldorf 1967

Exler, Annegret, Wo einst der Adel wandelte. Fräuleinstift Barth – einzige schwedische Stiftung auf deutschem Boden, in: Welt-Kultur-Erbe 1 (2011), S. 72–73

Externbrinck, Sven (Hrsg.), Der Siebenjährige Krieg. Ein europäischer Weltkrieg im Zeitalter der Aufklärung, Berlin 2011

Falter, Jürgen W./Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986

Fauck, Walter, Zur Entstehungsgeschichte der sogenannten „Baugesellschaft Eigenhaus“: <https://www.kultur-ring.org/kulturnews.php?artikel=830>

Feydt, Wilhelm, Der Einfluss der ostpreußischen Eisenbahnen auf die städtischen und einige andere Siedlungen, in: Altpreußische Monatsschrift 41 (1904), S. 423–530, 42 (1905), S. 1–81

Finck von Finckenstein, Hans Wolfgang, Graf, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800–1930, Würzburg 1960 (Aus dem Göttinger Arbeitskreis, 222).

Fliegende Blätter 1866

- Foelsch, Thorsten, Schlodien & Carwinden. Zwei Schlösser in Ostpreußen und die Burggrafen und Grafen zu Dohna, Groß Gottschow 2014
- Fontane, Theodor, Wanderungen durch die Mark Brandenburg, Spreeland, in: Werke, Schriften und Briefen, Bd. 2, München 1977
- Forstreuter, Kurt, Carl von Lorck (Schleswig 29. August 1892 – München 6. Juni 1975), in: Preußenland. Mitteilungen der Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung und aus den Archiven der Stiftung Preußischer Kulturbesitz 14 (1976), S. 58 f.
- Frank, Karl Friedrich von, Standeserhebungen und Gnadenakte für das Deutsche Reich und die Österreichischen Erblande bis 1806, Bd. 3, Schloss Senftenegg 1972.
- Frie, Ewald, Adel um 1800. Obenbleiben? <http://www.zeitenblicke.de/2005/3/Frie>
- Frie, Ewald, Friedrich August Ludwig von der Marwitz 1777–1837. Biographie eines Preußen, Paderborn u. a. 2001
- Frie, Ewald, Generalleutnant August von der Marwitz. Militär, Gesellschaft und der Krieg, in: Heidenreich, Bernd/Kroll, Frank-Lothar (Hrsg.), Macht- oder Kulturstaat? Preußen ohne Legende, Berlin 2002, S. 55–66
- Friedrich August Ludwig von der Marwitz. Ein märkischer Edelmann im Zeitalter der Befreiungskriege, hrsg. von Friedrich Meusel, Bd. 1: Lebensbeschreibung, Bd. 2/1: Tagebücher, politische Schriften und Briefe, Berlin 1908
- Friedrich der Große. Die politischen Testamente. Übersetzt von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. Mit einer Einführung von Gustav Berthold Volz, 2. Aufl., München 1936
- Funck, Marcus, Schick und Chance. Der preußische Militäradel in der Weimarer Republik zwischen Stand und Profession, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Adel und Bürgertum in Deutschland, Bd. 2, Berlin 2001, S. 127–171
- Funck, Marcus, Vom Höfling zum soldatischen Mann. Varianten und Umwandlungen adeliger Männlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Eckart, Conze/Wienfort, Monika (Hrsg.), Adel und Moderne, Köln/Wien 2004, S. 205–235
- Funck, Marcus/Malinowski, Stephan, „Charakter ist alles!“ Erziehungsideale und Erziehungspraktiken in deutschen Adelsfamilien des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 6 (2000), S. 71–91
- Funck, Marcus/Malinowski, Stephan, Geschichte von oben. Autobiographien als Quelle einer Sozial- und Kulturgeschichte des deutschen Adels in Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Historische Anthropologie 7 (1999), S. 236–270
- Fürstenberg, Johanna, Die Klatschgespräche in Theodor Fontanes Gesellschaftsromanen. Eine Analyse von ‚L’Adultera‘ und ‚Effi Briest‘, Hamburg 2011
- Gall, Lothar, Adel, Verein und städtisches Bürgertum, in: Fehrenbach, Elisabeth (Hrsg.), Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848, München 1994, S. 29–43 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 31)
- Gause, Fritz, Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. 3, Köln 1971
- Gause, Fritz, Die Russen in Ostpreußen 1914/15, Königsberg 1931
- Gause, Fritz, Neue Ortsnamen in Ostpreußen seit 1800, Königsberg 1935
- Gayl, Wilhelm von, Ostpreußen unter fremden Flaggen, Königsberg 1940
- Gentsch, Dietlind, Starthilfe für einen Reichsgrafen. Aus dem Archiv der Familie von Lehndorff auf Steinort, in: Sächsisches Archivblatt 2 (2002), S. 16 f.
- Georgine. Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung. Amtsblatt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, 1932
- Georgine. Zeitschrift der Landesbauernschaft Ostpreußen, 1914, 1932
- Gerlach, Otto, Die Landarbeiterverhältnisse in der Provinz Ostpreußen, Berlin 1922, S. 32
- Gesetz-Sammlung 1838, 1843, 1861, 1867, 1870, 1893, 1919
- Gierke, Otto von, Art. Familienfideikommiss, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 3, Jena 1892, S. 104–116
- Glagau, Otto, Der Börsen- und Gründungs-Schwindel in Berlin, Leipzig 1877
- Goldbeck, Johann Friedrich (Hrsg.), Vollständige Topographie des Königreichs Preußen. Erster Teil, welcher die Topographie von Ost-Preußen enthält, Königsberg/Leipzig 1785
- Gollwitzer, Heinz, Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918, Stuttgart 1957
- Goltz, Theodor von der, Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich, Berlin 1875
- Goltz-Kallen, Freifrau von der, Aus der Arbeit des Vaterländischen Frauenvereins in dem Abstimmungsgebiet Pillau, in: Neue Zeiten, Berlin 1920, S. 133–136
- Görlitz, Walter, Die Junker. Adel und Bauern im deutschen Osten, Limburg 1957
- Gornung, Gilbert, Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung, Bonn 1991
- Göse, Frank, Zum Verhältnis von landadeliger Sozialisation zu adliger Militärkarriere. Das Beispiel Preußen und Österreich im ausgehenden 17. und 18. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 109 (2001), S. 118–135
- Göse, Frank, Zwischen Garnison und Rittergut. Aspekte der Verknüpfung von Adelsforschung und Militärgeschichte am Beispiel Brandenburg-Preußens, in: Pröve, Ralf (Hrsg.), Klio in Uniform? Probleme und Perspektiven einer modernen Militärgeschichte der frühen Neuzeit, Köln 1997, S. 109–14
- Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Gräflichen Häuser, Gotha 1904
- Graf Siegfried Lehndorff †, in: Sankt Georg. Zeitschrift für Pferdesport und Pferdezucht 57 (1956), Nr. 3, S. 2–3
- Gresch, Eberhard, Im Blickpunkt der Geschichte der Reformation: Evangelisch-Reformierte in (Ost-)Preußen. Rundbrief der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e. V., Nr. 1/2011, S. 1–32
- Grigat, Fritz, Besiedelung des Mauerseegebiets im Rahmen der Kolonisation Ostpreußens, Königsberg 1932 (Heimatsforschung aus Ostpreußens Mauerseegebiet, 4)
- Gritzner, Ad. Maximilian Ferd[inand], Chronologische Matrikel der Brandenburgisch-Preußischen Standeserhebungen und Gnadenacte, Berlin 1874
- Groeben, Klaus von der, Das Land Ostpreußen. Selbsterhaltung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung 1750 bis 1945, Kiel 1993 (Quellen zur Verwaltungsgeschichte, 7)
- Grommelt, Carl/Mertens, Christine von, Das Dohnasche Schloß Schlobitten in Ostpreußen, unter Mitwirkung von Alexander Fürst zu Dohna, Lothar Graf zu Dohna und Christian Krollmann, Stuttgart 1962 (Bau- und Kunstdenkmäler des deutschen Ostens, Reihe B [Ostpreußen], 5).
- Hackmann, Jörg, Liegt Preußen ostwärts? Ein Rückblick auf die historische Literatur des neuen ‚Preußenjahres‘ 2001 in Deutschland, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 53/1 (2004), S. 99–117
- Hadler, Frank/Middell, Matthias, Auf dem Weg zu einer transnationalen Geschichte Ostmitteleuropas, in: Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsgeschichte 20 (2010) H. 1/2, S. 8–29
- Haedicke, Dorothee, Königin Luise von Preußen. Reisen, Aufenthalte und Entscheidungen in Ost- und Westpreußen, in: Westpreußen-Jahrbuch 47 (1997), S. 41–61
- Hahn von Burgsdorff, Clemens Graf, Das Geschlecht der Hahns und ihr Stammsitz Basedow, in: Burgen, Schlösser, Gutshäuser in Mecklenburg-Vorpommern, Stuttgart 1992
- Hahn, Eva/Hahn, Henning, Flucht und Vertreibung, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 335–351
- Hahn, Sophie von, In Gutshäusern und Residenzen, hrsg. von Otto Freiherr von Taube, Hannover 1964
- Hahnemann, Samuel, Organon der Heilkunst <http://homeoint.org/books4/organon/einleitung.htm>

- Hansen, Johannes, Die Landwirtschaft in Ostpreußen. Entwicklung und Stand der Landwirtschaft der Provinz vor dem Ausbruch des Krieges, Berlin 1916
- Harnisch, Hartmut, Agrarstaat oder Industriestaat, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 33–50
- Harnisch, Hartmut, Die Gutsherrschaft. Forschungsgeschichte, Entwicklungszusammenhänge und Strukturelemente, in: Jahrbuch für die Geschichte des Feudalismus, Bd. 9, Berlin 1985, S. 189–240
- Harnisch, Hartmut, Kapitalistische Agrarreform und industrielle Revolution, Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätféudalismus und bürgerlich demokratischer Revolution von 1848 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, Weimar 1984
- Hartmann, Stefan, Die Rückgabe Ostpreußens durch die Russen an Preußen im Jahre 1762, in: Zeitschrift für Ostforschung 36 (1987), S. 405–433
- Hartmann, Stefan, Gefährdetes Erbe. Landesdefension und Landesverwaltung in Ostpreußen zur Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1640–1688), in: Heinrich, Gerhard (Hrsg.), Ein sonderbares Licht in Teutschland. Beiträge zur Geschichte des Großen Kurfürsten von Brandenburg (1640–1688), Berlin 1990, S. 113–136 (Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 8)
- Hartmann, Stefan, Ignacy Krasicki als Erzbischof von Gnesen im Spiegel der Quellen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem, in: Między zachodem a wschodem. Studia ku czci Prof. Jaxka Staszewskiego, Toruń 2003, S. 219–238
- Hartmann, Stefan, Zur nationalpolitischen Bewegung und zur preußischen Politik in Masuren vor dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostforschung 42 (1993), S. 40–83
- Hase, Alexander von, Die friderizianische Monarchie im Mittelpunkt. Der Reichsgraf Ernst Ahasverus von Lehndorff (1727–1811) als Kritiker seiner Umwelt und seiner Zeit, in: Archiv für Kulturgeschichte 67 (1985), S. 88–110
- Hase, Friedrich-Wilhelm von (Hrsg.), Hitlers Rache. Das Stauffenberg-Attentat und seine Folgen für die Familien der Verschwörer, Holzgerlingen 2014
- Hasenkamp, Xaver von, Ostpreußen unter dem Doppelaar. Historische Skizze der russischen Invasion in den Tagen des Siebenjährigen Krieges, Königsberg 1866
- Hattenhauer, Hans (Hrsg.), Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, Berlin 1980
- Haxthausen, August Freiherr von, Die ländliche Verfassung, Bd. 1, Königsberg 1839
- Heck, Kilian, Lehndorff en famille. Johann Heinrich Wilhelm Tischbein und sein Familienbildnis des Kammerherren Ernst Ahasverus Graf von Lehndorff-Steinort, in: Badstübner-Kizik, Camilla/Kizik, Edmund (Hrsg.), Entdecken – Erforschen – Bewahren. Beiträge zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege. Festgabe für Sibylle Badstübner-Gröger zum 12. Oktober 2015, Berlin 2016, S. 32–41
- Heck, Kilian/Thielemann, Christian (Hrsg.), Friedrichstein. Das Schloss der Grafen von Dönhoff in Ostpreußen, Berlin/München 2006
- Hein, Max, Geschichte der Ostpreußischen Landschaft von 1788 bis 1888, Königsberg 1938
- Heinickel, Gunter, Adelsreformideen in Preußen. Zwischen bürokratischem Absolutismus und demokratisierendem Konstitutionalismus (1806–1854), Oldenburg 2014 (Elitenwandel in der Moderne, 16)
- Henninges, Jürgen von, (Art.) Lehndorff, Georg Graf von, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 14, Berlin 1885, S. 105 f.
- Henninges, Jürgen von, (Art.) Lehndorff, Siegfried Graf von, in: Altpreußische Biographie, Bd. 3, Marburg/Lahn 1975, S. 996–997
- Henrichs, Alfred, Als Landwirt in Schlesien, Frankfurt a. M. 1987
- Hentig, Hartmut von, Mein Leben – bedacht und bejaht. Kindheit und Jugend, München 2007
- Hermann, A., Heinrich Graf von Lehndorff, in: Budapest Chronik. Illustrierte Zeitschrift, 7. Jg., Nr. 63, 25. April 1882.
- Herre, Paul, Von Preußens Befreiungs- und Verfassungskampf. Aus den Papieren des Oberburggrafen Magnus von Brünneck, Berlin 1914
- Hess, Klaus, Zur wirtschaftlichen Lage der Großagrarien im ostelbischen Preußen 1867/71 bis 1914, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 157–172
- Hett, Ulrike/Tuchel, Johannes, Die Reaktionen des NS-Regimes auf den Umsturzversuche vom 20. Juli 1944, in: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 438, Bonn 2004, S. 522–538
- Hintze, Otto, Die Hohenzollern und der Adel, in: Ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3, Göttingen 1967, S. 30–55
- Hoffmann, Peter, Stauffenberg, München/Zürich 1998
- Hosäus, Wilhelm, Der Oberburggraf Ahasverus von Lehndorff (1637–1688). Nach handschriftlichen Quellen dargestellt, Dessau 1867
- Hoyningen-Huene, Iris Freifrau von, Adel in der Weimarer Republik. Die rechtlich-soziale Situation des reichsdeutschen Adels 1918–1933, Limburg 1992
- Hubatsch, Walter, Masuren und Preußisch Litauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870–1920, 2 Teile, in: Zeitschrift für Ostforschung 14 (1965), H. 4, S. 641–670, 15 (1966), H. 1, S. 1–55
- Hübner, Ulrich, Kunst und Architektur der deutschen Feuerbestattungsanlagen im historischen Kontext unter besonderer Berücksichtigung der Krematorien in Sachsen, phil. Dis. http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/12096/Dissertation_UlrichHuebner.pdf
- Huch, Gaby, Gerhard Ahasverus von Lehndorff (1637–1688). Ein Ostpreußen im Kampf gegen die Schweden vor Stettin und auf Rügen, in: Stralsunder Hefte für Geschichte, Kultur und Alltag 2017, S. 49–59
- Huch, Gaby, Zwischen Ehrenpforte und Inkognito: preußische Könige auf Reisen. Quellen zur Repräsentation der Monarchie zwischen 1797 und 1871, 2 Bde., Berlin 2016
- Huch, Ricarda, In einem Gedenkbuch zu sammeln ... Bilder deutscher Widerstandskämpfer, hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Matthias Schwiedrzig, Leipzig 1998
- Hufeld, Ulrich (Hrsg.): Der Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Eine Dokumentation zum Untergang des Alten Reiches, Köln/Weimar/Wien 2003
- Hutten-Czapski, Bogdan Graf von, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. Bd. 1, Berlin 1936
- „Ihr Ende schaut euch an ...“ Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Harald Schultze und Andreas Kurschat unter Mitarbeit von Claudia Bendick, 2. Aufl., Leipzig 2008
- Im Triumphzug erobern wir Ostpreußen, in: Völkischer Beobachter vom 8. August 1931
- Iwanowius, Reisen König Friedrich Wilhelms I. und des Kronprinzen Friedrich, in: Sitzungsberichte des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen 4 (1900), S. 115–118, 126–130
- Jacobsen, Hans-Adolf, Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde., Stuttgart 1974
- Jasiński, Janusz, Für wen hielten sich die Masuren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Polnische Weststudien 4 (1985), S. 223–248.
- Joachimsthaler, Anton, Hitlers Ende. Legenden und Dokumente, Augsburg 1998
- Kaak, Heinrich, Die Gutsherrschaft. Theoriegeschichtliche Untersuchungen zum Agrarwesen im ostelbischen Raum, Berlin/New York 1991 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 79)
- Kaiser Friedrich III. Tagebücher von 1848–1866. Mit einer Einleitung und Ergänzungen hrsg. von Heinrich Otto Meisner, Leipzig 1929
- Kałużny, Jerzy, Erinnerung – Geschichte – Erzählungen der Geschichte bei Marion Gräfin Dönhoff, Christian von Krockow und Hans von Lehndorff, in: Weber, Norbert von (Hrsg.), Die Oder überqueren. Deutsch-polnische Begegnungen in Geschichte, Kultur und Lebensalltag,

- Frankfurt a. M. 1999, S. 176–184 (Interdisziplinäre Studien zum Verhältnis von Migrationen. Ethnizität und gesellschaftlicher Multikulturalität, 10)
- Karasch, Klara, Schulausflug nach Groß Steinort, in: Angerburger Heimatbrief, H. 69, 1973, S. 25 f.
- Karl Friedrich Schinkel Lebenswerk. Ausland. Bauten und Entwürfe. Auf Grund der Vorarbeiten von Carl von Lorck bearb. von Margarete Kühn, München 1989
- Karl Friedrich Schinkel Lebenswerk, Bd. 18: Die Provinzen Ost- und Westpreußen und Großherzogtum Posen, bearb. von Eva Börsch-Supan unter Mitw. von Zofia Ostrowska-Kęłowska, München/Berlin 2003
- Kato, Fusao, Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Fideikommissfrage in Preußen 1871–1918, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 73–94
- Kato, Fusao, Vom Fideikommiss zum Familiengut. Das Beispiel des Sanierungsversuchs der Grafschaft Dohna in Ostpreußen, in: Hardach, Karl (Hrsg.), Internationale Studien zur Geschichte der Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt a. M. 2012, S. 447–462
- Keller, Eduard Friedrich, Geschichte des Preußischen Volksschulwesens, Berlin 1873
- Kessler, Gerhardt, Daniel Heinrich Arnoldt und der Pietistenkreis in Königsberg, in: Altpreußische Geschlechterkunde 8 (1934), S. 9–24.
- Keyserlingk, Archibald von, Aus der Kriegszeit, 2 Bde., Berlin 1847/1855
- Klapp, F. (Bearb.), Beiträge zur Geschichte der Familie Klapp, Hamburg 1913.
- Klatt, Rudolf, Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/20, Heidelberg 1958
- Kleine, Georg H., Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 100–143
- Klemm, Volker, Die Agrarwirtschaften und die Modernisierung der Gutsbetriebe in Ost- und Mitteldeutschland (Ende des 19./Beginn des 20. Jahrhunderts), in: Reif, Heinz (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 173–190
- Klimowicz, Mieczysław, Deutsch-polnische literarische Grenzgebiete im 18. Jahrhundert. Probleme der Teilhabe an beiden Kulturen, Berlin 2004 (Studium Literarum. Studien und Texte zur deutschen Literaturgeschichte, Bd. 7).
- Klinkenborg, Melle, Die Stellung des Hauses Finckenstein am preußischen Hofe im 17. und 18. Jahrhundert, in: Hohenzollern-Jahrbuch 17 (1913), S. 156–172
- Klootboom-Klootweitschen, Klaus [Carl von Lorck], Der Carol, München, 1964
- Klootboom-Klootweitschen, Klaus [Carl von Lorck], Der neue Carol, Frankfurt a. M. 1968
- Kolb, Eberhard, Katastrophale Lebensbedingungen. Zwangsarbeit von Belgiern in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 11. August 2008.
- Kolberg, A., Die Porträtsammlung des ermländischen Bischofs Krasicki, in: Zeitschrift für die Geschichte und Alterthumskunde Ermlands 7 (1881), S. 60–78
- Königsberger Allgemeine Zeitung, 1942
- Königsberger Hartungsche Zeitung, 1870, 1919, 1930
- Königsberger Tageblatt. Volksblatt für Ostpreußen, 1937
- Kopp, Marianne (Hrsg.), Agnes Miegel – ihr Leben, Denken und Dichten von der Kaiserzeit bis zur NS-Zeit, Münster 2011
- Koschorke, Manfred (Hrsg.), Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933–1945. Allein das Wort hat's getan, Göttingen 1976
- Koselleck, Reinhart, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 2000, S. 349–375
- Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Reformation. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1891 bis 1848, München 1989
- Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Revolution 1791–1848, 3. Aufl., Stuttgart 1981 (Industrielle Welt, 7)
- Koser, Reinhold, Vom Berliner Hof um 1750, in: Hohenzollern-Jahrbuch 7 (1903), S. 1–37
- Kossert, Andreas, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956, Wiesbaden 2001
- Kossert, Andreas, Grenzlandpolitik und Ostforschung an der Peripherie des Reiches. Das ostpreußische Masuren 1919–1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 117–146
- Kossert, Andreas, Masuren als „Bollwerk“. Konstruktion von Grenze und Grenzregion. Von der Wilhelminischen Ostmarkenpolitik zum NS-Grenzland und Volkstumskampf 1894–1945, in: François, Etienne/Seifarth, Jörg/Struck, Bernhard (Hrsg.), Die Grenze als Raum, Erfahrungen und Konstruktionen. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 2007, S. 211–242
- Kossert, Andreas, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005
- Koziello-Poklewski, Bohdan, Aus den Forschungen über eine territoriale Struktur der NSDAP in Ostpreußen in den Jahren 1921–1933, in: Polnische Weststudien 4 (1985), S. 275–286
- Kraus, Hans Christoff, Versailles und die Folgen, Berlin 2013
- Krollmann, Christian, Die Herkunft der deutschen Ansiedler in Preußen, Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins Bd. 54 (1912) S. 1–103
- Krollmann, Christian, König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise in Schlobitten 1802, in: Oberländische Geschichtsblätter 11 (1909), S. 37–49
- Krug, Leopold, Geschichte der staatswirtschaftlichen Gesetzgebung im preußischen Staat, Berlin 1808
- Kübler, Ernst/Beutner, Wilhelm, Die Auflösung der Familiengüter in Preußen, Berlin 1927
- Kulturgeschichte Ostpreußens in der Frühen Neuzeit, hrsg. von Klaus Garber, Manfred Komorowski, Axel E. Walter, Tübingen 2001 (Frühe Neuzeit, 56)
- Langfeld, Gisela, Königin Elisabeth Christine und die Tagebücher ihres Kammerherrn, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 98 (2002), S. 310–315 (ND: Einleitung zur Neuauflage der Tagebücher, Story-Verlag, Berlin 2002)
- Lehndorff, Clara Gräfin v. geb. Gräfin Kalnein, Von der Wiege bis zum Traualtar, Torgau 1906
- Lehndorff, Ernst Ahasverus Heinrich von, Am Hof der Königin Luise. Das Tagebuch vom Jahr 1799, übersetzt und eingel. von Eva Ziebura, Berlin 2009
- Lehndorff, Hans Graf von, Heinrich Graf von Lehndorff (Art.), in: Altpreußische Biographie, Bd. 3., Marburg/Lahn 1975, S. 996.
- Lehndorff, Hans Graf von, Menschen, Pferde, weites Land. Kindheits- und Jugenderinnerungen, München 2001
- Lehndorff, Heinrich von, Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945 bis 1947, 8. Aufl., München 1961
- Lehndorff, Siegfried Graf von, Ein Leben mit Pferden. Ein Beitrag zur Geschichte der Pferdezucht, Berlin 1943
- Lehwald, Fanny, Die Familie Darner, Bd. 1, Berlin 1888
- Lenkitsch, Wilhelm, Die innere Mission in Ostpreußen in ihrer geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 42. Kongress der Inneren Mission in Königsberg vom 21. – 25. September 1928, Königsberg 1928
- Leibtseder, Mathias, Die Kavaliertour. Adelige Erziehungsreisen im 17. und 18. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2004 (Archiv für Kulturgeschichte, Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte, 56)
- Loewe, Victor, Die Allodifikation der Lehen unter Friedrich Wilhelm I., in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 11 (1898), S. 341–374
- Lohmann, Heinrich, Der Bremer Fichtenhof und seine Bewohner: Ein wenig bekanntes Kapitel aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bremen 2018

- Lorck, Carl E. von, Groß Steinort. Der Bauvorgang eines Barockschlosses im deutschen Osten, Pirkallen 1937
- Lorck, Carl E. von, Landschlösser und Gutshäuser in Ost- und Westpreußen, 1. Aufl., Königsberg 1933; 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1972
- Lorck, Carl E. von, Neue Forschungen über die Landschlösser und Gutshäuser in Ost- und Westpreußen, Frankfurt a. M. 1969 (Schriften des Norddeutschen Kulturwerk)
- Lorck, Carl E. von, Europa privat, Frankfurt a. M. 1967
- Lorck, Carl E. von, Schroetter und das Friedrichsstandbild Schlüters in Königsberg, in: Altpreußische Forschungen 19 (1942), S. 70–78
- Löwenstein, Alois Fürst zu, Aufgaben des Adels in der Gegenwart, Art. Adel, in: Staatslexikon (Görres-Gesellschaft), Freiburg 1926, Bd. 1, Sp. 44
- Lühr, Georg, Die Schüler des Rößeler Gymnasiums nach dem Album der Marianischen Kongregation. Ein Beitrag zur Geschichte der einzelnen Nation etc. in Ermland, Braunsberg 1911
- Machholz, Ernst, Materialien zur Geschichte der Reformierten in Altpreußen und im Ermland. 399 Jahre preußischer Kirchengeschichte. Zum 25. Dezember 1913, in: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia 17 (1912), S. 1 ff., Fortsetzung in: 18 (1913), S. 1 ff.
- Machholz, Ernst, Reformierte in Masuren. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformierten in Altpreußen, in: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia 12 (1907), S. 66–94
- Malinowski, Stephan Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003
- Malinowski, Stephan, „Wer schenkt uns wieder Kartoffeln?“ Deutscher Adel nach 1918 – eine Elite?, in: Schulz, Günther/Denzel, Markus A. (Hrsg.), Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2002 und 2003, St. Katharinen 2004, S. 503–537
- Malinowski, Stephan/Reichardt, Sven, Die Reihen fest geschlossen? Adelige im Führerkorps der SA bis 1934, in: Eckart, Conze/Wienfort, Monika (Hrsg.), Adel und Moderne, Köln/Wien 2004, S. 119–150
- Marburg, Silke, ... sub estos signis militamus. Adlige Selbstsymbolisierung in der Genossenschaft des Johanniterordens im Königreich Sachsen, in: Marburg, Silke/Matzerath, Josef, (Hrsg.), Der Schritt in die Moderne. Sächsischer Adel zwischen 1763 und 1918, Köln 2001, S. 17–61
- Marburg, Silke/Matzerath, Josef, Vom Stand zur Erinnerungsgruppe. Zur Adelsgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Dies. (Hrsg.), Der Schritt in die Moderne. Sächsischer Adel zwischen 1763 und 1918, Köln 2001, S. 5–15
- Marion Gräfin Dönhoff. Ein Leben in Briefen, hrsg. von Irene Brauer und Friedrich Dönhoff, Hamburg 2009
- Masurenland empfängt den Führer, in: Völkischer Beobachter (Reichsausgabe) vom 21. April 1932
- Matull, Wilhelm, Hugo Haase und Otto Braun, in: Jahrbuch der Albertina-Universität, Bd. 14, Würzburg 1966
- Matull, Wilhelm, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970
- Matzerath, Josef, Adelsprobe an der Moderne. Sächsischer Adel 1763 bis 1866. Entkonkretisierung einer traditionellen Sozialformation, Stuttgart 2006
- Mediger, Walther, Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Rußlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Großen, Braunschweig 1952
- Medinger, Wilhelm von, Großgrundbesitz, Fideikommiss und Agrarreform, Wien 1919
- Menges, Franz, (Art.) Schmettau, Freiherren und Grafen von, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 134–135
- Messenhöller, Matthias, Ständische Modernisierung. Der kurländische Ritterschaftsadel 1760–1830, Berlin 2009
- Messerschmidt, Manfred, Preußens Militär in seinem gesellschaftlichen Umfeld, in: Puhle, Hans-Jürgen/Wehler, Hans-Ulrich, (Hrsg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 43–88 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6).
- Meusel, Friedrich, Prinz Ferdinand von Preußen, der jüngste Bruder Friedrichs des Großen, in seinen Briefen an den Grafen Lehndorff (1750–1804), in: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia 11 (1906), S. 118–154
- Meyer, H., Topographische-statistische Übersicht des Regierungs-Bezirks Gumbinnen, Insterburg 1839
- Meyerinck, Hubert von, Das Königlich Preußische Garde-Husaren-Regiment und seine Abstammung von der Garde-Normal-Husaren-Escadron des leichten Garde-Cavallerie-Regiments und dem ostpreußischen National-Cavallerie-Regiment, Potsdam 1869
- Meyers Reiseführer Ostpreußen. Danzig. Memelgebiet, Leipzig 1931
- Michaelis, Herbert/Schraepfer, Ernst, Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart, Bd. 9, Berlin 1964
- Michels, Robert, Probleme der Sozialphilosophie, Leipzig 1914
- Mikulski, Tadeusz (Hrsg.), Korespondencja Ignacego Krasickiego 1743–1801, 2 Bde., Wrocław 1958
- Militär-Wochenblatt 1846
- Mitchell, Andrew, Memoirs an Papers, ed. A. Bisser, Bd. 2, London 1850
- Mühlpfordt, Herbert: William Motherby. Arzt in Königsberg und Vorkämpfer der Pockenschutzimpfung, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Sammler und Landeshistoriker, Jg. 8/1975, H. 36–37
- Müller, Andreas, „Fällt der Bauer, stürzt der Staat“. Deutschnationale Agrarpolitik 1928–1933, München 2002
- Müller, Robert (Hrsg.), Urkunden zur Geschichte der ständischen Versammlungen in Königsberg im Januar und Februar 1813, betreffend die Errichtung der Landwehr. Nach den Akten der Ostpreußischen General-Landschaft und des Oberpräsidiums der Provinz Preußen, in: Altpreußische Monatsschrift 13 (1876), S. 324–342, 436–465, 600–642, 14 (1877), S. 101–161, 318–339
- Müller, Robert, Friedrich der Große und Ostpreußen in des Königs letzten Jahren, in: Altpreußische Monatsschrift 13 (1876), S. 643–651
- Mülverstedt, George Adalbert von, Ursprung und Alter des Gräflich von Lehndorff'schen Geschlechts, in: Neue Preußische Provinzialblätter 2. Folge 9 (1856), S. 1–40, 90–109
- Mülverstedt, George Adalbert von, Zur Lösung der Heimatfrage der v. Depenow (Tiefenau) und Stange, der ältesten Großgrundbesitzer in Westpreußen, in: Zeitschrift des historischen Vereins für den Regierungsbezirk Marienwerder 42 (1903), S. 1–39
- Münkel, Daniela, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt a. M. 1996
- Murawski, Klaus-Eberhardt, „Im Glauben, meiner speziellen Heimat einen großen Dienst zu leisten“ Bethel Henry Strousberg und der Eisenbahnbau in Ostpreußen, in: Brocke, Michael (Hrsg.), Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, Hildesheim u. a. 2000, S. 397–404
- Mylius, Christian Otto, Corpus constitutionum Marchicarum, derer in der Chur- und Marck Brandenburg, auch incorporirten Landen, ergangenen Edicten, Mandaten, Rescripten] Corporis constitutionum Marchicarum continuatio ..., derer in der Chur- und Marck Brandenburg, auch incorporirten Landen, ergangenen Edicten, Mandaten, Rescripten <https://staatsbibliothek-berlin.de/die-staatsbibliothek/abteilungen/historische-drucke/>
- Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung 1870, 1875
- Neue Preußische Provinzial-Blätter 1858
- Neue Zeiten. Aufgaben und Pflichten der christlichen Frau, hrsg. vom Vorstande des Kapellenvereines, Berlin 1918
- Neugebauer, Wolfgang, Absolutistischer Staat und Schulwirklichkeit in Brandenburg-Preußen, Berlin/New York 1985
- Neugebauer, Wolfgang, Der Adel in Preußen im 18. Jahrhundert, in: Asch, Ronald G. Der Adel (Hrsg.), Der europäische Adel im Ancien Régime. Von der Krise der ständischen Monarchien bis zur Revolution (ca. 1600–1789), Köln/Weimar/Wien 2001, S. 49–80

- Neugebauer, Wolfgang, Der Königsberger Landtag von 1840. Zu Verlauf und Hintergründen, in: *Preußenland* 30 (1992), S. 1–12
- Neugebauer, Wolfgang, Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus, Stuttgart 1992
- Neugebauer, Wolfgang, Standschaft als Verfassungsproblem. Die historischen Grundlagen ständischer Partizipation in ostmitteleuropäischen Regionen. Mit einem Geleitwort von Klaus Zernack, Goldbach 1995
- Neugebauer, Wolfgang, Zwischen Preußen und Rußland. Rußland, Ostpreußen und die Stände im Siebenjährigen Krieg, in: Hellmuth, Eckhart/Meenken, Immo/Trauth, Michael (Hrsg.), *Zeitenwende? Preußen um 1800*. Festgabe für Günter Birtsch zum 70. Geburtstag, Stuttgart/Bad Cannstatt 1999, S. 43–76
- Neumärker, Uwe/Conrad, Robert/Woywodt, Cord, *Wolfsschanze. Hitlers Machtzentrale im Zweiten Weltkrieg*, Berlin 2000
- Niekammer's landwirtschaftliche Güter-Adreßbücher, Bd. 3: *Landwirtschaftliches Adreßbuch der Domänen, Rittergüter, Güter und Höfe in der Provinz Ostpreußen*, Stettin 1905
- Niggel, Günter, Zur Säkularisierung der pietistischen Autobiographie im 18. Jahrhundert, in: Ders., *Studien zur Autobiographie*, Berlin 2012, S. 94–113
- Noack, Paul, Elisabeth Christine und Friedrich der Große. Ein Frauenleben in Preußen, Berlin 2001
- North, Michael, Entstehung der Gutsherrschaft im südlichen Ostseeraum, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 26 (1999), H. 1, S. 43–59
- Obenaus, Herbert, Gutsbesitzerliberalismus. Zur regionalen Sonderentwicklung der liberalen Partei in Ost- und Westpreußen während des Vormärz, in: *Geschichte und Gesellschaft* 14 (1988), S. 304–328
- Ohlsen, Manfred, *Der Eisenbahnkönig Bethel Henry Strousberg. Eine preußische Gründerkarriere*, Berlin 1987
- Oldenburg-Januschau, Elard von, *Erinnerungen*, Leipzig 1936
- Opgenoorth, Ernst (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens*, T. II/2, Lüneburg 1996
- Orłowski, Hubert, Das Bild Ostpreußens in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, in: Weber, Matthias (Hrsg.), *Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte*, Oldenburg 2003, S. 259–281 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 21)
- Orłowski, Hubert, Die Geburtsstunde der ost-preußischen Literatur, in: Hundrieser, Gabriele/Pott, Hans-Georg (Hrsg.), *Geistiges Preußen – Preußischer Geist. Deutsch-polnische Konferenz Allenstein/Olsztyn 20./21. September 2001*, Bielefeld 2003, S. 135–150
- Ossowski, Mirosław, Ostpreußen in den Erinnerungsbüchern von Marion Gräfin Dönhoff, Hans Graf von Lehndorff und Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten, in: *Zwischeneuropa/Mitteleuropa. Sprache und Literatur in interkultureller Konstellation. Akten des Gründungskongresses des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes*, hrsg. in dessen Auftrag von Walter Schmitz in Verbindung mit Jürgen Joachimsthaler, Dresden 2007, S. 398–404 (Veröffentlichungen des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes, 1)
- Ostpreußische Frauen erleben den Krieg, Königsberg 1937
- Ostpreußisches Provinzialrecht, Berlin 1801
- Otto von Bismarck. *Gesammelte Werke*, Neue Friedrichruher Ausgabe, hrsg. von Holger Afflerbach, Bd. 8, bearb. von Andrea Hopp, Paderborn 2014
- Paczkowski, Josef, Der Große Kurfürst und Christian Ludwig von Kalckstein, in: *FBPG* 2 (1889), S. 407–513, 3 (1890), S. 419–463
- Parchimsche Zeitung vom 25. Oktober 1849, in: *Niederdeutsches Jahrbuch. Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung* 39 (1913), S. 17–23
- Parey's Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reiche. Provinz Ostpreußen, hrsg. von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Berlin 1929
- Parisius, Ludolf, Leopold Freiherr von Hoverbeck (geboren 1822, gestorben 1875). Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte, T. 1, Berlin 1898
- Paul, Helmut, Die preußische Eisenbahnpolitik von 1835 bis 1838, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* 50 (1938), S. 250–303
- Perlbach, Max Zur Geschichte des ältesten Großgrundbesitzes im Deutschordenslande Preußen, in: *Altpreußische Monatsschrift* 39 (1902), S. 78–124
- Peschel, Kurt, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Manuskript.
- Pfeiffer, Erich, *Der Kreis Angerburg. Ein ostpreußisches Heimatbuch*, 2. Aufl., Angerburg 1998
- Philipp Eulenburgs Politische Korrespondenz, Bd. 1: Von der Reichsgründung bis zum Neuen Kurs, Bd. 2: Im Brennpunkt der Regierungskrise 1892–1895, hrsg. von John C. G. Röhl, Boppard a. Rh. 1976 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 52/1 und 2)
- Pieper, Katarzyna, Krasicki und Lehndorff – Geselligkeit als Bindeglied einer polnisch-preußischen Freundschaft, in: Lewandowska, Liliana u. a. (Hrsg.), *Vergangenes in Erinnerung rufen ... Beiträge zur Kulturgeschichte des Königlichen Preußens*, Münster 2014, S. 67–74
- Pirang, Heinz, *Das baltische Herrenhaus, Teil 1*, Riga 1926
- Pisanski, Georg Christoph, Von einigen Überbleibseln des Heidenthums und Pabstthums in Preußen, 1756
- Pisanski, Georg Christoph, Ein Beitrag zur Geschichte der gräflich von Lehndorffschen Familie des Steinortischen Hauses und derselben Verdienste um die Stadt Angerburg, in: *Preußisches Archiv*, hrsg. von der Kgl. Deutschen Gesellschaft, 7. Jg., 2. Bd., November 1796, S. 639–658
- Pisanski, Georg Christoph, Entwurf der Preußischen Litterärsgeschichte. Ältere Geschichte vom ersten Beginnen gelehrter Kenntnisse in Preußen an bis zum Anfange des siebzehnten Jahrhunderts, Königsberg 1791
- Platen, Emma von, Zur Geschichte der reichsgräflichen Familie von Schlieben-Birkenfeld, in: *Sitzungsberichte der Altertumsgesellschaft Prussia zu Königsberg* i. Pr. 45 (1888/89), S. 50–62
- Press, Volker, Das Haus Dohna in der europäischen Adelsgesellschaft des 16. und 17. Jahrhunderts, in: *Reformatio et Reformationes. Festschrift für Lothar Graf zu Dohna zum 65. Geburtstag*, Darmstadt 1989, S. 371–402
- Preußische Provinzial-Blätter 1871
- Priddat, Gerd, Das Druckgewerbe und Zeitungswesen in Angerburg, in: *Heimatbrief* Nr. 6, Kreisgemeinschaft Angerburg – Ostpreußen, Hannover 1950, S. 7–9
- Priesdorff, Kurt von, *Soldatisches Führertum*, Bd. 9, [Hamburg 1941]
- Protokolle der General-Versammlung des Vaterländischen Vereins in Berlin vom 4. April und 24. Mai 1869, Berlin 1869
- Provinzial-Correspondenz, 1868, 1875
- Pufelska, Agnieszka, Ignacy Krasicki – ein heiterer Pole am preußischen Hof, in: Lottes, Günther/d'Aprile, Iwan, *Hofkultur und aufgeklärte Öffentlichkeit. Potsdam im 8. Jahrhundert im europäischen Kontext*, Berlin 2006, S. 245–263
- Putlitz, Lita zu, *Aus dem Bildersaal meines Lebens 1862–1931*, Leipzig 1931
- Putlitz, Wolfgang Gans Adler Herr zu, *Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten*, Berlin 1956
- Pyta, Wolfram, Besteuerung und steuerpolitische Forderungen des ostelbischen Grundbesitzes 1890–1933, in: Reif, Heinz (Hrsg.), *Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Berlin 1994, S. 361–378
- Pyta, Wolfram, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands n der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996
- Raasch, Markus, *Der Adel auf dem Feld der Politik. Das Beispiel der Zentrumspartei in der Bismarckära (1871–1890)*, Düsseldorf 2015

- Ramm, Arnim, Kritische Analyse der Kaltenbrunner-Berichte über die Attentäter vom 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur Geschichte des militärischen Widerstandes, Baden-Baden 2003
- Redern, Friedrich Wilhelm von, Unter drei Königen. Lebenserinnerungen eines preußischen Oberstkämmerers und Generalintendanten, aufgezeichnet von Georg Horn, bearb. und eingeleitet von Sabine Giesbrecht, Köln/Weimar/Wien 2003 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, 55).
- Reichard, Johann Friedrich, Der lustige Passagier. Erinnerungen eines Musikers und Literaten, hrsg. von Walter Salmen, Berlin 2002
- Reif, Hans, Der Adel in der modernen Sozialgeschichte, in: Schieder, Wolfgang/Sellin, Volker (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 4, Göttingen 1987
- Reif, Heinz (Hrsg.), Adel und Bürgertum in Deutschland, Bd. 2, Berlin 2001, S. 8, 24
- Reif, Heinz (Hrsg.), Adel, Aristokratie und Elite. Sozialgeschichte von oben, Berlin 2016 (Elitenwandel in der Moderne, 13)
- Reif, Heinz, „Adeligkeit“ – historische und elitentheoretische Überlegungen zum Adelshabitus in Deutschland um 1800, [Manuskript, 1997], veröffentlicht in: Ders. (Hrsg.), Aristokratie und Elite. Sozialgeschichte von oben, Berlin 2016, S. 323–337 (Elitenwandel in der Moderne, Bd. 13)
- Reif, Heinz, Die Junker, in: François; Etienne/Schulze, Hagen (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, Berlin 2001, S. 520–536
- Reif, Heinz, Erhaltung adligen Stamms und Namens. Adelsfamilie und Statussicherung im Münsterland 1770–1914, in: Bulst, Neithard u. a. (Hrsg.), Familie zwischen Tradition und Moderne. Studien zur Geschichte der Familie in Deutschland und Frankreich vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1981, S. 275–309
- Reif, Heinz, Westfälischer Adel 1770 – 1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite, Göttingen 1979
- Reitmeyer, Morten, Bankiers im Kaiserreich. Sozialprofil und Habitus der deutschen Hochfinanz, Göttingen 1999 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 136).
- Renn, Ludwig, Adel im Untergang, Berlin/Weimar, 3. Aufl., 1973
- Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1919, 1938, 1940
- Richter, Friedrich, Wirtschaftsprobleme Ostpreußens, in: Jähniß, Bernhart/Spieler, Silke (Hrsg.), Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, Bonn 1993, S. 45–71
- Ritter, Gerhard Albrecht, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung der Grundzüge im Vergleich, München 1983 (Beck'sche Elementarbücher)
- Rohrer, Christian, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006
- Rosenberg, Bernhard-Maria, Zu den ostpreußischen Abgeordneten in der Deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt/Mai 1848–1849, in: Preußenland 1 (1963), S. 68–71
- Rosenberg, Hans, Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen, Göttingen 1978, S. 24–29 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 3)
- Ross, Erhard, das Landschulwesen in Ostpreußen und die Einführung der Pestalozzischen Methode (1800–1815), in: Preußenland 28 (1990), S. 33–45
- Rothfeld, H., Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848, in: Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft 14 81937), H. 2, S. 273 f.
- Ruge, Wolfgang, Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin 1974
- Rühl, Friedrich, Briefwechsel des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön mit G. H. Pertz und J. G. Droysen, Leipzig 1896
- Rumpf, Johann Daniel Friedrich (Hrsg.), Landtags-Verhandlungen der Provinzialstände in der Preußischen Monarchie, 4. Folge, Berlin 1828
- Rürup, Reinhard, Kontinuität und Diskontinuität der „Judenfrage“ im 19. Jahrhundert. Zur Entstehung des modernen Antisemitismus, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 388–415 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 11)
- Salomon, Ernst von, Kadetten, Berlin 1937
- Scheurig, Bodo, Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler, Oldenburg/Hamburg 1968
- Scheurig, Bodo, Henning von Tresckow. Eine Biographie, Hamburg 1973
- Schissler, Hanna, Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Preußen, in: Preußen im Rückblick, hrsg. von Hans Jürgen Puhle und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1980
- Schlabrendorff, Fabian von, Offiziere gegen Hitler, Frankfurt am Mai 1961
- Schmettow, Matthias G. Graf von, Schmettau und Schmettow. Geschichte eines Geschlechts in Schlesien, Büberich b. Düsseldorf 1961
- Schmidt, Hermann Carl, Der Angerburger Kreis in geschichtlicher, statistischer und topographischer Beziehung, Angerburg 1860
- Schmidt-Lötzen, Karl Eduard (Hrsg.), Dreißig Jahre am Hof Friedrichs des Großen. Aus den Tagebüchern des Reichsgrafen Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff, Kammerherr der Königin Elisabeth Christine von Preußen, Nachträge, Bd. 1, Gotha 1910, Bd. 2, Gotha 1913
- Schmoller, Gustav, Die Verwaltung Ostpreußens unter Friedrich Wilhelm I., in: Historische Zeitschrift 130 (1973), S. 40–71
- Schramm, Percy E., (Hrsg.), Das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945, München 1982
- Schuckmann, Angelika von, Gertrud le Fort, in: Deutsches Adelsblatt 5 (1966), S. 252 f.
- Schultze, Maximilian (Hrsg.), Christian Friedrich Carl Ludwig Reichsgraf Lehndorff-Steinort, weil. Kgl. Preuß. Generalleutnant a. D., Landhofmeister des Königreichs Preußen, Ritter des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler etc. 17. September 1710 bis 8. Februar 1854. Ein Lebensbild auf Grund hinterlassener Papiere, Berlin 1903
- Schulz, Gottfried, Masuren's Gruß und Dank an unserm Allernädigsten König und Herrn Friedrich Wilhelm IV. Majestät bei Allerhöchstdessen Anwesenheit in Johannisburg, am 19. Juni 1854. Zugleich ein Wort über Masurens Zustände und ihre Verbesserung, Johannisburg 1854
- Schulz, Gottfried, Über die Verbesserung der inneren und äußeren Zustände Masurens, zur freundlichen Begrüßung der landwirtschaftlichen Versammlung in Johannisburg am 6. September 1856, gewidmet dem Königlichen Regierungs-Chef-Präsidenten, Ritter etc., Herrn Freiherrn v. Byern Hochwohlgeboren, wie den Hochverehrl. Kreisständen des Kreises Johannisburg, Gumbinnen 1856
- Schumacher, Bruno, Geschichte Ost- und Westpreußens, 4. Aufl., Würzburg 1959
- Schwenicke, Detlev, Europäische Stammtafeln N. F., Bd. XX: Brandenburg und Preußen 1, Frankfurt a. M. 2002
- Schwenicke, Detlev, Zur Herkunft, Geschichte und Genealogie der heutigen Grafen von Lehndorff, in: Herold-Jahrbuch NF 3 (1998), S. 183–196
- Seelig, Michael, Alltagsadel. Der ehemalige ostelbische Adel in der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1975, Köln/Weimar/Wien 2015 (Adelswelten, 3).
- Sembritzki, Johannes, Die topographischen Veränderungen in den sieben masurischen Kreisen des Regierungsbezirks Gumbinnen während des neunzehnten Jahrhunderts, in: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia 10 (1904), S. 10–59
- Sembritzki, Johannes, Graf August von Lehndorff in Westpreußen, in: Mitteilungen des Westpreußischen Geschichtsvereins 11 (1912), S. 4–12
- Sembritzki, Johannes, Über den Ursprung und die Bedeutung „masur“ und „Masuren“, in: Altpreussische Monatsschrift 1887, S. 256–267
- Simonsen, Adam, Die Anfänge des Liberalismus in Preußen, Diss., Königsberg 1933

Skalweit, August, König Friedrich der Große und die Verwaltung Masurens. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Regierung zu Allenstein, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 21 (1908), S. 139–173

Skowronnek, Fritz, Das Masurenbuch, Berlin 1916

Sommerfeld, Gustav, Geschichte des Statzen-Maxkeimer Geschlechts der Grafen von Lehndorff, in: Vierteljahresschrift für Wappen-, Siegel- und Familienkunde 29 (1901), S. 232–278.

Sommerfeldt, Gustav, Aus den Petersburger Gesandtschaftsberichten des Grafen Heinrich von Lehndorff (Steinort) 1808, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 23 (1902), S. 293–300

Sommerfeldt, Gustav, Drei Handfesten aus ehemals Lehndorffschem Gebiet, 1373, 1446, 1473, und einige die ältere Vergangenheit dieses Geschlechts betreffende anderweitige Urkunden, 1424, 1454, 1476, 1484, in: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia 12 (1907), S. 142–153

Sommerfeldt, Gustav, Lehndorffiana des 17. Jahrhunderts, in: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia 11 (1906), S. 101–109 (Teil 1); 12 (1907), S. 119–139 (Teil 2)

Sommerfeldt, Gustav, Über die ältesten preußischen Stammsitze des Geschlechts der Reichsgrafen von Lehndorff, in: Altpreußische Monatsschrift 36 (1899), S. 287–304

Sommerfeldt, Gustav, Urkundliche Mitteilungen über die Herren von Lehndorff aus dem Hause Doliewen 1630–1682, in: Altpreußische Monatsschrift 36 (1899), S. 414–427

Sommerfeldt, Gustav, Zu König Friedrichs II. Schrift über die preußische Kriegsverfassung, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 28 (1907), S. 149–155

Sonnleithner, Franz von, Als Diplomat im ‚Führerhauptquartier‘. Aus dem Nachlass, München/Wien 1889

Sophie Schwerin. Ein Lebensbild aus ihren eigenen hinterlassenen Papieren zusammengestellt von ihrer jüngsten Schwester Amalie von Romberg, Bd. 1, neu hrsg. von Eberhard von Koenig, Leipzig 1911

Speer, Albert, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1969

Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1845–1918, Düsseldorf 1998

SS-Bericht über den 20. Juli. Aus den Papieren des SS-Obersturmbannführers Dr. Georg Kiesel [sic!], in: Schüddekopf, Charles (Hrsg.), Vor den Toren der Wirklichkeit. Deutschland 1946–47 im Spiegel der Nordwestdeutschen Hefte, Berlin/Bonn 1980, S. 114–148

Spiekermann, Uwe, Basis der Konsumgesellschaft. Entstehung und Entwicklung des modernen Kleinhandels in Deutschland 1850–1914, München 1999 (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 3)

Stache, Christa, Evangelisch und deutsch. Das Wirken des Gustav-Adolf-Vereins im Ermland und in Masuren 1850–1914, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 52 (2007 [2008]), S. 173–189.

Stadelmann, Rudolph, Preußens Königs und ihre Tätigkeit für die Landeskultur, T. 2: Friedrich der Große, Leipzig 1882, T. 4: Friedrich Wilhelm III., Leipzig 1887 (Publicationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven)

Stein, Robert, Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des 19. Jahrhunderts, Bd. 2, Königsberg 1934

Dokumentation. Ausgewählte Briefe von Generalmajor Hellmuth Stieff (hingerichtet am 8. August 1944), in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 2 (1954), H. 3, S. 291–305, S. 291–305.

Straubel, Rolf, „Er möchte nur wissen, daß die Armée mir gehört.“ Friedrich II. und seine Offiziere: Ausgewählte Aspekte der königlichen Personalpolitik, Berlin 2012

Stüchtling-Hänger, Andrea, Das „Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002 (Schriften des Bundesarchivs, 59)

Susat, Else, Die Einführung des Generalhufenschusses in Ostpreußen durch Karl Heinrich Erbbtruchseß Graf zu Waldburg (1715–19), in: Altpreußische Monatsschrift 59 (1922), S. 63–104

Szynkowski, Jerzy, Wolfsschanze in Bild und Erinnerungen von Zeitzeugen, Kętrzyn 1988

Täubrich, Rainer (Bearb.), Archive in Ostpreußen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg unter Einschluß des Memellandes und des Soldaugebietes, Bonn 1990 (Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen)

Terven, Fritz, Das Retablisement König Friedrich Wilhelms in Preußisch-Litauen von 1714 bis 1740 <http://www.zfo-online.de/index.php/zf/article/download/5036/4778>

Teterower Zeitung vom 30. Oktober 1849, in: Niederdeutsches Jahrbuch 39 (1913), S. 17 f.

Thadden, Rudolf von, Die brandenburgisch-preußischen Hofprediger im 17. und 18. Jahrhundert, Berlin 1959, S. 186 f. (Arbeiten zur Kirchengeschichte, 32)

Thaer, Albrecht, Grundsätze der rationellen Landwirthschaft, 4 Bde., Berlin 1809/10

Thaer, Albrecht, Über die Stellung der Tagelöhner, insbesondere in der Mark Brandenburg, Berlin 1865

Tilitzki, Christian, Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz, Leer 1991

Toeppen, Max, Geschichte Masurens. Ein Beitrag zur preußischen Landes- und Kulturgeschichte. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen, Danzig 1870

Tornow, Carl Eduard, Geschichte der ehemaligen reformierten, jetzt unierten Kirche Göritten in Litthauen seit ihrer Erbauung bis auf die jetzige Zeit, Königsberg 1839

Traba, Robert, Ostpreußen – Die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914–1933, aus dem Polnischen von Peter Oliver Loew, Osnabrück 2010

Traba, Robert, Überlegenheit der Mikroperspektive über die Makroperspektive, in: Przykowski, Jan, Fotograf przyjecha! Mieszkańcy dawnych Prus Wschodnich na fotografiach pochodzących ze zbioru Urzędu Konserwatora Zabytków w Królewcu. / Der Fotograf ist da! Die Bewohner des ehemaligen Ostpreußen auf alten Aufnahmen des Denkmalmamtes Königsberg [Ausstellungskatalog], Warschau 2005, S. 12–19

Treskow, Rüdiger von, Adel in Preußen: Anpassung und Kontinuität einer Familie 1800–1918, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 344–369

Troßbach, Werner/Zimmermann, Clemens, Die Geschichte des Dorfes. Von den Anfängen im Frankenreich zur bundesdeutschen Gegenwart, Stuttgart 2006

Über den verstorbenen Consistorialrath Timotheus Gisevius von Director J. S. Rosenhay, in: Preußisches Archiv 16 (1836), S. 106–131

Urbach, Karina, Hitlers heimliche Helfer. Der Adel im Dienste des Hakenkreuzes, Darmstadt 2016

Vogel, Kurt, Amt Barten. Orte, Wohnplätze und ihre Einwohner 1774–1819. Zusammengestellt nach den Präsentationstabellen des Domänen-Amtes Barten, Hamburg 1980 (Sonderschriften des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreussen, 44)

Voigt, Johannes Voigt, Geschichtliche Notizen über den Herrenstand, die Assekurations-Akte und das Donativ, Königsberg 1840

Voigt, Johannes, Namen-Codex der deutschen Ordensbeamten, Hochmeister, Landmeister, Großgebietiger, Komthure, Pfleger, Hochmeister-Kompane, Kreuzfahrer und Söldner-Hauptleute in Preußen, Königsberg 1843

Völkischer Beobachter 1932

Vollmer, Antje, Doppelleben. Heinrich und Gottliebe von Lehndorff im Widerstand gegen Hitler und von Ribbentrop, Frankfurt a. M. 2010

Volz, G[ustav] B[erthold], Aus dem Briefwechsel des Prinzen von Preußen August Wilhelm mit dem Kammerherrn Graf Ernst Ahasverus Lehndorff, in: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia 9 (1903), S. 130–171

- Von der „Landesverräterei“ des ostpreußischen Adels im Jahre 1813. Nach den Papieren des Ministers von Schön und dem Tagebuch des Landhofmeisters von Auerswald, in: *Altpreußische Monatsschrift* NF 18 (1881), S. 385–397
- Wadzeck, Friedrich, Wippel, Wilhelm, *Geschichte der Erbhuldigungen der Preußisch-Brandenburgischen Regenten aus dem Hohenzollernschen Hause*, Berlin 1798
- Wagner, Johann Philipp, *Über den gegenwärtigen Stand der Merino-Schaaf-Zucht*, Berlin 1835
- Wagner, Wulf D., *Das Rittergut Truntlack 1446–1945. 499 Jahre Geschichte eines ostpreußischen Gutes*, 2 Bde., Husum 2014
- Wagner, Wulf D., *Kultur im ländlichen Ostpreußen. Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen*, Bd. 2, Husum 2009
- Wagner, Wulf D., *Von der Schlichtheit barocker Gutshäuser in Ostpreußen*, in: *Stationen einer Krönungsreise*, S. 17–22
- Wagner, Wulf D./Lange, Heinrich, *Das Königsberger Schloss. Eine Bau- und Kulturgeschichte*, Bd. 2, Regensburg 2011
- Walker Muncy, Lysbeth, *The Junker in the Prussian Administration under William II, 1888–1914*, Rhode Island 1944
- Wallat, Joachim, *Die völkerrechtliche Stellung des Memelgebietes*, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1991
- Wank, Otto, *Zur ländlichen Besiedlung Ostpreußens im 18. Jahrhundert am Beispiel der Hauptämter Barten und Ortelsburg*, in: *Preußenland* 27 (1989), Nr.1/2, S. 1–17
- Weber, Matthias, *Deutsch-polnische Kooperationsprojekte zur Geschichte Schlesiens*, in: *Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*, Bd. 13, München 2005
- Weber, Matthias, *Negativer Blick auf den in Auflösung begriffenen polnischen Staat und Kulturmission der Hohenzollern in Westpreußen (Vorwort)*, in: Ders. (Hrsg.), *Preußen in Ostmitteleuropa. Geschichte und Geschichtsverständnis*, München 2003, S. 11–34 (*Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*, 21)
- Weber, Max, *Agrarstatistische und sozialpolitische Betrachtungen zur Fideikommißfrage in Preußen*, in: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik*, hrsg. von Marianne Weber, Tübingen 1988, S. 323–380
- Weber, Reinhold, *Masuren. Geschichte – Land und Leute*, Leer 1983
- Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), *Europäischer Adel 1750–1950*, Göttingen 1990
- Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. 1849–1914*, München 1995
- Werner, Reichgraf Carl Lehndorff-Steinort 1770–1854, in: *Ostpreußische Köpfe*, 1928, S. 173–178
- Wessel, Martin, *Russlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697–1947*, Stuttgart 1995
- Wessling, Wolfgang, *Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens in den Jahren 1920 bis 1930*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 6 (1957), S. 217–225
- Wessling, Wolfgang, *Die wirtschaftliche Notlage der Provinz Ostpreußen in den Jahren 1920 bis 1930 und die Hilfsmaßnahmen des Reiches und Preußens*, phil. Diss., Berlin 1956
- Wiegand, Lutz, *Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985*, Frankfurt a. M. 1992
- Wienfort, Monika, *Adlige Handlungsspielräume und neue Adelstypen in der „Klassischen Moderne“ (1880–1930)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 33 (2007), S. 416–438
- Wienfort, Monika, *Der Adel in der Moderne*, Göttingen 2006 (*Grundkurs Neue Geschichte*)
- Wienfort, Monika, *Gesellschaftsdamen, Gutsfrauen und Rebellinnen. Adelige Frauen in Deutschland 1890–1939*, in: Eckart, Conze/Wienfort, Monika (Hrsg.), *Adel und Moderne*, Köln/Wien 2004, S. 181–203
- Wienfort, Monika, *Ländliche Rechtsverfassung und bürgerliche Gesellschaft, Patrimonialgerichtsbarkeit in den deutschen Staaten 1800 bis 1855*, in: *Der Staat* 33 (1994), S. 207–239
- Wienfort, Monika, *Ostpreußischer Gutsbesitzerliberalismus und märkischer „Adelskonservatismus“. Politische Perspektiven des preußischen Adels in der Lokalverwaltung im Vormärz*, in: Adamy, Kurt(Hübner, Kristina (Hrsg.), *Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert. Ein historischer Vergleich*, Berlin 1996, S. 305–324
- Wienfort, Monika, *Preußische Patrimonialrichter im Vormärz. Bildungsbürgertum auf dem Lande zwischen staatlichem Einfluss und gutherrlichen Interessen*, in: Tenfelde, Klaus/Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.) *Wege zur Geschichte des Bürgertums*, Göttingen 1994, S. 57–77
- Wild, Michael, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Stuttgart 2008
- Wilhelmy, Petra, *Der Berliner Salon im 19. Jahrhundert (1780-1914)*, Berlin/New York 1989
- Winterfeld, Adolf Wilhelm, *Geschichte des Ritterlichen Ordens St. Johannis vom Spital zu Jerusalem. Mit besonderer Berücksichtigung der Ballei Brandenburg oder des Herrenmeisterthums Sonnenburg*, Berlin 1859
- Wojnowski, Edmund, *Das Problem Ostpreußen während des II. Weltkrieges*, in: *Polnische Weststudien* 4 (1985), S. 287-328
- Wolff, Paul, *Ohne Maske*, Hamburg 1948
- Wroblowska, Kamila, *Bau- und Kunstwerke haben auch ihr Schicksal*, in: Eulenburg, Adelheid Gräfin/Engels, Hans, *Ostpreußische Gutshäuser in Polen. Gegenwart und Erinnerung*, 2. überarb. Aufl., München 1995, S. 69–82
- Wrzesiński, Wojciech, *Historische Dispute zum Thema Ostpreußen in den Jahren 1920-1939*, in: *Polnische Weststudien* 4 (1985), S. 249-286
- Wuthenow, Ralph-Rainer, *Europäische Tagebücher. Eigenart – Formen – Entwicklung*, Darmstadt 1990
- Yorck von Wartenburg, Marion, *Die Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem deutschen Widerstand*, München 1987
- Zachau, Johannes, *Chronik der Stadt Angerburg*, Angerburg 1921
- Zängerle, Otto, *Statut für das Familienfideikommiss des Grafen Friedrich von Quadt-Wykradt-Isny, Kempten 1887*
- Zeidler, Manfred, *Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Ostdeutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45*, München 1996
- Zernack, Klaus, *Polen in der Geschichte Preußens in: Büsch, Otto (Hrsg.), Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 2: *Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens*, Berlin 1992, S. 377–448
- Ziekursch, Johannes, *Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte: vom Hubertusburger Frieden bis zum Abschluss der Bauernbefreiung*, Breslau 1915
- Ziepples, Helmut, *Ortsnamenänderungen in Ostpreußen. Eine Sammlung nach dem Gebietsstand vom 31.12.1937*, Hamburg 1983
- Zimburg, Heinrich, *50 Jahre Grand Hotel de l'Europe Bad Gastein*, St. Johann im Pongau 1959
- Zloch, Stephanie/Lewandowska, Izabela (Hrsg.), *Das „Pruzenland“ als geteilte Erinnerungsregion. Konstruktion und Repräsentation eines europäischen Geschichtsraums in Deutschland, Polen, Litauen und Russland seit 1900*, Göttingen 2014 (*Studien des Georg-Eckert-Instituts zur internationalen Bildungsmedienforschung*, 135)
- Zobeltitz, Fedor von, *Ich habe so gern gelebt. Die Lebenserinnerungen*, Berlin 1934
- Zobeltitz, Hanns von, *Im Knödelländchen und anderswo. Lebenserinnerungen*, Bielefeld/Leipzig 1916

<http://angerburg.net/bethesda1.htm>

http://angerburg.net/rosengarten_kirchenchronik.htm

<http://christa-poepplmann.de/willkommen/stammbaum/stherford/hjohan1/hheinrich2/hheinrich3/md/efriedrich/>

<http://d-nb.info/gnd/104224282>
<http://public-juling.de/passagier>
<http://www1.uni-hamburg.de/Landesforschung/Urkundenbuch/pub/orden1467.html>
<https://billiongraves.com/grave/Therese-Freii-v-Paleske-v-Knobloch>
https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Uckeley
https://de.wikipedia.org/wiki/Blanca_von_Hagen
https://de.wikipedia.org/wiki/Camera_obscura
https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Krieg
https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-Französischer_Krieg
https://de.wikipedia.org/wiki/Eduard_Magnus
https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_von_Buelow-Cummerow
[https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_von_Podewils_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_von_Podewils_(Politiker))
https://de.wikipedia.org/wiki/Immanuel_Kant#Leben
[https://de.wikipedia.org/wiki/Karolewo_\(Kętrzyn\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Karolewo_(Kętrzyn))
https://de.wikipedia.org/wiki/Nikolaus_Funk
<https://de.wikipedia.org/wiki/Seidenstraße>
<https://de.wikipedia.org/wiki/St.-Hedwigs-Kathedrale>
<https://de.wikipedia.org/wiki/Union-Klub>
https://de.wikipedia.org/wiki/Vitzthum-Gymnasium_Dresden
https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Darré
https://de.wikipedia.org/wiki/William_von_Simpson
<https://gastein-im-bild.info/gekirchg.html>
<https://lebenswelten-lehndorff.bbaw.de>
<https://ordensmuseum.de/Ordensjournal/Ordensjournal8Mai07VerlLiJungfr.pdf>
<https://ostpreussen.net/ostpreussen/orte.php?bericht=145>
https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/kaiserreich/erster_weltkrieg/index.html
<https://www.heraldik-wiki.de/wiki/Reichsgraf>
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692183.html>
<https://www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/der-widerstand-steht-fur-ein-anderes-fur-ein-besseres-deutschland-klaus-wowereit-20072002>
https://www.wikiwand.com/de/Julius_Ernst_von_Tettau
<https://www.zfo-online.de/index.php/zf/article/download/13077/12819>